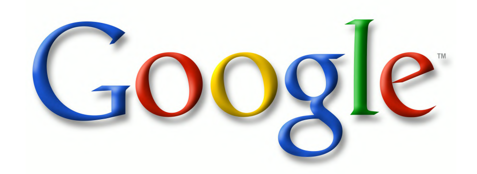




# Politisches Jahrbuch

der

# Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Herausgegeben

von

**Dr. Carl Hilty,**

Professor des Bundesstaatsrechts an der Universität Bern.

**Dritter Jahrgang. 1888.**

**Bern.**

Druck und Verlag von K. J. Wyss.

1888.

# Dritter Jahrgang. 1888.

# Vor hundert Jahren.

Bei der Besprechung der sozialen Bestrebungen unserer Gegenwart im letztjährigen Jahrbuche[1]) deuteten wir den Satz an, dass der Sozialismus sich behufs Ausführung eines jeden konsequenten Programmes aus einer nationalökonomischen Theorie zu einem politischen System werde verdichten müssen, — und dass er dann nichts Anderes als die Fortsetzung, beziehungsweise Wiederaufnahme der französischen Revolution sein würde, die es bereits einmal mit grosser logischer Konsequenz versucht hatte, diesen Ideen den Raum in dem Gebiete des praktischen Staatsrechts zu verschaffen, ohne den sie schliesslich eine blosse persönliche Liebhaberei einzelner, im öffentlichen Leben nicht massgebender Geister bleiben werden.

Der Gedanke selbst, sowie die hundertjährige Wiederkehr jener Epoche, mit welcher die gesammte «moderne Zeit», in der wir seither lebten, begonnen hat, legt es uns nahe, darauf noch einigermassen näher einzugehen und an der Hand der jetzt ziemlich reichlich vorhandenen Materialien[2]) den sozialistischen Staat zu

---

[1]) Vgl. besonders pag. 721 ff.

[2]) Die historische Darstellung dieser grossen Bewegung im Ganzen ist trotz dem Vielen, was darüber schon geschrieben worden ist, nach unserem Dafürhalten noch immer nicht muster-

rekonstruiren, wie er vom Anfang Juni 1793 bis zum 27. Juli 1794 auf französischem Boden theoretisch und praktisch bestanden hat.

---

gültig erfolgt. Es fehlt den meisten Schriftstellern darüber entweder an dem « sûr don d'imagination, qui permet de rendre la vie aux choses du passé », welche Gabe nach dem Urtheil eines der bedeutendsten Geschichtsschreiber die Hauptqualität des Historiographen ist, oder es fehlen die statistisch genauen und in genügender Fülle und Auswahl vorhandenen Einzelheiten, aus denen sich der gebildete Leser das Gesammtbild selbst rekonstruiren kann. Das Beste in dieser letztern Hinsicht hat in neuerer Zeit Taine in seinen « Origines de la France contemporaine » geleistet, die für einen urtheilsfähigen Leser eine ausserordentlich werthvolle Vorarbeit zu einer geschichtlichen Darstellung bilden. Den Geist der französischen Revolution hingegen hat Carlyle in seinem Werke « the french revolution, a history » mit der Kongenialität erfasst und wiedergegeben, die eben zur Schilderung einer solchen grossartigen Epoche in grossen Zügen unentbehrlich ist. Beide zusammen würden vielleicht ein der Wichtigkeit dieses Gewittersturms entsprechendes Werk verfasst haben. Das Vorzüglichste zur eigenen Aufklärung wären auch hier, wie gewöhnlich, die Quellen selbst. Doch ist gerade mit Beziehung auf die Hauptperiode von 1793/94 nicht zu übersehen, dass die Verfassung und die verfassungsmässigen Gewalten nur theoretisch bestanden, viele der wichtigsten Vorgänge daher im Schosse von Sektionen, oder in den Ausschüssen des Convents, in Clubs und revolutionären Comités, oder bei Kommissären der Centralregierung sich abspielten, über die regelmässige Protokolle nicht vorhanden sind. Selbst Taine, der sich möglichst an die Aktenstücke des Nationalarchivs hält, ist daher oft genöthigt, sich auf Schilderungen der Zustände durch Reisende, wie Anne Plumptre, Meissner etc., oder Privataufzeichnungen (bourgeois d'Evreux, Schmidt etc.) zu stützen. In manchen Einzelheiten ist daher noch heute nicht Alles aufgeklärt, die grossen Züge dieser eisernen Zeit, die unter dem Namen des « Schreckensregiments » (la Terreur) in der Erzählung und in der Vorstellung der Menschen eine lange Periode zu sein scheint, während sie in Wirklichkeit 14 Monate dauerte und schon so beinahe die Kräfte einer grossen und aufgeregten Nation überstieg, sind unauslöschlich dem Gedächtnisse der Menschheit eingeprägt und werden sich

Die Verfassung des Jahres I, vom 24. Juni 1793, war die theoretische, die Revolutionsregierung (le Gouvernement Révolutionnaire) von 1793/94 hingegen die praktische Verwirklichung der modernen demokratisch-sozialen Ideen, das einzige geschichtliche Beispiel einer solchen, von dem wir uns eine annähernd vollkommene Vorstellung machen und aus dem wir für unsere Epoche einen annähernd sichern Schluss ableiten können.[1])

kaum mehr jemals verändern. Ihnen folgen auch wir. Für der Geschichte weniger kundige Leser wollen wir beifügen, dass sie nähere Aufschlüsse namentlich in der «histoire de la Terreur» von Mortimer-Ternaux, den «constitutions de la France» von Hélie, der «histoire de la Convention et du Directoire» von Thibeaudeau, der Geschichte des Revolutionstribunals von Wallon und dem Eingang der parlamentarischen Geschichte Frankreichs von Duvergier de Hauranne; von deutschen Werken in Sybel's Geschichte der Revolutionszeit, oder Wachsmuth's Geschichte Frankreichs im Revolutionszeitalter finden. Die Eidgenossenschaft besitzt ein Exemplar der gesammten Verhandlungsprotokolle der gesetzgebenden Versammlungen, das eine öftere Benützung verdiente. Die Schulbücher über die Revolution, Mignet, Michelet, Dahlmann etc., haben für einen selbstdenkenden Leser nur geringen Werth. Lehrreicher sind die Memoiren von Carnot, Billaud-Varennes, Gaudin, Madame Roland, u. A. m.

[1]) Die gesetzgeberischen Hauptakte der französischen Revolution sind folgende: 22. Februar 1787 die Notabelnversammlung (140 vom König einberufene Personen, fast alle dem Adel und der Geistlichkeit angehörend), welche am 25. Mai ohne Erfolg aufgelöst wurde; 6. November 1788 die zweite, vorübergehende Notabelnversammlung; 5. Mai 1789 die Zusammenkunft der états généraux, die seit 1614 nie mehr einberufen worden waren, 1200 Abgeordnete in drei Stände getheilt (ordonnance royale vom 24. Jan.); 20./23. Juni der Versuch der Aufhebung derselben, woraus (bereits am 17. gl. M. beginnend) die einheitliche Nationalversammlung (Constituante) hervorging, die am 15. Oktober nach Paris übersiedelte und bis zum 30. September 1791 bestand; 26. August 1789 die erste Erklärung der «Menschenrechte», 1. Oktober 1789 das Dekret über die Funktionen des Königs und des corps légis-

Dagegen waren die Perioden vom 5. Mai 1789 bis 2. Juni 1793, sowie die spätere Zeit vom 9. Thermidor 1793 bis zur ersten Consularverfassung vom 22. Frimaire (13. Dezember) 1799, die erstere ein Versuch, die neuen Ideen in den Formen und auf dem Boden der gewöhnlichen Staatsordnung zu verwirklichen (man könnte mit einem bekannten Gleichnisse sagen, den neuen gährenden Most in die alten Schläuche zu füllen), wie er gegenwärtig sich wieder auf der Tagesordnung befindet, die letztere die Rückkehr in diese Staatsordnung, — gewissermassen die Ebbe nach der Flut, unter Zurück-

latif; 22. Dezember 1789 das erste Wahlgesetz, 3./14. September 1791 die erste, constitutionell-monarchische Verfassung. 1. Oktober 1791 der Beginn der gesetzgebenden Versammlung (législative); 10. August 1792 Suspension der königlichen Gewalt, Einsetzung einer provisorischen Regierung, 21. September 1792 Beginn der Republik und des sogenannten Convents (convention nationale) an Stelle der Legislative, welcher die republikanische Verfassung vom 24. Juni 1793 nebst dem Dekret über Volksabstimmung vom 17. Juli gl. J. erliess. Diese Verfassung wurde durch das Dekret vom 19. Vendémiaire II (10. Oktober 1793) suspendirt mit der Erklärung, dass die provisorische Regierung Frankreichs bis zum Frieden eine revolutionäre sein solle. Es folgen dann 14. Frimaire II (4. Dezember 1793) Organisation dieser Revolutionsregierung. 12. Germinal II (1. April 1794) förmliche Aufhebung des conseil exécutif provisoire und Einsetzung von 12 Regierungskommissionen. 27. Juli (9 Thermidor) 1794 Ende der eigentlichen Revolutionsregierung; 5. Fructidor III (22. August 1795) Direktorialverfassung, das Vorbild unserer ersten helvetischen; 18. und 19. Brumaire VIII (9. November 1799) Staatsstreich Napoleon's; 22. Frimaire VIII (13. Dezember 1799) die erste Consularverfassung mit Volksabstimmungsgesetz vom 23. Frimaire; Senatusconsult vom 16. Thermidor (4. August 1802), Ernennung Napoleon's zum lebenslänglichen Consul in Folge einer Volksabstimmung darüber von 3,568,885 Stimmen von 3.577,259 Votanten; Senatusconsult vom 28. Floréal XII (18. Mai 1804). kaiserliche Constitution.

lassung fruchtbarer Anschwemmungsprodukte, mit deren Hülfe die gesellschaftlichen Zustände, welche wir jetzt besitzen, hergestellt worden sind.[1])

Die Konstitution von 1793 entstand nach längeren Vorbereitungsstadien sehr rasch[2]), nachdem zuvor, am

[1]) Es gibt noch andere Verwirklichungen des sozialistischen Staates in der Geschichte, namentlich die sogen. lykurgische Verfassung in Sparta, die mosaische Gesetzgebung nach der Eroberung von Palästina, der Jesuitenstaat dieses Jahrhunderts in Paraguay. Sie beruhen jedoch auf einer andern Grundidee und sind auf andere Fundamente (Sklaverei eines Theils der Bevölkerung, Ausrottung der frühern Landeseinwohner u. s. w.) und andere Menschen als die heutigen civilisirten Völker Europa's gebaut, während die leitenden Männer von 1793, auf deren Ideen und Charaktere es zumeist ankommt, ihren heutigen Epigonen Lassalle, Marx u s. w. und vollends den jetzigen Führern der französischen und belgischen Sozialistenpartei viel näher stehen.

[2]) Seit dem 11. Oktober 1792 bestand ein « comité de constitution » (Siéyès, Brissot, Péthion, Vergniaud, Gensonné, Condorcet, Barrère, Danton, Payne), für welches am 15. Februar 1793 der Philosoph Condorcet den Bericht erstattete. Dieses sehr interessante Projekt der Girondisten enthielt eine Regierung von 7 Mitgliedern, von denen jedes zugleich einem Departement vorstand (genau wie unser Bundesrath), welche auf 2 Jahre (mit jährlichem Austritt der Hälfte) direkt vom Volke gewählt wurde, ein jährlich von den Urversammlungen gewähltes corps législatif, Initiative der Urversammlungen für Gesetzesvorschläge und Verfassungsrevision (hingegen kein Referendum), auf Zeit gewählte Richter, Jury auch in Civilsachen, allgemeines Stimmrecht im Alter von 21 Jahren. Am 17. April wurde darüber im Convent eingetreten, aber ohne Erfolg, bloss die Menschenrechte in etwas anderer Form, als sie die Verfassung von 1791 hatte, wurden provisorisch am 29. Mai adoptirt. Ein Gegenprojekt von Robespierre gegen den Vorschlag Condorcet's enthielt folgende bemerkenswerthe Punkte der sozialistischen Doktrin: « 1) Que le mandat des représentants du peuple fût impératif et révocable à la volonté des électeurs. 2) Que les citoyens, dont les revenus ne dépassent pas le nécessaire, fussent exemptés d'impôt. 3) Que la propriété fût déclarée *le droit de jouir de la portion*

2. Juni, die liberale Partei, die sogenannten Girondins — aus dem Convent beseitigt worden waren und die Radikalen allein das Feld behauptet hatten. Sie war der reinste Ausdruck des Geistes der grossen Revolution und jener berühmten Versammlung, welche fortan, nach dieser Ausscheidung der moderirten Elemente, unumschränkter, als jemals eine sonstige Regierung, über ein grosses Land geherrscht hat und deren völlig gerechte Beurtheilung noch Niemanden gelungen ist. Den Einen gilt sie noch heute als die aufrichtigste und, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, uneigennützigste Vereinigung von Patrioten, die es jemals gegeben hat, eine Versammlung, die ohne die ungünstigen Umstände, in welche sie durch die äussern Kriegsverhältnisse versetzt wurde, die völlige, politische und soziale, Erneuerung Frankreichs herbeigeführt haben würde; den Andern als das furchtbarste und odiöseste Schreckensregiment, das jemals in fanatischer Verblendung auf einem unglücklichen Lande gelastet hat. Die Grösse ihrer Gedanken wird ihr Niemand mit Grund bestreiten können, und selbst wenn er mit den Mitteln der Ausführung am wenigsten einverstanden ist, so wird es

---

*de biens, qui est garantie par la loi.»* (Hélie 393.) Diese kurzgefassten Artikel, welche die Verfassung ergänzen sollten, zeigen, dass Robespierre keineswegs der beschränkte Kopf war, für den man ihn mitunter ausgibt, sondern sehr wohl wusste, was er wollte. Sie würden mit wenigen Worten den sozialistischen Charakter der Verfassung vervollständigt haben. Nach dem Aufstand vom 31. Mai, welcher die Gewalt in die Hände der Montagnards brachte, beauftragten diese das Comité de salut public mit einem neuen Entwurf und gaben ihm zu diesem Zweck 5 Mitglieder (Hérault de Séchelles, früherer General-Advokat in Paris, Ramel, Mathieu, Couthon und St-Just) bei. Am 10. Juni erstattete Hérault Bericht, am 11. begann die Diskussion und am 24. (après un simulacre de discussion, wie Hélie sagt) wurde die Constitution, zugleich mit einer neuen Erklärung der Menschenrechte, angenommen.

ihm, sofern er sich in die Lage jener Männer hineinversetzt, schwer fallen, andere anzugeben, welche die Republik unter den damaligen Umständen hätten erhalten können.

Ganz ursprünglich und völlig unberührt von den Vorurtheilen und Gewohnheiten der bisherigen korrupten Menschheit sollte nun einmal eine demokratische Verfassung sozusagen aus dem Geiste der Natur und Vernunft selber hervorgehen, einen reinen, unverkümmerten Ausdruck jenes von den Philosophen der Zeit so oft verkündeten Urzustandes der Menschheit bilden, in welchem lauter einzelne Bürger, ohne willkürliche soziale Eintheilungen, oder Sonderinteressen sich durch freien Patriotismus zu einem gesellschaftlichen Vertrage verbinden, aus dem die Wohlfahrt Aller nothwendig hervorgehen muss. Daher hatte der rapporteur, Hérault de Séchelles, um sich an das älteste Denkmal von einfacher Gesetzgebung möglichst anzulehnen, am 7. Juni 1793 von der Nationalbibliothek ein Exemplar der « Gesetze des Minos » verlangt, und als sich zu seiner Verwunderung solche Gesetze weder in dieser, noch in irgend einer andern menschlichen Büchersammlung vorfinden wollten, so sollten die Franzosen nunmehr ausschliesslich, und ohne alle Anlehnung an schon Dagewesenes, in die Tiefe ihrer Herzen hinabsteigen, um dort die Republik und ihre wahre Verfassung zu finden. « Que les machinateurs de systèmes antipopulaires combinent péniblement leurs projets, les Français n'ont qu'à descendre dans leurs cœurs. Ils y liront la République » (Taine, III, 8). Ihre Repräsentanten werden ihnen dieselbe « im Lapidarstyl », bloss die « Axiome der Vernunft » voran und die nächsten Konsequenzen davon folgend, genau nach dem unfehlbaren Dogma Jean Jacques Rousseau's vorschlagen.

Demgemäss enthält die Verfassung folgende Bestimmungen: Zunächst eine verbesserte « déclaration des droits de l'homme et du citoyen », die Grundrechte der neuen Menschheit. Was dieselbe von den frühern und spätern Auflagen dieser berühmten Erklärung unterscheidet,[1]) sind namentlich die sozialdemokratischen Artikel, der Artikel 1 über den Staatszweck. Artikel 4 über die Grenzen der Gesetzgebung, Artikel 21 über das Recht auf Arbeit und die allgemeine Sicherung der Arbeitsunfähigen vor Mangel, das unbedingte Recht des Widerstandes und der Revolution gegen die Obrigkeit Artikel 33 und 35, die Beseitigung des Dienstbotenverhältnisses Artikel 18, die radikale Erziehung Artikel 22. Es fehlt übrigens in dieser Erklärung, die offenbar nichts Anderes, als eine rasche, im radikalsozialistischen Sinne vorgenommene Ueberarbeitung der früheren Redaktionen, besonders derjenigen von 1791 war, an Widersprüchen nicht. So wird unmittelbar neben obigen Artikeln doch die obrigkeitliche Gewalt sehr stark betont (Art. 10), das Privateigenthum geschützt (Art. 8, 16, 17, 19, 22 und 23) und die ausgedehnteste Sicherheit gegen grausame und willkürliche Justiz versprochen (Art. 11, 13, 14, 15). Die Verfassung selbst enthält dann zunächst die Eintheilung des Volkes in Urversammlungen und die Bedingungen des Staatsbürgerrechts. Staatsbürger ist ausser den in Frankreich geborenen und domizilirten Personen, auch jeder seit einem Jahr domizilirte Fremde, der von seiner Arbeit lebt, Grundeigenthum erwirbt, oder eine Bürgerin heirathet, oder ein Kind adoptirt, oder einen Greis ernährt, oder sonst um die Menschheit sich verdient gemacht hat (Art. 4). Hierin lag der Gedanke

---

[1]) Vgl. hierüber den II. Band unseres Jahrbuches, pag. 721.

einer Ausdehnung der französischen Nationalität auch auf andere Völker, welchem nachmals Napoleon eine sehr praktische Anwendung gab, und der überhaupt Vieles in den damaligen Vorstellungen erklären hilft. Frankreich war eben in den Augen seiner damaligen Patrioten nicht ein Land für sich, sondern das Urbild und der Kern einer zu verjüngenden Menschheit. Daher verwirkt man auch das französische Bürgerrecht durch jede Annahme einer Gunstbezeugung von Seiten eines « gouvernement non-populaire » (Art. 5). Die Souveränität des Volkes ruht auf den Urversammlungen (assemblées primaires), die aus mindestens 200, höchstens 600 stimmfähigen Bürgern bestehen (Art. 11). Die Wahl der gesetzgebenden Versammlung Frankreich's findet durch Wahlversammlungen (assemblées électorales) statt, zu denen eine Anzahl von Urversammlungen die Wahlmänner ernennen (Art. 37). Jeder Wähler hat das Recht, öffentlich (à haute voix), oder mittelst Stimmzettel zu votiren und keine Urversammlung darf einen einheitlichen Wahlmodus statt dessen vorschreiben (Artikel 16—18).

Die gesetzgebende Versammlung von einjähriger Dauer, die sich am 1. Juli jedes Jahres versammelt, führt diesen Titel eigentlich mit Unrecht, denn die Verfassung drückt weit deutlicher, als etwa unsere heutigen schweizerischen, den Gedanken aus, dass sie nur eine Vorberathungskommission für die Gesetzgebung ist (Art. 53). Sie macht auch den nicht ganz ungelungenen Versuch, die Gesetze, deren endgültige Votation dem Volke zusteht, von blossen Dekreten zu unterscheiden, die in der Kompetenz der Versammlung liegen (Art. 54—55). Jedes Gesetz ist nur ein Vorschlag, der unter der Aufschrift « loi proposée », mit einem Bericht an der Spitze, gedruckt und an die Ur-

versammlungen gesendet wird, die sich innert 40 Tagen darüber auszusprechen haben. Wenn nicht der zehnte Theil der Urversammlungen von mehr als der Hälfte der Departemente sich gegen den Vorschlag ausspricht, so wird er zum Gesetz (Art. 59), andernfalls ordnet der gesetzgebende Körper die allgemeine Volksabstimmung an. Die Initiative hingegen hat die gesetzgebende Versammlung allein; weder die Regierung, noch das Volk kann Gesetze vorschlagen. Es ist also ein Veto in der Art des ursprünglichen St. Gallischen, das offenbar dieses Muster befolgt hat. Die Executivgewalt der Republik ist ein Vollziehungsrath (conseil exécutif) von 24 Mitgliedern, welche auf verbindlichen Vorschlag der Wahlversammlungen von dem gesetzgebenden Rathe gewählt werden und von denen in jeder Legislaturperiode die Hälfte neu gewählt wird (Art. 62—64). Er ernennt alle Centralbeamten, dagegen stehen neben ihm drei vom Volke gewählte Administrationen, eine für jede Gemeinde, eine zweite für jeden Distrikt und eine dritte für jedes Departement, von denen die erste durch die Urversammlungen, die andern durch die Elektoralversammlungen gewählt sind und ebenfalls jedes Jahr zur Hälfte erneuert werden (Art. 78 u. ff.). Ihre Funktionen werden vom gesetzgebenden Rathe bestimmt. sie haben keinen repräsentativen Character und können die Verfügungen der gesetzgebenden Versammlung nicht ändern oder suspendiren (Art. 82). Alle Sitzungen der Behörden vom gesetzgebenden Rath bis zu den Urversammlungen herab sind öffentlich.

Die folgenden Artikel von 85—100 enthalten die sehr eigenthümliche Rechtsorganisation. Civilrichter sind juges de paix, die von jedem arrondissement, und arbitres publics, die von den Elektoralversammlungen jährlich neu gewählt werden. Beide berathen und

votiren öffentlich « à haute voix » und urtheilen ohne Appellation endgültig « sur défenses verbales, ou sur simple mémoire, sans procédure et sans frais »! (Art. 95.) In Strafsachen urtheilen jährlich gewählte Richter nebst Geschwornen « sur une accusation reçue par les jurés ou décrétée par le corps législatif » (Art. 96). Das centrale Kassationsgericht wird ebenfalls jährlich von den Elektoralversammlungen gewählt: « Il prononce sur la violation des formes et sur les contraventions expresses à la loi » (Art. 98). Das Schatzamt (trésorerie nationale) wird aus Sachverständigen vom Vollziehungsrath ernannt und von dreifachen verantwortlichen Kommissären, solchen des gesetzgebenden Körpers, den Verifikatoren des Vollziehungsraths, und wieder von Kontroleuren dieser Verifikatoren überwacht (Artikel 102 ff.) Das ganze Volk ist wehrpflichtig und jeder Bürger ist einexerciert (Art. 109). Diesen Gedanken, der leichter auszusprechen als wahr zu machen ist, wollte Marat in der Weise zur Ausführung bringen, dass jeder Bürger einfach mit einem grossen Messer in der Hand und einer Art von Deckung des Arms durch Wattirung sich auf die Feinde stürzen sollte.[1])

---

[1]) Die Ausführung wurde versucht durch das Gesetz vom 23. August 1793 über die « levée en masse », das ohne Diskussion votirt wurde und von welchem selbst Hélie sagen muss: « Cet acte héroïque sauva la France de l'invasion et quelque odieuse qu'ait été la Terreur, jamais la patrie aura assez de reconnaissance pour les hommes, qui le conçurent, le votèrent et le mirent à exécution. »

Sein erster, klassischer Artikel lautete: « Dès ce moment jusqu'à celui où les ennemis auront été chassés du territoire de la République tous les Français sont en réquisition permanente pour le service des armées. Les jeunes gens iront au combat, les hommes mariés forgeront les armes et transporteront les subsistances, les femmes feront des tentes, des habits et serviront dans les hôpitaux, les enfants mettront le vieux linge en charpie, les vieillards se feront

Neben dieser allgemeinen Volksbewaffnung besteht dann noch eine besoldete, ständige Kriegsmacht. Einen Oberbefehlshaber der Armee erklärt die Verfassung, mit richtigem Blicke für die Zukunft, für unzulässig (Art. 110) und die militärischen Grade, Abzeichen u. s. w., sowie die Subordination sollen nur während des Dienstes und für den Zweck desselben gelten (Art. 111). Im Innern steht die Armee zur Verfügung aller Autoritäten, nach Aussen unter dem Befehl des Vollziehungsraths. Keine Abtheilung der Armee darf deliberiren (Art. 114). Der zehnte Theil der Urversammlungen von mehr als der Hälfte der Departemente kann jederzeit die totale oder partielle Revision der Verfassung beantragen. Die Mehrheit aller Urversammlungen entscheidet in solchem Fall hierüber und über die Aufstellung eines Verfassungsraths (convention nationale), der dann gänzlich an die Stelle der Legislative tritt (115—117). Die Schlussartikel proklamiren die Freundschaft der französischen Republik für alle freien Völker, das Asylrecht für alle um der Freiheit willen Verfolgten, die Verweigerung desselben für alle Tyrannen (Art. 129), das Verbot, mit einem Feinde Frieden zu schliessen, der französisches Gebiet besetzt hält und die garantirten individuellen Rechte. Es sind aufgezählt: «l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété, la dette publique, le libre exercice des cultes, une instruction commune, des secours publics, la liberté indéfinie de la presse, le droit de pétition, le droit de se réunir en sociétés populaires, la jouissance de tous les droits de l'homme» (Art. 122).[1]) Dann schliesst die Verfassung

---

porter sur les places publiques pour exciter le courage des guerriers, prêcher la haine des rois et l'unité de la République.»

[1]) Diese Aufzählung ist aber nicht vollständig. Dieselben wurden auf Vorschlag von Robespierre am 23. Juni neu verfasst und

mit den pathetischen Worten: « La République Française honore la loyauté, le courage, la vieillesse, la piété filiale, le malheur. Elle remet le dépôt de sa constitution sous la garde de toutes les vertus. La déclaration des droits et l'acte constitutionnel sont gravés sur des tables au sein du corps législatif et dans les places publiques. »

Ein Dekret vom 17. Juli ordnete die Volksabstimmung über die Verfassung an, die mit 1,795,908 Stimmen, worunter bloss 11,531 Nein, erfolgte. Ungefähr fünf Millionen stimmfähige Bürger enthielten sich der Abstimmung. Eine einzige Gemeinde in ganz Frankreich, St. Douan (côtes du Nord) verlangte die Restauration des Königthums (Taine III, 15). In Paris und noch 296 andern Gemeinden stimmte Niemand gegen die Verfassung. Es war auch gefährlich, da die jakobinischen Zeitungen diesen Vorgang als einen Prüfstein der Gesinnungen eines Jeden erklärten. Einzelne Personen wurden wirklich später wegen ihrer Abstimmung hingerichtet (Taine III, 14).

Ein anderes Dekret vom 1. Juli erklärte jeden « falsificateur » der Menschenrechte, oder des Verfassungsinstrumentes, des Todes schuldig.

Diese merkwürdige Verfassung, die in ihren politischen Theilen unseren heutigen schweizerischen Kantonalverfassungen sehr ähnlich ist,[1]) bestand jedoch fak-

---

namentlich durch die Pflicht des Widerstandes (Art. 35) verschärft. Die ganze Konstitution wurde am 24. Juni votirt. Billaud-Varennes hatte Appel nominal verlangt, dem aber Robespierre opponirte.

[1]) Es ist an sich nicht unrichtig, was Hérault de Séchelles über die Verfassung sagt, obwohl Taine es eher im spöttischen Sinne citirt: « un sentiment secret nous dit que notre ouvrage est peut-être un des plus populaires qui aient jamais existé. »

tisch bloss wenige Wochen. Am 10. August zwar wurde ihre Annahme in den Urversammlungen durch ein grosses Bundesfest in Paris gefeiert. Die erste Morgendämmerung dieses Tages sah auf dem Bastilleplatz den ganzen Convent, dekorirt mit Kornähren und Oelzweigen, die Deputirten der Departemente, den Gemeinderath von Paris und die Volksvereine um eine Statue der Natur versammelt, aus deren Brüsten Wasser floss. Als die Sonne aufging, richtete Hérault de Séchelles eine gebetartige Apostrophe an diese Natur, sie möge den Eid der Liebe des französischen Volkes zu ihren Gesetzen acceptiren und durch ihr reines Wasser, das aus der Schale der Gleichheit und Brüderlichkeit getrunken werde, heiligen,[1]) worauf er und die Abgeordneten der Departemente aus einer Schale von dem Wasser tranken. Die eigentliche Feier der Constitutionsannahme fand sodann auf dem Marsfelde statt, wohin sich der ganze Zug unter verschiedenen andern symbolischen Handlungen, wie sie im Geschmacke des Tages lagen, bewegte. Als jedoch am folgenden Tage der Convent aufgelöst und die Wahl einer neuen Legislative angeordnet werden sollte, um die « geheiligte Arche » der Constitution durch alle Gefahren, die sie bedrohen konnten, hindurch zu leiten, erhob sich Robespierre im Jakobinerklub gegen diese neuen Wahlen,

[1]) Der Schlusspassus lautete:

« Souveraine du sauvage et des nations éclairées, ô nature! ce peuple immense, rassemblé aux premiers rayons du jour devant ton image, est digne de toi, il est libre!... O nature! reçois l'expression de l'attachement éternel des Français pour tes lois, et que ces eaux fécondes qui jaillissent de tes mamelles, que cette boisson pure qui abreuva les premiers humains, consacrent dans cette coupe de la fraternité et de l'égalité les serments, que te fait la France en ce jour, le plus beau, qu'ait éclairé le soleil dans l'immensité de l'espace! »

die er als gefährlich für den politischen Geist der Versammlung betrachtete, und veranlasste dadurch einen Deputirten der Provinzen zu dem Antrage, dass der gegenwärtige Convent sich nicht vor der Beendigung des Krieges auflöse. Von diesem Antrage, den wir an sich keineswegs so unbegreiflich finden, wie ihn namentlich Taine (III, 24) darstellt,[1]) datirt zunächst das mit ganz ausserordentlichen und unkontrolirten Gewalten ausgestattete Regiment des Convents und seiner Ausschüsse, welches die Geschichte die «Schreckensregierung», «la Terreur», benannt hat. Danton erfand dieses Wort und die Sache zugleich am folgenden Tag, indem er von einer «initiative de la terreur» sprach, welche das Land durch seine Abgeordneten ausübe,[2]) und die convention nationale aufforderte, sich mit dem Gefühl ihrer ganzen Wichtigkeit erfüllen zu lassen, denn «elle vient d'être revêtue de toute la force nationale.»

Damit hörte die Verfassung, thatsächlich, in ihrer Wirksamkeit auf und erhielt dieselbe niemals völlig wieder, obwohl sie nominell bis zum 22. August 1795 fortbestand. Der conseil exécutif wurde zwar noch ge-

---

[1]) Während eines Krieges auf Leben und Tod gegen ganz Europa bedurfte die neue Republik allerdings der möglichsten Konzentration und einer in ihren republikanischen Prinzipien völlig zuverlässigen Versammlung. In solchen Zeiten können Neuwahlen bedenklich sein und wird in Republiken stets irgend eine Art von Diktatur eintreten. Auch in der helvetischen Periode war die Verfassung vom Mai bis Ende September 1799 suspendirt und auch sogar unsere heutige Militärorganisation kennt eine Art von Diktatur in solchen Fällen.

[2]) Hier und in dem Verfassungsprojekt von Condorcet ist der moderne Ursprung des «Volksrechtes der Initiative» zu suchen. Etwas von diesem ihrem revolutionären Ursprung kann die Initiative noch heute nicht verleugnen.

wählt, gelangte aber nicht in eigentliche Funktion und am 19. Vendémiaire II (10. Oktober 1793) wurde der förmliche Beschluss gefasst, dass die Regierung Frankreichs bis zum Frieden eine provisorische und revolutionäre sein solle. [1]) Damit wurde ihre Gewalt eine un-

---

[1]) *10 octobre 1793 (19 vendémiaire an II). Acte, qui rend le gouvernement révolutionnaire jusqu'à la paix.*

Art. 1er. Le Gouvernement provisoire de la France est révolutionnaire jusqu'à la paix.

2. Le conseil exécutif provisoire, les ministres, les généraux, les corps constitués, sont placés sous la surveillance du comité de salut public, qui en rendra compte tous les huit jours à la Convention.

3. Toute mesure de sûreté doit être prise par le conseil exécutif provisoire, sous l'autorisation du comité qui en rendra compte à la Convention.

4. Les lois révolutionnaires doivent être exécutées rapidement. Le gouvernement correspondra immédiatement avec les districts dans les mesures de salut public. . . . . . . . . . . . .

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Dieser Beschluss wurde am 4. Dezember 1793 (14. Frimaire II.) weiter ausgeführt durch eine « Organisation du gouvernement révolutionnaire » und erlebte noch einen Nachtrag in dem Gesetze vom 1. April 1794 über Aufhebung des Ministeriums (das längst bloss formale Bedeutung besass) und Ersatz desselben durch 12 Kommissionen. Derselbe lautet im Wesentlichen:

*1er avril 1794 (12 germinal, an II.) Loi qui remplace le Ministère par douze commissions exécutives.*

Art. 1er. Le conseil exécutif provisoire est supprimé, ainsi que les six ministres qui le composent. Toutes leurs fonctions cesseront au 1er floréal prochain.

2. Le ministère sera suppléé par douze commissions, dont l'énumération suit: 1° Commission des administrations civiles, police et tribunaux; 2° Commission de l'instruction publique; 3° Commission de l'agriculture et des arts; 4° Commission du commerce et des approvisionnements; 5° Commission des travaux publics; 6° Commission des secours publics; 7° Commission des transports, postes et messageries; 8° Commission des finances; 9° Commission

beschränkte (die verfassungsmässigen Grundsätze bloss dekorativ) und auch eine zeitlich unbegrenzte, indem der Friedensschluss von der Willkür des Convents ab-

---

de l'organisation et du mouvement de l'armée de terre; 10° Commission de la marine et des colonies; 11° Commission des armes, poudres et exploitation des mines; 12° Commission des relations extérieures.

3. Chacune de ces commissions, à l'exception de celles dont il sera parlé dans l'article suivant, sera composée de deux membres et d'un adjoint. Cet adjoint fera les fonctions de secrétaire et de garde des archives de la commission.

4. La commission des administrations civiles, police et tribunaux, et celle de l'instruction publique, seront composées chacune d'un commissaire et deux adjoints.

La commission des relations extérieures ne sera que d'un seul commissaire. — Celle de la guerre et celle de la marine ne seront également chacune que d'un seul commissaire et d'un adjoint. — Celle des finances sera de cinq commissaires et un adjoint. — La Trésorerie nationale, le bureau de comptabilité et celui de la liquidation générale seront indépendants des susdites commissions, et correspondront directement avec la Convention nationale et le comité de salut public.

17. Ces douze commissions correspondront avec le comité de salut public, auquel elles sont subordonnées: elles lui rendront compte de la série et des motifs de leurs opérations respectives.

Le comité annulera ou modifiera celles de ces opérations qu'il trouvera contraires aux lois ou à l'intérêt public. Il hâtera près d'elles l'expédition des affaires, fixera leurs attributions respectives et les lignes de démarcation entre elles.

20. Les membres des commissions et leurs adjoints seront nommés par la Convention nationale, sur la présentation du comité de salut public.

Ces commissions organiseront sans délai leurs bureaux, sous l'approbation du comité de salut public. Les nominations des employés lui seront également soumises et devront être confirmées par lui.

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

hing. Fortan ist diese Versammlung die alleinige Macht in Frankreich, die sich bloss nominell auf die ebenfalls «revolutionären» assemblées primaires, d. h. auf die Versammlung ihrer Anhänger in jeder Gemeinde stützt, welche durch «comités de surveillance» beaufsichtigt werden. In ihr selbst erwacht nun der Gedanke in voller Stärke, die ganze damalige Generation, die noch unter der alten, vitiösen Staatsordnung geboren ist, als einen blossen Uebergang zu betrachten, sie aussterben zu lassen, ja sogar diesen Prozess noch in einzelnen Fällen zu beschleunigen und ein neues Geschlecht heranzuziehen, welches erst die rechte Ausgestaltung der neuen Ideen sein und dieselben über die Welt siegreich verbreiten werde. Dazu gehört naturgemäss die Unterordnung aller andern öffentlichen und privaten Lebenszwecke unter diesen Einen grossen Gedanken und eine Rücksichtslosigkeit, wie sie eben jeder solchen Regeneration nicht erspart bleiben wird.[1]) Man thut nach unserm Dafürhalten dem Convent und seinen Führern, selbst Robespierre und St-Just, historisch Unrecht, wenn man sie als eine Bande halbverrückter Wütheriche darstellt, deren gänzlich sinnloses Treiben schliesslich die gesammte civilisirte Welt mit Grauen und Ekel erfüllte. In einzelnen Fällen, wie bei Marat[2])

---

[1]) Hätte der Convent seine Beispiele statt aus dem klassischen Alterthum aus der Bibel genommen, so würde er sich mit Grund auf Moses und seine Erziehung eines neuen Volkes durch die Wüstenwanderung haben berufen können. Niemals kann eine grosse Regeneration eines Volkes ohne einen solchen Untergang der bisherigen Generation gelingen und es frägt sich in der That nur, ob der Zweck schliesslich so harter Mittel werth ist.

[2]) Wir wollen bei diesem Anlasse nicht versäumen, die Legende, als sei Marat ein Neuenburger, somit in gewissem Sinne ein Schweizer gewesen, auf ihr richtiges Mass zurückzuführen. Sein Vater, Dr. Jean Mara, wie er sich schrieb, stammte aus

z. B., oder bei den berüchtigten Volksrepräsentanten, welche in Lyon, Arras, Nantes die Weisungen des Convents und des Wohlfahrtsausschusses noch übertrieben, trifft dies zu. Die Mehrheit des Convents aber und die Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses, zu dem auch Charaktere, wie der Grossvater des jetzigen Präsidenten von Frankreich während der ganzen Schreckensperiode gehörten, handelten unter dem Einfluss dieser an sich grossen Gedanken einer wahrhaft republikanischen Staatsordnung und einer Neugeburt ihres Volkes, und wurden von der Logik dieser Ideen Schritt für Schritt zu Massregeln geführt, die schliesslich dem Wahnsinn anzugehören scheinen. Der eigentliche Repräsentant dieser Art von Leuten, die eine Idee bis in ihre äussersten Konsequenzen verfolgen, war nicht Robespierre, der im Gegentheil ein «Anempfinder» dieser Gedanken war, sondern der ehemalige Chevalier de St-Just, von dem auch das erklärende, klassische Wort herrührt: «Nicht das Glück von Persepolis, sondern das Glück von Sparta haben wir Frankreich versprochen.»

Die französische Revolution ist das grösste warnende Beispiel gegen die ausschliessliche Herrschaft der philosophischen Logik im Staatsrecht, welches vielmehr auf historischer Basis aufgebaut sein muss und eines gewissen Masshaltens in allen Grundsätzen, des edleren Bruders der heutigen Schwester «Opportunität», nicht entbehren kann. Es gibt keine einzige staatsrechtliche Idee, die nicht, mit rücksichtsloser Konsequenz auf die Spitze getrieben, zum Wahnsinn, ja zum Verbrechen führen kann, und auch das Wort eines geistreichen Mannes ist richtig, dass jedes poli-

einer spanischen, in Sardinien angesessenen Familie; seine Mutter dagegen war eine Genferin; der Vater liess sich später in Boudry (Kt. Neuenburg) nieder. (Vgl. Taine III, 160.)

tische Axiom, welches sich in ganz wenige Worte kleiden lasse, von vornherein falsch sei. Es kann eben nicht alle Fälle, die eintreten können und werden, genügend voraussehen und berücksichtigen.

Der natürlichen Opposition gegen die blosse Logik bei allen Menschen, die mehr auf das Praktische angelegt sind und überhaupt offene Augen für das wirkliche Leben haben, verdanken wir das hässliche und demoralisirende Erzeugniss dieser Reaktion, welches kurze Zeit nach 1793 Napoleon Bonaparte in die Weltgeschichte einführte, und das seither periodisch unter dem Titel «Realpolitik» die Völker innerlich verderbt. Den «Ideologen» selbst aber sprach einer der geistigen Urheber dieser Richtung, Diderot, in seiner Encyklopädie zum Voraus das prophetische Urtheil, indem er sagt, dass eine einzige falsche Idee unter Umständen jeden Menschen in ein Ungeheuer verwandeln könne. —

Nur unter diesem Gesichtspunkte der politischen Psychologie erscheint es uns wünschenswerth, den Verlauf der Schreckensperiode und ihrer Regierung in einigen Einzelheiten näher zu verfolgen. Würden wir von der gewöhnlichen historischen Auffassung ausgehen, welche die geschichtlichen Thatsachen wie eine Sammlung von Muscheln oder Schnecken katalogisirt, die hässlichen und werthlosen, ebenso wie die schönen, in Reih' und Glied aufstellt und die seltensten als die werthvollsten behandelt, so würden wir unsererseits diese Erinnerungen nicht wachrufen. Noch ist aber die rechte Geschichte dieser Zeit nicht geschrieben und auch keine poetische Darstellung derselben reicht entfernt an ihre, mit Furchtbarkeit allerdings unauflöslich verbundene Grösse. Wenn jemals ein grosser Poet,[1]) mit

[1]) Göthe oder Victor Hugo in ihren Jugendtagen hätten es vielleicht gekonnt. In ihren ältern Zeiten fehlte den Beiden der

einer glühenden, der grössten Auffassung fähigen Seele und zugleich einem feinen historischen Verständniss, diese Menschen zum Vorwurfe nehmen würde, so könnte er sehr leicht zeigen, dass der Cäsarenwahnsinn sich nicht auf die Könige beschränkt, sondern jeder unumschränkten Gewalt eigen ist und dass Menschen mit den grössten und besten ursprünglichen Intentionen, wenn sie dieselben mit Gewalt durchführen wollen, allmälig in den vollständigsten Widerspruch mit ihren Prinzipien und dadurch zuletzt mit ihrem eigenen anfänglichen Denken und Wollen gerathen können. Die Wenigen, die sich in der Zeit von 1793—1794 geistig gesund erhielten, waren entweder Arbeiter in einem bestimmten, relativ vernünftigen Fachministerium, wie Carnot, Robert Lindet, Jean Bon St-André, die sich um alles Uebrige geflissentlich nicht kümmerten, oder schlechte Menschen, wie Fouché, Barrère, Cambacérès, die mit dem Strome schwammen, im Innersten ihrer Gedanken aber sich stets vor der berauschenden Ansteckung der revolutionären Ideen zu hüten wussten, oder endlich solche Logiker, wie St-Just und Siéyès, bei denen der Geist selber anormal gebaut und die geistige Gesundheit daher bloss eine Art von normal verlaufender Krankheitserscheinung ist. Unsere jetzige Zeit ist reicher, als jemals eine seit hundert Jahren, an solchen Naturen, bei denen auch sogar die wissenschaftliche Bildung nicht aufklärend im rechten Sinne des Wortes wirkt, und es liegt ihr mehr als jemals ob, dieselben zu verstehen und den Punkt richtig festzustellen, wo die Verwirrung der Ideen ihren Anfang nimmt.

Die ganze Macht des nach einer neuen Staatsgestaltung ringenden Reiches lag, ohne gesetzliche

---

wirkliche Glaube an das Grosse. Renan hat eine Episode der Revolutionszeit in der « Abbesse de Jouarre » « versinnlicht », im eigentlichen Sinne des Wortes, seiner eigenen Natur gemäss. —

Schranken, konzentrirt in der Hand des Convents, einer Versammlung, die anfänglich zum Theil noch aus der früheren Legislative herrührte und eine Mehrheit von gemässigten [1]) Republikanern enthalten hatte,

[1]) Die Mässigung, die man den Girondisten gewöhnlich zuschreibt, bestand zum Theil zwar nur in der Unfähigkeit zum eigenen Handeln. In allen grossen Gewaltakten, die von der Linken ausgingen, wie z. B. bei der Verurtheilung des Königs, stimmte die Gironde, getreu ihren philosophischen Theorien oder aus Furcht, mit. Das Comité de salut public selbst sogar, das sie vernichtete, ist auf Rapport von Isnard eingesetzt worden. « Girondin » ist daher die richtige Bezeichnung für jene gebildeten Theoretiker der Revolutionen geblieben, welche die eigentlichen Führer zuerst immer voranzustellen pflegen, um der Sache einen Anstrich von philosophischer Gesetzmässigkeit zu geben, nachher aber unbedenklich beseitigen, sobald sie ihren Dienst gethan haben.

Die regelmässige Legislative nach der monarchischen Verfassung von 1791 hatte 747 Mitglieder, von welchen bei ihrer Auflösung am 21. September 1792 so viele in den Convent übertraten, dass in demselben die Mehrheit ursprünglich entschieden girondistisch war. Es zeigte sich aber auch hier, dass in einer grossen parlamentarischen Versammlung, welcher nicht eine feste, von ihr innerlich unabhängige Regierung gegenüber steht, auf die Dauer immer der linke Flügel die Oberhand gewinnt und die Gemässigten nach und nach ausscheiden. — Die Convention nationale, deren Wahlen durch ein Dekret vom 11./12. August 1792 ausgeschrieben wurden, sollte nach dessen Bestimmungen auf gleiche Weise wie die Legislative von Wahlmännerversammlungen gewählt werden und auch gleich viele Mitglieder enthalten. Die Mitglieder der Legislative waren wieder wählbar. Urwähler (behufs Bezeichnung der Wahlmänner) war jeder Franzose, der 21 Jahre alt, mindestens seit einem Jahr in Frankreich domizilirt war, nicht in Dienstbotenverhältniss stand und den Bürgereid geleistet hatte. Ein Deputirter musste die gleichen Eigenschaften besitzen und wenigstens 25 Jahre alt sein. Jeder Wähler, erster und zweiter Klasse, musste schwören, « de maintenir la liberté et l'égalité, ou de mourir en les défendant. » Die Urwahlen fanden am 26. August, die Wahlmännerversammlungen am 2. September 1792 statt, am 20. September sollten die Deputirten in Paris eintreffen. Die Sitzungen des Con-

allmälig aber durch beständige Epurationen bis auf ungefähr einen Siebentel oder Achtel ihrer ursprünglichen Zahl herabgeschmolzen war und zuletzt nur noch aus Republikanern reinsten Glaubensbekenntnisses bestand. Es war die allmächtigste parlamentarische Versammlung, die je existirt hat; es gab für sie kein Gesetz, weder im Himmel noch auf Erden, als die «salus publica», wie sie diese jeweilen selbst verstand, und leider auch keine historische Erfahrung, denn Alles war damals neu und gewissermassen improvisirt. Schon die Idee der «Repräsentation eines souveränen Volkes» war eine neue und ist zum ersten Male durch diese Versammlung und ihre beiden Vorgängerinnen in die Welt getreten. In der Geschichte hatte es kein Vorbild einer solchen Versammlung gegeben. Der römische Senat, die äusserlich ähnlichste Körperschaft der alten Welt, gleicht den modernen Parlamenten bloss in der Verhandlungsart, keineswegs in der Zusammensetzung; er war keine gewählte und alle Kreise eines Volks repräsentirende Behörde, sondern eine Versammlung von Notabeln, höhern Staatsbeamten namentlich, die ihre staatsmännischen Erfahrungen hinter sich hatten. Die mittelalterlichen Ständeversammlungen hingegen, wie sie auch bis 1614 in Frankreich bestanden hatten, waren Vertretungen von Volksklassen gewesen, deren Mitglieder kraft ihrer persönlichen sozialen Stellung die Vertretung inne hatten. Niemals hatte bisher in Europa ein grosses Volk in dieser Weise die fähigsten und, wir dürfen hinzusetzen, die ehrgeizigsten Männer zusammenberufen,

---

vents begannen am 21. September im Theatersaal der Tuilerien unter dem Vorsitze Péthion's. Collot d'Herbois, ein ehemaliger Schauspieler, stellte sofort den Antrag auf förmliche Abschaffung des Königthums.

um der Verschwendungssucht einer korrupten Regierung Schranken zu setzen und ein verfaultes Staatsgebäude zu erneuern. Sogar die erste Nationalversammlung von 1789 entstand nicht regelrecht, sondern ging, durch die Logik der Revolutionen veranlasst, in einem Augenblicke der Gefahr ganz geharnischt und kriegerisch, wie die Göttin der Vernunft völlig erwachsen und ohne Kindesalter, aus dem Haupte ihres geistigen Urhebers Mirabeau hervor. Das Wort, welches derselbe am 23. Juni 1789 dem erschrockenen Ceremonienmeister des Königs zurief, der die Versammlung des dritten Standes an ihre bloss ständische Legitimation erinnern wollte,[1]) ist der Ursprung des Parlamentarismus auf dem Kontinent, gleichzeitig aber auch der Ursprung der französischen Revolution. Bis zu diesem Tage bestand die bisherige legitime Staatsgewalt; von dem Augenblicke an aber, in welchem ein einziger Stand sich plötzlich auf ein Mandat des ganzen Volkes und auf dessen Souveränität berief, und diesen an und für

---

[1]) Nämlich: «Die Versammlung befinde sich hier kraft der Gewalt des Volkes.» — Nun kehren wir wieder allmälig zur Vertretung der «Stände» zurück, die man jetzt «Interessenvertretung» nennt. Mit diesem Begriffe der Interessenvertretung und mit der Auffassung von der Staatsallmacht, die allmälig auch in dem schweizerischen Staatsrechte um sich greift, befinden wir uns auf einem Abwege. Es muss Gebiete des individuellen Rechts geben, in welche kein Staat eingreifen darf, wenn er überhaupt als ein civilisirter Staat gelten will, wo also die Schranke in dem Begriff des civilisirten Staates liegt, nicht bloss in seiner jeweiligen Verfassung und Gesetzgebung, die er abändern kann; und die Gesetzgebung und oberste Verwaltung muss von Personen ausgeübt werden, welche die Gesammtheit des Volkes und die Gesammtinteressen desselben in erster Linie vertreten, nicht diejenigen engerer Kreise. Diese beiden Sätze halten wir für die Grundbedingungen einer wahren und gedeihlichen Demokratie, ohne die sie dem Zufall preisgegeben ist.

sich usurpirten Standpunkt durchsetzte, war eine neue Bahn eröffnet, auf der dieser Grundsatz nun bis zu seinen äussersten Konsequenzen durchgeführt wurde, welche dann stets wieder zu der unumschränkten Gewalt von Einzelnen zurückleiten. Denn die «Volkssouveränität» (statt der Souveränität des Staats, als juristischer Person) ist ein gefährlicher Begriff und die Auffassung der Souveränität als schrankenloser Gewalt, in welcher alle Beschränkungen zu Gunsten des Individuums bloss freiwillige und zeitweilige Konzessionen sind, die nicht zur Naturgeschichte der Staatsgewalt gehören, führt zu dem Grundsatz: «salus publica suprema lex esto», zu den «comités de salut public», zuletzt zu der Herrschaft des Stärksten, gewöhnlich der Militärdiktatur.[1]) Auch so lange nominell die schrankenlose Gewalt einer parlamentarischen Versammlung besteht, ist dieselbe mehr Schein als Wirklichkeit. Denn sie steht immer unter der Herrschaft des Zufalls (des Eindrucks einzelner Reden) und der Tagesmeinung, oder unter demjenigen von Ausschüssen oder Fraktionsversammlungen, welche die kommenden Verhandlungen zum Voraus besprechen und dirigiren. Es ist gerade diese Cliquenherrschaft, bei der auch der Einfluss der Parteigruppen des Versammlungsortes, gegenüber der Meinung des ganzen Landes, zu ungebührlicher Geltung kommt, welche den Parlamentarismus als System am meisten verdächtig gemacht hat. Diesen Parteigruppen und Ausschüssen fällt natur-

---

[1]) Den nämlichen Verlauf hatte daher auch die in ihren Ursprüngen und Gesinnungen weit massvollere englische Revolution gegen Karl I. Auch das dortige «lange Parlament» sank allmälig zu einer immer kleineren Versammlung herab, die in der Macht von Ausschüssen stand, und gerieth zuletzt in die Gewalt der Armee und ihrer Führer.

gemäss auch die wirkliche Ausübung der Herrschaft, die Exekutive, zu, sobald keine feste Regierung neben dem Parlamente besteht, sondern die jeweilige Majorität einer grossen debattirenden Versammlung zugleich gesetzgebende, verwaltende und ausübende Gewalt ist. Es ist nicht denkbar, dass ein solcher Zustand in Wirklichkeit auf längere Zeit hinaus sich fortsetze, sondern die Gewalt verlegt sich bald in die Ausschüsse, die anfänglich je nach der vorherrschenden Meinung des Tages und Ortes der Versammlung wechseln, sobald sie aber ganz aus energischen Menschen zusammengesetzt sind, ihrerseits dieselbe mit despotischer Gewalt beherrschen und auf ein bloss dekoratives Dasein reduziren, wie es schliesslich in der Schreckensperiode das Schicksal des französischen Convents gewesen ist. —

Das, was man neben dem Convent das «Gouvernement Révolutionnaire» nannte, hatte natürlich einen unregelmässigen Ursprung. Es bestand zunächst aus zwei Ausschüssen, dem «comité de salut public» und dem «comité de sûreté générale». Der Wohlfahrtsausschuss entstand am 6. April 1793, nachdem vorher schon am 11. März Cambacérès, der spätere Erzkanzler des Kaiserreichs, eine neue Organisation des «pouvoir exécutif» verlangt hatte und hierauf ein bald wieder verschwindendes «Comité de défense générale» gewählt worden war.[1]) Der Wohlfahrtsausschuss hatte

---

[1]) *6 avril 1793. — Loi qui établit un Comité de salut public.*

Art. 1er. Il sera formé, par appel nominal, un comité de salut public, composé de neuf membres de la Convention nationale.

2. Le comité délibérera en secret; il sera chargé de surveiller et d'accélérer l'action de l'administration confiée au conseil exécutif provisoire, dont il pourra même suspendre les arrêtés, lorsqu'il les croira contraires à l'intérêt national, à la charge d'en informer, sans délai, la Convention.

anfänglich 9 Mitglieder, zeitweise 14, dann aber meistentheils 10 bis 12. Zuerst gewissermassen bloss eine provisorische Aufsichtsbehörde neben der eigentlichen Exekutive, wurde er dann durch die Gesetze vom 10. Oktober (19. Vendémiaire) und 4. Dezember (14. Frimaire) 1793 die eigentliche Regierung Frankreichs bis zum 29. Juli/24. August 1794. Bis zum 1. April 1794 (12. Germinal II.) hatten unter ihm der conseil exécutif provisoire, der am 10. August 1792 an die Stelle des suspendirten Königs getreten war, und 6 Minister eine Art von Schattendasein geführt. Dann aber wurden beide förmlich abgeschafft und die Regierungsgeschäfte sollten durch 12 Kommissionen besorgt werden, die auf Vorschlag des Comité de salut public von dem Convent ernannt wurden und dem Comité unterstellt waren. Das Comité de sûreté générale, dem die eigentliche Staatspolizei und Ueberwachung der Millionen von

---

3. Il est autorisé à prendre, dans les circonstances urgentes, des mesures de défense générales extérieure et intérieure; et les arrêtés signés de la majorité de ses membres délibérants, qui ne pourront être au-dessous des deux tiers, seront exécutés sans délai par le conseil exécutif provisoire. Il ne pourra, en aucun cas, décerner des mandats d'amener ou d'arrêt, si ce n'est contre des agents d'exécution et à la charge d'en rendre compte sans délai à la Convention.

4. La Trésorerie nationale tiendra à la disposition du comité de salut public, jusqu'à concurrence de cent mille livres pour dépenses secrètes, qui seront délivrées par le comité, et payées sur les ordonnances, qui seront signées comme les arrêtés.

5. Il fera, chaque semaine, un rapport général, et par écrit, de ces opérations et de la situation de la République.

6. Il sera tenu registre de toutes les délibérations.

7. Ce comité n'est établi que pour un mois.

8. La Trésorerie nationale demeurera indépendante du comité d'exécution, et soumise à la surveillance immédiate de la Convention, suivant le mode fixé par les décrets.

« Verdächtigen » oblag, war im Grunde, obwohl formell coordinirt, doch nur eine vom Wohlfahrtsausschuss abhängige Behörde. Es bestand meistens aus 9 Mitgliedern, von denen der Maler David, der offizielle Künstler der Revolution, das bekannteste ist. In der spätern Zeit der Revolutionsregierung hatte sich daneben Robespierre, dessen argwöhnischer Natur dies besonders zusagte, eine Art besonderes Departement der Staatspolizei geschaffen, welches er mit einer gewissen Selbstherrlichkeit verwaltete. [1])

---

[1]) Daher erzählt z. B. Frau Engel, deren Memoiren wir im letztjährigen Jahrbuche mittheilten, von einer Audienz bei Robespierre, um ihren Mann, der als ehemaliger Schweizersöldner in Paris verhaftet worden war, loszubitten, was ihr auch gelang. Der betreffende Passus lautet:

« Wir langten mit unsern 7 Kindern (einer für die neue Republik nicht unbedeutenden Rekrutierung) glücklich in Paris an. Des andern Tags ging mein Mann in seiner rothen Uniform über die Strasse und wollte einige Besuche machen, und sogleich ward er von mehreren Jakobinern arretirt. Man denke sich meinen Schrecken! Ich hatte mit meinen 7 lebenden Knaben ein achtes Kind unter dem Herzen. Ich liess geschwind eine Bittschrift verfertigen und eilte damit, an jeder Hand einen meiner Knaben führend, zu Robespierre. Ich überreichte meine Bittschrift und fiel ihm zu Füssen. Die Bittschrift enthielt kurz, dass mein Mann durch die Abdankung der Schweizer-Regimenter ganz brodlos geworden, und gekommen sei, der Republik seine Dienste anzutragen. Als ich so vor ihm niederfiel, fasste ich trostlos meine beiden Knaben wieder an den Händen, und, die schreckliche Guillotine im Gedächtniss, konnte ich nichts hervorbringen als: « Citoyen! miséricorde! » « Lève-toi » sagte er. — Er las noch ein paar Zeilen, schien sich dann zu bedenken, ergriff eine Karte und schrieb mit Bleistift nur wenige Worte darauf. « Va », sagte er, « porte cela au Club des Jacobins, rue St. Madeleine, ton mari est libre ». — Jetzt erst fühlte ich die verfluchte gêne, dass ich durch Du mit ihm reden musste, ich hätte ihm gern alle Ehrentitel der Welt gegeben, aber ich durfte nicht einmal sagen: ich danke Ihnen. Mille grâces, Citoyen! tausend Dank, Bürger! sagte ich.

Danton, der sich immer sehr exakt ausspricht, sagte schon im März 1793, als diese Comités, zunächst provisorisch, errichtet werden sollten, man wolle damit eine Diktatur der Freunde der Freiheit über die verdächtigen Bürger herstellen, und St. Just, der aufrichtigste Fanatiker der Zeit, der an Klarheit über seine Absichten niemals etwas zu wünschen übrig lässt, fügt in seinem Rapport über die Organisation der revolutionären Regierung bei: Die Maximen der Gerechtigkeit seien gut nur für die Anhänger der Freiheit, die Böswilligen aber seien «hors du souverain» und «hors de la loi, exclus du pacte social, esclaves révoltés, bons à châtier ou à contraindre,» Feinde, die man mit dem Schwert regieren müsse. Ihnen völlig gleichzustellen seien die Indifferenten, die für die Republik nichts leisten[1]) (car leur inertie est une trahison). Der rapporteur ist dabei keinen Augenblick im Zweifel, dass dadurch die grosse Mehrheit aller damals lebenden Franzosen zu einer rechtlosen Masse, einer Art von Rajah im türkischen Sinne, herabgedrückt wird, die von wenigen Eroberern nach Kriegsrecht und Ausnahmegesetzen be-

---

verbeugte mich, so tief ich konnte, und beeilte mich, meinem lieben Manne seine Freiheit zu bringen.

Er säumte nun nicht, sich um eine Anstellung zu bewerben und erhielt nun anstatt der Stelle eines Lieutenants, die eines Grenadier-Hauptmanns bei dem vierten Regiment leichter Infanterie. — Noch muss ich bemerken, dass an dem nämlichen Tage mit meinem Manne 25 Schweizer-Offizieren die Freiheit ertheilt wurde, wovon sogleich die meisten in die Dienste der Republik übertraten.»

[1]) Vgl. Moniteur XVIII, 106, Rapport de St. Just, Taine III, 60. Der Redner einer Deputation, Hébrard, führte für diese Gleichstellung der «insoucieux» mit den direkten Feinden der Revolution das Wort von Solon (sic!) an: «Wer nicht für uns ist, der ist wider uns!» und erhielt dafür eine mention honorable im Protokoll der Sitzung, 22. November 1793.

handelt werden, und er gibt diesem Gedanken auch Ausdruck in den Worten, die Republik werde erst an dem Tage begründet sein, wo die Sansculotten «seuls représentants de la nation, seuls citoyens, règneront par droit de conquête». Dies war also die Generalinstruktion dieser beiden Comités, von denen das eine den politischen Gedanken der Revolutionsregierung auszuführen, das andere über die allgemeine Sicherheit, namentlich gegen die zahllose Masse dieser Heloten der Revolution zu wachen hatte, welche die regierende Bürgerklasse mit stummer, kaum durch den Schrecken gebändigter Abneigung umgab. Der Natur der Sache gemäss war das Comité de salut public der wichtigere Ausschuss, in welchem während der eigentlichen Wirkungszeit dieser Ausschüsse die Blüthe des republikanischen Gesinnungsadels sass. In diesem «Staatsrath» der Republik, wie wir dieses Comité eigentlich bezeichnen müssen, der täglich, ja, man kann eigentlich sagen, Tag und Nacht seine Sitzungen abhielt und die höchste Gewalt ausübte, hatte sich indessen doch nothgedrungen bald eine Art von Arbeitstheilung geltend gemacht.[1]) Ein Fünferausschuss, bestehend aus Robespierre, Couthon, St. Just, Billaud-Varennes und Collot d'Herbois bildete die politische Regierung «les hommes d'Etat». Andere Mitglieder, Carnot, Jean Bon St. André, Robert Lindet, Cambon und Prieur waren die rastlos arbeitenden Fachminister, deren Andenken ein nicht unehrenvolles geblieben ist. Carnot, ein Genieoffizier, war der berühmte Kriegsminister der Republik, der eigentliche Sieger in ihrem Kampfe gegen das verbündete Europa und Regenerator der Armee, ein Mann von

[1]) Solche Beschlüsse über die Organisation des Comité's in Unterabtheilungen, vom 15. und 16 Juni 1793, können bei Mortimer-Ternaux VIII. 613 gefunden werden.

ungeheurer Thätigkeit, der 18 Stunden täglich auf seinem Bureau arbeitete und sein Essen oft mit einem Stück Brot in der Sitzung des Comité's abmachte: Lindet besorgte mit der gleichen Arbeitsamkeit und Aufopferung die schwierige innere Verproviantirung des Staates; Prieur, ebenfalls ein Genieoffizier, hatte die Verpflegung und Ausrüstung der Armee, Cambon, ein ehemaliger Geschäftsmann, die Finanzen, Jean Bon, ein früherer Schiffskapitän, die Marine unter sich. Von dem Letztgenannten erzählt Taine (III, 236), dass er in Holzschuhen und einer groben Wolljacke bei einem Glase schlechten Biers und einem Stück Brot seine Arbeit besorgte und sich, wenn ihn die Erschöpfung übermannte, nur für kurze Zeit auf einer Matratze am Boden seines Bureau's ausstreckte. Das waren wirkliche Spartaner, die Heldengestalten der Revolution. Sie schalteten in den ihnen anvertrauten Departementen mit vollster Unabhängigkeit, stellten dagegen für die allgemeinen Massregeln dem leitenden Direktorium ihre Unterschriften zur Verfügung und übernahmen mit die Verantwortlichkeit für Alles, was durch dasselbe beschlossen wurde. Juristisch sind sie von dem Fluche nicht freizusprechen, der dem Andenken jener Fünfe anklebt, die gerechtere Geschichte macht aber dennoch diesen Unterschied zu ihren Gunsten geltend und legt auch in die Wagschale Alles das, was sie in unermüdlicher Arbeit in ihren Departementen geleistet haben. Unter diesem Wohlfahrtsausschuss bestanden formell Minister, die aber zu blossen «commis» herabsanken, welche täglich erschienen, um Befehle entgegenzunehmen und auszuführen.[1]) Das Comité de salut public

[1]) Sie erhielten zuletzt auch den Titel «commissaires». Der «commissaire aux relations étrangères» z. B. war ein früherer Schulmeister, der seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem

hatte täglich zwei regelmässige Sitzungen im Pavillon de Flore der Tuilerien, Morgens von 8—1 und Abends von 7—10 Uhr. Die Unterschriften wurden oft erst um 2—3 Uhr Morgens gegeben. Die Arbeitsleistung dieses Comité's würde ohne die beständige Aufregung des Geistes, die kurze Zeit seines Bestandes und die Thätigkeit der eigentlichen Fachminister unerklärlich sein.

Neben den genannten Hauptmitgliedern war Barrère eine Art von Sprechminister, der ihre Massnahmen mit den nöthigen republikanischen Phrasen im Convent zu vertreten hatte und dem auch wirklich eine grosse Beredsamkeit in diesem Jargon zu Gebote stand. Er überlebte alle Phasen der Revolution und starb als kleiner Beamter des Kaiserreichs. Die Beschlussfassung des Convents selber über die Massregeln, die der Wohlfahrtsausschuss daselbst zur Dekretirung vorschlug, war jedoch in der Blüthezeit der revolutionären Regierung

---

Café-Billard hatte. Die Beziehungen der Republik zu den auswärtigen Staaten in dieser Zeit, soweit sie nicht in das Ressort des Kriegsministers Carnot fielen, bedurften in der That auch kaum eines bessern Vertreters, da nach folgendem Beschlusse des Convents vom 13. April 1793 vor der Hand nicht an einen friedlichen Verkehr zu denken war:

*13 avril 1793. — Déclaration relative à la paix.*

La Convention nationale déclare, au nom du peuple français, qu'elle ne s'immiscera, en aucune manière, dans le gouvernement des autres puissances; mais elle déclare en même temps qu'elle s'ensevelira plutôt sous ses propres ruines, que de souffrir qu'aucune puissance s'immisce dans le régime intérieur de la République et n'influence la création de la constitution qu'elle veut se donner.

La Convention nationale décrète la peine de mort contre quiconque proposerait de négocier, ou de traiter, avec des puissances ennemies qui n'auraient pas préalablement reconnu solennellement l'indépendance de la nation française, sa souveraineté, l'indivisibilité et l'unité de la République fondée sur la liberté et l'égalité.

nichts als eine Formalität und auch die ursprüngliche Idee, das «Comité de salut public» alle Monate wirklich neu zu wählen, fiel allmählig der Vergessenheit anheim.

Diese beiden Comités bildeten die revolutionäre Centralregierung. Ihre ausführenden Organe waren die lokalen «comités révolutionnaires»,[1]) die in jeder grössern Ortschaft Frankreichs bestanden und nach und nach die ganze lokale Verwaltung an sich rissen, zufolge des nämlichen Prinzips einer «revolutionären Regierung bis zum Frieden», das bei der Centralregierung massgebend war, oder, wie es sich eigentlich jeder wahre Jakobiner im Stillen dachte, bis zur «régénération», d. h. der Heranziehung einer neuen Generation. Diese kleinen, mit 3—5 Franken täglich besoldeten Lokaltyrannen waren es, welche die Revolutionsregierung im ganzen Lande noch verhasster machten, als die eigentliche Regierung. Neben ihnen gab es zuletzt keinerlei regelmässige Administration mehr; die Municipalwahlen waren schon im Oktober 1793 suspendirt worden, auch die Urversammlungen, welche im Grunde gar nichts mehr zu thun hatten, gingen in den

[1]) Diese Comités waren anfänglich nach einem Gesetz vom 21. März 1793 (Hélie 361) eine Art Fremdenpolizei, wurden dann aber durch die Gesetze vom 17. und 20. Dezember 1793 mit Aufstellung der Listen der Verdächtigen und der Ausstellung der «certificats de civisme» betraut und hatten dadurch das Schicksal ihrer Mitbürger unbedingt in Händen. In Paris hatte jede Sektion ihr eigenes Comité. Mitunter klingen die Berichte über solche Lokalcomités fast komisch, besonders aus der früheren Zeit der Revolution. So excerpirt Taine (II, 44) aus einem Reisebericht: «A Mandre on trouvait dans l'auberge une douzaine de paysans réunis autour d'une table garnie de verres et de bouteilles, entre lesquelles on remarquait un écritoire, des plumes et quelque chose qui ressemblait à un registre (Protokoll). Je ne sais ce qu'ils font — disait la maîtresse d'auberge — mais ils sont là du soir au matin à boire, à jurer, à tempêter contre tout le monde et ils disent qu'ils sont un comité.»

revolutionären, lokalen Clubs auf, in welchen die eifrigsten Sansculotten stets die Mehrheit hatten. Die einflussreichste dieser Lokalregierungen war natürlich der Pariser Bürgerrath, der sich nach dem Vorbilde der Landesregierung am 31. Mai 1793 auch in einen «Revolutions-Bürgerrath» verwandelte und seinem Namen alle Ehre machte. Er terrorisirte, in Verbindung mit dem Jakobiner-Club, selbst den Convent und verlangte schon am 1. Juni die Epuration desselben durch Anklage von 27 Mitgliedern. (Hélie 370.) Die Unverletzlichkeit der Deputirten war bereits vorher (8. April) unter eigenem Zuthun der Girondisten aufgehoben worden, so dass fortan auch Conventsmitglieder «wegen Vergehen gegen die Nation» vor das Revolutionstribunal von Paris gezogen werden konnten. Am 2. Juni wurde ein berüchtigter Septembermörder, Henriot, zum Kommandanten der Pariser Nationalgarde ernannt, unter der sich die eigentliche Leibwache der Commune, die sogenannten «tappe-durs», eine zu jeder Unthat fähige Bande, mit 40 Sous täglicher Besoldung, befand. Von diesem Tage ab bis zum 9. Thermidor 1794 stand Alles in Paris unter der Herrschaft dieser Prätorianer und das eigentliche Revolutionsregiment begann. Paris und seine Communalverwaltung wurde schon damals von den gemässigten Republikanern als die grösste Gefahr für jede geordnete Staatsregierung Frankreichs erkannt. Der berühmte Redner Isnard sagte daher am 29. Mai im Convente, es werde dazu kommen müssen, dass die ganze Nation sich erhebe und diese Stadt derart vernichte, dass man ihre Spur vergeblich an der Seine suchen werde. Vorläufig aber traf statt dessen die Vernichtung ihn und seine Gesinnungsgenossen, am 31. Oktober und 10. November.[1])

---

[1]) Am 31. Oktober wurden die berühmtesten Führer der sog. Girondins hingerichtet, am 10. November folgte ihnen auf's Schaffot

Die Verbindung zwischen der Centralregierung und diesen lokalen Regierungen, die sich in Paris durch die Clubs gestaltete, in denen beide ihre Inspirationen und den Contakt mit dem «souveränen Volke» fanden, vollzog sich in weiteren Kreisen durch sogenannte Volksrepräsentanten oder geringere Agenten, Emissäre des Wohlfahrtsausschusses, die unaufhörlich und in grosser Anzahl (zeitweise bis 140 gleichzeitig) in die Provinzen geschickt wurden, um den Eifer der Lokalregierungen anzustacheln, bisweilen auch, wo es nöthig schien, selbst die Regierung mit unumschränkten Vollmachten zu führen.

Einzelne dieser «Prokonsuln» der Republik waren es namentlich, welche in ihren momentanen Stellungen schlimmer, als ihre Auftraggeber, verfuhren und denen die grössten Gräuel jener Zeit zugeschrieben werden. Collot d'Herbois in Lyon, Freron in Marseille, Carrier in Nantes, Lebon in Arras werden noch lange in der Erinnerung der Menschheit leben. Die Macht eines solchen Abgesandten der Republik war unumschränkt, wie diese selbst. Nur vom Comité de salut public musste er Instruktionen annehmen, die meist sehr allgemein lauteten; alle andern Beamten, selbst die Generale der republikanischen Armeen waren ihm unbedingt untergeben.[1]) Und vollends die Bevölkerung seines Re-

---

die interessanteste Person der damaligen Zeit, Jeanne Roland, deren im Gefängnisse geschriebene Memoiren, neben denen von Billaud-Varennes, den deutlichsten Begriff von dem geistigen Leben jener merkwürdigen Menschen der Revolutionszeit geben. Nach einzelnen Erzählungen hätte sie noch unmittelbar vor ihrer Hinrichtung, der sie mit grossem Muthe entgegenging, Schreibmaterial verlangt, um Gedanken, die ihr erst jetzt deutlich geworden seien, aufzuzeichnen. Das unerbittliche Messer der Guillotine schnitt ihr dieselben ab. Vielleicht war ihr die «Logik der Revolution» klar geworden.

[1]) Es war förmlich System, die Generale durch Volksrepräsentanten beobachten und ihnen nur die Wahl zwischen Sieg und

gierungsbezirkes sollte wie eine arme Schafherde vor allen Uebeln zittern, die in der Hand dieses einen Mannes lagen. «Il faut que l'épée de Damoclès plane désormais sur toute la superficie» (Billaud-Varennes, Taine III, 66.) «Sachez, braves sansculottes» — so schreibt ein solcher abtretender Emissär, zugleich mit der Ankündigung seines Nachfolgers — «qu'avec le patriote Ingrand vous pouvez tout faire, tout obtenir, tout casser, tout renfermer, tout juger, tout déporter, tout guillotiner, tout régénérer . . . que par lui tout tremble, tout s'écroule et rentre à l'instant dans l'ordre le plus stable» (Taine III, 252). Aus den eifrigsten Sansculotten des Ortes erwählt sich der neu eintreffende Pascha, sobald er am Orte seiner Bestimmung angelangt ist, nöthigenfalls selber ein «Comité révolutionnaire», das ihn über alle Verhältnisse des Ortes und seiner Bewohner informirt, und wer nun dieser Autorität nicht gefällt, der ist verloren. Die einzige Schranke ihrer Macht liegt darin, dass der Repräsentant alle 10 Tage an das Comité de salut public in Paris Bericht erstatten muss und höchstens zwei Monate am gleichen Orte bleibt, damit er nicht selbst zu mächtig und unabhängig gegenüber dem Staate werde. Und überdiess ist er beständig unter den Augen anderer Agenten des Centralausschusses und auf deren Denunciation hin stets der Abberufung und des Todes gewärtig, wenn er entweder verrätherisch an der Sache der Revolution gehandelt haben, oder auch nur «abgenutzt», matt geworden (usé) sein sollte. Denn die Republik verlangt Diener, die beständig vor Eifer

Guillotine zu lassen. Einzelne Volksrepräsentanten machten sich ein eigentliches Vergnügen daraus, den Generalen ihre Macht zu zeigen. Sehr sonderbare Aktenstücke darüber siehe bei Mortimer-Ternaux VIII, 245 ff.

glühen. In diesem Falle aber entschuldigt sie auch jeden derselben mit diesem Eifer für die grosse Sache. Carrier, der Pascha von Nantes, sagt zu Denen, die ihn um Milde wenigstens gegen diejenigen Personen anflehen, die sich selbst ausgeliefert haben: « Voulez-vous que je me fasse guillotiner? Il n'est pas en mon pouvoir de sauver ces gens-là. » Aehnlich Lebon: « Il fallait opter entre faire juger, ou bien être dénoncé et poursuivi » (Taine III, 258). Watet aber ein solcher Tyrann förmlich im Blute seiner Mitbürger und wird nachher wegen seiner Grausamkeit, nicht wegen seiner Milde, angeklagt, so ist er beinahe sicher, wenn nicht Lob, so doch Entschuldigung bei seinen Obern zu finden. So eben dieser Lebon, von dem Barrère im Convent berichtet, er fehle mitunter wohl ein wenig « durch etwas harte Formen », worauf Tagesordnung einstimmig und unter Beifallsbezeugungen votirt wird (Taine III, 231). Das System selbst ist hart, härter noch als die Menschen.

Nur eine nothwendige Konsequenz dieses Regierungssystems war das berüchtigte Revolutionstribunal in Paris, bestehend aus 16 Richtern und 60 Geschwornen,[1]) alle vom Comité de salut public

[1]) Mortimer-Ternaux, Geschichte der Schreckenszeit, VIII, 433. Das Dekret ist vom 23. September 1793. Eine besondere geschichtliche Darstellung über dieses Tribunal ist Wallon, Histoire du tribunal révolutionnaire de Paris. Ursprünglich « tribunal criminel extraordinaire » seit dem 11. März 1793 (Hélie 356), begann es als « Revolutionstribunal » seine Thätigkeit, wie die übrigen revolutionären Behörden, am 6. April und verurtheilte während seiner Hauptperiode nicht weniger als 8 seiner eigenen Richter und 12 seiner Geschwornen zum Tode. Die völlige Vereinfachung seines Verfahrens, wodurch dasselbe bloss zu einer Formalität wurde und die Anklage eigentlich schon die Verurtheilung mit sich brachte, war das berüchtigte Gesetz vom 22. Prairial 1794. In Folge dessen wurden vom 23. Prairial bis 9. Thermidor, in 47 Tagen, 1400 Personen in Paris verurtheilt und hingerichtet. Am 14. Thermidor

ernannt und sehr hoch, mit 18 Franken täglich, besoldet. Dieses bekannteste der Ausnahmsgerichte, bei welchem Fouquier-Tinville als öffentlicher Kläger funktionirte, verurtheilte zuletzt einfach alle Angeklagten, erhob, genau genommen, nur noch die Thatsache, dass sie angeklagt waren, zur Gewissheit, woraus sich das Weitere wie eine mathematische Schlussfolgerung von selbst ergab. Daher wurde schon bei dem grossen Prozesse der 21 Girondisten im Oktober 1793 keine Vertheidigung gestattet, der Ankläger meinte, das würde zu lange dauern und es brauche nicht so viele Ceremonien «pour raccourcir des scélérats que le peuple a déjà jugés». In solchen Worten, die uns anfänglich nur eine grausame Verhöhnung aller Justiz zu sein scheinen — wie denn überhaupt dieses Scheinbild von Prozedur, das ganz mechanisch Tag für Tag eine «fournée» Menschen an's Messer liefert, unser Gerechtigkeitsgefühl am meisten empört — liegt, näher besehen, ebenfalls die Logik der Revolution; auch hier wie überall «hat der Wahnsinn Methode». Sobald Jemand angeklagt ward, so war er bereits «hors la loi»[1]), aller ge-

(1. August), nach dem Tode Robespierre's, wurde die frühere Prozedur wieder eingeführt und am 10. August beschlossen, dass die Geschwornen wieder in ihrem Verdikt angeben sollten, in welcher Absicht gehandelt worden sei. Der Ankläger und die Richter des ehemaligen Tribunals wurden kassirt und zum Theil nun selbst hingerichtet.

[1]) Das Muster für dieses abgekürzte Verfahren gegen alle Feinde der Republik lieferte ursprünglich ein Kriegsgesetz vom 19. März 1793, welches wie folgt lautete:

« Art. 1. Ceux qui sont ou seront prévenus d'avoir pris part aux révoltes ou émeutes contre-révolutionnaires qui ont éclaté ou qui éclateraient à l'époque du recrutement dans les différents départements de la République, et ceux qui auraient pris ou prendraient la cocarde blanche ou tout autre signe de rébellion, sont hors de la loi; en conséquence, ils ne peuvent profiter des dis-

setzlichen Garantieen beraubt, ein Feind, den man bloss noch formell als solchen zu erklären, gewissermassen in seiner Person zu identifiziren hatte, um ihn dann möglichst rasch unschädlich zu machen. Etwas mehr als ein formales Dekret, einen Schein für den Kerkermeister zur Ablieferung an den Henker brauchte es daher nicht. Wozu noch vertheidigen! Das Verbrechen dieser Angeklagten besteht darin, dass sie so sind, wie sie sind, und dass sie das Auge des allezeit wachsamen Comité de salut public, oder des grossen Unbestechlichen, Robespierre, der besonders über die Republik wacht, dafür erkannt hat.[1]) Sie werden sich

positions des décrets concernant la procédure criminelle, et l'institution des jurés.

2. S'ils sont pris ou arrêtés les armes à la main, ils seront, dans les vingt-quatre heures, livrés à l'exécuteur des jugements criminels et mis à mort, après que le fait aura été reconnu ou déclaré constant par une commission militaire, formée par les officiers de chaque division employée contre les révoltés. Chaque commission sera composée de cinq personnes prises dans les différentes grades de la division soldée ou non soldée.

3. Le fait demeurera constant, soit par un procès-verbal revêtu de deux signatures, soit par un procès-verbal revêtu d'une seule signature confirmée par la déposition d'un témoin, soit par la déposition orale et uniforme de deux témoins.»

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Schon der Artikel 96 der Verfassung übrigens erlaubte eine Anklage durch einen Beschluss der gesetzgebenden Versammlung, das, was man nach englischem Recht eine «bill of attainder» nennt.

[1]) Derselbe war daher auch ganz logisch, wie er immer ist, sehr ungehalten über den «ungeschickten» Ankläger der Königin, der ihr ganz unnatürliche und unglaubliche Verbrechen vorgeworfen und dadurch einen Augenblick lang das Mitleid selbst der Megären hervorgerufen hatte, welche der Sitzung beiwohnten. War es nicht genug, dass sie Königin gewesen und jetzt angeklagt war! Die neueste Phase unserer Kriminalrechtswissenschaft, die den freien Willen der Menschen und ihre Verantwortlichkeit leugnet, die Verbrecher aber dennoch wegen ihrer Gefähr-

kaum ändern, wesshalb sie also in Gefängnissen aufbewahren, die sämmtlich nicht ausreichend sein würden, gefährlich würden sie unter allen Umständen bleiben: «Il n'y a que les morts qui ne reviennent pas». (Wort von Barrère, 16. Messidor 1793.) Und zudem: «Ce sang est-il donc si pur?» Welches grössere Verbrechen kann es überhaupt geben, als ein Feind der Republik und der Regeneration der ganzen Menschheit zu sein? Fort mit ihnen, so rasch als möglich, und damit die Guillotine besser arbeiten könne, so werden die Geschwornen durch ein Dekret des Convents ermächtigt, ihr Urtheil alsbald abzugeben, sobald sie die Ueberzeugung von der Schuld erlangt haben. Die Meisten haben diese Ueberzeugung zum Voraus und votiren immer für Tod — gegen die eigenen Mitglieder und Geschwornen des Tribunals, wie gegen jeden Andern, der in ihre Hände fällt.

Die Guillotine ging zuletzt ganz wie ein Naturereigniss, wie die Sonne, die täglich aufgeht, ihren regelmässigen Gang und Jedermann schien es als einen wünschenswerthen Fortschritt in der Geschichte dieser Erfindung zu betrachten, als man sie dahin gebracht hatte, statt bloss 50—60 täglich, noch mehr Menschen zu beseitigen. Wohin dieselben alle kamen, ist noch jetzt theilweise ein Räthsel; Carlyle erzählt nach einigen zeitgenössischen Berichten, man habe zeitweise in Meudon gewerbsmässig Leder aus Menschenhaut erzeugt. Selbst der anfängliche Abscheu und die Furcht vor diesen Hinrichtungen war geschwunden; weitaus die meisten der Verurtheilten gingen gleichgültig die blutbefleckten Stufen hinan und auch die regelmässigen Zuschauer nahmen die Sache ruhig. Es wird be-

---

lichkeit beseitigen will, steht genau auf diesem Standpunkt der Revolutionsjustiz.

richtet, dass erst das ganz ausnahmsweise Geschrei der ehemaligen Maitresse Ludwig's XV., Gräfin Dubarry (die nach Paris gekommen war, um ihr Sündengeld zu retten), die Zuschauer wieder mit Grauen erfüllt habe und Viele an diesem Tage nachdenklich weggegangen seien. Es war ihnen zum Bewusstsein gekommen, dass die Guillotine, für die man allerlei Kosenamen erfunden hatte, und der Tod durch diese Maschine, der nur noch «éternuer dans le sac» hiess, im Grunde doch etwas Schreckliches seien. Der spätere Finanzminister des Kaiserreichs, Gaudin, Duc de Gaëte, damals ein kleiner Beamter in einem Finanzbureau der Republik, erzählt in seinen Memoiren (I, 28), dass er am Abend des 9. Thermidor seinem Quartieraufseher, einem aufrichtigen Jakobiner, begegnete, der ihm zurief: «Eh bien. Qu'est-ce? Robespierre hors la loi? Que veulent-ils donc? Tout allait si bien!» — «Que veux-tu, lui répondis-je, il y a des gens qui ne sont jamais contents.» —

Dieses naive Erstaunen der Einfältigen über die Möglichkeit, ein solches Regierungssystem zu verabscheuen, diese furchtbare Möglichkeit einer völligen Umwandlung der Menschennatur durch die Gewohnheit, ist das Schrecklichste dieser Zeit des Schreckens.[1])

[1]) Uns wenigstens kommt es vor, es liege überhaupt der Grund des Schreckens mehr in dem System und in dem, wozu es die Menschen moralisch umwandelte, in der Möglichkeit, möchte man sagen, die bei dem Menschen besteht, durch blosse Konsequenz ein Ungeheuer zu werden, also, genau genommen, in dem Anblick des Abgrunds, der in jedem menschlichen Kopfe und Herzen verborgen ist, als in der objektiven Menschenvernichtung, die ja den Verlustlisten aus einer einzigen grössern Schlacht (welche vielleicht für blosse dynastische Interessen geschlagen wurde) nicht entfernt gleich kommt. Man berechnet nämlich, dass in Paris vom 16. April 1793 bis 27. Juli 1794 2625 Personen guillotinirt wurden,

Diese Umwandlung war das, was das gouvernement révolutionnaire wollte; in einer Veränderung der Menschen suchte es den eigentlichen Staatszweck und diese hat es in kurzer Zeit und in hohem Grade erreicht.

Allerdings mit Aufgabe sämmtlicher « Prinzipien von 1789 », für welche eigentlich die Revolution unternommen worden war.

II.

Es gibt nichts Gefährlicheres als eine Idee[1]) in eingebildeten und beschränkten Köpfen, wie es die Jakobiner von 1793 zum grössten Theile waren. Es kommt dabei (wie wir bereits sagten) wenig darauf an, ob dieselbe in ihrer Grundlage richtig oder falsch sei, denn eine masslos auf die Spitze getriebene Wahrheit kann in dieser ihrer Anwendung ebenfalls zum Irrthume werden. Das ist niemals in der Geschichte so deutlich bewiesen worden, als durch die revolutionäre Regierung.

Die leitende Idee derselben war eine an sich in hohem Grade richtige, der Patriotismus, die Angehörigkeit des Individuums an die Gesammtheit, woraus in logischer Gedankenfortsetzung die Allgewalt des Staates und die unbedingte Unterwerfung des privaten Lebens unter den gesellschaftlichen Zweck gefolgert werden kann. [2])

---

in Nantes 1971, in Lyon 1684, im Ganzen in Frankreich circa 17,000 (Taine III, 388). Revolutionstribunale gab es 78, wovon 40 ambulante.

[1]) Daher stammte ursprünglich der Hass Napoleon's gegen die « Ideologen », die er genau kennen gelernt hatte, zu denen er aber nachmals alle selbstdenkenden Menschen zählte, die nicht seine Knechte sein wollten.

[2]) Alle radikalen Parteigruppirungen tendiren heute noch zur Staatsallmacht und die richtigen Grenzen derselben sind noch immer theoretisch nicht gefunden, müssen aber gesucht werden.

Daraus ergibt sich zunächst, ebenfalls vollkommen logisch, die Vernichtung der ökonomischen Selbständigkeit des Individuums; nicht allein so, dass der Staat ihm sein bisheriges Eigenthum auf Grund eines sogen. «jus eminens» entreissen oder ihm seine bisherigen Erwerbsquellen (etwa durch Monopole) abschneiden kann, sondern auch so, dass das Privateigenthum überhaupt bloss als ein Precarium erscheint, das jeden Augenblick beschränkt oder aufgehoben werden kann.[1]) Mirabeau sagte darüber schon im Beginne der Revolution (10. August 1789) mit grosser Klarheit: «Je ne connais que trois manières d'exister dans la société: il faut y être mendiant, voleur, ou salarié. Le propriétaire n'est lui-même que le premier des salariés; ce que nous appelons vulgairement sa propriété n'est autre chose que le prix, que lui paie la société pour les distributions qu'il est chargé de faire aux autres individus par ses consommations et ses dépenses. Les propriétaires sont les agents, les économes du corps social.» Es liegt in der Natur der Sache, dass die Gesellschaft ihren Oekonomen auch entlassen kann, wenn sie es für zweckmässig findet die Selbstverwaltung ihres Vermögens ganz oder theilweise wieder einzuführen, oder dass sie den Gehalt, den sie ihm bisher bezahlte, zu hoch findet und herabsetzt.[2]) Darauf gestützt, wurde zunächst das Betriebskapital des abgesetzten Haupt-

[1]) Das war in dem Konstitutionsprojekt Robespierre's (pag. 5) sehr gut ausgedrückt und ist heute der leitende Gedanke Lassalle's in seinem «System der erworbenen Rechte». Ohne diesen Grundgedanken wäre auch jeder Sozialismus Pfuscherei.

[2]) Sobald eine solche Absetzung droht, werden dann auch manche solcher «ungerechten Haushalter» (im Sinne des Sozialismus) für ihre Zukunft besorgt und verfahren ganz genau so, wie schon das Evangelium (Lucas, Kap. 16) es mit köstlicher Ironie beschreibt. Wir sind gerade jetzt in diesem Stadium begriffen.

agenten und höchstbezahlten Angestellten, des Königs, eingezogen, ihm folgte naturgemäss das des Adels, der Emigrirten und der sonst Verdächtigen; sodann das der Kirchen, Stiftungen, Gemeinden; zuletzt alles baare Geld, Gold und Silber und die Gegenstände der Konsumation, welche letzteren Gegenstände im günstigsten Falle mit Staats-Assignaten ausgelöst wurden. Das Programm des heutigen Marx'schen Sozialismus und der damaligen Sozialisten (besonders Babœuf's) wurde ausgeführt; sozusagen das ganze vorhandene «Kapital» ging in die Hände des Staates über. In einzelnen Departementen verlangt ein Volksrepräsentant innert 24 Stunden die unentgeldliche Ablieferung aller grünen oder blauen Mäntel, in andern wird die Zurückhaltung von Gold und Silber mit dem Tode bedroht; ein dritter Volksvertreter macht einen Satz, der allfällig in Kriegsnoth anwendbar ist,[1]) zur allgemeinen Regel, indem er proklamirt: «En cas de besoin public tout appartient au peuple et rien aux individus» (Taine III, 73 u. 74).

Ebenso wie ihr Geld, so gehören auch die Personen dem Staat. Diess involvirt nicht allein eine sehr ausgedehnte militärische Dienstpflicht, mit schweren Strafen selbst für die Angehörigen, falls sie nicht geleistet wird,[2]) sondern auch ganz folgerichtig die gleiche Pflicht, sich im Civildienst verwenden zu lassen, wo es dem Staate zweckmässig erscheint. Jeder muss arbeiten da, wo man ihn hinstellt, «les oisifs et les oisives moissonneront sous vos yeux en bande.... et rentreront les gerbes dans le grenier public.» Ein

---

[1]) Wir haben ihn auch in unserer schweizerischen Militärorganisation, aber mit beigefügter Klausel der Entschädigung (Art. 225).

[2]) Auch diess ist eigentlich in milderem Massstab in der Militärsteuer der Erbanwartschaft enthalten.

Notar in Paris, Girard Toussaint, der Anfangs ein Anhänger der Revolution, sogar Präsident einer Sektion gewesen war, später aber anfing sich fern zu halten, wurde hingerichtet, weil er « a privé de ses lumières ses concitoyens » (Taine III, 77). Auch die Frauen mussten daher bei den öffentlichen Festen erscheinen, um dieselben durch ihre Anwesenheit zu beleben; einzelne wurden zu den Darstellungen der « Göttin der Vernunft » gepresst, ja, es kommen Fälle vor, wo sie zwangsweise an Patrioten verheirathet werden (Taine III, 77). Selbst die blosse Passivität kann zum Verbrechen werden; daher sagt St. Just in einem Rapport vom 10. Oktober 1793: « Vous avez à punir quiconque est passif dans la République et ne fait rien pour elle. » Auch das ist eine ganz mögliche und logische Folgerung aus der unbezweifelbaren Pflicht des Patriotismus.

Die zweite, ebenfalls wahre Grundidee des Gouvernement Révolutionnaire ist die Regeneration des Volkes; « récréer le peuple », zuerst den natürlichen Menschen herstellen, dann den sozialen. Darin sind die leitenden Revolutionsmänner geradezu grossartig und man fühlt sich selbst mitunter versucht, ihnen so weit Recht zu geben, dass hier der grosse Zweck vor der Gewaltsamkeit der Mittel nicht zurückschrecken müsse: « Nous ne connaissons qu'un moyen d'arrêter le mal, c'est de faire la guerre à toute espèce de perversité » (St. Just). « Notre but est de créer un ordre de choses tel qu'une pente universelle vers le bien s'établisse » (St. Just). « Nous voulons substituer la morale à l'égoïsme, la probité à l'honneur, les principes aux usages, le devoir aux bienséances, le mépris du vice au mépris du malheur, la grandeur d'âme à la vanité, les bonnes gens à la bonne com-

pagnie, le génie au bel esprit, un peuple magnanime, puissant, heureux à un peuple aimable, frivole et misérable » (Robespierre). « Il s'agit de remplir les vœux de la nature, d'accomplir les desseins de l'humanité, de tenir les promesses de la philosophie. .... Jusqu'ici l'art de gouverner n'a été que l'art de dépouiller et d'asservir le grand nombre au profit du petit, et la législation le moyen de réduire cet attentat en système. » (Robespierre.)

Es muss Jemand selbst kein Herz haben, das für die Wahrheit empfänglich ist, wenn er nicht in solchen Worten den nicht so leicht nachahmlichen Ton der innersten Ueberzeugung hört und diese Menschen für blosse Scheusale ansieht, welche mit schönen Redensarten zu ihrem eigen Vortheil zu betrügen hofften. Nein! es war ihnen Ernst mit dieser Regeneration, wie es einem erheblichen Theil der heutigen Sozialisten damit Ernst ist: « Le jour où je serai convaincu qu'il est impossible de donner au peuple français des mœurs douces, énergiques, sensibles, inexorables pour la tyrannie et l'injustice, je me poignarderai » (St. Just). — « Ce que j'ai fait dans le midi je le ferai dans le nord, je les rendrai patriotes; ou ils mourront, ou je mourrai »; « nous ferons un cimetière de la France plutôt que de ne pas la régénérer à notre manière », sagen zwei berüchtigte Volksrepräsentanten; « le gouvernement de la révolution est le despotisme de la liberté », spricht Robespierre (Taine III, 79 ff.). Es gibt eben Zeiten — so ist ihr Gedanke — in welchen eine Generation, ein ganzes Volk sogar, zu Gunsten des Fortschrittes der Menschheit geopfert werden muss. Wie Josua die Kanaaniter, Cromwell die verderbten Irländer vertilgte, wie in der Weltgeschichte fast jeder grosse Fortschritt blutige Fussspuren zeigt, so handeln auch wir, als die heutigen ge-

treuen Vollstrecker ihrer Befehle, und weder Toulon, noch Lyon, noch Marseille sind nothwendige Existenzen für die Menschheit; sie verdienen vielmehr nichts Besseres als das Schicksal von Sodom, Karthago, Jerusalem, wenn sie ihre Schuld auf sich häufen. Es handelt sich zuerst darum, rücksichtslos und mitleidlos mit den Gründen der bisherigen Korruption aufzuräumen, dann, einen neuen Staat für eine bessere Menschheit auf diesen Trümmern aufzubauen. —

Diess sind die zwei Hauptideen der französischen Revolution, die eben so wahr in ihrer Grundnatur, als furchtbar und verderblich in ihrer völligen logischen Konsequenz gewesen sind.

Als die wesentlichen Gründe der bisherigen Verderbniss betrachteten diese Reformatoren zwei Institutionen, die allerdings in dem vorrevolutionären Frankreich wahrhaft ungeheuerliche Auswüchse gezeigt und durch tausend persönliche Beziehungen sich in den Sinn dieser Männer tief eingeprägt hatten. Wir verstehen sie ein wenig, wenn wir den ersten Band Taine's über das «ancien régime» gelesen haben. Die erste dieser Institutionen ist die Kirche und Religion, Begriffe, die kaum mehr auseinanderzuhalten sind und die in den untern Volksklassen einen trostlosen Aberglauben, in den Kreisen des hohen Klerus aber eine bodenlose Verdorbenheit und eine freche Heuchelei bedeuten. Die frivolen geistlichen Finanzminister, welche die Revolution herbeigeführt haben, der verliebte Erzbischof von Strassburg mit seiner Halsbandgeschichte sind noch in Aller Munde. Daher soll diese « officine patentée de mensonges » geschlossen und das ungeheuerlich angeschwollene Kirchengut zu bessern Zwecken verwendet werden. Zwar versucht man es zuerst noch mit einer neuen Staatskirche und einem neuen Klerus von auf

die Verfassung beeidigten Priestern, es zeigt sich aber, dass dieselben keinen Einfluss auf das Volk gewinnen, oder selbst wieder in die alten Geleise zurücksinken. Desshalb wird bald die von der Verfassung proklamirte Kultusfreiheit nur noch für die Ungläubigen in Anspruch genommen,[1]) die eidweigernde Priesterschaft ausser das Gesetz gestellt, auch die beeidigte geplagt und diskreditirt, bis sie ihren Stand verlässt, sodann die Kirche geschlossen, der Kultus verboten, die jüdischen Gesetzbücher verbrannt, die christliche Sonntagsfeier abgeschafft und bestraft, ja öfter mit grausamer Vorsicht durch besondere Dekrete der Markttag geändert, damit die Fastenden keine Fische mehr bekommen können. Die Idee der Vernunft soll fortan die Menschheit regieren und die «religion de Socrate, de Marc-Aurèle, et de Cicéron» auch diejenige Frankreichs sein (Taine III, 85 ff.).

Der logische Endschluss ist das moderne Heidenthum. Vorausgesetzt, dass kein wirklicher, von den Ideen der Menschen ganz unabhängiger Gott existire, sondern bloss die menschliche Vernunft und die Natur mit ihren Gesetzen die Welt regieren; oder wenn nur ein pan-

---

[1]) Das bezeichnendste aller Dekrete, das recht deutlich zeigt, wie man vom Standpunkt der Kultusfreiheit jeden Kultus unterdrücken kann, ist das des Volksrepräsentanten in der Charente inférieure, Lequinio (1. Nivose II). Es lautet in seinem wesentlichen Passus: «Afin que la liberté des cultes existe dans toute sa plénitude il est défendu à qui que ce soit de prêcher ou d'écrire pour favoriser quelque culte ou opinion religieuse que ce puisse être.... Il est expressément défendu à tout ci-devant ministre de quelque culte qu'il soit de prêcher, d'écrire ou enseigner la morale.... Tout homme qui s'avise de prêcher quelque maxime religieuse que ce puisse être est par cela seul coupable envers le peuple. Il viole.... l'égalité sociale, qui ne permet pas qu'un individu puisse élever publiquement ses prétentions idéales au dessus de celles de son voisin.» (Taine III, 85).

theistischer Gott, wie ihn Spinoza und Göthe sich konstruirten und Robespierre ihn in seinem «Etre suprême» adorirt, die Lücken des menschlichen Denkens über das Uebersinnliche nothdürftig ausfüllt, — in beiden Fällen ist in der That der Gedanke, zum klassischen Heidenthum zurückzukehren, der allein richtige und es haben die konsequenten Logiker der Revolution, an ihrer Spitze der darin geradezu ideale St. Just, Recht, wenn sie ihrem immer noch etwas phantasirenden Kollegen zurufen: «Robespierre, avec ton Etre suprême tu commences à m'embêter.» —

Die andere Kette, an welche die leidende Menschheit bisher geschmiedet war und von welcher die Revolutionsregierung sie befreien will, heisst soziale Ungleichheit im weitesten Sinne des Wortes. Welche unerträglichen Dimensionen dieselbe in Frankreich angenommen hatte, zeigt am besten die Hofstadt Versailles, in der eigentlich der gesammte Adel Frankreichs wie in Einer verschwenderischen Haushaltung zusammen lebt und tägliche Feste feiert, die aus den letzten Blutstropfen eines kaum mehr menschenähnlichen Bauernstandes fliessen. Dadurch ist schliesslich in den oberen Klassen eine solche Unnatur und eine so grosse Verderbniss der Sitten eingerissen, dass sogar die Begriffe von Moral aufgehört haben zu existiren[1]) und

[1]) Eine schlechtere «gute» Gesellschaft als in den Hofkreisen seit Ludwig XV., der selbst mit gutem Beispiel voranging, hat es in der neueren Geschichte niemals gegeben. Das «ancien régime» von Taine ist noch lange nicht das Schlimmste, was darüber gelesen werden kann, sondern man muss da schon die «liaisons dangereuses» (von Laclos, herausgekommen 1782), die auf reellen Vorkommnissen beruhen, nachsehen, wenn man einen wirklichen Begriff davon bekommen will. — Ueber den Zustand der Bauersame in Frankreich vor der Revolution geben die Schilderungen des ältern Mirabeau (Ami de l'Homme) den besten Aufschluss.

das ganze geistige und materielle Vermögen eines grossen Volkes nur noch dazu dient, um eine frivole Gesellschaft von einigen Hunderten mit ihrem Anhang in einem beständigen Taumel des Vergnügens zu erhalten, das, nach der guten Einrichtung der menschlichen Natur, für sie selbst zuletzt keines mehr ist.

Die Männer der Revolution machten mit diesen gemeinschädlichen Vorrechten kurzen Prozess. Schon 1789[1]) und 1790 wurden Wappen, Titel, Feudalrechte, Adelsbezeichnungen aufgehoben, zuletzt sogar die gebräuchlichen Anreden «Monsieur» und «Madame» verboten und der republikanischen Sprache und Sitte, an Stelle der ehemaligen übertriebenen Verfeinerung, eine absichtliche Rohheit des Ausdrucks angeeignet, die uns heute oft verhindert, die damaligen Redensarten wörtlich wiederzugeben.[2]) Ganz konsequent folgt sodann der Ab-

---

[1]) Das französische Staatsrecht beginnt mit dem 23. Juni 1789. Einer seiner besten Kenner, Boutmy (Etude de droit constitutionnel, pag. 83) sagt, man habe stets vermieden, den Ursprüngen der Staatsordnung in Frankreich nachzuforschen, und nur ausnahmsweise würden Vorlesungen darüber gehalten. Klassische Literatur darüber gebe es nicht. Das Königthum hatte allmälig alle andern organischen Bestandtheile des Staatskörpers, Adel, Geistlichkeit, Parlamente, Provinz- und Stadtobrigkeiten erdrückt, sie führten längst bloss noch ein Scheinleben. Als es dann selbst durch die Revolution fiel, blieb nur die Masse des Volkes als Ein politischer Körper übrig. Jeder Versuch, eine Gewalt vor die Revolution zu datiren, ist bisher misslungen. Alle Gruppen, welche dort in der grossen Masse menschlicher Monaden existiren, sind willkürlich geschaffene. Daher ist auch bloss ein nationales Leben, kein kommunales, und bloss eine gesetzliche, durch das Gesetz geschaffene, keine natürlich-historische Gruppirung der Menschen vorhanden. Das ist, neben dem allzugrossen Einfluss der Hauptstadt, die Schwäche des französischen Staats, für die aber nicht die Revolution, sondern das «ancien régime» in erster Linie verantwortlich erscheint.

[2]) Das «Du» ist ganz allgemeine Umgangsform. (Vergl. oben die Erzählung der Frau Engel.) Eher komisch war die Wirkung

schaffung des Adels die des Königthums, das dessen Centralpunkt und an sich schon ein «crime éternel» ist (St. Just). Die Mitglieder der bisherigen Aristokratie sollten überhaupt eigentlich ausgerottet, oder höchstens allfällig als Staatssklaven, in der Weise der spartanischen Heloten, zu Strafarbeit an den öffentlichen Strassen verwendet werden: «ce serait le seul bien, qu'ils auraient fait à la patrie» [1]) (St. Just, 10. Oktober 1793).

Die Ungleichheit, die bisher unter den von der Natur gleich geschaffenen Menschen bestand, manifestirt sich aber nicht bloss in solchen missbräuchlichen gesellschaftlichen Rangstufen, sondern auch, und beinahe noch mehr, in einem unberechtigten Unterschiede in Bezug auf den Besitz. Da hören wir nun Aeusserungen

---

der Abschaffung der Adelstitel; man kannte plötzlich seine Freunde nicht mehr, wenn man z. B. den Namen «Riquetti» nennen hörte der gestern noch als «Mirabeau» allbekannt war. Allerdings war unmittelbar vorher die Sitte ganz allgemein geworden, sich Gutsnamen mit Recht oder Unrecht beizulegen. Brissot, dessen Vater in einem Dorfe bloss ähnlichen Namens einfacher Landwirth war, nannte sich «de Warville», Caron von einem Grundstück seiner Frau «de Beaumarchais», und die Welt gewöhnte sich, nach einigem Spott, an diese Usurpationen, wie diess übrigens auch heutzutage noch vorkommt.

Einzelne Personen, deren gewöhnlicher Familienname undemokratisch klang, nahmen ganz neue Namen an, so ein Deputirter Leroi: Laloi, ein Geschworner gleichen Namens: Dix-Août, der Herzog von Orleans «Philippe Egalité». Selbst Städte wurden umgetauft, wovon später noch die Rede sein wird. Als Vornamen waren die des republikanischen Roms und Griechenlands (Anaxagoras, Anacharsis, Brutus u. s. w.) ebenso beliebt, wie in der englischen Republik die des alten Testaments.

[1]) Ein Engländer stellte im Jahre 1790 folgende absteigende gesellschaftliche Stufenleiter auf: «Dieu, ange, tyrannicide, philanthrope, laboureur, citoyen fainéant, dévôt, prêtre, moine, saint, martyr, soldat, héros, noble, roi, pape, diable.» (Memoiren von Brissot).

vor hundert Jahren, die uns wie von heute und gestern klingen: Der Reiche besitzt und verzehrt viel mehr als seinen Antheil an dem Produkt der gemeinsamen Arbeit. Er kann sogar willkürlich den Lohn der Arbeit bestimmen und er bestimmt ihn stets so niedrig, als nur immer möglich, so dass dem Arbeiter nur gerade das zur dürftigsten Existenz Nöthige, nach den jeweiligen Preisen der Lebensmittel, bleibt. Er beutet also alle anderen Menschen aus und zieht Nutzen aus ihrem Elend. Desshalb ist «opulence une infamie» (St. Just) und soll Niemand mehr als 3000 Livres jährliche Einkünfte haben (Robespierre); in Marseille ist sogar bloss von 200 Livres als Maximum die Rede gewesen (Taine III, 92, nach Anne Plumptre). Erreicht wird die Herstellung eines solchen Niveau's durch die einfachsten Massregeln. Zunächst werden die Güter der Emigrirten, Guillotinirten, ihrer Verwandten und der sonst Verdächtigen sequestrirt oder eingezogen, und da die Reichen eigentlich alle im Herzen gegen die Revolution und ihre Einrichtungen sind, so ist es leicht, jeden derselben, den man treffen will, als verdächtig zu erklären.[1] Alles baare Geld, Gold und Silber muss gegen Austausch an Staatspapiergeld abgeliefert wer-

---

[1]) Durch ein Gesetz vom 26. März 1793, das auf die Petition einer Pariser-Sektion hin ohne Diskussion angenommen wurde, wurden zunächst alle Gemeinden ermächtigt, die Verdächtigen zu entwaffnen, später verfügte das berüchtigte Gesetz vom 17. September 1793 die Arrestation aller Verdächtigen «et réputa suspects certaines catégories, dans lesquelles il était aisé aux comités révolutionnaires de comprendre tous les citoyens». (Hélie 363.) In unmittelbarem Zusammenhang damit standen das Gesetz vom 19. März 1793, welches eine ganze Masse von Personen einfach «hors la loi» erklärte, vom 21. März über die comités de surveillance, vom 28. März gegen die Emigrirten, vom 29. März gegen die Presse, vom 21. April gegen die unbeeidigten Priester. (Vgl. Hélie 361.)

den: was davon verheimlicht wird, wird konfiszirt und der Anzeiger erhält eine Prämie von 5 %. Die Staatsschulden werden alle in Papier bezahlt, ein «impôt progressif» und öftere «emprunts forcés» erstrecken sich auf alles nicht Nothwendige; nothwendig ist aber nur ein Einkommen von höchstens 1000 Livres auf den Kopf. Von dem darüber hinausgehenden «Ueberfluss» wird willkürlich von einem Viertheil bis zur Hälfte, ja unter Umständen das Ganze genommen.[1]) Das letztwillige Verfügungsrecht wurde durch ein Dekret vom 7./11. März 1793 beseitigt; eheliche und uneheliche Kinder erben gleich,[2]) selbst das Repräsen-

---

[1]) Taine führt Fälle von 300,000, 500.000 bis 1,200,000 Franken solcher Steuerbeiträge von einer einzigen Person aus den Berichten des Finanzministers Cambon an (III, 95). Das Gesetz über die Liquidation der Staatsschulden vom 26. September 1793 hatte den kurzen, sehr bezeichnenden Wortlaut: «La convention nationale décrète que toutes les créances sur l'Etat sont réglées *administrativement.*» (Hélie 394.) Das Gesetz über die Progressivsteuer vom 18. März 1793 (Hélie 359) gestattet eine unbeschränkte Anwendung dieses schon in der Verfassung enthaltenen Grundsatzes.

[2]) Das Gesetz vom 6. Januar 1794 über die donations et successions enthält einen kleinen Codex des Erbrechtes, in welchem besonders bemerkenswerth ist, dass alle Schenkungen unter Lebenden und alle letztwilligen Verfügungen noch Lebender seit dem 14. Juli 1789 ungültig sind und alle erbrechtlichen Prozesse durch Schiedsrichter entschieden werden müssen. (Art. 1, 54.) Das Gesetz ist rückwirkend erklärt. Es sollte einen Theil des neuen «code civil» bilden, der schon am 9. August 1793 von Cambacérès dem Convent vorgelegt wurde, damals aber nicht zu Stande gekommen ist. (Vgl. Hélie 407.)

Ebenfalls ein Kapitel dieses Code civil ist das Gesetz über die unehelichen Kinder vom 2. November 1793, welches dieselben den ehelichen vollkommen gleichstellt, gleichermassen rückwirkend auf den 14. Juli 1789. Auch hierüber urtheilen Schiedsrichter inappellabel. (Hélie 398.) Beide Gesetze verursachten durch diese Rückwirkungsklausel eine vollständige Rechtsunsicherheit in allen Familien.

tationsrecht wird bis in's Unendliche zugelassen «pour multiplier les héritiers et morceler les héritages» (Taine III, 96). Auf diese Weise verliert Jeder, der nicht arbeitet, sondern bloss Kapitalist sein will, in Bälde sein ungerechtes Eigenthum, vorläufig aber dessen Renten, die natürlich von den Schuldnern in Assignaten mit Zwangskurs bezahlt werden. Der Vater Sylvestre de Sacy's hatte einen Pächter, der ihm Fr. 4000 Pachtzinse zu bezahlen hatte; derselbe bot ihm diese Summe in Staatspapiergeld, oder ein Schwein, und Herr de Sacy wählte — das Schwein.[1])

Ist auf diese Weise der natürliche Mensch aus der gröbsten Korruption herausgearbeitet und einigermassen hergestellt, so folgt ihm der soziale, der nun durch den Staat in der kommenden Generation, auf die es eigentlich allein ankommt, herangebildet werden muss. Vor allen Dingen soll es keine «malheureux» mehr in

Ebenso eingreifend für den Besitzstand in den französischen Kolonien war das berühmte Gesetz über die Aufhebung der Sklaverei und die Erklärung der französischen Neger (ungefähr 650,000 Personen) zu freien Vollbürgern der Republik, das am 4. Februar 1794 erlassen wurde. Es wurde im Jahr X der Republik wieder aufgehoben und erst 1848 hergestellt. Ein Negersklave von Haïti, Toussaint-Louverture, erreichte den Grad eines französischen Generals, wurde jedoch später von dem Schwager Napoleon's Leclerc gefangen gesetzt und starb 1803 an unseren Grenzen, im alten Fort de Joux bei Pontarlier.

[1]) Die Assignaten verloren nach und nach allen Werth, namentlich seitdem sie reines Papiergeld, ohne irgend welche Fundirung geworden waren. Ein Paar Stiefel kostete zeitweise bis zu 40,000 Livres. Baron Grimm pflegte einen Busenstreif und ein Paar Manschetten zu zeigen, die er, um wenigstens etwas zu retten, für 150,000 Franken gekauft hatte. Wir selbst hatten noch einen Kasten voll solcher Assignatenbogen, mit denen die Pensionen von ehemaligen Schweizer Offizieren in französischen Diensten bezahlt wurden. Die grösste Entwerthung der Assignaten erfolgte übrigens erst unter der Direktorialregierung.

Frankreich geben. Dieser grosse Gedanke, den schon Moses ausgesprochen, es müsse zwar Arme und Reiche, aber keine Bettler geben, und den unsere Zeit mit ganz unzureichenden Mitteln auszuführen sich vornimmt, wird. hier in der modernen Zeit zum ersten Male auf der Rednerbühne einer grossen Nationalversammlung ausgesprochen. Für Alle soll gesorgt werden, kein Mensch darf mehr, wenn er bedürftig, oder alt und arbeitsunfähig ist, dem Mitleid anheimfallen, oder in Sorge für seine Hinterlassenen sterben müssen. Die Armuth ist kein Verbrechen mehr, sondern eine Ehre und die Unterstützung kein Almosen, sondern ein Recht, «les malheureux sont les puissances de la terre.» Lange genug ist das vergessen worden, nun wird man sie «indemniser avec les biens des ennemis de la révolution» (St. Just). Dem Bürger liefert die demokratische Republik Arbeit, wenn er kräftig, Erziehung, wenn er ein Kind, Unterhalt, wenn er alt oder gebrechlich ist. «Unterstützung» ist ein Wort für Sklaven, Nationalarbeit und Recht auf Hilfe die Situation freier Menschen. Die nicht verkauften Nationalgüter sollen in kleinen Loosen ausgetheilt und ein «grand livre de bienfaissance nationale» eröffnet werden, um die Gemeinden unterstützen, die Brotpreise herabsetzen und die Armen für den Besuch der Sektionsversammlungen oder der Comités de surveillance besolden zu können. Jeder, der für einen Andern arbeitet, isst übrigens ohne Weiteres mit ihm, er ist Mitglied seiner Familie (St. Just, Institutions). Das sind die Grundsätze des «Civismus.» Ihm entgegengesetzt ist der Egoismus, die Einzelwirthschaft, die das Vaterland um einige Sous verkaufen würde. Mit dem Namen «accapareurs» werden Diejenigen gebrandmarkt, welche irgendwelche Gegenstände nothwendigen Gebrauchs, die sie besitzen,

nicht täglich dem öffentlichen Verkauf aussetzen, oder überhaupt mehr, als für ihren eigenen Unterhalt nöthig ist, aufspeichern. So wurde in Paris Jemand hingerichtet, der 30 Brote auf einmal von seinem Bäcker bezog (Taine III, 104).[1]) Der Maximalpreis aller Waaren wird daher auch jeweilen vom Staate bestimmt,[2]) und wenn Jemand desshalb sein Geschäft aufgibt, so wird er dadurch «verdächtig». Auch die Nationalmagazine der heutigen Sozialisten, in die alle Arbeitsprodukte abgeliefert werden, und die gänzliche Abschaffung des Privateigenthums, die Uebernahme von Grund und Boden, Kapital und Arbeitswerkzeug durch den Staat und die Betreibung alles Handels und aller Industrie durch denselben, so dass er jedem Bürger seine Arbeit anweist und mit Rationen bezahlt, wurden schon damals ernstlich erwogen.[3])

---

[1]) Wenn man heute von dem «grand coup» von Rothschild und Consorten liest, die alles Kupfer aufkaufen, um es dann mit ungeheurem Vortheil wieder loszuschlagen, so möchte man solchen Herren gelegentlich wohl ein wenig «terreur» wünschen. «Sie treiben's toll; ich fürcht', es breche.»

[2]) Diese berüchtigte «loi du maximum» verhinderte eigentlich allen Handel, welchen auch die richtigen Sozialisten der damaligen Zeit, ebenso wie den Ackerbau, später lediglich noch in Regie zu betreiben beabsichtigten. Einstweilen sollte den «accapareurs» durch solche Massnahmen das Geschäft erschwert werden und accapareur wurde schliesslich Jeder genannt «qui dérobe à la circulation des marchandises ou denrées de première nécessité et les tient enfermées dans un lieu quelconque sans les mettre en vente journellement et publiquement». (Taine III, 103.)

[3]) Der eigentliche Apostel des Sozialismus jener Zeit, François Noël (oder wie er sich nannte Cajus Gracchus) Baboeuf von St. Quentin, geb. 1764, welcher in seinem Blatte «le tribun du peuple» die Anhandnahme alles Bodens, alles Kapitals und aller Arbeitswerkzeuge und die direkte Betreibung aller Gewerbe und alles Handels durch den Staat mit Bezahlung der Arbeiter durch Lebensmittelrationen, kurz die ganze heutige Marx'sche Lehre,

Ebenso wenig als ökonomische soll es sonstige Sonderinteressen geben. Daher soll auch die Ehe leicht auflöslich gemacht werden und vorübergehende Verbindungen werden vom Staate bevorzugt.[1]) Beidseitiges Einverständniss genügt zur Scheidung, ebenso sechsmonatliche faktische Trennung; dann spricht der Staat die Auflösung der Ehe ex officio aus. Die eheliche Vormundschaft wird aufgehoben; die Frauen sind überhaupt auch «Bürgerinnen» dem Grundsatze nach. In einzelnen Sektionen von Paris hatten sie förmlich berathendes Votum, anderwärts hatten sie wenigstens das Recht, den Berathuugen der Sektionen und Klubs beizuwohnen[2]) (Taine III, 282). Viele von ihnen gehörten zu den eifrigsten Patrioten. Auch über die Kinder sollte es keine väterliche Vormundschaft und Autorität mehr geben. Sie nannten sich daher auch bereits «Patrioten», schalt

---

vortrug, wurde am 24. Mai 1797, nach einem verfehlten Selbstmordversuche, hingerichtet. Seine Lehren sind später von Buonaroti und Dezamy in dem «code de la communauté» weiter bekannt gemacht worden. Besonders bekannt ist von ihm das geflügelte Wort: «Die Armen leiden unter einer dreifachen Fessel: materieller Noth, Unwissenheit und Betrug der Religion.»

Couthon erklärte den Lyoner Kaufleuten, die ihn um Schonung ihres Handels ersuchten, geradezu: Wir wollen keinen Handel mehr, Handel erzeugt Reichthum, Reichthum Sittenverderbniss und diese den Untergang der Republiken. Man kann auch hierin einen Ton der Ueberzeugung nicht ganz verkennen.

[1]) Die Ehe wird sogar ganz neu definirt: Projets de St-Just (Taine III, 108): «L'homme et la femme qui s'aiment sont époux; s'ils n'ont point d'enfants ils peuvent tenir leur engagement secret.» In Paris wurden in etwas über 2 Jahren 6000 Ehen geschieden, im Jahr VI der Republik mehr geschieden, als eingegangen.

[2]) Doch hatte man sich genöthigt gesehen, eigentliche Frauenklubs durch das Gesetz über die Klubs vom 30. Oktober 1793 zu verbieten: «Art. 1. Les clubs et sociétés populaires des femmes, sous quelque dénomination que ce soit, sont défendus.»

man sie, so drohten sie den Eltern mit Anzeige und erklärten, « nous n'avons de père et mère que la République » (Anne Plumptre, Taine III, 109). Und sie hätten in der That Schutz bei derselben gefunden, denn das war der Geist der künftigen Generation von « sozialen Menschen », die man heranzuziehen hoffte, Individuen ohne spezielle Verbindungen, Kasten, Kirchen, Korporationen, Familien, Gemeinden, oder dauernde Affektionen irgend einer andern Art, als für die Eine grosse und untheilbare Republik, Millionen einzelner Bürger, verbunden allein durch den Einen « contrat social ». [1])

Daraus ergibt sich das Erziehungs- und Glaubenssystem der Revolution. Merkwürdig im Vergleich mit unserer Zeit ist dabei, dass ein Theil der eifrigsten Republikaner, namentlich Robespierre, [2])

---

[1]) Der Sinn für die Familie, überhaupt für andere edlere menschliche Beziehungen, als die politischen, fehlte den damaligen Menschen, es ist diess übrigens noch heute vorzugsweise bei den Revolutionären romanischer Race der Fall. Es war damals ein Hauptgrund ihres Scheiterns, denn was gegen die Familie geht, hat keine Dauer.

[2]) Das Gesetz, durch welches er kurz vor seinem Sturze diese Staatsreligion einführen wollte, ist vom 7. Mai 1794 und war u. A. auch gegen ein Gesetz vom 17. Nov. 1793 gerichtet, das einfach eine allgemeine Abschwörung aller Religionen beabsichtigte. Die charakteristischen Artikel lauten: « Art. 1. Le peuple français reconnaît l'existence de l'Être suprême et l'immortalité de l'âme. Art. 4. Il sera institué des fêtes pour rappeler l'homme à la pensée de la Divinité et à la dignité de son être. Art. 5. Elles emprunteront leur nom des événements glorieux de notre révolution, soit des vertus les plus utiles à l'homme, soit des plus grands bienfaits de la nature. Art. 12. Tout rassemblement aristocratique et contraire à l'ordre public sera réprimé. Art. 17. Le présent décret et le rapport de Robespierre seront traduits dans toutes les langues et répandus dans tout l'univers. » Am 8. Juni 1794 wurde in Folge

doch eine Art von Staatsreligion wollte, die wenigstens den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele und an die Existenz eines höchsten, unsichtbaren Wesens im Volke erhalten sollte. Vieles davon war allerdings Theaterapparat und die «Göttin der Vernunft», die allenthalben paradirte, passte nicht recht dazu. Der alten Kirche wurden die Sonntagsfeier[1]) und ihre Feste in den «Festen der Natur, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Gleichheit, des Unglücks, der menschlichen Gesellschaft» u. s. w. nachgeahmt. Ja sogar Heilige und Märtyrer wollte die Republik haben; statt der alten waren es nun: Châlier, Marat, Lazowsky, Lepelletier, die für die Republik geopfert worden waren.[2]) Es gab Schulen, in denen man beim Namen «Marat» ein Kreuz schlug, ähnlich wie es Gebete für Kinder zu Lassalle gegeben hat.

Die Schule war natürlich eine Hauptsorge der Republik. Alle Lehrer und Lehrerinnen mussten Zeugnisse des «Civismus» haben und vor allen Dingen (wie auch unsere helvetische Republik es nachahmte) der «Religionsschwärmerei» gänzlich unverdächtig sein. Die Kinder sollen, statt der zehn Gebote, die «droits de

dessen auf dem Marsfeld ein grosses, von dem Maler David theatralisch arrangirtes «Fest des höchsten Wesens» gefeiert, bei welchem Robespierre seine letzte grosse Rede hielt.

[1]) Statt des Sonntags sollte jedoch natürlich der «décadi» nach dem republikanischen Kalender (der bis 1. Januar 1806 galt) gefeiert werden.

[2]) Für diese neuen Heiligen und Märtyrer war die ehemalige Kirche St. Geneviève als «Pantheon» bereits durch ein Dekret der Constituante vom 4. April 1791 eingerichtet worden. Der Erste, der darin beigesetzt wurde, war Mirabeau, hierauf Voltaire, Descartes, Rousseau und Marat. Mirabeau und Marat wurden aber bald wieder ausgegraben und ein allgemeines, rückwirkendes Gesetz am 8. Februar 1796 erlassen, wonach Niemanden mehr vor 10 Jahren nach seinem Tode diese Ehre zu Theil werden sollte. (Hélie, 427.)

l'homme et du citoyen» auswendig lernen, in der Verfassungskunde unterwiesen und zu den Sitzungen der Ausschüsse geführt werden, damit sie praktisch die Lehren der Revolution kennen lernen. Die ganz konsequenten Vertreter der republikanischen Erziehungsmethode wollten alle Kinder vom 5. bis 11. oder 12. (nach Andern bis zum 16.) Altersjahr nach spartanischem Muster in staatlichen Konviktanstalten erziehen.[1]) Nach dem Projekte St. Just's sollten die Knaben alle gleich in Leinwand gekleidet sein, auf Matten schlafen und, in Kompagnien, Bataillone und Legionen eingetheilt, bis zum 16. Altersjahr eine militärisch-landwirthschaftliche Erziehung erhalten, vom 16. bis 21. dagegen einen Beruf, vorzugsweise ein Handwerk,[2]) erlernen. Von dort ab sollten sie bis zum 26. Altersjahr wesentlich Soldaten sein und stets die Soldatenkleidung tragen. In Paris sollte eine permanente militärische Centralschule, «l'école de Mars» und ein permanentes Lager unter Zelten gegründet werden (Dekret, 13 Prairial IV). Dadurch hoffte man Spartaner und Römer, statt der

[1]) Lepelletier hatte zuerst diesen Vorschlag gemacht und Robespierre ihn als eine «Aeusserung des Genius der Menschheit» gepriesen.

[2]) Nach dieser an und für sich nicht unrichtigen Hochschätzung der Handarbeit wurde Hortense Beauharnais, die nachmalige Königin von Holland, Mutter Napoleon's III, nach der Hinrichtung ihres Vaters, des Generals Beauharnais, der wenige Tage vor Robespierre der Guillotine verfiel, bei einer Schneiderin, ihr Bruder, der nachmalige Prinz Eugène, bei einem Schreiner, der unglückliche Ludwig XVII. selbst bei einem Schuster in die Lehre gethan. Beauharnais war wegen seiner Führung im Feld, mit der die Republik nicht zufrieden war, hingerichtet worden. Seine junge und schöne Wittwe, eine Kreolin von Martinique, lebte dann in etwas zweifelhafter Gesellschaft von Teresa Cabarrus, Barras, Tallien, in Paris in beschränkten Verhältnissen fort, bis sie der Artillerieoffizier Bonaparte, ein Freund des jüngern Robespierre, auf den Thron von Frankreich führte.

bisherigen Franzosen, zu gewinnen. Von diesem Ideale permanenter Kriegslager der ganzen Bevölkerung sind wir übrigens heute nach hundert Jahren nicht mehr sehr weit entfernt.

Im bürgerlichen Leben, das dieser uniformen Erziehung folgt, soll die begonnene Gleichheit forterhalten werden. Die Bäcker sollen z. B. nur noch eine Sorte graues Brot «pain d'égalité» backen, an den Festtagen sollen alle Bürger mit ihren Nachbarn gemeinsam essen und nachher im «temple de l'Etre suprême» tanzen.[1]) Natürlich muss die Kleidung gänzlich gleich und sehr einfach sein. Lang herabfallende Haare, ein Schnurrbart, die rothe Mütze der ehemaligen Galeerensklaven, die zum Symbol der Freiheit erhoben ist, die sogenannte Carmagnole, eine Art Jacke und grobe Schuhe gehören zum Kostüm eines richtigen Bürgers, der kein «muscadin» nach späterem Ausdruck ist, wozu übrigens selbst der Bürger Robespierre bedenklich neigt.[2]) Durch einen Beschluss vom 25. Floréal II lud der Wohl-

[1]) Auch hierüber erlässt Freund Lequinio ein denkwürdiges Dekret vom 1. Nivose II (Taine III, 116): «Dans toutes les communes tous les citoyens sont invités à célébrer le jour de la décade par un banquet fraternel, qui servi sans luxe et sans apprêt.... fasse oublier à l'homme de peine ses fatigues et à l'indigent la misère, qu'il éprouve, qui porte à l'âme du pauvre et du malheureux le sentiment de l'égalité sociale et l'élève à toute la hauteur de sa dignité, qui étouffe dans le riche jusqu'au plus léger sentiment d'orgueil et jusqu'au germe de hauteur et d'aristocratie dans le fonctionnaire public.» Man weiss nicht, soll man das erhaben oder lächerlich finden. Jedenfalls ist zwischen beiden Extremen, nach Napoleon's berühmtem Wort, das wohl aus solchen Erinnerungen entsprossen ist, oft nur ein einziger Schritt.

[2]) Am Feste des höchsten Wesens war er z. B. in einem neuen himmelblauen Frack, weissseidener, mit Silber gestickter Weste, schwarzseidenen Hosen, weissen Strümpfen und goldenen Schuhschnallen erschienen. In dem nämlichen blauen Frack wurde er zwei Monate später zur Guillotine geführt.

fahrtsausschuss den Maler David (den damaligen Courbet) ein, ein Projekt über ein costume national zu entwerfen, das in 20,000 Exemplaren (gewissermassen republikanischen Modebildern) Verbreitung finden sollte. Ebenso sollte er die militärische, die richterliche und die Tracht der Gesetzgeber vorschlagen (Taine III, 117).

Diese ganz neue gesellschaftliche Ordnung, die dem Geiste der herrschenden Jakobiner vorschwebte, und von der in einer im Ganzen unglaublich kurzen Zeit ausserordentlich Vieles verwirklicht worden ist, ja die, wie man dreist behaupten kann, noch im heutigen Frankreich ein Gefühl der Gleichheit unter den Menschen und des Respektes vor dem Geringsten hinterlassen hat,[1]) wie es in keinem andern grossen Lande besteht, hat bei aller Uebertreibung im Einzelnen etwas bestechend Grossartiges. Es ist eben auch ein Glaube, eine auf einem wahren Grundgedanken beruhende Ueberzeugung, die überall, wo sie erscheint, selbst da, wo sie mit viel Irrthum und Thorheit verbunden auftritt, Grosses erzeugt und Spuren bis auf die spätesten Geschlechter zurücklässt.

Der Hauptfehler dieses ganzen Systems bestand darin, dass es bei der ungeheuren Mehrzahl der unregenerirten Franzosen auf blosser Furcht beruhte und ihnen von einer kleinen Minorität aufgezwungen war, eine Art und Weise der Regeneration, der sich der nämliche «Genius der Menschheit» zu widersetzen pflegt, auf den man sich dabei so oft berufen hatte.

---

[1]) Auch Napoleon behielt dieses Gefühl neben seinem nachmaligen Cäsarenwahnsinn stets bei. Als er in Paris einmal, mit einer deutschen Fürstin am Arme, einem schwerbeladenen Lastträger begegnete, wich er diesem aus und sagte zu seiner erstaunten Gefährtin das eine, wunderbar schöne Wort: «Honneur au fardeau!»

Furcht war das Hülfsmittel der republikanischen Regierung, durch das sie ihre gesammte neue Staatsordnung verwirklichen zu können glaubte, und es ist das Allerlehrreichste an dieser lehrreichen Geschichte, dass diess nicht möglich war, sondern dass auch unter republikanischen Formen eine menschliche Gesellschaft auf diese Weise allein nicht zusammengehalten werden kann. Die Motive, durch welche Menschen verbunden werden, sind entweder vernünftige und dauernde, für Jedermann gleiche, materielle Interessen, was ziemlich schwer zu erreichen ist, oder ein gemeinsamer Glaube an ideale Güter, welcher Liebe unter ihnen erzeugt. Unter dieser Herrschaft der Furcht und des Zwanges Aller gegen Alle aber verkehrten sich alle Prinzipien der Verfassung in ihr Gegentheil, beziehungsweise, die äussere Form blieb, wie zum Hohne, stehen, aber mit einem gänzlich andern Inhalt.

Die Prinzipien der sozialen Wirthschaftslehre wurden mittelst einer langen Reihe von Dekreten durchgeführt. Es entstand daraus nun wohl Gleichheit in dem äussern Schicksale der Staatsgenossen, aber nicht allgemeine Wohlfahrt, sondern allgemeiner Ruin. Zuerst wurden die indirekten Steuern beseitigt, der Staat sollte im Interesse der ärmeren Klassen von direkten Abgaben leben. Obwohl dieselben aber mit Härte von den Besitzenden eingetrieben wurden, auch in jeder Gemeinde noch besondere Taxen auf die Reichen gelegt und bereits am 20./25. Mai 1793 ein Zwangsanlehen von einer Milliarde von denselben erhoben wurde, verlor der Staat doch sofort den grössten Theil seines Einkommens und stiegen die Ausgaben dagegen auf eine für die damaligen Verhältnisse wahrhaft ungeheuerliche Summe.[1]) Schon 1792 betrugen

[1]) Taine III, 469 ff. Die 4½ Jahre Revolutionszeit kosteten nach diesen Berechnungen über 7 Milliarden, darunter mehr als

die rückständigen Steuern 632 Millionen und der Stadt Paris mussten bereits im April 1793 110 Millionen vorgeschossen werden. Man half sich in dieser Finanznoth mit den Assignaten (für die anfänglich Nationalgüter hafteten), welche aber alsbald auf einen Drittheil ihres Nominalwerthes herabsanken. Schon im Mai 1793 waren solche für 4320 Millionen in Umlauf gesetzt worden, die damals 33 % Kurswerth hatten. Nach der Schreckenszeit, als man die Guillotine nicht mehr in beständiger Aussicht hatte, sanken sie so weit herunter, dass zuletzt der Louisd'or mit 19,000 Fr. Papier bezahlt wurde. Das Pfund Brot kostete in Paris Anfangs 1796 50 Franken, das Pfund Kerzen 180 Franken, eine Flasche Wein 100 Franken, der Sack Korn 9000 Franken. Ein Dîner für zehn Personen, das ein damaliger Berichterstatter gab, kostete 300,000 Franken, ein Fiacre für eine Stunde 6000 Franken. Der Geldzins stieg bis auf 7 Prozent monatlich.

Wer in erster Linie dabei verlor, das waren die Arbeiter. « Paris n'est plus qu'une cité de brocanteurs... il est impossible que les artisans élèvent les prix de leurs journées dans une proportion si forte et si rapide » schreibt ein damaliger Schriftsteller (Taine III, 474, 519). Man versuchte es zwar, einen Maximalpreis aller nothwendigen Lebensbedürfnisse bei hohen Strafen[1]) einzuführen. Die nächste Folge davon aber war, dass alles

5 Milliarden ausserordentliche Ausgaben. Das ordentliche Budget von 1789 betrug 531 Millionen.

[1]) Solche Bussen betrugen bis zu 100,000 Livres (siehe Taine III, 489). St. Just und Lebon erliessen am 3. Nivose II ein Dekret für das Departement Niederrhein, wornach jedem Händler, der etwas um mehr als den gesetzlichen Preis verkauft hatte, das Haus geschleift werden sollte, und derartige Befehle wurden in der That ausgeführt. Marat wollte 100 Galgen in Frankreich für solche « accapareurs » errichten. (Taine III, 494).

Nothwendige mangelte. Die grösseren Städte waren von beständiger Hungersnoth bedroht; in Paris wurde von 3 Uhr Morgens an bei den Bäckerläden Queue gemacht, um das nothdürftigste Stück Brot für den Tag zu erlangen, das allzu oft bloss den Gewaltthätigsten zu Theil wurde; anständige Leute mussten betteln; kleine Kinder konnten gar nicht mehr aufgezogen werden. Man will berechnen, dass während der ganzen Revolutionszeit mehr als eine Million Menschen diesem täglichen Elend erlag (Taine III, 493, 545). Auch die Arbeit musste schliesslich mittelst Zwangseinschreibung der Arbeiter in Listen und gesetzlichem Lohnmaximum erzwungen werden. Wer Arbeiter brauchte, konnte dieselben bei der Munizipalität requiriren, jeder Arbeiter, der sich nicht in die Listen eintragen liess, oder mehr als das Maximum verlangte, erhielt zwei Jahre Kettenstrafe (Taine III, 509). Aehnlich wollten die Bauern der Maximalpreise wegen das Land nicht mehr freiwillig bebauen, so dass der Repräsentant Dartigoyte verlangt, dass die Gemeindebehörden für die Nichtbebauung der Felder verantwortlich gemacht und «tout homme qui se refuserait au travail, comme mauvais citoyen, comme royaliste» bestraft werde (Taine III, 512).

Zuletzt würde eine allgemeine Zwangsarbeitsanstalt mit einer Legion von Aufsehern und täglicher Rationenvertheilung übrig geblieben sein, «la conscription du travail.» Schon in der Zeit, von der wir sprechen, hatte die Centralstelle der öffentlichen Verpflegung (commission des subsistances) 35,000 Angestellte, allmälig hätte, wie Taine richtig sagt, die eine Hälfte der Franzosen die andere bei der Arbeit beaufsichtigen müssen.

Wie die ökonomische Gleichheit durch gleiches

Elend, so wurde die Gleichheit der Bildung durch das Herabsinken des allgemeinen Niveau's derselben erreicht. Die Franzosen wurden gleichartig, aber in Rohheit und Unkultur; Sprache und Manieren der untersten Volksklassen, ja des Pöbels der Hauptstädte, galten als patriotisch; der pöbelhafte Name Sansculotte selbst war der bürgerliche Ehrentitel geworden. Wissenschaft und Geist hingegen wurden verdächtig. Die Pariser-Universität und alle gelehrten Gesellschaften wurden aufgehoben; für die nothwendige öffentliche Bildung sollte ein Unterrichtsausschuss durch moralische Vorschriften sorgen, die täglich an den Strassenecken angeschlagen werden. Dumas, der Präsident des Revolutionstribunals von Paris, wollte alle «gens d'esprit» guillotiniren; Henriot, der Kommandant von Paris, die Nationalbibliothek verbrennen; Carrier rühmte sich, die «chambres littéraires» in Nantes auseinandergesprengt zu haben; [1]) Couthon erklärte, wie schon erzählt, den Lyoner Kaufleuten, keinen Handel mehr dulden zu wollen. Aehnlich äusserte sich Robespierre: «Riche, contre-révolutionnaire, vicieux, ces trois caractères se tiennent». Babœuf verlangte: Kein Kind solle mehr den Namen des Vaters tragen, alle Städte sollen demolirt werden, alle Bürger nur gleiche Kleider tragen dürfen, alle Armeen von Civilmagistraten kommandirt werden, keine Schrift dürfe ohne Erlaubniss der Regierung publizirt werden. Ja, sogar die Todten sollten gerichtet werden und ein Begräbniss nur erhalten, wenn sie ein günstiges Urtheil von dem Gerichtshofe erlangen. [2])

[1]) «Méfiez-vous de cet homme, il a fait un livre» ist auch ein Wort aus dieser Zeit. Dagegen rühmten sich die Volksrepräsentanten Lequinio und Laignelot im Convent, dass sie in Rochefort den Henker zum Essen eingeladen hätten.

[2]) Taine III. 455. Die Ehre dieser Todtengerichtsidee gebührt übrigens dem Minister Roland, der sie 1788 der Akademie in Lyon

Das Bezeichnendste ist die Antwort von Coffinhal an Lavoisier, als dieser einen vierzehntägigen Aufschub seiner Hinrichtung erbat, um noch eine chemische Analyse zu vollenden: « La République n'a pas besoin de savants. »

Dieser Rohheit in den Sitten der tonangebenden Kreise der Republik entsprach diejenige der Volkshaufen, welche die Grüfte in St. Denis zerstörten, die Leiche der bekannten Schriftstellerin Madame de Sévigné in Grignan durch die Strassen zogen, und mitunter stieg diese Wildheit bis zum Wahnsinn. Ganze Städte wurden durch Dekrete der Regierung halbwegs vernichtet und ihres Namens beraubt; Lyon hiess: Ville affranchie; Toulon: Port la Montagne: St. Denis: Franciade. Marseille wurde sogar mit Verschüttung seines Hafens bedroht und erhielt durch ein Dekret der Volksrepräsentanten Barras, Fréron, Ricard und Salicetti den lächerlichen Namen: « commune sans nom » (Taine III, 53).

Die schlimmste Eigenschaft einer jeden willkürlichen Regierung ist immer die, dass sie, wenn auch in ihren obersten Spitzen möglicherweise erträglich, weil dort immerhin gewissermassen Prinzipien herrschen und eine edlere Anschauung von der Macht vorausgesetzt werden darf, — in ihrem untern Räderwerk unfehlbar den Schlechten anheimfällt. Alle zeitgenössischen Berichte über die Schreckensperiode gehen darin einig, dass diese untere Partie der revolutionären Regierung, die in den Comités und Klubs mit der glei-

---

vorgeschlagen hatte. Der gleiche hochgebildete Mann proponirte 1787, die Todten zu utilisiren und Oel und Phosphorsäure aus ihnen zu gewinnen (Taine III, 109). Auch in den Memoiren seiner Frau kommen Stellen vor, die uns heute im Munde einer gebildeten und tugendhaften Frau, wie Madame Roland es war, unglaublich erscheinen würden.

chen autoritären Gewalt wie der Wohlfahrtsausschuss herrschte und auf deren Unterstützung dieser angewiesen war, grossentheils aus deklassirten, leidenschaftlichen, verdorbenen, fanatisch-beschränkten oder geradezu boshaften Menschen bestand.[1]) Mitunter waren es sogar verurtheilte Verbrecher, wie der damalige Hauptvertreter des Sozialismus, Babœuf (Taine III, 291), die unter dem Deckmantel des Patriotismus, oder gar im Besitz eines Theils der öffentlichen Gewalt, frei umhergingen, an die Behauptung dieses Zustandes, mit Beseitigung aller gemässigten Elemente, ihr Aeusserstes setzten und durch die Solidarität ihrer Thaten eng zusammengehalten wurden.[2]) Die Comités, in welche sie sich drängten, die nach den Gesetzen vom 21. März und 5. September 1793 die «surveillance» in ganz Frankreich ausübten, wurden mit Staatsgeldern ausgestattet, um die «manœuvres contre-révolutionnaires» besser auszuspähen. Es gab deren bis zu 21,000, und es sollten im Ganzen 45,000 mit 540,000 Mitgliedern entstehen, die den Staat jährlich 591 Millionen Franken gekostet haben würden (Nachweise bei Taine III, 320).

Demgemäss regierte in Frankreich statt der Tugend, die zur Herrschaft gebracht werden sollte, die Rohheit, oft genug das Verbrechen, da die Bösewichte, im gewöhnlichen Sinne der friedlichen Zeiten, fast gänzlich straflos blieben. Die Gerichtshöfe beschäftigten sich auschliesslich mit politischen Verbrechern, zu denen

[1]) Einige Berichterstatter nennen sie «la lie de l'espèce humaine» oder «des scélérats imbéciles et cruels.» Vgl. die Erzählungen von Meissner und Brinkmann, Taine, III, 290.

[2]) Wie bewusst dieses letztere der Fall war, beweist eine Sitzung des Jakobiner-Klubs vom 28. Dezember 1793, in welcher Dubois-Crancé vorschlug, jedes Mitglied zur Kontrole seines Civismus zu fragen: «Qu'as-tu fait pour être pendu si la contre-révolution arrivait?» (Taine III, 293.)

nicht nur alle Reichen, Gebildeten, Geistreichen, Gelehrten, oder gar etwa Frommen,[1]) sondern am Ende einfach alle anständigen Leute gerechnet werden. Der Volksrepräsentant Javogues erklärte buchstäblich in der « société populaire » in Bourg en Bresse, « que la république ne pourrait s'établir que sur le cadavre du dernier des honnêtes gens » (Taine III, 456).

Das Centrum dieser ganzen, an der Forterhaltung des revolutionären Zustandes interessirten Meute der Republik waren der Jakobiner-Klub und die Sektionen von Paris und durch dieselben der Gemeinderath, die « commune », die (wie in allen revolutionären Zeiten auch seither) eine Art von Nebenregierung bildete, welche nur zu häufig die Staatsregierung dominirte und aus den verschrobensten und bedenklichsten Elementen des ganzen Landes bestand, die sich in diesem Pandämonium zusammengefunden hatten. Die Beschreibungen dieser Machthaber (Taine III, pag. 310 ff.) schwanken zwischen dem Niedrigkomischen,[2]) und dem Furchtbaren, da an ihrer Seite der « General » Henriot mit seinem Lieutenant Boulanger und einer zu jeder That bereiten Bande von Sansculotten stand. Diesen

---

[1]) Beinahe komisch klingt es, wenn man liest, wie Anacharsis Clootz, als er im März 1794 mit den Hébertisten hingerichtet wurde, ihnen noch rastlos Materialismus predigt, damit ja Keiner etwa noch schliesslich zu Gott abfalle.

[2]) In den Sitzungen dieser Municipalität, die natürlich öffentlich waren, erschienen öfter Deputationen, oder auch einzelne « amateurs patriotes », um zu deklamiren und zu singen. Mitunter sang dann der ganze « conseil général » mit, oder der Präsident Lubin trug allein Etwas vor. « Dans la dernière séance il chanta ainsi en solo à peu près trois quarts d'heure.... l'assemblée répétait le dernier vers du couplet. » « C'est drôle », — sagte eine Zuhörerin dem Berichterstatter — « de passer comme ça tout le temps de leur assemblée à chanter. Est-ce qu'ils sont là pour ça? » (Taine III, 315).

Menschen gegenüber wäre in der Zeit ihrer unbedingten Herrschaft keine Staatsregierung Frankreichs gewachsen gewesen. Sie gehorchten mit dem Instinkt der Selbsterhaltung immer nur Demjenigen, der die extremsten Ansichten äusserte, witterten in jedem Gemässigteren einen Gegenrevolutionär und bildeten durch den Einfluss, den Paris stets auf die Geschicke des Landes ausübt, über ganz Frankreich einen fortwährend kontrolirten und in Thätigkeit gehaltenen « ring » von Interessirten, denen alles Andere erwünschter war, als das Aufhören dieser revolutionären Zustände und der Wiedereintritt des eigentlichen verfassungsgemässen Staatslebens. —

So weit hatte die Logik die Republikaner geführt. Nicht die Tugend, nicht die Einsicht, nicht die Freiheit, nicht der Wohlstand waren aus ihren rastlosen Anstrengungen hervorgegangen; der Zustand Frankreichs widersprach vielmehr vom ersten bis zum letzten Worte schnurgerade demjenigen, der in den droits de l'homme als Zweck und als Grundlage des republikanischen Staatswesens angegeben war. Die Ideen von 1789 selbst schienen ihre Anhänger betrogen zu haben, nachdem an diesem Baume der Erkenntniss eine solche Frucht gewachsen war.

Furcht war es, nicht Vertrauen in diese Grundsätze, was diese menschliche Gesellschaft zusammenhielt, und sie herrschte demgemäss im Sommer 1794 bis in die intimsten Kreise der Regenten hinein.

Längst hatte der Convent aufgehört, die wirkliche Regierung zu sein. Ein Theil seiner Mitglieder war dem Revolutionstribunal zum Opfer gefallen, ein anderer erschien gar nicht mehr in den Sitzungen, oder nur noch zuweilen, aus Furcht, um nicht verdächtig zu

werden; ein Jeder besorgte in seinem Nachbar seinen Ankläger und Verräther zu finden,[1]) den er selbst anklagen musste, um nicht von ihm angeklagt zu werden. Stumm und düster erwarteten Alle täglich, was der Morgen verhängen werde, Keiner sicher, den Abend zu erleben, denn das Revolutionstribunal und die Guillotine arbeiteten immer rascher und mechanischer. Danton selbst hatte mit richtigem Blick vor seinem Ende gesagt: « Laissez faire Robespierre et St. Just, ils feront de la France une thébaïde avec une vingtaine de trappistes politiques » (Taine III, 186).

Zuletzt fürchtete sogar im Comité de salut public, unter dieser Crême der Republik, Einer den Andern und vermuthete in ihm einen Verräther. Siéyès, der Theoretiker der Revolution par excellence, war bereits bei den Jakobinern angeklagt und wurde bloss durch die Intervention seines Schuhmachers gerettet, der, bei der Berathung zufällig anwesend, sich erhob und sagte: « Ce Siéyès, je le connais; il ne s'occupe pas du tout de politique, il est toujours dans ses livres. C'est moi qui le chausse et j'en réponds » (Taine III, 224). Barrère, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, wurde viele Jahre später gefragt, was eigentlich die Politik dieser furchtbarsten Regierung, welche jemals ein grosses Land beherrscht hatte, gewesen sei; er antwortete darauf: « Mon cher Monsieur, nous n'avions qu'un seul sentiment, celui de notre conservation, qu'un désir, celui de conserver notre existence, que chacun de nous

---

[1]) Jeder suchte sich daher möglichst vergessen zu machen. An einzelnen Wahlen, z. B. des « tribunal révolutionnaire », in der letzten Zeit des Schreckens, nahmen bloss noch 50 Stimmen Antheil (Taine III, 223). Die grösste Zahl der Anwesenden votirte schweigend Alles was ihnen vorgelegt wurde, oder suchte sich durch die Mitgliedschaft und Kameraderie der Comités und des Jakobiner-Klubs zu decken. —

croyait menacée. On faisait guillotiner son voisin pour que le voisin ne vous fît pas guillotiner vous-même» (Taine III, 240). «Incertains» — sagt ein anderes, edleres Mitglied des Ausschusses, Prieur, — «si l'heure qui allait sonner ne nous verrait pas devant le tribunal révolutionnaire pour marcher de là à l'échafaud, sans peut-être avoir le temps de dire adieu à nos familles.... nous poursuivions notre tâche journalière, pour ne pas laisser la machine en souffrance, comme si nous avions eu toute une vie devant nous, lorsqu'il était vraisemblable que nous ne verrions pas luire le soleil du lendemain» (Taine III, 341). Carnot erzählt, dass er selbst St. Just und Robespierre in der Sitzung beschuldigt habe, nach der Diktatur zu streben (die in der That einzig übrig blieb), worauf St. Just ihm, dem berühmten Kriegsminister der Republik, erwiederte: «C'est toi qui es lié avec les ennemis des patriotes. Sache qu'il me suffirait des quelques lignes pour dresser ton acte d'accusation et te faire guillotiner dans deux jours» (Taine III, 243). Ja, selbst dem Hohenpriester der Revolution, dem «unbestechlichen» Robespierre wurde von seinem Kollegen Billaud in's Gesicht gesagt, «je te connais comme un contre-révolutionnaire» (Taine III. 244). Den bezeichnendsten Ausdruck für die Selbstvernichtung, welcher dieser ganze, nach Aussen immer noch grossartige und furchtbare Staat anheimfiel, fand Carrier im Convent, indem er ausrief: «Tout le monde est coupable ici, jusqu'à la sonnette du président».

Mit andern Worten: Die soziale Republik von 1793 ist unausführbar, das Leben in einem solchen Staat hat von den untersten,[1]) bis in die

[1]) Den Zustand der Regierten schildert eine Rede vom folgenden Jahre wie folgt: «La terreur domptait tous les esprits, comprimait tous les cœurs; elle était la force du gouvernement et

obersten, regierenden Schichten hinauf für Niemand einen Werth mehr.

Das formelle Ende war der 9. Thermidor (27. Juli) 1794, an welchem Robespierre, der sich seit längerer Zeit von den Sitzugen des Wohlfahrtsausschusses zurückgezogen hatte, von Cambon angeklagt den Willen des Convents zu lähmen, den rechten Muth zum Widerstand nicht mehr in sich fand, worauf sofort alle furchtsamen Conventisten (les crapauds du marais) über ihn herfielen. Er hätte sich und seine Anhänger ohne allen Zweifel am folgenden Tage mit Hilfe der Commune, die sie befreit und auf das Stadthaus gebracht hatte, retten und rehabilitiren können. Ich habe meinerseits stets den Eindruck gehabt, es fehlte diesen Männern der rechte Wille, die ungeheure Last dieser Existenz weiter zu tragen. Die stärksten Nerven waren durch dieselbe zu Grunde gerichtet, der Tod war das geringere Uebel, als die Weiterführung der Herrschaft.[1])

---

le gouvernement était tel que les nombreux habitants d'un vaste territoire semblaient avoir perdu les qualités qui distinguent l'homme de l'*animal domestique*. Ils semblaient même n'avoir de vie que ce que le gouvernement voulait bien leur accorder. Le moi humain n'existait plus, chaque individu n'était qu'une machine allant, venant, pensant ou ne pensant pas, selon que la tyrannie le poussait ou l'animait.» (Taine III, 66.)

[1]) Selbst Fouquier-Tinville, der öffentliche Ankläger bei dem Revolutionstribunal, hatte bereits Visionen und sah am hellen Tage, als er von seinem Geschäfte heimkehrte, die Seine Wellen von Blut treiben, wie er in seinem Prozess erzählte.

Wir glauben unsererseits, dass Robespierre gewöhnlich nicht ganz verstanden wird. Er war nicht ein blosser Heuchler mit seinen Tugendphrasen, sondern glaubte ursprünglich an die Möglichkeit einer Verbesserung der Menschheit auf diesem philosophischen Wege und suchte in seinen letzten Lebenstagen noch Anknüpfung mit einer andern Welt, als der seiner revolutionären Logik, die statt etwas zu schaffen, Alles zerstört hatte, was sein

Mit der Vernichtung von Robespierre, St. Just, Couthon, Dumas (Präsidenten des Revolutionstribunals), Henriot, Payan, Fleuriot und 14 der namhaftesten Mitglieder des Pariser Gemeinderaths am 10. Thermidor, denen bald darauf Carrier, Joseph Lebon und der öffentliche Ankläger Fouquier-Tinville folgten, hörte zwar noch nicht die Republik auf, aber (wie Taine richtig bemerkt) der Glaube an sie.

---

Ideal gewesen war. Sein « Fest des höchsten Wesens » am 8. Juni 1794 und seine ausdrückliche Verdammung des Atheismus waren Wirkungen dieser Veränderung seiner Ideen, die in der Verbindung mit Cathérine Théot und Dom Gerle ihren weitern Ausdruck fand. Was in seiner Seele vorging während jener furchtbaren Stunden, da er blutend von dem vergeblichen Versuche, sich zu erschiessen, auf dem Tische des Sitzungssaales der Pariser Commune lag, wer mag es sagen? — St. Just hingegen blieb der Mann des starren Rechenexempels seines Verstandes, der sich nicht von einem Rechenfehler überzeugen konnte, bis zum letzten Augenblicke seines Lebens. Fiat justitia, pereat mundus! — Collot d'Herbois, Barrère, Billaud-Varennes, Vadier wurden durch ein Gesetz vom 1. April 1795 deportirt. Die drei letztern entwichen. Billaud schrieb später in San Domingo seine interessanten Memoiren, die das Leben im Comité de salut public am deutlichsten schildern. Collot starb in Guyana (Hélie, 430). Carnot starb am 3. August 1823 als Verbannter in Magdeburg und liegt dort begraben.

Soweit es sich namentlich um Richtigstellung ihrer « Leitmotive » handelt, haben auch diese Menschen den Anspruch auf ein unparteiisches Urtheil, das ihnen oft versagt wird. Tausende, die sie verurtheilen, kennen sie nicht. Es gibt eben Perioden im Leben der Völker, wie sie auch in jedem menschlichen Einzelleben sich finden, in denen ein ungestümer Drang nach Freiheit die Menschen zu der Verwerfung aller und jeder Autorität zu zwingen scheint. Die schlechteren Individuen, in denen namentlich glückliche Jugendzeiten keine edle Grundlage des Charakters zurückgelassen haben, verzehren sich ohne Resultat in diesem Brande. Die Anderen kommen hindurch und sehen vielleicht allmälig ein, dass der Mensch nicht geschaffen ist, um völlig frei zu leben, sondern einer Autorität bedarf, denn die andere

Der Jakobiner-Klub in Paris wurde schon am 12. November 1794 geschlossen und am 14. ein Gesetz gegen die Klubs erlassen.[1]) Der Convent selber schloss seine Sitzungen am 26. Oktober 1795. Er hatte in etwas über 3 Jahren, seit dem 22. September 1792, 11,210 Dekrete erlassen, von denen manche unvergesslich bleiben werden.

Die Direktorialverfassung von 1795 versuchte es, noch einige Reste des Systems, vor Allem die republikanischen Formen, zu erhalten. Aber ein Theil des französischen Volkes hasste sie bereits, der andere glaubte nicht mehr recht daran.[2]) Selbst bei dem Ausschlusse

---

Seite einer jeden wahren Autorität ist Liebe. Wer gänzlich ohne Autorität in der Welt leben will, muss ohne Liebe leben und findet auch keine in der Nachwelt. Dennoch ist — so gerecht ist die Geschichte — ein gewisser grosser Zug, den diese Menschen der Revolution hatten, den Franzosen geblieben, neben welchem das deutsche Wesen oft recht philisterhaft erscheint. Daher sehnt sich auch dieses Volk immer neu nach einem Manne, der ihm den rechten Weg nach der Grösse zeige, die als Möglichkeit und Bedürfniss seiner Seele unvertilgbar eingeprägt ist. Es lässt sich von bürgerlich rechtschaffenen Pedanten nicht regieren und verfällt daher von Zeit zu Zeit den Akrobaten. Dieser Zug ist seine Auszeichnung in Europa und sein politisches Unglück, das Erbe der grossen Revolution.

[1]) Die Klubs wurden dann am 23. August durch folgendes Gesetz gänzlich verboten: Loi du 6. Fructidor III, Art. 1. «Toute assemblée connue sous le nom de club, ou de société populaire est dissoute. En conséquence, les salles, où lesdites assemblées tiennent leurs séances, seront fermées sur le champ et les clés en seront déposées ainsi que les registres et papiers dans les secrétariats des maisons communes.» (Hélie, 493.)

[2]) Statt des geheiligten Wortes «patrie» wurde nur noch vielfach «la patraque» gesagt. Man hatte das Wort so viel missbraucht, dass zuletzt die Sache selbst verdächtig wurde. «Patriote» war eine Injurie geworden, «Nation» die Bezeichnung der Jakobinerpartei, die lange die Rechte derselben für sich allein

der Emigrirten, ihrer Verwandten und aller sonst verdächtigen Elemente erhielt das «corps législatif» ein wesentlich anderes Aussehen als der Convent. Ohne die zwei Drittheile desselben, die in der neuen gesetzgebenden Versammlung beibehalten werden mussten, wäre schon damals die Majorität oppositionell geworden (Taine III, 579). «Rendre la république administrative» wurde die Parole des Tages und von da bis zur Wiederherstellung der Monarchie war nur noch ein unbedeutender Schritt. Naturgemäss war es zunächst die Militärmonarchie, das einzige Regiment, das Ordnung und Disziplin garantirt und das daher immer der Erbe der Revolutionen, ihr ganz legitimes Kind ist.

Die Republik von 1793 liegt seit hundert Jahren für die Mehrzahl der Menschen unter Schmach begraben. Die Erneuerung aber, von der jene Männer träumten, war doch «kein leerer Wahn, erzeugt im Gehirne von Thoren». Das wohlhabende, gleichartige, freiheitlich gesinnte Frankreich, in dem die Freiheitsbestrebungen aller anderen Völker einen Anhaltspunkt finden sollten, ist entstanden, und wenn es zeitweise wieder «regenerirt» werden muss, so tragen daran die Restaurationen des «ancien régime», die neuen Höfe, die sich, ungewarnt und unbelehrt durch solche Schicksale, den alten zum Muster nahmen, die neuen Finanzpächter und accapareurs die Hauptschuld. Die Menschen fordern eben die ewige Gerechtigkeit stets von Neuem heraus, die obern Klassen der Gesellschaft, wenn sie zu lange allein herrschen, durch ihren Uebermuth und ihre naive Sorglosigkeit für die weniger gut

---

in Anspruch genommen hatte. (Vgl. die Aeusserung von St-Just, pag. 30.) Lafayette erzählt, dass er in der Kirche St. Roch in Paris einen Menschen habe beten hören: «Mon Dieu, ayez pitié de nous, exterminez la nation.» (Taine III, 623.)

Gestellten, denen sie nur sehr selten ohne vorgängige Empörung dieser Gedrückten helfen; die untern, wenn sie augenblicklich zur Herrschaft gelangen, durch ihre Unfähigkeit, Mass zu halten, und durch die Demagogen, die sich zu ihren Wortführern aufwerfen.

## III.

Jeder Mensch, der mit aufmerksamem und gerechtem Sinn dem grossen Drama der Revolution von ihren Anfängen in den Jahren 1787 und 1788 bis zu ihrem allmäligen Ende von 1794 ab, folgt, wird zuweilen mit einer Art von Schrecken die Wahrheit des Sprichwortes an sich inne werden: « Tout comprendre c'est tout pardonner. » Die französische Revolution, als Ganzes betrachtet, theilt das Schicksal etwas original angelegter Menschen: Sie ziehen bei der ersten Bekanntschaft an, bei näherem Kennenlernen stossen sie mitunter ebenso sehr ab, zuletzt überwiegt meistentheils wieder der erste Eindruck. Man muss bei Betrachtung vergangener Geschichtsepochen sich oft der Gefahr aussetzen, diese Stadien in sich durchzumachen, indem man es versucht, eine Zeit aus sich selbst heraus zu verstehen. Am Schlusse einer solchen Betrachtung ist jedoch eine gewisse Rigidität in den Prinzipien, bei allem Verständniss für die Menschen, nicht zu umgehen und diese scheint uns zu dem Satze zu leiten, dass man mit dem Bösen in der Welt nicht paktiren, kein Mitleid und keine Ideengemeinschaft haben dürfe. Der Gott in dem Prolog zu Faust, der zu dem Prinzip des Bösen sagen kann: « Ich habe Deinesgleichen nie gehasst », womit er die Grundstimmung dieses philosophischen Gedichtes ausspricht, ist ein Phantasiegebilde, wie das « Etre suprême » Robespierre's, oder die « Göttin der Vernunft » Chaumette's. — Der Hauptfehler hin-

gegen in einer geschichtlichen Darstellung, wie diejenige Taine's, liegt darin, dass sie den Menschen nicht gerecht wird,[1]) die eben keine reinen Ausgeburten des Bösen sind, und auch nicht zeigt, wie diese Entwicklung der Revolution nothwendig dem «ancien régime» mit seiner völligen Korruption folgen musste, wodurch die Hauptverantwortlichkeit auf dieses fällt.[2])

Das allein, der Gesichtspunkt der gerechten Strafe für eine Verderbniss, an der Keiner unschuldig war, versöhnt mit den Schrecken jener furchtbaren Uebergangszeit und lässt sie überhaupt mit der Existenz einer göttlichen Gerechtigkeit vereinbar erscheinen. Wir wüssten sonst nicht, wie Leute, die an eine solche glauben, sich diese Vorgänge zurechtlegen können. Die schlechtesten Menschen jener Zeit sind auch nach unserer Anschauung nicht die Fanatiker der Vernunft, welche die Welt mit Gewalt nach einer ihnen inne-

[1]) Man hat beim Durchlesen dieses als Archivstudie höchst interessanten Werkes vielmehr schliesslich den Eindruck, dass Taine bei Ausarbeitung des ersten Bandes über das «ancien régime» in einer andern Grundstimmung gewesen sei, als später, und überhaupt von seinem Stoffe getragen und beherrscht werde, statt denselben mit ruhigem, wahrhaft historischem Blick seinerseits zu beherrschen. Er spricht und urtheilt wie ein jeweilen Mitlebender; das ist der grosse Reiz seines Werkes, aber auch die grosse Gefahr, die darin liegt, sich ihm ganz und gar anzuvertrauen.

[2]) Es gibt noch Schrecklicheres als die Revolutionen, das sind die Zustände, die sie hervorrufen. In der französischen Geschichte ist es die bodenlose Schlechtigkeit der unmittelbar vorangehenden Periode seit Ludwig XV. In gleicher Weise wird der Sozialismus unserer Tage beständig darauf hinweisen, dass auch die jetzigen staatlichen und gesellschaftlichen Zustände keine idealen seien, vielmehr er selbst die höheren Ideen konsequent nachstrebende Partei sei. Wir geben diess unsererseits mit der Einschränkung auf einzelne Länder zu, glauben aber nicht, dass die besten Ziele des Sozialismus nur durch denselben zu erreichen seien, und ebenso nicht an das «Glück von Sparta», das aus ihm hervorgehen würde.

wohnenden Idee modelliren wollten, sondern jene schlauen Individuen, die ohne eine Ueberzeugung jeder Regierung dienten, und demgemäss auch, statt durch die Guillotine, in hohen Aemtern und Würden der « geretteten Gesellschaft » gestorben sind. Ihnen gegenüber sind die überzeugten Revolutionäre Menschen gewesen, für deren rücksichtslose Konsequenz in der Verfolgung der Idee, die sie beseelte, man eine gewisse Achtung haben kann. Das unzweifelhaft Grosse an ihnen, das ihnen unser Interesse erzwingt, ist die Entschlossenheit, der Wahrheit in ihrer Durchführung bis auf den letzten Grund zu gehen. Das Ziel, das sie schliesslich damit erreichten, war nach unserem Dafürhalten unausbleiblich, sofern man überhaupt bloss an die Natur des Menschen und nicht an ein ausserhalb derselben stehendes, lebendiges Gesetz glaubt. Sobald man von diesem einen Punkte absieht, sind die Grundgedanken der Republikaner richtig und die Mittel, die sie anwendeten, nicht ausser Verhältniss zu dem ungeheuren Gedanken, ein ganzes, durch jahrhundertelange Korruption bis in den tiefsten Grund verdorbenes, oder vernachlässigtes Volk in der Frist eines Menschenlebens zu regeneriren. Auch darin urtheilten sie ganz richtig, dass es sich vor allem Andern um eine gründliche Verbesserung der Menschen handle (Neugeburt nennt es auch das Christenthum), ohne die jede Verbesserung der staatlichen Einrichtungen illusorisch sei, und dass jede grosse Reformation der ersten Generation « nicht Frieden bringt, sondern das Schwert ». Im Uebrigen hat die sämmtlichen gewaltsamen Reformatoren dieser Art der ihnen kongeniale Lassalle[1]) wohl am besten verstanden, wenn er seinen Sickingen sagen lässt:

---

[1]) Wir fürchten unserseits auch heute noch den roh und massenhaft auftretenden Sozialismus nicht allzu sehr. Derselbe zeigt seine wahre Natur von vorneherein. Die Gefahr liegt in

« Und aus den Trümmern seiner eiteln List
Hebt sich der Geist in seine reine Grösse;
In die Unendlichkeit, die in ihm schlummert,
Die Willensallmacht, kehrt er wachsend ein,
Saugt zugedrückten Auges neue Kraft,
Neue Erfüllung aus sich selber, setzt
Auf eine Karte seines Lebens Summe
Und, sich entladend, flammt er auf zur That. »

Das sind aber keine staatsmännischen Gedanken. — Es handelt sich im öffentlichen Rechte nicht bloss darum, die richtigen Grundideen zu finden, sondern es folgt sofort darauf die Frage des Masses und der Abhängigkeit des Menschen von ausser ihm stehenden Gesetzen. Der Mensch ist nicht « frei geboren », aber er soll zur Freiheit allmälig erzogen werden. Er trägt auch nicht in sich selbst, in seiner Vernunft, den untrüglichen Massstab aller Dinge, sondern bleibt in seinem Denken und Handeln abhängig von einer ausser ihm feststehenden sittlichen Weltordnung, ohne deren Anerkennung er in grossen Zeiten Halt, Richtung und Mass verliert. Was jenen Leuten von 1793 fehlte, war diese Schranke, die der Mensch niemals mit Sicherheit in seiner eigenen Natur findet.[1])

---

den « Idealisten » dieser Art, die kein anderes Mass als die Logik ihrer eigenen Vernunft kennen und fähig sind, einer Idee mit Aufopferung bis in ihre letzten Konsequenzen hinein zu dienen. So lange nur an den Neid und Hass des natürlichen Menschen appellirt wird, hat der Sozialismus keine Macht, sondern trägt seine fortwährende Selbstvernichtung in sich.

[1]) Das gleiche Mass konnte auch Napoleon später nicht finden. das war der Rest aus der Zeit seiner Freundschaft mit dem jüngern Robespierre, der stets, neben seinem gesunden Menschenverstande, in ihm übrig blieb.

Im Uebrigen scheint es ein Gesetz dieser Weltordnung zu sein, dass die Bösen sich nach kurzem Zusammenhalten veruneinigen

Es ist das Faustproblem von der guten Natur des Menschen, die nur befreit zu werden braucht von äussern Ketten, um dann mit Nothwendigkeit richtig zu wirken, an dem die französische Revolution wie an einem «πρῶτον ψεῦδος» zu Grunde ging und wir möchten glauben, dass einzelnen ihrer Helden zuletzt eine Ahnung davon aufgedämmert sei. Dessenungeachtet ist nach hundert Jahren die Welt im Begriff, in den nämlichen Irrthum zu verfallen. Die sozialen Ideen auch unserer eigenen Zeit sind gesund, sofern sie auf der Basis einer gerechten, von der Willkür der Menschen völlig unabhängigen Weltordnung beruhen und an ihr stets ihren Massstab und ihre Grenze finden. Sie wirken mit Nothwendigkeit verderblich, sobald sie dieser Grundlage entbehren, und zerstören in ihren Konsequenzen das wieder, was sie hervorbringen wollten.

Möglich, wahr und nothwendig, weil mit dieser Weltordnung übereinstimmend, ist die Idee der Gleichheit aller Menschen, der sich keinerlei Unterschiede der Geburt (der Nationalität, der Rasse, oder erblicher Stände) prinzipiell entgegenstellen dürfen. Verschiedene Klassen der menschlichen Gesellschaften wird es faktisch immer geben, aber ein Jeder soll sich zu einer höheren erheben können, durch Talent oder Tugend.[1])

---

und gegenseitig vernichten. Darauf kann man mit Sicherheit rechnen. Diesem Gedanken, für den Göthe im Hinblick auf die Ereignisse der französischen Revolution ein bekanntes, sehr drastisch klingendes Wort gefunden hat, gibt das Evangelium einen edleren Ausdruck mit der Weisung: «Lass die Todten ihre Todten begraben». —

[1]) «La carrière ouverte aux talents», wie der Erbe der Revolution, Napoleon, sagte. Durchgeführt hat diesen Satz, zu ihrer grossen Ehre, von jeher nur die katholische Kirche, die namentlich ihre allerhöchste Würde niemals von Standeseigenschaften abhängig machte. Die grösste Verletzung des Gleich-

Auch eine grössere Gleichheit in Bezug auf den Besitz ist möglich. Zunächst und vor allen Dingen geistig genommen, worauf es am meisten ankommt. Der Besitz soll nicht mehr gelten, als er ist. Viel, wenn er nützlich angewendet wird, sonst wenig. Er soll sich auch nicht in den Händen Einzelner in's Unendliche vermehren, sondern in allgemeinem, auf Arbeit beruhendem und mässigem Wohlstand sein Ideal sehen, so, wie er allein für die geistige und körperliche Gesundheit des Menschen sich als zuträglich erweist. Diesen Zustand soll die Staatsgenossenschaft durch geeignete Massnahmen befördern, niemals aber auf dem Zwangswege und mit Aufhebung der Privatwirthschaft die berechtigte Individualität der Menschen angreifen, die ihnen keine noch so ideale Genossenschaft ersetzen könnte.[1])

heitsgrundsatzes besteht darin, ganze Klassen ausser die gewöhnliche Rechtsordnung zu stellen (hors la loi), hierin gibt es heute konservative Nachfolger des Convents. Der Vorschlag, welcher in diesem Jahre dem deutschen Reichstage zuging, die Sozialisten verbannen und des Bürgerrechts berauben zu dürfen, ist seinem inneren Wesen nach nichts Anderes.

[1]) Die zwangsweise Anhandnahme alles Vermögens, auch nur alles Grundbesitzes, durch den Staat und die darauf basirte Gesammtwirthschaft ist eine Utopie, die sich niemals verwirklichen lässt. Die Privatwirthschaft in einer Familie gehört direkt zur Individualität des Menschen, die er nicht einbüssen kann, ohne sich unglücklich und degradirt zu fühlen. Die Gesammtwirthschaft bezeichnet eine untere Kulturstufe der Menschheit, nicht eine höhere. Ebenso ist auch die absolute Gleichheit des Vermögens auf der Basis der jetzigen Einzelwirthschaft unmöglich. Selbst der Mann, der dem sozialistischen Staatsideal am nächsten kam, sagt: «Es werden allezeit Arme sein im Lande, darum gebiete ich dir, dass du deine Hand aufthust deinem Bruder, der bedrängt und arm ist in deinem Lande.» Daneben aber auch: «Es soll allerdings kein Bettler unter euch sein» (V. Moses XV. 11. 4.) Das menschliche Leben würde (immer unter

Die Freiheit ist ebenfalls möglich auf der Basis der richtigen Gewaltenvertheilung in einem bestehenden Staate und einer gewissen Betheiligung aller Volksklassen an der Regierung. Sie hat aber keinen Werth, wenn sie nicht mit Ordnung und Gerechtigkeit für Alle verbunden werden kann, und nur geringen, wenn sie nicht gewisse, dem Einzelnen zukommende Rechte auch gegen die Gesammtheit gehörig verbürgt. Denn für die grosse Mehrzahl der Menschen sind diese individuellen Rechte wichtiger, als die politische Betheiligung am Staatswesen, die überhaupt bloss Macht gibt, nicht Freiheit.

Auch die Beförderung der Tugend, also die sittliche Erziehung der Völker, soll und kann ein Zweck der staatlichen Gesellschaft sein, und einen Theil dieser fortwährenden Regeneration wird von Zeit zu Zeit stets die Rückkehr zur Natur, zu natürlicheren, einfacheren Lebensverhältnissen bilden. Aber niemals soll man annehmen, dass es eine öffentliche Tugend ohne die Grundlage einer privaten geben könne und dass die Menschen vom Staat und nicht in allererster Linie von einer gesunden Familie dazu erzogen werden. Und ebenso ist es ein grosser Irrthum, in dem Naturzustande der Wilden das Ideal menschlicher Zustände erblicken zu wollen.[1])

---

der Voraussetzung mässiger Unterschiede) einen Hauptheil seines Reizes verlieren, wenn es die gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse ganz und gar nicht mehr kennte, auf denen ein grosser Theil unserer Beziehungen beruht.

[1]) Davon sind wir jetzt zurückgekommen. Die Schwärmerei für die letzten der Mohikaner und andere interessante Naturvölker, in der wir unsere Jugend verlebten, besteht nicht mehr. Umgekehrt aber auch vielfach nicht mehr der Sinn für Natur und Einfachheit, der noch zu Anfang dieses Jahrhunderts alle edleren Menschen schmückte.

Die Idee eines Patriotismus, der freiwilligen Aufopferung des Einzelnen für Alle in einem bestehenden Staatswesen, können wir nicht entbehren und ebenso wenig diejenige einer über die einzelnen Staatsgesellschaften hinausgehenden Brüderlichkeit unter allen gebildeten Nationen. Beide aber werden sofort falsch, wenn sie nicht auf dem Glauben an eine Weltordnung beruhen, welche will, dass die Menschen in kleineren, historisch gegebenen Verbindungen sich entwickeln und darin ihre gegenseitige Freiheit achten lernen.[1])

Die Revision unseres jetzt bestehenden Rechts ist unausweichlich, aber sie wird zu nichts Besserem führen, wenn das Recht in seinem letzten Grunde die willkürliche Erfindung einer menschlichen Wissenschaft ist und nicht auf Grundsätzen beruht, die ewig sind und sich immer geltend machen werden, gleichviel, ob die Menschen sie zeitweise anerkennen, oder nicht.

Alle Ideen, von denen die grosse Revolution vor hundert Jahren ausging und die sie namentlich in der Verfassung von 1793 mit voller Entschiedenheit zu betonen sich vornahm, sind demnach wahr. Aber sie werden dennoch niemals zum Gedeihen der Völker führen, wenn sie mit Materialismus gepaart sind, und jede Regierung dieser Art erzeugt auf dem Wege einer an sich völlig logischen Durchführung dieser Ansichten eine grössere Knechtschaft, als die, welche zu beseitigen sie sich vornimmt.

[1]) Das schliesst alle Weltreiche, ja selbst alle zu grossen Staaten aus, die nie förderlich für die Kultur der Menschheit gewesen sind, und ebenso alle Einmischungen in das innere Verfassungsleben der Völker, das sich vorzugsweise nach historischen Bedingungen richtet.

Ein Prophet des israelitischen Alterthums beschreibt in einer grossartigen Vision eine Zeit der deutlicheren Offenbarung göttlicher Gerechtigkeit, wie sie vor hundert Jahren war und vielleicht wiederum bevorsteht. Verschont werden in einer solchen Krise nur die. welche ein Zeichen an sich tragen, und dieses Zeichen wird denen gegeben, die nicht Schlechtes gut nennen — selbst wenn sie es nicht ändern können —, sondern wenigstens « seufzen über die Gräuel, so da geschehen ».

Anfangen aber wird das Gericht bei denen, welchen die Pflicht obliegt, die Wahrheit zu verkündigen und zu vertheidigen.

---

# Beilage.

## Die Verfassung von 1793.

DÉCLARATION DES DROITS DE L'HOMME ET DU CITOYEN.

Le peuple français, convaincu que l'oubli et le mépris des droits naturels de l'homme sont les seules causes des malheurs du monde, a résolu d'exposer, dans une déclaration solennelle, ces droits sacrés et inaliénables, afin que tous les citoyens, pouvant comparer sans cesse les actes du gouvernement avec le but de toute institution sociale, ne se laissent jamais opprimer et avilir par la tyrannie; afin que le peuple ait toujours devant les yeux les bases de sa liberté et de son bonheur, le magistrat la règle de ses devoirs, le législateur l'objet de sa mission. — En conséquence, il proclame, en présence de l'Etre suprême, la déclaration suivante des droits de l'homme et du citoyen. — Art. 1er. Le but de la société est le bonheur commun. — Le gouvernement est institué pour garantir à l'homme la jouissance de ses droits naturels et imprescriptibles. — 2. Ces droits sont l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété. — 3. Tous les hommes sont égaux par la nature et devant la loi. — 4. La loi est l'expression libre et solennelle de la volonté générale; elle est la même pour tous, soit qu'elle protège, soit qu'elle punisse; elle ne peut ordonner que ce qui est juste et utile à la société; elle ne peut défendre que ce qui lui est nuisible. — 5. Tous les citoyens sont également admissibles aux emplois publics. Les peuples libres ne connaissent d'autres motifs de préférence dans leurs élections que

les vertus et les talens. — 6. La liberté est le pouvoir qui appartient à l'homme de faire tout ce qui ne nuit pas aux droits d'autrui; elle a pour principe la nature, pour règle la justice, pour sauve-garde la loi; sa limite morale est dans cette maxime: *Ne fais pas à un autre ce que tu ne veux pas qui te soit fait*. — 7. Le droit de manifester sa pensée et ses opinions, soit par la voie de la presse, soit de toute autre manière, le droit de s'assembler paisiblement, le libre exercice des cultes, ne peuvent être interdits. — La nécessité d'énoncer ces droits suppose ou la présence ou le souvenir récent du despotisme. — 8. La sûreté consiste dans la protection accordée par la société à chacun de ses membres pour la conservation de sa personne, de ses droits et de ses propriétés. — 9. La loi doit protéger la liberté publique et individuelle contre l'oppression de ceux qui gouvernent. — 10. Nul ne doit être accusé, arrêté ni détenu, que dans les cas déterminés par la loi et selon les formes qu'elle a prescrites. Tout citoyen, appelé ou saisi par l'autorité de la loi, doit obéir à l'instant; il se rend coupable par la résistance. — 11. Tout acte exercé contre un homme hors des cas et sans les formes que la loi détermine, est arbitraire et tyrannique; celui contre lequel on voudrait l'exécuter par la violence, a le droit de le repousser par la force. — 12. Ceux qui solliciteraient, expédieraient, signeraient, exécuteraient ou feraient exécuter des actes arbitraires, sont coupables, et doivent être punis. — 13. Tout homme étant présumé innocent jusqu'à ce qu'il ait été déclaré coupable, s'il est jugé indispensable de l'arrêter, toute rigueur qui ne serait pas nécessaire pour s'assurer de sa personne, doit être sévèrement réprimée par la loi. — 14. Nul ne doit être jugé et puni qu'après avoir été entendu ou légalement appelé, et qu'en vertu d'une loi promulguée antérieurement au délit. La loi qui punirait des délits commis avant qu'elle existât, serait une tyrannie; l'effet rétroactif donné à la loi serait un crime — 15. La loi ne doit décerner que des peines strictement et évidemment nécessaires; les peines doivent être proportionnées au délit et utiles à la société. — 16. Le droit de propriété est celui qui appartient à tout citoyen, de jouir et de disposer à son gré de ses biens, de ses revenus, du fruit de son travail et de son industrie. — 17. Nul genre de travail, de culture, de commerce, ne peut être

interdit à l'industrie des citoyens. — 18. Tout homme peut engager ses services, son temps; mais il ne peut se vendre ni être vendu; sa personne n'est pas une propriété aliénable. La loi ne reconnaît point de domesticité; il ne peut exister qu'un engagement de soins et de reconnaissance entre l'homme qui travaille et celui qui l'emploie. — 19. Nul ne peut être privé de la moindre portion de sa propriété, sans son consentement, si ce n'est lorsque la nécessité publique légalement constatée l'exige, et sous la condition d'une juste et préalable indemnité. — 20. Nulle contribution ne peut être établie que pour l'utilité générale. Tous les citoyens ont le droit de concourir à l'établissement des contributions, d'en surveiller l'emploi et de s'en faire rendre compte. — 21. Les secours publics sont une dette sacrée. La société doit la subsistance aux citoyens malheureux, soit en leur procurant du travail, soit en assurant les moyens d'exister à ceux qui sont hors d'état de travailler. — 22. L'instruction est le besoin de tous. La société doit favoriser de tout son pouvoir les progrès de la raison publique, et mettre l'instruction à la portée de tous les citoyens. — 23. La garantie sociale consiste dans l'action de tous pour assurer à chacun la jouissance et la conservation de ses droits: cette garantie repose sur la souveraineté nationale. — 24. Elle ne peut exister, si les limites des fonctions publiques ne sont pas clairement déterminées par la loi, et si la responsabilité de tous les fonctionnaires n'est pas assurée. — 25 La souveraineté réside dans le peuple; elle est une et indivisible, imprescriptible et inaliénable. — 26. Aucune portion du peuple ne peut exercer la puissance du peuple entier; mais chaque section du souverain assemblée doit jouir du droit d'exprimer sa volonté avec une entière liberté. — 27. Que tout individu qui usurperait la souveraineté soit à l'instant mis à mort par les hommes libres. — 28. Un peuple a toujours le droit de revoir, de réformer et de changer sa constitution. Une génération ne peut assujettir à ses lois les générations futures. — 29. Chaque citoyen a un droit égal de concourir à la formation de la loi et à la nomination de ses mandataires ou de ses agens. — 30. Les fonctions publiques sont essentiellement temporaires; elles ne peuvent être considérées comme des distinctions ni comme des récompenses, mais comme des devoirs. — 31. Les délits des mandataires

du peuple et de ses agens ne doivent jamais être impunis. Nul n'a le droit de se prétendre plus inviolable que les autres citoyens. — 32. Le droit de présenter des pétitions aux dépositaires de l'autorité publique, ne peut, en aucun cas, être interdit, suspendu ni limité. — 33. La résistance à l'oppression est la conséquence des autres droits de l'homme. — 34. Il y a oppression contre le corps social, lorsqu'un seul de ses membres est opprimé; il y a oppression contre chaque membre, lorsque le corps social est opprimé. — 35. Quand le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple, et pour chaque portion du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs.

### ACTE CONSTITUTIONNEL.

#### De la République.

Art. 1er. La République française est une et indivisible.

#### De la distribution du peuple.

2. Le peuple français est distribué, pour l'exercice de sa souveraineté, en assemblées primaires de cantons. — 3. Il est distribué, pour l'administration et pour la justice, en départemens, districts, municipalités.

#### De l'état des citoyens.

4. Tout homme né et domicilié en France, âgé de vingt-un ans accomplis; — Tout étranger âgé de vingt-un ans accomplis, qui, domicilié en France depuis une année, — Y vit de son travail, — Ou acquiert une propriété, — Ou épouse une Française, — Ou adopte un enfant, — Ou nourrit un vieillard; — Tout étranger enfin qui sera jugé par le corps législatif avoir bien mérité de l'humanité, — Est admis à l'exercice des droits de citoyen français. — 5. L'exercice des droits de citoyen se perd, — Par la naturalisation en pays étranger; — Par l'acceptation de fonctions ou faveurs émanées d'un gouvernement non populaire; — Par la condamnation à des peines infamantes ou afflictives, jusqu'à réhabilitation. — 6. L'exercice des droits de citoyen est suspendu, — Par l'état d'accusation; — Par un jugement de contumace, tant que le jugement n'est pas anéanti.

#### De la souveraineté du peuple.

7. Le peuple souverain est l'universalité des citoyens français. — 8. Il nomme immédiatement ses députés. — 9. Il délègue à des électeurs le choix des administrateurs, des arbitres publics, des juges criminels et de cassation. — 10. Il délibère sur les lois.

#### Des assemblées primaires.

11. Les assemblées primaires se composent des citoyens domiciliés depuis six mois dans chaque canton. — 12. Elles sont composées de deux cents citoyens au moins, de six cents au plus, appelés à voter. — 13. Elles sont constituées par la nomination d'un président, de secrétaires, de scrutateurs. — 14. Leur police leur appartient. — 15. Nul n'y peut paraître en armes. — 16. Les élections se font au scrutin ou à haute voix, au choix de chaque votant. — 17. Une assemblée primaire ne peut, en aucun cas, prescrire un mode uniforme de voter. — 18. Les scrutateurs constatent le vote des citoyens qui, ne sachant pas écrire, préfèrent de voter au scrutin. — 19. Les suffrages sur les lois sont donnés par *oui* et par *non*. — 20. Le vœu de l'assemblée primaire est proclamé ainsi: *Les citoyens réunis en assemblée primaire de ...... au nombre de ...... votans, votent pour ou votent contre, à la majorité de ......*

#### De la représentation nationale.

21. La population est la seule base de la représentation nationale. — 22. Il y a un député en raison de quarante mille individus. — 23. Chaque réunion d'assemblées primaires, résultant d'une population de trente-neuf à quarante-un mille âmes, nomme immédiatement un député. — 24. La nomination se fait à la majorité absolue des suffrages. — 25. Chaque assemblée fait le dépouillement des suffrages, et envoie un commissaire pour le recensement général, au lieu désigné comme le plus central. — 26. Si le premier recensement ne donne point de majorité absolue, il est procédé à un second appel, et on vote entre les deux citoyens qui ont réuni le plus de voix. — 27. En cas d'égalité de voix, le plus âgé a la préférence, soit pour être ballotté, soit pour être élu. En cas d'égalité d'âge, le sort décide. — 28. Tout Français exerçant les droits de citoyen, est éligible dans l'étendue de la République. — 29. Chaque député appartient

à la nation entière. — 30. En cas de non-acceptation, démission, déchéance ou mort d'un député, il est pourvu à son remplacement par les assemblées primaires qui l'ont nommé. — 31. Un député qui a donné sa démission ne peut quitter son poste qu'après l'admission de son successeur. — 32. Le peuple français s'assemble tous les ans, le 1er mai, pour les élections. — 33. Il y procède, quel que soit le nombre des citoyens ayant droit d'y voter. — 34. Les assemblées primaires se forment extraordinairement, sur la demande du cinquième des citoyens qui ont droit d'y voter. — 35. La convocation se fait, en ce cas, par la municipalité du lieu ordinaire du rassemblement. — 36. Ces assemblées extraordinaires ne délibèrent qu'autant que la moitié, plus un, des citoyens qui ont droit d'y voter, sont présens.

**Des assemblées primaires.**

37. Les citoyens réunis en assemblées primaires, nomment un électeur à raison de deux cents citoyens présens ou non; deux depuis trois cent un jusqu'à quatre cents; trois depuis cinq cent un jusqu'à six cents. — 38. La tenue des assemblées électorales et le mode des élections sont les mêmes que dans les assemblées primaires.

**Du corps législatif.**

39. Le corps législatif est un, indivisible et permanent. — 40. Sa session est d'un an. — 41. Il se réunit le 1er juillet. — 42. L'assemblée nationale ne peut se constituer, si elle n'est composée au moins de la moitié des députés, plus un. — 43. Les députés ne peuvent être recherchés, accusés ni jugés en aucun temps, pour les opinions qu'ils ont énoncées dans le sein du corps législatif. — 44. Ils peuvent, pour fait criminel, être saisis en flagrant délit; mais le mandat d'arrêt ni le mandat d'amener ne peuvent être décernés contre eux qu'avec l'autorisation du corps législatif.

**Tenue des séances du corps législatif.**

45. Les séances de l'assemblée nationale sont publiques. — 46. Les procès-verbaux de ses séances sont imprimés. — 47. Elle ne peut délibérer si elle n'est composée de deux cents membres au moins. — 48. Elle ne peut refuser la parole à ses membres, dans l'ordre où ils l'ont réclamée. — 49. Elle délibère à la majorité des présens. — 50. Cinquante

membres ont le droit d'exiger l'appel nominal. — 51. Elle a le droit de censure sur la conduite de ses membres dans son sein. — 52. La police lui appartient dans le lieu de ses séances, et dans l'enceinte extérieure qu'elle a déterminée.

### Des fonctions du corps législatif.

53. Le corps législatif propose des lois, et rend des décrets. — 54. Sont compris, sous le nom général de *loi*, les actes du corps législatif concernant, — La législation civile et criminelle; — L'administration générale des revenus et des dépenses ordinaires de la république; — Les domaines nationaux; — Le titre, le poids, l'empreinte et la dénomination des monnaies; — La nature, le montant et la perception des contributions; — La déclaration de guerre; — Toute nouvelle distribution générale du territoire français; — L'instruction publique; — Les honneurs publics à la mémoire des grands hommes. — 55. Sont désignés sous le nom particulier de *décret*, les actes du corps législatif concernant, — L'établissement annuel des forces de terre et de mer; — La permission ou la défense du passage des troupes étrangères sur le territoire français; — L'introduction des forces navales étrangères dans les ports de la République; — Les mesures de sûreté et de tranquillité générales; — La distribution annuelle et momentanée des secours et travaux publics; — Les ordres pour la fabrication des monnaies de toute espèce; — Les dépenses imprévues et extraordinaires; — Les mesures locales et particulières à une administration, à une commune, à un genre de travaux publics; — La défense du territoire; — La ratification des traités; — La nomination et la destitution des commandans en chef des armées; — La poursuite de la responsabilité des membres du conseil, des fonctionnaires publics; — L'accusation des prévenus de complots contre la sûreté générale de la République; — Tout changement dans la distribution partielle du territoire français; — Les récompenses nationales.

### De la formation de la loi.

56. Les projets de loi sont précédés d'un rapport. — 57. La discussion ne peut s'ouvrir et la loi ne peut être provisoirement arrêtée que quinze jours après le rapport. — 58. Le projet est imprimé et envoyé à toutes les communes de la république, sous ce titre: *Loi proposée*. — 59. Quarante

jours après l'envoi de la loi proposée, si, dans la moitié des départemens, plus un, le dixième des assemblées primaires de chacun d'eux, régulièrement formées, n'a pas réclamé, le projet est accepté et devient *loi.* — 60. S'il y a réclamation, le corps législatif convoque les assemblées primaires.

### De l'intitulé des lois et des décrets.

61. Les lois, les décrets, les jugemens et tous les actes publics sont intitulés: ***Au nom du peuple français, l'an . . . re la République française.***

### Du conseil exécutif.

62. Il y a un conseil exécutif composé de vingt-quatre membres. — 63. L'assemblée électorale de chaque département nomme un candidat. Le corps législatif choisit sur la liste générale les membres du conseil. — 64. Il est renouvelé par moitié à chaque législature, dans les derniers mois de sa session. — 65. Le conseil est chargé de la direction et de la surveillance de l'administration générale; il ne peut agir qu'en exécution des lois et des décrets du corps législatif. — 66. Il nomme, hors de son sein, les agens en chef de l'administration générale de la République. — 67. Le corps législatif détermine le nombre et les fonctions de ces agens. — 68. Ces agens ne forment point un conseil; ils sont séparés, sans rapports immédiats entre eux; ils n'exercent aucune autorité personnelle. -- 69. Le conseil nomme hors de son sein les agens extérieurs de la République. — 70. Il négocie les traités. — 71. Les membres du conseil, en cas de prévarication, sont accusés par le corps législatif. — 72. Le conseil est responsable de l'inexécution des lois et des décrets, et des abus qu'il ne dénonce pas. — 73. Il révoque et remplace les agens à sa nomination. — 74. Il est tenu de les dénoncer, s'il y a lieu, devant les autorités judiciaires.

### Des relations du conseil exécutif avec le corps législatif.

75. Le conseil exécutif réside auprès du corps législatif; il a l'entrée et une place séparée dans le lieu de ses séances. — 76. Il est entendu toutes les fois qu'il a un compte à à rendre. — 77. Le corps législatif l'appelle dans son sein, en tout ou en partie, lorsqu'il le juge convenable.

**Des corps administratifs et municipaux.**

78. Il y a dans chaque commune de la République une administration municipale; — Dans chaque district, une administration intermédiaire; — Dans chaque département, une administration centrale. — 79. Les officiers municipaux sont élus par les assemblées de commune. — 80. Les administrateurs sont nommés par les assemblées électorales de département et de district. — 81. Les municipalités et les administrations sont renouvelées tous les ans par moitié. — 82. Les administrateurs et officiers municipaux n'ont aucun caractère de représentation — Ils ne peuvent, en aucun cas, modifier les actes du corps législatif, ni en suspendre l'exécution. — 83. Le corps législatif détermine les fonctions des officiers municipaux et des administrateurs, les règles de leur subordination, et les peines qu'ils pourront encourir. — 84. Les séances des municipalités et des administrations sont publiques.

**De la justice civile.**

85. Le Code des lois civiles et criminelles est uniforme pour toute la République. — 86. Il ne peut être porté aucune atteinte au droit qu'ont les citoyens de faire prononcer sur leurs différends par des arbitres de leur choix. — 87. La décision de ces arbitres est définitive, si les citoyens ne se sont pas réservé le droit de réclamer. — 88. Il y a des juges de paix élus par les citoyens des arrondissemens déterminés par la loi. — 89. Ils concilient et jugent sans frais. — 90. Leur nombre et leur compétence sont réglés par le corps législatif. — 91. Il y a des arbitres publics élus par les assemblées électorales. — 92. Leur nombre et leurs arrondissemens sont fixés par le corps législatif. — 93. Ils connaissent des contestations qui n'ont pas été terminées définitivement par les arbitres privés ou par les juges de paix. — 94. Ils délibèrent en public. — Ils opinent à haute voix. — Ils statuent en dernier ressort, sur défenses verbales, ou sur simple mémoire, sans procédures et sans frais. — Ils motivent leurs décisions. — 95. Les juges de paix et les arbitres publics sont élus tous les ans.

**De la justice criminelle.**

96. En matière criminelle, nul citoyen ne peut être jugé que sur une accusation reçue par les jurés ou décrétée par le corps législatif. — Les accusés ont des conseils choisis

par eux, ou nommés d'office. — L'instruction est publique. — Le fait et l'intention sont déclarés par un jury de jugement. — La peine est appliquée par un tribunal criminel. — 97. Les juges criminels sont élus tous les ans par les assemblées électorales.

#### Du tribunal de cassation.

98. Il y a pour toute la République un tribunal de cassation. — 99. Ce tribunal ne connaît point du fond des affaires. — Il prononce sur la violation des formes, et sur les contraventions expresses à la loi. — 100. Les membres de ce tribunal sont nommés tous les ans par les assemblées électorales.

#### Des contributions publiques.

101. Nul citoyen n'est dispensé de l'honorable obligation de contribuer aux charges publiques.

#### De la trésorerie nationale.

102. La trésorerie nationale est le point central des recettes et dépenses de la République. — 103. Elle est administrée par des agens comptables nommés par le conseil exécutif. — 104. Ces agens sont surveillés par des commissaires nommés par le corps législatif, pris hors de son sein, et responsables des abus qu'ils ne dénoncent pas.

#### De la comptabilité.

105. Les comptes des agens de la trésorerie nationale et des administrateurs des deniers publics, sont rendus annuellement à des commissaires responsables, nommés par le conseil exécutif. — 106. Ces vérificateurs sont surveillés par des commissaires à la nomination du corps législatif, pris hors de son sein, et responsables des abus et des erreurs qu'ils ne dénoncent pas. — Le corps législatif arrête les comptes.

#### Des forces de la République.

107. La force générale de la République est composée du peuple entier. — 108. La République entretient à sa solde, même en temps de paix, une force armée de terre et de mer. — 109. Tous les Français sont soldats; ils sont tous exercés au maniement des armes. — 110. Il n'y a point de généralissime. — 111. La différence des grades, leurs marques distinctives et la subordination ne subsistent que relativement au service et pendant sa durée. — 112. La force pu-

blique employée pour maintenir l'ordre et la paix dans l'intérieur, n'agit que sur la réquisition par écrit des autorités constituées. — 113. La force publique employée contre les ennemis du dehors, agit sous les ordres du conseil exécutif. — 114. Nul corps armé ne peut délibérer.

**Des conventions nationales.**

115. Si, dans la moitié des départemens, plus un, le dixième des assemblées primaires de chacun d'eux, régulièrement formées, demande la révision de l'acte constitutionnel, ou le changement de quelques-uns de ses articles, le corps législatif est tenu de convoquer toutes les assemblées primaires de la République, pour savoir s'il y a lieu à une convention nationale. — 116. La convention nationale est formée de la même manière que les législatures, et en réunit les pouvoirs. — 117. Elle ne s'occupe, relativement à la constitution, que des objets qui ont motivé sa convocation.

**Des rapports de la République française avec les nations étrangères.**

118. Le peuple français est l'ami et l'allié naturel des peuples libres. — 119. Il ne s'immisce point dans le gouvernement des autres nations; il ne souffre pas que les autres nations s'immiscent dans le sien. — 120. Il donne asile aux étrangers bannis de leur patrie pour la cause de la liberté. — Il le refuse aux tyrans. — 121. Il ne fait point la paix avec un ennemi qui occupe son territoire.

**De la garantie des droits.**

122. La constitution garantit à tous les Français l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété, la dette publique, le libre exercice des cultes, une instruction commune, des secours publics, la liberté indéfinie de la presse, le droit de pétition, le droit de se réunir en sociétés populaires, la jouissance de tous les droits de l'homme. — 123. La République française honore la loyauté, le courage, la vieillesse, la piété filiale, le malheur. Elle remet le dépôt de sa constitution sous la garde de toutes les vertus. — 124. La déclaration des droits et l'acte constitutionnel sont gravés sur des tables au sein du corps législatif et dans les places publiques.

---

# Come rimanesse svizzero il Ticino nel 1798.

Alla rivoluzione francese, che oramai non ha più avversari, o se ne ha ancora, non sono più temibili, devono i baliaggi italiani, nonchè gli stati tutti civili, la loro rigenerazione politica ed intellettuale.[1]

Ed è a quella del Ticino, compiutasi per davvero nel febbrajo-marzo 1798, che noi consacriamo questo incompleto studio. Largo tema, meritevole di essere trattato non con angustia di tempo e di spazio, e tanto meno entro le dimensioni ristrette di un volume. — A taluno peraltro potrà parere superfluo di diffonderci intorno a' que' fatti, sui quali la letteratura non scarseggia, anche per parte di concittadini nostri;[2] ma pur riconoscendo la nostra inferiorità dobbiamo accentuare che gli storici antichi quali lo *Zschokke,* il *Cetti* ed altri non trattarono l'argomento che con vedute personali, talora parziali. Con scarsezza di documenti e poca critica scrissero il *Pasqualigo,* il *Peri* ed il *Franscini.*[3]

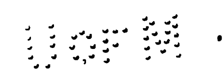
---

[1] « Im geschichtlichen Hergang knüpft unsere demokratische Wiedergeburt in der Helvetik direkt an die *französische Revolution* an, die überhaupt die Erscheinung der *modernen* Demokratie in der Welt einleitet ». (*Hilty,* Vorlesungen über die Helvetik, p. 25.)

[2] In calce si dà la bibliografia storica ticinese per gli anni 1798—1800.

[3] Non si capisce perchè il Franscini, che pure ne aveva il comodo, frugasse così poco negli archivi d' oltr' Alpi, e curasse





Quant' è al Baroffio basti il dire che non consultò in Berna, nell' *Archivio federale* alcuno di quegl' importanti documenti, or non è molto messi in luce dello Strickler! Così v' è pur posto ancora per un articolo sintetico sui fatti luganesi del 1798 a dilucidazione e correzione di molte oscurità ed inesattezze.

La storia ha oggidì una missione ben superiore a quanto che prima: non più annalistica nuda e semplice. Se, colla stringente critica, distrugge ideali gloriosi e mette in fascio avvenimenti a noi cari, cari al popolo ed alla nazione quali la vita ed i fatti di un Tell, riabilitando per contro individui troppo deprecati quali una Borgia, un Maramaldo ed altri, ha però anche l' obbligo di ristabilire nella loro giusta luce taluni fatti giudicati sinora sotto l' azione di un prisma troppo ottimista.

Così nel caso nostro, quello cioè di uno studio sul *come* e sul *perchè* Lugano (indi il Ticino intiero) rimanesse svizzero nel memorabile 1798.

Ai 15 febbrajo di quell' anno si decise l' indipendenza del nostro bellissimo paese. Strana aritmetica della storia! nel medesimo giorno i Francesi con Berthier, ajutante il popolo, entravano in Roma, proclamandovi la repubblica e la caduta del papato!

Il lavoro nostro, — franco forse oltre il credere — non garberà a molti dei patrioti dell' oggidì, ignari che bisogna portarsi ai tempi per ben giudicarli. Non ne facciamo caso chè sappiamo pure da molto tempo quante bugie, senza sua colpa, ha fatto pronunciare la vita dei popoli agli storici incaricati di dire la verità!

Ma entriamo in argomento.

poco le fonti già edite quali la *Difesa* del *Cittadino Reali*, il *Compendio storico*, ecc. Dei proclami riportati dal Pasqualigo (1855) il continuatore Peri taluni tacque, altri diede monchi o con date erronee. Oh questo non si chiama scrivere la storia!



I.

Il nostro lavoro reclama anzitutto uno sguardo allo stato sociale dei nostri baliaggi ed a quello della confinante Lombardia Austriaca, ed occorre giudicare i fatti alla stregua dei tempi.

Domanda. Il regime landfogtesco era proprio così obbrobrioso come ce lo dipingono gli enfatici declamatori della giornata?... Pur troppo, a malgrado di lievissimi giustificazioni, i baliaggi italiani gemevano sotto un governo esoso, malmenati da *landfogti* e scriba, veri proconsoli, non curanti che l' arricchimento della propria borsa con processi sopra processi; ed il filosofo e politico bernese *Carlo Vittore di Bonstetten,* per citarne uno dell' epoca ed autorevole,[1]) bollò meritamente col marchio dell' infamia quelle pessime autorità, all' opposto del mellifluo zurigano *Schinz* che trovava benevolo il regime dei XII Sovrani cantoni nel Ticino o dell' inviato inglese in Isvizzera, nel 1706, lo *Stanian* che non si peritava di proclamare[2]) essere i sudditi dei Cantoni elvetici i più liberi ed i meglio trattati del mondo!.. Parlando delle nostre terre il conte di Firmian, il saggio governatore della Lombardia, col Bonstetten, esagerava forse quando esclamavagli: « Vous mériteriez que l'empereur s'emparât par charité de ce malheureux pays »?[3])

Gli scrittori illuminati furono e sono costretti tutti a riconoscere il tristo stato sociale in cui languivano

---

[1]) Per la biografia del Bonstetten, oltre alle sue *Neue Schriften* dedicate in gran parte ai paesi nostri, vedi *Steinlein,* C. V. de Bonstetten (Lausanne 1860). — Souvenirs de C. V. de Bonstetten, écrits en 1831 (Zürich, 1832). — *Morell,* Karl Viktor von Bonstetten (Winterthur, 1861).

[2]) *Tableau de la Suisse,* ediz. parigina presso Lottin, 1766, p. 166. — Dello Schinz vedi i *Beiträge* ben noti.

[3]) Briefwechsel mit Matthisson, p. 4. — *Morell,* K. von Bonstetten, p. 186.

i baliaggi. [1]) Nulle l' agricoltura, le arti ed il commercio, eccettuato quello di transito o di contrabbando cospicuo già in allora. Troppi, ma di assai, gli avvocati, [2]) i causidici ed i mestatori, sicchè nel palazzo dei *fogts* eravi fucina di processi. Pessime le strade, appena se carreggiabili in parte, ed un popolo rozzo, superstizioso e quel che è peggio povero al colmo. Cattive le leggi, peggiore il modo di eseguirle come che lasciato all' arbitrio dei *fogts,* di sovente ignoranti, o rapaci, raramente illuminati, sempre sfuggiti al sindicato che pure aveva tal fiata uditi i lamenti contr' essi espressi dalle schiave comunità.

Ma non si supponga con ciò, che viziata fosse soltanto la classe dei landfogti tedeschi. Giustizia vuole

---

[1]) Die Verwaltung dieser Vogteien hat den Schweizern nicht immer zur Ehre gereicht und war namentlich im Tessin berüchtigt. Die Landvögte waren sehr oft, namentlich wenn sie durch das Loos bestellt wurden, ganz untaugliche Subjekte, die von ihrem Amte nur Nutzen ziehen wollten. Am häufigsten waren die Klagen gegen käufliche Rechtspflege und gegen Erpressungen. *Meyer, Joh.,* Geschichte des schweiz. Bundesrechtes. Winterthur, 1878. (Bd. I, S. 449.)

[2]) Peste tuttodì del Ticino! Nella 2da metà dello scorso secolo in Lugano « quasi due dozzine di Procuratori, che tutti vogliono vivere! In Roma all' ora solo si viddero le varie malattie, quando vi furono introdotti tanti medici. Quello poi che fa maggiore meraviglia, è che in nessuna parte del mondo è concesso, solo in Lugano si vede, cioè che il Tenente, il Fiscale, l' Attuario criminale, per approffitarsi d' ambe le parti, sono nello stesso tempo Procuratori, come gia cantò Marziale : *Ipse tibi Socius, Dux, Eques et Lituus.* » Così una supplica anonima di Luganesi al Cantone di Lucerna, in *Boll. storico,* 1881, p. 165. Locarno, nel 1795, secondo il Bonstetten, contava sopra 1074 abitanti 32 fra avvocati e procuratori, 37 osterie, 4 conventi e neppure un venditore di carta o libri!!...



che lo si riconosca: in diverse occasioni i nostri stessi conterranei, addetti quali *statthalter* o fiscali, prestavano bravamente braccio al dissanguamento del misero suddito. Sì, se i *Recessi delle diete elvetiche* e gli atti giacenti tuttora inediti negli archivi svizzeri, confermano tante bassezze e brutture della dominazione elvetica, [1]) numerosi esempi offrono pure di infamie, arbitrî, ecc perpetuate da' nostri stessi, sedenti in alto. I Franzoni in Vallemaggia, fuvvi un tempo, in cui il popolo della valle li esecrava, e così dicasi dei Marcacci, fiscali in Locarno e podestà di Verzasca, [2]) dei Riva in Lugano e d' altri.

Sicuro che si devono ammettere pari onorevoli eccezioni di persone integre nei *landfogti,* ma i loro raggi gettarono troppa scarsa luce. E trista la legge che abbandona alla merce' del magistrato la felicità de' popoli. [3]) Il poeta lombardo Parini non esaltò forse nella sua bell' ode « *Il Bisogno* » l' onestà e la giustizia del balivo untervaldese Wirz [4]) in Locarno (1764—66)?... o la musa sua era altrettanto servile quanto quella dei

---

[1]) Oltre gli esempi del *Bonstetten,* ritrodotti da nostri e da comaschi storici, quali il *Cantù,* veggasi nell' *Anzeiger für Schweiz. Geschichte,* 1870, p. 39 ff. l' articolo del cons. federale Dr E. Welti: « Landvogteiliche Criminaljustiz in den ehemaligen italienischen Vogteien. »

[2]) V. *Liebenau* Dr *Th.* Un documento pel barone Gian Antonio Marcacci (in *Boll. storico,* 1887, p. 176). — L' inondazione in Vallemaggia nel 1648 (*Ibidem,* 1888, p. 19). — Per i mali diporti dei *Franzoni* vedi anche gli *Eidg. Abschiede* del XVII° secolo.

[3]) *Cantù,* Storia della diocesi di Como. II, 204.

[4]) L' ode è del 1765, ma come mai l' abate Parini conobbe il Wirz?... — Nel *Boll. storico,* 1883, p. 14, s' è prodotto un sonetto del medesimo celebre poeta, scritto nel 1767 pel quaresimalisto in Lugano, p. Maurizio Salabue.

soliti decantatori delle alte virtù dei landfogti,[1]) al loro uscire di carica?[2])

Si stampò, da chi ci precedette, che ai comuni nostri furono lasciate, anzi confermate le loro antiche consuetudini, ma i medesimi privilegi e statuti quando regolarmente osservati? Anno per anno non vi si aggiunsero anche decreti di nuovo spirito e forma?[3]) Se coi processi e colle esecuzioni si tormentavano i già miserabili abitanti, rimaneva peraltro a loro di consolazione il non essere soprafatti, come nella limitrofa Lombardia, di balzelli, tasse ed aggravii non mai finiti. E questo era paragone persuasivo pel popolo, assai più che le declamazioni umanitarie che non valutano la felicità di una nazione dalle imposte.

Ma se senza imposte, puranco il popolo nostro senza scuole,[4]) e l'istruzione era negletta al punto da far forse parere virtù il servaggio. Non milizie, un peso di meno, ed un paragone di più, di fronte a' vicini Lombardi, ma con ciò anche menomata l' energia del popolo. Il quale non ci sembra però fosse sceso così basso dal meritarsi i calunniosi giudizii del novelliere Enrico

[1]) Vedi una spiritosa rassegna di alcune di quelle produzioni letterarie, accompagnata da fine ed ironiche osservazioni sui presunti meriti dei glorificati balivi nel *Nouveau voyage en Suisse* (Paris 1802, vol. I, 174 ff e 196) della scrittrice inglese, nota assai, Mad. *Elena Williams.*

[2]) Saggi di lodi adulatorie in versi ed in prosa, pei landfogti nelle terre nostre, oltre che nelle note *Su e giù per l'antica Locarno,* nel foglio *Il Tempo,* di Locarno, I° semestre 1878, leggonsi in *Boll. storico* 1880 p. 264; 1881 p. 196 e seg., 283, 310; 1882 p. 99, 151; *1885,* 215; *1887* p. 32.

[3]) Manca la pubblicazione — tanto utile — di un *corpus* dei nostri vecchi statuti, e relativo studio sui medesimi.

[4]) Per la cattiva istruzione vedi *Zschokke,* Selbstschau 141 I° e con maggiori dettagli il nostro lavoro *Della pubblica istruzione nella Svizzera Italiana* in *Boll. storico* 1881.

Zschokke[1]) e d' altri oltremontani.[2]) Ogni popolo, per guasto che si sia, offre allato a' vizi molti, pure delle virtù non indifferenti.

Il paese dormiva, ignorante, in una pace di quasi tre secoli che a tutti pareva beatitudine incomparabile; si vivacchiava dì per dì nei soliti usi ed abusi, vecchi e giovani d' ogni novità nemici. Si poteva applicare a' paesi nostri quello che a Milano il poeta popolare:

Per nun semm content d' ave'
Quel che gh' emm, tal e qual è.

Fiacchi, non si sentiva desiderio di cambiar sistema; ignoranti, non si poteva pensare a romperla coll' oligarchia, e memori del terribile castigo inflitto nel 1755 da Uri ai disgraziati Leventini,[3]) anche i pochi

---

[1]) « Popolo di sudditi moralmente rovinato dai fogti elvetici; pieno di ardore ma senza forza; devoto alle chiese ma vacuo nella vita quotidiana; ardente di piaceri, senza voglia di lavoro, intraprendente, senza costanza; astuto e furbo, in un ad irreflessivo; amante appassionato, ma con eguale passione odiatore; pomposo in pubblico, sporco in casa. Si pensi ad un popolo così fatto, il di cui giogo antico si frange tutt' a colpo per la rivoluzione elvetica. Invece della libertà egli abbraccia giulivo la insolenza anarchica. » (*Selbstschau*, I, 135.)

Si sà che lo Zschokke fu nel 1800 a Lugano commissario per il Direttorio Elvetico. — Vedi in calce la nostra *Bibliografia.*

[2]) Per il celebre letterato zurigano *G. G. Bodmer* che soggiornò alcun tempo nel 1718 in Lugano, il nostro popolo era « superstizioso, falso, villano, iracondo e lascivo. Nessuna coltura, nessun librajo, nessun Gesuita ! Sete di vendetta e d' inganni ecco il carattere del popolo, ed il rubare è per lui cosa comune ». (*Schuler,* Thaten und Sitten IV, Abth. 2, p. 479. — *Boll. stor.* 1883, p. 173)

[3]) La insurrezione leventinese, a parere nostro, fu finora e da tutti mal giudicata. È pagina di storia che merita un' accurata e rigorosa revisione a prova di documenti, onde scartare quella molta merce di contrabbando portata in giro, protetta dalla bandiera della verità, anche da' nostri istoriografi cantonali!

illuminati tacevano; i più, per i paragoni evidenti colla Lombardia, lodavano quasi il governo landfogtesco.

Tale la situazione nel paese ticinese prima del 1789 e fino al 1796 si può addirittura dire. E nel Milanese?... anche lì si dormiva da 48 anni in una pace non mai avuta così lunga. Quel mezzo secolo di pace rimarginava molte delle piaghe della Lombardia. E per opera dei governi di Maria Teresa e di Giuseppe II operavansi manifeste riforme in ogni ramo delle pubbliche cose. Dato vigoroso impulso agli studj in Pavia ed a Milano, tolti alle fraterie molti dei beni loro inutili ed applicati meglio per gli editti di quel Giuseppe II [1]) che Federico il Grande chiamava suo fratello il sagrista.[2]) Nei baliaggi italiani (lo confessa il candido Franscini) [3]) « niuno spirito pubblico, niuna socievol comunicazione per i progressi dell' incivilimento tra baliaggio e baliaggio, tutti stranieri l' uno per l' altro, tutti egualmente estranei a pensieri e a tentativi alquanto efficaci per la libertà e il comun bene ». Eppure fra gli uomini che d' oltr' Alpi ci venivano a governare, ogni due anni, eranvi degli individui istrutti ed aperti alle idee riformatorie, individui che facevano parte della società elvetica di Schinznach e d' altre

---

[1]) Quando l' imperatore nel giugno 1769 visitava per alcuni giorni la città di Como, vi accorrevano numerosi i Luganesi per vederlo, quasi fosse bestia nuova. « Più di cento di questi nostri patriotti (scriveva la Gazzetta di Lugano, in data 26 giugno 1769) portatisi a Como, per aver il contento di vedervi Sua Maestà l' Imperadore Giuseppe II, ne sono ritornati ebbri, per così dire, di consolazione, temperata però dal rammarico di vederlo partire così presto. » — In teatro aveva visitato i palchi e alle dame di distinzione presentati i suoi omaggi; così anche alla baronessa von Roll di Emmenholz, moglie del *fogt* di Lugano. (*Boll. storico* 1886, p. 253.)

[2]) *Verri,* Storia di Milano, cap. XXXIII.

[3]) La Svizzera Italiana, vol. I (Lugano, 1837).

per la propagazione del pubblico benessere! Haller, Sulzer, Scheuchzer, Balthasar ecc. erano loro amici — ma pei poveri sudditi non v' era pensiero alcuno, purchè il governo che vi rappresentavano trovasse il suo tornaconto!...

II.

Venne l' 89 ed i tempi della grande rivoluzione, i di cui atti succedentisi con tale rapidità, lasciavano sbalorditi anche i meglio disposti. Da noi – dove forse non avevano già piaciute le riforme ecclesiastiche di Giuseppe II, [1]) contro le quali aveva pur protestato papa Pio VI – peggio incontravano le novità parigine. Figurarsi come accolte da un popolo cattolico e superstizioso le notizie della morte di Luigi XVI, dei terroristi, [2]) della dea Ragione e di tutte quelle novità religiose che dei Francesi facevano tanti atei ed assassini di preti! E spesseggiavano le gazzette anche a Lugano. Peggio ancora colle notizie di quel che compivano, dopo il 1796, i Francesi nella vicina Lombardia!

Ed in Lugano a rendere più odiate le nuove idee concorrevano di certo i numerosi emigrati francesi [3])

---

[1]) Che concernettero anche il baliaggio di Mendrisio, per l' abolizione dei conventi sul Comasco. — Vedi gli *Abschiede*, 1777—1798.

[2]) Secondo il Baroffio (I, 29) un *Fossati* di Maroggia sarebbe stato a Parigi nel comitato del *salut public*.

[3]) Nel 1796 da Barthélemy, ambasciatore francese in Basilea, se ne chiedeva l' espulsione (*Eidg. Abschiede* VIII, 504) e confermata nel gennajo 1798. — « I più erano vecchi o donne, dimoranti in conventi. Così nella Turgovia e nel Ticino. » (*Hilty*, Helvetik, p. 90). La visita ad un' emigrata francese, rifugiata nei dintorni di Bellinzona è, largamente descritta in Mad[me]. Williams *Nouveau voyage en Suisse*, già citato, I, cap. XIX., p. 201—238. — Particolari curiosi sugli emigrati anche nei recentemente pubblicati *Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France* (1792—1797), a cura di *Jean Kaulek* (Paris, Alcan, 1886).

non che i nobili Lombardi ivi rifugiati. [1]) Ma questo pur giova avvertire: la parte più intelligente era propensa alle liberali riforme ed accoglieva di buon orecchio le calde espressioni di libertà. Figurarsi come potesse essere novatrice la classe infima, colla scarsa istruzione d' allora, e non partecipante alla vita intellettuale. Anche oggidì, nel Ticino la parte intelligente, più dedita alle riforme radicalmente progressiste, trovasi in minoranza!

A Lugano, a spargere le idee francesi, concorreva la *Gazzetta di Lugano,* edita dagli Agnelli e redatta dal luganese abbate Vanelli [2]) « giovane di svegliato ingegno e di spirito ardente » secondo il Baroffio (I, 62) [3]) — quella stessa gazzetta che, per segreto appoggio austriaco, molti anni prima aveva mossa fiera guerra ai Gesuiti, poi dannati colla celebre bolla di Clemente XIV. Delle sue idee francesi abbiamo le prove nelli stessi suoi articoli,[4]) negli attestati rilasciati ai

---

[1]) Si erano fatti vicini di Lugano o patrizi di Balerna i conti e marchesi *Trivulzio,* i *Melzi* ed altri milanesi. Alla celebre principessa Cristina Belgiojoso-Trivulzio riconoscevasi nel 1830 la confermata cittadinanza ticinese. (V. *Boll. storico* 1887, n° 1—2.)

[2]) Caduto massacrato ai piedi dell' albero della libertà in Lugano nella controrivoluzione del 29 aprile 1799. E con lui i patrioti *Papi* e *Castelli.* — Leggasi nella *Selbstschau* dello Zschokke la descrizione della scena a vendetta della sorella del Papi a lui presentatasi nel 1800 per chieder giustizia degli assassini del fratello (v. p. 144). Perchè non rilevata dagli storiografi nostri?...

[3]) « Quell' uomo sì benemerito all' umanità, che ne' momenti dell' universale ignoranza ed avvilimento diffuse i primi lumi sui diritti imprescrittibili del popolo calpestati dai tiranni, e che dispose gli animi degli Italiani alla indipendenza », così nel *Compendio storico* ecc. del 1799, pag. 34.

[4]) Pasqualigo, Franscini e Peri, ed il Baroffio citano a testimonianza di molti fatti, diverse numeri del 1798 (i n[i] 8, 9, 16,

tipografi Agnelli dalla Francia repubblicana e nelle traversie da costoro patite nel 1798 e nel 1799, con finale distruzione de' torchi tipografici. [1]) Ai 2 pratile del 1794 il commissario francese in Lombardia, Saliceti, scriveva all' Agnelli ed ai redattori del foglio luganese, mandando loro le notizie della battaglia di Lodi: « Un' amico della libertà qual voi siete, Cittadino, si fa un onore delle persecuzioni; esse sono dovute ai vostri principj. I Despoti, che non vedono che nella infelicità e nell' ignoranza degli uomini, possono essi vedere con sangue freddo pubblicarsi nel vostro giornale le loro scelleraggini, destare i popoli, illuminarli, condurli a scuotere il giogo, ed a riacquistare i loro diritti? »[2])

Nè stupiscasi al vedere un abate fautore di rivoluzione. Anche *Modesto Farina,* luganese, e poscia diventato vescovo di Padova (nel 1821 † 1856), nel 1798 fu tra i partigiani cisalpini in Lugano e nel 1802 segretario del ministro del culto in Milano, e protetto di Bovara, col quale fu nel 1811 alla Consulta in Pa-

---

18 e 44 ad. es.) mai a noi non fu dato trovarli, malgrado ricerche accurate. La raccolta più completa della *Gazzetta,* che giunge però soltanto fino al 1796, trovasi nell' *Archivio civico* di Milano.

[1]) L' ambasciatore Barthélemy in Basilea attestava (1 pratile anno IV, 1796) aver la tipografia Agnelli date « delle prove non equivoche dei suoi buoni sentimenti per la buona causa, ed acquistati dei diritti alla riconoscenza della Rep. Francese ». (Doc. riprodotto nel *Compendio storico* ecc. ecc. del 1799, a p. 90.)

Per le edizioni e gazzette degli Agnelli vedi la nostra memoria in *Boll. storico* 1882.

[2]) Documento in *Compendio storico* ecc. 1799, citato p. 92. — Ivi altra commendatizia per l' Agnelli, data in Como dal generale francese Chevalier (19 ventoso, 1796), perchè gli sia prestato dalle autorità amiche assistenza « contro d' uomini traviati, od ignoranti, che lo perseguitano. ».

rigi. [1]) Mentre combattè la rivoluzione francese l' altro illustre luganese e pedagogo, il somasco Francesco Soave col suo opuscolo «Vera idea della rivoluzione francese» (1795). [2])

III.

Riassumere, pur brevemente, gli avvenimenti bellici dal 1793 al 1796 sarebbe cosa superflua, inquantochè noti a chi leggerà questa nostra memoria. Basti il ricordare che, fugati gli Austriaci, il generale Bonaparte era entrato vittorioso in Milano, nella primavera del 1796 e che ai 18 maggio si rizzava l' albero della libertà nella vicinissima Como sulla piazza del duomo ed in riva al lago. [3]) E da noi? Le simpatie di non pochi de' nostri (così il Franscini-Peri p. 2), massime tra giovani di stato civile (lo avvertimmo noi or ora) non tardarono a chiarirsi per le novità repubblicane e manifesti (più che non prima della calata di Napoleone in Lombardia) apparvero gl' indizj del come si aspirasse a far proseliti repubblicani sulle sponde del Ceresio. Ma come fa il medesimo autore (La Svizzera Italiana, I, 43) a parlare di due partiti ne' baliaggi nostri, di cui l' uno ovvero il più intelligente ma meno forte collocava tutt' intiera la fiducia sua nell' appoggio della Repubblica Cisalpina, ed anche ad aggregarle il paese, e l' altro, in maggiorità, *aspettava libertà dal consentimento de' Signori Svizzeri!* La maggio-

---

[1]) *Difesa del cittadino Reali*, p. 43. *Wurzbach*, Biographisches Lexikon Oesterreichs, vol. IV, 1858, pag. 145—146, ed altri autori. — Di preti dei baliaggi nostri, amici della Cisalpina, faremo i nomi più avanti.

[2]) Altro ticinese distinto, *Francesco Pancaldi*, d' Ascona, che fu ministro degl' Interni per la Cisalpina nel 1800. Se ne parlerà ancora.

[3]) *Cantù*, Storia di Como II, 253, *Monti*, *Rovelli* ed altri.

ranza non pensava punto ad emanciparsi... Lo si vedrà nel processo di questa memoria.

E se la condizione dei baliaggi dal 1796, di fronte alla nuova Repubblica Cisalpina, divenne un oggetto d' inquietudine per i nostri XII Sovrani Cantoni, non lo fu per tema di rivolte o rigenerazioni, ma per tema del vicino governo prepotente e pericoloso. A far tacere gli spiriti rivoluzionarî pensarono, dopo proclamata la neutralità colle potenze belligeranti, di provvedere colla celebrazione di tridui in S. Lorenzo di Lugano [1]) e coll' invio di nuovi speciali rappresentanti sulle rive del Ceresio!... Vivevano in tanta sicurezza, per rispetto a' sudditi, come se la rivoluzione francese si fosse agitata chissà in quale lontano paese! E senza il tentativo cisalpino del 14—15 febbrajo e la rivoluzione suscitata nell' Elvezia dall' occupazione francese, chissà per quanti anni ancora i baliaggi avrebbero continuato nel servaggio. I cantoni aristocratici e pur anche i discendenti di Tell erano troppo tenaci dei loro

[1]) Così ai 10 aprile 1796 (Gazz. di Lugano, n° 15, 1796) e già ai 16 marzo 1794 (ivi n° 10, 1794), precorrendo i Milanesi che nell' agosto 1794 tennero una processione intorno al Duomo col corpo di S. Carlo Borromeo, ad allontanare « le sovrastanti pubbliche calamità », ripetuta nel 1796 (*De Castro,* Milano e la Repubblica Cisalpina, p. 50 e 60). — La festa si rinnovò in Lugano nel 1797, ai 17 settembre « in ringraziamento all' Altissimo, perchè tutta l' Elvezia abbia goduto sinora la pace in questi critici tempi ». — Il Consiglio comunale luganese (seduta 6 settembre 1797) con 23 voti affermativi contro 3 negativi, stabiliva di officiare il padre *Oldelli,* l' autore più tardi del *Dizionario degli uomini illustri del Cantone Ticino* a tenere, come nel 1796, il sermone d' occasione, coll' onorario di L. 20. Le decorazioni per tal festa si facessero « colla minor spesa possibile » però (Atti Cons. Comunale di Lugano). L' Oldelli tenne pure l' orazione in S. Lorenzo di Lugano nel 1800 in ricorrenza della festa nazionale: è a stampa (Como, Ostinelli).

privilegi, troppo loro ripugnava d' emancipare le terre suddite; e da ciò in poco conto si tennero le voci di malcontenti. [1]) « *Die Regierungen der alten Eidgenossenschaft,* scrive l' Hilty, müssen daher von einem jeden gerechten Urtheile der Nachwelt *auch* für alles *das* Elend und all' den Irrthum in erster Linie verantwortlich gemacht werden, der in der nachfolgenden Geschichte der *Helvetik* zu Tage trat und den ihre Nachkommen oftmals mit Unrecht den Patrioten jener damaligen Zeit zugeschrieben haben. ». [2])

Gli storici nostri — nell' interesse, talvolta errato, di far spiccare il patriottismo del paese proprio — ci hanno tutti dipinti sinistramente gli atti della Cisalpina verso le terre del Ceresio, — di quella Cisalpina

*Non matrona, ma putta nel bordello,*

comme ebbe a vituperarla V. Monti nella sua *Mascheroniana.*

Ma come potevansi evitare le prepotenze da parte di chi si sapeva più forte?... La Cisalpina mirava a distaccare i nostri baliaggi dal giogo tedesco, ecco perchè metteva serî incagli al commercio delle terre lacuali elvetiche, spadroneggiando con barche cannoniere sul Ceresio [3]) e vietando l' estrazione di granaglie — così necessarie — dalla Lombardia. Così favorivansi anche i desiderosi di libertà nel paese nostro, e si metteva nel imbarazzo i *Lodevoli XII Cantoni,* ai quali il Direttorio in Milano ne voleva fors' ancora di più per non essersi loro curati di tosto riconoscerlo, entrando seco lui in rapporti officiali. Nè i nostri partitanti di libertà po-

---

[1]) *Baroffio,* p. 9, vol. I.

[2]) Vorlesungen über die Helvetik, p. 113.

[3]) Delle cannoniere cisalpine, sulla fine del 1798, l' una chiamavasi la *Capricciosa* e l' altra la *Maliziosa.* Certo non nomi tranquillanti! (*Peri,* p. 123.)

tevano far a meno di volgersi a Milano, donde tutto era da sperare.

Le relazioni pertanto tra Svizzera e Milano tese. Si lamentano i Rappresentanti Elvetici col governo cisalpino che si violi il terreno nostro svizzero?... E questi a cascare dalle nuvole, ordinando di star tranquilli e di deporre le armi a quelli cui esso stesso le aveva fornite. Mà poi — per la legge solita di reazione prepotente – a sua volta a muovere querele perchè nei baliaggi tramassero gli emigrati nel Convento dei Serviti a Mendrisio, tenessero delle combriccole gli aristocratici, un' Andreossi ed altri usassero l' oro inglese per ribellare V. Intelvi e le altre valli ai Francesi, tumultuanti col pretesto di vendicare l' offesa religione.[1])

Nè il Capitano o *fogt* di Lugano si mostrò sempre prudente. Agiva forse con tattica politica quando non tollerava che Lombardi venuti in Lugano per la fiera portassero la coccarda tricolore?...[2]) I Cisalpini legna sul fuoco, e Bonaparte a ricevere bruscamente in Milano quel medesimo fogt, un paesano unterwaldese che si sottoscriveva « Don Remigio de Traxler landamano e gonfaloniere del sovrano lodevole Cantone d' Unter-

[1]) *Cantù,* II, p. 266. — Sul lago di Como al primo comparire de' Francesi si stringeva un' armata cattolica per scortare il Viatico e difendere il culto (*Cantù,* Cronistoria I, 146).

[2]) Il *Compendio storico* ecc. del 1799, del Quadri, ci sembra esageri quando a pag. 6 in nota (3) stampa che l' avversione dei Rappresentanti Svizzeri al sistema introdotto dalla Repubblica francese si portò al punto di proscrivere le espressioni stesse ch' essi credevano contaminate di veleno repubblicano. « Bastò a minacciare il taglio della testa la proposizione fattasi da un membro del Congresso generale del Baliaggio di dichiarare *permanente* la sessione, fino a che l' oracolo dei Rappresentanti avesse risposto ad una Deputazione che loro era stata spedita. Il vocabolo *permanente* aveva destata la loro collera, perchè era adottato da un popolo rivoluzionario (la Francia) » (!!...).

walden sotto selva, già presidente della società militare elvetica, gran balivo della comenda di Malta a Tobel, attuale colonello di S. M. Cattolica, ora capitano reggente di Lugano, Valli, Riviera e sue pertinenze ». [1]) Ma Bonaparte, che il Taine oggidì ci demolisce maledettamente nella *Revue des deux mondes,* aveva nel 1799 degli Svizzeri una ben cattiva opinione: « Gli Svizzeri, egli scriveva ai 10 febbrajo da Ancona al Direttorio francese, non sono più quelli del secolo XIV. Superbi, se li adulate, diventano per contro umili e striscianti, appena fate loro capire di non abbisognarne. » [2])

IV.

Ma noi non possiamo diffonderci a narrare delle diverse rappresaglie commesse dalle autorità lombarde negli anni 1796—98, dei lamenti continui dei nostri, delle trattative difficoltose per ottenere loro grani, di cui avevano penuria. Taceremo degli sbarchi frequenti sul terreno neutrale per parte di soldati francesi o Cisalpini: i soliti soprusi di chi sà d' essere forte.

Tutti fatti però che concorrevano a tenere agitato il paese ed anche le autorità elvetiche, queste non per tema di risveglio popolare, ma delle invasioni del vicino malveduto. La lettura dei protocolli delle ultime diete elvetiche muove a tristizia, nè è a meravigliarsi, dandovi una scorsa, che i XII Padroni fidassero in *secula seculorum* nella fedeltà dei loro bravi sudditi. Si mandarono da noi i rappresentanti elvetici straordinarj, e con poteri più ampi pel mantenimento della minacciata

---

[1]) *Hilty,* Vorlesungen über die Politik der Eidgenossenschaft. p. 328. — *Boll. storico,* 1886, p. 43. — *Strickler,* Helvetik, p. 86. — Le villane espressioni di Bonaparte al Traxler riprodotte in *Peri* loc. cit. 4 ed altrove.

[2]) *Hilty,* Helvetik, p. 121.

neutralità, pur conservando il *fogt* in Lugano; si organizzarono i corpi di Volontarj in quel luogo, ma quanto agli altri baliaggi nulla di nulla. Poteva aspettarla la libertà il popolo luganese da' Signori Svizzeri!...

Non ci cureremo gran chè dei rappresentanti, venuti per i primi oltre Cenere, Leonardo Ziegler di Zurigo[1]) e Martino Am Rhyn di Lucerna. I loro lavori sbrigaronsi presto e nel trattare concessioni di introduzioni di granaglie, indi un pajo di visite a Milano, dove, ricevuti cortesemente da Bonaparte, s' ebbero peraltro, discorrendo seco lui, l' avvertimento che a togliere le vicendevoli doglianze il Mendrisiotto doveva aggre-

[1]) Ad onore del vero dobbiamo attestare che lo Ziegler in una sua lettera, da Lugano 9 maggio 1797, al pastore Meister in Zurigo, encomiava il carattere della nostra popolazione.

« Vi confesso, scriveva, che questo popolo merita che si prenda di lui maggiore interesse. Togliate via il suo carattere locale ed il regime di governo, che lo guasta ancora, e che cade in responsabilità sul sovrano suo, anzichè sul popolo, ed avete il migliore suddito forse, di tutti gli stati dipendenti. Fui di continuo in moto nell' ultimo allarme ed osservai tali e tanti atti particolari ed azioni di patriottismo e di zelo, per la difesa del suo paese e per mantenersi obbediente al suo sovrano *quasi generalmente* amato, che mi convincono che lo spirito degli antichi Italiano vi è ancora in fiore, e che non abbisogna d' altro che d' essere scosso dal suo neghittoso letargo, per rifluire in vita; questo è però il caso di tutti i popoli tranquilli, che per lunga serie di anni non ebbero a subire uragani » (*Strickler,* p. 467). — Così, tanti anni dopo, Cesare Balbo: « quando i tempi sono facili e tranquilli oltre il corso d' una generazione, la generazione che sopraggiunge, allevata in essa, non conosce i cimenti e le asperità della vita, e smette quel vigore e quegli sforzi dell' animo che sono necessari a superarli, ond' è che quando poi ritornano i tempi agitati, gli uomini nuovi si trovano disavezzi ed inetti » (Sommario ecc.).

garsi alla Lombardia. [1]) E la baruffa avvenuta in Chiasso tra gli uomini del paese ed i Comaschi (28 aprile 1797) per tentati evviva alla Cisalpina, ed il piantare dell' albero della libertà a Campione (fine marzo 1797), con stanziamento, ivi, proprio di contro a Lugano, di truppe francesi erano fatti da tenere in maggiore sospetto le popolazioni. [2])

Nuovo cambio di rappresentanti, che pel turno dei cantoni, riuscirono *Wurstemberger Gio. Rodolfo* di Berna e *Carlo Taddeo Schmid*, urano, accolti con feste al loro entrare in Lugano dal corpo dei Volontari (23 maggio 1797). Li seguiva in qualità di segretario di legazione quel famoso *Carlo Luigi Haller*, che doveva poi acquistare tanta celebrità per la sua conversione al cattolicismo, e che in otto giorni (secondo l' affermazione sua) s' era predisposto bastevolmente a capire l' italiano. [3]) Altro non fecero anche questi nuovi rappresentanti (e lo attesta l' Haller) che staccare passaporti pei numerosi muratori, pittori, stuccatori ecc. luganesi emigranti nella buona stagione in Lombardia; [4]) e recarsi per due volte ad os-

---

[1]) *Peri*, p. 13.

[2]) Per i fatti di Campione cfr. specialmente *Pasqualigo*, Comp. storico del C. Ticino, 1857, p. 402—403. — Per le relazioni di Lugano nel 1797 colla Val Solda cfr. *Barrera*, St. della Valsolda, p. 285.

[3]) Mercè il semplice insegnamento verbale di un sacerdote italiano, abitante in Berna, che gli aveva comunicata un' eccellente grammatica, di non più di 10 pagine in 4°, molto bene redatta ma non sul modulo tedesco delle innumerevoli regole ed eccezioni. (*Cfr.* Missionen der Berner Regierung nach Genf (1782), Mailand, Paris und Rastatt (1797—1798). Mittheilungen aus dem Nachlass des Hrn. *K. L. v. Haller*. Zum Druck überlassen von *Karl von Haller*, nel *Berner Taschenbuch* pel 1868, pag. 77).

[4]) Durante il suo soggiorno fuvvi in Lugano il solito annuale Sindacato, che si recava anche a Locarno in egual tempo. A Locarno l' Haller erasi accompagnato al Wurstemberger, al

sequiare Bonaparte, la prima volta nel suo quartiere di Mombello e la seconda volta a Milano. [1]) Il quale Bonaparte, pochi giorni prima, erasi portato a Como e di là spintosi fino a Capolago *(18 giugno)* col seguito di 48 persone fra uffiziali e guardie. [2]) E certo che la sua presenza, quantunque brevissima, sul suolo elvetico dovette far sensazione in tutti, ma non sappiamo però dove il Baroffio (p. 19) prendesse le pezze d' appoggio per scrivere che il giovine generale si confermasse, con l' aver veduto di presenza i siti nostri, nell' idea di unire il Mendrisiotto alla Lombardia.

Mentre l' *Haller*, meravigliato all' arrivo suo in Lugano, di trovarvi un borgo ricco di belle case e chiese, con una popolazione gaia e contenta ed una vegetazione superba, ne deduceva che il regime dei 12 Cantoni, anzichè di schiavitù e di maltrattamenti, come glielo avevano fino allora dipinto, fosse paterno, nè i *fogti* sembrar potevangli tanti proconsoli e sanguisughe. [3])

---

*fogt* d' Uri, a sua moglie e ad una signora di Locarno, colle quali persone fu a visitare le Isole Borromee, pernottando in Intra. Poi, accompagnato da fiero temporale, per la via di Luvino ritornava a Lugano. « Von revolutionärer Gesinnung, von Wünschen zur Lostrennung von der Schweiz oder zum Anschluss an die so eben errichtete cisalpinische Republik war einmal bei dieser freundichen italienischen Dame nichts zu bemerken » (Haller *cit. loc.* 83). Sfidiamo a chiedere idee annessioniste alla moglie ed all' amica del *fogt* elvetico in Locarno! — Nel ritorno (1 sett.) l' Haller passava per Val Vigezzo, Formazza, la Gries e la Grimsel, indi a Berna.

[1]) Vedine la descrizione a pap. 80—83 *loc. cit.* Non Montebello, come si scrisse erroneamente, ma Mombello, tra Como e Milano.

[2]) *Gazz. di Lugano*, n° 25, 1797.

[3]) V. *loc. cit.* p. 77 e seg. dove si continua colla difesa del governo elvetico. Non avere i *fogti* potere sui comuni che si governano da indipendenti. Non tasse; *e precisamente perchè di-*

V.

Ma sollecitiamo col racconto. Oltr' Alpi, alla dieta di Frauenfeld (3—25 luglio 1797), soddisfatti della piega degli avvenimenti luganesi, si pensò a sistemare l' etichetta tra Sindacatori e Rappresentanti per i baliaggi, concordi che questa rappresentanza straordinaria dovesse durare fino alla pace (*Peri*, 17). Nulla che mirasse a miglioramenti de' nostri paesi, della vendita de' quali già prima [che la Dieta si fosse chiusa, correva voce in Lugano. Sparsa a caso o ad arte, non poteva che impressionare.[1])

Nè meno allarmanti giungevano in Lugano le notizie dei principiati fermenti in Valtellina, chè uno dei rivoluzionari di essa, cioè *Diego Guicciardi*, da Ponte, era nato in Lugano [2]) e vi aveva studiato presso i PP.

---

*pendenti da 12 Cantoni non essere tormentati con tante leggi e regolamenti!* E dire che i clienti dei baliaggi per far accettare una sentenza, o raccomandarla, dovevano, con gravi spese, valicare il Gottardo e fare il giro dei Cantoni ad uno ad uno, allargando altresì i fiocchi della borsa!! — Potremmo citare fatti per chi non crede.

[1]) Notizie erronee della cessione dei baliaggi italiani, erano corse fin dal 1662 e poi dopo nel 1768 (*Boll. storico* 1880, p. 266). Un giudizio dello storico Giov. di Müller in punto baliaggi da annettersi dall' imperatore tedesco, e sottomesso nel 1787 al Re di Prussia che lo aveva inviato in Isvizzera per l' indagamento della situazione politica, leggesi nei *Beiträge zur Vaterl. Geschichte* di Sciaffusa (II, pag. 128, 1866) e riprodotto in *Boll. stor.* 1885, p. 248.

[2]) Nato nel 1753. Insinuatosi negl' impieghi colla sua versatilità, andò, durante la Cisalpina, ordinatore dell' Emilia, poi ministro di polizia, indi dell' interni. Fu ai comizî di Lione e nella Repubblica Italiana consigliere segretario di Stato, poi consultore: andò a Parigi a domandare re Bonaparte, nel cui regno stette consiglier consultore, ministro di Polizia, poi membro del Senato. Ne' rovesci del 1814, de' quali scrisse una storia calunniosa altrui.

Somaschi. [1]) Ai 19 giugno l' albero della libertà erasi veduto innalzato nei comuni valtellinesi, e dichiarata decaduta la sovranità dei Grigioni. Ai 10 ottobre poi, per il celebre proclama, datato dal quartiere di Passerano, Bonaparte univa la Valtellina alla Cisalpina, proclamando la massima « che un popolo non può essere suddito di un altro popolo senza violare i principj del diritto pubblico e naturale. ». [2])

Ma questo avvenimento, le di cui conseguenze per i baliaggi nostri erano state messe sotto occhio dai Rappresentanti Elvetici ai loro superiori, non scosse questo paese. Sarebbe però stata più degna della perspicacia loro, aggiunge il Peri (p. 22) se avessero fatta istanza alla superiorità di non indugiare a prendere la determinazione, in mancanza della quale i Grigioni si lasciarono spogliare della Valtellina. Ma il popolo nostro credeva di vivere bene sotto i *fogti,* verso i quali — questo bisogna dirlo — non nutriva i rancori e gli odi che i

---

non lodativa che di se, fu con Castiglioni inviato a chiedere la sospensione delle ostilità e l' indipendenza del regno. Sotto gli Austriaci, in merito d' aver offerto loro la Valtellina, venne vicepresidente del governo lombardo. (*Cantù,* St. di Como II, 289). I *Guicciardi* erano imparentati coi conti *Riva,* di Lugano. Il conte Raffaele Riva aveva per moglie una Regina Guicciardi.

[1]) Altra particolarità, forse sconosciuta, per il carattere del Guicciardi. Nel 1772, in occasione della partenza da Lugano del *ogt* Krus di Lucerna, dettava in un co' gli altri soliti adulatori, un sonetto in di lui lode (Applausi poetici ecc. per Krus, *Lugano* Agnelli 1772). Sonetto non cattivo per forma, edito in *Boll. storico* 1886.

[2]) *Eidg. Abschiede,* VIII, 270. — *Hilty,* Helvetik, 118. — *Peri,* 22, ed altri. Nel viaggio che Bonaparte faceva nel novembre 1797 nel paese di Vaud, vi fu ricevuto da deputazioni numerose e da fanciulle bianco vestite che portavano scritte su cartelloni quella memorabile massima. (*Hilty,* loc. cit. 103.)

Valtellini per i tiranni della Rezia. No, il regime de' XII Cantoni era ancora migliore, vivvadio! [1])

Aggiungasi che le condizioni della Lombardia, dopo l' invasione francese s' erano peggiorate, di fronte a quelle de' paesi nostri. Balzelli nuovi, arruolamenti di soldati, contribuzioni gravose di guerra, spogliazioni di chiese, monumenti ecc.

Liberté, Fraternité, Egalité,
I Franzes in caroccia e nun a pé! [2])

La massa della popolazione lombarda avversa, già si sà, alle innovazioni religiose, aveva mostra l' avversione sua con vie di fatto, e s' erano mosse a tumulto le terre a noi vicine di Porlezza, la valle di Menaggio e tutto il littorale che si stende fino a Domaso. [3]) Del « Ballo del Papa » dato alla Scala in Milano [4]) se ne dovette parlare come di una enormità inaudita, ed i curati di campagna a spaventare e tirare dalla loro i paesani co' terrori della religione. [5]) Anche a Lugano doveva essere giunta la fama di quel prevosto Lattuada, di Varese, « prete fenomeno e che poteva parere esaltato fra gli esaltati » [6]) che propugnava il di-

---

[1]) V. nel *Periodico della Società storica comense* quaderno 19mo un curioso documento da noi prodotto « Il Carnefice Grigione in Valtellina e Cesare Beccaria ».

[2]) *De Castro,* Milano e la Cisalpina, p. 81.

[3]) V *Monti,* Storia di Como, I, p. 177 e seg. e tutti gli storici comaschi.

[4]) Descritto nei *Cento Anni* del Rovani.

[5]) « Ricchi e miseri esisteranno sempre, ma temete i preti ed allontanateli dalle cariche », così scriveva Bonaparte nel 1797 ai notabili Milanesi (*Melzi,* Memorie del duca di Lodi ecc., I, 185. — *De Castro,* loc. cit., p. 406).

[6]) *Rovani,* Cent' Anni, II, p. 11. — *De Castro,* p. 128. — Vedremo un prete di Morcote, amico del Lattuada, figurare tra i Cisalpini a Lugano nell' attacco del 15 febbrajo 1798.

vorzio per favorire la moltiplicazione del genere umano. Nè potevano nel volgo nostro che ispirare terrore le notizie dei malaugurati sacchi di Binasco e di Pavia, nè lasciar senza sorpresa la vendita di Venezia, dopo Campoformio.

Ma — giova ripeterlo — la rivoluzione aveva tra noi il suo numero di partigiani. Ed anche all' infuori di essi, da coloro che erano presaghi dell' uragano che minacciava lo sfacelo della decrepita Confederazione, eransi fatte sentire, proprio in que' giorni, voci di alta prudenza nel senso di renderci partecipi di libertà (Peri, 27). In una lettera del 9 novembre 1797, messa fuori a Parigi, [1]) proclamavasi chiaro e tondo non doversi lasciare verun mezzo intentato per conservare alla Svizzera i baliaggi italiani, giudicando stolta imprudenza di chi li considerava con apatia, senza darsene pensiero. Ma per schivare l' esempio di Valtellina, a che i baliaggi non si staccassero dalla Confederazione, non si doveva tardare ad erigerli in uno *stato sovrano confederato* cogli altri Cantoni. Non dubitare che se gli abitanti di que' paesi [2]) diventassero veri cittadini liberi, preferirebbero restare svizzeri anzichè unirsi alla Cisalpina. Essere giunta l' ora di romperla col sistema sudditario « mangiatoja per certi *landfogti* che fannosi lecito ogni arbitrio, amministrandovi la giustizia in modo che è uno scandalo, a disonore del nome svizzero ed a corrompimento di quella popolazione ».

Ma le voci di prudenza andavano perdute e per rispetto al baliaggio di Lugano si continuò col cambio de' rappresentanti. Dopo un terzo nelle persone di *Fran-*

---

[1]) Ripr. nel *Schweiz. Republikaner* 1798, ed. in *Peri*, p. 27.

[2]) Abbiamo più indietro già ripetuto il giudizio laudatorio del rappresentante Ziegler intorno la fedeltà a tutta prova verso il governo Elvetico, de' Luganesi.

*cesco Saverio Weber* svittese e di *Giov. Bernardo Sarasin,* di Basilea (venuti a Lugano ai 27 agosto), [1]) seguì l' invio di *Bumann,* di Friborgo, e *Stockmann,* d' Unterwalden, i meno abili dei rappresentanti venuti, ma che a causa dei grossi avvenimenti sopraggiunti durante la loro missione, acquistano una importanza marcata.

« Lo spirito pubblico (scrivevano dessi sulla fine del dicembre 1797) essere sano, e soltanto pochi e poco considerabili individui affettare novità » (Peri, 31), e così scrivendo facevano a fidanza con quanto, nel loro colloquio in Milano con Napoleone (12 novembre 1797), costui aveva affermato: « Il y a quelques mécontents au baillage de Lugan, mais soyez sûrs que le Directoire Cisalpin ne se mêlera pas et ne s'est jamais mêlé de cette canaille; enfin c'est à vous à les connaître, *sans pourtant vous trop échauffer.* » [2]) E dire che un mese dopo (12 decembre) il celebre tribuno *Ochs,* di Basilea, suggeriva a Bonaparte, tra altre cose pertinenti la insurrezione in Isvizzera, di eccitare i baliaggi italiani a che presentassero « des pétitions et qu'on ne les empêche point à Milan de fraterniser avec les Cisalpins. »[3])

Così s' entrò nel non mai abbastanza memorando anno *1798.*

---

[1]) Anch' essi recatisi a Milano, avevano avuto nel settembre 1797 dal Bonaparte assicurazioni tranquillanti, nè esservi disegni tendenti a spogliare la Elvezia. Aver peraltro alcuni luganesi, mentre si trovavano gli stessi rappresentanti elvetici in Milano, ottenuta una segreta udienza dal Direttorio Cisalpino. Erano le pratiche di cui fa menzione lo Zschokke, asserendolo sulla fede di communicazione avuta dal Dr Moscati stesso?... (*Peri,* 26. — *Hist. Denkwürdigkeiten.*)

[2]) *Strickler,* Helvetik, p. 107, I.

[3]) *Hilty,* 131, e *Strickler,* 109. — Proposta, a torto non rilevata prima da' storiografi nostri.

## VI.

Oltr' Alpe si rannuvola l' orizzonte, ecco insorgere coll' ajuto francese il paese di Vaud, e poi Basilea chiarirsi libera, per opera degli esuli in Parigi, duci *F. C. La Harpe*[1]) e *Pietro Ochs,* che spingevano il Direttorio ad invadere armata mano l' Elvezia. A tutto il rimescolamento la Dieta straordinaria di Aarau non sa provvedere meglio che col rinnovare ai 28 gennajo il giuramento di fedeltà, annunciante con previo proclama al popolo il significato di quelle solennità fuor d' uso. Ad ingraziarsi la Francia aveva ordinato la cacciata dai baliaggi degli emigrati francesi (24 gennajo).[2])

Per i baliaggi promulgavasi altresì un bando (31 gennajo) in cui dicevasi[3]) che i XII Cantoni « avuta una provida paterna considerazione anche alla felicità » dei sudditi, loro partecipavano essere « senza alcun dubbio od indugio pronti a determinare: *In qual maniera più convenevole possi essere dato a questo paese un regolamento conducente alla promozione del pubblico e privato bene, alla quiete e sicurezza della proprietà e persona e del sicuro stabilimento in avvenire di tutte le con-*

---

[1]) A *La Harpe* dovette in seguito il C. Ticino molto, e ne lo rimeritò colla cittadinanza onoraria. Il celebre Vodese si ricordò di noi nel suo testamento 25—26 luglio 1837, ed eccone il brano relativo: « Je lègue au louable *Canton de Tessin,* dont j'avais l'honneur d'être citoyen, 20 louis, que je désirerais être employés, ou à récompenser des maîtres d'école, ou à subvenir à la dépense qu'entraînerait un essai de la méthode d'enseignement mutuel, applicable aux campagnes... » (*Hilty,* Helvetik, 364). — Interessanti le lettere del La Harpe al ticinese abate *Vincenzo Dalberti,* edite dall' avvocato *P. Bolla* nel *Patria e Progesso,* 1887, di Bellinzona.

[2]) *Strickler,* 86. — L' espulsione del 1796 già indicammo.

[3]) Citato in estenso dallo *Strickler,* I, 467; e perchè soltanto in tenuissimo sommario dal Peri (p. 31)?

*seguenze fortunate d' una unione sociale.* » Si contentassero i sudditi con tale solenne dichiarazione ad aspettare il momento opportuno « che per quanto le circostanze lo permetteranno, si stabilirà con tutta prestezza », astenendosi intanto dal « prestar orecchio a sediziose rimostranze » nè lasciarsi trascinare a dei passi che frastornar potessero « la pubblica quiete e l' ordine delle leggi, e che forse riuscirebbero a loro stessi di gravissimo danno e pregiudizio ». Finale: assicurazione a tutti « gli amati e fedeli attinenti della continuazione della provvida nostra paterna grazia e parziale benevolenza ». Troppo tardi queste assicurazioni! Del resto, osservato lo spettacolo che di sè dava la morente dieta, non è a farci meraviglia di tali bandi o pagliativi. Nella retroscena nascosta, allato alla proclamazione ai sudditi, l' istruzione gesuitica ai *landfogti*, e ne caviamo alcuni brani. [1]) « La situazione critica nella quale si trova la Svizzera » aver chiamata l' attenzione dei Cantoni Sovrani « sui mezzi onde assicurare a tenore delle nostre istruzioni, la tranquillità e il ben essere » dei sudditi, sì tedeschi che italiani. Il *fogt,* appena pubblicato il proclama di cui sopra, convocasse i capi de' diversi distretti *ipso facto* per far loro conoscere le intenzione « *sotto il loro vero punto di vista* », cioè di soffocare il minimo « germe di sedizione » e dichiarando loro in conseguenza che sarebbero tenuti a vegliare sulla condotta dei singoli abitanti, denun-

---

[1]) Copia (31 gennajo 1798) nell' *Archivio di Stato* in Milano: *Ministero degli affari esteri: Cisalpina,* cartella n° 467, II.

Vi è pure copia del proclama 31/1, ma in taluni punti è modificata la frase.

Quanto è a desiderarsi che i molti documenti svizzeri nell' Archivio di Milano vengano pubblicati, a cura del Alto Consiglio federale, sull' esempio di Venezia e Parigi!

ziando i malintenzionati. « Li suddetti capi saranno responsabili sulle loro teste dei disordini che potranno risultare dalla non esecuzione di queste disposizioni ». Il *landfogt (si continua)* tutelasse conventi, capitoli ed altri stabilimenti religiosi comechè « particolarmente esposti in queste occasioni ». E l' istruzione chiudeva «Voi procurarete nel medesimo tempo di scandagliare segretamente quali sono le disposizioni degli animi riguardo ad un cangiamento di costituzione qualunque. » Buon per noi che i fatti presero una piega ben diversa. E dire che questa volta le espressioni di libertà dovevano (sul serio o no, poco monta) uscire dal labbro di Bonaparte: « Le pays de Vaud et différents cantons de la Suisse, scriveva egli al Direttorio Cisalpino, animés d'un même esprit de liberté, adoptent les principes de liberté, d'égalité et d'individualité sur lesquels est fondé le gouvernement représentatif. *Nous savons que* les baillages italiens sont animés d'un même esprit; nous croyons essentiel que dans ce moment-ci ils imitent le pays vaudois *et manifestent le vœu de se réunir à la république helvétique.* [1]) Nous désirons en conséquence que vous (vous) serviez de tous les moyens que vous pouvez avoir pour répandre chez ces peuples, vos voisins, l'esprit de liberté; faites répandre des imprimés libéraux; excitez-y un mouvement qui accélère le mouvement général de la Suisse. Nous donnons l'ordre au général de brigade Monnier de se porter sur les confins des baillages suisses avec des troupes, afin d'encourager et de soutenir les mouvements que pourraient opérer les insurgés. Il a ordre de se concerter avec vous pour

[1]) Dunque anche a Napoleone obbligati i nostri paesi, per l' aggregazione, anzichè alla Cisalpina — come di leggieri poteva farlo — alla Svizzera.

parvenir pour ce but, qui intéresse également les deux républiques. » [1])

E la crisi si superò in Lugano nel dì 15 di febbrajo 1798, prima ancora che dalla patria di Ochs vi giungesse la notizia dell' affrancamento dei nostri baliaggi (12/2) per opera del cantone di Basilea. [2])

Il gennajo 1798 era trascorso ne' paesi nostri abbastanza quieto, nè sembra si desse gran peso all' essersi trovato in piedi alla mezzanotte del 30 l' albero della libertà in Mendrisio, essendosi scoperto (almeno a credere a' nostri storiografi) che fu fattura di due giovinetti, di cui uno si diè alla fuga e l' altro dopo alcune ore d' arresto fu dimesso con una paternale. Più minacciosa la voce che altretanto si dovesse fare in Lugano, del che agli 11 febbrajo (98) i Rappresentanti Elvetici facevano parte ai Cantoni. E gli indizi che si mulinasse una sorpresa dal di fuori crescevano di giorno in giorno; parlavasi di contrabbandieri e

---

[1]) Mémoires tirés des papiers, etc., vol. V, 273—274. — *Strickler,* I, 108.

[2]) A proposito di Basilea, noteremo che quel Cantone, ai 20 gennajo 1798, spediva anche al Direttorio Cisalpino, « quegli Atti, che servono a comprovare la libertà, e l' uguaglianza che competono nel più solenne modo a tutti i nostri Cittadini della Città e del Paese di Basilea ». Grato dovere di spedirli « a quelle repubbliche le quali ci hanno preceduti nelle massime che si appoggiano agl' inalienabili diritti dell' uomo »· — E s' invitava, ai 20/1, l' *Adelasio,* ambasciatore della Cisalpina in Basilea, ad assistere alla piantagione dell' albero della libertà « pour signe de notre régénération ». — «Vous y verrez l'élan d'un peuple libre » (Documenti in *Archivio di Stato Milano,* Ministero degli Esteri, Rep. Cisalpina, cartella 467, *4*).

L' *Adelasio,* personaggio noto, fu messo dal Monti nella sua *Mascheroniana* tra i molti che la rivoluzione ebbe sollevati dal fango ad onori immeritati.

simil gente arruolati nel Bergamasco e sulla Bresciana.[1]) E la Cisalpina o per essa i suoi mestatori, pur mantenendosi amica dei vicini del Ceresio, ad incoraggiare que' moti, nè s' intenderà di chiedercene le prove.

Da Parigi ai 27 gennajo (7 pluvioso anno 5) il Ministro cisalpino Visconti scriveva al Collega Adelasio in Basilea, poterlo assicurare « che il Signor *Ochs* non è disposto a nuocerci, e che anzi senza difficoltà acconsentirebbe *alla cessione in favor nostro di qualche parte dei baliaggi svizzeri d' Italia* per ottenere in seguito altre località più importanti in compenso. » Al 1 febbrajo (12 pluvioso) confermava quella speranza: aver inoltre « qualche motivo di credere che il Governo Cisalpino abbia già ricevuto avviso di far marciare le sue truppe, e prendere possesso de' baliaggi Svizzeri d' Italia. *In breve ogni mistero sarà tolto* ». Ma ai 9 febbrajo (21 pluvioso) « il destino dei baliaggi Svizzeri d' Italia sembra ancora indeciso. Non sono però distrutte le speranze . . . » [2]).

E saltiamo alla giornata del 15 febbrajo, chè le notizie per la prima quindicina di quel mese non offrono novità; nè ci possiamo curare dei timori sparsi di sorprese cisalpine su Bellinzona. [3])

## VII.

La verità sui fatti del 15 febbrajo non sarà fatta al completo, a malgrado dei documenti da poco editi dallo Strickler, i quali tal fiata, esibendo lacune, gene-

---

[1]) *Peri*, p. 31. — Secondo il Baroffio (p. 18) quel fatto sarebbe avvenuto ai 10 febbrajo 1797, ma non ne fornisce le prove di data.

[2]) A tal uopo vedi i dettagli in *Peri*, loc. cit.

[3]) L' Archivio di Lugano disgraziatamente nulla offre per il moto del 1798, all' infuori di un atto del 16 febbrajo che si produrrà.

rano un' oscurità tutt' altro che desiderabile. Ci troviamo di fronte ad informazioni nuove, ma che in certa maniera scemano importanza all' attacco dei Cisalpini. Checchè ne scriva il Torricelli, buon canonico, (che la vittoria dei volontarj luganesi attribuisce alla Vergine delle Grazie di S. Lorenzo!) il combattimento dev' essere stato più rumoroso che sanguinoso non avendosi a contare che un solo morto (il Taglioretti) tra i luganesi e il Fogliani e due altri tra i feriti cisalpini.[1])

L' avvenimento del resto venne in lungo ed in largo descritto (sicchè tutti ne sanno le fasi), e perfino il Peri disse quella fazione (v. p. 35) « piccola cosa », ma ne faceva risaltare l' influenza sua grande nel conservare « alla Svizzera i paesi situati di quà delle Alpi. »

Noi ci varremo di due fonti nuove: l' informazione del *fogt* di Lugano a' Cantoni Sovrani del 18 febbrajo[2]) (perchè così tardiva?) e la narrazione reboante stampata nientemeno che dal club giacobino in Milano. Quest' ultima, curiosissima, passò finora sconosciuta a tutti, e ci crediamo in grado di vantarne la scoperta.[3])

[1]) Nella sala municipale di Lugano, fattura di un pittore contemporaneo, il *Torricelli*, sonvi diversi quadretti rappresentanti gli avvenimenti del paese nel 1798—1800. Così in uno l' irruzione dei Cisalpini ai 14 -15 febbrajo 1798: in un altro il saccheggio della tipografia Agnelli nel 1799.

[2]) *Strickler*, loc. cit. 469.

[3]) L' opuscolo di pp. 14 in 8° piccolo s. data (ma del 1798) figurava nel 1884 all' Esposizione generale italiana di Torino, fra i libri della sezione milanese nel Padiglione del Risorgimento Italiano. Donato dal marchese *Ippolito Cavriani*, mantovano, trovasi ora nel Museo del risorgimento in Milano (n° 73 del Registro). Eccone l'esatto titolo bibliografico e per la copia professiamo riconoscenza al sig. *Mazzola*, applicato all' *Archivio civico milanese* che ce la volle cortesemente favorire:

Ascoltiamo l' avvocato *Sacco* tuonare dalla tribuna del Circolo costituzionale di Milano la sera del giorno 12 ventoso, dell' anno VI repubblicano (2 marzo 1798)[1]:

LIBERTÀ. UNIONE. EGUAGLIANZA.

O forza irresistibile di Libertà! Non appena tu spunti sul Lombardo orizzonte, e ne feliciti le sottoposte contrade, che ammiratori della sfavillante tua luce i limitrofi Popoli, la vanno d' ogni parte invidiando, ed invocandola propizia sul loro cielo.

Gemeano i Popoli dei Baliaggi Italiani oppressi da peso insopportabile di aristocratico governo. Quand' ecco sui gloriosi esempj della grande Nazione Liberatrice seguiti dal Cisalpino coraggio, scosse alcune anime generose deliberano di voler emule di Libertà o conseguirla, o di sacrificarvi ben esse le loro vite.

In men ch' io non dico questa elettrica scintilla rapida trascorrendo quelle schiave regioni le scuote, le agita, ed i petti in

---

*Relazione* | *distinta* | *fatta* | *dal cittadino Sacco* | *al Circolo costituzionale* | *delle gesta de' Patriotti acquartierati* | *alle sponde del Ceresio* | *cioè* | Della distinta descrizione dell' attacco seguito contro Lugano in un col di lui | stato attuale: della dettagliata Rivoluzione sostenuta, ed eseguita nelle Pieve | di Riva, Mendrisio, e loro adjacenze; per ultimo la giustificazione | de' Patriotti sullo spoglio fatto in Lugano all' estinto Taglioretti. | *Gridatone con acclamazione la stampa.* | Successivamente un discorso il più commovente, ed energico fatto dal Pro-Moderatore | *Galdi* eccitò verso questi Genj di Libertà gli applausi, la stima, la ricono | scenza dell' affollato Circolo costituzionale. | **Milano** | Presso Pirotta e Maspero Stampatori-Librai — Contrada degli Armorari n° 3118. | —

Del *Galdi* abbiamo l' opuscolo pur rarissimo « Progetto di Costituzione elvetica, con le Riflessione critiche. » *Milano,* Raffaele Netti, 1798, in 16°, pp. 47.

[1]) Leggesi nel foglio di Milano *Il Circolo Costituzionale di Milano*, n° 12 (del 8 marzo 1798) che alla lettura del bel discorso dell' avvocato *Sacco* furonvi « grandi applausi ed acclamazioni di stampa » (v. pag. 196). E diffatti eccolo stampato. Pochi mesi prima il cittadino *Pancaldi,* asconese, poi diventato ministro sotto la Cisalpina, leggeva nel medesimo Circolo una canzone in lode della repubblicanissima cittadina Porro (sessione del 2 nevoso. — V. *Il Circolo costituzionale di Milano,* n° 2, 28/12, 1797).

fiamma di alcuni di quegli abitatori. È una voce unanime il gridare: *Patria addio*: *Se noi siam nati in seno della schiavitù, noi sentiamo le sagre voci della natura, che a Libertà ci spinge, e che per ottenerla ci costringe allo spargimento del nostro medesimo sangue.*

Così detto appena, eccoli in numero di ben ottanta coraggiosi, e fervidi Patriotti, che il punto di unione, ed il teatro della Rivoluzione destinano a Casarate, luogo distante a mezzo miglio di Lugano. Fortunato Lugano! Tu antemurale dell' Itala schiavitù de' Baliaggi sentirai pel primo cos' è pregio di Libertà. Le grida dell' oppresso tuo Popolo sono omai ascoltate, li voti compiuti: tu accoglierai tra poco i tuoi Liberatori: dalla tua fede attendono braccio, soccorso, ajuto.

Il rumore di sì bello intraprendimento è sparso. Già ne corre la voce sul vicino Verbano; già da questo cielo sì fecondo di Anime Repubblicane vi corrono alcuni de' più energici, de' piu giurati: fu un punto solo il ritrovarsi da varie parti riuniti, e il gridare concordemente: *Al Cappello di Tell per noi atterrato succeda l' Albero Cisalpino;* così date le destre, tutti ne pronunziano il solenne giuramento, e così da un eguale spirito compresi da Casarate fan vela sopra Lugano al far del giorno: il primo passo si è d' impadronirsi dei Rappresentanti Elvetici, i quali sono messi in arresto con tutta però l' umanità repubblicana.

Nello stesso tempo un Picchetto di Patriotti si avanza sopra il Corpo di Guardia a cui intima la resa. Questo risponde col fuoco. Dai Patriotti vien risalutato con eguale sparo di loro fucili. Dal fuoco si viene alle mani. Per un' ora e mezzo la mischia fu delle più fiere, ed ostinate. Tra i volontarj Luganesi malconci cade morto il Taglioretti; dei Patriotti rimangono cinque feriti, ma nessuno estinto.

Finita la zuffa, 14 volontarj si rendono prigionieri a' Patriotti, ma l' esito non corrisponde al principio. I Repubblicani, che contando sulla spacciata lealtà d' immediato soccorso dei sedicenti Patriotti di Lugano, ecco improvvisamente si veggon traditi, e disposte contro di loro quelle arme, che erano state giurate a comune difesa ed ajuto. Patriotti, dove siete, che fate? Traditori, ingrati, ed empj! A più sicuro destino il vostro suolo vi sarà tomba d' orrore. Il partito pertanto è di ripiegare e di portarsi all' albergo de' Rappresentanti guardati a vista da due tra i nostri più fermi, ed imperterriti.

E fu allora che il Popolo Luganese, misurando le proprie forze collo scarso numero de' Repubblicani, si sollevò in massa imponente minacciando le vite de' Patriotti, e gridando che fosser messi in libertà i Rappresentanti.

Questi però mal soffrendo, o piuttosto temendo sopra di sè l' inevitabile momento dell' effusione di sangue si dall' una, che dall' altra parte, intimano ai nostri, che depongano le armi, e dal menomo movimento si guardino, od altrimenti *avrebbe il Popolo passeggiato sui loro cadaveri.*

La rodomontea proposizione non è capace a sbigottire Anime, che non conoscono pericolo, non paventano morte, e non apprezzan che Libertà. E malgrado il tradimento, e la perfidia de' falsi Luganesi, che così le lascian sole al cimento, malgrado il vedersi si inferiori di numero, e incalzate da un Popolo, che andava crescendo, e si facea baldo appunto sul numero: *Sì,* rispondono, *se noi, o Rappresentanti, abbiamo a deporre le armi, voi del pari comandate a questo Popolo, che le deponga esso pure a vicenda: Noi da costà ci toglieremo, ma che nel nostro partire sian garantite, e sicure le nostre persone! Se ciò non si accorda,* **prima che il Popolo passeggi sui nostri cadaveri, passeggieremo noi sui vostri.**

La decisa franchezza degli impavidi Patriotti obbligò i Luganesi a capitolare: abbassate quindi a reciproco modo le arme, e volte sdegnosamente le spalle ad un Popolo disleale, ed amante tuttavia le obbrobriose sue catene, salpano i Patriotti da quelle spiaggie fedifraghe, ed in veleggiando alzan le grida repubblicane: Che i Baliaggi saranno non pertanto liberi ben tosto, e che Lugano sarà il teatro di aspra loro vendetta.

Questa gran nave portante gli Eroi di Libertà addirizza il suo corso verso l' opposto lido di Campione per ivi fissare il loro quartier generale, ed il piano delle misure da prendersi. Siede Campione in riva al Lago, guardando di faccia Lugano. I Patriotti veggon così l' oggetto delle imminenti loro conquiste, e questa vista infiamma i loro cuori: i Luganesi veggon in Campione i formidabili Figli di Libertà oggetto del loro terrore: odono rimbombare l' echeggiato aere di bellicosi strumenti, ed una trepidazione si getta negli avviliti lor petti nel mentre tutto ciò loro annunzia, che venne prodigiosamente crescendo di numero a misura della fama che si sparge di questo Quartieramento. »

Si faccia la dovuta tara al discorso giacobino dell' avvocato Sacco, del quale però avremo a rilevare

alcuni dettagli *importanti*, [1]) e si ascolti ora il rapporto di parte contraria ovvero il *fogt* svizzero.

Il *Traxler* scriveva ai 18 febbrajo, qualmente sulla sera del 14, a ore 5 di notte si fosse di colpo sparsa la voce che i Cisalpini erano in marcia sopra Lugano. Le fiaccole che si vedevano rischiarare l' opposto Campione aver messo sulla difesa il corpo dei Volontari luganesi; malgrado ciò non si sapeva prestare total fede ad una irruzione armata. Ma le spie mandate fuori in ricognizione giustificarono le apprensioni, e più il reale sbarco dei Cisalpini avvenuto verso le 5—6 ore del mattino. Allora si ordinò di battere la *generale* e di suonare campana a martello in tutte le chiese ed in castello. Il *Traxler* ci dice che lo sbarco ebbe luogo presso il castello [2]) e al torrente Cassarate, donde la colonna moveva verso il borgo. E continua alla lettera: « s' avanzarono verso il gran Albergo, [3]) dove alloggiavano i Rappresentanti, misero un posto in quella contrada di fronte al Corpo di guardia *(luganese)* e fecero fuoco contre le guardie, da quest' ultime risposto con energia, le quali però giungevano troppo tardi ad impedire ai Cisalpini l' entrata nell' Albergo. Un colpo diretto allora contro il distaccamento uccideva il più giovane dei *Taglioretti*. [4]) Il distaccamento voleva avanzare per prendere posto all' albergo, ma i Cisalpini già avevano circondato il Rappresentante di Unterwalden *(Stockmann)*, dichiarandolo prigioniero, e ciò per opera di *Zaccaria Re*, comandante cisalpino, che gli teneva sguai-

---

[1]) Per esempio laddove accenna al tradimento dei partitanti in Lugano.

[2]) Poi palazzo *Farina*, indi e tuttavia villa *Ciani*.

[3]) O l' *Albergo Svizzero*, solito ad occuparsi dai Sindacatori elvetici. Albergo tuttora fiorente.

[4]) I *Taglioretti* erano gli albergatori dello *Svizzero* in Lugano.

nata la sciabola sul petto. I Volontari non potevano penetrare in quella camera, nè far passi per liberare il Rappresentante, per paura di colpirlo. Ma il continuo suonar a stormo e lo sparo dei fucili spaventarono i *malvagi*, a tal segno che il figlio del conte Antonio Riva, di nome *Rodolfo*, brandendo la pistola e puntandola al viso del rappresentante, gl' intimava desse ordine di far cessare lo sparo ed il suono delle campane, *il che venne fatto.* In seguito, aumentando l' intiero corpo dei Volontari, vennero costretti i Cisalpini, nel quartiere dei Rappresentanti, a deporre le armi quali prigionieri, rilasciati poi in libertà. Partirono dessi tosto, ma le pattuglie in Lugano, a timore di nuovi eventi, vennero rinforzate dappertutto. Quà e là trovaronsi 25 schioppi e 2 bandiere tricolori.[1]) Dopo di che, a prevenire ulteriori fatti, *venne eretto sulla piazza l' albero di libertà svizzero.*[2]) »

## VIII.

Noi ci abbandoneremo ora, prima di passare alla narrazione dei fatti memorandi succeduti nella giornata del 15 ancora e nelle susseguenti, a delle considerazioni che se poco garberanno — *lo accentuiamo* — ai patrioti della giornata od ai chiaccheroni dei tiri e delle dimostrazioni politiche — non riusciranno meno accette alla verità storica.

Non ci erigiamo a difensori dei Patrioti Cisalpini, ma questo attestiamo e cioè che i precedenti scrittori, ticinesi o meno, si mostrarono sempre parziali: così sotto

---

[1]) Conservate tuttora nella chiesa di S. Lorenzo, nella cappella delle Grazie.

[2]) Il *Traxler* continua col narrare l'avvenuto dei giorni 15 e 16 febbrajo, e ce ne varremo quasi subito, perchè l' attestazione sua serve a rettificare diverse inesattezze che fin quì ebbero nelle Storie paesane libero corso. (*Strickler,* 469—470.)

l' impressione dei fatti lo *Zschokke* ed il *Quadri*, e i contemporanei non dovrebbero mai scrivere la storia dei proprj tempi; [1]) sotto le false vedute del patriottismo odierno *Franscini, Peri* e *Baroffio* ed altri con loro. I quali mal fecero a giudicare il passato dal presente. Non conoscono gli uomini coloro che si fermano a considerare i particolari e non tengono conto del complesso delle azioni degli uomini e dello stato dei tempi.

Giudicando del 1798 bisogna mettersi nei tempi: allora una Confederazione Svizzera con un cantone Ticino libero non esisteva.

Gli storiografi hanno proclamato il tentativo del 15 febbrajo 1798 un « attentato alla nazionalità svizzera », [2]) e fu « l' opera del fanatismo prodotto dal lurido fantasma di libertà ». [3]) Attentato all' indipendenza di Lugano ? .. ma di grazia, chi aveva promessa la libertà a Lugano prima dell' irruzione cisalpina ?... *Nessuno*, nè l' affrancazione per parte di Basilea, dei 12 febbrajo 1798, giungeva prima del 18, ovvero a fatti compiuti, in Lugano. Nè è vero che ai 14—15 febbrajo (come vuole il Baroffio, p. 63) i patrioti proclamassero l' annessione alla Cisalpina. Attentati e tradimenti le rivoluzioni ?... ma

---

[1]) «... on n'écrit pas l'histoire contemporaine. Quelle que soit l' indépendance de l'homme qui raconte ce qui se passe sous ses yeux, il s'y intéresse naturellement comme spectateur: il y est attaché sinon par ses intérêts, au moins par ses convictions et ses sympathies; il peut n'appartenir à aucune coterie, à aucun parti même; il appartient forcément à une cause qui le prédispose à une involontaire partialité. Il a beau se défier de ses propres impressions, l'effet même qu'il fait pour s'en affranchir est une gêne; on n'est vraiment à l'aise qu'avec le passé déjà vieux ». (*Monnier Marc*, Prefaz. alla Storia del Brigantaggio nella Italia Meridionale. *Parigi*, 1862.)

[2]) *Baroffio*, 259.

[3]) *Cetti*, Note allo Zschokke, p. 180.

la rivoluzione è una fase necessaria nella vita dei popoli. E la rivoluzione fu fatta nel 1798 nell' intento di rendere libera Lugano, e per renderla libera non potevasi fare a meno che svincolarla dal giogo svizzero. Come si poteva discorrere di mettere sugli alberi di libertà il cappello di Tell, anzichè quello Cisalpino, quando il pomo era segnacolo della schiavitù, ne' da' suoi discendenti nulla ideavasi di libertà?...

Lugano avrebbe aspettato a lungo la libertà, se non fosse stato quel moto insurrezionale. Per far piacere agli scrittori di buona bocca bisognava che i luganesi insorgessero nel nome di Tell che li aveva legati per tre secoli al suo carro di servitù.

Bisognava che i fautori di libertà, riscaldati alle teorie di Francia ed entusiasti per la liberazione della Lombardia, insorgessero nel nome di quell' autorità *zuccona* che non intendeva punto cessare dal padroneggiare i baliaggi? Che i patrioti volessero la Cisalpina certo, ma trovare delitto in essi la mattina del 15 febbrajo 1798, per tale annessione, non si può. La Cisalpina esisteva ed aveva nome di libera, mentre la Repubblica elvetica non era. Naturale che quindi dovessero volgere le loro aspirazioni verso Milano, desiderare un' unione con quel paese a loro congiunto per lingua, per costumi, per tutto insomma.

Ancora una ripetizione. Insorgere in nome di Tell, l' emblema dei Mag.ci Nobili ed Osserv.mi Signori Nostri Padroni, dei Nobili e Generosi e Pot.mi Signori delli XII Cantoni Sovrani Elvetici?... Via, non s'insista a farci produrre argomentazioni troppo chiare a favore dei Patrioti.[1]) Chè nell' arrischiarci troppo avanti, non po-

---

[1]) « Ma per allora essi Patrioti non si curavano del cappello di Tell, e coccarde e beretto della Cisalpina erano i loro emblemi »: sfidiamo il Peri (p. 37) a pensare diversamente.

trebbero citarsi i nomi di *Ochs* e di *La Harpe,* in certa qual maniera da contrapporre a quelli dei patrioti luganesi? Non istigarono essi i Francesi a penetrare in Isvizzera onde proclamarvi la francese libertà? Che se essi in seguito brillarono quali luminari di patriottismo svizzero, mentre dei nostri taluni passarono a strenui difensori di un feudalismo landamanesco ancor oggidì esecrato, la storia del 1798 non ci ha a che vedere.

Gli avvenimenti del 15 febbrajo chiariranno ancora meglio l' agire dei patrioti; la storia li potrà più serenamente giudicare anche per quanto concerne i fatti susseguiti in Campione, Mendrisio e Riva S. Vitale.

Ma chi erano questi *patrioti* luganesi?... Gli storici tutti riconoscono che rappresentavano il fior fiore della intelligenza nel baliaggio di Lugano ed anche in quello di Mendrisio. E v' appartenevano anche preti, taluni de' quali, come *Modesto Farina,* saliti a dignità importanti,[1]) altri rimasti quasi ignorati e del numero degli esaltati alla *Lattuada.*[2]) Vi figuravano nobili e non nobili, così i figli dei conti Riva. E talun oci chiamerà

---

[1]) Morì vescovo di Padova. (V. Difesa Reali, p. 43.)

[2]) Come il prete *Marco Masciotti,* di Morcote, che nel luglio 1798 troviamo, in condizioni finanziarie tutt' altro che liete, a Bregazzana presso Varese. Di là indirizzava ai 6 luglio una lettera al prevosto Lattuada esponendogli un suo progetto di istituzioni religiose. Data cioè la facoltà ai preti, frati e monache di pigliar moglie. Cacciare dal Sacro Monte sopra Varese le monache perchè ricche. I parroci vestissero l' abito in verde in chiesa e fuori. Levarsi le campane dalle chiese ecc. ecc.

Il Masciotti « emigrato dalla mia patria di Morcote (così lui) a motivo di rivoluzione, essendomi gittato fra le armi, onde poter unire quel territorio alla Repubblica Cisalpina, e pronto ancora a spargere tutto il sangue per sostenere il tesoro della libertà » chiedeva un impiego laico onde poter aver maggior sostentamento e *prender moglie per accrescere gli individui alla Repubblica!* (Cfr. *Boll. storico* 1885, p. 143.)

maligni se accentuiamo che le famiglie luganesi oggidì maggiormente attaccate al partito retrogrado furono quelle che fornirono nel 1798 i campioni di libertà.

Già il Cetti,[1]) rettificando lo Zschokke, in diversi punti della sua *Storia*, avvertiva (p. 161, nota I) che que' patrioti non mancavano « al certo di coltura ne' loro talenti, e le prove che ne diedero, e ne danno (scriveva nel 1805), sono fuori d' equivoco. L' impeto del bollor giovanile, ed i presunti vantaggi di una Rivoluzione, che in altri paesi vulcanizzavan pure molti distinti cervelli, mossero forse anch' essi a quest' ardua impresa. »[2]) Nè li condannò del tutto il *Baroffio* (I, 85—86), che ci fornì un elenco interessante dei patrioti del Mendrisiotto.

I capi partitanti del Luganese erano i seguenti:
Gio. Battista *Quadri* dei Vigotti,
Stefano *Riva*, figlio del conte Antonio, di Lugano,
Giovanni *Reali* di Cadro,
Felice *Bellasi* di Lugano,
Un prete *Castelli* di Melide,
Il dr Gerolamo *Lepori* di Lugano,
Il causidico Antonio *Albrizzi* di Torricella,

---

[1]) *G. B. Cetti,* luganese (1780—1817) dopo aver percorsa la carriera militare, studiò chirurgia e medicina a Bologna, dove attendette anche alle lingue sotto il celebre cardinale Mezzofanti. Conobbe gli idiomi vivi d' Europa e per il primo fece conoscere la letteratura russa all' Italia, traducendo il *Karamsin* (Venezia 1812). La traduzione dello Zschokke era lavoro della prima giovinezza, e lo si sente. (*Cfr. Biografia degli Italiani viventi.* Lugano 1818—1819, I, p. 164—166. — *Motta.* Degli scrittori ticinesi ecc., p. 8 e 40. — *Baroffio,* Storia del Ticino dal 1803 al 1830 p. — *Peri,* 223. — *Franscini,* Svizzera Italiana, p. 376—377, I.)

[2]) La Difesa del Reali, di cui diremo più innanzi, da parte sua li proclama « cittadini che i primi gettarono le fondamenta della democratica nostra esistenza » *(p. 4).*

Giacomo *Barca* di Bioggio,
Zaccaria *Re* di Sonvico,
Rodolfo *Riva,* figlio del conte Antonio,
Ercole *Giani* di Ponte-Tresa,
*Giuseppe* e *Paolo Galeazzi,* padre e figlio, di Lugano,
Alessandro *Colomba* di Arogno,
L' ex-chierico *Magistretti* di Torricella, [1])
cui voglionsi aggiungere i meno esposti alle ire popolari, per aver preso interesse puramente platonico ai moti del 1798 o, perchè oscuri di nome, tali rimanessero negli annali della storia.

I principali patrioti del Mendrisiotto erano *Antonio Fontana, Soldini, Felice,* detto *il Teologo, Pasta, Natale,* con tutta la sua famiglia (e in ispecie *Feliciano,* [2]) *Baroffio, Gio. Antonio,* tutti di Mendrisio; *Torti, Giuseppe,* detto il *Pavese,* di Stabio, *Sassi, Carlo,* di Casima, *Maggi, Gio. Antonio,* e figli *Gio. Battista,* [3]) *Carlo,* curato in Vacallo, *Francesco,* canonico in Balerna, e *Ambrogio,* curato in Ronago; *Carabelli, Giuseppe,* e figli *Casimiro, Francesco,* e prete *Gio. Albino,* tutti di Castello; *Camillo Ponti* di Salorino, *Agustoni Antonio* e *Bernasconi Francesco,* co' figli *Gerolamo* e d^r^ *Antonio* di Chiasso.

I veri capi peraltro, e nei proclami e nell' azione, figurano *Quadri* e *Reali.* Il nome del primo — il

---

[1]) Noi caviamo questo elenco da un bando di sequestro, a stampa, del 12 giugno 1799 (epoca di reazione) ed edito anche dal *Quadri* (Compendio ecc.) dal *Peri* e da altri.

[2]) Di *Feliciano Pasta* sonvi lettere nell' Archivio di Stato a Milano (da Como 26 ventoso, anno VI) al commissario del P. E. nel dipartimento del Lario contro *Vincenzo Bigatti* e rapporti suoi relativi alla situazione politica di Lugano, per cui ne fu richiamato. La sua discolpa, datata da Milano, è del 16 germinale e diretta al Direttorio esecutivo della Cisalpina. *(Rep. Cisalpina,* Ministero degli Esteri.)

[3]) *G. B. Maggi,* spiccata individualità politica nel 1830. † 1835.

landamano caduto così basso nel 1830 — è troppo noto perchè ce ne abbiamo ad interessare biograficamente; ma anche per lui verrà un periodo storico, non diciamo di riabilitazione ma di giudizio più sereno. Nel 1798 giovane, d' ardenti principj, [1]) non credeva certo di dovere a pochi anni di distanza, lui fautore di libertà, passare a paladino di oligarchia! Salito al potere!... si rinnovò la solita storia del diavolo e delle sue tentazioni. Del resto non istupirti — già lo scriveva Guerrazzi — se fra le imagini dei promotori di libertà, troverai quella di qualche tiranno: anco Giuda fu Apostolo. [2]) E si sa pure che nei grandi rivolgimenti politici primi a lanciarsi avanti sono i mestatori, ostentando amor di patria per velare la cupidigia del potere.

Di *Giovanni Reali* la storia del 1798 ha rilevato ancora di più il nome, perchè contro di lui fu mosso il

---

[1]) In *Peri-Franscini* molti dettagli intorno alla sua vita politica dal 1798 innanzi al 1803. Pel periodo dal 1803 al 1830 vedi la *Storia del Canton Ticino* del Baroffio (Lugano 1882).

Nella corrispondenza del duca Melzi a Bonaparte, in lettera 15/10 1802, si legge del Quadri: « je dois vous prévenir que cet individu a laissé ici dans les années passées une très-mauvaise réputation, comme le citoyen Barca, commandant des Insurgés qui s'est sauvé de nos prisons par les moyens de la corruption » (*Melzi*, Lettere e vita ecc., vol. II, 103. *Milano*, 1866). La lettera del Melzi continua con un giudizio che non poteva essere veritiero. « Les Baillages en général (si diceva) seroient assez portés à se réunir à la République Italienne, les négociants exceptés dont l'existence est tout entière dans la contrebande qu'ils exercent à nos dépens, grâce à un confin impossible à défendre. C'est sous ce point de vue que cette réunion nous intéresserait beaucoup, et elle *serait bien préférable*, pour la partie administrative et financière, à celle de la Valteline ».

[2]) La *torre di Nonza.*

processo per delitto di patria, chiusosi nel novembre 1798, e coll' amnistia dei 22 di quel mese.[1])

Il d[r] *Lepori* fu tra i patrioti più perseguitati dalla reazione del 1799. Assassinato nelle vicinanze di Gondria, mentre cercava sottrarsi alle ricerche del tribunale inquisitorio, il suo cadavere fu trovato nel lago, ed ebbe sepoltura nello stesso luogo dove erano stati tumulati i martiri Papi, Vanelli e Castelli. (Baroffio, I, 281.)[2])

I fratelli *Stefano* e *Rodolfo Riva* del conte *Antonio* come si sentirono di romperla colla aristocrazia?.., proprio quando il loro terzo fratello *G. Battista* si eleggeva in reggente della Comunità di Lugano?[3]) (4 gennajo 1798.)

Degli altri diversi indicati nel nostro elenco rilevansi i nomi di *Felice Bellasi,* che rappresenterà una parte nel dì 16 febbrajo 1798 e seguenti (come si dirà), il *Zaccaria Re,* già menzionato nella lettera del *fogt*

---

[1]) Se ne riparla piu avanti. — Vedi intanto Peri, p. 111 115 e altrove e la *Difesa del cittadino Reali* detta innanzi al tribunale di Lugano, il giorno 17 novembre 1798 dal suo avvocato difensore *Raimondo Leoni,* che il Peri (p. 111) dice rifuggiato italiano, ma che è men che vero. Il *Leoni* fu del Circolo costituzionale di Milano e si ha alle stampe il suo « Discorso, acclamato per la stampa nel Circolo costituzionale. Il dì 12 frigifero, an. 2 Rep. » *(Museo del Risorgimento* di Milano, n° 73/1—9). Poi fu commissario di polizia nel dipartimento delle Alpi Apuane. — È suo l' opuscolo: *La santa bottega dei preti* del *cittadino Leoni Raimondo.* Lugano, 1864, in 12°, che troviamo spesso sui banchini librarj a vil prezzo?...

[2]) È inutile ripetere che noi supponiamo i lettori nostri al fatto dei terribili avvenimenti della controrivoluzione luganese dell' aprile 1799.

[3]) Atti Borgo Lugano, in quell' *Archivio municipale.* — Leggasi in Peri, p. 73, la carica a fondo contro certa nobiltà luganese, che tuttodì vuol imporre!

di Lugano, a proposito della irruzione cisalpina, *Giacomo Barca*, e *Giuseppe* e *Paolo Galeazzi*, arrestati a Milano nel 1799 e contro le formalità di procedura processati. Ma quel fatto è fuori del dominio di questa memoria, e però i lettori consulteranno altri storici. [1])

Del prete *Castelli* di Melide, già morto nel giugno 1799, [2]) e dell' ex-chierico *Magistretti* nulla possiamo dire. Nè è accertato ch' essi veramente prendessero parte alla invasione cisalpina: lo è a supporre per vederli tra i *briganti giacobini* (così chiamati) più ingiuriati e cercati a morte dall' oligarchia del 1799.

Col *Reali* e col *Quadri* emerge ancora un *Biondi*, [3]) e lo vediamo figurare in alcuni loro proclami. A qual paese apparteneva? Era Bleniese?... [4])

Ma torniamo al 15 febbrajo 1798 e facciamoci spettatori, magari giudici, degli avvenimenti che si succedettero dopo la tentata invasione cisalpina.

## IX.

I Rappresentanti Elvetici appena sgombrato Lugano dai molesti invasori non seppero sul momento

---

[1]) V. *Baroffio*, I, 280, *Peri* ecc.

[2]) Figura come morto nel Bando 12 giugno 1799, a stampa, per il sequestro de' beni suoi e dei correligionarj viventi. — Per altre inquisizioni contro i patrioti del Mendrisiotto, vedi *Baroffio*, I, 281.

[3]) « L' intrepido, il benemerito Biondi » è detto nel discorso dell' avvocato Sacco, come si leggerà più innanzi.

[4]) V. *Zschokke*, Kampf und Untergang, etc., p. 169: — Da Varese il Biondi scriveva nel 1797 (28 fruttidoro) al Porro, ministro di Polizia: « Evviva la Repubblica Cisalpina! Evviva il Dipartimento del Verbano! La guardia nazionale in Varese comincia ad elettrizzarsi. Domani farà la sua prima parata. Ed in appresso si presterà alle sue funzioni. *Eccitato ho composto una canzone*, di cui confidentemente ne invio copia... » (*Arch. di Stato* Milano.)

fare di meglio che spedire un messo a Milano per annunciare a quel Direttorio la seguita violazione del territorio elvetico e chiederne ragguagli; poi emanare un ordine imperativo ai comuni e terre separate del Luganese per l' invio di 5 uomini per cadaun comune a difesa di Lugano. [1])

Ma la gente accorsa in quel dì nel Borgo, il riscaldamento degli animi e l' eccitamento — questo fu finora taciuto — per parte di quei che in Lugano pur desideravano libertà, ma s' erano tenuti quieti durante l' attacco cisalpino. [2]) mossero finalmente i Luganesi a chiedere tumultuariamente (non si poteva far a meno) la libertà ai Rappresentanti Elvetici, i quali credendo tutto finito, non avevano assolutamente in animo di rendere franche le nostre terre: gli atti di que' giorni lo proveranno, del pari che Lugano *sola* volle libertà, mentre la ignorante campagna deplorava i fatti ed ambiva lo *statu quo* d' abbiezione!

All' avvocato Pellegrini che domandava «i sacri diritti, la libertà svizzera», dichiarando il popolo, dopo secoli di sudditanza, maturo per reggere da sè stesso, si scusavano i Rappresentanti di non aver facoltà a ciò relativa, ma insistendosi e temendo della vita loro, nonchè della perdita dei baliaggi, tentarono di tener egualmente le avvinte *fogtie* dando loro peraltro l' apparenza di libertà. Emanando cioè la dichiarazione che per essersi da loro recata «una gran moltitudine di

---

[1]) Leggesi in *Peri,* p. 38, che lo copiò dalla *Difesa Reali,* p. 23—24.

[2]) Questi forse i partigiani luganesi che l' avvocato Sacco nel suo discorso (vedi addietro) chiama fedifraghi!

Lo Zschokke (ediz. Cetti, p. 167) già aveva scritto che la moltitudine radunatasi sulla piazza di Lugano era istigata « poichè li partitanti cisalpini, o com' e' chiamavansi li *Patrioti* non cessavano di proseguire l' opera loro. »

Luganesi » a chiedere « l' indipendenza dagli Svizzeri onde potere in queste critiche circostanze eccitar maggior zelo nel popolo per la difesa del paese » aver risposto non essere in loro facoltà di accordarla, « ma in conseguenza di più vive istanze » soggiunto non potere « del pari ricusargliela ». [1])

Quì, se stiamo alla interpretazione critica della dichiarazione, si era chiesta ed ottenuta *l' indipendenza dalla Svizzera,* il che poteva anche permettere uno svincolo, e l' opera vi si ravvisa dei patrioti.

Chi ci diede per il primo il nome dell' avvocato *Pellegrini* [2]) fu lo Zschokke, mentre il *fogt* di Lugano nella sua informazione del 18 febbrajo aggiungevi quello dell' avvocato *Stoppani.* [3]) V' ha di più: i dimostranti, avuta la dichiarazione dei Rappresentanti, avrebbero proceduto oltre e fatto pubblicare il primo proclama di libertà, che si può leggere nel *Pasqualigo* e nello *Strickler* [4]) per estenso, mentre è a deplorare non siasi dato dal *Franscini-Peri,* che pur ne ricorda una qualche frase. [5])

---

[1]) *Zschokke-Cetti,* 168. — *Peri,* 40. — *Strickler,* 468.

[2]) L' avvocato *Annibale Pellegrini*, di Ponte-Tresa, aveva studiato nei Somaschi di Lugano, 1776 (v. *Boll. storico,* 1881, p. 72). È da ricordarsi l' opuscolo che pubblicava nel memorando 1798: « I vantaggi della libertà e del governo democratico rappresentativo ». *Lugano,* Agnelli (Copia nella Bibl. civica di Lucerna).

Fece poi parte del Consiglio legislativo elvetico, ove non smentì la fama della sua dottrina legale e conoscenza delle lingue nazionali dell' Elvezia (*Peri,* 277).

[3]) È questi l' avvocato *Angelo Maria Stoppani,* la disgraziata vittima del 1814 (*Oldelli,* p. 77 del *Supplemento*).

[4]) Lo *Strickler* (p. 469) dice quì la *sera del 14,* ma evidentemente trattasi della *sera del 15* ed è errore di stampa, non avvertito però nell' *errata-corrige* del volume.

[5]) Si legge anche nella *Difesa Reali,* p. 14, e lo copiò da quella il Pasqualigo.

In quel proclama era detto che « avendo il popolo luganese proclamata la libertà » l' atto era pur stato confermato dai Rappresentanti Elvetici. In vista di che il vecchio Consiglio di reggenza del borgo « previa la rinuncia spontanea ed unanime delle attuali sue incombenze in mano del popolo, ritenendo soltanto la necessaria provvisoria amministrazione e dichiarandosi permanente »[1]) convocava le delegazioni dei comuni e terre separate pel giorno 18 ad un Congresso generale in Lugano « affine di nominare nel più breve tempo un Consiglio di Governo, il quale possa stabilire non solo quanto riguarda il buon ordine, ma anche tutto ciò che potrà concernere le relazioni coi paesi esteri. »

La chiusa del proclama suonava testualmente: « Il medesimo Consiglio (di reggenza) interprete della volontà pubblica in questo istante di universale contentezza e per meglio assicurare la quiete del paese.

---

[1]) L' unico atto che rifletti i giorni 15—16 febbrajo, nell' Archivio civico di Lugano, fu reso noto dal Pasqualigo (p. 399) ma taciuto dal Peri. Riguarda la seduta municipale del 16 febbrajo 1798. « Varj individui del popolo aventi alla testa il Cittadino *Giuseppe Antonio Magatti* (erroneamente stampato *Magetti* in Pasqualigo) si sono presentati avanti questo Consiglio avendo pure appostato alla porta di questa sala diverse guardie, hanno energicamente dimandato, che si chiudessero le casse, e tutto ciò, che è di ragione di questo Borgo a servizio di tutto il popolo.

« Sopra del che li predetti individui componenti questa radunanza a voce unanime volontariamente dichiarano, che in primo luogo si spogliano di tutte le funzioni ordinarie di amministrazione.

2° Che tutti quelli che tengono casse della amministrazione pubblica di questo Borgo debbono dare tutti quei conti al popolo relativi a detta amministrazione.

3° Che li già reggenti de' mesi debbano assistere al Congresso generale indicato dal suddetto proclama *(del 15)* per fare tutto quello che sarà vantaggioso alla patria. »

accorda una perfetta amnistia a tutti li concittadini luganesi che avessero avuto mano nelli recenti disordini ». Ma la voce di pace e di carità fu tosto soffocata dall' ira politica. E lo Strickler (importante comunicato !) ci avverte che nel proclama a stampa venne cancellato l' ultimo periodo ed annotatovi « *è stato levato dal popolo* », ragione per cui in seguito s' arrestava il Bellasi.

In questi fatti del 15 febbrajo, a malgrado dei nuovi documenti editi dallo Strickler, regna tuttora un po' di bujo.

Lo Zschokke e gli altri che lo copiano sostengono che, emanata la dichiarazione dei Rappresentanti Elvetici, comparissero *sulla sera* a Lugano un Cisalpino ed un ufficiale francese esigendo che si radunasse il popolo a parlamento per pronunciarsi se voleva diventare cisalpino o libero-svizzero. Che il Bumann non scosso dalle minaccie, allegando la sua molto limitata autorità, ma incalzato sempre più da tutte le parti, promettesse almeno di consultare il suo collega Stockmann, che si trovò poi già fuggito, e che ottenesse una dilazione di tempo sino al ritorno del messo inviato a Milano dal ministro Testi.

Il Peri-Franscini aggiunge come in seguito alla notorietà della fuga dello Stockmann, l' altro Rappresentante venisse preso a guardare da 12 uomini (altri dicono che li prese lui a propria guardia) e che si piantasse l' albero della libertà in piazza (particolare confermato dalla *Gazzetta di Lugano* di quel giorno) e che si creasse una provvisoria Reggenza, che emanava il proclama di cui sopra.

Il *fogt* di Lugano (nella sua lettura già indicata del 18 febbrajo) conferma la venuta *sulla sera del 15* del « figlio del Signor Bellasi in compagnia d' un altro »

a chiedere ai Rappresentanti Elvetici quanto sopra, e che questi li avrebbero persuasi ad aspettare la risposta da Milano. Che ritiratisi il « Bellasi e il francese » fuggisse in seguito a piedi lo Stockmann verso Bellinzona. Ora che cavarne per un' esatta cronologia dei fatti di quel giorno?... Se Bellasi e compagno ancora sulla sera chiedevano ai Rappresentanti Elvetici di interrogare il popolo luganese sulla sua sorte, è segno che la Reggenza luganese non aveva ancora emanato il proclama di libertà e di amnistia. Sicchè dobbiamo supporre che l' ultima fase del giorno fu l' emanazione del proclama.

I nostri istoriografi hanno pure riferito un messaggio dei patrioti, del 15 febbrajo 1798, giudicandolo come quello portato a Lugano dal Bellasi e dal compagno suo, il francese Dubois. Lo si legge non esatto nello Zschokke e nel Peri, senza data giusta, mentre corretto è nell' edizione Strickler. [1]) Lo tace la *Difesa Reali* ed è anche per il motivo di un tal silenzio che noi stimiamo quell' enfatico proclama essere stato diramato prima del tentativo della mattina del 15. Diffatti: si dice che Bellasi e Dubois chiedessero una decisione pei Luganesi, se rimaner Svizzeri o meno, ed in questo proclama non si cita la Cisalpina. [2]) Noi non possiamo esimerci dal riprodurlo, a prova delle obbiezioni nostre:

*Ai Signori Rappresentanti della Confederazione elvetica.*

Signori,

La libertà che scorrendo qual folgore ad infiammiare i cuori di ciascun patriota che si sente uomo,

---

[1]) È del 27 pluvioso, ovvero 15 febbrajo, mentre lo Zschokke fornì l' erronea data del 22 pluvioso, copiata da suoi imitatori.

[2]) Mentisce il Peri quando afferma che vi si legge a pag. 12.

penetrò nei vostri cantoni. I vostri fratelli hanno di là dell' Alpi proclamato in faccia all' Universo la democrazia, per cui tanto sangue hanno sparso gloriosamente gli avi vostri. Questa sacra fiaccola accese l' alma dei patrioti di quà dell' Alpi, i quali sono disposti a viver liberi od a morire. A nome dunque di tutti quelli che spargeranno il loro sangue per la democrazia, siete premoniti a cedere sull' istante tutte le pretensioni che credete avere sui baliaggi svizzeri, a disarmare cotesti vostri volontarj [1]) ed a lasciare pienamente in libertà codesti popoli che vi offrono amicizia e fratellanza. Ricevendo questi nostri messaggi decidetevi fra un' ora. Se voi rimanete contumaci nel pretendere superiorità in questo paese, che ha giurato di viver libero, non vi lagnate, se diverrete vittima del loro furore. Risparmiate il sangue de' vostri fratelli; ma se ne siete avidi, le bajonette repubblicane sapranno saziarsi nel sangue de' suoi nemici. Salute ed amicizia, se la volete.

Stefano Riva, comandante.
Gio. Batt. Quadri, ajutante.
Antonio Fontana, segretario. [2])

Dobbiamo invece ammettere che Bellasi e compagno riferissero verbalmente o con altro scritto a noi non pervenuto [3]) e che, ritiratisi la sera del 15

[1]) Istituiti fin dal 1796. Ne dice ampiamente il *Peri-Franscini.*

[2]) Lo *Strickler* (468) come può proclamare autore di questo proclama il Riva e dire che fosse *adatto al suo temperamento*? Non può essere che fattura del Quadri o del *segretario* Fontana. Il *Peri* fa firmare il proclama dal Reali come *comandante sostituto* e degli altri due, mentre dal Reali è firmato il proclama che si dà più innanzi.

[3]) Anche il Peri (p. 42) ammette che il surriferito proclama possa essere stato dettato nella metropoli cisalpina per dover essere intimato simultaneamente all' invasione armata, ma fallito il primo conato non arrivava che tardi. — Se trovavano mezzo di

(come dalla lettera del *fogt* Traxler del 18) ricomparissero l' indomani, e con altro proclama, pur reso noto da' scrittori nostri, redatto in seguito all' avviso avutosi nel quartiere patriotico di Campione della indetta amnistia e della proclamata libertà. Quel proclama che la *Difesa Reali* dice essersi tenuto occulto al popolo luganese, non ci sembra fosse privo di nobili sentimenti. Soltanto che fu dato incompleto dal Peri e da altri. [1]) E ce ne sia concesso la trascrizione: occorre per la pittura del carattere dei patrioti.

LIBERTA. UNIONE. EGUAGLIANZA.

In nome dei diritti dell' uomo
Dalle sponde del Ceresio
li 28 piovoso, anno VI repubblicano.

*I difensori della libertà luganese ai cittadini rappresentanti la Repubblica Elvetica.*

La vostra lealtà repubblicana non può cadere in sospetto. Voi approvaste la proclamazione della libertà della nostra patria.

Ecco aggraditi i nostri voti. Voi ci prometteste amnistia generale, e noi correremo nelle braccia dei nostri fratelli, e loro giureremo eterna amicizia, e fraternità. Ma gli allarmi, che diconsi da voi ordinati in ogni comune, e specialmente costì, c' impediscono di compiere le nostre brame, e di venire fra gli amplessi dei nostri Patrioti. Se siete come non dubitiamo, coerenti a voi stessi fate che gli attruppamenti da voi

porgere l' indomani (16) un nuovo proclama ai Rappresentanti Elvetici, perchè non avrebbero potuto farlo la sera antecedente. ?...

[1]) Il Peri ne omise la seconda parte, laddove si protesta nobilmente contro la spogliazione del cadavere del Taglioretti ucciso il 15 febbrajo da' patrioti. E questa omissione è grave, inescusabile.

Manca negli *Atti* dello Strickler.

ordinati si disciolgano e noi riporremo quelle armi che abbiamo pigliate per la pura causa della libertà.

Ascoltiamo con nostro spiacere, come alcuno, che certamente non era del nostro seno siasi fatto lecito di spogliare dei migliori effetti il cadavere di un nostro fratello, che ci affrontò da nemico.[1]) Lontani noi dall' infame ingordigia dell' altrui proprietà abbiamo fatte, e faremo tutte le possibili indagini per trovare quel vile,[2]) e fargli rimettere gli effetti derubati: e quello scellerato gli renderà, e noi li trasmetteremo agli eredi del proprietario, o non essendo possibile ottenerli, noi gl' indirizzeremo del nostro. Cittadini, fate pubbliche colle stampe queste nostre intenzioni a cotesta nostra diletta patria, accertatela del nostro ardente amore per la comune felicità, e assicurate al più presto la nostra venuta su questo suolo rigenerato, ove bramiamo null' altro, che respirare l' aure della libertà, per cui abbiamo sparso il nostro sangue, e siamo pronti a spargerlo fino all' ultima goccia.

Salute e fratellanza.

Gio. Reale, comandante sustituto.
Gio. Quadri, ajutante.
Antonio Fontana, segretario.

---

[1]) Il *Taglioretti.*

[2]) Un tal *Castelletti*, « falso repubblicano ecc. » per l' avvocato Sacco, che lo denunciava apertamente al Circolo costituzionale di Milano nel suo discorso. (V. più innanzi riferito l' annesso brano.)

Per la verità storica è giuocoforza riconoscere che i patrioti non estorsero imposizioni nemmeno dopo, nei paesi ove soggiornarono colle armi. A Mendrisio, dopo l' attacco del 23 febbrajo dal dì fuori (come si dirà), essendo rimasti feriti alcuni patrioti, i capi si fecero carico d' invitare le cittadine a somministrare delle pezze per i feriti. Le monache orsoline di quel borgo equivocarono, e per pezze intesero monete. Appena fu conosciuto

La *Difesa Reali* — lo avvertimmo — tace la venuta a Lugano del Bellasi la sera del 15 (e forse il silenzio è eloquente !). L' avvocato Sacco nel suo reboante discorso pronunciato a Milano, udite che ne narra! Dopo il ritiro dei patrioti a Campione che si fà?..

« Si unisce consiglio tra i nostri. Biondi, sì l' acclamato, l' intrepido, il benemerito Biondi n' è presidente. I proclami, i messaggi, le deliberazioni, gli ordini, gli avvisi, le staffette, ecc., portano la data non più da Campione, *ma dalle sponde del Ceresio il quartiere generale de' Patrioti*. Si delibera, che si spedisca messaggio a Lugano con intima, *o che si arrenda tra ore, o che avrebbe provato tutto il risentimento di terribile vendetta, e la forza delle bajonette repubblicane.*

A questa intima si smarriscono le menti de' Rappresentanti, e le occupa un subito timore: veggon Lugano, non che se stessi in pericolo, e comandano, che tosto si pubblichi colle stampe il proclama dell' indipendenza luganese. Tale è lo sbalordimento, la confusione, il disordine, il timore, che il Rappresentante unterwaldense, così come si trova all' improvvista se ne fugge a piedi senza cappello, mezzo travestito e spogliato verso Bellinzona; lo Svittense pure non tarda più che un giorno a metter colla fuga in sicuro la sua persona, rintanandosi l' uno e l' altro negli inacessibili loro monti. Così è lo spavento lasciato altamente impresso nè' loro cuori, d' aver una sola volta vedute le faccie impavide e terribili de' Patrioti, nonchè le loro linee quasi scritto fossero col sangue.

Mentre però così costernato è il Consiglio di Reggenza e che da questo già si pubblica l' Editto di libertà, gli oligarchi, i codardi aristocratici, i nemici del popolo van semi-

l' equivoco, che avendo le dette monache pagato il denaro fu loro immediatamente restituito. (V. la *Difesa Reali*, 41, co' documenti a prova, riportati anche dal *Baroffio*.)

nando danaro sui briganti del Borgo. Si chiamano vagabondi, fuorusciti, malviventi d' ogni maniera; s' invitano famelici e disperati dalla campagna, dalle vallate, e tutta questa ciurma è prezzolata ad opporre le armi alla mano al democratico regime. Così è... Imprigionato il buon patriota Vanelli, fuggito il gazzettiere Agnelli, erette trinciere, sonando allarme, intercetti i passi, esposti fanali, illuminata la notte ondeggia diviso il Popolo tra gli oligarchi e gli democratici, tra i buoni ed i cattivi, e la cosa infine è ridotta in Lugano alla perfetta anarchia.»

Lasciamo continuare nella sua veemenza l' oratore lombardo, e passiamo agli avvenimenti del 16 febbrajo.

## X.

Altra giornata tumultuosa. Ma la lettera del *fogt* Traxler troppo laconicamente ne narra i particolari. Ai 16 di mattina essersi presentati i presunti due deputati *(dei patrioti)* ai quali si comunicava la risposta giunta in allora dal Direttorio cisalpino; dalla plebe essere dessi stati messi agli arresti. Il Francese tosto rilasciato al grido di «Viva la libertà svizzera.» Il Bellasi, aggiungono gli altri autori, tra gli oltraggi e le minaccie, non ebbe salva la vita se non con essere condotto in una prigione del palazzo pretorio. Di lui ancora, più innanzi.

Naturalmente il ministro Testi, a nome del Direttorio di Milano, scriveva a' Rappresentanti svizzeri che dei moti cisalpini non ne sapeva e che, pur avendo i nomi dei compromessi individui, avrebbe fatto le pratiche per punirli. [1])

La lettera Testi venne letta all' affollata turba dal balcone del palazzo pretorio, e bisogna credere che gli

---

[1]) La lettera Testi in *Peri*, 43, *Cetti-Zschokke*, 172, *Strickler*, in regesto, p. 468.

spiriti non fossero poi a tal punto eccitati contro la Cisalpina, se si rispondeva al Direttorio, col documento che segue, inedito: [1])

IN NOME DEL POPOLO LIBERO LUGANESE.

*Il Consiglio Provvisorio del Popolo Luganese al Cittadino Testi, Ministro delle Relazioni estere della Repubblica Cisalpina.*

Lugano, 16 febbrajo 1798 (v. s.). Anno I della Libertà Luganese.

Cittadino Ministro,

Dopo la partenza del Corriere speditovi dai Rappresentanti del Corpo elvetico coll' annuncio dell' avvenimento che ha posto questo Popolo in allarme, Esso ha proclamata la sua libertà coll' adesione dei mentovati Rappresentanti, i quali, ricevuta la vostra graziosa risposta, l' hanno immediatamente rimessa al Consiglio Provvisorio poco prima organizzatosi per il pubblico buon ordine.

La vostra lettera è stata letta dal Poggio del Palazzo di giustizia al Popolo affollato nella Piazza intorno all' albero della Libertà: ne fu interrotto più volte la lettura da vive acclamazioni di gioja, e il Popolo si è dimostrato altamente penetrato dai più sinceri sentimenti di gratitudine per le assicurazioni d' amicizia e buona armonia da voi contestate al Corpo Elvetico, a nome del Direttorio, onde vive nella ferma fiducia, ch' Esso sarà per conservare le stesse favorevoli disposizioni per questo Popolo Luganese.

Pertanto nella dolce speranza di conciliarci la benevolenza della Repubblica Cisalpina, e i vantaggi d' un buon vicinato, il Consiglio Provvisorio attende con impazienza il momento dell' elezione d' un Con-

[1]) *Arch. di Stato Milano.* Rep. Cisalpina, Ministero degli affari esteri.

siglio di governo per aprire con voi quella corrispondenza che sarà più conveniente alla pubblica felicità. Vi annuncia frattanto il fortunato riacquisto della nostra Libertà, perchè vi compiacciate, Cittadino Ministro, di renderne inteso il Direttorio Esecutivo, e d' essere l' interprete presso il medesimo de' succennati sentimenti di questo Popolo rigenerato, il quale tutto si compromette dalla lealtà de' principj del Governo Cisalpino.

Aggradite, Cittadino Ministro, questa nostra doverosa premura, e vi professiamo salute e rispetto.

P. A. Rusca, presidente.
Francesco Buonvicini, vice-segr.

Ai 30 piovoso le congratulazioni del Testi a' Luganesi per la ricuperata libertà: [1])

*Al Consiglio Provvisorio del Popolo Luganese.*

Cittadini Rappresentanti,

Non avvi vera felicità senza Libertà, nè puo dirsi vivo un popolo schiavo. Egli rassomiglia a un cadavere in cui non si movono che i vermi che lo divorano. Cittadini Rappresentanti, ricevete le mie più tenere congratulazioni per la nuova vita che avete acquistata, ricevete principalmente quelle del Direttorio Cisalpino, il quale dimanda, e vuole essere il vostro Amico. La lealtà non è propria che d' un popolo libero, la lealtà è il primo elemento morale delle repubbliche. Contate su quella dei Cisalpini, ai quali doleva d' aver limitrofi degli schiavi degni d' esser liberi; siate i nostri fratelli, e abbiate per certo che riputeremo nostra propria la vostra felicità.

Salute e fratellanza. [2])

---

[1]) *Arch. di Stato Milano.* Ibidem. (Minuta di lettera.)

[2]) Altra del Testi del 2 ventoso (20 febbrajo) in *Peri,* 49, e *Strickler*, 471.

Nella giornata del 16 febbrajo, dopo la lettura del messaggio del Direttorio Cisalpino l' incarcerazione del Bellasi, contro il diritto delle genti; ma il popolo dal proclama della Reggenza provvisoria aveva cancellata l' amnistia! È certo, che dopo un tal arresto, i Patrioti s' irritarono vieppiù e anzichè ritirarsi, riconoscendo nel governo di Lugano un nemico, si mossero alla tenzone.

E quì comincia, secondo il veder dei più, la parte odiosa dei Patrioti. Avrebbero dovuto cessare dalle ostilità, riconoscere in Lugano il nuovo stato di cose e condividerlo. Ma occorre mettersi nei tempi e nelle fazioni. Ritirarsi era, pei Patrioti, perdere il frutto d' ogni loro intrapresa, tanto più che nel Mendrisiotto le cose si mettevano su piega a loro favorevole. Nei Luganesi che arrestarono il loro compagno Bellasi non potevano vedere — colle opinioni esaltate d' allora — che degli oligarchi, liberi a parole e non a fatti; epperò essi da Campione passando al quartiere di Bissone a fortificarvisi, intendevano difendere i proprj diritti e diffondere le idee *vere* repubblicane. Tentativi che per la parte, diremo svizzera, dei Luganesi erano contrarj alla quiete e all' autonomia del paese.

La conseguenza naturale di risentimenti così alimentati fu per Lugano una continua inquietudine, tanto più che fin dal mezzodì del 16, anche il Bumann, rappresentante elvetico, aveva stimato lasciare il borgo per alla volta di Bellinzona, portando seco protocolli ed atti d' officio. [1])

È pure ai 16 febbrajo che il popolo di Mendrisio e Balerna proclamava la libertà. Nel proclama di quel « popolo sovrano » è detto giunta « l' epoca della nostra felicità » e la libertà essere stata riconosciuta anche

[1]) V. anche *Strickler,* 470.

dal *landfogto* « interprete delle intenzioni dei suoi committenti..., in vista anche delle recenti disposizioni dei Cantoni Elvetici riguardo ai rispettivi loro sudditi ed alle loro favorevoli intenzioni recentemente manifestate a questi popoli ». Pel 20 si indiceva, sull' esempio di Lugano, un Congresso generale a Mendrisio onde eleggere un Consiglio di Governo provvisorio.[1]) Vedremo poi come procedessero le cose.

A Lugano, ai 17, quiete relativa. L' indomani Congresso generale con seduta tumultuosa e confusionaria. Oltre ai deputati erano convenuti nel borgo frotte di paesani con armi e senza. Una lettera informativa del *fogt* Traxler, del 21 febbrajo, ci fornisce importanti, fin quì ignorati dettagli di quel congresso senz' ordine.[2]) A causa della grande confusione regnantevi, nulla essersi potuto stabilire essendo chè il popolo *fosse unanime nel non volerne sapere della proclamata libertà.* Si gridava non voler libertà dai signori Luganesi, minacciavasi di mandar tutto a picco e di schioppettare gli oppositori. Essere il loro vecchio regime il migliore. Secondo lo scritto del *landfogt*, il Congresso si sarebbe sciolto, lasciando alla Reggenza dei poteri *ad interim*; dessa, a sua volta confermava nell' officio il *fogt* fino a nuova disposizione.

Il Traxler, che scriveva ai 21, non menziona l' arrivo in Lugano, ai 18, della proclamazione di Basilea in liberazione dei baliaggi italiani, giunta salutevole (secondo il Peri) in quella confusione. E quel documento — pel Ticino prezioso — « avendo un carattere di spontaneità e di generosità, che manca più o meno a quei che giunsero dappoi dagli altri Cantoni » il Peri (pag. 47) riproduce per intiero.[3])

---

[1]) *Baroffio,* I. 79. — *Strickler,* 469.

[2]) In *Strickler,* p. 471—472.

[3]) Il proclama di Basilea ai Luganesi, del 13, venne affisso

Supponiamo noti gli avvenimenti di Basilea. Mercè l' opera del tribuno Ochs, la nuova Assemblea nazionale ai 7 febbrajo sanzionava col giuramento la legge della sovranità popolare e dell' eguaglianza dei cittadini, ed il popolo in seguito ripeteva il giuramento. Ai 12 febbrajo la medesima Assemblea dichiarava di rinunziare ad ogni diritto di sovranità sui baliaggi soggetti al Cantone di Basilea.[1]) L' indirizzo ai baliaggi d' Italia è del 13 febbrajo, Basilea offriva a Lugano ed alle altre prefetture libertà, fratellanza ed amicizia; libertà per scegliersi un governo democratico; fratellanza per vederle unite in confederazione colla nuova Elvezia.

Inutile avvertire che questo atto di Basilea promosse la definitiva adesione di Lugano alla Svizzera. Ma s' è detto che nella rinuncia di Basilea è spontanea la decisione, il che non può dirsi avvenisse da parte degli altri cantoni. Ed è così per davvero, e prima di noi l' avvertiva l' Hilty.[2]) Ed i cantoni elvetici, in data di

per le stampe in Lugano, per lo appunto nel dì 18. (*Strickler*, 467). La rinuncia venne sancita ai 12.

Lo Strickler avrebbe dovuto stamparlo in *extenso*, tanto è importante per la patria storia. — Sta nel vol. VIII degli *Eidg. Abschiede.*

[1]) Veggasi più indietro l' invito di Basilea al ministro cisalpino Adelasio (21 gennajo 1798) ad assistere alla solenne piantagione dell' albero della libertà. — E l' Adelasio ai 18 febbrajo encomiava quel Cantone per la presa decisione di liberare i baliaggi sudditi. (*Strickler*, 470.)

[2]) *Helvetik*, p. 154. « Um den Geist dieser Freilassungen zu sehen, genüge eine Urkunde, die das Gasterland von Schwyz und Glarus ausgestellt erhielt. Sie zeigt, wie auch selbst jetzt noch, in einer Zeit, die gewaltig wie ein Wettersturm durch alle *unwahren* Zustände fuhr, die offizielle Heuchelei der alten Regierungen nicht einer bessern Gesinnung Platz zu machen vermochte. Womit dann nur konsequent verbunden war, dass im Jahre 1814 und 1815 fast alle diese Herren, die « aus eigenem Antrieb » und

Zurigo, non si peritavano di commettere un falso in scrittura datando l' atto di loro affrancazione col giorno 15 febbrajo, [1]) mentre in quel preciso dì vedesi lo stesso Cantone di Zurigo impartire ai Rappresentanti Elvetici in Lugano istruzioni per la sicurezza del baliaggio. [2]) Si fu dopo uditi i fatti del 15 che si cambiò opinione, e pei seguiti avvenimenti in Isvizzera, e per forza di rimorchio, anche Zurigo e dopo lui gli altri Cantoni seguirono l' esempio di Basilea. [3])

Che poi la concessione di Basilea non fosse riuscita accetta ai cantoni collegati, lo provano i medesimi atti editi dallo Strickler. Uri la disapprovava del tutto, scrivendone ai 19 febbrajo a Zurigo. Nè era ai 24 dello stesso mese del tutto d' accordo col procedere degli avvenimenti luganesi. [4]) I cantoni primitivi furono anche gli ultimi a liberare i baliaggi (4 aprile 1798). [5])

A Basilea pertanto riconoscenza da parte nostra ed imperitura. La rinuncia a nostro favore giunse, è ben vero, a fatti compiuti, ovvero dopo proclamata la

---

mit so schönen Worten ihre Mitbürger befreit hatten, das Möglichste versuchten, um auch auf diesem Gebiete eine Restauration zu Stande zu bringen und ihr Wort zurück zu nehmen. » (Segue tolta dagli *Abschiede*, vol. VIII, p. 674, cui rimandasi.)

[1]) *Abschiede*, VIII, 596, 97. Che la data sia anticipata a bella posta, è credenza anche dello Strickler. (468).

[2]) *Strickler*, 468, che cita a conforto lo Zschokke (Kampf und Untergang etc., 155).

[3]) Un simile falso commettevano i III Cantoni colla liberazione di Bellinzona, Blenio e Riviera, in data 26 marzo 1798, mentre ai 27 e 28 di quel mese pendevano tuttavia trattative *pelose* per concederla (*Strickler*, 482). — La vera data è 4/4 1798 (*Eidg. Abschiede*, VIII, 614).

Nè veritiera la liberazione di Svitto, dei 3 marzo 1798 (*Strickler*, 467). Degli 11 e 14 marzo quelle di Glarona e di Zug.

[4]) *Strickler*, 470 e 473.

[5]) *Eidg. Abschiede*, VIII, 614.

libertà luganese, ma quell' atto consolidò i vincoli colla Svizzera. Gli avvenimenti per parte de' Francesi, seguiti oltr' Alpi, operarono il resto.

Ma intanto in Lugano dal 18 febbrajo innanzi si viveva in anarchia e in disordine. E però in onta alla Reggenza provvisoria, in onta alle sancità liberali proclamazioni, vi perdurava intatta l' autorità del *landfogt* che continuavavi l' esercizio delle sue mansioni. E quindi non avevano in tutto torto i Patrioti se gridavano all' oligarchia, proclamando Lugano non libera ancora dal vecchio giogo, ad infrangere il quale avevano dato il primo e potente ajuto. Per loro i Luganesi non erano

*Liberi no, ma in altro modo schiavi,* [1])

mentre i nostri vicini, i buoni Milanesi, proclamavansi

*liber ligaa, alla francesa.* [2])

Nè senza dar troppo peso alle acrimonie del partito diremo *patriotico* (o dei *briganti* per i popolani luganesi), si può nascondere che in Lugano per le cose nuove mancavano gli uomini nuovi. Non individui capaci di guidar il paese — è questa una mancanza, che senza tema di sentirci gridare l' anatema addosso, affermiamo tuttodì esistere nel Ticino. Si videro allora alla testa degli affari pubblici uomini non energici, non imparziali; lo spirito di parte avvelenava magistrati e popolo.

Ed intanto nel paese brigavano i mestatori e la campagna luganese rumoreggiava malcontenta. Si perdeva il coraggio e la Reggenza provvisoria si sbandava.

Il popolo *sovrano* che già nel congresso del 18 febbrajo aveva dato saggio di voler lo *statu quo* nè di desiderare libertà da' Luganesi, lo mostrò dopo ancora. E

---

[1]) *Alfieri.*

[2]) *De Castro,* Milano e la Cisalpina, p. 148.

mentre Zurigo scriveva a Berna ai 21 febbrajo, non rimanere a fare altro che spingere i baliaggi italiani a non distaccarsi dalla Svizzera nè a subire influenze estere (*Strickler*, 472), il Consiglio della Comunità di Lugano in egual giorno giudicava di dover mandare nei cantoni d' oltr' Alpi i cittadini Sala e Bossi per intendersi sui mezzi di provvedere alla stabilità del buon ordine nel paese ed a rappresentare che ciò si otterebbe qualora i cantoni, seguendo l' esempio di Basilea, proclamassero l' indipendenza dei baliaggi. Dunque altra prova che ai 15 di febbrajo Zurigo non poteva averla riconosciuta, come falsamente attestò in seguito. [1])

Ma che volete per contro? La pieve d' Agno riunita in assemblea ai 20 febbrajo decideva di disapprovare il proclama della libertà luganese del 15 febbrajo, di ringraziare per contro i Lodevoli Cantoni per le dichiarazioni del 24 e 31 gennajo, attestando loro costante fedeltà ed attaccamento. Il delegato Gio. Batt. Bossi rimaneva incaricato, d' informarsi a nome della di Agno, come pieve comportarsi di fronte alla dichiarazione di Basilea, in seguito al proclama d' Aarau (*Strickler*, 472).

Ai 22 febbrajo, d' ordine cisalpino e per incalzanti richieste de' Luganesi, i Patrioti evacuavano Campione,

[1]) Non direbbe esattamente il Cetti (p. 169) quando asserisce che i Luganesi « penetrati dall' insufficienza » della violentata dichiarazione (ai rappresentanti elvetici, nel dì 15 febbrajo) « per legittimare la libertà, che andavano proclamando, che non contenti di muovere il giro rivoluzionario a favor dell' Elvezia », deliberassero « nel loro primo comizio popolare di spedire tre deputati a tutti li cantoni sovrani per chiedere ossequiosamente la ratifica della loro indipendenza, e per far presente il pubblico voto di loro unirsi co' vincoli di fratellanza. Tanto valeva ancora sui di loro animi la forza degl' altrui legitimi diritti (!!) malgrado le idee guaste (!), che s' andavano in allora spandendo sul *gius* imperscrittibile dell' umanità ».

ritirandosi a Bissone, dove piantavano il quartier generale, e di là si stesero, come vedremo, alla pieve d Riva S. Vitale e al Mendrisiotto. [1])

Ai 23 liberazione del detenuto Bellasi, dimandata vivamente dal commissario di polizia del dipartimento del Lario Bossi e dal commissario del Direttorio esecutivo cisalpino Rezia, co' quali i mandatari della Reggenza luganese avevano parlamentato in Campione. Secondo il cronista popolare, largamente sfruttato dal Peri, il paesanismo all' annuncio della liberazione del Bellasi, avvenuta segretamente, si sarebbe rivoltato contro i membri del Consiglio provvisorio accusandoli di essersi lasciati corrompere. Per questo fatto e per i timori che generalmente si spargevano di tentativi de' patrioti su Lugano, l' autorità provvisoria rimaneva menomata, disperdevansi i di lei membri. Rimaneva il capitano elvetico Traxler che in conclusione la faceva ancora da *fogt* come prima, e suoi decreti e sue corrispondenze registrano il Peri e lo Strickler.

Un suo proclama del 24 diretto alle pievi, le avvertiva che scomparsi i membri della Reggenza, tutti meno uno (il presidente *Rusca*), egli ne aveva nominati dei provvisori e convocava le comuni per il 27 onde scegliere i membri stabili (*Strickler*, 473). Lo scambio epistolare poi, fra il Traxler e il suo collega il *fogt* di Bellinzona, non accenna che al pericolo crescente per la sicurezza di Lugano. Il popolo perdere il coraggio e generale essere la confusione. L' invio di 100 bravi Leventinesi ecco il *tocca-sano*, chè il popolo poneva la propria salvezza nella Svizzera. [2]) Ai 25 sciolto il Consiglio provvisorio, e cresciuta l' inquietudine pel non veder giungere il sussidio elvetico. Gli animi de' bene

[1]) *Strickler*, 471.
[2]) Lettera del 24 febbrajo.

intenzionati avvilirsi, ed il paese trovarsi in balia del primo drappello di malintenzionati. [1])

Sempre fra timori si tirò innanzi, e gli atti arbitrarj si commisero da ambe le parti, non soltanto da quella de' Patrioti. Lo riconosce perfino il Peri (p. 57).

Era proclamata la libertà in Lugano, ma a malgrado di ciò, e sebbene vi governasse ancora il *fogt*, due nuovi rappresentanti, un *Landwing* di Zug ed un *Tschann* di Soletta, già stato *fogt* di Locarno anni addietro, [2]) s' incamminavano verso Lugano. Ai 26 febbrajo li troviamo in Altdorf, non certo muniti di troppo coraggio avendovi incontrato il collega Bumann. Appena fossero stati assicurati dal *fogt* di Lugano che nessun pericolo loro soprastava, si sarebbero fatti avanti e con rappresentanze dirette in iscritto ed energiche al ministro Testi « um das hohe Ansehen der hochlöblichen Eidgenossenschaft zu behalten » (*Strickler*, 472)! [3]) I cantoni dunque non si davano per inteso della liberazione di Basilea?... Svitto suggeriva anzi a Zurigo di mandar oltr' Alpi un terzo rappresentante, non bastandone due. Zug invece non nascondeva qualche timore a causa della « Unbotmässigkeit » della popolazione luganese e suggeriva il richiamo dei nuovi rappresentanti e di trattare l' affrancazione dei baliaggi al Congresso di Frauenfeld (*Strickler*, ibidem). Dei 3 marzo è la rinuncia di sovranità per parte dell' Obwalden; analoga di Svitto agli 8 marzo.

---

[1]) Lett. 26 febbrajo in *Peri*, p. 52. — Ci rincresce per lo *Strickler*, ma l' opera del *Peri-Franscini* e quella del *Baroffio* egli doveva consultare.

[2]) Vedi nella *Bürgerbibliothek* di Lucerna gli *Applausi poetici* del prete G. Vacchini per la di lui partenza da Locarno nel 1786.

[3]) V. anche *Eidg. Abschiede*, VIII, 596.

I nuovi rappresentanti vennero [1]) e... furono a Milano e dal generale Berthier bene accolti, ma coll' avviso che il baliaggio di Mendrisio doveva esser aggregato alla Cisalpina. Quanto agli altri paesi già sudditi assicurava il generale essere mente del Direttorio, fossero *democratizzati* formando parte dell' Elvezia.

Mentre l' ambasciatore cisalpino Visconti, in Parigi, non aveva ancora perduto la speranza di vedere Lugano collegato alla Cisalpina. Ai 2 ventoso anno VI (20 febbrajo 1798) ne scriveva all' inviato Adelasio in Basilea. [2]) Non temesse se a Basilea fosse stato distribuito per le stampe il progetto di Costituzione elvetica; non potersene inferire distrutte le speranze sui baliaggi d' Italia. Ochs naturalmente li considerava appartenenti alla Svizzera, ma il Direttorio dal canto suo non manifestare prematuramente la sua volontà, il che « avrebbe certamente indisposto gli animi di tutti i patrioti svizzeri ». E continuava:

« Non è già ch' io creda senza possibilità alcuna di cambiamento decisa l' unione dei baliaggi alla nostra repubblica, ma nulla ancora mi dimostra che le favorevoli disposizioni del Direttorio francese a riguardo nostro sian alterate. So che un forte partito il di cui centro è in Lugano si oppone all' unione con noi, e preferisce la incorporazione alla repubblica svizzera. Confesso che questa o vera o apparente inclinazione dei baliaggi potrebbe divenire un forte ostacolo alle nostre mire, ma non lo credo però invincibile. Gli ostacoli lungi dal fare impressione nel Governo francese hanno sempre contribuito a confermarlo nelle sue risoluzioni. Inoltre i principj di geografia politica addottati dalla Francia in tutti

[1]) V. *Peri*, 66. A Lugano accolti con luminarie e al grido di *Viva la Svizzera*.

[2]) *Arch. di Stato Milano*, classe citata (doc. inedito).

i suoi piani sono sì favorevoli alla congiunzione dei baliaggi alla Lombardia di cui hanno fatto parte una volta, che non so temere gli effetti della cabala eccitata in Lugano contro di noi da pochi mal intenzionati e sopratutti dagli emigrati lombardi, che col pretesto della religione inducono quei popoli poco istruiti a detestare il nostro governo. Io sono indeciso fra la speranza ed il timore. Questi non m' avvilisce nè l' altro mi fa presumere. » La chiusa è preziosa, nè si può tacere:

« Convengo con voi che le misure addottate dai francesi nel rivoluzionare la Svizzera non sono intieramente approvabili. Forse non sono tanto inconseguenti quanto quelle che hanno presieduto alla democratizzazione in Italia, ma hanno però sempre il gran difetto di offendere la delicatezza d' un popolo semplice e generoso, che dopo di aver in altri tempi col sangue comprata la propria indipendenza non può soffrire volontieri d' essere troppo visibilmente signoreggiato da un' influenza straniera. »

## XI.

Ma oramai, a chiarire l' agitazione in cui era tenuto Lugano, occorre di osservare gli andamenti dei Patrioti dopo la tentata spedizione del 14—15 febbrajo. Ascoltiamo ancora una volta dalla ringhiera del Circolo costituzionale di Milano la voce tuonante dell' avvocato Sacco:

« I nostri (i *patrioti*) intanto da Campione, [1]) che nissuna parte nè del giorno, nè della notte non san riposare,

[1]) Il padre Carboni, governatore per Campione, tentò far rimanere quel villaggio unito agli Svizzeri. —Vedi i particolari, tolti dalla storia ms. di Campione del parroco Rovida, in *Pasqualigo*, p. 402, omessi dal Peri.

tutte le loro mire drizzano a far prodigi di valore, e progressi di libertà: le sponde tutte del Ceresio, e degli adjacenti villaggi, Caprino, Bissone, Pieve di Riva, Mendrisio, e le Mendrisie Regioni sono signoreggiate dalla luganese tirannide.

Mendrisio quindi è l' oggetto della prima spedizione dei nostri. Già marciano, già ne occupano il borgo. Il popolo si affolla intorno a loro, ed impaziente di scuotersi i crudeli ceppi di lunga sua schiavitù, implora il forte braccio de' bravi nostri liberatori: offre danaro, vettovaglia, arme e le sue medesime vite, purchè sia comune la causa dei Mendrisiotti con quella dei Cisalpini.

La Reggenza frattanto dubbia, ed incerta prende tempo a risolvere su questi andamenti: ma i Patrioti ed il popolo non soffrono indugio. Si grida con voce universale: *Viva la libertà francese e cisalpina*. Il cappellato palo di Tell vien rovesciato, e si spiega a quella vece il tricolorato vessillo. Le menti più fervide e capaci si occupano per un energico proclama: comporlo, stamparlo, affiggerlo è cosa d' un momento. La libertà è pronunciata, ed in faccia alla risponsale Reggenza fra le acclamazioni del popolo, le grida de' Patrioti e le aringhe degli Oratori se ne giura l' atto solenne.

Il *landfoch*, *il lanscriba* Beroldinghen, quel grande oppressore, se ne fuggono. Il quartiere de' Patrioti è nel convento de' Serviti. Si piantan fucine, si liquefano piombi, e sudano i figli di Marte a preparar arme, ad addestrar armati: Guardie rinforzate a doppie sentinelle, e due cannoni a mitraglia alla porta con miccia accesa ne difendono l' ingresso: Patriotti sboccano da ogni parte. Baci, amplessi, affetti, amicizia, fratellanza, gioja, tripudio, estasi, contento, giuramenti, brindisi si scambiano reciprocamente gl' invidiabili genj di libertà: si leva a plauso ed a festa tutto Mendrisio; la notte è illuminata a giorno; ebbri di gaudio que' borghesi, ne passeggian le contrade con voci giulive:

non s' intendon che grida ed inni di libertà: la Pieve finalmente di Riva rispondendo quasi eco coll' esultante annuncio accorsovi, gareggia anch' ella e di giorno e di notte col Mendrisio trasporto.

Intanto la fama vola a Lugano. Chi sa forse, che, malgrado la tua cecità, tu vedi nella Mendrisia rivoluzione il preludio fatale dell' imminente tua sconfitta? E chi sa forse, che per prevenirla, emissarj spedisci per controrivoluzionare se non tutti li Popoli che vuoi, quegli almeno che puoi? Si... prezzolati li terrieri di Stabio, Ligornetto e Genestraro insorgono armati, si portano in massa su di Mendrisio. Si batte la generale, l' allarme si sparge, sonano li bronzi, si prendono le armi, combattono i nostri; i nostri fan fronte, trionfano i nostri: qualch' uno ne resta ferito, morto nissuno: i paesani sbaragliati cedono, fuggono, ed alcuni estinti cadono mordendo il terreno: diciasette sono prigionieri, s' inchiudono nelle carceri di Mendrisio, e non si perde di vista dai nostri vincitori di scorrere i vicini paesi, quanto banditori di perdono, di pace, di libertà, altrettanto inesorabili nel disarmarne tutti gli abitatori; ed in Mendrisio si empie una stanza di aste, spade, lance e fucili.

Sull' istante si forma un Comitato militare, e all' indomani si pronuncia sul destino degl' imprigionati. Sortono tutti dal carcere; si schierano nel cortile del quartiere: giudici sono li Patriotti: spettatore n' è il popolo. Famiglie desolate, figli piangenti, moglie vedove, affettuose amanti, consolatevi, respirate! La libertà prodigando se stessa rimette ai vostri amplessi i capi, i padri, i mariti, gli sposi. I Patrioti sempre generosi e sempre uguali a se stessi sentenziano, che vengano sciolti e posti in libertà.

Reduci ai loro fochi questi terrieri esaltando e nel cuore e sulle labbra la magnanimità dei doppj loro liberatori sono essi medesimi in oggi li più fermi e più attaccati alla cisalpina repubblica. Ed oh qual dolce e commovente spettacolo

di vedere il sagro ed universale entusiasmo nonchè di Mendrisio e di Riva, ma di tutte le adjacenti pertinenze per la comune causa di così avventurata rigenerazione. Basta il dirvi: tutti que' popoli sparsi sono un popolo solo.

Da sì portentosi intraprendimenti Lugano, che mai ti puoi aspettare? Eppure quanto più ti cresce il pericolo, altrettanto i tuoi ribaldi fuorusciti lo vogliono cimentare. Son giunti costoro a ledere perfino i diritti cisalpini, ad insultare l' augusto vessillo della Repubblica Madre. Una staffetta giunge a Mendrisio dimandando rinforzo di Patrioti alle sponde del Ceresio. Cinquanta de' nostri scortando il presidente volano a Riva, ed a remi forzati approdano al quartier generale: Il fatto fu, che un branco di gente altra appostata sulla riva S. Martino Luganese, altra avanzatasi entro un naviglio nella giurisdizione cisalpina con colpi di fucile ha gridato a bordo una barca cannoniera francese, ed una de' Patrioti. Ma fugato in un baleno nelle valli quella ciurma, e rappresagliatone dai Nostri il naviglio, non mi rimase, che, fraternizzando la notte con que' Patrioti, di conchiudere il caso disperato per i Luganesi. »

Abbiamo voluto riferire anche questo brano del discorso Sacco — perchè i documenti di que' tempi, ancora sono assai difficili a giudicare spassionatamente. Nè ci faremo a seguire nelle minime mosse gli avvenimenti di Mendrisio e della pieve di Riva S. Vitale. Per l' assunto nostro que' fatti sono secondarj; e tutto quanto si riferisce al come noi rimanemmo svizzeri basa su quelli succeduti direttamente in Lugano.

I lettori vorranno per ciò consultare gli storiografi che ci precedettero. Basti il ricordare — a orientazione sicura — che la pieve di Riva S. Vitale, messa sossopra dai Patrioti, faceva causa a sè e si pronunciava Cisalpina. E quì non si scappa, e servono i documenti editi dal Baroffio (p. 70 e seg.), i soli nuovi e utili prodotti nella storia di quell' autore.

A Mendrisio, dove s' era già veduto proclamare ai 16 febbrajo, sull' esempio di Lugano, la libertà del popolo, s' erano introdotti i Patrioti e la Cisalpina vi otteneva un trionfo — a noi poco importa se sincero o meno. È certo però che i Patrioti evangelizzando a stregua delle loro idee quelle terre, ed ottenendovi adito, non agivano poi così da traditori, come sinora ci si volle far credere. O che in tempo di rivoluzione si guarda a' vecchi privilegi?... Il Mendrisiotto faceva vita a sè, disgiunto anche dal baliaggio da Lugano, e però i Patrioti agivano con piena libertà, diffondendovi le proprie idee.

Lo *Strickler* offre di molti particolari per quei giorni; ma se si consultano le fonti per bene, e se ci mettiamo nei tempi. molti giudizj sugli atti dei Patrioti si modificano, e di molte violenze commesse vengono sgravati. Se si avesse letta ed adoperata la *Difesa Reali* non s' avrebbe sempre basata l' affermazione sulle fonti luganesi. Da quella *Difesa* riesce attenuato l' attacco della casa Pocobelli in Melide. Si lamentarono l' uccisione e lo spoglio del caduto Taglioretti in Lugano la mattina del 15 febbrajo, ma e perchè non s' accentuò che tale spogliazione deploravano gli stessi Patrioti, che rivelarono perfino il nome del volgare ladro? Diffatti nel proclama dei Patrioti già si sente la voce di sdegno: l' avvocato Sacco (è giuocoforza riudirlo una terza volta) denunciava a Milano apertamente lo spogliatore.

« Vi farò noto, Cittadini, che il partito de' Patriotti venne nell' opinione de' buoni pregiudicato, ed avvilito per l' ingiusto spoglio fatto in Lugano sull' estinto Taglioretti. Questa macchia pertanto è quella, che affligge al vivo le animе onorate. Io scesi a questa tribuna per parlarvi in nome de' Patriotti, in sostegno della loro innocenza, in prova della loro integrità, della loro saviezza, della nissuna loro colpa.

Questo infame spoglio fu l' opera esecrata del mal talento, del cuor perverso di un falso repubblicano così detto Castelletti. Fatalmente s' intruse costui ne' Patrioti per violare i diritti dell' uomo: Costui si abusò del manto patriottico: compromise costui con scellerata azione i puri, i leali, i giusti repubblicani, i quali mentre movon guerra alla tirannia e ne fan cader vittima i perfidi sostenitori, rispettano le proprietà e il sagro diritto delle genti. I Patriotti ne fremettero all' annuncio e subito ne gridarono la restituzione dei derubati averi. Che anzi l' acclamato Patriotto Marliani Lorenzo fece in iscritto formale mozione, che del suo avrebbe compensata agli eredi qualsivoglia delle robe, che trafugata non si fosse loro restituita. È notorio che il Castelletti ha consegnata la ripetizione Taglioretti nelle mani del commissario di polizia Medici.

Io pertanto dimando a questo commissario: l' avete voi resa ai proprietari eredi? Sappiate che i buoni reclamano contro il vostro contegno, e voi osate asserire che il Castelletti tutto ne aveva il diritto; sappiate, che voi così ragionando, siete altrettanto reo quanto il Castelletti medesimo, e sappiate, che la vostra condotta in faccia alla patria vi accusa. Di più ancora! Voi non ben anco scolpato di così vergognosa imputazione, osaste dire nel pubblico caffè di Varese nostra residenza, o commissario, che in Varese due soli contate di veri Patrioti. Se i Patrioti devono essere secondo il vostro pensare, meglio fia a Varese, che non ne abbia neppur uno. Quand' anche siate commissario della polizia, a nome dei veri Patrioti vi rimprovero in faccia alla patria.

Cisalpina repubblica! I Patrioti travagliano indefessi pel tuo ingrandimento. Mendrisio è già tuo; la parte luganese di sotto al lago già ti è unita; e forse a quest' ora già Lugano medesimo sente la necessità di aggregarsi alla Cisalpina. Tu, se di colà non avrai contrade al par delle tue, otterrai

forti e robusti difensori di tua libertà, per portar l' ultimo annientamento a' tuoi nemici, a' mal intenzionati.

Salute e fratellanza.

Il Cittadino avv. SACCO.

In Mendrisio la parte intelligente del paese si chiarì per la Cisalpina, e sono lì a provarlo gli atti ed i nomi di chi li firmò. [1]) Le scaramuccie, gli attacchi dei paesani dal di fuori, lo strappo di cappelli o di coccarde, sono tutte cose inerenti ad ogni moto rivoluzionario e non pesano nello studio storico.

Un vieto sistema, quello di non riportare per intiero proclami dei patrioti o del governo provvisorio luganese ha generato maggiore antipatia per l' operato de' Patrioti. Per quel sistema, dallo Zschokke allo Strickler, tutti diedero monco od inesatto il famoso proclama del 22 febbrajo 1798 emanato in Mendrisio e dove è cenno del pane che si poteva avere dalla Cisalpina, mentre dalla Svizzera non avevamo ad aspettarci che sassi.

La cortesia dell' avvocato Cencio Poggi in Como ci ha procurato il testo genuino, a stampa, di quel proclama; e lo diamo per intiero. Enfatico, al pari dei suoi simili, esso ci lascierà ben altra impressione che non leggendo il frammento *svisato* regalatoci fin quì. Errava poi il Peri, quando lo dichiarava firmato dal *Quadri,* dal *Pasta Feliciano* e dal *Biondi.* [2])

Ed ecco quel *proclama* che non è nemmeno diretto ai Mendrisiensi:

[1]) Vedi i nomi dei principali in *Baroffio,* I, 86.

[2]) *Peri,* 55, che poggiasi al Cetti, p. 175 176. — Il *Cetti* non dà firme. — Il *Baroffio* nulla di nuovo, se non copiatura degli altri.

*LIBERTA CORAGGIO UNIONE FRATELLANZA*

I PATRIOTI

DE' BALIAGGI ITALIANI RACCOLTI

IN MENDRISIO

ALLE LIBERE NAZIONI DELL' UNIVERSO.

La libertà discende ancora una volta dalle Alpi a risvegliare questa parte d' Italia, che circondata da un Popolo libero gemeva fremendo sotto la più dura schiavitù. I bravi discendenti di Tell distrussero con Decreto solenne la tirannia, che esercitavano i pro-consoli avari su un branco d' infelici Italiani, dal resto della nazione barbaramente divisi per l' antica perfidia de' Governi.

Ai nostri generosi liberatori noi presentiamo gratitudine, amicizia, e fin' anco le nostre braccia, e quelle de' nostri figlj per difendere la loro libertà: e perchè mai sono diversi di lingua, di costumi, d' interessi, che non possiamo presentar loro la nostra unione? ma saremo due Repubbliche amiche se siamo due Nazioni, che la natura ha separate.

Caldi dell' amor della patria tentammo di portare ai nostri fratelli di Lugano la face della libertà Italiana; ci slanciammo con coraggio tra i perigli, e la morte, ma il nostro coraggio fu dipinto coi colori dell' assassinio, e la purità delle nostre intenzioni apparve tradimento, violenza, furto; mentre vincitori ci ritirammo dal patrio suolo inorriditi alla vista del fraterno sangue, che vi scorreva.

Noi conosciamo i rei briganti che si opposero ai nostri ingenui sforzi, sostenute nelle loro trame dagli *emigrati;* sì, da questa peste infame, che si prepara a discender nelle tombe per non avere un palmo di terra che vivente la sostengi. Questi traditori della patria diverranno la pubblica esecrazione, e la storia sta già segnandoli nel numero degli infami, che saranno l' obbrobrio de' secoli futuri.

Scellerati!!! che fecero mai per la libertà, per il popolo? coll' oro, colla cabala favorirono l' anarchia, e mentre il Po-

polo sedotto, fanatizzato, ebbro si aggirava in mezzo al delitto, diedero campo agli antichi oppressori di rinfrancarsi tra le mani lo scettro di ferro, con cui avidi di rapine, e del sangue innocente dominano sul Popolo ingannato, che non sente ancora la propria forza per compierne la più terribile vendetta.

I bravi discendenti di Tell ne restituirono l' usurpato diritto di scegliere una democratica costituzione sapendo che come figlj di Bruto seguiremo i domestici esempj dietro le orme di questo Maestro, e Padre della comuno libertà. Popoli de' Baliaggi! Noi siamo liberi, e siamo italiani, formiamo una sola famiglia, che la Repubblica Madre la gran nazione proteggerà i nostri voti, e se da quest' utile pensiero vi deviassero le vane lusinghe d' interesse, o la tema vile dei schiavi, volgete lo sguardo alle fertili pianure Cisalpine dove portate le Arti, e l' industria vostra, e donde traete il vostro sostentamento. Pensate che se da una parte avete de' sassi, dall' altra avete il pane.

Dal Quartier Generale de' Patrioti in Mendrisio 4. Ventoso Anno VI. Repubblicano.

I PATRIOTI ITALIANI.

Certo che l' opinione si voltò anche nel Mendrisiotto, quando riconosciuto Lugano libero da Basilea, ed in seguito dagli altri Cantoni, giudicossi dai cittadini ben pensanti essere più conveniente l' aggregarsi come *paese libero* alla nazione cui era rimasto unito Lugano. Mentre le autorità cisalpine tentavano con ogni mezzo di guadagnare quella bella plaga alla loro Repubblica. Ma qualora Lugano non si fosse di tal guisa comportato ?... se dopo il marzo 1798 la nuova Svizzera non avesse fatti i passi dovuti, il Mendrisiotto sarebbesi chiarito svizzero ?... *No.*

Chi dunque vorrà analizzare serenamente i fatti mendrisiensi del 1798, troverà che i Patrioti vi ebbero

mano facile, e che si deve alla diversa china per la quale si misero le autorità elvetiche se l' unione svizzera ebbe un felice compimento. [1])

Ancora ai 15 giugno 1798 (27 prairial, an. 6) l' ambasciatore cisalpino Visconti in Parigi, scrivendo al collega Cometti, in Basilea, nutriva speranza che Mendrisio rimanesse cisalpino. Aggiungeva:

« Malgrado tutti gli sforzi del partito svizzero per impedire l' unione di Mendrisio alla Cisalpina, non sono del tutto senza speranza che la nuova Repubblica possa ottenere non solo l' addizione di questo baliaggio, ma ancora della pieve di Riva S. Vitale. Tutto dipende dall' esito delle negoziazioni frà l' Austria e la Francia. A quell' epoca soltanto noi vedremo la Francia eseguire i progetti in gran parte ancora ignoti da lei formati sul futuro destino dell' Italia. » [2])

## XII.

Ed eccoci di bel nuovo a Lugano, in piena anarchia e confusione, accresciute per essere crollata al di là dell' Alpi la vecchia Confederazione svizzera, per l' entrata delle truppe francesi in Berna. Dai 5 marzo ai 12 aprile 1798 la Svizzera offriva lo spettacolo di un

---

[1]) I particolari per Mendrisio vedili anzichè in *Peri*, *Baroffio*; in *Strickler*, ecc. (pp. 616 e seg., 726 e seg., 1200 e seg.).

[2]) Ai 26 aprile gli aveva scritto: « Il governo quì mi assicura, che il baliaggio di Mendrisio sarà a noi riunito, ed io inoltre con una ragionata memoria ho chiesta la unione a noi della Pieve di Riva S. Vitale, situata fra il lago di Lugano e la Cisalpina. Voi ne conoscete abbastanza la posizione per essere convinto, che la natura stessa esige che questa pieve a noi sia unita. Spero che le mie istanze non saranno infruttuose. » (Documenti inediti in *Archivio di Stato*, Milano.)

*paese conquistato* sottoposto all' arbitrio dei Francesi, non della volontà propria. [1])

Dal loro quartiere generale i Patrioti continuavano ad intimidire Lugano: tal volta avviavano, con proclami del colore dei tempi, pratiche per venire ad un accordo. E qui occorre rilevarne uno di quegli scritti, perchè dal Peri, [2]) di bel nuovo datoci monco e nella parte puramente odiosa, errandone anche la data.

Agli 11 ventoso (e non 1°), o 29 febbrajo, indirizzavano i Patrioti il seguente proclama, che è l' ultimo dei conservatici. [3])

LIBERTÀ UNIONE EGUAGLIANZA

I Patrioti degli ex-baliaggi italiani
ai Rappresentanti del Sovrano Popolo di Lugano.

Cittadini Consiglieri!

Il generoso Popolo Svizzero rigenerandosi dopo una lunga serie di anni, e ritornando alla primiera sua democratica costituzione, rese a queste contrade che gemevano sotto il peso della schiavitù, l' uso della loro libertà, e di tutti i loro diritti. Alcuni de' vostri fratelli a questa voce volarono tosto a queste sponde per elettrizarvi, per giovarvi, per dividere con voi la felicità di questa nostra Patria comune, per aprirvi gli occhi sui veri vostri interessi, per smascherare la trama di quei perfidi, che o vorrebbero ritornarvi alle vostre catene, o fare in modo, che la libertà non fosse che un nome, ed un fantasma errante sul Ceresio. Le loro pure intenzioni furono dipinte a' vostri occhj coi colori del delitto, e della più nera perfidia. Voi credeste vedere dei ne-

---

[1]) *Hilty,* Helvetik. 187.

[2]) Non curando che il Pasqualigo già l' aveva riportato intiero (p. 407). — *Peri,* p. 60.

[3]) I brani segnati con asterisci sono gli unici riprodotti dal Peri!.. (p. 60).

mici nei vostri fratelli; e brillarono tosto le armi in quelle mani che non dovevano stendersi, che per abbracciarli. *Ritirandosi eglino dalla loro Patria hanno portata la libertà che voi avete ricusata alle popolazioni di Mendrisio, e di Balerna. La pieve di Riva parte del vostro territorio ne imitò l' esempio, e il sacro vessillo tricolore dal confine della Insubria sventola caro, e rispettato in tutta la destra sponda del Ceresio.* [1]) Ma come ponno eglino mai gustare, e dividere la pura gioia; e la felicità di queste virtuosi popolazioni, finchè Lugano quella patria che hanno pure comune con voi sempre cieca sui suoi veri vantaggi, e sempre ingannata sulle loro vere intenzioni ricusa di aprir loro le braccia, e porgere quel bacio fraterno che dee por fine allo spavento di tutte queste contrade, e deve essere la base della futura felicità di questa nazione. Sì, anche una volta i fratelli vostri chiedono di fraternizzare con voi: essi altro non hanno mai desiderato, e questo sarà l' ultimo de' loro desiderj. Non si vedano più con orrore dai Popoli che ci circondano i cittadini di una stessa Patria armati gli uni contro gli altri in danno della libertà!... *Eccovi il momento, in cui dovete decidere, se volete essere o i loro fratelli, o i loro nemici*; eccovi il momento, in cui dovete pronunziare sulla sorte di una nazione, che avendo in voi riposta la sua confidenza, ha diritto di aspettarsi da voi una decisione, che loro assicuri tranquillità, ed una felicità permanente. Questi momenti sono preziosi per noi, e per voi. Chi sà, che trascurandoli non ci sia tolto il bene di più trattarci da fratelli, e non subentrino altri a nostro comune danno, che profittando delle nostre dissenzioni rendono più tardo ed inutile ogni nostro

---

[1]) Ai 29 febbrajo — data di questa lettera. — Lugano non erasi ancora pronunciato per la Svizzera, se non chè nel senso di rimaner libero, e con propria autonomia. Ora ai *Patrioti* che di que' dì tenevano ancora il Mendrisiotto, era pur lecito, se non opportuno, di tentare Lugano.

pentimento. In attenzione di un deciso e pronto riscontro vi diciamo

Salute e fratellanza.

Dal quartier generale di Bissone li 11 ventoso, anno 6 repubblicano.

TOINVILLE. [1])
GIO. QUADRI, *presidente.*
REALI, *ajutante maggiore.*
ALBRIZZI, *segretario*

A questa lettera i Luganesi risposero coll' attacco del quartiere di Bissone e colla corsa sopra Mendrisio (4 marzo), con relativa ritirata in seguito al giungervi delle truppe francesi. Lo Strickler offre intorno a' quei fatti nuovi dettagli. [2])

In egual dì la taglia di £. 6000 alla famiglia del «Cittadino ex-Conte» Antonio Riva in Lugano. La si puniva per appartenere a' patrioti «coll' ordine ed approvazione dell' Ill.$^{mo}$ Signor Capitano Reggente» Traxler. Era libero il popolo luganese con tali *fogti*, ai 4 marzo?...

Non errarono pertanto gli scrittori di parte *patriota* (ad es. la *Difesa Reali*) proclamando che in Lugano comandava tuttavia l' avanzo dell' Elvetica Oligarchia sotto finte forme di apparente libertà. I Rappresentanti Elvetici, benchè piantato l' albero di libertà,

---

[1]) Chi fosse il *Toinville* (e non *Tionville*, come erroneamente copiò dalla *Difesa Reali*) il Peri ignora. Non sarebbe il *Merlin de Thionville* di cui si ha la biografia seguente, da noi non potuta consultare?...: *Reynaud, Jean.* Vie et correspondance de Merlin de Thionville, personnage très-distingué au temps de la Révolution Française. Paris, 1860. un gr. vol., in-8 gr.

[2]) Non sappiamo dove il Monti (*Storia di Como*, I, 196) copiasse la storiella che i patrioti, radunati in Bissone, avessero giurato di non radersi la barba finchè in Lugano non fosse eretto l' albero della libertà col beretto frigio.

continuarono, e con loro il *fogt* a dettare ordini al popolo, portando ancora «gli odiosi titoli distintivi del loro sognato sangue nobile ereditario.»

Ecco perchè ai patrioti, propagatori convinti ed ardenti delle massime repubblicane non poteva garbare l' albero col cappello di Tell, «segnale dell' Elvetica libertà non già, ma dell' Elvetica oligarchia, che dominar voleva sotto lo scudo della prossima inevitabile democrazia» (*Difesa,* 30).

Ed ecco perchè i patrioti insistevano per una unione alla Cisalpina, come espresso nel proclama sopra riportato. Era colpevole il loro agire?... si risponde sì oggi perchè godiamo d' una libertà non ancora fruita dal vicino popolo lombardo; ma chi, in allora, tra i patrioti, avrebbe potuto presentire la precarietà della Repubblica Italiana, e indovinare che si avrebbe dovuto subire in seguito il pesante giogo austriaco?. Se, per contro, gli avvenimenti avessero fatto sventolare a tutt' oggi il vessillo repubblicano sulle pianure lombarde, chi erano i colpevoli?... ancora traditori i patrioti nel volere legare le sorti del loro paese, anzichè alla Svizzera d' oltr' Alpi, non ancora democratizzata per rispetto alle loro bollenti idee, alla Lombardia, per comunanza di cielo, di lingua, di sangue, d' arte e di genio eguale?...

Riconosciamo il santo principio che il popolo ha il diritto di scegliersi la forma di governo che più gli conviene, ma più che una antiveggenza politica, un genio tutelare ha inspirato i Luganesi a star fermi per un' unione alla Svizzera. [1]) Così fu suggellata l' irre-

---

[1]) Nel maggio 1798 quando i Mendrisiotti, visto il consolidamento della libertà svizzera in Lugano, chiedevano di goderne, scrivevano alle autorità elvetiche, tra altre belle frasi, queste: Per

vocabile libertà nostra. Ma la storia non maledice ai patrioti: troppo sinistramente li ebbe finora a giudicare. Se il destino di Lugano avesse voluto altrimenti, avrebbonsi perseguitati coloro che quest' unione osteggiarono?

## XIII.

A finirla co' dissidî luganesi, Berthier manda a Lugano il generale Chevalier concedendo, anzi comandando di unirsi alla nuova Repubblica Elvetica. Il generale francese vi entrava ai 10 marzo colla scorta di 40 dragoni, dicendo di voler tutelare la sicurezza della popolazione dei baliaggi, specie dei cittadini di Lugano, e di portare l' assistenza della Francia per consolidare l' unione coll' Elvezia nuova, la decrepita confederazione essendo stata rovesciata dal generale Brune. Ai convegni colla reggenza provvisoria di Lugano volle il Chevalier assistesse anche il colonello urano Jauch, venuto col sussidio leventinese a guardia del borgo. [1])

Co' Rappresentanti Elvetici, tuttavia in Lugano, non trattò, lor dicendo nel chiesto abboccamento che per gli affari della sua missione conferirebbe col Consiglio del popolo e ch' era in loro balia di restare o di ritornarsene alle case loro. [2])

Nelle sue conferenze col Consiglio provvisorio, questi avrebbegli confessato aver il popolo a torto concepito sospetti intorno alla condotta dei cittadini Agnelli e Vanelli, promettendo di proteggerne le persone e proprietà. Per le quali cose (aggiunge il Peri 68) non

---

due secoli dividemmo la vostra sorte come sudditi; dovremmo separarcene ora, che ci porgete la mano di fratelli?... (*Strickler*, 1004.)

[1]) Proclama al popolo, 11 marzo 1798 in *Strickler*, 477.

[2]) *Gazzetta di Lugano* del 1798, citata dal Peri (68).

è da stupire se la *Gazzetta di Lugano* gongolasse della venuta del generale Chevalier, e stampasse che « il popolo libero » di Lugano era estremamente contento della di lui venuta « cui si può con ragione attribuire la quì rinata tranquillità — e l' insinuazione dei principj d' una felice democrazia. »[1])

Da Lugano, ai 12 marzo, il Chevalier indirizzava pure un proclama ai Locarnesi. Aver udito « che l' ordine pubblico è intorbidato nel vostro paese... perchè degli uomini che mancano di lumi e di buona fede seducono il popolo ». La Repubblica Francese « che non si occupa che della felicità dei popoli », li assisterà, ma « sua intenzione precisa è che voi siate liberi, ma che facciate parte integrante della Repubblica Elvetica ».[2])

Colla venuta a Lugano del generale Chevalier si compì la *democratizzazione* di quel libero borgo. Fin a que' giorni il Consiglio provvisorio vi aveva governato, ma sotto l' indirizzo dei vecchi sistemi e dei vecchi padroni.[3]) E per lo appunto da que' dì cominciano i

---

[1]) A proposito delle simpatie francesi per il tipografo Agnelli noteremo ancora quanto ricorda il conte *G. B. Giovio* nel suo rarissimo libro (p. 234): *La conversione politica o Lettere ai francesi* (Como, Noseda, 1799). Recatosi egli a Milano nel maggio 1766, in compagnia del celebre Alessandro Volta, per ossequiarvi in nome della città di Como l'*Annibale Italico* ovvero Buonaparte, che udì chiedersi da costui?... Gli parlò « *del Gazzettier Luganese* » e se « il fiume sboccante dal nostro Lario formasse la laguna di Mantova ».

[2]) L' intiero proclama in *Strickler,* 478. Un brano già in *Cantù,* Storia di Como. — Manca in *Peri*, come al solito.

[3]) La *Difesa Reali* (p. 50) riconosce che « la libertà luganese non cominciò che dopo la venuta del generale Chevalier »; quindi (secondo lei) non colpevoli tutti i fatti accaduti per opera dei patrioti, perchè quelle imprese anteriori alla detta epoca o quand' anche fossero posteriori precedevano « sempre di gran lunga »

proclami del Consiglio provvisorio a dettarsi sulla *falsariga* francese, colle grandi frasi di eguaglianza e di fratellanza. I Rappresentanti Elvetici, capito che la loro presenza era oramai inutile in Lugano [1]) se la cavarono (*Peri,* 72) e n' era ben ora. Più duro il *fogt* Traxler che non li seguì che ai 19 di marzo.

Anche per i *patrioti,* colla venuta del generale Chevalier, principia la vera libertà luganese; cessano dalle scorrerie, rientrano in parte nel territorio elvetico, e più tardi, vi occupano cariche alte ed impieghi distinti. *G. B. Quadri* ancora nel 1798 corre alla ringhiera del Senato in Aarau, e colla potente sua eloquenza giovanile muove gli animi al perdono o verso i patrioti.

Al proclama del Chevalier ne seguivano due, del 14 marzo, del Governo provvisorio, il di cui tenore per la prima volta ci venne esibito dallo Strickler. Frasi calde di amor patria, d' incorruttibilità dei magistrati, di unione fra i cittadini, di concordia e vita repubblicana nelle famiglie. Esortazioni giacobine al popolo di Lugano al vivere da forte cittadino.

Cittadini, vi è detto (*Strickler,* 479), la libertà è pure finalmente venuta ad abitare queste contrade, e quando in altri paesi fu duopo spargere fiumi di sangue per stabilirla, noi l' abbiamo ricevuta fregiata d' olivo sul carro di pace. ...... Cittadini, noi siamo liberi ed eguali, ciò è a dire noi siamo una famiglia di fratelli, la quale riunendo tutti gli interessi particolari nel centro sacro dell' interesse pubblico, promette sul-

---

l' unione del Cantone alla Repubblica Elvetica ed alla accettasiond della costituzione.

[1]) E che tale posizione fosse per loro oramai indecorosa, esprimeva il colonello Jauch con lettera 12 marzo al *fogt* di Bellinzona (*Peri,* 69).

l' altare della patria di mantenere tutte le virtù repubblicane...... Riscaldati i nostri petti dal sacro amore di patria, una lodevole emulazione impegnerà i cittadini tutti a sorpassarsi nelle private virtù e nella pubblica utilità, ed abolite in fine per sempre le distinzioni di nascita o di privilegio, il solo merito sarà onorato. Popolo luganese...... fa dunque imparare ai tuoi figli; impara tu stesso il sacro codice dei diritti e dei doveri dell' uomo. Porta il nome di cittadino con un lodevole orgoglio; la tua bocca libera non s' imbratti mai di quelle qualità feudali, di quelli onori disonorevoli che ti avvilivano altre volte, e la qualità di cittadino svizzero sia per te il più bello di tutti i titoli. Sii giusto, umano, frugale; sii virtuoso, ama la tua patria, e tu sarai repubblicano, e nella eguaglianza troverai la tua gloria e la tua felicità.[1])

Seguì l' abolizione, per decreto officiale, dei titoli nobiliari e l' abbattimento dei relativi stemmi, essendochè « la libertà e l' eguaglianza pongono ad uno stesso livello de' diritti dell' uomo il nobile ed il plebeo... » e la « Democrazia non conosce altro distintivo che quello del merito e dei talenti ». Caddero dunque dai palazzi Riva « le odiate insegne del fasto aristocratico. »[2])

---

[1]) Il *Pater svizzero* del 1798 è riferito dallo Strickler (p. 197). — Un *Credo patriotico* per la Lombardia cominciava: « Credo nella repubblica francese e nel generale Bonaparte suo figliolo ecc. » (*De Castro,* Milano e la Cisalpina, p. 130).

[2]) Il decreto riferito dal *Peri* (72) e dal *Baroffio* sta anche del *Bollettino delle leggi* del Cantone Ticino, volume primo, fonte che lo *Strickler* avrebbe dovuto consultare. Non ponendo così in dubbio l' autenticità del surriferito atto (p. 485).

È però vero ancora oggidì quanto il Peri stampava nel 1864. « In nessun luogo, nella Svizzera italiana, perdurò come in Lugano la mania del pretendere e dell' attribuire titoli nobiliari. » —

Quel decreto che pretendeva bandire ogni avanzo di aristocrazia, fu l' ultimo di quel Governo provvisorio, chè ai 30 marzo si procedeva alla elezione di un nuovo e più numeroso (*Peri*, 73). Poi vennero la diffusione della Costituzione elvetica dell' Ochs, il voto unanime di Lugano e campagna di unione alla Svizzera,[1]) la nomina sulla fine di maggio del prefetto del cantone di Lugano nella persona del *Buonvicini*, e finalmente, venuti a capo di tenere le assemblee, l' accettazione della Costituzione elvetica, la quale (al dire del Peri) quantunque fosse conosciuta da pochi cittadini, pur venne accettata senza difficoltà.

Dal primo maggio 1798 data la denominazione di un *Canton del Ticino;* ci venne dal di fuori (aggiunge il Peri) e fu accolta tra noi dagli uni con profonda apatia e dagli altri che pur erano dei meglio, con manifesta ripugnanza. Non è da meravigliarsi: la nuova costituzione stabiliva Bellinzona a capoluogo del nuovo cantone e Lugano a fare *omnia possa* per non permetterlo.[2]) In seguito vennero, come è noto, i due cantoni di *Bellinzona* e di *Lugano*.

Gli atti susseguenti più non ci concernono, non potendo entrare nella cornice del nostro lavoro. Il movimento politico del 1798 fu come già il Peri avver-

---

Anche noi udimmo in Lugano fioccare i titoli di *don* e di *conti*, — e li vediamo (vera vergogna) stampati nel Foglio officiale 1886 del Cantone Ticino!...

[1]) Vedi, oltre i molti nuovi documenti esibiti dallo Strickler il *Peri*, 78 e seg. Leggere in ispecie la lettera dei Consigli legislativi radunati in Aarau del 9 aprile 1798 (*Peri*, 79 — *Strickler*, 616) e quella del Direttorio esecutivo del 26 maggio (*Peri*, 84).

[2]) V. in proposito il *Peri*, 82, 85, 273, 275 — *Baroffio*, 114, 116 — *Strickler*, 1201. — Di questa prima rovinosa gara per la capitale stabile, e d' altre successive, ci occuperemo ancora nel *Boll. storico della Svizzera italiana*.

tiva, una meteora che troppo presto si dileguò. Il popolo, simile ad un bimbo cascato fuori dalla culla, non capace a reggersi, della libertà fece tosto abuso. La Costituzione elvetica che aveva votata ma non compresa, non rispettò ; e la libertà per le controrivoluzioni del 1799 ebbe dolorosamente a patirne, ed il paese a portarne l' onta. Proprio il caso di ripetere col Foscolo

Itale genti, se virtù suo scudo
Su voi non stende, libertà vi nuoce. [1])

Giunti a questo punto, possiamo dirci al termine del nostro assunto. Ecco il *Cantone Ticino* formato, e accomunato ne' suoi diritti ai Cantone d' oltr' Alpi, che lo avevano tenuto per tre secoli schiavo.[2]) Ma, si domanda il Peri (p. 103), che cosa facemmo noi per quella redentrice emancipazione ?... e risponde *quasi nulla.* Che cosa per rimanere svizzeri nella buona e nella cattiva fortuna ? I *Luganesi tutto.* E questo merito hanno riconosciuto il Cetti, il Torricelli, il Cantù ed altri scrittori delle cose nostre. Ma dovevano però anche accentuare quali i fattori che concorsero al trionfo di libertà in Lugano ; e dessi furono – e noi crediamo di averlo provato all' evidenza — l' attacco del 14—15 febbrajo per parte de' patrioti,[3]) l' emancipatore

[1]) *Foscolo,* Napoleone liberatore.

[2]) Filippo Ugoni, fermatosi a Lugano nel 1821, scriveva al fratello Camillo di avere trovato quel paese « di natura bellissimo, ma dalla schiavitù d'un tempo abbrutito e non peranco dal libero governo ingentilito » (*Cantù,* Il Conciliatore, ecc., pp. 226—227).

[3]) Nella fazione dei Regi contro i Repubblicani, che seguì presso Domodossola in fin d' aprile, del 1798, fatto glorioso ricordato dal Botta, figuravano anche dei Luganesi. Tra i 64 fucilati in Domodossola e appartenenti alla armata *patriotica piemontese* erano *Morazzoni Massimiliano,* e *Alesina Bernardo,* di Lugano. Recentemente si designò in onore di quel fatto in Domo una via col nome *del Novantotto.* (Cfr. *Dionisotti,* Carlo Botta a Corfù. Torino. 1875, p. 163. riprodotto in *Bollettino storico,* 1886, p. 42.)

decreto venuto da Basilea a rimorchiare i lenti cantoni nell' opera di rigenerazione e l' invasione francese in Isvizzera che spinse il Chevalier a Lugano ad imporvi definitivamente la lega colla Elvezia. I cantoni svizzeri, specie i democratici, [1]) non possono però pretendere ad averci stesa la mano progressista: il fecero quando gli avvenimenti già erano a tal punto che non si poteva tornare più indietro. La Svizzera pertanto deve alla sua volta gratitudine al Ticino per la sua condotta nel 1798.

S' è altresì affermato che un altro fattore della indipendenza luganese fosse stata la religione. Chè le innovazioni religiose de' Francesi in Lombardia generassero nel Luganese avversione a staccarsi dai vecchi padroni è più che vero. Come vero è che diversi ecclesiastici del Luganese e del Mendrisiotto parteggiassero e militassero per la Cisalpina. [2]) Ma per nulla concorse il clero nel febbrajo 1798 a far proclamare la libertà in Lugano: esercitò invece, dopo, un' influenza seria nel fare decidere, a salvaguardia della fede dei padri, l' unione dei baliaggi alla Svizzera. [3]) Ma ove questi non fos-

---

[1]) I III cantoni furono gli ultimi a sancire libero il Ticino. Dei 4 aprile 1798 l' affrancazione di Bellinzona, Blenio e Riviera. (*Eidg. Abschiede,* VIII, 614.)

[2]) Oltre a quelli citati già da noi, confrontare altri nomi in *Baroffio,* p. 82—83 vol. I e notizie per l' abate *Papis* nella *Difesa Reali.* Un sacerdote della famiglia Garovi, di Bissone, chiamava *nemici della patria* i Luganesi corsi a snidare il 4 marzo 1798 da quel vlilaggio i patrioti (*Peri,* 62). Il curato *Pozzi* di Airolo nel 1799 è forse l' unico che si ricorda tra i preti del Sopracenere come ligio ai Francesi (*Peri,* 132). È sua una descrizione della Leventina, in francese, sullo stato lagrimevole in cui giaceva nel 1799, e che notiamo nella *Bibliografia* in calce a questo nostro lavoro.

[3]) Lo affermava, in sua lettera 14 ottobre 1798 al Direttorio elvetico, il prefetto Buonvicini, scrivendo del giuramento politico

sero insorti nel 15 febbrajo il clero si sarebbe forse mosso?.. Mentre poi contribuiva, e di maniera troppo vituperosa, alla distruzione delle costituzioni elvetiche, negli orribili giorni dell' aprile 1799.

Ma prima di chiudere questa nostra anche lunga, non completa monografia, occorre di ritornare su due punti importanti. Sulla unione degli altri baliaggi italiani, oltre quello di Lugano, alla Svizzera, e sulla sorte toccata in seguito alla creazione dei cantoni italiani, ai patrioti. Saranno poche notizie a complemento non inutile di questi documenti.

I Luganesi fecero tutto, ha scritto il Peri, e noi l' abbiamo concesso. [1]) Alle altre popolazioni mancò quasi affatto l' occasione, aggiunge egli, di dimostrare qual pregio mettessero nell' affratellarsi alla Svizzera. E qui va troppo innanzi. Bisogna portarsi a que' tempi. Se in oggi il Monte Cenere è tuttavia una barriera pel Sotto ed il Sopra, come non lo doveva essere 100 anni fà? Ogni baliaggio vivacchiava a sè. Bellinzona aveva diverso governo da Locarno, la Leventina da ambedue; ora come chiedere a quelle diverse popolazioni, tra di loro diremo quasi straniere, un' azione concorde in favore di li-

---

da molte comuni di Lugan. e V. Maggia prestato, con riserva della religione. Conoscendo, in proposito, « trop bien l'ignorance de ces pauvres montagnards », assicurava « que les promesses réitérées du libre exercice de la religion de nos Pères a été le motif le plus fort, pour ne pas dire l'unique, de mépriser toutes les belles promesses des Emissaires Cisalpineurs, et de préférer leur union au Corps Helvétique aux avantages qui pouvaient effectivement résulter s'unissant à la République Cisalpine ». — Dunque ben dopo il 15 febbrajo, e quando già era caduta la vecchia Confederazione.

[1]) E lo riconosceva il Direttorio esecutivo elvetico, con lettera di ringraziamento ai Luganesi, in data 26 maggio 1798, riprodotta in *Peri, Pasqualigo, Strickler*, ecc.

bertà? Mendrisio e Riva S. Vitale non fecero forse causa propria, separati da Lugano?... Ancora dopo la compiuta rigenerazione il prefetto Buonvicivi, ai 30 giugno 1798, (*Peri,* 93) scriveva che « udendo quà e colà indagato quali opinioni prevalessero nel popolo, *si era dovuto convincere* essere le medesime assai discrepanti, *eccetto soltanto in questo che ciascun baliaggio o distretto desiderasse far da sè.*

Ed il *campanilismo* ha sempre diretto dal 1800 a' nostri giorni la politica ticinese, talvolta, anzi quasi sempre, per fomento di arpie avvocatesche, con danno della nobile lotta per i veri principj. Ed il partito liberale, se trionfare desidera, ancora molte cose ha da dimenticare, molte altre da imparare; abbandonare le chiacchiere, perdere molte illusioni, atterrare molti idoli, e spazzare via molte viete credenze e molti falsi rispetti.

Allora soltanto vincerà. — Ma torniamo a bomba.

Finora si dipinse Bellinzona come irresoluta tardiva nell' accogliere le voci di libertà, e le si fece carico della *bilancia* appesa all' albero della libertà. Al postutto chi affermò per primo questo ultimo particolare, ricopiato da tutti gli altri scrittori in modo pecorile?... Fu il *Cetti,* un Luganese, nella sua versione italiana dello Zschokke (184); nè basta la di lui eccepibile affermazione a farcelo credere. [1]) Chi poi vorrà prendere alla mano il grosso volume degli atti dell' *Elvetica,* editi dallo Strickler, vi troverà che dei tentativi ad avere un governo provvisorio in Bellinzona si fecero tosto dopo i moti del

---

[1]) La *Gazzetta di Lugano* poi, del 1798, nº 16 (citata dal *Peri,* p. 76) pur ricordando la piantagione dell' albero di libertà, non accenna alle bilancie.

15 febbrajo in Lugano (p. 474).[1]) Poi cozzatosi quei dal borgo co' Rappresentanti dei III Cantoni, per alcuni articoli che questi volevano introdotti nell' istrumento dichiarante l' indipendenza, si tirò avanti sino al 4 aprile 1798.[2]) Ai 9 si sarebbero piantati in Bellinzona gli alberi di libertà.

E a Locarno?... il primo documento fornitoci dallo *Strickler* (p. 469) non è confortante. Ai 17 febbrajo il *landfogt* Straumeyer riferiva che il Consiglio di Comunità, riunito per intendere le «istruzioni paterne» dei Cantoni Sovrani, aveva gradito molto tale «protezione», assicurando che la campagna avrebbe fedelmente obbedito. In pari tempo avere quei Consiglieri attestato il loro malcontento per gli avvenimenti di Lugano! V'era così poca relazione tra il baliaggio di Locarno e quello luganese, che la Comunità locarnese scriveva ai 22 febbraio a quella di Lugano, ringraziandola delle forniteie notizie ed assicurandola «che qualunque sia per essere il nostro destino, avremo sempre sommo contento di conservare seco lei una buona corrispondenza, ed amicizia.» In egual dì Locarno ringraziava Basilea

---

[1]) Fin dai 25 febbrajo l' *Inderbitz, fogt* di Bellinzona (*Strickler*, 474), scriveva a Zurigo o ad Uri piuttosto, che a Bellinzona, così come a Lugano, si era tentato di procedere all' istituzione d' un governo provvisorio, *ora sciolto;* l' arrivo di truppe *scansare di peggio.*

Men che vero — come vuole il *Peri* (71) — che standosene quieti i Bellinzonesi, il colonello Jauch suggerisse al loro podestà di agevolare egli stesso l' insediamento di un governo provvisorio Figurarsi un colonello urano, amico di libertà al di quà del Gottardo!... La prova addotta dal Peri sta in una lettera del 17 marzo, ma dessa era dettata sotto l' impressione della venuta del generale Chevalier a Lugano. E prima del Jauch, ai 14 marzo, aveva scritto in termini identici l' Inderbitz a Svitto (*Strickler*, 480).

[2]) V. specialmente *Strickler*, 482—483. — *Boll. storico,* 1879 p. 143 e seg.

per l' ottenuta affrancazione. Ma da quel documento inedito, che si mette sott' occhio per intiero, traluce forse un desiderio di libertà?... Risponda chi lo legge.

*Cittadini Presidente, e Assessori al Comitato di Reggenza dello stato libero di Basilea.*

La vostra preziosa lettera del 13 febbrajo ci pervenne, e ci riempì di tenera sorpresa. Voi, che fin ora condominaste questa locarnese Provincia la lasciate in addesso libera, la constituite indipendente: — di ciò non contenti ci esebite il vostro amor fraterno, la vostra fervida amicizia, e di più ci bramate in uno stato, in cui possiate con ampiezza di cuore confermarci li sinceri vostri sentimenti, che per noi nudrite.

Non dovrà tutto questo muovere nel cuore d' ognuno una sensazione senza pari, e massime in noi, che vi fummo costantemente, e ad ogni prova attaccati e fedeli?

Sì, Cittadini Reggenti, siamo penetrati della più alta e doverosa riconoscenza e quindi porgiamo a Voi e al vostro Lod. Cantone non solo i nostri più fervidi ringraziamenti, ma vi preghiamo altresì di aggradire la sincera accertazione, che conserveremo una indelebile, affettuosa, e tenera memoria dell' incomparabile dono, che ci offrite, e della sovragrande degnazione con cui ce lo presentate, e sempre ci augureremo avventurose occasioni di contestarvi il nostro attaccamento, la gratitudine nostra.

Questi sono i nostri rispettosi sentimenti, e non dubitiamo, che il Popolo locarnese, a cui faremo nota la vostra communicataci determinazione, nutrirà gli eguali.

Intanto vi preghiamo a crederci, quali ci preggiamo di soscriverci.

Locarno, li 22 febbrajo 1798.

Vostri dev.mi, oss.mi, aff.mi servidori,
li Consiglieri della Communità di Locarno.[1])

---

[1]) Cancelliere di Locarno, e scrittore pertanto della soprascritta, era *Giuseppe Rusca,* padre di Gian Antonio Rusca, che

Locarno poi innalzava sulla sua piazza l' albero della libertà, prima dell' 8 marzo 1798, del quale giorno è importante la lettera stampata nel *Bolletino storico* del 1879, a pag. 171. La lettera che non si sà da chi scritta e a chi diretta, utilissima per quanto concerne l' affrancazione di Zurigo, prova una volta di più che i Cantoni Sovrani cedettero quando proprio ogni speranza era perduta per il loro dominio al di quà dell' Alpi. Eccola:

LIBERTA. EGUAGLIANZA.

Noi siamo popolo libero ed indipendente. Martedì abbiamo piantato l' albero della libertà; jeri fu letto il proclama a tutto il popolo, che convocato fu nella nostra piazza. Indi abbiamo sino a domenica lasciato provisoriamente il governo antico. Il proclama di libertà lo abbiamo avuto dai novi rappresentanti che si sono recati in Lugano, ma col mezzo seguente: nella scorsa settimana ci pervenne una lettera di *Zurigo in nome delli altri Cantoni, la quale per un aspetto ci dichiarava liberi, per l' altro sembrava che di nuovo la libertà quasi negasse. Noi stanchi di sopportare più a lungo tali dilunghi, Lunedì scorso verso l' ore sedici ritrovandosi alcuni veri Patriotti nella piazza, abbiamo cominciato a levare dalla faccia quel rispetto vile di suddito, ed abbiamo gridato, che tempo era di godere una aria libera,* e sul momento abbiamo deputato li Cittadini Tenente Bustelli, D.re Emiglio Orelli, Tomaso Bacilieri, e Curato Pancaldi, quali si dovessero portare in Lugano, significando a quelli rappresentanti, che il popolo di Locarno si dichiarava libero ed indipendente. Questi hanno accompagnato tale volontà, con un loro proclama, quale fu pubblicato come sopra.

---

occupò un posto importante nella storia del 1839 (Documento nel volume ms. *Congresso della Comunità di Lugano,* 1797 —.... in *Archivio cantonale,* Bellinzona).

Domenica ventura di nuovo si radunano i deputati del popolo, ma si teme di grave disordine, e forse con effusione di sangue, perchè il nostro paesano, è ignorante, e superbo, avendo fissato nella loro idea, che il Borgo vole opprimere i forensi, [1]) e questo dipende dai partiti, [2]) che lei sa... ed io, e quelli, che pensano sanamente. Veddiamo l' impossibilità di potersi da noi soli giovare; e la maggior parte spera ajuto da chi ci sustenta col grano. [3]) Qui abbiamo il figlio maggiore del avvocato Pancaldi, [4]) quale fu messo a rischio d' esser massacrato jeri nella convocazione del popolo dai nostri paesani; fu costretto deporre la sciabola, levare la cocarda Cisalpina, e volevano perfino che si levasse la divisa, cosa che da noi Locarnesi, però in parte, fu malamente ascoltata; ed abbiamo dovuto a forza levarlo dalle mani del popolo, e farlo ritirare in una casa. Forse lei ne sarà al fatto perchè questo sia avvenuto in Locarno...

Attendo ogni ordinario sue nuove. Si dice in oggi arrivati li Francesi in Mendrisio.

Salute e Fratellanza.

Locarno li 8 marzo 1798.

---

[1]) È dei 28 febbrajo 1798 una petizione delle 16 Comuni forensi ai XII Cantoni, chiedente la separazione dal borgo di Locarno, che le tiranneggiava, occupando tutte le cariche, ecc., ecc. La petizione, in tedesco, è firmata dall' asconese *Andrea Caglioni,* personaggio emerso in seguito sulla scena politica ticinese. (*Strickler,* 476.)

[2]) Causa questi partiti venne il proclama 12 marzo del generale Chevalier, ai Locarnesi, già menzionato.

[3]) O dalla *Cisalpina.*

[4]) S' intenda il figlio del Pancaldi, poi ministro degli Interni sotto la Cisalpina a Milano. Il ministro Pancaldi, sebbene bistrattato spesso della pubblica stampa « fu uno dei migliori fra i nostri che figurarono sulla scena politica di quell' epoca » (*Cusani,* Storia di Milano, VI, p. 9). Lo lodano il *Coraccini* (Storia dell' amministrazione italiana, ecc., 1823, p. CXIII), l' *Oldelli* (Dizionario, ecc.). il *Lutz* (Nekrolog denkwürdiger Schweizer, 1812, p. 388), il *Melzi*

Non si può pertanto affermare che Locarno sia rimasta indifferente ai moti luganesi. [1])

Dalla Vallemaggia il primo avviso ci viene ai 21 marzo. Il governo provvisorio della Valle annunciava a Zurigo (*Strickler,* 481), che si erano piantati gli alberi della libertà col cappello di Tell. Il segretario del governo Gaspare Angelo *Pedrazzini* era incaricato di ringraziare « il lod. Corpo Elvetico » e di attestargli la sua devozione. Ma poi anche nella Vallemaggia s' andò per le lunghe coll' accettazione della costituzione elvetica. [2]) Noi, tutt' altro che teneri di religione, dobbiamo rimarcare che la Vallemaggia ed il Locarnese furono i più insistenti nel punto di volere salvaguardata la loro credenza religiosa. A tal uopo leggasi la lettera dei deputati di que' distretti, datata da Aarau ai 22 giugno nell' opera del Peri (p. 95 e seg.). Si chiedeva altresì da loro che tutte le leggi elvetiche venissero stampate anche in italiano a spese dell' intiera nazione; che la nomina del prefetto fosse di diritto popolare; che fosse facoltativo ai comizi di mandare al Senato ed al Consiglio legislativo persone non cognite del te-

---

(Corrispondenza del duca F. Melzi, ecc., I, 463, 470, 513, 536—540; II, 633—651). Morì nel 1804 lasciando due figli *Giuseppe* e *Camillo.* Giuseppe, il maggiore, ragioniere, nel 1801 troviamo delegato a Casorate per assistere ai comizj parocchiali, poi segretario presso l' amministrazione dipartimentale d' Olona. Nel maggio 1798 si maritava con Maddalena Cogliati † nel 1833 (Doc. nell' Archivio civico di Milano).

[1]) Vi fu poi lunga esitanza per l' accettazione della Costituzione elvetica, la qual cosa però avvenne più o meno, in tutti i baliaggi. Curioso vedere il governo provvisorio che ha a suo presidente l' antico *landfogt* urano Straumeyer! (19 marzo 1798, lettera di ringraziamento della *libera provincia locarnese* ai XII Cantoni per l' emancipazione, in *Strickler,* 480. — Andrea Caglioni, il segretario.)

[2]) V. *Peri,* 95—97. — *Strickler,* 618 (anche per il Locarnese).

desco e francese. [1]) Ma di ciò non possiamo oltre occuparci.

La Leventina fu quella che, a giudicare col prisma dell' oggi, si sarebbe comportata peggio. Al 6 aprile e più tardi al 2 giugno i Leventinesi, specie quei della valle superiore, avevano fatte istanze per essere uniti ad Uri! Dimenticavano così presto il 2 giugno 1755?.. Con risoluzione del 14 marzo il Parlamento urano dichiarava emancipata la Leventina, ma rincrescendogli di perderla per sempre, accampava riserva, e cercava, come prova il d^r Cattaneo, di aversi la valle, se non suddita almeno aggregata ed unita. [2]) Ma la Costituzione elvetica la riunì al Cantone di Bellinzona, nè le sue sorti, a malgrado dei nuovi pericolosissimi tentativi del 1814 [3]) si divisero da quella del resto del Ticino. Dando nel secolo nostro il più leale e più eminente statista nella persona di *Stefano Franscini* pagava l' obolo suo alla Svizzera in degno modo. Oggi i suoi nepoti degenerarono.

## XIV.

Quale la fine del partito cisalpino nel Luganese?..

I suoi partitanti viste le cose del paese consolidate rimpatriarono, potendo in loro più l' affetto alla terra natìa che la paura del risentimento popolare ch' era rinfocolato per rivalità, aggiunge il Peri (p.

---

[1]) L' argomento delle lingue, come necessità per i deputati del Ticino ai Consigli elvetici, fu sfruttato anche dai patrioti nelle loro *Riflessioni critiche* di cui poco più avanti si parla.

[2]) *I Leponti*, vol. secondo, p. 28 e 29. — *Peri*, 89 e 92. — La Leventina fornì un campione ai *patrioti* luganesi nella persona di *Agostino Dazzoni*, di Chironico, indi Faidese, allora studente in teologia a Milano (*Cattaneo*, ivi p. 6).

[3]) Molti dettagli in proposito nella citata opera del d^r Cattaneo.

Il giudizio suo sui patrioti — del 11 novembre 1798 — era quello del popolo. Colle vedute d' allora giustificato, colla critica d' oggi vulnerabile. Eccolo tal quale, tolto dalle nostre carte.

*Au Citoyen Meyer, Ministre de la Justice et de la Police.*

Lugano, 11 novembre 1798.

Citoyen Ministre!

.... Je vois aussi avec peine l' impossibilité de faire revenir. le peuple de sa haine implacable contre ses ennemis, mais tout homme qui voudra un seul moment examiner la chose dans son vrai point de vue, il sera forcé d'avouer, que le ressentiment populaire n'est que trop raisonnable. Tout se réduit à un seul principe qui n'admet point de répliques, où de tergiversation. Si les excès commis par les insurgés eussent été occasionnés par une résistance opposée de la part du peuple ou de son gré, ou mené par les agens de l'an-

---

cumenti favoritici già anni sono dall' egregio signor Federico Raposi. Vi saranno in parte rettifiche lodevoli a di lui riabilitazione.

Vedi intanto *Peri*, 93—94, 105, 126, 132, 182, 230, 248 e 251, *Baroffio,* 242 ed altro. — Il *Compendio storico* del 1799 è tutta una requisitoria contro il Buonvicini ed il Rossi. A pag. 16 esso afferma di avere le prove in mano che *Buonvicini* e i suoi colleghi « pel solo riflesso del privato interesse calcolato sulla maggiore probabilità di ottenere i lucrosi impieghi » avevano determinato il loro voto per una piuttosto che per l' altra delle Repubbliche (cisalpina ed elvetica). Aver loro già fatte precedere brighe presso il governo di Milano, quando il dubbio sussisteva ancora che per ordine superiore i baliaggi italiani potessero essere aggregati alla Cisalpina, e ciò per ottenere le prime cariche. Decisa l' unione alla Svizzera si rivolsero al Direttorio, e avrebbero denigrato i Patrioti a bella posta. Le pezze giustificative delle offerte da loro (Buonvicini e compagni) fatte al Governo cisalpino di disporre il popolo per l' unione a questa Repubblica si ripromettevano gli autori del *Compendio* di stampare, esistendo intanto nel *Fascicolo segreto*, una collezione di documenti *ad hoc* (v. p. 62).

cien régime, au lieu d'être criminels, ils devraient être au contraire regardés et applaudis comme des exploits dignes de l'immortalité. Mais qu'une bande de forcenés ait continué à jurer une guerre à mort à sa patrie, après qu'elle s'était déjà déclarée libre ; et qu'il ait abattu partout, où il a pu, l'emblème chéri de la liberté helvétique, c'est ce qui ternira à jamais leurs noms d'une infamie révoltante et impardonnable, et le peuple bien loin d'attribuer l'heureuse acquisition de sa liberté à leurs attentats, il se rappellera toujours qu'il n'en a été que la victime, quelque tournure qu'on puisse donner au développement de cette question. L'évidence de la chose exclue toute interprétation.

Je vous l'ai dit, et je le répète : mon contentement n'aurait point de limites, Citoyen Ministre, si je pouvais être assez heureux de faire partager à mes concitoyens les sentiments pacifiques que je nourris dans mon cœur ; mais mon influence sur ce point est réduite à la nullité. C'est au Directoire exécutif à se pénétrer de la nécessité de ne point mépriser les plaintes amères d'un peuple justement irrité, et qui a fait des sacrifices immenses pour être Suisse, et en même tems de ne point déployer une clémence trop généreuse envers un petit nombre d'individus, qui prennent toutes les formes pour affecter innocence, et pour revenir dans leur foyers en dépit de tout le monde qui les abhorre, ce qui ne manquerait pas de compromettre le bon ordre, qui règne actuellement chez nous. *(omissis.)*

Salut et respect.

Ed eccoci alla chiusa oramai del nostro lavoro. La verità però c' impone di chiarire l' ultima opposizione mossa dal partito patriottico alla Costituzione elvetica ; e occorre tornare per mesi addietro, consultando il rarissimo opuscolo, fattoci conoscere dallo Strickler : « Proclama del Governo provvisorio al popolo libero

luganese. Con le riflessioni critiche d' un buon patriota.[1])»
L' opuscolo che contiene il proclama dei Governo provvisorio luganese, dei 29 marzo 1798, per l' elezione dei rappresentanti del popolo, e le note critiche al medesimo, in data del 10 aprile, si chiude col proclama di una *società di uomini liberi* al Governo provvisorio. Non è difficile supporre che questo fosse fattura degli espatriati Patrioti. O avremmo a che fare con una *brochure* ufficiosa dell' autorità cisalpina?...

L' anonimo autore vi combatte la proclamata unione di Lugano e baliaggi coll' Elvezia, e rimarchevoli, al dire dello Strickler anche, sono i motivi addotti per una tale contrarietà. E per vero tra gli argomenti addotti ve ne sarebbero taluni da suggerire a chi professa l' ultra-federalismo. Per esempio quanto a pag. 8—9 [2]):

« Il baliaggio di Lugano con qualche altro annesso sarà dunque un dipartimento (della Confederazione Elvetica) ; per conseguenza avrà il diritto di eleggere i suoi rappresentanti al Corpo legislativo. Ora, domando io, a che mai si ridurrà questo diritto di elezione di rappresentanti d' un dipartimento italiano per una repubblica tedesca? Dovranno per necessità cader le nomine in quei pochissimi individui buoni o tristi, aristocratici o democratici, illuminati o ignoranti, che sappiano quella lingua a noi straniera: e tant' altri cittadini di maggior talento, probità e patriottismo ne saranno esclusi. Se a stento troveremo soggetti di qualche abilità per la prima elezione, dove ne troveremo poi degli altri da sostituirvi, dovendosi cangiare ogni anno un terzo dei membri del Corpo legislativo?... Ecco dunque ridotto per così dire

---

[1]) *Strickler,* p. 485, che ne dà degli stralci. — Il *Pasqualigo* citava quell' opuscolo, ma senza servirsene, onde crediamo non l' avesse sott' occhio (*Aggiunte,* p. 151).

[2]) Tolti dallo *Strickler.*

al nulla il prezioso diritto di tale elezione; ecco trascurati per necessità i veri meriti; ecco vincolata la libertà dei voti del popolo, e lesa l' eguaglianza in un punto dei più essenziali ... »

E a pag. 10:

« Interveranno è vero alle deliberazioni dei due Consigli anche i nostri rappresentanti. Ma in concorrenza d' interessi degli Svizzeri e degl' Italiani, qual influenza potran mai avere i pochi voti de' nostri contro la decisa preponderanza degli Svizzeri? Tutti i decreti saran dunque calcolati sui vantaggi di quel paese, e noi saremo sempre i sagrificati. » [1])

Ma la Svizzera era fatta ed il Ticino pure. Riuscimmo noi ad esporre il come per davvero esso le rimanesse unito?.. Non ci erigemmo a difensori dei Patrioti, ma ci fu giuocoforza riconoscere l' importanza dei loro atti, e di taluni giustificare il fine: tutti lo sanno che vi hanno fatti in politica, i quali nella esaltazione del momento paiono doverosi, eroici quasi: il tempo e le cose poi li vagliano, lo storico li giudica spassionatamente ed il popolo li dimentica. Ecco perch' egli non impara sapienza che dai ripetuti disinganni.

---

[1]) Questo opuscolo si basa sulle *Riflessioni critiche* del cittadino Galdi al Progetto di Costituzione Elvetica. *Milano,* Raffaele Netti, *1798,* pp. 47 in 16°. (Esemplare presso il Comm. Villa-Pernice in Milano). — Il di lui esame aggiunge forza alla credenza che anche il primo opuscolo abbia trovata la redazione negli *officiosi* della Cisalpina, piuttosto che nei Patriotti luganesi.

**Bibliografia.**

*Sacco, avvocato.* Relazione distinta fatta dal cittadino avvocato Sacco al Circolo costituzionale delle gesta de' Patrioti acquartierati alle sponde del Ceresio ecc., ecc., *8°*. *Milano,* Pirotta e Maspero *(1798).*

*Difesa del cittadino Reali, e compagni patrioti luganesi,* che sono stati i primi a promuovere la rivoluzione, e la libertà dei Baliaggi Italiani contro le imputazioni, e le accuse in giustamente ed incostituzionalmente proposte, ed ammesse avanti il Tribunal del Cantone di Lugano, il 17 novembre 1798 a ore 2 pomeridiane. *In Lugano, 1798.* Per gli Agnelli, e comp.

*Gazzetta di Lugano,* anno 1798.

*Peregrini, Annibale.* I vantaggi della libertà, e del governo democratico rappresentativo; dissertazione. *Lugano,* Agnelli, *1798.*

Progetto di Costituzione elvetica. *Basilea,* Decker, *1798.*

*Galdi.* Progetto di Costituzione elvetica, con le Riflessioni critiche. *Milano,* Raffaele Netti, *1798.*

Proclama del Governo provvisorio al popolo libero luganese con le Riflessioni critiche di un buon patriota. 1798 (*s. a. ind.*).

Compendio storico degli avvenimenti seguiti in Lugano dall' epoca della libertà sino al presente, nel quale vengono particolarmente descritte le scelleraggini e gli orrori colà commessi li 28 e 29 aprile 1799, in occasione della controrivoluzione promossa dai nemici di tutte le nazioni libere, corredato di note importantissime e di documenti giustificativi. 8° (*1799*, s. a indiz.) francese e italiano.

Cronaca luganese di *Maria Antonio Laghi* (1797 al 1800). Ms. presso l' ing. *Grecchi-Luvini* in Lugano.

*G. B- Quadri.* Précis historique des événements qui accompagnèrent la contre-révolution de Lugano. Ms. nell' *Archivio federale.*

Progetto di risposta alla pretesa giustificazione di Pietro Rossi, accusato come uno dei principali autori della controrivoluzione. *8°*. *1799* (s. a ind.).

Istoria della guerra, e della distruzione de' cantoni democratici della Svizzera di *Arrigo Zschokke,* prefetto nazionale del Cantone di Basilea. Tradotta dal tedesco ed amplicata con note ed un appendice da *Giam-Menico Cetti.* *8°*. *Lugano,* Veladini, *1805.*

*Zschokke,* Histor. Denkwürdigkeiten der helvetischen Staatsumwälzung. 3 Bde. *Winterthur, 1803—1805.*

Les malheurs de la Lévantine par *J.-F. Pozzi,* curé d' Airolo. Nelle *Etrennes helvétiques* di Losanna, n° 21, 1803.

Was das Livinerthal in den Jahren 1798—1801 zu erdulden hatte. — In *Nemesis,* VII, 1816, p. 516 ff.

*Monti, Maurizio.* Storia di Como. Vol. primo. *Como,* Ostinelli, *1831.*

*Torricelli, con. G. B.* Dissertazioni storico-polemiche. Vol' primo. *Lugano,* Veladini, *1837.*

*Enrico Zschokke,* commissario della Svizzera italiana pel Direttorio elvetico. Strenna leventinese pel capo d' anno 1843. *8°. Lugano.* tip. F- Veladini, *1842.* — È la parte concernente il Ticino, tradotta dal d<sup>r</sup> *Severino Guscetti* dalla *Selbstschau* dello Zschokke.

*Franscini.* Die Staatsumwälzung im Kanton Tessin. — Negli *Schweizerische Annalen* del Müller-Friedberg, vol. V. parte seconda, p. 789 ff. *Zürich,* O. F. & C. *1842.*

*Pasqualigo, d<sup>r</sup> G.* Compendio storico della Repubblica e Cantone Ticino. *Lugano,* Fioratti, *1857,* pp. 387—423.

Storia della Svizzera italiana dal 1797 al 1802 compilata da *Pietro Peri* sugli abbozzi e documenti lasciati da *Stefano Franscini. Lugano,* tip. cantonale, *1864.*

Missionen der Berner Regierung nach Genf (1782), Mailand, Paris und Rastatt (1797—1798). Mittheilungen aus dem Nachlass des Hrn. *K. L. v. Haller.* — In *Berner Taschenbuch* pel 1868.

Dell' invasione francese nella Svizzera ossia della Repubblica elvetica unitaria. Memorie storiche dell' avvocato *Angelo Baroffio.* 2 vol. *Lugano,* Veladini, *1873.*

*Cattaneo, d<sup>r</sup> R.* I Leponti ossia Memorie storiche leventinesi. Vol. II°. *Lugano,* Veladini, *1874.*

*Hilty, d<sup>r</sup> C.* Oeffentliche Vorlesungen über die Helvetik. *Bern, 1878.*

*Strickler, d<sup>r</sup> J.* Amtliche Sammlung der Akten aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798—1803). Band I. Oktober 1797—Mai 1798. Band II. Juni bis September 1798. *Bern,* Stämpfli, *1886—1888.*

Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France en Suisse (1792 —1797) publiés par M. *Jean Kaulek. Paris,* Alcan, *1886.*

*J. Keller-Zschokke.* Beiträge zur politischen Thätigkeit Heinrich Zschokke's in den Revolutionsjahren 1798—1801. — In *Vom Jura zum Schwarzwald.* Bd. IV, Heft I (*Aarau, 1887*).[1]

---

[1]) Ben inteso non tenemmo qui nota delle numerose pubblicazioni che, pur riflettendo gli anni 1799—1800 (ad es. quelle del passaggio di Suwaroff e relativi combattimenti al Gottardo), non toccano dei fatti luganesi del 1798. Ciò sia avvertito a scanso d' un troppo facile appunto.

# Les assurances ouvrières.

## I.

### Préliminaires.[1])

*La question sociale.*

1. Il fut une époque où l'on niait qu'il y eût une question sociale — Gambetta le niait encore un an avant sa mort — et où l'on s'imaginait que la libre expansion des « droits de l'homme », c'est-à-dire des principes de liberté et

[1]) Ouvrages consultés et employés: les commentaires des différentes lois allemandes, par E. von Wœdtke, conseiller intime à l'office impérial de l'Intérieur à Berlin. — Les publications de l'office impérial des assurances à Berlin et les comptes rendus du Reichstag. — C. Bodenheimer: *Loi d'Empire du 15 juin 1883 sur l'assurance des ouvriers contre la maladie*, traduction accompagnée d'un commentaire, Strasbourg 1884; du même, les *Assurances ouvrières en Suisse et en Allemagne,* série d'articles parus dans la *Gazette de Lausanne* fin 1886 et janvier 1887; du même, l'*Assurance des ouvriers agricoles et forestiers contre les accidents et la maladie*, dans le bulletin de juin 1886 de la société des sciences, agriculture et arts de la Basse-Alsace. — Numa Droz (membre du conseil fédéral, ancien président de la Confédération suisse): *Les victimes du travail et l'assurance obligatoire,* Bibliothèque universelle, mai et juin 1885. — *Les lois d'assistance ouvrière en Allemagne*, par Éd. Gruner, Paris 1887. — Ch. Sainctelette, représentant, ancien ministre à Bruxelles: *De la responsabilité et de la garantie* (accidents de transport et de travail); *Accidents de travail, projet d'une proposition de loi; Note contre le projet d'une caisse centrale d'assurances collectives et générales sous le patronage de l'état avec affiliation obligatoire des patrons;* différentes brochures du même auteur. — *Rapport sur les assurances ouvrières contre les accidents du travail,* par Charles de Jace, membre de la deuxième section de la commission du travail en Belgique, instituée par arrêté royal du 15 avril 1886. — Ed. Sulzer-Ziegler, à Winterthur, *Haftpflicht und Unfallversicherung,* Vor-

d'égalité posés par la Révolution française devait suffire à résoudre tous les problèmes sociaux. C'était un erreur de bonne foi, dont l'explication est bien naturelle: les privilèges que la Révolution avait balayés étant sociaux aussi bien que politiques, on en tirait la conclusion que sous tout régime politique basé sur les principes de la Révolution la question sociale était résolue. On oubliait, malgré les faits auxquels nous nous heurtons tous les jours, que la situation économique et les conditions sociales ont bien changé depuis la Révolution, que l'égalité politique n'a pas pour corollaire obligé l'égalité sociale et qu'aussi longtemps qu'il existera des inégalités sociales — ce qui veut dire toujours — il existera aussi une question sociale. Il y aura sans cesse des hommes de condition supérieure et des hommes de condition inférieure: l'état le plus égalitaire dont nous parle l'histoire, celui de Lacédémone, ne donnait l'égalité politique et sociale qu'à une classe privilégiée, qui était maîtresse, et au-dessous de celle-ci il y avait les ilotes.

Que la condition politique des individus, pris isolément ou collectivement soit sans influence aucune sur leur condition sociale, personne ne songe à le prétendre: l'exemple de Lacédémone, dont il vient d'être question, en est la meilleure preuve; les pays où fleurit encore l'esclavage ou bien ceux où la population continue à être divisée en castes, comme dans l'Inde, nous en fournissent de nos jours encore la preuve la plus typique. Mais à côté de l'influence de la condition politique, il y a celle des milieux où l'homme libre naît et où il est élevé physiquement, intellectuellement et moralement. Il y a aussi l'influence de tous ces mille facteurs, indépendants de la volonté humaine, qui ont une action déterminante sur la vie matérielle des individus et des collec-

---

trag, gehalten in der Generalversammlung des Vereins schweizerischer Maschinen-Industrieller am 27. Mai 1887 in Zürich. — ***Bericht über Handel und Industrie im Kanton Zürich für das Jahr 1885,*** erstattet vom Vorstande der kaufmännischen Gesellschaft. — Messages, projets de loi, rapports, etc., du Conseil fédéral et des commissions des chambres concernant la responsabilité civile et la statistique des accidents; lois et arrêtés. — Différentes brochures, projets de loi, etc., sur l'organisation de l'assurance contre la maladie à Bâle-ville. — Professor L. Brentano: ***Die beabsichtigte Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter und ihre Bedeutung.***

tivités. Enfin il y a cette tendance, innée à l'homme, de vouloir s'élever au-dessus de ses semblables, et, s'il n'y parvient pas, le besoin de les rabaisser à son propre niveau. Les causes étant complexes, le malaise social, parfois imaginaire, mais le plus souvent réel, est complexe aussi. La question sociale se retrouve dans tous les domaines de l'activité individuelle ou collective, au haut comme au bas de l'échelle humaine.

2. Les conditions du salariat, le développement de l'industrie moderne, les antithèses créées entre le capital et le travail ont mis particulièrement en relief un des côtés de la question sociale: c'est-à-dire la question ouvrière. Bien des gens s'imaginent que résoudre cette dernière, ce serait résoudre la question sociale toute entière. On ne saurait nier que si l'état d'antagonisme dans lequel se trouvent une partie des classes ouvrières vis-à-vis d'autres classes de la population pouvait disparaître, nous aurions fait un grand pas vers une paix sociale définitive. Mais il n'en reste pas moins vrai que la question ouvrière n'est qu'un des termes de la grande équation sociale.

Considérée à elle seule, la question ouvrière ne peut arriver, sinon à une solution, du moins à un adoucissement par traitement symptomatique que par le concours bienveillant de tous les facteurs qui exercent une influence sur la vie sociale et par la coopération de tous les organismes sociaux, c'est-à-dire de l'Etat, de la commune, de la famille et des associations.

C'est pour avoir méconnu cette vérité que les doctrinaires exclusifs — et il y en a de toute espèce — sont tombés dans les systèmes les plus absurdes et les plus inefficaces. Les uns croient que l'Etat seul possède la panacée sociale pour résoudre la question ouvrière. D'autres rejettent toute action de l'Etat et c'est à peine s'ils tolèrent que celui-ci exerce son rôle protecteur. Une catégorie extrême, enfin, n'entrevoit le bonheur social de la classe ouvrière que dans la destruction de l'Etat lui-même.

L'école des économistes libéraux dont les doctrines ont été longtemps seules reconnues dans les classes instruites, admet l'action de l'Etat en la réduisant au strict nécessaire. *A priori* cette école semblerait être dans le vrai. Seulement elle a négligé d'apporter à la théorie du Laissez-faire et du

Laissez-passer les tempéraments nécessités par la transformation que les progrès des arts mécaniques et des sciences appliquées ainsi que le perfectionnement des divers moyens de communication ont fait subir à l'organisation commerciale et industrielle; la liberté absolue qu'elle proclamait a paru ne profiter qu'à la grande industrie, et la question ouvrière en est devenue plus aigue.

La réaction s'est produite sous deux formes différentes: celle de la démocratie sociale, qui, poussée à l'excès, devient révolutionnaire ou anarchiste, et celle du socialisme d'Etat à outrance.

Contre l'irruption de ce dernier, les hommes du juste milieu, les libéraux modérés surtout, ont cherché à réagir à leur tour. Il a été convenu, et c'est aujourd'hui l'opinion moyenne généralement reçue, que l'Etat, sans s'attribuer un rôle exclusif comme régulateur des destinées sociales, doit s'occuper plus activement qu'il ne le faisait autrefois des problèmes sociaux et tout particulièrement de la situation des ouvriers.

La Suisse est entrée, depuis plusieurs années déjà, dans cette voie, que la grande revision fédérale lui avait tracée, et la Confédération n'a pas manqué d'user du droit qui lui a été donné de jouer un rôle tutélaire dans certaines questions ouvrières. A cet égard il suffit de rappeler la loi sur le travail dans les fabriques et les lois sur la responsabilité civile des patrons en cas d'accident de travail.

De la question de la responsabilité est sortie celle de l'assurance des ouvriers contre les accidents: nous verrons quelle est la connexité de ces deux questions, et comment dans plusieurs pays, particulièrement en Allemagne et en Suisse, l'une est née de l'autre (voir 15).

### *Les assurances ouvrières doivent-elles être créées en Suisse?*

3. En Allemagne, où le mouvement a pris son origine.[1]) on a trouvé qu'au lieu de se casser la tête à organiser la

[1]) Dans la séance de la Chambre des députés française, du 18 mai 1888, dans la délibération sur le projet et les propositions de loi concernant la responsabilité des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail (v. 59), M. Wickersheimer rappelait que la Chambre avait déjà en 1882 délibéré sur un projet de loi

responsabilité civile des patrons, il serait beaucoup plus simple de décréter que tout ouvrier sera assuré contre les accidents.[1]) De cette manière, s'est-on-dit, la responsabilité civile du patron n'aura plus de raison d'être. Celui-ci encourra parfois encore une responsabilité pénale, mais vis-à-vis de son personnel il sera déchargé de tout devoir humanitaire, l'ouvrier victime d'un accident de travail étant indemnisé par l'assurance. L'organisation de l'assurance contre les accidents devait donc suffire à atteindre le but qu'on se proposait, à savoir de prévenir l'appauvrissement des familles d'ouvriers dont le chef est frappé dans l'accomplissement de sa tâche d'un accident entraînant la mort ou l'incapacité de travail.

Mais on n'a pas tardé à découvrir qu'il était impossible d'en rester là, que l'assurance contre la maladie était le corrélatif nécessaire de celle contre les accidents, et que, malgré le puissant développement des sociétés libres de secours mutuels, il fallait mettre l'assurance contre la maladie sur le même pied obligatoire que celle contre les accidents. Et, en effet, non seulement il est quelquefois impossible de distinguer entre les suites d'un accident et la maladie, mais, en outre, il serait contraire à la justice et à l'équité d'accorder des secours obligatoires à l'ouvrier blessé pendant le travail tandis qu'on les refuserait à son compagnon victime d'une maladie proprement dite, contractée en exécutant le même travail.

Ce n'était pas fini encore. On a reconnu qu'il ne suffisait pas, pour combattre certaines causes de misère dans les

---

analogue, présenté par M. Felix Faure, et ajoutait: « Au parlement allemand, M. de Bismarck, en 1883, en déposant le nouveau projet de loi destiné à remplacer le projet qui avait été repoussé en 1881, a fait allusion au projet de notre collègue, M. Félix Faure, et il a insisté auprès du parlement allemand sur la nécessité de prendre une délibération d'urgence afin de ne pas être dévancé dans cette voie par la France. Le projet de loi allemand a été voté et la loi fonctionne dans ce pays depuis trois ans. Si la question d'amour propre national signifie quelque chose, c'est bien le cas en cette circonstance de la faire valoir. »

[1]) Dans son très-intéressant rapport sur l'année 1885 la Société commerciale du canton de Zurich *(Kaufmännische Gesellschaft Zürich)* disait que l'assurance contre les accidents est préférable au système de la responsabilité civile.

familles d'ouvriers, d'indemniser les malades et les blessés, mais qu'il fallait aussi assurer l'existence de ceux que les années de travail ou la vieillesse naturelle ont rendus incapables de travailler, en d'autres termes qu'outre l'assurance obligatoire contre la maladie et celle contre les accidents, il fallait encore introduire celle contre la faiblesse sénile.

Les assurances contre la maladie et les accidents fonctionnent en Allemagne et en Autriche, celle contre l'invalidité n'est encore, même en Allemagne, qu'à l'état de projet provisoire (voir 53 et suiv.). En attendant, la législation politico-sociale que l'Allemagne s'est donnée, en organisant les assurances ouvrières, a trouvé de nombreux admirateurs dans les autres pays, même en France malgré les haines nationales. C'est qu'en effet l'exemple est très-contagieux en matière législative,[1]) surtout quand il s'agit d'une question d'apparences aussi philanthropiques que celle qui concerne l'aide à donner aux ouvriers en cas de maladie ou d'accident de travail, sans compter d'ailleurs — car les faiblesses humaines jouent partout leur rôle — que beaucoup de ceux qui s'occupent de la création des assurances ouvrières, y voient un moyen d'augmenter leur propre influence ou, ce qui est parfois tout un, celle de l'Etat dans lequel ils jouent eux-mêmes un rôle prépondérant.

4. Quand les premières assurances ouvrières eurent été organisées en Allemagne et quand il eut été constaté qu'elles fonctionnaient convenablement, il y eut dans les rangs du socialisme d'Etat, un véritable cri de triomphe. Il semblait que l'on eût enfin découvert la panacée sociale et l'on s'en

---

[1]) A la séance du 22 mai 1888 de la Chambre des députés française M. Martin Nadaud à propos de l'art. 1er du projet de loi concernant la responsabilité des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail (v. 59) s'écriait: « Quoi! la nation française qui a été la première à proclamer les Droits de l'homme et du citoyen, il faut aujourd'hui qu'elle s'inspire de l'exemple des Allemands et des Autrichiens!... C'est une honte. C'est nous qui avons inspiré M. de Bismarck, et ce sont ceux qui ont toujours mis des entraves aux lois humanitaires que nous avons proposées, qui nous ont mis dans la nécessité de rappeler ce qui a pu se faire de bien dans le parlement allemand. Je supplie la Chambre de voter l'article 1er, de ne pas retarder plus longtemps le vote d'une loi qui, depuis huit ans, a occupé les Assemblées en France, ce qui vous a mis dans la nécessité de prendre des leçons de M. de Bismarck, leçons dont je ne veux à aucun prix. »

est félicité bruyamment. Aujourd'hui on commence à en rabattre et l'engouement est moins absolu. On s'est rappelé ce que nous disions en commençant, à savoir que la question de la responsabilité civile des patrons et des assurances ouvrières n'est qu'un des côtés de la question ouvrière, et que pour avoir prémuni les ouvriers contre les suites matérielles de la maladie, des accidents et de la sénilité, on n'aura pas tranché *ipso facto* d'autres points non moins importants, tels que celui du chômage, celui des salaires, celui des bénéfices, celui des rapports entre patrons et ouvriers et celui du droit au travail.[1]) Et on s'est rappelé aussi que la question ouvrière n'est qu'un des termes du grand problème social (v. 2). Enfin, dans la pratique des assurances ouvrières, on a constaté quelques abus et quelques inconvénients inhérents au socialisme d'Etat.

5. Irons-nous après cela soutenir qu'en Suisse il ne faut pas organiser les assurances ouvrières obligatoires? Certes non. Ce serait, du reste, une vaine tentative. Non seulement l'Assemblée fédérale a invité le pouvoir exécutif de la Confédération à lui soumettre un projet de loi sur l'introduction de l'assurance générale et obligatoire des ouvriers contre les accidents par l'Etat, non seulement pour préparer la législation future, l'Assemblée fédérale a voté une

---

[1]) Dans la séance du Reichstag allemand du 9 mai 1884, le prince de Bismarck s'est écrié: «Donnez à l'ouvrier le droit au travail aussi longtemps qu'il est bien portant, donnez-lui du travail aussi longtemps qu'il se porte bien, assurez-lui des soins quand il est malade, et assurez-lui sa subsistance quand il est vieux.» Puis développant ce thème, le chancelier ajoutait «que c'était là le programme dont l'exécution détournerait les ouvriers de la démocratie sociale.» Et E. Richter ayant repliqué: «M. le chancelier de l'Empire vient de proclamer ouvertement le droit au travail», le prince riposta: «Oui, je reconnais sans restriction un droit au travail et je le soutiendrai aussi longtemps que je serai à cette place. Je me trouve en cela sur le terrain de la législation prussienne.» Le droit au travail auquel le prince faisait allusion ne ressemble pas à celui qu'a proclamé en France le décret du 25 février 1848. L'ancienne législation prussienne *(Landrecht)* créée à une époque où l'ouvrier comme le paysan était attaché à la glèbe, ne proclamait le droit au travail que comme succédané des secours publics. L'Etat n'assurait pas du travail aux ouvriers, mais il exigeait des propriétaires du sol et des corporations qu'elles fournissent aux ouvriers sans occupation des secours que ceux-ci devaient payer en travail.

loi prescrivant de faire la statistique des accidents, mais le siége de l'opinion publique est fait[1]): les industriels préfèrent les assurances au système de la responsabilité; les ouvriers, dans leurs organes et dans leurs assemblées, demandent que les assurances contre la maladie, contre les accidents et contre l'invalidité soient organisées obligatoirement; le parti radical et démocratique le demande également; et les partis conservateurs n'y répugnent pas, les protestants parce que l'Allemagne leur prouve que de pareilles institutions ne sont pas incompatibles avec un régime conservateur, les catholiques parce qu'ils sont poussés par les doctrines du Saint-Siége lui-même et par l'exemple fourni en France par Mgr. Freppel et par le comte Albert de Mun qui ont donné une adhésion

[1]) Depuis quelques années il s'est produit un grand revirement dans les esprits. Au mois de juin 1885 encore, M. Numa Droz, membre du Conseil fédéral, écrivait *loc. cit.*, à propos des lois allemandes et autrichiennes sur les assurances ouvrières: « Pourrait-on, comme quelques-uns le désirent et le réclament, introduire en Suisse de telles institutions? Je ne le crois pas. Bien que notre peuple ait un sentiment de solidarité plus puissant et plus profond que beaucoup d'autres, il est, plus que d'autres aussi, attaché à ses libertés. Sauf le cas d'absolue nécessité, il veut que la solidarité s'établisse sur le terrain de la volonté libre des citoyens. Comment pourrait-on former des corporations professionnelles obligatoires à côté des nombreuses caisses de secours mutuels qui existent? Comment pourrait-on contraindre les communes, qui ont déjà des institutions de secours pour leurs ressortissants, à administrer d'autres caisses pour l'assurance en cas de maladie?.. Il est plus que certain que le peuple suisse et les cantons ne consentiraient pas à accorder à la Confédération la compétence de fonder des assurances obligatoires. Car après celle contre les accidents et celle contre les maladies, viendraient inévitablement les assurances sur la vie. Il y a là un entraînement logique et rigoureux. Et une fois entré dans ce domaine, une fois que l'Etat aurait à taxer non seulement la fortune et les ressources du citoyen pour l'impôt, mais l'épargne que chacun d'eux, jeune ou vieux, père de famille ou célibataire, est tenu de faire chaque année pour tous genres d'assurances, on arriverait de déduction en déduction, à établir quelle est la moyenne des besoins quotidiens de chaque homme, à fixer en conséquence le taux des salaires, et de là à la proclamation du droit de travail il n'y a qu'un pas. L'état socialiste se trouverait ainsi organisé successivement suivant les rêves les plus hardis, et ce seraient alors les libéraux et progressistes, devenus en quelque sorte les anarchistes de l'avenir, qui, impatients des entraves de toutes sortes mises à leur activité industrielle, s'efforceraient de les briser aux cris de: la liberté! rendez-nous la liberté! »

très-formelle au principe de l'intervention de l'Etat dans le règlement de la question des assurances ouvrières, et qui ont présenté eux-mêmes un projet dans ce sens.

Donc le courant existe[1]), et il est inutile aujourd'hui de lui résister et d'examiner à cette heure si l'initiative privée, individuelle ou collective, n'aurait pas pu réaliser le programme dont l'Etat va être appelé à se charger.

Ce travail a pour but d'indiquer en traits généraux, quelle serait la meilleure organisation à donner en Suisse aux assurances ouvrières pour les adapter aux institutions et au tempérament du pays.

Pour arrêter les idées à cet égard, il convient d'étudier le système adopté en Allemagne afin d'avoir des points de comparaison. Nous consacrerons donc plusieurs chapitres aux assurances ouvrières allemandes.

Mais avant d'aborder ces dernières, nous allons encore fixer l'attention de nos lecteurs sur les résultats qu'on attend des assurances ouvrières et sur la question de la responsabilité civile des patrons.

*La misère résultant des cas de maladie ou d'accident.*

6. Il est incontestable que la maladie — maladie proprement dite, suites d'accident et caducité — pèse plus lour-

---

[1]) Dans un rapport présenté le 27 mai 1887 à la société des fabricants de machines suisses, un des plus grands industriels du pays, M. Ed. Sulzer-Steiner, de Winterthur, s'exprime comme suit: « Ce que nous voulons, outre ce que nous a donné la loi sur la responsabilité, c'est: 1. Toute perte de salaire résultant d'un accident doit être remplacée, même en cas de force majeure ou d'événement fortuit. 2. Il faut supprimer toute cause de litige entre patrons et ouvriers par suite d'indemnités en cas d'accident. Nous le demandons surtout dans l'intérêt des ouvriers, car il est clair que l'ouvrier ne peut pas continuer à être chez un patron avec lequel il se trouve en procès. Quant le plaignant prendra la collectivité à partie, le litige aura perdu de son acuité et rien ne l'empêchera de conserver son emploi. 3. Tout salarié doit avoir la garantie que l'indemnité qui lui a été adjugée sera réellement payée, ce qui n'est possible que par la solidarité de l'ensemble des employeurs, car le petit patron n'a pas les ressources nécessaires. En d'autres termes le risque isolé doit être reporté sur la totalité. *Ce sont là nos trois exigences principales et elles ne peuvent être remplies que par l'assurance obligatoire contre les accidents.* » Les conclusions de M. Sulzer ont trouvé l'assentiment unanime de ses collègues.

dement sur les ouvriers que sur toute autre partie de la population. Quand le cultivateur établi à son compte, est alité, la famille et les voisins suppléent, partiellement du moins, à son travail, et la végétation continue dans ses prés et dans ses champs. Quand le maître artisan est cloué au lit ou dans son fauteuil, ses ouvriers font la besogne. Quand le commerçant est malade, la clientèle est desservie par les membres de la famille ou par les autres personnes du ménage. La maladie est, il est vrai, pour les uns et pour les autres, une cause de pertes et de dommages directs ou indirects, mais au moins la source du gain quotidien n'est pas entièrement tarie par suite de l'incapacité de travail du père de famille. Pour l'ouvrier industriel, il en est bien autrement. Son gagne-pain réside tout entier dans son travail personnel, et quand celui-ci cesse, tout est arrêté. S'il n'avait pas d'économies ou si celles qui existaient ont été absorbées, la misère et la faim viennent s'asseoir au foyer qui s'éteint. L'appauvrissement devient irrémediable, l'ouvrier ne parvient plus à se relever de la misère matérielle, physique et parfois morale, qui l'étreint, même s'il se guérit de la maladie qui l'a jeté, lui et sa famille, dans ce déplorable état, et s'il n'entre pas, comme c'est malheureusement quelquefois le cas, dans la voie du crime, il tombe sans rémission à la charge de l'assistance pnblique, qui n'est en définitive qu'un pis-aller du socialisme d'Etat. Ayant charge d'assistance des nécessiteux et des indigents et ayant pour premier devoir le maintien de la sécurité publique, l'Etat a donc un intérêt direct à empêcher, par une organisation appropriée à ce but, que la maladie ou l'accident ne fassent de l'ouvrier un mendiant ou un criminel.

Jadis, grâce à certaines institutions, qui, à côté de leurs côtés défectueux, offraient bien aussi quelques avantages sociaux, sous le régime par exemple des corporations, gildes, abbayes et confréries bourgeoises, etc., l'artisan était assuré de trouver aide et secours dans les cas de maladie ou d'accident. Sous notre régime individualiste, qui est précisément un des produits de la grande Révolution française, qu'on dit avoir supprimé la question sociale, [1]) l'ouvrier ne trouve

---

[1]) Pour éviter tout malentendu nous devons constater que sous le rapport politique nous ne médisons pas de la Révolution française.

plus dans un patrimoine collectif les subventions auxquelles il avait droit autrefois en cas de nécessité. S'il n'a pas formé avec ses compagnons une association mutuelle *ad hoc* ou s'il n'est pas aux gages d'un patron qui a créé pour son personnel une caisse de secours, ou si, en cas d'accident, il ne peut pas invoquer les bénéfices de la loi sur la responsabilité civile des patrons, l'ouvrier est livré à ses propres ressources, et n'est que trop souvent réduit, lorsqu'il est atteint par la maladie, ou après un accident, à implorer l'aumône.

7. Notre époque diffère encore de celle de jadis sous ce rapport que les conditions du salariat étaient à certains égards moins dures puisque le patron donnait le gîte et la table à tous les compagnons qu'il employait et que, l'industrie étant moins développée et moins dangereusement outillée, n'entraînait pas d'accidents aussi graves et aussi fréquents que ceux qui se produisent de nos jours. [1]) L'emploi des machines à vapeur et des moteurs mécaniques, la substitution de la grande à la petite industrie, de l'usine à l'atelier, des entreprises collectives et anonymes aux entreprises personnelles, modifiant profondément les conditions de la production, ont non seulement grossi le nombre absolu des travailleurs soumis à la loi du salariat, mais aussi multiplié dans une forte proportion relative les accidents du travail et les cas de maladie engendrés par des industries insalubres. Dans un discours prononcé à la Chambre des députés française le 3 novembre 1883, M. Félix Faure estimait à 20,000 par an le nombre des accidents du travail sur un chiffre total de trois millions d'ouvriers. En Allemagne, le gouvernement de l'Empire a fait dresser une statistique des accidents survenus dans les exploitations industrielles pendant une durée de quatre mois; cette statistique a porté sur un ensemble de 93,534 établissements occupant 1,957,548 ouvriers; et il y a eu pendant cette période 662

Nous n'avons garde aussi d'en médire sous le rapport social. Seulement: autres temps, autres mœurs; la Révolution n'a pas pu supprimer des abus qui n'existaient pas au moment où elle renversait l'ancien état des choses.

[1]) Il y a des exceptions toutefois. Il y a cent ans l'ouvrier maçon et l'ouvrier couvreur, par exemple, couraient les mêmes risques que ceux qu'ils courent de nos jours.

accidents suivis de mort, 560 cas d'accidents suivis d'incapacité de travail permanente, complète ou partielle ; 28,352 cas d'accidents suivis d'incapacité de travail temporaire seulement ou de courte durée. En Italie, les accidents survenus dans l'industrie de 1879 à 1881 avaient fait en moyenne 8783 victimes par an : 697 morts, 340 infirmes, 7745 atteints d'une incapacité temporaire. En 1884, en Belgique, sur un total de 105,582 ouvriers employés dans les mines, carrières et usines métallurgiques, on comptait 258 accidents ayant entraîné la mort de 241 personnes et en ayant blessé grièvement 28 autres.

Ces différents chiffres ne peuvent pas être comparés entre eux, et ils ne peuvent notamment pas servir à établir un calcul de prévision pour la Suisse [1]) parce que les statistiques ne se sont pas faites sur les mêmes bases ; cependant, dans leur nudité, ces chiffres n'en ont pas moins une triste éloquence. Ils montrent que la question des accidents a pris une incontestable gravité et combien il est urgent de réaliser les mesures propres à assurer la réparation de trop nombreux sinistres.

En ce qui concerne les cas de maladie, la statistique des caisses allemandes nous montrera combien ils sont nombreux.

*La responsabilité civile du patron.*

8. Quant un ouvrier, durant l'ouvrage et par un incident de l'ouvrage, trouve la mort ou une blessure, par qui les suites d'un pareil événement sont-elles supportées ? Pour répondre à cette question, il faut distinguer entre les divers cas qui se présentent.

En droit général, il est admis que les suites de l'événement causé par une force majeure doivent, dans n'importe quel ordre de rapports sociaux, par conséquent aussi dans les rapports de patron à ouvrier, de maître à salarié, être supportées par celui qui en est frappé. Si l'usine est ruinée

[1]) Dans son message du 5 décembre 1887 concernant les relevés statistiques des accidents survenant en Suisse, le Conseil fédéral dit qu'on peut admettre qu'il se produit dans ce pays, parmi les personnes âgées de plus de quatorze ans, annuellement environ 50,000 accidents qui entraînent la mort ou une incapacité de travail de plus de six jours.

par un tremblement de terre, le fabricant est seul à subir la perte. Si l'ouvrier est frappé de la foudre, seul il souffrira des conséquences d'un fait qu'on ne peut imputer à aucun être humain. C'est l'application de la règle que chacun porte le poids de sa destinée, *the act of God* comme disent les Anglais. Sans doute il est désirable que toute infortune soit atténuée autant qu'il est possible, mais ce devoir de charité, de solidarité humaine, incombe à tout homme, quelle que soit sa position sociale, vis-à-vis de tout malheureux, quelle que soit la cause de l'infortune de ce dernier. Partant de là, il serait humain, et nous ajoutons qu'il serait utile, politiquement et socialement, de mettre à la charge de la société, c'est-à-dire de l'Etat, les suites de tous les événements de force majeure. Malheureusement, c'est le plus souvent impraticable, et dans les grandes catastrophes, telles que celles que produisent, par exemple, les éboulements et les inondations, c'est la charité libre qui intervient pour réparer, en lieu et en place de l'Etat, ou concurremment avec lui, les dommages provenant de la force majeure.

9. Dans la question ouvrière, la doctrine nouvelle, sur laquelle repose la création des assurances obligatoires, veut que l'ouvrier soit indemnisé, même pour les accidents causés par une force majeure. C'est une position privilégiée que l'on fait à l'ouvrier. Mais nous admettons ce privilège parce que le salariat est digne d'un intérêt spécial, parce qu'il serait cruel que la victime de la force majeure ne fût pas indemnisée dans la même mesure que la victime du cas fortuit ou de l'accident de travail proprement dit, et enfin parce que dans bien des cas la casuistique la plus minutieuse est impuissante à déterminer s'il y a eu ou non force majeure réelle.

10. Seulement — et ceci est un point que nous prions le lecteur de retenir — il nous paraîtrait souverainement injuste qu'une catégorie de contribuables, les patrons par exemple, supportassent les suites des événements de force majeure dont leurs ouvriers sont victimes. C'est précisément pour que cette injustice ne se produise pas que nous proposons que l'Etat prenne sa part des charges de l'assurance contre les accidents, que, du reste, il créera, non pas seulement par devoir de charité, mais aussi dans son propre intérêt, comme l'une des digues sociales que l'on cherche à

opposer au courant socialiste. La loi allemande, il est vrai, ne se place pas à ce point de vue, car elle fait supporter aux patrons seuls les suites des cas de force majeure dont leurs ouvriers sont frappés (v. 37). La loi autrichienne met également le cas de force majeure à la charge des patrons. La loi anglaise ne s'occupe pas du tout des cas de force majeure. Un des projets de loi français dont il est question au numéro 58, laisse à la charge du patron le cas de force majeure. La législation suisse sur la responsabilité libère le patron s'il peut prouver que l'accident a eu pour cause la force majeure. [1])

11. Nous venons de dire de quelle façon il faudra s'y prendre pour que les victimes de la force majeure soient indemnisées sans que les patrons aient à assumer une charge injuste: l'Etat devra supporter une partie des frais de l'assurance.

Le cas fortuit, dont il faut parler aussi, se confond généralement avec le cas de force majeure. Quelques législations, entre autres la loi suisse, ont essayé d'établir une distinction, mais cela s'est fait aux dépens de la clarté [2]) et, dans la pratique, cette distinction soulève de nombreuses difficultés juridiques (v. 9).

12. Nous arrivons au cas où l'accident est dû à la faute, à la propre imprudence de la victime. Des lois et projets de loi anglais, français [3]), italien et suisse [4]) laissent à

---

[1]) Art. 2 de la loi fédérale du 25 juin 1881 sur la responsabilité civile des fabricants: Le fabricant, lors même qu'il n'y aurait pas faute de sa part, est responsable du dommage causé à un employé ou à un ouvrier tué ou blessé dans les locaux de la fabrique et par son exploitation, à moins qu'il ne prouve que l'accident a pour cause ou *la force majeure* ou des actes criminels ou délictueux imputables à d'autres personnes que celles mentionnées à l'art. 1er (les mandataires du patron) ou la propre faute de celui-là même qui a été tué ou blessé.

[2]) Art. 5 de la loi fédérale du 25 juin 1881: La responsabilité du patron sera « équitablement » réduite: *a.* si la mort ou la blessure est le résultat d'un accident fortuit; *b.* si...

[3]) Dans le projet de loi qu'elle a adopté en première délibération le 29 mai 1888 (v. 59) la Chambre des députés française a refusé de laisser à la charge de l'ouvrier la négligence inexcusable de l'ouvrier.

[4]) Voir les notes des nos 10 et 11: l'art. 2 de la loi du 25 juin 1881 fait une exception pour la responsabilité du patron, quand

la charge de l'ouvrier l'accident causé exclusivement par sa faute. La loi allemande et la loi autrichienne mettent à la charge du patron — ou plutôt, comme nous le verrons, à la charge d'une association de patrons (v. 37) — les suites du défaut de prévoyance [1]) ou de précaution de l'ouvrier. La loi allemande et la loi autrichienne dérogent, par conséquent, à la règle du droit commun et à la règle de la vie que chacun supporte le tort qu'il s'est fait. En Allemagne, on a parfaitement compris que l'on ne se conformait pas aux principes naturels du droit. Aussi les commentateurs ont-ils pris soin de faire savoir qu'un intérêt social majeur était en jeu et que, pour donner satisfaction à cet intérêt, il avait fallu proclamer un principe nouveau et le mettre sous la protection du droit public, primant le droit privé.

13. Examinons maintenant le cas le plus fréquent, celui de l'accident dû à la faute, à la négligence, à l'imprudence [2]),

---

celui-ci prouve que l'accident a eu pour cause la propre faute de l'ouvrier tué ou blessé. L'art. 5 de la loi dit que la responsabilité du patron sera équitablement réduite s'il y a eu faute partielle de la victime, non-observation du règlement de fabrique, etc.

[1]) Le 17 mai, M. de Mun disait à la chambre des députés française: « L'imprudence! elle est forcée, elle est inévitable, elle résulte du travail lui-même: l'ouvrier, une fois qu'il est au travail, est exposé au péril à tout instant: il n'y songe pas; il n'y peut songer; s'il y songeait, il ne l'affronterait pas. Oh! sans doute! on prend toutes les précautions: je le sais, je le crois, je ne veux pas élever de débat là-dessus, bien qu'assurément il arrive quelquefois, trop souvent, qu'il y a des négligences, des réparations oubliées, des précautions insuffisantes, une surveillance qui ne répond pas au désir, à la bonne volonté du patron ... Je n'insiste pas là-dessus, je le répète, on a pris toutes les précautions, on a averti les ouvriers, on a affiché des règlements, et cependant, malgré tout, l'accident arrive. Il arrive, parce que l'ouvrier, qui vit dans le danger, s'y habitue, se familiarise avec lui, et oublie les recommandations de prudence. Il les oublie par la force des choses, comme chacun de nous oublie, dans sa vie journalière, mille précautions et toutes les détails de la prudence qui pourraient le mettre à l'abri des accidents.»

[2]) M. de Mun, *loc. cit.*: «Ce que je dis de l'ouvrier, je le dis du patron; il a pris toutes les mesures nécessaires, il a cherché à tout prévoir, il a exercé une surveillance scrupuleuse, et, cependant, l'accident arrive, il arrive par un cas fortuit, que personne n'explique. Le patron n'est pas coupable, pas plus que l'ouvrier. Tous deux subissent une nécessité de l'industrie; mais c'est l'ouvrier qui est victime, il doit être protégé. Voilà le principe véritable, fécond, généreux, qui place la question sur son véritable

d'une façon générale au fait du patron, des installations qu'il a créées, ou au fait de ses préposés. En énonçant que c'est le cas le plus fréquent, nous nous conformons à la jurisprudence du Conseil fédéral qui disait, dans son message du 26 novembre 1880 : « Comme règle on peut équitablement établir la présomption que c'est la nature de l'exploitation qui a causé l'accident. »

Dans le système du Code Napoléon, les suites dommageables de l'accident incombent au patron, lorsque l'accident est arrivé par sa faute; l'accord unanime de la doctrine et de la jurisprudence ont assis cette responsabilité sur les articles 1382, 1383 et 1384 du Code, qui posent et développent le principe que « tout fait quelconque de l'homme qui cause à autrui un dommage oblige celui par la faute duquel il est arrivé à le réparer ». Quelques auteurs, il est vrai, arguant du fait que les articles 1382 et suivants appartiennent au titre IV du Code intitulé : « Des engagements qui se forment sans convention » prétendent que ces articles ne doivent recevoir leur application que dans les cas où aucune convention n'était intervenue Tel, par exemple, le cas où un voiturier écrase un passant sur la voie publique. Les accidents de travail, au contraire, comportent une convention préalablement établie. Toutefois, les partisans de cette théorie font observer que le contrat de louage de service oblige non seulement à ce qui y est exprimé, mais encore à toutes les suites que l'équité, l'usage ou la loi donnent à l'obligation d'après sa nature (art. 1335 C. c.). Et ainsi les partisans de la théorie de la faute contractuelle arrivent pratiquement au même résultat que la doctrine et la jurisprudence générales d'après le système de l'action délictuelle. et ils expriment ce résultat en disant que quiconque loue les services d'un domestique ou d'un ouvrier s'oblige à le tenir indemne des suites de tout accident de travail qu'il (c'est-à-dire le patron) ne justifie pas provenir d'une cause étrangère qui ne peut lui être imputée.

14. On remarquera que cette énonciation du principe admis par les partisans de la théorie de la faute contractuelle tranche la question de la preuve. En Suisse, cette

terrain, et qui écarte de l'esprit de tout le monde l'idée de culpabilité. »

question est réglée. Néanmoins il est nécessaire de la toucher ici en quelques mots, parce qu'on ne saurait s'occuper de la responsabilité du patron, sans parler des controverses relatives à la preuve.

A qui incombe la preuve de la cause d'un accident qui s'est produit dans une fabrique, dans une usine, sur un chantier, c'est-à-dire dans un milieu dangereux? [1]) L'ouvrier doit-il prouver qu'il n'y a eu de sa part ni imprévoyance ni imprudence? Ou bien, n'est-ce pas plutôt au patron, à celui qui a créé le milieu dangereux et qui cependant se croit en droit de refuser à l'ouvrier la réparation du dommage, de prouver que l'ouvrier a été en faute? Cette question de la preuve a été le point culminant du débat toutes les fois que l'on s'est mis à légiférer sur la responsabilité du patron. Les assurances collectives que les patrons ont conclues auprès des compagnies d'assurance privées n'ont fait qu'aviver cette question de la preuve. Ou bien le patron assure son ouvrier, et alors, quand survient un litige avec l'assureur, le patron se met généralement du côté de l'ouvrier. Ou bien, le patron s'assure lui-même contre le recours éventuel de l'ouvrier en cas d'accident, et dans cette combinaison le patron devient presque forcément l'auxiliaire, pour ne pas dire le complice, de l'assureur qui, contre des primes annuelles, se substitue à lui. Or, cet assureur a beau être honnête il n'en sera pas moins dur pour l'ouvrier. Chez cet assureur, être impersonnel organisé sous la forme d'une Société anonyme ou d'une Compagnie mutuelle, aucune considération d'affection, aucun souvenir de relations passées,

---

[1]) La question est de savoir qui doit supporter la charge des accidents dont la cause n'est pas connue. C'est le cas de la plupart des accidents. Voici un exemple emprunté à la jurisprudence belge. Un ouvrier au service du chemin de fer de l'Etat belge est tué par suite du bris de la manivelle d'une grue, propriété de l'Etat, fabriquée dans les ateliers mêmes de l'Etat. Vous croiriez peut-être que c'est à l'Etat à démontrer qu'il n'y a pas de sa faute. Du tout; on juge que c'est à la malheureuse veuve de l'ouvrier de savoir et de prouver que la manivelle brisée a été fabriquée avec du fer à gros grains blancs. Quelle équité! Ce que les ingénieurs, d'ailleurs très instruits et très soigneux de l'Etat, n'ont su ni prévoir, ni prévenir, c'est à l'ouvrier de le savoir et de l'établir!! (Ch. Sainctelette, *Accidents de travail, la jurisprudence qui s'éloigne et la jurisprudence qui s'approche*, Bruxelles, 1888.)

aucune prévision de relations futures, ne fait équilibre à l'esprit de spéculation. L'assureur a un intérêt évident à liquider le plus petit nombre de sinistres qu'il est possible. Dans le débat contre l'ouvrier, il est nécessairement moins disposé à s'apitoyer que ne l'aurait été le patron abandonné à lui-même: il transige moins souvent et moins facilement. De là des procès sans nombre et des cas fréquents où les victimes du travail n'ont pas été dédommagées ou ne l'ont été que dans une mesure très réduite. Ce sont précisément ces procès qui, dans plusieurs pays, ont engagé les législateurs à accorder à l'ouvrier tout au moins la faveur de l'interversion de la preuve, c'est-à-dire à décréter que les présomptions légales sont en faveur de l'ouvrier et que si celui-ci a été en faute, c'est au patron d'en faire la preuve, tandis que, d'après les principes généraux de la plupart des législations civiles, ce serait à l'ouvrier qui réclame une indemnité, non seulement à actionner son patron, mais encore à prouver que lui, ouvrier, n'a pas été en faute.

15. Mais même après l'adoption du système de l'interversion de la preuve — la Suisse accorde en outre aux ouvriers indigents le bénéfice de l'assistance judiciaire et la remise de tous les frais — les procès n'ont pas fait défaut, et ces procès ne sont pas de nature à améliorer les rapports entre patrons et ouvriers. On a fini par trouver que, pour faire œuvre réelle d'apaisement social et couper court à tous les procès [1]), il fallait substituer à la responsabilité civile

---

[1]) C'est une erreur de croire que l'assurance obligatoire coupe court à tous les procès. Il y a eu jusqu'ici des procès entre le patron et l'ouvrier, entre le patron et la Compagnie d'assurances privée auprès de laquelle le patron a assuré son ouvrier ou s'est assuré lui-même soit contre les effets des dispositions législatives sur la responsabilité civile soit, en général, contre tous les accidents survenant dans sa fabrique, et enfin les procès entre l'ouvrier et la Compagnie d'assurances privée. L'assurance obligatoire n'exclut pas ce dernier genre de procès. Quel que soit l'assureur — Etat, syndicat professionnel obligatoire (système allemand), le patron ou un syndicat facultatif de patrons ou une caisse gérée par l'Etat (le système adopté provisoirement par la Chambre des députés française prévoit ces trois derniers systèmes) il y aura toujours des cas où l'ouvrier, c'est-à-dire l'assuré, se verra forcé d'actionner l'assureur soit pour faire admettre son droit à l'indemnité, soit pour obtenir une indemnité plus élevée. En Allemagne, on a institué une juridiction particulière, celle d'un tribunal arbitral (voir 37 *in fine*), pour connaître des litiges de cette espèce.

du patron l'assurance obligatoire des ouvriers pour tous les cas — force majeure, événement fortuit, défaut de prévoyance ou de précaution de l'ouvrier, lésion involontaire causée par le patron ou par les personnes et les choses dont il répond — en ne laissant à la charge de l'ouvrier que les accidents qu'il a provoqués avec préméditation. C'est là le principe nouveau qui fait le tour de l'Europe, sous la protection du droit public primant le droit privé. (V. 3 et 13.)

## II.

## Les assurances ouvrières en Allemagne.

*Aperçu chronologique.*

16. En Allemagne dans l'origine — comme aujourd'hui en Suisse — on a songé d'abord à l'assurance contre les accidents. Mais cette assurance n'a pas été décrétée d'un seul jet, il y a eu de longs tâtonnements, les premiers essais législatifs ont avorté et finalement on a commencé par l'assurance contre la maladie.

Le premier essai pour créer l'assurance des ouvriers contre les accidents remonte au 8 mars 1881. A cette date, le gouvernement impérial soumettait au Reichstag un premier projet d'après lequel les patrons auraient été tenus d'assurer leurs ouvriers et employés contre les accidents auprès d'une Caisse centrale *(Reichsversicherungs-Anstalt)* que l'Etat aurait créée et administrée. Les primes auraient été couvertes en majeure partie par les patrons et pour une petite part par les ouvriers. En outre l'Empire aurait donné à la Caisse d'assurances un subside annuel pour alléger la charge qui allait peser sur les patrons (v. 10). L'assurance corporative était admise facultativement, c'est-à-dire qu'il devait être permis aux patrons de créer entre eux (v. 33) des corporations assurant en bloc tous les ouvriers des membres de la corporation. Il devait être interdit aux patrons de s'adresser à des compagnies privées pour les assurances créées par la loi.

Le Reichstag, après de longs débats, accepta le principe fondamental du projet de loi, c'est-à-dire l'assurance obligatoire. Il rejeta, par contre, la disposition qui prévoyait un

subside de l'Empire et modifia celle qui créait une Caisse centrale pour tout l'Empire; au lieu de celle-ci, il devait être fondé une Caisse dans chacun des Etats dont se compose l'Empire allemand. Le projet de loi ainsi modifié fut adopté par le Reichstag le 15 juin 1881, mais il n'eut pas l'approbation du Conseil fédéral, qui, d'après la constitution de l'Empire allemand, délibère sur les projets de loi, non seulement avant que ceux-ci soient soumis aux débats du Reichstag, mais encore après que celui-ci les a votés. Sans l'assentiment du Conseil fédéral, aucune loi ne peut être promulguée. C'est un droit de veto législatif. Le Conseil fédéral en usa à cette occasion pour repousser la loi modifiée par le Parlemant dans un sens trop fédéraliste.

Il n'y avait donc rien de fait, mais le gouvernement ne resta pas inactif. La législation qu'il s'agissait de créer devait être un rempart contre le socialisme révolutionnaire. La conception sur laquelle les projets d'assurances reposaient était elle-même socialiste, il est vrai, car elle procédait des idées que Rodbertus et Ferdinand Lassalle avaient autrefois contribué à répandre en Allemagne; mais c'était un socialisme conservateur, se rapprochant du socialisme chrétien qui se montrait très bruyant à cette époque, se confondant avec le socialisme d'Etat que de nombreux adeptes répandaient par leurs écrits et leurs discours, et répondant à certaines tendances politico-sociales de l'esprit germanique. L'idée des assurances ouvrières avait aussi l'appui de la noblesse terrienne prussienne qui la préférait, afin que le champ d'action de la bureaucratie judiciaire ne fût pas augmenté, à une extension de la législation sur la responsabilité des patrons. C'était enfin un moyen de préparer les esprits à l'introduction de certains monopoles, dont le projet était caressé par le chancelier de l'Empire, et de faire comprendre aux classes ouvrières que pour elles le salut devait venir de l'Empire (voir 3). Bref, tout engageait le gouvernement impérial à persévérer dans la voie où il était entré en présentant un premier projet. D'ailleurs, au-dessus de toutes les raisons bonnes ou mauvaises, il y avait la volonté de l'empereur qui était formelle. [1]) On se remit donc à l'œuvre

[1]) Nous avons cru devoir entrer dans ces quelques considérations afin de faire mieux comprendre l'esprit des lois allemandes sur les assurances ouvrières.

en établissant d'abord, avec le concours des gouvernements confédérés et des patrons eux-mêmes, une statistique des accidents de travail (v. 7).

Le 17 novembre 1881, l'empereur Guillaume adressait au Reichstag un message dans lequel il rappelait que ce n'est pas seulement par la répression des excès de la démocratie sociale, mais aussi sur le terrain positif, par le développement du bien-être des ouvriers qu'il faut chercher à guérir les plaies sociales (v. 4). Puis l'empereur demandait au Reichstag, en invoquant la nécessité de donner de nouvelles et durables garanties de la paix intérieure, de créer des assurances ouvrières: 1° contre les accidents de travail; 2° contre la maladie; 3° en faveur des vieillards et des invalides. Il posait en même temps un principe nouveau, qui a prévalu plus tard dans l'organisation des assurances contre les accidents: la création d'associations corporatives remplaçant la Caisse d'assurance de l'Etat (v. 33 et 49).

Ce principe n'était pas celui des libéraux d'alors: ils avaient élaboré un projet qui augmentait la responsabilité civile des patrons et qui, en imposant à ceux-ci l'obligation de fournir des garanties matérielles, les forçait indirectement à assurer leurs ouvriers; les assurances ne devaient être faites qu'auprès des entreprises ou compagnies privées remplissant certaines conditions à déterminer par un règlement.

Quant aux socialistes, ils avaient déposé une proposition d'après laquelle les patrons étaient tenus d'assurer à leurs propres frais tous leurs ouvriers auprès d'une Caisse d'assurance créée et gérée par l'Etat.

Il va sans dire que le nouveau projet du gouvernement fut conforme aux intentions exprimées dans le message de l'Empereur. Le 8 mai 1882 [1]) le Reichstag était saisi d'une proposition de loi sur l'assurance contre les accidents et d'une deuxième proposition de loi relative à l'assurance obligatoire des ouvriers contre la maladie. Ces deux projets étaient combinés entre eux de la façon suivante: l'assurance contre les accidents et contre la maladie devenaient obligatoires; tout ouvrier victime d'un accident était secouru pen-

---

[1]) Ce n'est pas pour faire une page d'histoire allemande que nous indiquons ces dates, mais pour montrer combien l'Allemagne a mis de temps à aboutir en créant les assurances ouvrières dont l'utilité en principe n'était sérieusement contestée par personne.

dant les 13 premières semaines par la Caisse des malades; dans les cas graves entraînant une incapacité de travail de plus de 13 semaines et dans les cas de décès, les secours étaient donnés à partir de la 13me semaine par la Caisse des accidents; les frais de l'assurance contre la maladie étaient supportés par les ouvriers avec une forte participation des patrons; ceux de l'assurance contre les accidents par les patrons seuls; les assurances devaient être organisées sous la forme d'associations corporatives.

17. La commission du Reichstag mit beaucoup de temps à discuter la loi sur les assurances contre la maladie. Celle-ci fut adoptée par le Reichstag avec de nombreuses modifications; acceptée par le Conseil fédéral, elle fut promulguée le 15 juin 1883.

18. Quant à l'assurance contre les accidents, il n'y eut rien de fait en 1883. L'Empereur était revenu à la charge en adressant le 14 avril 1883 un nouveau message au Reichstag, et il avait obtenu de cette assemblée qu'elle discutât un an à l'avance le budget de 1884—85[1]), afin de laisser la session de l'hiver 1883 à 1884 libre pour la discussion des projets de loi politico-sociaux. Toutefois la commission du Reichstag n'avançait pas dans ses travaux. Elle délibérait, il est vrai, mais les principes étaient sans cesse remis en cause, et les commissaires du Conseil fédéral, qui prenaient part aux débats, durent se convaincre que si l'on voulait arriver à un résultat, il fallait en tout cas abandonner l'idée d'une subvention de l'Empire, que tous les partis du Reichstag étaient unanimes à repousser, tandis que le gouvernement y voyait un moyen de faire comprendre aux ouvriers toute l'étendue de sa sollicitude. Les commissaires reconnurent aussi qu'il fallait modifier l'organisation projetée des corporations ou syndicats d'assurance. Cette organisation était en effet très-compliquée; certains syndicats étaient à la fois régionaux et professionnels, d'autres n'étaient que régionaux: l'ensemble manquait de système.

Dans cette situation, le gouvernement se décida à laisser tomber son projet et à en établir un nouveau, c'est-à-dire un troisième, qu'il présenta au Reichstag le 6 mars 1884.

---

[1]) En Allemagne l'année budgétaire ou fiscale commence le 1er avril et finit au 31 mars de l'année suivante.

La commission consacra vingt-six séances laborieuses à le discuter et à l'amender. Le 11 juin elle déposait son rapport, et bientôt après le Reichstag adoptait avec quelques modifications le projet de sa commission. Le Conseil fédéral accepta la loi à son tour, et elle fut promulgée le 6 juillet 1884.

Ainsi à ce moment deux lois étaient rendues:

celle du 15 juin 1883 sur les assurances ouvrières contre la maladie *(Reichsgesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883)*;

celle du 6 juillet 1884 sur l'assurance contre les accidents *(Unfallversicherungsgesetz, vom 6. Juli 1884)*.

19. D'autres lois se sont succédé dans les années suivantes. Nous regrettons de ne pouvoir, faute de place, en faire l'historique. Voici l'énumération de ces lois:

Le 28 janvier 1885, on promulguait une loi modifiant les dispositions de celle du 15 juin 1883 relatives à la participation des ouvriers aux Caisses libres ou Sociétés de secours mutuels. *(Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter.)*

Le 28 mai 1885, une nouvelle loi étend les assurances contre les accidents et les maladies à toutes les entreprises de transport sur terre et sur les eaux intérieures, en y comprenant les postes, télégraphes et chemins de fer et tous les chantiers de l'Etat (arsenaux de la marine et de la guerre, etc.), et à une série de corps de métiers qui touchent aux transports par terre ou par eau (emballeurs, mesureurs, veilleurs, arrimeurs, etc.) (*Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung, vom 28. Mai 1885.*)

Le 15 mars 1886, promulgation d'une loi concernant les secours à accorder aux fonctionnaires et autres personnes de l'état militaire dans les cas d'accidents d'ouvrage. *(Gesetz betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886.)*

Le 5 mai 1886, une nouvelle loi d'une très grande importance englobe dans les assurances tous les ouvriers agricoles et forestiers qui jusque là, vu leur grand nombre et le caractère très spécial de leur travail, de leur genre de vie et de leur rémunération, avait été exclus, sauf les cas où les communes, par prescription statutaire (v. 21), astreignaient les ouvriers de cette catégorie à l'assurance contre la maladie. *(Gesetz betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886.)*

La loi du 11 juillet 1887 prescrit l'assurance contre les accidents des personnes employées à des travaux de construction. *(Reichsgesetz betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887.)*

Une loi du 13 juillet 1887 est relative à l'assurance contre les accidents des marins et des autres personnes occupées par la navigation maritime. *(Gesetz betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt betheiligter Personen, vom 13. Juli 1887.)*

Une loi en préparation étendra l'assurance contre les accidents aux artisans, en tant que les lois rendues jusqu'ici ne les touchent pas encore, aux pêcheurs, aux domestiques et aux employés de commerce.

Cette énumération, accompagnée de quelques détails historiques, était nécessaire pour faire comprendre l'agencement des différentes parties de la législation politico-sociale que l'Allemagne s'est donnée en matière d'assurances ouvrières, et qui, dans l'esprit de ceux qui en ont conçu le plan, doit être complétée par une innovation plus hardie encore que toutes les autres, par la création de pensions de retraite pour tous les invalides du travail.

*L'assurance contre la maladie.*

20. Quand on commença à discuter les assurances contre la maladie, il y avait en présence deux systèmes diamétralement opposés: l'un, d'après lequel elles auraient été entièrement centralisées entre les mains de l'administration de l'Empire, devenant l'assureur central et unique; l'autre, d'après lequel on aurait prononcé l'obligation de l'assurance, mais en laissant les assurés libres de se constituer entre eux en Caisses ou Sociétés, ou de se rallier, soit à des institutions déjà existantes, soit à de nouveaux organismes que des tiers auraient établis. La loi actuelle, qui n'a pas été créée d'une seule pièce et qui n'est pas née en un seul jour, tient le milieu entre les deux systèmes, mais elle penche visiblement vers le second: l'obligation de l'assurance et la liberté des institutions d'assurance. Cette liberté, elle ne la donne pas complète, tant s'en faut, mais elle en laisse subsister plus que des vestiges. En allemand un jeu de mots: *Kassenzwang*[1])

[1]) Déjà avant la promulgation de la loi les communes en Prusse pouvaient prononcer le *Hilfskassenzwang* par voie statutaire, c'est-à-dire l'obligation pour les salariés d'entrer dans une caisse de secours contre la maladie. — La loi bernoise sur l'industrie du 7 novembre 1849 dit à l'article 89: « Dans chaque district il sera établi pour les ouvriers une caisse de malades et de secours. Si la demande en est faite, il pourra aussi en être établi pour une ou plusieurs localités seulement. Chaque ouvrier étranger

*und nicht Zwangskassen*, a servi à caractériser la loi. Cette expression veut dire que l'on est forcé d'entrer dans une Caisse de secours, mais que, dans une certaine mesure, il n'y a pas de Caisses obligatoires. En d'autres termes, l'assurance est obligatoire pour les catégories de personnes pour lesquelles la loi est faite, mais dans certaines limites ces personnes ont le choix pour le mode d'assurance.

Un autre caractère de la loi, c'est de n'être pas centralisatrice, mais fédérative et décentralisatrice. Ce n'est pas l'Empire qui gère les assurances ouvrières. Il a rendu la loi et a décrété des normes très détaillées qui doivent être suivies partout, il établit la statistique générale, mais l'exécution proprement dite de la loi est confiée aux différents Etats, et dans chacun de ceux-ci, autant que possible, à l'instance inférieure de l'organisme administratif, c'est-à-dire aux communes, qui sont, du reste, les premières intéressées, car en diminuant les causes d'appauvrissement de la classe ouvrière on allège les communes d'une partie des charges de l'assistance publique qui pèsent sur elles (v. 62).

21. Le principe essentiel de la loi, c'est l'assurance obligatoire des ouvriers occupés d'une façon permanente dans l'industrie (fabriques, mines, minières, salines, carrières, usines, hauts-fourneaux, chemins de fer, navigation fluviale à vapeur, chantiers, entreprises de construction), dans les métiers et autres industries analogues, et dans les établissements qui font usage de chaudières à vapeur ou d'une force naturelle (vent, eau, vapeur, gaz, air chauffé, etc.) lorsque l'emploi n'en est pas purement accidentel ou temporaire. L'assurance est également obligatoire pour les employés inférieurs (contre-

---

au canton est tenu de verser dans cette caisse une cotisation dont le montant sera fixé par le Conseil exécutif.» L'article 49 de la loi du 1er juillet 1857 sur les secours publics énumère les ressources affectées à la création et à l'alimentation des caisses de malades: cotisations des ouvriers étrangers, droits d'entrée et d'entretien des ouvriers et domestiques ressortissants au canton, legs, dons, quêtes, subsides de l'Etat. Dans plusieurs communes ces prescriptions sont restées à l'état de lettre morte; du reste elles portaient sur les secours à donner aux nécessiteux et aux indigents et ne visaient que très timidement le but de prévenir la misère et l'indigence. — Une loi récente du canton de St-Gall a créé l'assurance obligatoire contre la maladie pour tous les « séjournants » *(Aufenthalter)* âgés de plus de 18 ans.

maîtres, etc.) qui, en raison de la modicité relative de leur salaire — moins de 8 fr. 32 c. par jour — se trouvent dans une situation matérielle analogue à celle des ouvriers proprement dits. En outre, certaines catégories de personnes, qui ne sont pas soumises par la loi à l'obligation pure et simple, peuvent, par une décision de la commune, de l'arrondissement ou du district, du département ou de la province, être astreintes à s'assurer contre la maladie; ce sont principalement les employés de commerce, les petits patrons et les ouvriers qui pratiquent l'industrie à domicile pour le compte d'un fabricant, les employés de certaines entreprises de transports (tramways, camionnage, voitures de place, etc.), les ouvriers agricoles et forestiers, et enfin ceux des ouvriers qui rentreraient dans les catégories de la loi s'ils étaient employés d'une façon permanente, et qui sont engagés pour moins d'une semaine. La loi dite d'extension du 28 mai 1885 (v. 19) a fait en outre tomber sous l'application de la loi du 15 juin 1883 les ouvriers, etc., employés à tout travail se rapportant aux administrations des Postes, Télégraphes et Chemins de fer, ainsi qu'à tout ouvrage dépendant des administrations de la Guerre et de la Marine, y compris les constructions que ces administrations font faire à leurs propres frais [1]) : aux travaux de dragage, de voiturage, de na-

[1]) En France, un arrêté du 15 décembre 1848 a réglé les secours à donner, en cas de maladie ou d'accident, aux ouvriers des chantiers publics. Cet arrêté dit: « Considérant que les soins et les secours à donner aux ouvriers, en cas de maladie ou d'accidents éprouvés pendant les travaux, constituent une charge réelle des entreprises, une dette imposée par les règles du droit, aussi bien que par la loi de l'humanité; qu'en vertu de ce principe, l'Assemblée nationale, par le décret du 15 juillet, a imposé aux associations d'ouvriers l'obligation d'opérer sur le montant des salaires une retenue destinée à subvenir à cette dépense; que l'Etat doit, de son côté, établir la même retenue sur les sommes attribuées aux entrepreneurs pour main-d'œuvre, et supporter lui-même la dépense lorsque les travaux seront exécutés en régie ... Arrête : .. Art. 3. — Les ouvriers atteints de blessures ou de maladies occasionnées par les travaux, après avoir reçu sur place les premiers secours de l'art, seront soignés gratuitement à l'hôpital ou à domicile. Art. 4. — Pendant la durée de l'interruption obligée de travail, qui devra être constatée par un certificat du médecin, ils recevront la moitié du salaire qu'ils auraient pu gagner s'ils avaient continué à travailler. Art. 5. — Lorsque par suite de blessure ils seront devenus impropres au travail de leur profession, on leur

vigation intérieure, de flottage, de passage par bacs ou bateaux, de remorquage, d'expédition, d'emmagasinage ou d'encavage, et au travail industriel d'emballeur, de chargeur, de peseur, de mesureur, de visiteur, etc. Ainsi pour les uns l'assurance est obligatoire de par la loi, et c'est là le grand nombre; pour les autres, elle peut devenir obligatoire de par une décision prise par la commune ou par une instance administrative. Enfin la loi accorde encore toute espèce de facilités aux personnes de la classe ouvrière qui ne sont pas forcées de s'assurer, mais qui désirent le faire, ainsi qu'à celles qui sont momentanément sans travail.

Un autre principe de la loi, c'est que l'assurance se fait non pas au domicile de l'ouvrier, mais au siège de son travail:[1]) ainsi l'ouvrier de Cannstadt qui travaille à Stuttgart, est assuré, non pas à Cannstadt, mais à Stuttgart.

22. Quant aux institutions donnant l'assurance contre la maladie, la loi en énumère toute une série. D'abord les Caisses créées par la loi, c'est-à-dire les Caisses locales (*Ortskrankenkassen*), embrassant une ou plusieurs catégories de métiers et pouvant s'étendre, si besoin en est, à plusieurs communes à la fois, par exemple, à toutes celles d'un arrondissement, d'un district, pour former une seule Caisse qui continue, par un abus de langage, à s'appeler Caisse locale. Ensuite nous trouvons toute une catégorie de caisses qui existaient en partie avant que la loi fût faite: les Caisses de fabrique (*Betriebskrankenkassen*), les Caisses d'entreprises temporaires de construction (*Baukrankenkassen*), les Caisses de corporation (*Innungskrankenkassen*), les Caisses des mines (*Knappschaftskassen*). En troisième lieu, les anciennes Caisses ou Sociétés mutuelles (*Eingeschriebene oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen*), qui ont dû conformer leurs statuts à certaines prescriptions de la loi. Puis enfin, complétant l'édifice, l'Assurance communale (*Gemeindekrankenversicherung*), institution auxiliaire donnant à ceux qui ne font pas partie d'une Caisse les bénéfices de

---

allouera la moitié de leur salaire pendant une année, à partir du jour de l'accident. » L'arrêté dit en outre qu'une indemnité doit être donnée à la veuve si l'ouvrier blessé vient à mourir.

[1]) Cette disposition complique le contrôle à exercer sur les malades pour éviter les cas de simulation.

l'assurance contre l'incapacité de travail par suite de maladie.

Ce système qui, à première vue, paraît trop compliqué, se résume en ceci : l'ouvrier doit faire partie d'une caisse, et s'il n'est affilié à aucune, c'est la commune municipale qui l'assure. Celle-ci touche la cotisation ou prime telle que la loi l'a fixée ; en cas de maladie elle délivre les secours également fixés par la loi : voilà l'Assurance communale.

*Mutatis mutandis,* cela rappelle certaines dispositions de nos lois militaires suisses : le milicien fantassin est obligé de faire partie d'une société de tir et de brûler un certain nombre de cartouches par an ; s'il n'est pas membre d'une société de tir, on l'appelle à un service militaire extraordinaire pour tirer à la cible.

Les communes auxquelles il a été réservé un rôle important dans l'exécution de la loi ont cherché en première ligne à provoquer, là où il y avait lieu, la création de Caisses de fabrique, dont chacune embrasse les ouvriers d'un même établissement industriel. Ensuite on a créé les Caisses dites locales, la plupart du temps en s'associant à d'autres communes, surtout dans les districts ruraux. Ce qui est resté alors d'ouvriers, déduction faite de ceux que le hasard a appelés à faire partie des Caisses d'entreprises de construction, qui n'ont généralement qu'une durée restreinte, des Caisses de corporation et des Caisses d'ouvriers mineurs a été inscrit dans l'Assurance communale, à moins qu'il ne se soit agi de membres de sociétés ou Caisses mutuelles ayant adapté leurs statuts aux exigences de la loi.

23. C'est l'Assurance communale qui donne les secours les plus minimes : pendant treize semaines le traitement médical et une indemnité de chômage égale à la moitié du salaire habituel d'un journalier. C'est elle aussi qui exige les cotisations les plus faibles : un et demi ou au plus deux pour cent du salaire d'un journalier. Dans cette cotisation est comprise la part du patron qui est de moitié moins élevée que celle de l'ouvrier. S'il y a déficit, c'est-à-dire si les recettes ne couvrent pas les frais, c'est la commune qui fait les avances nécessaires sauf à se rembourser plus tard sur le fonds de réserve de l'Assurance. Quant à l'administration, c'est la commune qui est tenue de s'en charger gratuitement.

Tel n'est pas le cas pour les Caisses locales qui supportent elles-mêmes les frais de leur administration. Les indemnités de chômage accordées aux malades y sont aussi plus élevées: elles se calculent d'après le salaire réel des ouvriers pourvu que celui-ci ne dépasse pas 5 fr. par jour. L'assurance payée par les Caisses locales comprend aussi des secours aux femmes en couche, et une indemnité mortuaire aux survivants de l'assuré si celui-ci vient à mourir. Les cotisations peuvent s'élever jusqu'à 3 % du salaire; comme dans l'Assurance communale le patron y contribue pour sa part, qui est le 50 % de celle de l'ouvrier assuré.

Nous retrouvons des principes analogues pour les Caisses de fabrique. En outre, s'il y a déficit, c'est le patron qui le couvre sans qu'il ait droit à un remboursement. C'est lui aussi qui supporte les frais d'administration de la Caisse de fabrique.

24. Les communes ont eu tout intérêt à pousser à la création de Caisses de fabrique ou de Caisses locales. Elles ont dû, il est vrai, dresser les statuts de ces dernières; en revanche elles ne sont pas chargées de l'administration, elles n'ont pas de frais à supporter et d'avances à faire.

Les ouvriers aussi préfèrent les Caisses à l'Assurance communale. Celle-ci ne représente, si l'on peut s'exprimer ainsi, que le prolétariat de l'assurance. L'ouvrier est inscrit pour verser sa cotisation et pour toucher les secours s'il devient malade. Mais, en dehors de cela, aucun lien ne l'y rattache.

Dans les Caisses au contraire, la commune, avant de dresser les statuts de la Caisse locale, et le patron, avant de rédiger ceux de la Caisse de fabrique, ont été tenus par la loi d'entendre les ouvriers intéressés. La loi abandonne aux ouvriers assurés la nomination de deux tiers des membres du comité de la Caisse, qu'ils peuvent désigner à leur guise, [1]) un tiers étant au choix des patrons parce que ces derniers paient les tiers des cotisations. Les ouvriers disposent aussi, directement ou par des délégués, des deux tiers de voix dans des assemblées générales dont la compétence est assez étendue. Il y a là une portion de ce qu'on appelle en allemand la *Selbst-*

[1]) Cette disposition a eu entre autres pour résultat de donner aux femmes assurées le droit de vote.

*verwaltung*, le droit de prendre part soi-même à l'administration sous laquelle on est placé.

25. Si entre l'Assurance communale et les Caisses de fabrique et locales le choix n'est pas difficile pour l'ouvrier, il en est autrement quand il s'agit pour lui de se décider entre ces Caisses et les anciennes sociétés mutuelles. La tradition et l'esprit de solidarité le retiennent dans les sociétés, qui ne sont composées que de ses pairs [1]). Pourvu que ces sociétés se conforment aux prescriptions de la loi et qu'elles y adaptent leurs statuts, leur indépendance est à peu près complète. Elles sont soumises, il est vrai, à une certaine surveillance de l'Etat; en dehors de celle-ci elles se gouvernent entièrement par elles-mêmes, sans ingérence des patrons. D'un autre côté ces sociétés ne jouissent pas des avantages matériels que la loi concède aux Caisses locales et de fabrique. Le patron ne paie pas de ses propres deniers le tiers des cotisations. Si il se produit un déficit, les sociétaires le supportent. La Caisse n'est pas administrée gratuitement, tandis que la Caisse de fabrique est gérée aux frais du fabricant. Un maximum des contributions ou cotisations n'est pas fixé par la loi, et en cas de déficit, la Société n'est couverte ni par la commune ni par les patrons. La gratuité des secours médicaux peut dans un grand nombre de sociétés être remplacée par un supplément de l'indemnité en argent, lequel, dans les maladies graves, n'est pas, il faut le reconnaître, un équivalent réel. Enfin les Sociétés mutuelles libres ne peuvent

---

[1]) La plus grande des caisses libres est la Caisse centrale pour les secours en cas de maladie et de décès des menuisiers. Elle comptait en 1887 dans 720 sections 71,664 membres répandus sur tout le territoire allemand. Les recettes se sont élevés à 1,576,510 marcs; les dépenses à 1,463,674 marcs. La fortune de la Société s'élevait à la fin de l'année à 506,427 marcs, dont 393,675 marcs étaient attribués au fonds de réserve proprement dit. Il y a eu 36,066 cas de maladie représentant 603,079 journées de maladie; 2241 cas de maladie avec 40,771 journées de maladie provenaient d'accidents de travail. Il est mort 653 membres, dont 331 de phthisie pulmonaire et 14 à la suite d'accidents de travail. Chaque cas de maladie a représenté en moyenne 16 $^2/_3$ journées de maladie indemnisées à raison de 2 m. 90. Les cas de décès ont entraîné une indemnité moyenne de 73 m. 60 pour chaque cas. Cette caisse est administrée par les ouvriers seuls, ce qui prouve que même abandonnés à leurs propres forces les ouvriers savent manier des chiffres considérables et faire face à une organisation fort étendue.

pas comme les Caisses, faire rentrer les cotisations arriérées par la voie administrative, par contrainte, mais elles se voient obligées d'avoir recours à la voie judiciaire qui est moins simple et plus coûteuse.

26. La loi du 15 juin 1883 impose aux patrons l'obligation de faire inscrire leurs ouvriers dans les Caisses de fabrique. Les patrons ne sont pas très enthousiastes de cette obligation, et cela s'explique, car non seulement ils ont à payer de leurs deniers le tiers des cotisations, ou, pour parler le langage des assurances, le tiers des primes, mais encore à verser *praenumerando* les deux tiers qui sont à la charge des ouvriers. C'est l'autorité communale qui doit contrôler si les patrons remplissent leurs obligations. Dans une commune de peu d'étendue, dans un village, dans un bourg, dans une petite ville, où chacun se connaît, ce contrôle est facile. Il n'en est pas de même dans les grandes villes, surtout quand le nombre des Caisses y est considérable.[1]) Dans les régions officielles, il y a une certaine tendance à faire supporter aux patrons autant de charges que possible. Les patrons s'efforcent de faire école dans un autre sens. Quelques-uns d'entre eux pratiquent autant qu'ils le peuvent le système de la répercussion, en cherchant en silence à diminuer du montant de leur quote-part de cotisation le salaire des ouvriers, ou en exigeant de ceux-ci qu'ils signent des revers par lesquels ils s'engagent soit à consentir à une pareille déduction, soit à entrer dans une Caisse libre. Les autorités de surveillance ont cherché à réagir contre ces manœuvres, mais il n'est pas certain qu'elles y aient toujours réussi. Nous voyons se reproduire ici un phénomène général. Le caractère obligatoire de l'assistance, ou de la contribution, de la coopération, endurcit les cœurs. On sait quelles cruautés se manifestent parfois dans l'application des divers systèmes d'assistance publique et forcée, soit par la commune d'origine

---

[1]) Un travail paru dans le *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft (11. Jahrgang, 2. Heft)* explique que, dans les grandes villes, il y a avantage à ne pas multiplier les caisses dites locales, en réunissant dans une même caisse les ouvriers d'industries similaires, mais qu'il vaut mieux faire des caisses par quartiers, parce qu'alors le contrôle et la visite des malades sont plus faciles, les frais moindres et parce qu'il s'établit une meilleure compensation des risques.

ou bourgeoise, soit par la commune du domicile, tandis qu'au contraire l'assistance libre conserve presque toujours son caractère de charité quand elle ne tombe pas dans les travers confessionnels. En matière d'assurances contre la maladie, la même cause produit les mêmes effets: tel patron qui aurait de tout cœur donné des contributions volontaires à une Caisse de malades créée librement en faveur de ses ouvriers, resserre les cordons de sa bourse quand c'est au nom de la loi qu'on vient exiger sa quote-part. Quelques patrons ont été surtout revêches vis-à-vis de l'obligation de créer une Caisse de fabrique obligatoire, qui peut leur être imposée quand ils occupent plus de cinquante ouvriers. Ils ont eu tort, à notre avis, car l'administration de ces Caisses étant composée pour un tiers de délégués du patron et pour deux tiers d'ouvriers assurés, il ne tarde pas à s'établir entre les uns et les autres des relations amicales basées sur une estime réciproque. [1]) On n'a pas à craindre que les membres ouvriers des comités d'administration des Caisses favorisent les abus: ils sont les plus ardents à surveiller leurs camarades et à signaler les cas de simulation de maladie.

27. L'un des abus les plus fréquents est la double assurance. L'ouvrier paresseux et malhonnête cherche à se faire inscrire dans deux ou plusieurs Caisses à la fois; il a alors tout intérêt à faire le paresseux en touchant ses petites rentes de malade. La loi et les règlements ont prévu ce cas, mais il est impossible d'empêcher toutes les contraventions. Plus les affaires vont mal ou, en d'autres termes, plus l'ouvrage est rare, et plus les ouvriers seront enclins à simuler une maladie. Ceci nous explique pourquoi, par exemple, l'industrie du bâtiment, à laquelle les intempéries de l'air imposent des chômages forcés, sans compter ceux qu'engendre la crise des affaires, a plus de cas de maladie que toutes les autres

[1]) On ne saurait reprocher à la loi allemande de forcer les ouvriers à rester toujours au service du même patron, c'est-à-dire sous sa dépendance. Le principe de l'obligation entraîne celui de la *Freizügigkeit,* du passage libre d'une caisse à une autre. On sait que le reproche de créer le servage des ouvriers est adressé par les « socialistes de la chaire » aux institutions philanthropiques (*Wohlfahrtseinrichtungen)* créées par les fabricants. Ce reproche a trouvé son expression la plus caractéristique dans le pamphlet écrit par le Dr Herkner contre l'industrie mulhousienne.

industries. Les accidents y sont nombreux, il est vrai, mais le travail se fait presque toujours en plein air et, sauf chez les tailleurs de pierres et les peintres de bâtiment, il ne dispose pas à la maladie.

En général, la simulation est une des plaies des assurances obligatoires. Les plaintes sont unanimes à cet égard; de toutes parts on demande l'organisation d'un contrôle très sévère et l'application de fortes pénalités. Contrôle et pénalités: on pouvait s'attendre à ce corollaire de l'assurance forcée, mais l'expérience a donné des résultats beaucoup plus mauvais encore que ceux auxquels on était résigné d'avance. Un journal officieux de Berlin citait en 1886 l'exemple d'une Caisse de mineurs *(Knappschaft)*. L'indemnité de maladie avait été en 1883 de 84 pfennigs en moyenne par jour; en 1885, on l'a portée à 116 pfennigs: le nombre des jours de maladie est alors monté de 33,134 à 44,576, et le total des indemnités s'élevait de 27,863 à 51,807 marcs. Or, les mineurs, qui ont pratiqué de tout temps l'esprit de solidarité, exercent entre eux un contrôle actif que favorisent toutes les circonstances dans lesquelles ils se trouvent. Si la simulation a fait chez eux de pareils progrès, que doit-il arriver dans les grandes Caisses locales des villes auxquelles appartiennent plusieurs milliers d'ouvriers qui ne se connaissent pas, qui ne travaillent pas en commun et qui, sans doute, quand il s'agit d'escamoter l'argent de quelques journées de maladie au détriment de la caisse commune, ont la conscience aussi légère que toutes ces personnes, fort honorables pour le reste, qui ne croient pas contrevenir à certain commandement de Dieu quand elles trompent le fisc et la douane? La misère engendre le vice; les assurances ouvrières destinées à combattre la misère doivent, par conséquent, avoir une action moralisatrice; mais, d'après ce qui se passe, il faut avouer qu'elles ont bien aussi certains côtés regrettables.

28. Il faudrait parler aussi des démêlés d'un grand nombre de Caisses avec le corps médical et des discussions interminables sur le point de savoir si les assurés doivent être libres dans le choix du médecin, ou s'ils doivent être tenus de s'adresser au médecin officiel de la Caisse, ainsi que sur le meilleur système de rétribution du médecin (à for-

fait ou par consultation ou visite). Mais ce sont là des sujets spéciaux dont l'exposé nous entraînerait trop loin.[1])

29. La majeure partie des Caisses ne font pas de déficits; même sans percevoir le maximum des cotisations prévues par la loi, plusieurs d'entre elles réalisent des excédents actifs assez considérables. En 1885, les 18,776 Caisses de malades qui avaient fonctionné pendant cet exercice ont réalisé un excédent de recettes de 12,731,569 marcs et elles possédaient ensemble au 31 décembre un capital de 24,959,601 marcs comme fonds de réserve provenant en partie d'épargnes antérieures faites par les Caisses de création ancienne.

30. Voici un peu de statistique pour 1886, les nombres entre parenthèses donnant les chiffres correspondants pour l'année 1885: Nombre total des Caisses 19,238 (18.776), dont 1343 Caisses dites inscrites ou sociétés mutuelles libres avec 731,943 (730,722) membres, 479 Caisses existant en vertu de lois des Etats particuliers avec 148,644 (143,785) membres, 288 Caisses de corporations ou abbayes avec 32,013 (24,879) membres, 105 Caisses d'entreprises de construction avec 32,013 (24,879) membres, 5615 Caisses de fabrique avec 1,314,216 (1,261,200) membres, 3738 Caisses locales avec 1,701,305 (1,538,888) membres, 7170 assurances communales avec 629,069 (586,584) membres. Le nombre total des membres ou assurés a été de 4,570,087 (4,294,173). Les dépenses de toutes les caisses se sont élévées à 58,745,488 marcs (52,646,826). Les dépenses ont donc augmenté de 11,58 pour cent, tandis que l'augmentation du nombre des membres n'a été que de 6,48 pour cent. Le 90,36 pour cent des dépenses a été affecté aux secours; le reste a passé en frais d'administration ou a été mis dans les fonds de réserve.

---

[1]) Les comptes d'apothicaire donnent aussi lieu à des plaintes. Par circulaire de décembre 1887 adressée aux médecins d'arrondissement, le président du départemant de la Basse-Alsace relève les faits suivants: pour certains médicaments les pharmaciens comptent 20 pfennigs pour la filtration alors que celle-ci n'est ni prescrite ni nécessaire; ils comptent pour l'eau de fontaine plus que la taxe de 5 pfennigs; si le même médicament (*Acidum benzoïcum*, *Amylum, species pectorales*, etc.) a deux cotes dans la taxe, les pharmaciens portent la plus élevée en compte. Ils vendent les bandages trop chers. Les médecins d'arrondissement sont chargés de faire la revision des recettes et des comptes.

Les Caisses libres ont eu à elles seules 10,249,309 marcs (10,037,429) de dépenses.

*L'assurance contre les accidents.*

31. L'article 1er de la loi du 6 juillet 1884 pose le principe de l'assurance obligatoire contre les accidents et détermine les catégories de personnes qui y sont soumises: les ouvriers et employés — ceux-ci en tant que leur salaire annuel ne dépasse pas fr. 2500 — occupés dans les mines, salines, établissements de préparation ou de lavage du minerai, carrières, minières à ciel ouvert, chantiers de construction de bâtiments, fabriques[1]) et forges; puis les ouvriers maçons, charpentiers, couvreurs, tailleurs de pierres, puisatiers, ramoneurs; les ouvriers des établissements où il est fait emploi de chaudières à vapeur ou de machines mues par le vent, l'eau, le gaz, l'eau chaude, etc.; les ouvriers de chemins de fer et de navigation; enfin, les ouvriers occupés dans les constructions si le conseil fédéral le décide.[2]) La loi d'extension du 28 mai 1885 (v. 19) a étendu l'assurance obligatoire aux ouvriers déjà énumérés au n° 21.

---

[1]) Sont considérés comme fabriques les établissements industriels employant plus de dix personnes, ceux qui produisent des objets explosibles et ceux qui sont désignés par l'office impérial des assurances.

[2]) La loi votée en première délibération par la Chambre des députés française le 29 mai 1888 dit: « Art. 1er. Tout accident, survenu dans leur travail, aux ouvriers et employés, donne droit au profit de la victime ou de ses ayants droit, à une indemnité dont l'importance et la nature sont déterminées ci-après: Sont seuls admis, quant à présent, à bénéficier de cette disposition, les ouvriers et employés, occupés, même pour le compte de l'Etat, des communes ou des établissements publics, dans les usines, manufactures, fabriques, chantiers ou travaux de construction et de bâtiments, entreprises de transports, de chargements ou de déchargements, magasins publics, mines, minières, carrières, travaux souterrains, et en outre: 1° dans tout travail dans lequel on produit ou emploie des matières explosibles; dans tout travail industriel, agricole ou forestier dans lequel il est fait usage, soit de machines-outils, soit de machines à vapeur, soit de toute autre machine mue par une force élémentaire ou par des animaux. L'indemnité est à la charge du chef de l'entreprise quelle qu'ait été la cause de l'accident. Toutefois, il ne sera dû aucune indemnité à la victime qui aurait agi dans une intention criminelle. »

32. Les patrons ou exploitants sont tenus d'assurer, à leurs seuls et propres frais, leurs ouvriers ou employés inférieurs contre les accidents occasionnant la mort ou dont les suites se font encore sentir au bout de treize semaines après l'accident. Pendant ces treize premières semaines, les secours sont fournis par les Caisses d'assurance contre la maladie ou, si par hasard l'ouvrier n'était pas assuré, par son patron. Par voie réglementaire, l'assurance peut être étendue aux employés ayant plus de fr. 2500 de traitement par an. Les patrons eux-mêmes peuvent être admis à s'assurer.

33. L'assurance ne se fait pas auprès de compagnies privées, car celles-ci sont complètement exclues, mais par des corporations de patrons exerçant des industries similaires *(Berufsgenossenschaften)*. Ces corporations embrassent soit le territoire entier de l'Empire, soit une partie du territoire. Le groupement n'a pas été donné par la loi. Les industriels l'ont fait eux-mêmes dans les limites légales et en suivant les conseils de l'autorité supérieure de surveillance appelée à le sanctionner. Au 31 décembre 1886, on comptait soixante-deux de ces corporations. Celles qui embrassaient tout le territoire allemand étaient celles des mines, des carrières, de la mécanique fine, des instruments de musique, de la verrerie, de la céramique, de la briqueterie, des produits chimiques, du gaz et des conduites d'eau, du lin, de la soie, de la fabrication du papier, des industries accessoires du papier, du cuir, de la meunerie, des produits alimentaires, de la fabrication du sucre, de la distillerie, de la brasserie et malterie, de la fabrication du tabac, du vêtement, du ramonage, de la typographie et gravure sur bois, des chemins de fer, des tramways, du commerce d'expédition, d'emmagasinage et encavage, du voiturage: en tout vingt-sept. Ainsi un meunier du Wurtemberg fait partie d'une corporation dans laquelle il a pour collègues les meuniers de toutes les autres parties de l'Empire, de la Silésie, du Hanovre, de la Hesse, etc., et tous ensemble ils assurent, à frais et risques communs, tous leurs ouvriers. Ils forment une compagnie mutuelle d'assurances contre les accidents, qui a pour clientèle forcée et obligatoire tous les garçons meuniers travaillant sur territoire allemand. Mais, entre ce genre d'assurances et celui que l'on connaissait jusqu'ici, il y a cette énorme différence que les assureurs qui règlent les sinistres supportent

aussi le poids des primes, tandis que dans les assurances ordinaires, l'assuré doit verser des primes à l'assureur s'il veut avoir droit au règlement des sinistres. [1])

Certaines industries occupent trop d'ouvriers pour qu'il ait été possible de les réunir dans une seule corporation. Telle est par exemple celle du fer et de l'acier. Aussi a-t-on créé pour cette seule industrie sept corporations: l'une comprend le sud de l'Allemagne (une grande partie de la Bavière, le Wurtemberg, le grand-duché de Bade, la Hesse et l'Alsace); la deuxième s'étend au pays de Trèves dans la province rhénane, à la Lorraine et à deux districts bavarois; une troisième à la province rhénane sans Trèves, et à la Westphalie; une quatrième à la Saxe et à la Thuringe; une cinquième au Nord-Est de l'Empire (Brandebourg, Poméranie, Prusse orientale et occidentale); une sixième à la Silésie et à la Posnanie; une septième à tout le pays au nord et à l'ouest de Magdebourg jusqu'au bord de la mer. Comme on le voit, les corporations enjambent le plus souvent sur les frontières politiques qui séparent les États confédérés. L'industrie des métaux précieux et non précieux, autres que le fer et l'acier, a fourni trois corporations. Dans l'industrie textile, il y a huit corporations, y compris celle de la soie. La Silésie, l'Alsace-Lorraine, la Prusse rhénane unie à la Westphalie et la Saxe ont été admises à former chacune pour soi une corporation textile embrassant tous les degrés de cette industrie, filature, tissage, apprêts, imprimerie, blanchissage, broderie, etc., pour plusieurs branches de matières premières: coton, jute, laine, vigogne, chanvre, cheveux, etc. L'industrie du bois, qui embrasse toutes les spécialités, depuis la menuiserie grossière et l'imprégnation des poteaux télégraphiques jusqu'à la fabrication des crayons et des parasols, a fourni trois corporations. L'industrie du bâtiment et du génie civil a donné douze corporations.

Avec le temps il y aura des remaniements; la loi les admet. Elle prévoit aussi le cas d'insolvabilité d'une corporation; c'est sur l'empire ou, si la corporation ne dépassait

---

[1]) Il y aurait beaucoup à dire, au point de vue juridique et de la justesse des définitions, sur les *assurances* obligatoires de l'Allemagne, mais nous n'avons à nous occuper ici que de leur côté pratique et politico-social.

pas les limites d'un Etat confédéré, sur ce dernier que retombe alors la responsabilité pour les engagements de la corporation.

Les corporations, administrées par des Comités de direction *(Genossenschaftsvorstände)* nommés par une assemblée générale, peuvent se diviser en sections, ce que la plupart d'entre elles ont fait, et désigner des hommes de confiance ou agréés *(Vertrauensmänner)*, chargés de l'administration locale des affaires de la corporation, de vérifier les accidents, de faire rapport à l'autorité locale, de se mettre en rapport avec le médecin, de faire des propositions à la direction de la corporation, etc. Les corporations sont autorisées, dans certaines limites, à former entre elles une union à l'effet de supporter en commun les charges totales ou partielles résultant du paiement des indemnités, c'est-à-dire à créer entre elles une espèce de réassurance. Elles peuvent aussi imposer à l'une ou l'autre section où les risques sont particulièremnt onéreux, de payer à elle seule jusqu'à 50 pour cent des indemnités pour les accidents de travail se produisant dans sa circonscription.

Les corporations désignent elles-mêmes leurs organes et s'administrent elles-mêmes; elles sont donc sinon autonomes, du moins indépendantes dans les limites de la loi. Toutefois l'intervention de l'Etat est considérable.

34. La haute surveillance est exercée par une autorité qui a été créée par la loi dont nous nous occupons. Cette autorité est l'Office impérial des assurances *(Reichsversicherungsamt)* à Berlin. Il se compose d'un président, de deux ou plusieurs fonctionnaires nommés à vie par l'Empereur, après avoir été présentés par le conseil fédéral, de quatre membres du Conseil fédéral, de deux représentants des patrons et de deux représentants des ouvriers[1]); quand l'Office des assurances est appelé à statuer sur des litiges importants, il est renforcé par deux fonctionnaires de l'ordre judiciaire. Les représentants du Conseil fédéral, des patrons et des ouvriers ne sont pas en permanence; ils n'administrent pas, ils ne sont appelés à siéger que lorsque l'Office des assurances, constitué en conseil, a à débattre des sujets importants.

---

[1]) Sans compter les représentants pour les assurances des ouvriers agricoles. (V. 49.)

L'Office d'assurances dirige les mesures d'organisation des corporations, prépare les ordonnances impériales relatives aux assurances ouvrières, examine les statuts des corporations, leurs tarifs, leurs prescriptions pour la prévention des accidents, etc., statue au contentieux sur les plaintes et recours de sa compétence qui est très étendue, établit la statistique, et exerce ainsi un pouvoir à la fois disciplinaire, administratif et exécutif sans compter ses attributions au contentieux. Il peut frapper les directions des corporations d'amendes s'élevant jusqu'à 1000 marcs. Les frais de l'Office impérial sont supportés par l'Empire. Une ordonnance impériale rendue avec l'assentiment du conseil fédéral règle le fonctionnement de l'Office des assurances; l'ordonnance actuellement en vigueur a été rendue le 5 août 1885.

La loi autorise chacun des Etats confédérés à créer un Office supérieur *(Landesversicherungsamt)* ayant les mêmes compétences que l'Office impérial vis-à-vis des corporations qui ne s'étendent pas au-delà des limites de l'Etat.

35. Une partie importante du service des corporations est la prévention des accidents. A cet effet elles établissent des règlements, sanctionnés par l'Office impérial à Berlin, qui renferment, pour les chefs d'établissement et pour les assurés, des prescriptions très détaillées concernant la prévention des accidents. Ces prescriptions ont la sanction d'une pénalité, que plusieurs corporations appliquent avec beaucoup de sévérité et consistant pour les patrons en une classification plus élevée des risques et en surtaxes, pour les assurés en amendes. En outre chaque corporation peut nommer un contrôleur technique *(Beauftragter)* qui a le droit d'entrer dans tous les établissements, de vérifier si les prescriptions générales sont suivies, de contrôler les moteurs, transmissions, machines, de prescrire des appareils de sûreté, de prendre connaissance des livres, etc., en un mot de faire fonctions d'inspecteur de fabrique muni de pouvoirs très étendus.

36. La participation des ouvriers à l'administration des Corporations est exercée par des délégués que nomment les Caisses de malades de la circonscription de la Corporation. Les délégués de chaque corporation nomment la moitié des membres et des suppléants des tribunaux arbitraux; nomment, de concert avec les délégués des autres corporations deux membres de l'Office imperial; prennent part, en

même nombre que les patrons, à la discussion des règlements pour la prévention des accidents et, enfin, assistent aux enquêtes servant à fixer le montant des secours après un accident

37. L'objet de l'assurance est une compensation pour le dommage causé par blessure corporelle ou mort. La loi assure cette compensation sans la subordonner à une action judiciaire où se débattrait la question de responsabilité, sans plus distinguer s'il y a eu faute du patron, faute de l'ouvrier ou cas fortuit (v. 10, 11, 12 et 13). Il n'est fait exception à ce principe que dans deux cas: 1° Quand l'ouvrier a causé l'accident avec préméditation : ni lui, ni sa famille n'ont alors droit à l'indemnité. 2° Quand il a été constaté par un jugement correctionnel que le patron ou son préposé ont amené l'accident avec intention: l'ouvrier ou ses ayants-droit peuvent alors actionner l'auteur du dommage et lui réclamer la différence entre l'indemnité restreinte qui leur est attribuée en vertu de la loi que nous analysons et la compensation intégrale du dommage d'après le droit commun en matière de responsabilité. Il est également prévu que si l'accident a été occasionné par un tiers, celui-ci est tenu à des dommages-intérêts dans les limites du droit commun. Toutefois, l'action en réparation contre ce tiers est transférée à la corporation qui commence par indemniser l'ouvrier.

L'ouvrier est-il blessé, l'indemnité consiste dans le paiement des frais du traitement médical à partir du commencement de la quatorzième semaine après l'accident, et d'une rente proportionnée au gain de la victime, pour la durée de l'incapacité du travail. Cette incapacité est-elle complète, l'ouvrier reçoit une rente équivalant aux deux tiers de son salaire quotidien, si ce salaire ne dépasse pas cinq francs[1]); au delà de cette somme la quotité est réduite à un tiers pour le surplus. L'incapacité de travail est-elle partielle, la rente est proportionnée au travail que l'ouvrier peut encore exécuter. C'est la caisse des malades qui paie l'indemnité pendant les treize premières semaines de chômage; mais le

---

[1]) A raison de fr. 5 de salaire par jour et de 300 jours de travail par an, le maximum de la rente est de fr. 1000 par an. La loi ne prévoit pas de minimum.

patron doit rembourser, à partir de la cinquième semaine, la différence entre le taux normal des secours fournis par cette caisse et la rente plus élevée ($66^2/_3$ p. c. du salaire) à laquelle a droit la victime (v. 32). Supposons que l'accident entraîne la mort de l'ouvrier: l'indemnité comprendra dans ce cas les frais d'inhumation évalués à vingt fois le salaire quotidien de la victime (au minimum fr. 37. 50), et une rente en faveur des survivants, calculée d'après le salaire que l'ouvrier tué obtenait pendant la dernière année de son occupation dans l'exploitation où l'accident est arrivé. Cette rente comporte 20 p. c. du salaire pour la veuve et 15 p c. pour chaque enfant en dessous de quinze ans, sans que le total de l'indemnité puisse dépasser 60 p. c. du salaire.[1])

---

[1]) Le projet de loi français (v. 59) règle les indemnités comme suit: Art. 2. Lorsque l'accident aura occasionné une incapacité permanente absolue de travail, la victime aura droit à une pension viagère dont le montant pourra varier suivant les circonstances. Cette pension ne pourra être inférieure au tiers de son salaire moyen annuel, ni supérieure aux deux tiers. Elle ne pourra, dans aucun cas, être moindre de fr. 400 par an pour les hommes, ni de fr. 230 par an pour les femmes. Est considérée comme incapacité permanente absolue de travail, la perte complète de la vue, de la raison ou de l'usage des deux membres ou toute autre infirmité incurable qui rende le travailleur impotent.

Art. 3. Si l'accident n'a occasionné qu'une incapacité permanente partielle de travail, la pension attribuée à la victime par l'article précédent, sera diminuée dans la proportion de la capacité de travail restante.

Art. 4. Si l'accident a été suivi de mort, l'indemnité devra comprendre: 1° Vingt fois le salaire quotidien de la victime à titre de frais funéraires. Cette somme sera payable dans le délai de huit jours à compter du décès. 2° Une rente au profit des ayants droit de la victime à partir du jour du décès, savoir: A. Pour la veuve du mort jusqu'à son décès ou jusqu'à ce qu'elle contracte un nouveau mariage, une rente égale à 20 % du salaire moyen annuel de la victime. B. Pour les enfants orphelins de père, jusqu'à l'âge de quatorze ans accomplis, une rente calculée sur le salaire moyen annuel de la victime, à raison de 15 % de ce salaire s'il n'y a qu'un enfant, de 25 % s'il y a deux enfants, de 35 % s'il y a trois enfants, et de 40 % s'il y en a quatre ou un plus grand nombre. Si les enfants sont orphelins de père et de mère, cette rente sera portée pour chacun d'eux à 20 % du salaire moyen annuel de la victime. L'ensemble des rentes accordées aux enfants ne pourra dans aucun cas dépasser 40 % du salaire moyen annuel de la victime, s'il y a une veuve, ni 50 % de ce salaire s'il n'y a que des enfants. Chacune de ces rentes devra, le cas échéant, être

Tout accident, par lequel une personne occupée dans l'exploitation a été tuée ou a reçu une blessure entraînant une incapacité de travail de plus de trois jours, doit être déclaré par écrit à la police locale par l'exploitant, dans les deux jours de la connaissance qu'il a de l'accident. La police dresse un procès-verbal et, dans les cas graves, ouvre une enquête sur les causes et la nature de l'accident, le nombre de victimes, le lieu où se trouvent les personnes

---

réduite proportionnellement. C. Si la victime était célibataire, ou veuf ou veuve sans enfants, pour les père et mère sexagénaires ou pour la mère veuve, quel que soit son âge, dont la victime était un soutien indispensable, ou, à défaut de ceux-ci, pour les aïeul et aïeule sexagénaires de la victime, une rente à chacun d'eux égale à 10 % du salaire moyen annuel de la victime. Les ayants droit d'un ouvrier de nationalité étrangère qui, au moment de l'accident, ne demeureraient pas sur le territoire français n'ont droit à aucune pension.

Art. 5. En cas de nouveau mariage, la veuve recevra une somme égale à trois fois le montant de la rente annuelle qui lui aura été attribuée en vertu de l'article précédent et cette rente prendra fin à dater du jour du nouveau mariage. La veuve n'a droit à indemnité que si le mariage était contracté avant l'accident.

Art. 6. Les enfants naturels, reconnus avant l'accident, auront droit à la pension déterminée dans l'article 4, alors même qu'ils viendraient en concours avec des enfants légitimes.

Art. 7. Dans le cas où l'accident aurait occasionné la mort d'une femme mariée, le mari, s'il reste des enfants mineurs, de quatorze ans, issus du mariage, recevra, à titre d'indemnité, une somme égale à deux années du salaire de la femme.

Art. 8. Dans tous les accidents ayant occasionné des blessures ou la mort, le chef d'entreprise supportera, indépendamment des indemnités déterminées par les articles qui précèdent, les frais médicaux et pharmaceutiques. Il payera, en outre, pendant toute la durée de la maladie qui sera la conséquence de l'accident, une indemnité égale à la moitié du salaire de la victime, sans que cette indemnité puisse être supérieure à fr. 2.50 par jour ni inférieure à fr. 1 par jour. Toutefois les frais médicaux et pharmaceutiques, qui ne pourront en aucun cas dépasser la somme de fr. 100, et l'indemnité temporaire ne seront dus qu'à partir du quatrième jour qui suivra l'accident. Cette dernière indemnité ne sera servie que pendant une période de temps ne dépassant pas trois mois, à dater du jour de l'accident. Après ce délai, il sera fait droit au règlement de l'indemnité prévue par les articles 2 et 3. Toutefois, si les conséquences de l'accident n'ont pas produit tout leur effet sur l'état de la victime, le juge pourra surseoir au jugement pendant un temps au cours duquel l'indemnité temporaire continuera à être servie.

blessées, et les personnes qui peuvent prétendre à une indemnité. La corporation est représentée à cette enquête par son homme de confiance (voir 33). C'est la direction de la corporation ou de la section qui fixe les indemnités conformément aux prescriptions de la loi. Elle adresse à l'ayant-droit une décision par écrit faisant connaître le montant de l'indemnité et la manière dont celle-ci a été calculée, notamment la mesure dans laquelle l'incapacité du travail a été admise. Un recours est ouvert à l'intéressé, contre cette décision, au tribunal arbitral composé, pour chaque circonscription de la corporation, d'un président, fonctionnaire public, et de quatre assesseurs. Deux de ceux-ci sont élus par la corporation, les deux autres sont nommés par les délégués des ouvriers. Dans les cas graves il y a recours à l'Office impérial (v. 34).[1])

38. Après la fixation de l'indemnité, la corporation délivre à l'ayant-droit un certificat constatant les sommes qui lui reviennent, avec l'indication du bureau de poste chargé du paiement, qui a lieu par termes mensuels et avec anticipation. En se servant de la poste et de son organisation ramifiée à l'infini, on simplifie le fonctionnement des corporations. Toutefois le service de caisse n'est pas entièrement supprimé dans les corporations. Celles-ci perçoivent elles-mêmes les primes, en suivant pour celles qui sont arriérées la procédure du recouvrement des impôts communaux. Tous les trois mois les corporations remboursent à l'administration des postes les dépenses que celle-ci a effectuées pour leur compte. Les excédents disponibles sont placés dans les caisses d'épargne publiques ou conformément aux prescriptions pour la fortune des mineurs, ou encore en fonds publics dont le service d'intérêt est légalement garanti par l'Empire, un Etat fédéral, une province ou une commune.

39. Les primes sont le produit d'une répartition. Les sommes nécessaires pour régler les indemnités, payer les pensions, couvrir les frais d'administration et créer un fonds de réserve, sont perçues des membres de la corporation proportionellement au nombre et au salaire des ouvriers assu-

[1]) D'après le projet de loi français (v. 59) les contestations sont jugées par les tribunaux civils. Les ouvriers ont le bénéfice de l'assistance judiciaire.

rés que chaque sociétaire occupe et aux classes de risques établies par l'assemblée générale de la corporation.[1]) Cette répartition donne lieu, cela va de soi, à des calculs compliqués et à de nombreuses difficultés.

Le système de la répartition s'appelle en allemand le *Umlageverfahren*. Dans les débats du Reichstag on lui a opposé le système des réserves techniques, le *Deckungsverfahren* qui est celui des compagnies d'assurance privées.[2]) Avant d'examiner les résultats des deux systèmes, voyons comment doivent se constituer les fonds de réserve des corporations. La loi dit à cet égard qu'il sera prélevé pour le fonds de réserve: la 1re année, 300 p. c. du montant des indemnités; la 2e, 200 p. c.; la 3e, 150 p. c.; la 4e, 100 p. c.; la 5e, 80 p. c.; la 6e, 60 p. c.; à partir de la 7e jusqu'à la 11e année le prélèvement diminuera chaque année de 10 p. c. Les intérêts du fonds de réserve sont ajoutés à celui-ci jusqu'à ce qu'il représente le double des dépenses annuelles; à partir de ce moment le revenu du fonds de réserve pourra servir à couvrir une partie des dépenses de la corporation.

Les partisans du système technique ou *Deckungsverfahren* ont fait valoir que le système de la répartition avait ce grand désavantage de décharger l'industrie dans le temps présent à son propre détriment dans le temps futur, et ils exprimaient la crainte qu'à partir de la 17e année il ne lui

---

[1]) Il est parfaitement équitable de proportionner les primes des assurances ouvrières contre les accidents tout à la fois aux salaires des ouvriers assurés et à l'intensité du risque professionnel. En ne tenant compte que des salaires on aurait frappé outre mesure des professions qui sont bien rétribuées parce que le métier exige une grande habileté, mais où il y a peu d'accidents de travail à craindre (horlogers, bijoutiers, etc.) En ne tenant compte que du risque professionnel, on aurait chargé certaines industries dangereuses au profit d'autres offrant moins de risques, il est vrai, mais grevant la Caisse d'assurances, dans les cas d'accidents, de dépenses relativement plus fortes, parce que les salaires y sont élevés.

[2]) Nous recommandons aux personnes qui ne sont pas au courant de la partie technique ou mathématique des assurances et qui n'ont pas le loisir d'étudier des traités spéciaux, la lecture du rapport du Bureau fédéral des assurances (*Bericht des eidg. Versicherungsamtes über die privaten Versicherungsunternehmungen in der Schweiz im Jahre 1886*, pages XI et suivantes.)

serait plus possible de supporter les charges qui pèseraient sur elle. Ils reprochaient aussi au système de la répartition de n'être pas scientifique et de ne pas tenir compte des principes mathématiques sur lesquels toute assurance doit être organisée. Ils n'avaient certes pas tort en présentant ces objections, mais leurs raisons ne prévalurent pas. Voici ce que le gouvernement et la commission ont opposé aux partisans du système de la réserve technique. Les corporations, qui supportent la charge des assurances ouvrières contre les accidents, sont des institutions publiques, et il est contraire aux principes qui doivent les régir comme telles, qu'elles thésaurisent en levant dans une année plus de contributions qu'il ne leur en faut pour les besoins courants de l'administration.[1]) La réserve technique serait indispensable si les corporations étaient, comme les compagnies d'assurance, exposées à voir diminuer le nombre de leurs membres; mais ce danger n'existe pas pour elles: leur personnel se complétera sans cesse en se renouvelant, puisque les industriels sont légalement tenus d'entrer dans les corporations. On ajoutait que l'argument pratique des partisans du *Deckungsverfahren* qui disent qu'on paiera trop peu dans le présent portait à faux: les assurances chargeront l'industrie dans de beaucoup plus fortes proportions que ne le faisait la loi sur la responsabilité civile (v. 40). Un grand nombre de petites industries n'avaient pas jusqu'ici assuré leurs ouvriers contre les accidents: en leur imposant subitement les charges très fortes du *Deckungsverfahren*, on leur porterait un coup fatal; or, disait-on, il faut éviter d'imposer à l'industrie allemande des sacrifices exagérés aussi longtemps que les pays concurrents n'auront pas introduit des institutions analogues. Ces pays y viendront, mais ce ne sera que peu à peu, et, en attendant, ce serait folie de compromettre les exportations allemandes en augmentant plus que de raison les frais de revient de l'industrie. Les assurances ouvrières provoqueront forcément des mesures destinées à prévenir les accidents. Ces mesures seront coûteuses; elles grèveront le budget actuel des fabriques, mais elles dégrèveront aussi les charges des corporations dans l'avenir. Le système de la réserve technique, le *Deckungs-*

[1]) En constituant les réserves nécessitées par le *Umlageverfahren*, on thésaurise aussi; donc l'argument tombe à faux.

*verfahren*, aurait pour conséquence l'immobilisation immédiate de capitaux énormes, dont la gestion entraînerait de lourdes responsabilités. Les capitaux accumulés, qu'il serait difficile de placer avec des sûretés suffisantes, rapporteraient moins du 4 % et ils seraient soustraits à l'industrie qui aurait pu les faire fructifier au 6 % et au delà. Le système de la réserve technique ne peut fonctionner rationnellement que s'il est basé sur une bonne classification des risques; or, à cet égard, les données sont encore incertaines et il faut attendre les résultats de l'expérience. S'il devait se produire dans l'une ou l'autre industrie de grandes catastrophes avec de nombreuses morts d'hommes, le système de la réserve technique exigerait des sacrifices momentanés tels que les industries qui auraient à les supporter en ressentiraient les atteintes les plus graves, dont elles ne pourraient peut-être plus se relever. Enfin, dernière considération, avec le *Deckungsverfahren*, il serait très difficile de trouver pour entrer dans l'administration, c'est-à-dire dans les comités des corporations, des personnes suffisamment versées dans la partie mathématique des assurances[1]) ou disposées à assumer la responsabilité de la gestion des capitaux.

Ces raisons eurent le dessus et le Reichstag adopta le système de la répartition, le *Umlageverfahren*.

40. L'assurance contre les accidents telle qu'elle est organisée en Allemagne[2]) occasionne-t-elle aux fabricants plus de frais que l'ancien système d'assurances? Il nous a paru intéressant à cet égard de fournir un exemple. Nous l'avons pris dans une filature de laine peignée. Cette fabrique située aux portes d'une petite ville agricole et recrutant une grande partie de son personnel ouvrier dans la population rurale

---

[1]) Si les corporations peuvent aujourd'hui se passer d'*actuaires* d'assurances, elles se voient par contre obligées de prendre à leurs gages des gérants parfaitement versés dans la pratique habituelle des règlements de sinistres et dans une foule de questions techniques. Leur correspondance est excessivement volumineuse.

[2]) La loi autrichienne, entrée en vigueur le 1 avril 1888, diffère sur quelques points essentiels de la loi allemande. Au lieu de la division par corporations d'industries similaires on a pris la division territoriale (autant de pays d'Empire, autant de grandes Mutuelles). Au lieu du *Umlageverfahren* on a pris le *Deckungsverfahren*. Enfin les secours commencent dès la cinquième semaine après l'accident.

des environs se trouve à cet égard dans des conditions à peu près identiques à celles dans lesquelles sont placées plusieurs fabriques en Suisse. Ajoutons que, sous tous les rapports — sollicitude des patrons, discipline parfaite, installations perfectionnées et aussi salubres que possibles, mode de paiement des salaires, caisse d'épargne, etc. — la fabrique en question est un établissement modèle. Avant la mise en vigueur de la loi du 6 juillet 1887 cette maison était assurée auprès d'une grande Compagnie mutuelle, la *Unfallversicherungs-Bank* de Leipzig, non seulement contre les accidents entraînant la responsabilité civile du patron, mais contre les accidents en général. Les frais d'assurance, auprès de cette Compagnie privée sont allés d'année en année sans cesse en augmentant. De 1874 à 1880 ils ont varié pour l'assurance contre la responsabilité du patron de fr. 1. 35 à fr. 3. — par tête et par an, la prime représentant le 0,25 à 0,50 % des salaires. Dans les cinq années 1881—1885 les frais sont montés à fr. 3. 72, fr. 3. 75, fr. 4. 75, fr. 5. 90 et fr. 5. 70, la prime représentant jusqu'à 0,87 % des salaires. La dernière année, c'est-à-dire en 1885, cette maison avait payé pour les 750 ouvriers occupés en moyenne une prime d'assurance de fr. 4470.

Mais à cela venaient s'ajouter encore les primes d'assurance dites de *Genossenschaft*, c'est-à-dire d'assurance générale contre les accidents en dehors de la responsabilité civile du patron. Ces primes sans compter une finance d'entrée de 1 fr. 85 $^1/_2$ par ouvrier assuré — s'élevaient à 1. 50 pour 1000 de salaire, soit 3 fr. à 3 fr. 80 par tête et par an et ont occasionné en 1885 une dépense de 2725 fr.

En 1886, première année de l'assurance obligatoire d'après la loi du 6 juillet 1884, les frais d'assurance de la maison en question, établis par la répartition faite par la Corporation tombent à fr. 2580 et en 1887 à fr. 2280 soit 0,45 % sur les salaires; c'est une diminution de près de la moitié. C'est l'économie d'une somme qu'on peut affecter à d'autres usages et avec laquelle on peut faire beaucoup de bien. Il est juste d'ajouter que la maison en question fait partie d'une corporation qui est supérieurement bien organisée et administrée et qui, évitant tous les frais inutiles — on ne peut pas en dire autant de toutes les corporations — est économe des deniers de ses membres.

Nous avons dit qu'en 1887 la maison dont nous parlons a dépensé fr. 2280 pour sa part contributive à l'assurance obligatoire contre les accidents. Sa caisse de malades lui a coûté pour sa part (v. 23) fr. 3750. C'est donc pour les assurances contre la maladie et les accidents une dépense totale de fr. 6030, soit le 1,17 % des salaires qui se sont élevés à fr. 517,000 et par tête d'ouvrier, soit sur une moyenne de 789 ouvriers, une dépense de fr. 7,60 pour toute l'année.

Or, en 1885, avant l'introduction de l'assurance obligatoire cette même maison avait payé : assurance contre la responsabilité civile, fr. 4470 ; assurance dite de *Genossenschaft*, fr. 2725 ; caisse de malades, fr. 3980 ; total, fr. 11,175, soit par tête d'ouvrier pour un an, une dépense de près de fr. 15, ce qui n'est pas loin du double de la dépense de 1887 (fr. 7. 60 par tête et par an). La différence est sensible et l'économie est très réelle.

On dira que la dépense est encore suffisamment élevée. Mais aussi quelle sécurité pour le fabricant, et quelle tranquillité d'esprit ! Autrefois il payait plus cher sans être cependant complètement à l'abri des procès et des désagréments. Aujourd'hui, pour les accidents du moins, sa responsabilité n'est plus en jeu : il paie la contribution fixée à la répartition, il se conforme aux prescriptions pour la prévention des accidents, et le voilà complètement à couvert quoi qu'il arrive, et assuré que les ouvriers qui pourraient être estropiés dans sa fabrique seront suffisamment indemnisés.

41. Mais d'un autre côté il ne faut pas se dissimuler que les charges seront plus considérables qu'on ne le prévoyait d'abord. Les calculs de prévision que l'on avait fait à l'appui des projets ne se sont pas trouvés justes. Le nombre des ouvriers assurés est plus considérable qu'on ne le supposait dans l'origine. Il en est de même du nombre des accidents. [1]

---

[1] Un rapport provisoire relatif à 1887 a paru dans le numéro du 1er mars des *Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes* ou journal officiel de l'Office impérial des assurances. En 1886 pour 3,473,435 ouvriers assurés, le nombre des accidents était de 92,319 (v. 43) dont 9723 ont donné droit à des indemnités d'après la loi du 6 juillet 1884. En 1887, pour 3,808,697 ouvriers assurés, le nombre des accidents monte à 113,594, dont 17,142 (v. 44) donnent droit à des indemnités. Ainsi, sur 1000 accidents, il y en avait en

Les indemnités se payant en rentes et les ouvriers victimes d'accidents appartenant, pendant une série d'années, à la même génération, il y aura de ce chef une très forte progression des dépenses, qui comprendront aussi, pendant la même période les versements au fonds de réserve. Puis, dans une dizaine d'années d'ici, la progression diminuera. D'abord on aura mieux appris à prévenir les accidents. On aura appris aussi à réduire les frais d'administration. Chaque corporation aura créé son fonds de réserve et elle pourra en employer les intérêts à réduire ses charges annuelles. Les calculs de prévision admettaient jusqu'à la période du point fixe — *Beharrungszustand* — qui se produira au bout de la 75me année une progression allant, pour les indemnités de 688,000 m. la 1re année et de 1,708,000 m. la deuxième, jusqu'à 22,850,000 m. la 76me pour 1,615,000 ouvriers [1]) au lieu de passé 3 1/2 millions — avec un salaire moyen de

1886, 105 ayant donné droit à des indemnités; en 1887, 150 donnent naissance à ces mêmes droits.

Ce n'est pas, comme le fait très bien remarquer M. Gruner, que l'industrie soit devenue plus dangereuse: le nombre des ouvriers tués reste sensiblement le même: 27 en 1886, et 28,5 en 1887 pour 1000 accidents. Ce n'est pas que l'Etat sanitaire soit moins bon: de 1886 à 1887 le nombre des accidents ayant pour conséquence une maladie durant de treize semaines à six mois ne varie que de 21 à 23. La véritable cause c'est que l'ouvrier a compris le parti qu'il peut tirer de la loi; il sait qu'il a maintenant tout intérêt à attirer l'attention sur les conséquences durables des accidents, tandis que jusqu'ici il avait cherché à atténuer ses infirmités dans la crainte de ne pas continuer à être employé par son patron; maintenant ses infirmités sont un capital. On a payé en 1886, simplement en indemnités, sans compter les frais d'administration et les versements au fonds de réserve, 1,711,699 m. En 1887, la somme a passé à 5,829,226 m., c'est-à-dire que, par ouvrier et par an, la dépense a passé de fr. —.60 en 1886 à fr. 1.91 en 1887. Elle a plus que triplé d'une année à l'autre. « Cette augmentation, dit M. Gruner, est tellement différente de celle prévue par les auteurs de la loi qu'il n'est pas possible de conserver d'illusion sur la valeur de leur conclusion, et c'est être très optimiste que de dire qu'en moyenne, les charges définitives de la loi atteindront 3 1/2 à 4 % du salaire et qu'elles monteront à 8 et 10 % pour certaines industries dangereuses à moins qu'on n'avise tout de suite à réduire l'accroissement des charges. »

[1]) On ne saurait trop insister sur l'utilité qu'aura pour le législateur suisse la statistique des accidents, qui se fait actuellement, pourvu qu'elle soit consciencieuse et complète.

750 m. par an (v. 43 et 44). Ces prévisions admettaient aussi que la 17me année le chiffre à payer pour les indemnités aurait atteint celui qu'il aurait fallu verser dès l'origine — et qui serait resté à peu près fixe — si l'on avait adopté le système des réserves *(Deckungsverfahren)* au lieu de celui de la répartition (*Umlageverfahren).*

A Berlin on s'est effrayé dernièrement du nombre croissant des accidents à indemniser. Dans les commencements on avait été très large. L'Office impérial des assurances, dans un de ses arrêts *(Entscheidungen)* avait décidé qu'il n'était pas nécessaire, pour qu'une « rente d'indemnité » fût accordée, que l'accident eût été déterminé par un danger spécialement inhérent au genre d'industrie, la rente étant due même si l'accident était de ceux qui peuvent se produire dans une autre industrie, puisque la loi ne limite pas le droit à l'indemnité aux suites d'un accident provenant du risque professionnel, et qu'elle stipule l'indemnité pour tous les accidents survenus dans l'établissement où le travail se fait. C'était outrepasser le système du risque professionnel. [1]) Tout récemment l'Office impérial des assurances est revenu de cette jurisprudence qui donnait à la loi une interprétation extensive. Il admet que pour qu'il y ait droit à l'indemnité l'accident doit avoir été provoqué par les risques qu'offre l'industrie dans laquelle il est survenu, et qu'aucune indemnité n'est due si l'accident est de ceux qui peuvent se produire dans une autre occupation quelconque. Cette nouvelle interprétation privera de l'indemnité un grand nombre d'ouvriers frappés d'accidents. On s'en console en disant que c'est l'assurance contre la vieillesse et l'invalidité qui prendra soin d'eux. Si les frais de cette dernière étaient supportés par les patrons seuls, comme ceux de l'assurance contre les accidents, ce serait à peu près bonnet blanc et blanc bonnet ; mais, comme il est à prévoir que l'Etat,. les patrons et les

---

[1]) Ceci fait toucher du doigt la nécessité de définir très exactement, très soigneusement, de façon à ne laisser prise à aucune équivoque, le risque professionnel quand on rédigera la loi suisse. La commission qui arrêtera le projet de loi ne devra pas comprendre dans son sein des économistes et des statisticiens seulement, mais encore un juriste, au moins, possédant la matière à fond et un assureur au fait des litiges qui se présentent dans la pratique.

ouvriers se partageront les frais (v. 53), la question change de face.

42. Nous avons sous les yeux quelques renseignements sur le fonctionnement de la corporation textile d'Alsace-Lorraine. Cette corporation comprend environ 56,000 ouvriers répartis dans 258 établissements. Nous laissons de côté son budget de dépenses du 1er octobre 1885 au 31 décembre 1886 ; c'était la période d'organisation : il y a eu des frais de premier établissement qui ne se sont pas renouvelés depuis. L'année 1887 se rapproche déjà davantage d'une situation normale. Voici quelles ont été les dépenses dans cette année : I. Frais généraux : frais de bureaux et imprimés, 895 marcs 92 pfennigs ; frais de voyage, 376 m. 51 pf. ; voyages de blessés, 93 m. 30 pf. ; affranchissements, 684 m. 06 pf. ; appointements, honoraires et gages, 17,148 marcs ; abonnement de journaux, 101 m. 20 pf. ; loyer, chauffage, éclairage, 595 m. 60 pf. ; enquêtes et tribunal arbitral, 1422 m. 84 pf. ; téléphone, 161 m. ; honoraires de la société préventive, 9600 m.[1]) ; jetons de présence et indemnités de voyage des membres du bureau, 362 m. 95 pf. ; frais médicaux, 647 m. 68 pf. ; divers, 741 m. 30 pf. ; ensemble 32,830 m. 36 pf. II. Indemnités : frais d'enterrements, 458 m. 80 pf. ; frais de guérison, 9847 m. 56 pf. ; rentes, 14,905 m. 85 ; transactions, 1200 m. ; ensemble, 26,412 m. 21 pf. III. Fonds de réserve : 200 % des indemnités, d'après l'article 18 de la loi, 52,824 m. 43 pf. Total général de la somme à répartir 111,067 m., soit environ 140,000 francs.

Comment cette somme s'est-elle répartie ? La corporation dont il est question ici a, comme toutes les autres, établi l'échelle de ses classes de risques, ce qui a été un travail long et délicat. Les classes sont : H. constructeurs ; G. préparation de la laine, carderie à la main ; F. teinture, impression et apprêt de laine, etc. ; FF. impression, blanchissement, teinturerie, etc. ; E. fabrication de laine peignée, filature de laine, peignage, dévidage, bobinage, retordage, etc. ; EE. mêmes

---

[1]) La corporation, au lieu d'avoir ses propres chargés d'affaires, (v. 35), s'est, pour la prévention des accidents, abonnée à l'Association pour prévenir les accidents aux machines. Cette excellente institution fonctionne depuis 1867.

travaux sans emploi de machines mues par des moteurs; D. filature de coton et de laine, teinture sans emploi de moteurs et de générateurs à vapeur; C. retordage à la main, dentelles, tissage de coton, passementerie; B. préparation de la laine, bonneterie, passementerie et corderie à la main. Par des supputations qu'on pourra reviser, on a attribué à chaque classe un coefficient: H. 120; G. 100; F. 90; FF. 80; E. 75; EE. 65; D. 60; C. 40; B. 30. Puis, pour chaque classe, on a multiplié le chiffre des salaires (total, 24,765,803 marcs), par le coefficient de la classe. (Ainsi, pour la classe E, dont le coefficient est 75 et dans laquelle il a été payé en 1888 pour 5,370,987 marcs de salaires par tous les établissements de cette classe, on obtient 402,818,791. Ensuite, on a additionné les produits fournis par toutes les classes, ce qui a donné un total de 2,018,500,918, que l'on a divisé par la somme à répartir répartir 112,067 m. (voir plus haut) et l'on a obtenu ainsi un quotient de 0,05567 pour 1000 unités. Il ne reste plus alors qu'à multiplier pour chaque classe et pour chaque établissement le chiffre des unités (pour la classe E. 402,812,791) par ce quotient. (Pour la classe E la multiplication a donné 22,424. 58; c'est le nombre de marcs qu'elle à payer sur les 112,091. 56.)

43. Nous extrayons quelques chiffres intéressants et instructifs de la statistique que l'Office impérial des assurances (*Reichsversicherungsamt*) a publié en décembre 1887 sur les résultats de l'année 1886. Nombre des corporations (*Berufsgenossenschaften*) 62; nombre des sections (*Sektionen*) 866; membres des comités directeurs (*Genossenschaftsvorstände*) 742; membres des comités de section (*Mitglieder der Sektionsvorstände*) 2356; hommes de confiance ou agréés (*Vertrauensmänner*) 6501; personnes chargées de vérifier les installations pour prévenir les accidents (*Beauftragte, Revisionsingenieure*) 39; tribunaux arbitraux (*Schiedsgerichte*) 404; représentants des ouvriers (*Arbeitervertreter*) 2445; exploitations auxquelles la loi s'est appliquée (*Betriebe*) 269,174; nombre des personnes assurées 3,473,435 (dont 2686 exploitants ou patrons (*Betriebsunternehmer*), 3,467,619 salariés et 3130 d'après l'article 50 du statut normal); salaires entrant en ligne de compte d'après les dispositions de la loi, 2,785,423,581 marcs; nombre des blessés: reportés de

l'exercice précédent, 148; nouveaux à indemniser [1]), 9723; dépenses (indemnité), 1,711,699 marcs; frais d'administration, 2,324,294 marcs; frais pour les enquêtes, les tribunaux arbitraux, les mesures préventives des accidents, 277,247 m.; frais d'organisation soit des corporations existantes, soit de cinq nouvelles corporations, 590,183 m.; versements aux fonds de réserve, 5,401,373, en tout, 10,305,258 marcs; recettes, 12,381,958 m. [2]) Il y a eu en 1886, en y comprenant les exploitations en régie (marine, armée, postes et télégraphes, chemins de fer de l'Etat) 100,159 accidents (dont 92,319 dans les corporations); il y a eu 1778 cas d'incapacité de travail permanent et 2716 cas de décès. Les ayants-droits à la suite de ces décès sont: 1802 veuves, 3949 enfants et 184 ascendants. Les dépenses effectives totales des corporations se montent à 2 m. 97 pf. par personne assurée, soit à 4 m. 62 pf. par 1000 marcs de salaire entrant en ligne de compte. Si l'on déduit des dépenses les frais de première installation et les versements au fonds de réserve, la dépense est de 1 m. 24 pf. par personne assurée, soit de 1 m. 94 pf. par 1000 marcs de salaires entrant en ligne de compte. [3]) Les dépenses d'administration ont fait en moyenne 67 pf. par personne assurée et 1 m. 4 pf. par 1000 m. de salaire.

Le plus grand reproche que l'on fait aux corporations c'est que leurs frais d'administration sont trop élevés. [4])

---

[1]) Le nombre total des accidents de l'année — sans compter ceux des exploitations de l'Etat, a été de 92,319; y compris les exploitations de l'Etat, 100,159. Nous répétons que les assurances contre les accidents ne sont chargées que des accidents entraînant une incapacité de travail de plus de 13 semaines.

[2]) Tous ces chiffres ne concernent que les 62 corporations et ne comprennent pas ceux qui sont relatifs aux 43 exploitations de l'Etat (chantiers de la marine; intendances des corps d'armée; postes et télégraphes; chemins de fer de l'Etat).

[3]) Nous recommandons ces chiffres aux personnes qui voudront se rendre compte des dépenses que l'assurance des accidents imposera à l'industrie suisse (v. 41).

[4]) Il y a une certaine tendance en Allemagne, à faire beaucoup de frais d'administration. La corporation des ramoneurs a réussi à faire 4 m. 89 pf. de frais par assuré, soit 8 m. 81 pf. par 1000 marcs de capital; la corporation de la navigation sur l'Elbe 1 m. 40 pf. soit 3 m. 84 pf.; celle de l'industrie du bâtiment dans le Hanovre, 1 m. 57, soit 3 m. 21; les frais les plus minimes par assuré sont ceux de l'industrie textile de la Saxe: 20 pfennigs; les plus minimes par 1000 marcs de salaire sont également ceux de

44. Voici encore quelques renseignements sur l'exercice 1887. Le nombre des corporations a été porté à 64 embrassant 274,560 exploitations et 3,551,819 ouvriers assurés. Il y avait en outre 47 organisations d'assurances des établissements en régie (marine, postes, chemins de fer, etc.). Il y a eu 113,594 accidents, dont 17,142 ont été supportés par les Corporations (les autres étant notés à la charge des Caisses de malades). Il a été payé en rentes 5,829,226 marcs. L'Office impérial à Berlin a eu 69 séances plénières. Il a vidé 1234 recours concernant les indemnités, 2700 plaintes concernant l'obligation de l'assurance et 2033 plaintes concernant les tarifs de risque. Il a approuvé 26 règlements pour la prévention des accidents et il a préparé la statistique des accidents. Les 439 tribunaux arbitraux ont eu à trancher 5941 litiges.

*Les assurances spéciales à l'industrie du bâtiment.*

45. Les personnes occupées dans l'industrie du bâtiment font l'objet d'une loi spéciale, déjà indiquée plus haut (v. 19) et qui est entrée en vigueur le 1er janvier 1888.

Comme nous l'avons dit (v. 3) la loi générale du 6 juillet 1884 devait en première ligne faire disparaître les inconvénients auxquels la loi sur la responsabilité civile des patrons avait donné lieu et s'appliquait principalement aux ouvriers employés dans les exploitations relevant de la loi sur la responsabilité, sauf les chemins de fer, auxquelles on avait ajouté les exploitations employant des moteurs, celles qui fabriquent des objets explosifs, et certaines industries du bâtiment présentant des dangers particuliers. Au moment de la promulgation de la loi du 6 juillet 1884 on savait déjà qu'il faudrait en étendre les effets à plusieurs catégories de travailleurs qu'elle ne comprenait pas encore, et, en effet de nouvelles lois que nous avons énumérées plus haut furent successivement rendues (v. 19). Avant l'entrée en vigueur de celle dont nous nous occupons dans ce chapitre, l'assurance contre les accidents s'étendait aux catégories suivantes

---

l'industrie textile de la Saxe: 37 pfennigs. Il y a, au reste, certains chiffres dont on ne peut pas beaucoup s'enorgueillir: quand il y a *caeteris paribus* un écart très fort entre les deux rapports proportionnels, cela prouve que les salaires sont minimes.

d'ouvriers employés aux constructions: 1° dans les travaux faits à l'entreprise: en vertu de la loi du 6 juillet 1884, aux ouvriers maçons, charpentiers, couvreurs, tailleurs de pierre et puisatiers, ainsi qu'aux contremaîtres; en vertu des décisions prises par le Conseil fédéral en application de la loi citée, aux ouvriers et contremaîtres occupés à des travaux de crépissage, gypserie, stuc, peinture et vernissage, vitrerie, ferblanterie, menuiserie, serrurerie, pose et réparations de paratonnerres; 2° dans les travaux faits en régie, c'est-à-dire pour le compte direct du propriétaire: en vertu de la loi d'extension du 20 mai 1885, aux ouvriers et contremaîtres employés dans les constructions, des postes, des télégraphes, des chemins de fer, de l'armée et de la marine.

Par contre n'étaient pas assurés les ouvriers et contremaîtres employés: 1° à construire des voies ferrées, des routes, des travaux de fortification, des canaux en tant qu'ils n'étaient pas assurés comme maçons ou charpentiers; 2° chez des personnes ayant pris un travail à l'entreprise, mais n'étant habituellement *(gewerbsmässig)* ni entrepreneurs ni tâcherons; 3° à des travaux de l'Etat en régie autres que ceux de la poste, des télégraphes, des chemins de fer, de la marine et de l'armée; 4° à des travaux en régie des communes ou syndicats publics pour les digues, les améliorations agricoles, les chemins d'exploitation rurale, etc.; 5° à des travaux en régie des particuliers. [1])

Or, les ouvriers de cette catégorie méritaient d'être assurés aussi bien que les autres. Peu importe que l'ouvrier travaille en régie ou pour le compte d'un entrepreneur: s'il subit un accident d'ouvrage, l'important c'est qu'une indemnité lui soit accordée. Il fallait donc donner à ces ouvriers le bénéfice de l'assurance. On songea d'abord à leur appliquer la disposition de la loi du 6 juillet 1884 (v. 31) qui permet au Conseil fédéral d'étendre le champ d'action de cette loi. Mais on ne tarda pas à se convaincre que l'on avait à faire à des circonstances particulières et qu'il fallait une loi nouvelle. Celle-ci a été promulguée le 11 juillet 1887. Autant que possible

---

[1]) Ces longues énumérations montrent combien il est difficile, si l'on ne prononce pas dès l'abord le principe de l'obligation universelle, de trouver des définitions embrassant toutes les catégories que l'on a en vue.

— c'est-à-dire pour le montant et la fixation des indemnités la composition du tribunal arbitral, les recours à ce dernier et à l'office des assurances, les paiements par l'administration postale, les rapports sur les accidents et les enquêtes — la loi se rapproche de celle du 6 juillet 1884. Mais certaines modifications s'imposaient. L'organisation en corporations ou syndicats (v. 33) n'était possible que pour les exploitations régulières et permanentes. Toutefois on reconnut que même avec le système corporatif les primes ne pourraient pas être perçues d'après le système de la répartition (*Umlageverfahren*, v. 39) et qu'ici il fallait prescrire celui des réserves techniques *(Deckungsverfahren)*. En effet il s'agit surtout de travaux de terrassement, de creusage, etc., dont le personnel est excessivement variable dans sa composition et dans son effectif. Il n'était par conséquent pas indiqué d'adopter le système de la répartition qui exonère le présent au détriment de l'avenir, et de mettre à la charge d'une génération future d'entrepreneurs les accidents dont la génération actuelle est responsable. Il n'y avait pas lieu non plus de s'inquiéter de la concurrence de l'étranger en imposant aux entrepreneurs des sacrifices relativement lourds dans le présent, car pour les travaux dont il s'agit, cette concurrence est à peu près nulle. Bref, on a prescrit le système des réserves techniques, d'après lequel, après un accident, on calcule le capital correspondant à la rente qu'il faudra servir à la victime pendant un nombre d'années supputé d'après le calcul des probabilités,[1]) pour répartir ce capital entre les membres de la corporation et le percevoir immédiatement.

46. Une autre difficulté résultait de la nature temporaire de certains travaux. Tel construit aujourd'hui en régie qui, cette construction terminée, ne fera plus jamais exécuter de travaux analogues. Les entrepreneurs eux-mêmes, les tâcherons, etc., qui se chargent de certains travaux, de la construction d'une route, par exemple, sont des éléments flottants, qui disparaissent quand leur entreprise est achevée. Il est impossible de les constituer en corporations. Il a fallu aviser ici à un autre système. On ne les a pas constitués en mutualités (v. 33), mais la loi prescrit qu'ils doivent s'as-

---

[1]) Lire dans le rapport du Bureau fédéral des assurances, déjà cité, l'exposé de la base technique des rentes, pag. XIII.

surer et, à cet effet, elle oblige les corporations de l'industrie des constructions (v. 33) à créer, à côté de leur propre mutualité, de véritables entreprises d'assurances *(Versicherungsanstalten)* à primes fixes. Si les travaux durent moins de six jours, l'assurance est faite aux frais des communes, districts, provinces, etc.

Ce système n'est pas très-simple, mais malgré toute la peine qu'on a prise d'en trouver un meilleur on n'y a pas réussi, faute d'avoir une Caisse centrale (v. 16 et 77) qui aurait pu se charger de ce genre d'assurance. Chaque corporation pour les travaux de construction a donc deux assurances à gérer parallèlement: la mutualité qu'elle représente et qui embrasse toutes les exploitations dont elle se compose; ensuite une véritable entreprise d'assurances, à l'instar de celle des compagnies privées, pour les travaux de constructions temporains.[1])

La loi est entrée en vigueur le 1er janvier 1888 et on commence à l'appliquer: ce n'est pas avant un an d'ici qu'on pourra savoir si le fonctionnement en est facile. Il est à craindre que tel ne soit pas le cas. Les gérants des corporations lesquelles seront en même temps des compagnies d'assurance, sont pleins de craintes à cet égard.

47. La loi rend du reste l'institution des assurances contre les accidents accessible à une catégorie intéressante d'ouvriers; nous voulons parler des petits entrepreneurs ou maîtres maçons des campagnes, qui travaillent avec un ou deux ouvriers. L'assurance peut leur être étendue par prescription statutaire, et les corporations ont fait usage de cette latitude; il y a eu certaines difficultés administratives à vaincre à l'égard de ceux d'entre eux qui sont à la fois cultivateurs et entrepreneurs sporadiques de construction: on se tire d'affaires en leur envoyant tous les trimestres un bordereau sur lequel ils ont à inscrire leurs journées de travail de construction, c'est-à-dire les journées pour lesquels ils doivent leur cotisation. De temps à autre on fait vérifier leurs déclarations par les maires et par un inspecteur, et s'ils ont triché ils sont mis à l'amende. Celle-ci est perçue par le bureau de la Corporation, et, si le paiement reste en souf-

[1]) On verra plus loin (v. 82) quel système nous proposons pour la Suisse.

france, par voie de contrainte exercée par les percepteurs de l'Etat.[1])

*L'assurance des ouvriers agricoles et forestiers contre les accidents et la maladie.*

48. Dans l'agriculture les accidents professionnels sont moins fréquents que dans l'industrie proprement dite; néanmoins il n'est pas rare que les personnes qui ont à soigner le bétail, qui travaillent dans les granges et greniers à foin, qui manipulent des machines agricoles, qui font des voiturages et qui travaillent dans les forêts aient à subir un accident dans leur travail. Les pouvoirs publics en Allemagne ont craint de mécontenter les ouvriers agricoles en ne les traitant pas sur le même pied que les ouvriers proprement dits et de favoriser ainsi indirectement, surtout dans les contrées où l'agriculture et l'industrie vivent côté à côté, l'émigration vers les centres industriels. Un premier projet de loi présenté le 3 janvier 1885 reçut au Reichstag un accueil assez froid. Le gouvernement fut plus heureux avec un second projet qui a servi de base à la loi du 5 mai 1886, que nous allons rapidement analyser et qui s'appliquera à environ 7 millions d'ouvriers, répartis dans environ 3 millions d'exploitations agricoles. Cette loi, qui comprend 143 articles, laisse de grandes latitudes à la législation particulière des Etats confédérés en leur donnant la compétence de régler d'une façon autonome de nombreux détails, non seulement par voie complémentaire *(præter legem)*, mais encore par voie modificative *(contra legem)*.

49. La loi se compose de deux parties, dont la première, en 132 articles, est consacrée aux assurances contre les accidents. Tout ouvrier qui travaille dans une exploitation agricole ou forestière ou dans une industrie accessoire à la-

---

[1]) C'est un échantillon entre mille des complications dans le fonctionnement des assurances allemandes. Pour l'assuré la complication n'est pas moindre. Dans le cas traité ci-dessus d'un cultivateur-maçon, celui-ci appartient: 1. à l'assurance contre la maladie comme cultivateur ou comme maçon; 2. à l'assurance contre les accidents comme cultivateur, etc.; 3. à l'assurance contre les accidents comme maçon. Il a à faire avec trois sortes de Caisses différentes. Plus tard il sera englobé en outre dans l'assurance contre la vieillesse ou l'incapacité de travail.

quelle ne s'appliquent pas déjà les lois du 6 juillet 1884 et du 28 mai 1885 (moulins, petites distilleries, etc.), doit être assuré. Les employés proprement dits — régisseurs, surveillants, etc. — dont le traitement ne dépasse pas 2500 fr. sont soumis à l'assurance. La loi s'applique également aux entreprises de jardinage. Elle s'occupe aussi de l'assurance des patrons, de ceux qui font de l'agriculture pour leur propre compte, des paysans en un mot. Elle les appelle, pour rester fidèle à la terminologie des précédentes lois, *Betriebsunternehmer*, exploitants. La législation de l'Etat particulier [1]) peut prescrire que les exploitants soient assurés. Cette prescription peut être inscrite dans les statuts des corporations pour les exploitants dont le gain annuel, tiré de leur travail, ne dépasse pas 2500 francs.

La loi n'est pas applicable aux agents forestiers et agricoles qui sont fonctionnaires de l'Etat ou employés d'une commune, et qui ont, comme tels, droit à un traitement et à une pension de retraite.

Tous ceux auxquels la loi s'applique sont, dans la mesure des dispositions de la loi, assurés contre les suites matérielles d'accidents survenus dans l'accomplissement de leur travail et ayant entraîné soit des blessures et maladies, soit la mort. Ceux qui ont provoqué eux-mêmes les accidents sont exclus des bénéfices de l'assurance.

En cas de blessures ou de maladies, résultant d'un accident, l'assuré a droit: 1° aux frais de traitement à partir du commencement de la quatorzième semaine qui suit l'accident; 2° à une rente servie à partir du même moment; dans les cas d'incapacité complète au travail, cette rente s'élève aux deux tiers du salaire; dans les cas d'incapacité partielle, elle est inférieure aux deux tiers dont il vient d'être question et cesse en même temps que l'incapacité. Le salaire dont il s'agit ici, et qui doit servir à fixer le montant de la rente accordée aux victimes d'accidents, n'est pas le salaire individuel du blessé, mais un salaire moyen dont le taux est déterminé par les autorités administratives de l'Etat. Quant au salaire, gain ou revenu annuel de l'exploitant assuré, on admet qu'il équivaut à trois cents fois le salaire

[1]) Etat particulier, c'est-à-dire Etat confédéré: Prusse, Saxe, Wurttemberg. En Suisse, on dirait: le canton.

moyen des ouvriers; si ce salaire moyen dépasse cinq francs par jour, le surplus ne compte que pour un tiers dans les calculs servant à établir le montant de la rente à toucher par l'exploitant victime d'une blessure reçue en travaillant. Aux frais de traitement on peut substituer le séjour dans un hôpital; dans ce cas c'est la famille qui touche la rente.

S'il y a cas de mort, les secours aux héritiers consistent 1° en une indemnité pour les frais d'enterrement; l'indemnité s'élève au quinzième du revenu ou salaire annuel, toutefois elle ne peut pas être inférieure à 30 marcs; 2° en une rente pour les survivants; la veuve touche jusqu'au moment où elle se remarie ou jusqu'à sa mort 20 p. c. du salaire moyen de l'époux décédé; chaque enfant jusqu'à l'âge de 15 ans révolus, touche 15 p. c. de ce salaire et, s'il est orphelin de père et de mère, 20 p. c. Les rentes réunies de la veuve et des enfants ne peuvent pas dépasser 60 p. c. du salaire ou revenu moyen. La veuve qui se remarie, touche une fois pour toutes une somme équivalant à trois fois le montant de la rente. Les ascendants du défunt ont droit, s'ils sont pauvres et si la rente de la veuve et des enfants ne dépasse pas les 60 p. c. dont il a été question, à une rente de 20 p. c. jusqu'à leur décès ou jusqu'à ce que leur misère ait pris fin. Une partie des rentes et secours peut être donnée en nature si une partie du salaire consistait également en prestations en nature.

En ce qui concerne les treize semaines qui suivent un accident, c'est la commune qui doit fournir les secours pour frais de traitement dans la mesure indiquée par l'article 6 de la loi du 15 juin 1883 sur les assurances contre la maladie (voir 23). La commune n'est dispensée de cette obligation que vis-à-vis de ceux qui sont assurés contre la maladie, soit en vertu de la loi que nous venons de citer (voir 21), soit en vertu d'une loi particulière, et vis-à-vis de ceux que la loi dont nous nous occupons dispense elle-même de l'assurance.

L'application de la loi du 5 mai 1886 ne dispense pas les caisses existantes de l'obligation de donner des secours à ceux de leurs membres auxquels la loi s'applique; toutefois les indemnités créées par cette loi sont touchées par les caisses quand celles-ci fournissent elles-mêmes les secours.

Le principe de l'assurance admis par la loi est celui de la mutualité.[1]) Les exploitants forment entre eux des corporations *(Berufsgenossenschaften)* mutuelles et obligatoires dont la circonscription territoriale est fixée par le Conseil fédéral. Pour pourvoir à leurs dépenses — indemnités aux assurés et frais d'administration — les corporations prélèvent sur tous leurs membres des cotisations ou contributions d'après le système de la répartition *(Umlageverfahren*, v 39). Ainsi les ouvriers assurés ne paient ni primes, ni cotisations; l'assurance est tout entière à la charge des exploitants.

La législation de l'Etat particulier, les statuts ou une décision de l'assemblée générale de la corporation peuvent exempter de toute cotisation les exploitations qui n'offrent pas grand danger et qui n'occupent qu'exceptionellement des gens à gages. Si la législation particulière n'exclut pas de l'assurance la famille de l'exploitant, les statuts peuvent prescrire que les cotisations soient perçues sous la forme de centimes additionnels à l'impôt de l'Etat ou à l'impôt communal, en déterminant de quelle manière on fera contribuer aux charges de l'assurance ceux des exploitants qui ne paient pas d'impôt. Si les statuts ne prescrivent pas ce mode de perception, la répartition se fait en prenant pour base l'importance de chaque exploitation et le degré de danger qu'elle présente au point de vue des accidents.

Nous passons sous silence toutes les dispositions relatives à la création des corporations, à leur organisation, à leur fonctionnement: le point essentiel à retenir c'est que tous les exploitants ou, pour parler clair, tous les cultivateurs, tous les paysans, tous les fermiers sont tenus de faire partie de la corporation, c'est-à-dire d'entretenir de leurs deniers mis en commun l'assurance obligatoire des ouvriers, domestiques, bûcherons, etc., contre les accidents. Notons encore que les corporations peuvent être divisées en sections. Notons aussi que les contestations sont vidées par des tribunaux arbitraux. Notons enfin que les ouvriers sont appelés à prendre

---

[1]) Par plusieurs de ces dispositions la loi se rapproche beaucoup de celle du 6 juillet 1884 (v. 31); si, malgré cela, nous entrons dans des détails, c'est parce qu'un grand nombre de personnes en Suisse voudront lire d'un jet comment l'assurance des ouvriers agricoles est organisée.

part aux enquêtes relatives à des accidents, aux délibérations des tribunaux arbitraux et que, pour toute l'Allemagne, ils sont représentés dans l'Office impérial des assurances à Berlin (v. 34) par deux membres extraordinaires.

Certaines prescriptions de détail ont à plusieurs égards une portée très considérable et apporteront quelque perturbation dans les habitudes de la campagne. C'est ainsi que les corporations pourront prescrire les mesures à prendre pour prévenir les accidents, atteindre par une peine fiscale les cultivateurs qui ne se conformeront pas à ces mesures, et, ce qui est plus grave peut-être, faire procéder à des enquêtes chez les exploitants et à des inspections de leurs livres de comptabilité.[1]) La surveillance centrale sera exercée par l'Office impérial des assurances à Berlin.

50. Signalons encore un point capital. L'article 11 de la loi donne à la législation de l'Etat particulier le droit, non seulement de rendre, en ce qui concerne la circonscription des corporations, leur organisation, leur administration, la procédure en cas de changement d'exploitation, le mode de perception des cotisations ou contributions, des prescriptions divergentes de celles contenues dans la loi (v. 48), mais encore — et c'est là le point que nous signalons tout spécialement — de désigner, pour l'administration des corporations, d'autres organes que ceux que la loi elle-même crée. En d'autres termes, les corporations au lieu de s'administrer elles-mêmes, dans la mesure d'autonomie que la loi leur accorde, pourront, si la législation de l'Etat particulier le prescrit[2]) être administrées par des organes de l'administration publique, tels que les gouvernements provinciaux, les préfectures, etc. Cette latitude n'aura d'adhérents que dans les tout petits Etats et dans les contrées où l'on est plus habitué à être administré qu'à s'administrer soi-même. On ne saurait guère en être partisan en principe: quand toutes choses sont égales il faut donner la préférence aux systèmes qui forcent le peuple à faire sa propre éducation dans le domaine social comme en politique.

---

[1]) Plus la législation politico-sociale étend ses ramifications et plus l'ingérence collective dans les affaires particulières devient grande: de là l'aversion de l'ancienne école économique individualiste contre les innovations politico-sociales.

[2]) C'est une concession faite à l'esprit fédéraliste.

51. Nous arrivons à la seconde partie de la loi qui est, du reste, de beaucoup la plus courte, et qui concerne l'assurance contre la maladie. On sait que la loi du 15 juin 1883 (v. 21) dit que par prescription statutaire l'assurance contre la maladie, à laquelle tous les ouvriers industriels et beaucoup d'ouvriers artisans sont soumis, peut être étendue aux ouvriers employés dans les travaux agricoles et forestiers. La loi du 5 mai 1886 que nous analysons en ce moment va plus loin: elle donne expressément à la législation particulière le droit d'introduire obligatoirement l'assurance contre la maladie, et dans les articles suivants elle indique comment cette assurance contre la maladie des ouvriers agricoles et forestiers devra être mise en harmonie avec les prescriptions qui concernent l'assurance contre les accidents.

52. La loi imposera-t-elle de grandes charges financières aux cultivateurs, aux exploitants? On ne saurait encore rien préciser à cet égard. On a calculé très approximativement que les corporations compteront dans toute l'Allemagne à peu près 2,900,000 membres, que le nombre des assurés sera d'environ 7 millions et que pour chaque assuré il faudra verser en moyenne 50 pfennigs par an. A ce taux la charge moyenne annuelle pour chaque cultivateur établi à son compte serait d'environ 1,50 marcs soit fr. 1. 90, ce qui n'est pas énorme.

La question des charges disparaît, du reste, devant la portée sociale de la loi. Nous nous trouvons ici en présence d'une innovation considérable, qui est sans exemple dans les annales publiques et qui certainement exercera une grande influence sur le système de l'assistance publique.

La promulgation de la loi ne l'avait fait entrer en vigueur que pour les dispositions organiques. Celles-ci ont été préparées et dans plusieurs Etats particuliers les dispositions matérielles vont être appliquées. Quand l'exécution se fera partout, il y aura 48 corporations, dont: 11 en Prusse, soit une dans chaque province; 8 en Bavière, soit une dans chaque grande division administrative. Le royaume de Saxe, le grand-duché de Bade, la Hesse, les deux Mecklenbourg, Oldenbourg, le Brunswick, les Etats de la Thuringe, les deux Lippe, les villes hanséatiques formeront, chaque groupe pour soi, une corporation. L'Alsace-Lorraine en aura trois, cor-

respondant à ses trois départements: Haute-Alsace, Basse-Alsace et Lorraine.

On se fera, par les tribunaux arbitraux prévus en Prusse, une idée du personnel que les assurances agricoles mettront en mouvement. Il y en aura 556, pour lesquels on a désigné 2224 assesseurs et 4448 suppléants, sans compter les présidents et les suppléants de ceux-ci pris parmi les fonctionnaires de carrière; ils dirigeront accessoirement les tribunaux, le même fonctionnaire pouvant d'ailleurs être désigné pour plusieurs de ceux-ci.

*L'assurance contre l'invalidité et la faiblesse sénile.*

53. L'assurance contre les effets de l'incapacité permanente de travail par suite de maladie ou du grand âge a été annoncée depuis longtemps en Allemagne, mais ce n'est que vers la fin de l'année dernière que le gouvernement a communiqué au public le fruit des travaux préparatoires sous la forme d'un avant-projet *(Grundzüge)* dont le public s'est emparé avec avidité, que la presse a vivement discuté et qui a été ensuite soumis aux délibérations du Conseil économique *(Volkswirthschaftsrath)* prussien. Puis le silence s'est fait. Tout récemment (en avril 1888) on a appris que le Conseil fédéral était saisi d'un projet définitif, mais celui-ci est tenu secret: ce n'est donc que sur l'avant-projet primitif qu'on peut se faire une idée des intentions du gouvernement allemand. Encore ne sera-ce qu'une idée assez vague, car on annonce que les commissions du Conseil fédéral chargées d'examiner le projet ont reconnu la nécessité de lui faire subir des changements considérables. Leur travail n'avance que lentement On croit toutefois que le projet sera définitif pour l'ouverture de la session du Reichstag en Novembre ou en Décembre.

54. Quoi qu'il en soit, en ce moment nous sommes obligé de nous en tenir à l'avant-projet *(Grundzüge)* pour essayer de donner une idée de ce que pourra être l'assurance contre l'invalidité et la faiblesse sénile. C'est donc l'avant-projet nous allons rapidement analyser.

L'assurance est obligatoire non seulement pour ceux qui sont déjà assurés contre la maladie et contre les accidents, mais en général pour tous les salariés occupés comme

ouvriers, aides, compagnons de métier, apprentis ou domestiques; en outre pour tous les contre-maîtres, commis, apprentis de bureaux, y compris les aides-pharmaciens dont le salaire annuel moyen ne dépasse pas 2000 m, soit 2500 fr. L'assurance obligatoire peut être étendue à l'industrie à domicile. Les fonctionnaires et employés qui n'ont pas droit à une pension sont soumis à l'assurance. On compte qu'il y aura sur une population d'environ 48 millions d'âmes que compte l'Allemagne 12 millions de personnes assurées contre l'invalidité et la faiblesse sénile alors que l'assurance contre les accidents n'en compte encore en ce moment qu'environ 3 1/2 millions (v. 44) et en comptera dix millions environ quand l'assurance des ouvriers agricoles et forestiers sera entrée partout en vigueur (v. 52). On fait pour le moment encore abstraction de l'assurance des veuves et des orphelins. [1])

L'assurance repose sur le régime corporatif déjà créé en vue de l'assurance contre les accidents (v. 33). Ce sont par conséquent les corporations (v. 33) déjà existantes qui auront à fonctionner. On espère de cette façon augmenter l'importance politico-sociale de ces corporations, leur donner plus de consistance et, en même temps, décharger l'assurance contre les accidents d'une partie de ses frais généraux actuels Toutefois les corporations créeront dans leur propre sein, pour l'assurance contre l'invalidité et la vieillesse des organismes spéciaux rappelant ceux qu'il a fallu établir pour l'assurance contre les accidents des ouvriers employés à des travaux de construction temporaires (v. 45). Pour les exploitations en régie, où, déjà à l'heure qu'il est, l'Empire ou les Etats fonctionnent en lieu et place de corporations de

---

[1]) Le mémoire à l'appui de l'avant-projet dit que d'après une évaluation approximative, chaque ouvrier valide serait obligé de verser 15 m. 90 pfg. par an si l'on voulait assurer à chaque veuve une rente annuelle de 60 marcs seulement, et à chaque orphelin une rente de 30 marcs. Pour 7 1/2 millions d'ouvriers masculins valides cela revient à une contribution de 119 1/4 millions de marcs. Au reste, certaines institutions pourvoient aujourd'hui déjà dans une mesure plus ou moins suffisante aux besoins des veuves et des orphelins, de ces derniers surtout. Celles de ces institutions qui jusqu'ici se sont chargées de secourir les ouvriers masculins invalides pourront consacrer les ressources de ce chef, désormais disponibles, aux veuves et aux orphelins.

patrons en ce qui concerne l'assurance contre les accidents, ce sera également l'Empire ou l'Etat particulier qui organiseront l'assurance de la vieillesse et des invalides.

L'assurance se paiera en rentes. Les rentes de vieillesse seront dues, sans égard à l'état de santé des assurés, à tous ceux qui auront atteint l'âge de 70 ans et qui auront payé pendant 30 ans leurs cotisations d'assurance; les rentes d'invalidité à tous ceux qui seront frappés d'une incapacité permanente de travail et qui compteront 5 années de cotisation. Toutefois la rente d'invalidité ne sera pas due à ceux qui touchent déjà une rente viagère en vertu de l'assurance contre les accidents. Il sera fait abstraction des cinq années de cotisation pour les ouvriers qui pourront prouver que leur invalidité est une conséquence de l'ouvrage ou du travail qu'ils accomplissaient comme salariés.

Les frais de l'assurance seront supportés pour un tiers par l'Empire, un tiers par les patrons et un tiers par les ouvriers. Les patrons feront l'avance de la part des ouvriers et la déduiront à la paie.

La part des patrons et des ouvriers consistera en primes fixes qui seront capitalisées d'après le système qu'emploient les compagnies d'assurance pour les rentes. L'Empire, afin d'éviter une trop grande accumulation de capitaux, dangereuse au point de vue économique, versera année par année le tiers de la dépense totale, mis à sa charge. L'année est comptée à 300 jours. Les ouvriers qui, par suite de chômage par exemple, auront dû suspendre leur cotisation, pourront dans les années qui suivront celles du chômage et pendant lesquelles ils auront repris de l'ouvrage, faire des versements supplémentaires pour combler les anciennes lacunes. Si c'est le service militaire qui est la cause du chômage, la cotisation est, pour le nombre de jours correspondants, à la charge de l'Empire.

55. La rente de l'invalidité est de 120 marcs par an au bout de 15 années de cotisation, et monte, pour chaque année de cotisation ultérieure, de 4 marcs par an, jusqu'à ce qu'elle atteigne le maximum de 250 marcs.[1]) La rente de vieillesse est de 120 marcs.

[1]) Supposons un ouvrier ayant commencé à travailler à 19 ans; il aura atteint le droit au maximum à 34 + 32, soit 66 ans.

La rente est la même pour tous, quels qu'aient été leur genre de travail ou leur salaire. En créant des catégories entre les 12 millions d'assurés on se serait vu obligé de faire beaucoup de paperasserie. En outre il aurait été très difficile de faire le compte pour les ouvriers qui changent d'ouvrage, qui se déplacent, passent d'un patron à un autre, etc. La rente est minime; les auteurs de l'avant-projet s'en consolent en disant que les vieux ouvriers jouissant de la pension d'âge et les invalides du travail auxquels une rente viagère aura été accordée, iront élire domicile à la campagne, où la vie n'est pas chère et où une partie de la rente pourra leur être versée en nature. Les rentes seront payées, *prænumerando* pour chaque mois, par les bureaux des postes. Elles seront insaisissables et non transmissibles.

Les rentes des femmes assurées ne s'élèveront qu'aux deux tiers des rentes assurées aux hommes.

Chaque corporation établira des statuts pour sa Caisse d'assurances contre la vieillesse et l'invalidité. Les organes de la corporation géreront cette caisse. Les ouvriers seront représentés dans le tribunal arbitral de chaque caisse. Les délégués des ouvriers, nommés d'après les dispositions de la loi du 28 mai 1885 (v. 36), assisteront aux assemblées de la corporation avec voix délibérative et avec droit de recours à l'Office impérial des assurances quand deux tiers d'entre eux auront fait opposition aux décisions prises. En outre les délégués ouvriers désigneront au moins un ouvrier assuré pour assister les organes de la caisse dans l'administration de celle-ci. Enfin des hommes de confiance, nommés par les membres ouvriers des commissions d'administration des caisses de malades (v. 24) seront chargés, chacun pour une commune ou pour un groupe de communes, de donner leur avis sur les demandes des assurés qui veulent être admis à la pension de vieillesse ou d'invalidité, de surveiller les collecteurs de cotisations, et d'assister la Caisse dans le contrôle des livres de quittance.

Les ouvriers assurés seront admis a la pension d'office ou sur leur demande, après production de l'avis de l'homme de confiance, et, s'il en est besoin, d'un certificat médical. Contre le refus d'admission à la retraite il y aura recours, sur les questions de fait au tribunal arbitral, et, sur les

questions de droit, en instance supérieure à l'Office des assurances.

Celui-ci organisera un bureau de décompte *(Clearing)* où, dans les cas où le retraité aura versé ses cotisations à plusieurs Caisses ou Corporations différentes, on calculera la part de pension que chacune de ces Caisses devra supporter.

Ce n'est qu'au bout d'une période de 10 ans qu'on fixera définitivement le montant de primes ou cotisations. De 10 en 10 ans on fera une revision. Pendant la première période décennale, chaque Caisse prélèvera par tête et par journée de travail d'homme 4 pfennigs [1]); pour les femmes on ne prélèvera que les deux tiers de 4 pfennigs.

Chaque Caisse émettra des timbres (forme timbre-poste) portant le nom et le numéro d'ordre de la Caisse (c'est-à-dire de la Corporation et l'indication de la valeur du timbre en pfennigs). Chaque ouvrier assuré aura un livre de quittance dans lequel on collera les timbres des cotisations ou primes versées pour lui par son patron.

---

[1]) Ainsi, dans la première période décennale le patron et l'ouvrier paieront chacun, pour l'assurance des ouvriers contre l'invalidité et la vieillesse, 2 pfennigs par jour.

Voyons, d'après cela, quelles seront les charges du patron pour les trois assurances (1. maladie, 2. accidents, 3. invalidité et vieillesse) ***d'un ouvrier gagnant 600 marcs par an***:

| | |
|---|---|
| 1. maladie ($^1/_2$ à $1^1/_2$ du salaire, v. 23) . . . | 1 à 3 pf., |
| 2. accidents (d'après les supputations de l'exposé des motifs à l'appui de la loi), le $1^1/_8$% du salaire, soit . . . . . . . . . | $2^1/_4$ » |
| 3. invalidité et vieillesse . . . . . . . | 2 » |
| Total | $5^1/_4$ à $7^1/_4$ pf., |

soit 6,56 centimes à 9 centimes.

Les charges de l'ouvrier seront:

| | |
|---|---|
| 1. maladie (1 à 3 % du salaire) . . . . . | 2 à 6 pf., |
| 2. accidents . . . . . . . . . . . | 0 » |
| 3. invalidité et vieillesse . . . . . . . | 2 » |
| Total | 4 à 8 pf., |

soit 5 à 10 centimes.

Pour les assurances contre les accidents ces évaluations sont trop optimistes (v. 41). D'après les tarifs approuvés par l'Office impérial des assurances la prime d'assurance contre les accidents s'élève pour des industries dangereuses — creusage de puits, travaux à la scie circulaire, etc. — jusqu'à 5% du salaire, ce qui équivaut avec un salaire annuel de 600 marcs à 10 pfennigs, soit $12^1/_2$ centimes par jour (voir ***Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes,*** numéro du 2 janvier 1888).

Des dispositions pénales assureront l'exécution de la loi.

56. Des avalanches d'objections ont été soulevées contre les dispositions dont nous venons de donner un court résumé. On a surtout fait valoir que les pensions seront beaucoup trop minimes, que c'était « trop peu pour vivre et trop pour mourir », que la part des ouvriers dans l'administration des assurances était trop faible, que toutes les complications du système des corporations qu'on observe dans l'assurance contre les accidents se retrouveraient dans l'assurance contre les effets de la vieillesse et de l'invalidité, et que les ouvriers étaient absolument hostiles à l'idée du livre de quittance qui ressemblerait par trop aux anciens livrets de conduite auxquels les ouvriers sont absolument hostiles.

Nous avons d'autant moins de raison d'entrer ici dans l'examen de ces objections que, ainsi que nous l'avons fait remarquer, on ne discute jusqu'ici que sur un avant-projet appelé à subir de profondes modifications.[1])

57. Toutefois nous devons parler ici en quelques mots des appréciations du professeur L. Brentano, qui, à certains égards, cadrent avec nos propres réflexions (v. 62). M. Brentano dit: « Votre projet n'atteint que très imparfaitement ou plutôt il n'atteint pas du tout le but d'assurer à l'ou-

[1]) Pendant que nous lisons les épreuves de ce travail on fait circuler en Allemagne une nouvelle d'après laquelle le conseil fédéral abandonnerait pour l'assurance contre la vieillesse et l'invalidité le système corporatif (v. 54). On rattacherait cette assurance à celle contre la maladie, en réunissant les Caisses qui se chargent de cette dernière en groupes régionaux *(geographisch abgegrenzte Verbände von Krankenkassen)*, comme le propose aussi le Dr Schæffle. (Ne serait-ce pas substituer une nouvelle complication, un nouveau rouage à la complication, au rouage, qu'on aurait fait disparaître?) Les partisans de ce système demandent en outre que l'assurance contre la vieillesse et l'invalidité soit restreinte provisoirement à ceux qui sont assurés contre la maladie et contre les accidents et ne soit étendue à d'autres catégories que dans la mesure où l'assurance contre la maladie recevrait elle-même une plus grande extension. La pension de retraite serait proportionnée au salaire et serait accordée, réduite dans une certaine mesure, même dans le cas d'une invalidité seulement partielle. Le livre de quittance personnel serait supprimé et remplacé par un autre livre que les groupes régionaux auraient sous leur garde et se passeraient au besoin de l'un à l'autre; ce livre échapperait au contrôle des patrons.

vrier, dans ses vieux jours ou dans la période de la vie où il ne peut plus travailler, un revenu suffisant correspondant à son ancien genre de vie. Par contre, votre avant-projet résout la question des secours pour le cas de vieillesse et d'invalidité au point de vue de l'assistance publique et de ceux qui sont contribuables à cette assistance. Votre projet n'est qu'une réforme des impôts pour le paupérisme, mais c'est une réforme rationnelle, ingénieuse, et qui promet de supprimer tous les abus et inconvénients que l'organisation des secours contre le paupérisme a comportés jusqu'ici. Ce que vous donnez à l'ouvrier, c'est à peu près ce que l'assistance publique lui donnait jusqu'ici. Vous ne le lui donnez, comme aux pauvres, que lorsqu'il ne peut plus gagner sa vie. Vous ne tenez pas compte de son genre de vie antérieur. Qu'il ait gagné 2000 marcs ou plus par an ou qu'il n'ait gagné que 60 pfennigs par jour, ce qui est le taux des manouvriers agricoles dans certaines contrées de la Prusse, vous ne lui accordez que de 120 à 250 marcs par an. Vous étendez ces secours à 12 millions de personnes, vous prenez soin de dire que la rente doit se mesurer non pas aux besoins individuels, mais aux exigences de l'intérêt public, et celui-ci est satisfait si vous êtes assuré que ces 12 millions de personnes auront de quoi végéter. Aux femmes qui ont moins de besoins que les hommes, vous faites une rente moindre qu'à ces derniers. La rente cessera d'être versée si celui qui y a droit quitte le pays. L'ouvrier étranger, que le droit public vous permet d'expulser quand il tombe à la charge de l'assistance générale, vous vous réservez, quelle qu'ait été la durée de ses cotisations, de vous en débarasser en lui donnant une fois pour toutes, un capital représentant le triple de la rente à laquelle [1]) il aurait droit s'il était du pays. Si un ouvrier auquel la prétendue Caisse d'assurance contre l'invalidité et la vieillesse devait des secours, a eu au lieu de cela l'assistance d'une commune, d'un district, cette commune, ce district se feront rembourser par la Caisse (v. 54) Tout, en un mot, indique que c'est une partie de l'assistance publique que vous réorganisez.

« Mais vous la réorganisez très bien, ajoute le professeur Brentano — dont nous ne traduisons du reste pas les paroles,

---

[1]) Cette disposition se trouve dans l'avant-projet.

ne faisant que les résumer. Vous répartissez plus équitablement les charges de l'assistance publique. Vous déchargez une partie des contribuables (même les propriétaires des 15,829 terres nobles de Prusse qui ont, contre certains privilèges politico-sociaux, en partie abolis, la charge complète de l'assistance publique). Vous déchargez les villes et les communes rurales. Un tiers des frais est mis à la charge des ouvriers qui auront le bénéfice des secours. Vous mettez un tiers à la charge des patrons, et vous vous rapprochez ainsi de l'application de la théorie individualiste qui veut que chacun supporte les frais de production de son travail. De l'ancienne manière communiste de répartition des frais de l'assistance il ne reste que le tiers que vous mettez à la charge de l'Empire. Un énorme avantage de l'organisation que vous projetez, c'est, qu'associant les ouvriers a l'administration des secours, vous faites de bonne politique sociale et que, sous le rapport administratif, vous mettez un frein aux dissimulations, qui sont la plaie des caisses de secours. Puis, vous donnez enfin une très heureuse solution au problème de la libre circulation et du libre établissement *(Freizügigkeit)* : les contestations entre communes cesseront et on ne verra plus se produire ces barbares tentatives de refouler d'une localité sur l'autre, par toutes sortes de ruses, les pauvres diables suspects de tomber dans un temps plus ou moins court à la charge de l'assistance communale ; quel que soit désormais le domicile de l'individu devenu incapable de travailler, la caisse chargée de le secourir sera la même et l'administration des postes avec ses milliers d'agences, se chargera de lui verser ponctuellement tous les secours auxquels il a droit. Enfin vous arrêtez le flux des populations ouvrières vers les villes en organisant le reflux des invalides vers les campagnes ; on verra peut-être s'y créer des colonies, de grands établissements où, moyennant abandon d'une partie de leur rente, les invalides trouveront dans des conditions relativement bonnes le gîte et la nourriture.

« Ainsi, conclut M. Brentano, nous voyons en Allemagne, comme nous l'avons vu en Angleterre, sous l'influence d'une vie économique et industrielle nouvelle, se substituer à l'ancienne autonomie communale en matière de paupérisme une autonomie nouvelle qui aura le concours des techniciens salariés des corporations, celui d'une autorité centrale et

spéciale, qui est l'Office impérial des assurances, et enfin celui de l'instance supérieure centrale de l'Empire, c'est-à-dire du chancelier. »

Quant à l'importance politico-sociale de l'assurance contre les effets de la vieillesse et de l'invalidité M. Brentano n'estime pas qu'elle soit bien grande pour la solution de la question ouvrière. Le programme du salariat est très vaste et les assurances ouvrières ne touchent qu'un petit côté des problèmes que ce programme comporte (v. 2). Mais M. Brentano, qui est un socialiste d'Etat très radical, s'en console dans l'espoir que les corporations organisées pour les assurances seront appelées un jour à être les organes distributeurs du travail et régularisateurs des salaires, les intermédiaires obligés qui enlèveront tout caractère personnel aux rapports entre patrons et ouvriers, de façon à affranchir ces derniers de la contrainte qu'ils subissent aujourd'hui à un degré excessif, s'il faut en croire M. Brentano, et dont celui-ci serait pour son compte heureux et fier de les débarasser en rasant la plupart des institutions philanthropiques créées par les patrons pour attacher l'ouvrier à la fabrique comme le serf était attaché autrefois à la terre du seigneur.

## III.

## Les assurances ouvrières dans trois autres pays.

### *En France.*

58. En France, on s'est occupé depuis fort longtemps des questions d'assistance ouvrière. On a essayé d'introduire le système de l'assurance facultative par l'Etat, et on a créé, le 11 juillet 1868, sous la garantie de l'Etat, et sous l'administration de la Caisse des dépôts et consignations, deux caisses qui ont pour objet : l'une de payer au *décès* de chaque assuré à ses héritiers ou ayants-droit une somme déterminée suivant les bases fixées d'après un système analogue à celui des Compagnies d'assurances sur la vie ; la deuxième, de servir des *pensions viagères* aux personnes assurées qui dans l'exécution de travaux agricoles ou industriels, sont atteintes de blessures entraînant une incapacité permanente de travail,

et de donner des secours aux veuves et enfants des assurés qui ont péri par suite d'accidents de travail. Les ressources de cette dernière caisse se composent des versements des assurés (fr. 8, 5 ou 3 par an), d'une subvention de l'Etat, des dons et legs faits à la caisse.

Ces deux caisses n'ont presque pas fait d'affaires. [1]) Elles n'ont contribué en rien à résoudre la question ouvrière. Depuis son origine jusqu'en 1885, la Caisse d'assurance au décès n'a fait que 1194 assurances individuelles. La plupart des assurés étaient des pompiers et des employés ou agents de l'Etat. Les ouvriers de fabrique ne figurent dans le nombre total des assurés que pour 353. En revanche, 149 rentiers se sont assurés. La Caisse avait aussi conclu 827 assurances collectives, comprenant 201,942 membres, contractées par des sociétés de secours mutuels pour assurer au décès de chaque membre une somme de 100 ou de 200 francs. La Caisse a fait sur ces assurances collectives une perte de plus de 150,000 francs.

Cette caisse est restée entièrement inconnue soit aux patrons soit aux ouvriers, ou au moins à l'immense majorité

---

[1]) Pendant la période législative si féconde que le canton de Berne a traversée de 1846 à 1850, on avait donné un nouveau règlement à la Caisse dite des « domestiques » qui était une Caisse d'épargne à l'usage « des domestiques proprement dits, des ouvriers et compagnons au service d'autrui, des aides de toute espèce de profession civile, et enfin de tous les employés n'ayant pas de place indépendante ». Puis, le 2 février 1849, en pleine tourmente révolutionnaire européenne, on créait, sous l'administration de l'Etat, une caisse de retraite *(Alterskasse)* formant une section de la Caisse des domestiques. Dès le lendemain le conseil exécutif publiait le règlement de la Caisse de retraite avec tarifs à l'appui. Loi et règlement sont restés à l'état de lettre morte malgré tous les efforts qui ont été faits, entre autres par l'auteur de ces lignes, pour galvaniser ces produits législatifs. Le système était celui de la rente viagère fixe à partir de 60 ans ou de la rente viagère commençant à 50 ans et progressive jusqu'à 80 ans. Les primes se payaient par année ou une fois pour toutes. Le tarif était un peu plus bas que celui des entreprises d'assurance modernes. C'est ainsi que pour toucher dès l'âge de 60 ans une rente annuelle et viagère de fr. 100 il fallait que le versement, s'il se faisait à l'âge de 40 ans, fût de fr. 315. 74. D'après les tarifs de la *Caisse de rentes suisse (Schweizerische Rentenanstalt),* qui sont établis sur des bases très rationnelles, le versement unique, dans ces conditions, est de fr. 330.

d'entre eux. Puis les fonctionnaires de l'Etat qui la gèrent, n'ont pas, comme les agents des Compagnies d'assurances, intérêt à propager une institution qui ne peut que leur donner un surcroît de travail sans leur procurer jamais aucun bénéfice.

Une troisième caisse est celle des ***retraites de la vieillesse,*** créée par les lois du 18 juin et 12 juin 1861, lesquelles ont été suivies de plusieurs autres qui les ont modifiées. Cette caisse, gérée par celle des dépôts et consignations, et organisée ***mutatis mutandis*** sur le système adopté par les compagnies d'assurance privées, a pour objet de constituer, à un âge déterminé, aux personnes ayant fait un ou plusieurs versements à capital aliéné ou à capital réservé, une rente viagère calculée d'après le montant de ces versements. Cette Caisse a mieux prospéré que les deux autres dont il est question plus haut. Les rentes viagères inscrites s'élevaient au 31 décembre 1868 à 6,749,253 fr. représentant un capital de 65,448,118 fr. Le nombre des parties était de 38,481 et la moyenne, par inscription de rentes, de 175 fr. Depuis cette époque, bien qu'ayant passé par des vicissitudes diverses, la Caisse de retraite pour la vieillesse s'est considérablement développée. Beaucoup de gens n'appartenant nullement à la classe des travailleurs modestes ont voulu profiter de l'exagération du taux de l'intérêt dont il était tenu compte aux déposants, jusqu'à ce que les lois du 29 décembre 1882 et du 30 janvier 1884 eussent modifié une organisation qui menaçait de devenir désastreuse pour l'Etat responsable. Au 31 décembre 1884, l'actif de cette caisse dépassait 612 millions représentés en majeure partie par des rentes sur l'Etat et par un solde débiteur de près de 35 millions du Trésor public. Les rentes dues par la Caisse aux assurés représentaient en capital environ 546 millions.

Cette caisse a été utilisée par les rentiers petits et grands et par la classe bourgeoise beaucoup plus que par les ouvriers. Ceux-ci sont affiliés en grand nombre aux sociétés de secours mutuels, soit reconnues utilité publique, soit approuvées, soit privées, et il y a quelques années, l'Etat a aussi rendu une loi concernant les caisses de mineurs. Mais, pour le reste, il n'y a eu que des projets. Ceux-ci ont porté sur l'organisation de la responsabilité des patrons et sur le risque professionnel.

Il serait intéressant d'étudier ici les projets qui se sont succédé depuis 1879 — projet Nadaud, amendement Girard, projet Peulevey, projet Faure, projet de Mun[1]) — mais cela nous entraînerait trop loin. Disons toutefois que dans plusieurs séances entre le 17 et le 29 mai 1888 la Chambre des députés française a discuté et adopté en première lecture un projet de loi concernant la responsabilité des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail.

59. On aurait tort de s'imaginer[2]), malgré le titre donné par la Chambre française à la loi qu'elle a votée en premier débat, qu'il s'agit d'un acte législatif ressemblant aux lois fédérales suisses du 25 février 1881 et du 25 juin 1881. C'est une véritable loi d'assurance contre les accidents que la Chambre des députés française a discutée et adoptée. Toutefois elle diffère sur des points essentiels de la loi allemande. La responsabilité du patron, son devoir d'indemniser les victimes d'accidents survenus dans le travail, sont aussi complets, aussi étendus, plus étendus même que dans le système allemand (voir les notes aux numéros 31 et 37). Mais tandis que, dans ce dernier système le patron se décharge sur l'assurance obligatoire de toute responsabilité, d'après le système français, au contraire, l'assurance n'est que facultative. Le patron peut se décharger de l'obligation de supporter lui-même les suites du risque professionnel, s'il s'agit d'indemnités temporaires, sur une caisse de secours créée par lui, avec ou sans le concours de ses ouvriers, ou sur des sociétés de secours mutuels approuvées ou autorisées, auxquelles il fait affilier ses ouvriers à ses propres frais. Enfin, les patrons peuvent constituer entre eux des syndicats d'assurance fonctionnant comme les corporations *(Berufsgenossenschaften)* allemandes et soutenus par la caisse d'assurance contre les accidents créée par la loi de juillet 1868. Enfin, pour les indemnités permanentes, rentes ou pensions viagères, dues à la suite d'accidents graves ou de décès, les patrons peuvent soit se constituer en syndicats s'appuyant sur la Caisse nationale de retraites, soit s'assurer auprès de

---

[1]) A consulter *Die Arbeiterversicherung in Frankreich* de von der Osten, Leipzig, 1884, et une série d'articles de M. Renouard dans la *Réforme sociale,* Paris 1886.

[2]) Voir la *Gazette de Lausanne* du 5 juin 1888.

la Caisse créée par la loi du 11 juillet 1868. Comme on le voit, le système est des plus compliqués. Un orateur a dit à la Chambre que c'était un casse-tête chinois. En effet, le projet aujourd'hui adopté a grand besoin d'être revu, corrigé et simplifié. Il le sera sans doute à la deuxième lecture. Provisoirement la Chambre a refusé le principe de l'obligation de l'assurance que recommandaient à la fois le gouvernement et les socialistes-catholiques dont le principal représentant est M. Albert de Mun. Il est probable que la Chambre finira, en deuxième débat, par adopter ce principe. La commission dont le système a triomphé provisoirement, a voulu évidemment ménager toutes les exigences, être à la fois libérale et socialiste d'Etat, ne pas décréter l'assurance obligatoire, mais l'imposer indirectement aux patrons. C'est ainsi qu'on est arrivé aux complications. Celles-ci tomberont si l'assurance obligatoire est franchement décrétée. L'obligation admise, M. de Mun et ses amis chercheront aussi à faire triompher l'organisation de l'assurance d'après le système allemand, c'est-à-dire par corporations. Ces deux points, obligation et corporations, promettent d'intéressantes discussions pour le second débat.

*En Belgique.*

60. A la suite des grèves révolutionnaires dans le bassin houiller de Charleroi en mars 1886 le gouvernement belge a institué une « Commission du travail » chargée de faire une enquête sur la condition des ouvriers et de préparer, sous forme de projets de loi, une série de réformes sociales. Cette Commission a eu à s'occuper entre autres des assurances ouvrières contre les accidents de travail. Le rapport sur la matière, préparé par M. Charles de Jace, propose de déclarer obligatoire l'assurance ayant pour objet la réparation du dommage provenant d'accidents survenus au cours du travail et dont la cause reste inconnue ou bien constitue un cas de cause fortuite ou de force majeure. La réparation du dommage doit consister dans les frais du traitement thérapeutique et dans le paiement d'une rente, calculée d'après le salaire ou traitement moyen de la victime pendant l'année où l'accident est arrivé. Les rentes ne seront à la charge de l'assurance qu'à partir du troisième mois après l'accident. Pendant les trois premiers mois, le traitement du blessé et les

indemnités à lui payer ou à payer à ses ayants-droit en cas de décès, seront supportés par les caisses de secours contre les maladies, dont le législateur réglera l'organisation et qui devront être créées dans chaque établissement industriel sous la forme de sociétés de secours mutuels, alimentées par une contribution des patrons et des ouvriers. Les primes d'assurance contre les accidents seront payées exclusivement par les chefs d'entreprise, qui seront libres de choisir leur assureur. Ils pourront même ne point contracter d'assurance, mais dans ce cas ils devront, pour chaque accident, verser à la caisse des dépôts et consignations le capital nécessaire au service de la pension ; ce capital leur sera restitué à l'extinction de la pension. Afin de garantir (!) la solvabilité des compagnies d'assurance auprès desquelles les patrons s'assureront, les opérations de celles-ci seront placées sous le contrôle de l'Etat qui surveillera et réglementera le placement de leurs fonds.

Ce système est un mélange du système allemand et de celui que la Chambre des députés française a provisoirement adopté.

M. Ch. Sainctelette, membre de la commission du travail, repousse tout système d'assurance obligatoire et propose de trancher la matière par une loi de responsabilité civile réglant, avec renversement de la preuve, les effets du louage de service (v. 13).

Le Gouvernement et le Parlement belges ne se sont pas encore prononcés.

### *En Angleterre.*

61. La législation anglaise sur la responsabilité était autrefois très dure pour les ouvriers. L'*Act* de 1880 a rendu la situation un peu meilleure en créant un système qui se rapproche de celui du Code civil français (v. 13) ; mais le système anglais laisse à la charge de l'ouvrier demandeur la preuve de la responsabilité du patron et met à sa charge les accidents fortuits. Toute idée philanthropique est absente de ce système.

Les *Friendly Societies* (associations mutuelles d'ouvriers) ont cherché à combler les lacunes de la législation et elles y ont réussi dans une large mesure.

Enfin, M. Gladstone, par l'*Act* du 14 juillet 1864, a organisé et placé sous l'administration des postes, une entreprise d'assurance sur la vie par l'Etat, comprenant les rentes viagères et les assurances au décès. Cette assurance facultative par l'Etat n'a pas mieux réussi qu'en France et végète tristement. (V. 58.)

Enfin, un prêtre anglais, M. William Lewery Blackley, soutient avec beaucoup de zèle depuis 1878 un projet de caisse obligatoire d'assurance contre la maladie et de retraite pour la vieillesse. [1]) Grâce à sa persévérance, M. Blackley a finalement obtenu qu'une commission parlementaire fût nommée pour examiner son projet. Cette commission a fait une enquête sérieuse et a publié récemment son rapport. [2]) M. Blackley dit — comme on le dit ailleurs aussi — que, puisque les ouvriers et les autres gens ne sont pas disposés à faire volontairement les sacrifices nécessaires pour s'assurer une retraite dans leur vieillesse, il faut établir l'assurance obligatoire. Considérant en outre qu'il y aurait des inconvénients à établir deux caisses, l'une pour les maladies, l'autre pour la vieillesse, il propose la réunion des deux services. Mais le côté original de son système le voici: tous les individus, hommes et femmes, riches et pauvres, patrons et ouvriers, etc., seraient astreints à payer, pendant leurs 18$^{me}$, 19$^{me}$, 20$^{me}$ et 21$^{me}$ année d'âge, une somme totale de 10 £. Après avoir parfait la somme de 10 £, il n'y aurait plus rien à payer: on recevrait un ticket de membre et jouirait de ses droits. C'est-à-dire, entendons-nous: les ouvriers seuls jouiraient des droits que donnerait le paiement des 10 £. Les autres déposants ou contribuables seraient seulement membres honoraires et payants de l'institution. Quant aux ouvriers, membres actifs avec droits et devoirs, ils auraient droit, pendant la maladie, à 8 sh. (fr. 10) par semaine, et à partir de l'âge de 70 ans à une pension de 4 sh. ou fr. 5 par semaine. Les objections se sont abattues en foule sur le système de M. Blackley. On lui a dit entre autres: 10 £ en capital ne suffisent pas pour couvrir un risque représentant 8 sh. par semaine en cas de maladie et 4 sh.

---

[1]) Voir le *Journal des Economistes*. Avril 1888.

[2]) *Reports from the select Committee of National Provident Insurance.* 3 vol.

de retraite hebdomadaire. A quoi M. Blackley a répondu qu'une partie de la population versera les 10 £ sans rien recevoir, que si cette somme ne suffit pas on demandera 11, 12 £, etc. Et comme quelqu'un demandait pourquoi l'Etat ne verserait pas le complément, on a répondu : l'Etat ? Mais l'Etat a versé sous la forme des 10 £ par personne riche ou aisée. Ou bien par hasard l'Etat existerait-il en dehors des contribuables ? Cette réflexion était fort juste. En somme, le système de M. Blackley est un impôt pour les pauvres. La commission d'enquête parlementaire l'a compris ainsi : elle a rejeté la proposition de M. Blackley, mais elle en a retenu la pensée fondamentale en déclarant qu'en principe il y avait lieu de fonder une caisse de retraite *obligatoire*. Et c'est ainsi que nous voyons l'Angleterre commencer elle aussi à abonder dans la voie du système allemand. [1])

Tout récemment la Chambre des communes a renvoyé à l'examen de son comité permanent de législation un projet de loi sur la responsabilité civile du patron.

## IV.

## Les assurances ouvrières en Suisse.

### *Le programme.*

62. Faut-il en Suisse copier aveuglement les institutions allemandes? Certes non. L'exemple de l'Allemagne sera imité pour une partie de l'organisation, mais pour le reste celle-ci devra être d'une part simplifiée, [2]) d'autre part adaptée au

---

[1]) Voir sur le même sujet l'*Année économique* 1887—1888 par Arthur Raffalovich, Paris, maison Quantin.

[2]) Si les assurances ne concernaient que les ouvriers de fabrique et si ceux-ci étaient stables, c'est-à-dire si chacun d'eux était toujours attaché au même établissement industriel, on aurait pu simplifier considérablement l'organisation générale. Les caisses de fabrique auraient fourni les indemnités en cas de maladie, chacune pour son ressort, et ces mêmes caisses, groupées en associations régionales, ou en une seule association embrassant tout le pays, auraient formé ensemble la Caisse d'assurance régionale ou centrale contre les accidents, l'invalidité et les effets de l'âge. Les organes des caisses de malades auraient été, dans ce sys-

caractère démocratique de la Suisse et à ses institutions fédératives Nous attachons, quant à nous, autant d'importance à l'influence que les futures assurances ouvrières auront sur les affaires du paupérisme (v. 2 et 57) qu'à leur caractère social envisagé au point de vue spécial de la question ouvrière. Or, les affaires du paupérisme sont du ressort cantonal; c'est à peine si quelques-unes des questions qui y touchent sont centralisées par des concordats entre les cantons. Il est donc de toute nécessité de faire intervenir d'une façon quelconque les administrations cantonales dans les assurances ouvrières, qui, en se développant et en entraînant d'autres innovations sociales, provoqueront des changements considérables dans les lois cantonales relatives au paupérisme et même dans la législation communale. Il est clair en effet, pour ne parler que de ce côté de la question, que lorsque l'organisme nouveau des assurances ouvrières, sans précédent jusqu'ici, se chargera de donner, non seulement les soins médicaux, mais encore la subsistance à tous les salariés victimes de la maladie, d'un accident dans l'ouvrage, ou atteints de sénilité, et même, dans certains cas de faire une pension à leurs ascendants et descendants, que les communes bourgeoises, dans les cantons où existe le régime de l'assistance par le lieu d'origine, ou les communes municipales, dans ceux qui ont l'assistance au domicile, se trouveront exonérées d'une bonne partie de leurs charges actuelles. Nous disons: de leurs charges actuelles, et non pas de toute charge résultant du fait que des salariés sont devenus par suite de maladie, d'accident ou de vieillesse incapables de gagner leur vie, car nous estimons que les communes seront appelées à con-

---

tème, les agents de la Caisse régionale ou centrale donnant les secours en cas d'accident et les pensions de retraite. Ces agents, habitués à contrôler les membres des caisses de malades, à combattre la simulation, à reconnaître les cas d'incapacité au travail réelle ou feinte, auraient rendu ainsi d'immenses services. L'organisme général des assurances ouvrières aurait été mieux agencé, les rouages auraient été simplifiés, on aurait évité les écritures trop nombreuses et les frais trop considérables, on aurait pu donner aux ouvriers une part plus considérable dans l'administration de la partie des assurances qui concerne les secours permanents (accidents graves, caducité, vieillesse), bref, on aurait pu obtenir une unité de système, mais les détails dans lesquels nous sommes entré prouvent suffisamment que, du moment que tous les salariés doivent être assurés, une organisation aussi simple n'est pas possible.

tribuer à une partie des frais des assurances ouvrières (v. 72). La vie communale est un bien démocratique précieux qu'il ne faut pas laisser se perdre, qu'il faut au contraire cultiver avec soin et intéresser par conséquent, par des droits et des devoirs, aux réformes sociales.[1]) Ainsi, il n'y aura pas d'exonération complète, mais il y aura un autre emploi d'une partie des ressources affectées aujourd'hui aux fonds des pauvres. Ce sont les communes bourgeoises qui y trouveront le plus grand avantage financier, car dans les assurances ouvrières, qui seront forcément basées sur le principe d'égalité, on ne fera aucune différence entre les bourgeois et les non-bourgeois: la caisse d'assurance contre les maladies ayant à indemniser un ouvrier incapable de travailler ne lui demandera pas s'il est bourgeois ou non; la caisse l'indemnisera dans l'un et dans l'autre cas, et ainsi certains secours délivrés jusqu'ici par les communes bourgeoises deviendront superflus.

63. Les cantons aussi, qui ont des dépenses pour le paupérisme, se trouveront exonérés dans une certaine mesure, à moins que la *lex ferenda* ne leur impose des charges nouvelles équivalentes à celles dont ils seront dispensés à l'avenir. Dans tous les cas, pour les motifs que nous avons exposés dans la première partie de ce travail, l'Etat devra prendre à sa charge tout au moins un subside représentant les indemnités pour les accidents résultant des cas de force majeure (v. 8 et 9). En Allemagne le gouvernement impérial offrait avec insistance un subside général, mais le Parlement l'a repoussé jusqu'au bout (v. 16). On avait peur de l'intrusion politique de l'Etat, et les industriels ont mieux aimé supporter toutes les charges des assurances ouvrières contre les accidents que d'accepter de l'Etat un subside qui aurait donné à ce dernier le droit de restreindre l'autonomie des associations corporatives. En Suisse, où le peuple souverain peut à chaque instant transformer l'Etat à sa guise, les

---

[1]) Paroles de M. Fournier de Flaix à la réunion du 5 mai 1888 de la société d'économie politique à Paris: « Ce qui fait la grandeur et l'importance de l'expérience poursuivie en ce moment en Allemagne, c'est qu'elle repose sur le fondement de l'organisation communale et provinciale. Dans ce pays, en effet, la commune est responsable des malheurs qui frappent ses membres: ceux-ci ont l'obligation positive de s'entr'aider. »

mêmes antagonismes et les mêmes craintes n'existent pas. Peut-être même tombe-t-on dans l'excès contraire, car les organismes d'utilité publique, qui, possédant le droit illimité de réunion, ne demandent à l'Etat aucune espèce d'aide financier sont de plus en plus rares.

64. Mais si l'Etat fournit des subventions pour les assurances contre les accidents, sera-ce l'Etat-Confédération ou l'Etat-Canton? A considérer le fond des choses, peu importe, car, au fur et à mesure que l'esprit centralisateur s'infiltre dans les institutions fédératives, les finances cantonales subissent de plus en plus l'influence fédérale. En réalité, le peuple suisse, considéré dans son ensemble, n'a qu'une seule bourse: elle se compose d'un fonds commun et de vingt-cinq fonds particuliers; au prorata cantonal, l'effet définitif est le même pour le peuple suisse. Par raison de simplification on préférera sans doute le fonds commun. Mais ce ne sera pas une raison pour tenir les administrations cantonales en dehors de l'organisation et du fonctionnement des assurances ouvrières. Sans doute on pourrait parfaitement imaginer une organisation purement fédérale, laissant les cantons de côté et fonctionnant sans leur collaboration et par les seuls organes qu'elle aurait créés. Mais priver les cantons de coopération, ce serait précisément s'exposer à s'immiscer dans leurs affaires particulières et les exposer eux-mêmes à perdre le fruit qu'ils retireront, pour la transformation de leur législation sur le paupérisme et sur les affaires communales (v. 62), d'une connaissance intime des assurances ouvrières. D'ailleurs, du moment que les communes, dont on ne saurait se passer dans le fonctionnement des assurances ouvrières, seront mises à contribution, les cantons constitutionnellement souverains en matière communale ont droit à avoir voix au chapitre.

Quel sera le rôle des cantons? Seront-ils les organes d'exécution? On est entré dans cette voie pour l'application des lois fédérales sur la responsabilité civile. Par sa circulaire du 25 octobre 1887, le Conseil fédéral a chargé les cantons de tenir la main, suivant ses instructions, à l'exécution de la loi du 26 avril 1887 qui complète celle du 25 juin 1881 sur la responsabilité civile. Il est vrai que ces lois de responsabilité sont des lois de codification plutôt que des lois d'exécution, et que le personnel fédéral, com-

posé en ce qui concerne cette matière, de trois inspecteurs de fabrique, serait absolument insuffisant pour contrôler l'exécution de la loi, sans compter cette raison péremptoire que celle-ci elle-même charge les cantons de veiller à l'observation des prescriptions qu'elle contient. Pour les assurances ouvrières on ne pourra faire de même. Ici, il ne s'agira plus seulement d'exercer un contrôle général, mais de faire acte continuel d'administration. Si les cantons devenaient des rouages de l'organisation des assurances ouvrières, il faudrait créer à côté d'un bureau fédéral, vingt-cinq bureaux cantonaux : on tomberait ainsi dans une paperasserie sans fin ; plus encore qu'en Allemagne, une grande partie de l'argent s'en irait en frais d'administration. Même si la Confédération se constituait elle-même en entrepreneur et en administrateur unique des assurances ouvrières, elle ne pourrait pas prendre pour ses organes administratifs les vingt-cinq cantons, qui auraient trop de frais et qui sont si différents les uns des autres sous le rapport de l'étendue territoriale.

On pourrait aussi songer à constituer chaque canton en circonscription autonome pour le fonctionnement des assurances ouvrières d'après les prescriptions de la future loi fédérale : de tous les systèmes, ce serait encore le moins pratique, le plus paperassier et le plus coûteux. [1])

Ainsi, d'un côté, il est nécessaire d'assurer aux cantons une part d'activité dans les assurances ouvrières ; de l'autre côté, il est presque impossible d'en faire un rouage intermédiaire entre la Confédération légiférant et exerçant le contrôle supérieur, et les organes exécutifs à créer : on verra plus loin comment nous avons essayé d'esquisser le rôle modeste des cantons dans le fonctionnement des nouvelles institutions.

65. Nous avons dit plus haut que les futures assurances ouvrières devront tenir compte du caractère démocratique de la Suisse. L'égalité est le premier criterium de la démocratie : une démocratie qui n'est pas fondée sur l'égalité n'est qu'une oligarchie. Nous ajoutons que toute

---

[1]) La Société commerciale de Zurich dit *loc. cit.*: «Personne ne veut entendre parler d'une organisation cantonale de l'assurance mutuelle contre les accidents.»

organisation, sociale aussi bien que politique, qui favorise les antagonismes est anti-démocratique, parce qu'elle est dirigée contre le besoin d'égalité. De ces principes, appliqués à notre sujet, il résulte que les assurances à créer devront être largement accessibles à tous. On obligera tous les salariés à y entrer, parce que l'Etat a, pour le bien commun, un intérêt puissant à supprimer certaines causes d'appauvrissement; mais, en même temps, on tiendra la porte grande ouverte pour tous ceux qui, sans y être obligés, voudront y prendre part. A Bâle, on essaie depuis longtemps d'introduire l'assurance obligatoire contre les maladies; après de longs efforts, on est parvenu l'an dernier à créer un projet d'assurance contre les frais thérapeutiques: il a été rejeté par le verdict populaire parce qu'il n'était pas également applicable à tous.

66. Quant à l'égalité proportionnelle des charges, elle existera pour tous les assurés. Mais en dehors des charges communes à tous les assurés, il y aura encore les charges spéciales des patrons. Pour ce qui est des accidents et des maladies industrielles spécifiques, ces charges compenseront la suppression de la responsabilité civile qui pèse aujourd'hui sur les patrons. En ce qui concerne les maladies ordinaires, ce sera un adoucissement à la loi du salariat moderne qui a pris à l'ouvrier la place qu'il occupait autrefois à la table de son patron. Si, pour conserver de bons ouvriers, le fabricant a un intérêt à leur continuer la paie en temps de chômage, de même toute la collectivité des patrons a un intérêt à ne pas laisser mourir de faim les ouvriers malades. D'ailleurs, comme nous l'avons dit à propos de l'Allemagne, les assurances ouvrières sont une innovation de droit public qui prime ce qui était devenu la loi et l'usage.

L'égalité démocratique devra aussi se manifester par l'extension de l'institution nouvelle des assurances à toutes les catégories de la population qui vit du produit de son travail. L'Allemagne, pour ce qui concerne les assurances contre les accidents et même celles contre la maladie a procédé par étapes. En Suisse, on pourra dès l'abord proclamer en principe que les assurances seront faites pour toutes les catégories de l'activité industrielle et commerçante sans aucune exception: l'ouvrier cordonnier ou tailleur travaillant chez un tout petit patron devra être assuré aussi

bien qu'un ouvrier de fabrique, et l'assurance sera obligatoire pour les salariés [1]) des différentes branches de l'agriculture aussi bien que pour ceux de l'industrie. Non seulement les uns sont aussi dignes de sollicitude que les autres, non seulement l'Etat a le même intérêt à empêcher l'appauvrissement d'une catégorie de salariés qu'à prévenir la misère d'une autre catégorie, mais il y a aussi pour lui une utilité politique et sociale considérable à éviter tout ce qui pourrait favoriser l'esprit de classe.

67. Est-il bien nécessaire de parler d'assurances spécifiquement ouvrières? Les assurances seront, il est vrai, obligatoires pour les ouvriers, mais elles ne le seront pas seulement pour ceux que l'on a spécialement en vue quand on parle d'une « question ouvrière » ; elles seront obligatoires pour tous les ouvriers en général, pour les domestiques, pour les manœuvres, pour les ouvriers des métiers (*Gesellen*) et pour les ouvriers en chambre comme pour ceux qui travaillent en fabrique. Elles seront également obligatoires pour les employés et commis. Et enfin elles seront ouvertes aux patrons, aux gens établis à leur compte, aux particuliers de toute espèce qui se conformeront aux prescriptions légales. Ce ne seront pas les assurances d'une classe, mais les assurances de tout le monde. Pourquoi dès lors les appeler assurances ouvrières? Ne vaudrait-il pas mieux les baptiser d'un terme plus général, comme par exemple celui d'assurances fédérales ou nationales? C'est la dénomination dont nous nous servirons dans le reste de ce travail.

68. Ainsi en principe, le caractère des assurances fédérales sera aussi général que possible. Mais, ce principe posé, la loi, tenant compte des difficultés pratiques, devra stipuler des délais pour la création d'une partie des institutions nouvelles. C'est ainsi que notre avis serait de commencer par les assurances contre la maladie pour tout le monde, y compris la population agricole, et par les assurances contre les accidents à l'exclusion de la population agricole. On complètera ces dernières quand on aura acquis l'expérience et la pratique nécessaires.

[1]) M. Sulzer *loco citato* dit que tous les salariés doivent participer à l'assurance.

Quant à l'assurance contre les effets de l'invalidité et de l'âge, aboutissant à la création de pensions de retraite, on agira sagement en l'ajournant encore. Ce sera une innovation trop radicale pour que le peuple en accepte le principe avant d'avoir vu fonctionner les autres assurances dont elle sera le corollaire et le complément.

69. Il est inutile de songer à ne créer d'abord que les assurances contre la maladie, comme quelques cantons essaient en ce moment de le faire. [1]) L'initiative particulière et collective s'est déjà exercée si largement sur ce domaine, que l'innovation consistant à décréter l'obligation de l'assurance serait d'une portée très minime et paraîtrait n'être qu'un à-compte presque ridicule sur l'ensemble des institutions à créer.

Au reste, en Suisse come en Allemagne, le mouvement s'est porté, pour commencer, sur les assurances contre les accidents dont le système doit être substitué à celui de la responsabilité civile pour les motifs que nous avons indiqués dans la première partie de ce travail. Mais si l'on veut procéder rationnellement et se montrer juste et équitable on ne peut pas créer les assurances contre les accidents sans rendre

---

[1]) L'assurance obligatoire contre la maladie est à l'étude dans les cantons de Bâle-Ville (depuis fort longtemps déjà), de Genève, d'Argovie et de Neuchâtel. Le premier projet genevois est celui de M. Favon englobant dans l'assurance tous les citoyens suisses habitant le canton de Genève, les riches et les pauvres, les personnes solvables comme les indigents, les cotisations de ces derniers devant être acquittées par l'Etat. Le contre-projet de M. Gustave Pictet repousse l'obligation; l'Etat se bornerait à encourager par des subventions à des sociétés privées les citoyens à s'assurer. La commission du Grand-Conseil a modifié le projet Favon ainsi qu'il suit: l'assurance restreinte aux citoyens genevois; l'Etat versant annuellement une somme fixe (on parle de 100,000 francs) afin d'aider à l'assurance des personnes qui ne se trouvent pas en mesure de payer leurs cotisations; ces dernières, assurées par les soins d'une institution d'assistance de date très ancienne (l'Hospice général), laquelle ajouterait cette branche à son activité actuelle et recevrait les 100,000 francs mentionnées plus haut, pour faire face aux dépenses résultant de ce chef. — Le nouveau projet bâlois n'est qu'un essai de nationalisation obligatoire *(Verstaatlichung)* des secours du médecin et du pharmacien. — Le canton de St.-Gall prépare un projet de loi créant des caisses d'assurance contre la maladie, obligatoire pour les domiciliés *(Aufenthalter,* par opposition à *Niedergelassene,* établis).

en même temps celles contre la maladie obligatoires [1]). Un ouvrier que la pleurésie est venue atteindre dans son atelier mérite d'être secouru au même degré que celui qui a laissé une partie de la peau de ses doigts dans une machine à peigner la laine ou le coton. Ensuite il y a la question des maladies spécifiques professionnelles que déjà le droit public suisse traite comme les accidents de travail. [2]) Contre ces maladies il faut une assurance obligatoire aussi bien que contre les accidents; elles sont comme ceux-ci une conséquence du salariat industriel. Malheureusement, aussi longtemps qu'on n'aura pas l'assurance contre les effets de l'invalidité, les maladies spécifiques ne pourront donner lieu, comme nous le verrons plus loin, qu'à des secours d'une durée restreinte.

Ces principes fixés, entrons dans le détail.

*L'assurance contre la maladie.*

70. Elle s'étendra à toutes les industries et à tous les métiers et elle sera obligatoire pour tous les salariés à quelque catégorie qu'ils appartiennent — manœuvres, ouvriers, apprentis, domestiques, commis et employés — pour ceux-ci si leur traitement annuel ne dépasse pas 3 à 4 mille francs. Elle sera facultative pour les ouvriers établis à leur compte, les patrons, les particuliers d'une profession quelconque, les femmes et les enfants. Il y aura deux espèces de Caisses: les Caisses communales et les Caisses de fabrique. Tout industriel occupant au moins cent ouvriers pourra être tenu, par décision de la commune, de fonder dans son établissement une Caisse de fabrique. Chaque caisse devra avoir des statuts conformes aux prescriptions de la loi et qui auront

---

[1]) M. Sulzer, *loc. cit.*, est du même avis; la Société industrielle et commerciale du canton de Zurich *loc. cit.*, également.

[2]) Art. 3 de la loi du 25 juin 1881: «En outre, dans les industries que le Conseil fédéral, en exécution de l'art. 5, lettre d, de la loi sur le travail dans les fabriques, désigne comme engendrant des maladies graves, le fabricant est responsable du dommage causé à son employé ou à un ouvrier par une de ces maladies, lorsqu'il est constaté qu'elle a exclusivement pour cause l'exploitation de la fabrique.» — Voir en outre: Règlement pour la fabrication et la vente des allumettes du 17 octobre 1882; Circulaire du 29 novembre 1884 sur les poids en plomb des métiers Jacquard; Arrêté du Conseil fédéral du 19 décembre 1887 relatif à plusieurs industries entraînant des maladies spécifiques.

été approuvés, sur le préavis de l'autorité cantonale, par la Direction de la Caisse fédérale de prévoyance *(Bundesvorsichtskasse)* dont il sera question plus loin (v. 77). L'assurance de l'ouvrier se fera au siége de son travail s'il fait partie d'une Caisse de fabrique ; sinon au siége de son domicile.

71. Le minimum des secours à délivrer par les caisses comprendra : 1° les soins médicaux ; 2° les frais de pharmacie ; 3° en cas d'incapacité de travail une indemnité en argent pendant les journées de maladie ; 4° en cas de décès une indemnité mortuaire suffisante pour couvrir les frais d'inhumation ; 5° un secours aux assurées en couches pendant une durée de trois semaines après la délivrance.

L'indemnité pendant les jours de maladie s'élèvera à 50 p. c. du salaire pour tous les ouvriers, employés, apprentis, etc., dont le salaire ne dépassera pas fr. 5 par jour de travail. Les salariés qui gagnent plus de fr. 5 ne seront indemnisés que comme s'ils ne gagnaient que fr. 5. Les assurés volontaires seront assurés sur le pied d'un gain : de fr. 5 par jour pour les hommes ; de fr. 3 pour les femmes ; de fr. 1. 50 pour les enfants.

A partir de la 13me semaine jusqu'à l'expiration de la 39me, la gratuité des secours médicaux sera supprimée ; à partir de la 40me semaine les secours délivrés par la caisse cesseront complètement. On demandera sans doute ce que deviendront alors les malades? C'est dans cette phase qu'interviendra l'assurance contre l'invalidité, qui sera la troisième étape des institutions nouvelles, troisième étape dont nous proposons plus haut d'ajourner provisoirement la création (v. 68).

Les indemnités en argent pour les journées de maladie courront à partir du 3me jour d'incapacité de travail. Des dispositions spéciales régleront le montant de l'indemnité en argent pour les cas où l'assuré malade sera soigné à l'hôpital. Des conventions spéciales seront conclues avec les médecins et les pharmaciens pour les honoraires et pour le paiement des médicaments. Les personnes qui ne seront pas soumises obligatoirement à l'assurance et qui y entreront bénévolement ne pourront recevoir de secours, même si elles sont ou si elles tombent malades, qu'à l'expiration d'un délai *(Karenzzeit)* de six semaines.

72. Le montant des cotisations sera fixé par les statuts. Elles pourront s'élever jusqu'à 3 % des salaires[1]; pour les assurés dont le salaire dépasse fr. 5 par jour et pour les assurés volontaires hommes, elles s'élèveront par an au 3 % de 365 fois fr. 5 soit fr. 54. 75 (environ 15 centimes par jour); pour les femmes volontairement assurées au 3 % de 365 fois fr. 3, soit fr. 32. 85 par an (8,1 centimes par jour); pour les enfants volontairement assurés à fr. 18. 43 (environ 4 centimes par jour). Si le 3 % des salariés est réduit, les cotisations des autres assurés subiront une réduction proportionnelle.

Dans les caisses de fabrique, la moitié des cotisations sera à la charge de l'entreprise, c'est-à-dire du patron; l'autre moitié sera à la charge des ouvriers. Le patron supportera en outre les frais d'administration de la caisse. Les patrons verseront à la caisse non seulement leur cotisation, mais encore celle des ouvriers, dont le montant sera ensuite déduit des salaires.

Dans les caisses communales, les cotisations pour les salariés seront réparties et versées par analogie (v. 62) avec les caisses de fabrique, moitié par la commune[2]), moitié par

---

[1]) Il nous semble d'après l'expérience acquise jusqu'ici en Allemagne que 3 %. part de l'ouvrier et part du patron comprises, devraient suffire (v. 29 et 30).

[2]) Qu'on ne se récrie pas trop sévèrement contre la charge nouvelle que nous voulons imposer aux communes qui sont déjà suffisamment grevées d'obligations financières de toute espèce. La charge nouvelle sera minime, puisque la commune ne sera engagée ni pour les ouvriers faisant partie d'une caisse de fabrique, ni pour les membres des sociétés mutuelles libres, ni pour les assurés volontaires. Quand le système complet (maladie, accidents, vieillesse et invalidité) des assurances ouvrières ou de l'assistance aux ouvriers aura été introduit, les communes seront déchargées d'une grande partie de leurs frais actuels pour le paupérisme et trouveront dans cette exonération une compensation plus que suffisante pour les sacrifices que leur imposeront les assurances contre la maladie. Au reste, quand le législateur discutera le détail de la loi il trouvera, dans les ressources nombreuses qu'offre l'organisation politique de la Suisse (Confédération, cantons, communes municipales et bourgeoises) un moyen de venir en aide aux communes pauvres pour lesquelles leur part de cotisation pour les assurances contre la maladie serait un fardeau trop lourd. Ce qui est l'essentiel à nos yeux (v. 62) c'est que la commune soit intéressée très directement à l'organisme politico-social nouveau que l'on va créer,

les assurés. Les cotisations pour les assurés volontaires seront supportées par eux seuls et versées par eux *prænumerando*, au moins un mois à l'avance. Les frais d'administration seront supportés par la commune. Si les fonds de la Caisse d'assurance ne suffisent pas pour couvrir les frais courants, la Caisse municipale aura à faire les avances nécessaires qui lui seront remboursées plus tard, soit sur un excédent actif, soit sur le fonds de réserve.

73. Chaque caisse devra constituer un fonds de réserve dans lequel on versera un dixième au moins de la somme des cotisations annuelles jusqu'à ce que, y compris les intérêts capitalisés, il ait atteint le double de la moyenne des dépenses annuelles. Ce fonds de réserve sera donné en dépôt à la Caisse fédérale de prévoyance (v. 77); celle-ci bonifiera un intérêt, qui sera inférieur de $^1/_8$ pour cent au taux moyen de l'intérêt que la Caisse fédérale retirera de ses propres placements.

74. Les caisses de fabrique seront administrées par un comité dont le tiers des membres sera nommé par la raison sociale, les deux autres tiers par les ouvriers. La raison sociale, c'est-à-dire le patron, désignera le président et le caissier. Les caisses de commune seront administrées par un comité dont la moitié des membres sera nommé par l'autorité communale; l'autre moitié par les assurés eux-mêmes réunis en assemblée générale. L'autorité communale désignera le président et le caissier.

Chaque caisse aura une assemblée générale qui devra être convoquée au moins une fois par an pour: 1° procéder aux élections statutaires; 2° approuver les comptes; 3° nommer une commission chargée de contrôler les livres avant la prochaine assemblée générale; 4° entendre le rapport du comité; 5° délibérer sur les modifications des statuts et sur toutes les questions que lui soumettra le comité. Dans l'assemblée générale des caisses de fabrique, le patron pourra disposer du tiers des voix qui seront données par trois personnes au moins qu'il aura déléguées à cet effet.

---

d'une part pour empêcher cet organisme de dévier de la voie que l'ensemble des institutions suisses lui trace, et parce que d'autre part nous sommes persuadé que les communes, surtout les communes rurales, se montreront sévères et strictes et réagiront énergiquement contre les abus provenant de simulations de maladies.

Les premiers statuts seront élaborés: pour les caisses de fabrique, par le patron; pour les caisses de communes, par l'autorité communale. Ces statuts seront soumis à la sanction de la Caisse fédérale de prévoyance. Les communes comptant moins de 1000 âmes de population pourront, par décision de l'autorité cantonale, être réunies à d'autres communes pour l'établissement d'une caisse collective.

Le rapport de gestion du comité de chaque caisse et le compte annuel arrêté au 31 décembre et approuvé par l'assemblée générale devront être transmis avant le 15 février de l'année suivante au gouvernement cantonal (v. 62), qui les examinera, les fera au besoin rectifier par les comités des caisses et les fera parvenir, avant le 1er avril, à la Caisse nationale de prévoyance. En général, les gouvernements cantonaux surveilleront le fonctionnement de la comptabilité des caisses dans les formes prescrites pour les administrations cantonales.

75. Les salariés seront dispensés de faire partie des caisses de fabrique et des caisses de commune s'ils peuvent prouver qu'ils font partie d'une caisse libre fournissant au moins la même somme de secours que les caisses instituées par la nouvelle loi. On pourra légalement faire partie de deux caisses à condition d'avertir de ce fait le comité de chacune d'elles; les secours fournis par chacune de ces deux caisses seront alors réduits proportionnellement et ne pourront, en aucun cas, atteindre la valeur entière de la journée de travail.[1])

Les salariés qui abandonneront l'occupation qui motivait leur assurance dans une caisse et ne passeront pas à une occupation nouvelle entraînant leur assurance dans une autre caisse, continueront à faire partie de la caisse primitive aussi longtemps qu'ils conserveront leur séjour sur territoire suisse et qu'ils verseront *prænumerando*, au moins une semaine à l'avance, l'intégralité de la cotisation.

76. Pour vider les différends entre les assurés et la caisse, ou entre patrons et salariés, du fait de l'assurance, chaque caisse constituera un tribunal arbitral de cinq mem-

---

[1]) Aujourd'hui il arrive que des ouvriers assurés à deux ou plusieurs caisses ont tout avantage à se porter malades et à rester malades le plus longtemps possible. L'excès d'assurance favorise la simulation et démoralise l'ouvrier.

bres jugeant en souverain et dernier ressort. Deux membres seront nommés par les assurés, deux membres par le patron, en ce qui concerne les caisses de fabrique, et par l'autorité communale en ce qui concerne les caisses de commune. Le cinquième membre, qui remplira les fonctions de président, sera désigné par l'autorité cantonale.

*L'assurance contre les accidents.*

77. Nous avons vu que c'est le système de la mutualité par corporations d'industries similaires qui a prévalu en Allemagne pour les assurances contre les accidents. Jusqu'au 1er janvier 1888 il avait été créé 64 corporations dont 26 ou 27 s'étendant à tout le territoire de l'Empire ; les autres avaient un caractère régional. Les 64 corporations comprenaient 274,560 exploitations industrielles et assuraient des secours en cas d'accident à 3,551,819 ouvriers (v. 44). Si la Suisse adoptait le même système il lui faudrait également 64 corporations, car elle a autant d'industries différentes que l'Allemagne, ou peu s'en faut. Quant au nombre des exploitations et des ouvriers — si nous prenons pour terme de comparaison entre les deux pays le chiffre de la population de chacun d'eux — elle en aurait dix-huit fois moins, soit environ 15,570 exploitations et 197,350 ouvriers. Cela ferait par corporation environ 3100 ouvriers ou assurés. Ce chiffre est trop minime pour créer des mutualités viables[1]) Un seul accident d'une certaine importance tuant ou blessant une vingtaine d'ouvriers, par exemple par suite d'une explosion de chaudière, suffirait pour ruiner à tout jamais une mutualité à aussi mince effectif. Sans doute, quelques corporations, par exemple celle de l'industrie cotonière, ou de la fabrication des machines, ou de l'horlogerie, ou des constructions de bâtiments auraient un chiffre d'assurés infiniment plus considérable que la moyenne de 3100 ; mais les autres n'en auraient que moins. Il faut donc renoncer au système allemand. Le mieux à notre avis serait de créer une seule mutualité générale, une Caisse centrale, la Caisse nationale ou

---

[1]) La Société commerciale de Zurich a exprimé *loc. cit.* la même idée.

fédérale de prévoyance. Ce serait la grande Mutuelle de l'industrie suisse pour les assurances contre les accidents. [1])

78. Nous nous imaginons que les secours donnés par cette caisse seraient à peu près les mêmes que ceux que prescrit la loi allemande [2]). Seulement au lieu de les laisser, comme en Allemagne, pendant treize semaines à la charge de la Caisse des malades, nous les mettrions à la charge de la Caisse nationale dès le commencement de la troisième semaine, afin de ne pas trop charger les communes (v. 72) [3]). Si l'Allemagne a choisi un terme de treize semaines, c'est pour forcer indirectement les ouvriers qui se cotisent pour les assurances contre la maladie, et qui ne se cotisent pas pour les assurances contre les accidents à supporter une partie des charges de ces dernières. [4]) Il y a eu, en 1887, d'après des données provisoires, 113,494 accidents, donnant lieu à secours, et sur ces 113,494 accidents il n'y en a que 17,142 qui aient été supportés par les assurances corporatives contre les accidents; les autres, soit 96,452 ont été supportés par les Caisses de malades. D'après notre système il ne sera pas

---

[1]) La Société commerciale de Zurich dit *loc. cit.*: « La majorité des personnes que nous avons entendues et qui se montrent bien disposées pour la création d'assurances obligatoires contre les accidents, semblent donner la préférence, parmi les différents systèmes, à une Société mutuelle d'assurances embrassant toute la Suisse. »

[2]) Il est inutile d'expliquer que les secours seraient accordés pour toute espèce d'accidents industriels, sauf ceux causés par préméditation. M. Sulzer *loc. cit.*. demande aussi à exclure ceux causés par étourderie excessive. Nous insistons sur la nécessité d'une bonne définition de l'accident industriel.

[3]) Rien n'empêcherait d'ailleurs de faire comme en Allemagne, c'est-à-dire de laisser les Caisses de malades agir pour le compte de l'Assurance contre les accidents dans tous les cas n'entraînant qu'une incapacité de travail temporaire.

[4]) Les Caisses de malades en Allemagne ont eu en 1885 à donner des secours dans 1,726,695 cas de maladie représentant 24,306,695 journées: 834,999 cas de maladie représentant 1,668,925 journées provenant d'accidents, soit le 4,8 p. c. de tous les cas et le 6,8 p. c. des journées. L'incapacité moyenne de travail a été de 20 journées pour les accidents et de 13,7 journées pour les maladies. Sur 1000 assurés des Caisses de malades, il y a eu 20,8 accidents La dépense moyenne par journée de secours ayant été de 1,90 marc, les accidents ont coûté environ 3,200,000 marcs soit 4 millions de francs aux Caisses de malades.

nécessaire de passer par ce détour, car en vertu de l'adage politique, social et moral, qu'à des droits correspondent des devoirs, nous proposons que les ouvriers supportent une partie des charges de l'assurance contre les accidents.

79. Ceci dit, rappelons quels sont les secours donnés en Allemagne: 1° Secours médicaux et pharmaceutiques à partir du moment où la Caisse de maladie cesse ses secours obligatoires; 2° Paiement d'une rente à partir de ce moment et pour toute la durée de l'incapacité de travail; cette rente est fixée: *a.* en cas d'incapacité totale de travail et pour toute la durée de cette incapacité, à $66^2/_3$ p. c. du gain de travail[1]); *b.* en cas d'incapacité partielle à une fraction de la rente totale calculée en tenant compte du degré d'invalidité. En cas de décès les secours comprennent: 1° Jusqu'au décès les secours indiqués ci-dessus; 2° une allocation pour frais funéraires égale à 20 fois le salaire journalier moyen, mais au moins égale à fr. 37. 50; une rente aux survivants, en fraction du gain journalier du décédé (20 % à la veuve jusqu'au remariage; 15 % pour chaque enfant jusqu'à 15 ans accomplis; 20 % pour un orphelin de père et mère; 20 % aux ascendants si le décédé était leur seul soutien) sans que toutefois la somme totale des rentes dépasse les deux tiers du gain. Les cotisations, supportées par les patrons seuls, sont réparties entre eux d'après des tarifs de risques dont nous avons donné plus haut un exemple.

Eh bien, de même que chaque corporation d'industrie similaire a en Allemagne son tarif de risques, de même aussi une Caisse centrale, la Caisse fédérale de prévoyance que nous proposons, pourrait avoir son tarif, embrassant toutes les industries et basé sur la statistique des accidents qui va pendant trois ans se faire dans la Suisse entière. [2]) Rien n'empêcherait d'ailleurs de ne rendre ce tarif que provisoire, pendant cinq ans environ, et de le reviser ensuite quand le fonctionnement de l'assurance aura fourni une statistique plus complète encore que celle qui se fait maintenant.

80. Si nous proposons une Caisse centrale, une Caisse nationale, ce n'est pas seulement parce qu'une mutualité n'est

---

[1]) M. Sulzer *loc. cit.* demande que l'indemnité s'élève aux deux tiers ou trois quarts du gain; il ne parle pas des secours médicaux et pharmaceutiques.

[2]) Arrêté fédéral du 23 décembre 1887 et règlement du 17 janvier 1888.

viable que lorsqu'elle opère sur une base très large, mais encore pour éviter la multiplicité des frais d'administration et pour assurer l'uniformité dans l'application de la loi, dans la mesure des secours, dans les procédés à suivre. L'ouvrier ne hait rien tant que l'inégalité: la jalousie démocratique lui est innée au plus haut degré. Les procédés sont d'ailleurs compliqués et coûteux, la constatation des accidents entraîne la coopération d'un personnel nombreux et l'administration de chaque corporation en Allemagne exige outre les collaborations purement honoraires, l'emploi d'un personnel permanent fortement rétribué. En outre il est très difficile de recruter ce personnel qui doit posséder ou s'assimiler des connaissances spéciales en technologie, en mathématiques et en comptabilité. Enfin, autant de corporations et autant de services de caisse entraînant une grande responsabilité pour les comités directeurs.

Ainsi tout pesé, pour un petit Etat comme la Suisse, le plus naturel est une Caisse centrale. [1])

81. Mais ici nous nous heurtons à un autre ordre d'idées. L'organisation syndicale adoptée par l'Allemagne a eu cet avantage inappréciable, dans ce temps où un nationalisme effréné rend la marche de différentes industries de plus en plus difficile, de mettre les membres d'une seule et même corporation en rapports fréquents les uns avec les autres, de les habituer à discuter des intérêts communs, à s'entendre, à acquérir cette force que donne l'union dans toutes les manifestations de l'activité humaine. Ils sont sortis de leur isolement, ils se sont senti les coudes, et, loin que quelques. uns y aient perdu individuellement, ils en ont profité les uns et les autres. L'expérience qu'ils ont faite à cet égard leur a paru si probante qu'ils ont voulu faire profiter l'industrie nationale tout entière des avantages qu'ils avaient obtenus par groupes dans les corporations et ainsi est née l'idée d'une association des corporations (*Verband der Berufsgenossenschaften)*, à laquelle quelques industries seulement ont refusé de prendre part.

---

[1]) M. Sulzer *loc. cit.* se prononce contre toute administration des assurances ouvrières par l'Etat. Mais peut-être n'avait-il pas réfléchi à la difficulté de créer des corporations pour toutes les industries dans un petit pays comme la Suisse. Au reste, quelque soit l'organisation, la Confédération se réserverait le contrôle qui offrirait au point de vue où se place M. Sulzer autant et plus d'inconvénients que le système que nous proposons.

Un autre avantage de l'organisation syndicale par corporations — et ici nous rentrons plus étroitement dans notre sujet — c'est qu'il s'est établi une espèce de surveillance mutuelle au sujet des précautions à prendre et des installations à faire pour prévenir les accidents. La loi ordonne aux corporations de rendre des prescriptions pour les mesures préventives d'accidents. Mais ces prescriptions resteraient dans bien des cas à l'état de lettre morte, aussi bien que les dispositions des lois de police de différents pays sur le travail dans les fabriques, si l'organisation syndicale ou corporative qui fait supporter à la totalité des membres de la corporation le manque de prévoyance ou d'humanité de la part de quelques-uns de ses membres n'avait créé une salutaire émulation. Tout un courant en est né en Allemagne, et on pourra en constater la puissance à l'exposition des moyens de prévenir les accidents industriels qui s'organise à Berlin, sur l'initiative prise par quelques corporations d'assurance contre les accidents. [1])

---

[1]) Cette exposition comprendra les sections et les groupes suivants: *Section A.* — Groupes I et II: moyens d'empêcher les accidents causés par des machines en mouvement: appareils de protection entourant les arbres de transmission, roues dentées, courroies de transmission, etc. Groupe III: mesures de précaution à prendre pour les ascenseurs, grues, monte-charge, etc. Groupe IV: appareils de protection appliqués aux moteurs. Groupe V: mesures de protection dans le fonctionnement des chaudières à vapeur et autres machines à pression. Groupe VI: moyens préventifs contre les incendies et appareils de sauvetage dans les exploitations assurées contre l'incendie. Groupe VII: moyens d'empêcher les accidents causés par les différents appareils et systèmes d'éclairage. Groupe VIII: moyens de prévenir les accidents causés par des substances vénéneuses, caustiques et autres. Groupe IV: équipement des ouvriers. Groupe X: soins à donner aux blessés victimes d'accidents. *Section B.* — Groupe XI: mesures à prendre pour la protection et le bien-être des ouvriers de l'industrie métallurgique. Groupe XII: idem de l'industrie du bois. Groupe XIII: idem de l'industrie textile. Groupe XIV: idem de l'industrie du papier, du cuir et de l'industrie polygraphique. Groupe XV: alimentation publique. Groupe XVI: chimie, industrie du verre et céramique. Groupe XVII: mines, carrières. Groupe XVIII: constructions. Groupes XIX et XX: transports par eau et par terre. Groupe XXI: agriculture et exploitation forestière. *Section C.* — Groupe XXII: littérature (bibliothèque de l'exposition). M. Bœdiker, président de l'office impérial des assurances, est président d'honneur de l'exposition. M. Richard Rœsike, directeur de brasserie, W. Wilhelmsstrasse 55, à Berlin, est président du comité d'organisation. Toutes

Voilà les motifs certainement très dignes de remarque qui nous font regretter qu'il faille renoncer pour la Suisse à l'organisation allemande. Mais il y aurait, nous semble-t-il, un biais à prendre. On créerait la Caisse nationale, mais on permettrait à chaque grande industrie qui en sentirait le besoin, qui serait convaincue qu'abandonnée à elle-même elle se tirerait d'affaires à meilleur marché et qu'elle saurait mieux prévenir les accidents, à créer pour elle-même une corporation. L'industrie textile suisse pourrait entrer dans cette voie. L'industrie horlogère, par exemple, aussi. De même l'industrie de la broderie qui est déjà en partie syndiquée. La loi stipulerait le nombre d'exploitations et d'ouvriers qu'une industrie devrait représenter pour être admise à créer sa corporation spéciale.[1]) Celle-ci établie, elle serait obligatoire pour tous les ressortissants de l'industrie en question. Les statuts de la corporation seraient en tout conformes à la loi, et la Caisse fédérale de prévoyance conserverait un droit de contrôle et de surveillance

82. Pour revenir à la Caisse nationale ou centrale, il est un point où elle serait d'un grand avantage. Nous voulons parler des exploitations industrielles temporaires: constructions de chemins de fer et de routes, creusage de canaux, fours à chaux, etc. Ces exploitations ou entreprises occupent un grand nombre d'ouvriers exposés à de nombreux accidents, mais elles sont d'une durée relativement courte (v. 45). On ne peut forcer les patrons de ces entreprises à former une corporation qui compterait aujourd'hui des milliers d'assurés, et qui demain n'en aurait plus du tout. En outre le système de la répartition *(Umlageverfahren)* serait ici absolument inapplicable (v. 46), car souvent l'entrepreneur disparaît avec ses ouvriers ou bien il devient insolvable, et finalement on risquerait de ne trouver personne sur qui répartir les charges des rentes viagères dues aux ouvriers victimes d'un accident. Aussi a-t-on en Allemagne introduit pour cette catégorie le système des réserves techniques ou de la rente capitalisée *(Deckungsverfahren)*, et en Suisse il

---

les demandes et envois doivent être adressés à M. Maximilien Schlesinger, secrétaire de l'exposition, S. W., Kochstrasse 3, à Berlin.

[1]) Un des grands avantages de l'organisation par corporations, c'est que celles-ci peuvent donner aux ouvriers une part très grande à l'administration.

faudrait nécessairement le faire aussi. Puis, comme en Allemagne il n'y a pas de Caisse centrale, on a décrété que les corporations pour l'industrie du bâtiment et des constructions seront tenues de créer, à côté de leur propre organisation (v. 46) de véritables sociétés d'assurance pour leurs collègues des travaux de construction temporaires. C'est d'une complication excessive, qui pèsera lourdement sur les corporations, chargées ainsi de leurs propres affaires avec le *Umlageverfahren* et de celles des autres avec le *Deckungsverfahren* (v. 46). Avec notre système c'est la Caisse nationale, disposant d'un personnel instruit et techniquement stylé, qui se chargerait des assurances pour les entreprises temporaires. Qu'un ouvrier devienne incapable de travailler par suite d'un accident de travail, et la Caisse fédérale de prévoyance constituera, avec les cotisations et les autres ressources dont il va être question, un capital permettant de servir à l'ouvrier mutilé la rente légale jusqu'à l'expiration de ses jours.

83. Avant d'aller plus loin parlons des primes ou cotisations. Nous demandons qu'elles soient payées: $^1/_2$ par les patrons[1]): $^1/_4$ par les ouvriers; $^1/_4$ par l'Etat.[2]) Nous avons expliqué plus haut la différence qu'il y a entre le système

---

[1]) Extrait d'un discours prononcé le 18 mai 1888 à la Chambre des députés française par M. Léon Renard: « Une autre question me préoccupe également, c'est de ne pas grever exagérément, par des sacrifices trop lourds, par des allocations trop précipitamment calculées, les frais généraux de l'industrie. En effet, quand on vous dit: Il faut mettre les frais des assurances contre les accidents, les subsides des caisses de retraites ou de secours à la charge des frais généraux des entreprises, croyez-vous que l'ouvrier en soit déchargé? Quand une industrie n'est pas prospère, quand les frais généraux l'écrasent, croyez-vous que les salaires ne s'en ressentent pas? Il y a un équilibre normal, raisonnable, dont on ne peut s'écarter, sans que le salaire s'abaisse dans une proportion correspondante et par conséquent je ne vois pas les ouvriers dégagés, exonérés par ce seul fait que les frais généraux d'une affaire supporteraient seuls, en apparence du moins, les charges d'une loi comme celle que nous étudions aujourd'hui. Je crois donc qu'il faut serrer de très près la question: faire tout le nécessaire pour garantir l'existence de l'ouvrier, pour assurer sa vie, pour le mettre à l'abri du besoin ou de la mendicité, mais aussi qu'il faut être très prudent et très circonspect dans les obligations nouvelles à imposer à l'industrie. »

[2]) M. Sulzer *loc. cit.* repousse le subside de l'Etat. Il demande que les ouvriers paient au moins un tiers des primes, le reste étant supporté par les patrons.

de la répartition *(Umlageverfahren*, v. 39) et le système des réserves techniques *(Anlage-* ou *Deckungsverfahren)*. Scientifiquement ce dernier est de beaucoup préférable. On a eu en Suisse des exemples de Caisses mutuelles, entre autres la Caisse de retraite des instituteurs bernois avant sa réforme, qui, basées sur le *Umlageverfahren*, sont devenues à la longue impuissantes à fonctionner; elles ne trouvaient plus à se recruter, parce que, à un moment donné, les charges réparties également sur tous les membres, paraissaient beaucoup trop lourdes aux nouveaux entrants, qui n'avaient pas eu comme leurs aînés le bénéfice des années où il n'y avait encore que très peu de pensions à payer. Le même danger ne se présenterait pas pour les assurances fédérales, le principe de l'obligation prévenant toute velléité de désertion. Mais il n'en est pas moins certain que le *Deckungsverfahren* est préférable au *Umlageverfahren.*[1]) Celui-ci décharge le présent[2]) et surcharge l'avenir, favorise l'exploitant négligent ou sans conscience au détriment de ses collègues qui font leur devoir, favorise l'exploitant prospère au détriment du

[1]) M. Sulzer *loc. cit.* se prononce aussi pour le *Deckungsverfahren*. Il demande ce qu'il adviendrait et qui paierait les rentes d'indemnité si, étant admis le système des corporations, l'une ou l'autre corporation, dans les circonstances difficiles que traverse l'industrie suisse, venait à disparaître. — La Société commerciale de Zurich dit *loc. cit.* qu'elle doit mettre tout particulièrement en garde contre le système du *Umlageverfahren.*

[2]) D'après le système autrichien, le blessé reçoit en cas d'incapacité complète 60 % de son salaire; en cas d'incapacité partielle au maximum 50 %. En cas de décès, les rentes aux ayants-droit ne peuvent dépasser le 50 %. On a calculé que les charges qui en résulteront seront par ouvrier, en florins autrichiens:

| | D'après le système de la réserve technique *(Kapitalsdeckung)* | D'après le système de la répartition *(Umlageverfahren)* |
|---|---|---|
| la 1re année | 3,39 | 0,15 |
| » 10me » | » | 2,26 |
| » 17me » | » | 3,39 |
| » 20me » | » | 3,75 |
| » 30me » | » | 4,57 |
| » 40me » | » | 5,03 |
| » 50me » | » | 5,31 |
| » 60me » | » | 5,49 |
| » 70me » | » | 5,61 |
| » 80me » | » | 5,69 |
| » 90me » | » | 5,75 |

commençant, fait croître les dépenses d'année en année comme croît l'avalanche qui roule sur la pente de la montagne, détruit tout espoir d'amortisation et met, a-t-on dit en Allemagne, à la place de la responsabilité individuelle et actuelle, la communauté ou, si l'on veut, le communisme des individus et des générations. Expliquons cette dernière pensée: Si au lieu de prendre le *Umlageverfahren* on prenait le *Deckungsverfahren*, on pourrait obliger le patron à constituer immédiatement, pour la part qui lui incombe — d'après notre système pour un $^1/_2$ — le capital de la rente à payer par suite d'un accident arrivé dans son établissement (v. 60). Il supporterait donc seul le poids de sa responsabilité au lieu de le faire supporter par tous ses co-assureurs et de supporter à son tour sa part du poids de leur responsabilité. C'est aller trop loin que de raisonner ainsi. Une assurance qui fait de chacun son propre assureur, n'est plus une assurance. C'est la solidarité de la mutualité parfaite et complète qui doit prévaloir, que l'on choisisse le *Umlage-* ou le *Deckungsverfahren*. Si nous donnons la préférence à ce dernier, ce n'est pas seulement parce qu'il faudra l'employer, comme nous l'avons vu, pour les industries temporaires, passagères, mais parce qu'il est plus équitable, parce qu'il charge chaque époque, chaque génération d'après les résultats d'ensemble qu'elle fournit.

Si l'on prend le *Deckungsverfahren*, ou système des réserves techniques, les réserves de prévoyance pourront être minimes. Si, au contraire, on prend le *Umlageverfahren*, il faudra constituer de très fortes réserves de prévoyance et les augmenter jusqu'à ce que l'on soit arrivé, dans environ trois quarts de siècle, au point constant (*Beharrungszustand).*

84. Dans l'un et l'autre système, il se fera entre les mains de la Caisse nationale ou fédérale de prévoyance une accumulation de capitaux énormes auxquels viendront s'ajouter les fonds de réserve des Caisses d'assurance contre la maladie. Il y a là une véritable difficulté économique, pour ne pas dire un danger. Les capitaux seront soustraits à la circulation industrielle, car ils devront faire l'objet de placements sûrs. Puis, comme aujourd'hui déjà, en Suisse et partout ailleurs, les placements de tout repos, portant un intérêt rémunérateur, deviennent de plus en plus rares, il est évident qu'en se jetant sur les obligations de la Confédération,

des cantons et des villes suisses ou sur les autres placements admis pour les fonds de tutelle, les capitaux de la Caisse nationale de prévoyance pèseront sur le taux de l'intérêt qui diminuera encore, au grand détriment des épargnants ou de ceux qui, dans la vieillesse, vivent du fruit de leurs épargnes.

D'un autre côté, la Caisse fédérale de prévoyance devrait toujours disposer de fonds liquides pour régler les sinistres, c'est-à-dire pour payer les rentes au fur et à mesure des échéances.

Ainsi il faudrait trouver un système de gestion des fonds qui: 1° rendît à l'industrie et aux métiers l'emploi d'une partie des capitaux accumulés et provenant du drainage qui sera le résultat de la constitution des réserves pour les assurances fédérales; 2° ne pesât pas sur le taux de l'intérêt des valeurs de tout repos; 3° fournît à la Caisse nationale de prévoyance la possibilité d'avoir toujours des fonds liquides. Voici le système qui nous paraît remplir ces trois conditions. La Caisse fédérale de prévoyance établirait un système de prêts à longue échéance, à faire, contre des garanties suffisantes, aux entreprises industrielles et aux métiers, ou mieux encore à des Caisses de crédit basées sur le système de la responsabilité solidaire, limitée ou illimitée. Elle serait autorisée à émettre, jusqu'à concurrence d'une somme qui serait fixée par le Conseil fédéral, des bons de caisse à courte échéance et portant intérêt. De cette manière elle pourrait toujours se procurer des ressources pour ses besoins courants; les capitaux seraient rendus à l'emploi par les industries ou les métiers qui les auraient fournis; le taux général de l'intérêt pour les placements de tout repos, sur obligations d'Etat, etc., ne serait pas affecté. Nous ne pouvons développer ici tous les détails de cette conception. Celle-ci peut paraître hardie, surtout à cause de l'idée de faire des prêts à des caisses à responsabilité solidaire, mais qu'on n'oublie pas qu'une fois entré dans la voie du socialisme d'Etat ou du socialisme conservateur, dont la Suisse va emprunter le principe à l'Allemagne, il faudra, bon gré mal gré, subir certaines conséquences inévitables.

85. Le détail dans le fonctionnement des assurances fédérales contre les accidents sera, *mutatis mutandis* à peu près le même qu'en Allemagne. La caisse fédérale de prévoyance devra avoir ses agréés ou hommes de confiance, ses

inspecteurs techniques (v. 35) et son système de jugements par arbitres pour trancher les contestations. Ce que nous supprimons c'est l'intervention de l'administration postale comme caissière, parce que c'est supprimer en même temps une complication de comptabilité. Les patrons verseront directement à la Caisse fédérale de prévoyance leurs cotisations et celles de leurs ouvriers. Les assurés volontaires en feront de même. Et cette Caisse centrale fera directement le service des rentes. L'administration des postes ne sera mise à contribution, comme vis-à-vis de tout le monde, qu'en sa qualité d'entreprise de transports et de factage: peut-être lui imposera-t-on la gratuité.

En ce qui concerne les hommes de confiance ou agréés, nous proposons de les laisser au choix des administrations cantonales: la Caisse nationale de prévoyance fournira à chaque canton l'état du nombre et du siège des agréés et le canton fera les nominations.

86. Le système arbitral fonctionnera pour trancher les différends. L'assuré qui se croira lésé par la décision de la Caisse fédérale de prévoyance fixant l'indemnité qui lui revient, s'adressera au gouvernement cantonal. Celui-ci nommera le président d'un tribunal arbitral qui invitera la Caisse fédérale à désigner deux assesseurs; la même invitation sera adressée au plaignant, et le tribunal arbitral ainsi constitué jugera souverainement en dernier ressort. Il y aura recours en cassation au tribunal fédéral dans le cas où le tribunal accorderait une indemnité dépassant le maximum de celle qui est prévue dans la loi.

87. La Direction de la Caisse fédérale de prévoyance devra comprendre plusieurs sections: 1° pour l'organisation et l'administration des assurances; 2° pour le service financier courant; 3° pour les placements de capitaux; 4° pour la partie technique [1]; 5° pour le contentieux; 6. pour la statistique. Elle devra se composer de dix-huit membres au moins, assistés du personnel subalterne nécessaire. Ce nombre peut paraître excessif: en réalité il est très minime quand nous le comparons au chiffre du personnel dont l'Allemagne a besoin pour l'Office impérial des assurances et pour l'ad-

---

[1]) Celle-ci pourrait être dirigée par les inspecteurs de fabrique.

ministration des soixante-quatre corporations (v. 43 et 44). Les frais pour la Direction seront couverts par la différence de $^1/_8$ entre l'intérêt bonifié par la Caisse pour les capitaux administrés par elle et le produit réel de ces capitaux.

88. Outre la Direction, il faudrait une assemblée générale se réunissant une fois l'an. Cette assemblée se composerait: 1° de 143 délégués des cantons, un par arrondissement fédéral pour les élections au conseil national; 2° de 100 délégués des patrons assureurs nommés au scrutin de liste par votation écrite; 3° de 100 délégués des ouvriers nommés de la même manière. Cette assemblée aurait: 1° à nommer la moitié des membres de la Direction de la Caisse fédérale de prévoyance pour la durée d'une période de trois ans, l'autre moitié étant nommée par le conseil fédéral; 2° à nommer les reviseurs de caisse; 3° à discuter préalablement le rapport de gestion de la Direction dont l'approbation serait réservée au conseil fédéral; 4° à discuter chaque année, à titre d'avis, une ou deux questions théoriques ou pratiques du domaine des assurances fédérales.

Comme on le voit, nous cherchons à faire la participation administrative des cantons et des ouvriers aussi grande qu'elle est possible (v. 62), étant donnée l'organisation centralisée qui nous paraît être la seule compatible pour les assurances contre les accidents avec le système de la mutualité s'appliquant à un grand nombre d'industries réparties sur un petit territoire.

## Conclusions.

89. Nous nous arrêtons ici dans nos propositions. Elles sont forcément incomplètes, mais elles démontrent que vis-à-vis du système allemand il y a des simplifications possibles. Malgré ces dernières le système paraîtra encore compliqué: il ne saurait en être autrement, car la matière est loin d'être simple. On n'atteindra pas l'idéal du premier jet, on s'en rapprochera par des revisions successives: l'essentiel est de jeter des bases législatives socialement et techniquement justes.

Au bout de quelques années d'expérience (v. 68) on abordera la question de l'assurance des ouvriers agricoles contre les accidents, puis celle de l'assurance de tous les salariés contre l'incapacité de travail par suite de maladie per-

manente ou de vieillesse. Dans l'intervalle les cantons auront pu préparer la refonte de leurs lois sur l'assistance.

S'il nous était permis de formuler un conseil, ce serait celui que la Confédération envoyât dès à présent quelques jeunes gens, suffisamment préparés par leur instruction, étudier pratiquement en Allemagne, comme apprentis et employés volontaires, le fonctionnement de l'Office des assurances à Berlin, de l'un ou l'autre bureau de Corporation pour l'assurance contre les accidents et de l'une ou l'autre Caisse de malades. La Suisse a à l'étranger des volontaires qui se forment au service militaire; pourquoi n'en aurait-elle pas qui se formeraient pour le service d'une des œuvres sociales les plus considérables de notre siècle?

90. On ne nous en voudra pas d'avoir donné à nos idées sur les futures assurances fédérales quasi la forme impérative d'un avant-projet. La pensée téméraire de rédiger un avant-projet n'entrait pas dans nos intentions, mais nous avons cru qu'il serait utile de nous exprimer d'une façon aussi précise que possible afin de fournir à la discussion une base concrète. Si nous avons réussi à jeter quelque lumière sur cette matière qui comporterait des développements beaucoup plus considérables que ceux que nous avons pu lui consacrer ici, notre ambition est satisfaite.

Si le meilleur moyen de combattre la simulation, qui est le fléau des assurances contre la maladie, n'était pas de localiser ces dernières et s'il ne fallait pas éviter de porter la main sur le grand nombre de sociétés de secours mutuels florissantes qui existent en Suisse, on aurait pu songer à organiser les assurances contre la maladie par grands districts. Ces Caisses de district se seraient chargées en même temps des assurances contre les accidents et, si l'on en vient là plus tard, des assurances contre l'invalidité. Même si l'on avait ensuite créé un lien central, une espèce de réassurance générale, le système aurait été beaucoup plus simple que celui que nous proposons et qui consiste en la décentralisation des assurances contre la maladie et la centralisation de celle contre les accidents. Pour toutes les raisons qui ressortent de l'évidence des faits journaliers et de certaines instabilités, d'ailleurs nullement regrettables en soi, résultant de l'organisation moderne du travail, il n'est pas possible d'admettre ce système simplifié.

Quelque soit le système que l'on adoptera, l'organisation devra être telle que les assurés, c'est-à-dire les salariés, les ouvriers, aient une part d'administration et de contrôle aussi grande que possible ; que les bases soient très démocratiques dans le sens de l'égalité ; que ceux qui auront les bénéfices des assurances fédérales ouvrières — et ce seront les patrons aussi bien que les ouvriers, et les ouvriers aussi bien que les patrons — supportent aussi une partie des charges [1]), que les communes et l'Etat participent également aux charges, celles-là parce qu'elles seront soulagées d'une partie de leurs dépenses pour les pauvres, celui-ci parce qu'il est le représentant des devoirs et des intérêts sociaux de tous ; enfin, dans le cadre tracé, que l'organisation soit simple sans exclure un contrôle sévère.

Quant à supputer dès à présent avec quelque certitude les charges que les futures assurances fédérales feront peser sur tous les facteurs intéressés, c'est impossible. Il faudra se contenter pour le moment des quelques indications répandues dans cette étude. Dans deux ou trois ans l'expérience que l'on aura acquise en Allemagne et en Autriche et les résultats du travail de statistique prescrit par la Confédération [2]) rendront les calculs de prévision plus faciles.

---

[1]) Dernièrement un auteur autrichien, à propos des assurances contre les accidents mises entièrement à la charge des patrons, s'en félicitait en ajoutant : « Autrefois on aurait cru impossible qu'on créerait un jour des assurances organisées de telle sorte qu'une classe sociale paierait les primes et qu'une autre classe sociale en aurait le bénéfice ». Cette simple phrase met en relief, contre la volonté de son auteur, certains antagonismes qu'il faut éviter à tout prix si l'on veut que les assurances ouvrières consolident la paix sociale.

[2]) Le conseil fédéral a parfaitement saisi l'importance de la statistique dans ces questions. Il a compris surtout que le complément de la statistique des accidents est celle des salaires. Il dit dans son message du 5 décembre 1887 : « Outre le recensement de la population, nous avons l'intention de faire marcher de pair avec la statistique des accidents les travaux suivants : *a.* un relevé semestriel, à faire par les inspecteurs de fabriques, du nombre des ouvriers occupés dans les fabriques ; ce relevé est nécessaire d'abord pour compléter les résultats que l'on espère obtenir du recensement de la population et ensuite pour apprendre à connaître, au moins en ce qui concerne les fabriques soumises à la responsabilité civile, le rapport exact entre le nombre des accidents et celui des ouvriers ; *b.* comme contrôle et complément

91. Il est inutile que nous traitions la question de constitutionnalité. La Confédération a reçu de la Constitution le droit de contrôler et de surveiller les entreprises privées d'assurances, mais elle n'a pas encore le droit de créer des assurances nationales ou fédérales obligatoires ou en général de rendre telle ou telle branche d'assurance obligatoire. Avant de créer les assurances fédérales ouvrières il faudra donc introduire dans la Constitution une disposition nouvelle. [1]) Il est très heureux qu'il en soit ainsi: lorsque la majorité du peuple et des cantons suisses aura accepté le principe de l'obligation, le terrain sera déblayé sur un point essentiel, et il sera alors beaucoup plus facile de légiférer.

92. Pour dire, en terminant, toute notre pensée, nous aurions préféré qu'il ne fût pas nécessaire de légiférer et que l'initiative individuelle et collective fît elle-même ce que l'on va demander maintenant à l'Etat. Dans une république sagement progressive comme la Suisse, les inconvénients du socialisme d'Etat sont, il est vrai, beaucoup moins tangibles que sous une autre forme de gouvernement; mais même en république, les meilleures institutions, si elles sont nées du socialisme d'Etat, n'ont pas une portée éducative aussi grande que si elles sont sorties de l'initiative privée.

C'est là un des motifs qui nous font regretter que l'Etat intervienne pour la création et l'organisation des assurances ouvrières. Toutefois nous reconnaissons que cette intervention est indispensable. Reculer aujourd'hui serait donner prétexte à des agitations malsaines. La question des assurances ouvrières

---

de la statistique des accidents, un relevé, à faire par le secrétariat permanent des ouvriers, des accidents rentrant dans le domaine des caisses de malades; par ce travail, on apprendra également si et dans quelle mesure ces caisses doivent participer à l'assurance contre les accidents; *c.* une *statistique des salaires,* à dresser aussi par le secrétariat des ouvriers avec la coopération des inspecteurs des fabriques; *d.* si possible, la compilation des importants matériaux que possèdent sur les accidents les compagnies d'assurances et de chemins de fer; *e.* l'étude des législations cantonales sur l'impôt et l'assistance publique.»

[1]) L'Allemagne n'a pas eu besoin d'ajouter une disposition nouvelle à la Constitution de l'Empire qui n'était cependant pas plus explicite que la Constitution fédérale suisse sur la question des assurances. En effet, la Constitution de l'Empire allemand se revise par voie législative. Voir sur ce point le remarquable ouvrage du professeur Laband, *das Staatsrecht des Deutschen Reiches.*

est à l'ordre du jour dans tous les pays qui entourent la Suisse : celle-ci, avec son organisation républicaine et démocratique, ne peut pas s'exposer au reproche de n'avoir pas osé affronter une tâche que les empires voisins ont hardiment abordée. L'important, au point où en est arrivée l'opinion publique, n'est plus de discuter le principe, mais la meilleure application à lui donner. Les assurances ouvrières devront être en Suisse une œuvre de conciliation sociale, un tempérament à certains inconvénients qu'entraîne l'organisation économique de la Société moderne. Ce ne sera pas, comme nous l'avons expliqué en commençant, la solution complète du problème social, même à ne considérer celui-ci qu'au point de vue de la question ouvrière, mais ce sera un moyen de soulager des misères réelles, d'arrondir quelques angles, d'adoucir quelques aspérités de notre état social. Un pareil résultat vaut qu'on lui sacrifie un peu de doctrine et un idéal meilleur, mais probablement irréalisable.

CONSTANT BODENHEIMER.

---

**ERRATUM.**

Il s'est glissé au numéro 42, où il est question de la Corporation textile d'Alsace-Lorraine, deux erreurs de chiffres qu'il importe de redresser. Le total des salaires payés par les 418 établissements (59,012 ouvriers), que représentent les 258 membres de la corporation, s'est élevé en 1887 non pas à 24,765,808 marcs, mais à *84,765,808 marcs 18 pfennigs;* le total des cotisations à 112,067 marcs, soit en moyenne 0,32 % sur les salaires. Le nombre des accidents a été de 557, dont 120 tombés à la charge de la corporation. Nos indications sur les catégories de risques (tarif de dangers) ne sont pas tout à fait exactes en ce qui concerne l'énumération des différentes industries; les chiffres ou coëfficients qui étaient attribués aux différentes catégories sont indiqués exactement, mais tout récemment le tarif des dangers a été soumis à une revision.

# Eidgenössische Geschichten.

Dritte:

## Die Restauration.

### Erste Abtheilung.

(20. März — 31. August 1815.)

Quellen: Eidgenössisches Archiv. — Der Abschied der langen Tagsatzung, Bd. III. — Offizielle Sammlung der das schweiz. Staatsrecht betreffenden Aktenstücke, Bd. I. — Repertorium der Tagsatzungsabschiede von 1814—1848, Bd. I. — Tillier, Geschichte der Eidgenossenschaft während der sog. Restaurationsepoche, Bd. I. — Monnard, Geschichte der Helvetischen Revolution, Bd. III. — v. Wyss, Leben der beiden zürcherischen Bürgermeister v. Wyss, Bd. II. — Memoiren Metternichs, Bd. I, und « Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen ». — Allgemeine Zeitung, Jahrgang 1815. — Für das 1. Kapitel: Die bisher unbekannten Berichte des österreichischen Generalmajors v. Steigentesch, aus dem k. k. österreichischen Staatsarchiv, abgedruckt in der Beilage 1. — Für das 2. Kapitel: Bourgeois, Neuchâtel et la politique prussienne en Franche-Comté, 1886. — Fleury, Franc-Comtois et Suisses, 1869.

## I. Die Militärkonvention.

Unter « Restauration » verstehen wir in dieser unserer dritten Erzählung nur den Moment der schweizerischen politischen Geschichte, in welchem unser Staat, nach der Revolutionsperiode von 1798 bis 1813

und ihrem unvermeidlichen Gegenstoss im Jahre 1814, wieder in die ruhige Bahn einer einigermassen gesicherten, möglichst an die älteren Verhältnisse anknüpfenden Existenz einlenkte.

Es vollzieht sich nun, nach solchen Vorbereitungen, im Laufe eines Jahres das, was im Jahre 1655 sich hätte ereignen sollen und wahrscheinlich auch ereignet haben würde, wenn es damals nicht konfessionellen Fanatismus und Unterthanenländer in der Schweiz gegeben hätte.[1])

Dieser geschichtliche Augenblick, von der Wiener-Deklaration, welche die schweizerischen Streitfragen löste, bis zu der letzten Ausführung dieses Schiedsspruches in dem sogen. Turiner Vertrag[2]), ist die

---

[1]) Dieser einzige grosse Versuch einer Verfassungsrevision der alten Eidgenossenschaft findet sich kurz skizzirt in einer Rektoratsrede des Herausgebers unter dem Titel «Revision und Regeneration», Bern, Fiala, 1881. — Die Unterthanen hatte nun die französische Revolution gewaltsam beseitigt, wie alles Verkehrte und ungerecht Gewordene schliesslich im Leben der Menschheit beseitigt wird. Und gewöhnlich musste sie ja in ihrer langen bisherigen Entwicklungsgeschichte zu ihrem eigenen Besten gezwungen werden, das sie nur selten freiwillig und rechtzeitig ergriff. Diejenigen Menschen, die dieses Richtige, ganz Unvermeidliche sehen, sind die Propheten der Menschheit. Die Prophetengabe ist gar nichts Anderes als ein geschärfter und durch den Glauben an eine sittliche Weltordnung geläuterter historischer Blick. Da derselbe den augenblicklich vorwaltenden «Interessen» gewöhnlich widerstrebt, so pflegen die Völker diese Propheten bei ihren Lebzeiten wenig gelten zu lassen, in einzelnen Fällen sogar gewaltsam zu beseitigen, um ihnen nachher, wenn sie ihnen nicht mehr unbequem sind, um so mehr Verehrung zu zollen. Von allen Axiomen über menschliche Beurtheilung ist daher vielleicht das richtigste das, dass Diejenigen, welche in ihren Lebenstagen schon sehr viel galten, sicher keine Propheten gewesen sind.

[2]) Die ersten 3 Monate dieser Restauration bis zum 31. August 1815 würden nominell eigentlich noch zu der Periode der «Langen

Restauration der Eidgenossenschaft, und sollte auch allein in unseren Geschichtsbüchern mit diesem Namen bezeichnet werden. — Was vom 16. März 1816 ab sich begibt, ist seiner innern Natur nach einerseits der von Jahr zu Jahr immer mehr misslingende Versuch, das schweizerische Volk mit der Reaktion zu versöhnen (also Abnahme, nicht Restauration), andererseits die Geschichte des langsam erwachenden und zu eigner Kraft sich emporraffenden Volksgeistes, also Regeneration, aus den Schichten zunächst des liberalen Bürgerthums, das dann im Jahre 1848 sein politisches Ziel, die Herstellung eines kräftigen, vom Auslande unabhängigen und freiheitlich organisirten Bundesstaates erreicht hat.

Eine würdige Aufgabe möchte es sein, dieses Wiedererwachen, namentlich in seinem ersten, weniger bekannten Abschnitte von 1816 — 1833 zu schildern, der mit einer vorläufig verfehlten Bundesrevision abschliesst.

Die Quellen dazu sind reichlich vorhanden und allmälig würden sich wohl auch die Menschen finden, die eine solche politische Geschichte mit dem stillen, aufmerksamen und wahrheitsliebenden Sinne lesen können, den der Leser noch mehr als der Geschichtsschreiber besitzen und hinzubringen muss. Denn dem Erstern darf über dem Bestreben nach einer solchen

---

Tagsatzung » gehören, die erst dann ihr langathmiges und zeitweise wenig bedeutendes Dasein abschloss. Einerseits aber spielt die Geschichte dieser drei Monate zum grossen Theil ausserhalb dieser Versammlung, andrerseits ist der Pariser Kongress und die Turiner Konferenz in so hohem Grade die natürliche Fortsetzung der Wiener Deklaration, dass die « lange Tagsatzung » als Geschichtsperiode ebenso richtig mit dieser letztern abgeschlossen wird, wenn man sie nicht über ihre formelle Dauer hinaus bis ins Jahr 1816 währen lassen kann und will. Der 31. August 1815 ist kein innerlich bedeutsames Datum unserer Geschichte.

Objektivität doch nicht die lebendige Auffassung und die Individualität verloren gehen, welche die lebhaft geschaute Geschichte von dem menschlichen Geiste, durch den sie gewissermassen hindurchgeht, annehmen muss, um in dem Leser etwas mehr bewirken zu können, als das blosse Schulinteresse für Namen und Ereignisse, die ihm im Uebrigen gleichgültig sind.

Was Leben erzeugen soll, muss selber Leben sein, nicht bloss Wissen, das auch bloss Wissen gebiert. Und das Wissen müsste ein allumfassendes und lückenlos unfehlbares sein, wie es dem menschlichen Geiste nach unserer Auffassung gar nicht beschieden ist, wenn es den Menschen jemals die Kraft ersetzen sollte, nach der sie mit Recht am sehnlichsten verlangen und die nicht aus Wissen von den Dingen ausser uns, sondern aus Wollen in uns und aus der Anregung hierzu entsteht.[1])

---

[1]) Alles Wissen ist nach unserer Anschauung Stückwerk und alles Systematische, den Gegenstand gänzlich erschöpfen Wollende hat für Denjenigen, der die Sache auch kennt, etwas Bedenkliches, Misstrauenerweckendes, da es unserem Geistesvermögen nicht entspricht, oft auf Täuschung beruht und stets zu Täuschungen führt. Daher sind auch alle « Weltgeschichten » ohne Ausnahme oberflächlich und werden nie einen dauernden Einfluss auf die geistige Entwicklung ausüben. Der Werth einer geschichtlichen Darstellung beruht auf der möglichst getreuen Wiederspiegelung vergangener Ereignisse in einem individuellen Geiste, die naturgemäss nur bruchstückartig sein kann, so ungefähr, wie ein Lichtstrahl augenblicklich eine ganze dunkle Gegend beleuchtet. Für den Leser einer solchen Darstellung liegt er in der Fähigkeit, in ihm eine solche lebhafte Vorstellung und einen ihr entsprechenden Willen hervorzurufen.

Wenn sich übrigens einer der vielen Historiker und geschichtskundigen Staatsmänner der Schweiz angeregt fühlen sollte, die « Geschichte der Eidgenossenschaft vom Turiner Vertrag bis zur Aargauer Klosteraufhebung » zu schreiben, die wichtigste historische Aufgabe, die jetzt noch vorhanden ist, so würde er finden, dass auch diese bisher ziemlich vernachlässigte Periode

Die Rückkehr Napoleons aus Elba und seine neue Anhandnahme der Regierung Frankreichs war auch für die Tagsatzung in Zürich ein wahrer Donnerschlag.[1])

---

ihren Reiz hat und dass es nicht bloss die zweite französische Revolution war, die den scheintodten Genius der Schweiz wieder belebte, sondern dass derselben ein stilles, ruhiges Wachsthum dieses Geistes trotz aller Hemmnisse voranging, das für den eingehenden Beobachter noch interessanter und lehrreicher ist als die schliessliche allbekannte Manifestation.

[1]) Wir verweisen hiebei auf das letzte Kapitel unserer Erzählung im Jahrbuch von 1887 und benutzen diese erste Gelegenheit, um den Lesern desselben die Nachricht mitzutheilen, welche wir dem « Stadtboten » von Zürich verdanken, dass die daselbst genannte Frau Oberst Engel erst am 25. Juni 1853 in einem Alter von 92 Jahren 3 Monaten und 20 Tagen « als Hauskind im alten Spital zu Zürich » gestorben ist. Die bezügliche Mittheilung des « Stadtboten » ist dem Todtenbuche des Spitals entnommen. Es befinden sich von ihr auch noch Unterstützungsgesuche an die Tagsatzung im Eidgenössischen Archiv, die kurze Zeit nach der Herausgabe ihrer Denkwürdigkeiten (1821) datiren. Seither war sie selbst in ihrem Heimatkanton gänzlich verschollen.

Aus den damaligen Zeitungsnachrichten resumiren wir Folgendes: Nach der Allg. Ztg. vom 16. März 1815 (Moniteur 8. März) reiste Napoleon am 26. Februar von Elba ab und landete am 1. März bei Fréjus. Die Nachricht hievon wurde in Paris am 5. März, in Wien am 7., in Zürich erst am 11. März durch ein Schreiben aus Genf bekannt, das am 9. März abgegangen war.

Am 13. März wurde Napoleon in eine Art von europäischer Acht erklärt, die sich auf alle mit ihm sich Verbündenden erstrecken sollte (Absch. III, pag. 35). Am 25. März wurde der Vertrag von Chaumont vom vorigen Jahre zwischen den Alliirten erneuert und ganz Europa zum Beitritte eingeladen (Absch. III, Beil. F.).

Am 20. März langte Napoleon in Paris an, am 23. erklärte sich die Garnison in Hüningen bei Basel für ihn. Auf der andern Seite der Schweiz im Pays de Gex wurden Freiheitsbäume errichtet. (Allg. Ztg. v. 15. April.) « In dem Ländchen Gex sieht es aus wie 1793. Die Einwohner haben Freiheitsbäume mit der Inschrift: « Vivre libre ou mourir » aufgepflanzt. Einwohner mit rothen

Niemand hatte dort an die Möglichkeit eines solchen Umschwunges gedacht und die Haltung der Eidgenossenschaft im Jahre 1813 war nicht sehr geeignet, ihrem alten Protektor, den sie damals so rasch verlassen und seither in jeder denkbaren Weise verleugnet hatte, Sympathien einzuflössen. Wenn Napoleon jemals wieder in irgend einer Weise dauernder Machthaber in Frankreich wurde, so war die Schweiz in allererster Linie schwer bedroht. Eine vor Kurzem erst in der « Revue des deux mondes » publizirte Serie von Depeschen Napoleons an den Marschall Davoust in Hamburg zeigt dessen ächt korsische Natur, der selbst der brutale Marschall nicht Genüge thun konnte. Er hätte es « convenable » gefunden — sagt der Kaiser — wenn man einige der angesehensten Bürger von Hamburg ohne Weiteres erschossen hätte, um die andern zu lehren, was es auf sich habe, sich der französischen Herrschaft zu entziehen.

Diese schwere Kompromittirung der Schweiz, die ihr diessmal gar keine wahre Neutralität gestattete, ist auch die Erklärung für die verhältnissmässig grosse

---

Mützen sind nach Ferney gekommen. Ein gewisser Jacquemin richtet ein Freiwilligenkorps auf. »

Bilderhändler, Schneider und Sticker hatten damals gute Zeit, die Erstern verkauften wieder die werthlos gewordenen napoleonischen Bilder, die Letztern änderten eiligst alle Uniformen um. (Allg. Ztg. v. 13. April.)

Der « Acte additionnel » zu der kaiserlichen Verfassung von 1804 wurde durch eine Volksabstimmung mit bloss 1,527,459 Ja in ganz Frankreich gegen 4632 Stimmen angenommen. Die Armee stimmte dabei ebenfalls, mit 244,100 Ja gegen 595 Nein. In 11 Departementen wurde gar nicht abgestimmt. Es ist diess eines der bei den Bonapartisten traditionellen Plebiszite, die immer nur die Gewalt sanktioniren, die faktisch bereits und mit unzweifelhafter Entschlossenheit, sich zu behaupten, besteht. (Vgl. Allg. Ztg. 17. Januar 1815.)

und auffallende Energie, mit der sie -- im Vergleich namentlich zu 1813 — sofort ihre Streitkräfte mobil machte.

Ein weiterer Grund dazu lag vielleicht auch noch in einer damaligen Befürchtung, die wir erst in den Memoiren Metternichs bestimmter aussprechen hören. Man glaubte nämlich, wie es scheint, im ersten Augenblick, Napoleon werde sich in die Schweiz werfen, um dort den Kampf gegen das vereinigte Europa aufzunehmen. [1])

Ein Ton hievon mochte wohl auch zu den Ohren der Tagherren in Zürich gedrungen sein und dieselben hatten allen Grund, ein solches Ereigniss auf das Aeusserste zu fürchten. Nicht allein der natürlichen Folgen eines solchen Krieges auf unserm Boden wegen, von denen man noch seit 1799 düstere Erinnerungen hatte, sondern auch, weil man unter den damaligen Verhältnissen der Einigkeit der Schweiz nicht ganz sicher war. Einige Kantone, Schwyz und Nidwalden, folgten sogar unter diesen gefährlichen Umständen noch immer der Aufforderung der Tagsatzung nicht, ihren Platz daselbst einzunehmen. Im Waadtlande waren die Sympathien für die napoleonische Regierung bei den Nachrichten von seinen ersten Erfolgen so gross, dass sie zu wiederholten Auftritten unangenehmer Art selbst in den waadtländischen Bataillonen gegen die eidgenössischen Offiziere führten. [2])

---

[1]) Metternich (I, 210) sagt, Talleyrand's erstes Wort, als man vorerst nur die Flucht aus Elba ohne weiteres. Detail erfuhr, sei gewesen: « Il débarquera sur quelque côte d'Italie et se jettera en Suisse. »

[2]) Vgl. de Seigneux, II, 374; Roverea, IV, 337.

Namentlich unmittelbar nach der Schlacht von Ligny drohte eine äusserst bedenkliche Wendung einzutreten. Der französische Marschall Suchet liess diesen Sieg dem eidg. Befehlshaber an der südwestlichen Grenze anzeigen, mit dem förmlichen Gesuch, ihn

Es muss jedoch ausdrücklich beigefügt werden, dass die waadtländische Regierung sich keinerlei Rückhalt oder Schwanken zu Schulden kommen liess, sondern ihre Bundespflichten, trotz dieser Stimmung ihrer Bevölkerung, erfüllte. Monnard zitirt diesfalls eine geistreiche Abfertigung des vielgewandten Schultheissen Rüttimann von Luzern durch den waadtländischen Tagsatzungsgesandten Muret. Rüttimann, der in seinem Leben allezeit auf Seite Desjenigen war, der die Macht hatte, und bei jedem Umsturz von politischen Systemen am liebsten obenauf fiel, war in der Mediationsperiode ein sehr grosser Bewunderer Napoleons gewesen und besass aus dessen Händen eine schöne, mit Diamanten besetzte Tabaksdose. Seit Ende 1813 war er für die Alliirten gestimmt und fragte nun Muret nach der Rückkehr Napoleons von Elba in der Tagsatzung: « Eh bien, M. Muret, que dites-vous de *votre* empereur ? » — « Je dis » — erwiederte Muret — « qu'il se trouve dans le malheur et qu'il serait le moment de lui renvoyer sa tabatière. »

Die politische Situation der Schweiz hatte damals eine unverkennbare Aehnlichkeit mit der heutigen. Von beiden Seiten wurden Mittheilungen an sie gerichtet, welche den Zweck hatten, sie auf die eine oder andere Seite zu ziehen. Zuerst eine Note der fünf Grossmächte (inbegriffen das königliche Frankreich) aus Wien vom 2. April 1815 folgenden Inhalts:

---

der ganzen schweizerischen Armee mitzutheilen. Die Franzosen drangen auf dem südlichen Ufer des Genfersees bereits vor und Tillier berichtet uns aus eigener Erfahrung, dass die Stimmung der Truppen, bei denen er sich befand (Brigade Glutz bei Moudon), sehr bedenklich gewesen sei. — Als Kuriosum kann hier erwähnt werden, dass die Einwohner von *Neuenstadt* am Bielersee in einer besondern Adresse an die Tagsatzung dieselbe ihrer Ergebenheit für die Schweiz versicherten. Allg. Ztg. vom 20. April 1815.

« Les soussignés ayant reçu l'ordre de leurs cours respectives de veiller de tout leur pouvoir à préserver la Suisse des atteintes que peut recevoir sa tranquillité et son indépendance, manqueraient à leur devoir aussi essentiel s'ils tardaient de présenter à la Diète les observations suivantes. Napoléon Bonaparte a réussi par la plus odieuse des trahisons à s'emparer de la capitale de la France. On ne peut douter qu'il ne cherche à répandre, comme il l'a toujours fait, le trouble et la discorde dans les pays qui l'avoisinent, et surtout en Suisse, afin de porter dans cette heureuse contrée une influence funeste à sa liberté, tel serait l'unique but de toute communication de sa part adressée aux Suisses, de quelque nature que cela fût, sous quelque forme qu'elle pût avoir lieu.

Un motif aussi puissant suffira sans doute pour déterminer la Diète à prendre dès à-présent une ferme résolution de n'admettre aucune communication que ce soit de la part du gouvernement actuellement établi à Paris.

Les soussignés, témoins de la conduite noble et énergique de la Confédération, n'hésitent point à le croire; mais ils sont dans l'obligation d'ajouter qu'ils ne pourraient que regarder comme une insulte faite aux puissances alliées toute relation, dans laquelle la Diète consentirait à se trouver avec un chef, qui, d'après la déclaration du 13 Mars, n'est plus envisagé par elles que comme un perturbateur du repos des nations, voué [1]) à la vindicte publique.

Les soussignés etc.

Signé : Stratford-Canning.
Le baron de Chambrier.
Schraut.
Comte Auguste de Talleyrand.
Le baron de Krudener. »

(Absch., III, p. 235.)

---

[1]) Der « Abschied » hat « devoue », was aber ohne Zweifel ein Fehler ist.

Graf Talleyrand, der frühere kaiserliche Gesandte in der Schweiz am Schluss der Mediationszeit, [1]) fügte noch unter dem 4. April ein besonderes Schreiben bei, da er erfahren hatte, dass Napoleon einen diplomatischen Agenten bei der Schweiz beglaubigen wolle, welches folgenden Wortlaut hatte:

« Une lettre que je viens de recevoir de Monsieur le duc de Vicence m'annonce qu'il va prendre sans délai les ordres de Bonaparte pour accréditer une nouvelle légation auprès de la Confédération suisse. Je m'empresse d'en prévenir Votre Excellence.

L'attachement que les Suisses ont toujours manifesté aux rois de France, à la maison de Bourbon, leurs plus anciens alliés, leurs amis les plus sincères, m'est un sûr garant, que la Confédération ne reconnaîtra aucun envoyé d'un homme, que le souverain légitime des Français a mis hors de la loi, et que toutes les puissances de l'Europe ont livré à la vindicte publique, comme ennemi et comme perturbateur du repos du monde.

Je demande donc avec confiance à Votre Excellence et à la Diète de prendre des mesures pour que tout agent de Bonaparte ne puisse pas dépasser la frontière de la Confédération. Une pareille détermination est digne des Suisses, elle est conforme aux vœux de toutes les Puissances et sera pour sa Majesté Louis XVIII une nouvelle preuve bien éclatante des sentimens que cette brave nation lui a toujours témoignés. »

Die Tagsatzung antwortete auf beide Schreiben am 5. April wie folgt:

« La note de L. L. E. E. les ministres des augustes cours d'Autriche, de Russie, de la Grande-Bretagne, de France et de Prusse, en date du 2 Avril, au sujet de tentations qui pourraient être faites par Napoléon Bonaparte, dans le but

[1]) Ueber den damaligen Abschied dieses veränderlichen Herrn von der Schweiz vgl. Jahrbuch von 1886, pag. 378.

d'établir des relations politiques avec la Suisse, a été mise sous les yeux de la Diète.

Le système que la Suisse a professé dès la première nouvelle des événemens qui se passent en France est connu; toutes les déterminations, prises spontanément par la Diète en conséquence de ce système, se réunissent pour inspirer aux puissances une confiance, que rien n'a dû altérer jusqu'à ce jour.

Sa Majesté le Roi de France Louis XVIII a été reconnu par la Confédération. Une nation qui s'honore elle-même reste fidèle à ses principes et la Suisse le sera également aux relations qu'elle soutient avec toutes les puissances de l'Europe.

Les députés à la Diète ont l'honneur d'assurer L. L. E. E. de leur haute considération. »

« *A son Excellence Monsieur le Comte de Talleyrand, Ministre plénipotentiaire et Envoyé extraordinaire de France.*

En répondant à la note, que les ministres des cinq grandes puissances lui ont adressée, le 2 Avril, la Diète estime avoir satisfait en même temps à celle qu'elle vient de recevoir de la part de Son Excellence le comte de Talleyrand en date du 4 Avril.

Comme la Suisse voit dans Sa Majesté le roi Louis XVIII le souverain légitime de la France, il suit de là nécessairement que l'envoyé d'un autre chef ne serait pas reconnu par elle.

Les députés à la Diète prient Son Excellence le comte de Talleyrand de recevoir l'assurance de leur haute considération. » (Absch., III, pag. 238.)

Von Napoleons Seite geschah wirklich ein direkter Versuch zu einer diplomatischen Anknüpfung. Ein geheimer Agent, Felix Desportes, früherer Präfekt des Departements Oberrhein, kam nach Basel und sandte von dort aus an die Tagsatzung folgendes offizielle Schreiben Napoleons:

« A nos très-chers et grands amis, les Landammann et Membres composant la Diète de la Confédération helvétique.

Napoléon, par la grâce de Dieu et les constitutions Empereur des Français. Très-chers et grands amis, Vous aurez appris dans le cours du mois dernier notre retour sur les côtes de France, notre entrée à Paris et le départ de la famille des Bourbons. La véritable nature de ces événemens doit maintenent vous être connue. Ils sont l'ouvrage d'une irrésistible puissance, l'ouvrage de la volonté unanime d'une grande nation qui connaît ses devoirs et ses droits. La dynastie que la force avait rendue au peuple français n'était plus faite pour lui. Les Bourbons n'ont voulu s'associer ni à ses sentimens, ni à ses mœurs. La France a dû se séparer d'eux. Sa voix appelait un libérateur. L'attente qui Nous avait décidé au plus grand des sacrifices, avait été trompée: Nous sommes venu, et du point où nous avons touché le rivage, l'amour de Nos peuples Nous a porté jusqu'au sein de Notre capitale. Le premier besoin de Notre cœur est de payer tant d'affection par le maintien d'une honorable tranquillité. Le rétablissement du trône impérial était nécessaire au bonheur des Français. Notre plus douce pensée est de le rendre en même temps utile à l'affermissement du repos de l'Europe. Assez de gloire a illustré tour à tour les drapeaux des diverses nations. Les vicissitudes du sort ont assez fait succéder de grands revers à de grands succès. Une plus belle arène est aujourd'hui ouverte aux Souverains, et nous sommes le premier à y descendre. Après avoir présenté au monde le spectacle de grands combats, il sera plus doux de ne connaître désormais d'autre rivalité que celle des avantages de la paix, d'autre lutte que la lutto sainte de la félicité des peuples. La France se plaît à proclamer avec franchise ce noble but de tous ces vœux. Jalouse de son indépendance, le principe invariable de sa politique sera le

respect le plus absolu pour l'indépendance des autres nations. Si tels sont, comme Nous en avons l'heureuse confiance, vos sentimens et ceux des autres Puissances, le calme général est assuré pour longtemps, et la justice, assise aux confins des divers États, suffira seul pour en garder les frontières. Nous saisissons avec plaisir cette occasion pour donner à la Confédération helvétique en général, et à chaque canton en particulier, les assurances de Notre bienveillance et de Notre affection, et de la part sincère que Nous prenons à leur prospérité. Sur ce nous prions Dieu, très-chers et grands amis, qu'il vous ait en sa sainte et digne garde.

Écrit à Paris, le 4 Avril 1815.

Votre bon ami

NAPOLÉON.

*Caulaincourt, Duc de Vicence.* »

(Absch., III, pag. 271.)

Es war das höflichste Missiv, das wir seit 1800 von ihm erhalten hatten.

Die Tagsatzung antwortete mit folgendem, sehr klugen Schreiben, das sie überdiess nicht an Napoleon selbst, sondern an seinen Minister des Auswärtigen, Caulaincourt, Herzog von Vicenza, richtete, der die Zuschrift mitunterzeichnet hatte.

« *A Son Excellence Monsieur Caulaincourt, Duc de Vicence.*

La communication que Son Excellence le Duc de Vicence a adressée au soussigné le 4 Avril, parvenu à Zurich le 16, a été mise sous les yeux de la Diète.

Lorsque la France en paix avec elle-même aura retrouvé le bonheur sous un gouvernement stable et reconnu généralement en Europe, le vœu le plus sincère de la Suisse sera rempli. Fidèles aux principes et à l'honneur, ainsi que la conduite des militaires suisses rappelés dans leurs foyers en fournit une nouvelle preuve, les cantons n'ont pu s

défendre de vives inquiétudes à raison des derniers événemens et de leurs conséquences probables. Pour garantir ses plus chers intérêts, son indépendance et son repos intérieur contre toute atteinte, la Confédération a senti qu'elle avait des mesures de précaution et de sûreté à prendre. Divers changemens ont eu lieu dans sa constitution; d'anciennes frontières lui ont été rendues avec une démarcation plus favorable. Il résulte de ces circonstances et des relations nouvelles où elle se trouve placée, des obligations d'honneur que la gratitude et l'intérêt même de son existence politique lui prescrivent de remplir. Elle ne peut donc, par la reconnaissance du gouvernement actuel en France, suivre un système opposé à celui de toutes les Puissances de l'Europe; la loyauté et la fidélité qui ont dicté sa conduite, la régleront aussi à l'avenir.

Telles sont les explications auxquelles le soussigné doit se borner, et qu'il termine en priant Son Excellence le Duc de Vicence de recevoir l'assurance de sa haute considération.

Zurich, le 20 Avril 1815.

*Le Bourgmestre du canton de Zurich,*
*Président de la Diète suisse.* »

(Absch., III, pag. 273.)

Ueberdiess ergriff die Tagsatzung die Gelegenheit, durch Mittheilung dieses Vorfalles an die Alliirten ihre Stellung zu der Sache ausser Zweifel zu setzen.

« *A Leurs Excellences Messieurs les Ministres d'Autriche, de Russie, de France, de la Grande-Bretagne et de Prusse.*

Napoléon Bonaparte ayant adressé à la Diète une notification en date du 4 Avril, conforme à celle qui a paru dans les papiers de France, comme circulaire à toutes les Puissances, la Diète par un arrêté en date de ce jour a chargé son Président de répondre à Monsieur de Caulain-

court Duc de Vicence par la lettre dont Votre Excellence trouvera ci-joint une copie. Cette communication confidentielle informera Votre Excellence des sentimens de la Diète.

J'ai l'honneur de réitérer à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération. »

*Le Bourgmestre de canton de Zurich,*
*Président de la Diète suisse.* »

Zurich, le 20 Avril 1815. (Absch., III, p. 273.)

Desportes erhielt die Weisung, sich nach Hüningen zurückzuziehen [1]) und auch Lucien Bonaparte, der im April in Prangins erschien, wurde auf höfliche Weise ausgewiesen. Die wesentlichen diesbezüglichen Akten lauten:

« *A Son Excellence Monseigneur l'Archevêque de Beryte, Nonce Apostolique en Suisse.*

La commission diplomatique de la Diète a l'honneur d'informer Son Excellence le Nonce Apostolique, que le Prince de Canino (Lucien Bonaparte), arrivé à Prangins près de Nyon le 12 Avril, a écrit le 13 au Colonel commandant la brigade suisse stationnée dans cette contrée:

> Je désire demeurer quelques jours à Prangins, et me rendre à Lucerne auprès du Nonce de mon Souverain le Très-Saint-Père, pour lequel j'ai des lettres. Je vous prie de vouloir bien me dire si je puis continuer mon voyage en sûreté et me faire expédier un passe-port pour les postes militaires de la route.

---

[1]) Caulaincourt antwortete auf den Brief vom 20. April am 5. Mai, wieder durch Vermittlung von Desportes, und der Bürgermeister v. Wyss wagte es, « nach Berathung mit ein paar entschlossenen Vaterlandsfreunden », diese Depesche « geheim zu halten, um eine höchst gefährliche Scission in der Tagsatzung zu verhüten »! Diese zweite Depesche, die in Folge hievon noch heute nicht im eidg. Archiv sich befindet, ist jetzt abgedruckt bei v. Wyss, II, 225.

Dans les circonstances actuelles, le voyage ou le séjour en Suisse d'un personnage aussi remarquable pouvant avoir beaucoup d'inconvéniens, la commission diplomatique n'a pas cru pouvoir s'écarter du principe décrété par la Diète au sujet des étrangers venant de France, dont les affaires en Suisse ne seraient pas parfaitement connues. En conséquence elle a fait informer Monsieur le Prince de Canino, qu'elle ne pouvait consentir à sa demande de se rendre à Lucerne, ni au désir qu'il témoigne de passer quelques jours à Prangins.

La commission diplomatique a cru devoir donner cette information à Son Excellence le Nonce du Saint-Siège Apostolique, qui sans doute rendra justice aux motifs qui l'ont dirigée dans sa détermination. Elle se fait un devoir d'ajouter que dans le cas où Son Excellence désirerait de recevoir les lettres dont Monsieur Lucien Bonaparte dit être porteur, ce dernier est prévenu que les autorités militaires suisses s'empresseront de les transmettre à Son Excellence.

La commission diplomatique prie Monseigneur l'Archevêque de Beryte de recevoir l'assurance de sa très-haute considération.

*Le Bourgmestre du canton de Zurich,*
*Président de la Diète et de la commission diplomatique.* »

(Absch., III, 281.)

Der Oberstquartiermeister Finsler hatte den Auftrag erhalten:

« Dem Fürsten von Canino auf eine höfliche und anständige Weise zu verstehen zu geben, dass bei aller Achtung, die man für seine Person und seinen Charakter hege, dennoch unter den gegenwärtigen Umständen und in Rücksicht auf die Lage der Schweiz, von dem allgemeinen Grundsatz nicht abgewichen werden könne, keinen Personen aus Frankreich, deren Geschäfte in der Schweiz nicht vollkommen und zu gänzlicher diesseitiger Beruhigung bekannt wären, den Aufenthalt zu gestatten. Wenn aber aus diesem Grunde

dem doppelten Begehren des Fürsten von Canino nicht entsprochen werde, so wolle man dennoch seinem Wunsch, dem Herrn päpstlichen Nunzius Mittheilungen zukommen zu lassen, alle Rechnung tragen und, insofern der Herr Nunzius es wünsche, diese Mittheilungen richtig und schleunig besorgen lassen.» (Absch., III, pag. 280.)

Die Sache hatte übrigens damit noch nicht ein Ende, sondern es existiren in den Akten noch folgende zwei weniger bekannte Berichte der Obersten Finsler und Lichtenhahn vom 23. und 24. April:

«Erster Bericht vom 23. April. Herr Finsler meldet darin, dass Herr Blanchard, Maire von Hüningen, öftere Besuche bei Herrn Bürgermeister Burckhardt in Basel abstatte, wobei er sich über die schweizerischen Militäranstalten beschwere, hingegen die Vortheile einer gänzlichen Neutralität anpreise etc. Diese Besuche scheinen eine Fortsetzung der Unterredungen des Herrn Desportes zu sein, der sich bei Herrn Blanchard aufhalte. In Hochburgund soll sich die Stimmung wesentlich verändert haben; die Gewissheit des Krieges mit dem übrigen Europa, die Nichtankunft der Gemahlin und des Sohnes des Imperators und die Aussicht auf neue Konskriptionen und Auflagen haben dort einen sehr tiefen Eindruck gemacht, und die Errichtung der Nationalgarden sei ganz in's Stocken gerathen. Bei der Armee hingegen steige der Eifer immerfort.»

«Zweiter Bericht vom 24. April. Derselbe enthält sehr beruhigende Nachrichten aus den Vogesen; das Gerücht von dortigen Truppenentsendungen sei unbegründet; die ausgeschickten Beobachter haben nirgendswo solche angetroffen, und es seien auch keine angesagt. Ein Theil der in Hüningen liegenden Linientruppen soll in's Innere marschiren und durch Kohorten ersetzt werden. In Italien sey das österreichische Hauptquartier auf Bologna vorgerückt,

und man hoffe den neapolitanischen Krieg bald beendigt zu sehen.»

Diesem Bericht war ein vertraulicher Rapport des Herrn Obersten und Brigadenkommandanten Lichtenhahn über das zwischen seinem Adjutanten und Herrn Felix Desportes bei Anlass der Uebergabe des Tagsatzungsschreibens vorgefallene Gespräch beigefügt. Herr Desportes äusserte unter Anderem: die Schweiz müsse nunmehr auf ihre Verhältnisse mit Frankreich Rücksicht nehmen, weil eine gleichmässige Regierungsform beide Länder von jetzt an umfassen werde. Frankreich solle zur Republik umgeschaffen und Buonaparte Generalissimus werden. Ein für die Schweiz äusserst vortheilhafter Handelsvertrag werde wirklich in den Kabinetten bearbeitet etc.[1]) (Absch., III, p. 321.)

Die Stellung der Eidgenossenschaft zu der europäischen Kriegführung gegen Napoleon wurde eine andere, als es ursprünglich in ihrem Willen gelegen hatte, und es gehört zu den lehrreichsten Aufgaben unserer politischen Geschichte, diesen Uebergang aus der Neutralität zur Allianz zu verfolgen, dessen Akten bisher nur unvollständig bekannt waren.

Die Tagsatzung hatte anfänglich bloss Genf mit zwei waadtländischen Bataillonen besetzt und ein halbes Kontingent auf Piket gestellt. Am 15. März jedoch, als der Uebergang des Marschalls Ney zu Napoleon bekannt wurde, wurde auch die andere Hälfte bereit gemacht und ein Obergeneral in der Person des alten Bachmann von Näfels bezeichnet, der in der letzten helvetischen Zeit General des Aufstandes gewesen

[1]) Republik oder Handelsvertrag sind die beiden Hebel, die von französischer Seite stets an die Schweiz angesetzt werden, wenn es sich darum handelt, ihre Sympathieh zu gewinnen. Hier versprach man sogar einmal beides zusammen.

war und sich dermalen im Dienste Ludwigs XVIII. befand.[1])

Der Oberstquartiermeister Finsler wurde bis zu seinem Eintreffen aus Paris sein Stellvertreter mit Hauptquartier in Bern.[2]) Derselbe hatte schon früher die Vertheidigungsanstalten der Ostgrenze inspizirt und zog nun einen allerdings sehr schwachen Grenzkordon von Genf bis Basel, welches letztere 5000 Mann Besatzung erhielt.

Dieses Vertheidigungssystem wurde jedoch bei Eintreffen Bachmanns geändert und im Allgemeinen eine Konzentration der Truppen an drei Punkte, Aarberg, Yverdon und Liestal, vorgezogen. Bloss Basel und Genf als vorgeschobene Posten behielten ihre Besatzungen bei und im Tessin und Wallis wurden Beobachtungskorps aufgestellt. Dabei ging die Tagsatzung während der 1. Periode der berühmten hundert Tage, sagen wir genauer vom 11. März bis 20. Mai, von dem politischen Gedanken aus, die in der Wiener-Deklaration bereits zugesicherte, indess noch nicht förmlich verschriebene schweizerische Neutralität gegen Jedermann ernstlich aufrecht zu erhalten, und theilte diess auch dem Schweizervolk in folgender, allerdings etwas unklaren Proklamation vom 24. März 1815 mit:

« Wir die Gesandten der Kantone der Schweiz auf der eidgenössischen Tagsatzung entbieten Euch, Eidgenossen! unsern Gruss.

---

[1]) Bachmann stand damals im 76sten Altersjahre. Er erbat sofort und erhielt auch eine Art von Adlatus in der Person des Generalmajors v. Castella von Freiburg, eines bourbonischen Offiziers, der mehr in diesen, als in schweizerischen Ideenkreisen, lebte und dessen Einfluss nachmals der Entschluss des Generals zum Einmarsch in Hochburgund wesentlich zugeschrieben worden ist. Vgl. v. Wyss, II, 204.

[2]) Sein erster Tagesbefehl an die eidgenössischen Truppen findet sich in der Allgemeinen Zeitung vom 31. März.

Unerwartete Begebenheiten haben uns bewogen, das Aufgebot zu Aufrechthaltung der Selbstständigkeit und zu Beschützung der Grenzen unsers Vaterlandes an Euch ergehen zu lassen. Wir hofften, dass in einem für die Schweiz höchst wichtigen Augenblick der Nationalcharakter sich edel und kräftig erheben werde. Unsere Erwartung wird erfüllt. Ihr habet dem Ruf zu neuen Opfern und neuen Anstrengungen mit wahreidgenössischem Sinn entsprochen. So handelten unsere Altvordern; jede Klage verstummte, jeder brüderliche Zwist hörte auf, wenn es um das Heil des gemeinsamen Vaterlandes zu thun war, und dadurch blieb die Schweiz bis auf unsere Zeiten glücklich, frei und geachtet von den grössern Mächten.

Ueber die Nothwendigkeit und den Zweck dieser von uns und Euern väterlichen Regierungen angeordneten Bewaffnung wollen wir nun, mit offenem Vertrauen, uns gegen Euch näher erklären. Frankreich, welches, unter dem milden Szepter seines Königs, der Wohlthaten der Aussöhnung mit dem übrigen Europa genoss, wird neuerdings zum Schauplatz gewaltsamer Erschütterungen, und mit einem Bürgerkrieg bedrohet. Jener König wird angegriffen, den die Schweiz, gleich allen Staaten von Europa, anerkannt hat, mit dem sie wohlwollende, Jahrhunderte hindurch, zwischen der Königlichen Krone Frankreich und der Eidgenossenschaft bestandene Verhältnisse neuerdings anzuknüpfen bereit war. Je schmerzlicher wir die Zerstörung dieser Verhältnisse für unsere Freiheit und innere Ruhe empfunden haben, desto lebhafter mussten unsere Sorgen bei der Nachricht der neuesten Ereignisse sein.

Doch nicht der hohe Werth, den wir auf solche freundschaftliche Verbindungen setzen, bestimmt dermalen unsern Entschluss. Eine traurige Erfahrung lehrt, wie Frankreichs Schicksal auf das übrige Europa zurückwirkt; wie, je nachdem dieses grosse Reich im Frieden mit sich selbst, oder stürmischen Leidenschaften preisgegeben war, benachbarte

Staaten Sicherheit aus der Gegenwart, Vertrauen für die Zukunft schöpften, oder beide gleich gefährdet sahen. Der Ausbruch einer neuen Revolution in Frankreich darf von keinem Volke gleichgültig betrachtet werden, am wenigsten von uns, die nach der eigenthümlichen Lage der Schweiz von dieser Nachbarschaft so viel zu hoffen oder zu besorgen haben.

Daher, Eidgenossen! die heilige Pflicht, daher die dringende Noth eines eifrigen kräftigen Zusammenwirkens, auf dass öffentliche Ruhe und Ordnung im Innern gehandhabt, das Schweizergebiet gesichert, die Selbstständigkeit, die Ehre der Eidgenossenschaft unverletzt bleiben. In dem Maasse, wie der Geist der Empörung sich über Frankreich ausbreitet, wächst für uns die Gefahr, und im gleichen Maass sollen unsere Anstalten wirksamer und umfassender werden.

Diese heilige Schuld, welcher Schweizer würde sie dem Vaterland nicht gern abtragen? welcher zurückbleiben, wo Ehre und Pflicht rufen? Aber, Eidgenossen! auch wenn wir bloss die auswärtigen Verhältnisse der Schweiz betrachten, dürfte unsere Wahl nicht zweifelhaft sein. Jene Begebenheit, welche dermalen Frankreich so tief erschüttert, ist ein Eingriff in das politische System unsers Welttheils, dessen Stifter und Garanten sich noch jetzt auf dem Kongress zu Wien vereinigt finden. Schon haben die Hohen Mächte durch einen feierlichen Akt ihre Gesinnungen auf eine Art ausgesprochen, welche keinen Zweifel übrig lässt, dass, wenn es Frankreich selbst zu Wiederherstellung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung an Mitteln gebricht, eine neue Vereinigung aller Kräfte von Europa den allgemeinen Frieden und die Unabhängigkeit der Staaten abermal retten und gewährleisten werde. Erwäget, Eidgenossen, diese Umstände! bedenket die Folgen! Jeder von Euch muss lebhaft fühlen, dass, bei solchen Aussichten, die Schweiz nicht unbewaffnet bleiben

kann, dass sie durch Schwäche oder schwankende Massregeln ihr wichtigstes Nationalinteresse preisgeben würde.

Wenn wir uns hingegen in den Augen von Europa als ein durch Gemeingeist geleitetes Volk zeigen, das für Freiheit, Religion, Gesetze und heimathlichen Herd sich in die kräftigste militärische Verfassung setzt, dann darf die Eidgenossenschaft hoffen; dann liegt die Rettung in ihren Händen, und durch die Achtung der Welt wird ihre Zukunft gesichert.

In dieser Ueberzeugung haben wir, nach dem Willen unserer Hohen Regierungen, die Bewaffnung und Aufstellung des ganzen eidgenössischen Kontingents mit voller Einmüthigkeit angeordnet. Auch über Euch, Eidgenossen! walte dieser Geist der Eintracht. Haltet fest an dem Glauben, dass nur der Väter Treue ihren Bund erhielt, dass die nämliche Treue die jetzige Eidgenossenschaft erhalten werde! Die Tagsatzung verlangt von Euch grosse Aufopferungen, aber für einen noch ungleich grössern Zweck, — Anstrengungen, wie sie die Schweiz seit vielen Jahren nicht gekannt; aber nie waren die Umstände so ernstlich und dringend. Darum, Eidgenossen, leistet, was das Vaterland fordert!

Das von der Tagsatzung angenommene System und die dem Militärkommando ertheilten Befehle haben die Vertheidigung der Schweiz zum Zweck; dieses System umfasst die alten Grenzen der Eidgenossenschaft, also auch diejenigen Länder, deren Rückerstattung in Folge des Pariserfriedens durch die Hohen alliirten Mächte zugesichert worden ist, — eine Bestimmung unserer Defensionslinie, welche sich auf heilige Rechte, wie auf das Gebot der Nothwendigkeit gründet, da es sonst für die Eidgenossenschaft keine Sicherheit und keine Grenze gäbe.

Ihr kennt nun, Eidgenossen! Euere Lage und unsere Gesinnungen. Die Tagsatzung zählt auf Euere Unterstützung,

sie bedarf Euers Zutrauens; sie wird sich bestreben, es zu rechtfertigen. Gott gebe unsern redlichen Bemühungen seinen Segen und erhalte uns das theure Vaterland!

Gegeben in Zürich, den 24. März 1815.

*Im Namen der eidgen. Tagsatzung unterzeichnet,*

Der Bürgermeister des Kts. Zürich, Präsident derselben:

D. v. Wyss.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Mousson.»

(Absch., III, p. 216.)

Es zeigte sich jedoch damals, dass diess ein nur mit grosser Energie durchführbarer Standpunkt ist, indem in einem europäischen Kriege von einiger Bedeutung, der an den schweizerischen Grenzen ausgefochten wird, weder der eine noch der andere kriegführende Theil diese Neutralität unter allen Umständen wünschenswerth finden wird. Namentlich aber liegt es in der Natur eines Kriegs, der von Deutschland in Frankreich geführt werden soll, dass beide Theile eine Garantie für eine kräftige Neutralität der Eidgenossenschaft zu haben wünschen und, wenn sie dieselbe nicht für genügend halten, sich des schweizerischen Territoriums in irgend einer Form direkt zu bemächtigen trachten.

Schon Ende April wurden Hüningen und Fort de Joux von den Franzosen stärker besetzt und ein Lager unter General Lecourbe in Belfort errichtet. Einzelne Streifkorps zeigten sich längs der ganzen Westgrenze und in Savoyen gegenüber Genf. Die unmittelbare Folge hievon war, dass ein österreichischer Generalmajor, von Steigentesch, sich im Auftrage des Oberfeldherrn der Alliirten und des Fürsten Metternich einfand, um die schweizerischen Vertheidigungs-

anstalten zu untersuchen,[1]) und sofort nach dieser Inspektion begehrten die Gesandten der alliirten Mächte, zuerst mündlich und sodann in einer identischen Note

[1]) Es lag nahe, zu vermuthen, dass in den offiziellen Berichten dieses Militärbevollmächtigten ein sehr wesentlicher und bisher völlig unbekannter Aufschluss über die damalige militärische und politische Situation der Schweiz gefunden werden könnte. Der h. Bundesrath hat nunmehr um Kopien dieser amtlichen Berichte in Wien ersucht und dieselben vollständig erhalten. Diese Steigenteschpapiere werden hier zum ersten Male in unsern Beilagen bekannt gemacht. Wir ziehen es, ihrer historischen Neuheit wegen, vor, sie als ein gesammtes Aktenstück, ohne Unterbrechung durch unsere Erzählung, zu publiziren, welche umgekehrt diejenigen wesentlichen Akten enthält, welche in unserem Archive sich befinden. Die Depeschen Steigenteschs bestätigen unsere Erzählung und geben gewissermassen das nämliche Bild von einer andern Seite und in einer, wie man finden wird, etwas scharfen Beleuchtung. Sie sind die Hauptergänzung, die über die Zeit der «Langen Tagsatzung» noch zu erwarten war, mit Ausnahme von Aufzeichnungen Lebzeltern's, die sich im Besitze seiner noch lebenden Tochter befinden sollen.

Die erste Erwähnung Steigenteschs (der am 25. April nach einer blossen Notiz vom 1. Mai angelangt war) in der Allgemeinen Zeitung vom 8. Mai lautet:

«Das Gerücht behauptete, ein nach Zürich gekommener österreichischer General habe für ein zahlreiches alliirtes Armeekorps den Durchmarsch begehrt. Unsere öffentlichen Blätter geben jedoch der Sendung des Herrn Barons v. Steigentesch einen ganz andern Zweck.» Das Gerücht hatte, wie oftmals, den eigentlichen Charakter dieser Mission richtig errathen. Schon mit Note vom 28. März hatte der österreichische Gesandte v. Schraut den Durchzug für einige Kompagnien Oesterreicher aus dem obern Theil des Bisthums Basel über Basel und Rheinfelden (nach Mainz) verlangt. (Allg. Ztg. v. 16. April.) Eine österreichische Traindivision von 120 Mann wollte am 17. Mai ohne Weiteres Schaffhausen passiren, wurde aber zurückgewiesen. (Allg. Ztg. v. 29. Mai.) In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai geriethen auch französische Truppen, die nach Hüningen gingen, aus Irrthum auf Basler-Gebiet. Die Stadt

von Russland, Oesterreich, Preussen und England vom 6. Mai eine öffentliche Erklärung des Beitrittes der Schweiz zu der alliirten Sache und Garantien für eine gehörige Vertheidigung der Grenzen, d. h. mit andern Worten das Aufgeben der Neutralität. Diese Note[1]) lautet:

« *A Son Excellence Monsieur le Président de la Diète.*

Au moment où Bonaparte reparut en France, la Suisse entière, par une volonté unanime et spontanée, prit les armes pour protéger ses frontières et pour repousser les désordres de toute espèce dont l'Europe est ménacée par le retour de cet usurpateur.

Cette mesure qui mit dans un si beau jour l'énergie de la Diète et la sagesse de ses conseils, fut d'accord avec le mouvement de toute l'Europe, qui vit avec applaudissement le peuple le plus voisin du danger se prononcer sans hésitation sur les événemens dont la France était le théâtre, et proclamer d'honorables principes, en repoussant les avances que le prétendu gouvernement de ce pays a faites à tous les États, et qui partout ont été rejetées avec indignation.

Ainsi dans cette crise inattendue et sans exemple, la Confédération, guidée par son antique loyauté, se plaça d'elle-même dans le système européen et embrassa la cause de

---

wurde allarmirt und einige unschädliche Schüsse gewechselt. (Allg. Ztg. v. 2. Juni.)

Weitere Nachrichten über Steigentesch finden sich in den Nummern vom 13., 16. und 18. Mai. Darnach befand er sich seit dem 3. Mai ständig im eidgen. Hauptquartier in Murten. Neben ihm befand sich daselbst zeitweise auch ein englischer Oberst Leake, der jedoch eine unbedeutende Rolle spielte.

[1]) Sie war, wie jetzt v. Wyss (II, 229) berichtet, vor ihrer Einreichung bereits dem Präsidenten der Tagsatzung vertraulich mitgetheilt worden.

l'ordre social et du salut des peuples. Elle sentit qu'aussi longtemps que le foyer qui venait de se rallumer en France, menacerait d'infecter et de bouleverser le monde, ces inestimables avantages dont les Puissances se plaisent à voir la Suisse jouir dans toute leur plénitude, sa prospérité, son indépendance, sa neutralité ne seraient que des biens précaires abandonnés aux attaques de ce pouvoir illégal et destructeur, qu'aucun frein moral ne peut arrêter.

Unies par un même vœu, celui de le détruire sans retour, les hautes Puissances assemblées au congrès de Vienne, ont consigné dans le traité du 25 Mars leurs principes et les engagemens qu'elles prennent pour les soutenir.

Tous les autres États de l'Europe ont été invités à y adhérer, et se sont hâtés de répondre à l'invitation. Le moment est donc venu où les augustes monarques, dont les soussignés ont à remplir ici les ordres, s'attendent à ce que la Diète, en recevant cette communication officielle, s'empressera d'adhérer dans une forme directe et authentique aux mêmes principes, et de fixer de concert avec les soussignés les mesures qui pourront devenir nécessaires pour faire face au danger commun.

Tout en s'attendant à ce que la Suisse, unie d'intention avec elles, n'hésitera point à se déclarer armée pour un même but et rangée sur la même ligne politique, les Puissances sont loin de lui proposer des efforts autres que ceux qui s'accordent avec ses facultés et les habitudes de ses peuples. Elles respectent le système d'une action militaire qui, exempte d'ambition, n'a des troupes que pour défendre son indépendance et sa tranquillité. Elles connaissent le haut prix que la Suisse attache à la conservation du principe de sa neutralité, et ce n'est pas pour y porter atteinte, mais uniquement pour accélérer l'époque où ce principe pourra s'appliquer d'une manière utile et permanente, qu'elles engagent la Confédération à prendre une attitude et des mesures d'éner-

gie proportionnées aux circonstances extraordinaires du moment, mais sans conséquence pour l'avenir.

C'est d'après ces bases que les soussignés ont reçu de leurs cabinets respectifs des instructions nécessaires pour déterminer, par une transaction qui ne pourra qu'être agréable à la Suisse, les rapports qui constitueront son accession à la sainte cause qu'elle a épousée, et ils ont l'honneur d'inviter la Diète à nommer sans délai des fondés de pouvoirs pour traiter cet objet avec eux.

En s'imposant à eux-mêmes les plus immenses sacrifices, les monarques alliés ne demandent à la Suisse que ceux qu'elle ne peut se dispenser de faire dans une crise où il y va de ses plus chers intérêts, et pour alléger le poids de ses efforts pour la vigoureuse défense de ses frontières, ainsi que pour en garantir l'effet, ils se proposent de tenir à sa portée de tels secours que les opérations générales de la guerre pourront leur permettre de destiner à cet objet.

Ils désirent ainsi d'entretenir parmi cette nation, objet de leur affection particulière et de leur estime, les sentimens d'attachement, de confiance et de gratitude auxquels ils croient avoir de justes titres, et qu'ils auraient à cœur de fortifier par une attention particulière à la sûreté et aux intérêts de la Suisse à l'époque d'une pacification générale.

Les soussignés renouvellent à Son Excellence Monsieur le Président et à Messieurs les Députés à la Diète l'assurance de leur haute considération.

Zurich, le 6 Mai 1815.

*Stratford Canning. Krudener.*
*Le baron de Chambrier. Schraut.* »

(Absch., III, p. 243.)

In einer sogenannten Verbalnote sprachen sich die fremden Gesandtschaften noch klarer aus:

« On s'empresse de répondre de cette manière confidentielle aux observations que Messieurs les Délégués de la

commission diplomatique viennent de faire aux Ministres signataires de la note adressée à la Diète en date du 6 Mai.

On croyait que les ouvertures franches et rassurantes qu'on a déjà eu l'honneur de faire à Messieurs les Délégués auraient suffi pour démontrer à la Diète qu'elle pourra se livrer avec confiance aux devoirs prescrits par la crise actuelle sans exposer la Suisse au risque d'être entraînée au delà de ses facultés ou de ses intentions. Comme il paraît cependant à Messieurs les Délégués, que des explications plus précises sont absolument nécessaires, même dans cet état préliminaire de la question, on n'hésite point à faire ce qu'on peut pour satisfaire d'avance aux inquiétudes et aux vœux de la Diète. En s'écartant ainsi de la ligne ordinaire des négociations, on croit donner une preuve additionnelle des vues pures et bienveillantes des Puissances qui seules animent et dirigent les Souverains alliés.

1) En réponse à la première observation faite par Messieurs les Délégués, on a la satisfaction de les assurer qu'il est dans l'intention des Puissances alliées de destiner une partie suffisante de leurs forces pour se porter à l'aide de la Suisse toutes les fois que ses frontières seront attaquées, et qu'elle réclamera des secours. Cette disposition est garantie tant par la bienveillance des Puissances, que par l'intérêt de leurs propres armées.

2) Pour ce qui concerne le second point, on se flatte aussi de pouvoir offrir des assurances satisfaisantes. L'intention sincère des Souverains est d'épargner autant que possible à la Suisse les sacrifices auxquels ils se vouent euxmêmes, et par conséquant on renoncerait volontiers à l'avantage qu'on pourrait retirer de l'établissement des routes militaires à travers le territoire suisse. Pour les cas d'urgence où l'intérêt commun exigerait des dispositions ultérieures, on recourrait au consentement de la Diète. De même, on ne pense pas à former des établissemens d'hôpitaux en Suisse.

3) Au sujet d'un emprunt éventuel, dont il a été question, on n'hésiterait point à employer tous ses moyens pour faire qu'on subvienne de cette manière aux besoins des cantons qui pourront autrement se trouver hors d'état de faire face aux dépenses d'un armement prolongé.

4) On serait également prêt à faciliter l'achat d'armes et de munitions aux cantons qui n'en sont pas suffisamment pourvus.

En donnant ces témoignages éclatans de l'affection qu'on porte à la Confédération helvétique, on croit devoir rappeler à Messieurs les Délégués, combien il importe que tous les cantons soient pénétrés de la nécessité de concourir sans réserve au grand objet de l'armement général, et tout en se ménageant les moyens de soutenir un état d'hostilité prolongé (si contre toute attente la lutte venait à se prolonger), de ne pas affaiblir l'impulsion commune par une épargne mal placée, ou en s'appuyant trop sur les ressources des autres. »

(Absch., III, pag. 244.)

Die Tagsatzung antwortete darauf in einer Note vom 12. Mai, so wie es ihr von ihrer diplomatischen Kommission vorgeschlagen war:

« Au moment d'une nouvelle révolution en France, la Suisse frappée des dangers de sa position, a pris avec promptitude et énergie toutes les mesures de sûreté qu'exigeait la gravité des circonstances. La Diète a proclamé les motifs et le but de ces armemens; elle a évité toutes communications avec le chef du gouvernement français, et refusé de le reconnaître.

De cette conduite Leurs Excellences les Ministres des Puissances alliées infèrent avec raison que la Suisse, unie d'intérêts comme d'intentions avec les autres États, doit aussi s'opposer de tous ses moyens à un pouvoir qui menace la paix et la tranquillité, l'indépendance et les droits des nations. Telles sont en effet les résolutions de la Diète. Les rapports

qu'elle soutient avec les hautes Puissances alliées, et avec elles seules, ne laissent aucun doute sur ses vues ni sur ses intentions. Elle y persévérera avec la fidelité qui fut toujours un trait honorable du caractère suisse.

Vingt-deux petites républiques, unies pour leur sûreté et le maintien de leur indépendance, doivent chercher leur force nationale dans le principe même de leur fédération. Ainsi le veut la nature des choses, la situation locale, la constitution, le caractère du peuple suisse. La neutralité reconnue en sa faveur comme base de ses relations futures avec tous les États en est la conséquence. De là résulte aussi que dans la grande lutte qui se prépare l'accession la plus efficace de la Suisse consiste nécessairement dans la défense énergique de ses frontières. En restant sur cette ligne, elle ne s'isole pas de la cause des autres Puissances, elle l'embrasse au contraire d'autant plus sincèrement et la sert d'autant plus utilement, que cette cause devient plus immédiatement la sienne propre.

Envisagée en elle-même, la défense d'une frontière de cinquante lieues, servant de point d'appui aux mouvemens des deux armées, est non-seulement une coopération très-réelle mais éminemment importante. Trente mille hommes et même d'avantage seront employés à ce but. La Suisse, décidée à soutenir ces efforts, croit pouvoir attendre en retour de la bienveillance des Puissances, qu'aussi longtemps qu'elle ne demandera pas elle-même des secours, leurs armées respecteront son territoire. Des assurances sur ce point sont surtout nécessaires pour tranquilliser le peuple et l'engager à supporter avec courage le fardeau d'un armement aussi considérable.

La Diète croit avoir satisfait par ces explications à l'attente de Leurs Excellences, en même temps qu'elle témoigne sa confiance dans la justice et la générosité des monarques qui, dernièrement encore, ont pris tant d'intérêt aux destinées

de ce pays, et se sont acquis de nouveaux titres à sa reconnaissance. S'il s'agit maintenant d'établir plus précisément, dans le sens des principes énoncés ci-dessus, les rapports politiques de la Confédération avec les Puissances alliées, durant la guerre actuelle, et de stipuler en même temps les conditions de son système défensif, la Diète est prête à entendre des ouvertures à ce sujet. Elle a chargé Messieurs le Bourgmestre de Wyss, l'Avoyer de Mulinen et le Bourgmestre Wieland, de traiter avec Leurs Excellences de ces deux objets inséparables par leur nature, en réservant toutefois aux cantons le droit d'en connaître définitivement, et de donner force à une transaction par leur ratification constitutionnelle.

Les Députés à la Diète ont l'honneur d'offrir à Leurs Excellences les assurances de leur haute considération.

(Suivent les signatures.) »

(Absch., III, p. 245.)

Ferner beschloss die Tagsatzung folgendes Vorgehen:

« *a.* die zwischen der Eidgenossenschaft und den Hohen alliirten Mächten glücklich bestehenden Verhältnisse sorgfältig zu unterhalten und zu befestigen;

*b.* das Militärsystem der Schweiz, auf den Zweck der Vaterlandsvertheidigung und der Sicherheit der Grenze berechnet, aufzustellen und nachdrücklich zu behaupten; und demnach —

*c.* alles abzuwenden zu suchen, was die Schweiz in einen offensiven Krieg verwickeln, oder die Unverletzbarkeit ihres Gebiets gefährden könnte. » (Absch., III, p. 247.)

Die Gesandtschaften von Basel, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Waadt behielten sich das Protokoll offen, Schwyz, Schaffhausen, Tessin Ratifikation vor, Graubünden nahm den Gegenstand ebenfalls « lediglich ad referendum », was natürlich Alles wenig Zweck hatte. Das waadtländische Mitglied der diplomatischen Kom-

mission, Jules Muret, allein wollte sich entschieden auf gar keine Unterhandlungen einlassen, deren Schlusseffekt er wahrscheinlich voraussehen mochte und sprach sich folgendermassen aus[1]):

« Monsieur le Conseiller d'Etat Muret, qui avait formé la minorité dans la commission, estime que la réponse à donner de la part de la Diète, et la seule résolution qu'elle ait à prendre, devrait être de déclarer simplement, avec tous les égards convenables, aux Ministres: « que la Suisse, au moment même où les premiers troubles se manifestèrent en France, avait fait connaître ses sentimens et pris des mesures de sûreté, faites pour inspirer à tous les Etats de l'Europe une entière confiance; que dans sa position géographique, vu sa petitesse qui lui prescrivait de se tenir autant que possible à l'écart des orages politiques et des dangers de la guerre, son système devait être uniquement celui de sa propre défense dans la vraie, simple et complète acception du mot, sans mélange d'aucun acte qui pût en changer le sens ou altérer la nature; que la Suisse emploierait toutes ses forces pour maintenir ce système; que dès lors une négociation, dans le moment actuel, ne paraissait pas nécessaire, et que même la Diète ne voyait pas qu'il y eût matière à négociation, puisque les Puissances elles-mêmes reconnaissaient le système défensif de la Suisse, et que celle-ci s'engageait à le soutenir. » (Absch. III, p. 246.)

---

[1]) Zwei konfidentielle Privatschreiben von Canning und Krüdener an den Präsidenten der Tagsatzung, die bei v. Wyss, II, pag. 230 ff. abgedruckt sind, lassen übrigens gar keinen Zweifel, dass der Erfolg der sogenannten Verhandlungen wenigstens dem Präsidenten von vornherein klar sein musste. Die aus den Aufzeichnungen seines Vaters geschöpfte Erzählung von Wyss (II, 228 ff.) zeigt überhaupt, dass von den schweizerischen Diplomaten die Konvention als nichts Anderes angesehen wurde, denn als ein förmlicher « Beitritt der Schweiz zu der Sache Europa's » gegen das von Napoleon beherrschte Frankreich.

Die Kommissäre begannen sofort die Verhandlungen, welche vom 12. bis 18. Mai dauerten. Sie überzeugten sich bald, dass sie mit ihrer offiziellen Instruktion (vide oben) zu keinem Ziele gelangen würden, und am 14. Mai war die Unterhandlung anscheinend auf dem Punkte angelangt, abgebrochen zu werden. Den Gang der Verhandlungen zeigen am besten aktenmässig zwei Noten vom 15. und 16. Mai (Absch. III, pag. 250 u. 251).

« *A leurs Excellences les Ministres des hautes Puissances alliées d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Russie et de Prusse.*

Hier au soir, dans leur première conférence avec Leurs Excellences, les soussignés ayant demandé que les armées de Leurs Majestés Impériales et Royales n'occupent ni ne traversent le territoire suisse, à moins que la Suisse elle-même ne fût attaquée, ou ne réclamât des secours, ont vu par les réponses de Leurs Excellences, que la reconnaissance de ce principe, auquel la Diète attache une haute importance, rencontrait des difficultés. Pour satisfaire aux ordres formels de leurs commettans, les soussignés doivent réitérer officiellement la même demande, et ont l'honneur de mettre sous les yeux de Leurs Excellences d'une manière succincte les considérations sur lesquelles elle s'appuie.

Lorsque la Diète annonça, il y a deux mois, comme but de ses armemens le maintien de l'indépendance et de la tranquillité intérieure et la défense du territoire suisse, les cantons répondirent dans le même sens à son appel. Les troupes aussi ont la confiance que, tandis qu'elles protègent les frontières contre une entreprise hostile du chef qui domine en France, les gouvernemens travailleront de leur côté à éloigner tout ce qui pourrait attirer la guerre sur le sol de la patrie.

Enfin l'acte du 20 Mars, par lequel les Puissances réunies au Congrès déclarèrent que l'intérêt général réclame en

faveur du Corps helvétique l'avantage d'une neutralité perpétuelle, a fait naître chez une grande partie de la nation l'espérance, que les avantanges résultans de ce système ne seraient pas renvoyés à une époque plus éloignée.

Les soussignés ne doivent pas taire que, s'il en était autrement, la Suisse se trouverait dans une véritable crise; que la nouvelle inattendue d'un passage des armées alliées ferait surtout sur les troupes une profonde impression; enfin qu'une désorganisation au moins partielle de la défense militaire du pays pourrait en être la suite et donner lieu à des événemens fâcheux.

C'est par ces considérations, qui ne sont point étrangères à l'intérêt des hautes Puissances alliées dans toutes les chances possibles de la guerre, que les soussignés d'après l'ordre exprès de la Diète, et ainsi qu'elle l'a dit elle-même dans sa note du 12 Mai, doivent solliciter de la bienveillance des augustes monarques alliés l'assurance, que leurs armées n'entreront point sur territoire suisse, aussi longtemps que ce pays fera les efforts nécessaires pour sa défense, qu'il ne sera point attaqué et ne demandera pas lui-même des secours.

En remplissant ainsi l'obligation qui leur est prescrite par leurs commettans, les soussignés prient Leurs Excellences de recevoir l'assurance de leur très-haute considération.

Zurich, le 15 Mai 1815.

Les Commissaires de la Diète suisse. »

« *A Messieurs les Commissaires de la Diète.*

Si, dans la conférence du 14, les Ministres soussignés n'ont pas, comme ils l'eussent souhaité, restreint aux seuls cas énoncés dans la note de Messieurs les Commissaires de la Diète du 15 le passage des troupes alliées par la Suisse, c'est parce que la teneur expresse de leurs instructions leur interdit une telle restriction, et cette limitation leur est

interdite parce qu'à cet égard, comme à bien d'autres, leurs souverains eux-mêmes obéissent à la loi imposée par l'intérêt commun.

Oui! leur intérêt le plus évident, comme celui de la Suisse, l'intérêt même de la France exige, que la campagne qui va s'ouvrir soit conçue et conduite de manière à ne neutraliser, à ne laisser hors d'atteinte immédiate aucune partie de la circonférence du territoire français; il veut que les événemens les plus décisifs soient renfermés dans le moindre espace de temps possible, par conséquent aussi, que les distances soient abrégées et les moyeus rapprochés sans détours.

En conduisant ainsi leur attaque contre l'homme qui se rit des traités et des vœux unanimes du monde, les Puissances alliées pourvoiront beaucoup mieux et d'une manière plus durable à l'indépendance, à la sûreté, à la tranquillité présente et future de la Suisse, qu'elle ne pourra jamais le faire elle-même en épuisant jusqu'aux dernières sources de ses facultés. Loin donc de vouloir déroger dans ce moment au bienfait immortel de leur déclaration du 20 Mars, c'est le sceau qu'elles vont y mettre aujourd'hui en détruisant de leurs mains le seul pouvoir en Europe qui n'a jamais respecté aucune neutralité. Jusqu'à ce que ce grand objet soit rempli, elles ne sauraient admettre une application de ce principe aussi erronée en elle-même que préjudiciable à la cause des nations. C'est ce que tous les bons habitans, c'est ce que la brave et loyale armée suisse comprendront très-bien, lorsqu'on voudra les éclairer paternellement sur la différence dans les mesures que doit nécessairement produire une conjoncture unique dans le cours des derniers siècles.

D'autres pays, d'autres armées, les plus aguerries et qui ont puissamment contribué à la délivrance de l'Europe, ont vu, en y applaudissant, des armées entières traverser leur sol natal, se précipitant sur l'ennemi commun. D'où viendrait-il que la Suisse qui jusqu'à ces derniers jours n'a

rien fait, ni pour l'Europe, ni pour elle-même, verrait d'un autre œil ses amis communs, marchant contre le même ennemi, eux qui, toujours animés du désir de la ménager, ne lui demandent le passage que pour des cas urgens et dans des circonstances impérieuses? C'est tout ce que les soussignés peuvent promettre; c'est aussi, ce leur semble, tout ce que la Diète doit désirer.

Zurich, 16 Mai 1815.

*Schraut.* *Le Baron de Chambrier.*
*Le Baron de Krudener.* *Stratford Canning.* »

Der Schluss der ganzen Verhandlung war, wie vorauszusehen, eine Konvention, welche am 18. Mai zu Stande kam und am 20. Mai unterzeichnet wurde, durch welche die Neutralität der Schweiz abermals, wie 1½ Jahre zuvor (am 20. Dezember 1813), preisgegeben wurde, mit dem einzigen Unterschiede, dass es diesmal, statt durch eine Kapitulation, durch eine Uebereinkunft geschah.[1]) Dieselbe lautet (Absch. III, pag. 251):

*Convention.*

« Ensuite des ouvertures faites à la Diète de la Confédération suisse de la part de Leurs Majestés l'Empereur

[1]) Die Kapitulation von Basel (resp. Lörrach) vom 20. Dezember 1813 ist in dem Jahrbuche von 1886 im letzten Kapitel der « Eidgenössischen Geschichten » besprochen und auf pag. 359 abgedruckt. Sie trägt übrigens auch den Titel « Uebereinkunft ». Die Konvention vom 20. Mai 1815 war ein ganz ähnlicher Vorgang wie der sogenannte Vertrag von Livadia zwischen Russland und Rumänien bei Anlass des letzten russisch-türkischen Krieges. Russland hatte zuerst ohne Vertrag seine Truppen durch Rumänien marschiren lassen wollen, sich dann aber auf die Erklärung hin, dass Widerstand geleistet werden würde, zu einer Konvention herbeigelassen, welche diesen Durchmarsch regelte und Rumänien bei dem künftigen Friedensschlusse mit der Türkei die Anerkennung seiner Souveränetät zusicherte. Natürlich führte dann die Konvention auch zur Theilnahme Rumäniens an dem Krieg.

d'Autriche, l'Empereur de Russie, le Roi de la Grande-Bretagne et le Roi de Prusse en date du 6 Mai 1815 et de la réponse adressée aux Ministres le 12 du même mois, des conférences ayant eu lieu dans le but de fixer les rapports de la Suisse durant la guerre actuelle, et de déterminer les mesures nécessaires pour faire face au danger commun, les fondés de pouvoirs respectifs, savoir:

De la part de l'Autriche, Monsieur François Alban de Schraut, Chevalier de l'Ordre Royal de Saint Etienne de Hongrie, Ministre plénipotentiaire et Envoyé extraordinaire de Sa Majesté Impériale Royale Apostolique,

De la part de la Russie, Monsieur Paul Baron de Krudener, Chevalier des Ordres de Sainte Anne, Saint Wladimir et Saint Jean de Jérusalem, Chambellan de Sa Majesté et son Chargé d'affaires,

De la part de la Grande-Bretagne, Monsieur Stratford Canning, Ministre plénipotentiaire et Envoyé extraordinaire de Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande,

De la part de la Prusse, Monsieur Jean Pierre Baron de Chambrier d'Oleyres, Chevalier Grand-Croix de l'Ordre de l'aigle rouge, Chambellan de Sa Majesté et son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire,

Et de la part de la Diète de la Confédération suisse, Messieurs:

David de Wyss. Bourgmestre du canton de Zurich et Président de la Diète,

Nicolas Frédéric de Mulinen. Avoyer de la ville et république de Berne et Député à la Diète,

Jean Henri Wieland, Bourgmestre du canton de Bâle, Député à la Diète,

Ont arrêté la convention suivante:

Article 1.

L'alliance contractée par les cours d'Autriche, de Russie, de la Grande-Bretagne et de Prusse, ayant pour but de

rétablir la tranquillité et de maintenir la paix en Europe, et les intérêts les plus chers de la Suisse s'y trouvant étroitement liés, la Confédération déclare son adhésion au même système. Elle s'engage à ne point s'en séparer, à ne former aucune liaison, à n'entrer en aucune négociation qui y serait contraire, et à y coopérer, d'après ses moyens, jusqu'à ce que le but de cette alliance soit atteint. Leurs Majestés Impériales et Royales promettent de leur côté, à l'époque de la pacification générale, de veiller au maintien des avantages assurés à la Suisse par les actes du congrès de Vienne des 20 et 29 Mars 1815, et généralement de soigner tous ses intérêts autant que les circonstances pourront le permettre.

Article 2.

Pour remplir l'engagement de coopération stipulé par l'article précédent, la Suisse, qui à déjà mis sur pied trente mille hommes et qui organise une réserve pour les soutenir au besoin, promet de tenir constamment en campagne un corps d'armée suffisant pour garantir sa frontière contre toute attaque de l'ennemi, et pour empêcher de ce côté toute entreprise qui pourrait nuire aux opérations des armées alliées.

Article 3.

Dans le même but les hautes Puissances s'engagent à destiner, aussi longtemps que les circonstances l'exigeront, et d'une manière compatible avec le plan des opérations générales, une partie suffisante de leurs forces pour se porter à l'aide de la Suisse toutes les fois que ses frontières seront attaquées et qu'elle réclamera des secours.

Article 4.

En considération des efforts que la Suisse s'engage à faire de concert avec elles, les Puissances *renoncent* à former des établissemens de routes militaires, d'hôpitaux et de dépôts onéreux sur son territoire.

*Dans les cas d'urgence où l'intérêt commun exigerait un passage momentané* de troupes alliées à travers de quelques parties de la Suisse, on recourra à l'*autorisation de la Diète.* Les dispositions ultérieures résultantes de son acquiescement, ainsi que les indémnités que la Suisse serait en droit de réclamer, seront réglées de gré à gré par des commissaires.

Article 5.

Les Puissances promettent de faciliter, d'après les demandes particulières qui leur seraient faites, des achats d'armes et de munitions dans les pays voisins, aux cantons qui en auront besoin.

Article 6.

Voulant donner à la Suisse une preuve de leur bienveillance, et afin de subvenir aux besoins des cantons qui pourraient se trouver hors d'état de faire face d'une autre manière aux dépenses d'un armement prolongé, les Puissances sont disposées à les secourir au moyen d'emprunts.

Le montant de ces emprunts et les autres conditions nécessaires seront réglées éventuellement par une convention spéciale.

Article 7.

Les ratifications de Leurs Majestés Impériales et Royales et celle de la Diète au nom des cantons de la Confédération suisse, seront échangées à Zurich dans l'espace de trois semaines, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les fondés de pouvoirs respectifs ont apposé leur signature et le sceau de leurs armes, à Zurich, le vingtième Mai mil huit cent quinze (le 20e Mai 1815). »

Es hat dieser jetzt ziemlich vergessene Vertrag insofern ein dauerndes Interesse, indem er ungefähr zeigt, was in jedem ähnlichen Falle von der Schweiz verlangt werden würde, insofern man sich auf ihre

Wehrkraft nicht glaubte verlassen zu können.[1]) Sobald sie sich dann wieder auf Unterhandlungen einlässt, so ist der Ausgang vorauszusehen, dass nämlich irgendwelche Konzessionen gemacht werden müssen, und jede Konzession wird von dem Kriegsgegner der mit der Schweiz verhandelnden Staaten mit vollem Recht als eine Verletzung der thatsächlichen Neutralität angesehen, die ihn der Respektirung derselben enthebt. Die Folge davon ist Theilnahme am Krieg, wie es damals 1815 der Fall war. Neutralität erfordert unter den heutigen Verhältnissen zu ihrer Aufrechthaltung eine ebenso grosse Energie, als die Kriegführung selber, namentlich also einen grossen Opfermuth in der Bevölkerung, wenn sie auf die Probe gestellt wird. Sie ist nicht mit blossen Redensarten (sur papier) durchzuführen. Uebrigens ist, wie ein Staatsmann unserer Tage richtig sagte, Vaterland ohne Opfermuth überhaupt ein Wort ohne Sinn.[2])

---

[1]) Sie ist sogar unter solchen Umständen in sehr schonender Form abgefasst (vgl. besonders den Art. 4). Die Ausführung hielt sich dagegen natürlich wenig an diese Formen, die nur Schein waren, und auch die Franzosen liessen sich davon nicht täuschen. Ueber die Ausführung von Art. 4 vgl. das Kapitel III am Schlusse.

[2]) Es kann im einzelnen Fall für den praktischen Staatsmann zweifelhaft sein, ob Neutralität ein wünschenswerther Zustand sei, denn sie kann ebenso grosse Anstrengungen als ein Krieg, ohne die eventuellen Vortheile eines solchen, und namentlich auch ohne die moralische Erhebung mit sich bringen, mit der ein kräftiges Volk selbst aus einem unglücklichen Kriege hervorgeht. Wenn man im Verlauf der Sache doch zu dem einen oder andern Theile stehen muss, so würde eine vorherige Allianz auf bestimmte Bedingungen hin weit vortheilhafter sein. Die schliesslichen Abmachungen von 1815 und die rumänische Geschichte von 1878 haben diess deutlich gezeigt. Eine Neutralisation eines Landes aber (im Gegensatz zur selbstgewählten Neutralität), wie sie im Jahre 1815 dann zu Stande kam und wie sie jetzt wieder mit-

Die Konvention musste nun natürlich nach dem damaligen provisorischen Staatsrecht der Eidgenossenschaft noch an die Stände zur Annahme ausgeschrieben werden.

Sie wurde von allen Kantonen ausser Basel, Tessin und Waadt genehmigt, wobei man, nach dem Grundsatz: « Helfe, was helfen mag », bei dieser Gelegenheit Obwalden und Appenzell-Ausserrhoden als ganze Standesstimmen zählte (Vgl. Abschied III, 261). Sie wurde dann am 12. Juni ohne alle Rücksicht auf die Dissentirenden [1]) ratifizirt und dieser Beschluss den Ständen mit folgendem Kreisschreiben vom 12. Juni angezeigt:

---

unter für einzelne Staaten oder Staatstheile (Suezkanal, Aegypten Türkei überhaupt) postulirt wird, ist ein Eingriff in die Souveränetät eines Landes und ohne ein Protektoratsverhältniss gar nicht denkbar. Materiell mit vollem Recht und mit seinem gewöhnlichen Sinn für die Realität der Politik schreibt daher Gentz am 30. Mai an Caradja (Oesterreichs Theilnahme, pag. 637): « Die schweizerische Tagsatzung hat ihren Beitritt zum Allianzvertrag der verbündeten Mächte vom 25. März ausdrücklich erklärt. Von Neutralität ist also keine Rede mehr. »

[1]) In Basel wurde die Konvention vom Grossen Rathe mit 55 gegen 53 Stimmen verworfen, in Bern hingegen « als eine zweckmässige, mit den Zeitumständen und den Gesinnungen der Schweiz übereinstimmende Massregel » mit allen gegen bloss 11 Stimmen genehmigt (Allg. Ztg. vom 7. Juni). In Graubünden nahmen sie die Gemeinden mit 1 Stimme Mehrheit an. Der Kanton St. Gallen hatte eine besonders pompöse Erklärung im Styl von Müller-Friedberg abgegeben. Die Konvention ist abgedruckt in der Allg. Ztg. vom 9. Juni. Unmittelbar nach Abschluss der Konvention, am 27. Mai, beschloss nun auch die Tagsatzung, trotz dem Dissentiren der drei Kantone Graubünden, Nidwalden und Appenzell A.-Rh., die förmliche Erklärung Namens der Eidgenossenschaft abzugeben, dass sie die Wiener-Kongressbeschlüsse vom 20. März annehme, von denen der wichtigste, die Zusicherung ewiger Neutralität, aber bereits durch die Konvention beseitigt

« Tit. !

Wir haben in unserer heutigen Sitzung die eingelangten Voten der Hohen Stände über die am 20. Mai 1815 zwischen unsern Kommissarien und den Ministern der alliirten Mächte in Bezug auf die politischen und militärischen Verhältnisse der Schweiz während des bevorstehenden Krieges unterzeichnete Konvention einsammeln lassen, woraus sich das Resultat ergeben, dass von XXI im Bunde befindlichen Ständen achtzehn der besagten Uebereinkunft ihre Genehmigung und Ratifikation ertheilt haben. In Folge dessen glaubten wir nicht länger anstehen zu sollen, im Namen der gesammten Eidgenossenschaft die allgemeine Ratifikation dieser Konvention förmlich auszusprechen. Von dieser Erklärung haben wir auch alsogleich den Herren Ministern vorläufige Kenntniss gegeben, und es stehet nun zu erwarten, dass die Auswechslung der gegenseitigen Ratifikatorien in wenigen Tagen erfolgen wird.

Wir hielten uns verpflichtet, Euch, Tit., von dieser wichtigen Schlussnahme in ungesäumte Kenntniss zu setzen, damit von nun an jeder L. Stand die mehrgedachte Konvention als die Grundlage des politischen Systems der Eidgenossenschaft und ihrer Verpflichtungen gegen die alliirten Mächte betrachten und derselben seinerseits getreu nachleben möge.

Womit wir Euch, Tit., unter Versicherung vollkommener Hochachtung, nebst uns in Gottes allmächtigen Schutz empfehlen.

Im Namen der eidgen. Tagsatzung,
der Bürgermeister des Kts. Zürich, Präsident derselben. »
(Absch. III, pag. 263.)

war. Vgl. Jahrbuch 1887, pag. 338 u. 364. Am 19. Mai endlich, am gleichen Tage, wurden Neuenburg und Genf in die Eidgenossenschaft aufgenommen, Wallis erst am 4. August. (Allg. Ztg., Beilage vom 19. Mai 1815.) Daher oben die XXI Stände.

In dringlichen Angelegenheiten hörte die Kantonalsouveränetät eben von jeher auf und kam der natürliche Grundsatz der Mehrheit, der in einem zusammengesetzten Staate nie gänzlich ausgeschlossen werden kann, ganz von selber zur Geltung.[1])

Von dem Momente des Abschlusses dieser Konvention an, befand sich die Schweiz thatsächlich im Kriege mit ihrem alten Alliirten, Frankreich,[2]) der sie

---

[1]) Sehr bezeichnend für die geringe Achtung, welche die Kantonalsouveränetät den fremden Ministern und Generälen in solchen Momenten stets einflössen wird, ist ein Schreiben Steigentesch's an den eidgenössischen Obergeneral vom 7. Juni 1815, worin er sagt:

« Ich habe die Tagsatzung um 12,000 Mann für die Blokade von Hüningen, Belfort und Besançon ersucht und geglaubt, dass sie diese Gelegenheit schnell ergreifen würde, in die Reihe der kriegführenden Mächte, in diesem Augenblick, wo bereits alles entschieden ist, einzutreten, um dann am Tage der Entschädigung, der bald erscheinen muss, ihre Stimme erheben zu können. Ihre Verfassung, die in allen Dingen einen Weg nimmt, auf dem die stärkste menschliche Geduld ermüdet, muss dieses Gesuch erst an alle Kantone bringen, und oft vergehen, wenn es recht schnell geht, vierzehn Tage, bis etwas bestimmt werden kann. Glücklicherweisen gehen die Begebenheiten weit schneller. » (Absch., III, p. 409.)

Schöner kann man die Vortheile des übertriebenen Föderalismus in schwierigen Zeiten kaum darlegen. Noch plastischer sind seine diesbezüglichen Aeusserungen, die uns heute erst bekannt werden. (Siehe Beilage.)

[2]) Mit diesem Augenblick begann der Kriegszustand für die Schweiz, den die Tagsatzung auch in einer Proklamation vom 10. Juni an die Truppen wenigstens in der eigenthümlichen Weise ankündigte, dass sie sagt, die Alliirten seien nunmehr als Freunde und Waffenbrüder anzusehen und die Grenzvertheidigung nur noch gegen Frankreich nothwendig. Viele Offiziere fanden mit ihrem natürlichen Militärverstand, dass man nun lieber gleich mit den Alliirten vorwärtsgehen, als von den Grenzen aus dem Kriege zuschauen sollte. (Bericht Finsler's vom 16. Juni, bei v. Wyss, II, 237.) Daraus erklären sich zum Theil die späteren Vorgänge. Umgekehrt war im Hauptquartier der Alliirten die Meinung verbreitet, die Waadtländer, besonders

von vier Seiten, von Lyon, Savoyen, Belfort und dem Oberelsass her durch die Armeekorps von Grouchy, Desaix, Lecourbe und Rapp bedrohte.

Alles nahm nun rasch ein kriegerisches Aussehen an. Am 12. Juni zeigte der Maire von Hüningen dem Bürgermeister von Basel offiziell an, dass, von Paris eingetroffenem Befehl zufolge, alle Verbindung mit der Schweiz abgebrochen werden müsse; er werde fortan die Zufuhr von Lebensmitteln, Briefen, Zeitungen u. s. w. völlig sperren. Die Besitzer von Landhäusern und die Einwohner der der französischen Grenze zunächstgelegenen Stadttheile Basels flüchteten hierauf ihre Habseligkeiten und deckten die Häuser mit Dünger gegen das zu erwartende Bombardement ein. Von da ab war man eines Angriffs auf Basel täglich gewärtig und befand sich dasselbe in einer Art von Belagerungszustand. Lecourbe war am 22. Mai bereits mit 16,000 Mann in Belfort und Hüningen eingetroffen und schon damals hatte in der Nacht nach diesem Tage ein Allarm stattgefunden und waren Schüsse gewechselt worden, da einzelne französische Truppenabtheilungen irrthümlich auf Basler Gebiet gerathen waren (Allg. Ztg., 2. Juni). Diesen Franzosen gegenüber standen seit dem 9. Mai zwei badische Kavallerie-Regimenter und 4000 Mann Infanterie auf 30 Minuten Distanz zur Hülfe für die Stadt bereit. Vom 20. Juni ab waren 30,000 Mann deutscher Truppen um Lörrach konzentrirt (Allg. Ztg. vom 15. Mai und 30. Juni).

Ebenso kriegerisch sah es an den Grenzen von Genf und Neuchâtel aus. Am 15. Juni wurde die Verbindung zwischen Genf und Waadt über Versoix gänzlich gesperrt, so dass der Verkehr Genfs mit der übrigen

---

Laharpe, seien in fortwährender Verbindung mit dem General Desaix, der in Savoyen stand.

Schweiz nur noch zu Wasser möglich war (Allg. Ztg. v. 23. Juni). Zwei Tage später besetzten französische Truppen Carouge und ein Korps unter Suchet begab sich auf der Südseite des Sees nach Meillerie, um den über den Simplon heranrückenden Oesterreichern den Weg zu verlegen. An der Neuchâteler Grenze erschienen Franctireurs; die Einwohner von Chaux-de-fonds und Locle flüchteten ihre Kostbarkeiten (Allg. Ztg. vom 27. Juni). Bei Vallorbes hatte schon vor Abschluss der Militärkonvention eine Grenzverletzung durch französische Wachtposten stattgefunden (Allg. Ztg. v. 19. Mai). Bereits am 14. Juni (noch vor der Ratifikation der « Uebereinkunft ») zeigte der Generalmajor v. Steigentesch einfach an, dass drei alliirte Armeekorps auf Grund von Art. 4 der genannten Konvention bei Basel, Rheinfelden und Schaffhausen den Rhein überschreiten und ein viertes von Italien her über den Simplon in das Wallis einrücken würde.[1]) Für dieses letztere wurde gleichzeitig die Lieferung von 60,000 Mundrationen, 16,000 Rationen Hafer und 12,000 Rationen Heu verlangt (Allg. Ztg. vom 23. Juni). Am 19. Juni traf das-

[1]) Steigentesch hatte sogar bereits am 10. Juni den Durchmarsch angezeigt. Auf Vorstellung des Präsidenten der Tagsatzung brachte er dann zuerst eine provisorische Erklärung des Herrn v. Schraut bei, dass Oesterreich und Preussen ratifiziren würden. Die eigentliche Ratifikation erfolgte erst am 27. Juni von Seite der Alliirten, als die Durchmärsche längst stattgehabt hatten. Die Tagsatzung beschwerte sich am 15. Juni über diese cavalière Behandlung des Art. 4 der Konvention und schickte einen Offizier, den Oberstlieutenant Ott von Zürich, in das österreichische Hauptquartier, um dort für möglichste Beobachtung der Konvention und Schonung der Schweiz zu sorgen, der jedoch von den dortigen höheren Militärpersonen nur zu hören bekam, die Konvention sei noch immer zu günstig für die Schweiz und zu hemmend für die Kriegsoperationen ausgefallen, man würde sie jetzt nicht mehr abschliessen. (Vgl. hierüber v. Wyss, II, 238 ff. und unser Kap. III, am Ende.)

selbe unter Frimont in Sitten ein. Andere Oesterreicher kamen über den St. Bernhard. Am 24. Juni erzwangen sie den Uebergang über die Dranse und waren am selben Tage noch in Thonon. Die beabsichtigte Besetzung von Chillon wurde nur durch eine rasche Okkupirung dieser Festung seitens der eidgenössischen Truppen verhindert.

Von da ab dispensirten sich die Alliirten auch von dieser «Anzeigepflicht», in welche sie schon von vornherein den ganz anders lautenden Artikel 4 der Konvention konvertirt hatten.

Die schützenden Bestimmungen derselben zeigten sich schon nach kürzester Frist als ein kümmerlicher Deckmantel für die offenbare Thatsache einer erzwungenen Allianz der Eidgenossenschaft mit den Feinden Frankreichs.

Dennoch dauerte formell die sogenannte Grenzbesetzung bis zum September 1815 fort. In der Beilage H zum III. Band des Abschieds der langen Tagsatzung finden sich die verschiedenen Armeeeintheilungen, Kantonnemente und Situationsetats vom 25. März, 12. April, 23. April, 1. Mai, 15. Mai, 15. August, 25. August und 9. September 1815 und ein «namentliches Verzeichniss aller Stabsoffiziere, so wie dasselbe aus unvollständigen Akten zusammengestellt werden konnte.» Der Bestand der Armee ist in der Beilage H. I. G., «Rekapitulation» genannt, angegeben auf: 2½ Divisionen und 3 Kompagnien Artillerie, 14 Kompagnien oder Detachemente Kavallerie, 20 Kompagnien Scharfschützen, 66 Bataillone Infanterie und 112 Artilleriestücke.[1])

[1]) Die höchste Stärke der Armee zwischen dem 1. März und 30. September 1815 betrug 40,669 Mann und 2871 Pferde. Die direkten Kosten beliefen sich auf 6,605,508 Schweizerfranken, der Verlust an Gefallenen und durch Krankheit Gestorbenen auf un-

Die Disposition dieser Truppen war beispielsweise am 12. April 1815 folgende:

I. Division: Hauptquartier Aubonne. 1. Brigade: Hauptquartier Nyon. Militärbezirk der Brigade: Der innerhalb der französischen Grenze und einer längs der Promontoise und über den Noirmont hinüber bis an die Grenze gezogenen kürzesten Linie begriffene Theil des Kantons Waadt. Zwei Bataillone und eine Scharfschützenkompagnie sind als Besatzung von Genf de-

gefähr 80 Mann. In dem obgedachten Verzeichniss der Stabsoffiziere kompariren folgende Hauptchargen:

Als provisorischer Oberkommandant vom 15. März bis 3. April: Oberstquartiermeister Finsler mit Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Freudenreich. Vom 3. April bis 26. Juli Oberbefehlshaber: General v. Bachmann mit den Flügeladjutanten Obersten v. Hauser und v. Freudenreich. Vom 26. Juli bis zur Auflösung der Armee Oberkommandant wiederum: Generalquartiermeister Finsler mit Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Wurstemberger. — Zweiter Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes: General v. Castella. Kommandant der Vorposten: Oberst v. Gatschet. Inspektor der Kavallerie: Escadronchef v. Bontems. Chef des Genies: Oberstquartiermeister Finsler. Oberstartillerieinspektor: Oberst v. Luternau. Oberstkommandant der Artillerie: Oberst Göldlin von Tieffenau. Feldzeugmeister: Oberstlieutenant Reinacher. Trainhauptmann und Wagenmeister: Hauptmann Wiegsam. Oberstkriegskommissär: Oberst Heer. Oberfeldarzt: Dr. Lutz. Oberstrichter: v. Sury. Stabsauditor: Rothlin (ohne Gradangabe). Gehilfe: Hauptmann Engelhard. — Kommandant der I. Division: Oberst v. Gady; der II. Division: Oberst Füessly: der III. Division: Oberst v. Affry; der Reservedivision: Oberst Finsler. Kommandant einer Reservebrigade: Oberst Meyer. Kommandant im Wallis: Oberst v. Courten, theilweise vertreten durch Oberstlieutenant Wegener. Kommandant der Reserveartillerie: Oberstlieutenant Reinacher. Kommissarien der verbündeten Mächte im Hauptquartier: für Oesterreich: Generalmajor Freiherr v. Steigentesch; England: Oberst Leake.

tachirt. — 3. Brigade: Hauptquartier Rolle. Militärbezirk der Brigade: Rolle, Aubonne, Gimel, St. Georges und die zwischen diesen Ortschaften liegende Gegend bis auf den Kamm des Noirmont. — 5. Brigade: Hauptquartier Orbe. Militärbezirk: Orbe, Romainmôtier, Ste-Croix, Yverdon, der Pass von Ballaigue und die zwischen diesen Ortschaften liegende Gegend mit der Vallée du Lac de Joux.

II. Division: Hauptquartier unbestimmt: 2. Brigade: Hauptquartier: Neuenburg. — Militärbezirk: Fürstenthum Neuenburg. — 4. Brigade: Hauptquartier: Nidau. Militärbezirk: Das obere Erguel und ein Theil der untern Seethäler. — 6. Brigade: Hauptquartier: Basel. Militärbezirk: Der Kanton Basel und das solothurnische Amt Dorneck.

Reserve. 7. Brigade: Hauptquartier: Olten. Militärbezirk: Das Buchsgau, das Thal zwischen dem linken Aarufer und dem Leberberg bis an die Grenze des Kantons Solothurn, und der übrige sich gegen Basel hinziehende Theil dieses Kantons bis an eine ungefähr von Bretzwyl nach der Birs hinüber gezogene kürzeste Linie.

Vom 23. April ab lag eine achte Brigade in Genf und Umgebung und zwei Bataillone im Tessin. [1])

[1]) Vom 23. Juli ab wurde die Grenzbesetzung auf 27 Bataillone, mit Einschluss der aus Frankreich heimgekehrten Soldtruppen, reduzirt (Abschied III, 455). Diese Truppen, über deren Entlassung das letztjährige Jahrbuch die näheren Details enthält, waren allmälig in der Schweiz eingetroffen. Ihre Offiziere, besonders der General Bachmann und der Generalmajor v. Castella, wollten sie hier einfach als Korps beisammen halten und sogar noch rekrutiren, da sie auf die baldige Restauration der Bourbonen hofften. Der König Ludwig XVIII. stellte aus Gent das Gesuch, sie ihm zu überlassen, für den Sold werde England gutstehen. Die Tagsatzung beschloss jedoch am 7. Juni, unter Vorbehalt der Ratifikation der betheiligten Kantone, sie in 4 Bataillone einzutheilen und in den eidgenössischen Dienst zu stellen, was, da der General

Das Hauptquartier des Generals befand sich Anfangs in Murten, später in Bern und Neuchâtel.

Befürchtet wurde namentlich (nach einem Berichte des Oberstquartiermeisters vom 27. Mai), dass Lecourbe von Belfort her, wo er mit 14 Infanterie- und 9 Kavallerieregimentern stand, neben welchen sich überall noch Nationalgarden organisirten, einen Vorstoss nach Biel machen würde. Eine Proklamation, welche «Freundschaft den Bewohnern der Hütten und Krieg den Oligarchen» ankündigte, sollte bereits gedruckt sein, um von Biel aus in die Schweiz geworfen zu werden.

Ueber die damalige eidgenössische Wehrverfassung enthält der Abschied manches Wunderbare, dass jeder heutige Schweizer, welchem an der wirksamen Erhaltung der Unabhängigkeit seines Vaterlandes liegt, einmal selbst lesen sollte.

Am 6. April hatte die Tagsatzung die Piketstellung eines Reservekorps von 30,000 Mann beschlossen. Unter den Antworten der einzelnen Kantonsregierungen heben wir beispielsweise folgende von Graubünden, Schwyz und Uri hervor:

«Die Regierung von Graubünden, durch Zuschrift vom 10. April, zeigt vorläufig an, dass die Organisation der Reserve bereits angeordnet worden sei und mit Thätigkeit betrieben werde, dass aber die zur Ausrüstung derselben erforderlichen Waffen und Munition mangeln. Die Regierung wünscht, dass irgend ein anderer Kanton ihr hierin behülflich seyn möchte, und verspricht, die nöthige Garantie hiefür zu leisten.»

«Schwyz. Wenn die Aufstellung eines Reservekorps, schreibt die Regierung unterm 13. April, zur Vertheidigung

---

dazu keine Hand bieten wollte, durch zwei eidgenössische Kommissäre (Rathsherr Stürler und Oberstlieutenant Bleuler) ausgeführt wurde. Weitläufig behandelt diese Angelegenheit v. Wyss, II, 209 ff.

des Vaterlandes nothwendig werden sollte, so wird der Stand Schwyz seinerseits das Möglichste zu leisten trachten, in welchem Fall er aber mit Waffen und Munition versehen werden müsste. »

« Ein Schreiben der Regierung von Uri, d. d. 15. April, meldet, dass dieser Stand sein Möglichstes thun werde, um das ihm treffende Kontingent an dem beschlossenen Reservekorps von 30,000 Mann zu organisiren, dass er dem zufolge zwei Füsilierkompagnien zu stellen und zu bewaffnen im Fall sein werde, wobei ihm aber die Patrontaschen und Habersäcke mangeln. » (Absch., III, p. 289 u. 290.)

Tessin erklärt am 3. Mai:

« Quant au corps de réserve de 30,000 hommes proposé par la Diète, le Grand-Conseil du Tessin déclare qu'il n'est pas en état, malgré sa bonne volonté, d'adhérer à cette disposition, vu qu'il manque d'armes et de munitions. Si cependant des circonstances impérieuses exigeaient cette levée, il donnerait son contingent en hommes, moyennant que la Confédération fournît le matériel. » (Absch., III, p. 290.)

Am 12. Mai verlangt der eidgenössische General dringend Folgendes:

« Hochwohlgeborne, Hochgeachtete Herren!

Aus allen Nachrichten, die mir heute eingekommen, lässt sich vermuthen, dass wir leicht einen Angriff von französischer Seite erfahren könnten. Es scheint gewiss, dass ein starkes französisches Korps, welches auf 20,000 Mann angegeben wird, sich bei Belfort gesammelt hat, von wo es in wenig Märschen eindringen kann. Mit denjenigen Kräften, welche wir dermalen disponibel haben, ist es unmöglich, einem solchen Korps mit einigem Erfolg zu widerstehen, und es ist dringende Nothwendigkeit, die Reserve ohne einigen Zeitverlust, wenigstens auf so lange, bis die Gefahr vorüber ist, in einigen Zentralpunkten zu versammeln, wie z. B. jene des Kantons Waadt bei Moudon, jene von den mittleren,

rückwärts gelegenen Kantonen im Kanton Bern in der Gegend von Hindelbank und jene von Zürich und den östlichen Kantonen im Kanton Zürich bei Winterthur.

Ich berufe mich wegen der Nothwendigkeit des Aufgebots im Allgemeinen auf diejenigen Gründe, welche in meinem Schreiben vom 6. Mai entwickelt sind; aber auch, ohne auf dieselben zurückzugehen, ist die Gefahr, die jetzt droht, gross genug, um eine solche Verstärkung gebieterisch zu erheischen.

Ich wünsche sehr dringend, dass Euer Excellenz ohne einigen Verschub die daherigen Anordnungen veranstalten möchten, und dass zugleich mit dem Aufgebot an die Kantone auch direkt von Zürich aus der Sammelplatz nach den obigen Bestimmungen angegeben werden möchte, um keine Zeit in diesem vielleicht entscheidenden Augenblicke zu verlieren.

Genehmigen Euer Tit. u. s. w.

Hauptquartier Murten, den 12. Mai 1815.

Der General der eidgenössischen Truppen:

Bachmann.»

(Absch.,. III, p. 292.)

Die Tagsatzung erliess auch ein entsprechendes Kreisschreiben an die Stände vom 14. Mai (Vgl. Abschied III, 292) mit Vertheilungsskala der 14,155 Mann, die zunächst marschfertig gehalten werden sollten, erhielt aber darauf bereits in der Sitzung selbst allerlei Antworten, die bewiesen, dass es beinahe überall an Willen, wie an Geld fehlte (Vgl. Abschied III, 293). Bern, Luzern und Zug allein stellten der Tagsatzung anheim, ob sie nicht die Kontingente, statt sie bloss auf das Piket zu stellen, vor dem Fall der äussersten Noth zusammenziehen wolle, «damit sie vorbereitet und in den Waffen geübt werden», was, wie es scheint, noch nöthig war. [1])

---

[1]) Sogar den General selbst hatte die eidgenössische Regierung von der französischen gewissermassen entliehen, bei der

Hauptsächlich hatte der General daher seine Zeit auf beständiges Korrespondiren mit der Tagsatzung zu

---

er in Diensten stand, was später zu bedeutenden Inkonvenienzen führte (vgl. unser Kap. II). Das interessante Schreiben der Tagsatzung an Ludwig XVIII. lautet:

« *A sa Majesté Très-Chrétienne, très-auguste, très-grand et très-puissant Prince Louis XVIII, Roi de France et de Navarre.*

Sire!

Nous prions Votre Majesté d'accorder au Général Baron de Bachmann un congé pour venir dans sa patrie prendre le commandement des troupes que les troubles suscités en France par Napoléon Bonaparte nous engagent à mettre sur pied. Ces troubles ayant pris naissance dans les provinces voisines de nos frontières menacent aussi la France. Dans ces conjectures, l'expérience et les lumières du Général Baron de Bachmann, jointes à l'excellente réputation dont il jouit dans sa patrie, contribueraient essentiellement à donner à nos dispositions militaires l'ensemble et la consistance que les circonstances exigent. L'acquiescement de Votre Majesté à notre demande serait donc à nos yeux une preuve signalée de Son affection royale qui nous est chère, comme celle des Rois Ses augustes prédécesseurs le fut à nos pères.

En choisissant pour notre Général un officier, qui jouit de la confiance particulière de Votre Majesté, nous croyons en retour mettre assez en évidence les sentiments qui nous animent. Sire! Agréez nos vœux et l'assurance de notre éternel attachement. Le Roi, le bienfaiteur, le père de son peuple verra, nous en avons la confiance, son trône affermi; il régnera pour le bonheur de la France, et la Suisse aura toujours à se flatter de son amitié.

Nous sommes dans les sentiments du plus profond respect,

Sire

De Votre Majesté

Les très-humbles et les obéissants serviteurs, fidèles et bons amis,

*Les Députés des cantons suisses à la Diète générale de la Suisse,*

et en leur nom,

*Le Bourgmestre du canton de Zurich, Président.*

Zurich, le 20 mars 1815. » (Absch. III, 306.)

Der General erhielt 64 Schweizerfranken täglich, 8 Mund- und 10 Pferderationen (vgl. Abschied III, 310). Sein etwas matter Antritts-Tagesbefehl an die Truppen findet sich auf Seite 316 des III. Abschiedsbandes.

verwenden und wir sehen dabei aus dem folgenden Schreiben mit etwelchem Erstaunen, dass er trotzdem noch am 4. Juni, nachdem er bereits fast 2½ Monate im Dienst war, noch nicht wusste, was er zu thun habe.

« Hochwohlgeborne, hochgeachtete Herren!

Seit zwei Monaten, dass ich das Kommando der Armee übernommen habe, bin ich noch immer über die Verhältnisse meiner Pflichten und meiner Befugnisse, sowohl gegen die Bundesbehörden als gegen die einzelnen Kantonsregierungen, und über jene der andern obern Militärbehörden nicht auf einen festen Punkt gekommen; mit Schwierigkeiten die ich länger zu überwinden keine Möglichkeit sehe, kämpfend, habe ich endlich die Organisation der Armee auf einen Punkt gebracht, wo sie gebraucht werden kann; ich habe so nach Vermögen meine erste Pflicht gegen das Vaterland erfüllt. Nicht allein meine Ehre und der Rückblick auf eine lange militärische unbefleckte Laufbahn, sondern Beherzigung der Lage des Vaterlandes, welches in seinen Erwartungen nicht irregeführt werden soll, fordern gebieterisch die Auseinandersetzung dieser Verhältnisse, deren Bestimmung nach genauer Prüfung des Masses meiner Kräfte mich entscheiden kann, ob ich in der Stellung eines eidgenössischen Generals einstweilen verbleiben könne. Nach reifer Ueberlegung aller Umstände, nach der bisher gemachten Erfahrung muss ich mich bestimmt zu der dem Sinn meiner ersten Instruktion entsprechenden Forderung erklären:

« Dass ein deutlich, bestimmt und unumwunden aufgegebener Zweck für die Armee die einzige Instruktion für das Generalkommando ausmachen müsse; dass für die Erreichung dieses Zweckes die nöthigen Mittel in Zahl, Bewaffnung und Bedürfnissen aller Art an die Hand gegeben werden; dass die Anwendung dieser Mittel unbeschränkt dem General überlassen bleibe, und derselbe in seinen Verfügungen weder durch besondere Wünsche noch andere Betrachtungen

gehindert oder verzögert werde; und dass alle Zweige der Armeeverwaltung, jeder für seinen Zweck, unter Autorisation des Generalkommandos die gleichen Befugnisse haben, die hievor ausgesprochen sind. »

Wenn ich hoffen kann, den unter diesen Bedingungen anzugebenden Zweck unserer Bewaffnung mit den mir anzuweisenden Mitteln zu erreichen, so will ich dem Vaterland gern meine noch übrigen Kräfte widmen. Erfordern aber höhere Rücksichten andere Bestimmungen, so erheischt meine erste Pflicht, dass ich, meiner innigen Ueberzeugung nicht widersprechend, von einer Stellung zurücktrete, deren Wichtigkeit ich ganz fühle, und in welcher ich nicht nur ohne Nutzen für mein Vaterland vergeblich meinen Namen und meine Ehre aufopfern, sondern vielleicht unwillkürlich und gezwungen Antheil an dessen unglücklichem Schicksal haben könnte.

Euer Hochwohlgeboren können meinen Schritt nicht misskennen. Gewohnt, frei und wahr zu sprechen, will ich diese Sprache gegen mein Vaterland nicht verleugnen. Schon früher habe ich meine Bedenken der diplomatischen Kommission vorgelegt und mich erklärt, dass ich unter den bestehenden Verhältnissen mich als von der mir obgelegenen Verantwortlichkeit entladen halten müsse. Ebenso muss ich eine entscheidende Antwort begehren, deren möglichste Beförderung nicht nur für mich sehr wünschenswerth, sondern für den Dienst des Vaterlandes nöthig ist. »

Die Antwort der Tagsatzung lautete in ihrem wesentlichen Theile:

« Euer Excellenz verlangen eine deutliche und unumwundene Erklärung über die Bestimmung der Armee: sie ward gleich Anfangs durch die Proklamation der Tagsatzung vom 24. März und durch die dem Generalkommando ertheilte Hauptinstruktion gegeben. Die Modifikationen dieses Systems sind Folge der Umstände, deren fortschreitende Ent-

wicklung auch nothwendig auf die künftigen Beschlüsse der Bundesbehörde einwirken muss. Wir sehen dermalen in der Mittheilung der Konvention mit den alliirten Mächten vom 20. Mai und in dem Schreiben der diplomatischen Kommission vom 2. Juni eine hinreichende Anleitung und Vollmacht für Euer Excellenz. Doch um hierüber wo möglich noch grössere Beruhigung zu geben, legen wir im Vertrauen (mit der Bitte sorgfältiger Geheimhaltung) die von uns entworfene Proklamation an die Armee hier bei, welche morgen (da man bis dahin von der Mehrheit der Stände eine entscheidende Ratifikation der gedachten Konvention erwartet) der H. Tagsatzung zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Erfolgt diese letztere, wie wir nicht zweifeln, so sind schon alle Anstalten getroffen, dass am gleichen Tage mehrere tausend Abdrücke von hier aus zur Verfügung Euerer Excellenz gestellt werden, um dieselben im nöthigen Zeitpunkt und auf die zweckmässigste Weise, nach eigenem klugen Befinden zu benutzen. Diese Proklamation erklärt das System der Bundesbehörde, sie enthält somit eine wichtige, bestimmte Anleitung für Euer Excellenz. Ueberhaupt fühlen wir, dass das Generalkommando nicht in Ungewissheit über den Hauptzweck der Aufstellung der Armee gelassen werden kann; daher wir auch, um Euer Excellenz in dieser Hinsicht aus aller Verlegenheit zu ziehen, unsere frühere Versicherung wiederholen, unter allen Umständen schleunige Mittheilungen und bestimmte Instruktionen an Dieselben gelangen zu lassen.»

(Absch. III, 357 und 358.)

Die Proklamation der Tagsatzung an die Truppen, die aber offenbar eine klare und zugleich bindende Instruktion des Generals nicht ersetzen konnte, erfolgte dann wirklich am 10. Juni, als der Krieg schon fast zu Ende war. Selbst über die dringendsten militärischen Massnahmen musste der General erst, wie folgt, an

die Tagsatzung berichten, bevor er Befehle ertheilen konnte.

«An Seine Excellenz den Herrn Bürgermeister von Wyss, Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Excellenz!

In Folge der Konvention fragt Herr von Sonnenberg mich an, wie er sich im Fall eines Durchmarsches durch Genf der Alliirten zu verhalten habe. Ich habe ihm darauf folgende Antwort ertheilt:

«Im Fall eines Durchmarsches der K. K. österreichischen Truppen und deren Begehren, in Genf einzurücken oder durchzumarschiren, glaube ich nicht, dass, laut getroffener Konvention mit den alliirten Mächten, dieses Ansuchen verweigert werden kann. Sie werden aber darauf bestehen, das Kommando des Platzes und der Truppen beizubehalten.»

Ich ermangle nicht, Euerer Excellenz davon Kenntniss zu geben, und wünsche, damit dem Sinn der Konvention und der mir ertheilten Instruktion entsprochen zu haben.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung.

Hauptquartier Bern, den 11. Juni 1815.

Der General der eidgenössischen Truppen:

Bachmann.»

(Absch. III, p. 366.)

Der ganze Zustand des Heeres und die volle Summe der Unsicherheit nach jeder Richtung, militärisch und politisch, die nach Abschluss der Konvention vom 20. Mai eingetreten war, kann nicht besser dargestellt werden als durch folgendes Schreiben, das General Bachmann nach erhaltener Kenntniss von diesem ge-

fährlichen Vertrage an den Präsidenten der Tagsatzung richtete:

«An Seine Excellenz Herrn Bürgermeister von Wyss, Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Hauptquartier Bern, den 25. Mai 1815.

Hochwohlgeborner, Hochgeachteter Herr!

Durch die diplomatische Zuschrift der diplomatischen Kommission vom 22. diess werde ich von der höchst wichtigen Konvention in Kenntniss gesetzt, welche am 20. diess ist abgeschlossen worden. Diese Konvention setzt die Schweiz in die Lage, von einem Tag zum andern ihre Streitkräfte anwenden zu müssen, um das von ihr ausgesprochene System zu behaupten. Es ist also jetzt darum zu thun, dass die gesammten eidgenössischen Truppen in schlagfertigem Zustande seien, und man alle jene Bedenklichkeiten fallen lasse, mit welchem man, von den frühern Grundlagen der Neutralität und der Polizeikordons ausgehend, eine Menge von besondern Rücksichten in's Auge gefasst hatte, vermittelst welcher ein grosser Theil unserer aufgebotenen Truppen zum eigentlichen Felddienst nicht ausgerüstet und in Bereitschaft gesetzt worden ist.

Es bleibt kaum einem Zweifel unterworfen, dass von Frankreich die abgeschlossene Konvention als eine Kriegserklärung werde gedeutet, und dass nach dem bekannten System der dortigen kräftigen Regierung von derselben wo möglich das Prävenire werde gespielt werden; es steht demnach zu erwarten, dass vielleicht in wenig Tagen ein Angriff erfolgen werde.

In dieser Voraussetzung steht es in meiner Pflicht, Euer Hochwohlgeboren auf diejenigen Bedürfnisse aufmerksam zu machen, welche der Armee abgehen und deren Herbeischaffung bei den obwaltenden verwickelten Verhältnissen nicht von mir abhängt.

Die Bewaffnung verdient die allervörderste Beherzigung. Ich kann Euer Hochwohlgeboren nicht vorenthalten, dass dieselbe mit Ausnahme jener Kontingente, in welchen die Regierungen die Mannschaft bewaffnen, im Allgemeinen nicht gut ist und zwar vielmals so beschaffen, dass gewöhnliche Reparatur nicht hinreicht. Ueber die Folgen der schlechten Bewaffnung wäre es überflüssig, Euer Excellenz aufmerksam machen. Es müssen desshalb schleunige und durchdringende Massregeln ergriffen werden, wozu ich folgende Vorschläge zu machen die Ehre habe:

1) Sollten unverzüglich Anstalten getroffen werden, um nach der in der Konvention zugesicherten Vergünstigung im Auslande Waffen anzukaufen.

2) Kann ich nicht umhin, mein inniges Bedauern zu äussern, dass mehrere Bataillone, sowohl aus den Kantonskontingenten als besonders auch noch der grösste Theil unserer Kerntruppen der aus Frankreich heimgekehrten Schweizer, unbewaffnet sind, während noch in andern Kantonalzeughäusern Gewehre vorhanden sind, die in diesem entscheidenden Augenblick unbenutzt liegen. Ich überlasse es Euerer Excellenz, über diesen höchst wichtigen Gegenstand dasjenige einzuleiten, was Hochdieselben dem Bedürfniss des Vaterlandes angemessen und nach den bestehenden Verhältnissen für möglich halten werden.

3) Endlich sollten alle alten Waffen, welche in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht brauchbar sind, aus allen Gegenden der Schweiz, theils freiwillig, theils gegen Bezahlung von Seite der Eidgenossenschaft in ein Depot zusammengebracht werden, woselbst, unter der Aufsicht einiger sachverständiger Offiziere, eine bedeutende Anzahl von Büchsenschmieden, Schlossern und Eisenarbeitern versammelt würde, um aus dieser Masse von alten Gewehren, durch Zusammensetzung der brauchbaren Theile, so geschwind als möglich brauchbarere Gewehre zu machen.

Dieses alles leidet durchaus keinen Verzug und kann nur von Seite der H. Bundesbehörde eingeleitet werden.

Ein zweiter sehr wichtiger Gegenstand betrifft die Lagergeräthschaften. Unser ganzes Militärreglement ist auf das Kantonirungssystem berechnet, wo die Mannschaft derselben nicht bedarf; sie ist desshalb davon entblösst, und dermalen Offiziere und Soldaten ausser Stand, in's Feld zu rücken oder auch nur mehrere Tage hintereinander in konzentrirten Stellungen, den Dörfern entfernt, auszuhalten. Ich habe desshalb die Veranstaltung getroffen, durch die Verwendnng des Herrn Oberkriegskommissarius die Soldaten mit dem Allernothwendigsten, nämlich mit Kochkesseln und Waschkesseln, so schleunig als möglich, sei es theils durch Beihülfe der damit versehenen Kantone, theils durch Fabrikation versehen zu lassen. Den Offizieren werde ich durch einen Armeebefehl die Weisung zugehen lassen, sich mit dem nothwendigsten Feldgeräthe zu versehen, und überlasse es der väterlichen Obsorge der H. Tagsatzung zu bestimmen, welche Entschädigung seiner Zeit und nachher denselben dafür ausgerichtet werden könne, welche ihnen billig gehört und die in allen Diensten, selbst da, wo der Militärstand ein bleibender Beruf ist, zum Ausrücken in's Feld ertheilt wird.

. . . . . . . . . . . . . . .

Ich gewärtige von Euerer Excellenz die weitern Anzeigen für meine Verhältnisse sowohl gegen die benachbarten Truppenkorps, als gegen den Herrn Generalmajor von Steigentesch, und wünschte auch sehr, eine allgemeine Instruktion zu erhalten, welche den besondern Befehlen an die Divisionskommandanten, in Hinsicht ihres Benehmens gegen die fremden Truppenanführer, sowohl der Alliirten als der Franzosen, zum Grund gelegt werden sollte.

Ich erneuere Euerer Excellenz die Versicherung meiner erfurchtsvollen Hochachtung.

Der General der eidgenössischen Truppen:

(Absch. III, p. 349) Bachmann. »

Ja, nicht einmal über die eigenen Truppen hatte der General seit der Konvention vom 20. Mai die unbedingte Verfügung mehr, sondern der österreichische Militärbevollmächtigte hielt sich für berechtigt, ihm Vorschriften zu machen, und, was noch schlimmer ist, die kantonalen Regierungen selber fingen an, sich, statt an ihre eigene Oberbehörde, an denselben, als an die eigentliche Macht im Lande, zu wenden. Den denkwürdigsten Beleg hiefür bilden folgende Aktenstücke:

«An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Excellenz!

Ich übersende Euerer Excellenz die Abschrift eines Briefes, den ich heute von Herrn General von Steigentesch erhalten habe. Ich kann nicht umhin, sowohl über die Veranlassung des Briefes als auch über den Brief selbst mein Befremden zu äussern, und überlasse es Euerer Excellenz zutrauensvoll, den angemessenen Gebrauch zu machen, indem ich sehr zweifle, dass Hochdieselben in Kenntniss gesetzt worden seien, dass die Deputation von Genf sich in dieser Sache an den Herrn General von Steigentesch gewendet habe.

Euerer Excellenz zeige ich bei diesem Anlass vertraulich an, dass bereits die Brigade Hogguer auf dem Marsch ist, um die Brigade Guiguer abzulösen, und dass alle waadtländischen Truppen sowohl aus der Waadt als aus Genf weggezogen und durch Kontingente aus andern Kantonen ersetzt werden. Der Oberst Guiguer tritt unter das Kommando des Herrn Obersten Füessly, der an ihm einen fähigen Offizier gewinnt. Herr Guiguer hat sich auf eine verdienstliche Art dazu verstanden, unter das Kommando eines an Jahren ältern, aber im Rang weit jüngern eidgenössischen Obersten zu treten, um bei seinen Truppen verbleiben zu können, von denen er selbst die gefährliche Stimmung nicht misskennt.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung.

Der General der eidgenössischen Truppen:
Bachmann.»

«Schreiben des Herrn Generalmajors von Steigentesch an Seine Excellenz den die Truppen der schweizerischen Eidgenossenschaft en chef kommandirenden Herrn General von Bachmann.

Zürich, den 27. Mai 1815.

Die Herren Deputirten von Genf, durch den Anwachs der französischen Streitkräfte für das Schicksal dieser Stadt in Unruhe gesetzt, haben mich ersucht, bei Euer Excellenz um die Entfernung des daselbst in Garnison liegenden Bataillons Waadtländer, auf deren Treue man, ihrem Vorgeben nach, nicht rechnen darf, und die sie durch andere Truppen ersetzt zu sehen wünschen, in ihrem Namen anzuhalten. Indem ich die Ehre habe, Euer Excellenz hievon in Kenntniss zu setzen, glaube ich dieses Anliegen um so mehr unterstützen zu können, da für die Sicherheit von Basel hinlänglich gesorgt ist, und nur die feindliche Besetzung der Stadt Genf (woran ich doch nicht glaube) für die Operationen der Verbündeten von sehr nachtheiligen Folgen sein könnte.

Ich ersuche daher Euer Excellenz, dieses Bataillon Waadtländer, wenn es möglich ist, ohne Aufsehen zu erregen, von Genf zu entfernen und, um alle Unruhe und Aengstlichkeit der Einwohner zu heben, zwei Bataillone anderer Truppen dahin zu verlegen.

Die Bereitwilligkeit, mit der Euer Excellenz Alles, was zum Vortheil der guten Sache dienen konnte, stets aufnahmen, lässt mich hoffen, dass Hochdieselben keinen Anstand nehmen werden, diese Bitte, deren Gegenstand das allgemeine Beste abzweckt, vollziehen zu lassen, und ich ergreife diese Gelegen-

heit, Euerer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Euerer Excellenz unterthänigster Diener

(A. III, 351 u. 352.) (Gezeichnet) Steigentesch.»

Was eine Macht ist, das macht sich eben unwiderstehlich geltend und für nichts haben die Menschen ein so feines Gefühl als für einen Uebergang der Macht.

Seit der Militärkonvention vom 20. Mai waren die Alliirten neuerdings die Herren im Land, und wäre der grosse Krieg nicht so rasch auf einem ganz andern Schauplatze beendigt worden, so würden wir vielleicht auf das Jahr 1815 mit noch grösserer Abneigung als auf die letzten Tage von 1813 zurückblicken, und diese Konvention von Zürich würde der Kapitulation von Basel an verderblichen Folgen gleichzustellen sein.[1])

[1]) Die Konvention war auch in der That nur die unausweichliche Folge der im Jahre 1813 bewiesenen Schwäche, für welche die Staatsmänner jenes Jahres verantwortlich sind. Eine damalige (in Folge der Zusagen des Kaisers von Russland weit leichtere) Grenzvertheidigung würde nebst vielem Andern auch die Forderung eines solchen Vertrages im Jahr 1815 verhütet haben, der in Wahrheit nur die naturgemässe Fortsetzung der damals begründeten Abhängigskeitsverhältnisse war. In der Tradition, in der bloss das Reelle haftet, stehen daher auch die beiden Durchzüge der Alliirten von 1813/1814 und 1815 auf völlig gleicher Linie, als zwei warnende Beispiele für alle Zukunft.

Bei Frankreich blieb ein tiefes Gefühl der Verstimmung zurück, welchem der Gesandte Talleyrand am 3. September 1817 in folgender Weise (in einer Note über die von der Schweiz damals dringend gewünschten Handelserleichterungen) deutlichen Ausdruck gab: « On se plaint, quelquefois même avec un peu d'aigreur, que les relations de commerce avec la France ne sont plus ce qu'elles étaient autrefois. Ne serait-il pas juste, Monsieur le président, de mettre dans la balance, qu'à ces époques heureuses, que les Suisses et tous les bons Français regrettent, la Suisse était l'alliée de la France et que c'était à cette alliance qu'elle était redevable de tous les avantages qu'elle réclame aujourd'hui.»

## II. Der Kriegszug nach Hochburgund.

Der Krieg gegen Napoleon selber, der allein ihn mit Ernst führte, begann zum Glücke für die Schweiz gegen Mitte Juni in Belgien[1]) und endete über-

[1]) Napoleon reiste am 11. Juni zur Armee ab. In den Memoiren von Carnot (Mémoires sur Carnot), damals Minister des Innern, welche von seinem kürzlich verstorbenen Sohn, wesentlich nach Aufzeichnungen seines Vaters, herausgegeben worden sind und nach unserem Dafürhalten die beste Beurtheilung Napoleons in dieser letzten Periode seines öffentlichen Lebens enthalten, findet sich ein sehr interessantes Gespräch zwischen diesen Beiden vom 11. Juni, welches zeigt, dass ein Erfolg Napoleons bei längerem Zuwarten möglich gewesen wäre und der ganze Feldzug ein ungeheurer Fehler war (Bd. II, 500). Napoleon selbst theilte die Ansichten seines berühmten Ministers, erklärte ihm aber wörtlich: « Vous avez raison en principe, mais ma politique veut un coup d'éclat. » Es war ihm hauptsächlich um einen solchen äussern Erfolg zu thun, welcher ihm die absolute Macht im eigenen Lande wieder verschaffen sollte, ohne die er nicht regieren wollte und konnte. Ein grosser Sieg würde ihm freie Hand gegen seine Kammern verschafft haben. Es war dieses stete Bedürfniss nach auffallenden Erfolgen für die innere Politik (das ja seine ganze Geschichte und ebenso diejenige seines Neffen erklärt), welches als Nemesis willkürlichen Regierungen anhaftet und mehr oder weniger das Unglück aller Regenten Frankreichs ist. Es ist sehr bemerkenswerth, wie mit den vernünftigen Plänen Carnot's auch die jüngst erst publizirten Berichte von Gentz (in « Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen ») zusammenstimmen. Derselbe fasst anfänglich die Vertreibung der Bourbonen aus Frankreich als eine zu acceptirende Thatsache auf und sagt, sie seien « nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit für immer aus dem Lande vertrieben. » Nur England und Preussen seien überhaupt an dem Kriege mitinteressirt, « der ein unbedachtes, unnützes und zielloses Unternehmen » sei (pag. 597 ff.). Nachdem die Schlacht von Waterloo geschlagen war, änderte sich das natürlich vollständig. Napoleon selbst verlor jeden Muth zum Widerstand und seine Gedanken gingen nur noch dahin, abermals eine Rolle, diesmal als « Themistokles in England » zu spielen. Carnot erzählt glaubwürdig, dass

raschend schnell schon am 18. Juni durch die entschei-

er ohne diesen aus dem Plutarch geschöpften Gedanken nach Amerika hätte entkommen können, aber « un rôle le séduit toujours. » Er hat sie denn auch auf St. Helena bis zu Ende gespielt und seinem Geschlechte als Erbtheil hinterlassen. Der alte Republikaner schliesst sein stets massvolles Urtheil über diesen Mann und über sein eigenes Vaterland mit folgenden ernst traurigen Worten ab, die auch heute noch auf manche Erscheinungen daselbst passen: « Cet homme ne comprend pas que le chef d'un grand Etat a d'autres devoirs qu'un aventurier. » .... « *Il faudrait dix ans d'une sagesse constante à la France pour se relever*, et ce n'est pas en France qu'on peut compter sur dix ans de sagesse. »

Einige neuere, interessante, jedoch mit den « Mémoires sur Carnot » bei Weitem nicht zu vergleichende Notizen über diese letzten Tage Napoleons enthalten auch das « Journal intime » von Benjamin Constant, das jüngst noch (1887) in der Revue des deux Mondes veröffentlicht worden ist, sowie die Memoiren Metternichs. Letzterer erzählt in einem Briefe an seine Tochter (II. 525), wie unter den Fenstern des abgedankten Imperators im Elysée (das seither noch andere Abdankungen gesehen hat) jeden Abend eine sogenannte « criée » stattfand. Gassenvolk liess sich von Fremden, die gerne Napoleon sehen wollten, zwölf Sous bezahlen und schrie dann: « Vive l'Empereur », bis derselbe am Fenster erschien, um diese vermeintliche « Liebe des Volkes zu verdanken ». Ein lehrreiches Beispiel für alle Herrscher.

Die Berichte über die Schlacht bei Waterloo finden sich in der « Allg. Ztg. » vom 8. und 12. Juli, wobei auch erzählt wird, dass das Bataillon von Elba bei der Vertheidigung der kaiserlichen Gepäckwagen grossentheils seinen Tod fand. Ebenso wurde das Bataillon Stoffel (aus Schweizern bestehend, die, statt heimzukehren, bei Napoleon Dienst genommen hatten (vgl. letztjähriges Jahrbuch, pag. 401) vernichtet. Frau Oberst Engel, deren Schicksale wir im letzten Jahrbuche erzählten, verlor in der Schlacht, die sie in Uniform mitmachte, ihren Mann und zwei Söhne, von denen der jüngere bloss 10 Jahre alt war und blieb selbst schwer verwundet auf dem Schlachtfelde liegen.

Die klassische, das Wesentliche vortrefflich zusammenfassende Beschreibung der Schlacht von Gentz (Bericht an Caradja vom 1. Juli 1815, pag. 646) lautet wie folgt:

dende Niederlage von Waterloo, welcher die zweite Ab-

« Das Centrum Lord Wellington's war der Meierhof von St. Jean, wo die Strassen von Nivelles und Genappe einander kreuzen. Napoleon griff ihn dort am 18. Mittags an. Auf beiden Seiten wurde Alles aufgeboten, was das Talent der Feldherrn und die Tapferkeit der Truppen leisten konnte. Siebenmal wurde die Stellung erstürmt und siebenmal wieder zurückgewonnen. Als Napoleon um 4½ Uhr Nachmittags in dichtem Rauche, welcher die Engländer hinderte zu sehen, was zwanzig Schritte von ihnen vorging, den Hauptheil der französischen Infanterie vorrücken liess, betrachteten die unerschrockensten Männer die Sache als verloren. Lord Wellington hatte ungeheure Verluste erlitten; er sah an seiner Seite den Prinzen von Oranien, alle seine Adjutanten (von denen zwei getödtet wurden) und einige seiner besten Freunde stürzen; er hatte keine Hoffnung mehr, von Blücher unterstützt zu werden; alle Hülfsmittel der Kunst waren erschöpft und er rettete sich nur durch die Grösse seines Charakters. Hätte, sagt ein Augenzeuge, eine einzige Bewegung seines Pferdes, irgend eine Geberde eine Rückzugsabsicht angedeutet, so war Alles verloren. Seine heroische Haltung verleugnete sich jedoch keinen Augenblick; auf eine einzige Truppenlinie beschränkt, schlug er die rasenden Anstrengungen des Feindes fortwährend zurück. Endlich um 5½ Uhr liess sich der erste preussische Kanonenschuss hören. Blücher, der sich diessmal genau an die Bestimmungen Lord Wellington's hielt, hatte drei seiner Korps von Wavre über St. Lambert und Aymiers gegen die rechte Flanke der französischen Armee vorrücken lassen. Das Genie Napoleons, welches sich dem Augenblicke näherte, wo es untergehen sollte, erstrahlte jetzt noch einmal in seinem vollen Glanze. Indem er gleichzeitig dieser Diversion und Lord Wellington, der sie meisterhaft benützte, die Stirne bot, schlug er, ohne in seinem Angriffe gegen die Stellung des Letzteren nachzulassen, die zwei ersten preussischen Korps nacheinander zurück und warf sie über den Haufen. Als jedoch um 7 Uhr Abends das dritte auf dem äussersten Ende seines rechten Flügels und in seinem Rücken erschien, brach über seine Truppen — denn er selbst hatte seine Sache noch nicht aufgegeben — die auf's Höchste erschöpft und wie von einem panischen Schrecken ergriffen waren, nachdem sie bis jetzt selbst ihre Feinde durch Wunder der Tapferkeit in Erstaunen gesetzt, plötzlich das Gefühl ihrer Niederlage herein. In wenigen Minuten war die Unordnung grenzenlos und unabwendbar;

dankung des Kaisers und die zweite Restauration der Bourbonen auf dem Fusse folgten.[1])

die Kolonnen warfen sich eine über die andere, die Reiterei ergriff pelotonweise die Flucht, selbst die alte Garde warf die Gewehre weg und suchte ihr Heil nur im Laufen. Von den Kanonen, von den Trainwagen, selbst von der Equipage des Kaisers wurden die Pferde abgespannt, jeder trachtete nur, sich so rasch als möglich in Sicherheit zu bringen, und es war keine Möglichkeit mehr, nur eine Kompagnie beisammen zu behalten. Die Artillerie, der Train, die Equipagen der Generale und Napoleon's selbst, Alles fiel den Siegern in die Hände; nicht ein Geschütz wurde gerettet. Um 9 Uhr Abends trafen der Herzog von Wellington und Feldmarschall Blücher in einem Landhause zusammen, das durch ein merkwürdiges Zusammentreffen den Namen Belle-Alliance trägt, von einer Zusammenkunft, welche einst Prinz Eugen und der Herzog von Marlborough ebendaselbst hatten und der Sieg war so vollständig, die französische Armee so gänzlich aufgerieben, dass Wellington sich noch in der Nacht nach Brüssel begab, überzeugt, dass für den Augenblick nichts weiter zu machen sei.»

[1]) Wie ungewiss anfänglich die Restauration der Bourbonen war, die eigentlich nur von England und Preussen gewollt wurde, ergibt sich am Besten wiederum aus der Erzählung von Carnot (II. 515 ff.). In der ganzen Regierungskommission von 5 Mitgliedern, welche nach der Abdankung Napoleons die Staatsleitung übernahm und der Carnot selbst angehörte, wollte sie Fouché allein, dem unglücklicherweise durch eine thörichte Höflichkeit das Präsidium zufiel. Auch Fouché unterhandelte nach den Memoiren Metternichs (I, 212) zuerst mit Oesterreich über die Proklamirung Napoleons II. Ein Hofsekretär, von Ottenfels, begab sich zu diesem Zwecke unter dem Namen Henri Werner nach Basel, wo eine Zusammenkunft im Hotel zu den drei Königen stattfand. Man hat aus den Memoiren Carnot's den Eindruck, dass er selbst sich damals zum Diktator hätte aufschwingen können, wenn er eben nicht Carnot, sondern eine Art von « Boulanger » gewesen wäre. Napoleon machte unmittelbar nach seiner Abdankung (wie einst der Diktator Sylla in Rom) im Garten des Elysée-Palastes einen sehr langen Spaziergang, von Kardinal Fesch und General Bertrand begleitet. (Gentz an Caradja, 656.) In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni reiste er von Paris ab, zuerst nach Malmaison, dann über Orleans nach Rochefort, begleitet von Bertrand und Savary,

Die Spannung in der Eidgenossenschaft und der Widerstreit der verschiedenen Sympathien war in diesen entscheidenden Tagen, namentlich noch in Folge der französischen Nachrichten über die angebliche «Vernichtung» der preussischen Armee bei Ligny auf's Höchste gestiegen, bis am 25. Juni eine Botschaft, welche General Lecourbe [1]) aus Belfort an den

---

während gleichzeitig Ludwig XVIII. in Cambrai einzog und eine Talleyrand'sche Proklamation erliess, die liberale Reformen versprach. Napoleon begab sich in Rochefort auf ein englisches Kriegsschiff. Der General Becker, der ihn eskortirte, erzählte nach seiner Rückkehr, er habe ihn am Bord des Bellerophon «mit wunderbarem Appetit und tiefster Gemüthsruhe essen gesehen». Am 2. August wurde er in Folge Beschlusses der Alliirten nach der Insel St. Helena deportirt, wo er am 12. Oktober anlangte und noch 6 Jahre lang als Staatsgefangener lebte. Der Wechsel aller irdischen Dinge, vornehmlich aber die Unfähigkeit der Bourbonen und die unbegreifliche Thorheit der orleanistischen Regierung, die «seine Asche» nach Frankreich zurückholen liess, hat dann seinem Adoptivvaterlande eine nochmalige Serie von Abenteuern und Niederlagen verschafft.

[1]) Dieser in der schweizerischen Geschichte des Jahres 1799 sehr bekannte Mann (ein Franc-Comtois aus Lons-le-Saulnier) gehörte in der Folgezeit zu den republikanisch gesinnten Generalen der Rheinarmee, die sich in einem bestimmten Gegensatz zu der italienischen Armee unter Bonaparte's Führung befanden. Während der ganzen Periode des Kaiserreichs lebte er zurückgezogen im französischen Jura und erbot sich erst im Jahre 1815 (wie Carnot) freiwillig zum Dienst gegen die zweite Invasion. Er bekam zuerst den Oberbefehl über das Armeekorps, welches später von Grouchy geführt wurde und dessen Ausbleiben nach der Version Napoleon's den Verlust der Schlacht von Waterloo verschuldete. Auch die Memoiren Carnot's meinen, es würde dasselbe vielleicht unter Lecourbe's Führung eine entscheidende Rolle gespielt haben (II, 420). Statt dessen erhielt er das Kommando in Belfort und kam dadurch zum zweiten Male mit der Schweiz in nähere Beziehung. Von der Restaurationsregierung war er zum Grafen und Generalinspektor der Infanterie ernannt worden, starb jedoch schon im Oktober 1815 in seinem 55ten Lebensjahre in seinem Geburtsorte.

Obersten d'Affry in Basel absandte, eine friedliche Aufhebung des Kriegszustandes gegen Frankreich zu versprechen schien. [1])

---

wo er jetzt ein Denkmal besitzt. Der Kommandant von Hüningen hatte die Siegesnachricht von Ligny am 22. Juni durch einen Trompeter nach Basel gesandt. Man schickte ihm als Antwort das Bulletin über Waterloo und liess in Basel 100 Freudenschüsse abfeuern. (Allg. Ztg. v. 28. Juni.) v. Wyss erzählt bezeichnend, dass der Tagsatzungspräsident die Nachricht von Waterloo seiner Familie mit den Worten ankündigte: « Wir sind gerettet! » (v. Wyss, II, 245.)

[1]) Die Depesche lautete:

« Au Quartier général à        le 25 Juin 1815.

*Le Général en chef Lecourbe, commandant le corps d'observation du Jura, à Monsieur le Général, commandant les troupes de la Diète helvétique à Bâle.*

Monsieur le Général!

J'ai l'honneur de vous prévenir que l'Empereur Napoléon a abdiqué le souverain pouvoir. Des commissaires nommés par les Chambres se rendent auprès des Puissances alliées pour rendre la paix au monde. Je vous invite à convenir entre nous qu'il ne sera commis aucun acte hostile jusqu'à ce qu'il ait été pris une décision par les Puissances et nos commissaires.

Veuillez donner connaissance, Monsieur le Général, de cette communication à Messieurs les Généraux, commandant dans vos environs et à Monsieur le Président de la Diète.

J'ai l'honneur de vous saluer avec une parfaite considération.

(Signé) *Lecourbe* »

(Absch. III, 377.)

Die gleiche Nachricht liess der französische Kommandant von Pontarlier, Generallieutenant Laplane, dem Obersten Gady zukommen, mit dem Beifügen, dass Napoleon II. den Thron bestiegen habe und der schweizerische Kommandant ersucht werde, mit den Feindseligkeiten nicht zu beginnen, bis der Erfolg der Friedensunterhandlungen Frankreichs mit den Alliirten bekannt sei. « Man sah daraus » (sagt das Protokoll III, 381) « deutlich, dass die Franzosen die Schweizer als Freunde betrachten. »

In diesem Augenblick, als schon Alles sich ohne Krieg für die Schweiz zu erledigen schien, trat ein noch nicht völlig aufgeklärtes Ereigniss ein. Drei Tage nach diesem Bericht von Lecourbe, am 28. Juni Abends 7 Uhr, liess plötzlich der Kommandant von Hüningen, General Barbanègre, Basel mit Bomben beschiessen, welche übrigens keinen grossen Schaden anrichteten. Der Oberst d'Affry erwiederte diese Beschiessung, die ungefähr eine Stunde dauerte, nicht (nicht bloss aus Klugheit, wie nachmals von ihm gerühmt wurde, sondern auch aus Mangel an schwerem Geschütz), verlangte jedoch, in Gemeinschaft mit Erzherzog Johann von Oesterreich, der sich zur Zeit in Basel befand, mittelst eines Parlamentärs Aufklärung und Einstellung des Feuers, welche auch einstweilen erfolgte. General Bachmann erliess jedoch nun am Tage darauf aus seinem Hauptquartier Bern einen völlig kriegerischen Armeebefehl an seine Truppen, folgenden Inhalts:

« Armeebefehl.

Die Schweiz, ihren alten Grundsätzen getreu, hatte sich zur Vertheidigung ihrer Gränzen erklärt, ein Vertrag mit den zur Wiederherstellung der Ruhe in Europa bewaffneten Mächten heiligte diese Erklärung; kein feindlicher Schritt von Seite der Schweiz hatte auf die vielfachen Beleidigungen der Franzosen geantwortet; sie verhängten ohne vorhergehende Anzeige eine Sperre gegen die Schweiz und rüsteten sich zum Angriff. Indessen wurde der schönste Kern ihrer Armee unter Napoleon Buonaparte in den Ebenen von Flandern durch Wellington und Blücher auf's Haupt geschlagen. Als Buonaparte die Nachricht seiner Niederlage nach Paris gebracht hatte, als man sah, dass keine Wahrscheinlichkeit mehr sei, die Fackel des Krieges über ganz Europa zn schwingen, sondern dass die Rächer des Meineids und des gestörten Friedens unaufhaltsam fortschreiten würden,

da gedachten diese Urheber des Unglücks, seine Folgen durch einen Federstrich abzuleiten. Buonaparte entsagte abermals dem Throne, nachdem er schon vor fünfzehn Monaten förmlich für sich und seine Nachkömmlinge den Zepter abgegeben hatte, den er eisern und blutig so lange über unsern Welttheil schwang. In diesem Augenblick sandten seine Generale auf den rechten Flügel und an das Zentrum unserer Armee Herolde, um Waffenruhe zu verlangen, obwohl noch keine Feindseligkeiten Statt gefunden hatten. Während dieses Ansuchen, mit dem Versprechen, ihrerseits nichts Feindseliges vorzunehmen, an unsere Bundesobrigkeit gelangte, wurde am nämlichen Tage, den 28. Abends, auf einmal gegen alle Begriffe des Völkerrechts ohne Anlass, die Stadt Basel aus der Feste Hüningen bombardirt, und so auf eine heillose Weise ein sonst mitten im Krieg braven Soldaten heiliges Wort verletzt, der bis jetzt bestandene Friede gebrochen und durch das unsern Bundsgenossen von Basel zugefügte Unheil das Schweizergebiet angegriffen.

Soldaten! rüstet euch, die Urheber des Unrechtes zu strafen; wir müssen dafür sorgen, dass kein anderer Theil unserer Grenzen von einem treulosen Feinde könne heimgesucht werden. Gedenket des Einfalls von 1798! Die Abscheulichkeit der Beschiessung einer Stadt ohne Belagerung, ohne Anzeige, ohne Veranlassung, ist eine Wiederholung der nämlichen Treulosigkeit. Wir müssen einen solchen Feind ausser Stand setzen, uns zu schaden. Darum, Kameraden! rüstet Euch zum Streit für Recht und Ehre, für Freiheit und Vaterland. Gott segnet den starken Bund, zu dem wir gehören, und den uns die heiligste Pflicht gebeut.

Gegeben in unserm Hauptquartier, Bern, den 29. Brachmonat 1815.

(Absch. III, 382.) Bachmann.»

Die Tagsatzung desavouirte zwar dieses kriegerische Gebahren, das mit der eingetretenen politischen Situa-

tion im Widerspruche stand und einer Art verspäteter Revanche für 1798 ähnlich sah, mit folgendem einstimmigen Beschluss, der sofort dem General mitgetheilt wurde:

« Die Tagsatzung billiget alle von Seiner Excellenz dem Herrn General im Sinn des Beschlusses vom 19. Brachmonat 1815 zu besserer Vertheidigung des Schweizergebietes und zur Sicherstellung der eidgenössischen Truppen getroffenen Verfügungen. Sie kann indessen dabei die Ueberzeugung nicht unterdrücken, dass der Armeebefehl vom 29. Brachmonat weder den gegenwärtigen Umständen, noch den ausgesprochenen Grundsätzen der Eidgenossenschaft ganz angemessen gewesen sei. Sie vernimmt auch mit Besorgnissen die anbefohlene schleunige Konzentration der eidgenössischen Armee, weil diese Massregel, über deren Zweck nähere Aufschlüsse erwartet werden, einerseits durch den Anschein einer Veränderung in dem Militärsystem der Schweiz bedenkliche Zumuthungen veranlassen dürfte, anderseits wegen der Schwierigkeit des Unterhalts einer so beträchtlichen konzentrirten Truppenzahl schon dermalen nicht ohne nachtheilige Folgen ist.

Bei diesem Anlass wiederholt die Tagsatzung dem Generalkommando die bestimmte Erklärung, dass das System der Eidgenossenschaft in der Vertheidigung bestehe, welche ehrenvoll, nicht ängstlich an die Grenzlinie gebunden sei, die aber dennoch in ihrem Prinzip unverändert bleibe, nicht in thätliche Theilnahme an dem offensiven Krieg ausarte, und nur dannzumal aggressiv werden dürfe, wenn dadurch ein wirklicher feindlicher Angriff vereitelt oder abgeschlagen werden kann. Die Tagsatzung erwartet, dass der eidgenössische Herr General dieses System, welches einzig auf die Verhältnisse der Schweiz passt, auch allein nach der Beschaffenheit ihrer Streitkräfte mit Ehren geführt und behauptet werden kann, unter keinen Umständen aus den

Augen setzen werde. Dasselbe beruhet auf dem bestimmten Willen der Kantone, ist in der Konvention vom 20. Mai als die wesentliche Grundlage der politischen Verhältnisse der Schweiz gegen die verbündeten Mächte anerkannt, und es liegt nicht einmal in den Befugnissen der Tagsatzung, ohne neue Instruktionen und Vollmachten der Stände davon abzugehen; daher jeder Schritt, wodurch die Eidgenossenschaft in ein anderes Kriegssystem hingezogen würde, für die Bundesbehörde und das Generalkommando mit grosser Verantwortlichkeit gegen das Vaterland verbunden wäre.

Die Tagsatzung ladet den Herrn eidgenössischen Obergeneral ein, diesen Ansichten auch bei der Armee Eingang zu verschaffen, damit das Ehrgefühl, welches das Schweizermilitär beseelt, in Uebereinstimmung mit der Lage und dem Interesse des Vaterlandes verbleibe, keine falsche Richtung erhalte und seine vorzüglichste Befriedigung darin finde, dass die Eidgenossenschaft in ihrer Stellung und bei ihren Beschlüssen konsequent verbleiben könne.

Endlich erwartet die Tagsatzung von Seiner Exzellenz dem Herrn Obergeneral bestimmtern Bericht über die bewerkstelligte Konzentration der Truppen und die dabei obgewaltete Absicht.» (Absch. III, 383.)

Am gleichen Tage aber schon sandte der Oberstquartiermeister Finsler, der die Grenzkantonnemente bereist hatte, folgenden Bericht ein:

« Bei meiner letzten Bereisung der Kantonemente fand ich den Geist der Armee, ich kann nicht sagen, allgemein, aber zum grossen Theil wesentlich und auffallend geändert. Die Personen, welche man noch im Laufe der vorigen Woche häufig bei den Bataillonen sah, um die Neutralität, den Frieden mit Frankreich und die Freundschaft mit dessen Beherrscher anzupreisen, sind grösstentheils verschwunden und haben dem unmittelbaren Einfluss der Offiziere den freien Spielraum geöffnet.

Bei dem gesammten Stabspersonale der ersten, zweiten und dritten Division und des grössern Theils der Brigaden herrscht die ganz entschiedene und laut gewordene Stimmung, mit den Alliirten vorzurücken; bei mehreren Bataillonen war dieses schon lange laute Sprache, bei andern leiser Wunsch, und die, welche vielleicht jetzt noch anderer Meinung sind, werden hingerissen, in den gleichen Ton einzustimmen, und es scheint mir bereits zu einer Art Ehrensache geworden zu sein, sich für das Vorgehen zu erklären.

Von den Offizieren wird nun diese Stimmung auf die Soldaten übertragen; die Siege der Alliirten in Flandern und die Schwäche und Anarchie in Frankreich sind vorzüglich bei der Division Gady mit demjenigen Pompe gefeiert und mit derjenigen Lebhaftigkeit geschildert worden, welche auch auf Milizen, sobald sie sich als Soldaten und ächte Militärs fühlen, einen tiefen Eindruck macht.

Diese Division, beinahe ohne einige Ausnahme ist kriegerisch gestimmt, und auch bei der zweiten, und zum Theil, aber vielleicht am wenigsten, bei der dritten Division, wird der gemeine Mann durch die ihm dargebotene Aussicht auf leichten Sieg und auf Beute zu dem Gelüst vorzurücken gebracht; und wenn man weiss, wie leicht es ist, den Soldaten durch Aussicht auf gefahrlose Beute zu gewinnen, so würde ich mich gar nicht wundern, wenn vielleicht gerade diejenigen Bataillone, die im ernsthaften Kampfe am wenigsten leisten würden, nun die ersten wären, welche über die Grenze gehen möchten.

So weit gehen die Beobachtungen, die ich persönlich zu machen Gelegenheit hatte; aber nebendem kommt seit einigen Tagen beinahe kein Brief eines Divisionskommandos und keine Meldung an den Herrn eidgenössischen General, ohne dass nicht in verschiedenen Formen und Wendungen die Sehnsucht nach einem Befehl zum Ausrücken auf das Lebhafteste ausgedrückt wäre.» (Absch. III, 384.)

Unter dieser Stimmung traten nun noch unglücklicher Weise auf der ganzen Postenlinie Verletzungen der Grenze von Seite französischer Freikorps ein. Namentlich waren Bure und Boncourt im Pruntrutischen geplündert und war auch anderwärts geraubt worden, was nun offenbar etwas stark in den Vordergrund gerückt wurde. Der Hauptbericht Finslers darüber lautet wie folgt:

« Am 20. Juni in der Nacht überfielen 30 Kavalleristen den Ort Bavelier, wo sie von dem dortigen Müller 60 Louis-d'or erpressten. Das genferische Gebiet wurde wiederholt verletzt; die Franzosen feuerten auf schweizerische Patrouillen, sogar auf arbeitende Landleute; sie führten sardinische Kriegsgefangene über einen Theil desselben; auch von Versoix ward auf schweizerische Schiffe gefeuert. Noch neulich, am 28. Brachmonat, stiess die zu Beschirmung der Arvebrücke ausgerückte Patrouille auf schweizerischem Gebiet auf Franzosen, welche mit Kanonenschüssen weggetrieben werden mussten. In Ste. Croix wurde den 29. eine schweizerische Patrouille von den Franzosen angegriffen; diese verloren zwei Mann, ohne den eidgenössischen Truppen einigen Schaden zu thun. An den Grenzen von Pruntrut äussert sich die Feindseligkeit der Franzosen auf eine besonders schändliche Art: ohne Anlass, ohne einige Beleidigung überfallen sie die friedlichen, wehrlosen Dörfer, plünderten und verwüsteten sie, wie Büre, Boncourt und noch kürzlich Chevenez, da es unmöglich ist, starke Truppenmassen zu Beschirmung jedes Hauses aufzustellen. Durch solche schändliche Anfälle werden die eidgenössischen Truppen täglich mehr gereizt und auf's Aeusserste gebracht. Der Herr Obergeneral schliesst mit der Erklärung: seine Pflicht, die Ehre, das Interesse der Schweiz, die Sicherheit der Grenzen, die Verpflichtung, friedliche Angehörige zu schützen, alles fordere ihn auf, mit schnellen, kräftigen und durchgreifenden Mass-

nahmen einzuschreiten, deren fernerer Aufschub ihn den gerechten Vorwürfen seiner Obern und seiner Mitbürger blossstellen und die militärische Erfahrung keineswegs bewähren würde, welche die Tagsatzung bewegen konnte, ihm die Leitung der Landesvertheidigung und die Sorge zu übertragen, die Achtung für die schweizerischen Fahnen und Grenzen zu behaupten. »[1]) (Absch. III, 387.)

---

[1]) Während man also hier einrücken wollte, wurde an einem andern sehr wichtigen Orte vielleicht nicht rasch genug gehandelt. Der dritte Bericht Finslers vom 1. Juli sagt:

« Der Herr General theilt dem Herrn Tagsatzungspräsidenten ein Schreiben des Herrn Generalmajors von Steigentesch mit, worin er ihn ersucht, « das Pays de Gex, das zu den natürlichen Grenzen der Schweiz gehört, durch einen Theil der eidgenössischen Truppen besetzen zu lassen. Das Schicksal Frankreichs sei in militärischer Hinsicht so gut als entschieden; die grosse Rechnung der Entschädigungen werde bald gemacht werden. Es wäre überflüssig zu sagen, wie genau die Besitzung dieses Landes mit diesem Augenblicke, der bald erscheinen werde, verbunden sein könne. Hierauf habe der eidgenössische General nichts anders antworten können, als dass die Landschaft Gex bereits am 28. Brachmonat durch 8000 Oesterreicher besetzt worden sei. »

Diese Aufforderung von Steigentesch findet sich auch in der ungedruckten « Korrespondenz des Generals » im eidgen. Archiv. pag. 121 ff. Andere Privatberichte von Oberstlieutenant Bleuler und Oberstlieutenant Bürkli aus dieser kritischen Zeit und einen Privatbrief von Canning an Wyss enthält v. Wyss, II, 245 ff. Die Tagsatzung spielte bei dieser ganzen ungenügend motivirten Aktion eine Nebenrolle. Zuerst wollte sie streng « das Defensivsystem der Eidgenossenschaft » beobachtet wissen, dann schien sie einen Uebergang zu dem Okkupationssystem aus Gründen offenbarer militärischer Nothwendigkeit, d. h. lediglich zum Schutz schweizerischer Ortschaften oder behufs Sicherung der Verbindungen der eigenen Armee, für zulässig anzusehen, zuletzt, nachdem schon Alles vorüber war, genehmigte sie am 7. Juli den Einmarsch, stellte aber doch das Begehren, dass der General bei so wichtigen Schritten noch andere Militärs, « die mit den eidgenössischen Angelegenheiten vertraut seien, » berathe. (Vgl. v. Wyss, II, 248.) Es

Endlich sandten zu alledem noch sonderbarer Weise die Einwohner des Städtchens Jougne an den Generalmajor Castella eine Aufforderung, den Platz zu besetzen, und nun rückte die eidgenössische Armee, im Ganzen ungefähr 22,000 Mann stark, in Frankreich ein, mit folgendem Armeebefehl:

« Die Einfälle der französischen Truppenkorps auf unser Gebiet, die Plünderung mehrerer Grenzdörfer durch dieselben, die wiederholten Unbilden und Angriffe auf unsere Posten haben eine vorgängige Bewegung unserer Truppen nothwendig gemacht, um die bewaffneten Horden aus ihren Schlupfwinkeln zu verjagen und unsere Grenzen sicherzustellen.

Zu gleicher Zeit haben verschiedene französische Grenzbezirke durch Abgeordnete das Ansuchen vorgebracht, es möchten Schweizertruppen dieselben besetzen, um sie vor dem Uebel zu schützen, das die herumirrenden Ueberbleibsel aufgelöster Truppen und die aufgerichteten Freikorps durch zwecklosen Widerstand und durch eigene Verheerung und Misshandlung ihnen drohen.

Die Schweizertruppen sind daher in das französische Gebiet eingerückt; sie haben die schöne Bestimmung, auf fremdem Boden ihr eigenes Land zu vertheidigen, und friedliche Bewohner, mit denen sie in althergebrachten freundlichen Verhältnissen stehen, zu schützen.

Die Schweizertruppen werden sich in Frankreich als Freunde der Einwohner betragen. Jede Misshandlung, jede

---

ist natürlich, dass eine parlamentarische Versammlung niemals militärische Aktionen leiten kann, um so wichtiger ist die richtige Auswahl des Generals, bei dem man zugleich militärische Fähigkeiten, wie politisches Verständniss und einen allen Versuchungen des Ehrgeizes unzugänglichen Patriotismus voraussetzen muss. Bachmann und Castella besassen keine dieser Eigenschaften in vollkommen genügendem Masse.

Forderung ist streng untersagt. Das Oberkommando durch die betreffenden Behörden einzig sorgt für den Unterhalt der Truppen. Jede Verletzung der Mannszucht wird nach Vorschrift der Kriegsartikel bestraft, welche den Truppen während ihres Aufenthalts auf fremdem Gebiet öfters und wenigstens zweimal wöchentlich sollen abgelesen werden.

Soldaten! ich bin zufrieden mit Euerer Haltung und Euerer Bereitwilligkeit; Ihr habet lobenswerthe Beweise Eueres Eifers gegeben; Ihr waret gehorsam gegen die Stimme Euerer Führer. Fahret fort, Euch durch mannhaften Muth, da wo Gefahr ist, und durch Biedersinn gegen die wehrlosen, Euch als Freunde aufnehmenden Einwohner als des Schweizernamens würdig zu erzeigen.

So werdet Ihr Euere Bestimmung erreichen, dem Vaterland Ehre, Euch selbst die Zuversicht treu geleisteter Pflicht erwerben und die Verbindlichkeit erfüllen, welche Euer Vaterland gegen die Hohen verbündeten Mächte eingegangen ist.

Gegeben im Hauptquartier Bern, den 5. Heumonat 1815.

Der Obergeneral der eidgenössischen Truppen:

Bachmann.»

(Absch. III, pag. 394.)

Der offizielle Bericht über den Einmarsch [1]) und seine nächste Veranlassung lautet:

« Nachdem die Oesterreicher das Val des Rousses eingenommen und die französischen Truppen sich zurückgezogen hatten, schickten die Munizipalitäten von Jougne und den umliegenden Gemeinden Abgeordnete an den Generalmajor von Castella, welcher die Position der Division Gady bereiste,

[1]) Den Einmarsch begann am 4. Juli die Brigade Girard bei Jougne, dann folgte am 5. die Division Gady, zuletzt die 2. Division. Hauptsächlich wurden Pontarlier, St. Hippolyte und Morteau besetzt. Das Fort de Joux blieb aber stets in französischen Händen und wurde nur cernirt.

mit der Anzeige, dass sie die weisse Fahne aufgesteckt hätten, und mit der Bitte, es möchten ihre guten Nachbarn, die Schweizer, ihre Gemeinden besetzen, um sie vor den Misshandlungen und Plünderungen der räuberischen Freikorps zu schützen. Das schriftliche Ansuchen dieser Gemeinden war diesem Bericht beigelegt. Da die Besetzung des Val des Rousses eine Bewegung der eidgenössischen Truppen auf jeden Fall nothwendig machte, so rückten am 4. Heumonat drei Bataillone über die Grenzen nach Jougne. Die Nachricht dieser Bewegung wurde von den Truppen mit lautem Jubel vernommen: der Marsch ging in guter Ordnung vor sich; den Truppen wurde ein gutes Betragen empfohlen, jede Forderung untersagt und zur Pflicht gemacht, die weisse Fahne zu respektiren, allein die Aufsteckung derselben nicht zu fordern. Den 5. und 6. wird die Division Gady nach Pontarlier vorrücken und ihre Stellung an den Ufern des Doubs nehmen, die Brigade Effinger kommt nach Morteau, und so nimmt der linke Flügel der Armee diejenige Stellung ein, welche die Natur ihr anweiset, und deren Nichtbesetzung bisanhin die Verheerungen und Einfälle auf den Grenzen zur Folge hatte. Das innert den nunmehrigen Kantonirungen liegende Fort de Joux, falls es nicht die weisse Fahne aufsteckt und sich öffnet, bleibt observirt. Für den Unterhalt der Truppen wird alle Sorge verwendet werden; die Einwohner werden gern dafür sorgen, da diese Truppen sie vor anderweitigen grossen Lasten schützen. (Absch. III, p. 393.)

Am 3. und 4. Juli hatten gleichzeitig bei Damvant, an der Grenze des Elsgau's, und bei Blamont kleine Aktionen stattgefunden, die einzigen, die überhaupt vorkamen, worüber folgende Berichte vorhanden sind:

« Erster Bericht des Herrn Oberstquartiermeisters Finsler, d. d. 3. Heumonat.

An der Grenze des Elsgau's ist es zu ernsthaften Auftritten gekommen; die Freikorps verstärkten sich durch die

Einwohner der verbrannten Dörfer. Bei dem Dorfe Damvant wurde ein Detachement des Bataillons Füessly mit überlegener Zahl angegriffen, schlug aber, unterstützt von 30 österreichischen Husaren, den Feind bis in's französische Dorf Villars zurück; die Verfolgung dauerte noch einige Zeit fort, aber unbekannt mit der Gegend, zog sich Herr Oberstlieutenant Füessly in seine alte Stellung auf Schweizerboden zurück. Er hatte einige Verwundete. Der Sundgau ist ganz verheert; allenthalben sieht man Feuer aufgehen.»

«Zweiter Bericht von ebendemselben, d. d. 4. Heumonat.

Ueber obiges Gefecht bei Damvant meldet der Herr Oberstquartiermeister nachträglich, dass das eidgenössische Korps aus sechs Kompagnien Zürchertruppen, dreissig Dragonern von der Kompagnie Meyer, dreissig österreichischen Husaren und zwei bernischen Feldstücken bestanden und den Feind bis unter die Kanonen von Blamont zurückgejagt habe, wobei Artilleriehauptmann Tscharner und Lieutenant Fäsi von Zürich sich sehr auszeichneten. Graf von Larochefoucauld hatte von Saignelégier aus mit 150 Emigranten einen Einfall gegen St. Hippolyte unternommen, der aber unglücklich ablief; er wollte sich nun an ein eidgenössisches Korps anschliessen, wurde aber an ein vorrückendes Korps der Alliirten gewiesen.»

«Bericht des Hrn. eidgenössischen Oberstquartiermeisters vom 7. Heumonat.

Derselbe enthält die vorläufige Anzeige von der Uebergabe der Stadt und des Schlosses Blamont an die eidgenössischen Truppen in Folge einer zwischen dem eidgenössischen Obersten und Vorpostenkommandanten von Gatschet und dem Kommandanten des Platzes, Herrn Oberstlieutnant Hautemps, am 3. Heumonat Abends um 7 Uhr abgeschlossenen Kapitulation, nach welcher die Garnison mit allen Kriegs-

ehren auszieht und über Neuenburg und Pontarlier nach Frankreich geführt wird, die Munition, Magazine und Artillerie einem durch den eidgenössischen Kommandanten zu bezeichnenden Offizier übergeben werden sollen u. s. w. Die aus 11 Offizieren und 75 Gemeinen bestehende Garnison sei noch, ehe und bevor die offizielle Anzeige von dieser Einnahme eingegangen sei, in Aarberg eingerückt, aber allsogleich weiter nach Neuenburg geführt worden. — Die aktive eidgenössische Armee hatte eine vorgängige Bewegung gemacht: nur die Reservedivision stand noch innerhalb der Linie des Neuenburger- und Bielersee's. »

« Bericht des Herrn eidgenössischen Obergenerals, d. d. Neuenburg den 7. Heumonat.

Demselben ist oberwähnte Kapitulation des Schlosses Blamont beigefügt. Das eidgenössische Korps bestand aus drei Kompagnien vom Bataillon Füessly und einem Detachement der Artilleriedivision Tscharner unter Kommando des Obersten Gatschet, welcher in der Nacht vom 2. auf den 3. Heumonat vor Blamont rückte und das Schloss unter Androhung der Bestürmung auffordern liess, worauf die Garnison in die Kapitulation einwilligte. Durch die Besitznahme dieses Platzes wird nunmehr den räuberischen Freikorps ein wichtiger Stützpunkt entrissen. Von den vier im Fort befindlichen Zwölfpfünder- und Vierpfünderkanonen sprach General von Scheither die Hälfte an, weil ein Detachement von 30 österreichischen Husaren den Tag zuvor um das Schloss patrouillirt hatte und im Augenblick der Uebergabe wieder eintraf. Herr Oberst Gatschet wird ihnen allenfalls eine Kanone überlassen, da sie doch in weit geringerer Zahl zu dem Vorfall mitwirkten. Die Garnison des Forts wird den 7. in Neuenburg eintreffen und dort Rasttag halten. » (Absch. III, pag. 391, 397).

Die Originalurkunde der Kapitulation von Blamont ist verloren gegangen. Sie war, wie es scheint, im

Besitz des Obersten Gatschet geblieben, dann an Herrn Zeerleder von Steinegg gelangt, der sie auf kurze Zeit dem eidgenössischen Archiv übergeben hatte, nachher aber wieder zurücknahm. Bei seinem Tode wurde das Aktenstück im Nachlasse gesucht, aber nicht gefunden, so dass es jetzt (wenigstens bekanntermassen) nirgends mehr existirt. Eine Kopie im eidgenössischen Archiv lautet wie folgt:

«*Capitulation du fort et place de Blamont.*

Art. 1.

La place de Blamont sera rendue au Commandant des troupes suisses le trois juillet à huit heures du soir.

Art. 2.

Les troupes de la garnison sortiront de la place avec les honneurs de la guerre et leur bagage pour rentrer en France par Neuchâtel et Pontarlier en traversant la Suisse.

Art. 3.

MM. les officiers de toute arme et de tout grade composant la garnison conserveront les armes, bagages et chevaux et rentreront en France par la même route et avec la troupe.

Art. 4.

La troupe ainsi que MM. les officiers recevront sur leur route la nourriture et le logement.

Art. 5.

Les habitans et leurs propriétés seront respectés et protégés par les troupes de la Confédération.

Art. 6.

Il sera fourni aux troupes de la garnison et à MM. les officiers les voitures nécessaires pour leur transport et celui de leurs bagages.

Art. 7.

Toutes les munitions, magasins, artillerie seront remis de suite à l'officier qui sera désigné par M. le commandant des troupes helvétiques.

Fait à Blamont le trois juillet 1815 à sept heures du soir.

(signé) GATSCHET, colonel commandant l'avant-garde de l'armée Suisse.

(signé) HAUTEMPS, chef de Bataillon, Commandant de la place. »

Die Stimmung in der Eidgenossenschaft über diesen unvorhergesehenen Feldzug war eine ausserordentlich getheilte. Er erschien den meisten Mitgliedern der Tagsatzung, vielen Offizieren und einem grossen Theile des Volkes eigenmächtig und zum Mindesten zwecklos,[1]) insofern man nicht geradezu etwa auf eine dauernde Besitznahme eines Theils der Grenzgebiete Bedacht nehmen wollte, wovon wenigstens in offiziellen Kreisen nicht die Rede war.[2]) Manche fanden sogar, dass dieser

---

[1]) Ein sehr drastischer Privatbrief von Oberstlieutenant Bleuler an Wyss (v. Wyss, II, 252) drückt sich über die ganze Sache, wohl mit etwas Uebertreibung, folgendermassen aus: « Es ist in allen diesen Bewegungen, von denen Herr General v. Bachmann wenig weiss, eine gewaltige Dosis von militärischer Charlatanerie. . . . . Und wozu dies alles? Militärisch betrachtet, sehe ich nichts als einen Mann (Castella), der eine Rolle spielen will und der Feinde und Gefahren malt, da er sie in Wirklichkeit nicht findet. » Der nämliche Brief behauptet, dass « unsere Soldaten — die rothen — auf Raub ausgehen und jeder Offizier sich erlaubt, Requisitionen zu machen. »

[2]) Die Beziehungen der Schweiz zu der benachbarten Franche-Comté waren von jeher sehr eigenthümlicher Natur und würden einer neuen historischen Untersuchung würdig sein, um so mehr, als sich in neuester Zeit von französischer Seite Stimmen erhoben haben, welche unzweideutig Deutschland eine Neigung zu diesem Gebiete, wie zu dem angrenzenden Neuenburg, zuschreiben. Ein auf Kosten der Faculté des Lettres von Lyon

kriegerische Eifer der Herren Offiziere in französischen Diensten (Bachmann, Castella, Gady) nach der Schlacht von Waterloo und der bereits entschiedenen Niederlage

---

im Jahre 1887 gedrucktes Buch von Emile Bourgeois «Neuchâtel et la politique prussienne dans la Franche-Comté» unternimmt es sogar nachzuweisen, dass die Erwerbung Neuchâtels durch Preussen im Jahre 1707 eigentlich nur den weitern Zweck und den Hintergedanken gehabt habe, festen Fuss in der Franche Comté zu fassen. Der Verfasser führt als Beleg dafür ein Mémoire des preussischen Gesandten im Haag, v. Schmettau, vom Jahre 1709 an, wobei übrigens ein Hauptpassus unrichtig übersetzt ist, so dass eigentlich dieses Aktenstück nicht sowohl als Beleg für die Intentionen des preussischen Königs Friedrich I., als für die Ansichten seines Gesandten und die Absichten der bernischen Regierung gelten kann. Im Uebrigen geht die Tendenz des Buches offenbar auf die Zukunft und es will dasselbe historisch nachweisen, dass die Besitzverhältnisse von Neuchâtel jederzeit massgebend für den Besitz der Franche-Comté und damit für das Schicksal Frankreichs und Europa's seien. «Neuchâtel» — so ruft der Verfasser aus (pag. 7) — «est pour ainsi dire en Franche-Comté —.... de Neuchâtel on est bientôt à Dôle, au cœur de la Franche Comté, à quelques heures de Dijon, sur la route directe de Paris. Neuchâtel est une position européenne de premier ordre... Neuchâtel, entre la Franche-Comté et la Suisse, à égale distance de Bâle et de Genève, de toutes les manières au milieu du pays, qui rapproche, avant qu'elles ne divergent, les vallées du Rhin et du Rhône, devait jouer un grand rôle dans l'histoire des luttes entre les Latins et les Germains. Elle a joué ce rôle, en effet comme nous le montrerons dans ce travail, et *rien ne prouve, qu'en dépit de la neutralité suisse, elle ne soit appelée à le jouer encore à l'avenir*». Das ist ziemlich deutlich gesprochen und würde sich hören lassen, wenn Neuchâtel noch preussisch wäre, oder es wieder würde. Unter den Umständen aber, wie sie seit 1857 bestehen, können wir an diese «position européenne» kaum glauben. Immerhin sind solche Aeusserungen nicht zu übersehen und ist soviel richtig, dass die Einbegreifung der Franche-Comté in die schweizerische Neutralität, wie sie von 1511 bis 1678 bestand, und der Besitz der Forts de Joux und des Rousses für die Eidgenossenschaft vortheilhaft sein würde, dagegen ein Unternehmen, wie das projektirte, wonach die Stadt Paris mit dem Neuenburger See durch

Frankreichs etwas Unedles an sich trage und mehr ihrem Charakter als bourbonische Offiziere und dem Wunsche, zur Wiederherstellung des Königthums auch

---

eine Röhrenleitung verbunden werden soll, aus politischen Gründen niemals gestattet werden darf.

Das Land, welches gegenwärtig gewöhnlich die Franche-Comté, früher Hochburgund, Grafschaft Burgund, im Gegensatz zum Herzogthum, genannt wird und die Departemente: Doubs, Jura und Haute Saône umfasst, ist einer derjenigen französischen Landestheile, welche das Gefühl alter Zusammengehörigkeit noch am allerstärksten trotz der alle diese historischen Bande zerreissenden Departementseintheilung von 1789 bewahrt haben. Die politischen Beziehungen des Landes zur Schweiz begannen (abgesehen von der römischen und alt-burgundischen Periode) mit dem Tode Herzog Karls des Kühnen in der Schlacht bei Nancy 1477. Die Stände der Franche-Comté wünschten damals Aufnahme in die Eidgenossenschaft, wenigstens als zugewandter Ort, oder, wie Tschachtlan behauptet, sogar als Unterthanen der acht alten Orte, unter Vorbehalt jedoch ihrer Freiheiten und Privilegien. Eine Deputation, an deren Spitze sich der Erzbischof von Besançon, Charles de Neuchâtel, befand, begab sich zu diesem Zwecke nach Bern. Sie erreichte jedoch nichts als die Zusage eines ewigen Friedens gegen Bezahlung einer Summe von fl. 150,000, die das Land nicht entrichten konnte, worauf die Eidgenossen ihre Rechte (d. h. eigentlich mehr die Möglichkeit, solche durch dauernde Okkupation zu erwerben) an Ludwig XI. von Frankreich abtraten. Die interessante Verhandlung an der Tagsatzung von Luzern, den 25. April 1477, findet sich wörtlich abgedruckt in unserm letzten Jahrbuch, pag. 670, 671. (E. A. II, pag. 671.)

Wir haben uns also die erste Anregung zu der französischen Besitzergreifung selbst zuzuschreiben und wäre es damals der Eidgenossenschaft ein Leichtes gewesen, dieses ganze Land oder Theile desselben zu behalten.

Der Vertrag selbst, vom 26. April 1477, hat in seinem wesentlichen Passus folgenden Wortlaut:

« Primo, Quod domini et superiores nostri eorum subditi predictarum decem civitatum et partium confederatorum supradictum gratiosissimum dominum nostrum Regem Francorum ac heredes sue regie majestatis causa et occasione predictarum litium et guerrarum ac petitionum quoad predictum Comitatum Burgundie

noch rasch etwas beizutragen, zuzuschreiben sei, als einem rein schweizerischen Impulse. Namentlich war

superioris ac aliis terris, que sunt infra Regnum et ad Regem pertinent, inantea litibus et aliis molestationibus nequaquam impedire, perturbare et molestare debent; quemadmodum nos supradicti oratores lige supradicte vice ac nomine dominorum et superiorum nostrorum hoc neque facere promisimus et promittimus. Et quod supradictus dominus noster gratiosissimus rex Francorum predictis decem ciuitatibus et partibus lige confœderatorum, videlicet de Thurego, Berna, Lucerna, Vrania, Switz, Vnderwalden, Zug, Glarona, Friburgo et Solodoro, pro ipsorum juribus, petitionibus, expensis et laboribus in prefatis litibus et bellis durissimis habitis, ac occasione huiusmodi bellorum pro omnibus jurisdictionibus super predicto Comitatu Burgundie et terris predictis dare, propinare et realiter ac cum effectu persolvere debet et teneatur centum millia florenorum Rhenanorum in terminis infra scriptis, videlicet in proximis nundinis Lugdunensibus mensis Augusti proximi in ciuitate Lugdunensi viginti millia florenorum Rhenanorum et deinde in nundinis post nativitatem Domini iterum viginti millia florenorum Rhenanorum et postea successive in omnibus nundinis Lugdunensibus sese immediate sequentibus, ut in qualibet earum absque impedimento et protractione ulteriori viginti millia florenorum Rhenanorum, quousque predicta summa centum millium florenorum Rhenanorum totaliter fuerit soluta, salua tamen in his annua pensione, pro qua Regia sua majestas sese erga Dominos et superiores nostros scripto prius obligauit atque etiam ligis et vnionibus, quibus vniuersa liga confederatorum sese erga Regiam majestatem et ipsa regia majestas sese erga prefatos dominos confederatos restrinxit et obligauit, semper salvis et inviolabiliter observatis, itaque nihilominus prefata annua pensio annuatim sicuti hucusque nobis de sua regia majestate dari, atque quod prefata liga et vnio inter Regiam suam majestatem et Dominos ac superioris nostros contracta in sui firmitate ac robore firma et valida persistere debeat, quemadmodum littere sigillate super hoc confecte de his clarius continent et edocent. — E contra vero nos confederati supradicti Regi jam in subsidium et auxilium guerrarum occurrentium transmittere gentibus nostris sex mille validos et bellicosos viros, quemadmodum istos jam elegismus et ordinavimus ad mittendum eosdem sue regie Majestati, sicuti promisimus et promittimus sub stipendio tamen et pretio, prout vnio et ejus continentia inter suam regiam majestatem

diese Anschauung im Kanton Waadt vertreten und es herrschte dort zwischen den Behörden und den

et nos jampridem contracta clarius de hoc edocet; itaque isti sic mittendi teneantur et appretientur honeste, dolo et fraude seclusis. (E. A. II, 926.)

Man sieht daraus deutlich, dass sich der französische König auf keine eigentliche Berechtigung stützen konnte. Commines gibt dazu noch folgenden Kommentar (Lenglet III, 379) über einen geheimen Vertrag, welchen der französische Kommissär, Gervais Favre, mit dem bernischen Schultheissen v. Diessbach am 5. April 1475 abgeschlossen hatte: « S'ensuit le département de 20,000 Livres ordonnés par le Roi aux bonnes villes et autres particuliers de l'ancienne ligue de la Haute-Allemagne (Eidgenossenschaft), outre et par dessus autres 20,000 Livres Tournois, contenus ès Lettres d'Alliance faite entre le dit Seigneur et eux, desquels 20,000 frs. n'est besoin de faire aucune publication, mais le tenir secret. Pour Messieurs de Berne 6000 Livres, pour Messieurs de Lucerne 3000 Livres, pour Messieurs de Zurich 2000 Livres, reste 9000 Livres pour les Particuliers, pour les délivrer ainsi qu'il s'ensuit etc. » 20,000 Livres tournois machten ungefähr 400,000 Franken heutigen Geldwerthes aus.

Die Franzosen wurden jedoch schon im gleichen Jahre 1477 aus allen festen Plätzen des Landes, die sie besetzt hatten, durch einen Volksaufstand vertrieben und unterdessen heirathete Erzherzog Maximilian von Oesterreich (der nachmalige Kaiser Max) die rechtmässige Erbin des Landes, Maria von Burgund, Tochter Karls des Kühnen (19. August 1477) und wandte sich nun ebenfalls mit dem Begehren um einen Neutralitätsvertrag an die acht Orte. Durch den Vertrag von Senlis vom 23. Mai 1493 wurde die Freigrafschaft von Karl VIII. von Frankreich an den Erzherzog Maximilian, als Vormund seiner Kinder, wieder abgetreten und kam durch dessen Enkel Karl V. (Sohn Philipps des Schönen und der spanischen Erbin Johanna), bei seiner Abdankung 1556 zuletzt unter spanische Herrschaft, in der sie bis 1668 ungestört verblieb.

Von 1508 ab wurde neuerdings von dem Kaiser Maximilian über einen Schutzvertrag unterhandelt und am 7. Februar 1511 in den Vertrag, welcher die « erneute Erbeinung » mit Oesterreich genannt wird, für den Enkel Maximilians, damaligen Erzherzog Karl, wirklich eine solche Klausel aufgenommen gegen eine Zahlung von 2700 rheinischen Gulden, welche jährlich durch eine Abordnung aus der Franche-Comté überbracht wurden. Der Passus der erwähnten

eidgenössischen Befehlshabern, insbesondere den beiden Obersten Gady und Girard, ein offener Krieg, mit so

---

Urkunde lautet: « Und hieruf us besondern gnaden, so bewilligen wir Kaiser Maximilian, als vormunder für uns und unser lieben enckelln und fürsten erzherzogen Karlin, dass derselbe erzherzog Karl umb merung guots willens den obberürten aydgenossen (12 Orten) nemlich einem yeden ort vorgemelt zu einer vererung jerlich zweyhundert guldin Reinsch und dem abt und stat Sanct Gallen, ouch dem land zu Appenzell yedem jerlichs hundert guldin Reinsch, uf des heiligen Crewz tag Inventionis im Mayen in der stat Zürich, allweg uf derselben stat Zürich nottürftig und gepürlich quittung geben und antworten lassen soll » u. s. w. (E. A. III, p. 555, und Beilage 19.) Gleichzeitig kam das Land 1511 und 1512 vorübergehend in die Reichskreiseintheilung. (Durch die früheren Verträge mit Oesterreich von 1474 und 1477 hatte die Eidgenossenschaft auch das Besatzungsrecht in den Städten des Schwarzwaldes erhalten, dagegen dem Hause Oesterreich, Tyrol und Vorarlberg garantirt.) Dieses Protektoratsverhältniss über die Freigrafschaft wurde von König Philipp II. von Spanien als Landesherrn am 16. Juni 1557 zu London feierlich bestätigt und neu angenommen. (E. A. IV, II, p. 18, 1557.) — Einen gleichen Vertrag hatte das Land auch mit Frankreich, der am Schlusse des dreissigjährigen Krieges erneuert wurde. Ungeachtet dieser Abkommen eroberte es indessen Ludwig XIV. im Jahre 1668 mit schweizerischen Freikompagnien (nicht kapitulirten Söldnern), die vergeblich von der Tagsatzung abgemahnt wurden, musste es jedoch im Frieden von Aachen (2. Mai 1668) zunächst wieder zurückerstatten. 1674 besetzte es Frankreich zum zweiten Male und behielt es durch den Friedensschluss von Nymwegen vom 17. September 1678 bis auf den heutigen Tag. Dieses Endresultat war schon längst vorausgesehen worden, namentlich hatten die Gesandten der Freigrafschaft, die jährlich den Tagsatzungen das Schutzgeld überbrachten, öfter darauf aufmerksam gemacht. « Wir sind der einzige Damm gegen die Fluth, welche sich anschickt, Euch zu verschlingen », war das prophetische Wort eines solchen Boten. Die französischen Gesandten in der Schweiz wussten aber stets zu beschwichtigen, und als dann im Jahre 1674 die katholischen Kantone wirklich der Freigrafschaft zu Hülfe ziehen wollten, erklärte Bern, es könne diess durchaus nicht gestatten, weil Frankreich sonst in das Waadtland einrücken würde. (Vgl. Müller, Schweizergeschichte X, 198.) Ohne Zweifel würde es

heftigen gegenseitigen Beschwerden bei der Tagsatzung, dass eine Denkschrift des Obersten Gady nachträglich

---

der Schweiz zu verschiedenen Zeiten nicht schwer gefallen sein, durch eine etwas weitsichtigere und kräftigere Politik sich dieses Land, das anderthalb Jahrhunderte lang vertragsmässig unter ihrem Schutze stand und dessen Bewohner gleicher Abstammung mit unsern Grenzbewohnern sind (ganz, oder theilweise, mittelst besserer Grenzen) zu assimiliren.

Fleury (Franc-Comtois et Suisses, pag. 150) enthält über das Fort de Joux noch folgende Notiz aus dem Jahre 1815:

« Le corps helvétique eût bien désiré d'obtenir la cession du fort du Joux, qu'il représentait comme la plus sûre garantie de sa défense et de sa neutralité du côté de la France. Ses ministres au congrès de Vienne avaient d'abord réussi à le faire comprendre dans les nouvelles limites accordées à la Suisse; mais cette concession blessait trop vivement le sentiment français et manquait trop ouvertement au vieux droit historique du Comté, pour qu'elle ne fût pas énergiquement combattue et à la fin repoussée par notre diplomatie. » Hiezu die Anmerkung:

„*Projet de traité de paix* proposé à la France le 20 septembre 1815...• Du côté de l'Est, la démarcation restera telle qu'elle était établie par le traité de Paris (1814) depuis l'embouchure de la Lauter jusqu'à Saint-Brais dans ce département du Haut-Rhin. Elle suivra de là le Doubs jusqu'au fort de Joux, en sorte que la ville de Pontarlier, située sur la droite du Doubs, appartiendra avec un rayon à la France, et *le fort de Joux, situé sur la gauche, à la Confédération helvétique.* Du fort de Joux, la ligne suivra la crête du Jura jusqu'au Rhône, laissant le fort de l'Ecluse hors de la frontière de France. (La vérité sur les cent jours et pièces diplomatiques à l'appui, par Lucien Bonaparte, prince de Canino.)"

Ein früherer Kriegszug nach Hochburgund ist in dem « Pontarlier-Lied » von 1474 verewigt, das mit folgender poetischer Naturschilderung beginnt:

« Der winter ist gar lang gesin,
Desz hat getrurt meng vögelin
Das jez gar frölich singet,
Uf grünem zwi hört man's im wald
Gar süsziglich erklingen.

Der Mai hat bracht gar menig blat
Darnach man grosz verlangen hat
Die haid ist worden grüne,
Darumb so ist gezogen us
Gar menig man so küne. »

durch Tagsatzungsbeschluss vom 2. September 1816 aus dem eidgenössischen Archiv entfernt worden ist.[1])

Diese Unzufriedenheit mit dem Einmarsch fand unglücklicherweise ihren Ausdruck auch bei den schweizerischen Truppen[2]) und artete in eine grossartige Meuterei aus, von der dermalen nur wenig mehr allgemeiner bekannt ist und welche diesen Feldzug auf eine rasche, aber nicht erfreuliche Weise beendete.

Die Brigade, die auf dem rechten Flügel der Armee unter dem Obersten Joh. Nepomuk v. Schmiel von Aargau stand, verweigerte nämlich am 8./9. Juli, als ihr Kommandant sie von Renan und Les Bois aus über den Doubs führen wollte, rundweg den Gehorsam. Von sieben Bataillonen folgte ein einziges, zürcherisches (Künzli) dem Kommando, die andern sechs: Graubündner, Aargauer, Appenzeller, Tessiner und St. Galler liessen durch ihre Kommandanten förmlich erklären, sie würden nicht über die Grenze gehen. Von der aargauischen Artilleriekompagnie Haller folgten bloss 19 Mann und der grössere Theil der Trainknechte. Die waadtländische Schützenkompagnie Mayor hingegen erklärte sich nach einer mehrstündigen Berathung für den Gehorsam, was unter den damaligen Verhältnissen als ein Zeichen einer besonders guten Führung angesehen

---

[1]) Der bezügliche Passus des Protokolls lautet: «Die Denkschrift des Herrn Obersten von Gady kann dem gegenwärtigen Abschied nicht beigefügt werden, weil sie laut Beschluss der Tagsatzung vom 2. Herbstmonat 1816 aus dem eidgenössischen Archiv entfernt worden ist.» (Absch. III, 488.)

[2]) die, nach der Beschreibung des bereits citirten Bleuler'schen Briefes, beim schlechtesten Wetter, oft bei Nachtzeit, marschiren und in Schnee und Koth ohne Lebensmittel bivouakiren mussten, ohne den Zweck dieser Anstrengungen zu begreifen und mit ihrem Aufgebot zur Grenzbesetzung und blossen Defension vereinbar zu finden.

werden muss. — Oberst Schmiel rückte mit den subordinirten Abtheilungen über die Grenze und hinterliess den Befehl über die andern dem Oberstlieutenant v. Toggenburg von Graubünden. Diese letztern Bataillone begaben sich nun aber sofort eigenmächtig, anstatt wenigstens stehen zu bleiben, auf den vollen Rückzug und es entstand momentan ein ganz unglaublicher Zustand, der glücklicherweise in unserer Kriegsgeschichte einzig dasteht. Der Kommandant der Reserve, Finsler, der jene Bataillone nicht in diesem Zustand allgemeiner Auflösung jeder Ordnung durch die ganze Schweiz in ihre Heimat ziehen lassen wollte, sperrte mit allen Truppen und namentlich der Artillerie, die er bei der Hand hatte, die Flussübergänge der Zihl und Aare, überhaupt alle Ausgänge des Jura, und liess mit Kartätschen laden, da man vernommen hatte, die an der Spitze der Anrückenden sich befindenden Bataillone Neff und Rickenmann wollten den Ausgang nöthigenfalls mit Gewalt erzwingen. Die bernische Regierung bot ebenfalls alle in der Gegend vorhandenen Reserven und Landwehren zur Unterstützung Finslers auf. Es kam jedoch nicht zu dem einen Augenblick lang unvermeidlich scheinenden Handgemenge. Die beiden genannten Bataillone, die am 11. Juni mit ihrer Spitze in Aarberg und Biel eintrafen, wurden theils zur Pflicht zurückgeführt, theils vollständig entwaffnet. Die übrigen vier zogen sich in das St. Immerthal zurück, wo sie noch Excesse begingen, die theilweise allerdings durch den Mangel an jeder regelmässigen Verpflegung und Fürsorge zu entschuldigen waren.

Ein Theil der Schuld dieses Aufruhrs, der uns unser ganzes Militärwesen einen Augenblick im schlimmsten Lichte zeigte, wurde allerdings nachmals, und wohl mit Recht, dem Obersten v. Schmiel selber, einem ein-

gebürgerten Deutschen, zur Last gelegt, der beim Ueberschreiten der Grenze folgenden sonderbaren Tagesbefehl erlassen hatte: « Der Brigadekommandant hat Ordre erhalten heute den französischen Boden zu betreten, um die eidgenössischen Truppen in bessere Quartiere zu verlegen; er wird diesen Befehl für seine Person vollziehen und fordert alle Jene auf, welche Zutrauen zu ihm haben, ihm zu folgen. Er will nur Freiwillige. — Die Behörden in Frankreich erwarten uns und die beste Aufnahme ist gewiss. — Wir führen keinen Krieg gegen Frankreich; auch ist kein Mann feindlicher Truppen bis Besançon, zwanzig Stunden von hier. Glaubt mir, ich werde euch nie betrügen. » (Absch. III, 539.)

Das hiess allerdings die ohnehin widerwilligen Truppen direkt auf die Bahn der Indisciplin leiten, was die appenzellische Regierung nachträglich zur Entschuldigung ihrer Meuterer anzuführen auch nicht unterliess.

Der offizielle Bericht Finslers vom 11. Juli aus Aarberg an General Bachmann zu Handen der Tagsatzung lautet:

« An des Herrn eidgenössischen Generals Excellenz.

Stabsquartier Aarberg, den 11. Heumonat 1815.

Herr General!

Ich bin nunmehr in den Stand gesetzt, Euerer Excellenz einen umständlichen Rapport über die bei der Reservedivision getroffenen Anstalten gegen die insurgirten Bataillone der Brigade Schmiel zu erstatten.

Gestern Mittags um 1 Uhr, als ich eben das Lager bei Kallnach in Augenschein nahm, und die dort stehenden Bataillone zum Abmarsch befehligte, erhielt ich die erste, auf mündliche Aussagen von Bauern gestützte Meldung, dass

zwei Bataillone aus dem St. Immerthal zurückkehren, weil sie nicht hätten über die Grenze gehen wollen.

Da ich die Glaubwürdigkeit dieser Sage annoch bezweifelte, so begnügte ich mich für einmal, die Brücke über die Zihl und die Aare zu besetzen und gegen die angezeigten Gegenden Patrouillen ausschicken zu lassen. Aber schon zwei Stunden später erhielt ich von Biel die offizielle Anzeige, dass das Bataillon Rickenmann von St. Gallen in grosser Unordnung die Reuchenette herunterkomme und in Biel Quartier verlange, und dass das Bataillon Neff von Appenzell auf dem Tessenberg übernachten und morgen nach Aarberg ziehen wolle.

Euer Excellenz werden wahrscheinlich von dem Herrn Oberstlieutenant von Toggenburg Auskunft erhalten haben, oder Rechenschaft fordern über die Gründe, welche ihn bewogen haben, diesen beiden Bataillonen solche unbefugte Dislokationsordres zu ertheilen.

Sobald ich indessen die Gewissheit hatte, dass eidgenössische Korps, welche ihre Pflicht vergessen hätten, sich auf einem unordentlichen Rückzug befänden, dass die Subordination bei ihnen aufgehört habe, dass schon verschiedene Excesse vorgefallen, und dass noch mehrere Bataillone diesem Beispiel gefolgt seien, so hielt ich es für das Heil des Vaterlandes nothwendig und als Kommandant der Reserve mich für hinreichend bevollmächtigt, schnelle Massregeln zu ergreifen, damit diesen Korps der Uebergang über die Zihl und die Aare gesperrt und ihnen dadurch die Möglichkeit genommen werde, Schrecken und Verwirrung durch die ganze Schweiz zu verbreiten, und die Schande und das gefährliche Treiben eines aufgelösten Korps allen ihren Mitbürgern zur Schau zu stellen; denn sobald sie einmal diese Flüsse überschritten hätten, gab es gar kein Mittel mehr, den Strom der Unordnung und Verwirrung aufzuhalten.

Durch diese Ueberzeugung und durch das lebhafte Gefühl der unabsehbaren Folgen einer solchen Auflösung geleitet, ertheilte ich folgende Befehle:

1) Dem Herrn Artilleriehauptmann Vögeli, mit drei Vierpfündern und zwei Infanteriekompagnien die beiden Brücken über die Zihl zwischen dem Neuenburger und dem Bielersee zu verwahren;

2) dem Herrn Oberstlieutenant Heidegger, mit seinem Bataillon und mit drei Vierpfündern den Hauptdurchgang bei Nidau und die Fähren bei Brügg und Gottstadt zu besetzen;

3) dem Herrn Oberstlieutenant Benoit, mit einem Theil seines Bataillons die Landungsplätze am Bielersee und mit dem andern den Pass zu Aarberg zu bewachen;

4) den Herrn Oberst Meyer ersuchte ich, für Büren und Solothurn Sorge zu tragen und sich mit den Bataillonen Bleuler und Arter dahin zu begeben, wo es nothwendig sei.

Ich liess endlich vier Achtpfünder von der Batterie Füessly auf Walperswyl stellen, um von da aus nach jedem bedrohten Posten gehen zu können.

Da ich erfahren hatte, dass die beiden Bataillone Neff und Rickenmann scharf geladen und vielfältig die Aeusserung hatten fliessen lassen, sie wollten sich den Heimweg mit Gewalt erzwingen, so ertheilte ich allen Postenkommandanten gemessenen Befehl, Gewalt mit Gewalt abzutreiben, und liess die Kanonen mit Kartätschen laden. Es war mir ausserordentlich schmerzhaft, dergleichen Massregeln gegen eidgenössische Truppen veranstalten lassen zu müssen, aber ich glaubte, sie ohne Verletzung meiner Pflicht gegen das Vaterland nicht unterlassen zu dürfen.

Nachdem gestern Abend alle diese Massnahmen exequirt wurden, erschienen heute zuerst bei der Brücke von Landeron 7 Mann des Bataillons Neff mit einem Transport von Bagage und Lebensmitteln, sodann zu Aarberg ungefähr 14 Oberoffiziere, Unteroffiziere und Gemeine, welche Quartier machen wollten, und endlich das Bataillon selbst zu Biel, mit der Absicht, über die Zihl zu gehen.

Die Vereinigung zweier übelgesinnter Bataillone auf einem Punkt erforderte einen schnellen Entschluss. Der Herr Oberst und Brigadenkommandant Meyer eilte, dem Geiste seiner Instruktion gemäss, mit drei Kompagnien vom Bataillon Bleuler nach Biel, unternahm es, das Bataillon Neff zu seiner Pflicht zurückzuführen und brachte es mit Hülfe der wohlgesinnten Offiziere, denen es nur an kräftiger Unterstützung gemangelt hatte, dahin, dass dieses Korps wieder umkehrte und zur Brigade abmarschirt ist.

Bei dem Bataillon Rickenmann hingegen misslang der Versuch, und der Herr Oberst glaubte, auf der Stelle diesen beharrlichen Ungehorsam durch Entwaffnung des Korps unschädlich machen zu sollen.

Diese Entwaffnung ging in Biel ohne Widerstand vor sich, und der Herr Oberst wird nunmehr die gefährlichsten Unruhestifter ausheben und in Verwahrung nehmen.

So weit waren die Sachen vor der Ankunft des Herrn Obersten v. Hauser in Nidau gediehen; Wohlderselbe wird nun Euerer Excellenz von dem, was weiter vorgehen wird, selbst Bericht erstatten.

Ich kann die Entschlossenheit des Herrn Obersten Meyer und den Eifer und Gehorsam seiner Brigade und der beiden Artilleriekompagnien nicht genug rühmen, und es würde mich freuen, wenn Euer Excellenz die Güte hätten, ein Wort der Zufriedenheit an diese wackern Korps gelangen zu lassen.

Der eigentliche Ursprung dieser gefährlichen Verwirrung wird sich erst aus den aufzunehmenden Verhören deutlich ergeben.

Mit hochachtungsvollster Ergebenheit.

Der eidgenössische Oberstquartiermeister:
(Gezeichnet) Finsler. »

(Absch. III, p. 533.)

Ein späterer Bericht vom 12. Juli besagt u. A.:

« Seit dem Abgang meines gestrigen Berichts hat sich Herr Oberst v. Hauser auf das Ansuchen der Offiziere be-

wogen gefunden, dem Bataillon Rickenmann seine Gewehre wiederzugeben und dasselbe über Neuenburg zur Armee abmarschiren zu lassen. Ich konnte indessen diese etwas schnelle Begnadigung nicht billigen, weil das Korps noch gar keinen Beweis von Reue gegeben hatte, und habe bei dem Herrn eidgenössischen General darauf angetragen, er möchte es lieber, so lange es noch im eidgenössischen Dienst bleiben soll, in die Reserve stellen und es unter guter Zucht nützlich beschäftigen lassen. Ich gewärtige nun Hochdesselben Entscheid.

Es sind einige Gefangene hier in Bern eingebracht worden, aus deren Papieren und Aussagen ein Zusammenhang der Rädelsführer des Aufstandes mit unruhigen Menschen im Innern der Schweiz wahrscheinlich wird. » (Absch. III, p. 536.)

Ein dritter Bericht aus Neuenburg enthält Folgendes:

« Die Insurrektion bei der Brigade Schmiel kann nun als beendigt angesehen werden, indem die im St. Immerthal gelegenen vier Bataillone auf die erhaltene Nachricht, dass der Pass von Nidau gesperrt sei, wieder vorwärts gegangen und den Befehlen des Herrn Brigadiers Folge geleistet haben; indessen war auch dieser Marsch fortdauernd mit grossen Unordnungen begleitet.

Von den Bataillonen Toggenburg und Pozzi und von der Scharfschützenkompagnie Schärer mögen ungefähr 100 bis 120 Mann einzeln desertirt sein, denen aber längs der Aare bis nach Murgenthal herunter an allen Orten scharf aufgepasst wird.

Herr Oberst v. Hauser ist diesen Mittag von seiner Sendung zurückgekommen, hatte aber die vier oben erwähnten Bataillone schon nicht mehr im St. Immerthal angetroffen, aber viele Spuren ihrer Reden und Handlungen bemerkt. » (Absch. III, p. 536.)

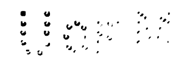
Die etwas matte Verfügung des Generals (der sich wohl nicht ganz unschuldig fühlte) vom 11. Juli hat folgenden Wortlaut:

« Der von Seiner Excellenz beauftragte Stabsoffizier wird nach eigener Auswahl eines der insurgirten Bataillone im Namen Seiner Excellenz versammeln, demselben die letzten Armeebefehle vorlesen lassen, ihnen das Unregelmässige und Strafbare ihres Betragens vorstellen, ihnen erklären, dass der General zwar die Mittel besitze, sie für ihren Ungehorsam zu strafen, allein dieselben nicht anwenden, sondern ihnen freistellen wolle, bei ihren Fahnen zu bleiben und ihre Pflicht zu thun, oder nach Hause zu kehren. Dann wird der Herr Oberst die Mannschaft auffordern, sich zu erklären, wird die Gehorchenden von den Widerspenstigen sondern, die erstern sogleich über Neuenburg zur Division abmarschiren lassen, die zweiten aber mit Marschrouten und Kolonnenführern nach Hause senden. Sein Bericht über den Hergang der Sache wird entscheiden, wie diese Mannschaft auf ihrem Rückweg zu behandeln sei. Wenn die Operation mit dem ersten Bataillon geendigt ist, wird derselbe mit den übrigen insurgirten Korps nacheinander fortfahren. Es ist demselben gestattet, sich zu diesem Geschäft des Herrn Oberstlieutenants Heidegger und anderer Offiziere zu bedienen, wo und wie er es nöthig findet, und vor der Versammlung der Bataillone die Chefs, Oberoffiziere oder Unteroffiziere zu sich zu berufen und sie zum Gehorsam zu stimmen. Wenn die Erklärung der Mannschaft dahin gehen sollte: sie wollen wohl im eidgenössischen Dienste verbleiben, aber nur nicht über die Grenze gehen, so mag der Herr Oberst, wenn er es gut und angemessen findet, ihnen eine einstweilige Dislokation auf dem linken Ufer der Aare und der Zihl bis auf neuen Befehl anweisen.

Bachmann. »

(Absch. III, p. 337.)





Die kriegsrechtliche Untersuchung und Aburtheilung dieser Meuterei konnte, unter diesen Umständen einer sehr kombinirten Verschuldung, nur ein unvollständiges Resultat liefern und fand nicht allgemeine Billigung.[1])

---

[1]) Namentlich würde man auf dem heutigen Standpunkte die gänzliche Entbindung des Obersten v. Schmiel, ohne Bestrafung auch seines ihn angeblich diskulpirenden Obern, und die besondere Ehrenbezeugung, welche die Tagsatzung dem General Bachmann bei der Entlassung erwies, gegenüber der strengen Beurtheilung ihrer Untergebenen als unmotivirt ansehen können. Ueber die kriegsgerichtlichen Verhandlungen befinden sich im eidgenössischen Archiv eine Menge unbekannter Akten, die einem strebsamen jungen Juristen zur näheren Durchsicht empfohlen werden könnten. Die hauptsächlichsten Nachrichten enthält ein gebundenes «Protokoll des eidgenössischen Oberkriegsgerichts» (Nr. 1378 des Archives dieser Periode), welches mit einer Sitzung desselben vom 21. Juli 1815, im Zunfthause zu Ober-Gerwern in Bern beginnt. Ausserdem ist namentlich vorhanden eine gedruckte «Allgemeine Uebersicht der Arbeiten des Eidgenössischen Ober-Kriegsgerichts von der Eröffnung seiner Sitzungen am 21. Juli 1815, bis zu deren Beschluss am 24. Februar 1816» vom 7. Mai 1816, die in tabellarischer Uebersicht zunächst die ausgesprochenen Strafurtheile über 105 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten enthält. Die Offiziere, Hauptmann Landolt von Zürich (Bataillon v. Meiss), Aidemajor Widmer von Horgen (Bataillon Arter) und der Unteroffizier Wachtmeister Müller von Hitzkirch vom 4. Regiment in französischen Diensten, wurden wegen Misshandlung von Soldaten, ein Korporal vom Bataillon Bucher (Zürich) wegen Disciplinarfehler, ein Bernersoldat Simmen (Bataillon de Riaz) wegen Raub bestraft. Wegen Aufruhrs hingegen wurden bestraft: 6 Korporale vom Bataillon Göldlin (Luzern), ein Lieutenant, der Feldweibel, die sämmtlichen Wachtmeister, der Fourier und ein Korporal der aargauischen Artilleriedivision Haller; ein Wachtmeister des Bataillons Neff (Appenzell): der Tambourmajor, zwei Wachtmeister und drei Korporale des Bataillons Pozzi (Tessin); ein Wachtmeister, zwei Sappeure, 3 Korporale und 1 Tambour des Bataillons Toggenburg (Graubünden); ein Frater vom Bataillon Danieli (St. Gallen); drei Wachtmeister, ein Fourier und fünf Korporale vom Bataillon Rickenmann (St. Gallen), nebst einer Anzahl

Einzelne Kantone, besonders Appenzell I.-Rh., wehrten sich anfänglich sogar ausdrücklich dagegen:

« Die Regierung des Standes Appenzell Inner-Rhoden hat sich in einer Zuschrift, d. d. 25. Heumonat, über den strengen Untersuch beschwert, welche gegen diejenigen appenzellerischen Kompagnien stattfinden solle, die in der Insurrektionsgeschichte der Brigade Schmiel verwickelt waren. Der Divisionskommandant v. Affry habe gedroht, dass, wenn nicht einige der Hauptschuldigen aus jeder Kompagnie angezeigt würden, er das ganze Korps dafür haftbar

von Gemeinen aller Bataillone, sowie der Scharfschützenkompagnie Schärer (St. Gallen) und der Artilleriedivision Haller (Aargau). Als die Hauptschuldigen bei dem Aufruhr erscheinen nach dem Ausmass der Strafe ein Korporal und ein Soldat von Luzern, die beide 16 Jahre Kettenstrafe, ein Korporal von Trins und ein Soldat von Scharans (Graubünden), die 10 Jahre Zuchthaus erhielten, sowie endlich der obgenannte Artillerielieutenant Joh. Jak. Oehlhafen von Aarau, der zu sechs Jahren Festungsarrest, nebst Kassation und Erklärung der Unfähigkeit zum fernern Dienst in der eidgenössischen Armee verurtheilt wurde. Derselbe hatte der Prozedur zufolge am 10. Juli zu Chaux-de-fonds den Unteroffizieren gesagt, sie sollten sich nur brav wehren, man könne sie nicht zwingen, nach Frankreich zu marschiren, und hatte dann thatsächlich eine erhaltene Marschordre nicht befolgt, sondern statt dessen einen Weg eingeschlagen, der zu andern Meuterern führte. Sein Feldweibel hatte statt « als Vater (sic!) und Seele der Kompagnie » auf die Mannschaft günstig einzuwirken, ebenfalls erklärt, « der Einmarsch in Frankreich sei nicht nöthig, nur Hochmuth von Seite der Schweiz, und es gewagt, mit dem Hauptmann in Negoziationen über die Ueberlassung des Parks an ihn (Feldweibel) und die andern Unteroffiziere einzutreten. »

In Bezug auf die Oberoffiziere enthält diese Tabelle am Schluss folgendes « Verzeichniss der Herren Korpskommandanten, deren Betragen bei dem Aufstand vom 8. (9.) Juli von dem eidgenössischen Oberkriegsgerichte in Untersuchung genommen worden:

Herr Oberst v. Schmiel, Kommandant der Brigade ward wegen vorgewiesener gänzlicher Billigung seiner getroffenen Ver-

machen und in Arrest setzen lassen werde. Dieses könne die Regierung von Appenzell Inner-Rhoden nicht zugeben sie habe die Ansichten, nach welchen das Benehmen dieser Truppen, verglichen mit jenem des Oberkommandirenden, betrachtet werden solle, in ihrem frühern Schreiben an die Tagsatzung vom 16. Heumonat hinlänglich entwickelt und müsse bestimmt begehren, dass gegen die zwei Kompagnien, die nach gehöriger Belehrung wieder zum Gehorsam zurückge-

---

fügungen durch seinen unmittelbaren Oberen, den Herrn Divisionskommandanten Grafen v. Affry nicht richterlich beurtheilt.

Herr Oberstlieutenant v. Toggenburg, Interimskommandant der Brigade, und Herr Oberstlieutenant Neff haben Access zur Revision erhalten.

Herr Oberstlieutenant Danieli und Herr Oberstlieutenant Siegfried sind gänzlich freigesprochen worden.

Herr Oberstlieutenant Rickenmann wird zu zweijähriger Eingrenzung in seine Gemeinde verfällt.

Herr Scharfschützenhauptmann Schärer ist von seiner Hauptmannsstelle entlassen.

Endlich ist von dem Oberkriegsgericht die Prozedur gegen das gesammte erste Jägerbataillon des löbl. Standes Aargau geführt, allein wegen nicht genugsamer Informationen für unvollständig und das Betragen des ganzen Korps, mit Ausnahme seines freigesprochenen Anführers, des Herrn Oberstlieutenants Siegfried, als unbeurtheilt erklärt worden.

Nota. Diese Prozedur ist späterhin durch die von Seite der Hohen Regierung des Standes Aargau verhängte völlige Beurtheilung des ersten Jägerbataillons, beendet worden.»

Das «Ober-Kriegsgericht der eidgenössischen Armee», das diese sämmtlichen Urtheile erliess, bestand nicht während der ganzen Zeit unverändert aus den gleichen Personen. Ständig blieben der Präsident: Oberstrichter F. v. Sury, Mitglied des Kleinen Raths von Solothurn und der Generalstabsauditor Rothlin von Schwyz. Die Gerichtsschreiber wechseln. Anfangs ward diese Stelle durch Abr. Rud. Wyss von Bern versehen. Bei seinem ersten Zusammentritt am 21. Juli 1815 bestand das Kriegsgericht, ausser dem bereits genannten Präsidenten und Auditor, aus den Herren Artillerie-Oberst Reinacher von Zürich,

kehrt seien, von jeder weitern Untersuchung abgestanden werde.

Dieses etwas auffallende Ansinnen wurde, nebst dem vorhergehenden Schreiben des Standes Appenzell Inner-Rhoden, am 1. August der diplomatischen Kommission zu näherer Prüfung und Berichterstattung überwiesen. » (Absch. III, p. 540.)

---

Oberstlieutenant Benoit von Bern, Oberstlieutenant Moret von Freiburg, Artilleriehauptmann v. Tscharner von Bern, Scharfschützenhauptmann Wüest von Thurgau, Hauptmann Sigrist vom 4. Schweizerregiment in französischen Diensten, Hauptmann Sulser von Winterthur, Lieutenant v. Edlibach von Zürich, Lieutenant Falconnet von Lausanne, Lieutenant Hurter von Schaffhausen und Lieutenant Eberhard von Zürich.

Als charakteristisches Bild der gesammten Meuterei und ihrer nähern Verumständungen drucken wir zum Schlusse die Anklage-akte gegen das Appenzeller Bataillon Neff ab:

« Am 7. July 1815 erhielte das Bataillon Neff den Brigadebefehl, den 8. July Morgens um 7 Uhr in Noirmont einzutreffen und daselbst weitere Befehle zu erwarten.

Diesem Befehl zufolge befindet sich das Bataillon um die bestimmte Zeit an dem angezeigten Ort. Da aber die angekündete Ordre nicht kommt, so sendet der Herr Bataillonskommandant einen Offizier zu dem Tit. Brigade-Kommando, um dieselbe abzuholen. Der Offizier kommt zurück mit der Nachricht, der Herr Brigade-Oberst werde selbst kommen und den Befehl bringen nach Bussey zu marschiren.

Was bisher nur Vermuthung des Herrn Oberstlieutnant gewesen, und als solche den Offiziers war mitgetheilt worden, das glaubte nun der Herr Oberstlieutenant dem ganzen Bataillon anzeigen lassen zu sollen, nehmlich, dass der Befehl kommen werde, nach Frankreich zu marschiren.

Kaum erhielt die Mannschaft diese Nachricht, als ein Gemurre ausbrach, das vorzüglich bei den drei Kompagnien Suter, Weishaupt und Weiten — sich laut äusserte — immer stärker ward, sich je länger je mehr verbreitete — und zuletzt in Lärmen und völligen Aufstand ausbrach.

Wie weit die Nähe und das schlimme Beispiel des Bataillons Siegfried dabei auf die Mannschaft gedrückt haben mag, konnte

Ebenso, wenigstens theilweise, Aargau:

« Am 23. Heumonat wurde der Tagsatzung eine Zuschrift der Regierung des Standes Aargau, d. d. 20. Heumonat, vorgelegt, worin dieselbe anzeigt, dass sie, sobald ihr das Disciplinarvergehen des Bataillons Siegfried bekannt geworden, eines ihrer Mitglieder abgeordnet habe, welchem es wirklich gelungen sei, die Truppe zur Pflicht zurückzuführen und über den Doubs zu begleiten. Allein, sowie sie nun die Ueberzeugung hege, dass dieses Bataillon, welches den Ge-

---

nicht erörtert werden — nur die Thatsache ist unbezweifelt, dass die beiden HH. Bataillons-Chefs Neff und Siegfried — jeder immer der Mannschaft des anderen Bataillons die grössere Schuld beimisst.

Vergebens waren die Zusprüche des Herrn Oberstlieutnant und der Offiziere; es kam so weit, dass eine grosse Menge ihre Gewehre ladeten (sic!) und viele Schüsse fielen.

Unter diesen Umständen habe der Herr Oberstlieutnant Neff angemessen gefunden, dem beglaubt bald eintreffenden Herrn Brigade-Oberst entgegen zu gehen und ihm über den Zustand seines Bataillons zu rapportiren.

Der Herr Brigade-Oberst v. Schmiel, obschon auch von andern Seiten von der Widersetzlichkeit der Truppen benachrichtigt, erklärte nichtsdestoweniger auf das Bestimmteste, es müsse abmarschirt sein.

Obschon der Herr Oberstlieutenant Neff anfänglich diese Worte des Herrn Oberst v. Schmiel direkte in Abrede gestellt, so hat er nichtsdestoweniger späterhin die Möglichkeit, dass dieselben von dem Herrn Brigade-Oberst geredt worden seien, anerkennt, will jedoch solche nicht gehört haben.

Dem sei, wie ihm wolle, so sei es nicht nöthig, über die Existenz eines solchen Befehls, oder über die Bekanntmachung desselben zu streiten.

Es sei genug, dass auf die Anzeige, der Befehl zum Einmarsch werde kommen, die Empörung des Bataillons wirklich ausgebrochen ist.

Ob der Herr Bataillonschef den angekündigten Befehl für seine Person erhalten, oder ob es bei der Anzeige, dass er kommen werde, geblieben, ändert an der Strafbarkeit der Mannschaft

horsam gegen die Befehle seiner Obern verweigert habe, kriegsgerichtlichem Urtheile unterworfen werden solle, so könne sie nicht umhin zu bemerken, dass die Verirrung dieser Truppe erklärbar sei, indem dieselbe den bestimmten Ausspruch der Bundesbehörde, dass die eidgenössische Armee ausschliesslich zur Vertheidigung der vaterländischen Grenzen bestimmt sei, empfangen, hingegen von dem Tagesbefehl vom 5. Heumonat, der sie über die Ursache der Ueberschreitung der Schweizergrenzen belehrt hätte, zur Zeit keine

nichts. Genug, das Bataillon sei in vollem Aufstand gewesen.

Unter diesen Umständen habe der Herr Brigade-Oberst den Aufruf an Freiwillige ergehen lassen.

So wenig der Herr Stabs-Auditor dieses Mittel in Schutz zu nehmen gedenke, so sei dasselbe doch psychologisch dahin berechnet gewesen, dass ein Chef, welcher sieht, dass seinen Befehlen nicht Gehorsam geleistet wird, auf die Ehrliebe seiner Leute noch hofft.

Allein eine solche Hoffnung war eben der Missgriff und hatte gerade das entgegengesetzte Resultat.

Die Mannschaft blieb unbeweglich, beharrte auf ihrer Widersetzlichkeit und liess nicht einmal durch das schöne Beispiel des Bataillons Künzli sich zu ihrer Pflicht zurückbringen.

Die Gerechtigkeit erfordere jedoch, hier des guten Willens der HH. Offiziere, vorzüglich des Herrn Hauptmann's Sturzenegger und seiner braven Mannschaft, zu gedenken, die wenigstens ihre Pflicht gethan hätten, wenn sie von den übrigen nicht wären abgehalten worden.

Nachdem nun der Herr Brigade-Kommandant von der Unmöglichkeit, das Bataillon zum Gehorsam zu bringen, sich überzeugt, so habe er dasselbe in sein altes Quartier zurückkehren, sodann rückwärts in's St. Immerthal verlegen lassen, um demselben Zeit zur Ueberlegung und zur Reue zu verschaffen. Allein wiedermal vergebens. Auf seiner Widersetzlichkeit und Widerwillen gegen den Einmarsch beharrend, habe es noch zu St. Immer sich einer neuen Meuterei schuldig gemacht und gedroht, ohne Bewilligung zurückzukehren, wodurch der Herr Oberstlieut. veranlasst worden, um eine neue Dislokation in's Innere sich zu

**Kenntniss erhalten habe, wodurch bei ihr der Verdacht erweckt worden, es stehen die erhaltenen Befehle mit dem Willen ihrer Regierung und der Tagsatzung in Widerspruch. Dieser Vorfall, sowie überhaupt so viele andere mit dem Einmarsch und dem Aufenthalt der eidgenössischen Truppen in Frankreich verbundene Umstände, veranlassen daher die Regierung von Aargau zu dem bestimmten Antrag, dass einerseits die beschlossene Armeereduktion unverzüglich in Erfüllung gesetzt, und anderseits die übrig bleibenden Truppen innerhalb der schweizerischen Grenze aufgestellt werden.»**

**(Absch. III. p. 539.)**

bewerben, welche dann mit den von der eidgenössischen Reserve-Division gegen diese Meuterer zu Biel veranstalteten, ernsthaften Massregeln und mit ihrer Rückkehr zum Gehorsam geendet.

Bei diesem Anlass glaube sich der Herr Stabsauditor schuldig, auch das Benehmen des Herrn Oberstlieut. Neff zu prüfen. Zwar könne keine bestimmte Klage gegen ihn geführt werden, und selbst nach dem Berichte des Herrn Brigade-Oberst v. Schmiel habe derselbe das Bataillon nicht übel befehligt. Allein nichtsdestoweniger scheine derselbe verschiedenes vernachlässigt und dadurch die Ereignisse jener Tage, wo nicht herbeigeführt, doch befördert zu haben, indem es scheine, dass die innere Polizei seines Bataillons mit zu wenig Energie gehandhabt worden. Der Hr. Stabsauditor wolle es dahingestellt sein lassen, in wie weit die Kantonalverfassung den Herrn Obersten bewogen haben möge, mehr die Popularität der Untergebenen zu kaptiviren, als selbige zu Soldaten zu bilden.

Das Gegenstück, das musterhafte Betragen des Bataillons Künzli, sei ein auffallender Beweis, was ein Chef vermöge.

Herr Oberstlieutenant Künzli befand sich von Rebellen in doppelter Anzahl umringt und führte sein Bataillon mit seiner Entschlossenheit und Scharfsinn mitten durch dieselben.

Unterdessen müsse man doch gestehen, dass, wenn schon Herr Oberstlieutnant Neff in der Führung seines Bataillons nicht mit der höchstmöglichen Energie und Nachdruck gehandelt, gegen ihn doch keine förmliche Klage gezogen werden könne.

Hingegen trage der Herr Stabsauditor darauf an: dass demselben die Missbilligung des Tribunals einerseits über seine allzu-

Man sieht daraus, wie gefährlich es ist, den Grundsatz aufzustellen, der jetzt wieder öfters vertheidigt wird, dass der Soldat berechtigt sei, einer militärischen Ordre, die ihm unrichtig oder selbst gesetzwidrig erscheint, den Gehorsam zu verweigern. Die militärische Disziplin ist ein Band, das keine Lockerung erträgt, ohne grössere Uebel herbeizuführen, als sie mit einem, selbst unzweckmässigen Gehorsam verbunden sind.

Diese Vorfälle gaben nun der Tagsatzung, die sich ohnehin gegenüber dem Oberbefehlshaber seit seinem eigenmächtigen Kriegsbeginn in einer etwas gereizten Stimmung befand, den insoweit wohl erwünschten Anlass, in die unhaltbare Situation einzugreifen. Sie sandte sofort zwei Kommissäre, Rüttimann und Zellweger, zur Armee ab, die Brigade Schmiel wurde gänzlich aufgelöst, die Meuterer in andere, in Frankreich stehende Bataillone einverleibt und mit Corvées und Soldentzügen bis zur Hälfte bestraft. Ein grosser Theil davon desertirte jedoch auf dem Wege nach Frankreich, obwohl einzelne Kantonsregierungen, besonders Aargau und St. Gallen, noch eigens Regierungsräthe abschickten,

---

grosse, zur Schwäche ausartende Nachgiebigkeit und andererseits über die Manier, wie seine Berichte und Verhöre abgefasst waren, — welche Anfangs ganz anders als am Ende — möchte bezeugt werden.

Aus allem Angebrachten erhelle, dass der A u f r u h r und die strafbare Widersetzlichkeit eigentlich dem weit grösseren Theile des Bataillons zur Last falle.

Da man jedoch nicht alle Fehlbaren strafen könne, so müsse man sich begnügen, die Missbilligung und den Abscheu der gesammten Eidgenossenschaft über das Betragen des insurgirten Bataillons im Allgemeinen auszusprechen und dann nur im Einzelnen die besonderen Vergehen derjenigen bestrafen, welche von ihrem Herrn Bataillonschef und den Herren Hauptleuten als besonders strafbar dem Herrn Divisionskommandanten v. Affry sind verleidet worden.»

die persönlich die Ihrigen zur Pflicht ermahnten und über die Grenze führten. -- Ferner ermächtigte die Tagsatzung den Generalmajor von Castella, mit dem französischen General Laplane in Salins einen Waffenstillstand zu schliessen. Diese Konvention Laplane, die unseres Wissens noch nirgends abgedruckt ist und auch im Abschied bloss erwähnt wird, ist (wie die sofort nachfolgende mit dem Kommandanten des Forts de Joux) ebenfalls nicht mehr vorhanden. Dagegen findet sich eine Kopie davon in dem Korrespondenzbuch des eidgenössischen Oberbefehlshabers (Nr. 1357, Periode 1813 - 1848, Eidgen. Archiv) vor, die uns theilweise von der Hand Bontems' herzurühren scheint (also vielleicht unser Original ist) mit drei dazu gehörigen Berichten, alles lautend nach einander, wie folgt (pag. 145):

«An die hohe Eidgenössische Tagsatzung.

Gestern Morgen früh erhielt ich von Herrn General von Castella die Anzeige, dass ihm von Seite des französischen Generals Laplane als Kommandant der uns gegenüber stehenden 4. Division des Corps d'observation du Jura ein Projekt zu einem Waffenstillstand zugesendet worden sei, welches den beidseitigen Truppen die Substantationsstellung anweisen und bis zum Frieden oder 14 Tage nach Aufkündung fortdauern sollte.

Gleichzeitig mit diesem Berichte erhielt ich eine Mittheilung des auf meiner rechten Flanke stehenden Generals von Colloredo, dass er bei Béfort ein Blokadekorps zurückgelassen habe, dass zwischen demselben und dem General Lecourbe, der das verschanzte Lager von Béfort besetzt halte, ein partieller Waffenstillstand abgeschlossen werde, in welchem die übrigen zerstreuten Abtheilungen der Lecourbe'schen Armee nicht inbegriffen seien. Er (Feldzeugmeister Colloredo) ziehe mit dem Gros seines Korps auf Langers, woselbst er

fernere Verhaltungsbefehle des Fürsten zu Schwarzenberg gewärtige. General Frimont auf meiner linken Flanke zeigte mir an, nachdem Mâcon mit Sturm weggenommen worden, habe Marschall Suchet eine Konvention abgeschlossen, kraft welcher er am 17. Lyon den kaiserlich österreichischen Truppen übergeben und sich mit seiner Armee an die Loire zurückziehe. General Latour vom Korps des Grafen Bubna habe Grenoble genommen. Beide Generäle Frimont und Colloredo wünschten zur Unterhaltung ihrer Verbindung das Vorrücken der Schweizer gegen Besançon und der Berennung dieses Platzes.

Die bestimmten Befehle der hohen Tagsatzung sprechen gegen jedes weitere Vorrücken unserer Truppen und entscheiden imperativ meine Stellung in dieser Beziehung.

Die Schwierigkeit derselben geht aus diesem hervor: Aus den Mittheilungen der österreichischen HH. Generale schöpfte ich die Gewissheit des Abschlusses partieller Konventionen zwischen einzelnen Armeekorps, welche dadurch von feindseligem Zustand mit anderen feindlichen Truppen nicht entfernt werden. So wenig sonst dergleichen Stillstände gekannt waren, so wenig ist an ihrer dermaligen Existenz zu zweifeln.

Diese Verumständung bringt die Nothwendigkeit einer ähnlichen Uebereinkunft für die Schweizerischen Truppen hervor, damit selbige nicht einzig in friedlichem Zustand gegen das ihnen gegenüberstehende Korps verbleiben, während ihre Weigerung der Kooperation mit den alliirten Armeen ihnen jede gegenseitige Unterstützung entzieht.

Die Schwierigkeit des Abschlusses einer solchen Unterhandlung ist hinwieder einleuchtend. Die in der Konvention vom 20. May ausgesprochenen Verbindlichkeiten einerseits, die Behauptung eines passiven Zustandes andererseits, ungeachtet aller politischen und militärischen Verfügungen, welche die Franzosen stets als offenbare Feindseligkeiten

betrachteten, leiten zu Widersprüchen, welche schwer zu heben sind.

In der Verlegenheit, in welche mich eine solche Verumständung setzen musste, entbehrte ich sowohl der Willensmeinung der Herren Repräsentanten, als auch des Rathes des Herrn Oberstquartiermeisters. Da aber der Herr General-Major von Castella nicht ohne Weisung gelassen werden konnte, so erliess ich nach sorgfältiger Beherzigung aller Nachtheile diejenige, von welcher Euer Hochwohlgeboren beigebogen die Abschrift sub Nr. 1 finden, welcher ich am Abend nach gepflogener Berathung, zu welcher ich Herrn Oberstquartiermeister einberufte, die Erläuterung Nr. 2 nachsende. Hochdieselben werden aus diesem Beispiel entnehmen, wie ausserordentlich nachtheilig der Mangel einer regelmässigen Verbindung mit den Hauptquartieren der beiden grossen österreichischen Armeen einwirkt und wie nothwendig es gewesen wäre, in jedem derselben einen verständigen und gewandten Offizier zu haben, der fortwährend von den allgemeinen Ansichten Bericht erstattet hätte.

Euer Hochwohlgeboren werden bemerken, dass die Lage, die aus einer solchen bloss partiellen Konvention hervorgeht; prekär scheint; allein eine Remedur kann einzig auf diplomatischem Wege erfolgen, wo ausgemacht werden muss, ob und wie die Stellung der Schweiz in den allgemeinen Unterhandlungen festzusetzen sei.

Freilich reduzirt sich die grosse Frage im Eigentlichen dahin: ob die französischen Truppenabtheilungen in unserer Nachbarschaft sich dem König unterwerfen oder nicht; in ersterem Falle hört für die Schweiz, die ihre freundschaftlichen Bundesverhältnisse mit dem König nie unterbrochen hat, jede feindselige Stellung auf, und in letzterem Falle treten wieder ganz andere Ansichten ein, die eine eigene Weisung der h. Behörde erfordern.

Nach erfolgter Zurückkunft des Herrn Oberst-Quartiermeisters berieth ich mich auch über die nothwendigen Mit-

theilungen an die österreichischen Generäle, von welchen ich Hochdenselben Kenntniss zu geben die Ehre habe.

Vom 15. July 1815.

An den K. K. österreichischen General der Kavallerie, Freiherrn v. Frimont.

Ich wünsche mit lebhaftem Antheil Euer Excellenz zu den schönen Fortschritten Glück, welche die unter Hochdemselben stehende Armee gemacht hat, und welche mir durch das Schreiben vom 13. diess angezeigt wurden. Ich verdanke Euer Excellenz auf's Verbindlichste diese Mittheilungen.

Oberst von Sonnenberg hat Befehl und die nothwendigen Verstärkungen zur Besetzung des Pays de Gex und des Val des Rousses erhalten ; das von Euer Excellenz nach Lons le Saulnier geschickte Kommando wird meinen linken Flügel bei Levier getroffen haben.

Feldzeugmeister Graf Colloredo zeigt von Héricourt unterm 11. dies an: Er hoffe, auf diesen Tag einen Waffenstillstand für Béfort und für das Blokadenkorps von diesem Platze zu Stande zu bringen, was aber für die übrigen zerstreuten Detachemente des Lecourbe'schen Korps keine Gültigkeit haben werde. Sodann gedenke er, in forcirten Märschen Langres zu erreichen und daselbst die weiteren Befehle des Herrn Feldmarschall Fürsten Schwarzenberg zu erhalten.

Nach Abschliessung dieser partiellen Konventionen und Stillstände habe ich mich ebenfalls mit den mir gegenüber stehenden französischen Generalen über eine ähnliche Abrede benommen.

Vom 17. July 1815.

S. des K. K. Oesterreichischen Feldzeugmeister Grafen von Colloredo-Mansfeld Exc.

Durch die Berichte des den rechten Flügel der schweizerischen Truppen kommandirenden Divisionairs habe ich Kennt-

niss derjenigen Mittheilungen erhalten, welche Euer Excellenz an denselben zu richten geruhten. Von dem die italienische Nord-Armee en chef kommandirenden Herrn General der Kavallerie Baron Frimont habe ich vernommen, dass, nachdem er Mâcon mit Sturm genommen, der Marchall Suchet eine Konvention eingegangen sei, vermöge welcher er am 17. Lyon an den General Frimont übergebe und sich an die Loire zurückziehe.

General Frimont hat ein Streifkommando nach Lons le Saulnier geschickt.

Nach erhaltener Kenntniss dieser partiellen Abschliessungen habe ich mich über ähnliche Abreden mit den mir gegenüberstehenden französischen Generälen benommen.

*Convention*

passée entre Monsieur Gilibert, Colonel, officier de la Légion d'honneur, chargé de pleins pouvoirs de Monsieur le Lieutenant Général Baron de Laplane, Commandant de la 4me Division de Réserve du Corps d'observation du Jura d'une part

et

Monsieur le Lieutenant-Colonel Auguste de Bontems, également muni de pleins pouvoirs définitifs de Son Excellence le Général en chef de l'armée Suisse, à l'effet de désigner une ligne de démarcation entre les Trouppes de la Confédération Suisse de la 1re et 2me Divisions et celles sous les ordres du Général de Laplane d'autre part.

Après avoir échangé leurs pouvoirs respectifs, ils sont convenu de ce qui suit:

Article 1er.

La ligne de démarcation des avant-postes est reglée ainsi qu'il suit:

La 1re Division de l'armée Suisse occuppera *Dournon*, en laissant neutre la ligne partant de ce village et passant par ceux de *Cernans, Oresches, Jvory* et jusqu'à *Mesnay* qui

pourra être occuppé ainsi que Arbois par les Trouppes Suisses. La rivière de Cuisance sera devant leur front jusqu'à *Martenay* sur Cuisance s'arrêtant à Villier les Roids.

Article 2.

La 2me Division de l'armée Suisse aura la ligne formée par le Doubs et la Louve en se reployant vers *Dournon* à partir de la chapelle qu'elle pourra occupper sans cependant la dépasser du côté de *Salins*, et se dirigeant sur *Yvrey* ayant encore égard à ce qu'il ne soit point fait de vivres à *Quingcy*.

Article 3.

Les officiers Payeurs de la 4me Division de Réserve du Corps d'observation du Jura ainsi que les officiers d'ordonnances ou autres voyageront isolément et les Courriers pourront librement aller et revenir de *Salins* à *Besançon* par la partie de la grande route qu'occuppera l'armée Suisse sans pouvoir être inquiétés par elle qui au contraire leur accordera toute protection et facilité.

Article 4.

Les avant-postes français suivront la même ligne que ceux des 1re et 2me Divisions Suisses en ayant égard à la neutralité des villages ci-dessus determinée.

Article 5.

Dans le cas où la 1re et 2me Division de l'armée Suisse serait attaquée par des Trouppes Françaises étrangères au corps d'observation du Jura, les Trouppes Suisses seules auront le droit de rompre la présente Convention.

Article 6.

Dans le cas où il s'élèverait quelques difficultés sur l'exécution de quelques articles de la présente Convention,

elles seront levées d'après l'honneur et la loyauté des deux Parties contractantes.

Article 7.

Il est convenu en outre que la présente convention sera exécutée dès aujourd'hui à midi dix-sept juillet et durera six fois 24 heures pendant lesquelles le Général Laplane s'engage à demander au Général en Chef Lecourbe pour l'armée Suisse l'occupation de la ville de *Salins* et celle des magasins de vivres qui pourraient exister dans la place au quel cas la Rivière de la Louve servirait de Limite ou Ligne de démarcation.

Article 8.

Lorsque la réponse à la demande du Général Laplane aura été par lui notifiée au Général en chef de l'armée Suisse à *Pontarlier*, celui-là pourra prolonger la durée de la Convention ou en dénoncer la nullité dans les 24 heures et dans le dernier cas il est convenu que la 2[me] Division Suisse prendra sa Ligne derrière *Ornans* et *Dournon.*

Article 9.

Dans le cas où le général en Chef Lecourbe consentira à l'évacuation de *Salins* dans le terme convenu, le Général en Chef des Trouppes Suisses s'engage à obtenir du Commandant des Trouppes alliées un passage pour la 4[me] Division du corps d'observation du Jura pour se rendre à la destination qui lui sera désignée par le Gouvernement français ou à une position qui assure la subsistance de cette Division.

Article 10.

La Ville d'*Arbois* ne pourra être occuppée par les Trouppes Suisses qu'à compter de demain dix-huit juillet à midi.

Article 11.

Dans l'évacuation des Pays cédés à l'armée Suisse les Convois des armées françaises seront respectés par l'armée Suisse qui évitera d'ailleurs toute hostilité pendant la durée de la présente Convention envers les Trouppes de la 4me Division du corps d'observation du Jura.

Il est bien entendu que les hostilités ne pourront commencer de part et d'autre que 24 heures après la dénonciation de la rupture de la présente Convention.

Fait et Clos à Salins aujourd'hui 17 juillet 1815.

(Signé) Le Colonel Gilibert.

(Signé) Auguste de Bontems, Lt. Colonel.

*Ratification.*

Nous François Nicolas Baron de Bachmann an der Leze, Commandeur de l'ordre royal et militaire de St. Louis, Grand Croix de l'ordre militaire des P. P. Maurice et Lazare, Général en Chef de l'armée de la Confédération Suisse avons ratifié et ratifions par les présentes la Convention ci-dessus et promettons de la tenir en tout point dès ce jour sauf la ratification suprême de la Diète de la Confédération Suisse, en attendant laquelle ratification suprême la dite Convention sera exécutée et observée en tous points et promettons en cas de non-ratification de rentrer dans la Ligne occuppée par les Trouppes Suisses avant la présente Convention.

Donné à Notre Quartier-Général à Neuchâtel le 18 juillet 1815.

Le Général en Chef des Trouppes de la Confédération Suisse

(Signé) Bachmann.

Den 19. July.

An den General-Lieutenant Baron v. Laplane, Kommandant der 4. Reserve-Division des Observations-Korps vom Jura.

J'ai reçu la lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire en date de Salins le 18 juillet qui m'a été remise par Monsieur le Capitaine Michel.

Vous me faites connaître, Monsieur le Général:

1° Que vous ratifiez la convention du dix-sept juillet 1815 signée par Monsieur le Colonel Gilibert et le Lieutenant Colonel de Bontems.

2° Que Monsieur le Général en chef Lecourbe Vous autorise de remettre Salins et les magasins existants dans la place, en exécution de l'article sept de la Convention.

Vous avez, Monsieur le Général en Chef, religieusement observé l'article sept de notre Convention; il me reste de faire ce à quoi je me sens obligé par l'article neuf. Jaloux de mériter Votre estime, stricte observateur de mes engagements, le gouvernement français n'ayant point assigné de destination à la Division que Vous commandez, je dois avec et après la remise de Salins Vous assurer l'occupation d'une position qui fournisse à la subsistance de Votre Division en attendant les ordres de Votre Souverain.

Veuillez, Monsieur le Général, me la faire connaître et compter d'avance sur ma fidélité à remplir mes engagements, sur la loyauté Suisse et sur la parfaite considération avec laquelle etc., etc. [1])

---

[1]) Dieses «Korrespondenzbuch» des eidgenössischen Generals, enthält einige weitere interessante Korrespondenzen, aus denen u. A. deutlich hervorgeht, dass er sich, zumal seit Abschluss der Militärkonvention vom 20. Mai, als an der Seite der Alliirten fechtend ansah und demgemäss für befugt hielt, dem Oberbefehlshaber der alliirten Armee direkt Nachrichten über die Stellung

Dem Obergeneral v. Bachmann und dem Generalmajor war inzwischen nämlich der kriegerische Eifer durch die Meuterei auch etwas abgekühlt worden und sie empfahlen nun selbst in einem Kriegsrath, der von

---

der französischen Streitkräfte zukommen zu lassen, so dass von einer wirklichen Neutralität der Schweiz schon lange vor dem Einrücken in Hochburgund nicht mehr die Rede war. Ein solches Schreiben (Korrespondenzbuch, pag. 107) lautet:

« Hauptquartier Bern, den 21. Juny 1813.

« An des K. K. Oesterreichischen Feldmarschall Fürsten zu Schwarzenberg Durchlaucht.

Ew. Durchlaucht erhalten in der Anlage einen Bericht über die Stellung und die Lage der französischen Truppen in den Rhein-Departements und den allda getroffenen Verfügungen. Dieser Bericht eines verständigen Beobachters enthält verschiedene Angaben, welche nicht ohne Interesse sein dürften, und den ich also Ew. Durchlaucht mitzutheilen mich beehre.

Auf der westlichen Grenze der Schweiz gegen Belfort und Pontarlier haben sich seit einigen Tagen die Franzosen beträchtlich verstärkt. Nach den Bewegungen des Generals Desaix gegen Savoyen habe ich die nöthigen Anstalten getroffen, um das Débouché aus dem Wallis auf jeden Fall zu sichern. Die Franzosen haben sich nicht über Thonon hinaus gewagt. »

Offenbar hatte der eidgenössische General schon bei Beginn der Grenzbesetzung die Ansicht, dass eine wirkliche Vertheidigung der Grenzen gegen Jedermann weder in der Absicht der Tagsatzung noch im Bereich der Möglichkeit liege. Schon in einem Schreiben vom 12. April an den Präsidenten der Tagsatzung (Korr. pag. 2) proponirt er daher, mit Bayern zu verhandeln, « afin que celle-ci fasse placer sur notre flanc droit un corps de cavalerie de 9000 hommes au moins avec ordre d'entrer en Suisse au premier appel. »

Dagegen findet er in einem andern Schreiben vom 4. Mai an den nämlichen Präsidenten (Bürgermeister v. Wyss) mit Recht, dass dessen Instruktion, dem inzwischen in die Schweiz gekommenen Generalmajor v. Steigentesch « durch vertrauliche Verabredung und durch allen nöthigen Vorschub bei der Erfüllung seiner Aufträge gefällig an die Hand zu gehen », seiner allgemeinen

den obersten Stabsoffizieren und den eidgenössischen Kommissären abgehalten wurde, den Rückzug, der dadurch formell etwas erleichtert wurde, dass gleichzeitig das Freischaarenwesen an der Grenze nachliess und

---

Instruktion widerspreche, die « durchaus gegen jeden Einmarsch fremder Truppen gerichtet ist » (Korr. p. 9).

Dieser innere Widerspruch zwischen einer ostensiblen Neutralität und einer wirklichen Abhängigkeit von den Alliirten tritt überhaupt in der ganzen Korrespondenz des Generals auf das Deutlichste hervor. In einem längern Schreiben vom 21. Mai (Korr. p. 35) sagt er, nicht mit Unrecht: « Das Wort Neutralität, an welches man einen aus ehemaliger, für immer entschwundener Zeit hergeholten, nach heutigen Verhältnissen irrigen Begriff haftet (sic!), hat auch auf das Gemüth eines nicht unbedeutenden Theils der Soldaten einen tiefen Eindruck gemacht, anderer unter denselben bestehender Empfindungen nicht zu gedenken. »

In einem Schreiben an die Tagsatzung vom 31. Mai (Korr. p. 73) kommt er auf diesen Punkt mit der Bemerkung zurück, dass bei einem Einmarsch der fremden Truppen, « dem sich zu widersetzen unsere Aufstellung nicht gestattet » in den Reihen der eigenen Armee Unruhen ausbrechen könnten. « Hätten wir mit Soldaten zu thun, welche keinen politischen Glauben haben, so wäre von alledem nichts zu besorgen; aber mit unsern Leuten, wo jeder seine eigene Meinung hat, jeder Offizier und Soldat von seiner Wichtigkeit als wirklicher Bestandtheil des Souveräns recht sorgfältig überzeugt worden ist, muss wenigstens auf den, wie ich glaube, nahe bevorstehenden Fall Bedacht genommen werden etc. » Von der Militärkonvention vom 20. Mai sagt er mit Recht: « Es bleibt kaum einem Zweifel unterworfen, dass von Frankreich die abgeschlossene Konvention als eine Kriegserklärung werde gedeutet werden. »

In einer Instruktion an die Divisionskommandanten vom 5. Juni (Korr. p. 82) theilt er demzufolge denselben einfach mit: « Dieser Konvention zufolge trittet die Eidgenossenschaft der Koalition bei und entsagt der Neutralität », mit dem Auftrage, ihre Truppen auf diese veränderte Sachlage vorzubereiten und « die allgemeine Stimmung dahin zu lenken, dass man sich von nun an als gegen Frankreich im Kriegszustand befindlich betrachte. » In einem Schreiben vom 15. Juni (Korr. p. 91)

das Fort de Joux die weisse (königliche) Fahne aufgezogen hatte. In der Tagsatzung, an welche diese Berichte gelangten, waren die Meinungen zweifellos für sofortigen Rückzug und die ungünstige Beurtheilung des

---

bestätigt der General eine Zuschrift der diplomatischen Kommission der Tagsatzung, die im Abschied nicht enthalten ist, wonach die Kommandanten solcher Posten, bei denen sich alliirte Truppen zum Einmarsch melden würden, ehe die eigentliche Zustimmung der Tagsatzung erfolgt wäre, gegen diesen Einmarsch protestiren sollen, ohne jedoch Gewalt entgegenzusetzen.

Das politisch merkwürdigste Stück der Korrespondenz ist ein Brief vom 30. Mai (Korr. p. 62), wornach von dem Schultheissen v. Mülinen in Bern mit der exilirten bourbonischen und der englischen Regierung Unterhandlungen über die Aktivirung der in die Schweiz zurückgekehrten Schweizerregimenter für die Sache der Bourbonen gepflogen wurden. Der General, der von Mülinen aufgefordert worden war, selbst darüber an den englischen Minister Canning, welcher die Kosten übernehmen wollte, zu schreiben, und dies auch that (Korr. p. 64), verhehlt sich dennoch in seinem Berichte hierüber an Bürgermeister v. Wyss nicht, welche bedenkliche Rolle die angeblich neutrale Schweiz hiedurch übernehmen würde, indem er schreibt: « Von den politischen Hindernissen will ich gegen Ew. Excellenz nichts anbringen. Hochdieselben kennen allzugut den Geist mehrerer Regierungen in der Schweiz, um nicht die folgenden Besorgnisse vorherzusehen, welche bei denselben die Formation eines königlich französischen, zum offensiven Krieg bestimmten Korps im Innern der Schweiz hervorbringen würde. »

Schon vom 18. Juni (Korr. p. 101), 11 Tage vor der Beschiessung Basels durch Barbanègre, komparirt sodann ein Auftrag an die Obersten v. Gady in Yverdon und v. Sonnenberg in Genf, die Verhältnisse der Landstrassen über Les Rousses und das Thal des Lac de Joux nach Pontarlier genau zu erkundschaften.

Zwei Briefe vom 29. Juni an den Feldmarschall v. Schwarzenberg und den österreichischen General v. Frimont (Korr. p. 113) theilen denselben mit, dass man sich infolge der Bombardirung Basels durch den Kommandanten von Hüningen, bei Verrières, la Brévine und Jougne zur Aktion gegen Frankreich konzentrire.

An die Tagsatzung, welche ihn durch Beschluss vom 1. Juli aufgefordert hatte, sie über seine diesfälligen Absichten zu in-

Oberbefehlshabers war die bei weitem vorherrschende. Einzelne sonderbare Ansichten liessen sich freilich auch noch hören. Die Solothurner Gesandten z. B. wollten zum Rückzug nur unter der Bedingung stimmen, dass die Tagsatzung den besetzten Theil von Hochburgund förmlich dem Könige von Frankreich wieder zustelle, auf dessen Gnade und Hofhaltung in Solothurn sie

---

formiren, ergeht am 3. Juli (Korr. p. 118) ein Bericht, der offenbar nicht die wirklichen Gedanken des Generals enthält und am 5. die Mittheilung über das Einrücken « in Folge einer Einladung der Munizipalität von Jougne und der umliegenden Gemeinden », welche « ihre alten guten Nachbarn und Freunde, die Schweizer bitten, ihre Gemeinden zu besetzen, um sie vor Unglück, sonderheitlich vor den Misshandlungen der räuberischen französischen corps francs und der in Unordnung oder Auflösung marschirenden Truppenkorps zu schützen. » Gleichzeitig wird berichtet, dass die Oesterreicher bereits am 3. Juli Abends bei Les Rousses standen und am 4. Morgens die Faucille mit ziemlichem Verluste besetzt haben.

Ein späterer Bericht vom 7. Juli (Korr. 128) sagt, dass die Erstürmung dieses wichtigen Défilés, das durch 17 Schanzen vertheidigt war, bei 800 Mann gekostet habe.

Ein Brief vom 8. Juli an den Obersten v. Gady in Pontarlier bestätigt demselben den Empfang eines Pakets « qui contient des drapeaux trouvés à l'hôtel de ville de Pontarlier » (Korr. p. 129).

Den deutlichsten Einblick in die Gedanken des eidgenössischen Generals über seine Stellung gewähren zwei Meldungen desselben an den Fürsten Schwarzenberg vom 24. und 26. Juli (Korr. p. 166 ff). Es scheint uns daraus hervorzugehen, dass er sich überhaupt einfach als unter dem Oberbefehle dieses Heerführers der Alliirten stehend ansah und daraus die Berechtigung ableitete, nach seinem Ermessen an den militärischen Bewegungen derselben theilzunehmen. Das Schreiben vom 26. Juli lautet:

« Seiner Durchlaucht, dem Fürsten zu Schwarzenberg!

Im Augenblick der Wahrscheinlichkeit eines Krieges in meinem Vaterland bin ich von der schweizerischen Tagsatzung zum Kommando der Eidgenössischen Truppen berufen worden. In den Verhältnissen, welche diese Stellung gegen Euer Durch-

vielleicht wieder hofften. Im Wesentlichen lautete der Tagsatzungsbeschluss dahin:

«Die eidgenössische Tagsatzung,

nach reiflicher Erwägung der Zuschriften Seiner Excellenz des Herrn eidgenössischen Obergenerals und der Herren Repräsentanten im Hauptquartier vom 18., 19., und 20. Heumonat, hat folgende Weisungen über die jetzige Stellung der eidgenössischen Armee und die bei derselben vorzunehmende Reduktion an den Herrn General zu erlassen

beschlossen:

---

laucht begründeten, habe ich getrachtet zu leisten, was nach dem mir angewiesenen Wirkungskreis möglich war.

Die Absicht, die Operationen der Verbündeten Heere, welche unter Euer Durchlaucht oberstem Befehl auf beiden Flanken der Schweiz vorrücken, vereinigt mit meiner Pflicht, die schweizerischen Grenzen zu schützen, leiteten meine Entschlüsse.

Vor drei Tagen hatte ich die Ehre, Euer Durchlaucht anzuzeigen, dass die Schweizerische Armee reduzirt werde und fernerhin bestimmt sei, nach dem deutlichen Sinn der Konvention vom 20sten Mai zu handeln; nunmehr habe ich auch die Ehre, Euer Durchlaucht den ergebensten Dank für die mir erwiesene Wohlgewogenheit ehrerbietigst anzubringen und meinen Nachfolger in die Fortdauer derselben zu empfehlen.

Die Tagsatzung hat auch, nach dem Begehren des Herrn Generalmajor von Castella, demselben seine Entlassung ertheilt und dem bisherigen Herrn General-Quartiermeister Finsler das Oberkommando übertragen.

Es wollen Euer Durchlaucht mit Darbringung meiner eifrigsten Wünsche für den Ruhm und die Wohlfahrt Euer Durchlaucht zugleich den Ausdruck meiner unbegrenzten Verehrung gütigst genehm halten.»

Erst die Durchsicht dieser Korrespondenz, die sich bisher nirgends hinreichend abgedruckt findet, macht dem Leser den Kriegszug nach Hochburgund in seiner Entstehung klar, zeigt aber auch ebenso klar, dass derselbe nicht ein plötzlicher Entschluss, veranlasst durch das Bombardement von Basel, sondern längst vorher schon beabsichtigt und sogar vorbereitet war.

1) Sowie die Tagsatzung die künftige Vertheidigung des eidgenössischen Gebietes als den Zweck ihres militärischen Aufgebots schon im Monat März erklärt; nach dem nämlichen Grundsatz zwei Monate später an dem Bund der europäischen Mächte gegen die seither aufgetretene revolutionäre Regierung Frankreichs theilgenommen; in allen dem eidgenössischen Generalkommando ertheilten Instruktionen, namentlich durch ihre Beschlüsse vom 22. März, 19. Brachmonat, 1., 3. und 7. Heumonat, die Beobachtung dieses Militärdefensionssystems auf das Nachdrücklichste empfohlen, und eine Ueberschreitung der Grenzen zu Militäroperationen nach dem jenseitigen Gebiet oder zur Einnahme besserer Stellungen zunächst an demselben nur insofern gestattet hat, als solches zur Sicherheit einzelner Theile des Schweizerbodens vor feindlichen Angriffen, zur Abwehrung der Einfälle und Verheerungen räuberischer Freikorps, oder zur Unterhaltung nothwendiger Verbindungen unter den verschiedenen Abtheilungen der Armee und mit Genf erforderlich wäre, — so kann die Tagsatzung die Anfrage seiner Excellenz des Herrn Generals vom 20. Heumonat nicht anders als in völliger Uebereinstimmung mit ihrem Nationalsystem entscheiden, und will daher den Herrn General neuerdings auf den deutlichen Sinn aller angeführten Beschlüsse verweisen.

2) Infolge dieser Grundsätze, sowie in Betrachtung der gegenwärtigen Umstände, da einerseits längs der schweizerischen Grenzen Waffenruhe eingetreten, und die Auflösung der Freikorps erfolgt ist, anderseits schon in diesem Augenblick eine grosse Dislokation in der eidgenössischen Armee ihren Anfang genommen hat, erwartet die Tagsatzung, das eidgenössische Generalkommando werde ohne Anderes die Hauptkorps von ihren zu weit ausgedehnten Kantonirungen in Hochburgund wieder auf schweizerischen Boden und die Observationsposten in diejenigen Stellungen zurückziehen, welche für die unmittelbare Vertheidigung der Grenzen und zur Sicherheit der Verbindungen mit Genf erforderlich sind.

Hierzu gehören die Beobachtung des Passes bei Jougne und des Fort de Joux, die Besetzung des Schlosses Blamont, des Thals des Rousses, der Landschaft Gex, letzterer insoweit darüber mit dem k. k. österreichischen General v. Frimont bereits vorläufige Abrede getroffen worden ist.

3) Der Herr Obergeneral hat dafür zu sorgen, dass der Rückmarsch der eidgenössischen Truppen auf schweizerisches Gebiet nicht allein mit möglichst geringer Beschwerde für die betreffenden Kantone, sondern auch mit Anstand und Ordnung geschehe, wie es einer Armee geziemt, welche, so lange sie in der Nähe des Feindes und das Vaterland selbst in Gefahr gewesen ist, den besten Geist an den Tag gelegt hat. Ganz vorzüglich wird aber dem Generalkommando zur Pflicht gemacht, die Bewegungen der verschiedenen Korps nach den Mitteln zu deren regelmässiger Verpflegung genau zu bestimmen, indem die Tagsatzung lebhaft bedauern muss, dass mehrere Abtheilungen dieser braven Armee, theils auf forcirten Märschen, theils bei ihrem unvorbereiteten Vorrücken in verarmte Gegenden, dem Mangel ausgesetzt wurden und wirklichen Grund zu Klagen gehabt haben.

4) Sowie der Herr eidgenössische Obergeneral am Ende Brachmonats letzthin den auf seinen beiden Flügeln operirenden k. k. österreichischen Generalen von der Konzentration des aktiven Theils der Armee und der darauf erfolgten Ueberschreitung der Grenze Kenntniss gegeben hat, so liegt auch demselben ob, durch zweckmässige Mittheilungen die Anführer der alliirten Truppenkorps in der Nähe der Schweiz über den wirklichen, ebenso schleunigen Rückmarsch zu verständigen, so dass kein Nachtheil daraus entstehe, noch gegründete Beschwerden diessfalls gegen die Schweiz geführt werden.

5) Die Tagsatzung ertheilt dem Antrag ihren Beifall, dass die Armee vorläufig auf 27 Bataillone Infanterie, 6 Scharfschützenkompagnien, 4½ Kompagnien Kavallerie und 8 Batterien heruntergebracht werde, nachdem von dem Herrn General auf den Vorschlag des Herrn Oberstquartiermeisters

und im Einverständniss mit den Herren eidgenössischen Repräsentanten genehmigten Reduktionsplan, welcher in Verbindung mit der angeordneten neuen Dislokation in Ausführung gesetzt werden soll.» (Absch. III, p. 445.)

An den Obergeneral erliess die Tagsatzung folgendes deutliche Schreiben:

« Zürich, den 22. Heumonat 1815

Herr Obergeneral!

Die Zuschriften Euerer Excellenz vom 18. und 20. Heumonat haben heute in unserer Mitte eine wichtige und ernstliche Berathung veranlasst; durch erstere wird der Tagsatzung eine Konvention zur Genehmigung vorgelegt, welche der ersten und zweiten Division der eidgenössischen Armee ausgedehnte Kantonirungen in Hochburgund anweiset; durch letztere vernimmt die Tagsatzung den Antrag, diese nämlichen Divisionen schleunigst aus Hochburgund auf das eidgenössische Gebiet zurückzuziehen, und zwar aus solchen Gründen, die wir oft bei standhafter Behauptung unseres Nationalvertheidigungssystems sogar gegen Euer Excellenz entwickelt haben. Wir wollen die Vergleichung nicht weiter verfolgen; wir wollen viele Bemerkungen unterdrücken. Euer Excellenz empfangen unsern einmüthigen Beschluss, auf dessen pünktliche Befolgung wir aber zuverlässig zählen müssen, da es uns nicht allein an der Konsequenz unserer Beschlüsse gelegen ist, sondern vorzüglich an der Ehre und an dem Unterhalt der Armee, deren Rückzug ebenso regelmässig und ehrenvoll sein soll, als ihre Stimmung zur Zeit einer wirklichen Gefahr für die vaterländischen Grenzen sich vortrefflich bewiesen hat.

Die wir Euerer Excellenz mit ausgezeichneter Hochachtung wohl zugethan verbleiben.

Im Namen der eidgenössischen Tagsatzung,
der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident derselben.»

(Absch. III, p. 446.)

Dasselbe wurde auch verstanden und sowohl Bachmann als Castella gaben sofort ihre Entlassung ein, die ihnen auch alsbald in ehrenvoller Form bewilligt wurde. Die Entlassungsbegehren lauten:

«1) An die H. eidgenössische Tagsatzung.

Hochwohlgeborne, Hochgeachtete Herren!

Nach einer langen Laufbahn, in welcher kein Augenblick ist, auf den ich nicht mit der Zufriedenheit, die das Gefühl guten Willens und treuer Absicht gibt, zurückblicken kann, glaubte ich, meine übrigen Tage in Ruhe verleben zu können, als ich von der H. Tagsatzung zu dem Kommando der Armee berufen wurde.

Ich misskannte die Schwierigkeit einer solchen Stellung nicht ganz; doch glaubte ich damals das System der Schweiz in der Proklamation vom 24. März deutlich angegeben zu sehen, und der Wunsch, die Früchte einer langen, mühevollen Erfahrung meinem Vaterlande darzubringen, die Hoffnung, in einer ehrenhaften militärischen Stellung meines Landes demselben meine letzten Kräfte zu widmen oder im Kampfe für dasselbe in der Sache der Menschheit ein Leben zu enden, dessen ganzer Zweck ehrenhaft war, bewog mich, dem Rufe zu folgen, den die H. Tagsatzung an mich richtete.

Die Begebenheiten nahmen eine ganz andere unerwartete Wendung. Meine Stellung (wurde) dadurch verrückt und ich derselben fremd.

Von diesem Augenblick an fasste ich den Entschluss, abzutreten.

Oft wiederholte Erfahrungen bewiesen mir deutlich, dass dieser Entschluss der einzige sei, bei dem ich nach meinen Pflichten gegen mein Vaterland, die mir vertraute Armee und mich selbst stehen bleiben konnte.

Noch fühlte ich, dass, so lange als ein Anschein der Gefahr vorhanden war, ich nicht abtreten, mich nicht von meinem Posten entfernen sollte, aus dessen Verlassung damals Folgerungen hätten können gezogen werden, die in den

Truppen Ungewissheit und Schwanken hervorgebracht und dadurch sowohl, als in andern Rücksichten für die Behörden meines Vaterlandes eine Verlegenheit möglich gemacht hätten.

Nach dem festen Willen, mit meinen schwachen Kräften in allen Hinsichten Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden, konnte dieser Grund einzig mich hindern, schon im Anfang des Maimonats und seither wiederholt meine Entlassung einzugeben.

Jetzt, Dank der Vorsehung, welche die Tapferkeit der europäischen Heere segnete, ist keine Gefahr mehr; es ist mir vergönnt, meiner Ueberzeugung zu folgen.

Ich lege diesem nach in die Hände von Euer Hochwohlgeboren eine Stelle nieder, in welcher ich den Rest meiner Gesundheit, die Zufriedenheit eines Gemüthes, die oft dem bittersten Glückswechsel widerstanden hat, zugesetzt habe.

Ich trete ab mit dem beruhigenden Gefühl, das Gute gewollt und gesucht zu haben.

Mögen Euer Hochwohlgeboren meinen Dank genehmigen für das Zutrauen, mit dem Sie mich beehrten, und das ich stets zu rechtfertigen getrachtet habe.

Ich schliesse die Entlassung des Herrn Generals von Castella bei und gewärtige von Hochdenselben den Befehl, an wen ich das Kommando übergeben soll, welches, wenn der Ueberbringer dieses Briefes darüber keinen bestimmten Befehl zurückbringt, ich dem Herrn Oberst-Reservekommandanten Finsler übertragen werde, da ich unter keiner Bedingung dasselbe länger beibehalten kann.

Ich bitte Euer Excellenz und Euer Hochwohlgeboren, den Ausdruck der ehrfurchtsvollsten Hochachtung genehm zu halten, mit welcher ich zu verharren die Ehre habe.

Neuenburg, den 22. Heumonat 1815.

Euer Hochwohlgeboren gehorsamster Diener

Bachmann.»

« *2) A Son Excellence Monsieur le Président et à Messieurs les Membres composant la haute Diète de la Confédération Suisse.*

Au quartier général de Neuchâtel,
le 20 Juillet 1815.

Monsieur le Président!

La réduction de l'armée, l'état de paix succédant à l'état de guerre rendant mes services superflus, j'ai l'honneur de remettre entre les mains de Votre Excellence la démission du poste éminent de Major-Général de l'armée, que la haute Diète a daigné me confier.

J'ai par mon zèle pour le bien du service cherché à justifier de la confiance de mon souverain et à donner des preuves de mon dévouement à la patrie.

Je suis avec le plus profond respect,
Monsieur le Président,
De Votre Excellence
Le très-humble et très-obéissant serviteur
*Comte de Castella.* »

(Absch. III, 450 u. 451.)

Die Tagsatzung antwortete darauf mit folgenden Schreiben:

« Seiner Excellenz dem Herrn Baron v. Bachmann, Obergeneral der eidgenössischen Armee.

Zürich, den 24. Heumonat 1815.

Herr Obergeneral!

Euer Excellenz haben bei Anlass der beträchtlichen Reduktion, welche in der Armee vorgenommen wird, das Generalkommando in die Hände der Tagsatzung niedergelegt und die Erklärung beigefügt, dass Sie unter keiner Bedingung dasselbe länger beibehalten würden. Auf diese Art lassen Euer Excellenz der Tagsatzung keine Möglichkeit, die

Abänderung eines solchen Entschlusses zu bewirken; sie muss bewilligen, was sie nicht verweigern kann, und ertheilt also Euerer Excellenz, wenn auch ungern, die begehrte Entlassung.

Durch die Bereitwilligkeit, mit welcher Euer Excellenz in Zeiten drohender Gefahren das Generalkommando unserer Armee übernommen und es in Ihrem hohen Alter, mit Anstrengung aller Kräfte, mitten unter vielen Schwierigkeiten und Hindernissen bisdahin beibehalten haben; durch Ihre unausgesetzten, mit gutem Erfolg gekrönten Bemühungen, einerseits dem eidgenössischen Defensionale mehr Zusammenhang und einen festen Bestand zu geben, anderseits den schweizerischen Milizen jenen militärischen Geist einzuflössen, der den brauchbaren und geübten Soldaten charakterisirt, endlich durch viele Beweise von Thätigkeit und militärischer Erfahrung, von Wachsamkeit und Eifer, welche Euer Excellenz auf diesem wichtigen Posten an den Tag legten, haben Sich Hochdieselben gerechte Ansprüche auf den Dank und die Hochachtung des Vaterlandes erworben. Wir machen es uns zur angenehmen Pflicht, diese Gesinnungen hier im Namen der Eidgenossenschaft auszudrücken.

Euer Excellenz werden bevollmächtigt, das Generalkommando des annoch im Dienst verbleibenden Armeekorps dem Herrn Oberstquartiermeister Finsler auf den Zeitpunkt zu übergeben, den Sie selbst nach eigener Ueberzeugung und nach den bereits begonnenen Truppendislokationen als den schicklichsten und angemessensten erachten werden. Wir ersuchen Sie, diese Abänderung in dem Kommando zu gleicher Zeit durch einen Tagesbefehl der Armee bekannt zu machen.

Mit der Bitte an Gott, dass er Sie noch lange Jahre in erwünschtem Wohlsein erhalten möge, versichern wir Euer Excellenz unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen der eidgenössischen Tagsatzung,
Der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident derselben.»

« *A Monsieur le Comte de Castella, Major-Général de l'armée suisse.*

Zurich, le 24 juillet 1815.

Monsieur le Comte,

La Diète vous accorde sur votre demande la démission de la place de Major-Général de l'armée suisse. Elle vous témoigne sa reconnaissance du zèle, de l'activité et de l'expérience dont vous avez donné des preuves dans ce poste important.

Recevez, Monsieur le Général, l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom de la Diète générale de la Suisse.

*Le Bourgmestre du canton de Zurich, Président.* »

(Absch. III, p. 452 u. 453.)

Einzig die Vertretung von Waadt votirte für « démission pure et simple. » [1])

---

[1]) General Bachmann machte, seinem System getreu, auch von seiner Verabschiedung (am 26. Juli von Neuenburg aus) dem « Hrn. General der Kavallerie, en chef Kommandirenden der K. K. Oesterreichisch-Italienischen Nordarmee Freiherrn v. Frimont » mit folgendem Schreiben Meldung:

« Ich habe die Ehre, Euer Excellenz anzuzeigen, dass die Schweizerische Tagsatzung nach einem bestimmten und dringenden Ansuchen mir die Entlassung vom Ober-Kommando der schweizerischen Truppen gütigst ertheilt hat. Sie hat dieses Kommando, da auch der General-Major Graf von Castella seine angesuchte Entlassung erhalten hat, dem Generalquartiermeister Finsler übertragen, an welchen Euer Excellenz die ereignenden weitern Mittheilungen zu richten geruhen.

Ich bitte Euer Excellenz, meinen ergebensten Dank für die Dienstfreundschaft zu genehmigen, welche Hochdieselben in die Verhältnisse gelegt haben, die zwischen uns bestanden sind, und füge den Ausdruck des Wunsches und der Hoffnung bei, dass Sie dieselbe auf meinen Nachfolger übertragen wollen.

Euer Excellenz mögen sich von meinem innigen Wunsch überzeugt haben, alles zu thun, was die Operationen der unter Ihren Befehlen stehenden tapfern Armee erleichtern konnte. Jetzt bleibt

An Stelle Bachmanns wurde nun Finsler[1]) zum Oberkommandanten der Armee ernannt und der Rückzug aus Frankreich sofort, ohne Konvention darüber, angetreten. Einzig mit dem Kommandanten des Fort de Joux wurde eine förmliche Uebereinkunft über den Durchmarsch unter den Kanonen der Festung abgeschlossen, von der Tillier mit Recht bemerkt, «sie sei für eine ganze Armee nicht besonders ehrenvoll gewesen.» Sie lautete:

«Il a été convenu entre Monsieur le Lieutenant-Colonel Chivol, commandant supérieur du fort de Joux, d'une part, et le Capitaine d'état major de Saugy, d'autre part, sauf la ratification dans l'espace de douze heures du Général commandant la première division de l'armée suisse, des articles suivants:

---

mir einzig noch übrig, Hochdenselben nebst dem Danke für die ausgezeichnete Schonung und Sorgfalt, mit welcher Sie das schweizerische Gebiet behandelt haben, meine besten Wünsche für den rühmlichen Erfolg Ihrer Unternehmungen und die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung darzubringen.»

[1]) Der Generalquartiermeister Finsler von Zürich, der verdienstvollste Offizier der damaligen Zeit, welcher am Anfang und am Schlusse dieser Campagne das Oberkommando führte und dessen noch heute werthvolle Ansichten über eine richtige Militärgrenze der Schweiz wir im letztjährigen Jahrbuche allgemein bekannt gemacht haben, hatte in seinem späteren Leben das traurige Schicksal, in einen Konkurs seines Bruders verwickelt zu werden, in welchem Staatsgelder, die durch seine Vermittlung dort angelegt wurden, betheiligt waren. Er musste in Folge dessen im Jahre 1829 alle seine Stellen niederlegen und wurde sogar von dem zürcherischen Obergericht mit einjähriger Verbannung bestraft, von der Tagsatzung hingegen unter lebhafter Verdankung seiner Leistungen als Oberstquartiermeister entlassen. Sein Fall war eine der Ursachen, welche zum Sturze des aristokratischen Regierungssystems in Zürich beitrugen. (Vgl. Näheres bei v. Wyss, II, 559.) Finsler zog sich dann nach Bern zurück und ist auch hier gestorben.

Article 1er. Il y aura cessation de toutes hostilités quelconques entre les troupes françaises de la garnison du fort de Joux et les troupes de l'armée suisse.

Article 2. La garnison du fort de Joux accorde le libre passage sous ce fort pendant le jour, en faisant toutefois prévenir une heure d'avance, si le passage d'un bataillon entier devait avoir lieu; on préviendra également du passage d'un simple détachement dans le cas où il devrait avoir lieu après le coucher du soleil.

Article 3. La garnison du fort de Joux laissera également passer, en quelque nombre qu'elles soient, les troupes suisses, l'artillerie, les bagages et convois militaires qui rentreraient de France en Suisse.

Article 4. Le même passage est accordé aux troupes suisses actuellement en France, allant ou venant par bataillon pour se relever dans leurs cantonnements. Le mouvement d'un second bataillon qui se porterait en avant ne pourra avoir lieu qu'après que le premier parti aura été remplacé.

Article 5. Les bagages, transports de vivres et ambulances escortés par de faibles détachements, venant de Suisse, passeront également sous ce fort.

Article 6. Les troupes suisses passant sous ce fort, ne pourront ni s'arrêter, ni séjourner dans les villages de Lacluze et Francbourg occupés par les postes français.

Article 7. Les officiers du fort pourront librement aller à Pontarlier; les officiers suisses ne viendront point au fort de Joux.

Article 8. Les sous-officiers et soldats de la garnison du fort n'iront point au-delà des avant-postes français, et les Suisses ne dépasseront point leurs avant-postes actuels, qu'ils soient conservés ou non; ceux-ci ne pourront être avancés plus près du fort.

Au fort de Joux, le 19 juillet 1815 à huit heures du soir. [1])

Le Lieutenant-Colonel commandant la place:
(Signé) *Chivol.*
Le Capitaine aide de camp:
(Signé) *de Saugy.*

*Nous Jean Charles Nicolas de Gady*, Chevalier de l'Ordre royal et militaire de St-Louis, Général commandant la pre-

---

[1]) An der nämlichen Grenze erfolgte 1871 die für die Schweiz ehrenvollere Konvention Clinchant, durch welche die Bourbakische Armee entwaffnet den Boden der Schweiz betrat.

Das Tagsatzungsprotokoll vom 24. Juli enthält folgenden:
«Bericht des Herrn eidgenössischen Oberstquartiermeisters vom 21. Heumonat.

Derselbe meldet: Die Division Gady werde bis zum 23. Heumonat zu Orbe, Iferten u. s. w., der Ueberrest der Division Füessly bis auf den gleichen Tag ins Neuenburgische einrücken; die Armeeabtheilung des Obersten v. Affry werde ebenfalls bis zum 23. Heumonat in die Stellung von Pontarlier zurückgehen. Die in die Reduktion fallenden Korps sollen sodann aus der Linie gezogen und entlassen werden. Der grösste Theil der Reserve oder des Aequivalents, nebst dem Reservepark und der Hälfte der Artillerie, seien bereits auf dem Heimwege.

Aus den bisherigen Verhören mit den Deserteurs der insurgirten Bataillone ergebe sich, dass diese Leute, wenn sie mit Verstand und Kraft geführt worden wären, ihre Schuldigkeit ohne Widerrede gethan haben würden.

Das Neueste aus Hochburgund sei die zwischen Herrn Oberst v. Gady und dem Kommandanten des Fort de Joux bezüglich auf den Durchmarsch der eidgenössischen Truppen abgeschlossene Konvention, die einige Artikel enthalte, welche leicht ehrenvoller und vortheilhafter hätten abgefasst werden können, besonders derjenige. wo die Anzahl der eidgenössischen Truppen, welche ungehindert unter den Kanonen des Forts sollen durchpassiren können, gewissermassen der Kontrolle des Kommandanten unterworfen werde, Oberst v. Affry war letzter Tage vom österreichischen General Steininger eingeladen worden, die Blokade von Besançon zu übernehmen. In verschiedenen Gegenden von Frankreich sollen die Feindseligkeiten fortdauern.»

mière division de l'armée suisse, déclarons et certifions que la garnison du château ayant arboré hier le drapeau blanc, et ne pouvant par conséquent plus être envisagée comme ennemie des troupes suisses, nous avons donné et donnons notre ratification à la présente convention, promettons de la tenir loyalement en tous ses points.

Donné au quartier général à Pontarlier, le 20 juillet 1815 à sept heures du matin. (Signé) *de Gady.*

(Absch. III, p. 449).

Auch auf dem Rückzuge kamen noch Unordnungen bei einem Luzerner Bataillon vor, das in Folge dessen zeitweise entwaffnet werden musste.[1])

---

[1]) Wir dürfen schliesslich nicht unterlassen, über diesen Kriegszug nach Hochburgund auch die Stimme derjenigen zu hören, die daran zunächst betheiligt waren, nämlich der Bewohner der Franche-Comté selber. Dieselbe tönt denn auch natürlich nichts weniger als schmeichelhaft. In einem kleinen, sehr interessanten, bei uns wenig bekannten Büchlein: « *Franc-Comtois et Suisses* » von C. Fleury, (Besançon, 1869) spricht sich dieser für die Schweiz im Allgemeinen sehr wohlwollend gesinnte Autor darüber wie folgt aus:

« Au reste, cette invasion ou plutôt cette agression si peu motivée ne pénétra pas loin dans l'intérieur de la Franche-Comté. L'étonnement général et les plaintes qu'elle suscita déterminèrent le commandant en chef des troupes alliées occupées au siége de Besançon, après avoir pris l'avis des puissances, à faire prier les Suisses de se retirer, attendu que leur intervention devenait inutile. que le pays était assez chargé de l'entretien des armées d'occupation et de passage, et qu'au surplus, ce n'était pas dans le Comté que devait se vider la querelle de Napoléon et des alliés.

Les Suisses se décidèrent enfin de se retirer ou continuèrent seulement d'occuper l'extrême frontière, se montrant du reste fort mécontent de n'avoir pu cueillir tous les lauriers qu'ils s'étaient promis, mais laissant toutefois d'odieuses traces de leur passage. Ils pillèrent et brûlèrent quelques villages de nos frontières, tels que les Rousses, Villars-lez-Blamont. Cette expédition de flibustiers, car on ne peut lui donner un autre nom, était indigne du caractère et de l'his-

Der grosse Krieg hatte inzwischen aufgehört. Am 4. Juli schon wurde Paris übergeben, die französische Armee zog sich unter Davoust hinter die Loire

---

toire des Suisses. Elle méritait un blâme d'autant plus sévère que rien ne pouvait la justifier; c'était encore la Franche-Comté qui devait payer l'invasion du Directoire, comme elle avait payé jadis l'invasion et la défaite de Charles le Téméraire. Sa responsabilité courait toujours dès qu'il s'agissait de faire payer ses maîtres humiliés et vaincus. Elle eût été quitte pourtant de la rancune et de la vengeance des Suisses, si ces derniers avaient été en 1798 ce qu'ils auraient dû être, c'est-à-dire une association d'Etats fondés sur l'égalité des citoyens et reliés entre eux par un véritable lien fédéral; jamais, dans ce cas, les Français n'auraient eu le prétexte, ni peut-être la pensée, de se mêler des affaires de la Confédération et de vouloir la réformer.

Quoi qu'il en soit, cette invasion a laissé un malheureux souvenir dans l'esprit des habitants de nos montagnes, qui ne l'ont point encore pardonnée; c'est qu'en effet elle était au plus haut degré odieuse et inutile! A cette époque, en 1815, la France se trouvait dans la situation du lion malade de Lafontaine: épuisée, haletante, demi-morte, ne pouvant plus se défendre, elle avait sur les bras ses ennemis les plus puissants. Quel courage y avait-il donc, pour les plus faibles, à venir lui encore infliger un dernier outrage?

Un auteur suisse *(M. Daguet)*, d'ailleurs recommandable par son patriotisme et la sagesse de ses observations, s'est fait une singulière illusion lorsqu'il a dit, dans son *Histoire de la Confédération suisse*, que « les Suisses pénétrèrent en Franche-Comté et *s'en emparèrent après quelques escarmouches.* » Nous venons de voir ce qu'ils firent: il n'y eut point d'escarmouches parce qu'il n'y avait pas d'armée française à combattre. D'autre part, ils ne s'emparèrent de rien, si ce n'est du mobilier des habitants des Rousses et de quelques autres villages. En résumé, peu de profits, surtout point de gloire, mais beaucoup de ridicule: voilà quel fut, avec l'indignation des Franc-Comtois, le triste résultat de leur équipée. »

Der Verfasser dieses Berichtes fügt seiner Erzählung aus andern hochburgundischen Quellen noch folgende Anmerkungen bei, von denen wir hoffen wollen, dass sie etwas Uebertreibung enthalten:

« A la suite des Autrichiens arrivèrent les Suisses, ***nos fidèles amis et alliés,*** qui pillèrent pendant trois jours toute la commune

zurück und am 8. Juli hielt König Ludwig XVIII. wieder Einzug in seine Hauptstadt.[1]) Am 30. September traten die Schweizerregimenter und unser General von 1815 wieder ihren regelmässigen Dienst bei ihm an.

Das war unser letzter auswärtiger Feldzug bis auf den heutigen Tag. Eine Aktion, ohne sehr grosse militärische Bedeutung, aber belehrend über die Erfordernisse unserer Kriegsverfassung und die Natur unserer Truppen, die sich stets einigermassen gleich bleiben werden.

Ein lebhaftes kriegerisches Temperament, das augenblicklich zu allerlei Unternehmungen bereit ist, verbindet sich leicht mit einem Schlaffwerden, wenn kein augenscheinlicher Erfolg sich zeigt, oder wenn die Mühseligkeiten des Dienstes den ersten Enthusiasmus dafür schwächen, und bedarf daher einer einheitlichen, ebenso festen als besonnenen Führung, ohne alle Nebenzwecke, wenn die Sache günstig verlaufen soll.

---

des Rousses, dont les habitants avaient fui sans avoir eu le temps de rien enlever. Des Vaudois vinrent charger des voitures de tout ce qu'ils purent emporter; ils démolirent les bois et les palissades des retranchements et les vendirent. Puis, les compagnies suisses de la Confédération vinrent occuper le village pendant six mois et exercèrent sur la malheureuse population les plus mauvais traitements et les exigences les plus ridicules. Les pertes causées aux habitants par l'invasion furent évaluées à fr. 385,679 dans un procès-verbal d'expertise du 10 juillet 1815. Le gouvernement accorda, en 1816, une indemnité de fr. 32,000 qui furent répartis entre 483 personnes.» (*Dictionnaire des communes du Jura*, tome V, page 485.) — «En juin 1815, les Suisses vinrent mettre le feu à Villars-lez-Blamont et réduisirent les habitants à un dénûment presque absolu.» (*Annuaire du Doubs.*)»

[1]) Oder, wie die Memoiren Carnot's sagen: «er schlüpfte (glissait) hinter den Engländern und Preussen her wieder in sein Land», um alsbald Diejenigen zu expatriiren, die es vertheidigt hatten.

Eine besondere Episode dieses Krieges von 1815 bildete dann noch bis Ende August die Belagerung von Hüningen und hieran schliesst sich die Einnahme des Bisthums Basel und die Beschwörung des eidgenössischen Bundesvertrags.

## III. Die Belagerung von Hüningen.

Mit dem Einzug der Alliirten in Paris und der Wiedereinsetzung der bourbonischen Regierung hatte zwar der grosse Krieg, in dem auch wir eine kleine Rolle spielten, aufgehört. Unerwartet jedoch gelangte die Eidgenossenschaft noch zu einer militärischen Aktion unmittelbar an ihrer Grenze, die eine dauernde Spur in unserer Geschichte durch eine völkerrechtliche Servitut zu unsern Gunsten, welche heute noch besteht, zurückgelassen hat. Es ist das die Belagerung von Hüningen, welches damals eine regelmässige Festung nach Vauban'schem System war und auch seither bis 1871 eine nicht unerhebliche französische Garnisonsstadt geblieben ist. [1])

[1]) Diese französische Grenzfestung hatte Basel schon seit mehr als hundert Jahren fast beständig beunruhigt. Ihre Geschichte ist kurz folgende:

Das ehemalige Dorf Grosshüningen war ursprünglich ein österreichisches Lehen in den Händen verschiedener Besitzer, zuletzt auch der Stadt Basel selbst gewesen, die es jedoch 1623 an Oesterreich (wie es heisst, um eine Pfandauslösung in schlechter, minderwerthiger Münze) wieder abtreten musste. Im dreissigjährigen Kriege legte dann Oesterreich zum ersten Mal dort eine Schanze an, welche bereits 1634 in Folge von Excessen der kaiserlichen Truppen von Basel aus beschossen wurde. Durch den Frieden von Nymwegen 1678/79 wurde eine Klausel des westphälischen Friedens, welche die Freiheit der elsässischen Städte und Herrschaften unter dem Schutze des Reiches sicherte, still-

Die sämmtlichen französischen Festungen in unmittelbarer Nähe der Schweiz: Strassburg, Schlettstadt, Neubreisach, Hüningen, Belfort und Besançon waren unerobert geblieben; die alliirten Armeen waren daran vorbeimarschirt und hatten nur kleine Beobachtungskorps, die wesentlich unter dem Befehl des

---

schweigend beseitigt und, nachdem die Reichstruppen diese Länder verlassen hatten, das ganze Elsass, mit Ausnahme der Stadt Mülhausen, von den Franzosen besetzt (Strassburg am 30. September 1681), die nun sofort eine Reihe von Festungen zur Sicherung dieser neuen Gebiete längs des Rheines anlegten. Die Eidgenossenschaft, in deren Interesse dieser Uebergang des Elsasses, und besonders der altbefreundeten Stadt Strassburg, an die Franzosen keineswegs lag, um so weniger, als sie (die Eidgenossenschaft) damals noch durch den bis 1798 bestehenden Bundesvertrag mit Mülhausen bei solchen Vorgängen direkt betheiligt war, schickte dessenungeachtet eine Deputation von 30 Abgeordneten, an deren Spitze der bernische Schultheiss v. Erlach stand, zur Begrüssung des französischen Königs nach Strassburg. Bereits im Jahre 1655 hatte hingegen auf einer Konferenz der evangelischen Orte zu Baden mit dem französischen Gesandten eine Erörterung über Hüningen stattgefunden, die indessen ebensowenig zu einem Resultate geführt hatte. Der betreffende Passus lautet:

« Mit dem französischen Gesandten wurden verschiedene Konferenzen gehalten, über welche derselbe seine Erklärungen schriftlich abgab, wobei er namentlich auch Mittheilungen machte über die Ansprüche Basels an Hüningen und den Zoll in Breisach. In Bezug auf Hüningen setzte er den Ansprüchen Basels gegenüber auseinander, wie zur Zeit der Besitznahme des Elsasses und Sundgau's Hüningen österreichisch gewesen sei, so dass Eigenthumsrechte Basels damals nicht bestanden haben; das behauptete Pfandrecht Basels aber werde bei Abschluss des Vertrags zwischen Frankreich und Oesterreich erörtert und dabei entschieden werden, ob Frankreich oder Oesterreich die Pfandsumme zurückzahlen solle; daher möchte man in Basel einstweilen Geduld haben. Hierauf wird beschlossen: Da die gemachten Anerbieten stets nur Bekanntes wiederholen, sei den Regierungen der Antrag beizubringen, dass man von den allgemeinen Forderungen zu spezifizirter Verzeichnung dessen über-

Erzherzogs Johann von Oesterreich, des nachmaligen deutschen Reichsverwesers von 1848, standen, ihnen gegenüber zurückgelassen. Derselbe hatte sein Hauptquartier in Basel aufgeschlagen.

Die Alliirten waren dabei zuerst der Ansicht, dass es im Interesse der Schweiz liege und gewissermassen ihre spezielle Aufgabe in dem Feldzugsplan bilde, sich an der Belagerung dieser Festungen möglichst aktiv zu betheiligen. Und in der That wäre das wenigstens

---

gehe, was jeder Ort für sich zu verlangen habe, und darüber dann in einer besondern Konferenz verhandle. » (E. A. VI, I, I, p. 259.)

Dagegen hatte die Tagsatzung von 1679 auf das Gerücht hin, dass bei Basel die Anlage einer französischen Festung beabsichtigt sei, den damaligen französischen Botschafter ersucht, diess zu hintertreiben, und derselbe versprach auch seine Hülfe, falls wegen der vier vorderösterreichischen Waldstätte, Waldshut. Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden, ein Sicherheitsvertrag zu Stande gebracht werden könne; sonst aber werde man es dem König nicht verdenken können, dass er diesen wichtigen Platz, durch welchen er schon oft geschädigt worden, auf eigenem Grund und Boden befestige. Eine weitere Sendung eines Herrn Socin von Basel an den König selbst hatte keinen Erfolg, sondern Letzterer liess durch den Botschafter folgendes antworten:

« Dass weil dieser Vestungs-Bauw anders nichts als eine Erweiterung deren vorhin schon allda gewesenen Fortifikationswerken und zur Sicherheit der Ellsassischen Provinzen nothwendig, auch zu Abhaltung der feindlichen Truppen von den Eidgenössischen Landen sehr dienstlich wäre, und hiemit von Ihro K. Majestät dieses Orts anders nichts vorgenommen werde, als was ein jeder Potentat zu thun befügt, und was die Herren Eidgenossen auch selbst zu Rheinfelden geschehen lassen. Er hoffen wölle, man werde Eidgenössischer Seits desshalben keine ungleiche Gedanken ferners fassen, sondern zu des Königs jederzeit bezeugten Pündtsgnössischer Affektion das sichere Vertrauen tragen, dass sölliches Festungs-Werk vielmehr zur Ruhe, als Ungelegenheit der Löbl. Eidgenossenschaft dienlich sein werde etc. »

Der Botschafter fügte noch mündlich hinzu, die Kantone könnten gegen diesen Festungsbau um so weniger etwas ein-

von dauernderem Vortheil gewesen, als der improvisirte und gänzlich unnütze Streifzug nach Hochburgund. Es bestehen darüber in den Akten zahlreiche Korrespondenzen zwischen dem Erzherzog Johann, den Generalen v. Steigentesch und Frimont, welcher letztere gegen Besançon und Lyon operirte, und der Tagsatzung. Unter Anderm schreibt am 5. Juli Erzherzog Johann an

---

wenden, als ja Oesterreich auch Konstanz auf helvetischem Boden befestigt habe.

Die Deutschen, die auch ein gewisses Interesse an der Sache gehabt hätten, liessen damals die Schweizer allein die Kastanien aus dem Feuer holen, ohne ihrerseits etwas dazu zu thun, und so kehrte schliesslich Socin ohne jeden Erfolg von Paris zurück und die Festung wurde wirklich nach Plänen von Vauban, und zwar so geschickt gebaut, dass sie zum Theil durch das baslerische Territorium unangreifbar gemacht war, sobald immer dessen Neutralität geschont werden musste. Die Bauten wurden an der Stelle des Dorfes Grosshüningen errichtet, das völlig abgetragen wurde. Seine Einwohner erhielten dafür einen neuen Platz ausserhalb der Festung zur Besiedelung, der Neudorf genannt wurde. Die ganz neue «Stadt Hüningen» wurde innerhalb der Festung regelmässig erbaut, hatte anfänglich 140 Wohnhäuser und 1200 Einwohner, daneben aber Platz für 6000 Mann Besatzung. Auf das Baslerthor kam die stolze Inschrift zu stehen: Ludovicus Magnus, Christianissimus, Belgicus, Sequanicus, Germanicus, pace Europae concessa, Huningam arcem, sociis tutelam, hostibus terrorem exstruxit. MDCLXXXI. (In dem Jahrbuche von 1887 ist auf pag. 706 ein Druckfehler, « 1601 » statt 1681, stehen geblieben.)

Im Oktober 1681 kam der König selbst zur Besichtigung seines Werkes und wurde nothgedrungen vom Basler Geschütz salutirt und von einer eidgenössischen «Grossbotschaft» begrüsst, welcher er die Versicherung gab, «je mehr er sich den Grenzen der Eidgenossenschaft nähere, desto bessere Gelegenheit werde er finden, ihr thätige Beweise von seiner Zuneigung zu geben.» Um damit gleich einen praktischen Anfang zu machen, erhielt jedes Glied der Grossbotschaft 100 Dublonen zur Heimreise. So entstand dieses Unglückswerk.

Fortan war dasselbe eine beständige Beunruhigung für Basel. Eine Hüninger Kanone soll auch die Inschrift getragen haben:

den eidgenössischen Militärbevollmächtigten v. Steigentesch zu Handen der Tagsatzung:

« An den K. K. Herrn General-Feldwachtmeister Freiherrn v. Steigentesch.

Basel, den 5. Juli 1815.

Die von allen Seiten geschehenen Verletzungen des schweizerischen Gebietes durch Frankreichs Krieger haben jene Rücksichten aufgehoben, die die Eidgenossenschaft noch

---

« Si tu remues, Bâle, je te tue. » Schon gleich anfangs legten die Franzosen eine neue Schanze beim Grenzacher Horn an, welche die grosse Strasse von Basel nach der innern Schweiz dominirte, später aber bis zur Zeit Napoleons I. wieder aufgegeben wurde. Dann war auch lange die Rede von einer direkten Ausdehnung der Festung gegen Basel hin, worüber die Abschiede von 1690 eine ganze Reihe von Verhandlungen und Protesten enthalten. Im Ryswicker Frieden von 1697 wurde eine theilweise Schleifung eines Hornwerkes und einer Vorschanze gegen Basel verfügt und die Brücke abgetragen, ebenso musste im Frieden von Aachen eine solche Schleifung und Abtragung der Rheinbrücke verfügt werden.

In allen Kriegen Deutschlands und Frankreichs seit Ludwig XIV. hat Hüningen stets eine Rolle als wichtiger Uebergangspunkt über den Rhein gespielt und mit Ausnahme des letzten von 1870 ist niemals ein solcher Krieg vorübergegangen, in welchem nicht Basel durch diese Nachbarschaft beunruhigt worden ist. In den unserer Erzählung vorangehenden Jahren war Hüningen zwei Male, im Jahre 1805 und 1809, der Schauplatz des Durchzugs grosser französischer Heeresmassen gegen Deutschland gewesen; im Jahre 1809 waren die Truppen auch ohne Weiteres durch Basel selbst gezogen (vgl. Jahrbuch von 1886, pag. 220). 1810 hatte Napoleon bereits beschlossen, eine feste Brücke mit einer Schanze auf badischer Seite zu bauen, ein Vorhaben, das nur durch die rasch sich folgenden Ereignisse verhindert wurde. Basel hätte in diesem Falle den Boden für den Brückenkopf abtreten müssen. Im Kriege von 1813/14 wurde Hüningen von einem österreichisch-bayerischen Belagerungskorps eingeschlossen und am 15. April 1814 nach längerer Blokade durch Kapitulation übergeben. Am 24. April wurde dort Ludwig XVIII. mit grosser Feierlichkeit als König von Frank-

haben konnte. Die Vorrückung der Heere der Alliirten in das Innere Frankreichs entfernen (sic!) den Schauplatz des Krieges von den Grenzen der Schweiz. — Um den Krieg schnell zu endigen, und mit Gewissheit des Erfolgs jede sich vielleicht im Innern sammelnde streitbare Kraft zu erdrücken, hielten es die Alliirten für nöthig, ihre Heere so wenig als möglich durch Detachirungen zu schwächen, daher die geringe Anzahl der bei den Blokaden verwendeten Truppen, die kaum

---

reich proklamirt und die weisse Fahne aufgezogen. Trotzdem war die Garnison und Einwohnerschaft vorwiegend Kaiserlich gesinnt und sofort nach der Rückkehr des Kaisers von Elba erklärte sich die Besatzung auf der Parade für denselben und wurde sodann durch 700 Mann verstärkt. Vom 26. Juni ab begann, nachdem die Schweiz inzwischen den Vertrag mit den Alliirten vom 20. Mai abgeschlossen hatte, der Krieg bei Hüningen seitens der Franzosen gegen die Oesterreicher und Schweizer. Ueber die erste Beschiessung von Basel durch Barbanègre vgl. das Korrespondenzbuch des Generals, pag. 113, und den Bericht von Oberst d'Affry, Abschied III, 592. Dieser Grenzkrieg wurde, abgesehen von jenem Bombardement, von französischer Seite nur sehr unregelmässig durch bewaffnete Banden geführt, welche der im Sundgau kommandirende General Lecourbe Freikorps nannte. Dieselben wurden von den Alliirten aber nicht als Kriegführende anerkannt, sondern schonungslos überall niedergeschossen, wo man sie fand. Burgfelden, wo ein Soldat ermordet worden war, wurde von den Oesterreichern niedergebrannt, worauf eben der Kommandant von Hüningen am 28. Juni Basel mit Bomben beschoss. Auf die Reklamation des Erzherzogs Johann von Oesterreich schob der Kommandant die Zerstörung von Burgfelden ganz grundloser Weise auf die Schweiz und drohte mit einem fernern Bombardement, wenn man ihm nicht sofort eine Kontribution von Fr. 250,000 in Geld nebst weiteren Naturallieferungen schicke. General Bachmann rückte daraufhin, wie wir bereits wissen, in Hochburgund ein. Bis zum Einzuge der Alliirten in Paris blieb dieser für Basel sehr beunruhigende Zustand bestehen; die Stadt schwebte in steter Angst vor plötzlicher neuer Beschiessung, viele Familien flüchteten in die östlichen Theile oder ganz auf das Land, um diesen Gefahren zu entgehen.

hinreichen, die festen Plätze in einer ziemlichen Entfernung vielmehr zu beobachten als einzuschliessen.

Hüningen, Belfort, Besançon sind die Festungen, die, so lange sie bestehen, die Schweiz bedrohen. Gewiss ist es also das höchste Interesse der Schweiz, diese Plätze fallen zu sehen und dadurch für künftige Zeiten sich vor jeder Bedrückung und Beängstigung zu sichern. In welchem hohen Grade ist nicht die Stadt Basel durch Hüningen gefährdet? — Das Ereigniss des 28. Juni ist der beste Beweis davon. Belfort und Besançon bedrohen nicht weniger die Grenze der Schweiz von Frankreich bis Genf. Sie sind die Punkte, wo der Feind seine Kriegsbedürfnisse aufbewahren, wo er seine Truppen sammeln kann, um von da seine Operationen gegen die Schweiz zu unternehmen. Bei den jetzigen Umständen und nach allem, was Mein Kaiser und Herr und die Hohen Alliirten für die Schweiz gethan, wäre es gewiss klug und der Eidgenossenschaft würdig — denn sie wird doch nicht in diesem allgemeinen europäischen Kampfe die einzige unthätige bleiben wollen — wenn sie als Beweise ihrer Erkenntlichkeit, und für ihren eigenen Nutzen und Schutz, wenigstens an der Bezwingung dieser Festungen thätig mitwirken wollte, um so mehr, da Mir Mein Herr aufgetragen, derselben die Schleifung von Hüningen bekannt zu machen, wenn selbe anders zum Falle dieses Platzes beitragen wolle. Für die Blokade von Hüningen wäre es jetzt gleich nöthig; für Belfort könnten die Truppen ebenfalls disponirt werden und dann dahin rücken, sobald die Blokade ihren Anfang nehmen sollte. Davon würde Ich den Kommandanten derselben benachrichtigen; indessen aber sollten diese hier oder im Pruntrutischen aufgestellt bleiben. Eben so nothwendig wie die Truppen ist das Geschütz. Indem Ich Sie bitte, sogleich das vom Kanton Zürich disponirte hieher abgehen zu lassen, werden Sie demselben Meine Danksagung für die so schnelle Unter-

stützung machen. Die andern Kantone werden gewiss noch einiges besitzen. Wenn diese ohne sich an das Kontingentsquantum zu binden, jenes, was sie an Vierundzwanzig-, Sechzehn-, Zwölfpfünderkanonen, Haubitzen und Mörsern besitzen, in der kürzesten Frist hieher senden wollten, so würde Ich Mich bis zur Ankunft meines Belagerungsgeschützes im Stande finden, jeder Drohung oder Beunruhigung von Seite der Feste Hüningen zu begegnen und deren Fall zu beschleunigen.

Sie werden daher, Herr General, die Tagsatzung in Meinem Namen um die Beorderung von 12,000 Mann gegen diese Festungen und das in den Zeughäusern sich befindende Geschütz von der oben bemerkten Beschaffenheit ersuchen. Ich rechne zuversichtlich auf die Vaterlandsliebe, auf die Erkenntlichkeit gegen die Hohen Alliirten und auf jenen guten Geist, der stets die Eidgenossenschaft beseelte, und hoffe daher mit Zuversicht, bald von Ihnen, Herr General, dem Ich diese Angelegenheit nicht genug an das Herz legen kann, die Erfüllung dieser Meiner Wünsche zu erfahren.

(Absch. III, 403.) Erzherzog Johann.»

Es liegt in diesem Raisonnement ohne Zweifel etwas Richtiges und der eidgenössische General war damit auch seinerseits vom militärischen Standpunkte aus gänzlich einverstanden, wie sich aus einer Depesche vom 9. Juli ergibt:

«An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der H. eidgenössischen Tagsatzung:

Hauptquartier Neuenburg, den 9. Juli 1815.

Hochwohlgeborner, Hochgeachteter Hr. Präsident!

Durch Herrn Oberstlieutenant Müller übersende ich eiligst Euerer Excellenz das Schreiben des Erzherzogs Johann, welcher mich im Namen des Fürsten von Schwarzenberg

bestimmt zu Mitwirkung der Blokaden von Hüningen und Besançon auffordert.

Diese beiden Festungen, welche als Zwingfesten der Schweiz betrachtet werden müssen, sind zunächst für jede offensive Bewegung gegen unser Vaterland bestimmt und machen die Vertheidigung desselben unendlich schwer, indem sie dem angreifenden Feinde feste Stützpunkte anbieten und uns nöthigen, entweder im Innern der Schweiz unsere Streitkräfte mit Blossstellung der Grenzländer zu konzentriren, oder in einer solchen Ausdehnung uns aufzustellen, welche jede nachdrückliche Vertheidigung unmöglich macht. Der Fall dieser Festungen ist diejenige Operation, welche unser nach den Nationalansichten ausgesprochenes Defensivsystem als unumgänglich nothwendiges Mittel zu dem endlichen Zwecke — Sicherstellung der Eidgenossenschaft in ihren friedlichen Grenzen — beabsichtigen muss.

Die Ueberlassung von schwerem Geschütz gegen Hüningen, welche bereits von der H. Tagsatzung ausgesprochen ist, zeigt, dass Hochdieselbe in dieser nämlichen Ansicht stehe, und dass diese Operation als eine Folge des angenommenen Systems und der eingegangenen Verbindlichkeiten betrachtet werde. Wenn wegen der unmittelbaren Gefahr einer unserer wichtigsten Bundesstädte der gerechte Antheil an ihrem Wohl die Frage wegen Hüningen schneidender entscheidet, so kann Niemanden entgehen, dass Besançon in Hinsicht auf das allgemeine Interesse der Schweiz ganz im nämlichen Verhältniss stehe, sowie Belfort.

Wenn also eine ehrenvolle Mitwirkung zu dem Falle von Hüningen und Besançon gefordert wird, so stehe ich in der Ueberzeugung, dass selbige ganz im ausdrücklichen Geist und Sinn des angenommenen Defensivsystems geleistet werden könne, und verbinde mit dieser Ueberzeugung, dass der schönste und der vortheilhafteste Lohn der Schweiz für ihre

kraftvollen Anstrengungen in der Befreiung von jener daher stets uns drohenden Gefahr bestehen würde, der mit andern Vortheilen beim Frieden verbunden werden dürfte.

Nach diesen in meiner vollkommenen Ueberzeugung stehenden Ansichten glaube ich dem Erzherzog Johann in dem Sinne antworten zu sollen, wie Euer Excellenz aus dem sous cachet volant mitgetheilten Briefe entnehmen wollen, welchen der Herr Oberstlieutenant Müller, im Fall Euer Excellenz meine Ansicht billigen, alsobald dem Erzherzog nach Basel überbringen wird.

Wenn nach andern mir unbekannten Verhältnissen eine andere Ansicht sich aussprechen sollte, so wollen Euer Excellenz dieselbe gütigst direkt Seiner Kaiserlichen Hoheit eröffnen, welche die Antwort auf den 11. Abends gewärtiget, die von meiner Seite wegen der Entfernungen nicht mehr erfolgen könnte. In beiden Fällen wollen Euer Excellenz gütigst dem Erzherzog Ferdinand die erlassene Antwort mittheilen.

Uebrigens muss ich Euerer Excellenz ganz bestimmt bemerken, dass, wenn aus einer Stelle des Briefes des Erzherzogs gefolgert werden könnte, dass ich mich zu einer thätigen Mitwirkung anerboten habe, diess niemals der Fall war. Hochdieselben wollen überzeugt sein, dass ich meine Pflicht zu wohl kenne, als dass ich gegen meine Instruktionen einen solchen Antrag gethan hätte. Eine einzige, sehr kurze Mittheilung an den Fürsten von Schwarzenberg bei Annahme meiner konzentrirten Stellung, in Folge der ausdrücklichen Befehle, die ich bei der Ankunft des Generals v. Steigentesch erhielt, sprach von nichts als von meiner Aufstellung mit 25,000 Mann in der Stellung zwischen den beiden österreichischen Armeen, deren Befehlshaber nothwendig davon unterrichtet werden mussten, wie Euer Excellenz aus der beigebogenen Abschrift entnehmen wollen. Seither ist gar nicht mehr an den Fürsten geschrieben worden.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner ehrfurchtsvollen Hochachtung.

Der General der eidgenössischen Truppen:
(Absch. III, 406.) Bachmann.»[1])

---

[1]) General v. Bachmann war überhaupt, wie im vorigen Kapitel gezeigt ist, für die aktive Betheiligung am Kriege mehr als die Tagsatzung eingenommen und hielt sich für berechtigt, darüber direkt mit den Heerführern der Alliirten zu verhandeln. Ein derartiges interessantes Schreiben, das im Abschied nicht enthalten ist, muthmasslich also der Tagsatzung gar nicht zu Gesichte kam, ist das folgende (pag. 135 des Korrespondenzbuchs):

« An Seine Kaiserliche Hoheit, den Erzherzog Johann von Oesterreich.

Eure Kaiserliche Hoheit haben unterm 7. diess die Detachirung eines hinreichenden Korps meiner Truppen zu den Blokaden von Hüningen und Besançon begehrt und mir gütigst eine Konferenz in Solothurn zu näherer Verständigung desshalb angetragen.

Ich stehe in der Ueberzeugung, dass der Fall dieser beiden Festungen und jener von Béfort zu der Sicherstellung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegen Frankreich hin nöthig und dass also die Mitwirkung zur Bezwingung derselben eine Folge desjenigen Systems ist, vermöge welchem die Schweiz die künftige und thätige Vertheidigung ihrer Unabhängigkeit in einem mit den h. alliirten Mächten abgeschlossenen Vertrag ausspricht.

Wenn die Schweiz nicht aus einem Defensiv-System heraustreten soll, welches in dem europäischen Staaten-System insofern es auf Rechtlichkeit sich gründet, Friede und Ruhe bezweckt, nicht ohne Bedeutung ist, so sollen die Operationen ihrer Truppen stets auf dasselbe berechnet werden; der Fall derjenigen Festungen welche diese Vertheidigung erschweren, ist demnach ein Mittel zum Zwecke, aber diesem Zwecke wird nur dann näher gerückt, wenn die Gefahr bleibend abgewendet wird.

Ich werde daher mit meinem Korps von 10,000 Mann zur Blokade dieser beiden Festungen mitwirken können, wenn der Eidgenossenschaft die Zusicherung wird, dass beim Frieden diese Festungen geschleift werden, insofern sie nicht im Besitz derselben verbleibt.

Unter dieser Voraussetzung werde ich auf einen von Euer Kaiserlichen Hoheit zu bestimmenden Tag in Solothurn eintreffen,

**Zwar würde die Eidgenossenschaft schwerlich am Ende einer solchen Belagerung die Schleifung von Belfort oder Besançon verlangt haben, die in der That uns zunächst bedrohen können, dagegen hätte man die Hüninger-Klausel dann sicher auf den ganzen westlichen Grenzrayon ausgedehnt und die neuen französischen Festungen hart an der schweizerischen Grenze wären nicht entstanden. Die Tagsatzung wollte jedoch, ihrem politischen Systeme getreu, die Neutralität, oder wenigstens deren Schein, so weit als immer möglich erhalten und sich auf solche Unternehmungen nicht einlassen. Sie antwortete zunächst ausweichend (10. Juli, Absch. III, 410) und beauftragte dann die nämlichen zwei eidgenössischen Repräsentanten, die sich zur Armee in Hochburgund zu begeben hatten (Rüttimann und Zellweger), auch bei Erzherzog Johann in Basel**

---

um mit Höchstdenselben zu verabreden, was auf die Operationen Bezug hat und die Ankunft der Geschütze und der Kavallerie, die dazu erforderlich ist, zu bestimmen.

Ich freue mich des Glückes, mit einem Fürsten in Verhältnisse zu treten, dessen huldvolle Vorliebe für mein Vaterland mit dem Dankgefühl desselben erwiedert wird und der auch jetzt eine Bestimmung hat, die dessen bleibendes Glück befördern soll.»

(Korr. Nr. 428 vom 9. Juli.)

In Besançon hatte die Eidgenossenschaft zeitweise ein vertragsmässiges Besatzungsrecht gehabt (vgl. Jahrbuch von 1887, pag. 670).

v. Wyss (II, 240) führt einen Versuch Steigentesch's an, durch Vermittlung des Obersten v. Affry, der in Basel kommandirte, auch Hüningen auf dem Wege der Unterhandlung mit den dortigen bourbonisch gesinnten Offizieren zu bekommen. In diesem Falle sollte dann die Schweiz die Zusicherung der Schleifung und überhaupt die spätere Hüninger-Klausel erhalten, deren erster Ursprung also hier zu suchen wäre. Affry scheint sich aber darauf nicht eingelassen zu haben. Eine diessfällige Notiz von Steigentesch's Hand, vom 2. Juni datirt, ist am citirten Orte abgedruckt.

vorzusprechen und sich mit demselben in möglichst inaktivem Sinn zu verständigen. Der Bericht der Kommissäre über diese Unterredung, die am 15. Juli stattfand, macht den Eindruck von gegenseitigen Versuchen, mit einer gewissen biedermännisch aussehenden Schlauheit, worin der österreichische Prinz zum Mindesten ebenso stark war, als die schweizerischen Abgesandten, Vortheile zu erreichen:

«An Seine Excellenz den Herrn Bürgermeister v. Wyss, Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Euerer Excellenz

haben wir hiermit die Ehre, unsere den 15. Heumonat um Mitternacht glücklich erfolgte Ankunft anzuzeigen. Den 16. Morgens liessen wir uns durch Herrn Oberstlieutenant Ott vorläufig von dem gegenwärtigen Zustande der Armeen bei Belfort und den Enden unterrichten, besonders in Hinsicht auf den mit Lecourbe geschlossenen Waffenstillstand, von dem wir dann in Erfahrung gebracht haben, dass Graf Colloredo denselben geschlossen, weil er eiligst mit dem grössten Theil seiner Armee eine Bewegung gegen Vitry zu machen hatte; was dann später von dem Erzherzog selbst bestätigt wurde. Bei Seiner Kaiserlichen Hoheit wurden wir vorgelassen, sobald Dieselben aus der Messe zurück waren. Nach einer sehr schönen und zweckmässigen Anrede von Seite des Tit. Herrn Schultheissen v. Rüttimann, worin er die Gesinnungen der Eidgenossen gegen das allerhöchste Kaiserhaus und gegen die Person Seiner Kaiserlichen Hoheit ausdrückte, erbrach der Erzherzog den Brief, dankte mit wenig Worten, sagte einige verbindliche Worte für uns persönlich, und fragte dann: «Sie waren bei'm General? wo stehen Ihre Truppen? sind sie noch auf der Grenze?» Unsere Antwort war, dass unsere Truppen bei Pontarlier und gegen Salins hin stehen, in einem erbärmlichen Lande, dass wir

die Lebensmittel nachschieben müssen, und dass die Schweiz die gemachten Anstrengungen unmöglich mehr in die Länge ausdauern könne.

Der Erzherzog erwiederte: das begreife er wohl, es sei hart für die Schweiz; die Truppen sollten auf Kosten der Franzosen leben, nicht auf die unsrigen; inzwischen sei ja die Hälfte unserer Armee noch bei Hause. Alsobald benahmen wir ihm diesen Irrthum, worauf er dann selbst gestand, dass die Schweiz in der Geschichte kein Beispiel von einer solchen Kraftanstrengung noch gegeben habe. Dann fing er an: wir sind Verbündete, wir wollen offen miteinander sprechen, wir haben das gleiche Interesse und müssen gemeinschaftlich handeln; worauf eine kleine geschichtliche Darstellung folgte vom 15. Juni bis zu dem vor Paris geschlossenen Waffenstillstand. Das Bemerkenswertheste dabei war die Vorliebe, welche der Erzherzog zu dem Herzog v. Wellington zu haben scheint. Ueber den Inhalt des Waffenstillstandes liess er sich wenig aus, hingegen versicherte er bestimmt, dass derselbe von den Monarchen, nur insoweit er die zwei Armeen betreffe, die denselben geschlossen, ratifizirt, hingegen allen andern Armeen der Befehl zum schleunigsten Vorrücken gegeben worden sei. Fürst Schwarzenberg stehe nun mit 200,000 Mann bei Paris, und 100,000 Russen bilden die zweite Linie. Baron Frimont müsse in Paris eingerückt sein, entweder dass Suchet gewichen, oder durch Konvention, insofern er sich hinter die Loire, sage den Allier, der in die Loire fliesst, zurückbegeben habe; dieses sei die Bedingung, unter welcher partielle Waffenstillstände geschlossen werden können, und da derjenige zwischen Colloredo und Lecourbe diese Stipulation nicht enthalte, so sei es sehr zweifelhaft, ob er ratifizirt werde; worauf wir ihm bemerkten, dass auf diesen Fall, da das Korps von Colloredo nun weg sei, die Schweiz in nicht geringe Verlegenheit kommen könnte; der Erzherzog aber beruhigte mich mit dem schnellen Ein-

fallen: «dafür werde ich sorgen», und zeigte uns die Mittel an, die ihm dazu zu Gebote stehen. Nachher eröffneten wir ihm den Antrag, den General Laplane von Salins aus unserm General zu einem Waffenstillstand gemacht habe; worauf Seine Kaiserliche Hoheit erwiderten: «es ist ein eigenes Ding mit den partiellen Waffenstillständen, die Generale wollen sich dadurch einen Weg bei'm König eröffnen», liess aber ziemlich deutlich bemerken, dass das Aufstecken der weissen Fahne nicht hinreiche, um sich vor Feindseligkeiten zu schützen, und äusserte den bestimmten Wunsch, dass unser General in keine Unterhandlungen eintrete, bevor bekannt sei, ob der Waffenstillstand mit Lecourbe ratifizirt sei oder nicht, und wie es mit Frimont stehe.

Nach Beendigung dieses Gegenstandes brachten wir das Wallis zur Sprache, die Beschädigungen, welche es erlitten, den daraus entstandenen bedauerungswürdigen Zustand des Landes etc. Der Erzherzog fragte, wie denn da geholfen werden könne; unsere Antwort war einfach: mit Geld. Da entstehen freilich mehrere Schwierigkeiten, welche Kassen dasselbe liefern sollen, und ob die Kassen noch in gehörigem Stande seien, beträchtliche Summen liefern zu können. Darüber wurde hin und her reflektirt, man sah aber wohl, dass dieser Gegenstand nicht in das Fach des Erzherzogs einschlägt; nichtsdestoweniger versicherte er uns, dass er den Kaiser auf die klägliche Lage dieses Landes aufmerksam machen wolle. Hernach brachten wir auch das traurige Schicksal des Pruntruts zur Sprache und schilderten dem Erzherzog, wie dieses Land unter der Anarchie leide, in welcher es sich schon lange befinde. Anfänglich schienen Seine Kaiserliche Hoheit mit diesen Verhältnissen nicht ganz vertraut zu sein, und stellten einige Fragen auf, die auf das künftige Schicksal dieses Landes Bezug hatten; allein auf einmal lüftete der Erzherzog den Schleier und zeigte in einer langen Herzählung alles dessen, was seit der Erschei-

nung des Herrn v. Senfft in Bern bis auf die heutigen Tage sich zugetragen, dass er gar wohl mit allen Ursachen bekannt sei, welche das Pruntrut an die Schweiz brachten, und mit den Hindernissen, welche der Uebergabe an Bern im Wege stehen. Wenn er billig genug war, der Lage Bern's Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so wusste er dennoch die Gründe der verbündeten Mächte, welche sie an der Cession hindern, in ein so helles Licht zu stellen, dass uns wenig Hoffnung zu bleiben scheint, diesen Gegenstand glücklich zu beseitigen, wenn nicht die Uebergabe an die Schweiz als Mittelweg durchgeführt werden kann, — welchem auch der Erzherzog seinen Beifall zu schenken schien.

Nun gab sich Gelegenheit, Seine Kaiserliche Hoheit zu befragen, ob er das Geschütz, das man ihm von Zürich gesendet, gebrauchen könne, worauf er mit sichtbarer Zufriedenheit über die Bereitwilligkeit erwiederte, dass nur wenige Reparaturen nothwendig seien, die er wolle machen lassen, dass er in Zeit von fünf oder sechs Tagen sein grobes Geschütz erwarte; dann werde er das unsrige mit dem seinigen brummen machen. « Nun », fuhren Seine Kaiserliche Hoheit fort, « muss ich den Gesandten der Tagsatzung eine Gewissensfrage vorlegen: werden die sechs Bataillone, die Sie anher senden, zu der Belagerung von Hüningen mitwirken oder nicht? Ich erwarte dieses von der Biederkeit und Tapferkeit der Schweizer, dass sie nicht hinter ihren Marken bleiben, um so mehr, da sie selbst dort unter dem Kanonen- und Kleingewehrfeuer stehen, und sich müssen todtschiessen lassen, ohne Antheil daran zu nehmen und ihre gefallenen Brüder rächen zu können. Dieses ist einzig, wie ich glaube, das die Schweiz thun solle; es wäre unklug, Euch in's Elsass führen zu wollen, oder sonst in das Innere von Frankreich; aber Hüningen helfen erobern, das zu Euern Gunsten geschleift werden soll, das darf ich von den Schweizern fordern. » Unserer Instruktion gemäss antworteten wir: wir haben von

der Tagsatzung keine andern Aufträge, als die Wünsche und Ansichten Seiner Kaiserlichen Hoheit zu relatiren, welches wir uns zur Pflicht machen werden, getreulich zu thun. «Nun», erwiederte der Prinz, «so gehen Sie selbst auf die Vorposten hinaus», bezeichnete uns den Ort, wo wir Alles übersehen können, «überzeugen Sie sich selbst, dass Ihre Leute, innert Ihren Marksteinen todt geschossen würden, und melden Sie der Tagsatzung, was Sie gesehen und was ich Ihnen gesagt habe, so bin ich überzeugt, dass die Tagsatzung meinen Wünschen entsprechen wird.» Unsere Vorstellungen über die Ungeschicklichkeit der Milizen zu Belagerungsarbeiten, Sturmlaufen etc. etc. erwiederte der Erzherzog mit lachendem Mund und Gründen, die zu verstehen gaben, dass er auf unsere Gegenbemerkungen keinen Werth, wohl aber desto mehr auf seinen Wunsch lege, und dass dieser ihm entsprochen werde.

Mit diesem Gegenstand endigte sich unsere gegen zwei Stunden gedauerte Audienz; wir entfernten uns bis zur Tafelzeit, und hatten die Ehre, um zwei Uhr bei Seiner kaiserlichen Hoheit an der Tafel zu erscheinen. Die Frugalität der erzherzoglichen Tafel ist in grossem Widerspruch mit dem wienerischen Ueberfluss und Ueppigkeit in den Gerichten. Nach Tisch kam die Rede auf die Besetzung des Pays de Gex; wir sagten Seiner Kaiserlichen Hoheit, was über diesen Gegenstand vorgefallen; da gab er den Rath, dass man hierüber sich mit Herrn v. Steigentesch in Unterhandlung setzen solle, — welches wir uns dankbar notirten, und nun der H. Tagsatzung ehrerbietig anheimstellen, darüber zu verfügen, was sie in ihrer Weisheit für gut finden wird. Seine Kaiserliche Hoheit beschieden uns noch einmal auf heute um zehn Uhr, wo Sie uns dann die Antwort an die H. Tagsatzung übergeben werden; der Erzherzog hatte die Güte, allen Schweizern, und besonders den Gliedern der Tagsatzung, nachzufragen, die er persönlich kennt, und erwähnte unsers verdienstvollen Herrn Kanzlers mit Achtung und Güte.

Wenn nun Euer Excellenz und die H. Tagsatzung aus dieser zwar sehr flüchtigen, aber getreuen Darstellung finden mögen, wir haben in der Konversation mit dem Erzherzoge Gegenstände berührt, die ganz ausser unserm Auftrag lagen, so liegen die Gründe dazu ganz einfach:

erstens in der herablassenden Gesprächigkeit des Fürsten;

zweitens in seiner offenen Sprache, die wir benutzen zu sollen glaubten, um über die verschiedenen Gegenstände, welche das Vaterland berühren, seine Denkart kennen zu lernen, welche mehr und minder doch nach dem ministeriellen Barometer reglirt sein muss; und besonders den Gegenstand des Pruntruts berührten wir, um zu sehen, ob es etwa mit dem Schicksal des Elsasses in Verbindung stehen möchte, konnten aber keine besondere Konnexion wahrnehmen, ohne indessen berechtigt zu sein, selbe abzusprechen; und dann —

drittens wollten wir den Erzherzog selbst durch verschiedene Gespräche auf den Gegenstand von Hüningen bringen, welches uns gelungen ist, da wir nicht gern angefangen hätten, davon zu sprechen, um so mehr, da wir nur zum Hören instruirt waren.

Sollte unser Benehmen die Billigung der H. Tagsatzung nicht erhalten, so wäre es uns leid, wenn der Eifer für das Vaterland uns zu weit geführt haben sollte.

---

Vom Erzherzog zurück, wo wir wieder eine Stunde zubrachten, haben wir die Ehre, seinem gestrigen Versprechen zufolge, die Antwort an die H. Tagsatzung beizuschliessen. Nachdem er uns den Waffenstillstand mit Jourdan angezeigt, der auf die gleichen Basen, wie jener mit Lecourbe, gebaut ist, aber auch der Ratifikation des Fürsten v. Schwarzenberg unterworfen sei, so schien der Erzherzog über alle diese Waffenstillstände sehr ungehalten und äusserte seine Zweifel, ob sie ratifizirt werden. Dann sprach er wieder mit Nachdruck über unser Mitwirken zur Belagerung von Hüningen, mit dem bedeutenden Beisatze: « und wenn es auch zu spät

sein sollte, so wird der gute Wille, den Sie bezeigen, mich in den Fall setzen, ein kräftiges Wort für die Schweiz zu sprechen, von der ich nicht abreisen möchte, ohne durch die Schleifung dieser Festung einen Beweis meiner wohlwollenden Gesinnungen zu geben.» Diese huldvolle Aeusserung erwiederten mir mit Dankbezeugung und wiederholter Versicherung, Alles getreulich unsern Hohen Kommittenten zu hinterbringen. — Diese gute Stimmung des Erzherzogs benutzten wir, um auch noch ein Wort über die italienische Grenze zu sprechen. Da fing er ganz offen an zu erzählen, wie es mit Worms, Veltlin und Cleven zugegangen, — was wir nicht wiederholen wollen, da es mit der Relation unserer Gesandtschaft auf dem Wienerkongress in völligem Einklang ist, — und endete mit der Bemerkung, dass, wenn wir seinem Wunsch wegen Hüningen's entsprechen, wir bei dem künftigen Friedensschluss diese Sache wieder zur Sprache bringen können, sowie die übrigen Grenzen; ohne sich herauszulassen, liess er durchblicken, dass es nicht im Gebiet der Unmöglichkeit liege, über diesen Gegenstand wieder einzutreten, und es scheint, dass das Grenzberichtigungsdepartement in sein Fach einschlägt, und der Erzherzog dabei persönlich einwirken kann. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Erzherzog, dass unsere Grenze bei Mendris nichts weniger als militärisch sei, allein er versichere uns, dass sein Kaiser und Herr kein Dorf von uns verlange.

Dieses, Euer Excellenz, Hochwohlgeborne, Hochgeachtete Herren, ist die getreue Darstellung unserer hiesigen Verrichtungen; und wenn es uns erlaubt wäre, über das Begehren des Erzherzogs hinsichtlich Hüningen's einen Gedanken zu äussern, so wäre es, dass man ihm entsprechen sollte, da von zwei Sachen eine wahrscheinlich erfolgt: dass entweder alle Festungen durch Kapitulation übergeben werden, und mithin kein Schuss mehr erfolgt, dann zahlen wir mit dem guten Willen, oder der Krieg geht auf das Neue wieder

an, und nimmt dann eine Wendung, welche unserer Kraftanstrengung noch ferner bedarf, und wir gezwungen werden, durch etwelche Mithülfe auf Unterstützung Ansprache machen zu können.

Wir bitten Euer Excellenz und Sie, Hochwohlgeborne, Hochgeachtete Herren, diese Aeusserung bloss als ein Resultat unserer Bemerkungen und keineswegs als eine im geringsten vorgreifende Aeusserung anzusehen u. s. w.

Hochachtungsvoll haben die Ehre zu verharren

Basel, den 17. Juli 1815.

die eidgenössischen Repräsentanten:
Vinzenz Rüttimann, Schultheiss.
Zellweger, Landammann. »

(Absch. III, p. 424.)[1])

Abgeschlossen wurde natürlich bei dieser gegenseitigen Diplomatik nichts, sondern es wurden dem Erzherzog Johann von Zürich her bloss Kanonen und Mörser geliefert und man hätte sich auch wohl unsrerseits darauf beschränkt, wenn nicht der Kommandant

[1]) Bei v. Wyss, II, pag. 253 sind aus einem Privatschreiben Rüttimann's, der « noch nie einen liebenswürdigeren Fürsten gesehen hatte », viele schöne Worte des nachmals im Jahre 1848 durch diese nämliche gemüthlich-schlaue Umgangsmanier noch bekannter gewordenen Erzherzogs über die Schweiz zu lesen. Damals schwärmte er für gesicherte Grenzen der Schweiz und für die englische Verfassung, als den Typus, auf welchen alle Monarchien bauen müssten. Die massgebenden Personen in Oesterreich, die der Schweiz soeben erst das Veltlin entrissen hatten, waren natürlich durch solche Aeusserungen nicht gebunden und dachten überhaupt ganz anders, als dieser liberalisirende Prinz.

In den noch ungedruckten Korrespondenzen von Pictet de Rochemont, V. Band, pag. 24—26 findet sich die Notiz, dass die Tagsatzung ungeneigt gewesen sei, an der Belagerung sich zu betheiligen, und die Erlaubniss dazu als « mesure défensive » von der diplomatischen Kommission ausgegangen sei. Nachträglich erst pflichteten 19 Kantone bei.

von Hüningen, Barbanègre am 25. Juli Abends eine zweite Beschiessung von Basel in Scene gesetzt hätte, wozu ihm die Verbrennung von Burgfelden durch die Oesterreicher den willkommenen Vorwand lieferte.

Der offizielle Bericht des Platzkommandanten, Oberst Lichtenhahn von Basel, lautet wie folgt:

« Am 25. Abends bemerkten die schweizerischen Vorposten, dass die Franzosen beschäftigt waren, eine am linken Rheinufer angelegte, zwischen beiden Vorpostenlinien liegende Schiffmühle zu leeren und die darin vorhandenen Geräthschaften nach Hüningen zu schleppen. Diese Schiffmühle und ein anderes Schiff wurden dann später losgekettet und abgelassen, und vom Strom gegen das rechte Ufer getrieben; die dortigen Schildwachen, die bestimmt behaupten, es seien Leute darauf gewesen, gaben Feuer, worauf sich beide Schiffe wieder vom Land entfernten und eine Viertelstunde unterwärts der Festung auf Sandhügeln strandeten. Im Augenblick, wo Herr Oberst Lichtenhahn beschäftigt war, die nöthigen Erkundigungen über diesen Vorfall einzuziehen, begann das Bombardement aus den grossen Batterien von Hüningen; ungefähr vierzig Bomben wurden in die Stadt Basel geworfen, und mehrere Häuser dadurch namhaft beschädigt. Als unmittelbar darauf von Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann und dem Obersten Lichtenhahn Parlamentärs zum Gouverneur von Hüningen abgeschickt wurden, antwortete ihnen dieser Letztere: die Schweizer hätten die Schiffmühle losgemacht, und dadurch den Eigenthümern, seinen Freunden, einen Schaden von 80,000 Franken zugefügt, darum habe er schiessen lassen; auch seien sie Schuld an dem Brand von Burgfelden; er werde gegen solche vorsätzliche Partikularbeschädigungen jedesmal Repressalien gebrauchen u. s. w. Vergebens suchte man ihn eines Bessern zu belehren, er beharrte auf seinem Glauben, und endete die Unterredung mit dem Versprechen, dass er

dem Erzherzog Johann schriftlich antworten werde. » — « Herr Oberst Lichtenhahn versichert am Schluss seines Berichtes, dass, nach allen eingezogenen Erkundigungen, die Schiffmühle von den Franzosen selbst losgemacht worden sei. »

(Absch. III, p. 595.)

Was der Kommandant von Hüningen eigentlich damit bezweckte, ergibt sich am besten aus einem Schreiben, welches er am 30. Juli an Lichtenhahn, als Antwort auf seine Reklamationen, richtete:

« Monsieur le Colonel,

J'ai l'honneur de vous accuser la réception de votre lettre datée du 27 du courant. Il est certain que c'est vous qui avez été induit en erreur, par le rapport que vous a fait votre aide de camp et d'autres, sur les divers objets dont fait mention votre dite lettre. J'en ai démontré la preuve évidente à Son Altesse Impériale l'Archiduc Jean ; la chicane devient donc superflue à cet égard. Je vous ai donné l'exemple du respect envers les propriétés ; si vous l'aviez suivi, j'aurais laissé Bâle tranquille. Les promesses qui m'ont été faites de la part des habitants de Bâle, n'ont pas été tenues ; je les avais acceptées ; Monsieur Braun, votre compatriote, a dû vous le dire dans le temps ; mais on n'a pas daigné me répondre et on trouve plus commode de tout nier aujourd'hui.

Les ruines des incendies et ravages faits par vos troupes et vos alliés existent et existeront longtemps ; ni moi ni ma garnison n'avons provoqué ces outrages sous le canon de la place. Les contemporains et la postérité que vous invoquez, sauront apprécier ces cruautés et la conduite de la garnison d'Huningue.

Mon intention néanmoins est de laisser les habitants de Bâle jouir de la plus parfaite tranquillité et vaquer à leur commerce, pourvu qu'il n'y ait plus de ravages commis de la part de leur troupes, et qu'ils donnent à ma garnison un

dédommagement de trois cent mille francs qu'ils avaient promis, savoir :

250,000 francs en argent,
4,000 paires de souliers,
4,000 aunes de drap,
4,000 aunes de toile.

C'est à ces conditions que ma garnison oubliera les outrages qu'elle a reçus ; je vous prie de me faire réponse dans la journée de demain.

Agréez, je vous prie, Monsieur le Colonel, l'assurance de ma haute considération.

Huningue, le 30 juillet 1815.

(Signé) *Le Baron Barbanègre.*

(Absch. III, p. 598).

Ob ihm wirklich von besorgten Baslern unter der Hand solche Versprechungen gemacht worden waren, muss heute dahin gestellt bleiben. Damals fand sich jedenfalls Niemand, der sich dazu bekennen wollte, und der Generalquartiermeister Finsler berichtet unter dem gleichen Tage über diese etwas theatralische Persönlichkeit des Kommandanten von Hüningen Folgendes:

« Zu Basel ist es immer ein wenig unruhig. Da der General Barbanègre seinen Endzweck, Geld zu erhalten, nicht erreicht hat, so fährt er fort zu schimpfen und seine bekannte neuerbaute Batterie noch mehr zu verstärken, um bei erster Gelegenheit ein neues Bombardement anzufangen. Mittlerweile lässt er stets auf unsere Schildwachen und Vorposten in Klein-Hüningen und auf der Insel feuern.

Durch die Instruktionen, welche der Herr Oberst Lichtenhahn besitzt: mit allen Kräften für die Beschützung von Basel zu sorgen, halte ich denselben für hinreichend bevollmächtigt, um jener gefährlichen Batterie allen möglichen Abbruch zu thun; allein die zehn Bataillone, welche dermalen in Basel stehen, sind für diesen Endzweck allein all-

zu zahlreich, und daher muss ich die Freiheit nehmen, Euer Hochwohlgeboren um Verhaltungsbefehle zu ersuchen, ob diese Mannschaft noch thätigeren Antheil an der Schwächung von Hüningen nehmen dürfe, dessen Nachbarschaft nun schon zu wiederholten Malen der Stadt Basel so grossen Schrecken und Gefahr gebracht hat.

Der Herr Oberst Lichtenhahn und die Truppen selbst, wovon ein grosser Theil dermalen nicht in Thätigkeit gesetzt werden kann, erwarten mit vieler Sehnsucht eine Weisung, was Sie zu thun und zu lassen haben, und es ist sehr erklärlich, dass sie bereit und begierig sind, die Beleidigungen und die Unverschämtheiten des Kommandanten von Hüningen militärisch zu beantworten.»

Jedenfalls war nun damit die Frage der schweizerischen, direkten Mitwirkung an der Belagerung entschieden. Am 19. August wurden österreichischer und schweizerischer Seits die Parallelen auf beiden Seiten des Rheins eröffnet. Die Schweizer Batterien standen in Kleinhüningen und wurden in der Hauptsache von Basler-Artilleristen bedient. Der Zürcher Mörser «Apollo» that den ersten Schuss, der eine Frau auf dem Paradeplatz von Hüningen erschlug. Eine Beschreibung dieses Moments aus damaliger Zeit lautet:

«Die Eröffnung der Laufgräben gegen die Festung geschah den 19. Augustmonds Abends, in Gegenwart Sr. K. K. Hoheit des Erzherzogs Johann, von Oesterreichern, Schweizern und elsässischen Bauern auf beiden Rheinseiten. Auf dem rechten Gestade oder auf der Seite von Kleinhüningen wurden sie bei dem Neuenhause angefangen, dann hinter dem Dorf Kleinhüningen durch bis unten an die Schusterinsel geführt. In dem Dorfe selbst befanden sich zwei Kanonen- und eine Mörserbatterie, zu welchen man ohne Laufgraben und dennoch vom Feind ungesehen gelangte. Von der Mörserbatterie, welche sich in der untern

Ecke des Bischoffischen Gartens, der obern Rheinbastion in Grosshüningen gerade vorüber befand, zog sich längs der Anhöhe beinahe in gerader Linie ein Laufgraben mit 7 Mörser-, Kanonen- und Haubitzbatterien. Dann aber zog sich vorspringend und zum Theil von der Schusterinsel, theils von Gebüschen gedeckt, ein Laufgraben mit 3 Batterien in die Tiefe bis gerade über die äussersten Festungswerke von Hüningen. Für die Scharfschützen war auf der Schusterinsel selbst ein Laufgraben angelegt. Beim Einfluss der Wiese in den Rhein befand sich eine Mörserbatterie, welche mit den beiden obersten Kanonenbatterien bestimmt war, die Abbatucci-Schanze zu demontiren.

Auf dem linken Rheinufer oder auf der Seite von Grosshüningen fingen die Laufgräben da an, wo die Strasse nach Hüningen von der grossen, nach St. Louis führenden Strasse abzweigt, und endigten sich etwa 300 Schritte diesseits der Abbatucci-Schanze, gegen welche eine Kanonen- und eine Mörserbatterie aufgeführt wurde.

Vom Neudorfe her hatte man auch gegen die Festung hin Werke aufgeführt.

Ungeachtet die Nacht, in welcher die Laufgräben eröffnet wurden, ganz mondhell war, bemerkten die Franzosen nach Mitternacht die Arbeit; sie schossen nun aus Mörsern und Kanonen auf die Arbeiter, trafen jedoch auf dem rechten Rheinufer nur zwei Oesterreicher, keinen Schweizer, auf der linken Rheinseite gar Niemand.

Die Arbeiten wurden nun ununterbrochen Tag und Nacht fortgesetzt und in der Nacht vom 21. auf den 22. die Bettungen der Batterien gelegt und das Geschütz eingefahren.

Während der ganzen Arbeit waren nur einige wenige Deutsche, kein Schweizer getödtet und im Ganzen kaum 60 Mann, unter welchen ungefähr 20 Schweizer, die meisten aber nur leicht, verwundet worden, ungeachtet das Schiessen

aus der Festung Tag und Nacht fortdauerte und die Besatzung auch zu verschiedenen Malen mit Kartätschen auf die Arbeiter schoss.

Am 22. Morgens um 10 Uhr ward von den Belagerern der Anfang mit der Beschiessung der Festung und der Abbatucci-Schanze gemacht, und zwar hatte der baslerische Artilleriehauptmann Lukas Preiswerk, der mit einer Abtheilung seiner Kompagnie die Mörserbatterie in dem Bischoffischen Garten bediente, auf ausdrücklichen Befehl des Erzherzogs Johann, die Ehre, den ersten Schuss (aus dem Zürcher Mörser Apollo) zu thun. Sogleich begann das Feuer von allen 14 Batterien auf beiden Ufern. Es dauerte einige Zeit, ehe es aus der Festung mit einigem Nachdruck beantwortet wurde, denn die Franzosen hatten nicht an die Möglichkeit einer so schnellen Beendigung der feindlichen Batterien gedacht. Kaum hatte das Feuer auf der Abbatucci-Schanze angefangen, so flog der darin befindliche Pulver- und Munitionsvorrath in die Luft, das Blockhaus brannte ab, und die Mannschaft lief grösstentheils zu den Alliirten über. Diese unerwartete missliche Wendung schien es nun gebieterisch von den Franzosen zu fordern, auch die Batterie des vormaligen weissen Thurms zu verlassen und sich in das alte Hornwerk, das den Namen Sternschanze trug, zurückzuziehen. In diese letztere brachten sie nun wirklich sehr viel Geschütz hinein, um ihre Vertheidigung aus derselben fortzusetzen.»

Im Ganzen nahmen 4600 Mann unsererseits an der Aktion Theil. Der Armeebefehl des Oberkommandanten der eidgenössischen Armee, Finsler, vom 19. August lautete, wie folgt:

«Armeebefehl.

Seit gestern hat die Belagerung von Hüningen durch die Truppen der alliirten Mächte unter dem Oberbefehl Seiner

Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann von Oesterreich den Anfang genommen.

Der Kommandant der Festung, General Barbanègre, gehorcht weder seinem natürlichen Oberherrn, dem König von Frankreich, noch irgend einer andern rechtmässigen Gewalt. Er und seine Garnison sind demnach als Feinde aller Nationen zu betrachten.

Er hat sich besonders als einen Feind der Schweizer bewiesen durch wiederholte, muthwillige Beschiessung und Beschädigung der Stadt Basel und tägliche Beleidigungen gegen die eidgenössischen Truppen.

Die H. Tagsatzung hat demnach beschlossen, dass die eidgenössische Armee an der Belagerung und Eroberung von Hüningen thätigen Antheil nehmen solle, um die eidgenössische, verbündete Stadt Basel je eher je lieber von der gefährlichen Nachbarschaft dieser gesetzlosen Garnison, und die Eidgenossenschaft von den Nachtheilen eines zunächst an unsern Grenzen fortdauernden Kriegszustandes zu befreien.

Die beiden zu Basel stehenden eidgenössischen Brigaden haben allbereits die Belagerungsarbeiten auf dem rechten Rheinufer angefangen und betragen sich mit allem dem Eifer und dem Gehorsam, den ich zu erwarten berechtigt war.

Ich zweifle nicht, dass alle eidgenössischen Truppen, welche zur Theilnadme an dieser gerechten und für unser ganzes Vaterland so überaus wichtigen militärischen Unternehmung schon befehligt sind oder noch dazu befehligt werden, sich bestreben werden, unter den Augen eines erhabenen Fürsten und im Angesicht des Vaterlandes den Ruhm und die Ehre unserer Väter zu behaupten, und dass sie sich freuen werden, offenen und kräftigen Antheil an einer Waffenthat zu nehmen, deren glückliches Gelingen so enge mit dem Zweck unserer bisherigen grossen Anstrengungen verbunden

ist und unsern Grenzen Schutz und Sicherheit gewähren wird.

Hauptquartier Bern, den 19. August 1815.

Der Generalquartiermeister,
Kommandant der eidgenössischen Truppen:
Finsler.»

(Absch. III, p. 607.)

Eine ausführliche Beschreibung der Belagerung enthält das Tagebuch des Stabsadjutanten Hegner, welches als Beilage folgt.[1])

Am 24. August fing der grosssprecherische Kommandant von Hüningen an zu parlamentiren und am 26. schloss er eine für ihn über Gebühr ehrenvolle Kapitulation mit dem Erzherzog Johann ab, in der wir gar nicht erwähnt werden, wie wir auch nicht einmal bei den Unterhandlungen vertreten waren.[2]) Sie lautet:

« *Articles*
*de la capitulation de la place d'Huningue et de ses ouvrages, conclue le 25 août 1815.*

*Au nom de Son Altesse Impériale l'Archiduc Jean*, Commandant en chef du siége de Huningue, Messieurs le Général Comte de Morzin, Adjutant-Général de Son Altesse Impériale l'Archiduc Jean, et le Général-Major de Kollenbach, Chevalier de l'Ordre militaire de Marie-Thérèse, et Monsieur de Stockmayer, Général de Brigade au service de Sa

---

[1]) Weniger detaillirte Berichte des eidgenössischen Oberkommandanten über den Fortgang der Belagerung (vom 24. August) finden sich auch im Abschied (III, 608). Die eidgenössische Verlustliste betrug bis dahin 30 Mann, worunter 1 Todter.

[2]) Diese auffallende Hintansetzung der Schweiz, die doch durch ihre Artillerie das Meiste zur Belagerung beigetragen hatte, hätte jedenfalls, wenn nicht eine positive Reklamation, so doch eine andere Sprache verdient, als die auf pag. 471 folgende.

Majesté le Roi de Wurttemberg, chef d'un régiment d'infanterie légère, Grand Croix de l'Ordre civil et Commandeur de plusieurs Ordres militaires;

Et au nom de Monsieur le Baron Barbanègre, Maréchal de Camp de Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, Chevalier de Saint-Louis, Commandeur de la Légion d'honneur et Chevalier de l'Ordre de Saint-Henri de Saxe, Monsieur le Marquis de Mécusson, Commandant du Génie, et Monsieur Schneider, Capitaine d'artillerie au premier régiment, tous commissaires nommés et munis de pleins pouvoirs de Messieurs les Généraux ci-dessus désignés, ont conclu et arrêté les articles suivants, concernant la reddition de la place de Huningue et de ses ouvrages, après avoir préalablement échangé leurs pleins pouvoirs et rempli les formalités usitées.

Article 1er. La place de Huningue et ses ouvrages, toutes les munitions, magasins de toute espèce, cartes, plans, dessins de fortification, les caisses et tout ce qui appartient au gouvernement français, et qui n'est pas compris aux articles suivants comme propriétés particulières ou bagages de Messieurs les officiers et troupes, seront remis, le 28 août à huit heures du matin, au nom des Alliés, à Son Altesse Impériale l'Archiduc Jean, Commandant en chef du siége de Huningue, dans l'état où ils se trouvent actuellement et sans la moindre altération.

Article 2. La garnison de Huningue sortira le 28 août, à huit heures du matin, par la porte de France, avec les honneurs de la guerre, et déposera les armes sur le glacis. Les officiers conserveront leurs épées, les sous-officiers et les soldats leurs havre-sacs, pour se rendre aux destinations suivantes :

1° Les gardes nationales retourneront paisiblement dans leur foyers.

2° Les douaniers et les gendarmes seront envoyés à Colmar, au préfet royal du département du Haut-Rhin, duquel ils ressortent, mais sans chevaux, ni armes.

3° Les officiers, sous-officiers et soldats des troupes de ligne seront envoyés au quartier général du Maréchal Macdonald, dans les départements derrière la Loire, pour y recevoir leur destination ultérieure.

4° Les anciens militaires retraités seront également envoyés dans leurs foyers, avec des feuilles de route et des moyens de transport.

Article 3. Messieurs les officiers conserveront leurs épées, leurs bagages domestiques et les chevaux qui leur appartiennent en propriété, mais non appartenants au gouvernement.

Article 4. Les officiers, sous-officiers et soldats feront leurs routes par les étappes accoutumées, les logements, les vivres et moyens de transport leur seront livrés, comme aux troupes alliées.

Article 5. Tous les non-combattants, comme chefs d'administration, officiers de santé et employés des différents services, recevront également des feuilles de route pour leur destination, avec les indemnités convenues dans l'article précédent.

Article 6. D'abord après la ratification de la présente capitulation, un officier de génie, un d'artillerie et un commissaire de guerre et de vivres des troupes alliées entreront dans la place pour commencer leurs fonctions, de concert avec le commissaire de la garnison destiné à ce sujet, pour recevoir les inventaires des divers services.

Article 7. Le 27 août, à cinq heures du matin, les troupes alliées occuperont la porte de France.

Article 8. Les officiers, sous-officiers et soldats blessés ou malades resteront à Huningue jusqu'à leur parfaite guérison. Ils recevront tous leurs secours que leur état éxigera; ils seront particulièrement recommandés à la générosité des troupes alliées et seront ensuite dirigés, avec des feuilles de route, vers leurs destinations respectives. Il sera laissé un officier de santé pour les soigner.

Article 9. Monsieur le Général, Commandant des troupes alliées, prendra les précautions et mesures qu'il croira nécessaires, pour qu'aucun officier, sous-officier, soldat ou employé de la garnison de Huningue ne soit insulté ni molesté.

Article 10. Les habitants de Huningue et leurs propriétés seront respectés par les Alliés; aucun desdits habitants ne pourra être inquiété sur sa conduite passée.

Article 11. Jusqu'à huit heures du matin, le 28 août, les troupes garderont leurs postes respectifs, à l'exception de la porte de France, qui sera occupée, le 27 à cinq heures du matin, par les troupes alliées.

Article 12. S'il se trouvait quelque équivoque dans les articles de la présente, elle sera interprétée en faveur de la garnison.

Article 13. Les articles de la présente capitulation seront signés par Messieurs les Commissaires alliés et français, pour en constater la validité.

Jusqu'à huit heures du soir du 26 août, la ratification devra avoir eu lieu de part et d'autre.

Ainsi conclu et arrêté en double original, à Saint-Louis, le 26 août 1815.

(Signé) *Le Général Comte de Morzin.*
» *Baron de Kollenbach*, Général-Major.
» *de Stockmayer*, Général-Major.
» *Mécusson.*
» *Schneider.*

Je ratifie la présente convention,
Le Maréchal de Camp:
(Signé) *Le Baron Barbanègre.* »
(Absch. III, p. 612.)

Das Programm der Uebergabe lautet speziell, wie folgt:

«Programm.

Bei dem morgigen Ausmarsche haben zwei königlich-württembergische Landwehrbataillone, das grossherzoglich-hessendarmstädtische Bataillon, 1 Bataillon von Kollowrath, 1 Bataillon von Alexander und 1 Bataillon von Kaiser, 2 Schweizerbataillone, nebst der Chevauxlégers-Division zu paradiren.

Die württembergischen Bataillone, das hessendarmstädtische und ein Schweizerbataillon stellen sich zwischen Hüningen und den Parallelen, den linken Flügel gegen Hüningen, Front gegen die Strasse machend; diesen vier Bataillonen gegenüber stellen sich die drei österreichischen und ein Schweizerbataillon auf. Die Kavallerie stellt sich halbescadronsweise auf die Flügel der Infanterie.

Die schmalen Seiten gegen Hüningen und Belfort werden durch aufgestellte Infanterieposten so geschlossen, dass nur die Strasse zum Durchzuge frei bleibt. Auf diese Art entsteht ein längliches Viereck, in dem die französische Besatzung die Gewehre ablegen wird. Die hinter die Loire abgehende Abtheilung der Besatzung wird durch das Bataillon Alexander und einen Zug Kaiser-Chevauxlégers begleitet.

Sobald die französische Besatzung abgegangen ist, rücken ein Bataillon von Kollowrath, ein von Kaiser, ein württembergisches, ein hessendarmstädtisches und zwei Schweizerbataillone und die Kavalleriedivision durch das Kolmarerthor in die Festung. Ein württembergisches Bataillon bleibt zur Bewachung der Nationalgarde, bis diese, in Abtheilungen gesondert und mit Pässen versehen, in ihre Heimat gesendet werden kann. Die Truppen ziehen wieder bei dem Baselerthore aus, nachdem sie vorher auf dem Platz sich aufgestellt und Betstunde gehalten. Um sieben Uhr früh Morgens müssen die Truppen zu beiden Seiten der Strasse aufgestellt

sein. Ingenieuroffiziere werden sie von Bourglibre, wo sie sich zu sammeln haben, in ihre Aufstellung führen.

Der Herr Oberst wollen sich wegen Ausführung dieses Befehls mit dem Herrn Generallieutenant Grafen v. Hochberg und Herrn Feldmarschall-Lieutenant Baron Mariassy in's Einvernehmen setzen.

Basel, den 27. August 1815.

(Gezeichnet) Erzherzog Johann. »

(Absch. III, p. 613.)

Der offizielle Bericht über den Abzug der Franzosen vom 28. August ist folgender:

« Die Garnison von Hüningen, bestehend:

aus ungefähr 80 Mann regulirter Artillerie,
» » 150 Stückknechten,
» » 100 Mauthbeamten,
» » 1500 sogeheissenen Nationalgarden und einigen Gendarmen,

ist heute um $8\,^1/_2$ Uhr ausmarschirt und die Besitznahme ist genau nach dem festgesetzten Programm vor sich gegangen.

In der Stadt sind einige wenige Häuser abgebrannt, viele ganz durchlöchert und fast keines unbeschädigt. Die Wälle waren seit 1813 nie wieder ganz in ihren ursprünglichen Zustand hergestellt worden; darum haben auch einzelne Werke, vorzüglich die Bastei gegen Klein-Hüningen und das Hornwerk gegen Basel hin, sehr stark gelitten. Mehrere Stücke Geschützes lagen demontirt auf den Wällen und andere waren beschädigt. Im Ganzen war nicht zu viel Geschütz aufgeführt und die Aussenwerke waren schwach besetzt. Ich sehe nicht, dass nach diesen schon erlittenen grossen Beschädigungen Herr Barbanègre einem nochmaligen, ebenso ernsthaften Angriffe lange hätte widerstehen können.

Ich habe bei Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann mit gebührender Vorsicht Erkundigungen einziehen lassen, ob die Schweiz hoffen dürfe, einen Antheil an dem Geschütz und den Vorräthen zu erhalten, und habe dabei

das Beispiel von Blamont angeführt, wo der österreichische Herr General v. Scheither wegen der österreichischen Husaren, welche bei der Einnahme anwesend gewesen, die Hälfte des daselbst vorgefundenen Geschützes gefordert und ohne Widerrede von meinem Vorfahr erhalten habe. Hingegen habe ich nach langer Ueberlegung Bedenken gefunden, den Erzherzog um die Aufnahme von Schweizertruppen als Garnison nach Hüningen anzusuchen. Es hat mir geschienen, dass ein solches Begehren mit unserer Forderung schneller und gänzlicher Schleifung der Festungswerke in einigem Widerspruch stehen möchte und dass die Sache noch sonst Inkonvenienzen mit sich führen könnte, die grösser wären als die Vortheile. Ich glaubte also, über diesen Punkt ruhig abwarten zu sollen, ob etwas an uns gelangen würde, es wäre denn, dass ich von der Bundesbehörde desswegen Verhaltungsbefehle erhielte.» (Absch. III, p. 611)

Seitens der Hüninger Einwohner wurden die Oesterreicher nicht ungern, die Schweizer dagegen mit grösster Erbitterung empfangen.

Die eidgenössische Tagsatzung beendigte diese militärische Aktion mit folgendem, etwas überschwänglichen Schreiben an den Erzherzog Johann, das den Geist unserer Väter am besten kennzeichnet:

«Seiner Kaiserlichen Hoheit, dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn Erzherzog Johann von Oesterreich etc. etc.

Durchlauchtigster Erzherzog!

Dass Hüningen gefallen und die eidgenössische Stadt Basel, nach vielen Drangsalen, endlich vor Beleidigungen und räuberischen Angriffen gesichert sei, verdanken wir, nächst Gott, Euerer Kaiserlichen Hoheit. In den Herzen unserer Nation findet dieses Unternehmen einen Lohn, welcher, wie wir hoffen, dem erhabenen Freund der Schweiz ebenso angenehm, als dem Feldherrn der rühmliche Erfolg sein

werde. Wir beeilen uns, Euerer Kaiserlichen Hoheit darüber unsere aufrichtigen Beglückwünschungen darzubringen.

Ihre wohlwollende Theilnahme, Durchlauchtigster Herzog, gegen die zur Belagerung verwendeten Schweizertruppen und die Zufriedenheit, welche Höchstdieselben über ihr Betragen zu bezeigen geruhten, haben uns mit Freuden erfüllt. Diese Truppen fühlten, was sie ihrem erlauchten Führer, was sie ihrem Vaterland schuldig waren; denn künftig bleiben in unserer Geschichte das Jahr 1815, das Schweizervaterland und Erzherzog Johann von Oesterreich für alle wahren Eidgenossen unzertrennlich.

Und da wir vollends, nach den frühern Zusicherungen Seiner Kaiserlichen Hoheit, die alte Grenze der Eidgenossenschaft auf immer von der gefährlichen Nähe dieser Festung befreit sehen werden, so soll, gleich den Denkmälern unserer in Gott ruhenden Väter, auch jenes Denkmal ewig dauern, das aus den Trümmern Hüningen's zu Ehren Euerer Kaiserlichen Hoheit hervorgehen wird; ein Denkmal wichtiger Begebenheiten und grosser Gefahren, hoher Kriegskunst und fürstlichen Heldenmuths, dem edlen Sprössling Rudolfs v. Habsburg durch die freie Eidgenossenschaft gewidmet. Durchlauchtigster Erzherzog! Unsere Worte sind schwache Dolmetscher unserer Gesinnungen; auf diese aber sehen Eure Kaiserliche Hoheit, und werden auch, nachdem Sie unserer Nation so wirksam beigestanden sind, uns, ihren Stellvertretern, freundlichen und geneigten Glauben schenken.

Die wir mit tiefer Ehrerbietung geharren,
Durchlauchtigster Erzherzog!
Euerer Kaiserlichen Hoheit
ergebenste Diener.
Im Namen der eidgenössischen Tagsatzung,
der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident derselben.
Zürich den 29. August 1815.» (Absch. III, 610.)

Sie beauftragte gleichzeitig den Oberbefehlshaber Finsler, bei der Uebergabe der Festung auf deren versprochene Zerstörung hinzuwirken (Absch. III, 610).

Damit schliesst am 28. August 1815 die schweizerische Kriegsgeschichte, bis auf den heutigen Tag, den Sonderbundskrieg im Innern des Landes ausgenommen. Alle an der Belagerung betheiligt gewesenen Truppen hatten sich laut Armeebefehl vom 28. August Lob erworben, indem derselbe sich darüber wie folgt äussert:

« Armeebefehl.

Die Festung Hüningen hat sich nach einer kurzen, aber sehr heftigen Beschiessung an Seine Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich, zu Handen der gesammten alliirten Mächte, in der Nacht vom 26. auf den 27. August ergeben, und heute Morgens um 9 Uhr hat derselbe an der Spitze von 6000 Mann, unter welchen sich ein Drittheil Schweizertruppen von allen Waffen befand, seinen Einzug in die eroberte Festung gehalten.

Der ruhmvolle Antheil, welchen die eidgenössischen Truppen an dieser Belagerung genommen, wird in politischer und militärischer Hinsicht ein merkwürdiges Ereigniss in der schweizerischen Kriegsgeschichte bleiben.

Die beiden Scharfschützenkompagnien Hassler und Pfenninger haben vom Anfange bis zum Ende auf den Vorposten die besten Dienste geleistet.

Die sämmtlichen Infanteriebataillone haben durch ihre unermüdete Anstrengung in wenig Tagen Laufgräben und Batterien zu Stande gebracht, die bei gewöhnlicher Arbeit wohl einen doppelten Zeitaufwand gekostet hätten.

Alle diese verschiedenen Waffen haben kräftig dazu beigetragen, dass die Angriffsanstalten gegen die Festung mit ungewohnter Schnelligkeit vollendet wurden, dass die vorgeschobene Batterie, welche der Stadt Basel so viel Schaden

gethan, gleich in den allerersten Tagen genommen ward, und dass die Wohnungen und Festungswerke von Hüningen durch die heftige Beschiessung so beschädigt wurden, dass der Kommandant die Hoffnung einer längern Vertheidigung aufgeben musste.

Indem ich allen eidgenössischen Truppen, welche an dieser Belagerung theilgenommen haben, meinen herzlichen Dank für ihren Eifer, ihren Muth und ihre Anstrengungen bezeige, darf ich zu gleicher Zeit auch die Ueberzeugung aussprechen, dass alle andern in eidgenössischem Dienste stehenden Truppen, wenn sie zu dieser Waffenthat berufen worden wären, sich das nämliche Lob würden erworben haben.

Es ist für mich eine angenehme Pflicht, den unermüdeten Herrn Oberst Lichtenhahn, Kommandanten von Basel, als Befehlshaber der sämmtlichen eidgenössischen Belagerungstruppen, und seinen wackern und thätigen Stabsadjutanten, den Herrn Major Holzach; dann den Herrn Oberst Grafen v. Courten, welcher, nach Abberufung des Herrn Obersten Hess zu einer andern Bestimmung, den Befehl über die zweite Brigade übernommen und mit der rühmlichsten Auszeichnung das Kommando in den Laufgräben geführt hat; sowie den erfahrenen und eifrigen Herrn Oberst Göldlin, Kommandanten der Artillerie, und sämmtliche Herren Stabs- und Oberoffiziere meines besonderen Dankes für ihren Diensteifer und ächt vaterländischen Sinn zu versichern.

Die nächste und unmittelbare Frucht dieser Eroberung ist die völlige Sicherstellung der Stadt Basel vor ähnlichen Beschädigungen, wie diejenigen, welchen diese Stadt nun viele Wochen durch ausgesetzt war, und welche sie mit Standhaftigkeit und wahreidgenössischem Sinn und mit dem festen Vertrauen auf die Hülfe ihrer Verbündeten ertragen hat, und wir sind berechtigt zu hoffen, dass ihr diese Ruhe auch für künftige Zeiten gesichert werde.

Bald wird nun wieder ein Theil der im eidgenössischen Dienste stehenden Mannschaft in ihre Heimat zurückkehren

können, und hoffentlich wird ein allgemeiner und dauerhafter Friede uns in kurzer Zeit zum Ziel unserer Anstrengungen führen.

Im Hauptquartier Basel, den 28. August 1815.

Der Generalquartiermeister,
Kommandant der eidgenössischen Truppen:

(Absch. III, p. 615.) Finsler.»

Am 30. August gab der Erzherzog Johann den sämmtlichen Belagerungstruppen ein grosses Fest auf dem Felde zwischen St. Ludwig und Burgfelden, das dann am 4. September Abends von Seiten der Stadt Basel auf dem Petersplatz erwiedert wurde, wobei die Hüninger Mörser, aus denen die Stadt beschossen worden war, die der Erzherzog den Baslern zum Andenken geschenkt hatte, als Dekorationsstücke figurirten. Die Beschreibung des Festes in einer Broschüre von 1816 lautet u. A. wie folgt:

« Auf dem St. Petersplatze, einer lieblichen Promenade der Stadt, wurden in wenigen Tagen ein Triumphbogen, 24 Fuss hoch und 18 breit; ein Musik- und Tanzsaal, 64 Fuss im Durchschnitt, und ein Speisesaal, 200 Fuss lang und 40 breit, erbaut. Der ganze Platz ward mit einem Geländer eingeschlossen, um welches Eichenguirlanden festonartig gewunden wurden. An seiner östlichen Vorderseite erhob sich in seiner Mitte die Eingangs- oder Triumphpforte, an deren Fronte die Inschrift:

Dem Erzherzog Johann,
Das dankbare Basel

in flammenden römischen Lettern glänzte. Auf seiner Hinterseite hingegen standen die einfachen Worte:

ARCHIDVCI HVNINGAM CAPIENTI

die zugleich auch, wie es zu sehen ist, die Jahreszahl ausdrückten. Der ganze Bogen von dorischer Ordnung wurde, sowie das Geländer der Vorderseite, reichlich erleuchtet —

und so auch in vielfarbigem Feuer die Allee, die von diesem nach dem Musik- und Tanzsaale, und von da wieder. westwärts des Platzes. nach dem Speisegebäude hinführte. 24,000 Lampen erhoben in dunkler Nacht durch die Pracht ihres Glanzes das schöne Ganze (in welchem, in üppiger Vegetation, gegen den Speisesaal hin vorzügliche Pflanzen aus allen fünf Welttheilen blühten) zur täuschenden Darstellung der Gärten der Hesperiden oder zu einem reizenden zauberischen Feenaufenthalte. Vor dem Triumphbogen, wie auch an der Treppe, die zum Speisesaal führte, standen auf beiden Seiten Mörser oder Bombenkessel als Blumentöpfe. Die auf beiden Seiten des erstern aufgepflanzten wurden zu Hüningen erbeutet und waren eben dieselben, aus welchen Basel beschossen worden; jene an der Treppe des Speisesaals gestandenen gehörten hingegen dem Stande Zürich und hatten bei der Beschiessung von Hüningen gute Dienste geleistet.

Der Musik- und Tanzsaal hatte die Form einer Rotunde; sein Säulenwerk war hellblau überzogen; an seiner Decke schimmerten 24 krystallene Kronleuchter. Der Speisesaal glich einem Rittersaale, an dessen Wände Trophäen von alten Waffenrüstungen hiengen; er war mit 19 grossen krystallenen Kronleuchtern hell beleuchtet und mit Guirlanden von Eichenkränzen umgeben. Die Tafel des Fürsten bildete einen Halbzirkel in der Mitte des Gebäudes, an welchem mit Ihm und den Personen seiner Umgebung, die ersten Regierungsglieder von Basel speisten, und von dem Mittelpunkte aus strömten zu seinen beiden Seiten bis zu ihren äussersten Enden drei lange Tafeln hin, an der die übrigen Gäste, 758 an der Zahl, sassen. Ein Lorbeerkranz schwebte über dem Haupte des Erzherzogs. Das Fest begann Abends um 7 Uhr und währte bis zur folgenden Morgendämmerung. Es hatten sich unzählige Zuschauer, Eingeborne sowohl als Fremde, dabei eingefunden. Wie die sternenhelle Nacht die Freude der Natur an diesem Feste zeigte, verkündigte sie allgemeiner

Beifall bei jenen. Das reine, ungetrübte Vergnügen an dieser vaterländischen Feier und das Andenken an die glücklich überstandenen Gefahren löste sich bei Manchem wieder in süsse, fröhliche Empfindungen auf. »

Von Mitte Oktober an wurde zur Freude der Basler mit 2000 Arbeitern an die Schleifung der berühmten Festung gegangen, welche, so lange sie bestanden hatte, stets eine offene Drohung für unsere Grenzstadt gewesen war. Weniger zufrieden waren die Einwohner Hüningens selbst. Ein Bericht aus jener Zeit darüber lautet wie folgt:

« An der Schleifung der Nachbarfestung wurde, wenn nicht anhaltender Regen die Arbeit unterbrach, unausgesetzt fortgefahren. Zahlreich strömte es täglich zu den Basler Stadtthoren hinaus, da die neugierige Einwohnerschaft schauen wollte, wie solche zu nichte wurde. Vaubans Manen mochten zwar zürnen; darob jubelte aber die Menge der jetzt Lebenden. Die Einwohner Hüningens, die von der Garnison der Festung bisher vielen Verdienst zogen, verdross und ärgerte die Sprengung der Werke ganz ausserordentlich; daher sie den Baslern, die dahin gingen, nicht allein scheele Gesichter machten, sondern sich beleidigende Ausfälle gegen mehrere derselben erlaubten, ja sogar Gassenjungen mit Steinen nach ihnen geworfen haben sollen. Mit welchem Grunde die Hüninger ein solches Benehmen sich gestatteten, war schwer zu errathen; da im Gegentheil die Einwohner von Basel alle Ursache hatten, gegen das unnachbarliche Betragen mehrerer Bürger von Hüningen, welche als Kanoniere bei der Beschiessung Basels sich gerne gebrauchen liessen, gerechte Klage zu führen. Die Zerstörung einer Festung, deren Garnison den grössten Theil der Einwohner in Nahrung setzte, musste den letztern freilich nicht angenehm sein, was ihnen auch nicht zu verargen war; aber noch weniger konnten es die Hüninger den Baslern übel nehmen, wenn sie es gerne sahen, dass ein

solches Bollwerk zerstört wurde, dessen einziger Zweck immer nur Basels Bedrohung war; denn seit der Zerstörung des Brückenkopfs hatte die Festung Hüningen keine wichtigere Bestimmung mehr als diese gehabt, auch selbst in den letzten Feldzügen den Verbündeten keinen Abbruch mehr gethan, da ein unbedeutendes Korps hinreichte, die Besatzung im Zaume zu halten. Wie leicht dürften sich den Einwohnern des nunmehrigen Städtchens Hüningen, als einem in einer nicht ganz unfruchtbaren Feldmark, und noch überdiess für mancherlei Handthierungen trefflich gelegenen Ort, bessere Erhaltungsquellen für die Zukunft eröffnen, als diejenigen waren, die ihnen bisher in ihrem beschränkten Raume, bei einer oft kärglich bezahlten Garnison, Bestand und Unterhalt verschafften!

Nach des österreichischen Monarchen Wunsch und Willen waren bei der Sprengung wirklich alle Vorsichtsmassregeln getroffen, um Schaden zu meiden. Eine einzige arme Frau, die Späne auflas, wurde von einem umgehauenen Baum bei seinem Fall erschlagen. Vor dem Platze arbeiteten neben den requirirten Sundgauerbauern viele hundert Soldaten an der Niederreissung der Vorwerke, welche täglich 20 Kreuzer an ausserordentlicher Löhnung erhielten. Die Minirer, welche zur Schonung ihres Personals von 8 zu 8 Stunden abgelöst wurden und die Sprengung der fest ummauerten Wälle zu besorgen hatten, empfingen besondere Erkenntlichkeitsbeweise. Uebrigens waren bei dieser Demolition die Ausgaben, sowohl der baslerischen Kantonsregierung wie des Stadtmagistrats, zum Unterhalt der daselbst arbeitenden Schweizer, da jeder der Arbeiter 12 Batzen tägliche Löhnung erhielt, auch nicht unbedeutend, zumal sich dieselben auf tägliche 800 Schweizerfranken beliefen. Von den weggebrochenen Steinen wurden von der baslerischen Baukammer und von Partikularen Ankäufe gemacht. Die daraus auszuführenden Gebäude werden dann einst zu Denkmälern der wichtigen Ereignisse dienen, denen man die Vernichtung dieses gefährlichen Nachbarn zu

verdanken hatte — sowie der Drangsale und Unfälle, welchen Basel seinetwegen ausgesetzt gewesen war.

Am achtzehnten Weinmonat 1815, donnerten zum letzten Male von Hüningens Wällen die Kanonenschüsse, die das wichtige Andenken an den grossen Befreiungskampf Europas bei Leipzig in die Gemüther zurückriefen; und eben dieser zweite Jahrestag der grossen Völkerschlacht wurde noch darum für Basel denkwürdig und werth, dass er mit unvergänglicher Schrift in die Jahrbücher der Schweiz eingezeichnet werde, weil an demselben mit der Zerstörung der Festungswerke von Hüningen der Anfang gemacht worden war.

Die Schiffbrücke, die bei Rheinweiler gestanden hatte, wurde nach Hüningen hinauf geschafft und hier über den Rhein geschlagen; über welche die Wagenzüge, sowie ein Theil der Frankreich verlassenden österreichischen Truppen, ihren Weg nach den österreichischen Staaten nahmen, und wodurch die Durchmärsche durch die Stadt Basel weniger zahlreich geworden sind.»

In den 3. Artikel des nachmaligen Pariser Friedens vom 20. November 1815 wurde sodann eine Klausel gegen den Wiederaufbau aufgenommen, welche nun seit 1871 auf den neuen Besitzer von Hüningen stillschweigend übergegangen ist.[1])

---

[1]) Dieser Artikel 3 des II. Pariser Friedens lautet: «Da die Festungswerke von Hüningen die Stadt Basel beständig in Unruhe versetzt haben, so sind die hohen kontrahirenden Mächte, um der Schweiz einen neuen Beweis ihres Wohlwollens und ihrer Vorsorge zu geben, übereingekommen, die Festungswerke von Hüningen niederreissen zu lassen, und die französische Regierung macht sich aus dem nämlichen Beweggrunde anheischig, sie niemals wiederherzustellen und wenigstens auf eine Entfernung von drei Meilen von der Stadt Basel keine anderen Festungswerke an ihrer Statt zu errichten.»

Ein Verbot, Hüningen mit Truppen zu besetzen, fand hingegen nicht statt und ist dasselbe stets bis 1871 mit französischer Besatzung versehen gewesen. U. a. standen vor dem deutsch-

Am 31. August wurden nunmehr von 28 Bataillonen 16 und ein Theil der Spezialwaffen entlassen. Die im Dienst verbleibenden wurden einstweilen noch gebraucht, um Genf, das neue Genfergebiet, das Fort de l'Ecluse, das die Oesterreicher eingenommen hatten, die Jura-

---

französischen Krieg die berühmt gewordenen « cuirassiers de Reichshoffen » daselbst. Auch Deutschland hielt zeitweise Garnison in Hüningen. Gegenwärtig scheint man davon abzukommen, und es war davon die Rede, die ziemlich weitläufigen Kasernen und Stallungen zu andern Zwecken zu verwenden, beziehungsweise (wenigstens zum Theil) abzubrechen. Ueber den Uebergang der Servitut auf den neuen Besitzer enthält der Frankfurter Friedensvertrag nichts und ist diess auch gegenüber der Eidgenossenschaft niemals zur Sprache gebracht worden. Völkerrechtlich kann jedoch darüber kein Zweifel bestehen. Dagegen hätte faktisch die Klausel sehr an Werth verloren, wenn sie sich nun nicht selbstverständlich auch auf die das schweizerische Gebiet beherrschenden Höhen des rechten Rheinufers ausdehnen sollte, so dass Deutschland auf drei Meilen Entfernung von Basel überhaupt keine Festungswerke anlegen darf. Es sollte ein völkerrechtlicher Grundsatz werden, dass neutralen Staaten keine Festungen und Garnisonen unmittelbar an die Grenzen gelegt werden dürfen.

Die Schleifung von Hüningen dauerte von Mitte Oktober 1815 bis Mitte Januar 1816 und kostete 200,000 Franken, von denen Basel die Hälfte, die Eidgenossenschaft die andere bezahlte. Eine spätere Nachforderung Oesterreichs, welches die Leitung der Zerstörung gehabt hatte, im Betrag von 54,951 Gulden, wurde laut Beschluss der Tagsatzung auf die Kantone vertheilt. (Vgl. v. Wyss, II, 330).

Das Fort de l'Ecluse hingegen, das auch bereits zur Sprengung vorgesehen war (vgl. Jahrbuch 1887, pag. 182), blieb erhalten. In dieser Sache, in der die Generale Bachmann und Castella ihre volle Energie hätten an den Tag legen sollen, statt des unnützen Einmarsches nach Frankreich, betrachteten sie sich einfach als die Untergebenen der alliirten Generale und von deren Anordnungen abhängig. Ein Schreiben Bachmanns vom 18. Juli 1815 an den in Genf kommandirenden Oberst v. Sonnenberg lautet in seinem wesentlichen Passus wie folgt: « Il m'a été agréable d'apprendre que vos trouppes avaient été bien reçues dans le Pays

pässe, die Umgebungen von Fort de Joux, das Gebiet von Pruntrut und die Stadt Basel besetzt zu halten. Den offiziellen Schlussakt der ganzen Kriegszeit bildete die Vertheilung einer silbernen Denkmünze an die in die Schweiz zurückgekehrten Regimenter in französischen Diensten, die nunmehr wieder dahin abgingen (III, 771, 773), und ein entsprechendes scharfes Tadelsvotum gegen diejenigen Offiziere und Soldaten, die zurückgeblieben waren, oder gar bei Napoleon Dienst genommen hatten. [1])

---

de Gex, mai j'ai lieu d'être ***surpris que vous n'avez pas été invité de mettre garnison dans le Fort de l'Ecluse,*** Mr. le général de Frimont m'ayant mandé formellement en date du 5 juillet: «« will ich den Herrn v. Sonnenberg ersuchen, mit einem Theil der ihm unterstehenden Besatzung das wichtige Defilé der Faucilles zu beobachten und zu dem Ende eine Truppenabtheilung in Gex aufzustellen, gleichwie das Fort de l'Ecluse, sobald es in unsere Hände gerathen sein wird, zu besetzen.»» Korrespondenzbuch, pag. 155.

[1]) Vgl. die Erzählung im Jahrbuche von 1887, pag. 401. Der Familie Bonaparte, namentlich der Königin Hortense von Holland und dem König Joseph von Spanien wurde durch einen Beschluss der Tagsatzung vom 29. Juli der Aufenthalt in der Schweiz untersagt und überdiess scharf nach dem Marschall Ney gefahndet, der sich in Lausanne befinden und in diesem Falle verhaftet werden sollte. Glücklicherweise befand er sich nicht dort, oder wurde nicht gefunden, so dass die Schweiz vor dem Schicksal bewahrt worden ist, einen tapferen Mann zum Tode ausgeliefert zu haben, was unter damaligen Umständen ohne Zweifel geschehen wäre. Diese Akten, welche zeigen, dass man sogar die eidgenössischen Truppen mit diesem Häscherdienste beauftragte, verdienen als charakteristische Merkmale der damaligen Zeit auch in Erinnerung gebracht zu werden:

« Die diplomatische Kommission erstattete am 4. August einen Bericht über die von ihr letzthin getroffenen Verfügungen in Hinsicht des Marschalls Ney, — Verfügungen, welche durch eine von den Ministern von Frankreich, Oesterreich und Grossbritannien unter'm 26. Heumonat an den Herrn Tagsatzungs-

Erfreulicher für die Erinnerung als diese Liebesdienste gegen das zum zweiten Male restaurirte Königthum in Frankreich ist die nun erfolgende Besitznahme des ehemaligen Bisthums Basel, das sich bisher unter einem General-Gouverneur der Alliir-

---

präsidenten gerichtete Note veranlasst worden seien. Diese Note lautet, wie folgt:

« *A Son Excellence Monsieur le Président de la Diète.*

Les soussignés viennent d'être informés que le Maréchal Ney s'est réfugié dans ce pays-ci, et qu'il se trouve actuellement dans le canton de Vaud, probablement à Lausanne. Quoique cette information ne soit pas officiellement constatée, les soussignés croiraient manquer à leur devoir s'ils tardaient à en faire part à Son Excellence le Président de la Diète. Son Excellence sentira d'elle-même combien il importe que le territoire de la Confédération ne soit pas destiné à servir de retraite aux hommes qui se sont livrés, comme le Maréchal Ney, aux desseins les plus criminels et à la trahison la plus infame.

En demandant que cette personne, si à la vérité elle se trouve en Suisse, soit incessamment arrêtée et gardée par les autorités fédérales jusqu'à ce qu'ils puissent recevoir des ordres ultérieurs de Paris, les soussignés comptent autant sur les sentiments connus de la Diète, que sur les relations intimes établies entre la Suisse et leurs souverains respectifs par la convention du 20 Mai, et ils sont persuadés que Monsieur le Président verra la nécessité de donner suite à cet objet d'une manière prompte et secrète.

Ils saisissent cette occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur le Président de la Diète les assurances de leur haute considération.

Zurich, le 29 Juillet 1815.

*Comte Auguste Talleyrand.*
*Schraut. Stratford Canning.* »

Da in dem Augenblick, wo die vorstehende Note einkam, die Tagsatzung nicht versammelt war und die zu ergreifenden Massregeln eine schleunige Vollziehung erheischten, so hat die diplomatische Kommission geglaubt, es auf sich nehmen zu sollen, diessfalls die nöthigen Verfügungen zu treffen. Zu dem Ende hat dieselbe an die Regierung von Waadt die Einladung erlassen,

ten, Baron v. Andlau-Birseck, in einem Zustand ziemlicher Anarchie befunden hatte; obwohl auch das nicht ohne alle Friktionen abging.

Trotz der bereits geschehenen Vertheilung des Landes an die Kantone Bern, Basel und Neuenburg in

---

den Marschall Ney, falls er sich wirklich auf ihrem Gebiet befände, verhaften und so lange an einem sichern Ort bewachen zu lassen, bis die weitern Gesinnungen Seiner Majestät des Königs von Frankreich und der verbündeten Monarchen in Hinsicht dieses Individuums bekannt sein würden. Dieses Requisitorium wurde dem eidgenössischen Oberkommando mit dem Ersuchen zugesendet, dasselbe durch einen vertrauten Offizier, gleichwie es bei den frühern Verhaftungsmassregeln gegen den Grafen von Survillers (Joseph Buonaparte) geschehen, der Regierung von Waadt überbringen zu lassen und diesen Offizier zu bevollmächtigen, zur Verhaftung des Marschalls Ney mitzuwirken und nöthigenfalls das eidgenössische Militär dazu zu gebrauchen.

An die Herren Minister von Frankreich, Oesterreich und Grossbritannien wurde folgende Erwiederung gerichtet:

« *A leurs Excellences Messieurs les Ministres des Puissances alliées de France, d'Autriche et de la Grande-Bretagne.*

Ensuite de la note que Leurs Excellences les Ministres de France, d'Autriche et d'Angleterre ont adressée au Président de la Diète en date du 29 Juillet, pour demander l'arrestation du Maréchal Ney, qui doit être arrivé en Suisse et se trouver actuellement à Lausanne, la commission diplomatique n'a pas tardé un instant à s'occuper de cet objet. La Diète n'étant pas assemblée et les mesures à prendre exigeant un grand secret et une prompte exécution, la commission a pris sur elle de faire les dispositions nécessaires à ce sujet. Elle a adressé en conséquence au gouvernement du canton de Vaud la réquisition de faire arrêter le maréchal Ney, si effectivement il se trouve sur son territoire, et de le retenir en lieu de sûreté, jusques à ce que les intentions ultérieures de Sa Majesté le Roi de France et des monarques alliés au sujet de ce grand coupable soient communiquées à la Diète. Cette réquisition a été transmise à Monsieur le Quartier-maître-général Finsler, commandant les troupes fédérales, pour qu'il la fasse remettre au gouvernement de Vaud par un officier de confiance, qui sera autorisé à coopérer à l'arrestation du ma-

der Kongresserklärung vom 20. März, Art. III (vgl. Jahrgang 1887, pag. 339) wollten die Gesandten von Russland und Oesterreich namentlich den bernischen Theil nicht an Bern direkt übergeben und die Tagsatzung entschloss sich daher, ungeachtet lebhafter Remonstra-

---

réchal Ney, et à employer au besoin dans ce but la force militaire fédérale.

La commission diplomatique espère que ces mesures obtiendront leur plein effet, si le personnage en question se trouve réellement dans le canton de Vaud. Elle s'empressera de faire connaître à Leurs Excellences les Ministres le résultat des dispositions qui viennent d'être faites, et elle les prie en attendant d'agréer l'assurance de sa haute considération.

Zurich, le 31 Juillet 1815.

*Le Bourgmestre du canton de Zurich,*
*Président de la Diète et de la commission diplomatique.»*

Bei Eröffnung der Berathung berichtete der Herr Gesandte von Waadt: seine Regierung habe schon, ehe und bevor sie die erste Einladung der diplomatischen Kommission in Betreff der aus Frankreich kommenden berüchtigten Personen erhielt, den Eintritt allen solchen Individuen in den Kanton Waadt strenge untersagt, und namentlich dem Herzog von Bassano, welcher unter dem angeblichen Namen eines Grafen von Beaujeu jüngsthin nach Lausanne gekommen sei, den verlangten kurzen Aufenthalt bestimmt verweigert.

Die Gesandtschaft von Bern theilte bei diesem Anlass der Bundesversammlung eine von ihrer Regierung unter'm 31. Heumonat erlassene zweckmässige Verordnung mit, welche befiehlt: « dass die bekannten Theilnehmer und Beförderer der gegen Seine Majestät den König von Frankreich unternommenen und ausgeführten Verschwörung, auch wenn sie mit Pässen versehen wären, im Kanton Bern nicht geduldet, sondern alsobald aus demselben fortgewiesen werden sollen.»

Auch die Gesandtschaft von Neuenburg zeigte an, dass ihre Regierung bereits ähnliche Massregeln zu Verhinderung des Eindringens solcher verdächtiger Flüchtlinge veranstaltet habe.

Nach diesen Eröffnungen hat die Tagsatzung die von der diplomatischen Kommission in Hinsicht des Marschalls Ney getroffenen Verfügungen einmüthig und unter Dankesbezeigung genehmigt.» (Absch. III, 286 u. 287.)

tion von Bern (das sogar desshalb den Bundesschwur verweigern wollte) das Land einstweilen durch einen eidgenössischen Civilkommissär, Altbürgermeister Hans Konrad Escher von Zürich übernehmen zu lassen, der die Regierung Namens der Eidgenossenschaft am 23. August zu Pruntrut in Gegenwart von Abgeordneten fast aller Landestheile antrat.[1]) Bloss von Biel und Münsterthal war Niemand erschienen. Es war dort nämlich die Stimmung eine sehr getheilte. Besonders in Biel wurde eine selbständige Stellung als Glied der Eidgenossenschaft wie in alter Zeit gewünscht und man war besonders nachmals höchst unzufrieden, einem bernischen Amtsbezirke einverleibt zu werden, wie diess anfänglich der Fall war. (Vgl. Helvetia, VIII, 290.)

---

[1]) Die Note der Minister v. Schraut und v. Krüdener, sowie die Beglaubigung des Herrn Escher lauten wie folgt:

« *A Son Excellence Monsieur le Président de la Diète.*

Les soussignés désirant se conformer, autant qu'il leur est possible dans le moment actuel, à la demande que la Diète leur a fait l'honneur de leur adresser en date du 15 de ce mois, au sujet de l'évêché de Bâle, se font un devoir de porter à la connaissance de Monsieur le Président les déterminations relatives à cet objet, auxquelles ils sont prêts à donner exécution.

Les instructions dont sont munis les Ministres des Puissances signataires de la Déclaration du 20 Mars, n'admettent point généralement une remise actuelle et immédiate au canton de Berne de la partie de l'évêché de Bâle qui lui est dévolue par l'article III de ladite Déclaration; mais les soussignés, dans l'intention de satisfaire, autant qu'il est en leur pouvoir, au vœu de la Confédération suisse d'écarter tout sujet de crainte sur l'accomplissement d'un engagement d'une si haute importance pour elle, sont disposés à offrir à la Diète la remise des territoires mentionnés en l'article III entre les mains de la Confédération, pour être lesdits territoires, administrés fédéralement jusqu'au moment où les instructions des soussignés leur permettront de consentir (à) l'abandon définitif en faveur du canton de Berne. Aussitôt que la Diète aura décrété cette prise de possession sous la réserve temporaire qui vient d'être exprimée, l'administrateur actuel de l'évêché de

Aus den Berichten des eidgenössischen Civilkommissärs vom 11. und 28. August sind folgende Stellen von Interesse:

« Euerer Excellenz ist bekannt, dass durch die von Seite des Kaiserlich-österreichischen Herrn Ministers verzögerte

---

Bâle sera autorisé par le Ministre d'Autriche, au nom des Ministres alliés, à en faire la remise civile aux commissaires de la Confédération.

Les soussignés prient Son Excellence Monsieur le Président de la Diète d'agréer les assurances de leur haute considération.

Zurich, 18 Juillet 1815.

*Schraut.* *Le Baron de Krudener.* »

« *Nous le Bourgmestre du canton de Zurich, Président, et les Députés des Cantons à la Diète fédérale de la Suisse,*

faisons savoir par les présentes:

« Que nous avons nommé le noble et très-honoré Seigneur Monsieur *Jean Conrad d'Escher*, Conseiller d'État et ancien Bourgmestre du canton de Zurich, en qualité de Commissaire-Général de la Confédération suisse, pour prendre possession des pays suisses et allemands, formant l'ancien évêché de Bâle, dont les Puissances réunis au congrès de Vienne ont disposé par leur Déclaration du 20 Mars 1815 en faveur des cantons de Berne et de Bâle. Nous chargeons le dit Commissaire fédéral de recevoir du gouvernement général établi au nom des Puissances alliées la possession civile du pays et de dresser l'acte formel de cette remise.

Nous conférons en outre à notre Commissaire-Général les pouvoirs nécessaires pour gouverner provisoirement, au nom de la Confédération suisse, les pays qui ont formé l'évêché de Bâle, jusques à l'époque prochaine où la remise définitive aux nouveaux souverains, les hauts États de Berne et de Bâle, pourra s'effectuer. Nous l'autorisons à confirmer les fonctionnaires civils et judiciaires comme aussi à les révoquer, s'il le juge indispensable, et à en nommer de nouveaux, à régler provisoirement le régime administratif des diverses contrées du Pays, à employer au besoin pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité publique les troupes fédérales qui s'y trouvent stationnées. Enfin nous invitons et requérons toutes les autorités civiles et militaires à reconnaître Monsieur le Conseiller d'État et ancien Bourgmestre d'Escher en

Abfertigung des nach Zürich gekommenen Herrn Gubernialraths v. Braun meine Abreise auf den 9. früh verschoben werden musste. Ich traf Abends in Basel ein und erhielt sogleich von dem dort kommandirenden Herrn Obersten Lichtenhahn, dem Brigadenkommandanten Hess und einigen

---

la qualité que nous lui avons attribuée. Et pour prouver que telle est notre volonté, nous avons fait munir le présent acte du sceau provisoire de la Confédération près la signature du Bourgmestre, Président, et du Chancelier confédéral, à Zurich, le 29 Juillet 1815.

Au nom de la Diète fédérale de la Suisse,
*Le Bourgmestre du canton de Zurich, Président:*
(L. S.) DAVID DE WYSS.
Le Chancelier de la Confédération:
*Mousson.*»
(Absch. III, 688 u. 694.)

Eine kleinliche Notenzänkerei zwischen den Ministern und der Tagsatzung (Absch. III 696—698) bildet im Uebrigen den Schluss der Angelegenheit.

Die Instruktion des eidgenössischen Civil-Kommissärs lautete:

«Instruktion
für den Herrn eidgenössischen General-Kommissär der bischöflich-baselschen Lande.

Auf den Antrag der diplomatischen Kommission wird dem Herrn Altbürgermeister von Escher, als eidgenössischem Generalkommissär zur Uebernahme und Verwaltung des Bisthums Basel, nachstehende, einige Hauptgegenstände seiner Sendung umfassende allgemeine Instruktion ertheilt.

1) Sobald die Herren Minister der verbündeten Mächte dem Präsidenten der Tagsatzung oder auch dem Herrn Generalkommissär selbst die Anzeige werden gemacht haben, dass der Auftrag an den Herrn Gouverneur, Baron von Andlaw, zur Uebergabe des Bisthums Basel abgegangen ist, wird der Herr Kommissär seine Reise antreten und sich unverzüglich an Ort und Stelle begeben, um diese Uebergabe zu bewerkstelligen und das Land in Besitz zu nehmen. Die förmliche Abtretung kann an dem wirklichen Residenzort des Herrn von Andlaw vor sich gehen. Dem Herrn Generalkommissär wird aber überlassen, späterhin einen Aufenthaltsort da zu wählen, wo er es selbst am schick-

Stabsoffizieren einen Besuch. Der erstere behändigte mir ein Schreiben des Herrn Generalquartiermeisters Finsler, worin derselbe mich benachrichtigte, dass sich in Pruntrut und Delsberg eidgenössische Garnison befinde, und dass ich in Arlesheim ein Detachement Baseler Kavallerie antreffen werde, um mir während des Aufenthalts im Bisthum als Eskorte und zur Beförderung der Korrespondenz zu dienen. Mit Noth in Basel angelangt, erlitt ich einen Anfall von einer dreifachen Deputation des Magistrats und der Bürgerschaft von

---

lichsten findet. Er wird die Standesfarbe von Zürich mit sich führen.

2) Wenn Herr v. Andlaw sich bereitwillig zeigt, die Uebergabe des Landes an den eidgenössischen Generalkommissär durch eine Publikation den Bewohnern bekannt zu machen, so wird der Herr Kommissär dieses gern geschehen lassen, und seinerseits eine angemessene Proklamation beifügen. Wäre aber auch Herr v. Andlaw zu einer solchen förmlichen Beurkundung nicht geneigt, so wird der Herr Generalkommissär gleichwohl mit Beförderung eine zweckmässige Proklamation an die Einwohner erlassen, um ihnen die im Namen der Eidgenossenschaft zu Handen der Stände Bern und Basel geschehene Uebernahme und einstweilige Verwaltung des Landes anzuzeigen und Volk und Beamte zur Treue und zum Gehorsam aufzufordern. Auch wird er dann sowohl die an ihrer Stelle bleibenden als neu anzustellenden Beamten vermittelst eines Handgelübdes in Pflicht nehmen.

3) Nach erfolgter Besitznahme des Landes wird sich der Herr Generalkommissär auch der verschiedenen Einkünfte desselben versichern, über welche er durch die ihm mitzugebenden diessfälligen Tableaux Aufschlüsse und Kenntniss erhält. Auch wird er sich hierüber von Herrn v. Andlaw die erforderliche Auskunft geben lassen, und denselben nach Umständen und eigenem klugem Erachten auf den § 4 des IV. Artikels der Kongresserklärung vom 20. März 1815 aufmerksam machen, nach welchem, vom 27. Mai an gerechnet, als dem Tag der Annahme dieser Erklärung von Seite der Eidgenossenschaft, über die Einkünfte und Gefälle des Landes Rechnung gefordert werden kann.

Er wird dann endlich über künftige Verwaltung und allfällige Abänderungen dieses Administrationszweiges sein Befinden

Biel, aus den Herren Heilmann, Neuhaus-Verdan und Neuhaus de Neuchâtel bestehend, um mir die Freude ihrer Kommittenten über meine Sendung auszudrücken, ihr Stadtinteresse zu empfehlen und mich angelegen zu ersuchen, Biel zu meinem Aufenthaltsorte zu wählen. Das Letztere lehnte ich, aus dem Grunde der entlegenen Lokalität hergenommen, ab, und in Bezug auf die Hauptsache verwies ich zu ruhigem Verhalten und zur Geduld, bis ich Zeit und Gelegenheit werde gefunden haben, mit dem bisherigen Herrn

---

und seine Vorschläge, mit Hinsicht auf die diessfälligen Ansichten und Wünsche der künftigen Landesherren, der diplomatischen Kommission einsenden.

Auch wird er besonders auf bessere Pflege und Besorgung der unter dem dermaligen Gouvernement sehr beschädigten Waldungen Bedacht nehmen, sowie auch für die richtige Besoldung der Kirchendiener und Schullehrer bestens sorgen.

4) Der Herr Generalkommissär ist bevollmächtigt, den von dem bisherigen Civilkommissär, Herrn May von Rued, zur ledigen Pfarrstelle zu Tramelan vorgeschlagenen Geistlichen zu bestätigen, wofür ihm das daherige Schreiben des Herrn May zugestellt wird.

Der Herr Generalkommissär wird ferner dem L. Stande Bern für den bernischen kapitulationsmässigen Dienst die Werbung in diesem Lande auf schicklich findende Weise und nach dem Werbreglement des Standes Bern eröffnen.

5) Bei der bekannten Geschicklichkeit, erprobten Einsicht und Klugheit des Herrn Generalkommissärs findet die Tagsatzung nicht nöthig, dermalen weitläufigere Instruktionen zu ertheilen, sondern demselben wird zutrauensvoll überlassen, nach aufhabender Vollmacht dieses Land wohl und zweckmässig zu verwalten; jedoch wird er, nach näherer Einsicht und gemachten Erfahrungen, unter Mittheilung seiner Ansichten über vorkommende Gegenstände, allfällig weitere Instruktionen von der betreffenden eidgenössischen Behörde einholen.

Gegenwärtiger Instruktion werden einige von dem Herrn Kommissär May eingegangene Schriften, sowie jene über die Angelegenheiten und Anstände in Biel, zu gefälligem Gebrauch des Herrn Generalkommissärs beigelegt. » (Absch. III, 697.)

Kommissarius May die erforderliche Rücksprache zu pflegen. Ich musste diess bei einem nochmaligen Besuch am folgenden Tag unter der Bemerkung, dass ich in die Vergangenheit nicht eintreten und die Zukunft, dringende Fälle ausgenommen, der definitiven Organisation überlassen werde, um nicht die kostbare Zeit für die Gegenwart zu verlieren, um so da mehr wiederholen, als wenigstens ein Mitglied der Deputation in ausführliche Beschwerden und weitgehende Wünsche sich einlassen wollte.

Am folgenden Morgen stattete ich bei dem Präsidium und einigen der ersten Mitglieder der Regierung des H. Standes Basel meine Besuche ab. Bei denselben and ihrer Erwiederung hatte ich Gelegenheit, von den Herren Statthalter Merian und Oberst Stehlin nutzbare Angaben über Sachen und Personen im Bisthum zu erhalten. Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Johann von Oesterreich, dem ich meine Aufwartung machen wollte, waren bereits zur Besichtigung der Belagerungsanstalten von Hüningen, die bis gegen den 18. diess in ernstliche Anwendung übergehen dürften, ausgeritten, hatten aber an den Flügeladjutanten du jour den Befehl hinterlassen, mir zu sagen, dass Seine Hoheit mich unfehlbar bei der Mittagstafel erwarten, der ich nachher beiwohnte. Bei derselben erwähnte der Erzherzog seines neulichen Aufenthalts in Zürich, der Person Euerer Excellenz und mehrerer anderer Glieder der Tagsatzung auf die verbindlichste Weise; Sie äusserten in der Konversation: « nur Eines hätten Sie bei dieser Feierlichkeit anders gewünscht, » und erwiederten auf meine daherige Anfrage: « dass der Bund auf dem Grütli, unter freiem Himmel, in « der majestätischen Gebirgsgegend beschworen worden « wäre. »

Gestern Abends traf ich noch hier[1]) ein, liess des Herrn Generalgouverneurs Excellenz sogleich von meiner Ankunft

---

[1]) Der Bericht datirt aus Arlesheim.

benachrichtigen und um die Stunde zum ersten Besuch auf heute anfragen, die auf zehn Uhr Morgens bestimmt ward. Vorher fand sich auch der Schwager des Herrn v. Andlaw, Monsieur de Billieux, Commissaire du gouvernement et Administrateur du canton de Porrentruy, zur Bewillkommung bei mir ein. Empfang und die ersten Kurialien bei dem Herrn Gouverneur waren meinem aufhabenden Charakter vollkommen angemessen und für meine Person sehr verbindlich. Auf meine Anfrage über Zeit und Form der Uebergabe ward erwiedert: « Er müsse einen besondern Werth darauf setzen, dass dieselbe in Pruntrut vor sich gehe. Arlesheim sei ein kleiner, unbedeutender Ort, sein ganz zufälliger Sommeraufenthalt, jenes hingegen die ehevorige Residenz; ihre Hintansetzung bei diesem Akt müsste unangenehme Empfindungen veranlassen. Er sei diese Auszeichnung den dortigen Behörden und Einwohnern, zumal die Berücksichtigung der Lokalitätserfordernisse noch dazu komme, gewissermassen schuldig. Er habe in der Voraussetzung, dass mir in meiner eidgenössischen Stellung die Behandlung unter allen in solchen Fällen üblichen Formalitäten und dadurch die öffentliche Beurkundung des Uebergangs an die Schweiz selbst angenehm sein werden, bereits einleitende Anstalten getroffen, dass sich die ersten Beamten der vollziehenden, richterlichen und administrativen Behörden, sowie die vordersten Geistlichen aus den verschiedenen Landschaftstheilen, in Pruntrut einfinden, um sie mir vorzustellen, ihrer bisherigen Verpflichtungen gegen das Generalgouvernement zu entbinden und an meine Disposition zu Handen der Eidgenossenschaft zu stellen. Wir könnten noch ein paar Tage mit den nöthigen Vorbereitungen hier zubringen und am Montag den (14. August) gemeinsam über Delsberg nach Pruntrut reisen. Da am Dienstag ein grosser Feiertag in Pruntrut sei, so werden sich die Geschäfte darauf beschränken, dass mir die dortigen Behörden ihre Aufwartung machen, und die Uebergabe selbst werde Mittwochs vor sich gehen. »

Da mir die angebrachten Lokalitäts- und übrigen Rücksichten als begründet vorkamen und ich überdiess glaubte, im Sinn der aufhabenden Instruktion zu handeln, wenn ich nichts ablehne, was die Landesabtretung und eidgenössische Besitznahme solemnisire, so fand ich kein Bedenken, in den gemachten Antrag einzuwilligen. Der Herr von Andlaw bemerkte ferner: « ich werde ohne Zweifel schicklich finden, dass er die Abtretung und ich die Besitznahme durch Publikate bekannt machen, auch über unsere Verhandlungen einen förmlichen Akt ausstellen», welches alles meinen Instruktionen entsprechend ist. In Bezug auf das Letztere wurde beigefügt, er müsse demselben die Reservation inseriren: « dass die Abtretung in der bestimmten Voraussetzung der Erfüllung dessen, was die Wienerdeklaration in Bezug auf die Reunion und zukünftige Landesorganisation stipulire, geschehe. » Ich erwiederte, dass die Loyalität sowohl der gesammten schweizerischen Eidgenossenschaft, als der beiden Hohen Stände Bern und Basel insbesondere, hiefür hinlänglich bürge; dass auch der Gegenstand immer in diesem Sinne zwischen der H. Tagsatzung und den Ministern der alliirten Mächte verhandelt worden sei, mir mithin eine neue Verbindlichkeitserwähnung überflüssig geschienen hätte. Da der Herr v. Andlaw replizirte, theils sei er zu Obigem bestimmt angewiesen, theils solches dem von ihm bisanhin administrirten Lande schuldig, so duplizirte ich, ich müsse wenigstens wünschen, dass die Verbalien ganz einfach und lediglich mit allgemeiner Beziehung auf die diessfälligen Artikel des Wienerrezesses gefasst werden. Da einerseits hierauf nichts Weiteres erwiedert, und anderseits Herr v. Braun, der mir der eigentliche Geschäftsmann zu sein scheint, und mit dem ich später davon zu sprechen den Anlass hatte, meine Ansicht keineswegs verwarf, so habe ich die begründete Hoffnung, dass die Redaktion in einem ganz zuverlässigen und in keiner Beziehung stossenden Sinne werde abgefasst werden können. »

(Absch. III, p. 699—701.)

« Durch meinen ehrerbietigen Bericht vom 23. diess sind Hochdieselben von der gleichen Tags in Pruntrut erfolgten Abtretung und eidgenössischen Civilbesitznahme der gesammten bischöflich-baselischen Lande benachrichtigt. Gegenwärtig hole ich darüber noch einige nachträgliche Anzeigen nach. Auf der ganzen Reise von Arlesheim bis Pruntrut hatte ich bereits den Anlass, die Freude der Landesbewohner über die Vereinigung mit der Schweiz zu beobachten, die sich in den sprechendsten und unzweideutigsten Beweisen von Achtung gegen meinen aufhabenden Charakter äusserte. In Delsberg und Pruntrut wurde ich von den sämmtlichen Behörden in corpore empfangen, und die beiden ersten Tage verflossen beinahe ausschliesslich unter Anhörung und Erwiederung allerdings sehr verbindlicher, aber ermüdender Haranguen nach der unter der französischen Herrschaft eingeführten Sitte.

Einiger zufälliger Umstände wegen traf ich später, als ich erwartet wurde, zu Pruntrut ein, was dann eine in Eile veranstaltete Illumination derjenigen Strassen, durch die ich fuhr, zur Folge hatte. Ich konnte dessnahen das gute Aussehen und die treffliche Haltung des zahlreich paradirenden Militärs, aus dem bernerischen Bataillon May und einigen Kompagnien der Nationalgarde bestehend, erst am folgenden Morgen bei der Feierlichkeit selbst bemerken. Die letzteren halten in Bezug auf Equipirung und militärische Uebung die Vergleichung mit den bessern eidgenössischen Kontingenten aus, und der H. Stand Bern wird an diesen grossentheils aus gedienter Mannschaft bestehenden Truppen einen brauchbaren Zuwachs seines Föderalkontingents erhalten.

Den Hergang der Uebergabshandlung ersehen Euer Excellenz im Wesentlichen aus der angeschlossenen beglaubigten Abschrift des diessfälligen Verbalprozesses. Meine Privatanspruchslosigkeit ist allzu bekannt, als dass ich nicht hoffen dürfte, die mir darin gegebene Titulatur werde ledigerdingen aus dem gedoppelten Grund erklärt werden, dass ich einer-

seits glaubte, gleich von Anfang an mich auf die schärfste Linie diplomatischer Parität mit dem abtretenden Gouverneur stellen zu sollen, und dass es anderseits auffallend gewesen wäre, soviel es einzig das hiesige Land betrifft, etwas nicht anzunehmen, das seit Jahr und Tag gegen die erste Person des Landes im öffentlichen und Privatverkehr allgemeine Anwendung fand. Meine bei dem Aktus an die versammelten Landesdeputirten gehaltene kurze Anrede schien auf dieselben guten Eindruck zu machen, und das Handgelübde wurde von ihnen mit freudiger Bereitwilligkeit geleistet. Ich habe mich bereits überzeugt, dass es unter denselben manchen rechtschaffenen und brauchbaren Beamten gibt. Die grosse Masse des Volkes ist gut und wird sich von ihren zukünftigen väterlichen Regierungen leicht leiten lassen, wenn einmal der unselige Geist mehrfacher Faktionen getilgt und ein regelmässiger Geschäftsgang an die Stelle der Anarchie und willkürlicher Eigengewalt getreten ist.

Mittags vereinigte der Herr v. Andlaw bei einem splendiden Dîner die zahlreichen Deputirten geistlichen und weltlichen Standes, nebst dem sämmtlichen Offizierskorps, in einem grossen Saal des mir zum Absteigequartier angewiesenen ehemaligen Hôtels der Unterpräfektur. Das schöne Geschlecht von Pruntrut hatte die Säulen und Wände dieses Saales mit Guirlanden von grünen Eichenblättern niedlich dekorirt. Unter Abfeuerung des in Pruntrut noch vorfindlichen schweren Geschützes wurden gegenseitige Toasts auf das Wohlergehen der Hohen alliirten Mächte, der schweizerischen Eidgenossenschaft, der beiden Löblichen Stände Bern und Basel, des neuern und des abtretenden Gouverneurs gebracht. Ein ländliches Fest, das der Herr v. Andlaw in dem Landhaus und Garten der Familie v. Billieux gab, verschaffte endlich auch der jüngern Welt den Anlass, an der allgemeinen Freude des Tages bis in die späte Nacht theilzunehmen.

Am folgenden Morgen vor meiner Abreise versammelte ich noch, einem Tags zuvor gegen mich geäusserten Wunsch entsprechend, die sämmtlichen Maires der 42 Gemeinden des Arrondissements Pruntrut, so wie ich es seit meiner hiesigen Anwesenheit gegen diejenigen der Abtheilung Delsberg gethan habe. Die Art, wie ich mich mit denselben von ihrem Wirkungskreis und gewissenhafter Wahrnehmung des Interesses ihrer Gemeinden unterhielt, schien auf dieselben gefälligen Eindruck zu machen. Seit meinem Aufenthalt in hier bin ich vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit Audienzen und schriftlichen Verbescheidungen überladen. Angelegenst verdanke ich daher die von der H. Tagsatzung beschlossene und durch das verehrliche Schreiben der diplomatischen Kommission vom 21. diess mir notifizirte unerlässliche Geschäftsunterstützung. Die Kanzleihülfe von Basel hat wegen Selbstbedürfniss und Mangels an Subjekten nicht unschwer erhalten werden können. Zu Ausweichung nachtheiliger Zögerung ist es mir glücklicherweise gelungen, in der Person eines Herrn Helg einen brauchbaren Kanzleibeamten zu finden. Er bekleidete bisdahin die Stelle eines Secrétaire principal des Administrators des Arrondissements Delsberg, und versah in frühern Zeiten bei Abwesenheit oder Krankheit des französischen Unterpräfekten seine Geschäfte, so dass er nebst der Redaktionsfertigkeit zugleich viel Sachkenntniss besitzt. Vorzüglich kommt ihm aber, was hier zu Land wohl höchst selten der Fall sein mag, das ungetheilte Zeugniss der Unparteilichkeit und Rechtlichkeit zu Statten.

Der mir zugesicherten Hülfe von Bern sehe ich mit der grössten Ungeduld entgegen, da jeder Tag Aufschub Nachtheil mit sich bringt. Die im Land von dem ehemaligen französischen Regime her zurückgebliebenen Emploiirten haben sich wesentlich nur mit dem Fach der Kontributionen und der Perception der verschiedenen gesetzlichen Taxen befasst, und ist dessnahen bei denselben über Alles, was Besorgung

der Staatsdomänen, das wichtige Salzregale, Postrevenuen, Forstbesorgung und Anderes mehr, keinerlei Auskunft zu entheben, weil alle diese Administrationszweige unter dem Herrn v. Andlaw direkt besorgt wurden. Neben diesen kurrenten ist die Uebergabsliquidation eine schwierige und mühsame Arbeit, die wenigstens für einige Wochen den ganzen Zeitaufwand eines Sachverständigen erheischen wird. Sie bedarf zarter Behandlung und sorgfältiger Sichtung, wenn man nicht Gefahr laufen will, auf Unkosten des Landes übel wegzukommen. Ich muss dessnahen nochmals diesen höchst wichtigen und neben den andern vielen Regierungsgeschäften von mir unmöglich zu übernehmenden Gegenstand zu beförderlicher Erledigung dringend empfehlen, unter ehrerbietiger Beziehung auf die in meinem Schreiben vom 19. diess eingelegte Verwahrung.

Noch soll ich Euerer Excellenz anzuzeigen die Ehre haben, dass es mir schicklich geschienen hat, dass das von der H. Tagsatzung vor einiger Zeit auf Freitag den 8. Herbstmonat angeordnete gemeineidgenössische Dankfest ebenfalls in dem meiner Verwaltung anvertrauten neuen schweizerischen Landestheil gefeiert werde; wessnahen ich bereits an die Vorsteher der ehrwürdigen Geistlichkeit beider Konfessionen die angemessenen Einladungen und Aufträge habe ergehen lassen etc. etc.» (Absch. III, p. 710—712.)

Das «Abtretungspatent» des Barons v. Andlaw und das «Besitznahmspatent» von Escher lauten:

«Abtretungspatent.

An die Bewohner des Bisthums Basel.

Indem ich zur Uebergabe der von den Hohen verbündeten Mächten mir anvertrauten Verwaltung dieses Landes schreite, ist es mir höchst beruhigend, dieselben in die Hände eines verehrungswürdigen Staatsmannes, des Herrn v. Escher, Altbürgermeister des Löblichen Kantons Zürich, niederzulegen.

Ich entbinde andurch alle öffentlichen Beamten, sowie sämmtliche Einwohner des Landes, der Treue und des Gehorsams, wozu sie gegen die Hohen verbündeten Mächte verpflichtet waren, und erwarte, dass sie diese Pflichten ebenso gerne gegen den würdigen Stellvertreter der Hohen schweizerischen Eidgenossenschaft erfüllen werden, welcher die Verwaltung des Bisthums Basel — bis zu dessen Vereinigung mit den Hohen Kantonen Bern und Basel — in Gemässheit und nach den Bestimmungen der Hohen Kongresserklärung vom 20. März dieses Jahres übernimmt.

In diesem Lande geboren zur Zeit, als es noch dem altehrwürdigen deutschen Staatskörper zugehört, war ich Zeuge des Glückes, welches dasselbe in so hohem Grade genoss, bis die in einem Nachbarstaat erfolgte Umwälzung aller bürgerlichen Ordnung und aller Grundsätze dieses Glück zernichtete. Auch in einer langjährigen Entfernung von Euch habe ich lebhaft alle Leiden getheilt, welche durch diese Zeit schwer auf Euch lasteten.

Endlich ist nun durch den Beistand der göttlichen Vorsehung das eiserne Joch zerbrochen, welches auch Euch erdrückte. Die Grossmuth Euerer erhabenen Befreier schenkt Euch hinfort ein glückliches Loos, deren Vortheile Ihr schon jetzt empfindet während eines Kampfes, der neue Leiden über Europa gebracht hat.

Die Vereinigung mit der Schweiz, mit welcher mehrere Theile des Bisthums von Alters her näher verbunden waren, sichert Euch unermessliche Vortheile, deren Ihr durch Religiösität, durch Anhänglichkeit an das neue Vaterland und Einfalt der Sitten Euch würdig zu machen suchen werdet. Sollten einige unter Euch, geblendet von den Aussichten, welche ein grösserer Staat darbietet, oder aus andern persönlichen Rücksichten, die allgemeine Zufriedenheit nicht vollkommen theilen, so werden sie vollen Ersatz in dem Frieden und der Ruhe, welche der Schweiz durch eine ewige

Neutralität zugesichert und gewährleistet sind, und an dem Glücke finden, dessen die grosse Zahl ihrer Mitbürger geniessen wird, — an welchem ich jederzeit den lebhaftesten und tief gefühltesten Antheil nehmen werde.

Pruntrut, am 23. August 1815.

Der Generalgouverneur:
Freiherr v. Andlaw-Birseck.

Besitznahmspatent.

Der Generalkommissär der schweizerischen Eidgenossenschaft an die Bewohner des vormaligen Bisthums Basel.

Die gegenwärtig in Zürich versammelte Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft hat mich mit dem zutrauensvollen Auftrag beehrt, die zum ehemaligen Bisthum Basel gehorigen schweizerischen und deutschen Landschaften, worüber die auf dem Wienerkongress vereinigten Hohen Mächte, durch ihre Erklärung vom 20. März 1815, zu Gunsten der Kantone Bern und Basel verfügt haben, in Besitz zu nehmen und bis zu definitiver Uebergabe an die neuen Landesherren provisorisch zu verwalten.

Auf den heutigen Tag ist von Seite des im Namen der verbündeten Mächte im vormaligen Fürstenthum Pruntrut aufgestellten bisherigen Generalgouverneurs, des Herrn Freiherrn v. Andlaw-Birseck Excellenz, eines wenn gleich jetzt von Euch scheidenden, durch Geburt und andere Verhältnisse mit Euch verwandt bleibenden verehrlichen Staatsmannes, die förmliche Landesabtretung erfolgt.

Von dieser Uebergabe und der darauf erfolgten eidgenössischen Civilbesitznahme ertheile ich anmit sämmtlichen Bewohnern des vormaligen Bisthums Basel amtliche Kunde. Bereit, des Landes Wohl möglichst zu befördern, übernehme ich die wichtige Verwaltung, belebt von schweizerischem

Gefühl und eidgenössischem Sinne. Ich gewärtige die Erwiederung derselben und hoffe wahrzunehmen, dass Jedermann ohne Ausnahme den hohen Werth des ausgezeichneten Glückes fühlen werde, einem Lande anzugehören, das die schützende Hand der göttlichen Vorsehung, unter allen Stürmen der Welt, als unabhängigen Freistaat erhalten, und dem freundschaftliches Wohlwollen der grössten Mächte Europa's Integrität innert den neu bestimmten Grenzen und immerwährende Neutralität auf's Feierlichste zugesichert hat.

Bewohner des vormaligen Bisthums! Mit heute tretet Ihr in erneuerte oder neue Verhältnisse mit der schweizerischen Eidgenossenschaft. Machet Euch durch Euer Benehmen dieser Wohlthat würdig. Wetteifert mit den ältern Bewohnern des geliebten Vaterlandes in Biederkeit des Charakters, in Achtung für Religion und Gesetze, in Gemeinsinn und Einfachheit der Sitten.

Alle öffentlichen Behörden und Beamten des Landes sind eingeladen, ihre Geschäfte, den bisherigen Gesetzen und Formen gemäss, unverdrossen fortzusetzen. damit alle Zweige der öffentlichen Verwaltung gehörig besetzt, Justiz und Polizei gewissenhaft gehandhabt und des Staatseigenthums sorgfältig gewartet werde; sowie ich hinwiederum alle Untergebenen auffordere, bis die neue Landesorganisation eingetreten sein wird, den bisherigen Behörden fernern Gehorsam zu leisten und in aller Hinsicht sich so zu benehmen, wie es ruhigen und wohldenkenden Staatsbürgern geziemt. Der Zeitpunkt ist, wie ich hoffe, nahe, wo Ihr an die Regierungen der beiden Hohen Stände Bern und Basel, deren landesväterliches Wohlwollen im Voraus Euer wartet, definitiv übergehen werdet. Ich zähle mittlerweile auf willigen Gehorsam.

Schenket mir, liebe schweizerische Angehörige, Euer Zutrauen. Scheide ich früher oder später von Euch, so wünsche ich Euer dankbares Andenken mitzunehmen, wenn

es meinem unermüdeten Bestreben gelingen wird, zu einem glücklichen Uebergang in eine bessere Zukunft beizutragen.

Pruntrut, den 28. August 1815.

Johann Konrad v. Escher,
Altbürgermeister des Standes Zürich. »[1])
(Absch. III, p. 708—710.)

Die Besitznahme des Pays de Gex hingegen kam trotz der Aufforderung des Generalmajors v. Steigentesch nicht zu Stande. Die diesen Gegenstand betreffenden Briefe von Bachmann an den österreichischen Militärbevollmächtigten und an den General v. Frimont, der am 28. Juni das Land bereits rasch besetzt hatte, lauten im Korrespondenzbuch (pag. 117 und 121):

« Hauptquartier Bern, 1. Juli.

Dem Generalmajor Freiherrn v. Steigentesch.

Ew. Tit. habe ich die Ehre, den Empfang der Zuschrift vom 30. Juni zu bescheinigen, welche mich zu Besetzung der Landschaft Gex einladet. Den Augenblick zuvor erhielt ich einen Bericht des Brigadiers v. Sonnenberg aus Genf, welchem zufolge diese Landschaft bereits am 28. durch 8000 Mann von der Armee des General Baron Frimont besetzt wurde.

Es bleibt mir also nichts übrig, als Hochdieselben zu ersuchen, gegen den Freiherrn v. Frimont und auch gegen die Tagsatzung die Schritte zu thun, welche in Stand setzen können, zu leisten, was Hochwohlgeboren angenehm zu sein scheint. »

---

[1]) Am 20. Dezember nahm dann Bern zu Delsberg seinen Antheil an den bischöflich baselschen Landen aus der Hand des eidgenössischen Civilkommissärs entgegen und am 21. wurden allenthalben die neuen Behörden eingesetzt.

4. Juli.

«An den k. k. öster. Herrn General der Kavallerie, en chef Kommandirenden der k. k. österreichisch-italienischen Nordarmee, Freiherrn v. Frimont.

Durch ein Schreiben des k. k. österreichischen Herrn Generalmajor und Kommissarius des Allerhöchsten Hofes bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Freiherrn v. Steigentesch, vom 30. Juni wurde ich eingeladen, das Pays de Gex mit schweizerischen Truppen zu besetzen, und dieser Einladung zufolge erhielt ich von meinem Souverän den Befehl dazu, mit der Weisung, desshalb mit Euer Excellenz übereinzukommen, da deren Truppen gegenwärtig diese Landschaft besetzt haben. Ich sende daher meinen Flügeladjutanten, den Herrn Oberstlieutenant v. Freudenreich vom Generalstab, an Euer Excellenz, um zu vernehmen, auf welchen Tag Euer Excellenz auf die Besetzung dieses Gebiets durch Schweizertruppen zählen.

Herr Oberstlieutenant v. Freudenreich wird Euer Excellenz über die Aufstellung unserer Truppen und über die neuesten Vorfälle in unserer Nachbarschaft alle erwünschten Aufschlüsse zu geben im Falle sein.

Ich empfehle diesen verdienten Offizier Hochdenselben zu geneigter Aufnahme, mit dem höflichen Ersuchen, ihm in seinen Anbringen Glauben beizumessen und ihm gütigst auch über die Stellung und die Verhältnisse der k. k. österreichisch-italienischen Nordarmee gegen die Franzosen mitzutheilen, was seit Euer Excellenz Ankunft in der Nachbarschaft von Genf sich zugetragen haben möchte.»

Es folgt im Korrespondenzbuch eine geheime Instruktion an den Oberstlieutenant v. Freudenreich zu allfälligen weitern Unterhandlungen mit Frimont, die folgenden Wortlaut hat:

«Vom 4. Juli.

Befehl und geheime Instruktion für Herrn Oberstlieutenant v. Freudenreich.

Herr Oberstlieutenant Flügeladjutant v. Freudenreich wird sich sogleich nach Empfang des gegenwärtigen Befehls auf die Reise zu dem die k. k. italienische Nordarmee en chef kommandirenden Herrn General der Kavallerie, Freiherrn v. Frimont, begeben und ihm das Schreiben einhändigen, von welchem Abschrift beigefügt ist.

Herr Oberstlieutenant v. Freudenreich wird daraus den einen Gegenstand seiner Mission entnehmen; er wird in betreff desselben

1. dem Herrn General v. Frimont den Originalbrief des Herrn Generals v. Steigentesch vorweisen,

2. falls wider alles Erwarten von demselben gegen die Räumung des Pays de Gex Einwendungen gemacht würden, wird er dieselben auf alle mögliche Weise zu heben suchen, vorstellend, dass die Verantwortlichkeit einer Weigerung gegen dieses auf den Antrag des k. k. österreichischen General-Kommissarius v. Steigentesch gemachte Begehren und desselben Folgen Verlegenheiten hervorbringen könnte, und andeuten, dass die schweizerischen Behörden sich dagegen verwahren müssten. Es bleibt der Klugheit des Herrn Oberstlieutenant überlassen, in diesem Falle den daherigen Vorstellungen denjenigen Nachdruck zu geben, welche der gegenseitigen Stellung und dem persönlichen Charakter des Generals angemessen sein mögen.

3. Was die Linie der Besetzung anbetrifft, wird Herr Freudenreich die Linie der Rhone und des Forts Ecluse zu erhalten suchen, insofern der General dieselbe zur Sprache bringt. Wird nichts zur Sprache gebracht, so wird er auf die Besetzung des Pays de Gex im Allgemeinen ohne Einschränkung abstellen

Der andere Hauptgegenstand der Mission des Herrn Oberstlieutenant v. Freudenreich betrifft die Erkundigung über die angeblich zwischen dem General Frimont und Bubna mit dem Marschall Suchet abgeschlossene Konvention. Er wird sich alle Mühe geben, desshalb die näheren Umstände zu vernehmen.

Herr Oberstlieutenant v. Freudenreich wird sich so wenig wie möglich säumen und baldigst wieder in hier einzutreffen trachten. »

Ein Bericht von Freudenreich über seine Mission findet sich nicht vor und auch keine weitere Korrespondenz mit Frimont über diese Besetzung. Dagegen zeigt Bachmann demselben am 26. Juli seine Demission mit dem auf Seite 431 abgedruckten Dankschreiben an. Man kann sich des Gedankens nicht ganz erwehren, dass eine etwas grössere Energie seitens der eidgenössischen Militär- und Civilbehörden der Schweiz damals dieses wichtige Grenzland gesichert haben würde.

---

Wenn wir nun am Schlusse dieser Periode noch einen Blick auf die Zustände im schweizerischen Heere werfen, so ist über die Haltung desselben vor dem Feinde wenig zu sagen. Die Gefechte vor Blamont waren zu unbedeutend und die Belagerung von Hüningen mit 16,000 Mann gegen 80 reguläre Soldaten und 1500 Nationalgarden ebenfalls nicht geeignet, um darüber ein eigentliches Urtheil zu fällen. Die Ausrüstung und Disziplin liessen jedenfalls zu wünschen übrig. Ueber die erstere wird sehr viel geklagt. Charakteristisch sind besonders folgende Berichte: Bezüglich Wallis ein Schreiben des Grafen Eugen v. Courten vom 13. April 1815 an General Bachmann, worin er sagt:

« Monsieur le Lieutenant-Colonel Wurstemberger a un témoignage évident de notre fâcheux état: envoyé par Monsieur le Quartier-Maître-Général de la Confédération pour donner le serment à la première compagnie organisée, il a dû quitter le canton sans pouvoir exécuter cet article intéressant de sa mission. Cependant il y a bientôt cinq semaines que j'ai été appélé à une commission militaire pour donner mon sentiment sur l'objet important de l'organisation du premier contingent, et déjà à cette époque je me suis prêté aux vues du gouvernement provisoire, en acceptant le commandement du bataillon de campagne qui devait être mis incessamment à la disposition du général en chef des troupes confédérées. Je dois faire aujourd'hui le pénible aveu, que ce que l'on projetait, il y a cinq semaines, est encore à faire; en effet, nous n'avons pas une demie-compagnie de disponible; un officier et douze hommes sur le Simplon, un pareil détachement à St-Maurice forment le sommaire de nos efforts militaires dans ce moment.

Nous manquons de fusils, de gibernes; on fait venir des draps de Bâle; sans finances pour suppléer à tant de besoins, désorganisés depuis un temps infini, que peut-on attendre de nous dans le moment présent? rien, sinon un mouvement spontané sur lequel on pourrait compter en cas d'un danger pressant et menaçant l'une ou l'autre de nos frontières. Notre peuple est propre à de pareilles levées de bouclier, mais il ne se prête pas facilement aux circonstances qui demandent des régularités. » (Absch. III, 647.)

Für Tessin ein Schreiben der Regierung an die Tagsatzung vom 12. Juli (Absch. III, 433), woraus sich ergibt, dass damals erst noch Gewehre aus Mailand verschrieben werden mussten, und eine Erklärung vom 12. Juni:

« Die Gesandtschaft von Tessin wiederholte die schon mehrmals gemachte Aeusserung, dass ihr Stand bei der ob-

waltenden gefährlichen Lage des Vaterlandes zwar alle Kräfte zu eidgenössischer Mitwirkung anstrengen werde; daher stehe auch die Mannschaft seines Reservekontingents bereit; hingegen fehle es ihm gänzlich an den Ausrüstungsmitteln, und bei seiner durch die letzten bekannten Ereignisse veranlassten ökonomischen Verlegenheit falle es ihm ganz unmöglich, die Kleidung und Bewaffnung der Truppen anzuschaffen; demzufolge habe die Regierung ihre Gesandtschaft beauftragt, die Bundesbehörde bestimmt um Anweisung eines Anleihens von 300,000 Franken zu diesem Ende zu ersuchen.»

(Absch. III, 499.)

Nicht viel besser stand es namentlich bei Schwyz, Zug und Nidwalden. (Absch. III, 501, 502, 505 u. 506.)

Ein allgemeiner Bericht des Obergenerals unmittelbar nach der Konvention mit den Alliirten sagt Folgendes:

«An Seine Excellenz Herrn Bürgermeister von Wyss, Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Hauptquartier Bern, den 25. Mai 1815.

Hochwohlgeborner, hochgeachteter Herr!

Durch die konfidentielle Zuschrift der diplomatischen Kommission vom 22. diess werde ich von der höchst wichtigen Konvention in Kenntniss gesetzt, welche am 20. diess ist abgeschlossen worden. Diese Konvention setzt die Schweiz in die Lage, von einem Tage zum andern ihre Streitkräfte anwenden zu müssen, um das von ihr ausgesprochene System zu behaupten. Es ist also jetzt darum zu thun, dass die gesammten eidgenössischen Truppen in schlagfertigem Stande seien und man alle jene Bedenklichkeiten fallen lasse, mit welchen man, von den frühern Grundlagen der Neutralität und des Polizeikordons ausgehend, eine Menge von besondern Rücksichten in's Auge gefasst hatte, vermittelst

welcher ein grosser Theil unserer aufgebotenen Truppen zum eigentlichen Felddienst nicht ausgerüstet und in Bereitschaft gesetzt worden ist.

Es bleibt kaum einem Zweifel unterworfen, dass von Frankreich die abgeschlossene Konvention als eine Kriegserklärung werde gedeutet, und dass nach dem bekannten System der dortigen kräftigen Regierung von derselben wo immer möglich das Prävenire werde gespielt werden; es steht demnach zu erwarten, dass vielleicht in wenig Tagen ein Angriff erfolgen werde.

In dieser Voraussetzung steht es in meiner Pflicht, Euer Hochwohlgeboren auf diejenigen Bedürfnisse aufmerksam zu machen, welche der Armee abgehen, und deren Herbeischaffung bei den obwaltenden verwickelten Verhältnissen nicht von mir abhängt.

Die Bewaffnung verdient die allervörderste Beherzigung. Ich kann Euer Hochwohlgeboren nicht vorenthalten, dass dieselbe mit Ausnahme jener Kontingente, in welchen die Regierungen die Mannschaft bewaffnen, im Allgemeinen nicht gut ist und zwar vielmals so beschaffen, dass gewöhnliche Reparatur nicht hinreicht. Ueber die Folgen der schlechten Bewaffnung wäre es überflüssig, Euer Excellenz aufmerksam zu machen. Es müssen desshalb schleunige und durchdringende Massregeln ergriffen werden, wozu ich folgende Vorschläge zu machen die Ehre habe:

1) Sollten unverzüglich Anstalten getroffen werden, um nach der in der Konvention zugesicherten Vergünstigung im Auslande Waffen anzukaufen.

2) Kann ich nicht umhin, mein inniges Bedauern zu äussern, dass mehrere Bataillone, sowohl aus den Kantonskontingenten als besonders auch noch der grösste Theil unserer Kerntruppen der aus Frankreich heimgekehrten Schweizer, unbewaffnet sind, während noch in mehreren Kantonalzeughäusern Gewehre vorhanden sind, die in diesem entschei-

denden Augenblick unbenutzt liegen. Ich überlasse es Euerer Excellenz, über diesen höchst wichtigen Gegenstand dasjenige einzuleiten, was Hochdieselben dem Bedürfniss des Vaterlandes angemessen und nach den bestehenden Verhältnissen für möglich halten werden.

3) Endlich sollten alle alten Waffen, welche in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht brauchbar sind, aus allen Gegenden der Schweiz, theils freiwillig, theils gegen Bezahlung von Seite der Eidgenossenschaft, in ein Dépôt zusammengebracht werden, woselbst, unter der Aufsicht einiger sachverständiger Offiziere, eine bedeutende Anzahl von Büchsenschmieden, Schlossern und Eisenarbeitern versammelt würde, um aus dieser Masse von alten Gewehren, durch Zusammensetzung der brauchbaren Theile, so geschwind als möglich brauchbarere Gewehre zu machen.

Dieses Alles leidet durchaus keinen Verzug und kann nur von Seite der H. Bundesbehörde eingeleitet werden.

Ein zweiter sehr wichtiger Gegenstand betrifft die Lagergeräthschaften. Unser ganzes Militärreglement ist auf das Kantonirungssystem berechnet, wo die Mannschaft derselben nicht bedarf; sie ist desshalb davon entblösst und dermalen Offiziere und Soldaten ausser Stand, in's Feld zu rücken oder auch nur mehrere Tage hintereinander in konzentrirten Stellungen, von Dörfern entfernt, auszuhalten. Ich habe desshalb die Veranstaltung getroffen, durch die Verwendung des Herrn Oberstkriegskommissarius die Soldaten mit dem Allernothwendigsten, nämlich mit Kochkesseln und Wasserkesseln, so schleunig als möglich, sei es theils durch Beihülfe der damit versehenen Kantone, theils durch Fabrikation versehen zu lassen. Den Offizieren werde ich durch einen Armeebefehl die Weisung zugehen lassen, sich mit dem nothwendigsten Feldgeräthe zu versehen, und überlasse es der väterlichen Obsorge der H. Tagsatzung zu bestimmen, welche Entschädigung seiner Zeit und nachher den-

selben dafür ausgerichtet werden könne, welche ihnen billig gebührt, und die in allen Diensten, selbst da, wo der Militärstand ein bleibender Beruf ist, zum Ausrücken in's Feld ertheilt wird.» .... (Absch. III, 349 u. 350.)

Noch trauriger, wo möglich, als mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen war es mit der eidgenössischen Kriegskasse bestellt. Es ist wahrhaft bemühend, die unaufhörlichen Beschwörungen der Tagsatzung an die Stände zu lesen, womit sie dieselben zur Zahlung ihrer Geldkontingente zu bewegen sucht, in Zeiten, wo der Soldat im Feld, zum Theil sogar in Feindesland stand, wo man beim Einrücken versprochen hatte, alles baar zu zahlen, und nun Mangels an Geld beinahe auf Plünderung angewiesen war.

Am 30. Juni hatten Appenzell I.-Rh. und Nidwalden noch nicht einmal ihr erstes Geldkontingent mit 418 resp. 953 Fr. einbezahlt und die Totalrückstände beliefen sich damals auf Fr. 1,075,095 (Tabelle, Absch. III, 505). Ein eidgenössisches Kreisschreiben vom 24. Juni drückt sich über diesen Nothstand wie folgt aus:

« Der Herr eidgenössische Oberstkriegskommissarius schreibt an die Tagsatzung unter'm 22. Brachmonat:

Die Bedürfnisse, schon ausser allem Verhältniss zu den bisherigen ökonomischen Anstrengungen der meisten Stände, steigen noch durch immer fortgesetzte Aufgebote. Ueberall musste Naturalverpflegung eingeführt werden. Alle Lieferungen müssen baar bezahlt, ja Vorschüsse gemacht werden. In wenigen Tagen stehen alle Korps ohne Geld da und der Kassenbestand ist höchst unbedeutend. Können die Truppen nicht bezahlt werden, so entsteht Verwirrung und Missmuth. Werden die Lieferanten und alle berechtigten Theile nicht durch Zahlungen unterstützt, so hört auf der Stelle jede Lieferung auf und der Soldat steht in einem bereits ent-

blössten Land ohne Lebensmittel und dieses Alles im Moment der grossen Krisis. Ich bitte die h. Tagsatzung, ich beschwöre sie dringend, diese Lage der Sachen und ihre Folgen zu würdigen und vor Allem aus auf sämmtliche hohe Stände dahin einzuwirken, dass die ausgeschriebenen Beiträge sogleich abgetragen werden.

Dieser nachdrücklichen Aufforderung war eine Uebersicht der Rechnung jedes h. Standes zu der eidgenössischen Kriegsverwaltung bis zum 22. Brachmonat beigelegt, welche 1) das Defizit von den am 15. Brachmonat verfallenen fünf Kontingenten im Ganzen auf nicht weniger als 573,994 Schweizerfranken, 2) die vom sechsten Kontingent zu leistenden Zahlungen sodann auf 501,101 Franken, und die gesammte Forderung der eidgenössischen Kriegskasse bis zum 30. Brachmonat auf eine Million, fünfundzwanzig tausend fünfundzwanzig Franken ansetzt.

Es haben sich zwar in unserer heutigen Berathung Stimmen klagend erhoben, dass die ökonomische Last alle Kraft und möglichen Anstrengungen mancher Stände übersteige. Aber haben denn diese Stände wirklich alles das geleistet, was sie dem Vaterland in der gegenwärtigen höchsten Gefahr schuldig waren? Sind die Hülfsquellen des Staates und der Gemeinden, sind reiche, öffentliche und Korporationsfonds verschiedener Natur so benutzt, sind von Partikularen solche Beiträge gefordert worden, wie jede Regierung es in einem Zeitpunkt thun sollte, wo das höchste Interesse des Staates, der Gemeinden und aller Einwohner auf dem Spiele steht? Wir glauben diese Fragen bestimmt mit Nein beantworten zu können. In einigen Kantonen wurden weder ausserordentliche Steuern ausgeschrieben, noch Geldanleihen gemacht. In andern ist man nur sehr spät zu solchen Mitteln geschritten und beinahe nirgends wurde auf die Grösse und Dringlichkeit des Bedürfnisses, auf den Umstand, dass Zahlungen, die jetzt zu leisten sind, nicht ohne

die grössten Nachtheile verschoben werden können, die erforderliche Rücksicht genommen.

Man hat gewünscht, Nationalanleihen im Auslande zu unterhandeln, ohne zu bedenken, dass fast alle Staaten von Europa sich in dringender Geldnoth befinden und dass der zerrüttete Zustand ihrer Finanzen uns dermalen keine Aussicht auf eine solche Hülfe gewährt. Die einzige Regierung, welche bei den eigenen ausserordentlichen Anstrengungen ihren Verbündeten Hülfsgelder auszahlt, unterstützt vorzugsweise diejenigen Staaten, deren Armeen mit den ihrigen offensiv gegen Frankreich im Felde stehen. Uebrigens sind diejenigen Verhältnisse noch nicht berichtigt, welche die Schweizerkantone in den Fall setzen können, gegründet auf den sechsten Artikel der Konvention vom 20. Mai, diese Regierung um Hülfe anzusprechen.

Was aber Anleihen in der Schweiz selbst anbetrifft, so sind dieselben nur unter einzelnen Ständen oder zwischen Regierungen und Partikularen denkbar. Die Eidgenossenschaft hat keinen Kredit; sie kann keine Unterpfänder anbieten. Die Unmöglichkeit, solche Anleihen in gemeineidgenössischem Namen zu kontrahiren, wurde schon von der Tagsatzung durch ihren Beschluss vom 1. April sämmtlichen Kantonen deutlich dargethan.

Es muss sich demnach jede Regierung selbst die nöthigen Mittel verschaffen; jede soll mit ausschliesslicher Rücksicht auf eigene Pflicht und gegenwärtiges dringendes Bedürfniss ihre Kräfte anwenden und anstrengen, damit sie in der Abtragung der heiligsten Schuld gegen das Vaterland nicht zurückstehe. Diese Schuld, theure Eidgenossen! wird durch die Stellung Euerer wackern Mannschaft nur zur Hälfte getilgt. Eben so nothwendig und dringend ist die richtige Einlösung der Geldbeträge, ohne die keine Schweizerarmee bestehen kann. Wie würde aber die Eidgenossenschaft in der Achtung der Welt stehen, wenn sie, die, Dank dem All-

mächtigen! weit weniger als andere Staaten gelitten hat, ihre Militärvertheidigung in dem wichtigsten, entscheidenden Zeitpunkt aufgeben wollte, wenn man mit Wahrheit sagen könnte, die schweizerischen Regierungen halten ihre Nationalehre, ihre Freiheit und Unabhängigkeit, ja das Blut ihrer Söhne weniger hoch als Geld? Und treffen die traurigen Folgen, die jetzt so nahe, so fürchterlich drohend vor unsern Augen liegen, wirklich ein, entstehen wegen Mangels an Sold und Verpflegung Unordnungen und Verwirrungen bei der Armee, löst sich diese Armee in Noth und Elend auf und wird dadurch die Schweiz der Schande und jeder Gefahr preisgeben — welcher unter den Kantonen, die jetzt die Unmöglichkeit vorgeben, in den Geldanschaffungen gleichen Schritt mit den Bedürfnissen zu halten, würde dann behaupten dürfen, er habe keine Schuld an diesem grossen Unglück des Vaterlandes?

Ihr kennet, Tit.! unsere wahre Lage und möget die tiefen Bekümmernisse Euch leicht vorstellen, mit denen wir auf dieselben hinblicken. Durchdrungen vom Gefühl unserer Pflichten, im Vertrauen auf den Gemeingeist treuer Eidgenossen, haben wir noch einmal beschlossen:

dass die Kantone unverzüglich alle Rückstände der frühern bereits verfallenen fünf Kontingente abtragen; dass sie in den ersten Tagen des Heumonats auch das sechste Kontingent zur Verfügung der Armeeverwaltung stellen und dem Herrn eidgenössischen Oberstkriegskommissarius bei dem Empfang des gegenwärtigen Kreisschreibens die wirkliche Bereithaltung unter bestimmter Bemerkung des Tages und der Summe anzeigen sollen.

Gebet, theure Eidgenossen! diesem unserm Beschluss Kraft und Vollziehung, auf dass in einem Zeitpunkt, wo die herrlichsten Siege der verbündeten Heere die Eröffnung des Feldzugs bezeichnen, wir diejenige Stellung behaupten, wozu wir uns verpflichtet haben und die allein uns dermalen vor

einem feindlichen Angriff schützen, sowie in der Zukunft eine freie, geachtete Existenz sichern kann.

Womit wir Euch, unter Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung, nebst uns in den Schutz des Allerhöchsten getreulich empfehlen.» (Absch. 506—508.)

Alles nur zu wahr und aus centralistischer Tendenz unverdächtigem Munde! Um Kredit zu haben, dazu gehörte eben eine wirkliche Eidgenossenschaft und nicht bloss eine lockere Verbindung von eigenwilligen und eigensüchtigen kleinen Souveränetäten. Das war die Probe der ganzen damaligen Zeit und ihres föderalistischen Systems.

Während man für ökonomische Hilfe sich schon damals gern an die Eidgenossenschaft wendete, lagen die Kantone mit derselben gleichzeitig in beständigem Hader, sobald die eidgenössischen Offiziere im Dienste irgendwie in die Kompetenzen der Kantone einzugreifen, oder nicht den gehörigen Respekt vor ihren Regierungen zu haben schienen. Namentlich zieht sich diesfalls durch die Protokolle eine nicht enden wollende Serie von Anklagen der Regierung von Waadt gegen zwei eidgenössische Offiziere, Girard und Gady, beide von Freiburg, von welchen der Erstere namentlich sich wiederholt gegen die kantonale Souveränetät vergangen haben sollte.

Die Klagen über Oberst Girard sind im Abschied im Wesentlichen mit folgendem Bericht zusammengestellt, der ein ziemlich deutliches Bild dieser beständigen Reibungen zwischen der militärischen und der bürgerlichen Autorität gibt:

«Die Regierung von Waadt macht der Tagsatzung mit Schreiben vom 31. Mai die Anzeige, dass sie bei dem Generalkommando eine Klage gegen den Herrn Obersten Girard

am 19. Mai eingereicht habe, dass sich derselbe gegen die Regierung und die Bewohner des Kantons die grössten Beschimpfungen erlaubte. Seine Excellenz der Herr General habe am 22. Mai darauf geantwortet, dass er den Herrn Girard darüber einvernehmen und der Regierung den Erfolg davon einberichten werde. Acht Tage verstrichen und während die Regierung einer Antwort entgegensah, kam eine neue Klage gegen Herrn Girard bei ihr ein, dass er nämlich auf der Strasse den Greffier von Orbe insultirt habe. Auf dieses hin habe die Regierung durch einen Extrakurier an den Herrn General geschrieben und die Erörterung der obbemeldten Klage nachgesucht, von demselben aber die Antwort erhalten, dass das Faktum noch nicht erhoben sei. Die Regierung hält dafür, dass unter diesen Umständen Herr Girard nicht länger im Kanton Waadt bleiben und ihre Truppen seinem Kommando nicht länger anvertraut werden können, und schliesst mit dem Begehren, dass er zur Satisfaktion beförderlich angehalten werde.....

Wir heben allervörderst das Spezielle der gegen Herrn Girard geführten Klage aus.

Er soll nämlich bei Anlass einer unregelmässigen Requisition von Hafer, die er an die Gemeinde Donneloye machte, die gröbsten Beschimpfungen gegen die Regierung von Waadt und ihre Angehörigen vor dem Syndic dieser Gemeinde in Gegenwart mehrerer anderer Personen ausgestossen haben.

Der allgemeine Unwille habe diess der Regierung von Waadt zur Kenntniss gebracht, und sie liess darüber mit diesem Syndic und dem Friedensrichter ein Verhör aufnehmen, der, seiner Eidespflichten erinnert, behauptet, dass Herr Girard sich wirklich die gröbsten Beschimpfungen, die im Verhör wörtlich angeführt sind, gegen die Regierung und die Angehörigen des Kantons erlaubt habe.

Der Friedensrichter beschied den Maréchal de logis Guex, welcher nebst mehreren Sekretären des Herrn Girard bei diesem Vorfall gegenwärtig gewesen, vor sich, um ihn auch darüber einzuvernehmen, der aber vor ihm Auskunft zu geben sich weigerte.

In der von Herrn Girard dem Herrn General zugestellten Erklärung vom 23. Mai erzählt derselbe den Hergang der Sache folgendermassen: Es war für die Pferde des Etat-major und jene der Chasseurs kein Hafer vorhanden. Herr Girard begehrte ihn bei dem Syndic, da ihm kein Fournisseur angezeigt und bekannt war. Der Syndic verweigerte jede Lieferung, da der angesetzte Preis von 38 Kreuzern zu gering sei, und ging fort. Der Tag war vorüber; die Chasseurs beschwerten sich, für ihre Pferde noch kein Futter zu haben, und so beschied Herr Girard den Syndic zum zweiten Mal und drohte ihm, wenn innert einer Stunde der Hafer nicht geliefert sei, er die nächste beste Scheune aufbrechen und die Rationen selbst anschaffen werde. Im Verdruss, bemerkt Herr Girard, fügte er bei, dass er diesen Kanton so lange nicht als einen solchen anerkennen könne, als ihm täglich Schwierigkeiten gemacht werden, die vorgeschriebenen Lieferungen zu erhalten. Der Fehler scheine ihm in der von Seite der Regierung getroffenen Einrichtung dieses Administrativzweiges oder in dem Betrug der Fournisseurs zu liegen, von welch letzterem er Beispiele anführen könnte. Er habe am Ende noch gesagt, dass unglücklicherweise in diesem Lande noch eine grosse Menge schlecht denkender Menschen sei, die er Feinde des gemeinsamen Vaterlandes und schlechte Bursche nannte.

Herr Girard bemerkt ferner, dass bei diesem Vorfall Herr Steiger, sein erster Aide de champ, und Herr Rämi, sein Sekretär, nebst Franz Guex, Maréchal de logis, gegenwärtig gewesen.

In einer zweiten Erklärung vom 27. Mai wiederholt und bestätigt er die erste und fügt bei, dass er keine be-

leidigenden Reden gegen die Regierung von Waadt sich erlaubt habe, was Herr Rämi auch wirklich mit seiner Unterschrift bestätigte. Herr Steiger, bemerkt Herr Girard, könne gegenwärtig ein solches Zeugniss nicht ausstellen, da er in den holländischen Dienst abgereist sei.

Die Regierung von Waadt führt ausser dieser Hauptklage noch mehrere Fälle an, mittelst deren sie das rasche Benehmen des Herrn Girard in seinem vollen Licht darzustellen glaubt.

Erstens habe er der Munizipalität von Romainmôtier mit Militärexekution gedroht, wenn sie nicht Massregeln treffe, die Thäter zu entdecken, welche eine Schmähschrift an die Wachtstube angeheftet haben, von welcher aber Niemand in der ganzen Gemeinde etwas wissen wollte.

Der Befehl liegt unter Nr. 1 den Akten bei, datirt vom 18. April, und aus seinem Inhalt ergibt es sich, dass er die Auslieferung der Thäter innert zwei Mal vierundzwanzig Stunden forderte, widrigenfalls er zwei Kompagnien so lange in diese Gemeinde einquartieren werde, bis sie seinen Befehl vollzogen haben werde.

In der Nachschrift begehrt er ein Exemplar dieses Libells und bedauert, solche Massregeln gegen eine Gemeinde eintreten lassen zu müssen, die sonst so gut gesinnt sei.

Es ist ein vortheilhaftes Zeugniss von Herrn Hauptmann Chollet dem obigen Aktenstück beigelegt, worin er namentlich ihr musterhaftes und untadelhaftes Benehmen während der Kantonirung seiner Kompagnie vom 7. bis den 17. April ungemein anrühmt.

Der zweite Fall ist, dass Herr Girard nicht gestatten wollte, dass der Friedensrichter des Kreises Orbe zwei Fremde verhöre, deren Pässe verdächtig waren, ohne dass die Eskorte, die sie zuführte, dem Verhör beiwohne. Laut dem beiliegenden Bericht des Friedensrichters waren die Passeports dieser Reisenden mit dem Visum des Eintrittspostens nicht versehen, und desshalb befahl er, dass man sie ihm vorführen

soll. Da zeigte es sich aber, dass sie schon vom Militär arretirt waren wegen zweideutiger Worte, die sie geführt haben sollen. Girard verweigerte anfänglich ihre Stellung und, als er sie nachher bewilligte, wollte er die Verhöre ohne Gegenwart des Führers der Eskorte nicht vornehmen lassen, wozu sich der Friedensrichter nicht verstehen wollte. Das Militär transportirte sie über die Grenze.

Der Friedensrichter bemerkt, dass es bekannte Leute waren, und führt auf der andern Seite ein Beispiel an, dass zwei andere Franzosen, von denen der eine nicht einmal einen Pass hatte, sondern sich nur als einen Garde du corps Ludwigs XVIII. ausgab, ganz frei haben passiren dürfen, und der eine noch einen Pass von Herrn Girard erhalten habe, ungeachtet sie sich auch sehr schlechte Reden im Wirthshaus erlaubt hätten.

Als drittes Beispiel fügt die Regierung ein Schreiben bei, das Herr Girard am 23. April an die Munizipalität von Ballaigue erliess. In diesem beschwert er sich über den schlechten Zustand der Kaserne; das Dach sei so baulos, dass das Wasser von allen Seiten in die Zimmer dringe; die Hälfte der Kompagnie müsse auf dem blossen Stroh liegen; diess Alles schreibe er bloss dem bösen Willen der Munizipalität zu; sie kenne ihre Pflichten gegen das Vaterland nicht, wirft er ihr vor; führt ihr das bessere Beispiel ihres Nachbarn von Vallorbes an und endet, in der Ueberzeugung, dass alle Vorstellungen fruchtlos seien, mit dem Befehl (je vous ordonne), innert vierundzwanzig Stunden die Kaserne in einen solchen brauchbaren Zustand zu stellen, dass ihm der dort kommandirende Offieier berichten könne, dass er nicht mehr zu klagen habe, widrigenfalls habe er Ordre, die Truppen bei den Bürgern einzuquartieren und vorzüglich sie den Mitgliedern der Munizipalität zuzutheilen. da diese seine Ordres nicht beobachtet habe. Er fügt noch bei, dass er keine Deputation annehmen werde, die ihm allenfalls Gegenvorstellungen machen wollte.

Die Regierung schliesst ein Schreiben des Platzkommandanten von Ballaigue vom 24. April an Herrn Girard an, worin gesagt ist, dass einigen Soldaten Leintücher fehlten, dass jetzt aber Alles mit Leintüchern und Decken versehen sei, und er alle Ursache habe, mit der Munizipalität und Bürgerschaft vollkommen zufrieden zu sein.

Viertens legt Herrn Girard die Regierung zur Last, dass er am 24. April Abends eine Kompagnie nach Iferten, und zwar aus Misstrauen, wie sich sein Schreiben vom gleichen Datum ausdrückt, verlegt habe, wofür er gar keine erhebliche Ursache gehabt habe.

Und endlich führt die Regierung von Waadt den fünften Fall an, der sich zwischen Herrn Girard und dem Greffier Maubert von Orbe zutrug, als die Klage gegen den erstern wegen der gegen sie ausgestossenen Beschimpfungen bei dem Herrn General schon anhängig gemacht war, und der sich laut der von Maubert an die Regierung eingeschickten Anzeige vom 29. Mai folgendermassen verhält. Maubert begegnete auf einem Spaziergang in Gesellschaft seiner Frau und seiner Kinder mehreren Offizieren, denen in einiger Entfernung Herr Girard und Corday, ein Offizier aus Orbe, folgten. Letzterer wendete sich an Maubert und warf ihm vor, über ihn beleidigende Worte geführt zu haben, und warnte, diess in Zukunft zu unterlassen, sonst werde er ihn arretiren lassen. Maubert versicherte ihn, dass diess nie geschehen sei. Darauf näherte sich ihm Herr Girard und sagte ihm, dass er ihm das Nämliche anrathe, er kenne ihn als einen Jakobiner und französischen Parteigänger, und wenn er in seinem Kantonnement zweideutige Worte sich erlaube, werde er ihn in seinem Haus arretiren, in's Lager führen und dort mit Stockstreichen züchtigen lassen.»[1])

(Absch. III, 483—485.)

---

[1]) Ein bezügliches Schreiben des Generals Bachmann findet sich im Korrespondenzbuch desselben, pag. 115, worin gesagt ist,

Man wird heute im Allgemeinen nicht finden, dass Hr. Girard materiell im Unrecht gewesen sei. Derselbe wurde durch die Tagsatzung an ein anderes Kommando ausserhalb Waadt versetzt, wobei die Gesandtschaft von Waadt nicht zustimmte, da ihr diese Satisfaktion zu geringfügig erschien (Absch. III, 487.)

Der andere der hauptsächlich angeschuldigten Offiziere, Oberst v. Gady,[1]) klagte schliesslich seinerseits in einer Eingabe vom 26. August an die Tagsatzung die Regierung von Waadt geradezu an. dass sie mit Napoleon sympathisirt und in strafbarer Konnivenz mit den diessfallsigen offenkundigen Handlungen ihrer Unterbeamten gestanden habe. Vgl. unsere Seite 394, Anmerkung 1.

Ohne allen Zweifel hatten auch die Differenzen der politischen Anschauung, welche zwischen diesen freiburgischen, der bourbonischen Sache und der Regierung von Bern zugethanen Offizieren und der waadtländischen Regierung bestanden, ihren reichlichen Antheil an diesen Reibungen.[2])

---

Girard habe, nach einer ihm vorliegenden Beschwerde, «fait infliger une punition corporelle à un employé de l'administration des vivres.»

[1]) v. Gady ist der Verfasser des harten Militärstrafgesetzbuches für die Schweizertruppen in französischen Diensten, das später ebenfalls für die neapolitanischen Dienste angenommen wurde und unserem jetzigen schweizerischen Militärstrafgesetz von 1851 als Grundlage gedient hat.

[2]) Eine andere Klage wurde Ende Juni von dem österreichischen Militärbevollmächtigten v. Steigentesch gegen den Obersten v. Sonnenberg, eidgenössischen Kommandanten in Genf bei der Tagsatzung eingereicht, dahin gehend, derselbe habe «zwei feindliche Dragoner mit Depeschen, die auf Schweizerboden gefangen wurden, mit den uneröffneten Depeschen dem General Dessaix zurückgeschickt.» Die Tagsatzung betrachtete diess als «contraire aux relations qui subsistent entre les Alliés et la Suisse.» (Korrespondenzbuch des Generals, pag. 118. Vgl. auch unsere Beilage I, Schreiben Steigentesch's an v. Wyss vom 29. Juni und an General Bachmann vom 1. Juli.)

Ein ganz besonders trauriges und lehrreiches Kapitel aus der Geschichte des Sommers 1815 bilden die fortwährenden Durchzüge fremder Truppen durch schweizerisches Gebiet, denen, zufolge der Konvention vom 20. Mai, zwar gegen Bezahlung, aber doch immerhin in einem sehr drückenden Massstabe alle ihre Bedürfnisse geliefert werden mussten. Die Tagsatzung hatte zuerst in einer Note vom 14. Juni an den österreichischen Militärbevollmächtigten einen vergeblichen Versuch gemacht, die Konvention nach ihrem beschränkten Wortlaute auszulegen und zu verlangen, dass erst deren Ratifikation durch die Stände abgewartet werde. (Absch. III, 547.) Wie sehr wir in der Gewalt der alliirten Mächte waren, zeigt am deutlichsten ein Bericht des Oberstlieutenant Ott, welcher Anfangs Juni in das Hauptquartier der Alliirten (damals in Heidelberg) geschickt worden war, um den Durchzug wenn nicht abzuhalten, so doch möglichst zu mildern. (Vgl. pag. 350, Anmerkung.) Seine Instruktion zu dieser Unterhandlung findet sich im Abschied III, 343. Der Abgesandte berichtet über seine Audienzen bei dem Kaiser von Oesterreich und seinen Oberoffizieren Folgendes:

« Ich begab mich in das Kaiserliche Quartier und wurde hereingerufen. Meine Schüchternheit schwand mit jedem Augenblicke, wo ich vor dem so ausgezeichnet leutseligen Fürsten stand Es gelang mir, ihm die schwachen Ausdrücke der tiefsten Verehrung Namens der schweizerischen Bundesbehörde vorzutragen und dem Kaiser zu sagen, wie vornehmlich der Zweck meiner Sendung darin bestehe, die ehrerbietigsten Vorstellungen gegen Truppendurchzüge durch die Schweiz zu machen. Ich suchte dabei, der möglichen Folgen halber den Vortheil ebensowohl für die Alliirten als für die Schweiz sichtbar zu zeigen.

Der Kaiser beantwortete diese Eröffnungen auf eine sehr verbindliche Weise, indem er die Schweiz seiner Zuneigung

versicherte, aber sodann beifügte: « Nun, und wenn wir durch die Schweiz gehen müssen, so soll der Schweiz kein Leid geschehen, es soll Alles richtig bezahlt werden; und da mich das viel kostet, so wird es mir selbst viel daran gelegen sein, dass die Truppen sich nicht aufhalten; übrigens haben wir ja alle einen Zweck, auf den man hinwirken muss. » Meine Vorstellung, wie nachtheilig es sein würde, wenn gleich Anfangs der Schweizerboden durchzogen würde, ward nicht beantwortet, und ich schritt also weiter, indem ich Basel und Genf der grössten Gefahr ausgesetzt zeigte. Der Kaiser sprach sogleich von Basel, und mit sichtbarem Antheil; er fragte mich, ob die Franzosen sich nicht gegen Basel zu verschanzt hätten, worauf ich den Kaiser neuerdings versicherte, dass die Vorwerke von Hüningen die Brücke von Basel bestrichen und die ganze Stadt zu zerstören drohten. « Nun, was haben Sie dann für Gegenanstalten gemacht? », fragte der Kaiser. Alles was immer möglich wäre, einen Ueberfall abzuwehren; die Lage der Stadt sei aber zu einer anhaltenden Vertheidigung gegen grosse Uebermacht nicht beschaffen. Ich benutzte diese Gelegenheit, nochmals Seine Majestät von dem besten Willen der Schweiz zu versichern, dass sie sich aber ausser Verhältniss mit andern Staaten in Bezug auf Mitwirkung befinde; bei äusserst geringen Mitteln seien die bisherigen Anstrengungen schon tief empfunden, und das Volk und die Armee überzeugt, dass dieselben ihm alle Sicherheit verbürgten und die Durchzüge abwenden würden; dass ferner die Verfassungen den Regierungen keinen unbedingten Einfluss auf das Volk gewährten, dass, wenn keine Durchzüge statthätten, die Schweiz sich desto besser selbst vertheidigen könnte, und dass die Franzosen schwerlich das Gebiet der Schweiz, noch besonders Genf und Basel, ohne den mindesten Nutzen gegen alles Völkerrecht zu beschädigen wagen würden. « Ach, die Franzosen achten die Völker- und Menschenrechte nur, wenn sie

sie für sich brauchen,» war die schnelle Bemerkung des Kaisers.

Ich bat nun, dass, wenn es wirklich die Nothwendigkeit erfordern sollte, dass Truppen über unsern Schweizerboden marschiren müssten, es Seiner Majestät gefallen möchte, davon zeitige Anzeige an das Präsidium der Tagsatzung geben zu lassen; der Kaiser neigte sich bejahend. Dann sagte der Kaiser, als ich ihm mein Vaterland schliesslich empfahl und die Bemerkung beifügte, dass ich unter allerhöchster Protektion meinem Vaterland gern so nützlich als möglich wäre: «nun, nun, wenn ich der Schweiz etwas Angenehmes erweisen kann, so will ich es von Herzen gern thun.»

Dieses sind in gedrängter Kürze die Aeusserungen Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, welche sehr verbindlich sind, jedoch keinen Zweifel übrig lassen, dass die Schweiz nicht durchzogen werde.

Bei dem Feldzeugmeister von Duca gelang es mir, meiner Instruktion gemäss von einem Punkte zum andern, das heisst in Bezug auf Vorstellungen fortzuschreiten. Sehr gütig wurde ich angehört, aber das Lächeln des Herrn Feldzeugmeisters war so ungefähr, als ob er sagen wollte: «guter Freund, es ist Alles schon, wie es sein wird.» Viele Verbindlichkeiten, aber keine Hoffnungen.»

(Absch. III, 550.)

Nachdem auf diese Weise keine Aussicht mehr vorhanden war, den Durchzug fremder Truppen abzuwenden, musste die nöthige Instruktion über deren Verpflegung erlassen werden, welche zwischen dem Generalmajor v. Steigentesch und dem österreichischen Oberverpflegungsverwalter einerseits und den Herren Landammann Zellweger und Rathsherr Ott andrerseits verabredet wurde. Die Grundlagen hiezu waren die folgenden:

«a. Von beiden Seiten hat man die Nothwendigkeit gefühlt, dass schweizerische Stabsoffiziere sich an den Orten einfinden, wo k. k. österreichische Truppen das eidgenössische Gebiet betreten, um die Kolonnen zu begleiten, durch ihre Verwendung so viel als möglich Willkür und Unordnung zu verhüten und den Ortsbehörden zu einem erwünschten Einverständniss mit den Truppenkommandanten behülflich zu sein. Daher wurde der Herr eidgenössische General ersucht, solche Stabsoffiziere als Kolonnenführer alsobald zu bezeichnen.

*b.* Ueber die Stärke der Reservearmee, welche von des Erzherzogs Ferdinand Königlicher Hoheit befehligt wird, hat man zwar keine bestimmten Angaben erhalten! nach dem vorliegenden Verpflegungsetat kann aber dieselbe mit ziemlicher Zuversicht wenigstens auf dreissigtausend Mann und etwa sieben- bis achttausend Pferde angesetzt werden.

*c.* Die Regulirung der Kantonirungen hängt von dem Gutbefinden der Ortsbehörden ab und es sind daher die in der Verpflegungsliste angegebenen Ortschaften nur als Bezeichnung der Gegend, wo die Truppen in die Nachtquartiere verlegt werden sollen, anzusehen.

*d.* Die geforderten Haferrationen können um ein Drittheil vermindert werden, wenn das Quantum des Heues im gleichen Verhältniss erhöht wird.

*e.* Die Truppen führen Lebensmittel für einige Tage mit sich, aber um ihren Unterhalt in den ersten Tagen ihres Vordringens in Frankreich zu sichern. Für den Transport werden die Pferde aus Schwaben bis zur französischen Grenze beibehalten und nur, um einen allfälligen Abgang zu decken, ist es nothwendig, dass zu Schaffhausen ungefähr hundert Pferde und ebenso viel in der Gegend von Baden und Brugg in Bereitschaft gehalten werden.

*f.* Wo österreichische Truppen mit eidgenössischen beisammen in Quartieren liegen, behalten die Offiziere der letz-

tern die Polizeiaufsicht und das Platzkommando. Wenn Klagen über militärische Bedrückung oder Unbill entstehen, haben sich die eidgenössischen Kolonnenführer an Seine Königliche Hoheit den Erzherzog Ferdinand unmittelbar zu wenden.

*g.* Die Vergütung für die Verpflegung betreffend, waltet noch ein bedeutender Unterschied zwischen denjenigen Preisen, die man schweizerischer Seits als zugestanden durch die k. k. österreichische Verwaltung in den Jahren 1813 und 1814 forderte, und jenen, welche der österreichische Kommissär als solche anerkennt; man wird trachten, diesen Unterschied zu berichtigen und für die erstern Angaben, wo möglich, den Vorzug zu gewinnen.

*h.* Anstatt aber einer umständlichen und weitläufigen Liquidation hat man den Gedanken gehabt, wo möglich über eine Aversalsumme im Durchschnitt übereinzukommen. Dieser Antrag wurde zwar weder von dem General v. Steigentesch noch von dem österreichischen Verpflegungskommissär abgelehnt. Beide äusserten aber die Ansicht, die diessfallsige Verhandlung werde nicht in Zürich, sondern in dem k. k. Hauptquartier statthaben.» (Absch. III, 553--554.)

Eine definitive Vereinbarung findet sich seltsamerweise nirgends mehr vorgemerkt, weder im Protokoll noch in den Missiven (Absch. III, 555, Anm.)[1]; es

[1]) Dagegen finden sich im Korrespondenzbuch des eidg. Generals, pag. 97 und folgende: 1. ein Bericht an die Tagsatzung über den Einmarsch bei Basel, Rheinfelden und Schaffhausen; 2. die nachstehende «geheime Instruktion» für vier verschiedene Kommissäre, welche der General den einmarschirenden fremden Truppen entgegenschickte; 3. das ebenfalls nachstehende Beglaubigungsschreiben für dieselben zu Handen des Kommandirenden der Alliirten; 4. ein entsprechendes Anzeigeschreiben an v. Steigentesch, worin der General sagt: diese Kommissäre seien «nur als Mittelspersonen zwischen den Korps-Kommandanten und den Civilbehörden und Einwohnern» anzusehen und man hoffe

ist daraus zu schliessen, dass überhaupt keine weitere erfolgte, was auch aus den späteren Unterhandlungen mit Steigentesch wahrscheinlich wird.

---

auf «gefällige Mitwirkung» von Steigentesch «mit demjenigen Vertrauen, welches Hochdero oft erwiesener Eifer für den günstigen Fortgang der guten Sache und freundschaftlichen Bestimmungen für die Schweiz begründet haben. Ew. Hochwohlgeboren wissen, dass in der Schweiz keine Magazine sind. Die Jahreszeit ist ungünstig, indem viele Produkte noch mangeln; es ist daher möglich, dass bei dem besten Willen für die Lieferungen einige Nachsicht nöthig sein wird; das Militär ist bisweilen rasch und besonders in fremdem Lande. Ohne bestimmtes ausdrückliches Verbot könnten daher Einzelne sich vielleicht zu Selbsthülfe oder Gewaltthätigkeiten gegen Landesbewohner verleiten lassen, welche in unserem Lande schlechterdings nicht angehen. Die Erfahrung des Durchmarsches von 1813, wo leider einige Korps sich Misshandlungen oder Drohungen mit dem Stocke gegen Einwohner erlaubt und zu Thätlichkeiten Anlass gegeben hatten, leitet zu dem Gefühl der Nothwendigkeit einer Vorkehr desshalb.»

---

Geheime Instruktion Nr. 333 4 Expeditionen, den 16. Juni.

Der Herr . . . . . . wird sich sogleich nach Empfang dieses gegenwärtigen Befehls nach Schaffhausen / Basel / Rheinfelden begeben: wenn die Kolonne alliirter Truppen, welche mit Bewilligung der h. eidgenössischen Tagsatzung das Schweizergebiet auf diesem Punkt betreten wird, ankommt, so wird der Herr . . . . . . sich durch mitgehendes Schreiben bei dem Ober-Kommandanten der Kolonne als Begleiter während der Dauer des Durchmarsches über Schweizer-Boden legitimiren.

Der Herr . . . . . . . . . wird

1. Den schweizerischen Autoritäten und Einwohnern bestmöglichst an die Hand gehen, durch Berichte zu Herbeischaffung der erforderlichen Lieferungen in Brod, Fleisch, Gemüse, Hafer, Heu, Stroh und übrigen Gegenständen, welche von dem Kommandirenden zu Handen seiner Untergebenen gefordert werden. Er wird dafür sorgen, dass nicht mehr als das Nothwendigste gefor-

Den wesentlichsten Theil dieser Aufgabe bildete die Verpflegung der Oesterreicher im Wallis, die zu sehr grossen Uebelständen führte, um so mehr noch,

---

dert, dass alle Lieferungen genau verzeichnet werden, mit Bestimmung der Zahl nach Menschen und Pferden.

2. Bei Verlegung der alliirten Truppen bedacht sein und sich verwenden, dass die Kantonnements nicht ausgedehnt werden, damit sie nicht in die Quartiere unserer Truppen der Reserve kommen.

3. Sie werden sich bestens verwenden, dass der Marsch schnell von Statten geht und das Schweizergebiet auf der möglichst kurzen Linie überschritten werde.

4. Sie werden sich jeder Einrichtung von Spitälern oder Depots widersetzen; Kranke sollen auf Wagen nachgeführt oder zurückgeschafft werden. Sie werden darauf bestehen, dass die gemessensten Befehle gegen die Nachzügler gegeben werden, und verdeuten, dass dergleichen an der Grenze zurückgewiesen werden und die bereits auf Schweizergebiet Befindlichen zurückgeschafft werden.

5. Wenn allenfalls, was aber soviel möglich zu verhüten ist, alliirte Truppen durch Quartiere eidgenössischer Truppen kommen, so sollen Sie darauf bestehen, dass der schweizerische Kommandirende das Platz-Kommando behalte.

Sie werden in allen Verhältnissen sich auf die freundschaftlichen durch eine eigene Konvention ausgeschiedenen Verhältnisse der Schweiz beziehen, vermöge welcher der Durchmarsch stattfinde, und Sie werden diese Verhältnisse besonders dafür geltend machen, dass jede Art von Misshandlung oder Plackerei der Einwohner durch irgend einige zu der Armee gehörende Individuen vermieden bleibe, als worüber ich in dem angeschlossenen Brief das eigene bestimmte Begehren stelle.

Dem kommandirenden General der k. k. österreichischen Reserve in ........

Hauptquartier Bern, den 16. Juni.

Nach den zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Ministern der alliirten Mächte abgeschlossenen Konvention betreten die k. k. österreichischen Truppen das Schweizergebiet. Damit während ihres Durchmarsches desto besser für ihre Bedürfnisse gesorgt werden könne, und zu bester Verständigung mit den

[illegible] Lande von den benachbarten
[illegible] frommherzigen'esischen
[illegible] wurde[illegible].

---

[illegible] mit den Herrn [illegible]
[illegible] während [illegible]
[illegible]
[illegible] eines [illegible]
[illegible] für [illegible]
[illegible] während des [illegible]
[illegible]

[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible] Zufuhr von Waffen [illegible]
[illegible] zum Nachtheil des [illegible]
[illegible] daß der [illegible]
[illegible]

[illegible] besonders [illegible]
[illegible] ganz [illegible]
[illegible] — Abschr[illegible]
[illegible] Juni. — Abschrift [illegible]
[illegible] vom [illegible] Juni. — Abschr[illegible]
[illegible] vom 28. Juni. — [illegible]
[illegible] vom 28. [illegible]
[illegible] — Abschrift [illegible]
[illegible]

[illegible] Schreiben, daß [illegible]
[illegible] dem [illegible]

Berichte des eidgenössischen Generals und des Oberstquartiermeisters an die Tagsatzung darüber lauten wie folgt:

«Bericht des Herrn eidgenössischen Obergenerals, d. d. 25. Brachmonat.

Die sehr starken, unausgesetzt auf einander folgenden Durchmärsche haben das Wallis ganz erschöpft; die Truppen werden hier und da an Ortschaften verlegt, welche gar nicht zu Etappenplätzen bestimmt, und wo mithin keine Subsistenzmittel vorhanden sind. Das an sich arme Land hat keine Magazine: es ist für keine hinreichenden Zufuhren gesorgt, und die Lage desselben ist wirklich bedauernswerth. Die Zahl der am 23. Brachmonat über den Simplon gekommenen, durch Sitten gezogenen Truppen

| | | |
|---|---|---|
| betrug . . . . . . . . | 32,347 | Mann, |
| auf den 23. waren noch erwartet . . | 16,000 | » |
| auf den 24. » » » . . | 6000 | » |

ferner die Artilleriereserve in drei Kolonnen.

Ueber den grossen St. Bernhard waren 6000 Mann passirt.»

«Bericht des Herrn eidgenössischen Oberstquartiermeisters Finsler vom 26. Brachmonat.

Nach einem genauen Etat der gelieferten Rationen würde sich die Zahl der durchmarschirten Unteroffiziere und Gemeinen auf 59,047 belaufen, wobei freilich anzunehmen ist, dass der effektive Stand etwas geringer sei als die Zahl der gefassten Mundportionen. Die Offiziere lassen sich durchgehends von den Bürgern unentgeltlich bewirthen, und die

---

abgeschlossen worden ist, der Art. 4 der Militärkonvention also ein leerer Buchstabe blieb und wir ganz auf Gnade und Ungnade diesen momentanen Herren des Landes übergeben waren. Niemand dachte schliesslich mehr an den Wortlaut der Konvention, wonach Durchmärsche bloss im Falle der Dringlichkeit, auf eingeholte Erlaubniss hin, und vorübergehend geschehen sollten.

geforderten Fuhrleistungen sind beinahe unerschwinglich. Herr Graf v. Courten, welcher mit unermüdeter Thätigkeit und Anstrengung von einem Ort an den andern eilt, um wenigstens dem äussersten Grad von Erschöpfung zuvorzukommen, hat gänzlich den Muth verloren und wird, wenn einmal der Sturm vorübergegangen ist, am besten im Stande sein, das unvermeidliche, aber traurige Schicksal dieses armen Landes zu schildern, in welchem die zusammengedrängte Last auf die Oerter an der Landstrasse fällt, und nirgends Raum findet, sich seitwärts auszudehnen und zu entladen. » (Absch. III, p. 573.)

Der « Grand-Baillif de la République » de Sépibus beklagte sich in einer Eingabe an die Tagsatzung vom 24. Juni wie folgt über den Kanton Waadt:

« Nous avions d'abord compté que, conformément aux conditions que la haute Diète avait prescrites, cette armée traverserait notre territoire avec toute la promptitude possible, *sans aucun séjour*, et aujourd'hui nous avons dans la partie inférieure de notre canton environ trente-deux mille hommes qui y sont arrêtés et y séjournent, contre plus de vingt mille qui sont actuellement dans la partie supérieure, et qui vont augmenter l'engorgement qui existe déjà dans d'autres parties.

Nous avons espéré que, vu les circonstances, une partie de ces troupes pourrait gagner Genève par le canton de Vaud; mais contre toute attente, huit cent hommes qui avaient pris cette route ont été obligés de rétrograder et de rentrer en Valais.

Enfin nous avions écrit deux lettres à nos voisins du canton de Vaud, pour leur faire connaître notre insuffisance à nourir une colonne de trente mille hommes, qui n'avait pas été annoncée dans le principe, et leur demander des vivres pour cette troupe. Nous avions d'autant plus compté sur le succès de notre demande, que l'armée ne passant le

Simplon qu'en vertu d'une résolution légale de la haute Diète, son entretien devenait de droit, en vertu de l'article IV de la convention du 20 mai, une charge fédérale, dont le remboursement serait réglé par des commissaires. Malgré d'aussi justes motifs, nous n'avons jusqu'ici pu obtenir aucun concours de sa part.

Toutes ces circonstances plongent ce canton dans un état de détresse qu'il est impossible d'exprimer, et qu'il est pour nous un devoir sacré de ne pas vous laisser ignorer.

Nous aimons à croire que les sentiments de fraternité qui animaient autrefois tous les Suisses, ne laisseront pas la Diète insensible aux maux qui nous accablent. Notre canton est le seul, à ce qu'on nous rapporte, où le passage de troupes étrangères a été effectué; et si notre position topographique nous a voués à ce malheur, nous attendons au moins en toute confiance, que les cantons confédérés, qui jouissent paisiblement du calme qu'assurait à tous notre ancienne neutralité, s'empressent à toutes les mesures qui peuvent adoucir nos peines. » (Absch. III, p. 572.)

Die diplomatische Kommission der Tagsatzung erliess darüber an den österreichischen Gesandten in der Schweiz folgende, für die ganze Situation bezeichnende Note:

« *A Son Excellence Monsieur de Schraut, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire en Suisse.*

Zurich, le 27 juin 1815.

Le Président de la Diète a l'honneur de communiquer à Son Excellence Monsieur de Schraut, Ministre plénipotentiaire et Envoyé extraordinaire de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, l'extrait d'une lettre du gouvernement du Valais, qui représente l'affreuse détresse où ce pays se trouve plongé par l'entassement d'une armée autrichienne très-nombreuse

dans la partie inférieure de la vallée. Le défaut d'arrangements préalables pour les subsistances de cette armée, peut-être aussi des dispositions militaires, qui combinent sa marche avec celle d'autres colonnes, sont cause qu'un district peu étendu se trouve écrasé par la présence de trente-deux mille hommes qui, au lieu d'atteindre au plus vite les défilés des montagnes et de se hâter de sortir de ce pays, l'un des plus pauvres de la Suisse, s'y trouvaient, le 24, arrêtés depuis deux jours, tandis que vingt mille hommes avançaient encore de la partie supérieure de la vallée.

Les rapports que la Diète a reçus du Général en chef et du Quartier-Maître Général de l'armée fédérale, confirment cet exposé par les détails les plus affligeants. Les troupes entassées par vingt et trente hommes dans la demeure de chaque paysan, dévorent toute espèce de provision; le bétail est tué; on arrache à la terre des fruits mal mûrs, qui devaient servir à l'entretien du pauvre pendant l'hiver. L'envoyé du Général Bachmann dans le Valais, Monsieur le Comte de Courten, dont le zèle et le dévouement sont bien connus des généraux de l'armée autrichienne, ne peut plus rien faire pour son malheureux pays; la misère et la désolation sont à leur comble.

Le Président soussigné, au nom de la Diète, appelle l'attention de Son Excellence Monsieur de Schraut sur ce triste état des choses, et sollicite son intervention la plus efficace auprès des autorités de l'armée pour obtenir au Valais un soulagement immédiat par l'éloignement des troupes, et en même temps les secours et les justes dédommagements auxquels il a droit.

Monsieur le Général Baron de Steigentesch, auquel la commission diplomatique avait demandé il y a quelques jours de faire, en conséquence de l'article IV de la convention du 20 mai, des arrangements relatifs au passage des troupes dans le Valais, a répondu que l'armée d'Italie ayant son

administration particulière, c'était au quartier général de cette armée, que les choses devaient se régler, et que l'on ne pouvait rien faire à cet égard au quartier général de l'armée du Rhin. L'on conçoit sans doute que les quantités fournies doivent être reconnues par les autorités militaires qui les ont requises ou perçues, mais les principes d'après lesquels l'acquittement s'en fera, et la quotité de l'indemnité ne peuvent être arrêtés, qu'à teneur de l'article IV de la convention par les commissaires du gouvernement autrichien et ceux de le Diète.

Enfin les circonstances infiniment onéreuses qui accompagnent le passage actuel dans le Valais, et l'absence presque totale des dispositions administratives, font craindre que la reconnaissance même des quantités consommées ne puisse se faire avec régularité. Comment constater par des états réguliers la subsistance ôtée à tant de malheureuses familles, l'appauvrissement des villages, qui se ressentiront, pendant des années peut-être, de ce passage de quelques jours? La chose paraît presque impossible, et cependant jamais dédommagement ne fût ni plus nécessaire ni plus juste.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche n'apprendra pas sans émotion les malheurs du pays de Valais; le soussigné prie Son Excellence Monsieur le Baron de Schraut d'en mettre le tableau sous ses yeux; il sollicite avec confiance de la grande âme de Sa Majesté de promptes secours et de généreuses indemnités. En attendant il est de la dernière urgence que Son Excellence veuille bien écrire au Général Frimont, pour lui demander de faire sortir au plus tôt ses troupes de cette triste contrée, que leur présence ruine et qui ne peut les nourrir, et pour le prier de faire payer immédiatement en numéraire des à-compte aussi considérables que possible.

Le Président soussigné recommande avec les plus vives instances l'objet de la présente réclamation à la bienveillance

de Son Excellence le Ministre d'Autriche, et a l'honneur de réitérer à Son Excellence l'assurance de sa très-haute considération.

*Le Bourgmestre du canton de Zurich,*
*Président de la Diète.* »
(Absch. III, p. 573.)

Der Präsident der Tagsatzung fügt seinem Berichte über diese verzweifelten Zustände im Wallis bei, « man habe Seitens der Kommission bei den Kantonen Waadt, Freiburg und Bern Schritte gethan, damit diese ihrem bedrängten Mitstand mit Lebensmitteln und Geld so viel als möglich beistehen . . . und aus einigen vorläufigen Anzeigen lasse sich auch die angenehme Zuversicht schöpfen, dass von österreichischer Seite ein erster Geldvorschuss von 4000 Dukaten für das Wallis unmittelbar erfolgen werde » (Absch. III, 574).

Das war das ökonomische Resultat der Militär-Konvention, Ruin eines ganzen Kantons auf Jahre hinaus, mit der angenehmen Hoffnung, dass nachträglich aus Gnaden eine etwelche Vergütung erfolgen werde.[1]

---

[1]) Ueber den Einmarsch auf den andern Punkten ist besonders ein Schreiben des Generalquartiermeisters Finsler an die Tagsatzung vom 16. Juni (Absch. III, 562) bemerkenswerth, wonach die österreichische Reservearmee am Rhein sogar noch ganz unnöthige Märsche beabsichtigte, die ihr Verweilen in der Schweiz « unnützerweise um 2 bis 3 Tage verspäten » würden. Auch hiegegen musste erst, in Ermangelung jeder Beobachtung der Konvention, reklamirt werden.

In einem zweiten Bericht an den Präsidenten der Tagsatzung äussert sich der stets sehr thätige Generalquartiermeister darüber wie folgt:

« Der Soldat steht gern an der Grenze und kämpft gern für sein Vaterland, wohin es ihn ruft, wenn er weiss, dass Haus und Herd, dass Weib und Kinder der Ruhe geniessen; aber all sein

Die politische Situation der Schweiz zeichnet am besten ein konfidentielles Kreisschreiben an die Kantone vom 16. Juni:

«Konfidentielles Kreisschreiben an die eidgenössischen Stände.

Zürich, den 16. Brachmonat 1815.

Tit.!

Wir haben in unsern zwei letzten Sitzungen verschiedene Eröffnungen und Anträge von hoher Wichtigkeit erhalten,

---

Eifer ist dahin, wenn in dem gleichen Augenblick, wo er selbst, bewaffnet, für sein Vaterland in's Feld gezogen, fremde Krieger, heissen sie Freunde oder Feinde, seine Familie aus ihren Wohnungen verdrängen, seine Vorräthe aufzehren und die Hülfsquellen des Landes vernichten.

Der Schweizersoldat ist nicht, wie bei vielen andern Armeen, ein blindes Werkzeug; er denkt und fühlt als ein freier Mann; er wird ohne Murren die Lasten tragen, deren Nothwendigkeit er einsieht und begreift; aber ebenso stark und lebhaft wird er die Unbill von Lasten fühlen, die man ihm und seinem Vaterland unnöthiger- und unbilligerweise aufladet.

Schwerlich werden schon gemachte oder noch zu machende Versuche zur Veränderung des Marsches der Reservearmee von einiger Frucht sein, aber den unmittelbaren und den spätern Folgen dieses ersten Versuchs kann nachdrücklich vorgebogen werden: den erstern dadurch, wenn der Durchmarsch mit einem gewissen zu bestimmenden Tag als ganz geschlossen erklärt wird, alle einzelnen Detaschemente, Fuhrwerke, Nachzügler, die sich späterhin zeigen könnten, auf die geradeste und natürlichste Militärstrasse gewiesen, die Aufstellung von irgend einem Platzkommando oder Dépôt irgend einer Art ganz abgelehnt und durch diese Massregeln sogleich alle Spuren einer Militärstrasse durch das Innere der Schweiz wieder vertilgt werden. Die spätern Folgen dieses ersten Versuchs einer willkürlichen Ausdehnung der Konvention können am besten durch standhafte Ablehnung ähnlicher Zumuthungen für die Zukunft vermieden werden. Es wäre grosse Unbescheidenheit von mir, Ihrer Weisheit und Vaterlandsliebe diese wichtige Materie ausführlicher an's Herz legen zu wollen;

welche ab Seite des bevollmächtigten k. k. österreichischen Generalmajors, Baron v. Steigentesch, aus Auftrag Seiner Durchlaucht des Fürsten v. Schwarzenberg, Generalissimus der k. k. österreichischen Armeen, und im Einverständniss mit den übrigen alliirten Mächten, an die eidgenössische Tagsatzung gebracht worden sind; dieselben betreffen den Durchmarsch österreichischer Kolonnen, theils über die Simplonstrasse, theils durch die nördlichen Kantone der Schweiz.

Wenn auch die Auswechslung der Ratifikatorien der Konvention vom 20. Mai 1815, worauf das diessfallsige Einwilligungsgesuch sich gründet, noch nicht erfolgt ist, so musste die Bundesbehörde nach reiflicher Berathung dieser wichtigen Angelegenheit sich dennoch überzeugen, dass die Schweiz unter den gegenwärtigen Umständen sich diesem förmlichen Begehren unmöglich entziehen könne, zumal eidgenössischer Seits die Ratifikation gedachter Konvention bereits ausgesprochen worden ist und die Ratifikationsinstrumente von Seite der Höfe von Oesterreich, Russland und Preussen ebenfalls eingelangt sind, auch jenes von England mit jedem Tag erwartet wird. Sie hat sich ferner überzeugt, dass jede längere Zögerung oder eine abschlägige Antwort von den bedenklichsten Folgen für die Schweiz sein müsste, indem die hohen Alliirten, denen es für den glücklichen Erfolg ihrer militärischen Operationen wichtig ist, sich dieser Passagen bedienen zu können, den Durchmarsch nichtsdestoweniger bewerkstelligen und dannzumal die durch gedachte Konvention der Schweiz zugesicherten Vortheile für sie verloren gehen würden. Aus diesen Betrachtungen haben wir den verlangten augenblicklichen Truppendurchmarsch bewilligt.» (Absch. III, 556.)

---

ich habe durch die Schilderung der Gefühle der eidgenössischen Truppen meine aufhabende Pflicht erfüllt, und sehe ruhig dem Erfolg Dero unablässiger Bemühung zur Erleichterung des Landes entgegen.» (Absch. III, p. 564.)

Die Einfuhr fremden Schlachtviehs, welche die Folge der nothgedrungenen theilweisen Selbstverpflegung der fremden Armeen war und desshalb auch nicht beschränkt werden konnte, hatte zuletzt die Rinderpest in der Schweiz zur Folge, die, zu allen andern Schrecken hinzutretend, an sich allein schon ein grosses nationales Unglück war.

Der Gesammteindruck, den diese ganze Periode bei dem Studium ihrer Akten hinterlässt, ist der, dass sich die Schweiz zwar auch bei grösserer Einigkeit und mehr Entschiedenheit im Handeln, als diess die Sache der tonangebenden Staatsmänner der «Langen Tagsatzung» war, schwerlich in so vollständiger Weise den Lasten des rings um sie herum tobenden Krieges entzogen haben würde, wie diess z. B. während des dreissigjährigen Krieges der Fall gewesen war; dass aber grössere Energie im Behaupten der Neutralität schon im Dezember 1813, wenigstens einen Theil dieser Lasten abgewendet hätte und dass das schweizerische Volk seine Kräfte besser auf diese Weise, als zur Verpflegung fremder Armeen auf seinem Boden verwendet haben würde. Wir theilen unsererseits sogar die Ansicht der meisten damaligen Offiziere, dass eine direkte Allianz mit förmlicher Aufgabe der Neutralität für die Eidgenossenschaft ehrenvoller und in der Folge bei den Kongressverhandlungen auch nützlicher gewesen wäre, als diese schliesslich von Niemand mehr anerkannte Neutralität, die zu der Militärkonvention und dem Feldzug nach Hochburgund führte.[1])

---

[1]) Ein Passus in dem Berichte des Oberstquartiermeisters Finsler an die Tagsatzung vom 17. Juni (Absch. III, 563) charakterisirt diese Stimmung in folgenden Worten:

Endlich zeigt diese Geschichte klar, dass jede Verletzung der Neutralität der Schweiz — abgesehen von der grossen und andauernden moralischen Demüthigung, die stets damit verbunden ist — auch materielle Beschwerden herbeiführt, die mit den Kosten einer gehörigen Heeres- und Vertheidigungseinrichtung gar nicht in Vergleichung zu bringen sind.

Das sind Dinge, die wir heute noch und immer wieder aus der Zeit unseres letzten Krieges lernen müssen.

---

## IV. Der Bundesschwur.

Noch während die Kanonen vor Hüningen donnerten, wurde die Beschwörung des neuen Bundesvertrags, der eigentliche Abschluss desselben, nach einer langen

« Im Allgemeinen ist die Proklamation (der Tagsatzung über die Neutralität) über Erwarten gut aufgenommen worden.

Mehrere Offiziere haben zwar laut den Wunsch ausgesprochen, dass sie lieber mit den Alliirten vorwärts gehen, als an unserer Grenze den Fortschritten der Alliirten unthätig zusehen sollen; aber weit der grösste Theil der Armee beschränkt sich gern auf die Vertheidigung des eigenen Vaterlandes und allenfalls noch derjenigen nächsten Grenzgegenden, die in geographischer und und militärischer Hinsicht für jeden gemeinen Soldaten handgreiflich zur Schweiz gehören, oder dazu gehörten sollten. »

Das ist in jeder ähnlichen Situation die klare und dem Volk verständliche Politik: entweder entschlossene Allianz, verbunden mit den entsprechenden Forderungen für den Siegesfall, oder strikte Aufrechthaltung der Neutralität, inklusive derjenigen der nächsten, zum schweizerischen Vertheidigungsrayon gehörigen Grenzgebiete, worüber jedenfalls früher oder später eine b e s s e r e V e r e i n b a r u n g als diejenige von 1815 entstehen muss. Die unsichere Haltung der Tagsatzung hat damals diese richtigen Grenzen nicht erreicht und zugleich die erste Veranlassung zu der Meuterei der Truppen gegeben, welche die stets laut proklamirte Neutralität mit dem plötzlichen Einmarsch in Frankreich nicht reimen konnten.

Unterbrechung der Verhandlungen darüber — seit Herbst 1814 und Januar 1815 — wieder in Anregung gebracht (Absch. II, 102—117). Von den Kantonen hatten sich damals noch Schwyz, Unterwalden und Appenzell-I. Rh. renitent gezeigt. Alle gaben nun bis auf Nidwalden allein diese Opposition auf. Zuerst Schwyz in einem Schreiben vom 3. Mai, kraft eines Landsgemeindebeschlusses vom 30. April, dann Appenzell I.-Rh. am 26. Mai. Auch Obwalden berichtete schon am 1. Mai, die dortige Landsgemeinde habe der schon früher abgegebenen Erklärung über den Verfassungsentwurf, wie jetzt auch dem Wiener-Rezess vom 20. März einstimmig die Genehmigung ertheilt. (Absch. III, 50.)

Die Gesandtschaft von Schwyz, die am 9. Mai in der Tagsatzung eintraf,[1]) wurde mit grosser Befriedigung aufgenommen, indem damit nun der Abschluss der Verfassungsangelegenheit als gesichert erscheinen konnte. Die Gesandtschaft erläuterte dann in ihrem Vortrag ihre Bedingnisse und Vorbehalte, worüber man dem Kanton in einem besondern Schreiben vom 16. Mai eidgenössische Beruhigung ertheilte.

Diese Bedingnisse und die Antwort lauteten wie folgt:

« Die Gesandtschaft von Schwyz antwortete auf diesen Gruss: Sie trete mit den Gefühlen inniger Freude und Rührung in die Versammlung der Eidgenossen ein und erkenne den Werth des einige Zeit entbehrten Glücks einer

---

[1]) Am 24. März bereits erschien eine Abordnung von Schwyz, bestehend aus Statthalter Hediger und Landammann Schmid, zum ersten Male bei der Tagsatzung, erklärte aber noch, diess sei nicht als Beitritt zum Bundesvertrag anzusehen, worüber die Landsgemeinde noch nicht gesprochen habe. Vgl. Eidgen. Geschichten, Kap. VI, im Jahrbuch von 1887.

Erneuerung der alten und neuen Bundesverhältnisse mit allen Ständen. Von diesen Gesinnungen seien auch ihre Kommittenten belebt, und wenn sie einige Zeit an der Berathung der allgemeinen eidgenössischen Angelegenheiten keinen Antheil genommen, so sei diess nicht einem Mangel an Vaterlandsliebe oder an Interesse für das Beste des Bundesstaates zuzuschreiben, sondern einzig eine Folge von Verschiedenheit der Begriffe gewesen, welche sich die Landsgemeinde, als souveräne Kantonsbehörde, über die neuesten Verhältnisse, sowie über den Sinn und die Anwendung verschiedener Artikel des Bundesvertrages, gemacht habe. Wirklich sei es schwierig, diese Begriffe und Ansichten zu ändern, und wenn solches nun endlich gelungen, so habe beinahe ausschliesslich die Ueberzeugung dazu gewirkt, dass Einigkeit für das gemeinsame Vaterland gegenwärtig höchste Noth sei und auf derselben allein die fernere Existenz der Schweiz beruhe. Daher habe die Landsgemeinde mit grosser Mehrheit am 30. April erkannt: die Erklärung der acht auf dem Kongress zu Wien versammelten hohen Mächte vom 20. März anzunehmen und sich dem neuen eidgenössischen Bund anzuschliessen, jedoch mit einigen bestimmten Vorbehälten, welche die Gesandtschaft schriftlich zu Protokoll gegeben hat und die wörtlich also lauten:

Die Landsgemeinde des Kantons Schwyz in ihrer ordentlichen Versammlung am 30. April 1815, nachdem sie die Macht und den Drang des gegenwärtigen Augenblickes in Betrachtung gezogen, überzeugt, dass nur Eintracht in diesem entscheidenden Zeitpunkt die Eidgenossenschaft zu retten vermag, und um die Wohlfahrt des gesammten Vaterlandes nicht zu gefährden, hat beschlossen: 1) einstweilen in Berücksichtigung dieser gebietenden Umstände dem Bundesverein vom 16. August 1814 beizutreten und die Erklärung des Kongresses in Wien anzunehmen, jedoch mit dem feierlichen Vorbehalt, dass dieser Beitritt unserer katholischen

Religion, unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränetät ohne Schaden und Nachtheil sei, und dieses ausdrücklich zugesichert werde; 2) dass dem Kanton Schwyz die freie Niederlassung in seinem Gebiete (Freizügigkeit) nie zugemuthet werden solle, und 3) dass dem Kanton Schwyz kein stehendes Kontingent und Militär aufgebürdet werde. Endlich hofft die Regierung von Schwyz, dass bei einer allfälligen Revision über die Skala der Geldbeiträge (diese) für denselben wenn möglich vermindert oder wenigstens nie erhöht werden. » ....

« Hier folgt unsere Erklärung über die von Euerer Gesandtschaft vorgeschlagenen Punkte.

1) Was den ersten anbetrifft, so kann gewiss niemals aus Eurem Beitritt zum Bund irgend ein Nachtheil für die im Kanton Schwyz herrschende katholische Religion entstehen. Sämmtliche eidgenössische Regierungen ehren die christlichen Religionsgrundsätze, wie sie in jedem Kanton angenommen sind, und keiner unter denselben, noch der eidgenössischen Behörde steht es zu, in dieses heilige Recht ihrer Mitverbündeten einzugreifen. Gleichwie also die römisch-katholische Religion Jahrhunderte hindurch im Kanton Schwyz geblüht hat, so wird sie auch in Zukunft fortblühen; der Bundesvertrag kann derselben nicht den mindesten Abbruch thun.

2) Nach dem eigenen Wortinhalt des § 1 treten die Kantone als souveräne Stände in den Bund und vereinigen sich durch denselben zur Behauptung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit. Daraus folgt unwidersprechlich, dass der Bundesvertrag, weit entfernt, die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränetät des Kantons Schwyz zu gefährden, vielmehr dafür eine förmliche Garantie ausspricht.

3) Derselbe enthält sodann keine Vorschrift in Hinsicht des Niederlassungsrechtes; es steht also einzig der höchsten Behörde von Schwyz zu, für ihren Kanton gutfindende Ver-

fügungen darüber zu treffen oder mit andern Ständen freiwillige Konkordate zu errichten.

4) Weder dem Kanton Schwyz noch einem andern wird ein stehendes Kontingent und Militär aufgebürdet. Die Eidgenossenschaft unterhält und besoldet keine stehenden Truppen, sondern ruft bloss in Zeiten von äusserer oder innerer Gefahr die Mannschaftskontingente der Kantone unter die Waffen, welche, sobald diese Gefahr aufhört, wieder in ihre respektiven Kantone entlassen werden.

5) Eine Revision der Skala der Geldbeiträge soll, nach § III des Bundesvertrages, auf der nächsten ordentlichen Tagsatzung geschehen und nachher von zwanzig zu zwanzig Jahren erneuert werden. Wenn der Stand Schwyz bei solchen Gelegenheiten einen Wunsch anzubringen hat, so kann er versichert sein, bei seinen Miteidgenossen alle Rücksichten der Billigkeit zu finden. Uebrigens hat nie der Gedanke obgewaltet und es ist auch keine Rede davon, den Geldbeitrag des Kantons Schwyz zu erhöhen.

Nach solchen bestimmten und, wie wir hoffen, völlig beruhigenden Erklärungen glauben wir den Beitritt des Kantons Schwyz zum eidgenössischen Bund als unbedingt und gänzlich vollendet betrachten zu können. In dieser Ueberzeugung werden wir Euch stets Beweise unserer aufrichtigen eidgenössischen Freundschaft und Hochachtung geben, womit wir Euch, nebst uns, in den Schutz des Allerhöchsten getreulich empfehlen.

Zürich, den 16. Mai 1815.

Der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident der Tagsatzung.»

(Absch. III, 51.)

Auch die Innerrhoder machten ihre Reservate mit dem gleichen feierlichen Ernste, wie die Krone Bayern bei der Gründung des deutschen Reiches, und erhielten am 3. Juni ebenfalls einige beruhigende

Worte (Absch. III, 53 u. 55). Am 4. Juli konnte nun endlich die diplomatische Kommission ihren Bericht über die Revision des Verfassungsentwurfes vom 16. August 1814 abgeben, wie solche durch den seitherigen Beitritt der drei neuen Stände und die Wienererklärung vom 20. März 1815 nöthig geworden war, mit dem Schlussantrag, nunmehr die feierliche Annahme des neuen Bundes auf den 7. August anzuberaumen. Der Beschluss der Tagsatzung vom 1. August, der sofort allen Standesregierungen mitgetheilt wurde, lautete wie folgt:

«Beschluss der Tagsatzung über die Feierlichkeit des Bundesschwurs.

1) Den 7. August, als an dem für die Beschwörung des Bundes festgesetzten Tag, werden sich die Gesandtschaften pünktlich um 9 Uhr Morgens in dem gewöhnlichen Sitzungssaal der Tagsatzung versammeln.

2) Die Bundesurkunde, vom gleichen Datum, soll auf Pergament ausgefertigt werden und zwar in der Form eines mit seidenen Schnüren zusammengeknüpften Heftes, deren Enden unter dem Abdruck des neuen eidgenössischen Staatssiegels an einer hangenden Kapsel zusammenlaufen. Nach dem Text des Bundesvertrages kommt ein Schlussartikel, wodurch bezeugt wird, dass am 7. August 1815 diese Urkunde von den Gesandten, im Namen und aus Auftrag der hohen Stände, mit ihren eigenhändigen Unterschriften und respektiven Familiensiegeln versehen und durch einen feierlichen Eid bekräftigt worden sei, nämlich:

Im Namen des Kantons Zürich.
Im Namen der Stadt und Republik Bern.
Im Namen der Stadt und Republik Luzern etc.

und so weiter für die XXII Stände, nach der durch den Bundesvertrag festgesetzten Ordnung. Unter dem Namen eines jeden Kantons wird der nöthige Platz gelassen, damit

die Gesandtschaft ihre Unterschrift und Siegel hinzufügen könne.

3) Nach erfolgter Unterzeichnung und Besieglung des Bundes wird sich die Tagsatzung in feierlichem Zug in die Grossmünsterkirche verfügen; die Standesfarbe von Zürich eröffnet den Zug, dann folgen:

die Farben der andern Kantone, je zwei und zwei, nach der Rangordnung;

der Grossweibel der Tagsatzung mit der Urkunde des Bundesvertrages;

die eidgenössische Kanzlei;

der Präsident der Tagsatzung und die Gesandtschaft von Zürich;

die Gesandtschaften der andern Stände nach der Rangordnung.

Die in Zürich anwesenden und zur Begleitung der Gesandtschaft bestimmten Stabsoffiziere schliessen den Zug.

4) Die in Zürich anwesenden Minister fremder Mächte, oder, in ihrer Abwesenheit die Legationssekretäre, welche ad interim Geschäftsträgerstellen versehen, werden durch das Präsidium der Tagsatzung eingeladen, dieser Feier beizuwohnen. Die Regierung des hohen Standes Zürich ist ersucht, die Herren Minister durch eine Magistratsperson in ihrer Wohnung abholen und in die Grossmünsterkirche begleiten zu lassen.

Den fremden Gesandtschaften werden auf der rechten Seite des Kreises ohne Rangsbezeichnung Ehrenplätze angewiesen, wo sie nach Belieben ihren Sitz nehmen werden.

5) Nachdem die Tagsatzung wird versammelt sein, eröffnet der Bürgermeister von Zürich, Präsident der Tagsatzung, die Feier des Bundesschwurs durch eine den Umständen angemessene Anrede; die Kanzlei liest hierauf die Bundesurkunde ab; hierauf stehen alle Gesandtschaften und anwesenden Personen auf, um folgenden Eid ablesen zu hören:

Wir, die Gesandten der XXII souveränen Stände der Eidgenossenschaft, im Namen und als Bevollmächtigte der Bürgermeister, Schultheissen, Landammänner, Häupter, Landeshauptmann, Staatsräthe, Syndics, Kleinen und Grossen Räthe und ganzen Gemeinden der hohen Stände: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob dem Wald, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell der äussern und innern Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf — schwören:

Den Bund der Eidgenossen, laut Inhalt der soeben verlesenen Urkunde vom 7. August 1815, wahr und stets zu halten und dafür Leib und Leben, Gut und Blut hinzugeben; die Wohlfahrt und den Nutzen des gesammten Vaterlandes und jedes einzelnen Standes nach besten Kräften zu fördern und deren Schaden abzuwenden; im Glück und Unglück als Brüder und Eidgenossen mit einander zu leben und Alles zu leisten, was Pflicht und Ehre von treuen Bundesgenossen fordert.

Worauf die Gesandtschaften mit lauter und vernehmbarer Stimme die Worte nachsprechen:

Was der so eben vorgelesene Eid enthält, das wird mein hoher Stand, der mich hieher gesandt, halten und vollziehen, getreulich und ohne Gefährde: das betheure ich bei Gott dem Allmächtigen, so wahr mir seine Gnade helfen möge (und alle Heiligen).

6) Nach beendigter Feierlichkeit begleiten die Gesandtschaften den Präsidenten der Tagsatzung bis zu seiner Wohnung.

7) Die weitern bei Anlass dieser Ceremonie zu treffenden militärischen und übrigen Anordnungen sind der Fürsorge der Regierung des Kantons Zürich überlassen.

8) Die Tagsatzung stellt es den Regierungen der XXII Stände anheim, ihrerseits durch angemessene Verfügungen ihren Angehörigen anzukündigen, dass der Bundesvertrag

**zwischen den Eidgenossen am 7. August unterzeichnet, besiegelt und beschworen werde.» (Absch. III, 116—117.)**

Einige Gesandtschaften hatten vorgeschlagen, dieses wichtige Ereigniss auch dem Schweizervolke, das doch auch gewissermassen dabei interessirt sei, in einer Proklamation mitzutheilen. Man fand aber, es würde «wegen Kürze der Zeit» schwer halten, hiefür die nöthige Einmüthigkeit zu finden. Das schweizerische Volk blieb also ein müssiger Zuschauer des Schauspiels, das sich nun mit würdiger Feierlichkeit am 7. August in Zürich vor seinen Augen vollzog. Der Originalbericht darüber ist folgender:

«Bundesschwur am 7. August 1815.

Nachdem die Gesandtschaften der XXII verbündeten Stände der Schweiz, nach Anleitung des Tagsatzungsbeschlusses vom 1. August, sich am 7. August Morgens um neun Uhr in dem gewöhnlichen Sitzungssaal der Tagsatzung auf der Meisenzunft versammelt hatten, wurde die Urkunde des neuen Bundesvertrags auf Pergament von sämmtlichen Gesandtschaften und Legationsräthen eigenhändig unterschrieben und mit ihren respektiven Familienwappen versehen. Hierauf verfügten sich die Gesandtschaften der XXII Stände in feierlichem Zug, unter Glockengeläute und Artilleriesalven, zwischen den in Reihen aufgestellten zürcherischen Kantonsmilizen nach der Grossmünsterkirche in der durch oberwähnten Beschluss vorgeschriebenen Ordnung: nämlich voran die Standesfarbe von Zürich, dann die Farben der andern Kantone, der Grossweibel mit der Bundesurkunde, die Kanzleibeamten, endlich der Zug der Gesandtschaften von den Hohen Staats- und Stadtbehörden des Vororts Zürich empfangen. Eine schöne und zweckmässige Vokal- und Instrumentalmusik begann, während die Gesandtschaften ihre Plätze einnahmen. Die in Zürich anwesenden Minister von

Oesterreich, Grossbritannien, Preussen, Sardinien, Bayern, Württemberg, der Geschäftsträger Russlands u. s. w. hatten sich ebenfalls in der für sie errichteten Tribüne eingefunden, und unter ihnen befanden sich in anspruchslosem Anzug Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Johann von Oesterreich, welcher Abends vorher von Basel eingetroffen war, um dem Bundesschwur beizuwohnen, und dessen Gegenwart dieser Nationalfeier der Schweiz zur hohen Zierde gereichte. Eine grosse Anzahl von Zuschauern beiderlei Geschlechts füllte den übrigen Raum der Kirche. Nachdem die Gesandtschaften ihre Plätze eingenommen hatten, eröffneten Seine Excellenz der Herr Bürgermeister v. Wyss, Präsident der Tagsatzung, die feierliche Versammlung durch eine von allen Anwesenden mit sichtbarer Rührung vernommene Anrede (siehe Abschiedsbeilage zum III. Bd., litt. D).

Nach dieser Anrede verlas der eidgenössische Kanzler die neue Bundesurkunde (die Abschiedsbeilage zum III. Band, litt. E enthält den vollständigen Inhalt derselben) und die am Schlusse derselben enthaltene Eidesformel, worauf sämmtliche Gesandtschaften den ihnen von dem Herrn Präsidenten vorgesagten Eid kräftig und laut nachsprachen, in welchem Augenblick der Donner der Kanonen diesen feierlichen und religiösen Akt öffentlich verkündigte. Die Musik ertönte von Neuem; der Herr Präsident wurde von den Gesandtschaften bis zu seiner Wohnung begleitet, wo das sämmtliche Militär unter kriegerischer Musik vorbeidefilirte.

So endigte sich diese erhabene und wichtige Handlung, mit welcher zugleich eine neue Zeitrechnung in der Geschichte der Eidgenossen beginnt.» (Absch. III, p. 118.)

Ein glänzender Schmaus im Kasino und ein ebenso glänzender Ball am Abend schlossen den feierlichen Tag, bei dem die fremden Gesandten und der Erzherzog von Oesterreich eine viel grössere Rolle spielten, als das Volk, für das diese Verfassung geschaffen wurde.

Tillier sagt in seinem Geschichtswerk: «Das Erscheinen des Abkömmlings Rudolfs von Habsburg und des «edeln Leopold von Oesterreich» habe einen tiefen Eindruck gemacht, «und als er sich erhob und mit einem herzlichen Trinkspruch den neuen Bund der Eidgenossen leben liess, blieb Niemand ungerührt». — Wenn die groben Bauern bei Sempach so tief gerührt und geschmeichelt über das Erscheinen Leopolds auf ihrem Territorium gewesen wären, als ihre aristokratisch angehauchten Enkel über das seines Nachkommen, so hätten sie uns allerdings die Mühe erspart, im Jahre 1815 eine neue Bundesverfassung zu inauguriren. Für eine wirklich republikanisch-würdige Haltung — gleich weit entfernt von bäurischer Unvertrautheit mit einmal angenommenen äussern Verkehrsformen, wie von allzugrosser Unterwürfigkeit gegen fürstliche Personen, — hatte die damalige Zeit so wenig Verständniss, wie für die Demokratie überhaupt.

Noch war aber nicht die ganze Schweiz unter dem neuen Dache vereinigt. Monnard sagt sehr plastisch, bei dem feierlichen Akte vom 7. August wäre die Eidgenossenschaft nur unvollkommen repräsentirt gewesen ohne einen der Zwietracht vorbehaltenen Platz, die gewissermassen zu ihren historisch-berechtigten Eigenthümlichkeiten gehöre. Wir können vielleicht beifügen: und ohne eine gewisse Kleinlichkeit, die einigen ihrer Verhältnisse ebenfalls unvertilgbar anklebt. Die Vertretung der letztern eidgenössischen Nationaluntugend übernahm diesmal Appenzell I. Rh., die erstere fand ihren, seit Beginn der modernen Eidgenossenschaft im Jahre 1798 traditionellen Vertreter in Nidwalden. Die Appenzeller brachten am 12. August als Nachspiel zu der Feierlichkeit des 7ten folgende wichtige Angelegenheit vor die Tagsatzung:

« Am 12. August machte der Herr Gesandte von Appenzell Inner-Rhoden die Bemerkung: es sei in dem 1. Artikel der Bundesakte sein Kanton eingetragen als Appenzell beider Rhoden und bei den Unterschriften sogar als Appenzell Ausser- und Inner-Rhoden; da nun aber Ausser-Rhoden seinen Ursprung eigentlich von Inner-Rhoden habe, und daher der Kanton laut alten Dokumenten immer Inner- und Ausser-Rhoden bezeichnet worden, so glaube der Gesandte im Namen seines Standes diesen Titulaturrang ferner verlangen zu sollen.

Der Herr Gesandte von Appenzell Ausser-Rhoden erklärte darauf, er sei zwar über diesen Gegenstand ohne Instruktion, sehe sich jedoch verpflichtet, diessfalls die Rechte seines Standes, in Erwartung der bevorstehenden Ausmittlung seiner Verhältnisse mit Inner-Rhoden, zu verwahren, und beharre wenigstens auf der in die Bundesakte aufgenommenen Bezeichnung beider Rhoden.

Der Herr Präsident bemerkte bei diesem Anlass: man habe nicht ohne Verwunderung, aber, um der hohen Feierlichkeit Rechnung zu tragen, stillschweigend bemerkt, dass der Herr Gesandte von Inner-Rhoden bei der Bundesbeschwörung seinen Sitz in dem Kreise der ersten Gesandten eingenommen habe, ungeachtet ein und eben derselbe Kanton, wenn auch in sich abgetheilt, nicht doppelte Repräsentation haben dürfe; die Tagsatzung könne künftig keine solchen Ausnahmen von der Regel gestatten; auch werde von der nunmehr in der Bundesakte angenommenen Bezeichnung beider Rhoden nicht abgegangen werden.

Da diese Aeusserungen von der Bundesversammlung gebilligt wurden, so verwahrte der Gesandte von Appenzell Inner-Rhoden die Rechte seines Standes. » (Absch. III, 119.)

Am 29. August trat die Gesandtschaft von Inner-Rhoden nochmals in die Schranken und verlangte noch die Aufnahme eines diessbezüglichen Schreibens der Regierung in das Tagsatzungsprotokoll, das denn auch

wirklich seither dort prangt und in Jedem, der es heute liest, fast ebenso grosse Rührung hervorruft, wie die Reden des Erzherzogs von Oesterreich. Besser ist es, nicht zu viel in die Protokolle einzuschreiben, «verba volant, scripta manent». Nidwalden hatte seit Beginn der langen Tagsatzung dieselbe beharrlich niemals beschickt, vielmehr noch neuestens in mehreren stürmischen Landsgemeindebeschlüssen vom 28. März, 16. April[1]) und 30. April 1815 die frühere Zurückweisung der neuen Verhältnisse vom 20. Januar und 11. September 1814 bestätigt (Absch. III, 122). Das kleine Volk war gänzlich, wie in der Periode der Helvetik, in einen Taumel der Widersetzlichkeit gegen Alles verrannt, woran auch wieder, wie damals, die Magnaten des Ländchens und ein Theil der Geistlichkeit in erster Linie Schuld trugen. Gegenüber diesem letztern Einfluss rief man, als alle wiederholten Schreiben der Tagsatzung und auch des Obergenerals nichts vermochten, schliesslich durch Vermittlung der fremden Gesandtschaften den päpstlichen Nuntius zu Hilfe[2]), der in der That, als moderner Niklaus von der Flüe, mit einem Schreiben vom 4. Juli in's Mittel trat[3]), aber nicht mit dem Erfolge seines Vorgängers.

---

[1]) Ein Bericht über dieselbe findet sich in der Allg. Zeitung vom 13. Mai.

[2]) Geschähe diess erst heute, so würde man sagen: «nach berühmten Mustern». So aber gingen wir mit diesem Schachzuge gegen katholische Bevölkerungen anderen Staaten voran.

[3]) Dasselbe lautet:

«Der Erzbischof von Berytus, Apostolischer Nuntius in der Schweiz
an
die Hochgeachteten Herren Landammann und Rath des Kantons Unterwalden nid dem Wald.

Hochgeachtete Herren!

Durch die wichtigsten und dringendsten Gründe bewogen, glaube ich meiner ganz sonderbaren (sic!) Zuneigung gegen Ihren Kanton

Die Verhältnisse in Nidwalden gestalteten sich zuletzt zu einem förmlichen Terrorismus des Landraths, der sich am Ende in einen sogenannten «Extrarath», eine ganz revolutionäre Behörde, umgewandelt hatte, die das eigene Land in Schrecken erhielt. Alte Theile desselben lösten sich unter diesen Umständen förmlich von demselben ab. So namentlich Engelberg, das sich mit Obwalden durch einen Vertrag vom 8. und 9. Juli 1815 verband, welcher der Tagsatzung vorgelegt und von derselben am 18. August genehmigt wurde (Absch. 134, 138, 156). Der Vertrag lautet, wie folgt:

«Wir Amtsstatthalter und Rath des Kantons Unterwalden ob dem Wald an einem, und Wir der Abt und Kapitel des Klosters, und Wir Ammann,

---

angemessen, Ihnen über einen meinem apostolischen Amte zwar fremden, nicht aber gleichgültigen Gegenstand zu schreiben, nämlich über Ihre wirkliche Lage in Rücksicht der schweizerischen Eidgonossenschaft. Die grössten Gefahren und bedenklichsten Folgen für Ihren Kanton und für die gesammte Schweiz fordern, dass Sie sich ohne fernern Verschub mit den andern Kantonen vereinigen, und Ihren förmlichen Beitritt der Tagsatzung notifiziren. Ich bitte Sie desswegen inständigst, Sie möchten dazu die nöthigen Massregeln unverzüglich ergreifen. Sie sehen ohne Zweifel selbst ein, Hochgeachtete Herren, dass die reinste Absicht diesen meinen Schritt belebe, weit entfernt, Ihnen einen Fallstrick zu legen. Sie sind ja ganz allein, auch Ihre ältesten Bundesgenossen, Uri und Schwyz, halten es mit der Schweiz. Ich kann mich nicht überzeugen, dass Sie sich willig der schrecklichen Gefahr einer solchen Trennung länger aussetzen werden.

In der zuversichtlichen Erwartung Ihres nächsten Beitritts habe ich die Ehre, Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Luzern, den 4. Julius 1815.

(Gezeichnet) Fabricius Archiepiscopus Beryti,
Nuncius Apostolicus.»

(Absch. III, p. 132.)

Räthe und gesammte Gemeinde des Thals Engelberg am andern Theil,

urkunden anmit:

Demnach wir die letztgenanten, durch unsere wirkliche Lage und die Zeitumstände veranlasst und durch den Beschluss der H. eidgenössischen Tagsatzung vom 28. Brachmonat 1815 geleitet, bei der Regierung des erstgenannten Standes Obwalden mit dem angelegentlichen Ansuchen eingelangt sind, dass unser Kloster und die Thalgemeinde Engelberg mit dem Kanton Unterwalden ob dem Wald als ein künftiger Bestandtheil desselben vereinigt werden möchten, diesem Wunsche auch von uns, dem erstgenannten Amtsstatthalter und Rath, geneigt entsprochen worden, so wurden infolge dessen von unsern allseitigen Ehrenkommittirten bei einer den 7. Juli dieses laufenden Jahres in Sarnen gehaltenen Konferenz folgende Grundlagen zu dieser Vereinigung entworfen:

1) Das Kloster und Thal Engelberg sollen für alle Zukunft einen Theil des Kantons Obwalden ausmachen.

Es tritt in die Rechte, Vortheile und Beschwerden des Standes Obwalden ein.

2) Die weitern Verhältnisse, welche durch die Lokalumstände nothwendig gemacht werden, sind einer künftigen freundschaftlichen Unterredung vorbehalten.

Sollten sich diessfalls Anstände erheben, so werden solche, im Fall man sich nicht miteinander verständigen könnte, dem Entscheid der H. Tagsatzung unterworfen.

Welche Uebereinkunft Wir Amtsstatthalter und Rath zu Obwalden den 8. Heumonat dieses laufenden Jahrs, und Wir der Abt und Kapitel des Klosters, und wir Ammann und Rath und ganze Gemeinde des Thals Engelberg unter'm 9. Juli dieses Jahres genehmigt und als Grundlage unserer künftigen Vereinigung festgesetzt haben.

Zu Urkund dessen Wir solches allseitig mit den gewohnten Unterschriften und Sigillen haben bekräftigen lassen.

Actum den 8. und 9. Juli 1815.

Im Namen des Landraths zu Unterwalden ob dem Wald,
der Amtsstatthalter:
(L. S.) Anton Franz Imfeld.
Der erste Landschreiber:
Ignaz Rohrer.

Für den Abt und Kapitel des Klosters Engelberg,
(L S.) Karl, Abt.

Im Namen der gesammten Thalgemeinde zu Engelberg,
(L. S.) Joseph Eugen Müller, Thalammann.

Nachdem die Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft, auf das Ansuchen und bestimmte Begehren beider im gegenwärtigen Akt erscheinenden kontrahirenden Theile, die Vereinigung des Thales und Klosters Engelberg mit Obwalden durch ihren Beschluss vom 17. und 18. Juli ausgesprochen hat, — so erklärt die Tagsatzung nunmehr: dass die gegenwärtige, von beiden Seiten genehmigte Vereinigungsurkunde hiermit auch von der Eidgenossenschaft ratifizirt und gewährleistet wird.

In Kraft dessen der gegenwärtige Ratifikationsakt von dem Präsidenten der Tagsatzung und dem Kanzler der Eidgenossenschaft unterzeichnet und mit dem bisherigen eidgenössischen Staatssiegel versehen worden ist, in Zürich, den 18. August 1815.

Der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident der Tagsatzung:
Wyss.
Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Mousson.

Ueber den ersten Artikel des obigen Beschlusses behielten sich die Gesandtschaften von Bern und Waadt und über den ersten und dritten Artikel die Gesandtschaft von Schwyz das Protokoll offen.» (Absch. III, p. 171.)

Ebenso wünschten sich noch andere Gemeinden Nidwaldens von diesem Lande zu trennen und einzelne, besonders Hergiswyl, richteten diessfalls eigentliche Gesuchsschreiben an die Tagsatzung (Absch. III, 134) und schlossen sich zuletzt selbständig der Eidgenossenschaft an:

«Gemeindsbeschluss der Gemeinde Hergiswyl im Kanton Unterwalden nid dem Wald.

Den 22. Heumonat 1815 hat eine landesüblich versammelte, ungewöhnlich zahlreiche Gemeinde einmüthig beschlossen:

Es sollen alle frühern Schritte des Ausschusses rücksichtlich der Annahme des Bundesvereins gutgeheissen, und dem Ausschusse der Dank der Gemeinde für sein kluges, für das Wohl der Gemeinde sorgendes Benehmen erstattet werden.

Dem zufolge schliesst sich —

1) die Gemeinde an den eidgenössischen Bund an.

2) Wünschte sie, dass der Name Nidwalden nicht ausgelöscht werde, und sie einen Theil desselben ausmache. Sie verpflichtet sich, Alles was in ihren Kräften ist, zu thun, dass die Bundesakte in diesem Kanton Eingang finde.

3) Sie erklärt sich bis zum Ausgange der Sache provisorisch, wo sie sich dann, wenn immer möglich, mit Nidwalden wieder vereinigt, oder im Falle dieses nicht möglich wäre, sich an einen benachbarten Kanton anzuschliessen trachten wird.

4) Es sollen zwei Abgeordnete, nämlich Herr Rathsherr Valentin Zibung und Herr Xaver Blättler, unverzüglich nach Zürich abgehen, um dort die förmliche Aufnahme bei der H. Tagsatzung in den eidgenössischen Bund zu bewirken und um eidgenössischen Schutz zu bitten. Ebenso sollen zwei Abgeordnete, nämlich Herr Rathsherr Remigi Kaiser und Herr Rathsherr Johannes Kaiser, sich in die benachbarten Kantone und Obwalden begeben, um den Hohen

Regierungen dieser Kantone diesen Schluss bekannt zu machen und Hochdieselben um ihre Gewogenheit und Schutz zu bitten.

5) Dieser Schluss soll auch der Regierung von Nidwalden, mit einem angemessenen Schreiben begleitet, so schleunig als möglich bekannt gemacht werden.

Hergiswyl, den 22. Heumonat 1815.

Im Namen der Gemeinde,
der Vorsteher:
(Gezeichnet) Johannes Kaiser.
(Gezeichnet) Mathias Kaiser, Gemeindeschreiber.»
(Absch. III, p. 142.)

Ueber diese Zustände in Nidwalden enthält ein Bericht der diplomatischen Kommission folgende Darstellung, unter Beilage eines damaligen Rundschreibens des Landammanns Xaver Wyrsch an die Gemeinden:

« Die seit einiger Zeit unter dem irregeleiteten Volk von Nidwalden entstandene leidenschaftliche Spannung und Gährung nimmt den Charakter einer förmlichen Anarchie im Innern des Landes und einer drohenden kriegerischen Stellung gegen die benachbarten Kantone an. Schon ziehen wilde Rotten bewaffneter Leute durch die Gemeinden, drohen Plünderung und Verderben den Ruhigen und Gutdenkenden; die Gemeinde Wolfenschiessen ist in Anklagezustand erklärt und ihre Ausschliessung vom Land beschlossen worden; gegen andere Gemeinden sollen Untersuchungen vor sich gehen; vier- oder fünfhundert Gewehre, die sich im Kantonalzeughause vorfanden, nebst Pulver und Munition, hat der Landrath unter seine Anhänger ausgetheilt; ein grosser Theil der Bevölkerung, der sich nach einer bessern Ordnung sehnt und bei dem schweizerischen Bunde zu verbleiben wünscht, wird durch Schreckmittel unterdrückt.

Zwei Umstände aber erfordern besonders die ernstliche Aufmerksamkeit und schleunige Verfügungen der Bundes-

behörde: der eine, dass Unzufriedene aus andern Kantonen sich in Nidwalden eingefunden haben, und gefährliche Verbindungen wahrgenommen worden, welche sich vielleicht noch weiter ausbreiten; der andere, dass die Absicht deutlich erklärt wird, vermittelst dieses revolutionären Anhangs in benachbarten Kantonen Unruhe zu stiften und den bestehenden Bundesverein aufzulösen; gegen Obwalden, Schwyz, Uri und Luzern dürfte die Ausführung dieses strafbaren Unternehmens zunächst versucht werden.»

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

«Aufforderung des Landammanns Xaver Wyrsch an die Gemeinden, vom 21. Heumonat.

Da, laut eingelangtem Tagsatzungsbeschluss vom 17. und 18. Heumonat, Nidwalden, Engelberg ausgenommen, vom Bunde ausgeschlossen erklärt wird, und folgsam wir einen unabhängigen freien Staat bilden, die Tagsatzung aber widerrechtlich, ruhestörend und den alten Bünden zuwiderlaufend, den bundesgesinnten Gemeinden Schutz anerboten, so wird anmit allen Gemeindevorstehern in unserm Vaterland, zufolge des Landsgemeindebeschlusses vom 30. April und Landrathserkanntniss vom 17. Heumonat untersagt, etwas vorzunehmen, was unserer dermaligen Stellung nachtheilig sein könnte, und zwar bei der festgesetzten Strafe.

Stanz, den 21. Heumonat 1815.

(Gezeichnet) Xaver Wyrsch, Landammann.»

(Absch. III, p. 141—142.)

Ein seltsames Licht auf dabei mitwirkende Umstände wirft ein Bericht der diplomatischen Kommission, wonach stadtbernische Agenten in Nidwalden thätig waren (Absch. III, 170). Die Regierung von Bern wurde hierauf von der Tagsatzung mit Schreiben vom 20. August angehalten, diese Unruhstifter abzuschrecken, und sie sah sich daher in der eigenthümlichen Lage, Grundsätze als strafbar anzuerkennen,

welche sie im Dezember 1813 und Januar 1814 selber mit grosser Zuversicht als die ihrigen proklamirt hatte. (Absch. III, 173). Am 17. und 18. Juli beschloss die Tagsatzung den vorläufigen Ausschluss Nidwaldens aus der Eidgenossenschaft in folgendem Aktenstück:

« 1) Der Kantonstheil ob dem Wald wird unter dem Namen « Unterwalden » als der dritte Urkanton mit Sitz und Stimme in der Tagsatzung anerkannt.

2) Nidwalden wird von den Vortheilen des Schweizerbundes in Handel und Verkehr ausgeschlossen und hat zu gewärtigen, was die gesammte Schweiz oder einzelne Kantone diessfalls gegen ihn zu verfügen gut finden werden.

3) Die Gemeinde und das Kloster Engelberg, welche ihren Wunsch ausgesprochen haben, bei dem Schweizerbunde zu verbleiben, sind von Nidwalden getrennt und werden künftig einen Theil von Obwalden ausmachen; daher die zwischen Obwalden und dem Thal und Kloster Engelberg schon getroffene und von beiden Theilen genehmigte Uebereinkunft der Tagsatzung in authentischer Form, mit Siegeln und Unterschriften versehen, zur Ratifikation und Gewährleistung vorzulegen ist.

4) Die Ansprache Nidwaldens auf die durch den VI. Artikel der Kongresserklärung vom 20. März ausgemittelte Entschädnisssumme von 500,000 Franken zu Gunsten der demokratischen Stände ist verwirkt; der ihn treffende Antheil und Abzug der verhältnissmässigen Quote für Engelberg, die nunmehr Obwalden anheimfällt, so soll in die nach dem § III des Bundes zu errichtende Kriegskasse gelegt werden als einiger Ersatz für die der Schweiz durch die Absonderung Nidwaldens in der Zeit der grössten eidgenössischen Anstrengungen entstehenden vielfältigen Nachtheile. » (Absch. III, 138.)

Alles das aber, auch eine direkte Proklamation der Tagsatzung vom 26. Juli an das Nidwaldner Volk

wirkte noch nicht, da dasselbe von seinen Obern fortwährend über die wahre Sachlage in Täuschung gehalten wurde.[1]) Bezeichnend ist der folgende Bericht der diplomatischen Kommission:

« Die vereinigte diplomatische und militärische Kommission legte ferner der Tagsatzung zwei Schreiben vom 3.

---

[1]) Bezeichnend für die gänzlich gestörte politische Urtheilskraft der dortigen Regenten sind ebenfalls Schreiben derselben an die Tagsatzung vom 24. Juli und 2. August (III, 155 u. 158), die im Uebrigen etwas Rührendes haben und recht eigentlich den Eindruck eines politischen Krankheitszustandes machen, in den dieses Völklein schon in seiner frühsten Geschichte mitunter gerathen war. (Vgl. Eidg. Abschiede I, 69.) U. a. sagen diese Zuschriften:

« Gedenket Ihr Eidgenossen alle, und besonders du altes Zürich, ob jemals unsere Väter deinen Schweizernamen vertilgen wollten, als du in wahren Verirrungen sogar fremde Fahnen auf deine Thürme pflanztest!

Das ist nicht genug; man spricht uns noch mehr weg, gleich einem souveränen Gebieter, der über Land und Leute herrscht; der Kantonstheil von ob dem Wald wird unter dem Namen Unterwalden zum dritten Urkanton.

Unserer Väter Blut hat den dritten Urkanton gestiftet, und Stanz, wo wir, ihre Enkel, wohnen, war der Hauptort desselben. Wir sind und bleiben Miturkanton, wie ob dem Wald, wenn wir gegenwärtig schon nicht Sitz und Stimme auf der Tagsatzung haben. Wir sind und bleiben Unterwaldner; keine Gerechtigkeit kann unsern Namen verwischen. Stanz ist und bleibt der Urstamm des Unterwaldnervolkes, das nie von ob dem Wald allein repräsentirt werden kann.

Will man also ein armes Volk, das viel auf Ehre und auf dem Erbtheil seiner Väter und ihrer Thaten hält, so ganz zernichten, dass man von ihm den Namen sogar vertilgen will? — und woher haben wir am Ende es verdient, dass man uns so demüthigen, brandmarken, politisch zertreten und zum namenlosen Haufen machen will? Nein, wir wiederholen es, wir sind und bleiben Schweizer, wir sind Miturkanton und sind Unterwaldner; das sagt uns unser Herz, und theuer sind uns diese

und 7. August vor, welche die Vorsteher der Gemeinde Hergiswyl an sie gesendet haben.

In dem ersten dankt die Gemeinde für den ihr zugesicherten eidgenössischen Schutz, der sie in Stand setzt, auf die zahlreichen Gutgesinnten Nidwaldens zu wirken. Die Stimmung des Volkes in Nidwalden wird folgendermassen angegeben: Wolfenschiessen sei mit mehr als zwei Dritteln dem eidgenössischen Bund ergeben; Ennetbürgen habe De-

---

Namen; sie haben unsere Väter Sorge und Blut gekostet; und wir, ihre Enkel, verwahren uns feierlich gegen jeden Machtspruch, der unsere Rechte und alle darauf sich beziehenden Begriffe und Interessen kränkt. Wir behalten feierlich und förmlich ferner unsere Rechte vor.

Wir sollen dann zu gewärtigen haben, was die gesammte Schweiz oder einzelne Kantone in Hinsicht auf Handel und Verkehr über uns verfügen werden.

Nicht so, Brüder! Habt Ihr andere Begriffe, so traget Nachsicht mit den unsrigen. Gedenket der Vorzeit, wir können sie heute noch nicht vergessen.

Wir sind ein armes Volk; es frommt Euch nicht und bringt Euch keine Ehre, wenn Ihr uns noch ärmer machet. Gedenke Zürich, in welch' schwieriger Lage unsere Väter dir die Hand zum Bund und zur Rettung geboten! — Gedenke, edles Bern, unserer Väter in der Schlacht bei Laupen! Gedenke, liebe Nachbarstadt Luzern, wie theuer dir der Bund der Urkantone war, und wie sehr wir gutes Einverständniss heute noch bedürfen! — Gedenket, Freiburg und Solothurn, an den grossen Tag zu Stanz, der Euch zu Bundesgenossen schuf! — Gedenket, ihr reichen Handelsstädte Schaffhausen und Basel, dass der Unterwaldner leicht unter einer Last erliegt, die Eurem hohen Wohlstand gar nicht bemerkbar wäre! — Und Ihr, Ihr neuen Kantone, gedenket, Ihr habt die Freiheit nicht errungen mit dem Schwert, mit solcher Anstrengung und so vielen und grossen Opfern, wie wir und wie unsere Väter; Zufall und Zeitumstände haben Euch in Besitz dieses so edeln Guts gesetzt. Auch wir haben zum Theil Euere ersten Freiheitsbriefe unterschrieben. Wir beneiden Euch nicht und Niemanden desswegen, aber missbrauchet sie nicht zu unserm Untergange.» (Absch. III, 155.)

putirte an Hergiswyl geschickt, um sich mit dieser Gemeinde dem Bunde anzuschliessen, werde aber durch den Einfluss von Buochs verhindert, die Mehrheit ganz zu behaupten. In gleicher Gesinnung stehen Stanzstad fast ganz, die kleine Gemeinde Kirsiten[1]) einmüthig, von der Gemeinde Obbürgen ein Viertheil, worunter die Vorsteher; Beckenried hätte zu ähnlicher Erklärung den 2. August eine Gemeinde halten wollen, wäre aber durch Leute aus den Bergen daran Verwerfen an die Landsgemeinde, während 115 sich zur verhindert worden; indessen gingen ungefähr 100 Mann zum Annahme des Bundes unterschrieben; in Emmetten wären drei Viertheile, der Hauptflecken Stanz und die Gemeinde Ober- und Niederdorf, mit Ausnahme weniger Einwohner, einmüthig für Annahme des Bundes gesinnt. Die Herren Landammänner Zelger und Kaiser haben sich, der Erstere nach Engelberg, der Letztere nach Hergiswyl, geflüchtet.

Es sei ausser Zweifel, dass bei einer freien, ungehinderten Stimmenaufnahme die Mehrheit der Nidwaldner sich für die Annahme des Bundesvertrags aussprechen würde. Aber schwer, wenn nicht unmöglich, sei es den eidgenössisch gesinnten Einwohnern, diese Gesinnungen offen zu erklären. Die Machthaber sprechen Hochverrath aus und drohen mit den furchtbaren Strafen dieses Verbrechens Jedem, wer nur vom Bunde rede; die Waffen seien in den Händen übelgesinnter, wüthender Menschen; die Gemeinden seien zerstreut und ihr Zusammenwirken nicht wohl möglich; vereinzelte Gemeinden, vereinzelte Personen werden zertreten, sobald sie sich offen zeigten.

Die Gemeinde Hergiswyl sei durch einen Rathsschluss nicht nur von der Landsgemeinde, sondern auch vom dem Kanton Unterwalden nid dem Wald ausgeschlossen worden, wogegen sie aber schriftlich ihre Verwahrung eingegeben habe.

---

[1]) Kehrsiten.

Der biedere, redlich gesinnte Unterwaldner sehe diesen Unfug, er höre auf öffentlicher Gemeinde der Tagsatzung Hohn sprechen; er sehe sein Vaterland vernichtet, zertreten, ausgeschlossen von dem eidgenössischen Bunde, von jenem ehrwürdigen Bunde, für den bessere Väter so gern ihr Alles, ihr Leben selbst aufopferten, — von jenem Bunde, der die einzige Garantie schweizerischer Freiheit und Unabhängigkeit ist, und höre, dass man dieses Zernichten, dieses Zertreten seines Vaterlandes, gefühllos für des Vaterlandes Ehre und Unabhängigkeit, höhnisch in einem Schreiben der H. Tagsatzung verdanken wolle. Und solche Schlüsse werden von einer Landsgemeinde gemacht, an deren Spitze Männer von 1798 stehen, die nicht eher ruhten, bis sie nach verübtem Unglück über Schutt und Leichen ihre Flucht feigerweise nehmen konnten! Das sehe und höre eben der biedere Unterwaldner; mit Unmuth kehre er in seine Hütte zurück und jammere und trauere über den Unsinn, der das Vaterland an den Abgrund des unvermeidlichen Verderbens hinreisse.

Die Vorsteher fragen sodann: wie sie sich nun benehmen sollen, ob und in welcher Form die Gutgesinnten, worunter von vier Landammännern drei inbegriffen wären, sich mit Hergiswyl vereinigen dürften? Was für einen Schutz man ihnen versprechen wolle? Sie äussern endlich die Ansicht, dass durch schnelles und kräftiges Einwirken der Tagsatzung bald würde geholfen sein.

In dem zweiten Schreiben wird der Umtriebe und Ausstreuungen erwähnt, durch welche das Volk irregeleitet werde, vorzüglich des Gerüchts, dass die Tagsatzung sich nicht in Nidwaldens Angelegenheiten mischen werde; dass, wenn die Tagsatzung Truppen gegen sie schicke, einige Kantone augenblicklich doppelt soviel für sie schicken würden. Die Gemeinde Hergiswyl besorgt, dass, selbst wenn man eine Landsgemeinde würde zusammenberufen wollen, durch Umtriebe dennoch die

freie Willensäusserung gehemmt würde, und die Mehrheit, besonders da Engelberg getrennt sei, zweifelhaft ausfallen möchte.

Obigem Schreiben war ein Beschluss des Raths von Nidwalden vom 7. August beigefügt, nach welchem Herr Landammann Wyrsch berichtet hatte: Seine Hochwürden, Herr Kommissär Käslin (Pfarrer in Beckenried) habe ihm angezeigt, er habe den Befehl seines Obern, die Geistlichen für den Bund aufzufordern und die Lage des Vaterlandes vorzustellen, vorziehen müssen; sie aber hätten doch Recht, den Bund nicht anzunehmen, — und welcher dabei folgende Verfügungen erhielt:

a) Die Wache in Stanzstad solle vermehrt werden, insofern sich aus einem angeordneten Untersuch ergeben würde, dass Jemand sich geäussert habe: wenn die Wache von Stanzstad nicht abziehe, so werde man dieselbe abtreiben: es sei eidgenössischer Grund und Boden;

b) Durch eine in allen Pfarrkirchen und Filialen auf den 10. August zu verlesende Proklamation sollten die von den Rebellen irregeführten Gemeinden sowohl als Partikularen (Hergiswyl ausgenommen) aufgefordert werden, auf der Stelle zurückzukehren und sich an die rechtmässige Obrigkeit, unter Verantwortlichkeit der Person, anzuschliessen;

c) Durch den Apostolischen Nuntius sollte ein Verweis in schonenden Ausdrücken gegeben werden, weil Seine Excellenz die Geistlichkeit Nidwaldens verführe.»

(Absch. III, 159—161.)

Der Bund musste also ohne Nidwalden beschworen werden. Am 17. August endlich machte die Tagsatzung dem Unwesen ein Ende, indem sie 600 Mann mit zwei Kanonen (ohne allen Widerstand) in das Land einrücken liess. Der Bericht darüber lautet:

«Bericht der Herren eidgenössischen Repräsentanten, d. d. Luzern, den 18. August, die Anzeige enthaltend:

Am 17. desselben Monats Abends seien die eidgenössischen Truppen in Stanzstad eingerückt, wo dieselben als Retter empfangen wurden. Noch denselben Abend sei auch der Flecken Stanz, auf Ansuchen des Landraths selbst, mit drei Kompagnien besetzt worden. Die Dislokation der eingerückten Truppen, die allenthalben ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen, war nach einem diesem Bericht beigelegten Rapport des Brigadekommandanten, Herrn Oberst Hess, folgende: eine Kompagnie in Buochs, eine Kompagnie in Beckenried, drei Kompagnien in Stanz, eine Kompagnie in Thalenwyl, eine Kompagnie in Wolfenschiessen, drei Kompagnien in Stanzstad nebst der halben Artilleriedivision, zwei Kompagnien in Weggis und eine in Vitznau. Die Herren Repräsentanten theilten ferner eine Proklamation mit, die sie unter'm 17. August an das Nidwaldnervolk erlassen haben, um dasselbe über die wahre Ursache des Einrückens der eidgenössischen Truppen zu belehren, und schlossen mit der Anzeige, dass sie sich nächster Tage selbst nach Stanz verfügen werden.

Folgendes ist der Wortlaut vorbemerkter Proklamation:

Die Repräsentanten der eidgenössischen Tagsatzung

an

das Volk von Unterwalden nid dem Wald.

Nicht in feindlichen Absichten betreten bewaffnete Eidgenossen Euern heimatlichen Boden, sondern, — fraget sie selbst, — bloss, um gesetzliche Ordnung, Ruhe und Frieden in Euerm Lande herzustellen, das nur zu lange schon das unselige Opfer fremder Einflüsterungen war; nur um jenen den versprochenen Schutz angedeihen zu lassen, die den Parteiungen gewaltsam unterlegen haben, welche Euch, biedere Unterwaldner! — was alle Schweizer am tiefsten schmerzt — von ihnen auf immer loszureissen drohten, mit denen Ihr ehemals so lange und in den grössten Gefahren

des Vaterlandes redlich und edel Freude und Leid getheilt, so kraftvoll zu dessen Rettung immerfort mitgewirkt hattet.

In dankbarem Andenken dessen reichen Euch dennoch Eure ehemaligen Brüder offen und redlich heute ihre Hand zu Euerer Selbstermannung.

Die Repräsentanten der Eidgenossenschaft beeilen sich in dieser Hinsicht, selbst in Eure Mitte zu kommen, und entledigen sich gern des Auftrages, den sie in dieser Beziehung von der h. Tagsatzung erhalten haben und der kein anderer ist: als unter Euch Vereinigung der Gemüther zu bewirken, Euch die ernste Lage des Vaterlandes tief an's Herz zu legen und so Euch zu überzeugen, wie nothwendig es für Euer eigenes Wohl, wie nothwendig es für jenes der ganzen Schweiz sei, dass endlich einmal eine feste Ordnung der Dinge den gereizten Parteien ein Ziel setze.

Ist dieses vollbracht, so erwartet auch die h. Tagsatzung, dass die alte Liebe zum Vaterland, unter heilbringender Einwirkung der ehrwürdigen Geistlichkeit, die biedern Nidwaldner in den Schooss der neuen Eidgenossenschaft, unmittelbar aus den heiligen Grundlagen des ehemaligen Schweizerbundes hervorgegangen, zurückführen, sie jenem festen und unabänderlichen Willen anschliessen werde, der in allen übrigen Bundesgliedern herrscht, nämlich, das zu sein und bleiben, was sie am 7. fliessenden Monats durch ihre Abgesandten zum Gott unserer ruhmvollen Väter geschworen haben.

Gegeben Luzern, den 17. August 1815.

Die Repräsentanten der Eidgenossenschaft:
Vinzenz Rüttimann,
Schultheiss der Stadt und Republik Luzern.
Johann Rudolf v. Stürler,
Gesandter von Bern.
Arnold, Landammann von Uri.

Bericht der Herren Repräsentanten, d. d. Luzern, den 18. August, Abends um 6 Uhr, welcher eine einfache Mittheilung des letzteingegangenen Rapports des Herrn Brigaden- und Oberkommandanten Hess enthält; nach diesem hatte dieser Letztere bei seiner Ankunft in Stanz Alles in Ruhe und Ordnung angetroffen und es zeigte sich weder dort noch in andern Gegenden des Landes irgend eine Spur von gefährlichen Zusammenrottungen oder wahrscheinlichem Widerstand; die Einwohner erwarteten mit Sehnsucht die Ankunft der Herren eidgenössischen Repräsentanten.»

(Absch. III, 173, 174.)

Am 24. August fand im Beisein eidgenössischer Kommissäre eine Landsgemeinde in Stanz statt, die nun einstimmig den schweizerischen Bundesvertrag vom 7. August annahm und zwei Gesandte an die Tagsatzung wählte. Der Landammann Wyrsch wurde beseitigt, an seiner Stelle zeigte der neue Landammann Blättler dieses glückliche Resultat und die Aufhebung aller frühern Besshlüsse der Landsgemeinden der Tagsatzung an (Absch. III. 177—179). Der erste Gesandte, Landammann Kaiser, hielt sodann in der Tagsatzung eine rührende Dankrede über die «Befreiung Nidwaldens», bei der man sich fragen möchte, ob nicht die damaligen sämmtlichen Zuhörer sich die Wohlthaten einer eidgenössischen Regierung gegenüber diesem Schauspiel, welches die «Kantonalsouveränetät» dargeboten hatte, vergegenwärtigt haben. Der praktische Endzweck dieser etwas späten, höchst eidgenössisch gestimmten Rede war natürlich nebenbei der, dass der Beschluss betreffend Ausschluss Nidwaldens von der Theilung der 500,000 Franken zurückgenommen werde, welche die neuen Kantone an einige alte laut dem Wiener Rezess zu zahlen hatten, was dann auch geschah: 26,148 Franken und 8 Batzen waren damit ge-

rettet (Absch. III, 185). Am 30. August 1815 wurde Nidwalden mit folgendem Verbalprozess wieder in die Eidgenossenschaft aufgenommen:

«Nachdem Landammann, Landrath und gemeine Landleute von Unterwalden nid dem Wald durch einen einmüthigen Beschluss vom 24. August 1815 dem neuen Bundesvertrag unter den XXII Ständen der Schweiz beigetreten sind und die hochgeachteten Herren Landammann Ludwig Kaiser und Landammann Stanislaus Akermann zu ihren Deputirten auf die eidgenössische Tagsatzung ernannt haben, welche auch wirklich in Zürich erschienen sind, um die Aufnahme ihres Standes in den Bund und für sie, als Gesandte Nidwaldens, den Zutritt in die Tagsatzung zu begehren, — so hat die eidgenössische Tagsatzung solches einmüthig genehmigt und Nidwalden als Stand der Eidgenossenschaft und als Theil des Kantons Unterwalden wieder auf- und angenommen, mit den nämlichen Vortheilen und Verpflichtungen und unter den gleichen Verhältnissen, welche durch den Bundesvertrag für alle eidgenössischen Stände festgesetzt sind.

In Folge dessen haben die obbenannten Gesandten des Kantons Unterwalden nid dem Wald gegenwärtiges Originalinstrument des neuen Bundesvertrages eigenhändig unterzeichnet, mit ihren Familienwappen besiegelt und auf die gleiche Art beschworen, wie es alle eidgenössischen Gesandtschaften am 7. August gethan haben.

Also geschehen in Zürich den dreissigsten des Monats August im Jahr nach Christi Geburt eintausend achthundert und fünfzehn (30. August 1815).

(L. S.) Ludwig Kaiser, Landammann.

(L. S.) Stanislaus Akermann, Landammann.

Wir, der Bürgermeister des Kantons Zürich, Präsident der eidgenössischen Tagsatzung, und wir, der Kanzler und der Staatsschreiber der Eidgenossenschaft, im Namen und aus Auftrag der eidgenössischen Tagsatzung, beurkunden

durch unsere Unterschriften und Siegel diese Verhandlung, wodurch Unterwalden nid dem Wald als Stand der Eidgenossenschaft und als Theil des Kantons Unterwalden in den Bund aufgenommen worden ist.

Datum ut supra.

Der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident der eidgenössischen Tagsatzung:
(L. S.) David v. Wyss.
Der Kanzler und der Staatsschreiber
der Eidgenossenschaft:
(L. S.) Mousson. (L. S.) v. Hauser.
(Absch. III, 186, 187.)

Das dazu gehörige Begleitschreiben, mit dem diese Aufnahme Nidwalden mitgetheilt wurde, lautet:

«An Landammann, Landrath und gemeine Landleute des Kantons Unterwalden nid dem Wald.

Zürich, den 30. August 1815.

Getreue, liebe Bundes- und Eidgenossen!

Eure Abgesandten, die hochgeachteten Herren Landammann Kaiser und Landammann Akermann sind heute in unserer Mitte erschienen und haben uns den Wunsch eröffnet, dass der Stand Nidwalden wieder in den Bund der Eidgenossen aufgenommen werden möchte. Wenn die lange Trennung von diesem uns stets theuern Mitstand uns Allen schmerzlich fiel, so musste das Wiedererscheinen Euerer Gesandten unsere Herzen mit lebhafter Freude erfüllen. Wir haben dieselben mit jener brüderlichen Freundschaft empfangen, die wir stets für das biedere Volk von Nidwalden hegten, und ihrem Begehren um so bereitwilliger entsprochen, als es mit unsern innigsten Wünschen so sehr übereinstimmt.

Aus dem mitkommenden vollständigen Protokoll der heutigen Sitzung werdet Ihr, getreue, liebe Bundes- und

Eidgenossen! theils den Beschluss ersehen, wodurch die Aufnahme des Standes Nidwalden in den neuen Schweizerbund von sämmtlichen Gesandtschaften der XXII Stände ausgesprochen worden ist, theils den Verbalprozess, welcher die Unterzeichnung, Besieglung und feierliche Beschwörung des Bundes ab Seite Euerer Herren Gesandten beurkundet.

Wir überlassen uns nun der freudigen Hoffnung, dass diese glücklich vollbrachte Vereinigung, wodurch die Kette der eidgenössischen Bundesglieder geschlossen wird, Ruhe und Eintracht in Nidwalden gänzlich wiederherstellen und die Wohlfahrt desselben dauerhaft begründen werde.

Mit diesen Gefühlen einer frohen Aussicht auf die Zukunft begrüssen wir Euch heute wieder als unsere theuern Bundes- und Eidgenossen, versichern Euch unserer aufrichtigen Freundschaft und Hochachtung und empfehlen Euch schliesslich, nebst uns, in Gottes allmächtige Obhut.

Im Namen der eidgenössischen Tagsatzung:
Der Bürgermeister des Kantons Zürich,
Präsident derselben.»[1])
(Absch. III, 187.)

---

[1]) Demselben folgt dann noch ein zweites Schreiben vom gleichen Datum, welches den Zweck hatte, die Hauptbedenken des Nidwaldner Volkes gegen den Bundesvertrag zu heben. Dieselben waren nur allzu unbegründet, wie sich aus folgendem Passus dieses Schreibens ergibt, der mit dem an Schwyz s. Z. gerichteten Beruhigungsschreiben übereinstimmend ist:

« Es kann gewiss niemals aus Euerm Beitritt zum Bund irgend ein Nachtheil für die im Kanton Nidwalden herrschende katholische Religion entstehen. Sämmtliche eidgenössische Regierungen ehren die christlichen Religionsgrundsätze, wie sie in jedem Kanton angenommen sind; und keiner unter denselben, noch der eidgenössischen Behörde steht es zu, in dieses heilige Recht ihrer Mitverbündeten einzugreifen. Gleichwie also die römisch-katholische Religion Jahrhunderte hindurch im Kanton Unterwalden geblüht

**Engelberg** aber wollte trotz des Wunsches, ja sogar einer Rechtsverwahrung von Nidwalden, die dieses am 31. August in das Protokoll niederlegte (Absch. III,

---

hat, so wird sie auch in Zukunft fortblühen; der Bundesvertrag kann derselben nicht den mindesten Abbruch thun.

Nach dem eigenen Wortinhalt des § I treten die Kantone als souveräne Stände in den Bund und vereinigen sich mit denselben zu Behauptung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit. Daraus folgt unwidersprechlich, dass der Bundesvertrag, weit entfernt, die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränetät des Kantons Unterwalden, und des Standes Nidwalden insbesondere, zu gefährden, vielmehr dafür eine förmliche Garantie ausspricht.

Auch in Hinsicht des Niederlasssungsrechtes enthält der Bundesvertrag keine bindende Vorschrift: es steht einzig den höchsten Behörden eines jeden Standes zu, für ihren Kanton gutfindende Verfügungen darüber zu treffen, oder mit andern Ständen freiwillige Konkordate zu errichten.

Weder dem Kanton Unterwalden noch einem andern wird ein stehendes Kontingent und Militär aufgebürdet. Die Eidgenossenschaft unterhält und besoldet keine stehenden Truppen, sondern ruft bloss in Zeiten von äusserer oder innerer Gefahr die Mannschaftskontingente der Kantone unter die Waffen, welche, sobald diese Gefahr aufhört, wieder in ihre respektiven Kantone entlassen werden.

Eine Revision der Skala der Geldbeiträge soll, nach dem § III des Bundesvertrags, auf der nächsten ordentlichen Tagsatzung geschehen und nachher von zwanzig zu zwanzig Jahren erneuert werden. Wenn der Stand Nidwalden bei solchen Gelegenheiten einen Wunsch anzubringen hat, so kann er versichert sein, bei seinen Mitverbündeten alle Rücksichten der Billigkeit zu finden. Uebrigens hat nie der Gedanke obgewaltet, und es ist auch keine Rede davon, den Geldbeitrag des Kantons Nidwalden zu erhöhen.

Endlich müssen wir Euch, getreue, liebe Bundes- und Eidgenossen, nochmals bestimmt erklären, dass ein bedingter Beitritt zum schweizerischen Bund weder an sich, noch um der Folgen willen stattfinden kann; auch liegt dieses, wie wir zuversichtlich meinen, nicht in Euern Gesinnungen. Wir sehen daher, nach obigen, beruhigenden Aufschlüssen, den Beitritt des Standes

1888), nicht mehr zu demselben zurückkehren und ist bei Obwalden geblieben bis auf den heutigen Tag, als ein sprechendes Zeugniss jener unglücklichen Zeit.

---

So entstand nach einem Interregnum von 20 Monaten, in welchem die Schweiz gar keine Verfassung besass, der Bundesvertrag vom 7. August 1815, die Verfassung der Eidgenossenschaft, welche bisher die längste Dauer gehabt hat[1]; nicht wegen ihrer Vorzüglichkeit, sondern wegen der allgemeinen Ermüdung, die mit ihrer langen und mühseligen Entstehungs-

---

Nidwalden zum eidgenössischen Bund als unbedingt, gänzlich vollendet und auf ewige Zeiten geschlossen an; in dieser Ueberzeugung werden wir Euch stets Beweise unserer aufrichtigen eidgenössischen Freundschaft und Hochachtung geben, womit wir Euch, nebst uns, in den Schutz des Allerhöchsten getreulich empfehlen. » (Absch. III. 188.)

[1]) Die Urkunde des Bundesvertrags, im eidg. Archiv befindlich, ist sehr schön auf Pergament geschrieben und in dunkelrothen Sammt, mit einer Eichenlaubstickerei in Gold und Silber und dem eidg. Kreuz in der Mitte, eingebunden. In einer schweren silbernen Kapsel hängt daran an rothweisser Schnur mit Quasten das grosse eidg. Staatssiegel, in der Mitte das Kreuz, ringsum die 22 Kantonswappen.

In der Urkunde selber ist keinerlei Staatssiegel, weder eidgenössisches noch kantonales; alle Unterzeichner, selbst der Tagsatzungspräsident und der Kanzler, auch der Gesandte des Standes Nidwalden, welcher wieder in den Bund eintrat, drückten ihre Privatwappensiegel bei, um recht deutlich zu zeigen, dass es sich um einen blossen «Vertrag» handle. Diese Siegel sind zum Theil wunderbare Wappenschilder; einzig der eine Gesandte von Wallis, «Michel Dufour, grand-juge», führt ein einfaches Petschaft mit den Buchstaben M. D.

Eine solche Ausfertigung, auf Papier und in rothes Leder einfach gebunden, existirt auch noch von der Verfassung von 1848, von der jetzigen Bundesverfassung gibt es keine. Ueber die Urkunde der Mediation vgl. Jahrbuch 1886, p. 53.

geschichte verbunden war. Das unmittelbare Bedürfniss nach Ruhe beherrschte damals alles Andere und so nahm man auch dieses mangelhafte Werk hin, das einen blossen Vertrag zwischen heterogenen, von Misstrauen und Souveränetätsdünkel erfüllten Kleinstaaten an die Stelle einer Bundesverfassung setzte, wie sie sogar noch die reaktionäre Schwyzer-Tagsatzung von 1802 gewollt hatte[1]).

Die Verfassung von 1815, wenn man dem Aktenstücke überhaupt einen Namen geben will, den es selbst verschmähte, war ihrem innern Wesen nach, obwohl sie formell selbständiger erscheint als die Mediationsakte, eine Vereinbarung der Wiener Kongressmächte mit der auf der langen Tagsatzung versammelten, ein wenig modernisirten schweizerischen Aristokratie, zunächst der diplomatischen Kommission, die eigentlich die Geschäfte der Tagsatzung führte[2]).

---

[1]) Vgl. dieselbe in den «Oeffentlichen Vorlesungen über die Helvetik» des Herausgebers, pag. 781.

[2]) Prof. Troxler fällte über dieselbe folgendes fast zu harte Urtheil (Die sieben Bundesverfassungen von 1798—1815, pag. 123):

«Was für ein Geist diesen diplomatischen Grundgesetzgebungsausschuss, welcher im Dunkel des Geheimnisses und in mündlichen und schriftlichen Konferenzen mit den Ministern Lebzeltern, Capodistria und Chambrier arbeitete, beseelt hat, mag aus dem politischen Charakter dieser Männer und ihrer Kommittenten, noch mehr aber aus dem Wesen und der Form der von ihnen komponirten Omelette soufflée des Herrnthums erschlossen werden. In diesem durch die diplomatische Kommission der ausserordentlichen Tagsatzung abgeschlossenen und verfassten Bundesvertrag sehen wir nichts Anderes, als das Stanzerverkommniss des neunzehnten Jahrhunderts und die in jeder Hinsicht die Eidgenossenschaft am meisten zersetzende Bundesverfassung, welche je dem Schweizervolk gegeben worden, eine kadmeische Drachensaat, wovon die Früchte jetzt aufgehen; ob dabei der fremde Einfluss nicht noch weit palpabler, als bei der helvetischen Konstitution

In der Schweiz gab es damals zwei grosse Volksklassen. Eine regierende, aristokratisch-autoritäre, von sich und ihrer alleinigen Schulbildung sehr eingenommene, hingegen mit tiefem Misstrauen gegen das übrige Volk und alle Demokratie überhaupt erfüllte, — wie sie übrigens als Partei heute noch, nur unter andern Denominationen fortbesteht [1]). Ihr politisches Glaubensbekenntniss war das ihres damaligen Meisters und Orakels Metternich [2]), der dasselbe in seinen Schriften, namentlich in den vor Kurzem veröffentlichten Briefen an Prokesch-Osten auf unnachahmliche Weise ausspricht. Metternich betrachtete die Reaktion von 1815 gegen die nivellirenden Ideen, welche die französische Revolution in die Welt gebracht hatte, ganz aufrichtig und in seiner Art ehrlich, als ein wahres Dogma, oder, wie er sich ausdrückt, «als eine unabänderlich massgebende Gesammtweltanschauung» und sich selbst als den unfehlbaren Oberpriester derselben. Die wahre und dauernde Unterscheidung waren für ihn nicht Parteien und politische Anschauungen, die man freiwillig annehmen kann, sondern soziale Klassen, die gegeben sind. Er schreibt daher einmal an seinen Vertrauten Prokesch: «Ich werde als Sozialist sterben, wie ich als solcher gelebt habe.» Damit meinte er natürlich nicht die sozialistische Theorie einer spä-

---

und französischen Mediationsakte? Wer hier die Rolle der Mengaud, Rapinat und Lecarlier, sowie der Montchoisi, Verninac und Ney übernommen, dürfte unschwer nachzuweisen sein.»

[1]) Diese Volksabtheilung hatte 1813 den Umsturz der Mediationsverfassung mit offener oder geheimer Freude als eine Umkehr zu ihrem System begrüsst, statt sie mit vernünftigen Abänderungen beizubehalten, und dadurch keinen grossen Beweis für ihre politische Weisheit geleistet.

[2]) Irgend einen ausländischen Minister als Quelle politischer Weisheit hat diese Klasse immer, auf sich selbst baut in der Schweiz in der Regel nur die Demokratie.

tern Zeit (der blosse Gedanke hätte ihm Grauen erregt), sondern die Unterschiede der «sozialen Stellung», wie sie unter den Menschen bestehen. Mit andern Worten, er meinte, wie ein Kommentator dieser Worte sich ausdrückt, «es seien keine politischen Formen und Bildungen möglich ausser denen, die sich den gesellschaftlichen, durch die Geburt gegebenen Verhältnissen anschliessen, alles Andere sei Pfuscherei».[1]) Gegen den Bundesstaat, in Deutschland und bei uns, warnte ihn überdiess ein feiner staatsmännischer Instinkt für das Kommende, der im Grunde seine Bedeutung als Staatsmann ausmachte. «Hinter dem Bundesstaat» — äussert er nicht ganz unrichtig — «steckt stets die Einheit: Ein Monarch und ein Parlament»; und dass dieser Monarch wahrscheinlich nicht der Kaiser von Oesterreich sein würde, das sagte ihm ebenfalls die richtige Würdigung von Personen, die er unter allen damaligen Diplomaten in höchstem Masse besass. Daher entstanden, wo immer er mit seinem Einfluss hinreichte, an Stelle der napoleonischen Regierungen des Talents und Glückes solche der Geburt (gleichviel ob talentvolle oder nicht) und, wo es sich um zusammengesetzte Staaten handelte, Staatenbünde, nicht Bundesstaaten.

Genau so dachten unsere massgebenden Personen, Reinhard, Mülinen, Wieland, Rüttimann, die ganze diplomatische Kommission überhaupt und fast alle hervorragenderen Mitglieder der Tagsatzung. In Jedem steckte ein kleiner Metternich. Welches waren aber die Gedanken des gesammten Volkes?

---

[1]) Das ist noch heute der Kernpunkt, in welchem sich Aristokratie und Demokratie ohne Möglichkeit einer Vereinbarung unterscheiden; alle andern Differenzen sind überwindbar. Von der Metternich'schen Anschauung sind heute wieder mehr Menschen als noch vor 20 Jahren beseelt.

Dasselbe hatte, nach den vergeblichen Widerstandsregungen des Jahres 1814, dem ganzen Verfassungswerke gleichgültig, von seiner langen Dauer ermüdet oder von den Lasten und Drangsalen des Kriegs und der fremden Okkupation erschöpft, zugesehen. Und selbst, wenn all' diess nicht auf ihm gelastet hätte, so wäre ihm kaum Gelegenheit geboten gewesen, seine Stimme irgendwie geltend zu machen. In welcher Weise seine Petitionen aufgenommen wurden, haben wir bei der Geschichte der Berner Unruhen gezeigt. Zur Abstimmung über die Verfassung war das Volk von vornherein nicht berufen, daher brauchte man auch nicht seine Zustimmung durch Belehrung sich zu verschaffen. Und wenn etwa Zeitungen es wagten, an den Rathssaalthüren zu horchen und das Geringste über die Vornahmen und Berathungen der Tagsatzung zu veröffentlichen, so wurde das im Jahre 1815 von dieser ganz willkürlichen Versammlung mit unverholener Entrüstung, als eine Art von Majestätsverbrechen behandelt. Das Protokoll der langen Tagsatzung, die eine Konferenz ohne jede gesetzmässige Autorität war, enthält darüber merkwürdige Dinge, woraus wir nur in Kürze Folgendes mittheilen wollen. Nicht allein die eigentlich militärischen Verhältnisse durften in keiner Weise veröffentlicht werden (Absch. III, 725 ff.), was noch allfällig Sinn haben konnte, sondern ebensowenig politische Aktenstücke, über die es vom evidentesten Interesse war, das Volk aufzuklären und zu beruhigen. Ein solcher Beschluss betrifft z. B. die Konvention vom 20. Mai, durch welche den fremden Truppen das schweizerische Gebiet geöffnet wurde. Der Schweizerbürger, welcher die Oesterreicher zu vielen Tausenden zu verpflegen und zu beherbergen hatte, sollte nicht wissen dürfen, auf welche Vereinbarungen seiner höchsten Landesbehörde hin diess geschah, son-

dern ein blindes Vertrauen in deren unfehlbare Weisheit haben. Die betreffende Verhandlung lautet, wie folgt:

« Sodann zeigte der Herr Präsident der Tagsatzung an: Es haben ebenfalls unlängst die Minister der alliirten Mächte über eine Indiskretion gleicher Art förmliche Klage geführt, indem in Nr. ... der gemeinnützigen schweizerischen Nachrichten (zu Bern herausgegeben) und daraus abgedruckt in Nr. 136 der Allgemeinen Zeitung ein Auszug des Kreditivs erschienen, welches Seine Durchlaucht der Fürst v. Schwarzenberg Seiner Excellenz dem k. k. Generalmajor v. Steigentesch an die Tagsatzung gegeben. Dergleichen Missbräuche wichtiger offizieller Akten kompromittiren nicht nur die betreffenden Personen und Behörden, sondern können auch bedeutende Missverständnisse zwischen Staaten veranlassen und seien besonders in dem gegenwärtigen Augenblicke für die Schweiz gefährlich, weil dadurch unrichtige Ansichten über ihre Militärstellung verbreitet und hieraus geradezu ein Titel oder Vorwand hergenommen werden könnte, sie daraus zu verdrängen.

Nach Anhörung dieser Berichte und eines den gleichen Gegenstand betreffenden Schreibens des Herrn eidgenössischen Oberstquartiermeisters vom 28. Mai, hat die Bundesversammlung (29. Mai) folgenden Beschluss gefasst:

Die Tagsatzung, welche aus offiziellen Beschwerden mit Bedauern vernommen, dass noch öfters diplomatische Aktenstücke über die wichtige Lage und Verhältnisse der Schweiz, sowie militärische Berichte und Instruktionen, die keineswegs zur Publikation geeignet sind, theils in inländischen, theils in ausländischen Zeitungsblättern, und vorzüglich in der Allgemeinen Zeitung, erscheinen, hat, von den Nachtheilen und der Gefahr überzeugt, die ein solcher Unfug für das gemeinsame Vaterland nach sich ziehen muss, indem nicht nur das Ansehen und die Würde der Bundes- und Standesbehörden darunter leiden, sondern auch dadurch auf die

Verhältnisse der Schweiz mit ihren Nachbarstaaten ein höchst schädlicher Einfluss entsteht, einmüthig beschlossen:

Es sollen alle Standesregierungen bei ihren Bundespflichten aufgefordert werden:

1) solche Massregeln zu ergreifen, dass weder Angaben über Militäranstalten, noch überhaupt Aktenstücke politischen oder militärischen Inhalts, welche ihnen die Bundesbehörde vertraulich mittheilt, oder von welchen sie durch ihre Herren Deputirten bei derselben Kenntniss erhalten, in Zeitungen erscheinen und also diessfalls alle Regierungsmitglieder, sowie die Kanzleien, ihre heilige Verbindlichkeit, Alles zu meiden, was das Vaterland gefährden könnte, sorgfältig und gewissenhaft beobachten;

2) ebenfalls diejenigen Zeitungen, welche in den respektiven Kantonen erscheinen, einer genauen Censur zu unterwerfen, damit die Aufnahme solcher Akten oder anderer Artikel, welche die allgemeine Wohlfahrt gefährden könnten, verhütet oder verhindert werde.

Von diesem Beschluss ist Seiner Excellenz dem Herrn eidgenössischen General ebenfalls Kenntniss zu geben.»

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

«Der Herr Präsident berichtete am 12. Brachmonat: Es seien von den meisten Ständen entsprechende Empfangsanzeigen auf den Tagsatzungsbeschluss eingegangen, welcher unter'm 29. Mai über voreilige und unbefugte Zeitungspublikationen offizieller eidgenössischer Aktenstücke gefasst worden; von diesen Schreiben wurden diejenigen der Regierungen von Bern, d. d. 2. Brachmonat, von Freiburg, d. d. 5. Brachmonat, und von Neuenburg, d. d. 5. Brachmonat, der Bundesversammlung vorgelegt.

Nach deren Verlesung bemerkte der Herr Präsident: Es habe sich, ungeachtet dieser letzten Einladung an alle Stände, wieder neuerdings ereignet, dass die Konvention vom

20. Mai, deren Publikation durch Zeitungen vor der Ratifikation zu verhüten, sämmtliche Gesandtschaften schriftlich eingeladen worden, und deren Geheimhaltung die Herren Minister bei der Unterschrift ausdrücklich verlangt, in der Aarauer Zeitung, Nr. 74 vom 7. Brachmonat, sowie nach der öffentlichen Bekanntmachung, welche in einem demokratischen Stand, zufolge seiner Verfassung, stattgefunden, auch in einem fremden Blatte erschienen, und es sei, besonders in dem gegenwärtigen Momente, höchst bedenklich, dass alle Bemühungen, diesen Missbräuchen Einhalt zu thun, fruchtlos bleiben und Aktenstücke von solcher Wichtigkeit vergeblich zu besonderer Sorgfalt empfohlen werden.

In der Umfrage wurde von den meisten Gesandtschaften, mit dem Bedauern der anscheinenden Unmöglichkeit einer zweckmässigen Abhülfe, doch der Wunsch geäussert, dass diessfalls an die Regierung des Standes Aargau geschrieben und dieselbe eingeladen werden möchte, die nöthigen Verfügungen zu Verhütung solcher Indiskretionen zu treffen.

Der Herr Gesandte von Appenzell Ausser-Rhoden wollte nicht widersprechen, dass die Konvention vom 20. Mai in dem dortigen Stande durch den Druck bekannt gegeben worden; allein er bemerkte zugleich, dass diess der einzige Weg gewesen sei, die Landsgemeinde über den wahren Sinn und Inhalt des Vertrages zu belehren und dessen Annahme, welche ausschliesslich von dieser höchsten Landesbehörde ausgehen müsse, zu bezwecken.

Die Gesandtschaft von Aargau bemerkte, dass das besprochene Aktenstück im wesentlichen Auszuge in dem «Erzähler» und dem «Solothurnerblatte» erschienen sei, ehe die «Aarauer Zeitung» solches aufgenommen; sie wolle sich zwar nicht widersetzen, wenn man diessfalls an ihre Regierung schreiben wolle, aber sie glaube, dass der gleiche Schritt gegen diejenigen Stände geschehen solle, in welchen die Be-

kanntmachung geschehen, und anderseits, dass der Regierung selbst die Behandlung des Gegenstandes überlassen werde, indem sie sich vor allen eidgenössischen Polizeimassregeln oder andern Eingriffen in die Souveränetätsrechte ihres Standes feierlich verwahren müsste.»

(Absch. III, 726, 727.)

Ja selbst bis in's Lächerliche hinein ging diese Furcht vor aller Oeffentlichkeit und der Respekt vor den Ministern selbst der kleinsten Nachbarstaaten:

« In ihrem XXXV. Berichtschreiben vom 15. März theilte die eidgenössische Gesandtschaft auf dem Wienerkongress dem Herrn Tagsatzungspräsidenten eine Beschwerde des grossherzoglich-badischen Staatsministers v. Hacke mit über die indiskrete Weise, womit schweizerische Zeitungen von den Verhältnissen des nunmehrigen Herzogs von Holstein-Eutin (gewesenen Königs Gustav IV. von Schweden) sprechen. Folgendes ist der wesentliche Inhalt der grossherzoglich-badischen Beschwerdenote:

Seit einiger Zeit pflegen die Schweizerzeitungen ihre Leser wiederholt mit Artikeln zu unterhalten, welche die Familienverhältnisse des nunmehrigen Herzogs von Holstein-Eutin und seiner Frau Gemahlin und Kinder betreffen. Je zarter diese sind, desto mehr sollten öffentliche, hierin nothwendig uneingeweihte Blätter sich enthalten, solche zu berühren. Selbst die unbeschränkteste Lesefreiheit muss Sitte und Anstand ehren, und findet hier ihre scharf bezeichnete Grenze. Der grossherzoglich-badische Staatsminister, infolge erhaltener ausdrücklicher Befehle seines Souveräns, bittet daher die schweizerische Bundesbehörde, gefälligst die geeigneten Verfügungen treffen zu wollen, dass keine der in der Schweiz erscheinenden Zeitungen Artikel aufnehmen möge, welche obbesagter Familienverhältnisse auf eine nähere oder entferntere Art erwähnen. Sowohl das begründete Begehren selbst, als des Nachbaarstaates bisher immer bewiesene freund-

schaftliche Gesinnungen lassen über den Erfolg keinen Zweifel übrig etc.

Die Tagsatzung hat (22. März) einmüthig befunden:

Es solle das vorstehende Ansuchen den Kantonen, wo Zeitungsblätter erscheinen, mitgetheilt und denselben empfohlen werden, darauf die sorgfältigste Rücksicht zu nehmen und eine strengere, in diesen Zeiten besonders nothwendig gewordene Censur, damit das gute Verhältniss der Schweiz mit den Nachbarstaaten weder gestört, noch auf irgend eine Weise gefährdet werde. » (Absch. III. 725, 726.)

Von der Nothwendigkeit einer freien Presse in einem republikanischen Staatswesen hatten die damaligen Staatsmänner keine richtige Vorstellung. Die Republik war für sie, wie für die alten Regenten vor 1798, eine Staatsform, in der die oberste Gewalt zwar statt einköpfig mehrköpfig ist, die sich aber dem Geiste nach nicht von einer Monarchie zu unterscheiden braucht. Der eigentliche Zweck der republikanischen Staatsform, die Selbstbestimmung und dadurch die sittliche Kraft jedes Einzelnen möglichst zu wecken und auszubilden, blieb ihnen unter scheinbar näher liegenden Staatszwecken verborgen und für diese Anschauungen war kein Raum weder in der neuen Bundesverfassung, noch in den Verfassungen der 22 souveränen Kantone gelassen, die nunmehr auf 15 Jahre hinaus in unbeschränkte Wirksamkeit traten.

Die lange Tagsatzung hatte nun damit ihr Werk vollendet. Am 21. August äusserte Schwyz zuerst den Wunsch nach ihrer Auflösung. Am 31ten legte die diplomatische Kommission — die eigentliche provisorische Regierung der Schweiz seit 1813 — «unter lebhafter Dankesbezeugung für das ihr erwiesene

schätzbare Vertrauen», Entwürfe zu einem derartigen Auflösungsbeschluss und zu besondern Aufträgen und Vollmachten an den Vorort vor, welche dann einstimmig angenommen wurden (Absch. III, 806). Die wichtigsten dieser Instruktionen betrafen die weitere Vertretung der schweizerischen Angelegenheiten auf dem erneuerten Kongress, in Paris, womit nunmehr ein neuer Schweizer, der Genfer Staatsrath Charles Pictet de Rochemont betraut wurde (Instruktion desselben siehe Abschied III, Beilage Lit. N.)[1]). Der Endbeschluss der «langen Tagsatzung» (vom 31. August) lautet wie folgt:

«Die Tagsatzung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach einer ausserordentlichen Session, deren Dauer und Wichtigkeit, sowie die Umstände, welche dieselbe veranlasst haben, in der Geschichte der Schweiz unvergesslich bleiben werden, glaubt endlich den Zeitpunkt erreicht zu haben, wo sie, ohne einige Pflichten gegen das gesammte Vaterland oder gegen ihre Kommittenten zu verletzen, ihren Berathungen ein Ziel setzen darf. Die Vereinigung der XII souveränen Kantone der Schweiz in dem neuen eidgenössischen Bund, welcher feierlich vor Gott beschworen worden ist und noch in diesen letzten Tagen durch den erwünschten Beitritt des einzig zurückgebliebenen Kantonstheils seine glückliche Vollendung erhalten hat; die Wiederherstellung des innern Friedens, als Folge der wohlthätigen Vermittlung des europäischen Kongresses in Wien und der heilsamen, bei allen Regierungen lebendig gewordenen Ueberzeugung, dass nur Eintracht und Treue der Eidgenossen, nur wahrer schweize-

[1]) Hievon wird im nächsten Jahrgange die Rede sein, welcher den Pariser Kongress und den Turiner Vertrag zu behandeln sich vornimmt.

rischer Gemeinsinn das Vaterland frei und glücklich erhalten können; die Zuversicht, dass jene grossen Mächte, mit denen die Schweiz im entscheidenden Augenblick ehrenvolle, dem allgemeinen Interesse von Europa und ihrem eigenen Staatsinteresse angemessene Verbindungen geschlossen hat, unserm friedlichen Staatenverein aufrichtig gewogen sind und dessen Unabhängigkeit, Wohlfahrt und Neutralität gesichert wissen wollen; die Entfernung der von aussen her drohenden Gefahren, zu deren Abwendung vor wenigen Monaten alle Stände mit edlem Wetteifer ihre Kräfte vereinigt haben; die glücklichen Vorboten einer hoffentlich nicht mehr zweifelhaften allgemeinen Pazifikation durch Wiederherstellung der rechtmässigen Gestalt in jenem benachbarten Reich, welches, mit Europa wie mit seinem König endlich ausgesöhnt, den Nachbarn Frieden gönnen und selbst Frieden geniessen wird, .... alle diese Umstände, in Verbindung mit dem glücklichen Resultat der bisherigen Verhandlungen, wodurch die wichtigsten eidgenössischen Angelegenheiten entweder bereits abgethan oder wenigstens durch zweckmässige Einleitungen ihrer endlichen Beendigung nahe gebracht sind, machen es nunmehr möglich und rathsam, dass die Gesandten der Stände sich zu ihren Regierungen - begeben und die gegenwärtige Session für beendigt erklären.

In diesem ihrem Entschluss wird die Bundesbehörde vorzüglich bestärkt durch das allgemeine Vertrauen der Kantone in die Weisheit des Hochlöblichen Vorortes Zürich und durch dasjenige, welches sich das würdige Präsidium so unbegrenzt erworben hat. Ueberzeugt, dass, bei Auflösung der der Tagsatzung die eidgenössischen Angelegenheiten einer geschickten und ächt vaterländischen Leitung überlassen bleiben, hält sie es auch nicht für nothwendig, den Rath der eidgenössischen Repräsentanten aufzustellen, sondern glaubt am Besten für das Wohl des Vaterlandes zu sorgen, wenn sie, nach der ihr durch den Art. IX des Bundesvertrags er-

theilten Befugniss, derjenigen Behörde des Vorortes, welche mit der eidgenössischen Geschäftsführung beauftragt ist und sich hiezu der eidgenössischen Kanzlei bedient, die Besorgung der noch hangenden Geschäfte, vermittelst einer besondern Gewalt (Delegation) überträgt.

Zu dem Ende hat die Tagsatzung beschlossen, dem H. Stande Zürich, als wirklichem Vorort, nachfolgende besondere Vollmachten und Instruktionen zu ertheilen:

Art. 1. Ueber die im Dienste der Eidgenossenschaft für Vertheidigung und Sicherheit des Vaterlandes stehenden Truppen übt der Vorort nach Anleitung der hierüber bestehenden Beschlüsse, sowohl in Hinsicht der Verwendung der Truppen zu obigen Zwecken, der Leitung des Generalkommandos und der Handhabung der eidgenössischen Militärordnung, als in Hinsicht der für den Unterhalt der Truppen nothwendigen Verfügungen, alle diejenige Gewalt aus, welche schon die Natur einer eidgenössischen und Nationalmilitäraufstellung erfordert. Mit dieser Vollmacht verbindet aber die Tagsatzung die bestimmte Weisung, in dem Masse, wie es die Umstände gestatten, die Reduktion der Armee successive anzuordnen und, sobald es ohne Benachtheiligung wichtiger politischer Interessen geschehen kann, den Uebergang von der wirklichen Militärverfassung zu einer blossen Militäraufsicht an den Grenzen (welche letztere selbst, nur so lange sie nothwendig ist, bestehen sollte) zu bewerkstelligen. Dabei liegt es in den Gesinnungen der Tagsatzung, rücksichtlich der auf französischem Gebiet eingenommenen Stellungen, sich bis zu näherer Entwicklung der diessfallsigen Verhältnisse einstweilen auf die wenigen Punkte zu beschränken, welche für die Sicherheit der Schweiz durchaus nothwendig sind und zu ihrem Vertheidigungssystem vorzüglich gewünscht werden. Betreffend dann die Festung Hüningen, so soll die angelegenste Sorgfalt und Verwendung des Vorortes darauf gerichtet sein, dass die Verheissungen Seiner Kaiserlichen Ho-

heit des Erzherzogs Johann von Oesterreich in Erfüllung gehen.

Indem die Tagsatzung die Anordnungen für die möglichst beträchtliche und schleunige Reduktion der Armee dem Hohen Vororte Zürich zutrauensvoll überlässt, äussert die Bundesbehörde dabei ihren Willen, dass unter allen im eidgenössischen Dienste stehenden Korps dasjenige, welches aus den ehemaligen kapitulirten Regimentern in Frankreich gebildet worden, zuletzt in die Reduktion falle, und dass dessen Entlassung nur infolge eines Referates an die Stände und der Zustimmung derselben stattfinden solle.

Art. 2. Die Vollziehung des Beschlusses vom 1. August wegen Austheilung der Ehrenzeichen an obige Militärs, sowie desjenigen vom 12. Brachmonat in Betreff der Ausbezahlung der halben Gehalte auf die Art, wie es die Mehrheit der Stände genehmigt hat, wird ebenfalls der Sorgfalt des Vorortes bestens empfohlen. In genauer Beobachtung des Ganges der Begebenheiten und möglichster Benutzung aller Umstände, welche auf das künftige Schicksal dieser wackern Militärs günstigen Einfluss haben möchten, vorzüglich aber bei einlangenden diessfallsigen diplomatischen Eröffnungen, sind die erforderlichen Berichte und Anträge allsogleich an die Hohen Stände zu senden.

Art. 3. Wenn wider alle Vermuthung bedenkliche Ereignisse neue Gefahren für das Vaterland herbeiführen und eine bedeutende Vermehrung der im aktiven Dienste stehenden Truppen veranlassen sollten, so wird der Vorort sämmtliche Löbliche Stände schleunigst davon benachrichtigen und nöthigenfalls eine Tagsatzung zusammenberufen.

Art. 4. Die provisorische eidgenössische Administration des ehemaligen Bisthums Basel steht bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Länder, in Gemässheit der Kongresserklärung vom 20. März, den Hohen Ständen Bern und Basel übergeben werden, unter der Aufsicht des Vorortes, und hat nöthigen-

falls alle erforderliche Unterstützung von ihm zu erwarten. Derselbe wird ferner, auf das Begehren des einen oder andern oder beider interessirter Stände, nach den in oberwähnter Kongressakte enthaltenen Vorschriften die Einleitungen für die endliche Vereinigung dieser Länder treffen, allfällige Anstände durch seine eifrigste Verwendung zu beseitigen trachten und, wenn endlich die Vereinigungsakten zu gegenseitiger Zufriedenheit abgeschlossen sind, solche den Kantonen schleunigst mittheilen, damit von dorther ebenso beförderlich die Erklärung über die Garantie der endlichen Vereinigung erfolgen möge. Der hohe Werth, den die Eidgenossenschaft auf eine baldige und gänzliche Berichtigung dieser wichtigen Angelegenheit setzt, ist der Tagsatzung Bürge, dass von Seite des Vorortes zur Erreichung des Zweckes mit ebensoviel Thätigkeit und Eifer als mit Klugheit und Vorsicht wird vorgeschritten werden.

Art. 5. Gleichmässig liegt es dem Vorort ob, bei allfälligen Unterhandlungen mit Seiner Königlich-sardinischen Majestät über die Vollziehung der Kongressakten vom 29. März und der daherigen Erklärung der Tagsatzung vom 12. August den Hohen Ständen Genf und Wallis auf ihr Begehren alle erforderliche Hülfe und Verwendung zu gewähren.

Art. 6. Für andere wichtige Gegenstände, die, nach den nämlichen Verhandlungen des Kongresses, sowie auch infolge des Traktats vom 20. Mai, auf diplomatischem Wege bei den Hohen Kongressmächten nachzusuchen sind, namentlich für die feierliche Beurkundung der schweizerischen Neutralität; die möglichste Sicherstellung derselben und des schweizerischen Gebietes; die Rückerstattung der von Graubünden losgerissenen Landschaften, die Erwerbung einiger wichtiger Grenzpunkte, worüber bereits die eidgenössische Gesandtschaft auf dem Kongress seiner Zeit Instruktionen erhalten hatte, werden diejenigen Vollmachten, welche die Tagsatzung durch ihren einmüthigen Beschluss vom 12. August

der diplomatischen Kommission ertheilt hatte, dem Staatsrath des Hohen Standes Zürich übertragen. In Befolgung der diessfalls von der Kommission getroffenen Einleitungen wird derselbe, theils nach der Natur der Geschäfte, theils nach der Entwicklung der Umstände, den Kantonen über den Fortgang und den Erfolg der Unterhandlungen die erforderlichen Berichte und Anträge vorlegen.

Art. 7. Die Tagsatzung ladet den Vorort ein, angelegenst darauf zu wachen, dass unter allen Umständen, und namentlich auf den Fall des Rückmarsches der verbündeten Kriegsheere nach Frankreich, die Schweiz nach der Vorschrift des vierten Artikels des Traktats vom 20. Mai, mit willkürlichen Truppenmärschen, Militärstrassen, Spitälern und andern Kriegslasten verschont bleibe. Gleichmässig nimmt die Tagsatzung die thätigste Verwendung des Vorortes in Anspruch, in Hinsicht der verheissenen Entschädigung für die in diesem Krieg bewilligten Truppendurchmärsche, damit der Kanton Wallis zu jener bedeutenden Unterstützung, deren er so sehr bedarf, und mit ihm auch die Kantone Basel, Waadt, Freiburg, Genf u. a. m. zu der Vergütung ihrer gemachten Lieferungen gelangen können, wobei es dem Staatsrath überlassen bleibt, wenn er es nothwendig erachtet, die Besorgung dieser wichtigen Angelegenheit, an die sich ähnliche, noch unbefriedigte Forderungen für die Jahre 1813 und 1814 anreihen, je nach den Umständen einem eigenen Abgeordneten zu übertragen.

Art. 8. Die endliche Abrechnung mit dem Kanton Tessin wegen der Insurrektionskosten, die Vorsorge, dass ähnliche Auslagen, welche die Eidgenossenschaft letztes Jahr bei den Unruhen im Kanton St. Gallen gehabt hat, nach Ausmittlung ihres Betrags zurückerstattet werden, endlich die Einlösung der Rückstände einiger Kantone in die Kriegskasse sind auch Gegenstände, welche der Verwendung des Hochlöblichen Vorortes bestens empfohlen werden.

Art 9. Einige organische Verordnungen von grosser Wichtigkeit, die als Bestandtheile des Bundesvertrags selbst anzusehen sind, und deren möglichst beförderliche Behandlung durch das Nationalinteresse dringend geboten wird, können nur dann mit Hoffnung eines günstigen Erfolges auf der nächsten ordentlichen Tagsatzung in Berathung kommen, wenn förmliche Anträge darüber als Resultat einer vorläufigen sorgfältigen Ausarbeitung den Hohen Ständen zur Instruktionsertheilung mitgetheilt werden; darunter gehören vorzüglich:

a. nach Art. VIII des Bundesvertrages, die Organisation des Militärkontingents und der von der Tagsatzung anzuordnenden beständigen Aufsicht über dessen Bildung und Ausrüstung, also eine Revision des eidgenössischen Militärreglements, wodurch einerseits die Entwicklung und schleunige Anwendung unserer militärischen Kräfte auf den Fall des Bedürfnisses gesichert, anderseits mehr Einfachheit in die Grundsätze unseres militärischen Systems und möglichste Sparsamkeit in die Kriegsausgaben gebracht werden;
b. nach dem Art. III die Errichtung der eidgenössischen Kriegskasse, Bestimmung ihrer Einnahme, Festsetzung der Gebühren, Massnahmen zu Verwahrung der Gelder;
c. Revision der Mannschafts- und Geldbeiträge nach der im II. und III. Artikel enthaltenen Vorschrift.

Die Tagsatzung ersucht den eidgenössischen Vorort, obige drei Gegenstände einer reiflichen, aber beförderlichen Prüfung einsichtsvoller Männer (die auch zum Theil aus andern Kantonen herbeigezogen werden könnten) zu überweisen und deren reiflich durchgedachte Gutachten noch vor künftigem Monat April als Instruktionsthema für die nächst bevorstehende Tagsatzung in die Kantone zu senden.

Art. 10. Neben obigen wichtigen Gegenständen, welche besondere Vollmachten erforderten, will die Tagsatzung in

unbedingtem Vertrauen zu der Weisheit und den biedern Gesinnungen, sowie auch in den erprobten rühmlichen Eifer des Vororts für das Wohl aller Eidgenossen, die Leitung der übrigen Angelegenheiten des gesammten Vaterlandes, die eine eidgenössische Einwirkung erfordern würden, in die Hände desselben legen.

Gleichwie Zürich Jahrhunderte hindurch als Vorstand der Eidgenossenschaft einen glücklichen Einfluss auf die Schicksale derselben ausgeübt und diesen Einfluss eben sowohl durch stete Achtung für die Rechte seiner Miteidgenossen, als durch einsichtsvolle thätige Verwendung für ihr Interesse gerechtfertigt hat, so wird derselbe sich unter den jetzigen so wichtigen Zeitumständen ein neues Recht auf das Vertrauen und den Dank seiner Mitverbündeten erwerben. In den Grundsätzen des Bundesvertrages und den gefassten gemeineidgenössischen Beschlüssen liegt die Vorschrift seines Verfahrens und die Tagsatzung behält lediglich den Kantonen vor, auf die jedesmaligen Mittheilungen des Vorortes das Standesvotum in wichtigen Geschäften oder die erforderliche Ratifikation zu ertheilen.

Eine angemessene Rede, in welcher der Herr Präsident die Hauptmomente der vaterländischen Geschichte der zwei letzten Jahre und die wichtigsten, wenn Gott will, dauerhaften und glücklichen Resultate dieser langen Session kürzlich zusammengefasst hat, eine Rede, voll weisen vaterländischen Sinns, hat die Tagsatzung beendigt und sämmtliche Gesandtschaften sind, unter Aeusserungen tiefer Hochachtung gegen Seine Excellenz den würdigen Präsidenten, Herrn Bürgermeister v. Wyss, und gegenseitiger Freundschaft und Bundesliebe auseinandergegangen.»[1])

(Absch. III, 807—810.)

---

[1]) Vgl. v. Wyss II, 283. Damit schliesst also auch dieser merkwürdige «Abschied der langen Tagsatzung», der mit seinen Beilagen drei dicke Folianten einnimmt, s. Z. aber nur in

Wir sind auch unsererseits sehr froh, von dieser berühmten Versammlung dauernden Abschied nehmen zu können.

---

In dem innern Leben der Eidgenossenschaft entstand nun mit Ende des Jahres 1815 Ruhe nach 17jährigen Stürmen. Das Volk verlangte auch vor allen andern Dingen diese Ruhe. Der Generation namentlich, die seit 1798 herangewachsen war und bisher wenig davon gesehen hatte, erschien sie als das köstlichste und begehrenswertheste aller Güter. In den nunmehr wieder souverän gewordenen Kantonen dachte man an nichts eifriger, als sich in seinem kleinen Heimwesen möglichst bequem und ungehindert durch grössere Interessen einzurichten. Der Ideen war man vorläufig satt.[1]) Ruhiger Fortgang des täglichen bürger-

67 Exemplaren gedruckt und sehr geheim gehalten wurde, so dass er heute nur in sehr wenigen Händen sich befindet und in vielen seiner Aktenstücke nahezu unbekannt ist. Dass trotzdem nicht alle wichtigen Akten darin abgedruckt und erwähnt sind, wird der Leser des letztjährigen und des diessjährigen Jahrbuches öfters zu bemerken Gelegenheit gehabt haben. Dieses Interregnum vom 20. Dezember 1813 bis 7./31. August 1815 gehörte bisher zu den wenigst bekannten Theilen unserer Geschichte.

[1]) Diese und die «Idealisten» der Helvetik, soweit sie sich nicht inzwischen, wie Mancher unter ihnen, zur «Realpolitik» bekehrt hatten, waren fortan verdächtig und die Revolution gründlich verhasst. Das ist die Stimmung, die noch bis vor wenigen Jahren gegen die Helvetik die vorherrschende war, und die — das sagen wir voraus — ohne allen Zweifel der jetzigen neuen Centralisationsperiode auf dem Fusse folgen wird. Denn alle Revolutionen sind eigentlich den Menschen (nicht bloss dem biedern Philister) verhasst. Eine Revolution ist auch immer ein Unglück; sie ist nur dadurch zu rechtfertigen, wie der Krieg, dass sie die ultima ratio ist gegen Zustände, die sonst unverbesserlich und noch schlimmer sind als Revolutionen. Diese sollten ein rascher Akt, gleichsam eines einzigen Tages, sein und dann mit Beseitigung

lichen und geschäftlichen Lebens und wenig Steuern erschienen der grössten Mehrzahl der Menschen als die wesentlichsten Requisite eines glücklichen Staatszustandes.

In den alten Städtekantonen versprach und erreichte man dieses Minimum bürgerlicher Glückseligkeit durch möglichste Wiederherstellung der alten regierungsgewohnten Aristokratien, die sich in allen politischen Dingen pünktlich an die Vorschriften ihres Grossmeisters Metternich hielten und im Uebrigen sparsamen Haushalt und Ansammlung neuer Staatsschätze an Stelle der verloren gegangenen für den Kern aller staatsmännischen Weisheit ansahen. Sie sind erst 1830 und mehr noch 1847 belehrt worden, dass der Mensch doch nicht vom Brode allein lebt, sondern auch einer geistigen Nahrung und beständigen Erhebung durch seinen Staat bedarf. Die alten Landsgemeindekantone allein erhielten vermöge

des Allerunerträglichsten wieder aufhören, ohne zu viel auf Einmal erreichen zu wollen. Es ist bezeichnend, dass selbst die grossartigsten Revolutionäre eigentlich dieser Ansicht sind. Ein Mitglied des französischen Wohlfahrtsausschusses sagt uns: «On n'est pas révolutionnaire, on le devient.» Ein nachdenkender Mensch ist überhaupt niemals Revolutionär aus Liebhaberei. Eine Regierung hingegen, die eine Revolution erlebt, ist eben desshalb auch niemals ohne schwere Schuld und das Mitleid mit solchen Depossedirten, das über die gewöhnliche Milde hinaus geht, mit der alles menschliche Wesen stets zu betrachten sein wird, ist daher nach unserm Dafürhalten ein schwächliches Gefühl und des Ernstes der Geschichte nicht würdig. Eine Zeit, wie die von 1798 bis 1815 ist nach der Anschauung eines Propheten Israels ein Schmelzprozess, der es kundmachen soll, ob noch edles Metall in einem Volke sei und ob es sich von der unbrauchbaren Beimischung ausscheiden lässt. Ist diess nicht der Fall, so geht das Volk unter (Jeremias VI, 28—30). Die Eidgenossenschaft hat damals diese Probe — etwas kümmerlich freilich — noch bestanden und desshalb auch noch eine Zukunft gehabt.

ihrer historischen Einrichtungen, und die neuen Unterthanenkantone vermöge ihrer nicht zu verleugnenden unadeligen Herkunft einigermassen den republikanischen Staatsgedanken aufrecht, der sonst von 1815 ab wieder beinahe erstorben wäre.

Zuerst folgten überall die Schlussakte der Revolutionsperiode; die Guten wurden belohnt, die Bösen wenigstens durch Nichtachtung bestraft.

Im Waadtlande feierte man die definitive Befreiung von Bern mit einem grossen patriotischen Feste, bei welchem Fr. Cäsar Laharpe, der Hauptförderer derselben, von dem Präsidenten des Staatsraths öffentlich umarmt und als « Retter des Vaterlandes » gepriesen wurde. Später ist er dessenungeachtet ziemlich vergessen von seinem Volk gestorben. Die Tessiner schickten ihm als Dank für seine Bemühungen für alle Unterthanenländer eine goldene Medaille und die Urkunde ihres Bürgerrechts.

Bern verlieh dem Gouverneur Escher für seine Verwaltung des Jura ganz nach altem Style eine schwere Goldkette mit Denkmünze daran.

In Freiburg erinnerte man sich, dass man am 31. Januar 1798, in der damaligen Gefahr, eine Staatswallfahrt nach Einsiedeln gelobt hatte, — und der Staatsrath fand nun im Jahre 1815 — wie Tillier sagt — « es sei eine der ersten und heiligsten Pflichten, dieses Gelübde zu erfüllen », und beauftragte infolge dessen den Staatsrath von Gottrau, in Begleitung des Appellationsraths Berger, des Oberforstinspektors v. Werro [1]) und des Grossraths Banderet diese Wallfahrt auf Staatskosten, aber ohne Prunk, anzutreten und dieselbe, « mit der ihnen eigenen ungeheuchelten

---

[1]) An dessen Stelle trat dann, einer Notiz der Allg. Ztg. vom 3. Oktober zufolge, Alt-Venner M. v. Raemi.

Andacht und Demuth nach dem Sinne des Gelübdes zu erfüllen » —.

In Nidwalden vollzog sich ein andersartiger Akt der Gerechtigkeit. Der Obervogt Zelger, Mitglied einer bekanntenMagnatenfamilie und ein Haupturheber der langen Renitenz gegen die Eidgenossenschaft, wurde wegen gemeiner Fälschung eines Schuldtitels in contumaciam kriminell verurtheilt und aller seiner Aemter und Ehren beraubt. Das brave Nidwaldner-Volk konnte zu spät einen Theil seiner Rathgeber kennen lernen.

In Schwyz erfolgte die definitive Mediatisirung der Republik Gersau.

Dieser souveräne Staat allein, der 1332 mit Luzern zugleich in den Bund der Eidgenossen eingetreten war, erlangte, weil er stets bloss als eine Art von zugewandtem Orte gegolten hatte, seine Selbständigkeit nicht wieder, sondern wurde nach vielem Sträuben seinerseits und erst am 22. Juli 1817 dem Stande Schwyz einverleibt, mit folgender Urkunde:

« Beschluss der Tagsatzung betreffend die Vereinigung des Fleckens und der Landschaft Gersau mit dem Kanton Schwyz.

(Vom 22. Juli 1817.)

§ 1.

Infolge der von der Eidgenossenschaft einmüthig angenommenen Erklärung des Wiener Kongresses und der im ersten Artikel des Bundes-Vertrages ausgesprochenen Gewährleistung des Gebiets aller Kantone, sollen der Flecken und die Landschaft Gersau mit dem Kanton Schwyz vereinigt sein, auf immer ein Bestandtheil desselben verbleiben und somit ehemalige Bundes- oder Schutz-Verbindungen hiebei weiter in keine Betrachtung kommen.

§ 2.

Die Landschaft Gersau, als integrirender Theil des Kantons Schwyz, wird der Regierung dieses hohen Standes

freundeidgenössisch dahin empfohlen, dass dieselbe, von sich aus, die nähern Verhältnisse des Kantons zu dieser Gemeinde, mit möglichster Rücksicht auf das Wohl und die Wünsche dieser letztern, festsetzen möge (O. S. I., 41). »

Trotz seiner geringen materiellen Bedeutung ist diess doch ein sehr charakteristischer staatsrechtlicher Akt. Er hiess: Die Zeit der zugewandten Orte und der Unterthanen, der mittelalterlichen Mannigfaltigkeit des eidgenössischen Lebens überhaupt, ist vorüber. — Die eidgenössische Staatsgeschichte konzentrirt sich fortan bloss noch auf zwei Lebensgebiete, das der Kantone und das der Eidgenossenschaft, die vorläufig allerdings noch eine Zeit lang bestimmt sind, nebeneinander herzulaufen, und sich erst später vereinigen werden zu Einem Strome nationalen Fühlens und Denkens. Dass nicht auch die Kantone in der grossen Uebergangsperiode von der alten zur modernen Geschichte mediatisirt werden konnten, darin lag der Irrthum der Helvetiker und diesen Wahrspruch der Geschichte, der gegen sie lautet, mussten sie sich gefallen lassen.

Auch wir müssen, so sehr wir ihnen persönliche Sympathien zollen, jetzt auf dieses negative Resultat ihres politischen Strebens mit Befriedigung hinsehen. Die Kantone hatten noch eine Aufgabe in unserer Geschichte zu erfüllen, der die Eidgenossenschaft nicht gewachsen war. Sie mussten zuerst, jeder in seinem engeren und bekannteren Lebenskreise, die noch thatsächlich bestehende mittelalterlich-feudale Vielgestaltigkeit des Rechtes aufheben und aus vielen in ihren Rechtsanschauungen und -Verhältnissen getrennten Städten und Landschaften einheitliche moderne Staatsorganisationen schaffen. Und die liberalen Ideen, die 1789 in die Welt gekommen waren, mussten in diesen kleineren Gebieten zuerst gepflegt und durchgekämpft

werden. Auf dem Boden moderner liberaler Kantone ist sodann ein Menschenalter später die moderne liberale Eidgenossenschaft gewachsen. In der Eidgenossenschaft von 1815 hätte die Mehrheit diese Ideen erstickt.

Diesen Gedanken eines allmäligen Fortschritts zu fassen, fehlte es übrigens den Helvetikern nicht an der praktischen Begabung, sondern bloss an der Zeit. Es besteht eben ein tiefer und unlöslicher Widerspruch zwischen den Ideen des kurzlebigen Menschen und dem Tempo des fortschrittlichen Entwicklungsgangs bei den Völkern, ein Widerspruch, den man sich einmal im Leben ganz klar machen muss, um niemals in Missmuth oder Gleichgültigkeit zu versinken — zwei Klippen, die jeden Politiker bedrohen, wenn das Alter über ihn kommt und die Resultate seines Lebens ihm zu gering erscheinen. Es muss ihm dann eben genügen, ein Kämpfer für das als wahr und recht Erkannte gewesen zu sein. Im Uebrigen säet der Eine, der Andre schneidet, und beides hat seinen eigenen Werth und Reiz. Die Saatzeit ist vielleicht sogar idealer als die Zeit der Ernte. Wir haben seit 1848 geerntet, was Generationen der edelsten Patrioten unseres Landes von 1798 ab säeten und über was im Jahre 1815 zunächst ein grosser Frühlingsfrost fiel. Es musste auch in der That zuerst ein anderes Geschlecht in der Eidgenossenschaft aufwachsen als das, welches aus den beständigen fruchtlosen Stürmen der Helvetik und aus der elenden Zeit der Fremdherrschaft von 1803—1815 hervorgegangen war. Mit diesen Menschen, die an den Gedanken der Abhängigkeit gewöhnt waren, konnte keine neue Eidgenossenschaft aufgebaut werden [1]. Denn der Staat

---

[1]) Selbst Stapfer bezeichnet ja in einem bekannten Briefe die Idee einer Unabhängigkeit der Schweiz von Frankreich als eine blosse Chimäre, die sich niemals werde verwirk-

ist eben nicht ein abstraktes Ding für sich, das sein eigenes Leben hat, sondern die Summe der durchschnittlichen Intelligenz und des durchschnittlichen Charakters seiner Bürger. Dazu erforschen und erzählen wir auch die Geschichte unseres Landes in früheren Perioden. Wenn es wahr wäre, was Pessimisten behaupten, dass die Menschen aus den Erfahrungen ihrer Voreltern nichts lernen, so würden wir uns wenig versucht fühlen, eine im Ganzen so klägliche Periode, wie diejenige der «Langen Tagsatzung» neuerdings in Erinnerung zu bringen. In der Geschichte der Staaten pflegen sich aber politische Situationen zu wiederholen, weil sie eben die Resultate natürlicher Anlagen und sich gleichbleibender Verhältnisse sind, und die Klugheit der Staatsmänner besteht — neben einem gewissen Blick für Realität oder Schein, der mehr eine Charakter- als eine Geisteseigenschaft ist und auf eigener Vorliebe für das Eine oder Andere beruht — wesentlich in der wirklichen Kenntniss der Geschichte ihres Landes und derjenigen Staaten, die auf dasselbe traditionellen Einfluss haben. Die Völker aber werden geleitet, entweder durch eine wirklich geglaubte, auf wahrer individueller Ueberzeugung basirende Religion, so wie sie ungefähr im 16ten Jahrhundert lebenskräftig bestand, oder durch Patriotismus, welchen die Geschichte hervorbringt und nährt. Dann ist die Geschichte die Volksbibel. Am schlimmsten steht es, wenn beide Hebel versagen; dann bleiben nur materielle Interessen übrig, und diejenigen werden sich sehr täuschen, welche glauben, dass Völker jemals dadurch allein zusammengehalten werden können.

---

lichen lassen. Diesen Menschen würde unser jetziger staatlicher Zustand, mit dem so Viele unzufrieden sind, wie ein wahres Paradies von Glück erschienen sein.

Aus dem nämlichen Grunde eines Zweckes der Geschichte, der über die allgemeine Vermehrung menschlicher Erkenntniss hinausgeht, ist auch die oft gehörte Ansicht, dass man alles Historische lediglich aus seiner Zeit heraus beurtheilen müsse, keine uneingeschränkt richtige. Allerdings soll man es daraus verstehen lernen und mit der Milde beurtheilen, die das wirkliche Verständniss von Menschen und Situationen stets erzeugt. Aber es gibt doch Grundsätze der Sittlichkeit, des Rechtes und somit auch der Politik, die ewig und unveränderlich sind und nicht desshalb ausser Geltung gesetzt werden dürfen, weil sie zufällig einmal der öffentlichen Meinung einer Zeit, oder einer herrschenden Klasse der Gesellschaft nicht geläufig waren[1]). Sonst käme man zur Rechtfertigung der Glaubenskriege, der Ketzervertilgungen, der Bartholomäusnacht, ja am Ende zur Rechtfertigung der Kreuzigung Christi selbst, die ohne allen Zweifel auch der damaligen Anschauung in grossen Kreisen und einer gewissen, für den Historiker nicht ganz unbegreiflichen, « Staatsraison » entsprach[2]). Die Geschichte hat nach

---

[1]) Dass sie es nicht waren, darin liegt eben die Verschuldung dieser Zeiten und regierenden Klassen; darin besteht auch die Rechtfertigung unserer politischen Auffassung, wo sie von der bisherigen abweicht. Wir geben in allen wichtigen Fragen die Aktenstücke selbst Jedermann an die Hand, auf die wir unsere Beurtheilung stützen, und sind uns klar bewusst, soweit es eben nicht die ewigen Grundsätze von Recht und Sittlichkeit betrifft, für die Eifer am Platze ist, die vergangenen und gegenwärtigen Dinge durchaus sine ira et studio zu betrachten.

[2]) Manche Geschichtsschreiber unserer Tage sind auch auf dem besten Wege, alle solche Gräuelthaten als ganz natürliche Erzeugnisse der jeweiligen Anschauungen und der damaligen « Volksseele » begreiflich und regelrecht zu finden. Damit hört nach unsern Begriffen alle Würde der Geschichtsschreibung auf und wird dieselbe zum blossen gelehrten Handwerk.

unserer Auffassung zwar alle thatsächlichen Umstände und vorhandenen Motive gewissenhaft und unparteiisch aufzudecken, aber keineswegs dann sich eines jeden Urtheils darüber zu enthalten, und es erscheint immer als ein etwas verdächtiges Zeichen für Zeiten und Menschen, wenn sie allzu lebhaft Deckung hinter dem Schilde der sogenannten «Objektivität» suchen. In unserer Zeit braucht es keinen grossen Scharfsinn, um zu erkennen, dass die politischen und militärischen Situationen von 1813 und 1815 sich sehr leicht wiederholen können. Unter solchen Umständen wird die aktenmässige Auffrischung des etwas verblichenen Gemäldes zu einer Pflicht für alle Diejenigen, die es kennen; denn wir wollen jedenfalls nicht die von Gott verlassene Generation sein, in deren Händen die alte, 1815 wiederhergestellte Eidgenossenschaft endet und die mit einem ewig dauernden Brandmal an der Stirne auf der letzten Seite der Schweizergeschichte am Pranger steht.

Zwar ist die heutige Eidgenossenschaft in jeder Hinsicht besser situirt als diejenige von 1815, am Beginne der Geschichtsperiode, die sich jetzt wieder ihrem Ende nähert.[1]) Aber, setzen wir sofort aufrichtig und muthig hinzu, auch weit gefährlicher. Unter gleichen Verhältnissen, wie sie von 1803 bis 1815 bestanden, würden wir unter die angrenzenden Staaten heute getheilt werden. Diese Machtverhältnisse unseres kleinen Landes gegenüber den angrenzenden, jetzt stark kon-

---

[1]) Auch der Trost, den Demosthenes nach dem Falle von Olynth seinen Athenern gab, mag für uns bei der Betrachtung der Verhältnisse von 1813 und 1815 anwendbar sein: «Was für die vergangene Zeit schlimm war, ist für die Zukunft nützlich. Denn hättet ihr damals völlig richtig gehandelt, so wäre jetzt keine Hoffnung mehr vorhanden.»

zentrirten Staaten können wir im Wesentlichen nicht mehr ändern. Sie sind aus früheren Perioden her so gewachsen, wie die Völker allmälig geistig herangewachsen sind, welche aus diesen Staaten etwas Besseres geschaffen haben, als die Staatsmänner des Wiener-Kongresses es vermochten. Die reelle Frage, um die es sich jetzt für uns handelt, ist die:

Was wächst gegenwärtig bei uns?

Eine idealistisch angelegte, für die Erhaltung dieses ehrwürdigen Staatswesens begeisterte und überhaupt noch begeisterungsfähige Nation, oder eine gleichgültige, kalte, bloss mit den materiellen Seiten des Lebens beschäftigte Volksmasse, die auch allfällig unter andern politischen Bedingungen ihr Auskommen finden könnte — mit einem Wort: Patrioten oder Egoisten?

Diese Frage stellen wir zum Schlusse an die Leser dieser «Eidgenössischen Geschichten».

# Beilagen.

## I.

### Die Berichte des Militärbevollmächtigten der Alliirten in der Schweiz, Generalmajor von Steigentesch.

1815, April bis August.

Aus dem k. k. österr. Staatsarchiv.[1])

An den k. k. Herrn General-Major Freiherrn v. Steigentesch.

Wien, den 17. April 1815.

Der Zweck Euer Hochwohlgeboren Sendung in die Schweiz ist rein militärisch; Sie werden sich daher mit diplomatischen Verhandlungen nur dann und in so weit befassen, als Sie von dem Fürsten v. Metternich dazu besonders beauftragt werden könnten.

---

[1]) Die Aktenstücke sind vollständig und in ihrer Reihenfolge wiedergegeben. An einigen Stellen fanden wir es angemessen, die im Original stehenden Namen wegzulassen und durch Punkte zu ersetzen. Dagegen trugen wir kein Bedenken, das Schlussstück (enthaltend das Verzeichniss der von Steigentesch zur Dekorirung empfohlenen Personen) ohne irgendwelche Aenderung aufzunehmen, da Jedermann billigerweise berücksichtigen wird, dass solche Dinge damals ganz anders beurtheilt wurden, als es heute der Fall sein würde. —

Der Verfasser dieser für uns sehr interessanten Berichte, August, Freiherr v. Steigentesch, war geboren zu Hildesheim 1774 und stammte angeblich durch seinen Grossvater Conrad, einen s. Z. berühmten Schauspieler (dessen Sohn dann bei dem Reichskammergericht in Wetzlar Anstellung fand und in den Adelstand erhoben wurde) aus der Schweiz. Seine schauspielerische Abkunft bewies er u. A. auch durch zahlreiche dramatische Arbeiten im Genre Kotzebue's. Als Diplomat wurde er zuerst im Jahre 1809 in nicht sehr vortheilhafter Weise dadurch bekannt,

Nach dieser Voraussetzung empfehle ich Euer Hochwohlgeboren nur in Kürze diejenigen Punkte, die Ihre besondere Aufmerksamkeit erfordern.

In der Zusammensetzung der eidgenössischen Armee ist so viel Heterogenes, dass es unser erstes Augenmerk sein muss, so viel möglich Einheit in die Oberleitung dieses Körpers zu bringen, wenn wir mit einiger Beruhigung auf sie rechnen wollen.

Die Schwierigkeiten, welche sich hier allenthalben im Innern selbst, wie auch durch äussere Einwirkung, entgegenstemmen, verkenne ich keineswegs; — ich habe sie wohl erwogen, und in dieser Absicht gerade Sie für diesen Posten gewählt, — weil ich glaube, dass er ein sehr ausgezeichneter auf dem gegenwärtigen Schauplatze der europäischen Weltbegebenheiten ist und Euer Hochwohlgeboren somit ein weites Feld zur rühmlichsten Auszeichnung eröffnet.

Da mein Wunsch hauptsächlich dahin geht, dass Sie die Bewegungen der Schweizer und die Zusammenwirkung ihrer Operationen mit jenen der Alliirten Armeen leiten und im Einklange erhalten sollen — so wird es Ihrer Einsicht nicht entgehen, mit welcher Behutsamkeit Sie die Mittel werden wählen müssen, um unter den bestehenden Umständen sich des Willens der Häupter dieser Armee zu versichern.

Sie werden vor Allem suchen müssen, sich im Allgemeinen Vertrauen zu erwerben und sich auch vor dem Scheine der Anmassung des Oberbefehls verwahren. Man soll Sie

---

dass er wichtige Angelegenheiten, von denen er als österreichischer Unterhändler bei dem preussischen Hofe (damals in Königsberg) Kenntniss hatte, an den westphälischen Gesandten in Berlin, Baron v. Linden, entweder verrieth, oder, wie dieser selbst sagt, « aus Leichtsinn » mittheilte. Vgl. darüber einen Aufsatz von Professor Alfr. Stern in der Sybel'schen historischen Zeitschrift, Band 44. Später erwarb er sich trotzdem das volle Vertrauen Metternichs, der ihn dann zuerst zu einer Mission nach Schweden gebrauchte, sodann in Kopenhagen als österreichischen Residenten anstellte und endlich 1815 nach der Schweiz schickte. Nach dem Kriege ging er mit Kaiser Alexander von Russland zeitweise nach Petersburg und wohnte später u. A. auch noch dem Kongress von Verona bei. Er starb 1826 in Wien. Von seiner Biographie (in Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich) wird er als ein grosser Lebemann geschildert, « der Alles für sich einzunehmen verstand » und überall, selbst im Spiel, ein ungewöhnliches Glück hatte.

[illegible] Ihrem Rath [illegible] und für dringende Fälle durch Ihr Organ die Unterstützung der Alliirten bieten dürfen: — [illegible] Leitung der [illegible] Armee aufdringen. — Es ist unnütz und überflüssig, alle die Staaten [illegible] wo besondere Betrachtungen gebieten [illegible] Ihrem eigenen Ermessen überlassen und habe mich versichert, dass Sie die nöthigsten Mittel zum Zwecke wählen werden.

Euer Hochwohlgeboren werden sich sehr bemühen, die umfassendsten Data über den Zustand und den eigenthümlichen Geist der eidgenössischen Armee zu erheben: — sich ebenso erkundigen, welche Massregeln zur Vertheidigung des Landes getroffen wurden: — vor Allem aber zu ergründen suchen und mir sogleich berichten, von welchem Zwecke die Eidgenössische Tagsatzung zu Zürich bei Aufstellung ihrer Kontingents-Truppen eigentlich ausgegangen ist: «ob bloss zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität,» um welche sich bisher noch immer alle ihre Wünsche gedreht haben, oder «ob sie entschlossen sind, sie aktiv gegen Frankreich zu verwenden?»

Sie werden sich, wenn letzteres, wie fast zu vermuthen, nicht der Fall sein sollte, bemühen, sie dazu zu bewegen. — Als Gründe dafür kann die Unmöglichkeit, sie im Innern ihrer eigenen Vertheidigung zu überlassen, und die grosse Erleichterung für die Erhaltung ihrer Truppen auf fremdem Boden angeführt werden. Alle Gründe dagegen widerlegen Sie durch die Versicherung der nachdrücklichsten Unterstützung von unserer Seite, besonders mit Kavallerie.

Auf die Vorrichtung der Sperr-Punkte St-Maurice, la Porte de Jex, jenes (?) im Val Travers, von Pierre Pertuis etc., sowie auf die Befestigung der angemessenen Punkte an der Aare werden Sie dringend antragen, und hauptsächlich die Stellung zwischen Yverdon und Lausanne, dann jene zwischen dem Bieler- und Neufchâteller-See — auf welcher die Vertheidigung der Schweiz eigentlich beruht — der Aufmerksamkeit der Eidgenossen empfehlen: damit sie in Vertheidigungsstand gesetzt werden.

Ich werde dafür Sorge tragen, dass ein Truppen-Korps bereit stehe, um in die Schweiz zu rücken, wenn es entweder die Umstände unsererseits fordern, oder die Schweizer selbst darum ansuchen sollten.

Eine der dringendsten und unbedingtesten Nothwendigkeiten für unsere Operationen in Italien, wie in Deutschland, sind zwei Militärstrassen über Basel und über den Simplon nach Frankreich, und eine Kommunikationsstrasse vom Rhein nach Italien. Ich meinerseits würde sie zu einer unerlässlichen Bedingung machen; Euer Hochwohlgeboren werden daher auf diesen wichtigen Gegenstand Ihre ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit richten.

Sie werden sich vor der Hand nach Zürich verfügen, um Ihre Kreditive zu überreichen; sich mit Herrn v. Schraut ins Einvernehmen setzen, um die nöthigen Verbindungen anzuknüpfen, und mich nächstdem ausser den rein militärischen Gegenständen von allen politischen Ereignissen und von Allem, was mir in irgend einer Beziehung zu wissen nützlich sein kann, unterrichten.

Sie werden ferner alle Mittel anwenden, um unausgesetzt Nachrichten von Frankreich zu erhalten und daher ein aufmerksames Auge auf Alles haben, was entweder unserer Armee von Italien, oder der vom Oberrhein schädlich oder nützlich sein könnte. Sie werden desshalb mit Kredit-Briefen und stets mit den nöthigen Mitteln jeder Art versehen werden, um Kundschafter in allen Richtungen nach Frankreich zu senden und mir dann ununterbrochen und wenigstens jede Woche einmal bestimmte Nachrichten von dorther zu verschaffen.

Da wir uns endlich mit Frankreich schon im vollkommenen Kriegszustand befinden, so muss uns sehr viel daran liegen, mit den königlich Gesinnten in Verbindung zu bleiben. Diese einzuleiten fordert viele Behutsamkeit. Euer Hochwohlgeboren wollen aber hierin nichts versäumen, da es von der äussersten Wichtigkeit ist, diese Partei zu ermuntern und zu vermehren. Aus eben diesem Grunde aber ist es auch sehr zu wünschen, dass Sie sich nicht voreilig in bedeutende Unternehmungen einlassen, sondern dazu den Zeitpunkt unserer Mitwirkung abwarten mögen.

Sie werden sich's insbesondere angelegen sein lassen, durch Eröffnungen über unsere Bewegungen und Anstrengungen, sowie durch schleunige Verbreitung aller unserem Zwecke entsprechenden Nachrichten sie zu ermuthigen.

Ihre Berichte haben Sie bis zum 1. Mai nach Wien, — zwischen dem 1. und 8. aber nach Linz, Ulm oder Heil-

bronn zu schicken, in welch letzterem Orte ich mein Hauptquartier nehme.

Schwarzenberg.

Zurich, le 26 avril 1815.

*Mon Prince!*

J'ai l'honneur d'annoncer à Votre Altesse mon arrivée à Zurich dans la soirée d'hier. Dès les premiers moments, j'ai été rassuré sur la situation de la Suisse, car Monsieur Canning avait jeté l'alarme à Munich, en demandant à la cour de Bavière, par l'entremise du ministre anglais, monsieur Rose, de prompts secours en artillerie et cavalerie, croyant la Suisse menacée d'une invasion de la part des Français. Monsieur de Schraut aura déjà eu l'honneur d'informer Votre Altesse.

J'ai remis ce matin à monsieur le président de la Confédération helvétique la dépêche de Votre Altesse, ainsi que celle de monsieur le prince de Schwarzenberg. Il m'a exprimé en termes généraux l'adhésion de la Suisse aux principes des puissances alliées, et son désir de mériter la confiance qu'elles lui témoignent.

J'ai l'honneur d'envoyer ci-joint à Votre Altesse la copie de mon rapport à monsieur le prince de Schwarzenberg, contenant un plan de dispositions pour la défense de la Suisse, qui, si je réussis à le faire accepter, trouvera, j'espère, d'autant plus l'approbation de Votre Altesse, qu'il nous rapproche successivement, d'après ses ordres, du but proposé, sans épouvanter l'humeur inquiète des Suisses et sans alarmer la France

Je supplie Votre Altesse d'agréer l'assurance de mon profond respect.

*Steigentesch.*

Seiner Durchlaucht dem en chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 27. April 1815.

Ich habe die Ehre, Eurer Durchlaucht zu melden, dass ich vorgestern hier ankam. Die Gefahr eines nahen Angriffs auf die Schweiz hat sich hier glücklicherweise nicht bestätigt. Eine Depesche des englischen Ministers Canning an seinen

Kollegen in München und eine dringende Aufforderung an die bayrische Regierung, die Schweiz schleunig mit Kavallerie und Artillerie zu unterstützen, hatten diese Gefahr sehr wahrscheinlich gemacht und mich bewogen, an den Fürsten Hohenzollern zu schreiben, um ihn in diesem Falle zu einer thätigen Hülfe für die Erhaltung der Schweiz aufzufordern. Herr v. Schraut hatte ihn schon vor meiner Ankunft über die Lage der Schweiz beruhigt.

Die an den Grenzen der Schweiz aufgestellten Truppen bestehen nach den neuesten Nachrichten, in Grenoble, aus 1 Bataillon Sappeurs, 2 Bataillons Artillerie zu Fuss, 1 Regiment reitender Artillerie (bei dieser Anhäufung von Artillerie auf einem Punkte scheint mir ein Irrthum in den Zahlen zu sein, oder sie ist bestimmt, einem Truppen-Korps, das sich hier bilden soll, anzugehören), aus dem 36. Linien-Infanterie-Regiment, und 1 Bataillon des 83. Regiments. Besançon wurde eilig mit Lebensmitteln versehen; eine hinlängliche Besatzung wurde dort erst erwartet; ebenso zu Belfort, wo bis jetzt erst die Nachricht angekommen war, dass sich ein Korps von 25,000 Mann, unter Lecourbe, dort versammeln sollte. Die Besatzung von Hüningen besteht aus 4000 Mann, die vorgestern durch zwei Kompagnien Artillerie verstärkt wurde. Der Landammann will die Nachricht haben, dass die Linientruppen in allen diesen Festungen grösstentheils durch Kohorten ersetzt werden sollen, um die Armeen zu verstärken, die allen Nachrichten zufolge in den zwei Richtungen, gegen Lille und Mainz, aufgestellt werden.

Eine Nachricht in den französischen Blättern ernennt den Kriegs-Kommissär Sachetti zum Unter-Inspektor der piemontesischen Truppen, die sich in Châlons-sur-Saone bilden. Diese Truppen, die wahrscheinlich aus den Missvergnügten bestehen, die Piemont bei dem Antritt der königlichen Regierung verliessen, scheinen mehr durch ihren Namen, als durch ihre Zahl, schrecken zu sollen. Auch die Truppen, die nach den Zeitungen über Lyon nach Chambéry ziehen, sind dort noch nicht angekommen.

Der Landammann, dem ich gestern die Schreiben Eurer Durchlaucht und des Fürsten von Metternich übergab, antwortete mir in allgemeinen Ausdrücken, dass die Schweiz ganz mit den Grundsätzen der hohen Mächte einverstanden

sen und [illegible] werde, ihr Vertrauen zu erhalten und zu [illegible].

Mein Aufenthalt ist noch zu kurz, um eine eigene Ansicht über die Stimmung des Landes, seine Hülfsmittel und die Aufstellung der Truppen zu haben. Den Plan, den ich mir daher über meine Sendung entworfen habe und der, wie ich glaube, die Hauptpunkte meiner Instruktionen erfüllt, wird eine nähere Kenntniss des Landes und der Menschen in einzelnen Theilen berichtigen; aber ich glaube, dass er uns, ohne Aufsehen zu erregen und sicher, unserm Zwecke näher führt.

Nach dem, was ich von der Aufstellung der Schweizer-Truppen höre, scheinen mir alle Streitkräfte zu vereinzelt dazustehen. Dieses unglückliche Cordon-System, das überall zu schwach ist, dem Andrang, selbst einer kleinen Macht, zu widerstehen, muss vor allen Dingen aufgehoben werden. Die Truppen der kleinen Kantone, mit den Gebirgen bekannt, müssen die Engpässe des Jura und die Bergkette hinter Basel besetzen; die Walliser den Pass von St. Maurice, der die Strassen über den Bernhard und den Simplon deckt, wo, wie bekannt, 1000 Mann eine grosse Macht tagelang aufhalten können. Die übrigen Truppen, unter denen die aus Frankreich kommenden — die nächstens eintreffen – und die im Auslande gedienten den Kern bilden, müssen in eine grosse Masse zusammengezogen und in der Mitte der beiden Endpunkte der Schweiz, zwischen Genf und Basel, aufgestellt werden. Aarberg, Murten oder Payerne scheinen mir hiezu die richtigsten Punkte, besonders der letzte, der Genf näher ist, da Basel durch die sich immer mehrenden Truppen in Deutschland mit jedem Tage mehr gesichert wird. Die bei Genf aufgestellten Truppen müssen mit denen dort in der Nähe befindlichen sardinischen, sowie die bei Basel mit den badischen Truppen in Verbindung stehen, um im Fall eines Angriffs mit vereinter Kraft zu wirken. Eine nähere Ansicht wird mich überzeugen, in wie weit man sich auf die Mitwirkung der sardinischen Truppen verlassen darf. Auf jeden Fall kann ein thätiger Gebirgskrieg von dieser Seite den Feind mehrere Tage lang aufhalten, und zwei bis drei starke Tagmärsche sind hinreichend, die ganze Masse der Schweizer Kräfte auf dem einen oder dem andern bedrohten Punkte zu versammeln. Wir gewinnen

bei dieser Aufstellung zugleich, dass eine Ordonnanz-Linie durch die ganze Schweiz gezogen wird, welche die Verbindung der deutschen und italienischen Armee beschleunigt, und die durchaus in einem Lande nöthig ist, dem alle Post-Anstalten fehlen. Zur grösseren Sicherheit der vorgeschobenen Truppen werde ich dann vorschlagen, einige Punkte zu befestigen, um sie gegen einen Ueberfall zu sichern. Diese befestigten Punkte dienen später dazu, bei dem Vorrücken der Verbündeten ihre Magazine dort anzulegen und so die kürzere Zufuhrlinie zu sichern. Alle diese Vorbereitungen werden beendigt sein, bis die Operationen der grossen Armee anfangen; erscheint diese an den Grenzen der Schweiz, so gehen alle Unterhandlungen schnell; das, was man haben wollte, ist geschehen, und nur so lässt sich nach meiner Ansicht die Schweiz zu grossen militärischen Zwecken benutzen. Alle Forderungen, die jetzt an die Tagsatzung gemacht werden könnten, würden in Ueberlegung genommen, öffentlich bekannt; unsere Absicht, die Schweiz in den grossen Kampf zu verwickeln, sichtbar, und die Franzosen auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die sie von dieser Seite bedroht, würden vielleicht alle Kräfte aufbieten, ehe die Armeen der Verbündeten an ihren Grenzen versammelt sind, um sich wenigstens eines Theils der Schweiz, und so der kürzeren Verbindung zwischen Deutschland und Italien zu bemächtigen.

Ich werde suchen, hier meinen Gründen über die neue Truppen-Aufstellung bei der Regierung Eingang zu verschaffen, dann nach Bern zum General Bachmann eilen, um die Ausführung dieses Planes zu beschleunigen.

Von dem Geiste der aus Frankreich zurückkehrenden Schweizer-Truppen lässt sich Alles erwarten. Euer Durchlaucht wird es bereits bekannt sein, dass, als man die Offiziere dieser Regimenter von den Gemeinen trennte, um diese nachgiebiger zu machen, die Unteroffiziere zusammentraten, unter sich, vom Obersten an, alle Offizierstellen besetzten, die Gemeinen ihnen Gehorsam und zugleich versprachen, wenn diese neu gewählten Offiziere wieder von ihnen getrennt würden, sie durch eine neue Wahl zu ersetzen, um von ihnen in ihr Vaterland zurückgeführt zu werden. So bekannt diese Thatsache auch ist, so wiederhole ich sie doch gern als einen Zug von Ehre und Treue, die

in dem Lande, wo diese Handlung geschah, nur noch von den Fremden gekannt zu sein scheint.

Der neapolitanische Geschäftsträger Simonetti ist noch in Bern, und obwohl er von der Tagsatzung in seiner diplomatischen Eigenschaft bei allen Mittheilungen übergangen wird, so ist Herr v. Schraut doch mit mir übereingekommen, seine gänzliche Entfernung zu verlangen, denn es ist unmöglich, bei dem Anfang der Operationen einen Menschen von so anerkannter Thätigkeit für seine Sache in dem Rücken der Armeen zu dulden. Der Güte und den Einsichten des Herrn v. Schraut verdanke ich jeden Schritt, der mich bisher meinem Ziele näher führte, und von ihm unterstützt, hoffe ich bei seinem Eifer für die Sache, der wir angehören, und seiner Thätigkeit und seinen Einsichten, die ihn auszeichnen, die Befehle Eurer Durchlaucht grösstentheils zu vollziehen, die den Zweck meiner Sendung ausmachen.

S. D. dem Fürst von Schwarzenberg.

Zürich, den 29. April 1815.

Ich hätte sehr gewünscht, diesen Bericht bereits aus Bern zu datiren; aber die Krankheit unserer Zeit zu überlegen, statt zu handeln, scheint in diesem Lande entstanden zu sein. Ich habe mich darauf beschränkt, die Regierung zu ersuchen, mit dem General Bachmann alle Massregeln festsetzen zu dürfen, welche die Aufstellung der Truppen und die Sicherheit der Schweiz nöthig machen, ohne über den Marsch jeder Kompagnie erst die Erlaubniss der Tagsatzung immer erwarten zu müssen. Wenn ich diess nur bald erlange, so hoffe ich, in Bern handeln zu können, da ich hier meine Zeit mit Besuchen und Förmlichkeiten verliere.

In Basel ist noch jetzt die Niederlage der französischen Offiziere. Der Präfekt des Oberrheins, Desportes, hält dort seinen Agenten Blanchard, um den sich hauptsächlich alle Fabrikarbeiter der Schweiz sammeln, die bei der Sperre des Kontinents gewinnen, und diess sind zum Theil die Menschen, durch die Frankreich auf die öffentliche Meinung in der Schweiz wirkt. Ich habe die Regierung auf diesen Unfug und die schlechte Polizei in Basel, die nichts hindert und alles zulässt, aufmerksam gemacht, da Vorsichtsmassregeln dieser Art in dem Kreise einer Armee, zu dem Basel gehört, durchaus nöthig sind. Ich schreibe darüber heute noch

dem Fürst Hohenzollern, der als dort in der Nähe kommandirender General diese Massregel dringend von dem Magistrate in Basel fordern kann. Ein Zeitungsartikel, nach welchem der ehemalige Polizei-Präfekt Heynau in Karlsruhe ohne Pass nach Basel und von dort nach Frankreich ging, gab mir den Anlass zu meiner Vorstellung an die Regierung. Im Badischen selbst ist nicht die geringste Vorsichts-Massregel genommen; ich bin, ohne selbst an der Grenze gefragt zu werden, durch den badischen Landstrich gereist und bei Mörseburg[1]) in der Nacht über den See gesetzt worden, ohne die Neugier einer Behörde zu reizen. Ich glaube, dass diess einer schleunigen Abhülfe bedarf, und ich habe Herrn v. Schraut ersucht, gleich desshalb an unsern Geschäftsträger in Karlsruhe zu schreiben. Heute Abend ist endlich die erste Zusammentretung des Ausschusses der Tagsatzung über meinen Auftrag, und morgen werde ich, wie ich hoffe, dazu eingeladen werden, um meine Aufträge auseinander zu setzen. Was mir diese Scene sehr erleichtern wird, ist, dass mir der Präsident der Konföderation selbst über die zerstreute Aufstellung und das so oft wechselnde Hin- und Her-Bewegen der Truppen geklagt hat. Ich werde dann gleich mit der Einwilligung und selbst mit dem Wunsche der Regierung nach Bern gehen und Alles aufbieten, dass der Plan der neuen Aufstellung wenigstens in seinen meisten Theilen schnell ausgeführt wird. Meine erste Sorge wird dann sein, eine Ordonnanz-Linie zu ziehen, die sich von der deutschen Armee bis zur italienischen Schweiz fortzieht, um eine schnelle Verbindung zwischen Deutschland und Italien festzustellen, und dann mit dem General Bachmann über einige Punkte übereinzukommen, die man an der Abdachung des Jura wenigstens durch Erdverschanzungen gegen jeden Ueberfall sichern muss.

Vor allen Dingen scheint es mir nöthig, Verbindungen mit dem mittäglichen Frankreich anzuknüpfen. Wenn auch die Gerüchte, dass in Marseille die weisse Fahne weht, und andere dieser Art Erfindungen von Emigrirten sind, die immer durch ihr Prisma sehen, was sie wünschen, so scheint es doch gewiss, dass der Geist des Missvergnügens dort schneller, als in den übrigen Provinzen, das Volk für die

[1]) Meersburg a. Bodensee.

gute Sache bewaffnen wird, sobald es durch Truppen unterstützt wird. Zwei Schweizer Kaufleute, die gerade aus Bordeaux kommen, bestätigen es, dass niemand dort eine öffentliche Stelle annehmen will, gar keine Geschäfte gemacht werden, viele der ersten Kaufläden geschlossen sind, und Bestürzung und Missvergnügen allgemein sind. Ein Theil der Haufen, die für den König kämpften, haben sich in den Gebirgen zerstreut; andere leben jetzt ruhig in ihrer Heimat, bis sie ein entschlossener Anführer oder eine Hülfe von aussen wieder unter ihre Fahnen sammelt. Wo die Soldaten Bonaparte's nicht sind, wird das Missvergnügen laut, und ein Land, das durch die Ausführung der Erzeugnisse seines Bodens und seines Kunstfleisses reich wird und in dem jetzt alle Fäden der Betriebsamkeit stocken, kann unmöglich einer Ordnung der Dinge angehören wollen, die seinen Wohlstand vernichtet.

Der richtige Massstab des öffentlichen Vertrauens sind die Bankaktien in Paris, die noch vor zwei Monaten auf 1185 Franken standen und am 22. April bis auf 820 Franken gefallen waren.

Nach den neuesten Nachrichten scheinen wirklich alle Linientruppen zusammengezogen und die Bewachung der festen Plätze meistens den Kohorten anvertraut zu werden. Hier folgt die Zahl dieser Kohorten, wie sie nach den neuesten Nachrichten in die festen Plätze vertheilt werden.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Besançon . . | 4,000 | Metz . . . . | 10,000 |
| Bayonne . . | 6,000 | Mont Louis . | 2,500 |
| Belfort . . . | 2,500 | Perpignan . . | 3,600 |
| Neubreisach . | 4,000 | Pfalzburg . . | 2,000 |
| Cherbourg . . | 5,500 | Saarlouis . . | 2,000 |
| Hüningen . . | 3,000 | Schlettstadt . | 3,000 |
| Landau . . . | 5,000 | Strassburg . . | 15,000 |
| Lille . . . | 12,000 | Thionville . . | 3,500 |
| Longwy . . . | 2,000 | Valenciennes . | 8,000 |

Ich werde suchen, Euer Durchlaucht immer die besten Schweizer-Zeitungen zu übersenden, aus denen man den Zustand in Frankreich meistens richtiger beurtheilen kann, als aus französischen Blättern. Sechs der besten — in der Schweiz werden nicht weniger als 24 herausgegeben — habe ich bereits bestellt, und da jetzt die Verbindung mit Frank-

reich längs dem Ufer aufgehoben ist, was in der Schweiz trotz allem Verbot nicht möglich ist, so frage ich gehorsamst an, ob Euer Durchlaucht auf diesem Wege nicht den Moniteur und einige andere französische Zeitungen zu erhalten wünschen.

S. D. dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 30. April 1815.

Noch gestern Abend war die Zusammentretung des Ausschusses der Tagsatzung, in der ich die Nothwendigkeit entwickelte, die verbündeten Mächte, und hauptsächlich E. D., zu überzeugen, dass die Schweiz, durch die Anstrengung aller ihrer Kräfte und die richtige Verbindung derselben sich selbst zu schützen und uns dadurch die nähere Verbindung mit Italien und die Basis unserer Operationen am Oberrhein zu erhalten wisse. Nach langen Diskussionen kamen wir endlich darin überein, dass die Regierung mich mit ihrer Vollmacht versieht, um die Massregeln, die ich zu dieser Absicht nöthig glaube, dem General Bachmann vorzulegen und mit ihm gemeinschaftlich auszuführen. Da ich mit dem ersten Schritte unmöglich mehr gewinnen konnte, so ersuchte ich die Tagsatzung, mir die nöthige Vollmacht auszufertigen. Ich erhalte sie eben und gehe noch diese Nacht nach Bern, wo ich morgen Nachmittag eintreffen werde.

Um die Verbindung zwischen Deutschland und Italien ohne lange Diskussion über das wie und wo aufzustellen, habe ich der Tagsatzung vorgeschlagen, die Ordonnanz-Linie zwischen diesen beiden Ländern auf die nämliche Art und auf den nämlichen Punkten herzustellen, wie sie die Franzosen im Jahre IX errichtet hatten. Ich kann es E. D. nicht oft genug wiederholen, wie nöthig, nach meiner Ansicht, eine schnelle, thätige Hülfe für den Geist des Missvergnügens im mittäglichen Frankreich ist. Jede Operation gegen Grenoble, Lyon, selbst vor dem Anfang auf den übrigen Punkten, würde unsere Kräfte vermehren, und einen Theil der französischen Streitkräfte, die zwischen Paris und Lille und Paris und Mainz aufgestellt sind, von dort abziehen. Die Aushebung der Nationalgarden findet täglich grössere Schwierigkeiten. Der General Desaix ist das einzige Mitglied der Armee, das sich bis jetzt in Chambéry eingefunden hat. Was ihm an Trup-

pen abgeht, sucht er durch andere Mittel zu ersetzen. Savoyen, das Pays de Vaud, wo er Verbindungen hat, und durch diese die Schweiz, werden von Libellen überschwemmt, die mehr oder weniger auf die öffentliche Stimmung wirken. Er hat angekündigt, dass er sein Hauptquartier nach St. Julien (hart an der Grenze des piemontesischen Antheils von Savoyen) verlegen wird, und eine Armee von 200 Pferden, die ihre Posten hart an den Grenzen ausgestellt haben, hat den guten Leuten in Genf einige Furcht eingeflösst, bis sie die Stärke dieser Armee erfuhren. Der General Desaix sollte ein Korps von Nationalgarden von Savoyen, der Bresse und der Landschaft Gex bilden; allein, statt in dem piemontesischen Antheil von Savoyen Unterstützung zu finden, haben sich die meisten waffenfähigen Einwohner des französischen Antheils in das Piemontesische, sowie die von Gex in die Schweiz geflüchtet, und vor zwei Tagen bestand dieses Korps aus 467 Mann, die schlecht bewaffnet waren.

Der neue Marschall Grouchy, der in Chambéry erwartet wurde, ist in Grenoble geblieben, wo Tag und Nacht an den Festungswerken gearbeitet und an jedem Thore Zugbrücken errichtet wurden; der Marschall Suchet, den man dort erwartete, hat sich von Lyon schleunig nach Marseille gewendet, was den Gerüchten von dort ausgebrochenen Unruhen wieder einige Wahrscheinlichkeit gibt. Das 83. und das 10. Linien-Infanterie-Regiment, die an den Unruhen im mittäglichen Frankreich Theil genommen hatten, sind von dort und der Gegend von Grenoble weggezogen und in einzelnen Bataillons verschiedenen Korps in den nördlichen Departements zugetheilt worden.

Ich werde, sobald ich mit dem General Bachmann über eine neue zweckmässige Aufstellung der Truppen, die Befestigung einiger Punkte und die Aufstellung der Ordonnanz-Linie übereingekommen bin, sogleich nach Genf gehen und keine Mühe sparen, Verbindungen in dem südlichen Frankreich anzuknüpfen und durch Nachrichten, die ich dort verbreiten lasse, den Muth einer Partei zu heben, die, allen Nachrichten zufolge, mit Ungeduld den Augenblick zu erwarten scheint, das Joch der neuen Ordnung zu zerbrechen.

Der bekannte Graf Scey, der die Ehre hat, E. D. aus Lörrach bekannt zu sein, ist in Neufchâtel, von wo aus er sehr thätig auf sein Departement (er war bekanntlich Präfekt

in Besançon) wirkt. Ich werde mich mit ihm in Verbindung setzen, da sein Eifer für die Sache, der wir dienen, bewährt ist, denn zwei königliche Kommissäre, die sich im Jura niedergelassen haben, um von dort aus auf den Geist zu wirken, sind mir zu wenig bekannt, um mich mit ihnen zu verbinden, und man hat wohl nie Unrecht, misstrauisch gegen jedes Mitglied dieses Volkes zu sein, das stets mit einer oder drei Farben an seinem Hute erscheint.

Meinen nächsten Bericht werde ich, den Befehlen E. D. gemäss, nach Heilbronn die Ehre haben zu senden.

Seiner Durchlaucht dem en chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten von Schwarzenberg.

Murten, den 4. Mai 1815.

Ich erhielt vor zwei Tagen die Befehle Euerer Durchlaucht durch den Oberlieutenant Baron Forgatsch. Meine drei früheren Berichte aus Zürich werden Euer Durchlaucht über das Schicksal der Schweiz beruhigt haben, und der Ort, aus dem ich die Ehre habe, diesen Bericht zu senden, beweist, dass mein Vorschlag der neuen Truppenaufstellung, den die Tagsatzung dem General Bachmann überschickte, bereits ausgeführt wird. Die Furcht trug dazu bei, diesen Vorschlag schnell annehmbar zu machen. Durch ein Missverständniss — dafür wird es wenigstens ausgegeben — hatten sich die französischen Posten in der Nacht vom 30. April den schweizerischen Posten genähert; diese hatten, da sie auf ihr Anrufen keine Antwort erhielten, Feuer gegeben, die Reserven waren schnell herbeigeeilt und es entstand ein ziemlich lebhaftes Gewehrfeuer, das einige Minuten währte und drei Franzosen das Leben kostete. Was dieses Missverständniss bedeutend macht, ist ein Bericht der Genfer Regierung, die eine Verschwörung entdeckt haben will, die Stadt den französischen Truppen zu überliefern, und da zugleich die Nachricht eintraf, dass auch bei Arschweiler[1]) vor Basel, die Vorposten auf einander geschossen haben, so ist mein Antrag sogleich angenommen worden, die Polizei in Genf und Basel, die bisher sehr schlecht und nachlässig

[1]) Allschwyl.

verwaltet wurde, den dortigen Militärkommandanten zu übertragen.

Uebrigens haben diese Vorfälle sehr wohlthätig auf den Gemeingeist gewirkt, denn alle vorliegenden Truppen und die Landleute fanden sich schnell auf ihren Sammelplätzen ein. Selbst die Gemeinden im pays de Vaud, wo sich der Geist der Unzufriedenheit am lautesten aussprach, schlossen sich unaufgefordert an die Truppen an.

Seit jenem Missverständnisse, werden die Schweizer Ordonnanzen, die bisher bei Versoix auf dem kürzesten Wege das französische Gebiet berühren mussten, um nach Genf zu kommen, von den französischen Posten zurückgewiesen. Kein Franzose wird dafür mehr in Genf und den umliegenden Gegenden angenommen und der Vorpostenkrieg ist gleichsam erklärt. Zugleich hat General Bachmann beschlossen, Verschanzungen vor Basel, den neuen französischen Schanzen bei dem Grabmale des Generals Abatucci gegenüber aufzuwerfen, und Basel selbst in Vertheidigungsstand zu setzen. Dies geschieht bereits und die Kanonen müssen jetzt schon auf die Wälle geführt sein.

Die Stadt Basel liegt, wie ein Blick auf die Landkarte Euer Durchlaucht überzeugen wird, ausser der Vertheidigungslinie der Schweiz, die an der Bergkette anfängt, die sich hinter Liechstall[1]) erhebt; aber ich glaube, dass den Wünschen Euer Durchlaucht nichts entsprechender sein kann als die Befestigung von Basel. Die Besatzung von Hüningen, die jetzt grösstentheils aus Nationalgarden besteht, kann nie etwas von Bedeutung auf diesen Ort unternehmen, der gegen jeden Angriff gesichert wird, und dadurch erhalten Euer Durchlaucht einen Punkt an der Grenze Frankreichs, der wenigstens fest genug ist, um als eine Hauptniederlage von Waffen und Lebensmitteln, die kürzeste Zufuhrlinie zu sichern. Genf, dessen Vertheidigungsmittel auch vermehrt werden, ist es auf der andern Linie für die Operation gegen Lyon; ein anderer fester Punkt an der Abdachung des Jura bei den Bieler Pässen (vielleicht Biel selbst, was ich erst untersuchen werde), und die Linie der Schweiz ist, wie ich glaube, hinlänglich gesichert, um alle Transporte ohne Gefahr der Armee folgen zu lassen.

---

[1]) Liestal.

Ich habe die Ehre, Euer Durchlaucht in der beiliegenden Karte die neue Aufstellung der Schweizertruppen gehorsamst anzuzeigen. Zugleich muss ich Euer Durchlaucht diese Karte, die jetzt erst in Zürich herausgekommen ist, als die beste der Schweiz anempfehlen, denn sie ist aus den besten Spezialkarten der Schweiz zusammengetragen. Die Mayer'sche ist auf den meisten Grenzen, hauptsächlich in Neufchâtel, Schaffhausen, dem Bisthum Basel und dem Kanton Tessin nach unrichtigen Zeichnungen entworfen. Die beiliegende ist unter dem Namen der Keller'schen in allen Buchhandlungen zu haben.

Die Stellung der Schweizertruppen ist folgende:

15,000 Mann werden in einem Lager (eigentlich Kantonirungen, die aber hier, wo Haus an Haus liegt, so gedrängt wie in einem Lager sind) zwischen Murten und Aarberg zusammengezogen. Diese bilden die Hauptmacht. Sie haben vor sich die Pässe des Jura (Brundruth[1]) und Biel, die durch vorgeschobene Posten, die ihre Ablösung und Reserven bei Biel haben, beobachtet werden. In zwei Stunden können alle Truppen an diesen Pässen versammelt sein. Es bedarf nur zwei angestrengte Tagemärsche, um diese Macht in Genf oder Liechstall, dem Endpunkte der Schweizer Vertheidigungslinie gegen Basel aufzustellen.

Durch die letzten Ereignisse bei Genf und das Anwachsen der französischen Streitkräfte an den Grenzen von Savoyen scheint dieser Punkt hauptsächlich bedroht zu sein, um so mehr, da durch die Nähe der deutschen Truppen Basel gesichert ist Bei Jverdun[2]) werden daher 8000 Mann unter dem Obersten Gaudy[3]) — die Eidgenossenschaft erkennt ausser dem kommandirenden keinen General bei der Armee — einem der thätigsten und entschlossensten Offiziere, aufgestellt. Diese Stellung ist eine der festesten der Schweiz. Drei Wege, die sich nach Jverdun, Moudon und Lausanne hinziehen, können die dort aufgestellten Korps schnell auf alle bedrohten Punkte in einem Marsche bis an die Grenze der Schweiz von jeder Seite führen. Der rechte Flügel dieser Stellung wird durch den Neuenburger See, der linke

---

[1]) Pruntrut.
[2]) Yverdon.
[3]) Gady.

durch einen Morast, der nur im heissesten Sommer austrocknet, und die Front durch die Orbe gedeckt, über welche drei hölzerne Brücken führen, die in einer halben Stunde abgebrochen werden können.

Genf selbst ist mit 1000 Mann unter dem Obersten Sonnenstein[1]) aus Solothurn, einem braven Offizier, besetzt. Der Geist der Einwohner ist vortrefflich und 1500 bewaffnete Bürger haben sich angeboten, bei jeder Gefahr den Dienst mit den Truppen zu versehen und ihre Vaterstadt zu vertheidigen. Ehe es möglich wird, diesen Punkt einzunehmen, kann die ganze Masse der Schweizer Streitkräfte dort angekommen sein. Der Pass von St. Maurice im Wallis wird durch 600 Walliser unter dem Grafen Courten, der sich schon im vorigen Kriege ausgezeichnet hat, vertheidigt. Zwei Berner Kompagnien sind ihm zugegeben. Zum Ueberfluss wird eine Mine angelegt, um bei dringender Gefahr einen Theil der Simplonstrasse zu sprengen, und zwei hölzerne Brücken, die diese Strasse verbinden, können in einer Stunde abgetragen werden. Von dieser Seite ist nichts zu befürchten.

In Neufchâtel stehen 400 Mann, welche dort die Strasse und Pässe beobachten. Sie können, wie Biel, in der nämlichen Zeit Unterstützung erhalten und ihr Rückzug über den See ist gesichert.

Basel ist durch zwei Bataillons (etwa 1000 Mann) besetzt. Auch hier hat sich die Bürgerschaft zur Vertheidigung der Stadt angeboten und nur im Fall, wenn die Truppen in Basel oder die ausgestellten Posten an der Grenze genöthigt wären, sich zurückzuziehen, ist bei Liechstall eine Reserve von 3000 Mann aufgestellt, die diese aufnimmt und sich dann auf die hinterliegende Gebirgskette, die eigentliche Vertheidigungslinie der Schweiz von dieser Seite, zieht. Alle übrigen Pässe werden nur beobachtet. Sie können nur gefährlich sein, dass leichte Truppen sich dort durchschleichen, um Verwirrung im Innern des Landes zu verbreiten, aber die oben angeführte Stellung deckt nach meiner Ansicht die Schweiz. Die Truppen sind in voller Bewegung und in fünf Tagen, wenn diese Aufstellung ausgeführt ist und ich mich davon überzeugt habe, bürge ich für die Sicherheit der

[1]) Vielmehr Sonnenberg.

Schweiz, wenn sie nicht mit einer zu grossen Uebermacht angegriffen wird, und auch dann wird der Feind keine grossen Fortschritte machen, denn er wird überall auf Hindernisse der Gegend und auf Truppen stossen, die entschlossen sind, ihm jeden Schritt streitig zu machen.

Die Ordonnanzlinie zwischen Deutschland und Italien wird morgen ausgestellt. Es ist eine ordentliche Militärpost, die in Basel jeden Abend um 9 Uhr abgeht Ich habe diesen Punkt vorgeschlagen, weil er bei allen Bewegungen nach Frankreich der nächstgelegene und die Linie kürzer als über Schaffhausen ist. Wichtige Depeschen müssen zu jeder Stunde gleich versandt werden; für besonders wichtige Aufträge werden an den Endpunkten der Linie vertraute Offiziere aufgestellt, die, wenn der Offizier, der sie abgibt, wieder zurückeilt, diese übernehmen und überbringen müssen.

Die Linie geht in dreifachen Richtungen, um den Bewegungen der italienischen Armee folgen zu können, über die Gemmi nach Sitten, über die Gemmi nach Simpeln (dem letzten Schweizerdorfe am Fusse des Simplon) und über Lausanne nach Genf. Von Mailand bis Simpeln und von Turin bis auf den Bernhardsberg müssen die Stationen von italienischer Seite eingerichtet werden. Ich schreibe diess heute an den Feldmarschall-Lieutenant Bubna in Turin, dem ich auch meine Meinung hierüber an den Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, beischliesse.

Die Franzosen ziehen in Eile Truppen bei Grenoble zusammen und alle Festungen, selbst die unbedeutendsten, werden mit Geschütz und Lebensmitteln versehen. Das 39. und 49. Linienregiment und das 2. Dragonerregiment waren in Grenoble angekommen; 10,000 Mann Infanterie sollten auf Wagen von der Nordarmee dort ankommen und man schätzte die Macht, die in wenig Tagen zwischen Grenoble und Chambéry aufgestellt werden sollte, auf 40,000 Mann. So sehr den hiesigen Grenzbewohnern jede Gefahr wie in einem Hohlspiegel erscheint, der Alles vergrössert, so glaube ich doch an die Zahl und die Zusammenziehung dieser Truppen. Der Punkt ist zu wichtig, die Grenze wird durch keine festen Punkte gedeckt, der Geist im mittäglichen Frankreich ist unruhig und der Rückzug der neapolitanischen Armee hat uns zu viele Streitkräfte übrig gelassen, die diese Grenze bedrohen. Aber in diesen Vertheidigungs-

massregeln, welche die letzten Ereignisse nöthig gemacht haben, liegt keine Gefahr für die Schweiz, an die hier Jedermann glaubt. Diese Gefahr hat indessen das Gute, dass hier alle Anstalten beschleunigt werden. Lecourbe hat den Posten bei Brundruth selbst ausgestellt und den dort kommandirenden Schweizer Offizier zu sprechen verlangt, dem er sagte, dass er die Bewegungen in der Schweiz nicht begreife, dass er an keinen Krieg zwischen zwei Völkern glaube, die sich so lange angehört haben, und dass er diesen Krieg als einen wahren Familienkrieg betrachten würde. Desaix hat bei Chambéry 10,000 Mann zusammengezogen, die ihre Posten über St. Julien längs der Grenze aufgestellt haben. Er hat in einem Briefe erklärt, dass er Genf sogleich nehmen würde, sobald die Oesterreicher den Schweizer Boden betreten. Die jetzige Aufstellung der Truppen wird ihn wenigstens an dem sogleich hindern. Ich werde über alles diess bald bestimmtere Nachrichten haben. Der General Watteville, Schultheiss von Bern, und der Generalquartiermeister Finsler haben mir zwei junge Leute empfohlen, die selbst Vermögen im Lande besitzen, die gestern nach Lyon abgereist sind und das südliche Frankreich, so weit als möglich, bereisen werden. Ich habe ihnen nicht nur versprochen, dass ich ihnen die Reisekosten vergüten werde, sondern auch eine Belohnung von Eurer Durchlaucht, wenn ihre Nachrichten ausführlich sind und richtig befunden werden.

Alle Nachrichten stimmen indessen darüber ein, dass Bonaparte durch die letzte Konstitution, die nichts weniger als demokratisch ist, einen grossen Theil seiner Anhänger beleidigt hat. Mehrere Offiziere nahmen ihren Abschied; so haben vor einigen Tagen in Grenoble vom 10. Linienregiment 12 Offiziere an einem Tage ihren Abschied gefordert (sic!) und ihn sogleich vom Marschall Grouchy erhalten. Die Regimenter sind nicht vollzählig, selbst der Geist, der sie belebte, scheint nicht mehr der nämliche zu sein, wenigstens werden die Aeusserungen des Enthusiasmus immer seltener. Der Reiz der Neuheit, der den Franzosen zu jeder Neuerung hinzieht, ist verschwunden und scheint, wenigstens bei Vielen, der Ueberlegung Platz gemacht zu haben, die nicht günstig für die neue Ordnung der Dinge sprechen kann. Je näher die Gefahr heranzieht und je gewisser sie wird, — bisher glaubte man nicht an den Krieg, — je stärker wird die

Zahl der Menschen, die überlegen, und obwohl ich an einen blutigen Kampf glaube, so bin ich doch, nach Allem, was ich höre, überzeugt, dass er kurz und ehrenvoll für die gute Sache sein wird. Das letzte Dekret, das befiehlt, Frei-Bataillons zu errichten, die von der Regierung weder Sold noch Waffen erhalten und gleichsam auf die feindlichen Länder angewiesen sind, um dort ihren Sold und die Auslagen für ihre Bewaffnung zu erheben, beweist die Grundsätze, welche die jetzt in Frankreich herrschende Partei entwickelt. Solche Dekrete sind nöthig, um die übrigen Völker zu belehren. In Frankreich hat dieses Dekret die üble Stimmung gegen die jetzige Ordnung der Dinge vermehrt. Carnot scheint sein Vertheidigungssystem der Festungen ausführen zu wollen, denn die meisten erhalten viel Wurfgeschütz und eine schwache Besatzung. Auch die kleinsten. wie Fort de Joux und l'Ecluse, werden auf sechs Monate verproviantirt. Bis jetzt sind dagegen nach Salins nur 600 Mann und nach Besançon 1200 bestimmt, die von der Bürgerschaft im Falle einer Belagerung unterstützt werden sollen. General Marulaz hat an dem letzten Orte das Kommando wieder erhalten.

Ich habe in dem General Bachmann einen Mann von 78 Jahren gefunden, der kaum 60 zu haben scheint. Er ist für sein Alter ausserordentlich thätig, von dem besten Willen und nur etwas Unentschlossenheit; sein weniges Durchgreifen und das Schwanken in seinen Meinungen und Entschlüssen verrathen sein Alter, von dem diese Eigenschaften beinahe unzertrennlich sind. Er scheint nicht gut umgeben zu sein. Der Meinungskrieg der Kantone wird auch im Hauptquartier fortgesetzt. Er hat zum Chef des Generalstabes den Obersten Hauser, seinen Schwiegersohn, gewählt, aber die Eidgenossenschaft hat diese Wahl noch nicht bestätigt. Indessen versieht dieser die Geschäfte mit Ordnung und Pünktlichkeit, und der innere kleine Dienst der verschiedenen Truppen scheint unter seiner Leitung zu gewinnen. Eine höhere Ansicht, kühne Entwürfe und eine schnelle Ausführung muss man von einem Mann von 58 Jahren nicht fordern, der vor der Revolution die französischen Dienste verliess, jetzt erst wieder die Uniform anzog und der mit seinen Begriffen und Kenntnissen wenigstens 30 Jahre hinter seiner Zeit zurückgeblieben ist. Der ausgezeichnetste Kopf scheint mir General Castella zu sein, der mit den Schweizer Offizieren aus

Frankreich zurückkam und, wie er mir sagt, die Ehre hat, Euer Durchlaucht bekannt zu sein. Aber er hat die öffentliche Meinung gegen sich, da er früher als ein erklärter Anhänger Bonaparte's bekannt war, unter dem er in Spanien und Russland diente. Er ist als Freiwilliger bei der Armee und lebt mehr in Freiburg, seiner Heimat, als im Hauptquartier. Ein Mann voll militärischer Kenntnisse und richtiger Ansichten, ohne je gedient zu haben, ist der Generalquartiermeister Finsler aus Zürich (sic!). Durch seine Mitwirkung ist hauptsächlich die neue Aufstellung der Truppen geschehen. Sein Ansehen wirkt nicht allein auf die Entschlüsse des Generals Bachmann, sondern auch auf die Regierungen der 22 Kantone, die der General Bachmann mehr als die französischen Truppen an der Grenze scheut. Ihm verdanke ich auch meine wenigen Kenntnisse über die Lage der Schweiz und die Zahl ihrer Truppen. Nur der Angabe der letztern widersprechen meine Erfahrungen und die Erkundigungen, die ich darüber an andern Orten eingezogen habe. Nach der Arithmetik des Herrn Finsler belaufen sich die aufgestellten Truppen über 30,000 Mann; ich habe Ursache zu glauben, dass sie nicht 24,000 betragen. Indessen erhalten sie täglich Zuwachs und sie kommen an, wie es die Kräfte der Kantone erlauben. Der Schweizer Soldat erhält nach gutem Gelde täglich 15 Kreuzer, anderthalb Pfund Brod und ein halbes Pfund Fleisch. Der Hauswirth muss Salz, Gemüse, Holz und Licht liefern, die der Kanton bezahlt, was bei der ausserordentlichen Theuerung in diesem Lande, besonders für die kleinen Kantone, unerschwingliche Summen kostet. Desswegen halte ich das neue Aufgebot von 30,000 Mann bloss für einen Kraftaufwand auf dem Papier, der so wie manches Andere der neueren Zeit, das geschehen sollte, in den Annalen der Schweiz als ein Denkmal des guten Willens aufbewahrt wird.

Ueber die Truppen selbst kann ich noch kein Urtheil fällen; einige Kompagnien, die hier vorbeizogen, zeichneten sich durch Haltung, Kleidung und gutes Ansehen aus, aber sie gehörten den grössern Kantonen an, die sich, besonders die des Kantons Bern, den besten Truppen in Europa an die Seite stellen lassen. Eine Waffengattung, die hier vortrefflich und zahlreich ist, sind ihre Jäger. Ich bin überzeugt, wenn man Waffen genug hätte, dass sich hier schnell

ein Korps von 10,000 Mann guter, geübter Schützen bilden liesse, die, durch ihre Gebirge an Beschwerden gewohnt, mit den Miquelets in Spanien wetteifern müssten.

Eine Massregel, die von ausserordentlicher Wirkung sein würde, wäre, wenn Ludwig XVIII., durch englisches Geld unterstützt, hier gleich ein Korps errichtete. Alle Offiziere versichern mir, dass in sechs Wochen 12,000 Mann im Dienste des Königs versammelt sein würden, und nach den letzten Vorfällen und dem Betragen der Schweizer in Frankreich lässt sich die moralische Wirkung dieser Massregel gar nicht berechnen. Der Schweizer Soldat ist dabei der einzige fremde Soldat, der in Frankreich wie einheimisch betrachtet wird, und alle Missvergnügten würden sich schneller um ein Korps sammeln, das seine Treue für die gute Sache, ohne Furcht und Eigennutz, bewährt hat.

Das Uebrige des Hauptquartiers besteht grösstentheils aus jüngern Leuten, die, wie es schon ihrem Alter angemessen ist, den Krieg wünschen. Aber alle diese Stimmen, die sich hier für den Krieg erklären, haben keine Stimme auf der Tagsatzung, wo alle Entschlüsse auf dem langen Wege der Ueberlegung und des Herkommens reifen, den fünf Jahrhunderte mit breiten Förmlichkeiten in diesem Lande ausgetreten haben.

Von der Neutralität der Schweiz ist in diesem Augenblicke keine Rede mehr. Dies Wort wird selbst in den öffentlichen Bekanntmachungen vermieden; in diesen sprechen sie bloss von der Vertheidigung ihrer Grenzen gegen Frankreich, und der Schweizer Soldat, der jetzt überall gegen dieses Land aufgestellt ist, kennt keinen andern Feind als die Franzosen. Die Truppen werden jetzt näher zusammengezogen und geübt, sich kennen lernen, mehr militärische Haltung erhalten, im Lager die kleinen Zwistigkeiten der Kantone vergessen und mit dem Gedanken vertraut werden, ein Land bekämpfen zu müssen, gegen das ganz Europa unter den Waffen steht. Von den Schweizer Regimentern in Frankreich sind, ausser den Offizieren, die alle hier sind, 400 Mann angekommen und überall in der Schweiz mit der grössten Auszeichnung behandelt worden. Man erwartet in ein paar Tagen noch 400 und in 10 Tagen die Rückkehr der übrigen Mannschaft. Ich fürchte indessen, dass die letzten Vorfälle und die feindliche Stellung der

Schweiz gegen Frankreich auf die Rückkehr der Uebrigen Einfluss haben werde. Jedoch sind 800 Mann hinlänglich, den Grund zu vier Regimentern zu bilden, zu denen sich die Menschen aus allen Kantonen drängen werden, da sie glauben, dass der Ruhm dieser Regimenter auch auf die neu angeworbenen übergehen wird. Sie werden den Kern der hiesigen Truppen bilden, und ich bin überzeugt, dass durch irgend eine Geldunterstützung von englischer Seite, auch wenn die Tagsatzung sich zu keiner offensiven Massregel hinreissen lässt, sich ein bedeutendes Korps bilden kann, das, mit einiger Kavallerie und Artillerie unterstützt, als ein Verbindungskorps zwischen den beiden aus Italien und Deutschland operirenden Armeen vorrücken würde.

Den 6. Mai.

Die piemontesischen Truppen, vor denen sich die französischen täglich mehren, haben bei dem General Bachmann angesucht, im Fall sie von einer Uebermacht angegriffen würden, sich auf das Schweizergebiet zurückzuziehen. Diese Anfrage hat Stoff zu einer langen Berathschlagung gegeben, zu der ich gerufen wurde. Der General Bachmann wollte erst die Erlaubniss der Tagsatzung einholen, ohne die er eine Sache von solcher Wichtigkeit nicht entscheiden zu können glaubte. Die grosse Mehrheit des sogenannten Kriegsrathes hat ihn überstimmt und er hat den Befehl nach Genf geschickt, die piemontesischen Truppen, im Fall sie genöthigt wären sich zurückzuziehen, aufzunehmen. Durch diesen Schritt, der offenbar feindlich ist, da den Franzosen kein Durchzug gestattet wird, ist die Schweiz mehr als durch jeden andern kompromittirt. Die Tagsatzung mag nun diesen Schritt billigen oder nicht, er ist geschehen, und von diesem Augenblicke an ist die Schweiz in den Rang der kriegführenden Mächte eingetreten.

Ich glaube, dass es höchst nöthig ist, die öffentliche Meinung in den Zeitungen zu berichtigen und das Urtheil der Menge durch sie zu bestimmen. Diese Zeitungen, die sonst sehr unbedeutend sind, erhalten durch den Augenblick und die Lage des Landes, wo sie erscheinen, einen Werth, der sie durch ganz Europa verbreitet. Die Zeitung von Lausanne, die in französischer Sprache erscheint, ist eine von den wenigen, die in Frankreich häufig gelesen werden, und in dieser, wie in der Aarauer Zeitung, ist der Geist nichts

weniger als gut. Ich hoffe auf beide Redaktionen wirken zu können, und der Redakteur der Zürcher Zeitung, auf den ich einigen Einfluss erhalten habe, gibt bereits allen Nachrichten zum Vortheil der Verbündeten eine so blendende Farbe, die ihre Wirkung auf die Ansichten der deutschen Kantone nicht verfehlen wird. Ich war bis jetzt noch zu beschäftigt, um diesem Zweige der Betriebsamkeit mehr Aufmerksamkeit schenken zu können.

Ich hoffe und wünsche, dass über die drei Militärstrassen noch keine bestimmten Forderungen in Zürich gemacht worden sind, die alle thätigen Massregeln gegen Frankreich vielleicht lähmen würden. Man muss die Schweiz erst in die Lage setzen, den Verbündeten nichts mehr abschlagen zu können, und jeder Schritt, den sie sich gegen Frankreich erlaubt, setzt sie mehr in diese Lage. Mein Bericht wird Euer Durchlaucht überzeugen, dass in den letzten Tagen sehr viel in dieser Hinsicht geschehen ist, und sobald die Armee an den Grenzen erscheint, wird sich über das Zugestehen der Militärstrassen keine Stimme mehr erheben. Ich werde, sobald ich mich von der richtigen Aufstellung der Truppen und der Verbindungslinie überzeugt und diese bereist habe, gegen den 20. suchen in Zürich zu sein, weil dann ungefähr der Zeitpunkt erschienen sein kann, die Unterhandlungen über die Militärstrassen einzuleiten. Ich ersuche daher Euer Durchlaucht die Gnade zu haben, mir durch einen Offizier den Antrag an die Tagsatzung schicken zu wollen, worüber ich dann, nach der Bewilligung der Tagsatzung, die Bedingnisse mit den Kommissären festsetzen werde.

Der Herr General der Kavallerie, Fürst Hohenzollern, hat mir den Herrn Hauptmann Martini geschickt, um durch ihn zu erfahren, wo er in die Schweiz rücken soll, und ein Schreiben an den General Bachmann, das die nämliche Anfrage enthält Ich habe es den Umständen nicht angemessen gefunden, diesen Brief zu übergeben, und ich werde den Herrn Fürsten, den ich bereits durch zwei Briefe über die Lage der Schweiz beruhigt habe, auch zum dritten Male beruhigen.

Wenn ich den Geist meiner Instruktionen recht aufgefasst habe, so glaube ich, dass mir nur die Erfüllung eines Punktes abgeht, den Wunsch zu erregen, mir das Kommando

der Schweizertruppen zu übertragen. Das Gesetz spricht hier gegen mich, denn man muss ein Schweizer sein, um die Truppen der Eidgenossenschaft anzuführen. Aber ich habe gesucht, Vertrauen zu gewinnen, und ich hoffe, dass mein Einfluss auf die Beschlüsse und die Mitwirkung dieses Landes in dem grossen Kampfe mit jedem Tag ausgedehnter werden soll. Auf diesen Einfluss muss ich meine Wünsche beschränken, und nur Zeiten grosser Unglücksfälle könnten mich hier an die Spitze der Truppen stellen. Habe ich irgend einen Punkt unrichtig verstanden oder auszuführen gesucht, so ersuche ich Euer Durchlaucht um ihre Befehle, die immer die Richtschnur meiner Handlungen sein werden.

Das Signalement des Gruchet wurde vor drei Wochen von dem Herrn Baron von Andlau der Tagsatzung mitgetheilt, die es bereits damals bei der Armee und in allen Kantonen bekannt machen liess.

Seiner Excellenz dem en chef kommandirenden Generale der Kavallerie, Baron Frimont.

Murten, den 6. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu melden, dass Seine Durchlaucht der kommandirende Feldmarschall Fürst Schwarzenberg mich nach der Schweiz geschickt haben, um mich zu überzeugen und dazu beizutragen, dass die Schweiz durch eine richtige Aufstellung ihrer Streitkräfte, die bisher vereinzelt waren, im Stande ist, ihre Sicherheit und damit die Basis unserer Operationen gegen Frankreich zu schützen. Diess ist geschehen, und ich glaube, dass die Schweiz durch die Aufstellung ihrer Hauptmacht zwischen Murten und Aarberg, im Mittelpunkt der Schweiz, wo sie in angestrengten Tagmärschen die Endpunkte der Vertheidigungslinie Basel und Genf erreichen kann und durch die Befestigung dieser beiden Punkte vor jeder Gefahr bis zum Anfang der allgemeinen Operationen gesichert ist. Der Pass von St. Maurice im Wallis, der die Strasse des Simplon und über den Bernhard deckt, ist mit 600 Wallisern und zwei Kompagnien Berner unter einem braven Offizier, dem Grafen Courten, besetzt. Eine Mine, die an der Simplonstrasse angebracht ist, kann im Falle eines Angriffs einen Theil dieser Strasse sprengen, und zwei hölzerne Brücken, welche diese Strasse

gleich bei ihrem Anfange verbinden, können in einer Stunde abgetragen werden.

Einer meiner Aufträge war, die kürzeste Vertheidigungslinie [1]) zwischen der Armee und Italien und der in Deutschland durch die Schweiz herzustellen. Von Basel zieht sich diese Linie in drei Richtungen über die Gemmi nach Simpeln (das letzte Schweizerdorf am Fusse des Berges), dann über die Gemmi nach Sitten und über Lausanne nach Genf, um allen Bewegungen der italienischen Armee bei ihrem Vorrücken folgen zu können.

Nur müssen von Mailand bis Simpeln und von Turin bis auf den Bernhardsberg die Stationen eingerichtet werden. Ich schreibe diess auch an den Herrn Feldmarschalllieutenant Bubna nach Turin und ersuche Seine Excellenz gehorsamst, die Befehle geben zu wollen, dass diese Postlinien von italienischer Seite bis auf die angezeigten Punkte ausgestellt werden. Da der Fürst Schwarzenberg den 8. Mai in seinem Hauptquartier Heilbronn eintrifft, so scheint er die fernern Nachrichten von Euer Excellenz auf diesem Wege zu erwarten.

Dem Herrn General der Kavallerie, Fürsten von Hohenzollern.

Murten, den 6. Mai 1815.

Soeben nach der Abreise des Herrn Hauptmann Martini trifft eine Meldung des Kommandanten von Basel ein, der für die Sicherheit dieses Ortes besorgt ist. Drei Kavallerieregimenter sind in Béfort angekommen, die Besatzung von Hüningen kampirt vor der Festung, die Truppen vermehren sich dort täglich, sie sprechen laut von der Besetzung der Basler Brücken, und die Schanzen, die vor Basel aufgeworfen werden sollen, sind kaum angefangen. Ich glaube zwar nicht, dass die Gefahr so dringend ist, denn alle Berichte der Schweizer Kommandanten vergrössern die Gefahr. Der Platz selbst wird von zwei Bataillonen und der Bürgerschaft vertheidigt und er hat Gräben und Wälle, auf welchen Kanonen aufgeführt sind. Aber es ist nöthig, den Schweizern zu zeigen, wie bereit wir zu ihrer Unterstützung sind, und ich ersuche daher Euer Durchlaucht gehorsamst, von Lörrach

---

[1]) Soll ohne Zweifel «Verbindungslinie» heissen.

aus so viel Truppen als möglich sofort an die Schweizergrenze vorzuschicken, und durch den dortigen Kommandanten dem in Basel sagen zu lassen, dass er den Befehl habe, ihn im Falle er angegriffen würde, mit aller Kraft zu unterstützen, und auf seine Anzeige bereit sei, sich auf jeden Punkt der schweizerischen Vertheidigungslinie zu begeben, den er ihm anweisen würde.

Ich ersuche Euer Durchlaucht, den Inhalt meiner Meldung Seiner Durchlaucht, dem Kommandirenden Herrn Fürsten Schwarzenberg anzeigen zu wollen.

Seiner Durchlaucht dem en chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten von Schwarzenberg.

Murten, den 11. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, Euer Durchlaucht endlich eine richtige Stand- und Diensttabelle der hiesigen Streitkräfte zu übersenden.

| Infanterie | | | Kavallerie | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Offiziere | Mannschaft | Pferde | Offiziere | Mannschaft | Pferde |
| 1244 | 24,679 | 528 | 7 | 131 | 145 |

| Artillerie | | | Kanonen von | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Offiziere | Mannschaft | Pferde | 12 | 8 | 6 | 5 | 4 |
| 42 | 1170 | 655 | 4 | 5 | 4 | — | 29 |

| Haubitzen | | | | Munitionswagen |
|---|---|---|---|---|
| 24 | 18 | 12 | 6 | 53 |

Ich habe sie mit den Einlagen der meisten einzelnen Kantone verglichen und sie durchaus richtig befunden. Indessen kommen täglich einzelne Soldaten an, so dass die Zahl von 30,000 mit Ende dieses Monats vollzählig sein wird.

Gestern kam ich von meiner Reise in die vorliegenden Grenzgebirge zurück, die jetzt durch Milizen bewacht werden sollen, die in allen Grenzstädten errichtet werden. Die Stadt Biel hat sich angeboten, zwei Kompagnien Guides zu errichten, die alle Zugänge und Gebirge der Schweizergrenze kennen, und ich habe sogleich an die Regierung in Bern, der Biel nach der Bestimmung des Kongresses zugehören

soll, und an die Tagsatzung geschrieben, um das Anerbieten eifrig zu unterstützen. Diese Kompagnien können bis Ende des Monats gebildet sein und es bedarf keiner Erklärung, welche Lücke die Errichtung dieser Kompagnien selbst in unserer Armee ausfüllen kann.

Nach meiner Ansicht ist Aarberg der vortheilhafteste Punkt in der Mitte der schweizerischen Vertheidigungslinie. Die Natur hat es gegen Frankreich zu einer Festung gebildet, denn die Aare umfliesst es auf dieser Seite ganz, auf der es nur durch eine Brücke mit dem Lande zusammenhängt. Es liegt auf einem Hügel, ohne von einem höhern Punkt beherrscht zu werden, wie dies mit allen zurückliegenden Punkten an der Aare, wie Aarburg, und mit allen vorliegenden, wie Biel, der Fall ist. Dadurch werden zugleich die Zufuhren an Schlachtvieh aus dem Berner Oberlande verbessert und gesichert.

Biel selbst ist ein offener, von Bergen eingeschlossener Ort, aber der Bielersee ist mit dem von Murten und Neuenburg verbunden. Die Zufuhr auf diesem See wird dadurch für die vorgerückten Armeen erleichtert und vorgeschobene leichte Truppenabtheilungen in den Bieler Pässen können die Stadt gegen jeden Anlauf sichern. Zur Basis einer Operationslinie bleibt indessen Aarberg der vortheilhafteste Punkt. Diese Linie bildet dann einen Winkel, der von Aarberg auf beiden Seiten bis zu den befestigten Endpunkten der Schweiz, Genf und Basel, ausläuft, und mit ihren davorliegenden Gebirgen und Schluchten, die leicht zu besetzen und zu vertheidigen sind, nach meiner Ansicht die sicherste Basis für alle Operationen gegen Frankreich bildet. Die jetzige Aufstellung der Truppen sichert diese Linie bis zum Anfang der Operationen, und auch dann, wenn die Schweiz sich nicht gleich an die offensiven Operationen der Verbündeten anschliessen sollte, sichert diese Aufstellung ihre Basis, ihre Vorräthe, ihre Transporte und ihre Spitäler. An der Grenze von Brundruth sind die französischen Grenzpfähle mit folgender Inschrift gesetzt worden: Malheur à celui qui franchira cette limite à main armée.

Drohungen und Sentenzen dieser Art sind überhaupt die Waffen aller französischen Generäle an den hiesigen Grenzen. Sie setzen diese Waffen, die immer die Furcht der Menge erschüttern, an die Stelle wirklicher Streitkräfte, die

ihnen fehlen. Alle Nachrichten stimmen darin überein, dass Bonaparte seine Hauptmacht um sich im Norden von Frankreich versammelt. Die Mittel, diese Macht zu bilden, sind von der drückendsten Art. Die Gensdarmerie hat ihre Pferde abliefern müssen, da die Kavallerie in den Dépôts grösstentheils unberitten war. Doch hat diess im Ganzen nur 4600 Pferde gegeben, die tauglich befunden worden. Da diess Pferde waren, die den Gensd'armes gehörten, so haben sie dafür Bons erhalten, die in sechs Monaten von der Hauptkasse der verschiedenen Departements bezahlt werden sollen. Dadurch wird dieses Korps unfähig gemacht, seine Dienste zu versehen, und die Desertion in der Armee, das heisst der Soldaten, die in ihre Heimat zurückkehren, wird so gross, dass vor drei Tagen das 10. Linienregiment, das aus Lyon in Besançon eintraf, nur aus 500 Mann bestand. Von einem Bataillon Nationalgarden aus dem Elsass, das vor sechs Tagen in Béfort eintreffen sollte, kamen der Kommandant und 113 Mann dort an. Ueberhaupt scheint die Gensdarmerie das Korps zu sein, auf das man beim Eindringen in Frankreich am meisten zählen darf. Es war dasjenige, das die weisse Kokarde überall am letzten ablegte, das sich, so oft es den Befehl erhielt, unter dem König am thätigsten bezeigte, wie beim Verfolgen von Lefevre Desnouettes, und das jetzt laut sein Missvergnügen äussert. Desswegen geschehen jetzt ungescheut Unordnungen, die man ehemals unter Bonaparte nicht kannte. Kein Konskribirter kommt bei seinem Regimente an, keine Abgabe wird entrichtet und die Leerheit der Kassen lässt sich durch das gezwungene Anleihen von 120 Millionen auf den Handelsstand und durch die Schwäche der Regimenter die Massregel erklären, dass man den eigenen Bürgern als Nationalgarde die Vertheidigung ihrer Städte anvertraut. Ob der Eigenthümer sein Haus mit dem nämlichen Gleichmuth wird einäschern sehen wie der Soldat, der kein Eigenthum besitzt, lässt sich leicht erklären. Die Armuth der Kassen geht so weit, dass hier in allen Grenzdistrikten die Offiziere auf halbem Sold — die grösstentheils die letzte Veränderung herbeiführte — seit dem 15. April selbst diesen halben Sold nicht mehr empfangen und jetzt, da sie von den Nationalgarden, denen sie zugetheilt werden sollten, grösstentheils nicht angenommen wurden, in ihrer Heimat ohne Anstel-

lung und ohne Sold mit Recht missvergnügter sind, als sie es unter dem König waren. Der Kampf der Parteien in Frankreich ist dazu gemacht, alle andern Klassen der Gesellschaft, wie sie auch denken mögen, zu mässigen Grundsätzen zurückzuführen. In Besançon, Béfort und Bourg en Bresse besteht die jetzige Munizipalität aus verheiratheten Priestern, die den Freiheitsbaum an diesen Orten gepflanzt haben. Aber dieser Baum, der schon vor 20 Jahren keine Wurzeln schlug, erschreckt jetzt selbst die Anhänger Bonaparte's, und die Anhänger der rothen Mütze und die der Kaiserkrone bilden überall zwei Parteien, die sich durch alle Mittel zu vergrössern suchen. Diese Verwirrung aller Begriffe lähmt wirklich alle Massregeln und Alles entsteht langsam in einem Lande, wo sonst nur Ein Wille herrschte, der Alles schnell nach seiner Willkür formte. Selbst die Generäle . . . . . und . . . . . scheinen der neuen Ordnung der Dinge nicht zu trauen. Sie betragen sich mit einer Mässigkeit und Nachsicht, die nicht in ihrem Charakter liegt. Man hat mir Hoffnungen gemacht, bei Beiden Eingang zu finden, und ich glaube, dass der erste durch Versprechungen, die den militärischen Ehrgeiz befriedigen, und der zweite, der nur den Werth des Geldes kennt, durch das letztere zu gewinnen wäre. Da ich mich hierin nur auf allgemeine Versicherungen einlassen kann, so ersuche ich Euer Durchlaucht hierüber um bestimmte Befehle, um, wenn dieser Fall eintreten sollte, bestimmte Zusicherungen geben zu können.

Die Besatzung von Besançon besteht in diesem Augenblicke aus 1500 Mann, worunter 1000 Nationalgarden der Stadt und Umgegend gerechnet sind. Die Truppen in und um Béfort betragen 15,000 Mann, unter denen vier Regimenter Kavallerie sind, die zusammen 1300 Pferde betragen. Der Artilleriepark bei Hagenbach, auf der Strasse nach Thann, besteht aus 20 Zwölfpfündern, 10 Haubitzen und 72 Munitionskarren. 10,000 Mann und 40 Kanonen werden in den ersten Tagen erwartet. Bei Illfort stehen 22 Pontons, die den 1. Mai von Besançon über Belfort dorthin abgeführt worden sind.

Der Befehl, den alle französischen Generale auf dieser Seite erhalten haben, ist, sich bei dem Eindringen der Verbündeten zwischen den Festungen aufzustellen, der Uebermacht zu weichen, sich bei einem ernsthaften Angriffe unter

die Kanonen eines festen Platzes zurückzuziehen, die zu diesem Zwecke mit Allem versehen werden, dort die Kranken und Verwundeten durch frische Truppen aus den Besatzungen neu zu ersetzen, so den Feind aufzuhalten, und sollte die feindliche Armee weiter vorrücken, das Beobachtungskorps, das sie zurücklassen muss, zu vernichten, den Rücken der feindlichen Armee zu beunruhigen, ihre Transporte anzugreifen und so die Fortschritte der Verbündeten aufzuhalten, von denen man übrigens glaubt, dass sie diessmal den Krieg nach Regeln führen und mit der Belagerung einiger Festungen anfangen werden. Auf allen hohen Punkten im Innern sind Signale errichtet, um die verschiedenen Korps und die Besatzungen der Festungen von Allem zu unterrichten und ihre Bewegungen, wenn es nöthig ist, zu Einem Zwecke zu verbinden.

Bei Chambéry bis an die Grenze der Schweiz stehen folgende Truppen:

Das 4. Regiment Husaren<br>
» 13. » Dragoner } ungefähr 700 Pferde.<br>
» 7.<br>
» 14.<br>
» 20. } Linien-Infanterie-Regimenter mit 8 Kanonen und 4 Haubitzen.<br>
» 24.<br>
» 39.<br>
» 40.<br>
» 10. Regiment leichter Infanterie.<br>
» 10. » Jäger zu Pferde.

Das Ganze bis Grenoble beträgt 36,000 Mann; ein Park von 100 Kanonen von allem Kaliber steht in und bei Grenoble; doch fehlt die Bespannung von mehr als einem Drittheil des Geschützes. Aus dem Elsass werden Pferde dahin geliefert und in diesem Lande sind für die Kavallerie bei Grenoble in jedem Kanton 10 Pferde und 5 Mann, die schon bei der Kavallerie gedient haben, requirirt worden. Ich glaube daher, dass jeder Uebergang über den Oberrhein, er mag vorgenommen werden, wo er will, leicht ist, und dass man von dieser Seite in Frankreich — Elsass, einen kleinen Theil von der Franche Comté und von Lothringen, hauptsächlich Colmar ausgenommen — die Mehrzahl der Einwohner finden wird, die, durch eine fremde Kraft unterstützt, sich thätig für die gute Sache erklären werden. Das Erscheinen

unserer Truppen wird um so vortheilhafter wirken, weil man in Frankreich noch immer an die Rückkehr der Erzherzogin Marie Louise glaubt, die man nach gedruckten Zeddeln, die in Béfort angeschlagen waren, am 15. Mai über Basel erwartet und sich noch allgemein mit einem Einverständnisse Oesterreichs schmeichelt. Die französischen Truppen, die hier stehen und selbst die es möglich ist hier aufzustellen, werden und müssen sich auf kleine Gefechte mit einzelnen Truppenabtheilungen beschränken, da sie dem Druck der ganzen Masse nicht widerstehen können. Man muss sich von dieser Seite auf die Neckereien des kleinen Krieges gefasst machen, den besonders die Jäger und Nationalgarden, die sich in den Vogesen bilden, mit Hartnäckigkeit führen werden.

Soeben sagt mir General Castella, dass ihn, wie alle Chefs der vier Schweizerregimenter in Frankreich, der französische Gesandte Talleyrand heute nach Bern beschieden hat. Graf Roger Damas ist von dem Könige hieher geschickt worden, um eine neue Kapitulation mit der Schweiz zu schliessen. Der Vortheil, den die Errichtung dieser Regimenter gewähren wird, ist nicht zu berechnen. Schon durch die Einwilligung der Tagsatzung zur Errichtung von Truppen für Ludwig XVIII. ist sie in den Fall gesetzt, nichts mehr abschlagen zu können, und wir erhalten ein Korps, das schnell gebildet und in Frankreich ein Sammelplatz aller Missvergnügten sein wird, die sich mit mehr Zuversicht an eine bekannte Uniform und an Truppen anschliessen werden, die ihre Treue für die Sache bewährt haben, die sie vertheidigen. Zugleich zieht der erste Schweizer Soldat, der den französischen Boden betritt, auch die übrigen über die Grenze, und ich kann, wenn dies Korps schnell gebildet wird, Euer Durchlaucht für die Mitwirkung eines grossen Theils der Schweizertruppen zu jedem Zwecke bürgen, den Euer Durchlaucht dann bestimmen werden.

In diesem Augenblick erhalte ich die Nachricht von dem Obersten Welden aus Genf, dass ihn der General der Kavallerie, Baron Frimont, dort geschickt habe, um sich mit mir in's Einvernehmen zu setzen; da ich ohnehin nach Jverdun gegangen wäre, die Stellung der Truppen dort zu untersuchen, so werde ich morgen in Genf sein. Bei meiner Rückkehr hoffe ich Nachrichten aus Frankreich zu finden,

die ich gleich die Ehre haben werde, Euer Durchlaucht zu übersenden, und längstens am 20. werde ich in Zürich eintreffen. Ich sende desswegen den Lieutenant Forgatsch mit diesem Berichte in das Hauptquartier, um die Befehle Euer Durchlaucht abzuholen, die ich in Zürich erwarte.

Da ich den Zeitpunkt, in welchem die Operationen anfangen, nicht kenne, und nur vermuthe, dass sie in den ersten Tagen des Juni anfangen werden, so habe ich bis dahin die Zeit, die Befehle Euer Durchlaucht in Hinsicht der Militärstrassen zu erfüllen, deren Ausführung ich bis jetzt ausgesetzt habe. Je weniger Zeit der Tagsatzung gelassen wird, sich für etwas zu bestimmen, je schneller gehen die Geschäfte, und die Sicherheit der Schweiz durch eine andere Truppenaufstellung und die Ausstellung der Verbindungslinie zwischen Deutschland und Italien schien mir vor allem Andern das Wichtigste zu sein. Die Minister in Zürich haben zwar den Befehl über die Militärstrasse erhalten und auch darüber eine Note verbale übergeben. Wohin soll das führen? Es ist bekannt geworden, es hat den Geist des Missvergnügens an vielen Orten aufgeregt und die Drohungen Frankreichs, die alle Tage stärker werden, halten manches Gute, das sich hier schon vorbereitet hatte, zurück. Ich ersuche daher Euer Durchlaucht gehorsamst, mir durch den Lieutenant Forgatsch ein Schreiben an den Präsidenten der Tagsatzung schicken zu wollen, das die bestimmte Forderung dieser Militärstrasse enthält und mich autorisirt, das Nöthige darüber abzuschliessen. Diess wird dann schnell ohne alles Aufsehen geschehen und die Armee wird, wenn sie vorrückt, Alles vorbereitet finden.

Luzian Bonaparte ist aus Versoix verschwunden. Nach den ersten Nachrichten hatte er die Richtung nach Italien genommen; die letzten Nachrichten stimmen darin überein, dass er eilig nach Paris gereist ist.

Heilbronn. S. D. dem Fürsten von Schwarzenberg.

Murten, den 15. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, E. D. in der Anlage die Antwort des Generals Bachmann zu übersenden. In Genf, von wo ich gestern zurückkam, fand ich die Angst vor der Nähe des Feindes so gross, dass sie über die Alpen in das Hauptquartier

der italienischen Armee gedrungen war. Ich habe bei dem Herrn General der Kavallerie, B. Frimont, wie bei der Regierung von Genf, für ihre Sicherheit verbürgt; denn es bedarf nur einer Vertheidigung von zwei Tagen, den Feind abzuhalten. Die Besatzung besteht aus 4000 Mann, mit den Bürgergarden; der Kommandant hat sein Wort gegeben, sechs Tage die Stadt zu vertheidigen, was er auch sehr leicht kann, und die Aufstellung hier ist um so nöthiger, da sich die meisten französischen Streitkräfte jetzt nach Elsass ziehen und diese Aufstellung die Pässe von Biel (Pruntrut) und zugleich die Endpunkte der Schweiz deckt. Der piemontesische General d'Annecin in Carouge hatte den Befehl, sich im Fall er angegriffen würde, nach Thonon zurückzuziehen und bloss sein Geschütz in Genf zu lassen. Da das Zurückziehen der piemontesischen Truppen auf Schweizer-Boden einer der wichtigsten Punkte ist, welche die feindliche Stellung der Schweiz gegen Frankreich bezeichnen, so habe ich den General gebeten, diess dem General Latour zu melden, und ich hoffe, er wird in drei Tagen darüber die bestimmten Befehle haben.

Das Armee-Korps von Lecourbe hat sich durch 14,000 Mann verstärkt. Der Artilleriepark besteht aus mehr als 200 Kanonen von allem Kaliber; jedoch sind die meisten Feldstücke und Vier- bis Sechspfünder; die Bespannung ist schlecht und die Regimenter sind so unvollzählig, dass man die ganze bei Belfort versammelte Macht nicht auf 2500 Mann zählen kann. Indessen soll sie bis Ende des Monats auf 4000 gebracht werden, und ich werde darüber sehr bestimmte Nachrichten erhalten.

Ich habe den Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, von allen Streitkräften unterrichtet, die sich gegen ihn sammeln. Bei Chambery haben sich, ausser dem IV. Husaren-Regimente und einem Bataillon leichter Infanterie, die übrigen Truppen zurückgezogen, um, wie man glaubt, das Beobachtungs-Korps am Oberrhein zu verstärken. Der General Frimont wird ausser einem Korps von 30,000 Mann, das aus mehr als einem Drittheil Nationalgarden besteht, und Grenoble und dem verschanzten Lager bei Lyon, das meistens mit dem Gesindel dieser Stadt bevölkert wird, keine Hindernisse finden. Von den 80 Kanonen, die dieses Lager vertheidigen sollten, waren am 11. erst zehn angekommen.

Man hörte auch von keinen weiteren Transporten. Vor dem Fort Ecluse wurde die Hauptstrasse durchschnitten und eine Batterie von acht Kanonen aufgeworfen: auch auf dem Berg über den Rhône le Venge, der Fort Ecluse beherrscht, sollte eine geschlossene Redoute für 30 Kanonen aufgeworfen werden. Vorgestern war aber der Anfang noch nicht gemacht und man hatte erst an der Redoute an der Hauptstrasse angefangen. Ueberhaupt ist nichts unterhaltender, als die französischen Kriegszurüstungen und die Zeitungen mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Entwürfe werden in dem Augenblicke ihres Entstehens als ausgeführt angesehen, und von dem ganzen Gemälde der Anstrengungen Frankreichs im Moniteur ist nichts wahr, als dass die Festungen schnell mit allem versehen werden und man alles aufbietet, die Regimenter vollzählig zu machen. Aber die Colonnes mobiles, die jetzt überall die Stelle der Gensdarmerie vertreten, holen alle jungen Leute aus den Dörfern und verfolgen sie in den höchsten Gebirgen, um diese gebundenen Freiwilligen auf den Weg des Ruhmes zu schleppen. Die meisten jungen Leute des Pays de Gex — wo der Enthusiasmus für Bonaparte am höchsten gestiegen war — leben in der Schweiz seit der Ankunft einer dieser Kolonnen, und E. D. werden meine Bemerkungen über die Stimmung der Departemente, die ich bezeichnet habe, bei dem Eindringen in Frankreich bestätigt finden.

Luzian Bonaparte ist in Versoix im Pays de Gex zurück, wo seine Nähe und sein Geld sehr nachtheilig wirken. Napoleon und Massena wurden in Strassburg erwartet, um alle Plätze des Oberrheins in Augenschein zn nehmen.

Ich gehe heute noch nach Zürich, um dort alles einzuleiten und die Befehle E. D. zu erwarten. In Paris ist nach allen Nachrichten die Bestürzung, die durch die neue Konstitution entstand, durch die Befestigung von Montmartre und Menil-Montant auf's Höchste gestiegen (!). Diese Befestigungen sind ebensowohl für die Pariser, als für den Feind berechnet, und es wird Tag und Nacht an diesen, wie an der Befestigung von Villejuif, gearbeitet.

Der Banquier Rougemont, der erst vor vier Tagen Paris verlassen und hier auf seinem Landsitze angekommen ist, entwirft ein Gemälde von der Stimmung der Hauptstadt, die nicht vortheilhafter für die Verbündeten sein kann.

Wenn auch die Farben in diesem Bilde zu grell sind, so scheint es doch gewiss, dass der Mangel an Allem mit jedem Tage dort drückender wird, die Auflagen, gezwungenen Anlehen und Requisitionen aller Art sich vermehren, und dass die Räuberbande, die jetzt Frankreich beherrscht, in ihrem eigenen Lande zu plündern scheint, bis man die versprochene Plünderung der fremden Länder erfüllen kann. Nur auf diese Art kann der bessere Theil der Nation geweckt werden. Hier folgen zwei Befehle des General Bachmann über die Polizei in Basel, die auf diese Art strenger beobachtet wird.

Zu den sonderbaren Nachrichten gehört, dass der Marschall Ney auf seine Güter verwiesen worden ist. Herr Rougemont bestätigt diese Nachricht und sie lässt sich nur dadurch erklären, dass die Offiziere öffentlich über das Betragen des Marschalls ihr Missvergnügen äusserten und ein grosser Theil seines Generalstabes seine Entlassung forderte. Bonaparte musste der öffentlichen Meinung ein Opfer bringen und der Marschall Ney wurde verwiesen.

Heilbronn. S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Nr. 7. Bern, den 18. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, E. D. hier die Stationen zu übersenden, die für die Kuriere von Basel über Vevay[1]) nach dem Simplon festgesetzt wurden:

| Von Basel nach | Von Vevay nach |
|---|---|
| Liechstall, | Bex, |
| Klus, | Martigny, |
| Bätervinden,[2]) | Sitten, |
| Bern, | Sierre, |
| Freiburg, | Turtmann, |
| Bulle, | Brieg, |
| Vevay, | Am Berg, |
| | Simpeln. |

Die hiesige Regierung hat einen eigenen Unternehmer für diese Posten aufgestellt, der heute abgegangen ist, die Pferde auf allen diesen Punkten aufzustellen, und mit dem die Regierung über folgende Punkte übereingekommen ist, die ich angenommen habe, um sie E. D. zu unterlegen.

---

[1]) Vivis.
[2]) Ohne Zweifel Bätterkinden.

Von Basel bis Simpeln sind 16 Stationen, jede zu 6 Schweizerstunden (die Schweizerstunde ist ungefähr eine französische Lieue); auf diesen Stationen müssen immer zwei Pferde und ein leichter Wagen, sowie zwei Reserve-Pferde bereit stehen.

Diese Anstalt wird mit 15 Louisd'or bezahlt, es mögen Kuriere gehen oder nicht. Alle zehn Tage müssen 150 Louisd'or durch einen Banquier in Bern dem Unternehmer bezahlt werden. Kein Kurier bezahlt hingegen, ausser dem Trinkgelde, das zu einer Viertelskrone bestimmt ist, das Geringste.

Diese Posten werden bei dem Vorrücken der Armee von Vevay auf das andere Seeufer nach Lausanne bis Genf übertragen.

Zwei Stunden müssen immer in einer gemacht werden.

Dem Unternehmer, der diese Pferde ausstellt, muss die Reise vergütet werden.

Rechnen wir 30 Tage, die wird vielleicht diese Postanstalt bedürfen, so macht die ganze Summe 450 Louisd'or, und wenn wir nur zehn Kuriere in dieser Zeit schicken, so ist dies in der Schweiz, wo das Fahrgeld drei Mal mehr als in Deutschland kostet, eine Ersparniss von wenigstens 100 fl., und diese Art ist die einzige, schnell befördert zu werden, da man hier, ohne bestellte Pferde, mit Mühe 12 Stunden in einem Tage zurücklegt.

Begegnen sich zwei Kuriere, so müssen sie wechseln, aber das Umspannen auf dem Wege, wie auf der Post selbst, darf nicht länger als fünf Minuten währen.

Diese Konvention soll so lange bestehen, bis sie gegenseitig acht Tage zuvor gehörig aufgesagt worden, so dass der Unternehmer die Vergütung von höchstens einer Woche vom Tage an, da sie ihm wird schriftlich aufgesagt worden sein, verlangen kann, während welcher Woche er die verschiedenen Stationen von der Aufhebung avisirt.

Dieses Reglement ist genau wie das, das die Franzosen im Jahr 1809 hier eingeführt haben, nur mit dem Unterschiede, dass sie 20 und am Ende 24 Louisd'or täglich dafür bezahlten.

Ich habe diese Bedingnisse angenommen, aber ich ersuche E. D. gehorsamst, mir höchstihre Genehmigung gleich zukommen zu lassen, da diese Anstalt bereits in ein paar Tagen anfängt und der Herr Feldmarschall Radetzky bei seiner

Durchreise mit Recht auf die Beschleunigung dieser Anstalt drang.

Die Kosten der ersten zehn Tage werde ich hier anweisen und sogleich den Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, von dieser Anstalt unterrichten.

Zugleich habe ich die Ehre, E. D. einen Brief des Grafen Scey beizulegen. Die Anzeige, dass die meisten Offiziere des Husaren-Regiments Dauphin in Neufchatel mit Waffen und Pferden angekommen sind, hat mir einer der Offiziere selbst bestätigt, der mir diesen Brief überbrachte. Alle stimmen darin überein, dass dies Regiment und das II. Chasseurs à cheval bereit wären, überzugehen, wenn man einigen Offizieren und Unteroffizieren, die am meisten auf die Gemeinen wirken, durch eine kleine Summe ihre Zukunft sicherte. Ich habe darüber nichts antworten können, als dass ich es berichten würde, und ich bin überzeugt, dass, wenn man dem Grafen .... und dem Chef d'Escadron .... in Besançon, von dem ich bereits zwei sehr gute Berichte habe, einen kleinen Kredit nur von 40—50,000 Livres machen könnte, diess vielleicht von grosser Wirkung sein würde. Das Beispiel wirkt in keinem Lande so sehr als wie in Frankreich und der Uebergang eines Regiments würde von glücklichen Folgen sein. Ich glaube, dass die vereinten Monarchen gerade auf die Kasse des Königs in Gent diese Summe ziehen könnten, denn auf eine andere Art ist es nicht möglich, Geld von dorten zu erhalten.

Der Graf Blacas hat den Grafen Rochefoucault als Kommissär hieher geschickt, um die auswandernden Franzosen aufzunehmen. Dieser Kommissär hat zu dieser Reise und zu diesem Zwecke von dem Grafen Blacas die Summe von 1000 Ecus mit der Bedeutung erhalten, wieder anzufragen *quand ces fonds seront épuisés.* Man glaubt einen witzigen Einfall zu lesen, wenn man diese Geschichte liest, aber sie ist leider buchstäblich wahr, und der Graf Rochefoucault hat mir sie mit Thränen in den Augen erzählt. Uebrigens werde ich gleich nach meiner Ankunft morgen in Zürich der Tagsatzung eine Note übergeben, in der ich sie um den Befehl ersuche, alle Ankommenden aus Frankreich, deren Zahl sich mit jedem Tage mehrt, an den Bodensee nach Konstanz oder Lindau zu weisen, und ich ersuche E. D.

gehorsamst, dem Magistrate dieser Städte auftragen zu lassen, ein genaues Auge auf diese Menschen zu haben.

Die Kapitulation der Schweizer-Regimenter, von der ich sehr viel hoffte, ist aus der nämlichen Ursache unterblieben. Der Graf Roger Damas, der in dieser Absicht hieher geschickt wurde, sprach mir eine halbe Stunde von den Vortheilen dieser Kapitulation und schloss endlich mit den Worten: «mais malheureusement nous n'avons pas de fonds.» Man kann einen Schweizer nicht mehr beleidigen, als wenn man ihm etwas zumuthet, für das er kein Geld erhalten soll, und Ludwig XVIII. hat durch seine Abgesandte und das Geständniss ihrer Armuth in diesem Lande nicht gewonnen.

Uebrigens wirkt das Schicksal so günstig für uns, dass ich anfange zu glauben, dass selbst der Verzug der Operationen den Verbündeten mehr nützt als schadet. Die Franzosen werden mit jedem Tage unruhiger und alle Bande der neuen Ordnung werden immer schlaffer. Die Truppen sind seit einem Monate nicht bezahlt, sie leben in ihrem eigenen Lande, wo die Gesetze das Plündern verbieten, sie leben daher schlecht und der Gedanke, wie richtig sie unter dem Könige bezahlt wurden, die Sehnsucht nach Ruhe bei Vielen, Gewissensbisse bei Einigen und die Aussicht eines Kampfes, der sie oder Europa vernichten muss, haben der vorigen Ordnung der Dinge mehr Anhänger gewonnen, als das Anrücken der Verbündeten hätte gewinnen können. Dann sind wirklich Viele, die hingerissen wurden, ohne zu wissen, was sie thaten. Als Ney in Lons le Saulnier das Quarré schliessen liess, um die Truppen für Bonaparte zu gewinnen, fand ein grosser Theil dieser Soldaten in dieser Aufstellung keinen Platz. Sie konnten also nicht hören, was der Marschall sagte, und als die vordern Vive l'Empereur riefen, so riefen die hintern Vive le Roi, weil sie glaubten, es wäre etwas im Namen des Königs bekannt gemacht worden.

Im mittäglichen Frankreich wird das Missvergnügen immer lauter. St-Gilles, bei Montpellier, wo sich die Einwohner dem XXIII. Linien-Regimente widersetzten, wurde von diesem beschossen und eingeäschert. Die Einwohner, die sich geflüchtet hatten, kehrten in der Nacht zurück und steckten die Quartiere des Regiments an, das dort in der Nähe in zwei Dörfern lag. In Bordeaux und Marseille waren Volksbewegungen, die nur mit Mühe unterdrückt wurden,

und in den Tavernen waren blutige Auftritte zwischen den Linientruppen und der Nationalgarde, die mit der gänzlichen Auflösung der letztern endigten. Alle diese Vorfälle, so unbedeutend sie auch an sich sind, bezeichnen den Parteigeist, der dieses unglückliche Land verheert. Ich glaube, dass es von dieser Seite nur eines kurzen Kampfes und unseres Erscheinens bedarf, um diese Provinzen wieder Ludwig XVIII. zu unterwerfen. Soult ist zum Major général ernannt.

Der Herr Hauptmann Graf Lichnowsky ist angekommen. Ich sehe aus den Befehlen E. D., dass einer meiner Berichte aus Zürich nicht angekommen ist. Ich habe von dort am 27., 29. und 30. berichtet. Das letzte Mal durch einen englischen Kurier, der nach Stuttgart ging, wo er diesen Bericht unserm Gesandten übergab. Alle meine Berichte sind immer unter der Adresse E. D. abgegangen.

Meine letzten Berichte werden E. D. gesagt haben, dass ich suche, auf den Geist der Offiziere und Soldaten zu wirken und die Stimmung dieser Truppen, die bereits vortrefflich ist, wird durch das Beisammenleben im Lager vermehrt, wo der Soldat seinen Kantonshass vergisst, um bloss Soldat und Schweizer zu werden. Indessen ist es hier nöthig, den Geist der Tagsatzung in ihren einzelnen Theilen zu bearbeiten, der noch häufig im Widerspruch mit den Wünschen der Soldaten steht. Die nahe Gefahr und der Anblick der Völkermassen, die gegen Frankreich unter den Waffen stehen, werden das Uebrige thun.

In Hinsicht der Militärstrassen erwarte ich die Befehle E. D., die, kurz vor dem Anfang der allgemeinen Operationen gegeben, ihren Zweck vollkommen erreichen werden.

Die Sprengung der Simplonstrasse war nur auf den äussersten Fall vorbereitet; da jetzt die Gefahr für diesen Punkt verschwunden ist, so ist von diesem Zerstörungsmittel auch keine Rede mehr.

Ich muss mich undeutlich ausgedrückt haben, wenn ich von der Errichtung eines Emigranten-Korps sprach. Ich hielt die Wiedererrichtung der aus Frankreich zurückgekommenen Schweizer-Regimenter für sehr nöthig; Emigranten-Korps können nur in Frankreich im Rücken der vorgerückten Armeen errichtet werden; aber 500,000 Livres (mehr braucht es nicht) wären jetzt hinreichend, ein Korps von 8000 Schweizern zu errichten, das von grossem Nutzen

sein würde. Ich schicke den Herrn Grafen Lichnowsky mit diesem Berichte bis zu unsern Posten, da ich keine andere sichere Gelegenheit kenne. Ist die Post-Strasse einmal eingerichtet, so hat der Kurier von Zürich nur eine Station auf diese Strasse zu machen, und mit jedem Kurier-Ritte wird viel erspart, da man hier den Weg immer hin und her bezahlen muss.

Mailand. Baron Frimont.

Bern, den 18. Mai 1815.

Ich gebe mir die Ehre, E. Ex. zu melden, dass die Stationen der schon früher projektirten Post- und Kommunikationslinie zwischen der deutschen und italienischen Armee von Basel nach Mailand bereits wirklich bestimmt sind. Sie sind folgende:

Von Basel nach
Liechstall,
Klus,
Belterbinden,[1])
Bern,
Freiburg,
Bülle,
Vevay.

Von Vevay nach
Bex,
Martigny,
Sion,
Sierre,
Turtmann,
Brieg,
Amberg,
Simpeln.

Auf jeder dieser Stationen wird die Regierung zwei Pferde und zwei Reserve-Pferde unterhalten, und die Uebereinkunft geht dahin, dass die Kuriere bloss ein auf eine Viertelkrone festgetztes Trinkgeld bezahlen sollen.

Der Kurier muss nach Verlauf von fünf Minuten weiter expedirt werden und wenigstens zwei Stunden Wegs in einer Stunde zurücklegen.

Sollten mehrere Kuriere in derselben Richtung kurz nach einander auf der Station ankommen, so dass die Pferde nicht sechs Stunden Zeit zum Ausruhen haben, so bestellt der Kurier andere Pferde, die er sogleich bezahlen muss, wobei man ihm aber an die Hand gehen wird.

Begegnen sich zwei Kuriere auf dem Wege, so werden die Pferde gewechselt.

---

[1]) Bätterkinden, vgl. pag. 631.

Was die Sicherheit von Genf betrifft, so kann ich E. Ex. über diesen Punkt vollkommen beruhigen. Abgerechnet, dass die Befestigung dieses Punktes insoweit verbessert und die Besatzung an sich selbst schon hinlänglich stark ist, um für den ersten Augenblick einem coup de main zu widerstehen, so sind bei Morges noch vier Bataillone und zwei Batterien aufgestellt, welche bei einem Alarm auf der nie zu sperrenden Wasser-Strasse sogleich nach Genf gezogen werden. Uebrigens steht mir der dortige Kommandant, Oberst Sonnenstein,[1]) mit seiner Ehre für eine Vertheidigung von sechs Tagen, und es bedarf kaum der Hälfte dieser Zeit, um mit dem bei Murten stehenden Gros zur Hülfe von Genf herbeizurücken. Andererseits vermindern sich die französischen Streitkräfte an jenem Punkte dergestalt, dass ich für Genf in keinem Falle etwas besorge.

Schliesslich habe ich die Ehre, E. Ex. zu melden, dass ich mich noch heute Nachmittags nach Zürich begeben werde.

Stockach. S. D. dem Fürst v. Hohenzollern.

Bern, den 18. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, E. D. zu melden, dass der General Bachmann auf mein Ansuchen dem Kommandanten von Basel den gemessenen Befehl gegeben hat, keine französischen Offiziere mehr herüber zu lassen; jedoch darf auch von deutscher Seite Niemand mehr herüber ohne einen Pass von E. D. oder von dem dort kommandirenden General zu haben.

An S. D. den Herrn Feldmarschall Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, am 21. Mai 1815.

In der Anlage habe ich die Ehre, E. D. die Abschrift der Konvention zu übersenden, die gestern von den hiesigen Ministern und den Kommissären der Tagsatzung geschlossen wurde. Sie widerspricht in der Hauptsache gerade dem, was ich diesen Herren von den Wünschen E. D. auseinandersetzte, und nun sind überall so viele Nebenthüren darin angebracht, wo man dem eigentlichen Sinne entschlüpfen kann, dass man überall die Mühe sieht, sich wechselseitig zu hintergehen. Diese Konvention war unterzeichnet, als

---

[1]) Sonnenberg, vgl. pag. 612.

ich ankam, ich hätte sonst gesucht, wenigstens die Aufnahme verschiedener Ausdrücke darin zu verhindern. Indessen ist die Sache geschehen und man muss wenigstens den Nutzen daraus ziehen, der sich daraus ziehen lässt. Die unterstrichenen Worte bezeichnen ihn und ich ersuche Euer Durchlaucht jetzt um so mehr, vor dem Anfang der Operationen mir ein Schreiben an den Präsidenten zu senden, das sich bloss auf diese Konvention beruft, welche den augenblicklichen Durchmarsch erlaubt, wenn er für das allgemeine Interesse nöthig ist. Dieser Augenblick ist dann erschienen und er lässt sich so lang festhalten, als wir ihn nöthig haben; das Uebrige, was ein Durchmarsch nöthig macht und nach sich zieht, gibt sich dann von selbst und so wird die üble Einwirkung, die diese Uebereinkunft auf den Gang der Operationen durch die Schweiz haben könnte, wieder durch die Ausführung vernichtet.

Uebrigens hat der russische Geschäftsträger gewisse Zusätze, als von der Nichterrichtung der Spitäler, hinzugefügt und darauf gedrungen, dass diese Konvention vor meiner Ankunft durchgesetzt werden müsse, da meine Instruktion nicht mit ihr übereinzustimmen schiene Ich kann es Euer Durchlaucht nicht oft genug wiederholen, dass es die höchste Zeit ist, in diesem Lande mit Kraft und Thätigkeit durch Belohnungen und Drohungen zu wirken.

Ich ersuche Euer Durchlaucht gehorsamst, bei der badischen Regierung anzusuchen, damit die Emigranten die sich täglich mehren, in Konstanz aufgenommen werden. Es ist von der höchsten Nothwendigkeit, diese Menschen von den Grenzen zu entfernen, da sie sich dort in allen Dörfern verlieren und uns bei dem Vordringen der Armee der Aufenthalt dieser Menschen, die ihr auf dem Fusse folgen würden, nicht gleichgültig sein kann. Ich habe es über mich genommen, den Präsidenten zu ersuchen, den Befehl an den Grenzen zu erlassen, dass allen ankommenden Franzosen kein Aufenthalt gestattet und sie durch Marschrouten nach Konstanz oder Lindau geschickt werden sollen.

Bei dem Durchmarsch der Armeen ist die grosse Schwierigkeit, den Truppen Lebensmittel zu verschaffen, die überall in solcher Menge und hauptsächlich in dem Theile der Schweiz fehlen, den die italienische Armee durchzieht. Ich glaube, das kürzeste und wohlfeilste Mittel wäre, mit den

Regierungen der dort am nächsten liegenden Kantone für die zu bestimmende Summe von Bedürfnissen abzuschliessen. Wenn man nur einen Theil der dafür ausgemachten Summe vorausbezahlt (!), so kann man sich dann an die Regierungen dieser Kantone halten, alle Mittelpersonen von Kommissären und Verpflegungsoffizieren hören auf, die Kosten, welche diese in so mancher Hinsicht machen, fallen weg, der Soldat wird seine Gebühr gut und richtig erhalten und ich bin überzeugt, dass wir den vierten Theil der Unkosten ersparen. Hiedurch wird allen Forderungen, welche die Schweiz nach dem vierten Artikel machen könnte, vorgebeugt und kein Unterschleif kann statthaben, der sonst beim Aufkauf jeder Bedürfnisse in diesem Lande ungeheuer sein würde.

Der englische Minister hat soeben den Befehl erhalten, durch die Garantie der nöthigen Summen die Kapitulation der vier Schweizerregimenter zu unterstützen.

An Seine Durchlaucht den k. k. Herrn Feldmarschall und en Chef Kommandirenden der Hauptarmee, Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 23. Mai 1815.

Gleich nach der Ankunft des Lieutenants Baron Forgatsch habe ich zwei vertraute Menschen an die Unterhändler geschickt, die besonders die Unterhandlungen mit dem General M. in B. bereits zu gewissen Bedingungen gebracht haben wollen. Man forderte schriftlich von mir, dass die Stadt im Namen Ludwigs XVIII. von den daselbst liegenden Truppen behalten und vertheidigt werden, dass dafür bei dem Erscheinen der Alliirten die weisse Fahne aufgesteckt, die Stadt und die Festung aber von den Alliirten nicht besetzt werden solle. Ich habe darauf geantwortet, dass das Interesse der Alliirten und Ludwigs XVIII. nur eines sei; dass im Laufe des Feldzuges es nöthig werden könnte, die Festung durch einen Theil unserer Truppen zu verstärken, dass aber Alles, was geschähe, im Namen Ludwigs XVIII. geschehen würde, mit dem man über alle diese Punkte übereingekommen sei. Zur grösseren Vorsorge habe ich diese Bedingnisse von dem hiesigen französischen Gesandten Talleyrand (der eben so thätig jetzt für Ludwig XVIII. wie ehemals für Napoleon arbeitet) im Namen des Königs

bestätigen lassen und die ganze Summe in zwei Theile getheilt, um die eine Hälfte dem General L. C. anzubieten, der nicht unempfindlich für solche Hälften ist; noch vor Ende des Monats werden Euer Durchlaucht eine bestimmte Antwort von beiden Orten erhalten.

Da die Ratifikation der letzten Konvention noch nicht erfolgt ist und ich sehr wünschte, erst die Befehle Euer Durchlaucht über den letzten Vorschlag der Verpflegung zu erhalten, so habe ich die Note über den Durchmarsch der Truppen an die Tagsatzung noch nicht übergeben; sie wird aber auf jeden Fall in zwei Tagen überreicht. Mein Vorschlag an die Tagsatzung soll noch mehr als die Forderung Euer Durchlaucht enthalten; er soll, ohne es ausdrücklich zu sagen, den Gebrauch aller Schweizertruppen sichern und ich werde in meiner Forderung bloss Schritt vor Schritt der geschlossenen Konvention folgen und jeden Ausdruck benutzen, der darin zu unserem Vortheil spricht.

1. Der Ausdruck des ersten Artikels der Konvention: *Elle s'engage à y coopérer d'après ses moyens jusqu'à ce que le but de cette alliance soit atteint*, ist derjenige, an den wir uns hauptsächlich halten müssen.

2. Der Augenblick ist erschienen, der den Durchmarsch unserer Truppen nöthig macht; die verlangten Punkte des Einmarsches werden darin bestimmt.

3. Die Art der Verpflegung, wenn ich die Befehle Euer Durchlaucht bis dahin erhalte.

4. Werde ich die Lage der Schweiz und ihre Stelle unter den europäischen Staaten als kriegführender Theil gegen Frankreich mit ein paar Worten bezeichnen.

Als solcher, wie es aus der Konvention hervorgeht, haben wir Ansprüche auf ihre thätige Mithülfe, und als solcher wünschen Euer Durchlaucht, dass die Linie, die sie jetzt besetzt, von ihr gesichert und vertheidigt werde. Diese Linie ist die Basis unserer Operationen, wir lehnen uns an die Schweiz, und ihre Truppen, die diese Linie schützen, werden dadurch als ein Theil der grossen Armee angesehen.

Verzeihen Euer Durchlaucht die Weitläufigkeit dieser Auseinandersetzung, aber das Zergliedern und Festsetzen der Begriffe ist in keinem Lande nöthiger als hier. Man hat die Schweizer in einer langen Reihe von Jahren durch alle Unterhandlungen, Schonungen und Vortheile leider gewöhnt,

sich für wichtiger zu halten, als sie sind, und das Interesse des Augenblicks kann es nicht fordern, diese Meinung ihrer Wichtigkeit mit Gewalt zu zerstören. Man muss also in diesem Lande den hergebrachten Begriffen Schritt vor Schritt folgen, um die Begebenheiten endlich dahin zu führen, wo man sie haben will.

Der nämliche obenangeführte Ausdruck der Konvention verbindet die Truppen zu handeln; man kann später einen Theil davon verwenden, eine Festung in der Nähe zu beobachten, selbst zu belagern, wozu das Geschütz von Genf, das wir der Stadt zurückstellten, verwendet werden kann. Nur fehlen diesem Geschütze Artilleristen, Bespannung und Munition.

Ich kann Eurer Durchlaucht nicht genug empfehlen, in Genf und Basel eine kleine Besatzung unter dem Vorwande eines Dépôt zu lassen, da beide Städte sich laut für die Neutralität erklären und gegen alle übrigen Beschlüsse der Tagsatzung protestiren.

Die Ausnahme, keine Spitäler in der Schweiz zu errichten, kann nur dahin verstanden werden, dass keine rückwärts gelegene in die Schweiz gelegt werden. Man kann aber eben so wenig fordern, dass der Soldat, der in der Schweiz krank wird, über den Rhein zurückgebracht werde, und der erste Fall dieser Art hebt diese Bedingung der geschlossenen Konvention auf.

Ich ersuche Euer Durchlaucht gehorsamst, darauf Rücksicht zu nehmen, in Genf ein Munitionsdépôt errichten zu lassen, denn an den Grenzen der Franche-Comté sind bereits 1800 Franzosen bewaffnet, die auf den ersten Blick ein Korps bilden, dem es aber an Pulver und Blei gebricht. Ich habe gesucht, den Minister Talleyrand zu bewegen, durch Umlaufschreiben in das Innere von Frankreich aller Emigration so viel möglich ein Ende zu machen. Im Innern des Landes werden die Missvergnügten uns nützlich sein, wenn die Armeen vorrücken; ausser dem Lande sind sie eine Last, die nur drückt, ohne zu nützen.

Die bestimmte Anzahl von 15,000 Mann zu begehren, würde die Schweizer erschrecken, ohne einen günstigen Erfolg zu haben. Die Art, wie ich die Ehre hatte, es Euer Durchlaucht auseinanderzusetzen, gibt uns nach und nach den Gebrauch aller ihrer Streitkräfte und ihrer

Hülfsmittel; und werden die vier Schweizer Regimenter errichtet, so verbürge ich mich, dass mit ihnen ein Korps von 10,000 Freiwilligen bewaffnet und gerüstet über die Grenze zieht.

Könnten Euer Durchlaucht nicht im Namen der Verbündeten auf die Erneuerung dieser Kapitulation dringen, da dieser Gegenstand bloss militärisch ist und der moralische Effekt dieser Errichtung nicht zu berechnen ist?

Graf Roger Damas, Gouverneur des Königs in Lyon, ist hier, um der Armee in sein Gouvernement zu folgen, wo durch ihn in Hinsicht der Requisition etc. gewiss viel Gutes und mit Ordnung und Schonung des Landes geschehen kann. Der Oberst Ott der Schweizertruppen, der von der Eidgenossenschaft bestimmt ist, im Hauptquartier Euer Durchlaucht zu bleiben, ist ein Mann von den besten Gesinnungen, die überhaupt in diesem Lande nicht fehlen. Wer sich mit guten Gesinnungen und gutem Willen begnügt, muss in diesem Lande sehr glücklich werden, denn sie haben in den drei Wochen meines Hierseins bereits das ganze Wörterbuch der deutschen Sprache an allen Ausdrücken erschöpft, die guten Willen und gute Wünsche für uns enthalten.

Ich werde bald die Ehre haben, Euer Durchlaucht ausführliche Nachrichten über die französischen Streitkräfte im Oberelsass zu übersenden. Vor mir liegen sehr viele Nachrichten und Papiere, die ich, wie ein Mosaik zusammensetzen müsste, ohne dadurch um eine grosse und richtige Ansicht reicher zu werden. Alle Nachrichten stimmen indessen dahin überein, dass Langres befestigt wird und das Armeekorps von Lecourbe sich dorthin bei einem Angriff zurückziehen und alle Streitkräfte sich dort an ihn anschliessen sollen.

Heilbronn. S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 25. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, E. D. hier die Note zu übersenden, die ich dem Präsidenten der Tagsatzung, im Namen E. D. übergebe. Den Punkt der Verpflegung, den ich ohne die Befehle E. D. nicht näher bestimmen konnte, überliess ich seinem Rath, weil ich hören will, wie weit ihre Mitwirkung geht, und bis diese Sache in Richtigkeit ist, die Forderung

unseres Einmarsches gewiss verschwiegen bleibt und so den Begebenheiten nicht vorgegriffen wird.

Heute waren Deputirte aus Basel mit dem Landammann Zellweger bei mir, die mich aufmerksam machten, dass man den Kommandanten von Hüningen vielleicht gewinnen könne, dass die Schweiz, hauptsächlich Basel, zu sehr bei dem Besitz von Hüningen interessirt sei, um nicht die Hälfte der Kosten zu tragen, dass sie dann aber die Bedingniss machen müssten, dass Hüningen geschleift werde und beim Frieden ausgemacht würde, dass diese und keine andere Festung näher als das Fort Ecluse oder de Joux von der Schweiz gebaut werden dürfen. Ich antwortete ihnen, dass sie dem Kommandanten von Hüningen im Namen der Verbündeten versprechen können, dass er seine jetzige Stelle entweder im Dienste des Königs oder, wenn er es vorzieht, in jeder Armee der verbündeten Mächte erhalten würde; ich müsste erst erfahren, wie hoch sich die Forderungen des Kommandanten belaufen, um die Bewilligung E. D. darüber zu erhalten, der ich bei jeder nicht zu unbilligen Forderung gewiss wäre, und dass die Schleifung der Festung erst nach dem Kriege statthaben könne, um uns einen Waffenplatz und unsere Magazine zu sichern. Sie versprachen mir in vier Tagen Antwort über die Einleitung dieser Unterhandlung. Von ..... und ..... darf ich, wie man mir schreibt, vor dem 3. oder 4. keine bestimmte Antwort erhalten.[1])

Ich schliesse hier eine Anfrage des französischen Gesandten Talleyrand bei, der ein Munitionsdépôt in der Nähe der Schweiz (z. B. Lörrach) verlangt, um dort Pulver und Blei für die bereits Bewaffneten an den Grenzen der Franche-Comté abholen zu lassen.

Zugleich folgt hier ein Aufsatz, der die Verdienste des Arztes Zwingli in Winterthur bestätigt, der sich in unsern Spitälern in Rheinau im Jahre 1813 für unsere Kranken wirklich aufgeopfert hat und dessen Verdienste damals E. D. wahrscheinlich nicht bekannt wurden. Ein einziges Schreiben E. D. an diesen allgemein geschätzten Mann oder ein kleines Geschenk, das weniger als Gabe, als durch die Art zu geben, Werth erhielte, würde in diesem Augenblicke eine gute Wirkung haben.

---

[1]) Erwarten?

Im Anschlusse folgt ein Bericht des Oberstlieutenants Welden, der sehr richtig scheint, nur ist der Standpunkt, auf dem er seine Nachrichten schöpft, nicht der beste, und ich kann E. D. bei dem Vordringen der Armeen diesen Punkt nicht genug empfehlen.

Die Regierung in Genf wird heute noch von der Tagsatzung über das Betragen gegen den Oberstlieutenant Welden getadelt und ihr bedeutet werden, ihn in Allem zu unterstützen. Auch die freie Passirung des Generals Desaix wird sie rügen, den übrigens die piemontischen Truppen nicht hätten durchlassen sollen, und ich halte es von der höchsten Wichtigkeit, dass unsere Truppen den Mont Cenis und die Zugänge von Savoyen besetzen, da ein Aufstand des Volkes in Savoyen unsere Fortschritte von jener Seite lähmen wird.

Hier lege ich noch einige Nachrichten bei, die ich aus einem Wust von Papieren habe zusammentragen lassen. Meine erste Ansicht der Aufstellung der französischen Streitkräfte an den Grenzen der Schweiz bleibt dieselbe. Sie betragen von Grenoble bis Landau mit den Nationalgarden nicht 60,000 Mann und alle bessern Nachrichten bestätigen, dass Langres der Sammelpunkt aller hier aufgestellten Streitkräfte ist. Langres und Lille liegen auch ungefähr in der nämlichen Entfernung von Paris und die französischen Truppen scheinen um diese Stadt einen Kreis zu bilden, der sich mit jedem Schritte, den sie zurückthun, verengt und dadurch ihre Kraft vermehrt. Auch scheinen die Schanzen auf dem Montmartre und Menilmontant die letzten Stützpunkte der Bonaparte'schen Truppen werden zu sollen.

Auf die Nachricht, dass der Eintritt in Basel den französischen Offizieren verweigert worden ist, haben sich von dem Korps des Generals Lecourbe 5000 Franzosen dieser Stadt genähert, die unter den Kanonen von Hüningen bivouakiren.

Der letzte Bericht unseres hiesigen Ministers scheint mir so richtig, dass ich ihn um eine Abschrift bat, die ich die Ehre habe, E. D. beizulegen.

Heidelberg. S. D. dem Fürsten Schwarzenberg.

Zürich, den 28. Mai 1815.

Ich habe die Ehre, E. D. hier den ausführlichen Stand aller Streitkräfte unter Lecourbe zu senden. Der Präsident

Wyss hat mir gerathen, mit der Bekanntmachung der Note nur noch ein paar Tage zu warten, da bis dahin die Ratifikation der letzten Konvention von den meisten Kantonen wird eingelaufen sein. Ich sehe mit Sehnsucht den Befehlen E. D. über die Art der Verpflegung entgegen, um diesen Punkt zu berichtigen, der hier vielen Schwierigkeiten unterliegt.

Das schweizerische Hauptquartier ist von Murten zum Theil nach Bern verlegt worden, das mehr im Mittelpunkt der Stellung zwischen Aarberg und Murten liegt. Ich habe den General Bachmann ersucht, noch ein Bataillon nach Genf zu legen und, wenn es nicht zu viel Aufsehen erregt, das Bataillon Waadtländer durch ein anderes ablösen zu lassen.

Laharpe, der seit einigen Tagen hier ist, wird der Mittelpunkt aller Schweizer, die laut die Neutralität fordern. Sie rechnen es den Alliirten als ein grosses Verdienst an, sich bewaffnet und den Franzosen so lange den Eingang in die Schweiz verwehrt zu haben. Man ist sehr unglücklich, in einem Lande Geschäfte zu haben, wo der Parteigeist alle Köpfe oder vielmehr alle Lungen bewegt. Der gute Wille der Genfer geht so weit, dass ich gestern meinen Bericht an den General Frimont, den ich am 18. von Bern aus dem Oberstlieutenant Welden eingeschlossen hatte, wieder zurückerhielt. Auf der Adresse stand: n'est pas à Genève, obwohl sie sehr gut wissen, dass er da sein muss. Ich habe nun den Weg gewählt, durch ein Handelshaus nach Mailand zu berichten.

Herr de la Bernardine, erster Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, ist mit einem Pass des Herrn Talleyrand und des Fürsten Metternich vorgestern hier durch nach Paris gereist Diess hat Aufsehen erregt und ich wünsche, dass es die einzige Unannehmlichkeit ist, die seine Erscheinung in Paris auf die öffentliche Stimmung hat.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 10. Juni 1815.

Der Augenblick ist erschienen, für den Europa unter den Waffen steht, und die Armeen, die von dieser Seite gegen Frankreich vordringen, sind bereits an den Grenzen

der Schweiz aufgestellt. Die Eidgenossenschaft hat mit ganz Europa längst die Nothwendigkeit dieses Krieges anerkannt, dessen Zweck kein anderer sein kann, als das Eigenthum des Einzelnen wie die Unabhängigkeit der Völker zu sichern. S. D. der kommandirende Feldmarschall Fürst v. Schwarzenberg trägt mir daher auf, E. E. zu bemerken, dass der Fall eintritt, den der vierte Artikel der am 20. geschlossenen Konvention bestimmt und der den augenblicklichen Durchmarsch der Truppen auf der Simplonstrasse nach Genf und über Schaffhausen, Rheinfelden und Basel nach der französischen Grenze nöthig macht. E. E. fühlen, wie nöthig es ist, einen so grossen Theil der Armeen auf mehrere Punkte zu vertheilen, um ihren Marsch zu beschleunigen.

Da das letzte Vordringen der Armee durch die Schweiz zu unvorbereitet war, um die gehörige Ordnung in der Verpflegung der Truppen festzusetzen, so ersuche ich E E., mir durch irgend einen Vorschlag die Mittel zu erleichtern, wie die Truppen am zweckmässigsten verpflegt werden können, ohne die Einwohner zu drücken.

Die Schweizertruppen behalten ihre bisherige Stellung, welche die Schweiz und mit ihr die Basis unserer Operationen sichert. Die vereinten Armeen lehnen sich an die Schweiz, die Truppen der Eidgenossenschaft werden dann der Stützpunkt dieser Heere und bilden dadurch einen Theil der verbündeten Streitkräfte, die nur Ein Zweck, die gemeinschaftliche Gefahr und der Ruhm, das Bestehende zu erhalten, begeistert und vereinigt.

Der Unterzeichnete wünscht sich Glück, an die Eidgenossenschaft in einem Zeitpunkte gesandt worden zu sein, der durch die Anstrengungen, den Muth und die Gesinnungen der Schweiz in der Geschichte dieses Landes auf eine so glänzende Art die Stelle bezeichnen wird, die ihr, nebst ihrer Lage der vereinte Wille der Mächte unter den europäischen Staaten angewiesen hat.

Mailand. S. E. dem Hrn. Baron Frimont.

Zürich, den 29. Mai 1815.

Ich hatte die Ehre, E. Ex. beiliegenden Bericht bereits unter dem 18. zu senden; er wurde mir aber von Genf, wohin ich ihn unter der Adresse des Herrn Oberst Welden

schickte, mit dem Bedeuten zurückgesendet, dass dieser nicht mehr anwesend sei.

S. D., der Kommandirende, wünscht meine Ansichten über die Verpflegungsart der Kolonne zu wissen, die über den Simplon geht. Da ich weder die Zahl der Truppen, noch die Zahl der Märsche weiss, die diese Kolonne in der Schweiz zu machen hat, so ersuche ich E. Ex., mir durch ein Wort über diese beiden Punkte eine Weisung zukommen zu lassen, die mir irgend eine nähere Aufklärung darüber gibt. Die nämliche Bitte geht an S. D. den Freiherrn von Schwarzenberg. Zugleich ersuche ich E. Ex., mir diese nähere Bestimmung in Ausdrücken zu geben, die nicht für Jeden verständlich sind, da ich die Weisung erhalten habe, den Vertrag über die Verpflegung mit den Regierungen der Kantone in der Stille zu schliessen, um nicht vor der Zeit Aufsehen zu erregen.

Ich schicke den Hrn. Lieutenant Violand mit dem Hrn. Hauptmann Kraft zurück, indem hier mehrere Offiziere anwesend sind, mit denen ich die Ehre haben werde, E. Ex. von dem Resultat meiner Unterhandlungen mit der Tagsatzung zu benachrichtigen, sobald ich von dem Herrn Kommandirenden den Befehl erhalten haben werde, mit ihr abzuschliessen.

Ich habe für nöthig befunden, dem Hrn. Lieutenant Violand die Verrechnung der doppelten Diäten zu erlauben, und ich ersuche E. Ex., sie allen Offizieren, die in die Schweiz geschickt werden, zu bewilligen. Ich habe um desselben bei S. D dem Fürsten von Schwarzenberg angehalten, indem die Theurung der ersten Lebens-Bedürfnisse hier viel zu gross ist, um mit den einfachen Diäten auszukommen.

S D. dem en Chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 30. Mai 1815.

Die Befehle E. D. wie den Wechsel von tausend Dukaten habe ich vorgestern die Ehre gehabt zu erhalten, und ich erwarte mit Sehnsucht die Befehle Seiner Majestät, da hier, wie ich glaube, jeder längere Aufschub, jeder verlängerte Zustand der Ungewissheit nachtheilig wirken muss. Die Reserve von 15,000 Mann wird hier errichtet und bis zur

Mitte des künftigen Monats hier angekommen sein. Die öffentliche Meinung, die hier durch Laharpe, seinen Anhang, und die französischen Zeitungen, und in diesen hauptsächlich durch den Genfer Sismondi bearbeitet wird, erhält dadurch eine neue Stütze, und jeder Tag vermehrt die Stimmen, die eine strenge Neutralität fordern, so lächerlich auch diese Forderung in den Augen jedes Vernünftigen erscheint. Als ich vor fünf Wochen hier ankam, standen die Streitkräfte dieses Landes vereinzelt an den Grenzen, die Furcht hatte sich aller Gemüther bemeistert, sie suchten überall Hülfe; — die Zeit, eine richtigere Aufstellung ihrer Truppen, die wenigen französischen Streitkräfte, die ihnen gegenüberstehen, die Achtung und Schonung, mit der sie desswegen von den Franzosen behandelt werden, Laharpe's Erscheinen, die Verwandtschaft seiner Grundsätze mit denen von Fouché, seine zahlreichen Anhänger, Russlands Schutz, auf den er sich stützt, Gerüchte, die man in Umlauf setzt, und die ein unwissendes Volk schnell auffasst und glaubt, die Eitelkeit dieses Volkes, das den Glauben seiner Wichtigkeit an alte Erinnerungen knüpft, alles das hat mächtig auf den öffentlichen Geist gewirkt, und man muss Alles, was man jetzt von ihm erhält, Schritt vor Schritt gewinnen; desswegen habe ich die Befehle Euer Durchlaucht zu erfüllen gesucht, indem ich mich auf die letzte Uebereinkunft vom 20. stützte, und so nach und nach erhalte, wozu sie auch bereit sind, ihre jetzige Linie und dadurch die Basis unserer Operationen zu vertheidigen, und die Militärstrassen zu bestimmen. Magazine, die man anlegt und durch sie schützt, das Belagerungsgeschütz in Genf, vielleicht einige tausend Mann, die durch eine Bewegung vorwärts, die Belagerung einer Festung in ihrer Nähe decken und erleichtern, und in einem unglücklichen Falle ein Korps, das gedrückt wird, aufnehmen, unsere Verbindung und Transporte zu sichern, das ist es, was man von den Schweizern erwarten und fordern kann. Euer Durchlaucht wissen, dass diess immer meine Ansicht war, über die ich meine Erwartungen nie ausdehnte, und diese Forderungen, die sich nach und nach erweitern lassen, sind auch Alles, was diese Truppen leisten können. Wenn ich den Geist, die Haltung und den Eifer dieser Truppen lobte, so geschah es mit Recht; aber man muss an die hiesigen Verhältnisse nicht den Massstab legen, an den

wir in dieser Hinsicht in jedem grossen Staate gewohnt sind. Diese Truppen sind Milizen, eine Musterkarte von Völkern und Farben, die mehrere Monate bedürfen, mit der Pflicht ihres Standes bekannt zu werden, und die selbst von den Franzosen im Jahre 1799 nur gebraucht wurden, um ihren Herd und ihre Berge zu vertheidigen.

Wenn die Kapitulation der Schweizerregimenter im Namen Ludwigs XVIII. erneuert ist und diese über die Grenzen ziehen, so ziehen ihnen so viele Freiwillige nach, als wir wollen; aber sie ist noch nicht erneuert und nur auf diese Regimenter beschränkt sich die Hülfe, die England zu leisten versprochen hat.

Ich habe gestern gleich an den Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, geschrieben und ihn ersucht, mir ungefähr die Zahl der Truppen mittheilen zu wollen, die bestimmt ist, über den Simplon zu gehen, weil ich ohne diese Kenntniss nicht im Stande bin, etwas über die Verpflegung dieser Kolonne festzusetzen. Ich kann daher nur allgemeine Grundsätze aufstellen, damit die Magazine so angelegt werden, dass Alles, was der Durchmarsch der Truppen nicht aufzehrt, auf dem See bis Genf gebracht werden kann, wo, nach meiner Ansicht, ausser einem starken Munitionsdépôt auch ein starkes Magazin angelegt werden muss, da auf der Strasse nach Lyon, allen Nachrichten zufolge, die Lebensmittel äusserst selten sind. Geht eine Kolonne über Neufchâtel nach Pontarlier, so muss nothwendig für diese gesorgt werden, da die Gebirge, über die sich die Strasse von Neufchâtel zieht, durchaus nichts hervorbringen. Die Kolonne über den Simplon hat von Domodossola ungefähr acht Märsche bis Genf; die Truppen müssten in Domodossola auf zwei Tage bis Bryg[1]) verpflegt werden; in Bryg bis Sion, dort wieder auf zwei Tage bis Aigle, wo das Hauptmagazin errichtet werden muss, dessen Lage durch die Rhone selbst in einem unglücklichen Falle geschützt wird, und von wo es leicht ist, alles Nöthige über Villeneuve auf dem See zu verschiffen.

Ueber die Art der Verpflegung weiss ich keinen andern Vorschlag, als den ich bereits die Ehre hatte, Euerer Durchlaucht zu unterlegen; ich habe mit mehreren Deputirten der

---

[1]) Brieg.

Kantone gesprochen und sprechen lassen, die im Namen ihrer Regierung Aufkäufe besorgen wollen, die dann kein Aufsehen erregen und unsere Subsistenz sichern. Ich erwarte die Befehle Eurer Durchlaucht, welche Mittel hierüber angewendet werden sollen, und ob ich unter der Hand mit den Regierungen in Unterhandlungen treten darf, die bereits eingeleitet sind.

Die Note an den Präsidenten der Eidgenossenschaft, die, wie ich Euer Durchlaucht zu melden die Ehre hatte, ich noch zurückbehielt, werde ich jetzt erst übergeben, wenn ich die bestimmten Befehle Eurer Durchlaucht erhalte.

Der von der Polizei angezeigte Bragout heisst eigentlich St. Léon und ist vor einigen Tagen mit einem Schreiben Seiner Durchlaucht des Fürsten Metternich an Herrn v. Schraut hier durchgekommen, das ihn als einen unserer Agenten bestätigt. Er hatte mehrere Exemplare der letzten Kongress-Deklaration und andere Schriften bei sich, die er in Frankreich austheilen sollte. Hier habe ich die Ehre, Euer Durchlaucht ein Schreiben beizulegen, das mir sagt, dass ...... abgelöst worden ist; doch wenn die Begebenheiten schnell gehen, so hat er wahrscheinlich bis dahin seinen Posten nicht verlassen und ich habe alle Ursache, zu glauben, dass er bereits gewonnen ist, worüber ich indessen, sowie über ....... erst am 3. oder 4. bestimmte Nachrichten erwarte. Die Stellung der feindlichen Streitkräfte ist die nämliche; nur vermehren sich die Nationalgarden auf allen Punkten, so dass man mit Anfang Juni in der Linie von Besançon bis Landau 15,000 Mann mehr annehmen muss. Die ganze Linienarmee besteht am Ende des Mai aus 230,000 Mann; vier Regimenter sind aus der Gegend von Paris mit der Post nach St. Malo geschickt worden, da in der Bai von Cancale eine englische Expedition gelandet ist, die bereits in den englischen Zeitungen angekündigt war, und wahrscheinlich Waffen (man sagt 10,000 Gewehre und Munition) an Bord für die Vendée hatte, wo sich der Herzog von Bourbon noch befindet.

Von der letzten Kongressakte sind viele Exemplare gedruckt und in Frankreich verbreitet worden; Alles, was darauf Bezug hat, die öffentliche Meinung daselbst zu bestimmen, geschieht von hier aus; aber eine Hauptnothwendigkeit wäre, bei unserem Eindringen in Frankreich einen

Befehl Ludwigs XVIII. an alle Nationalgarden bekannt zu machen, die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen, und dass derjenige als Rebell behandelt werden soll, der mit den Waffen in der Hand ergriffen wird. Die Nationalgarde ist unter einem andern Namen die neue Konskription, wo Alles aufgenommen wird, was nicht für die Linientruppe taugt oder nicht uniformirt werden kann. Der Grundsatz, der nur dem Bürger, der Eigenthümer ist, in die Nationalgarden einzutreten erlaubt, ist bei der jetzigen Zusammensetzung vergessen, und in einigen Theilen, wie in Elsass, wird der Kampf mit diesen Nationalgarden hartnäckiger als der mit den Truppen sein. Die wenigen Departements, die an der Sache Bonaparte's hängen, lassen sich leicht aus seinen Proklamationen erkennen. Euer Durchlaucht werden in allen bemerkt haben, dass immer nur Burgund, die Franche Comté, Elsass und Lothringen den übrigen als Muster aufgestellt werden; das et cætera, das hinter diesen vier Namen steht, kann keinen Menschen täuschen, denn es würden wahrscheinlich noch 40 Namen beigesetzt, wenn sie so viele Beispiele dieser Art hätten anführen können.

Ein Monsieur de la Rue, der vor acht Tagen Paris verlassen hat, um sich nach Gent zu begeben, wo sein Sohn als Adjutant des Herzogs von Ragusa dient, gibt vor, von Eurer Durchlaucht, sowie von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Metternich sehr gut gekannt zu sein; da er im Stande zu sein scheint, Eurer Durchlaucht manche richtige Aufschlüsse über mehrere Vorgänge im Innern Frankreichs zu geben, so habe ich ihm erlaubt den Herrn Lieutenant Forgatsch in's Hauptquartier zu begleiten, um Euer Durchlaucht um die Erlaubniss zu bitten, seine Reise nach Gent fortsetzen zu dürfen.

Ich schicke gegenwärtigen Bericht durch den Lieutenant Forgatsch und ersuche Euer Durchlaucht, mir durch ihn so bald als möglich die nöthigen Befehle zu geben, um wenigstens einige Tage zu gewinnen, die zweckmässigen Vorbereitungen vor dem Durchmarsch der Truppen treffen zu können.

Beiliegender Brief des Herrn Baron Hake an den Herrn Talleyrand sagt, dass es von den Befehlen Eurer Durchlaucht abhängt, den Emigranten irgend einen Bestimmungsort anzuweisen; ich erneuere daher an Euer Durchlaucht meine

gehorsamste Bitte, den Befehl an den Magistrat in Koblenz[1]) ergehen zu lassen, sie dort aufzunehmen, indem ihre Zahl hier immer stärker wird, und es zu gefährlich wäre, sie in dem Rücken der Operationen zu lassen. Hier kann nur von ihrem Aufenthalte die Rede sein, denn ihre Bewaffnung und Errichtung von Korps kann nur in Frankreich von Nutzen sein.

Stockach. S. D. dem Fürsten Hohenzollern.

Zürich, den 31. Mai 1815.

Die Mittheilung E. D. vom 30. habe ich in diesem Augenblicke die Ehre zu erhalten. Die Zurückweisung der französischen Deserteure ist sehr wichtig, aber sie geschieht von keiner Schweizerbehörde, sondern von dem Baron Andlau im Bisthum Basel, und die Schweizerbehörden selbst haben mir diess angezeigt. Dass diese letzteren keine Deserteurs zurückweisen, zeigt sich dadurch, dass in Bern und hier alle Strassen voll Deserteurs sind, und ich S. D. den Kommandirenden ersucht habe, ihnen Konstanz und Lindau zum Aufenthalte anweisen zu lassen, um sie aus der Nähe der Operationslinie zu entfernen.

Dass kein Civilbeamter aus Deutschland ohne Pass mehr nach Basel gelassen wird, beruht auf einer Verordnung des Fürsten Schwarzenberg, der dadurch dieses Thor allen Verdächtigen schliessen wollte. Mit einem Passe Euerer Durchlaucht oder des dort kommandirenden Generals versehen, wird und muss Jeder, wer er auch sei, dort zugelassen werden.

Ich habe die Ehre, auf die Zuschrift, mit der mich E. D. gestern beehrten, gehorsamst zu melden.

Bern. S. E. dem Herrn General Bachmann.

Zürich, den 31. Mai 1815.

Das Interesse, das ich für jeden Theil der Schweiz nehme, wie E. E. bemerkten, ist das allgemeine, da die Lage und die Sicherheit der Schweiz zu sehr mit dem grossen Zwecke unserer Operationen verbunden sind, um als ein eigenes Ganzes betrachtet werden zu können. Die linke Flanke wird in diesem Augenblick durch 82,000 Oester-

---

[1]) Soll wohl heissen « Konstanz ». Vgl. oben.

reicher gedeckt, deren Bewegungen in sehr kurzer Zeit alle Besorgnisse E. E. von dieser Seite heben werden. Der General Frimont würde E. E. längst darüber Alles bekannt gemacht haben, wenn nicht ein Bericht an ihn, den ich am 18. aus Bern unter der Adresse des österreichischen Oberstlieutenants Welden nach Genf geschickt hatte, von dort wieder zurückgeschickt worden wäre. Auf der Adresse stand: n'est pas à Genève, obwohl er mir vier Tage später von dort aus schrieb. Der gute Geist der Genfer ist so bekannt, dass ich hoffe, man wird einige Rücksicht bei den nächsten Vorfällen darauf haben.

Ich habe die Ehre, E. E. für die mir mitgetheilten Nachrichten über die Veränderungen in der Aufstellung der Truppen zu danken. Die beiden Kaiser kommen übermorgen in dem Hauptquartier zu Heidelberg an. Die Feindseligkeiten an der spanischen Grenze haben wahrscheinlich schon angefangen und ein Theil des südlichen Frankreichs scheint bereits für Ludwig XVIII. unter den Waffen zu stehen. Murat hat durch die Entsagung an sein Königreich kapitulirt; den Oesterreichern wurde Neapel am 23. übergeben; wahrscheinlich ist bereits König Ferdinand daselbst angekommen; 25,000 Mann der neapolitanischen Armee sind zur Verstärkung des Generals Frimont abgegangen.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Schwarzenberg.

Zürich, den 1. Juni 1815.

Ich benütze die Gelegenheit des russischen Legationssekretärs, der zu Seiner Majestät dem Kaiser Alexander geschickt wird, um Euer Durchlaucht ein paar Nachrichten zu melden, die den Zustand Frankreichs und seine innern Stürme bezeichnen.

Das mittägliche Frankreich scheint wirklich — vielleicht zu früh — durch eigene Kraft das Joch der neuen Ordnung abwerfen zu wollen. Von Lyon und Grenoble sind beinahe alle Linientruppen nach Marseille aufgebrochen und ich glaube, dass einige spanische Streifpartien bereits in Roussillon erschienen sind, die diese Wirkung hervorgebracht haben. Ich werde über alles diess nähere Auskunft erhalten, denn ich habe gestern einen jungen Mann nach Lyon, an den ehemaligen Maire, einen bekannten Anhänger des Kö-

nigs, geschickt, dem morgen noch die Bulletins der Armee von Neapel nachgeschickt werden. Ich habe alle Bulletins zusammengezogen und hinzugesetzt, dass. sobald die englisch-sizilianischen Truppen mit dem König Ferdinand angelangt sind, die am 30. Mai erwartet wurden, 25,000 Mann von der Armee des Feldmarschall-Lieutenants Bianchi aufbrechen werden. um sich an die grosse italienische Armee anzuschliessen, die bereit ist, in das mittägliche Frankreich einzudringen. Von diesen Bulletins werden in Genf mehrere 1000 Exemplare gedruckt und in Frankreich verbreitet, die ihre Wirkung nicht verfehlen.

Die letzte Deklaration des Kongresses hat in Frankreich eine ausserordentliche Wirkung hervorgebracht. So viel ist gewiss, dass die zwei ausserordentlichen Kommissäre Bonaparte's, Boissy d'Anglas und Dumolard, sich flüchten mussten, dass ihnen ihre Wagen, Effekten und Papiere abgenommen wurden und wenigstens in den Seehäfen das Volk unter den Waffen steht.

Es ist gewiss, dass die Versammlung auf dem Champ de Mai aufgeschoben wurde, weil nicht die Hälfte der Deputirten aus den Departements angekommen sind. Die moralische Wirkung dieses Aufschubes auf ganz Frankreich ist nicht zu berechnen. Bonaparte, der sich trotz allen Ankündigungen von Reisen und Grenzbesichtigungen noch nicht einen Augenblick von Paris entfernt hat, hat täglich Konferenzen mit dem amerikanischen Gesandten. Es ist gewiss — wenigstens 10 Briefe, die ich gelesen habe, versichern es — dass alles Silbergeschirr des Hofes eingeschmolzen wird, unter dem Vorwand, die öffentlichen Kassen zu bereichern; dass alle Kassen der Provinzen in jeder Woche Alles, was einkommt, in die Hauptkassen nach Paris abgeben müssen, und diese Hauptkasse ist wie das Fass der Danaiden, das immer leer bleibt, denn die geringsten Anweisungen werden nicht bezahlt. Die Absicht, alles Kostbare an sich zu ziehen, geht so weit, dass Luzian Bonaparte die königlichen Medaillen und Münzsammlungen gefordert hat, um die Antiken zu studiren und ein besseres Gepräge für die neuen Münzen durch Vergleichung der alten aufzufinden, und dass diese Münzen noch nicht zurückgegeben sind. Man setzt hinzu, dass diese Münzen, wie alles Kostbare, das sich fortbringen lässt, in Nantes auf amerikanische Schiffe geladen wird, und

nach den Begebenheiten der letzten Zeit ist es erlaubt, auch diese Schändlichkeiten zu glauben, die übrigens alle Nachrichten bestätigen. Ich glaube, Euer Durchlaucht, der Augenblick ist gekommen, der die Ruhe Europa's wiederherstellen und der uns eine grössere Gewährleistung für die Beibehaltung dieser Ruhe geben muss, als uns eine schwache Dynastie auf dem französischen Thron geben kann, die immer einer fremden Hülfe bedarf, um sich auf ihm zu erhalten.

Von Konstanz werden alle Franzosen nach einem Befehle der badischen Regierung zurückgewiesen Ich ersuche daher Euer Durchlaucht dringend, diesen Unglücklichen, die sich täglich mehren, irgend eine Freistätte zu öffnen, wo sie aufgenommen werden. Herr von Andlau im Bisthum Basel hat über 400 junge Leute. die sich vor der Konskription flüchteten, wieder über die Grenze weisen lassen und so der französischen Armee einen Dienst erzeigt, den sie wahrscheinlich nicht berechtigt war, von uns zu erwarten.

Ich erwarte hierüber, sowie über meine übrigen gehorsamsten Anfragen, die Befehle Eurer Durchlaucht, die immer die Richtschnur meiner Handlungen sein werden.

*A Monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 2 juin 1815.

Je viens de recevoir la réponse dont vous m'avez honoré aux éclaircissements que je vous avais demandés relativement à l'objet en question, et je n'en attendais pas moins de votre zèle et de votre dévouement à la bonne cause. Je sais leur rendre justice, et cette occurence-ci me met à portée de savoir mieux les apprécier.

Persuadé que vous ne négligerez rien de ce qui pourra faciliter et assurer le succès de la négociation mentionnée, je m'en remets entièrement à vous pour les démarches y relatives, que vous jugerez les plus convenables. Je vous autorise, mon général, à vous ouvrir à l'officier indiqué en tant que vous croirez pouvoir le faire sans porter préjudice aux intérêts dont il s'agit, et s'il jouit de votre confiance, vous pouvez lui donner connaissance sans réserve de tout ce que j'ai eu l'honneur de vous communiquer. En un mot, je vous donne faculté absolue d'agir dans ce qui y a rapport, suivant vos lumières, votre zèle et votre dévouement, et

j'espère que le succès répondra pleinement à vos sentiments et à mes espérances.

Je recevrai avec plaisir tout ce que vous voudrez bien me marquer à ce sujet, et je vous serai très obligé de la complaisance, que je sollicite, de me communiquer les nouvelles importantes que vous pourriez recevoir de l'intérieur de la France.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Schwarzenberg.

Zürich, den 3. Juni 1815.

Ich erhalte die Beilagen soeben durch Seine kaiserliche Hoheit, den Erzherzog Johann, und eile, sie Eurer Durchlaucht zu übersenden. Der beiliegende Auszug aus allen Nachrichten, die ich erhalten habe, enthält nur kleine Ansichten. Ueber den Süden Frankreichs hoffe ich in den nächsten Tagen von Lyon ausführliche Nachrichten zu erhalten. Zu diesen Nachrichten ist noch hinzuzusetzen, dass die Befestigungen von Lyon so ausgedehnt sind, dass sie einer Armee bedürfen, um besetzt zu werden. Ausser dem tête de pont bei der Vorstadt Guillotière werden die Höhen der Croix rousse und Montescuis mit 5 Batterien vertheidigt, und es wird eifrig an einem Wall und Graben mit Pallisaden gearbeitet, der sich über die Erdzunge zwischen der Saone und der Rhone zieht und die Stadt auf dieser Seite verbinden und beschützen soll. 120 Kanonen waren angekommen.

Die Vendée ist in vollem Aufstande, und es bedarf nur eines Winkes, um das südliche Frankreich in Flammen zu setzen. Ich habe dem ehemaligen Maire von Lyon geschrieben, alles aufzubieten, um die Ruhe zu erhalten, denn alle diese Kräfte, die uns bei unserem Einmarsche nützlich werden können, werden jetzt einzeln vernichtet, und ich bin überzeugt, dass wir im Süden in wenigen Wochen eine französische Armee von 50,000 Mann bilden werden. Ich kann daher Eurer Durchlaucht mein Ansuchen nicht oft genug wiederholen, in Genf ein starkes Munitions-Depot zu errichten. Lecourbe's Observations-Korps hat sich seit 3 Tagen um 6000 Mann Nationalgarden vermehrt. Auf der Linie zwischen Besançon und Landau stehen nach den letzten Nachrichten jetzt 60,000 Mann, meistens Nationalgarden,

die aber zum Theil, wie im Elsass, wie ich nämlich die Ehre hatte, Euer Durchlaucht zu bemerken, zu den besten Truppen Bonaparte's gezählt werden müssen. Jeder Tag vermehrt diese Kraft, und der Glaube, dass die neue Ordnung der Dinge bestehen kann, nimmt in dem nämlichen Grade zu, als, wenigstens hier an den Grenzen, die Muthlosigkeit der Bessergesinnten zunimmt, die Hülfe erwarten. Ich kann die Pläne nicht beurtheilen, die wahrscheinlich die Ankunft der russischen Truppen nöthig machen; ich kenne nur die Nothwendigkeit des Kriegs und die Stimmung und die Anstalten in den französischen Provinzen, die vor mir liegen, und ich glaube, der Augenblick ist gekommen, wo man nicht länger mehr zaudern darf, wenn die Macht des Usurpators nicht mehr Festigkeit erhalten soll. Vor 4 Wochen war die Verspätung der Operationen ein Glück für die gute Sache, denn die neue Konstitution und Stockung des Handels, gezwungene Anlehen, die Nicht-Bezahlung aller Rückstände und Gehalte in den Provinzen, hat selbst einen Theil seiner Anhänger und einen grossen Theil der Menschen, die das Bessere hofften, von ihm abgewendet; aber es ist jetzt Zeit, den Muth und die Hoffnungen der Unzufriedenen zu beleben, und ich bin überzeugt, dass der Sieg unserm Einmarsche folgt.

Graf Colloredo wird Euer Durchlaucht von einer Unterhandlung in Basel gesagt haben, die von dem Präsidenten der Tagsatzung unterstützt wird und in vollem Gange ist. Ich werde Euer Durchlaucht nicht eher etwas davon melden, bis die Sache ihrem Ende nahe ist.

Laharpe widerspricht hier im Namen des russischen Kaisers, kraft der Instruktionen, die er haben will, allem, was ich im Namen Euer Durchlaucht von der Tagsatzung fordere. Er predigt laut, ohne Rückhalt, den Widerstand der Schweiz, ihre strengste Neutralität gegen jede Macht, die den Schweizerboden betreten will, und er hat mich selbst bei dem russischen Geschäftsträger verklagt, dass ich meine Vollmachten überschreite, die er eben so gut als seine eigenen zu kennen vorgibt. Ich überlasse es Euer Durchlaucht, zu ermessen, ob eine Erscheinung wie diese, die nur in einer solchen Zeit der allgemeinen Begriffs-Verwirrung möglich ist, die gute Sache in einem Lande befördern kann, wo sie ohnehin mit so vielen Hindernissen zu kämpfen hat.

Der General Diesbach, Oberst der 100 Schweizer, der mit diesen Schweizern auf dem Wege nach Gent begriffen ist, wird in Basel schon seit mehreren Tagen durch den badischen General Schäfer aufgehalten, der ihm ohne einen Pass des Fürsten Hohenzollern den Eintritt nach Deutschland nicht erlaubt. Euer Durchlaucht fühlen, welch unangenehmen Eindruck dieser Aufenthalt in der Schweiz machen muss.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Schwarzenberg.

Zürich, den 4. Juni 1815.

Ich benutze die Gelegenheit, Seiner kaiserlichen Hoheit in Schaffhausen aufzuwarten, um Euerer Durchlaucht die Abschrift des Berichts zu senden, den Ludwig XVIII. jede Woche erhält. Abgerechnet, dass ...... heute von einem französischen Offizier angekündigt wird, weil er, wie dieser Offizier angibt, sich flüchten musste, dass auch die Unterhandlungen mit ..... heute in Basel angeknüpft werden, und alle Linientruppen in Besançon schnell nach Paris aufbrechen mussten, ist nichts Neues von Bedeutung, und ich habe die Ehre, Euer Durchlaucht diesen Bericht nur zu senden, weil er doch eine Ansicht der allgemeinen Stimmung gibt, und Alles die Nachricht bestätigt, dass jeder Verzug bis zum Anfang der Operationen nachtheilig auf das Ganze wirken muss.

*A monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 7 juin 1815.

La lettre dont vous m'avez honoré vient de me parvenir, et je vous remercie en y répondant des avis que vous avez la complaisance de me donner relativement à l'objet en question. Je les ai de suite communiqués à son Altesse le prince de Schwarzenberg, qui, en les soumettant aux souverains alliés, ne tardera sans doute pas à me témoigner combien ils sont satisfaits du zèle que vous montrez à faire réussir cette négociation. D'après ce que vous me faites l'honneur de me dire, je puis espérer que le résultat en sera conforme à mes désirs, et je vous prie, mon général, de m'informer de tout ce qui pourra y être relatif.

J'ai l'honneur de vous remettre ci-inclus à l'ordre d'un nom supposé une lettre de crédit pour la somme demandée

de 500 louis d'or, dont il vous plaira de soigner l'entrée en m'informant par un mot de réponse.[1])

S'il vous était possible de me dire quelque chose de précis par le retour de monsieur le comte Lichnowsky, porteur de la présente, vous m'obligeriez beaucoup, qui, d'ailleurs, en cas que cela exigeât 24 à 48 heures, se conformera entièrement à vos ordres. Je vous supplie en même temps, mon général, de continuer à me donner connaissance des événements qui se passent en France dans votre voisinage, et recevrai surtout avec plaisir un tableau détaillé des forces ennemies depuis Grenoble jusqu'à Landau. Je suis aussi dans l'attente d'apprendre tout ce qui pourra avoir rapport à la négociation mentionnée, et comme elle a été ouverte sous d'aussi heureux auspices, je me crois en droit de former les meilleures espérances pour son heureux succès.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Hohenzollern.

Zürich, den 7. Juni 1815.

Ich finde mich beehrt mit der Mittheilung Euer Durchlaucht vom 5. und beeile mich, in gehorsamster Erwiederung Hochdenselben zu melden, dass mir die erwähnten Packete an Seine Durchlaucht den Fürsten v. Schwarzenberg durch Seine kaiserliche Hoheit, den Erzherzog Johann, zugekommen sind, ohne von irgend einer Nachricht, die auf die Armee von Italien Bezug haben könnte, begleitet gewesen zu sein; denn im entgegengesetzten Falle hätte ich die Ehre gehabt, Euer Durchlaucht davon in Kenntniss zu setzen.

In der Aufstellung der Schweizertruppen ist, ausser dem Hauptquartier des Herrn General Bachmann, das nach Bern, als dem richtigeren Mittelpunkt der Linie von Murten nach Aarberg, verlegt worden ist, keine Veränderung vorgefallen.

Das Bataillon Waadtländer, welches in Genf in Garnison lag, ist auf Ansuchen der Deputirten bei der Tagsatzung, die Misstrauen in seine Treue setzten, von dort entfernt und durch ein anderes ersetzt worden, wodurch die Garnison zugleich um 6—800 Mann verstärkt worden ist.

Ich werde mich um die direkteste Richtung von hier

---

[1]) Vgl. pag. 662 und 668.

nach Euer Durchlaucht jetzigem Hauptquartier erkundigen und sie zur Beförderung meiner Berichte benutzen.

S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 7. Juni 1815.

Der Feldzug in Italien hat in Frankreich eine ausserordentliche Wirkung hervorgebracht. Ein grosser Theil des mittäglichen Frankreich steht unter den Waffen, und selbst die Linientruppen, die in die Vendée aufgebrochen sind, scheinen der Uebermacht gewichen zu sein. Man braucht nur die französischen Zeitungen zu lesen, und mit ihrer Art, die Begebenheiten darzustellen, vertraut zu sein, um es in ihnen selbst zu finden. Nantes wurde befestigt, weil die Chouans bis unter die Thore streiften, und nach einem Schreiben aus Lyon haben die königlich Gesinnten sich von Angers und Saumur bemächtigt. Zwei Bataillone Nationalgarden aus dem Departement Saone und Loire waren zu ihnen übergegangen; desswegen haben alle Nationalgarden, die in diese Gegend aufgebrochen waren, Befehl erhalten, zurückzukehren, und 15,000 Mann, unter denen ein Theil der alten Garde ist, sind auf Wagen nach dem südlichen Frankreich geführt worden. In Lyon sollten von den zwölf Bataillonen der dortigen Nationalgarde zwei zum aktiven Dienste nach der Vendée aufbrechen; sie verweigerten es so hartnäckig, dass man den Befehl zurücknehmen musste. Indessen hatten dort viele Arretirungen stattgefunden, und die Betriebsamkeit der Stadt hat erst am 28. 30,000 Uniformen und völlige Ausrüstungen nach Paris geschickt. Mehrere tausend Gewehre sind der nämlichen Bestimmung gefolgt. In Marseille ist alles in der höchsten Spannung. Die neue Nationalgarde lief auseinander, als man sie das erste Mal versammelt hatte und der General Bezannet das ça ira spielen liess. Im Département du Doubs und in den Bergen der Franche-Comté hat sich eine königliche Federation gebildet, die bereits über 20,000 Unterschriften zählt. Sie suchen und finden überall Gewehre, und der englische Gesandte Canning hat zu diesem Zwecke bereits 1500 Gewehre in Frankreich selbst zu 18 Franken das Stück gekauft, die schon in der Schweiz in Sicherheit sind. Von .... erhalte ich am 10. bestimmte Antwort. Ueber Hüningen werde ich nächstens die Ehre haben, Euer Durchlaucht aus-

führlicher zu schreiben. Wir haben alle Hoffnung, diese Unterhandlung glücklich zu endigen.

Nur beschwöre ich E. D., auf das südliche Frankreich Rücksicht nehmen zu wollen, wo sonst die aufgewachten Kräfte unterdrückt werden. 20—24,000 Mann der Armee von Neapel können auf Transportschiffen — und an diesen kann es an den ausgedehnten Küsten nicht fehlen — in acht Tagen bei Marseille landen, während sie zu Lande wenigstens sechs Wochen brauchen, um sich an die Operationen des General Frimont anzuschliessen. Ich bin überzeugt, dass diess der tödtlichste Punkt ist, auf dem man Frankreich verwunden kann, und dass diese Armee schnell zu einer Zahl anwachsen würde, die, mit den spanischen und portugiesischen Truppen vereint, allein im Stande ist, den Feind zu bekämpfen.

Laharpe hat heute seinen Freund Guingené nach Basel begleitet, um ihm, da er nur einen französischen Pass hat, seine Reise nach Frankreich zu erleichtern. Guingené hat hier drei Wochen lang auf Laharpe gewartet; dieser sprach laut vom Frieden mit Bonaparte: er behauptete, die Absichten des russischen Kaisers zu kennen, und ich bin überzeugt, dass Guingené hier war, um durch Letztern auf Russland zu wirken, der während seines Hierseins drei Kuriere an den Kaiser Alexander schickte. Ich habe Jemand, den mir der Feldmarschalllieutenant Radetzky empfohlen hat, heute Nacht nach Basel an den Polizei-Direktor ..... gesandt, um Guingené so lang als möglich dort aufzuhalten und zu sehen, ob man durch seine Papiere keinen Aufschluss über seine hiesigen Geschäfte haben kann.

Die Schweiz, hauptsächlich das Pays de Gex, ist überhaupt noch das einzige offene Thor, durch das Frankreich mit dem übrigen Europa in Verbindung steht. Der Abbé Charbonnier, Sekretär Luzian's, ist noch in Versoix bei Genf als *intermédiaire pour les dépêches* zurückgeblieben.

An der Stellung der Truppen im Elsass hat sich nichts geändert, als dass die Linientruppen, bei Besançon, wie ich neulich die Ehre hatte, E. D. zu melden, gegen Paris aufgebrochen sind. 10,000 Mann, die an den Oberrhein bestimmt waren, sind eilig an die savoyischen Grenzen aufgebrochen. In die Batterie vor Basel ist schweres Geschütz geführt, so dass die Brücke von Basel kann bestrichen

werden. Darum wird Rheinfelden der sicherste Uebergangspunkt sein. Wie sehr sie von dieser Seite auf den Vertheidigungskrieg denken, beweist die Anstalt, dass alle grossen Strassen, die nach Béfort und Besançon führen, in der Entfernung von zwei bis drei Stunden abgegraben werden; indessen versichert mich der Chef d'Escadron ..... in einem Briefe, den ich eben erhalte, dass, wenn ...... nicht einwilligt und er nur zur Unterstützung 4000 Mann erhält, die Einwohner des Departements und der Stadt (die Nationalgarde, welche die Festung vertheidigt, besteht grösstentheils aus den Einwohnern der Stadt) Besançon zur Uebergabe nöthigen werden. Ich weiss nicht, ob man diesem Versprechen unbedingt glauben darf, aber es ist gewiss, dass der Geist der Einwohner in diesem Theile nicht besser sein kann. Desto hartnäckiger wird der Kampf im Elsass sein, wo Bonaparte seine leidenschaftlichsten Anhänger hat. Die Nationalgarden sind dort (gut) gekleidet und bewaffnet und besonders der kleine Krieg in den Vogesen wird mit Hartnäckigkeit geführt werden.

Soeben erhalte ich beiliegenden Brief des Obersten d'Affry, Kommandanten von Basel, der die Unterhandlung mit Hüningen eingeleitet hat. E. D. werden daraus sehen, dass diese Unterhandlung einige Hoffnung gibt; ich glaube auch nicht gefehlt zu haben, indem ich ihm, wie er es begehrt, einen Kredit von 500 Louisd'or in Basel zu diesem Zwecke eröffnet habe. Zu solchen Unterhandlungen ist immer einiges Geld nöthig, das freilich verloren ist, wenn sie nicht gelingen. Ich ersuche E. D. gehorsamst, wenn von den drei angeknüpften Unterhandlungen wenigstens eine gelingt, mir dann die versprochenen Summen sobald als möglich an den Banquier, von dem man sie zu erhalten verlangt, anweisen zu lassen.

Ueber die Verpflegung erwarte ich die Befehle E. D. Bei der Kürze der Zeit, die zwischen diesem und dem Anfange der Operationen liegen wird, wird nur eine Art der Verpflegung, besonders im Wallis, möglich sein, nämlich für jeden Kopf etwas festzusetzen und die Austheilung den Regierungen zu überlassen. Nur muss dann auf das Magazin in Aigle oder Genf Rücksicht genommen werden, damit die Truppen bei dem Vorrücken nach Lyon daraus verpflegt werden können.

Lecourbe's Hauptquartier ist noch in Altkirch.

Die Truppen, die um Béfort konzentrirt sind und 30,000 Mann ausmachen sollten, waren am 31. Mai nur 20,000 Mann stark. Rechnet man die 12,000 Mann, die mir der Oberst d'Affry anzeigt, dazu, so können sie jetzt kaum 30,000 Mann ausmachen, wovon die Besatzung von Béfort, für das 6000 Mann bestimmt sind, abgezogen werden muss. Das Lager, das sich zwischen Lyon und Genf bildet, um dem rechten Flügel des Observationskorps von Lecourbe zum Stützpunkte zu dienen, besteht aus 16,000 Mann, unter denen nur das II. Regiment Chasseurs à cheval von Linientruppen sich befand. Zwischen Grenoble und dem Fort Barreau stehen 8000 Mann. Ein Reservekorps wurde bei Valence gebildet. Herwärts Langres wird, bei Hüningen abgerechnet, von dieser Seite an keinen Verschanzungen gearbeitet. Bei Langres waren 3000 Arbeiter beschäftigt, die aber erst seit acht Tagen mit grosser Thätigkeit arbeiteten. Alle Vertheidigungsanstalten beschränkten sich auf das Abgraben der Landstrassen und Anlegung von Verhauen, die den kleinen Krieg begünstigen sollen, auf den man von dieser Seite hauptsächlich rechnet. In Lyon war ein Regiment Marine-Artillerie angekommen; die Besatzung bestand aus den zwölf dort errichteten Bataillonen Nationalgarden. Trotz der Vermehrung der Nationalgarden waren alle Streitkräfte auf der Linie von Lyon bis Strassburg nicht stärker als 60,000 Mann und selbst die verschiedenen Berichte, die ich darüber habe, weichen von dieser Summe sehr wenig ab. Dazu trägt freilich bei, dass die Linientruppen in und bei Besançon dem Süden zugeeilt sind und unser Vordringen nach Neapel ein Korps, das Lecourbe verstärken sollte, an die savoyische Grenze geführt hat.

Ich ersuche E. D., den Brief des Obersten d'Affry sorgfältig aufzubewahren.

Seiner Excellenz dem General Bachmann.

Zürich, den 9. Juni 1815.

Ich erhalte soeben von dem Fürsten Schwarzenberg Befehle, über deren Gegenstand der Ueberbringer dieses, Herr v. Forestier, die Ehre haben wird, E. E. Auskunft zu geben. Ich bin so frei, Ihnen den Zweck, sowie die Mittel, die E. E. für die besten erachten werden und die der Ueber-

bringer ebenfalls auseinandersetzen wird, auf das dringendste zu empfehlen, und glaube auch hierin die Hoffnung hegen zu dürfen, dass E. E. zu alle dem bereitwillig sein werden, was die gute Sache begünstigen und ihren glücklichen Erfolg befördern kann. Nur habe ich die Ehre, Ihnen zu bemerken, dass wir am Vorabend grosser und wichtiger Begebenheiten sind, und dass wir daher keinen Augenblick zu verlieren haben, um dasjenige auszuführen, was künftig in das allgemeine grosse Interesse eingreifen wird.

Grafen von Courten.

Zürich, den 10. Juni 1815.

Ich erhalte soeben von S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg die den Durchzug der Truppen durch die Schweiz betreffenden Befehle und habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, dass denselben zufolge eine Kolonne von 50,000 Mann über den Simplon und Genf nach Lyon zu ziehen bestimmt ist, die schon den 27. in Genf eintreffen soll. Der Fürst Schwarzenberg, der Ihren Eifer und Ihre der guten Sache früher geleisteten Dienste gehörig zu schätzen weiss, trägt mir auf, Euer Hochgeboren davon in Kenntniss zu setzen, um den Durchmarsch der Truppen, und namentlich über Domo d'Ossola, Brieg, Sitten und Aigle, zu begünstigen und zu erleichtern. Die Verpflegung der Truppen, die in diesem Lande nicht anders als von den Regierungen der Kantone geschehen kann, ist der Gegenstand, den ich Euer Hochgeboren, insofern er im Wallis zu besorgen ist, anvertraue, und ich ersuche Sie, nachdem Sie sich hierüber auch mit den savoyischen Behörden einverstanden haben werden, einen bestimmten Preis für die Verpflegung eines jeden Mannes, sowie für die Ration der Pferde festzusetzen. Von dem Eigentlichen über diesen Punkt belieben Sie mich sowohl, wie auch den Ueberbringer dieses zu benachrichtigen, der den Auftrag hat, S. E. dem en chef kommandirenden Freiherrn v. Frimont auf der Stelle die gehörige Meldung davon zu machen. S. E. der Präsident der Tagsatzung, Herr v. Wyss, hat den Herrn General v. Bachmann angegangen, um Euer Hochgeboren einen Urlaub für die ganze Zeit, die Sie diesem Zwecke widmen werden, zu ertheilen.

Die Kürze der Zeit erlaubt mir nicht, mich über diesen Gegenstand mehr auszudehnen. Der Ueberbringer dieses,

Graf Lichnowsky, von Allem vollkommen unterrichtet, wird Euer Hochgeboren genauere Auskunft darüber geben, und überhaupt alle Ihre Zweifel lösen, sowie auch alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen suchen, die sich der schnellen Ausführung dieses so wichtigen Punktes widersetzen könnten.

Ich erwarte die Nachricht von dem, was Euer Hochgeboren zu thun für zweckmässig erachtet haben werden, und bitte Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen.

S. E. dem General Bachmann.

Zürich, den 10. Juni 1815.

Der Beschluss des Herrn Präsidenten der Tagsatzung sagt E. E., warum ich die Ehre habe Sie zu ersuchen, und ich füge nur noch die Bitte hinzu, den Herrn Obersten Grafen Courten gleich morgen nach dem Wallis abreisen zu lassen, wo seine Gegenwart von der grössten Wichtigkeit ist.

Der Augenblick ist erschienen, da beide Flanken E. E. durch sehr starke Kolonnen gesichert sein werden und die Schweiz, wie ganz Europa, durch die vereinte Kraft Aller gegen Einen geschützt sein wird.

S. E. dem General Frimont.

Zürich, den 10. Juni 1815.

Ich erhalte soeben von S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg die Nachricht, dass die Hauptkolonne der unter den Befehlen E. E. stehenden Armee über den Simplon nach Genf ziehen und dort schon den 27. eintreffen soll. Da die Kürze der Zeit mir unmöglich erlaubt, ausführliche und bestimmte Anstalten zur Verpflegung der Truppen in diesem Theile der Schweiz zu treffen, so habe ich, mit Einwilligung der Tagsatzung, den Herrn Obersten Grafen Courten damit beauftragt, der die Ausführung aller hiezu nöthigen Massregeln besorgen wird. Ich habe ihm die grösste Eile anempfohlen und ihn ersucht, E. E. schleunig von allen den Mitteln zu unterrichten, die ihm die Kürze der Zeit wird erlaubt haben anzuwenden. Der Herr Hauptmann Graf Lichnowsky, den ich ihm zur Unterstützung schicke, wird die Ehre haben, E. E. das Ausführliche hierüber von Sitten aus zu überbringen.

S. D. dem Fürsten Hohenzollern.

Zürich, den 11. Juni 1815.

Da der Augenblick gekommen ist, der die grossen Begebenheiten herbeiführt, so ersuche ich E. D. gehorsamst, mir zur Dienstleistung und Verschickung einen Herrn Offizier senden zu wollen, da bereits der Graf Lichnowsky nach Italien und nach dem Wallis abgegangen ist.

Ich erwarte mit Ungeduld den Verpflegungsverwalter Kreutzer, den mir der Fürst Schwarzenberg ankündigt, um E. D. das Weitere über die Art des Durchmarsches und der Verpflegung mittheilen zu können. Auf dieser Seite scheint der Feind sich auf den Vertheidigungskrieg sehr streng zu beschränken. Die grossen Strassen werden in gewissen Entfernungen abgegraben, und wo sie durch Wälder führen, werden sie durch Verhaue gesichert. Ich glaube nicht, dass auf der ganzen Linie von Grenoble bis Landau 60,000 Mann stehen, und in und bei Langres scheint die eigentliche Vertheidigungslinie des Feindes erst anzufangen, da wir dort auch in gleicher Entfernung von Paris mit dem Herzog von Wellington stehen.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 11. Juni 1815.

Gestern gleich nach dem erhaltenen Befehl Euerer Durchlaucht übergab ich dem Präsidenten der Tagsatzung das Schreiben Euer Durchlaucht und die Note, die den Durchzug durch die Schweiz verlangt. Da ich hoffe, dass wir entweder Hüningen oder Besançon durch Uebereinkunft erhalten, so begehrte ich die Mithülfe der Schweiz über diese Punkte nicht, da sie in diesem Falle nichts nützt; sie, im Falle sie bereitwillig gewesen wäre, diess als einen grossen Dienst angerechnet hätte, und dies letztere noch immer Zeit hat, wenn die Belagerung dieser Plätze nöthig ist, und es zum Theil unsern Operationsplan verrathen hätte.

In Hinsicht der Verpflegung der über den Simplon ziehenden Kolonne bleibt bei der Kürze der Zeit keine andere Art übrig, als mit der Regierung des Wallis einen Vergleich abzuschliessen. Der Herr General der Kavallerie, Baron Frimont, muss, wenn er am 27. in Genf eintreffen soll, schon

am 19. den Schweizerboden betreten, und da heute der 11. ist, so werden alle Verpflegungsanstalten unmöglich. Ich habe daher den Herrn Präsidenten vermocht, mir einen Befehl an den General Bachmann zu ertheilen, dass dieser dem Obersten Grafen Courten, Kommandanten des Wallis, dem reichsten Güterbesitzer und dem angesehensten Manne der Walliser, erlaubt, gleich in seine Heimath zurückzukehren. Diesem habe ich durch den Hauptmann Grafen Lichnowsky einen Brief geschrieben, der ihn im Namen Euerer Durchlaucht auffordert, mit dem Lande nach billigen Grundsätzen einen Vergleich abzuschliessen, das, was etwa dem Lande fehlte, sowie die getroffenen Anstalten durch den Hauptmann Grafen Lichnowsky dem Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, anzuzeigen, den Verpflegungsoffizier, der aus Italien zu mir kommen soll, dort aufzuhalten, mit ihm alle Massregeln zu bereden und mich von den getroffenen Anstalten in Kenntniss zu setzen, um sie Euerer Durchlaucht melden zu können. Nur muss auf jeden Fall in Aigle oder Genf ein Magazin für die auf der Strasse nach Lyon vorrückenden Truppen angelegt werden, weil auf dieser Strasse alle Lebensmittel fehlen. Ueber die Massregeln der übrigen Verpflegung erwarte ich den Verpflegsverwalter Kreutzer, dem ich meinen Rath und meine Ansicht über die hiesigen Verhältnisse und Hülfsmittel mittheilen werde. Alle Massregeln der Verpflegung selbst muss ich ihm überlassen, da er darüber mehr Kenntnisse hat, als ich sie haben kann.

Hiebei habe ich die Ehre, Euerer Durchlaucht einen Aufsatz über die verschiedenen Strassen zu senden, die durch die Schweiz nach Besançon führen. Die Verhaue, Schanzen, Abgrabungen, die auf derjenigen angelegt sind, welche die Armee im vorigen Jahre einschlug, sind angezeigt. Ich hoffe die nämliche Auskunft bis Langres zu erhalten. Wenn Euer Durchlaucht dann die Gnade haben wollen, alle diese angezeigten Schanzen, etc., in einer Landkarte eintragen zu lassen, so kann man mit einem Blicke die Hindernisse übersehen, die sich uns von dieser Seite entgegen stellen.

Ich erwarte heute Abend eine Antwort auf meine Note, die auch einen Vorschlag der Verpflegung von Seite der Tagsatzung enthalten soll. Ich werde also den Herrn Oberlieutenant Forer bis dahin warten lassen, da ich auch von . . . . . . heute eine bestimmte Antwort erhalte.

Von d'Affry beiliegender Brief. Ich habe ihm 1000 Dukaten geschickt. Er wird, wie er mir sagt, kaum die Hälfte nöthig haben, und nach dem, was mir Lichnowsky sagte, scheint diese Unterhandlung nächstens zu glücken.

Ich glaube Euer Durchlaucht aufmerksam machen zu müssen, dass im südlichen Frankreich bei dem Vorrücken unserer Truppen sich viele Einwohner für die allgemeine Sache bewaffnen werden, aber es ihnen grösstentheils an Gewehren fehlt. Da die italienische Armee sehr viele neapolitanische Waffen erbeutet haben muss, die dort jetzt sehr überflüssig sind, so frage ich gehorsamst bei Euer Durchlaucht an, ob es nicht möglich wäre, diese Waffen in Genf niederzulegen, welche Stelle auf jeden Fall als Depôt für das südliche Frankreich von dieser Seite betrachtet werden muss.

Ein Theil der Garde ist am 7. von Paris nach Laon aufgebrochen. Bonaparte sollte ihr am 8. folgen. Die neuesten Briefe sagen, dass er abgereist ist.

Den 11. Abends.

Die diplomatische Kommission, der meine Note übergeben wurde, hat mich durch den Präsidenten ersucht, noch zwei Tage mit meiner Note zu warten, da morgen die Konvention ratifizirt wird. Dann werde ich erst den Durchzug über den Simplon, und ein paar Tage nachher den über die übrigen Punkte begehren. Da Formen nichts zur Sache thun, so habe ich mich diesem Zwange unter der Bedingung unterworfen, dass ich dann am Donnerstag die Bewilligung über den Durchzug erhalte. Einstweilen wird im Wallis auf die Art, die ich oben die Ehre hatte, Euerer Durchlaucht zu melden, die Verpflegung der Truppen vorbereitet und am 17. Abends ist die Nachricht der geschlossenen Uebereinkunft an den Grenzen der Schweiz.

Morgen werde ich um 6 Uhr früh eine Zusammentretung mit dem Landammann Zellweger und Rathsherrn Ott haben, um einen Entwurf für die Verpflegung der Truppen festzusetzen. Ich werde daher den Herrn Oberlieutenant Forer bis morgen nach dieser Zusammentretung hier behalten, um sie Euerer Durchlaucht unterlegen zu können. Da die Schweiz Mangel an Salz hat, so werde ich vorschlagen, den grössten Theil der Bezahlung in diesem Produkte zu nehmen, das, wie mir scheint, für uns die leichteste Art der Bezahlung ist.

Nach Briefen, die eben angekommen, war Bonaparte am 8. noch in Paris; man glaubte er würde den 12. abreisen. Die nämlichen Briefe sagen, dass ein Theil der jungen Garde in der Vendée zu den Royalisten übergegangen ist.

So unbedeutend die Beilage über den Stand der Alpen-Armee auch ist, so ist es doch merkwürdig zu sehen, aus wie viel Truppen eine Armee besteht, die ein Marschall und unter ihm 5 Divisions- und 11 Brigadier-Generale kommandiren. Man sagt, dass sich diese Armee bei einem überlegenen Angriffe hinter der Rhone aufstellen, mit dem rechten Flügel am Fort Barreau und les Bauges und mit dem linken am Fort Ecluse anlehnen wird.

Ausser diesen Forts, einem Brückenkopfe bei Seixelle[1]) und einem verschanzten Lager bei Pont d'Ain (das aber erst ausgesteckt ist), steht unserm Vordringen in das südliche Frankreich nichts entgegen. Wenn es möglich ist, einen Theil der Armee von Neapel bei Marseille zu landen, und das obere südliche Frankreich mit 15—20,000 Piemontesen zu besetzen, so wäre, nach meiner Ansicht, ein gerader Marsch nach Paris von unserer Armee aus Italien denkbar.

Den 12. Juni 1815.

Da der Verpflegsverwalter Kreutzer noch nicht angekommen ist und ich die Art der Verpflegung und die uns fehlenden Bedürfnisse nicht kenne, so habe ich nur einstweilen in der heutigen Zusammentretung einige Grundlinien gezogen, die unsere Verpflegung auf alle Fälle sichern, ohne uns zu etwas zu verbinden. Die Portionen und Rationen sowie ihr Preis werden so bestimmt, wie sie dem Herrn Feldmarschall-Lieutenant Prohaska im vorigen Jahre festgesetzt wurden.

Der Mann erhält Suppe, $^1/_2$ ℔ Fleisch, $^1/_8$ ℔ Gemüse oder Mehlspeise und 1 $^3/_4$ ℔ Brod.

Da der Hafer hier selten und theuer ist, so haben die Deputirten den Wunsch geäussert, dass man den Kürassier-Pferden statt 1 $^1/_2$ Rationen Hafer nur 1 Ration Hafer und dafür 1 $^1/_2$ Rationen Heu geben darf, was bei der Güte des Heues leicht anzunehmen sein würde.

Für den Mann verlangen sie in unserm Gelde 21 Kr., für die Ration 39 Kr., Vorspann für das Pferd für jede

[1]) Seyssel.

Schweizerstunde 27 Kr., für die Verpflegung jedes Kranken an Arzneien und Unterhalt 36 Kr. Die Bezahlung ist halb in Geld (diess muss voraus bei jeder Lieferung bezahlt werden[1]), halb in Salz, das nach der Abrechnung und nach den Lagerpreisen in Bregenz und Friedberg entrichtet wird.

Die Kommissäre ersuchen mich, Euer Durchlaucht zu bitten, dass in Hinsicht der Quittirung über das Erhaltene nur die Korpskommandanten quittiren dürfen, um dadurch den Unterschleif und die Quälereien zu verhindern, die das letzte Mal sich einzelne kleine Abtheilungen erlaubt haben sollen. Dann ersucht das Wallis um einen Vorschuss an Geld, den dieses arme Land, das seine Lebensmittel grösstentheils von seinen Nachbarn erhält, wirklich bedarf.

Jede Kolonne wird durch einen Schweizer-Stabsoffizier geführt, der den Truppen und Behörden anzeigt, dass wir im Einverständniss mit der Tagsatzung durch die Schweiz ziehen.

Ein sonderbares Ereigniss, das mir die Kommissäre mittheilten, ist, dass ein Baron Baden, der sich für geheime Korrespondenz seit einiger Zeit in Basel aufhält, dem Bürgermeister Burckhardt im Namen des Fürsten Metternich vorgestern erklärt hat, dass kein Mann der Verbündeten den Schweizerboden betreten wird. Hier muss entweder ein Irrthum sein oder Euer Durchlaucht haben wieder einen Sieg über Ihre Freunde erhalten, dem immer ein Sieg über Ihre Feinde folgt. Auf jeden Fall wird dann die Besetzung von Basel und Genf, so nöthig sie in militärischer Hinsicht ist, manche Stürme in und ausser der Schweiz erregen.

Ich vermuthe, dass der Verpflegsverwalter Kreutzer über die Art der Verpflegung die nöthigen Befehle von Euerer Durchlaucht wird erhalten haben. Sollte diess nicht sein und Euer Durchlaucht die oben angezeigten Punkte genehmigen, so bitte ich gehorsamst mir höchst Ihre Befehle sogleich zukommen zu lassen.

Note an Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 14. Juni 1815.

Der Augenblick ist erschienen, für den Europa unter den Waffen steht, und die Armeen, die von dieser Seite

---

[1]) Es musste wohl, aber es geschah nicht. Vgl. Kap. III der Erzählung, am Schlusse.

gegen Frankreirh vordringen, sind bereits an den Grenzen der Schweiz aufgestellt. Die Eidgenossenschaft hat mit ganz Europa längst die Nothwendigkeit dieses Krieges anerkannt, dessen Zweck kein anderer sein kann, als das Eigenthum des Einzelnen, wie die Unabhängigkeit der Völker zu sichern.

Im Namen der verbündeten Mächte, an die sich die Schweiz für die gerechte Sache angeschlossen hat, habe ich daher die Ehre Eurer Excellenz zu bemerken, dass der Fall eingetreten ist, den der vierte Artikel der am 20. geschlossenen Konvention bestimmt, und dass die Nothwendigkeit des Augenblicks den Durchmarsch der österreichischen Truppen über die Simplonstrasse fordert. Ich ersuche Euer Excellenz zugleich, die (sic!) Tagsatzung der Eidgenossenschaft dieses Ansuchen mittheilen zu wollen, das der Augenblick dringend fordert und dessen Nothwendigkeit jeder Blick auf die Landkarte bezeugt.

Die Schweizertruppen behalten ihre bisherige Stellung, welche die Schweiz und mit ihr die Basis unserer Operationen sichert. Die vereinten Armeen lehnen sich an die Schweiz, die Truppen der Eidgenossenschaft werden dann der Stützpunkt dieser Heere und bilden dadurch einen Theil der verbündeten Streitkräfte, die nur ein Zweck, die gemeinschaftliche Gefahr und der Ruhm, das Bestehende zu erhalten, begeistert und vereinigt.

Der Unterzeichnete wünscht sich Glück, an die Eidgenossenschaft in einem Zeitpunkt gesandt worden zu sein, der durch die Anstrengungen, den Muth und die Gesinnungen der Schweiz, in der Geschichte dieses Landes auf eine so glänzende Art die Stelle bezeichnen wird, die ihr, nebst ihrer Lage der vereinte Wille der Mächte unter den europäischen Staaten angewiesen hat.

Hauptquartier. S. D. dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 12. Juni 1815.

Ich beeile mich, E. D. das soeben erschienene Dokument, durch welches die Tagsatzung den Beitritt der Schweiz zur grossen Allianz bekannt macht, und sich endlich zum Theil ausspricht, gehorsamst zu unterlegen.

Bern. S. E. dem Herrn General Bachmann.

Zürich, den 14. Juni 1815.

Ich habe die Ehre gehabt, das an mich gerichtete Schreiben E. E. zu erhalten, und würde das verlangte offene Schreiben hier beilegen, wenn mir die Form bekannt wäre, in der es abgefasst werden muss. Uebrigens habe ich die Ehre, E. E. zu bemerken, dass die Ordre, die Sie dem Herrn Grafen Courten zugeschickt haben, zu seiner Anerkennung als eidgenössischer Oberst bei den k. österreichischen Armeebehörden hinlänglich sein wird. Ich habe den en chef kommandirenden Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, von seinem Auftrage benachrichtigt, und da ihn der Herr Graf Lichnowsky auf seiner Reise begleitet, und den Befehl hat, den Verpflegungsoffizier, der an mich geschickt werden sollte, aufzuhalten und ihn Herrn Grafen Courten beizugeben, so unterliegt es keinem Zweifel, dass er ohne den geringsten Anstand in seiner Eigenschaft anerkannt werden wird.

Note. Von der eidgenössischen Tagsatzung an den Herrn Baron v. Steigentesch.

Zürich, den 14. Juni 1815.

Die eidgenössische Tagsatzung hat, nach reiflicher Berathung derjenigen Zuschrift Seiner Hochwohlgeboren des Herrn Generalmajors Freiherrn v. Steigentesch, durch welche, in Beziehung auf den vierten Artikel des am 20. Mai zwischen den Ministern der alliirten Mächte und den Kommissarien der Tagsatzung unterzeichneten Konvention, der Gebrauch der Simplonstrasse für ein durchmarschirendes österreichisches Armeekorps begehrt wird, ihrem Präsidenten aufgetragen, darüber folgendermassen zu antworten.

Billig hätte die Tagsatzung erwarten sollen, dass ein Begehren von solcher Wichtigkeit, dessen Grund in dem erwähnten Vertrag allein zu finden ist, nicht vor endlicher Ratifikation desselben von Seiten aller daran Theil habenden Mächte an die Schweiz gelangt wäre, indem nach aller staatsrechtlichen Form und Uebung, ein Traktat erst durch die Ratifikation für die pasciscirenden Theile verbindliche Kraft erhält. Je schmerzlicher diese Abweichung von der Regel der Tagsatzung fallen musste, desto mehr ist es für

dieselbe eine heilige Pflicht, zu begehren, dass in Zukunft kein Anlass zu einer ähnlichen Bemerkung gegeben wird.

Da indessen theils die Ratifikation der erwähnten Konvention bereits von Seiten Seiner k. k. österreichischen Majestät und seiner Majestät des Königs von Preussen erfolgt ist, theils die Aeusserungen der Minister Grossbritanniens und Russlands an einer unverzüglichen ähnlichen Erklärung dieser Höfe nicht zweifeln lassen, so wollte die Tagsatzung, welche darüber in einer gleichzeitigen Eröffnung des k. k. österreichischen Gesandten die Bestätigung gefunden hat, dass Seine Hochwohlgeboren der Herr General hierin als das Organ der hohen alliirten Mächte selbst anzusehen seien, keinen weitern Anstand nehmen, desselben Aufforderung in Betracht zu ziehen; die Tagsatzung fühlt zwar tief, welchen grossen Nachtheilen ein Truppendurchmarsch noch vor Eröffnung der Feindseligkeiten die Schweiz aussetze; sie muss es lebhaft bedauern, dass auf ihre nachdrücklichen Vorstellungen, die besonders wegen der Wahl dieses Zeitpunktes für einen solchen Gebrauch des eidgenössischen Gebiets gerichtet worden, nicht mehr Rücksicht genommen worden sei. Um indessen ihre Anhänglichkeit an die alliirten Mächte und ihre Ergebenheit für die gemeinschaftliche Sache von Europa an den Tag zu legen, hat sie den begehrten Durchmarsch über die Simplonstrasse bewilligt, in der bestimmten Zuversicht, durch diesen Beweis ihrer Willfährigkeit sich neue Ansprüche auf die freundlichste Behandlung und möglichste Schonung unter allen Umständen des Krieges und namentlich in dem Zeitpunkt, wo derselbe ausbricht, bei den hohen Monarchen zu erwerben. An die soeben ausgesprochene Bewilligung schliesst sich aber der ausdrückliche Vorbehalt an, dass der vierte Artikel des Vertrages in seinem reinen Sinn und ganzen Inhalt beobachtet werde; hiemit, dass der augenblickliche Durchmarsch nicht als Vorwand zum Gebrauch einer Militärstrasse benutzt, sondern möglichst beschleunigt, ohne Aufenthalt fortgesetzt und auf dem kürzesten Wege mit Vermeidung jedes unnöthigen Gebrauches des Schweizergebiets vollendet werde, und da endlich nach dem nämlichen Artikel alle weitern Verfügungen, sowie auch die der Schweiz zugesicherten Entschädnisse durch Kommissarien bestimmt werden sollen, so stellt die Tagsatzung an Seine Hochwohlgeboren den Herrn Ge-

neral das Ansuchen. für den gegenwärtigen als höchst dringend dargestellten Fall zu einer solchen Unterhandlung unverzüglich zu schreiten, zu welchem Ende die diplomatische Kommission alle nöthige Vollmacht erhalten hat und ihre Kommissarien unmittelbar ernennen wird. Im Vertrauen auf die billigen und wohlwollenden Gesinnungen des k. k. österreichichen Generalmajors. Freiherrn v. Steigentesch Hochwohlgeboren. hat der Präsident der Tagsatzung die Ehre, denselben seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Note an Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 14. Juni 1815.

Dringende Umstände beschleunigen den Marsch der Armeen. Die Feindseligkeiten fangen an einem bestimmten Tage auf allen Punkten an und der kommandirende Herr Feldmarschall Fürst v. Schwarzenberg trägt mir auf, Euer Excellenz anzuzeigen, dass ein augenblicklicher Durchmarsch auf den Punkten von Basel, Rheinfelden und Schaffhausen dringend nöthig ist. Die Beilage über den Marsch und die Bedürfnisse des Reservekorps unter den Befehlen Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Ferdinand zeigt zugleich Euerer Excellenz, dass selbst dieses Korps, das an dem entferntesten Punkte in Schaffhausen über den Rhein geht, sich von dort nach Rheinfelden wendet und nur fünf Tage auf dem Gebiet der Schweiz vorrückt.

Bei den ungeheuren Anstrengungen, die jetzt ganz Europa bewegen, ist ein vereintes Wirken aller Kräfte zu Einem Zweck das sicherste Mittel, einen schnellen Frieden zu erkämpfen, aus dem eine dauernde Ruhe hervorgeht, der alle Völker bedürfen. Indem ich einen Auftrag erfülle, den ich Euer Excellenz ersuche der Tagsatzung mittheilen zu wollen, bitte ich Euer Excellenz zugleich, eine Kommission zu ernennen, die über die hier angezeigten Bedürfnisse mit dem kaiserlichen Oberverpflegsverwalter Polzer übereinkommt, und zwei Kommissäre zu ernennen, die sich in das Hauptquartier Seiner Durchlaucht des Fürsten v. Schwarzenberg begeben, um über die Art und die Termine der Bezahlung alles dahin Gehörige festzusetzen.

S. D. dem en chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 15. Juni 1815.

Gestern Abend am 14. kam der Oberverpflegungsverwalter Polzer hier an, der für den 18. dieses mir die Nachricht des Einmarsches des Reservekorps und die Liste seiner Bedürfnisse einbrachte. Ich habe einen Theil der Nacht mit einer Kommission der Tagsatzung über die Nothwendigkeit gekämpft, diese Bedürfnisse in so kurzer Zeit herbei zu schaffen, und endlich ist es heute in einer neuen Sitzung möglich geworden. Ueber den Preis habe ich nichts bestimmt, da der Unterschied des Preises, den der Herr Oberverwalter mitbrachte, mit dem, den mir die Tagsatzung, von dem Herrn Feldmarschalllieutenant Prohaska bestimmt, neulich übergab, zu unverhältnissmässig ist. Herr Oberstlieutenant Ott hat daher den Auftrag erhalten, diese Sache zu berichtigen. Nur darüber bin ich übereingekommen, dass er nicht mehr als 2000 Louisd'or gleich an Bezahlung fordern darf. Uebrigens wird mir die Tagsatzung heute noch die Preise, die der Herr Oberverpflegungsverwalter v. Dohnau in Basel voriges Jahr bestimmt hat, übergeben, die ich hier beilegen werde.

Hier folgen sehr viele Worte, die sie hier eine Note nennen, und eine Antwort auf mein erstes Begehren des Durchzugs durch das Wallis ist. Das zweite Begehren über Schaffhausen, Rheinfelden und Basel wird heute bewilligt. E D. fühlen, dass ich, indem ich mich auf den vierten Artikel der geschlossenen Konvention berufe, nicht zugleich den Antrag über die Spitäler machen konnte, den diese Konvention ausdrücklich ausnimmt. Ich habe schon früher die Ehre gehabt, E. D. zu melden, auf welche Art diese hier entstehen können. Sie müssen Leute, die auf dem Marsche krank werden, verpflegen; dazu fordert Menschlichkeit auf, und diese nimmt man in Anspruch. Kranke und Verwundete, die zur grösseren Sicherheit aus Frankreich zurückgeführt werden müssen, haben den nämlichen Anspruch, und so entstehen hier nach und nach Kranken-Anstalten, wo die Leute besser verpflegt und schneller hergestellt werden, als wenn man durch eine Forderung an

die Tagsatzung sich auf den einen Artikel gründet, und den andern der nämlichen Uebereinkunft umstösst. Zudem sind hier Umstände, die alle Vorsicht, die nützlich ist, nothwendig machen. Die Tagsatzung sagt in der Antwort, dass der Kaiser von Russland diese Konvention noch nicht ratifizirt hat. Laharpe zeigt Briefe, wo der Kaiser und die Herzogin von Oldenburg laut ihre Unzufriedenheit ausdrücken, dass man den Boden der Schweiz betritt. Diese Briefe mögen wahr oder falsch sein, so verfehlen sie auf keinen Fall ihren Eindruck, und die Truppen des Pays de Vaud und aller Kantone, die an diesem Menschen hängen, fordern laut, dass man sich dem Vordringen der Truppen widersetzen soll. Ich habe desswegen auch, wie E. D. in der Beilage sehen, den Durchzug im Namen der Verbündeten gefordert, um alle Gerüchte dieser Art, die nachtheilig wirken, niederzuschlagen. E. D. fühlen, wie schonend ich in meiner Lage vorgehen muss, um die Formen — das Wesen dieses Landes — zu schonen und nach und nach die Befehle E. D. erfüllen zu können.

Das Verhältniss von 14 Kreuzern für die Mundportion ist wirklich nicht für ein Land berechnet, wo alle Bedürfnisse (Fleisch und Heu ausgenommen), aus dem Auslande bezogen werden. In Mainz ist der Akkord für eine Mundportion auf 23 Kreuzer festgesetzt, wie mir der Oberverwalter Polzer sagt, und nach diesem Verhältnisse müsste sie hier um ein gutes Dritttheil höher stehen. Der Oberstlieutenant Ott wird alles, was auf Verpflegung Bezug hat, gerade mit dem Herrn Feldmarschalllieutenant Prohaska und Herrn Hofrath Rosner berichtigen, da ich über dieses alles zu wenig Kenntnisse habe und nur das Land beurtheilen kann, das in den besten Jahren nicht im Stande ist, seine Einwohner zu ernähren. Ein Vorschuss von 2000 Louisd'or an den Oberstlieutenant Ott, wenn er möglich ist, würde für alle künftigen Fälle von dem grössten Nutzen sein.

Der beiliegende Brief des Polizeidirektors Watteville aus Bern sagt E. D., dass ihm Guingené entschlüpft ist, für den oder dessen Papiere alle Anstalten getroffen waren. Der Polizeidirektor in Basel hat sich bloss beschränkt, ihn nicht durchzulassen, wie es der Brief Laharpe's E. D. bezeigt, der sich desswegen an mich wandte.

Den Obersten d'Affry habe ich ersucht, die Nachrichten über die Unterhandlung mit Hüningen und die Begeben-

heiten in Frankreich, die er erfahren könnte, sogleich E. D. zu melden, um keine Zeit zu verlieren.

Der Unterhändler mit ...... wird in den nächsten Tagen hier eintreffen. Er selbst will die Kolonne, die gegen Besançon zieht, begleiten, und glaubt seines Erfolges gewiss zu sein, da ......, sowie überhaupt dort die ganze Gegend, noch an dem Kriege mit Oesterreich zweifelt, und das Erscheinen unserer Truppen diesen General, wie der Unterhändler behauptet, sogleich bestimmen wird. Ich erwarte hierüber die Befehle E. D., da ich, sobald ich die Nähe und den Ort des Hauptquartiers erfahre, bei E. D. eintreffen werde, um über das Weitere Höchstihre Befehle einzuholen.

Hier folgt ein Verzeichniss der Wege in der Franche-Comté, auf welchen allen festen Plätzen und aufgeworfenen Schanzen, Verhauen etc. mit leichter Mühe ausgewichen werden kann. Ich werde eine Abschrift davon an den Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, schicken, da ich glaube, dass von seiner Seite ein Korps gegen Pontarlier und Besançon seine Richtung nehmen wird.

In diesem Augenblicke bringt man mir die Konvention, die voriges Jahr mit der Schweiz über die Preise geschlossen wurde. Ich ziehe nur die Preise aus, die damals bestimmt wurden. Sie sind von unserer Seite von dem Herrn Hofrath Wizmann und dem Oberverwalter Dohnau unterschrieben. Nach diesen beträgt die Mundportion 30 Kreuzer und alles Uebrige steht in gleichem Verhältnisse höher, als man jetzt dafür fordert. Sie haben sich bereits auf eine bestimmte Summe eingelassen, um alle Abrechnungen zu vermeiden. Das Ganze belief sich nach ihrer Rechnung für fünf Tage und 40,000 Mann nebst 8000 Pferden auf 120,000 Gulden. Die nämliche Summe wird Herr Ott fordern. Es geht noch viel herab und die Art der Bezahlung wird diese selbst erleichtern.

Die Kommunikation mit Frankreich ist nun auf dieser Seite gänzlich gesperrt und schon seit einigen Tagen bleiben die französischen Zeitungen aus.

S. D. dem en chef kommandirenden Herrn Feldmarschall Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 16. Juni 1815.

Mein gestern abgegangener Bericht wird E. D. sagen, dass ich in einiger Verlegenheit durch die Befehle sein

muss, die ich heute Nacht durch den Herrn Hauptmann Schöz zu erhalten die Ehre hatte. Da ich der Tagsatzung über diesen Aufschub der Operationen etwas mittheilen musste und es gefährlich ist, in diesem Lande den Namen des Kaisers Alexander auszusprechen, so blieb mir nichts übrig, als zu sagen, dass die italienische Armee erst um einige Tage später, als man gehofft hatte, an der französischen Grenze ankommen kann, E. D. sich daher genöthigt sähen, da die Operationen beider Armeen gleichzeitig sein müssen, die Bewegung der deutschen Armee auf einige Tage hinauszusetzen. Die Note Nr. 1, die ich hier beilege, sagt E. D. die Art, wie ich diess einkleidete, und da der Punkt von Schaffhausen wegfällt und auf die Sicherung von Basel Rücksicht genommen ist, so wird der Eindruck, den diese Verzögerung macht, hier weniger nachtheilig auf die öffentliche Meinung wirken, als ich es anfangs fürchten musste. Ich ersuche E. D. nur gehorsamst, mir die Bedürfnisse, die der Rhein-Uebergang für die Armee nöthig machen sollte, wenigstens drei Tage früher bekannt machen zu lassen, da die Armuth des Landes an Lebensmitteln ein wirkliches Hinderniss ist, zu dem sich noch die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Einwohner und der Begriffe gesellen. Ich halte es für meine Pflicht, E. D. zu einer **schnellen Hülfe** für das südliche Frankreich aufzufordern. Es steht für die Sache, für die wir kämpfen, unter den Waffen; von allen Seiten eilen Truppen dahin, da die Unruhen täglich bedeutender und die Gefechte blutiger werden. Aber wie lange kann dieser ungleiche Kampf dauern, wenn wir diese Menschen ihrem Schicksale überlassen? Ich habe die Ehre gehabt, E. D. in einem frühern Berichte mit den wenigen Hindernissen bekannt zu machen, die sich dem Vordringen des Herrn General der Kavallerie, Baron Frimont, widersetzen werden; er kann schnell vorrücken und seine Flanke ist gedeckt, da er vor dem 27. nicht an der französischen Grenze ankommen kann und dann auch die Operationen der deutschen Armee anfangen. Ich komme immer auf den Vorschlag zurück, wie ausserordentlich 25,000 Mann, die bei Marseille landen, auf Frankreich wirken müssen. Ein Dritttheil Frankreichs fiele ihnen zu, und diese Armee, die mit jedem Schritte, den sie vorwärts macht, sich verstärkt, während andere abnehmen, würde bald im Stande sein, den

grössten Theil Frankreichs ihrem rechtmässigen Herrn zu unterwerfen. Das Gerücht einer solchen Landung hat sich bereits in Frankreich, und dort mehr Schrecken verbreitet, als die Nähe der allgemeinen Gefahr, an der man noch an vielen Orten zweifelt, und das Aufschieben der Operationen ist nicht gemacht, diesen Zweifel zu zerstreuen.

Jeder Aufschub ist ein Gewinn für Frankreich, wo sich mit jedem Tage mehr Kräfte entwickeln und wo jeder Tag die neue Ordnung der Dinge fester gründet. Alle Schrecken der ersten Jahre der Revolution werden angewendet, die Armee zu ergänzen; nur der Vater von drei Kindern ist von dieser befreit; überall werden Massen geordnet und aufgestellt, und diese Volkshaufen, die sich gezwungen und mit Widerwillen bilden, werden sich nach und nach mit ihrem Schicksale und den neuen Begriffen bekannt machen, für die sie kämpfen sollen und endlich kämpfen werden.

Ich empfieng gestern einen Hauptmann und den Doktor Czerny, die das Spital in Konstanz errichten und an mich gewiesen wurden, an bestimmten Punkten in der Schweiz Spitäler anzulegen, und zugleich eine Liste der Bedürfnisse überbrachten, welche die Kantone anschaffen, und die sie fordern sollten. Diese Erscheinung, der ich so viel als möglich vorgebeugt habe, hat einen sehr nachtheiligen Eindruck im ganzen Lande gemacht und sie wurden hier mit wahrem Schrecken wie zwei Repräsentanten des Nervenfiebers betrachtet, das in dem letzten Kriege grosse Verwüstungen in der Schweiz angerichtet hat. Ich ersuche E. D. gehorsamst, den Befehl zu ertheilen, dass alle Direktorien etc., wenn sie glauben, in der Schweiz etwas zu thun zu haben, sich doch erst an mich wenden sollen, ohne gleich zur Ausführung ihrer Pläne zu schreiten. Ich werde ihnen dann die Art und Weise, wie diese Pläne auszuführen sind, bekannt machen. Endlich werden wir von ......... eine bestimmte Antwort erhalten. Forestier, der ihn kennt, hat nun von dem General Bachmann die Erlaubniss erhalten, die Uniform des schweizerischen Generalstabs zu tragen, und zugleich erhält er morgen den Auftrag, sich zum General Lecourbe zu begeben, um sich über die Ursachen der Postensperrung bei ihm zu erkundigen. Er geht heute nach Basel. Der französische Minister und ich haben das Beiliegende unterschrieben, das in Basel deponirt wird, wo sich .........

selbst oder durch einen Vertrauten von den Bedingnissen überzeugen kann, die man ihm anbietet. Ich habe Herrn Forestier gebeten, E. D. unmittelbar in Kenntniss über seine Unterhandlungen zu setzen, um keinen Augenbick zu verlieren.

Gestern Abend ist die Ratifikation von russischer Seite der am 20. geschlossenen Konvention hier eingetroffen.

*Bâle. Monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 15 juin 1815.

J'ai appris de monsieur le prince de Schwarzenberg, qu'il s'est mis directement en relation avec vous. Sa lettre, dont il m'a envoyé copie, vous prouve combien les circonstances sont pressantes, et quel intérêt nous avons à mettre à profit le peu de moments qui nous restent. Je prends donc la liberté de vous recommander réitérément la plus grande activité pour ce qui concerne *l'objet connu*, vous priant d'en informer sur le champ et en droiture, pour éviter tout délai, monsieur le prince de Schwarzenberg. Veuillez aussi me tenir au courant de tout ce qui peut en avancer la marche, et agréez l'assurance etc.

*Quartier général. A S. A. Le prince de Metternich.*

Zurich, le 15 juin 1815.

J'ai l'honneur de remettre ci-joint à Votre Altesse, la copie de mon rapport à monsieur le prince de Schwarzenberg, et comme son contenu, en désignant suffisamment le point où en sont les intérêts qui m'ont été confiés, me dispense d'y rien ajouter, je m'empresse de La supplier d'agréer l'assurance etc.

Note des Präsidenten der Tagsatzung an Herrn General Baron v. Steigentesch.

Zürich, den 15. Juni 1815.

Die nämlichen Gründe, welche die Tagsatzung bewogen haben, den verlangten Durchmarsch eines k. k. österreichischen Armee-Korps über die Simplon-Strasse zu bewilligen, bestimmen auch heute ihren Entschluss über das zweite Begehren ähnlicher Natur, welches gestern Abend von Seiner des k. k. Generalmajors Baron v. Steigentesch Hochwohlgeboren aus Auftrag Seiner des komm. F. M. F. v. Schwarzen-

berg Durchlaucht, dem Tagsatzungs-Präsidio zugestellt worden ist. Die Tagsatzung gestattet, auf den Grund des Vertrages vom 20. Mai, dass die k. k. österreichischen Truppen, welche nach der erhaltenen Anzeige bei Basel, Rheinfelden und Schaffhausen über den Rhein gehen sollen, das schweizerische Gebiet betreten, und durch dasselbe in möglichst beschleunigten Märschen nach der französischen Grenze ziehen; so unvorbereitet auch dieses Ansuchen in gegenwärtigem Zeitpunkt und in einem solchen Umfang gewesen, so schwer insbesondere die gemachten Forderungen für die Verpflegung der Reserve-Armee Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Ferdinand auf die betreffenden Gegenden fallen müssen, denen man wegen Kürze der Zeit kaum mit hinlänglicher Hülfe wird beistehen können, so ist doch der allgemeine und entschiedene Wille da, alle Kräfte aufzubieten, damit die braven k. k. österreichischen Truppen überall auf ihrem Durchmarsch als Freunde und Bundesgenossen empfangen werden. Das Gefühl der Verhältnisse der Schweiz gegen die hohen verbündeten Mächte, und des grossen Zwecks des bevorstehenden Kriegs, hat bei der Tagsatzung alle andern Bedenklichkeiten überwogen.

Indessen kann die eidgenössische Versammlung nach der ihr obliegenden Verantwortlichkeit nicht umhin, noch einmal hier zu erinnern, dass die Art, wie diese Begehren an die Schweiz gebracht und ohne nähere Ausmittelung der Bedingungen durchgesetzt werden, dem im vierten Artikel vorgeschriebenem Weg wenig angemessen scheint; besonders aber findet sie sich verpflichtet mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der im vierten Artikel der Konvention zugesicherten Befreiungen und Entschädnisse zu dringen, als einen Gegenstand, den die Schweiz mit allem Recht fordert.

Hauptquartier. Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Ferdinand.

Zürich, den 15. Juni 1815.

Der Oberverpflegsverwalter Bolzer ist gestern mit der Nachricht von dem Einrücken der Truppen Euer kaiserlichen Hoheit am 19. und der Liste von den Bedürfnissen hier eingetroffen. Obwohl die Zeit für die Herbeischaffung dieser Bedürfnisse besonders in einem Lande sehr kurz ist, das den grössten Theil seiner Nahrungsmittel aus dem Auslande bezieht

so sind doch breeits die Anstalten zu ihrer Herbeischaffung von der Tagsatzung getroffen worden, und Eure kaiserliche Hoheit werden alles zum Empfange der Truppen bereit finden.

Den Lieutenant Forgatsch habe ich bereits als Kurier ins Hauptquartier geschickt, wo er sich noch befinden muss.

Note an den Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 16. Juni 1815.

Ich habe die Ehre, Euer Excellenz den Inhalt einer soeben erhaltenen Depesche mit den eigenen Worten Seiner Durchlaucht des Fürsten Schwarzenberg mitzutheilen:

« Durch einen Kurier aus Mailand sehe ich, dass die « italienische Armee um einige Tage später, als wir es hofften, « an der französischen Grenze ankommen und ihre Operatio- « nen anfangen kann. Da diese in genauer Verbindung mit « den meinigen stehen, so nöthigt mich diese Verzögerung, « auch die meinigen bis zu diesem Zeitpunkte zu verschieben. « Um dafür wieder einige Märsche zu gewinnen, werde ich « auf den drei Punkten von Basel, Rheinfelden und Laufen- « burg übergehen, da der Punkt von Schaffhausen zu ent- « fernt ist, und es nicht möglich wäre, diese Abtheilung mit « der weiters oberhalb übergehenden, so bald auf gleiche « Höhe zu bringen. Da zugleich durch diese Vereinigung « nachtheilige Folgen für Basel zu besorgen sein könnten, « so beordere ich unter einem den General der Kavallerie, « Fürsten Hohenzollern, am 17. sein Hauptquartier in Lör- « rach zu nehmen, und das zweite Armee-Korps daselbst à « portée zu konzentriren, um über die Sicherheit von Basel « das Zweckdienliche im Einvernehmen mit dem Schweizer- « Obersten d'Affry zu veranstalten. »

Indem ich Euer Excellenz die eigenen Worte des Kommandirenden mittheile, füge ich den Wunsch bei, diese nur der diplomatischen Kommission mittheilen zu wollen, um durch die Anstalten für die Bedürfnisse des Reserve-Korps, das bei Schaffhausen übergeben sollte, nicht die Unkosten des Landes zu vermehren, da es jetzt auf diesem Punkte keiner Vorkehrung dieser Art mehr bedarf.

*Bâle. A monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 16 juin 1815.

Le porteur de la présente aura l'honneur de vous informer du court délai qu'éprouvent les opérations des ar-

mées alliées, ainsi que de ce qui peut avoir rapport aux grands événements qui sont sur le point d'avoir lieu dans vos environs. Veuillez, mon général, en faire part à monsieur Forestier, qui s'est rendu à Bâle, où il aura eu l'honneur de s'annoncer chez vous.

Vous m'excuserez si, malgré ce retard de peu de durée, je vous renouvelle ma prière de ne point laisser s'écouler un moment sans l'employer, selon que vous le jugerez le mieux, pour l'*objet en question*, et d'informer directement monsieur le prince de Schwarzenberg de tout ce que vous croirez pouvoir l'intéresser.

En mon particulier, j'attends la continuation de vos obligeants avis, et vous prie de croire, etc.

Bern. S. E. dem General Bachmann.

Zürich den 18. Juni 1815.

Ich erhalte soeben die Zuschrift vom 16., mit der mich Eure Excellenz beehrten. Die Wünsche Euer Excellenz begegnen hier den unsern, und die strengen Befehle, die, in Hinsicht auf Manneszucht und Ordnung, der General der Kavallerie, Baron Frimont, erhalten und gegeben hat, sprechen für die Absicht des Kommandirenden. Indessen ersuche ich Eure Excellenz in seinem Namen, zu der Erreichung dieser Absicht alles Mögliche beizutragen. Es gibt keine Armee bei der nicht Einzelne sich Excesse erlauben, die dem Kommandirenden unbekannt bleiben und die auf diese Art die bestehenden Vorschriften und die Gesetze der Ehre beleidigen. Ich ersuche daher Euer Excellenz ihren unterhabenden Truppen bekannt machen zu lassen, diese Menschen auf der Stelle zu arretiren und in das Hauptquartier des nächsten Kommandanten zu führen, wo sie nach den Kriegsgesetzen bestraft werden. Nur auf die Quittungen der Korps-, Regiments-, Bataillons- oder Abtheilungs-Kommandanten werden Bedürfnisse verabfolgt. Kein Anderer hat ein Recht zu fordern oder etwas zu erhalten, und ich hoffe nicht, dass durch den Durchzug unserer Truppen Klagen, wie im Jahr 1813, entstehen sollen, wo alles unvorbereitet war, und Missverständnisse aller Art unangenehme Vorfälle herbeiführen mussten.

Herr Forestier ist mit Allem, was seine Reise erleichtern konnte, und was er dazu nöthig hatte, nach Basel abgegangen, und ich danke Eurer Excellenz für die gefällige Hülfe in dieser, wie in jeder andern Angelegenheit.

*Bâle. Monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 18 juin 1815.

J'ai l'honneur de vous recommander de mon mieux le porteur de la présente, monsieur de Gimel, qui, de son côté, a entamé la négociation, qui a été jusqu'ici le sujet de notre correspondance. Veuillez, mon général, vous concerter avec lui pour les moyens ultérieurs à prendre à cet égard, et permettez que je réclame nouvellement vos soins assidus pour une cause dont vous connaissez l'importance.

Hauptquartier. Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich, den 20. Juni 1815.

Euer Durchlaucht werden bereits die Meldung erhalten haben, dass die Franzosen Carouge besetzt und bis Tournon in Savoyen vorgedrungen sind. Genf ist umringt; doch haben sie bis jetzt das Schweizergebiet sorgfältig vermieden. Auch in Hospital und Conflans sind sie nach einer hartnäckigen Gegenwehr der Piemonteser bis Aiguebelle vorgedrungen. Der ganze Zweck dieser Operation kann nur sein, um auf der einen Seite durch ein vorgeschobenes Korps die Brücke von Seixelles mehr zu sichern, zugleich zu sehen, was auf den Strassen des Mont Cenis und Simplon kommt, oder sich über Tournon des Passes von St. Maurice zu bemächtigen. Das letzte ist ihnen vereitelt worden; der General Bokdann muss mit 5000 Mann bereits gestern dort angekommen sein, und Tournon, wo ungefähr nur 2000 Franzosen lagern, ist wahrscheinlich in diesem Augenblicke wieder geräumt. Der Oberst Graf Courten sammelte gleich bei der ersten Nachricht alle Gebirgsjäger, um die gangbaren Stellen der Gebirge zu besetzen, und ganz Wallis stand auf seinen Aufruf unter den Waffen. Die Verpflegung unserer Truppen, wie mir der Hauptmann Graf Lichnowsky sagt, der eben zurückkommt, geschieht dort mit der grössten Ordnung. Die armen Leute tragen mit dem besten Willen und dem grössten Eifer ihre kleinen Vorräthe über die Gebirge, damit die Truppen besser leben können. Ich bitte Eure Durchlaucht gehorsamst auf dieses Land einige Rücksicht zu nehmen und ihnen nur eine kleine Summe auf Abschlag bezahlen zu lassen, da ihre Forderungen vom vorigen

Jahr zwar anerkannt, aber nicht berichtigt sind. Diese Summe unter die ärmsten Einwohner des Wallis vertheilt, die sich diessmal selbst ihres nothwendigsten Unterhaltes beraubt haben, ist eine Pflicht der Menschlichkeit, die ich gezwungen bin, Eurer Durchlaucht zu empfehlen. Dann ersuche ich Eure Durchlaucht gehorsamst, auf den Obersten Grafen Courten Rücksicht nehmen zu wollen, der sich schon im vorigen Kriege an der Spitze der Walliser Jäger ausgezeichnet hat. Bloss seiner Thätigkeit und seinem Ansehen im Wallis hat man es zu verdanken, dass die Truppen in so kurzer Zeit verpflegt werden konnten Bei der ersten Nachricht von dem Vordringen der Franzosen stand durch ihn das Land unter den Waffen, und ich ersuche Eure Durchlaucht im Namen der guten Sache, der dieser ausgezeichnete Offizier angehört, für ihn das kleine Kreuz des Leopold-Ordens von Seiner Majestät zu erbitten. Es ist nicht leicht besser und verdienter gegeben worden, als es hier gegeben wird, und könnte es noch vor dem Einmarsch der grossen Armee in die Schweiz ihm verliehen werden, so sind die Folgen auch in andern Rücksichten von grossem Interesse für uns. Das Beste bei dem Vordringen der Franzosen ist, dass sich die Piemonteser sehr gut geschlagen haben, und nur der Uebermacht und mit grosser Ordnung gewichen sind. Nicht ein Mann ist übergegangen und die Offiziere brannten vor Begierde, die Schande des ersten Rückzugs, wie sie es nannten, zu rächen. Der General Bachmann hat sogleich eine Brigade nach Vevey rücken lassen, die den Feind angreift, wenn er den Schweizer Boden betritt, und seine Flanke bedroht, wenn er gegen St. Maurice vorrückt.

Der Brief des Polizeidirektors Watteville aus Bern sagt Eurer Durchlaucht, dass Guingené doch erreicht worden ist. Meine Ahnung, dass er ein französischer Agent war, um durch Laharpe auf den Kaiser Alexander zu wirken, hat mich also nicht betrogen, wie es die Beilage Eurer Durchlaucht sagen wird. Das Tableau über Frankreich, das auch der Kaiser Alexander durch Laharpe erhalten hat, war das Einzige, was sich Merkwürdiges unter seinen Papieren fand. Ich ersuche Euer Durchlaucht gehorsamst meine Vertheidigung zu übernehmen, da Laharpe wüthend über das Anhalten seines Freundes ist und mich bei dem Kaiser Alexander verklagen will. Ueberhaupt ist es in diesem Lande

sehr nöthig, eine Art von Polizei-Kordon in dem Rücken der Armee zu ziehen. Ich habe mich bereits mit den ersten Polizeidirektionen in Verbindung gesetzt und ich bin überzeugt, dass die Ernte bald sehr reich sein wird und uns manchen Aufschluss über das Betragen unserer Freunde und Feinde geben wird; nur muss ich die Ehre haben, Euer Durchlaucht zu bemerken, dass ich in dieser Hinsicht ganz allein stehe und ausser den Regeln, die der gesunde Verstand vorschreibt, keine Art von Mitteln kenne, eine solche moralische Sicherheitsanstalt, die jeden Tag nöthiger wird, zu gründen.

Der französische Minister Talleyrand hat mir einen Oberstlieutenant Gimel aufgeführt. der von dem Duc de Feltre autorisirt ist, im Namen des Königs die Unterhandlung von Hüningen zu leiten. Dieser hat auch bereits zwei schriftliche Antworten von dem Kommandanten Barbanègre erhalten, und ich glaube, nur auf diesem Wege kann die Unterhandlung ein erwünschtes Ende erreichen. Ich habe ihm die Bedingnisse Eurer Durchlaucht schriftlich gegeben und Herr Talleyrand hat sie im Namen des Königs bestätigt. Forestier geht, wie er mir schreibt. heute zu ..... Ich schicke diesen Kurier über Basel, um sein und d'Affry's Nachrichten Eurer Durchlaucht zu übersenden und durch den Fürsten Hohenzollern weiter zu befördern.

Ich muss Euer Durchlaucht aufmerksam machen, mir mittheilen zu wollen, wenn die Kurierlinie nicht mehr nöthig ist. Ich habe bereits die Anstalt getroffen, dass, wie die Seitenkolonne am rechten Seeufer über Versoix nach Genf vorgedrungen ist, die Postlinie gleich auf dieses Seeufer und den geraden Weg nach Genf verlegt wird. Aber man muss nach dem Kontrakte dem Unternehmer acht Tage zuvor aufkündigen und diese acht Tage bezahlen, um ihnen Zeit zu lassen, die Anstalt auf der ganzen Linie aufzuheben. Die nämliche Bedingniss erstreckt sich auf acht Tage vor dem 1. Juni, wo die Anstalt anfing. Indessen verliert der Unternehmer und die Regierung durch die Anstalt und die häufigen Kuriere so viel, dass beide mich mit Briefen bestürmen, um den Kontrakt aufzuheben oder die Summe zu erhöhen.

Von dem König von Frankreich sind der Graf Roger Damas als königlicher Kommissär und der Baron Talleyrand,

Bruder des hiesigen Ministers, ihm zugetheilt, in das Hauptquartier Eurer Durchlaucht mit sehr ausgedehnten Vollmachten bestimmt. Beide sind sehr brave Leute, aber Eure Durchlaucht werden es besser sehen, als ich es sagen kann, wie wenig man den Angaben aller dieser braven Leute trauen kann. Sie haben ihre eigene Arithmetik, die überall ungeheure Zahlen von Missvergnügten bewaffnet. Am Ende fehlt diesen Bewaffneten nichts als Pulver, Blei und Gewehre; und die Mistgabel und der Dresch-Flegel, die in der Hand des guten Willens, der zuschlagen will, fürchterliche Waffen sind, scheinen allen diesen Menschen nicht hübsch und nicht ehrenvoll genug, um sich für die gute Sache zu erheben.

Sollten Vorräthe von Lebensmitteln für die durchziehenden Kolonnen nöthig sein, so beschwöre ich Eure Durchlaucht, mich wenigstens drei Tage vorher davon zu unterrichten, und mir das Hauptquartier Eurer Durchlaucht vor dem Einmarsche bestimmen zu wollen, um mich dort einzufinden, da ich in einer halben Stunde die nöthigen Befehle Eurer Durchlaucht einholen kann und die Zeit zum Schreiben dann immer sehr sparsam zugemessen sein wird. Der beiliegende Brief des General Bachmann scheint eine billige Forderung zu enthalten; desswegen habe ich in meiner Antwort auch gesagt, wie ich auch überzeugt bin, dass sie bereits erfüllt ist. Auch folgt hier die Antwort der Tagsatzung auf meine dritte Note.

Da der Baron Talleyrand morgen in das Hauptquartier geht, so gebe ich ihm meinen Bericht mit. In der Voraussetzung, dass die Kolonne, die über Laufenburg geht, als Reserve einen Marsch hinter der Armee zurückbleiben muss, habe ich soeben das Ansuchen gemacht, dass, nach dem nämlichen Massstabe, für die Bedürfnisse der Armee unter dem Erzherzog Ferdinand für zwei Tage Lebensmittel bei Laufenburg zusammengebracht werden. Diese Magazine verpflichten uns zu nichts, denn wir können sie unberührt lassen, wenn wir sie nicht bedürfen.

Bei dem Eindringen in Frankreich glaube ich, Euer Durchlaucht auf den Umstand aufmerksam machen zu müssen, dass die Güter der ausgezeichneten Anhänger Bonapartes zum Theil den vordringenden Kolonnen hinlänglich jede Art von Subsistenz sichern können, und so das Volk geschont,

und wenn die Effekten dieser Güter oder die Felder um wohlfeiles Geld an das Volk selbst verkauft würden, dieses dadurch an unser Interesse geknüpft werden könnte. Die Güter des Duc de Cadore z. B. in der Bresse sind allein hinlänglich, die Armee auf ihrem Durchzuge von ihrem Ertrage zu verpflegen.

Von Basel sind mehrere Bataillons auf Wagen in die Gegend von Lyon geführt worden. Ich habe Ursache, Euer Durchlaucht auf den General Jomini aufmerksam zu machen, und seine Schritte, hauptsächlich seinen Briefwechsel genau beobachten zu lassen.

*Bâle. A monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 22 juin 1815.

En vous annonçant la réception de deux de vos lettres, j'ai l'honneur de vous remercier de ce que vous avez la complaisance de me communiquer. Le zèle et l'attention que vous mettez dans les démarches relatives à l'objet en question, me dispensent de vous dire combien les circonstances urgentes du moment rendent nécessaire la plus grande activité.

On m'a communiqué un bulletin en forme de billet, au sujet d'une prétendue victoire remportée sur les armées anglaise et prussienne. Ce bulletin, qui a paru chez vous, et qui ne contient aucuns détails mérite confirmation, pour qu'on puisse y ajouter foi; mais bien, que je croie avoir de bonnes raisons pour en douter, je vous prie néanmoins, mon général, de me dire sans délai tout ce que vous en aurez appris.

J'ai lieu de croire que l'on peut se procurer dans vos librairies les cartes départementales de France. En cas que cela fût, vous m'obligeriez beaucoup en m'envoyant les feuilles des départements voisins de la Suisse.

Le prince Lichnowsky se rappelle à votre obligeant souvenir, et me charge de retracer, par un mot à votre mémoire, la promesse que vous lui avez faite au sujet de la brochure de monsieur de la Rochefoucauld. Je suis dans l'attente de vos avis ultérieurs, et vous prie d'agréer, etc.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 24. Juni 1815.

Ich habe die Ehre gehabt, zwei Noten der diplomatischen Kommission vom 23. zu erhalten. Die erste, in Hinsicht

der Verpflegung, fordert etwas, was, soviel ich bis jetzt wenigstens weiss, noch nicht stattgehabt hat. Der Herr Landvogt Zellweger hatte die Güte, mir gestern zu sagen, dass die italienische Armee im Wallis ihre Lebensmittel baar bezahlt und nur über Fourrage und Holz Scheine ausstellt. Es kann also nur von diesen beiden Artikeln bis jetzt die Rede sein, und die billige Vergütung wird folgen, sobald wir die Rechnung darüber erhalten haben. Der Durchzug der italienischen Armee betrifft übrigens auch das Hauptquartier dieser letztern, denn obwohl sie unter den Befehlen Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzenberg steht, so hat sie ihren eigenen Intendanten, ihr eigenes Verpflegswesen und ihre eigenen Kassen, so wie auch ein eigener Verpflegsverwalter für diese Armee im Wallis aufgestellt ist. Alle Forderungen, welche die Schweiz bisher machen kann, betreffen diese Armee, und daraus lässt sich erklären, warum man in dem Hauptquartier der deutschen Armee, wo man jetzt wahrscheinlich mit einigen wichtigen Vorbereitungen beschäftigt ist, keinen Antrag annehmen wollte, der sie nicht betraf. Was die zweite Note über den angekündigten Durchzug Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Maximilian in Schaffhausen betrifft, so habe ich die erste bestimmte Nachricht darüber durch diese Note selbst erhalten. Ich vermuthe, dass dieser Durchzug bloss die Stadt Schaffhausen betrifft, die auf der andern Seite des Rheins und auf dem geraden Wege liegt, den ein Theil der Truppen zu nehmen hat, um sich auf den bekannten Punkten am Rhein zu sammeln. Da es aber bloss ein Durchzug durch eine Stadt ist, von der man nichts fordert, als die Erlaubniss, die jeder Durchreisende hat, ihr Pflaster von einem Thore zum andern zu betreten, so begnüge ich mich hierüber bloss anzuzeigen, dass ich die Ehre gehabt habe, diese Note zu erhalten, und alles Uebrige aus Verehrung für Eure Excellenz und die Tagsatzung unterdrücke, was sich hierüber sagen liesse.

Hauptquartier. Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 24. Juni 1815.

N° 21. Abgefertigt mit dem Grafen Woyna.

Ich habe die Ehre, Eurer Durchlaucht bloss zu melden, dass ich die Nachricht des Sieges der Verbündeten in den

Niederlanden erhalten und verbreitet habe. In die Freude, die diese Nachricht jedem Gutdenkenden gewähren muss, mischt sich bei mir ein gewisses bitteres Gefühl, denn die Tapferkeit und die unerschütterliche Anhänglichkeit der österreichischen Armee unter der Führung Eurer Durchlaucht hätte diesen Sieg verdient.

Während des grossen Völkerkampfs muss ich hier mit Erbärmlichkeiten aller Art kämpfen. Zwei Noten der Tagsatzung beklagen sich, dass der Oberstlieutenant Ott noch über keinen Preis der Verpflegung habe übereinkommen können, und über das Ansinnen Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Maximilian, durch Schaffhausen ohne Anfrage bei der Tagsatzung zu marschiren. Ich habe die Ehre, Eurer Durchlaucht bloss meine etwas derbe Antwort beizulegen. Es ist Zeit, diese Menschen nicht immer in dem Glauben ihrer Wichtigkeit zu bestärken. Aus dem Vaterland der Knute sind hier die Gesetze der Gleichheit und der Menschenrechte in Umlauf gesetzt worden, so dass Jeder, der im Namen von 5—600 Bauern hier spricht oder brüllt, glaubt der Cato seiner Kuhweide zu sein.

Jetzt, da ich nicht das Glück haben werde, Eure Durchlaucht zu sehen, und die Bahn des Ruhms sich für uns öffnet, wende ich mich noch ein Mal an Eure Durchlaucht um die Erlaubniss, entweder an Ihrer Seite sein zu dürfen, oder mir eine Brigade, wenn es möglich ist, auf den Vorposten ertheilen zu lassen. Euer Durchlaucht fühlen, wie schrecklich meine Lage im Rücken der Armee sein muss, da der Rock, den ich trage, für die Gefahr und den Ruhm und nicht, in solchen Augenblicken, für Geschäfte, wie meine sind, anzugehören bestimmt scheint. Ich beschwöre Eure Durchlaucht, wenn ich irgend eine Rücksicht verdiene, auf mich in dieser Hinsicht Rücksicht nehmen zu wollen. Ich gehe in einer Stunde nach Basel.

An den Herrn Obersten Burckhardt.

Basel, den 26. Juni 1815.

Ich hatte gestern bereits die Ehre, E. H. zu benachrichtigen, dass der Rhein zu angeschwollen ist, als dass die Pontons-Brücke hier in der Nähe geschlagen werden kann. Auch heute besteht noch diese Unmöglichkeit. Seine kaiserliche Hoheit der Erzherzog Ferdinand tragen mir daher auf,

E. H. zu benachrichtigen, dass die Nothwendigkeit des Augenblicks sie zwingt, ihre Truppen über die Brücke von Basel rücken zu lassen.

Im Hauptquartier. Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Basel, den 27. Juni 1815.

Seine kaiserliche Hoheit, der Erzherzog Johann, finden zu dem Blokade-Korps von Hüningen hier 5000 Mann Schweizer, die gestern bei dem Uebergang bereits angerückt waren, und plänkelten. Wenn es nöthig ist, so wird eine Verstärkung von 3000 Mann nicht schwer zu erhalten sein. Belagerungsgeschütz hat die Schweiz nicht, Genf abgerechnet, das zu entfernt von den Festungen auf dieeer Seite liegt. Ueber den französischen Emissär, der noch in Zürich ist und mit seinem Kopfe verbürgt, dass sich ihm Besançon ergibt, wenn unsere Truppen dort erscheinen und es im Namen des Königs aufgefordert wird, habe ich neulich schon die Ehre gehabt, Euer Durchlaucht zu berichten, und ich erwarte hierüber die weitern Befehle Eurer Durchlaucht. Herr General Langenau hat hierüber bereits an den Obersten Kudelko geschrieben.

Ich werde hier die Listen der beträchtlichen Besitzungen des berüchtigten Schulmeister erhalten und ich ersuche Eure Durchlaucht gehorsamst, auf diese Güter, die im Elsass liegen, zum Besten unserer Kassen einige Rücksicht nehmen zu wollen, denn es ist billig, dass diese Menschen, die sich auf Kosten des allgemeinen Wohls bereichert, und die letzte Revolution herbeigeführt haben, auch dafür bestraft werden. Der Marsch von gestern hat mich überzeugt, wie leicht das Elsass allein im Stande ist, die Bedürfnisse der Armeen zu befriedigen, wenn es in dieser Hinsicht mit Ordnung für uns verwaltet wird. Die Stadt Mühlhausen, eine der reichsten aus denjenigen Städten, die sich am lautesten für Bonaparte erklärt und die grössten Opfer für ihn gebracht haben, kann diese Opfer auch für uns bringen. Sie kann ohne Anstrengung eine Million Livres in unsere Kassen liefern, und, was noch mehr ist, sie erwartet diese Strafe.

Noch muss ich Eure Durchlaucht um eine Belohnung für den Obersten d'Affry, Kommandanten der hier liegenden Schweizer Division gehorsamst bitten. Ich berufe mich hiebei

bloss auf das Zeugniss Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Ferdinand und des Generals Langenau.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 29. Juni 1815.

Die erste Nachricht, die ich hier finde, ist ein Bericht des grossen Raths des Wallis, der sagt, dass die Truppen anstatt vorzurücken, in dieser Felsenschlucht still liegen; dass diejenigen, die vorgerückt waren, wie die Kolonne, die auf der andern Seite des Sees gegen Versoix vorrücken sollte, zurückgegangen sind, und jetzt 52,000 Mann in diesem armen Lande still liegen, wo man die Lebensmittel nur für einen Durchzug herbeigeschafft hatte. Alle Kühe wurden geschlachtet und selbst die unreifen Kartoffeln wurden gegessen. Ich begreife dieses Stillliegen nicht, nachdem bei Meilleraye[1]) der General Bokdann ein glänzendes Gefecht hatte und ich diesem General durch den Grafen Lichnowsky sagen liess, dass er sich durch keine Protestation abhalten lassen sollte, auf der andern Seite durch das Pays de Vaud vorzudringen, und alle Streitkräfte, die sich dieser Armee widersetzen können, nicht mehr als höchstens 17—20,000 Mann betragen. Der Bericht ist vom 24. Ich hoffe, dass jetzt diese Bewegung vorwärts stattgehabt hat, denn ein Brief vom 26. aus Bern sagt mir, dass unsere Truppen nur eine halbe Stunde von Genf stehen, und die Franzosen die Stellung hinter der Arve bezogen haben. Ich werde sogleich Anstalt treffen, dass die 4000 ℔, die Euer Durchlaucht bewilligt haben, dem Wallis auf Abschlag der Lieferungen zugeschickt werden, um die ersten Wunden zu heilen und die Stimme der öffentlichen Meinung, die sich hier so gern gegen uns erhebt, zu unterdrücken.

Meine Nachrichten von hier können jetzt wenig Interesse mehr für Euer Durchlaucht haben. Ich erwarte die Gräfin Montesquiou, die ich über Neufchâtel schicken werde.

*A Monsieur le comte Courten.*

Zurich, le 29 juin 1815.

Le zèle et le dévoument dont vous avez fait preuve chaque fois qu'il s'agissait des intérêts de la bonne cause et

---

[1]) Meillerie.

particulièrement dans ce moment-ci, ont toujours été reconnus et dûment appréciés. Ma cour, empressée de récompenser le mérite, me charge de vous en exprimer sa reconnaissance et de vous envoyer la décoration de Saint Léopold comme un témoignage de sa bienveillance; en vous le remettant ci-joint, je ne puis m'empêcher de vous dire combien je suis charmé d'une occasion, qui me met à même de vous témoigner mes sentiments envers vous.

J'ai l'honneur de vous informer que j'ai reçu de la part de son Altesse Monsieur le Prince de Schwarzenberg 2000 Louis d'or, pour être payés à la Diète de la Confédération Suisse comme un à-compte du montant des livraisons faites dans le Valais aux troupes autrichiennes. Cette somme qui eût été plus considérable si on l'eût désiré, a été demandée par la Diète. En vous instruisant, monsieur le comte, d'un payement destiné à pourvoir aux besoins les plus urgents, je vous prie en même temps de régler tout ce qui concerne l'approvisionnement des troupes autrichiennes dans votre pays, pour vous mettre en intelligence à cet égard avec monsieur l'intendant de l'armée d'Italie, ou pour en référer à monsieur le colonel Ott, commissaire de la Diète au quartier général, qui est chargé de s'entendre avec monsieur l'intendant de la grande armée pour tout ce qui a rapport aux fournitures faites au troupes alliées, pendant leur passage par le territoire suisse.

Seiner Excellenz dem Herrn General Bachmann.

Zürich, den 29. Juni 1815.

Ich komme soeben von Basel zurück und finde den für den Herrn Grafen Courten als einen Beweis der richtigen Schätzung seiner Verdienste von mir verlangten österreichischen Leopolds-Orden. Ich begleite ihn mit einigen Zeilen und bitte Euer Excellenz, die Inlage sicher befördern zu lassen. Zugleich habe ich die Ehre Euer Excellenz zu benachrichtigen, dass die von der Tagsatzung auf Abschlag der in Wallis gemachten Lieferungen verlangten Gelder dem Herrn Oberstlieutenant Ott im Hauptquartier angewiesen worden sind, die dieser wahrscheinlich erhoben hat. Was das Stillstehen der Armeen im Wallis betrifft, so kann ich es, bis zur genauen Erläuterung hierüber, die der Herr Kom-

mandirende, Baron Frimont, allein zu geben vermag, keinem andern Umstande zuschreiben, als dass die Avantgarde unter den Befehlen der Generale Bokdann und Grenville, die erst den 20. vorrücken sollte, bereits den 18. den Schweizerboden betreten hat. Ich zweifle nicht, dass die Bewegung vorwärts gegenwärtig schon geschehen und so die Ursache der eingegangenen Klagen gehoben sein wird.

*Monsieur le comte d'Affry.*

Zurich, le 29 juin 1815.

En vous annonçant la réception de la lettre que vous avez eu la bonté de m'écrire, je me hâte de vous remercier des nouvelles qu'elle renferme. Quelque désagréables qu'elles soient, j'espère qu'elles n'auront point de suites fâcheuses et que les troupes que vous avez chez vous, feront bientôt cesser l'inquiétude que vous donne le mauvais voisinage de Huningue.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 29. Juni 1815.

Eine Thatsache, die selbst die öffentlichen Blätter enthalten und die mir eine von der Armee erhaltene Nachricht eben bestätigt, zwingt mich, diese zur Kenntniss Euer Excellenz und der Tagsatzung zu bringen. Zwei feindliche Dragoner mit Depeschen wurden auf Schweizerboden gefangen und von dem Obersten von Sonnenberg in Genf mit den uneröffneten Depeschen dem General Desaix zurückgeschickt, der sich, wie die Zeitung sagt, für diese delikate Art zu handeln, bei dem Herrn Obersten bedankte.

Diese delikate Art hat einen Namen, den ich hier nicht nennen will; aber ich fordere im Namen der kriegführenden Mächte als Genugthuung die Entfernung des Herrn Obersten von seinem Posten, denn nach einer solchen Handlung fühlen Euer Excellenz gewiss selbst, dass er das Vertrauen der Alliirten, an die sich die Schweiz angeschlossen hat, nicht mehr haben kann und wir wechselseitig alles entfernen müssen, was das gegenseitige Vertrauen stören könnte, das so nöthig für die gute Sache ist.

Seiner Excellenz dem General Bachmann.

Zürich, den 30. Juni 1815.

Die letzten Instruktionen, die Euer Excellenz von der Tagsatzung erhalten haben, autorisiren Euer Excellenz, sich nicht an die Grenzen der Schweiz zu binden, wenn der Boden der Schweiz von unserm gemeinschaftlichen Feinde verletzt würde. Dieser Fall ist in Genf und in dem Bisthum Basel eingetreten. Basel selbst wurde von Hüningen beschossen, und ich ersuche Euer Excellenz, das Pays de Gex, das zu den natürlichen Grenzen der Schweiz gehört, durch einen Theil Ihrer unterhabenden Truppen besetzen zu lassen. Das Schicksal Frankreichs, in militärischer Hinsicht, ist so gut als entschieden, und bald wird die grosse Rechnung der Entschädigungen gemacht werden. Ich darf Eurer Excellenz nicht mehr sagen, um zu fühlen, wie genau die Besetzung dieses Landes mit diesem Augenblicke, der bald erscheinen wird, verbunden sein kann.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 1. Juli 1815.

Erlauben mir Euer Excellenz, der Note von gestern Punkt für Punkt zu folgen, um jeden zu bezeichnen und zu beantworten.

Was das Wallis anbetrifft, so kann ich mich darauf berufen, was ich bereits dem Herrn Grafen Courten schrieb, sich an das dortige Hauptquartier zu wenden, einen Schadenersatz zu verlangen und diesen Schaden selbst zu erheben, denn erst mit diesen Beweisen in der Hand ist es möglich eine Schadloshaltung zu fordern und zu erhalten. Der Charakter Seiner Majestät des Kaisers ist zu bekannt, als dass es einer Versicherung bedürfte, wie tief er die Leiden eines Landes fühlen wird, das ein Opfer der Umstände wird, die nicht in dem Plane Seiner Majestät, noch in dem des Fürsten Schwarzenberg zu liegen scheinen. Ich muss mich über diesen Punkt also bloss auf allgemeine Sätze beschränken, bis wir die Grösse des Uebels und die Ursachen kennen, die diesen unglaublichen Aufenthalt der Truppen veranlasst haben.

Das Erste dehnt sich auch auf alle geleisteten Lieferungen der übrigen Kantone aus. Ersatz wird dafür geschehen,

und es kommt nur darauf an, dass man über die Art und Weise dieses Ersatzes übereinkommt.

Was den dritten Punkt über die Aufstellung einer Behörde betrifft, welche mit einem eidgenössischen Kommissär die Preise festsetzt, so besteht die erste in dem General-Intendanten, Feldmarschall Lieutenant Probaska, und dem Hofrath Rosner und der letzte in der Person des Herrn Oberstlieutenant Ott. Der Fürst Schwarzenberg selbst schreibt mir auf meine Bitte, mich mit diesen Geschäften zu verschonen, dass die General-Intendanz bereits den Befehl hat, sich mit dem Herrn Oberstlieutenant Ott zu verstehen, was ich dem Herrn Oberstlieutenant Ott gestern selbst zu sagen das Vergnügen hatte.

Der vierte Punkt über die Spitäler, so sind alle Anstalten und Ansuchen, die darüber an mich aus Unkenntniss ergangen sind, bereits zurückgewiesen worden, und ich glaube nicht, dass die Tagsatzung sich über eine Anstalt dieser Art zu beschweren Ursache hat. Einige Verwundete, die in Basel gepflegt wurden, gehören der Pflege der Menschlichkeit, die überall fühlt, ohne sich an Konventionen zu binden.

Was die Eintreibung des Schlachtviehes anbelangt, so habe ich zwar keine Kenntniss davon, aber wenn diess wirklich der Fall ist, so werden Euer Excellenz fühlen, dass es angeschafft wurde, um die Länder, welche die Armee durchzieht, und also auch die Schweiz, die sie anfangs in einer grösseren Richtung durchziehen sollte, zu schonen. Der Druck des Augenblicks ruht mehr oder weniger auf allen Ländern, aber wenn Euer Excellenz bedenken, was ihre Nachbarländer im Vergleiche mit der Schweiz leiden, so werden Sie finden, wie glücklich dieses Land ist, und wie glücklich die übrigen Länder wären, nur solche Klagen über den Augenblick zu führen, wie sie die Tagsatzung glaubt führen zu müssen.

Die Antwort auf meine Note, die den Obersten v. Sonnenberg betraf, finde ich sehr billig, und meine Forderung kann nur statthaben, wenn er wirklich schuldig befunden wird. Ist diess aber der Fall, so kann ihn selbst ein geschlossener Waffenstillstand nicht entschuldigen, denn ich berufe mich auf den Ausspruch der Tagsatzung, dass die Neutralität der Schweiz aufgehört hat, und von diesem Augenblicke an müssen auch alle Gefälligkeiten gegen den

gemeinschaftlichen Feind aufhören, besonders wenn sie von einer Art sind, welche die Sicherheit des Freundes in Gefahr bringen könnte, da man nicht wissen kann, was eine unerbrochene Depesche enthält.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 1. Juli 1815.

Die Gräfin Montesquiou, die gestern hier ankam, wird heute unter Begleitung eines Schweizer-Offiziers nach Neufchâtel abgehen, wo sie den Weg nach Frankreich ungehindert fortsetzen kann.

Gestern sind hier zwei 150 ℔ und drei 24 ℔ Mörser, jeder mit Munition zu 150 Schüssen versehen, aus dem hiesigen Zeughause nach Basel zur Belagerung von Hüningen geführt worden. Ich werde die Liste alles vorräthigen Belagerungs-Geschützes in der Schweiz erhalten und es dahin bringen, dass es zur Disposition Seiner königlichen Hoheit des Erzherzogs Johann gestellt wird. Jetzt habe ich den Antrag gemacht, durch 6000 Schweizer das Pays de Gex besetzen zu lassen, auf das die Schweiz schon lange ihr Augenmerk richtet. Geschieht dieses, so haben sie ihre Grenzen überschritten und sie müssen dann, so weit man will. Die 5000 Mann in Basel sind bereits zur Disposition des Erzherzogs Johann, und sie können leicht noch mit 2—3000 Mann vermehrt werden, wenn es der Erzherzog verlangt.

Ich schicke nach dem Befehle Euer Durchlaucht den Hauptmann Baron Drost sogleich zurück und danke Euer Durchlaucht für die Gnade, mich zu einer thätigen Verwendung in diesem Kriege bestimmt zu haben.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 1. Juli 1815.

Heute werden hier zwei 150 ℔ und drei 24 ℔ Mörser mit Munition aus dem hiesigen Zeughause nach Basel zur Belagerung von Hüningen eingeschifft. Ich werde die Liste alles vorräthigen Belagerungs-Geschützes in der Schweiz erhalten, die ich dann die Ehre haben werde Euer kaiserlichen Hoheit zu unterlegen, um jeden Gebrauch davon zu machen,

den Eure kaiserliche Hoheit dem Augenblick angemessen finden.

Herrn General Bachmann.

Zürich, den 1. Juli 1815.

Ich habe die Ehre Euer Excellenz zu bitten, die Gräfin Montesquiou und ihren Sohn, die mir unter Begleitung eines Offiziers von Wien geschickt wurden, durch einen Offizier über Neufchâtel an die französische Grenze begleiten zu lassen.

Ich habe gestern bei der Tagsatzung um die Entfernung des Herrn Obersten v. Sonnenberg angetragen, wie es mir befohlen wurde. Indessen gründet sich dieser Antrag auf eine Zeitungs-Nachricht, die der Lausanner Zeitungsschreiber unklugerweise liefert, und ich kann diese Handlung von einem so redlichen Offizier, wie der Oberst v. Sonnenberg ist, nicht glauben. Haben also Euer Excellenz die Güte, mich bald in den Stand zu setzen, über diesen Punkt etwas Bestimmtes sagen und meinen Antrag, wenn sich die Sache, wie ich hoffe, nicht so verhält, zurücknehmen zu können, da ich glaube und hoffe, bald eine Bestimmung zu erhalten, die den jetzigen Umständen für mich angemessener ist.

*Monsieur Sandoz-Rollin.*

Zurich, le 1er juillet 1815.

Je vous demande bien des excuses du long retard que j'ai mis à répondre à la lettre dont vous m'avez honoré. Mon absence en est l'unique cause, et si j'ai bien du regret de ne vous avoir point communiqué les intéressantes nouvelles que nous avons reçues, la certitude où je suis que vous les aurez apprises moyennant les gazettes, contribue essentiellement à l'alléger. Le quartier général a été hier à Colmar. Du reste rien de plus nouveau.

Ayant appris que vous avez connaissance d'une excellente carte de la Franche-Comté, j'ai recours à votre obligeante amitié pour tâcher de me la procurer. Je vous prie de n'avoir égard à son prix, pourvu que vous la jugiez bonne et répondant à l'urgent besoin que j'en ai. Vous m'obligeriez en même temps en y faisant marquer tout ce que vous pourriez avoir appris des fortifications, batteries, etc., que les Français ont établies dans cette province.

An den eidgenössischen Kommandanten in Laufenburg.

Zürich, den 1. Juli 1815.

Da in dem wegen des Durchzugs der Truppen mit der Schweiz geschlossenen Vertrage Laufenburg nicht als Uebergangspunkt bestimmt ist, so wollen Dieselben alle Abtheilungen alliirter Truppen, die aus Nichtkenntniss dieses Vertrags in Laufenburg ankommen sollten, anweisen, ihren Marsch auf dem rechten Rheinufer bis Basel fortzusetzen, wo sie dann den Boden der Schweiz auf dem kürzesten Wege passiren und ihren respektiven Korps folgen.

An Seine kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann.

Zürich, den 3. Juli 1815.

Ich habe die Gnade, Eurer kaiserlichen Hoheit in der Anlage das Schreiben des General Bachmann mitzutheilen. Kommen hier nicht bestimmte Befehle des Fürsten Schwarzenberg, so bleibt es immer nur beim guten Willen. Ich wage es daher, Eure kaiserliche Hoheit (zu ersuchen), mich durch eine ostensible Note an die Tagsatzung zu bevollmächtigen, um von dieser im Namen Eurer kaiserlichen Hoheit 12,000 Mann zur Blokade von Hüningen, Belfort und Besançon zu fordern. Ich bin überzeugt, dass ich es durchsetze. Bloss ein Schreiben des Obersten d'Affry macht, dass das schwere Geschütz noch nicht abgegangen ist, und es bedarf nur eines Winks von Eurer kaiserlichen Hoheit, so werden die zwei Mörser zu 150 ℔ und die drei zu 24 ℔, die schon eingeladen sind, nach Basel abgehen.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Schwarzenberg.

Zürich den 1. Juli 1815.

Euer Durchlaucht wissen bereits, dass die schweizerische Armee entschlossen ist, endlich ihre friedliche Stellung zu verlassen, und an der allgemeinen Sache thätigen Antheil zu nehmen. Der General Bachmann hat es Eurer Durchlaucht durch einen Kurier aus Bern gemeldet, und er erwartet nur die Befehle Eurer Durchlaucht, und Kavallerie, ihn zu unterstützen, da es ihm daran gänzlich fehlte. Bei dieser Theilnahme ist eine Bedenklichkeit. Nach allen Nach-

richten kann der Krieg nicht mehr lange währen. Die englisch-preussische Armee muss vor Paris stehen, und dann tritt der Fall ein, dass die Schweiz mit Recht auf Entschädigungen Ansprüche macht. Die Schweiz ist dann in die Reihe der kriegführenden Mächte eingetreten. Sie wird als solche ihre Entschädigung fordern, ohne jetzt mehr viel leisten zu können, und bedarf man ihrer Hülfe noch, was ich nicht beurtheilen kann, so ist diese Hülfe sehr kräftig, und kann die Lücke zwischen den beiden Armeen Eurer Durchlaucht ausfüllen; bedarf man diess aber nicht mehr, so geben wir Verbindlichkeiten mit der Schweiz ein, und man gibt ihr ein Recht auf Ansprüche, die sie jetzt nicht hat und nicht wohl haben kann. Was Euer Durchlaucht darüber bestimmen, so erwarte ich höchstihre Befehle, um sie bei dieser neuen Armee ausführen zu lassen.

Seiner Excellenz dem General Bachmann.

Zürich, den 5. Juli 1815.

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz den Empfang Ihrer Zuschrift anzuzeigen und für die Mittheilung der Nachrichten zu danken.

Ich vermuthe, dass die österreichischen Truppen das Pays de Gex nur augenblicklich besetzt und dann in das Innere von Frankreich vorgedrungen sind, so dass in demselben gegenwärtig wenig oder gar nichts von unsern Truppen befindlich sein mag. Es steht demnach Euer Excellenz frei, den günstigen Augenblick zu benutzen und einen Theil Ihrer Armee in dieses Land vorrücken zu lassen. Uebrigens zweifle ich nicht, dass Seine Durchlaucht der Fürst Schwarzenberg auf das Ansuchen Eurer Excellenz die nöthige Kavallerie zur Unterstützung bewilligen wird; die schweizerische Armee wird dann, im Fall es nöthig wäre, die bereits in Frankreich vorgedrungenen Streitkräfte zu vermehren, den beiden österreichischen Armeen als Verbindungs-Kolonne dienen und so im Stande sein, thätigen Antheil an diesem Kriege zu nehmen. Ich habe dem Fürsten Schwarzenberg vorgeschlagen, die Schweizertruppen bei Besançon aufzustellen, wo sie diesen Zweck vollkommen erfüllen.

Nach allen eingelaufenen Nachrichten kann man den Krieg als beinahe beendigt ansehen; die mit Friedensvorschlägen in Hagenau angekommenen französischen Kommis-

säre wurden zurückgewiesen und die englisch-preussische Armee muss bereits, wo nicht in Paris, doch vor den Thoren dieser Stadt stehen. Ich glaube nicht, dass in einigen Tagen auf der ganzen Linie noch ein Schuss fällt.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 6. Juli 1815.

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz die beiliegende Note Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann zu übersenden. Euer Excellenz fühlen mit mir, wie erwünscht diese Gelegenheit ist, wodurch die Schweiz in die Zahl der kriegführenden Mächte eintritt, ihre Truppen auf Kosten Frankreichs ernährt und an dem grossen Tage der Entschädigung, der bald erschienen ist, mit Recht ihre Stimme erheben kann. Ich bitte Eure Excellenz, der Tagsatzung noch heute diese Note vorzulegen, da ich nicht erwarten kann, dass die Schweiz diese Angelegenheit nicht mit Freuden ergreift, den Befehl an den General Bachmann dazu abgehen zu lassen und das schwere Geschütz, das bereits in die Schiffe geladen ist, seiner Bestimmung nach Basel folgen zu lassen.

Seiner Excellenz dem General Bachmann.

Zürich, den 7. Juli 1815.

Euer Excellenz haben die Briefe Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann und des Fürsten Schwarzenberg erhalten, auf die ich mich berufe. Ich habe die Tagsatzung um 12,000 Mann für die Blokade von Hüningen, Belfort und Besançon ersucht und geglaubt, dass sie diese Gelegenheit schnell ergreifen würde, in die Reihe der kriegführenden Mächte in diesem Augenblicke, wo bereits Alles entschieden ist, einzutreten, um dann am Tage der Entschädigung, der bald erscheinen muss, ihre Stimme erheben zu können. Ihre Verfassung, die in allen Dingen einen Weg nimmt, auf dem die stärkste menschliche Geduld ermüdet, muss dieses Gesuch erst an alle Kantone bringen, und oft vergehen, wenn es recht schnell geht, 14 Tage, bis etwas bestimmt werden kann. Glücklicher Weise gehen die Begebenheiten viel schneller; Bonaparte hat noch als die letzte Gunst gebeten, zum General der Truppen ernannt zu werden, welche die Hauptstadt vertheidigen. Man hat es

ihm abgeschlagen und ihm bedeutet, mit seiner ganzen Familie Paris zu verlassen, zugleich ist die Erklärung geschehen, dass Paris nicht vertheidigt werden soll, und Wellington, der in Versailles, und Blücher, der in Saint-Germain en Laie war, sind vor vier Tagen wahrscheinlich dort eingerückt. Daher wende ich mich an Euer Excellenz, um das zu thun, was nicht ausser den Grenzen Ihrer Vollmachten liegt und doch den Schein einer thätigen Hülfe hat, nämlich 4—5000 Mann nach Basel zu legen, die Hüningen blokiren, und die Regierung von Bern zu ersuchen, ihr schweres Geschütz nach Basel zu schicken. Die Tagsatzung hat alles hier Vorräthige heute dahin abgeschickt. Uebrigens ersuche ich Eure Excellenz diese Truppen so bald als möglich aufbrechen zu lassen, denn es ist höchst wahrscheinlich, dass in acht Tagen auf der ganzen Linie kein Schuss mehr fällt, da bis auf die streitigen Punkte der Entschädigungen der grosse Prozess, wer in Frankreich herrschen soll, entschieden ist.

Der Fürst Schwarzenberg wird Eurer Excellenz seinen Wunsch wegen Herrn Forestier mitgetheilt haben, den ich bald zu erfüllen bitte.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 7. Juli 1815.

Ich habe gleich nach der Ankunft des Oberlieutenants Klaus beiliegende Note der Tagsatzung übergeben. Heute Abend erhalte ich erst die Antwort, die ich bereits kenne, d. h. dass der Geschäftsgang, bei dem die stärkste menschliche Geduld ermüdet, erst diesen Antrag bei allen Kantonen in Umlauf setzen muss, was ungefähr, wenn es schnell geht, vierzehn Tage währt. Ich habe also den kürzern Weg eingeschlagen, den Oberlieutenant Klaus zum General Bachmann geschickt, an ein paar Offiziere des Generalstabs, die dort Alles machen, geschrieben, um sogleich 5000 Mann nach Basel ganz zur Disposition Euer kaiserlichen Hoheit aufbrechen, und alles dort vorräthige schwere Geschütz nach Basel transportiren zu lassen. Ich bin überzeugt, dass es geschieht. Zugleich schreibe ich nach Freiburg, Luzern und Solothurn, damit dort in Hinsicht des Geschützes das Nämliche geschieht. Das von hier geht heute ab.

Ich glaube aber Eurer kaiserlichen Hoheit gehorsamst bemerken zu müssen, dass alles diess zu spät kommen wird, da allen Nachrichten zufolge, die gestern und heute hier eintreffen, der grosse Prozess in Frankreich bereits entschieden ist. Bonaparte hatte nach diesen als letzte Gunst begehrt, zum General der Truppen ernannt zu werden, welche die Hauptstadt vertheidigen. Die provisorische Regierung hat ihm das abgeschlagen, und ihm und seiner Familie bedeuten lassen, Paris zu verlassen, was auch geschehen ist. Zugleich ist eine Erklärung erfolgt, dass Paris nicht vertheidigt werden soll; die Stadt ist unter die Obhut des Herrn Wellington gesetzt worden, der schon seit einigen Tagen dort sein muss. Die Bourbons sind in diesem Augenblicke bereits proklamirt und der König selbst ist wahrscheinlich schon in Paris. Es ist die einzige Art, wie ich selbst wünschen muss, dass die Absichten Eurer kaiserlichen Hoheit auf Hüningen etc. nicht erfüllt werden; der Krieg scheint mir beendigt zu sein, und ich glaube, dass in acht Tagen auf der ganzen Linie kein Schuss mehr fällt. Fürst Metternich schreibt, dass die tête unserer Kolonne bereits in Châlons sur Marne angekommen ist; vermuthlich sind diess die Bayern.

Indessen wird es meine einzige Sorge hier sein, die höchsten Befehle Eurer kaiserlichen Hoheit zu erfüllen; obwohl mir die Langsamkeit der Tagsatzung in dieser Hinsicht willkommen ist, weil die Sache doch geschieht, und sie den schönen Augenblick versäumt, in die Reihe der kriegführenden Mächte ohne grosse Anstrengung einzutreten und am Tage der Abrechnung und Entschädigung, der bald erscheinen muss, ihre Stimme zu erheben.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 9. Juli 1815.

Auf den höchsten Befehl Eurer kaiserlichen Hoheit vom 7ten muss ich mich auf das beziehen, was ich die Gnade gehabt habe, Euer kaiserlichen Hoheit unter dem nämlichen Datum gehorsamst zu berichten. Bei der Tagsatzung geht die Anfrage an alle Kantone in der jetzigen Lage zu langsam; aber schon vor mehreren Tagen hat die Tagsatzung dem General Bachmann den Auftrag gegeben, sich in seinem

Vertheidigungssystem nicht mehr auf die Schweizer Grenzen zu beschränken, und er hat diesen Auftrag benutzt, denn in diesem Augenblicke hat er Pontarlier und die Gegend um das Fort de Joux besetzt und 10,000 Schweizer stehen auf französischem Boden. Da sie einmal die Grenze überschritten haben, und sich der General Bachmann durch den Brief, den ich die Gnade gehabt habe, Eurer kaiserlichen Hoheit zu übersenden, den Befehlen des Fürsten Schwarzenberg unterworfen hat, so muss er diese, wie die Befehle Eurer kaiserlichen Hoheit befolgen, da nur Diejenigen, die das Ganze übersehen, wissen können, welche Aufstellung der Truppen und wo sie nöthig ist. In dieser Absicht habe ich dem General Bachmann geschrieben und ich erwarte nur seine Antwort oder den Befehl Eurer kaiserlichen Hoheit, der mir sagt, wann ich in Solothurn eintreffen soll, um dort zu sein.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann. Basel.

Zürich, den 10. Juli 1815.

Der Magistrat in Basel hat die Abwesenheit Eurer kaiserlichen Hoheit benutzt, um zum zweiten Mal die Tagsatzung zu bitten, mit der Absendung des Geschützes bis zur Rückkunft Euer kaiserlichen Hoheit zu warten, da die Stadt sonst in die äusserste Gefahr käme. Das Geschütz, das schon über Baden hinaus war, ist also gestern wieder zurückgekommen, und ich werde heute Alles anwenden, um es gleich wieder abgehen zu lassen. Indessen ist ein Schiff mit Bomben und Kugeln bei Baden auf einem Felsen aufgefahren und die ganze Ladung ist verunglückt. Dieser Schade muss indessen aus dem Zeughause ersetzt werden. Zugleich hat die Tagsatzung alle Kantone aufgefordert, ihr schweres Geschütz nach Basel zu schicken.

Ich muss diese Gelegenheit ergreifen, Eure kaiserliche Hoheit auf die Regierung von Basel aufmerksam zu machen, die sich immer als eines der grössten Hindernisse für die gute Sache und alles, was ihr nützen kann, gezeigt hat. Angst und Krämergeist charakterisiren diese Regierung, und ich beschwöre Eure kaiserliche Hoheit, ihr über das zweimalige Abbestellen des schweren Geschützes, das den Be-

fehlen Eurer kaiserlichen Hoheit zuwider ist, Höchst Ihren Unwillen erkennen zu lassen.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 10. Juli 1815.

Den Befehlen Eurer Durchlaucht gemäss, habe ich bereits von der Tagsatzung 12,000 Mann für die Blokade von Hüningen und Besançon begehrt, aber dieser Weg, auf dem erst alle Kantone um ihre Meinung gefragt werden, ist zu weitläufig, um ihn zu verfolgen. Indessen hatte die Tagsatzung schon früher dem General Bachmann den Auftrag gegeben, sich in seinem Vertheidigungs-System; wenn er es nöthig findet, nicht auf die Grenzen der Schweiz einzuschränken. Diess ist auch geschehen, denn er hat Blamont genommen und Pontarlier besetzt und 10,000 Schweizer stehen in diesem Augenblicke auf französischem Boden. Desswegen schrieb ich gleich an den General, da ich hier die Bewilligung des Geschützes besorgen musste, das bereits von hier abgegangen ist. Zugleich hat die Tagsatzung alle Kantone aufgefordert (Genf und Waadt ausgenommen, wo das Geschütz für Besançon verwendet werden kann), ihr schweres Geschütz nach Basel zu schicken. Der General Bachmann hat durch sein Schreiben an Eure Durchlaucht und durch seine Aufstellung über die Grenzen der Schweiz den Befehlen Euer Durchlaucht sich unterworfen und von diesem Punkte gehe ich aus, diesen Schritt als eine nothwendige Folge des ersten zu beobachten. Seine kaiserliche Hoheit der Erzherzog Johann haben dem General Bachmann eine Zusammenkunft in Solothurn vorgeschlagen und ich erwarte die Antwort des Generals, um mich dahin zu begeben, welches wahrscheinlich erst übermorgen sein wird, da seine kaiserliche Hoheit erst morgen Abend aus der Gegend von Schlettstadt zurückkommen.

Ich wünsche nur, dass alles, was hier noch geschehen kann, nicht zu spät kommt, wie es alle Umstände anzeigen. An Eifer fehlt es in diesem Augenblicke hier nicht, obwohl die königliche Armee unter dem General Grafen Rochefoucauld (150 Mann und 60 Gewehre stark) von den Nationalgarden bei Brundruth völlig geschlagen wurde. Indessen gleicht dieser Eifer ein wenig der Geschichte des kranken

Löwen, dem der — es war nicht der Elephant — noch einen Fusstritt gab.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 10. Juli 1815.

Ich vernehme soeben, dass das nach Basel bestimmte Geschütz, welches schon vor einigen Tagen dahin abgegangen war, gestern wieder zurückgekommen ist, und ich kann mich nicht enthalten, Eurer Excellenz mein Befremden hierüber zu erkennen zu geben, um so mehr, da die soeben erhaltenen Befehle Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann auf die schleunigste Absendung dieses Geschützes dringen. Ich habe daher die Ehre, Eure Excellenz zu ersuchen, den Befehl zu ertheilen, dieses Geschütz zu seiner Bestimmung ohne Zeitverlust abgehen zu lassen, um jede Verantwortlichkeit, die auf mir lasten könnte, zu entfernen.

Seiner Excellenz dem General Frimont.

Zürich, den 12. Juli 1815.

Das Schreiben Euer Excellenz vom 5. aus Carouge erhielt ich heute den 12., Dank sei es den schnellen Posten der Schweiz, die wie ihr Geschäftsgang ist, auf dem die stärkste menschliche Geduld ermüdet. Ich habe schon vor mehreren Tagen auf Befehl Seiner Durchlaucht des Fürsten Schwarzenberg bei der Tagsatzung den Antrag gemacht, 12,000 Schweizer zu den Blokaden von Hüningen, Béfort und Besançon zu erhalten. Für Hüningen sind sie bereit, und der General Bachmann glaubt in seiner Antwort durch seine jetzige Stellung die Verbindung zwischen Eurer Excellenz und der deutschen Armee zu erhalten. Alles was sich hierüber sagen lässt und was ich gesagt habe, ist zu weitläufig — das wird man in diesem Lande — um die Zeit Eurer Excellenz zu rauben, die so grossen Begebenheiten angehört. Noch weiss ich also nicht, was darüber geschehen wird, obwohl Ihre kaiserliche Hoheiten die Erzherzoge Johann und Ferdinand, sowie der Fürst Schwarzenberg an den General Bachmann geschrieben haben.

Noch versichert aber der hiesige französische Minister Talleyrand, dass Besançon sich ergibt, wenn man es im Namen des Königs auffordert. Diess ist der Punkt, auf

den mir Seine Durchlaucht der Kommandirende nie geantwortet hat, und ich zweifle also, dass man dieses Mittel wählen darf. Ich habe dem General Bachmann angeboten, das Pays de Gex zu besetzen, um ihn dadurch einmal über die Grenzen der Schweiz zu bringen. Er hat nun Blamont, Pontarlier und Ornans besetzt, und glaubt sehr viel zu dem schnellen Gang der Begebenheiten beigetragen zu haben. Indessen ist der König in Paris, die Armee ist auf halben Sold gesetzt und zieht hinter die Loire, wo das mittägliche Frankreich, das dem Könige treu geblieben ist, genau jede Handlung dieser Armee beobachten wird. Ich sehe also diesen Krieg als geendigt an, und ich bin überzeugt, dass in einigen Tagen kein Schuss mehr auf der ganzen Linie fällt. Daher dringe ich jetzt weniger auf die Mitwirkung der Schweizer-Truppen, denn der Tag der allgemeinen Abrechnung und Entschädigung muss bald erscheinen; die Schweizer würden dann in die Reihe der kriegführenden Mächte eintreten und an diesem Tage ihre Stimme erheben, die man in ihrer jetzigen Lage nicht gelten lässt.

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz beiliegende Depesche zu senden, die ich eben erhalte.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 12. Juli 1815.

Ich habe die Gnade, Eurer kaiserlichen Hoheit in der Anlage die Antwort der Tagsatzung, wie des Generals Bachmann, zu unterlegen. Sie bleiben beide den halben Massregeln treu, mit denen sie angefangen haben und mit denen sie enden wollen. Indessen läuft soeben die Konvention ein, die ich die Gnade habe Eurer kaiserlichen Hoheit hier beizulegen, die sich nach dem 16. Artikel auf alle Armeen ausdehnt und uns also ganz Frankreich bis an die Loire einräumt. Wird diese Konvention angenommen, wie ich nicht zweifle, so fallen die Festungen von selbst, und der Waffenstillstand gibt Eurer kaiserlichen Hoheit auf jeden Fall Zeit, alle Vorkehrungen zum Fall dieser Festungen zu treffen, wenn der Friede nicht erfolgt. Das Geschütz von Bern und Freiburg geht nach Basel, und ich erwarte für alles Uebrige die höchsten Befehle Euer kaiserlichen Hoheit, die immer die Richtschnur meiner Handlungen sein werden.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 15. Juli 1815.

Ich habe soeben die Gnade, die höchsten Befehle Eurer kaiserlichen Hoheit zu erhalten. Indessen hat der Marschall Suchet die Kapitulation von Paris angenommen und geht hinter die Loire; die Beilage sagt, dass Besançon sich bereits erklärt hat. Ich werde hier noch alles anwenden, um die höchsten Befehle Eurer kaiserlichen Hoheit auszuführen, obwohl ich glaube, dass der Krieg zu Ende ist, denn nach allen Nachrichten ist ein Theil der Armee, die hinter die Loire zieht, auseinandergegangen, und durch den Einzug des Königs in Paris, das immer Frankreich Gesetze gibt, wird sich der Ueberrest zerstreuen. Wirkt hier auch eine letzte Vorstellung nichts, so werde ich, um den Befehlen Eurer kaiserlichen Hoheit näher zu sein, sogleich nach Basel gehen, um dort die weiteren Begebenheiten und die höchsten Befehle Eurer kaiserlichen Hoheit abzuwarten.

Ich nehme mir die Freiheit, Eure kaiserliche Hoheit auf etwas gehorsamst aufmerksam zu machen. Die Armee in Frankreich soll sich so weit als möglich ausdehnen, um ihre Subsistenz-Quellen zu erweitern, denn von der Armee hinter der Loire ist, wie ich glaube, nichts mehr zu befürchten. 30,000 Mann in Frankreich sind ein fressendes Uebel, das manche Quelle erschöpft, die uns offen steht. Soll man also ihr weiteres Vorrücken wünschen? Da die Belagerung von Besançon nicht statthat, so stehe ich Eurer kaiserlichen Hoheit auch ohne die Einwilligung der Tagsatzung dafür, dass die Schweizer wenigstens zur Belagerung von Hüningen thätig mitwirken sollen.

Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann und Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzenberg.

Zürich, den 16. Juli 1815.

Die Schweizer-Truppen werden mit 3000 Mann die Besatzung von Basel verstärken, um zur Belagerung von Hüningen mitzuwirken. Sie haben alles vorräthige Belagerungsgeschütz aus den Zeugbäusern nach Basel geschickt, und sie stehen 25,000 Mann stark in Frankreich. Auf die Vor-

stellung einer Belagerung von Besançon antworteten sie jetzt mit der Unterwerfung des Marschalls Jourdan, der Ludwig XVIII. mit seiner Armee gehuldigt hat, und dass sie gegen Ludwig XVIII. nicht Krieg führen.

Erlauben mir Eure kaiserliche Hoheit, Eure Durchlaucht, bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen, die sehr wichtig in ihren Folgen sein können. Es ist uns nach den Befehlen Eurer Durchlaucht darum zu thun, so viel als möglich Raum in Frankreich zu gewinnen, und zugleich die Subsistenz-Quellen unserer Armeen zu vermehren. 25,000 oder 30,000 Mann im Rücken dieser Armeen sind ein fressendes Uebel, das dem Unterhalt unserer Truppen Eintrag thun muss. Ist es also schon in dieser Hinsicht zu wünschen, dass die Schweizer-Truppen noch weiter in Frankreich vordringen? — Mit der Thronbesteigung Ludwigs XVIII. ist auch die Schweiz wieder in ihr altes Verhältniss zu Frankreich getreten. Jeder Nachtheil, der jetzt noch Frankreich widerfährt, an das alle ihre Interessen geknüpft sind, schmerzt sie als ob es sie selbst träfe, und die Furcht, dass irgend eine Provinz könnte durch die neuen Begebenheiten getrennt werden, bringt sie ausser sich. Sie glauben sich nur zwischen zwei gleich starken Mächten, wie Frankreich und Oesterreich, und die Eifersucht der einen gegen die andere gesichert. Das Uebergewicht Oesterreichs droht auch ihnen und sie verbergen diese Stimmung nicht, die sich auch bereits unter ihren Truppen äussert. In diesem Sinne sind die letzten Befehle der Tagsatzung an ihre Truppen; in diesem Sinne werden sie von dem französischen Gesandten hier bearbeitet. Die Präfekten der nächsten Departements sind in ihrem Lager, die Franzosen schliessen sich überall an sie an, und der König von Frankreich hat keine treueren und ergebeneren Truppen als diese. Ich glaube daher, dass jetzt, wo alle Rücksichten auf eine Basis etc. aufhören, es rathsamer ist, diese Truppen nach und nach in ihre Heimat zurückzuführen und zu zerstreuen, als sie in Frankreich versammelt zu lassen, wo unter dem Könige der Geist des Missvergnügens, der bereits über die Eingriffe der Alliirten in ihre Rechte laut klagt, eine Zuflucht und einen Mittelpunkt in ihrem Lager findet. Wenn diess auch keine grossen Besorgnisse erregt, so darf uns diese Ansicht doch, wie ich glaube, nicht gleichgültig sein, denn die geographische Lage

der Schweiz und eine Grenze von 50 Stunden mit Frankreich, legen ein grosses Gewicht in die Wagschale, die jetzt Bestimmungen und Entschädigung abwägt. Da sie indessen in Frankreich alles bezahlen und die Kosten für den Unterhalt der Truppen nicht aufhören, so ist es nicht möglich, dass diese Truppen länger in Frankreich bleiben, ohne dem Wohlstande der Schweiz zu schaden, und ich glaube, es fordert jetzt der Augenblick mitzuwirken, ein Gebäude, das wir für unsere Sicherheit errichtet haben, wieder in seine einzelnen Theile zu zerlegen und in ihm keine Zuflucht für fremdes Missvergnügen zu lassen, an das sich in diesem Lande, wo die Köpfe noch warm, gern das einheimische anschliesst.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Schwarzenberg.
Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann.

Zürich, den 21. Juli 1815.

Die Schweizer Truppen haben sich in Hochburgund zwischen Ornans und Arbois ausgebreitet, um ausgedehntere und bessere Kantonirungen zu haben. Indessen hat der französische Gesandte bereits den Antrag gemacht, diese Truppen auf ihren vaterländischen Boden zurückzuziehen, da der Wohlstand Frankreichs ohnehin durch fremde Truppen zerstört wird. Ich habe es über mich genommen, den Präsidenten, der mir diess mittheilte, auf die unerschwinglichen Lasten aufmerksam zu machen, die dem Lande für diese Truppen auferlegt sind, und er wird darauf antragen, einen Theil dieser Truppen zu vermindern, d. h. alle Verheiratheten nach Hause zu entlassen, was mehr als die Hälfte dieser Truppen ausmacht. Auf der andern Seite ist die schnelle und vollzählige Errichtung der vier Schweizer-Regimenter in Antrag gebracht worden, die 16,000 Mann ausmachen und, sobald sie bewilligt sind, schnell gebildet sein werden.

Ich sehe die Begebenheiten in Frankreich nur durch das Prisma der Zeitungen; daher bitte ich Eure Durchlaucht gehorsamst um Vergebung, wenn meine Schlüsse unrichtig sind. Aber die Konvention von Paris hat gleichsam die Armee, die den Thron umstürzte und ganz Europa unter

die Waffen rief, als einen selbständigen Körper anerkannt, der, als Bonaparte und seine Sache untergegangen war, noch hinter der Loire eine Freistätte fand. Diese Armee hat sich, wie man sagt, dem Könige ergeben, die meisten Festungs-Kommandanten werden sich für ihn erklären, und eine Regierung, die zu ihrer Erhaltung eines Fouché bedarf, dessen Stimme den Bruder seines Monarchen auf das Blutgerüst führte und Bonaparte aus Elba rief —, wird sich diese Regierung nicht alle Mittel gegen die Verbündeten erlauben, wenn sie nach 25jährigen Leiden aller Art eine gerechte Entschädigung von einem Lande fordern, das Europa entvölkerte und seinen Wohlstand, das allgemeine Vertrauen und alles Gute, Grosse und Heilige zerstörte? Ich irre mich vielleicht, aber ich glaube schon jetzt einen Zusammenhang in dem Anfange dieser Massregeln zu finden, die sich gegen die Fremden kehren. Ich bin überzeugt, dass sich hinter der Loire schnell durch das Zusammenrücken der Truppen und, sobald es für den König gilt — auch der gegen sie Bewaffneten in der Vendée — eine Armee bilden kann. In den Departements du Doubs und Jura werden nach einem Kurier, der am 11. in Pontarlier aus Paris ankam, alle Waffenfähigen aufgezeichnet und nach ihren Kantonen in Regimenter eingetheilt; die Offiziere dieser Regimenter werden erwartet. Mit dem Kanton Waadt ist eine Unterhandlung eingegangen, um die in Chillon vorräthigen Gewehre (ungefähr 8000) für den König zu kaufen; in der ganzen Schweiz werden Aufkäufe gemacht, die für diese Departemente bestimmt sind. Die National-Garden dieser Departemente, das Elsass, das nur einen Wink erwartet, um sich an seinen Feinden zu rächen, und diese Schweizer-Regimenter, die den Kern dieser Truppen ausmachen, alles dieses bildet eine Masse von Streitkräften, die hinreichend ist, Besorgnisse zu erregen. Die jetzigen Minister Frankreichs sind durch die Revolution erzogen und gehoben worden; sie sind mit allen Mitteln, Hülfsquellen und Triebfedern bekannt, die Frankreich enthält und die es bewegen. Es ist unmöglich, diese Menschen nicht zu fürchten, die, mit allen Schrecken und Bildern der Revolution vertraut, dem Interesse des Augenblicks Alles aufopfern und in denen die National-Eitelkeit eben so stark verwundet ist, wie in den Anhängern Bonapartes, die dieses Gefühl gegen die fremde Ge-

walt mit ihnen vereint. Eine schnelle Ausführung alles dessen, was vielleicht geschehen soll, würde alle Pläne zerstören, die in Frankreich in kurzer Zeit eine bestimmte Gestalt annehmen und alle Parteien vereinigen könnten. Verzeihen Euer Durchlaucht, wenn ich besorge, anstatt zu berichten. Aber die Neuigkeiten kommen hier von der Stelle an, auf der Eure Durchlaucht stehen, und das Leben und die Pläne der Schweizer behalten ihren gewöhnlichen schwerfälligen Gang, den die Einnahme aller Hauptstädte in Europa nicht unterbricht. Wozu sie mich hier noch brauchen, ist, alles fremde Vieh von ihren Grenzen wegzutreiben, und schon ist es die dritte Note, die ich erhalte, weil sich verschiedene fremde Ochsen in Schaffhausen und Laufenburg haben sehen lassen, die zu den Bedürfnissen der Armee gehören, und die Schweiz diese Fremden auf ihrer Durchreise nicht beherbergen will. Nach dieser kurzen Schilderung der Geschäfte frage ich noch einmal an, ob Eure Durchlaucht glauben, dass man auf diesem Standpunkte noch länger meiner bedarf? Der Hauptmann Graf Lichnowsky geht morgen in das Hauptquartier ab, da er selbst einsieht, dass zu den Marsch-Routen, die ich den durchreisenden Ochsen über Basel gebe, meine Talente hinreichend sind.

Ich glaube die Postenlinie mit Ende dieses — gegen den 25ten — aufkünden zu können, obwohl gestern noch zwei Kuriere durchgingen. Mir scheint diese Kurierlinie missbraucht zu werden, denn nach dem Thorzettel aus Bern sind drei Kuriere von Ulm, Wien und Stuttgart, wo das Hauptquartier nie war, zu der italienischen Armee gegangen.

An Seine Excellenz den Herrn Präsidenten der Tagsatzung.

Zürich, den 21. Juli 1815.

Ich habe die Ehre gehabt, die Note der Tagsatzung, den Durchzug bei Schaffhausen und die für die Bedürfnisse der Armeen bestimmten Viehheerden betreffend, zu erhalten. Die Antwort darauf beschränkt sich auf die Bemerkung, die ich Eurer Excellenz zu machen die Ehre habe, dass die am 20. Mai geschlossene Konvention dieses Gegenstandes nicht erwähnt, und diese Durchzüge nur augenblicklich und daher dem Lande nicht beschwerlich sein können. Aus diesem

nämlichen Grunde sehe ich mich auch nicht berechtigt, den Anlass der darüber eingegangenen Klagen zu heben, um jedoch Eure Excellenz von meiner Bereitwilligkeit zu überzeugen, den Wünschen der Tagsatzung, insofern es von mir abhängt, zu willfahren, werde ich mich diesfalls an das Militärkommando in Stockach wenden, und ich hoffe, dass diese meine Verwendung den erwünschten Erfolg haben wird.

Seiner Excellenz dem General Frimont.

Zürich, den 25. Juli 1815.

Der Prinz Paul von Würtemberg, zweiter Sohn des Königs, geht in das Hauptquartier Eurer Excellenz, um dort eine Antwort auf Briefe an die Fürsten Metternich und Schwarzenberg abzuwarten, die sein Gesuch enthalten, in unsere Dienste zu treten. Da er wünscht, dass Eure Excellenz von seinen Absichten, die ihn in Lyon festhalten, unterrichtet sein mögen, so trug er mir auf, diess Eurer Excellenz zu melden.

Ich ergreife diese Gelegenheit zugleich, um Eurer Excellenz zu dem glänzenden Feldzuge Glück zu wünschen, der so schnell und ruhmvoll für unsere Waffen unter den Befehlen Eurer Excellenz endigte.

*Monseigneur !*

J'ai l'honneur d'informer Votre Altesse que les intérêts qui m'ont été confiés sont parvenus à leur terme. Les troupes suisses seront retirées, à la requête du ministre de France, du territoire français. Elles ne continueront à occuper que Blamont, le pays de Gex et Joigny. La moitié de l'armée et le commandement général sont dissouts et 12,000 hommes est le nombre, auquel se réduisent les troupes qui restent aux frontières sous les ordres du colonel Finsler.

La Diète procédera le 7 août à la prestation du serment concernant l'acte de la nouvelle fédération ; elle se séparera ensuite et monsieur de Schraut ainsi que les autres ministres vont quitter Zurich.

Madame Lætitia, madame Hortense, le cardinal Fesch, Bassano avec sa famille, sont arrivés près de Genève. L'on dit que Ney est à Prangins. J'ai insisté auprès du gouverne-

ment à ce que ce dernier, si réellement il s'y trouve, soit arrêté.

Le but de ma mission en Suisse étant rempli et ma destination pour Copenhague nécessitant l'arrangement de mes intérêts particuliers, ce à quoi j'ai été empêché par mon service durant l'hiver dernier, je supplie Votre Altesse, ainsi que j'en ai déjà prié monsieur le prince de Schwarzenberg de daigner m'accorder la permission de diriger par l'Italie mon retour à Vienne. J'attends avec impatience les ordres de Votre Altesse et je m'y soumettrai avec un empressement conforme aux sentiments les plus respectueux, dont je la supplie d'agréer les hommages.

Zurich, le 27 juillet 1815.

Ce qui précède est la copie de mon rapport à Votre Altesse, expédié par le ministre de France, monsieur le comte de Talleyrand. Ayant appris qu'il fait son voyage à petites journées, j'ai l'honneur d'en remettre à Votre Altesse le duplicat et je joins à la prière de daigner me faire parvenir ses ordres, celle de recevoir avec bonté l'assurance de mon profond respect.

Bâle, le 4 juillet[1]) 1815.

Seiner Excellenz dem Herrn General Bachmann.

Basel, den 31. Juli 1815.

Ich habe die Ehre gehabt, die Zuschrift Eurer Excellenz zu erhalten, und indem ich für die mir damit gemachte Anzeige von der Niederlegung des Kommandos der eidgenössischen Truppen danke, kann ich nicht umhin, Eurer Excellenz zu bezeugen, wie sehr es mir leid thut, Sie von dieser Stelle in einem Augenblicke sich entfernen zu sehen, wo noch so Vieles zu thun übrig bleibt, und wo die von Ihnen früher geleisteten wesentlichen Dienste zu den schönsten Erwartungen auch für die Zukunft berechtigten.

Der Zweck meiner Sendung bei der Tagsatzung ist erfüllt, und ich habe bereits um meine Rückberufung angehalten, die ich auch nächstens zu erhalten hoffe. Eines der angenehmsten Andenken, die ich aus der Schweiz mitnehme, ist die Ehre Ihrer Bekanntschaft und der mir von Ihnen

[1]) Ohne Zweifel verschrieben, soll «août» heissen.

bezeigten Freundschaft und Güte. Genehmigen Euer Excellenz meinen aufrichtigsten Dank dafür, den ich in der Erinnerung meines Aufenthalts in Ihrer Nähe, in glücklicheren und ruhigeren Verhältnissen, Ihnen mündlich wiederholen zu können wünsche.

---

(Ohne Adresse und Unterschrift.)

Pendant votre absence je me suis occupé d'une opération qui, quoique étrangère à notre plan, pourrait cependant devenir utile à la cause, si comme on l'assure, les troupes des alliés doivent traverser la Suisse pour se rendre en Franche-Comté. J'ai vérifié les chemins qu'elles auraient à tenir, pour éviter les fortifications qui ont été faites sur les frontières, ou qui existaient déjà précédemment.

Comme vous le savez, on a fait quelques ouvrages à Morez, aux Rousses et à la Faucille.

Pour les éviter et les tourner par la droite on peut facilement passer depuis l'Amont, canton de Vaud, aux Frasses, aux Risoux entre Belle Fontaine et Chapelle des Bois, Combe Froide ou Morbier. Là on trouve la route au delà de Morez, qui conduit à Saint-Laurent, au grand Vaud, et dans tout le Jura.

Pour tourner ces mêmes ouvrages par la gauche, on passera de Saint-Cergues au Boulu, où l'on trouve la route qui conduit à Saint-Claude; on peut éviter cette dernière ville en passant à Long Chaumois, la Rixouse et Saint-Lupieu, où l'on trouve les routes de Lons le Saulnier et de Lyon.

Pour éviter et tourner les redoutes établies au Pont Saint-Marie, arrondissement de Pontarlier, par la gauche, passez depuis les Charbonnières, canton de Vaud, à travers le Mont d'Or, à Villedieu, les Boujeons, Remoray. Ce dernier endroit se trouve derrière les redoutes; de là on peut tirer par Vaux, Bonneveau, Censeau, qui se trouvent sur une route qui conduit dans tout le Jura.

Pour éviter le Fort de Joux laissez-le à votre droite et passez à volonté derrière les redoutes de Sainte-Marie, depuis Couvet, Val de Travers, à la Côte aux Fées, les Bourquins, l'Auberson, la Limasse, la Beuffarde, à gauche du grand Essart (?), Pathiau (?), Chaon, Pallet; là on passe le Doubs sur un pont (où aguets), de là à Friard, la Grange quarrée à

travers le petit bois Charpillod, à droite de l'étang sur la route de Pontarlier à Besançon par Ornans.

Depuis Pallet on peut tourner les redoutes de Sainte-Marie en passant à Friard et Malpas.

Pour éviter le Fort de Joux et le laisser à sa gauche depuis les Verrières aller chez les Blaizet entre les Etraches et les Allemands, à gauche de Malmaison et à gauche du Doubs; là on occupe la route de Morteau et la Chaux neuve, de Pontarlier à Besançon.

Je ne m'occupe pas de vous donner les moyens d'arriver aux redoutes de Morteau. Monsieur Cendret m'a dit qu'il s'en chargeait.

Je pars demain pour parcourir la frontière, afin d'y recueillir les tableaux que les maires des cantons de Pontarlier, Levieux (Levier?), Mont-Benoît et Mouthe, m'ont promis, concernant les personnes qui doivent seconder de leurs armes la cause générale. Dès que je les aurai, je me ferai un devoir de vous les transmettre. Vous saurez que le nombre des gardes nationaux déserteurs s'est beaucoup accru. Nous pouvons bien l'évaluer de 5 à 600. Dans la tournée que je me propose, j'en ferai le recensement. Ils ne voudraient pas rentrer chez eux avec des bâtons blancs à la main. Insistez-donc, je vous supplie, pour que l'on nous envoie des armes et des munitions et pour que cet envoi se fasse sans retard.

---

Nach den Befehlen Eurer Durchlaucht habe ich die Ehre, ein Verzeichniss derjenigen Schweizer zu überreichen, die sich um die gute Sache verdient gemacht haben und deren Einfluss in ihrem Vaterlande uns auch künftig nützlich sein kann.

1. Der erste ist der Präsident der Tagsatzung, v. Wyss, über dessen Verdienste nur eine Stimme herrscht.

2. Der General Bachmann hat gethan, was 76 Jahre zu thun erlauben. Er war schlecht umgeben, schlecht berathen, und dasjenige, was dennoch geschah, war grösstentheils sein Werk. Schon seine früheren Dienste, als sein Regiment in den Jahren 1799 und 1800 mit unsern Truppen diente, machen ihn einer Auszeichnung von unserer Seite würdig.

3. Der Kanzler Mousson. Er bekleidet diese Stelle immer, während die Präsidenten mit jedem Jahre wechseln. Er ist der einzige, der durch seine Talente und seine Thätigkeit einen immerwährenden Einfluss in seinem Vaterlande erhalten hat. Ein Kommandeur-Kreuz würde auf diesen Einfluss entscheidend wirken.

4. Der Oberst und General-Quartiermeister Finsler. Ein Mann von ausgezeichneter Thätigkeit und Kenntnissen, der uns wahre Dienste geleistet hat.

5. Der Polizeidirektor v. Watteville in Bern. Er hat von jeher der guten Sache mit einer solchen Thätigkeit gedient, dass er eine vorzügliche Rücksicht verdient, um so mehr, da er in seinem Wirkungskreise uns in der Zukunft von grossem Nutzen sein kann, und sein wird.

6. Der Oberst Gatschet. Er hat das feste Schloss Blamont auf eine Art genommen, die ihn in jeder Armee auszeichnen würde. Er ist überhaupt einer der ausgezeichnetsten Offiziere der Schweiz und von jeher als einer der grössten Anhänger Oesterreich's bekannt.

Noch muss ich die Ehre haben, Euer Durchlaucht zu erinnern, dass der Schultheiss von Mülinen in Bern schon seit zwei Jahren gesucht hat, von Seiner Majestät taxfrei in den Grafenstand erhoben zu werden. Er gehört zu den ältesten und angesehensten Familien der Schweiz, und da ich überhaupt glaube, dass auf Bern ein grösseres Gewicht als bisher gelegt werden sollte, so würde diese verdiente Belohnung von grossem Nutzen für das Allerhöchste Interesse Seiner Majestät in der Schweiz sein.

Ich weiss nicht, ob Seine Majestät schon etwas über den Arzt Zwingli in Winterthur zu entscheiden geruht haben, den der Herr Feldmarschall, Fürst Schwarzenberg, der besonderen Gnade Seiner Majestät bereits empfohlen hat. Er hat Gesundheit und Vermögen für den Dienst unserer Kranken und Verwundeten in Rheinau voriges Jahr aufgeopfert; er ist einer der ausgezeichnetsten Männer der Schweiz und wenige Menschen verdienen so viele Achtung und Rücksicht als er.

Auf die hier Angeführten beschränkt sich die Zahl derjenigen, die wirklich gewirkt und genützt haben. Eine Be-

lohnung in diesem Augenblicke wird von einem grossen Nutzen für die Zukunft in einem Lande sein, das noch nicht ruhig ist, noch lange nicht ruhig sein wird, und wo es nöthig ist, die Besseren auszuzeichnen und zu unterstützen, um eine Partei zu bilden, die unsere Wünsche in einem Lande unterstützt, das durch seine Lage in militärischer Hinsicht zu den wichtigsten in Europa gehört.[1])

---

## II.

### Tagebuch der Belagerungs-Operationen gegen die Festung Hüningen auf dem den eidgenössischen Truppen übergebenen rechten Rheinufer.

Vom 17. August Abends, der Eröffnung der Trancheen, bis zum 18. Morgens.

Nach der von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann von Oesterreich festgesetzten Eröffnung der Belagerungs-Operationen gegen die Festung Hüningen, begannen die unter den Herren Oberst und Brigade-Kommandanten Lichtenhahn und Grafen v. Courten stehenden eidgenössischen Truppen, am 17. August, bei einbrechender Nacht auf dem rechten Rhein-Ufer die Tranchee-Arbeiten. Die Brigade Lichtenhahn bestand aus dem Bataillon zur Gilgen von Luzern, von 520 Mann, den Bataillonen Suter und v. Hallwyl von Aargau, jedes zu 500 Mann, ferner in 400 Mann vom Bataillon Frey von Basel und 400 Mann vom Bataillon Scherer von St. Gallen. Die Brigade von Courten bestand aus den Bataillonen Landolt und Hausherr von Zürich, jedes von 500 Mann, dem Bataillon v. Courten aus Wallis zu 400 Mann, dann 300 Mann vom Bataillon Neff von Appenzell, 200 Mann vom Bataillon Legler von Glarus und in

---

[1]) Ueber die Verleihung dieser Dekorationen vgl. u. A. die Nummern der Allg. Ztg. vom 3., 4. und 14. Oktober und v. Wyss II, 337. Einzelne Vorgeschlagene, namentlich Finsler, lehnten dieselbe ab; der Kanzler Mousson suchte und erhielt die Erlaubniss der Stände, sie anzunehmen.

den beiden Scharfschützen-Kompagnien Hassler und Pfenninger von Zürich, jede zu 80 Mann, so dass der effektive Stand dieser beiden Brigaden zusammen 4380 Mann betrug. — Endlich war noch die unter dem Kommando des Herrn Oberst v. Göldlin stehende eidgenössische Belagerungs-Artillerie aus den Divisionen Preiswerk von Basel von 80 Mann, Füssli von Zürich von 96 Mann und aus 60 Mann von der Division Häusermann von Aargau gebildet, so dass ihr effektiver Stand 238 Mann betrug.

Die von diesen Truppen für die erste Nacht vom 17. zum 18. August zu den Tranchee-Arbeiten beorderte Mannschaft bestand aus den Bataillonen:

Landolt 500 Mann, zur Gilgen 500 Mann, Frey 400 Mann, Legler 150 Mann, nebst dem sämmtlichen dazu gehörigen Stabspersonale. Diesen Truppen wurden noch von österreichischer Seite ein Bataillon vom Regiment Wirtemberg und eine unbestimmte Anzahl Elsässer Bauern beigegeben.

Um 8 Uhr des Abends rückten die verschiedenen Abtheilungen dieser Mannschaft in die für jede derselben bestimmten Tranchee-Strecken ein und alsobald wurde die Ordre zur Eröffnung gegeben. Die Arbeiten begriffen eine vom Dorfe Klein-Hüningen sich rheinabwärts ziehende Parallele von ungefähr 470 Klaftern Länge und die von dem Neuhaus her zu dieser Parallele führenden Kommunikationen, deren Entwicklung beiläufig 1000 Klafter betragen mochte. Obgleich diese Trancheen bei einer mondhellen Nacht und meistens in Kiesboden eröffnet werden mussten und man an einigen Stellen auf die Fundamente des alten Brückenkopfs stiess, welche sehr mühsam durchzubrechen waren, so wurden dennoch die Belagerten erst um 11 Uhr des Nachts die Arbeiten gewahr.

Nun begann von der Festung her ein lebhaftes Musketen- und Artillerie-Feuer, welches mehr und weniger heftig die ganze Nacht hindurch dauerte. Nichtsdestoweniger wurden die Arbeiten mit unausgesetztem Eifer betrieben und am Morgen war die ganze ausgezogene Tranchee-Strecke, auf $2^1/_2$—3 Fuss Tiefe und Breite, ausgegraben und der Mann in derselben gedeckt. Wir erlitten diese Nacht unsererseits einen Verlust von zwei leicht Verwundeten vom Bataillon

Landolt und die österreichischen Truppen zählten einen Todten und acht Verwundete.

Vom 18. August Morgens bis Abends.

Die für diesen Tag in die Trancheen beorderte Mannschaft bestund aus den Bataillonen:

Hausherr 500, v. Hallwyl 500, v. Courten 300 und Neff 250 Mann, welche einzig für die Erweiterung der Nachts zuvor eröffneten Tranchee verwendet wurden, so dass diese schon an mehreren Stellen bis Abends die erforderlichen Dimensionen, von 10 Fuss Breite und 3 Fuss Tiefe, erreichte.

Das Feuer der Festung war den ganzen Tag durch, gegen alles Erwarten, sehr schwach, und unser Verlust belief sich bis am Abend auf zwei leicht Verwundete vom Bataillon Hausherr, einen vom Bataillon Neff und eine Schildwache vom Bataillon v. Courten.

Vom 18. Abends bis zum 19. Morgens.

Für diese Nacht wurden folgende Truppen in die Trancheen beordert:

Bataillon Suter 500, Frey 400, Scherer 300 und Landolt 300 Mann, welchen noch eine unbestimmte Anzahl Elsässer Bauern beigegeben wurde.

Während dieser Nacht ward von der Parallele aus eine Kommunikation längs dem Rhein-Ufer nach einigen am Rhein vorwärts dem Dorfe Klein-Hüningen zu erbauenden Batterien, von ungefähr 240 Klaftern Länge, eröffnet, sonst aber einzig an der gänzlichen Beendigung der in der Nacht vom 17. zum 18. eröffneten Trancheen gearbeitet.

Anfangs der Nacht verhielt sich die Festung sehr ruhig, allein gegen 10 Uhr fing sie an unsere Arbeiter durch Wurfgeschütz und besonders ein wohl unterhaltenes Musketenfeuer sehr zu beunruhigen. Die Kirche, mehrere Häuser und Scheunen des Dorfes Klein-Hüningen wurden stark beschädigt und eine Bombe, welche in einer Scheune, worin 30 Mann vom Bataillon v. Courten lagen, zersprang, ohne jedoch einen einzigen Mann zu beschädigen, entzündete, aber das Feuer konnte durch die Hülfe der Dorfeinwohner und der Soldaten bald wieder gelöscht werden. Während dieser Nacht hatten wir, trotz dem heftigen Feuer der Belagerten,

nicht den mindesten Verlust und die Arbeiten wurden mit grosser Thätigkeit vorwärts betrieben.

Vom 19. Morgens bis Abends.

In die Trancheen wurden für diesen Tag beordert:

Bataillon Hausherr 500, Hallwyl 500, Neff 250 und Landolt 200 Mann, welchen eine Abtheilung hessischer und württembergischer Truppen und eine unbestimmte Anzahl elsässischer Bauern beigegeben wurde.

Diese gesammte Mannschaft arbeitete noch einzig an der völligen Beendigung aller hier und da zurückgebliebenen Theile der Trancheen Das Feuer der Festung dauerte diesen ganzen Tag. mehr und weniger heftig, gegen unsere Arbeiten fort, ohne uns indessen den geringsten Schaden zuzufügen.

Vom 19. Abends bis zum 20. Morgens.

Die für diese Nacht in die Trancheen beorderten Truppen bestanden in den Bataillons:

Zur Gilgen 500, Sutter 500, Courten 300, Scherer 300 und Legler 159 Mann, welchen noch ein Detachement würtembergischer und hessischer Truppen beigegeben wurde.

Die drei Kompagnien v. Courten wurden bestimmt, auf der Schuster-Insel, unter dem heftigen Musketen- und Kartätschenfeuer der Belagerten, einen Graben zur Postirung der Scharfschützen von der Kompagnie Hassler zu eröffnen, die übrige Mannschaft hingegen wurde für den Bau von sieben österreichischen Rikoschet- und Demontir-Batterien, längs der ganzen Parallele und einer Haubitz-Batterie vorwärts dem Dorfe Klein-Hüningen verwendet; dann zur Herbeischaffung der nöthigen Baumaterialien, zur Eröffnung der Kommunikationen hinter allen diesen Batterien durch und einer Kommunikation zwischen der Parallele und der Schuster-Insel. Die Anlage dieser acht Batterien wurde, des ununterbrochenen heftigen Feuers der Festung ungeachtet, welches die Arbeiter mehrere Male zwang, ihre Baustätten zu verlassen, mit der grössten Thätigkeit betrieben, und bis am Morgen waren die Brustwehren der meisten derselben schon bis auf eine Höhe von 3—4 Fuss aufgeführt und alle Kommunikationen auf ihre ersten Dimensionen ausgegraben.

Von den in der Parallele angelegten sieben Batterien, waren Nr. 1 und Nr. 6, jede mit 4 Kanonen, zur Demontirung der beiden dem Rhein zugekehrten Forts der Rheinbastionen bestimmt, dann Nr. 3 und 5, jede ebenfalls mit 4 Kanonen, die Courtine zwischen dem Cavalier und dem obern Rhein-Bastion und des letztern rechte Face zu rikoschetiren, und die Batterien Nr. 2, 4 und 7, jede mit 4 Mörsern, überhaupt die ganze Rhein-Fronte und die Stadt zu bewerfen; endlich sollte die Batterie Nr. 10 mit drei Haubitzen, das Ravelin zwischen dem rechten Rhein- und dem obern Cavalier-Bastion, nebst den vorhalbliegenden kleinern Werken und der Courtine des obern Hornwerkes rikoschetiren.

Der Verlust, welchen unsere an allen diesen ausgedehnten Arbeiten angestellten Truppen die Nacht hindurch erlitten, belief sich nur auf zwei Verwundete vom Bataillon Suter.

Vom 20. Morgens bis Abends.

Die für diesen Tag in die Trancheen beorderten Truppen bestanden in folgender Mannschaft:

Vom Bataillon Landolt 500, Hausherr 500, v. Hallwyl 500, Neff 250 Mann. Diese wurde den ganzen Tag über einzig für den Batterienbau, die Herbeischaffung der nöthigen Materialien und die Erweiterung der in der vorigen Nacht eröffneten Kommunikation verwendet und, obgleich die Belagerten die Arbeiten anhaltend und öfters heftig durch Infanterie und Artillerie beschossen, so wurden dennoch mehrere Batterien beinahe bis auf die Bettungen und die Magazine beendigt. Mehrere Kommunikationen hinter den Batterien durch wurden gänzlich vollendet und so ebenfalls die Arbeiten auf der Schuster-Insel. Im Laufe dieses Tages hatten wir nur zwei Verwundete vom Bataillon v. Hallwyl.

Vom 20. Abends bis zum 21. Morgens.

Die für diese Nacht in die Trancheen beorderten Truppen waren:

Bataillon Suter 500, zur Gilgen 500, Frey 400 und v. Courten 300 Mann. Diese Truppen waren die ganze Nacht durch beschäftigt, die Materialien für den Batterienbau herbeizuschaffen, die Bettungen zu legen und die hier und da noch zurückgebliebenen Theile der Kommunikation zu vollenden.

Die Festung beschoss mehr und weniger heftig die Arbeiten und warf besonders viele Bomben und Haubitz-Granaten gegen Klein-Hüningen und die Batterien; Nr. 7 und 10 wurden dessen ungeachtet beinahe ganz aufgeführt und alle Kommunikationsarbeiten völlig beendigt. Die Nacht hindurch konnte schon mehreres Geschütz für die Armirung einiger Batterien in die Trancheen geführt werden und alle noch mangelnden Geräthschaften für die Beendigung der Batterien wurden an Ort und Stelle gebracht.

Die Scharfschützen-Kompagnie Hassler besetzte nun auch die auf der Schuster-Insel geöffneten Gräben und beobachtete aus denselben alle Bewegungen auf der ganzen Rheinfronte der Festung.

Die Artillerie-Divisionen Preiswerk von Basel und Häusermann von Aargau erhielten den Befehl, erstere in den Batterien Nr. 8 von 4 Zürcher Mörsern und in Nr. 12 von zwei 12pfünder Kanonen und letztere in der Batterie Nr. 11 von zwei 24pfünder und einer 18pfünder Kanone, auch von Zürich, die österreichische Artillerie abzulösen, welche diese früher erbauten Batterien bis jetzt noch besetzt gehalten. Die Division Preiswerk sah sich genöthigt, diese Nacht hindurch an der Verstärkung der Brustwehr und der Epaulements zu arbeiten; das Feuer der Belagerten war übrigens gegen alles Erwarten ziemlich schwach und wir erlitten bei diesen weitläufigen Arbeiten nur einen Verlust von drei Verwundeten von den Bataillonen Frey, zur Gilgen und v. Courten, der vom letztern aber tödtlich.

### Vom 21. Morgens bis Abends.

Für diesen Tag wurden folgende Truppen in die Trancheen beordert:

Vom Bataillon Hausherr 500, Landolt 500, Scherer 300, Neff 250 und Legler 150 Mann. Diese gesammte Mannschaft wurde den ganzen Tag hindurch noch für den Batterienbau gebraucht, welcher des Feuers der Festung ungeachtet, das mehrere Male die Arbeiter zur Verlassung der Batterie Nr. 1 zu zwingen vermochte, so rasch vorrückte, dass in der folgenden Nacht alle noch mangelnde Artillerie für die Armirung von sechs Batterien der Parallele eingeführt werden konnte. Die Batterien Nr. 7 und 10 wurden im Laufe dieses Tages auch gänzlich beendigt und Alles zur

Aufführung ihres Geschützes vorbereitet. Diesen Tag verloren wir einen einzigen Mann vom Bataillon Landolt, der auf der Schuster-Insel schwer verwundet wurde.

Vom 21. Abends bis zum 22. Morgens.

Die für diese Nacht in die Trancheen beorderten Truppen bestanden in folgender Mannschaft:

Vom Bataillon zur Gilgen 200, Suter 200, v. Hallwyl 150, Frey 150 und v. Courten 150 Mann. Während dieser Nacht wurden noch alle Batterien, ausgenommen Nr. 6, vollendet und auch grösstentheils völlig armirt. Die eingetroffene Division Füssli erhielt den Befehl, die Batterie Nr. 11 zu besetzen und für die Aufstellung zweier ihrer Haubitzen die Leitung des Baues einer zur Rikoschetirung der linken Face der rechten Rhein-Bastionen bestimmten Batterie zu übernehmen. Die Belagerten vermutheten bald unser Vorhaben für die Errichtung dieser Batterie und feuerten daher mehrere Male sowohl von der Abbatucci-Schanze als der vor dem Hornwerke liegenden Lunette heftig gegen die Baustellen, ohne jedoch irgend einigen Schaden zuzufügen. Die Division Häusermann besetzte die Batterie Nr. 12 und Preiswerk bediente immer die grosse Mörserbatterie, an deren Verstärkung sie noch die ganze Nacht hindurch arbeiten musste

Diese Nacht über war die Festung ziemlich ruhig und wir erlitten weder an Todten noch Verwundeten irgend einen Verlust.

Vom 22. Morgens bis Abends.

Die für diesen Tag in die Trancheen beorderte Mannschaft bestanden aus folgenden Truppen:

Vom Bataillon Legler 150, Suter 125 und v. Courten 77 Mann. Diese Mannschaft wurde noch für einige Arbeiten in den Batterien verwendet, welche alle mit Ausnahme der beiden Nr. 6 und 9 bis um 8 Uhr Vormittags zum Feuern bereit waren.

Diesen Tag hielten von der eidgenössischen Artillerie die Division Preiswerk die Mörserbatterie Nr. 8 und Häusermann die Batterie Nr. 12 besetzt. Die Division Füssli bediente die Batterie Nr. 11 und beendigte bis Abends den Bau der Batterie Nr. 9, welche sogleich mit den beiden

Haubitzen armirt wurde. Die k. österreichische Artillerie bediente die sechs beendigten Batterien der Parallele, die Haubitzen-Batterie Nr. 10 und die früher gegen die Abbatucci-Schanze errichtete Mörser- und Haubitz-Batterie Nr. 13 nebst einer auf dem linken Ufer ebenfalls gegen die Abbatucci-Schanze errichteten Demontir- und einer Mörser-Batterie.

Um 10 Uhr Vormittags ward, dem Befehl Seiner kais. Hoheit gemäss, von der schweizerischen Batterie Nr. 8 das Signal zum Feuer für alle armirten Batterien gegeben. Die Festung wurde durch dieses noch so unerwartete Feuer so überrascht, dass sie erst nach geraumer Zeit dasselbe erwidern konnte. Kaum mochte eine halbe Stunde seit dem ersten Schuss verflossen sein, so waren die Belagerten schon gezwungen, die Abbatucci-Schanze zu verlassen, nachdem sie eine in Form eines kleinen Blockhauses daselbst errichtete Wachthütte zu sprengen versucht hatten.

Mit dem Fall dieser Schanze beobachtete und beschoss die für dieselbe bestimmte Batterie Nr. 11 noch die Kommunikation zwischen der Festung und der Abbatucci-Schanze und die österreichische ebenfalls für letztere bestimmte Batterie Nr. 12 richtete nun einen Theil ihres Wurfgeschützes gegen die Festung. Die sechs armirten österreichischen Batterien der Parallele nebst der schweizerischen Batterie Nr. 8 und den beiden österreichischen Batterien des linken Ufers beschossen den ganzen Tag die Festung, welche nicht weniger lebhaft antwortete und wo mehrere Male Feuer ausbrach, das aber bald wieder gelöscht werden konnte. Die von Häusermann besetzte Batterie Nr. 12 beobachtete, gleich der Batterie Nr. 11, immer noch die Kommunikation zwischen der Festung und der Gegend von Abbatucci, nebst einer vor dem Hornwerk liegenden und von den Franzosen noch besetzten Lunette.

Der Zustand der verschiedenen Batterien des rechten Ufers am Abend dieses Tages war folgender:

Die Batterie Nr. 1 hatte zwei ihrer Schiessscharten durch das feindliche Feuer stark beschädigt, eine Kanone demontirt, zwei Todte und einen Verwundeten. Nr. 2 war noch in gutem Stande, hatte aber zwei Verwundete. Nr. 3 war beinahe gänzlich ruinirt und hatte ebenfalls zwei Verwundete. Nr. 4 bedurfte auch vieler Ausbesserung und zählte

einen Todten und zwei Verwundete; in dem nämlichen Fall befand sich die Batterie Nr. 5, die auch einen Todten und einen Verwundeten hatte. Die Batterie Nr. 6 war noch nicht ganz beendigt; Nr. 7 war noch im besten Stande, obgleich diese Batterie beinahe am meisten dem feindlichen Feuer ausgesetzt war. Die Batterie Nr. 8 bedurfte ebenfalls einer Reparatur und musste ihr Feuer einstellen, indem für die zwei grössern Mörser keine Munition mehr vorhanden war und die zwei kleinern Mörser durch das Feuer ausser Stand gesetzt waren, ferner zu dienen. Ein Offizier dieser Batterie nebst einem Artilleristen wurden leicht verwundet, einer der letztern ward getödtet. Die Batterie Nr. 9 war noch nicht ganz beendigt. Die Batterie Nr. 10 hatte ihr Magazin durch eine Bombe stark beschädigt und einen Verwundeten. Die Batterien Nr. 11 und 13 endlich waren noch in gutem Stande. Sowie die Festung das Feuer erwiedern konnte, fing sie an aus sieben 8- und 10zölligen Gomer-Mörsern bis gegen Abend auf Basel zu schiessen; glücklicher Weise aber zersprangen die meisten Bomben der grossen Entfernung halb in der Luft, so dass sie im Allgemeinen unbedeutenden Schaden verursachten; jedoch fielen noch einige derselben im St. Johann-Quartier nieder, wo ein Knabe getödtet und ein Soldat vom Bataillon v. Hallwyl verwundet wurde.

Vom 22. Abends bis zum 23. Morgens.

Für diese Nacht wurden in die Trancheen folgende Truppen beordert:

Vom Bataillon Scherer 150, Frey 75 und zur Gilgen 75 Mann, welche einzig für die Ausbesserung der verschiedenen Batterien verwendet wurden.

In der Batterie Nr. 8 wurden Anstalten getroffen, das schweizerische ausser Stand gesetzte Wurfgeschütz zu ersetzen, und die nun auch beendigte Batterie Nr. 9 wurde armirt. Die Division Preiswerk hielt die Brigade Nr. 8, Füssli die Batterien Nr. 11 und 9 und Häusermann die Batterie Nr. 12 besetzt.

Die Nacht hindurch war das Feuer von beiden Seiten sehr schwach, allein gegen den Morgen ward dasselbe mit der grössten Heftigkeit erneuert. Im Verlaufe dieser Nacht erlitten wir nicht den mindesten Verlust.

### Vom 23. Morgens bis Abends.

Die für diesen Tag in die Trancheen beorderten Truppen bestanden in folgender Mannschaft:

Vom Bataillon Frey 75, v. Courten 75 und v. Hallwyl 50 Mann. Von dieser Mannschaft wurde ein Theil den ganzen Tag hindurch für verschiedene Arbeiten in den Batterien verwendet und vom Mittag an ein Theil zur Errichtung einer neuen Batterie Nr. 11² im Dorfe Klein-Hüningen, für die drei in der Batterie Nr. 11 gegen die Abbatucci-Schanze, nun aber gegen den obern Cavalier bestimmten Kanonen von Zürich. Die Division Preiswerk hielt immer die Batterie Nr. 8 besetzt, Häusermann die Batterie Nr. 12 und die Division Füssli die Batterien Nr. 11 und 9, indem sie noch den Bau jener neuen Batterie leitete.

Das Feuer ward diesen Tag von beiden Seiten unterhalten und mehrere Male sehr heftig, besonders Nachmittags, als die Belagerten die Anlage der neuen Batterie vermuthen konnten. Von schweizerischer Seite konnten bloss die Batterien Nr. 9 und 12 feuern, indem in Nr. 8 das österreichische Geschütz noch nicht aufgestellt war und die Batterie Nr. 11 eine andere Bestimmung abzuwarten hatte.

Nachmittags warf die Festung noch einige Bomben auf Basel, wovon eine in ein Haus der St. Johann-Vorstadt fiel und daselbst beträchtlichen Schaden verursachte. Unser Verlust belief sich im Laufe des heutigen Tages auf einen einzigen leicht Verwundeten.

### Vom 23. Abends bis zum 24. Morgens.

Die für diese Nacht in die Trancheen beorderten Truppen bestanden in folgender Mannschaft:

Vom Bataillon Zur Gilgen 100, Suter 100 und Hausherr 100 Mann, welche theils zur Ausbesserung in den verschiedenen Batterien und theils für die neue Batterie Nr. 11² verwendet wurden, die bis am Morgen ihrer Vollendung nahe war.

Von der schweizerischen Artillerie hielt die Division Preiswerk die Batterie Nr. 8 und Häusermann die Batterie Nr. 12 besetzt; die Division Füssli hingegen die Batterie Nr. 9, hielt noch einen Posten in der Batterie Nr. 11 und arbeitete an der Erbauung der neuen Batterie Nr. 11². Die

Division Preiswerk war beschäftigt, das neue Geschütz in der Batterie Nr. 8 aufzuführen, um dasselbe mit dem kommenden Morgen zum Feuern bereit zu halten.

Die Batterien waren die Nacht hindurch von beiden Seiten ziemlich ruhig, allein mit dem Morgen erneuerte sich das Feuer gegenseitig mit der grössten Lebhaftigkeit und während demselben wurden in jeder der Batterien Nr. 1 und 6 eine Kanone demontirt und in ersterer ein Unteroffizier gefährlich verwundet. Unsererseits zählten wir weder Todte noch Verwundete.

Vom 24. Morgens bis Abends.

Die für diesen Tag in die Trancheen beorderten Truppen bestanden nur in 120 Mann vom Bataillon v. Hallwyl, welche für verschiedene Arbeiten in den Batterien verwendet werden mussten.

Am Morgen ward die Batterie Nr. 8 wieder gänzlich armirt, so dass sie den ganzen Tag hindurch auf die Festung feuerte. Auch Nr. $11^2$ ward im Laufe dieses Tages beendigt und armirt. Die Division Füssli bediente heute die beiden Batterien Nr. 9 und $11^2$, Häusermann die Batterie Nr. 12 und Preiswerk immer die Mörser-Batterie Nr. 8.

Das Feuer der verschiedenen Batterien der Belagerer war bis gegen Abend mehr und weniger lebhaft, wurde aber Nachmittags von der Festung aus beinahe gar nicht mehr beantwortet und um 6 Uhr des Abends erhielten auch unsere Batterien den Befehl, das Feuer einzustellen, indem den Belagerten ein Waffenstillstand bewilligt worden war. Schon am Morgen wurde auf dem untern Cavalier der Festung die weisse Fahne aufgesteckt, im Laufe des Tages mehrere Male umgeworfen, auf den Abend aber schien sie sich endlich behaupten zu können. Auch während dem heutigen Tage erlitten wir nicht den mindesten Verlust.

Nach diesem am 24. bewilligten Waffenstillstand wurde, ohne dass von beiden Seiten mehr ein Schuss geschah, am 26. die Kapitulation der Festung unterzeichnet, in Folge welcher das gesammte Belagerungskorps am 28. Vormittags um 10 Uhr einzog. Bis zur Unterzeichnung der Kapitulation wurde die Zeit ununterbrochen benutzt, alle Batterien wieder in den besten Stand zu stellen und zu diesem Ende

hin wurden noch unsererseits vom 24. Abends bis zum 25. Morgens

100 Mann vom Bataillon Neff, 100 von Frey, 75 von Legler und 75 v. Courten,

dann vom 25. Abends zum 26. Morgens

vom Bataillon Landolt 300 und v. Hallwyl 60 Mann,

und endlich vom 26. Morgens bis zum Abend

vom Bataillon Hausherr 150 und von zur Gilgen 140 Mann in die Trancheen beordert.

Basel, den 2. September 1815.

Hegner, Stabs-Adjutant
beim eidgenössischen General-Quartiermeister
und Ingenieur-Hauptmann.

---

## III.

## Bundesvertrag zwischen den XII Kantonen der Schweiz.

(Vom 7. August 1815.)

Im Namen Gottes des Allmächtigen.

§ 1.

Die XXII souveränen Kantone der Schweiz, als Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf, vereinigen sich durch den gegenwärtigen Bund zur Behauptung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit gegen alle Angriffe fremder Mächte, und zur Handhabung der Ordnung und Ruhe im Innern. Sie gewährleisten sich gegenseitig ihre Verfassungen, sowie dieselben von den obersten Behörden jedes Kantons, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Bundes-Vertrags, werden angenommen worden sein. Sie gewährleisten sich gegenseitig ihr Gebiet.

§ 2.

Zu Handhabung dieser Gewährleistung und zu Behauptung der Neutralität der Schweiz wird aus der waffenfähigen

Mannschaft eines jeden Kantons, nach dem Verhältniss von 2 Mann auf 100 Seelen Bevölkerung, ein Kontingent gebildet. Die Truppen werden von den Kantonen geliefert wie folgt:

| | | |
|---|---|---|
| Zürich | 3858 | Mann. |
| Bern | 4584 | » |
| Luzern | 1734 | » |
| Uri | 236 | » |
| Schwyz | 602 | » |
| Unterwalden | 382 | » |
| Glarus | 482 | » |
| Zug | 250 | » |
| Freiburg | 1240 | » |
| Solothurn | 904 | » |
| Basel | 818 | » |
| Schaffhausen | 466 | » |
| Appenzell | 972 | » |
| St. Gallen | 2630 | » |
| Graubünden | 2000 | » |
| Aargau | 2410 | » |
| Thurgau | 1670 | » |
| Tessin | 1804 | » |
| Waadt | 2964 | » |
| Wallis | 1280 | » |
| Neuenburg | 1000 | » |
| Genf | 600 | » |
| Total | 32,886 | Mann. |

Diese vorläufig angenommene Skala soll von der nächst bevorstehenden ordentlichen Tagsatzung durchgesehen und nach obigem Grundsatz berichtigt werden.

§ 3.

Die Geldbeiträge, zu Bestreitung der Kriegskosten und anderer Ausgaben des Bundes, werden von den Kantonen nach folgendem Verhältniss entrichtet:

| | | |
|---|---|---|
| Zürich | Franken | 77,153 |
| Bern | » | 91,695 |
| Luzern | » | 26,016 |
| Uri | » | 1,184 |
| Schwyz | » | 3,012 |
| Uebertrag | Franken | 199,060 |

| | | |
|---|---|---|
| | Uebertrag Franken | 199,060 |
| Unterwalden . . . . | » | 1,907 |
| Glarus . . . . . | » | 4,823 |
| Zug . . . . . | » | 2,497 |
| Freiburg. . . . | » | 18,591 |
| Solothurn . . . | » | 18,097 |
| Basel . . . . . | » | 20,450 |
| Schaffhausen . . . | » | 9,327 |
| Appenzell . . . | » | 9,728 |
| St. Gallen . . . | » | 39,451 |
| Graubünden . . . | » | 12,000 |
| Aargau . . . . . | » | 52,212 |
| Thurgau. . . . | » | 25,052 |
| Tessin . . . . . | » | 18,039 |
| Waadt . . . . . | » | 59,273 |
| Wallis . . . . . | » | 9,600 |
| Neuenburg . . . | » | 25,000 |
| Genf . . . . . | » | 15,000 |
| | Total Franken | 540,107 |

Diese Vertheilung der Geldbeiträge soll ebenfalls durch die nächst bevorstehende ordentliche Tagsatzung durchgesehen, und mit Rücksicht auf die Beschwerden einiger Kantone berichtigt werden. Eine ähnliche Revision soll späterhin, wie für die Mannschafts-Kontingente, von 20 zu 20 Jahren statthaben.

Zu Bestreitung der Kriegskosten soll überdiess eine gemeineidgenössische Kriegskassa errichtet werden, deren Gehalt bis auf den Betrag eines doppelten Geldkontingents anwachsen soll.

Diese Kriegskassa soll ausschliesslich nur zu Militärkosten bei eidgenössischen Auszügen angewendet, und in sich ergebenden Fällen die eine Hälfte der Ausgaben durch Einziehung eines Geldkontingents nach der Skala bestritten, und die andere Hälfte aus der Kriegskassa bezahlt werden.

Zur Bildung dieser Kriegskasse soll eine Eingangsgebühr auf Waaren gelegt werden, die nicht zu den nothwendigsten Bedürfnissen gehören.

Diese Gebühren werden die Grenzkantone beziehen und der Tagsatzung alljährlich darüber Rechnung ablegen.

Der Tagsatzung wird überlassen, sowohl den Tarif dieser Eingangsgebühr festzusetzen, als auch die Art der Rechnungsführung darüber, und die Massnahmen zur Verwahrung der bezogenen Gelder zu bestimmen.

§ 4.

Im Fall äusserer oder innerer Gefahr hat jeder Kanton das Recht, die Mitstände zu getreuem Aufsehen aufzufordern. Wenn in einem Kanton Unruhen ausbrechen, so mag die Regierung andere Kantone zur Hülfe mahnen, doch soll sogleich der Vorort davon benachrichtigt werden; bei fortdauernder Gefahr wird die Tagsatzung, auf Ansuchen der Regierung, die weitern Massregeln treffen.

Im Fall einer plötzlichen Gefahr von aussen mag zwar der bedrohte Kanton andere Kantone zur Hülfe mahnen, doch soll sogleich der Vorort davon in Kenntniss gesetzt werden; diesem liegt ob, die Tagsatzung zu versammeln, welcher alle Verfügungen zur Sicherheit der Eidgenossenschaft zustehen.

Der oder die gemahnten Kantone haben die Pflicht, dem Mahnenden Hülfe zu leisten.

Im Fall äusserer Gefahr werden die Kosten von der Eidgenossenschaft getragen; bei innern Unruhen liegen dieselben auf dem mahnenden Kanton, es wäre denn Sache, dass die Tagsatzung, wegen besondern Umständen, eine andere Bestimmung treffen würde.

§ 5.

Alle Ansprüche und Streitigkeiten zwischen den Kantonen über Gegenstände, die nicht durch den Bundesvertrag gewährleistet sind, werden an das Eidgenössische Recht gewiesen. Der Gang und die Form dieser Rechtshandlung sind folgendermassen festgesetzt.

Jeder der zwei streitenden Kantone wählt aus den Magistratspersonen anderer Kantone zwei, oder, wenn die Kantone darüber einig fallen, einen Schiedsrichter.

Wenn die Streitsache zwischen mehr als zwei Kantonen obwaltet, so wird die bestimmte Zahl von jeder Partei gewählt.

Diese Schiedsrichter vereint, trachten den Streit in der Minne und auf dem Pfad der Vermittelung beizulegen.

Kann dieses nicht erreicht werden, so wählen die Schiedsrichter einen Obmann aus den Magistratspersonen eines in der Sache unparteiischen Kantons, und aus welchem nicht bereits einer der Schiedsrichter gezogen ist.

Sollten die Schiedsrichter sich über die Wahl des Obmanns nicht vereinigen können und einer der Kantone darüber Beschwerde führen, so wird der Obmann von der Tagsatzung gesetzt, wobei aber die im Streit stehenden Kantone kein Stimmrecht haben; der Obmann und die Schiedsrichter versuchen nochmals, den Streit durch Vermittelung auszugleichen, oder entscheiden, im Fall allseitiger Uebergabe, durch Kompromissspruch; geschieht aker keines von beiden, so sprechen sie über die Streitsache, nach den Rechten, endlich ab.

Der Spruch kann nicht weiter gezogen werden und wird erforderlichenfalls durch Verfügung der Tagsatzung in Vollziehung gesetzt.

Zu gleicher Zeit mit der Hauptsache soll auch über die Kosten, bestehend in den Auslagen der Schiedsrichter und des Obmanns, entschieden werden.

Die nach obigen Bestimmungen gewählten Schiedsrichter und Obmänner werden von ihren Regierungen des Eides für ihren Kanton, in der obwaltenden Streitsache, entlassen.

Bei allen vorfallenden Streitigkeiten sollen die betreffenden Kantone sich jeder gewaltsamen Massregel oder sogar Bewaffnung enthalten, den in diesem Artikel festgesetzten Rechtspfad genau befolgen und dem Spruch in allen Theilen statt thun.

§ 6.

Es sollen unter den einzelnen Kantonen keine dem allgemeinen Bund oder den Rechten anderer Kantone nachtheilige Verbindungen geschlossen werden.

§ 7.

Die Eidgenossenschaft huldigt dem Grundsatz, dass, so wie es, nach Anerkennung der XXII Kantone, keine Unterthanenlande mehr in der Schweiz gibt, so könne auch der Genuss der politischen Rechte nie das ausschliessliche Privilegium einer Klasse der Kantonsbürger sein.

§ 8.

Die Tagsatzung besorgt, nach den Vorschriften des Bundesvertrags, die ihr von den souveränen Ständen übertragenen Angelegenheiten des Bundes. Sie besteht aus den Gesandten der XXII Kantone, welche nach ihren Instruktionen stimmen. Jeder Kanton hat eine Stimme, welche von einem Gesandten eröffnet wird. Sie versammelt sich in der Hauptstadt des jeweiligen Vororts, ordentlicherweise alle Jahre am ersten Heumonat, ausserordentlicherweise, wenn der Vorort dieselbe ausschreibt, oder auf das Begehren von fünf Kantonen.

Der im Amt stehende Bürgermeister oder Schultheiss des Vororts führt den Vorsitz.

Die Tagsatzung erklärt Krieg und schliesst Frieden; sie allein errichtet Bündnisse mit auswärtigen Staaten; doch sind für diese wichtigen Verhandlungen drei Viertheile der Kantonsstimmen erforderlich. In allen übrigen Verfügungen, die durch den gegenwärtigen Bund der Tagsatzung übertragen sind, entscheidet die absolute Mehrheit.

Handelsverträge mit auswärtigen Staaten werden von der Tagsatzung geschlossen.

Militärkapitulationen und Verträge über ökonomische und Polizeigegenstände mögen von einzelnen Kantonen mit auswärtigen Staaten geschlossen werden. Sie sollen aber weder dem Bundesverein, noch bestehenden Bündnissen, noch verfassungsmässigen Rechten anderer Kantone zuwider sein, und zu diesem Ende zur Kenntniss der Tagsatzung gebracht werden.

Eidgenössische Gesandte, wenn deren Abordnung nothwendig erachtet wird, werden von der Tagsatzung ernannt und abberufen.

Die Tagsatzung trifft alle erforderlichen Massregeln für die äussere und innere Sicherheit der Eidgenossenschaft. Sie bestimmt die Organisation der Kontingentstruppen, verfügt über derselben Aufstellung und Gebrauch, ernennt den General, den Generalstab und die eidgenössischen Obersten. Sie ordnet, im Einverständniss mit den Kantonsregierungen, die Aufsicht über die Bildung und Ausrüstung des Militärkontingents an.

§ 9.

Bei ausserordentlichen Umständen, und wenn sie nicht fortdauernd versammelt bleiben kann, hat die Tagsatzung die Befugniss, dem Vorort besondere Vollmachten zu ertheilen. Sie kann auch derjenigen Behörde des Vororts, welche mit der eidgenössischen Geschäftsführung beauftragt ist, zu Besorgung wichtiger Bundesangelegenheiten eidgenössische Repräsentanten beiordnen; in beiden Fällen sind zwei Dritttheile der Stimmen erforderlich.

Die eidgenössischen Repräsentanten werden von den Kantonen gewählt, welche hiefür unter sich in folgenden sechs Klassen wechseln.

Den ersten eidgenössischen Repräsentant geben abwechselnd die zwei Direktorialorte, die nicht im Amt stehen;

den zweiten Uri, Schwyz, Unterwalden;

den dritten Glarus, Zug, Appenzell, Schaffhausen;

den vierten Freiburg, Basel, Solothurn, Wallis;

den fünften Graubünden, St. Gallen, Aargau, Neuenburg;

den sechsten Waadt, Thurgau, Tessin, Genf.

Die Tagsatzung ertheilt den eidgenössischen Repräsentanten die erforderlichen Instruktionen und bestimmt die Dauer ihrer Verrichtungen. In jedem Fall hören letztere mit dem Wiederzusammentritt der Tagsatzung auf. Die eidgenössischen Repräsentanten werden aus der Bundeskasse entschädigt.

§ 10.

Die Leitung der Bundesangelegenheiten, wenn die Tagsatzung nicht versammelt ist, wird einem Vorort, mit den bis zum Jahr 1798 ausgeübten Befugnissen, übertragen.

Der Vorort wechselt unter den Kantonen Zürich, Bern und Luzern, je zu zwei Jahren um, welche Kehrordnung mit dem 1. Januar 1815 ihren Anfang genommen hat.

Dem Vorort ist eine eidgenössische Kanzlei beigeordnet; dieselbe besteht aus einem Kanzler und einem Staatsschreiber, die von der Tagsatzung gewählt werden.

§ 11.

Für Lebensmittel, Landeserzeugnisse und Kaufmannswaaren ist der freie Kauf, und für diese Gegenstände, so-

wie auch für das Vieh, die ungehinderte Aus- und Durchfuhr von einem Kanton zum andern gesichert, mit Vorbehalt der erforderlichen Polizeiverfügungen gegen Wucher und schädlichen Vorkauf.

Diese Polizeiverfügungen sollen für die eigenen Kantonsbürger und die Einwohner anderer Kantone gleich bestimmt werden.

Die dermalen bestehenden, von der Tagsatzung genehmigten Zölle, Weg- und Brückengelder verbleiben in ihrem Bestand. Es können aber ohne Genehmigung der Tagsatzung weder neue errichtet, noch die bestehenden erhöht, noch ihr Bezug, wenn er auf bestimmte Jahre beschränkt war, verlängert werden.

Die Abzugsrechte von Kanton zu Kanton sind abgeschafft.

§ 12.

Der Forstbestand der Klöster und Kapitel und die Sicherheit ihres Eigenthums, soweit es von den Kantonsregierungen abhängt, sind gewährleistet; ihr Vermögen ist, gleich anderm Privatgut, den Steuern und Abgaben unterworfen.

§ 13.

Die helvetische Nationalschuld, deren Betrag den 1. November 1804 auf drei Millionen, einmalhundertachtzehntausend dreihundertsechsunddreissig Franken festgesetzt worden, bleibt anerkannt.

§ 14.

Alle eidgenössischen Konkordate und Verkommnisse seit dem Jahr 1803, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Bundes nicht entgegen sind, verbleiben in ihrem bisherigen Bestand; die Sammlung der in dem gleichen Zeitraum erlassenen Tagsatzungsbeschlüsse soll der Tagsatzung des Jahres 1816 zur Revision vorgelegt werden, und diese wird entscheiden, welche von denselben ferner verbindlich sein sollen.

§ 15.

Sowohl gegenwärtiger Bundesvertrag als auch die Kantonalverfassungen sollen in das eidgenössische Archiv niedergelegt werden.

Die XXII Kantone konstituiren sich als Schweizerische Eidgenossenschaft; sie erklären, dass sie frei und ungezwungen in diesen Bund treten, denselben im Glück wie im Unglück als Brüder und Eidgenossen getreulich halten, insonders aber, dass sie von nun an alle daraus entstehenden Pflichten und Verbindlichkeiten gegenseitig erfüllen wollen; und damit eine für das Wohl des gesammten Vaterlandes so wichtige Handlung, nach der Sitte der Väter, eine heilige Gewährschaft erhalte, so ist diese Bundesurkunde nicht allein durch die bevollmächtigten Gesandten eines jeden Standes unterzeichnet und mit dem neuen Bundessiegel versehen, sondern noch durch einen theuern Eid zu Gott dem Allmächtigen feierlich bekräftigt worden.

Also geschehen, unterschrieben und versiegelt durch die nachgenannten Herren Gesandten und Legationsräthe der eidgenössischen Stände, in Zürich den siebenten Augstmonat im Jahr nach Christi Geburt eintausendachthundertundfünfzehn (7. August 1815).

Im Namen des Standes Zürich.

(L. S.) David v. Wyss, Burgermeister.
(L. S.) Paul Usteri, Staatsrath.
(L. S.) H. Jacob Pestalutz, Staatsrath.

Im Namen der Stadt und Republik Bern.

(L. S.) Niklaus Friedrich v. Mülinen, Schultheiss.
(L. S.) J. R. v. Stürler.
(L. S.) Rudolf Stettler.

Im Namen der Stadt und Republik Luzern.

(L. S.) Vincenz v. Rüttimann, Schultheiss.
(L. S.) Pfyffer v. Heidegg, L.-Rath.

Im Namen des Kantons Uri.

(L. S.) Dom. Epp, Landammann und Landshauptmann.
(L. S.) Karl Florian Lusser, Landschreiber.

Im Namen des Kantons Schwyz.

(L. S.) F. X. Wäber, regier. Landammann.
(L. S.) Joachim Schmid, Landammann.

Im Namen des Kantons Unterwalden ob dem Wald.
(Als anerkannten eidgenössischen Stands.)

(L. S.) J. Ignaz Stockmann, Landammann.

Im Namen des Kantons Glarus.

(L. S.) Nikolaus Heer, Landammann.
(L. S.) Karl Burger, alt-Landammann und Landesstatthalter.

Im Namen des Kantons Zug.

(L. S.) Joseph Anton Hess, alt-Ammann.
(L. S.) G. J. Sidler, Statthalter.

Im Namen der Stadt und Republik Freiburg.

(L. S.) Augustin Gasser, Staatsrath.
(L. S.) Tobie de Gottrau, Membre du Grand Conseil.

Im Namen der Republik Solothurn.

(L. S.) Peter v. Glutz-Ruchti, Schultheiss.
(L. S.) v. Glutz v. Blotzheim, Appellationsrath.

Im Namen des Kantons Basel.

(L. S.) Joh. Heinrich Wieland, J. U. D. Bürgermeister.
(L. S.) Joh. Jakob Minder, Staatsrath.

Im Namen des Kantons Schaffhausen.

(L. S.) B. Pfister, Bürgermeister.
(L. S.) J. Ulrich v. Waldkirch, des Kleinen Raths.

Im Namen des Kantons Appenzell beider Rhoden.

(L. S.) Zellweger, Landammann.
(L. S.) J. A. Fässler, Landshauptmann.

Im Namen des Kantons St. Gallen.

(L. S.) Zollikofer, Landammann.
(L. S.) J. P. Reutti, Regierungsrath.

Im Namen des Kantons Graubünden.

(L. S.) G. Gengel.

Im Namen des Kantons Aargau.

(L. S.) Joh. Karl Fetzer, Burgermeister.
(L. S.) Franz Ludwig Hürner, Appellationsrath.

Im Namen des Kantons Thurgau.

(L. S.) Johannes Morell, Landammann.
(L. S.) Joseph Anderwert, Landammann.

Im Namen des Kantons Tessin.

(L. S.) Andrea Caglioni, Consigl. di Stato.
(L. S.) G. B. Maggi, Landammanno.

Im Namen des Kantons Waadt.

(L. S.) Jules Muret, Conseiller d'Etat.
(L. S.) François Clavel, Conseiller d'Etat.

Im Namen der Republik und des Kantons Wallis

(L. S) Kaspar Eugen Stockalper, alt-Landshauptmann von Wallis.
(L. S.) Michel Dufour, Grand-juge.

Im Namen des Kantons Neuenburg.

(L. S.) de Rougemont, Procureur général et Président du Conseil d'Etat.
(L S.) le Comte Louis de Pourtalès, Conseiller d'Etat.
(L S.) F. Aug. de Montmollin, Conseiller d'Etat.

Im Namen der Republik und des Kantons Genf.

(L. S.) Joseph Des Arts, Syndic, Député du Canton de Genève.
(L. S.) Jean Pierre Schmidtmeyer. Conseiller d'Etat et Député du Canton de Genève.

---

Hier folgt der den Gesandtschaften der eidgenössischen Stände zur Beschwörung des Bundes am 7. August 1815 vorgelegte Eid:

Wir, die Gesandten der XXII souveränen Stände der Eidgenossenschaft, im Namen und als Bevollmächtigte der Burgermeister, Schultheissen, Landammänner, Häupter, Landeshauptmann, Staatsräthe, Syndics, kleinen und grossen Räthen und ganzen Gemeinden der hohen Stände: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell beider Rhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf — schwören:

« Den Bund der Eidgenossen, laut Inhalt der soeben verlesenen Urkunde vom 7. August 1815 wahr und stets zu halten, und dafür Leib und Leben, Gut und Blut hinzugeben; die Wohlfahrt und den Nutzen des gesammten Vaterlandes und jedes einzelnen Standes nach besten Kräften zu fördern und deren Schaden abzuwenden; im Glück und Unglück als Brüder und Eidgenossen miteinander zu leben und Alles zu leisten, was Pflicht und Ehre von treuen Bundesgenossen erfordert. »

Worauf die Gesandtschaften mit lauter und vernehmbarer Stimme die Worte nachgesprochen haben:

« Was der soeben vorgelesene Eid enthält, das wird mein hoher Stand, der mich hieher gesandt, halten und vollziehen, getreulich und ohne Gefährde; das betheure ich bei Gott dem Allmächtigen, so wahr mir seine Gnade helfen möge (und alle Heiligen). »

Dass dieses also geschehen sei, bezeugen die Beamten der eidgenössischen Kanzlei mit ihren Siegeln und Unterschriften, den 7. August 1815.

(L. S.) M. Mousson, Kanzler der Eidgenossenschaft.
(L. S.) Oberst Fridolin Joseph v. Hauser, Staatsschreiber.
(L. S.) Heinrich Hottinger, eidgenössischer Stabshauptmann, Kanzlersubstitut bei der ausserordentlichen Tagsatzung. »[1])

(Bundessiegel.)

---

[1]) Hier folgt in der Urkunde noch das Protokoll über die Wiederaufnahme von Nidwalden in den Bund, das bereits wörtlich auf pag. 564 abgedruckt ist.

## Eidgenössische Politik, Gesetzgebung und politische Literatur. 1888.

### I.

Die vorherrschende Stimmung des Jahres ist: Andauerndes Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse, die durch einen jeden (täglich möglichen) Zufall sich zu einem Kriege an den Grenzen gestalten können, in dessen Verlauf die Fragen und Situationen neuerdings auftreten würden, welche die «Eidgenössischen Geschichten» dieses Bandes beschreiben. Im Innern: in einigen Kreisen die Ausbildung der sozialistischen Staatsanschauung, in andern hingegen eine vorerst leise, allmälig aber mit grösserer Bestimmtheit sich äusserndo Opposition gegen dieselbe. Eine Anzahl von Ideen des sogenannten Staatssozialismus sind in bemerkenswerthem Fortschritt der Ausführung begriffen. Damit hält aber bereits nahezu Schritt eine täglich wachsende Ueberzeugung, dass hieraus die Befriedigung der daran geknüpften Hoffnungen nicht hervorgehen, sondern im günstigsten Falle eine Verschiebung des bereits längst bestehenden Grundsatzes öffentlicher Sorge für Arme und Nothleidende auf andere Träger, bzw. also eine neue Vertheilung der Armenlast zu erreichen sein werde. Es ist diess ein Gedanke, zu dem das nähere Studium der sog. «Arbeitergesetzgebung» führt, und es werden auch die praktischen Endresultate derselben in den Ländern, die damit vorangegangen sind, in Bälde ein Gefühl in den nächstbetheiligten Kreisen hervorrufen, das dem der Enttäuschung nach einem Zustande gesteigerter Erwartungen ziemlich gleichkommt. Dieses Resultat sieht ein Theil der schweizerischen Bevölke-

rung voraus, oder fühlt es wenigstens instinktiv, und daraus entsteht, dicht neben der in der Schweiz stets vorhandenen Neigung zu den Tagesproblemen, eine Abneigung gegen die mit solchen Versuchen nothwendig verbundene, beständige Unruhe und zunehmende bureaukratische Tendenz der Verwaltung — eine Stimmung, die sich mit der allmälig sich gestaltenden Opposition gegen die Helvetik im Jahre 1799 vergleichen lässt. Kriegerische Verwicklungen würden die Analogie noch vollständiger machen.

Der Sitz der Opposition, die vorläufig noch gewissermassen latent ist und namentlich einer bestimmten Parteiorganisation ermangelt, ist in den sogenannten mittleren Klassen der schweizerischen Bevölkerung zu suchen, die überhaupt die Eigenthümlichkeit an sich haben, dass der Kopf zwar stark mit Theorien eines kosmopolitischen Radikalismus angefüllt, das Herz aber der Abänderung alles Bestehenden bei uns nicht sehr geneigt ist. Dieser Reaktion leistet die Wahrnehmung Vorschub, dass die katholische Kirchenregierung, gegen welche die liberale Bourgeoisie Misstrauen hegt, sich der sozialen Ideen, in Konkurrenz mit dem Staate, zu bemächtigen und daraus ein neues Fundament für ihre Macht zu gestalten sucht. Und nicht viel weniger trägt bei die bereits gemachte Erfahrung, dass die sozialistische Agitation nicht ausschliesslich schweizerischen Ursprungs ist und dass sich das Ausland eine solche Verwendung der Schweiz als Agitationsherd für andere Länder nicht gefallen lassen will. Hierin liegt, im Ganzen genommen, der Typus des Jahres, welcher sich von dem vorjährigen nicht unwesentlich unterscheidet und eine weitere Entwicklung in dem Sinne voraussehen lässt, dass zwar den sozialen Bedürfnissen von Staatswegen, jedoch in von den bisherigen sich nicht allzusehr unterscheidenden Formen entgegengekommen, das Hauptgewicht aber allmälig wieder auf die Hebung der Sittlichkeit und der selbständigen Lebenskraft des einzelnen Menschen gelegt wird.

Sehr gross war die Antheilnahme der Schweiz an wichtigen Vorgängen in der Regierung ihrer beiden Hauptnachbarstaaten: In Frankreich an dem Sturze einer schwachen, moralisch diskreditirten Regierung, welcher sich in den ersten Tagen des Dezember 1887 vollzog, und seither an dem Kampfe zwischen der republikanischen und monarchi-

schen Staatsform. Dass die eidgenössische Bevölkerung in ihrer weitaus grössten Mehrheit für die erstere Sympathien hegt, ist nicht unvereinbar mit der Ueberzeugung, dass ein grosses Land vor Allem einer etwas festen und imponirenden Regierung bedarf, die sich auf die Achtung der ganzen Bevölkerung stützen kann und nicht bloss eine Delegation von zufälligen Kammermajoritäten ist. Der Parlamentarismus, als System, leidet heute überall an dem Fehler, dass seine Regierungen zu unbedeutend sind, oft beinahe nur Verwaltungsräthen gleichen, die aus dem Schosse einer Aktiengesellschaft gewählt werden, während ein lebenskräftiges Volk den besten Ausdruck seines Staatsgedankens in seiner Regierung verkörpert sehen will und sich unbehaglich fühlt, wenn diess nicht der Fall ist. In Deutschland nahmen wir lebhaften Antheil an dem Hinschied eines ehrwürdigen Regenten, der unser Land stets mit Gerechtigkeit und mit dem Verständnisse seiner Eigenthümlichkeit behandelt hatte, welches eben die feinste Blüthe einer gerechten Gesinnung ist. Persönlicher gewissermassen, war die Trauer um den zweiten deutschen Kaiser. Nicht allein des in der Geschichte beinahe beispiellosen Heldenmuthes wegen, mit dem er einem langsam heranschleichenden Tode monatelang in's Auge geschaut und den wir noch höher taxiren als den Heldenmuth im Kriege, der in der Aufregung des Kampfes jedem kräftigen Manne eigen ist, sondern namentlich wegen des sympathischen Tons aller seiner Regierungsäusserungen, in denen etwas kaum näher Beschreibliches, mit unserer und des gesammten Jahrhunderts Auffassung von Staat und Regierung aber unzweifelhaft Uebereinstimmendes lag. Dafür haben die Nationen ein sicheres Gefühl, sie wollen Männer von solcher bürgerlicher, wenn auch fester und imposanter Art an der Spitze der massgebenden Staaten Europa's sehen, nicht blosse Krieger. Für die künftigen Regenten des komplizirten deutschen Bundesstaates, dessen sämmtliche Interessen, sobald einmal für die äussere Sicherheit hinreichend gesorgt ist, nur durch ein liberales Regiment befriedigt werden können, wird daher die edle Gestalt des Kaisers Friedrich stets in ähnlicher Weise vorbildlich bleiben, wie es Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Grosse für den militärisch organisirten Staat Preussen gewesen sind. Der preussische Staatsgedanke hat mit dem ersten deutschen Kaiser seinen

vollkommenen Ausdruck und zugleich sein Ziel erreicht; nun beginnt der deutsche.

Die militärischen Vorbereitungen der Eidgenossenschaft auf einen Krieg, dessen Gefahr durch die Allianz Italiens mit Deutschland und durch eine fortwährende Folge von kleinen Reibungen beider Staaten mit Frankreich noch zunahm, hatten den Charakter von Ergänzungen der Kriegsbereitschaft. Die eidgenössischen Behörden schöpfen aus diesen Vorbereitungen die Zuversicht, die ganze Armee in äusserst kurzer Zeit und wohlausgerüstet an alle bedrohten Grenzen verlegen und die schweizerische Neutralität selbständig aufrecht halten zu können, was der Wille der Bevölkerung und die Vorschrift der Verfassung ist. — Es liegt in der Natur der Neutralität, dass sie sich nicht in der Weise helfen und kontroliren lassen kann, wie es die Konvention vom 20. Mai 1815 mit sich brachte, welche die «Eidgenössischen Geschichten» beschreiben, und dass jede ähnliche Anregung zurückgewiesen werden muss; sowie allerdings auch, dass jede ernstliche Verletzung der Neutralität ganz logisch und unausweichlich den Krieg und damit die Allianz mit dem Gegner des Verletzenden zur Folge haben wird. Darauf muss man im eigenen, wie im fremden Lande rechnen. Die zweideutige Rolle von 1815 wird die heutige Schweiz nicht spielen. Dagegen könnten wir uns nicht mit der Ansicht belgischer völkerrechtlicher Autoritäten befreunden, dass dieser Fall fremder Hülfe von neutralen Staaten schon in Friedenszeiten «vorausgesehen» werden dürfe. Das ist keine Neutralität mehr, sondern Defensivallianz, wie die schweizerische von 1803, und Protektorat. (Vgl. hierüber unsern Artikel über die schweizerischen Grenz- und Neutralitätsverhältnisse, Jahrbuch II, 669 ff. und die «Eidgenössischen Geschichten» von 1886.)

Die schweizerische Armee zeigt auf 1. Januar dieses Jahres folgenden Effektivbestand: Der «Auszug», die eigentliche Feldarmee, welche die 12 ersten Jahrgänge umfasst, völlig kriegsmässig ausgerüstet und in 8 Divisionen eingetheilt ist, hat eine über ihren Normalbestand bedeutend hinausgehende Effektivstärke von 123,031 Mann aller Waffengattungen. Die Landwehr (die späteren 12 Jahrgänge) steht unter dem in der Militärorganisation vorgesehenen Normalbestand, mit 80,248 Mann. Sie ist in Brigaden eingetheilt

und in erster Linie bestimmt, die Lücken der Feldarmee jeweilen zu ergänzen. Der Landsturm zählt 2922 Offiziere, 5652 Unteroffiziere und 287,553 Mann ohne militärischen Grad, von denen 40,747 militärische Ausbildung erhalten haben. Die Organisation desselben in den einzelnen Kantonen ist vollendet und es würde diese Mannschaft theils militärische Verwendung in organischer Verbindung mit der Feldarmee finden, theils als Besatzung im Innern des Landes oder zu Fortifikationsarbeiten, Munitionsfabrikation etc. verwendet werden.[1]) Hiezu wurde eine « Verordnung über Organisation, Ausrüstung, Aufgebot, Kontrolführung und Verwendung des Landsturms » am 5. Dezember vorigen Jahres vom Bundesrath erlassen. Als Oberkleid für den bewaffneten Landsturm ist der Ordonnanzkaput angenommen worden, so dass derselbe äusserlich den gewöhnlichen Truppen ähnlich erscheint. Andere wichtige Beschlüsse, welche die Kriegsbereitschaft betreffen, sind: der Beschluss, die Landwehrfeldartillerie ganz mit neuen 8,4 cm. Ringgeschützen auszurüsten, wie sie der Auszug und ein Theil der Landwehr bereits besitzt. Die Beschaffung dieser Geschütze ist auf dem Budgetwege, nicht durch ein besonderes Gesetz erfolgt, ähnlich wie auch die Befestigungsarbeiten ohne Gesetz durch jährliche Bewilligungen fortgeführt werden. Interessant vom konstitutionellen Standpunkt war ein Beschluss der eidg. Räthe vom 23. Dezember 1887, wodurch ein Theil der Bekleidung der Truppen direkt von der Eidgenossenschaft besorgt wird, im Gegensatz zu den Bestimmungen der Verfassung (Art. 20), welche die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung den Kantonen zutheilt. Es liegt darin der Beginn einer freiwilligen Uebertragung konstitutioneller Reservatrechte der Kantone auf den Bund, wie eine solche bereits von einigen Kantonen, besonders Bern und Zürich, gewünscht wurde. Dass sogar völlig souveräne Staaten einen Theil ihrer Hoheitsrechte zur Verwaltung an andere Staaten übertragen können, ist nichts Ungewöhnliches. Unser Nachbarstaat Liechtenstein z. B. hat seine Zollverwaltung und einen Theil seiner Justiz an Oesterreich übertragen und steht auch in kirchlicher Be-

[1]) Das Landsturmgesetz ist auf pag. 708 im 2. Band unseres Jahrbuchs abgedruckt, über die Militärorganisation im Allgemeinen vgl. Jahrbuch I, pag. 616 ff.

ziehung unter einem ausländischen Bischof. In Bundesverhältnissen sind solche Verwaltungsübertragungen seitens einzelner Bundesstaaten an andere, oder an die Gesammtheit nicht selten; so hat Preussen die gesammte Verwaltung des Fürstenthums Waldeck, die Militärverwaltung eines grossen Theils der andern Staaten und noch jüngst den Bau und die Verwaltung der gothaischen Eisenbahnen übernommen. Baselstadt und Baselland beabsichtigen ebenfalls eine solche « Verschmelzung » einiger Verwaltungszweige, die rechtlich nichts Anderes ist als eine Verwaltungsübertragung von einer Souveränetät an die andere. Es wird sich daher, wenn nicht eine noch weiter gehende prinzipielle Revision der Verfassungsbestimmungen über die Vertheilung der Militärhoheit zwischen Bund und Kantonen vorgezogen wird, auf dem Wege freiwilliger, naturgemäss von der Bundesversammlung zu genehmigender, Verwaltungsübertragung ein Theil der Uebelstände der Militärverwaltung heben lassen, die nun nach 14jähriger Dauer der Verfassung allgemein als solche anerkannt werden. Ein wesentliches Militärgesetz dieses Jahres ist das Gesetz über Verlängerung der Dienstzeit aller Offiziere um 4 Jahre, bis zum 48. Altersjahr, das mit 1. Januar 1889 in Kraft treten wird. Für den Territorialdienst im Falle eines allgemeinen Truppenaufgebotes sind Divisionskreiskommandanten ernannt worden. Für die Ergänzung des Kriegsmaterials im Jahre 1889 hat der Bundesrath einen Kredit von 3,574,388 Fr. verlangt.

Die pädagogischen Rekrutenprüfungen, die zugleich als eine Art Kontrolle über das Schulwesen der Kantone dienen, zeigen konstant die gleichen Resultate; obenan stehen in der Regel die kleinen Kantone Baselstadt und Genf, denen gewöhnlich Schaffhausen, Zürich, Neuenburg sich anreihen, unter der Mitte Bern, dessen Schulwesen jedoch einer Reorganisation durch ein neues Primarschulgesetz entgegengeht, am Ende Wallis und Uri. Als Kuriosum wird in dem Berichte erwähnt, dass bei den letzten Prüfungen u. A. ein tendenziöser Aufsatz gegen das Schächten der Israeliten als Lesestück gewählt worden war, welchen zu lesen ein israelitischer Rekrut mit vollem Rechte sich weigerte, und dass französisch-schweizerische Zeitungen eine nicht ungewöhnliche und mitunter auch berechtigte Klage über das « français fédéral » dieser Lesevorlagen erhoben, obgleich dieselben ihren eigenen Spalten entnommen waren.

Mit der militärischen Instruktion beschäftigt die Eidgenossenschaft gegenwärtig 177 ständig angestellte Instruktoren. Der militärische Vorunterricht, der vorläufig nur in zweckmässig eingerichteten Turnübungen besteht, wird von den Gemeinden in den Schulen ertheilt. Ein weiter gehender Unterricht, der die ganze militärische Instruktion bis zur Bataillonsschule enthalten sollte, lässt sich bei der grossen Ueberbürdung der Schüler, über die ohnehin geklagt wird, schwer durchführen, dagegen würde es möglich sein, denselben wenigstens mit allen denjenigen jungen Leuten zu beginnen, welche landsturmpflichtig werden, ohne eine höhere Bildungsanstalt zu besuchen.

Eine bedeutende Angelegenheit bildet fortwährend die Beschaffung eines verbesserten Repetirgewehres und die Fortsetzung der Landesbefestigungsanlagen. Die Eidgenossenschaft war der erste und lange Zeit der einzige Staat in Europa, der ein Repetirgewehr besass, und muss, nachdem nun dieses System allgemeine Nachahmung gefunden hat, in der Ueberlegenheit ihrer Infanteriewaffe neuerdings eine Ausgleichung für ihre sonstige geringere Stärke gegenüber allfälligen Angreifern suchen. Versuche dieser Art sind schon längere Zeit im Gange, hängen aber mit dem Problem zusammen, die bisherige Triebkraft durch eine neue chemische Komposition zu ersetzen.

Bei dem Truppenzusammenzug zweier Divisionen im Herbst 1887 wurde zum ersten Male ein Versuch in grösserem Massstabe mit der Militär-Unfallversicherung gemacht. Die Versicherung erstreckte sich auf alle Unfälle, welche den Versicherten im Dienste, d. h. bei Ausführung der ihm ertheilten Befehle treffen, ferner auf diejenigen, die ihm zur Nachtzeit im unbekannten Quartier und Kantonnement zustossen konnten. Der Soldat war für die Summe von Fr. 3000, der Offizier für Fr. 10,000 versichert. Die Entschädigung im Falle vorübergehender Arbeitsunfähigkeit in Folge des Unfalls betrug für erstern Fr. 3, für letztern Fr. 10 per Tag; die Prämie für den Soldaten Fr. 1, für den Offizier Fr. $3^1/_2$. Die Theilnahme an der Versicherung wurde jedem Manne freigestellt. Im Ganzen versicherten sich laut einer Mittheilung in der «Neuen Zürcher Zeitung» von der 6. Division 384 Offiziere, 7250 Mann, von der 7. Division 212 Offiziere, 5380 Mann, zusammen 596 Offiziere, 12,630 Mann. Die Entschädigungspflicht der Gesellschaft wurde in ca.

80 Fällen in Anspruch genommen. Unfälle trafen beinahe alle militärischen Grade, vom Stabsoffizier bis zum Soldaten. Ein Todesfall kam nicht vor.

Versuche mit Errichtung und Beschiessung von Feldbefestigungen im Jura bei Plagne am Ausgange des Défilé's, das nach Biel führt, leiteten zu der Ueberzeugung, dass mit solchen rasch erstellten Werken gegen die Feldartillerie sehr viel, gegen schweres Geschütz jedoch zu wenig auszurichten ist.

Das Militärstrafgesetz wurde, nachdem die Kommission des Nationalrathes von dem Entwurfe des Bundesraths abgegangen war, so weit gefördert, dass zunächst ein neuer Entwurf einer «Militärgerichtsordnung», welcher dem deutschen bürgerlichen Strafprozesse nachgebildet ist, an die Stelle des bezüglichen frühern IV. Titels tritt. Der Hauptgesichtspunkt des bundesräthlichen Entwurfes, der ein sehr rasches, möglichst einfaches und in Krieg und Frieden ganz gleiches Verfahren zu Gunsten einer grössern Aehnlichkeit mit dem bezüglichen Strafverfahren herstellen wollte, wurde damit verlassen. Ein ständiges Militärgericht tritt an die Stelle der bisherigen Jury und des von dem Bundesrath vorgeschlagenen Schöffengerichtssystems, das einigermassen dem vielfach verbreiteten Wunsch nach Erhaltung der Jury entgegenkommen sollte.

Die Landesbefestigung ist an der Südfronte des Gotthard soweit ausgeführt, dass der südliche Tunnelausgang wirksam geschlossen werden kann. An die Fronte dieses Südportals passte eine Inschrift aus dem Jahre 1676:

«Ich bin die jungfrow Eydtgnoszschaft,
Und thu mich präsentieren,
Ich halte hoch mein jungfrowschaft,
Drum mag ein kranz mich zieren.
Eydtgnosz, halt steiff zu diesem kranz,
Er blühet schön und ist noch ganz,
Keine blum lass ihn verlieren.»

Andere Projekte sind festgestellt, aber noch nicht ausgeführt. Umgekehrt hat die Eidgenossenschaft, welche nach Artikel 23 der Bundesverfassung das Recht besitzt, Werke zu untersagen, welche ihr militärisches Interesse verletzen,

die Anregung betr. Bau einer Fahrstrasse über den grossen St. Bernhard, welche vom Auslande her gemacht wurde, nicht angenommen und auch einer Strasse im Tessin durch die sog. Centovalli, die nach Domodossola ausmünden würde, «für einmal» keine Unterstützung gewährt. Dagegen wird der Ausführung einer Simplonbahn, gegen die ähnliche Bedenken obwalten könnten, um der Interessen grosser Landestheile willen, keine Opposition entgegengesetzt. Bestimmt würde dem Projekte eines genialen Ingenieurs entgegen getreten werden müssen, welcher die Stadt Paris mit Wasser aus dem Neuenburgersee durch eine Leitung versorgen will, welche den Jura mittelst eines 35 Kilometer langen Tunnels überschreiten würde. Die überzuführende Wassermasse von täglich 1,287,000 Kubikmeter, als Trinkwasser und auch als Motor verwendet, würde nach diesem Projekt, wie wir nicht bezweifeln, ein «glänzendes Geschäft», aber zugleich ein dauerndes Abhängigkeitsverhältniss für die Eidgenossenschaft bilden, in das sie sich nicht muthwillig begeben wird. Ein Präzedenzfall hiefür ist in dem sog. Villorese-Kanal vorhanden, durch welchen ein neuer Ausfluss des Luganersee's bei Capolago geschaffen werden sollte, um dieses Wasser zur Bewässerung der Hochebene oberhalb Como und zu industriellen Zwecken in dieser Stadt verwenden zu können, ein Projekt, das auch nicht zur Ausführung gelangen durfte. Der industriell habsüchtige Geist unserer Zeit denkt an nichts als an Geldgewinn; die Natur ist für ihn nur noch ein Ausbeutungsobjekt: schöne See'n ablassen, um Torf zu gewinnen, malerische Felswände mit Annoncen beklecksen, Aussichten verbauen, um für Wirthshäuser einen Tribut zu ermöglichen, mittelalterliche Thore und Thürme niederreissen, um dem «Verkehr» Raum zu schaffen, einem Götzen, dem nur in einer gleichartigen Mittelmässigkeit wohl ist, — das sind Alles Zeichen dieses Geistes. Die nämlichen Leute, welche die mittelalterlichen Bauten zerstören, bauen dagegen an Festen, also zu Zeiten, wo der Verkehr gerade am grössten ist, Triumphbogen im Styl der ehemaligen Thore und Thürme in die Strassen, weil sie doch das geheime Bewusstsein ihrer alltäglichen Nüchternheit nicht unterdrücken können, und bringen das aus den öffentlichen Strassen und Plätzen verbannte Mittelalter in modernen Privathäusern an, wo es sich nur noch komisch ausnimmt.

Die Beziehungen der Eidgenossenschaft zum Auslande, die den Hintergrund für diese Gedanken bilden, können, insofern der schweizerische Bundesrath eine jährliche Botschaft über die Gesammtlage, in der Art einer monarchischen Thronrede, an die Bundesversammlung richten würde (was merkwürdiger Weise bei uns niemals vorkommt), in der nämlichen Weise geschildert werden, wie diess in Europa seit geraumer Zeit gebräuchlich ist. Die Beziehungen sind zwar alle «befriedigend», aber «sicher ist nur das Vertrauen auf die eigene Kraft.» Immerhin sind die Anspannungen dieser eigenen Kraft nachgerade bei allen Völkern auf einem Punkte angelangt, der in Bälde eine gewisse Krisis, und zwar in der Betrachtung der militärischen Dinge, herbeiführen muss. Die heilsame neue Militärorganisation von 1874 und die seitherige Instruktion der schweizerischen Armee gingen von dem Grundgedanken aus, ein kleines, aber kriegsmässig ausgerüstetes Heer zu schaffen, das sich in seinen Einrichtungen, soweit möglich, denjenigen stehender Heere nähert und ihnen ebenbürtig sein soll. Der Unterschied zwischen sogenannter «Miliz» und «Armee», wie er noch z. B. in den Brüsseler Verhandlungen von 1874 einen übergrossen Raum einnimmt, ist ein ganz antiquirter geworden. Nun kommt aber die Zeit, in welcher auf die Erhaltung des volksthümlichen Elementes wieder Gewicht gelegt werden muss, wenn nicht der eigentliche Geist des schweizerischen Wehrwesens, der sich nicht mit einem ganz andern vertauschen lässt, abnehmen und das verfeinerte Instrument bei dem ersten Misserfolg versagen soll. Bei uns muss das, was anderwärts durch äussere Machtmittel erreicht wird, stets theilweise durch den militärischen Geist, die Neigung und Begabung der Bevölkerung zum Militärwesen ausgeglichen werden, die äussere Disziplin sich gewissermassen stetsfort in eine innere, d. h. die eigene Ueberzeugung jedes einzelnen Mannes von der Nothwendigkeit einer solchen harten Ordnung und Begeisterung für dieselbe, umsetzen. Darauf müssen sich die kleinen Völker heute wieder verlassen, mehr als auf die blosse Nachahmung der grössern. Sie sind im Irrthum, wenn sie die Selbständigkeit, die sie durch die Macht eines höhern Herrn, als alle irdischen Gewalthaber sind, erworben haben, ohne diesen geschichtlichen Gedanken vertheidigen wollen, oder

überhaupt nicht mehr an andere Kräfte als materielle glauben. Der Geist wird, auch in militärischen Dingen, durch nichts, weder durch systematische Dressur, noch durch Anhäufung von Kenntnissen ersetzt; wir stehen eigentlich hier vor der gleichen Frage wie im bürgerlichen Leben, wo auch zur Zeit die Schulung überschätzt und die Erhaltung und Beförderung der geistigen Kraft und Originalität des Einzelnen zu gering geachtet wird. Wir halten auch auf alle militärischen Rathgeber des Auslandes, die sich mitunter geringschätzig über die «Wehrkraft der Schweiz» oder die «Schweiz im Kriegsfalle» äussern, nicht sehr viel; sie rechnen im besten Falle sämmtlich nur nach todten Ziffern, ohne Kenntniss des Volkscharakters, und verfallen in den Fehler des grössten Kriegsherrn dieses Jahrhunderts, der die Welt auch mit überlegenen Massen vorzüglich geschulter Soldaten zu zwingen meinte und zuletzt doch von erbitterten Landwehren, mit dem Kolben hoch, geschlagen worden ist. Die ganze schweizerische Kriegsgeschichte zeigt diese Ausgleichung der materiellen Uebermacht und grösseren Schulung des Gegners durch die Kraft und Originalität des eigenen Geistes. Was wir am meisten fürchten, ist die Abnahme desselben und damit der Freude am Militärwesen, wenn dasselbe ein blosser Beruf und die Dressur eine allzu ausländische wird.[1]) Für uns gilt noch heute als unerschütterliche Wahrheit eine Inschrift, die der Schützenstand des eidgenössischen Schützenfestes von Chur im Jahre 1842 trug: «Für Rettung, Ruhm und Ruhe aller schweizerischen Lande wird nie etwas Besseres erfunden, als die alte Treue tapferer Eidgenossen.»

---

[1]) Im vorigen Jahre machte berechtigtes Aufsehen ein Vorfall in der Kaserne in Bern, wo ein geistig sehr gering beanlagter Soldat mehrmals mit scharfen Patronen auf die eigenen Leute schoss. Im Monat Juni dieses Jahres entleibten sich fast gleichzeitig drei Offiziere in den verschiedenen Kasernen von Thun, Frauenfeld und Bern. Welche Gründe lagen hier vor, übermässige Anforderungen, die den Dienst unerträglich machen, oder vielleicht Schulden infolge von mit dem Dienst verbundenen Ausgaben? Unzweifelhaft ist in einzelnen Korps, durch den zahlreichen Eintritt von jungen Leuten der reicheren Klassen in dieselben, eine Neigung zum Offiziersluxus nach ausländischem Muster eingetreten, der weder republikanisch, noch ordonnanzmässig ist und einer scharfen Beaufsichtigung bedürfte.

Die Frage über die Fortexistenz der kleinen Staaten Europa's bewegt dermalen viele Gemüther und man könnte ihre Situation mit Worten schildern, wie sie verschiedene israelitische Propheten für ganz ähnliche Verhältnisse gebraucht haben.[1]) Unser Trost liegt darin, dass ein jeder rechte Staat, wie klein er auch sei, seine besondere Aufgabe im Dienste der Gesammtheit hat, und seine Berechtigung stets im Verhältniss zu seinen diessfälligen Leistungen für die gesammte Civilisation steht. Die beste Politik der Staatserhaltung besteht daher darin, etwas Tüchtiges und Originelles in irgend einer Richtung zu leisten. Wenn ein Staat dagegen bloss noch von dem erworbenen Kapital früherer Generationen zehrt, wie s. Z. die alte Eidgenossenschaft, oder wenn er ein blosser Abklatsch eines andern Staates ist, somit ebenso gut und ohne allen Nachtheil für die Menschheit eine Provinz desselben bilden könnte, so hat er nach dem grausamen Realismus, den die Weltgeschichte bisher noch immer bethätigt hat, keine «raison d'être» mehr. Für die Schweiz liegt der Weg klar genug vorgezeichnet in mehrmaligen Erfahrungen: Entwicklung der moralischen Kraft im ganzen Volk, Vorwiegen politischer, überhaupt idealer Zwecke vor materiellen Interessen und sorgfältige Bewahrung der nationalen Eigenthümlichkeit (keine Nachahmungsgewohnheiten), das ist ihre Politik. Wer das heute in irgend einer Richtung nicht beachtet, der wird sich zu seinem und Anderer Schaden überzeugen müssen, dass er mit seiner sogenannten «Arbeit» nur das geleistet hat, was man sprichwörtlich «travailler pour le roi de Prusse» nennt.

In der europäischen Politik ist für die Schweiz von besonderem Interesse die für den Kriegsfall bestehende Allianz zwischen Italien und Deutschland und die oben angedeutete Vermuthung, dass in Bezug auf den Schutz Belgiens irgend eine Vereinbarung mit Deutschland bestehe. Durch Beides wird der Eidgenossenschaft noch mehr ernste Sorge für die Erhaltung und Vertheidigung ihrer Neutralität überbunden,

[1]) Wer dafür Sinn und Geschmack hat, vergleiche z. B. die Reden in Jesaias Kap. 30, Jeremias Kap. 20, Zephania Kap. 1—3, die auf der ganz ähnlichen politischen Situation jenes kleinen, zwischen kriegerischen Weltmächten eingeklemmten Volkes beruhen.

zumal auch das völkerrechtliche Verhältniss der savoyischen Neutralität in diesen Stipulationen nicht ohne Erwähnung geblieben sein wird. Interessant war für die schweizerischen Politiker ein Passus in der bekannten Rede des deutschen Reichskanzlers vom 6. Februar dieses Jahres, worin unser früher oft gepriesener «Freund» Napoleon III. bezüglich der Neuenburger Frage eine unvermuthete Rolle spielte.[1]) Hoffentlich wird die schweizerische moderne Geschichtsschreibung von solchen Eröffnungen Notiz nehmen. Im Uebrigen erinnerte das berühmt gewordene Schlusswort dieser politischen

[1]) Dieser Passus von historischer Bedeutung lautet:

«Schon im Jahre 1857 bedrohte uns die Neuchâteler Frage mit Krieg; das ist nicht so bekannt geworden. Ich bin damals von dem hochseligen Könige im Frühjahr 1857 nach Paris geschickt worden, um mit dem Kaiser Napoleon über den Durchmarsch preussischer Truppen zum Angriff auf die Schweiz zu verhandeln. Was das zu bedeuten hatte, wenn darauf eingegangen wurde, dass das eine weitgreifende Kriegsgefahr werden konnte, dass das uns in Verwicklung mit Frankreich sowohl als auch mit anderen Mächten führen konnte, wird Jeder einsehen, dem ich diess mittheile. Kaiser Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Meine Unterhandlungen in Paris wurden dadurch abgeschnitten, dass S. Majestät der König sich inzwischen mit Oesterreich und der Schweiz über die Sache auf gütlichem Wege verständigt hatte.» Vgl. hiemit die Memoiren Kern's, welche die Sache von der andern (französischen) Seite darstellen.

Fürst Bismarck beabsichtigte vielleicht damit, in der Schweiz das Vertrauen auf Frankreich zu schwächen, wie andrerseits in neuesten französischen Publikationen (Vgl. Bourgeois, pag. 388 unseres Jahrbuchs) dem deutschen Reiche Absichten auf die Franche-Comté und Neuenburg mit aller Deutlichkeit zugemuthet werden. Wir sind allen solchen Eröffnungen dankbar, indem sie zeigen, was zuverlässig in der Welt ist. Der Vollständigkeit wegen theilen wir noch einen auf Neuenburg bezüglichen Passus aus dem Buche L. Schneider's «Aus dem Leben Kaiser Wilhelm's, 1849—1873», mit (Band III, p. 175. Berlin 1888. Verlag Otto Janke):

«Am 3. Februar 1871 theilte mir der Kaiser aus einem Schreiben des Generals v. Rœder, unseres Gesandten in der Schweiz, mit, dass die Schweiz kaum im Stande sein werde, die Internirung von 80,000 übergetretenen Franzosen auf die Länge zu ertragen, da auf je 25 Einwohner immer ein französischer Soldat zu verpflegen sei. Käme nun Garibaldi vielleicht auch noch auf die Idee, nach der Schweiz überzutreten, so könnte es wohl kommen, dass diese ganze Masse sich mit Gewalt den Weg nach Italien bahnte. Militärisch würde die Schweiz kaum im Stande sein, einen solchen Coup zu verhindern. — Den besetzten Pariser Forts gegenüber hatte selbst diese Eventualität nichts besonders Schreckbares.

Rede an Cromwell, der bereits «sein Vertrauen auf Gott und auf gute fleischliche Waffen» setzte; seither schon behaupten alle Nationen Europa's das Erste und handeln nach dem Zweiten.[1])

Abgesehen von dieser allgemeinen Trostlosigkeit des dermaligen völkerrechtlichen Zustandes, bei welcher sich jede einzelne Nation mit einer offenen Rücksichtslosigkeit, die einigermassen an Macchiavelli erinnert, auf ihre eigensten Interessen konzentrirt und das Wort «Humanität» oder «Civilisation» den grösseren Theil seines einstigen Zaubers verloren hat, hatte die Schweiz im Anfange des laufenden Jahres eine zeitweilige Erschütterung ihres traditionell guten Verhältnisses zum deutschen Reiche zu beklagen. Als sie sich durch den Artikel des Westphälischen Friedens über die «libertas et immunitas Helvetiorum ab jurisdictione im-

---

Doch wurde Aehnliches auch durch die Zeitungen bekannt, und da der Gesandte der Schweiz in Paris, Dr. Kern, gerade wieder den Takt gehabt hatte, im Verein mit allen eingesperrten Gesandten und Konsuln einen Protest an den Grafen Bismarck zu richten, so gab es unter den dii minorum gentium in Versailles sofort erstaunliche und haarsträubende Pläne, was nun gegen die Schweiz geschehen könne, resp. nothwendig geschehen müsse. In den Offiziers- und Reportersoiréen erinnerte man sich, dass der hochselige König allerdings den Kanton Neuchâtel — und zwar auf den Rath des jetzt gefangenen Kaiser's Napoleon III. — abgetreten, das Wappen des Fürstenthums und den Titel «Souveräner Fürst von Neuchâtel» aber beibehalten habe. Napoleon sollte damals Preussen den Rath gegeben haben, die «susceptibilité» der Franzosen nicht zu reizen. Nun sei die Zeit gekommen, wo man sich um französische Susceptibilitäten nicht mehr zu kümmern brauche, und General v. Manteuffel könne Neuchâtel gleich in aller Bequemlichkeit besetzen, wenn die Schweiz wirklich nicht im Stande sei, ihre Neutralität zu bewahren. Ich verzeichne das nur, um zu beweisen, bis zu welchem Grade man in den untern Regionen eines Hauptquartiers Konjekturalpolitik treiben kann.»

[1]) Bei Cromwell und wahrscheinlich auch bei dem deutschen Reichskanzler bezog sich der ernste Ausspruch auf Psalm 81, 14, 15. Dagegen ist der «furor teutonicus» seiner Nachbeter ein blosses Plagiat der sog. «furia francese» oder «spanischen Furie». Damit wird, wie diese Beispiele zeigen, auf die Dauer nicht viel erreicht, und diese Auslegung widerspricht dem Sinn und Geist des Ausspruches im Munde seiner Urheber, wo er durch aufrichtige Demuth, die zugleich die Voraussetzung für seine Wahrheit ist, gemildert wird. In der Regel werden übrigens solche historische Worte später auf die Probe gestellt, und glücklich nennen wir den Staatsmann, der dann im Namen seines ganzen Volkes gesprochen hat.

perii» auch theoretisch von dem Reiche getrennt hatte, was faktisch allerdings bereits durch den Basler Frieden vom 22. September 1499 geschehen war, blieb immer noch eine gewisse Verbindung bestehen, welche die ältern deutschen Publizisten veranlasste, die Eidgenossen, wenn auch nicht mehr «Glieder», so doch «Verwandte» des Reichs zu nennen, und es pflegte daher auch die Reichskanzlei sie noch mit «Liebe und Getreue» anzureden. Hiegegen reklamirte eine eidgenössische Gesandtschaft im Jahre 1650 und drückte den Wunsch aus, dass man die Eidgenossen inskünftig «Liebe Besondere» nennen möchte, da die Franzosen und Venetianer ihnen vorwürfen, dass der Ausdruck «Getreue» eine «Subjektion und Unterwürfigkeit auf sich trage.» Die konservative kaiserliche Kanzlei in Wien war damals nicht geneigt, dem Ausuchen zu entsprechen, sondern vielmehr «es bei dem alten Stylo verbleiben zu lassen», faktisch jedoch wurde seit dem Jahre 1688 entsprochen und die Eidgenossenschaft fortan mit «Besonders Liebe» angeredet. Bei diesem «Stylo» wünschten wir nun beständig zu verbleiben. Die augenblickliche Störung entstand im Januar 1888 durch die Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes im deutschen Reichstage, bei welchem Anlass es sich auf das Deutlichste zeigte, dass in der Schweiz eine grosse Anzahl von offiziellen Spionen gegen die daselbst lebenden deutschen Sozialisten unterhalten wurden, die sich nicht damit begnügten, die Beobachter und Berichterstatter zu spielen, sondern sich unter falschen Vorgaben in die Gemeinschaft der von ihnen Beobachteten einschlichen und ihrer angenommenen Maske durch Aufreizung der getäuschten Genossen Glauben zu verschaffen suchten. Die ressortirende deutsche Behörde lehnte jedes Mitwissen in Bezug auf eine solche, provokatorische Thätigkeit ihrer geheimen Agenten ab, konnte jedoch nicht bestreiten, dass dieselben vorhanden und «keine Gentlemen» seien[1]). In der Schweiz legte man

[1]) Einer dieser Spione, Hauptmann v. Ehrenberg, der sich durch Flucht der näheren Untersuchung entzog, ist ein besonders typisches Exemplar dieser Art von Menschen. Als der Urenkel eines deutschen Fürsten (des Markgrafen Karl Magnus von Baden, aus morganatischer Ehe mit einem Fräulein Schmid), hatte er ursprünglich in der deutschen Armee eine angesehene Stellung eingenommen, dieselbe aber aus bisher nicht näher bekannten Gründen verlassen müssen. Solche deklassirte deutsche Offiziere

auf diese Frage eines direkten Auftrags nicht grossen Werth, indem man sich sagte, dass ein solches provokatorisches Auftreten zu der Ausstattung eines Spions, mit andern Worten, zu den Mitteln gehöre, mittelst welcher diese Leute sich Aufnahme in die sozialistischen Genossenschaften verschaffen müssen, und dass, wer den Zweck wolle, mit den zur Erreichung desselben unumgänglichen Mitteln nicht gänzlich unbekannt bleiben könne.

Wie es nun aber in solchen internationalen Verstimmungen selten bei der anfänglich klaren Situation bleibt, vielmehr Missgriffe auch von der ursprünglich provozirten Seite (zumal wenn dieselbe ein ganzes Volk ist) nicht ausbleiben können, die von der andern Partei dann mit einer gewissen Befriedigung, zur Erleichterung des eigenen Gewissens, konstatirt werden, so geschah es auch hier zunächst, dass ein kantonaler Polizeibeamter (kein Angestellter des Bundes, der überhaupt bisher die Fremdenpolizei nur mittelst ihm direkt nicht untergebener Organe der Kantone besorgte) Untersuchungsakten gegen solche Spione, die sich in seinen Händen befanden, der sozialistischen Partei im deutschen Reichstage mittheilte, ein Verfahren, das diese ganze Sache allerdings erst an das Licht der Oeffentlichkeit brachte und dadurch

---

suchen häufig in der Schweiz unter der Vorgabe republikanischer Gesinnungen Vertrauen und Anstellung und werden, wenn diess ihnen misslingt, die heftigsten und ungerechtesten Tadler unserer Einrichtungen. Manchmal gehen sie dann, wie dieser Ehrenberg. vom Republikanismus zum Sozialismus und Anarchismus und zuletzt zur Spionage über, bis sie schliesslich auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege in ihre Heimat zurückkehren und dort, um neue Gunst zu finden, ihr zeitweiliges Asyl verdächtigen. Wir haben unter solchen angeblichen «Flüchtlingen» in unserer Geschichte schon oft zu leiden gehabt und die schweizerische Bevölkerung ist noch immer zu vertrauensvoll gegenüber jedem Fremden, der sich ihr mit ein wenig Lob und viel Dreistigkeit als ein politisch Verfolgter präsentirt. Seither sind noch andere solche beseitigte deutsche Offiziere und verschuldete «Freiherren» ausgewiesen worden, die schliesslich durch die Noth der Spionage anheimfielen. Eine andere, besonders kompromittirte Persönlichkeit konnte nach Ansicht der schweizerischen Behörden nicht ausgewiesen werden, weil ihr das schweizerische Bürgerrecht ertheilt worden war. Wir wundern uns, dass es gar kein Mittel geben soll, ein solches unter falschen Vorgaben erschlichenes Bürgerrecht als ungültig zu erklären. Im Uebrigen wäre es an der Zeit, mit diesen Bürgerrechtsertheilungen an kosmopolitische Agitatoren überhaupt etwas vorsichtiger zu sein.

vielleicht einen gewissen Nutzen geschaffen haben mag, dessenungeachtet aber von dem grössern Theil der schweizerischen Bevölkerung missbilligt wurde. Die dadurch hervorgerufene, nicht ganz unbegreifliche Verstimmung in Deutschland wurde noch grösser, als bald darauf durch badische Lokalblätter die Kunde eifrig verbreitet wurde, es sei in Basel ein beleidigendes Fastnachtsgedicht gegen Deutschland in vielen Exemplaren vertheilt worden. Dieses Gedicht, das einen jungen Handlungsgehülfen zum Verfasser hatte und durch einen deutschen Buchhändler kolportirt wurde, war in der That von sehr gemeinem Inhalt, hatte indess so wenig wirkliche Verbreitung gefunden, dass ein Exemplar davon nur mit grösster Mühe in der übrigen Schweiz aufzutreiben war, und es wäre ohne die weitere Publizirung durch deutsche Blätter wohl sofort der verdienten Vergessenheit anheimgefallen. Bei der grossen Gereiztheit, die in einem erheblichen Theil der deutschen Presse sich zeigte, fand sich die deutsche Regierung veranlasst,[1]) bei dem schweizerischen Bundesrath Klage zu erheben, und es gelangte die Sache infolge hievon ohne Anstand vor die Bundesassisen, welche am 20. Juni in Basel zusammentraten und den Verfasser des Pamphlets zu einer Geldbusse von 800 Franken, nebst einer Urtheilsgebühr von 200 Franken und zur Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilten. Auch hier stand die öffentliche Meinung insoweit entschieden auf Seite Deutschlands, als sie darüber empört war, von einem dummen Jungen das friedliche Verhältniss von Nachbarn gestört zu sehen; diess hinderte indessen nicht, dass einzelne Auslassungen der deutschen Presse über das schweizerische Volk in seiner Gesammtheit mit nicht geringer Empfindlichkeit aufgefasst wurden. Aeusserlich genommen, bildete die Fortsetzung dieser Ereignisse ein Beschluss des schweizerischen Bundesrathes vom 18. April 1888, durch den vier Mitarbeiter eines in Zürich erscheinenden, aber auf den heimlichen Import nach Deutschland berechneten sozialistischen Blattes «Der Sozialdemokrat» aus der Schweiz ausgewiesen wurden. Es

[1]) Aus eigenem Antrieb und ohne diese Pression hätte sie ohne Zweifel niemals der Sache eine so grosse Bedeutung gegeben. Als kurze Zeit später der Spion v. Ehrenberg die Schweiz in einem weitläufigen Pamphlete insultirte, hat es sowohl der Bundesrath, als die direkt beleidigte zürcherische Regierung mit Recht verschmäht, den Klageweg gegen ihn in Deutschland zu betreten.

lässt sich nicht leugnen, dass diese Massregel, die einigermassen an das berüchtigte « Fremdenkonklusum » von 1823 erinnern konnte, eine verhältnissmässig geringere Billigung fand, als die Verfolgung des Basler Gedichts; doch war auch hier die oppositionelle Stimmung, soweit sie sich kundgab, bei Weitem mehr der instinktiven Abneigung des schweizerischen Volkes gegen irgend eine vorausgesetzte Beeinflussung von Aussen, als der Sympathie für die Bestrebungen der Ausgewiesenen zuzuschreiben.

Durch diese Vorgänge fand sich die eidgenössische Regierung veranlasst, die Fremdenpolizei, die ihr nach Artikel 70 der Bundesverfassung zusteht, besser zu organisiren und mittelst einer Vermehrung des Beamtenpersonals ihres Justizdepartements dafür zu sorgen, dass sie künftig unabhängig von den Kantonen Massregeln ergreifen könne, welche zugleich dem hergebrachten Asylrecht der Schweiz für politisch Verfolgte, die sich ruhig und gehörig verhalten, wie den berechtigten Ansprüchen der Nachbarregierungen auf thunlichste Verhinderung von direkten Angriffen aus unserem Gebiete Rechnung tragen. Das ist das beste und zugleich das einzig wesentliche und auf die Dauer bemerkbare Resultat dieser vorübergehenden Verstimmung.

Der künftige Geschichtsschreiber derselben würde sich bloss aus der Tageslitteratur kaum ein ganz deutliches Bild davon zu machen vermögen und es wird daher vielleicht nicht ganz unangemessen sein, wenn wir am Schlusse dieser faktischen Darstellung es versuchen, den status controversiæ nachträglich auf die richtige Basis zu stellen. Juristisch standen auf der Einen Seite Handlungen von Regierungsorganen, die systematisch und mit Staatsmitteln eine Art von Beaufsichtigung in einem fremden Lande ausübten, die schon an und für sich völkerrechtlich schwer zu rechtfertigen, im konkreten Falle aber erwiesenermassen die Quelle beständiger Provokation zu den Handlungen war, denen man auf die Spur kommen wollte. Auf der andern Seite standen keine Handlungen eidgenössischer oder kantonaler Regierungen, sondern lauter Akte privaten Charakters, die auch keineswegs die Billigung weder der Behörden [1]), noch der Bevölke-

---

[1]) Auch die zürcherische Kantonsregierung war mit der Auslieferung von Akten durch einen dortigen Polizeibeamten keineswegs einvers tanden.

rung, im Ganzen genommen, genossen. Dieser Unterschied muss in solchen internationalen Streitfragen stets festgehalten werden. « Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi », der Staat ist für die Handlungen seiner Regierungsorgane haftbar; niemals wird man sich völkerrechtlich die Ausrede gefallen lassen müssen, dieselben haben gegen die Intention ihres Volkes gehandelt, selbst wenn diess thatsächlich der Fall sein sollte. Dagegen kann umgekehrt der Staat nicht für das Gebahren Einzelner haftbar gemacht werden, insofern er nicht selbst in seinen amtlichen Organen dasselbe begünstigt,[1]) oder eine solche Ohnmacht an den Tag gelegt hat, dass bei ihm offenbar kein Schutz gegen Rechtsverletzungen zu finden ist. So steht die Sache rechtlich. Im Uebrigen soll man solche internationale Missstimmungen von beiden Seiten als etwas Ungehöriges betrachten und gleich von Anfang ab mit gutem Willen und — um mit einem alten eidgenössischen Ausdrucke zu reden — « ohne Diffikultirung und auf die Bahn-Bringung, wer Recht und wer Unrecht habe », zu beseitigen suchen, vor allen Dingen aber nicht von irgend welchen offiziösen Organen in das Feuer blasen lassen. Das jetzt so genannte System «kalter Wasserstrahlen », mit andern, deutlicheren Worten gesagt: die verblümte Bedrohung, mag unter Umständen augenblicklich helfen, ja sogar gegen unversöhnliche Gegner, um grössere Uebel zu vermeiden, am Platze sein; unter Freunden könnte man kaum ein ungeeigneteres Mittel wählen, wenn man nicht eben die Freundschaft selbst erkalten lassen will, die auch unter Völkern durch gute Worte und gelegentliche **kleine** Freundlichkeiten erhalten wird. Aehnlich verhält es sich mit der **Spionage**. Dieselbe gehört als Nothbehelf in das **Kriegsrecht** und wird darin, so lange es überhaupt Krieg gibt, ihre halbwegs berechtigte und anerkannte Rolle spielen. Im Frieden, d. h. zwischen Völkern angewendet, die miteinander **nicht auf beständigem Kriegsfusse stehen**,

---

[1]) Ein bekanntes deutsches Witzblatt, welches durch eine seiner Charakterfiguren die Meinung aussprechen liess, die Schweizer, wenn sie auch das Basler Pamphlet öffentlich missbilligten, « freuten sich doch heimlich darüber », hatte den guten Geschmack, beizufügen, dass sich ein grosser Staat auch in diesem Falle nicht echauffiren müsse. In der That ist es ein sicheres Zeichen eines Parvenu von noch unbefestigter Stellung, dass er sehr empfindlich ist; Napoleon I. war ein sprechendes Beispiel hiefür.

ist sie ein verwerfliches Mittel, das durch keinen Zweck geheiligt werden kann, übrigens, wie alle solchen Mittel auch diesen Zweck nur theilweise und auf Kosten anderer, weit wichtigerer Staatszwecke erreicht.

Die Beziehungen der Eidgenossenschaft zu andern Staaten des Auslandes bewegten sich alle weniger in der Oeffentlichkeit, sondern in den stilleren Geleisen des diplomatischen Verkehrs, welcher seit Beginn dieses Jahres von einem «Departement des Auswärtigen» geleitet wird, das nicht mehr mit der Präsidentschaft verbunden ist und mit derselben jedes Jahr wechselt. Es wird diess namentlich für die Fälle länger dauernder Verhandlungen von Nutzen sein. Eine solche Angelegenheit war die Ratifikation eines Konsularvertrages mit Portugal, der schon seit 1883 unterzeichnet war. Ebenso wurde in Erledigung der schiedsgerichtlichen Verhandlungen gegenüber Chile, wegen erlittener Schäden schweizerischer Angehöriger im Krieg zwischen Chile, Bolivia und Peru, eine Abfindungssumme von ungefähr 10 % der Forderungen angenommen. Auch von den Soldrückständen Spaniens an die ehemaligen Schweizerregimenter konnte ein Theil auf dem Wege einer förmlichen Klageerhebung beschafft werden. Dagegen wurde die Verhandlung mit Japan über Oeffnung des gesammten Landes für die Fremden und dagegen Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit, welche in den einseitig unaufkündbaren Verträgen stipulirt ist, verschoben,[1] in der Voraussetzung, dass Japan bis zum Jahre 1890 durch die Abfassung eines Civilgesetzbuchs und die Einrichtung einer Volksvertretung förmlich in den Kreis der civilisirten, daher nach gewöhnlichen völkerrechtlichen Regeln zu behandelnden Mächte eintreten werde. Muthmasslich wird dazu noch die Einführung des Christenthums als Staatsreligion an Stelle des dermalen bestehenden Edikts vom 11. August 1884 treten, durch welches bereits jede offizielle Verbindung des Staates mit der schintoistischen und buddhistischen Religion gelöst und das betreffende Kultusdepartement aufgehoben worden ist. Die spezielle Form des neuen Be-

[1]) Dieser Verschub der Verhandlungen geschah in Uebereinstimmung mit allen andern Staaten, die Verträge mit Japan haben. Japan sucht dagegen jetzt die Erneuerung der Verhandlungen durch die verschärfte Handhabung der Niederlassungsbedingungen herbeizuführen.

kenntnisses dürfte am ehesten das griechische, nach russischem Muster, sein.

Ueber die Staatsverträge und ihren dermaligen Bestand lassen wir, der praktischen Wichtigkeit dieser Dinge wegen, eine spezielle Uebersicht folgen.

Die Verhandlungen mit fremden Staaten über Spezialfälle des völkerrechtlichen Verkehrs hatten zum grössern Theile keine dauernde Bedeutung. Grenzregulirungen bei Chiasso, bei Schleitheim, an der Rançonnière bei les Brenets, sowie die längst hängige Feststellung der Grenze bei Monthey[1]) sind wesentlich noch im Gange. Nach einer neuesten Note der deutschen Gesandtschaft verlangt Deutschland von der Eidgenossenschaft die Ersetzung aller elsässischen Grenzmarchen durch neue, mit Bezeichnung der nunmehrigen deutschen Gebietshoheit. Die bisherigen Grenzsteine sind verschiedenen, zum Theil noch vorfranzösischen Datums. Eigentliche Grenzverletzungen durch fremde Beamte hatten im Centralbahnhof von Basel seitens deutscher Zollbehörden und auf dem Luganersee seitens italienischer stattgefunden. Der Fall des Prof. Sbarbaro, der bei Chiasso auf italienischem Gebiet festgenommen worden war, sowie Ausweisungen von Schweizern aus Elsass-Lothringen, auf Grund von Betheiligung an dortigen politischen Umtrieben, fanden seitens der betreffenden Regierungen keine Satisfaktion; wir müssen übrigens beifügen, die Verwendung der Schweiz für diese Personen, namentlich den erstgenannten Italiener, erschien uns nicht absolut erforderlich und der Thatbestand zum Mindesten unsicher. Von grösserer Bedeutung ist eine durch eine solche Verhaftung herbeigeführte Verhandlung mit Italien über die Verhältnisse des Luganersee's. Derselbe hat insofern die sonderbarsten Grenzverhältnisse aller schweizerischen Grenzsee'n, als ein Theil ausschliesslich schweizerisches, ein anderer (Porlezza-Arm) ausschliesslich italienisches, ein dritter gemischtes Gebiet ist und überdiess italienische Enclaven bestehen, die ebenfalls auf die Seegrenzen Einfluss ausüben. Es ist zweifelhaft, ob auf dem letztern Theile die Grenze durch eine ideelle, die Mitte des See's durchschneidende Linie

[1]) Vgl. den Aufsatz des letzten Jahrbuches über die Grenzverhältnisse.

gebildet werde, oder der ganze See neutrales oder «gemischtes» Gebiet sei. An und für sich würde die vertragsmässige Regulirung einer solchen nicht so ungewöhnlichen völkerrechtlichen Frage keine Schwierigkeiten bieten, wenn sie sich nicht mit den beständigen Wünschen Italiens bezüglich einer gemeinsamen Zollüberwachung komplizirte. Die Grenzbewohner von Puschlav und Brusio petitionirten um Erleichterung der Phylloxeraübereinkunft für die Güter, die sie auf italienischem Gebiet besitzen. An der deutschen Grenze bestanden eine Zeit lang Befürchtungen in Bezug auf die Ausdehnung der deutschen Passmassregeln gegen Frankreich auch auf diejenigen französischen Reisenden, welche mit den Schnellzügen über Delle-Basel in das Elsass eintreten, sowie in Bezug auf ein beabsichtigtes Verbot nicht deutscher Scheidemünzen in den Grenzdistrikten des Reichs. Hiegegen ist auch die badische Regierung bei dem deutschen Bundesrathe vorstellig geworden und beantragt die amtliche Annahme der Scheidemünzen des Frankensystems in den Grenzbezirken von Säckingen, Stühlingen, Singen und Konstanz. An der französischen Grenze wurden die drei Pachthöfe Maix-Rochat, Maix-Baillod und Maix-Lidor, welche die französische Grenze zwischen La Brévine und Cerneux-Péquignot durchschneidet, aus der schweizerischen Zolllinie ausgeschlossen. Einige Besprechung veranlasste der angebliche französische Plan, eine neue Festung an dem Pass der Faucille, unmittelbar an der schweizerischen Grenze, anzulegen, wodurch die Dappenthal-Klausel einen Theil ihres Werthes verlieren würde, sowie das von Genf ausgehende Projekt einer neuen französischen Bahn nach der Schweiz durch die nämliche Faucille, welche nach einer Darstellung der «Nordd. Allgem. Zeitung» die Neutralität Savoyens beeinträchtigen würde. (Vgl. über Alles die «Grenzverhältnisse» im letzten Jahrbuch.)

Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Auslande veränderte sich durch den Rücktritt des Gesandten in Washington, Oberst Emil Frey. Zu seinem Nachfolger wurde gewählt Herr Alfred de Claparède von Genf, bisher Legationsrath in Berlin. Die Konsularvertretung in Yokohama und Tokio wechselte ebenfalls. Mit dem Generalkonsulat in Bukarest bestehen ernstliche Streitigkeiten der dortigen Schweizer, welche den Bundesrath veranlassten, den

Verkehr mit der schweizerischen Hülfsgesellschaft daselbst vorläufig zu unterbrechen. — Die Konsulate haben sich auf 101 vermehrt, wozu 27 Vizekonsuln kommen, die Stellvertreter oder Gehülfen von eigentlichen Konsuln oder Generalkonsuln sind. Ueber die Frage der Reorganisation des Gesandtschafts- und Konsularwesens bestehen bekanntlich Motionen; dasselbe bedürfte einer nähern Feststellung namentlich insoweit, als die Stellung der Generalkonsuln eine ungleiche und nicht recht definirte ist und bisher nur ein Theil der Generalkonsulate, Konsulate und Vizekonsulate Entschädigungen erhalten, andere nicht. Die bestimmte Bezeichnung der sogenannten « Generalkonsuln » als diplomatische Vertreter 3. Klasse (chargés d'affaires) mit Ausnahme des Postens von Neapel, der sich dazu nicht qualifizirt, und eine feste Eintheilung der Konsulate in bezahlte, mit etwas grössern Befugnissen, namentlich mit Bezug auf Civilstandsfunktionen, und unbezahlte von hauptsächlich kaufmännischer Bedeutung dürfte dabei genügen. « Berufskonsuln » im eigentlichen Sinne würden der vorwiegend kaufmännischen Interessenvertretung kaum entsprechen und eine besondere Berufsbildung mit Prüfung darüber, sowie eine weit grössere Ausgabe als bisher voraussetzen. Die jetzige Ausgabe für die sieben Generalkonsuln in London, Rio, Brüssel, Petersburg, Bukarest, Neapel und Lissabon beträgt Fr. 38,500, diejenige für die Konsulate in Hâvre, Buenos Ayres, New-York, Paris, Lyon, Melbourne, Mailand, Besançon, Moskau, Montevideo, Sidney, Nizza, Marseille, Philadelphia, New-Orleans, Warschau, Odessa, Tiflis, Hamburg, Genua, Amsterdam, Antwerpen, Liverpool, Venedig, Cannes und Riga Fr. 110,000. Die höchste Besoldung eines Generalkonsuls beträgt dermalen Fr. 15,000, eines Konsuls Fr. 8000; doch gibt es auch Generalkonsulate, die bloss Fr. 1000, 1500 und 2500 Subvention beziehen.

Die Hülfsgesellschaften für Schweizer im Auslande, die sich meistens an diese Konsulate anschliessen, haben sich auf 114 Vereine, mit einer Ausgabensumme von mehr als Fr. 500,000, vermehrt, wozu der Bund Fr. 22,500 und die Kantone annähernd ebenso viel als freiwillige Beiträge leisten

Von Seite des Auslandes sind neue Vertreter von Oesterreich-Ungarn, Italien, Portugal, Belgien, Bayern, Argentinien und Japan bei der Eidgenossenschaft akkreditirt

worden. Der japanesische Vertreter residirt in Wien: die portugiesische Gesandtschaft ist überhaupt neu gegründet worden; sie hatte seit 1883 nicht mehr bestanden. Ein neuer niederländischer Generalkonsul in Zürich hat das Exequatur erhalten.

Das neue internationale Bureau für den Schutz des literarischen und gewerblichen Eigenthums hat von Anfang Januar 1888 ab seine Vertretung in der Person des bisherigen Nationalraths Morel von Neuenburg bestellt.

Zur Aufnahme in das schweizerische Bürgerrecht hatten sich im Jahre 1887 982 Personen angemeldet, wovon 664 Deutsche. Die meisten derselben beabsichtigten, sich in Zürich und Baselstadt einzubürgern. Die Eidgenossenschaft verlangt hiefür ausser einer unbedeutenden Kanzleitaxe (welcher dann aber die nicht kontrolirte Einbürgerungsgebühr in den Kantonen und Gemeinden folgt) regelmässigen zweijährigen, unmittelbar vorangehenden und ununterbrochenen Aufenthalt in der Schweiz, Verzicht auf jedes andere Heimatrecht und Abwesenheit aller sonstigen etwaigen Schwierigkeiten seitens des frühern Heimatstaates.

Aus den Verhandlungen, welche seitens des eidgenössischen Justizdepartements mit auswärtigen Staaten über die Grundsätze bestehender Staatsverträge, oder die Anwendung internationalen Rechtes überhaupt stattfanden, ist die Thatsache hervorzuheben, dass Frankreich die Grundsätze des Staatsvertrags vom 19. Juni 1869 nicht auf Erbschaftssteuern Anwendung finden lässt, sondern das in Frankreich liegende bewegliche Vermögen eines in der Schweiz versterbenden Schweizerbürgers mit Erbschaftssteuer belegt, auch wenn dasselbe bereits in der Schweiz besteuert worden ist. Belgien erhebt sogar Erbschaftssteuern von ausländischen Immobilien, welche Ausländern gehören, die zur Zeit ihres Todes Bewohner des Königreichs waren. Gegen solche Grundsätze, die eine drückende Doppelbesteuerung mit Nothwendigkeit nach sich ziehen, wäre es am Platze, bei jeder sich bietenden Gelegenheit eine Remedur durch Staatsvertrag zu verlangen. Eine andere Frage entstand über die Niederlassungsverhältnisse und die Besteuerung der fremden Beamten auf den internationalen Bahnstationen: Die Frage bezog sich speziell auf die italienischen Beamten, die auf der Station Chiasso, sowie die schweizerischen, die auf der Station

Luino fungiren. Es wurde, in Auslegung des diesfälligen Staatsvertrages über den Polizeidienst auf diesen Stationen, vom 16. Februar 1881, für die Zukunft anerkannt, dass solche Personen, die auf jenseitigem Staatsgebiet amtiren, weder eine Aufenthaltsbewilligung bedürfen, noch einer Staats- oder Gemeindesteuer unterliegen. Sie sind also dadurch eigentlich exterritorial erklärt, d. h. sie werden mit allen ihren Angehörigen als in ihrem Heimatstaate wohnend fingirt, während der Vertrag sie andrerseits doch den Gesetzen und Verordnungen des Staates unterstellt, in welchem sie sich befinden, was mit dem Verhältnisse der Exterritorialität gar nicht übereinstimmt. Genau genommen, stehen sie in dem gleichen Verhältnisse wie die untern Bundesbeamten (abgesehen von Bundesräthen und Kanzler) auf dem Territorium von Bern. Die Niederlassung darf ihnen nicht verweigert werden und der sie beschäftigende Staat muss dem Niederlassungsorte für alle Nachtheile etwaiger Armenunterstützung etc. haften; es liegt aber kein Grund vor, sie im Uebrigen dem öffentlichen Rechte des Territoriums, auf dem sie sich befinden (wozu auch die Steuern gehören), zu entziehen.

Eine allgemeine, nicht unwichtige Interpretation des Niederlassungsrechts gegenüber Ausländern gab das eidg. Justizdepartement am 22. Juli 1887 dahin ab, dass es den Kantonen freigestellt sein müsse, denselben die Niederlassung auf bestimmte Zeit, d. h. auf die Dauer ihrer Ausweisschriften zu gestatten, während eine terminirte Bewilligung bei Schweizern nicht zulässig ist. Es wäre sehr zu wünschen, dass gegenüber Ausländern diese Praxis allgemein beobachtet würde. Es zeigt diese Entscheidung wieder, dass die öftere Meinung, die allgemeine Garantie der Rechtsgleichheit, wie sie in den Niederlassungsverträgen vorkommt, involvire eine genaue Gleichhaltung der Ausländer mit den Schweizerbürgern in Bezug auf alle in der Bundesverfassung und der erläuternden Praxis festgestellten sog. individuellen Rechte — nicht haltbar ist. Die Ausländer können sich mit andern Worten nicht direkt auf die Bundesverfassung und die daherige Praxis gegenüber Schweizern berufen, sondern in erster Linie nur auf ihre Staatsverträge und eine vernünftige Auslegung derselben, wobei allerdings analoge Interpretationen stets in Frage kommen werden. Es wäre aber ohne Zweifel sehr zweckmässig, die bisher gebräuchlichen,

allgemeine Gleichhaltung zusagenden Ausdrücke in den Niederlassungs- und Handelsverträgen durch präzisere zu ersetzen.

Eine öfter verlangte heimatliche Unterstützung schweizerischer Söldner, die in der französischen Fremdenlegion dienten und dann krank in Marseille entlassen wurden, wurde mit richtiger Konsequenz stets abgelehnt, da es aus allgemeinen Gesichtspunkten der französischen Regierung obliege, dieselben bis zur schweizerischen Grenze zu befördern und auf ihrem Gebiete zu unterstützen, wenn auch allerdings diese Verhältnisse bei der bestehenden Irregularität eines solchen Dienstes nicht mehr durch Verträge regulirt werden können.

Ehescheidungen von im Ausland lebenden Schweizern durch fremde Gerichte konnten wiederholt nicht anerkannt werden, da das schweizerische Civilstands- und Ehegesetz einen schweizerischen Richter voraussetzt. Ebenso wenig können Fremde in der Schweiz geschieden werden, insofern nicht durch Staatsvertrag eine Anerkennung solcher Urtheile gesichert ist. Hiefür soll nun die Revision des Ehegesetzes Vorsorge treffen.

Die Auslieferungen von Verbrechern und Angeschuldigten bilden einen Hauptbestandtheil des regelmässigen Verkehrs mit dem Auslande. Das eidgenössische Justizdepartement sieht sich in seinem Geschäftsberichte veranlasst, zu betonen, dass die Auszuliefernden in der Regel einwenden, sie seien unschuldig, eine solche Einwendung aber weder von der um Auslieferung angegangenen politischen Behörde des Bundes noch von dem Bundesgerichte, welchem nach unseren Staatseinrichtungen die Interpretation der bestehenden Verträge obliegt, anerkannt werden kann, sondern lediglich dem kompetenten ausländischen Gericht zur Beurtheilung anheimfällt. In Bezug auf die Auslieferungspraxis im Allgemeinen ist das wichtigste Ereigniss des Jahres die erläuternde Interpretation der schweizerischen Anschauungen über politische Verbrechen, welche als Anhang zu dem Vertrage mit Serbien durch den schweizerischen Gesandten in Wien Namens des Bundesrathes abgegeben wurde. Davon ist in der folgenden Uebersicht der Staatsverträge unter Abdruck des Aktenstückes die Rede.

In Bezug auf die Heimatfragen ist sichtbar, dass die meisten Differenzen mit dem Auslande und seiner Gesetzgebung aus dem Grundsatze des schweizerischen Staatsrechts entstehen, wonach die Heimathörigkeit eines gebornen Schweizers unverlierbar ist, ausser durch freiwilligen Verzicht. Dieser Grundsatz, welcher der Gesetzgebung der meisten andern Staaten nicht entspricht und auch bei uns nicht immer bestand, führt die sog. Doppelbürgerrechte herbei, die von uns sogar bei Schweizern anerkannt werden, welche in den Vereinigten Staaten von Amerika bei ihrer dortigen Einbürgerung die eidliche Versicherung abgegeben haben, dass sie jeder andern Staatsangehörigkeit entsagen. Es liegt kein genügender Grund vor, einem Schweizer sein Bürgerrecht zu konserviren, der in regelrechter Weise, wenn auch bloss gegenüber einem fremden Staate, darauf verzichtet und ein anderes erworben hat, vielmehr sollte auch bei uns die natürlichere Anschauung gänzlich durchdringen, die wir bereits in dem Gesetze vom 3. Juli 1876 gegenüber Ausländern, die sich einbürgern wollen, geltend machen, dass der Mensch nur einer Nationalität angehören kann. Das Schweizerbürgerrecht sollte unbeeinträchtigt bleiben durch Akte Dritter (Strafurtheile etc.) oder Nachlässigkeiten (vieljährige Abwesenheit, Nichterfüllung von Bürgerpflichten, Nichtanmeldung von Familiengliedern u. s. w.), nicht aber durch freiwilligen Verzicht. Ein solcher liegt in jedem Erwerbe eines andern Bürgerrechts, am meisten, wenn derselbe mit einer solchen Erklärung gegenüber dem neuen Staate verbunden ist. Den Grund, der nicht ohne eine gewisse innere Berechtigung für die gegenwärtige Praxis und Gesetzgebung angeführt wird, dass nämlich Schweizer, welche durch Verhältnisse ihres Erwerbs genöthigt seien, ein ausländisches Bürgerrecht anzunehmen, dennoch ihrer alten Heimat anhangen und dieselbe ihren Nachkommen erhalten wollen, halten wir nicht für hinreichend stark, sobald diesen Nachkommen der Wiedereintritt in das Schweizerbürgerrecht noch etwas mehr erleichtert würde, als diess in dem geltenden Gesetze der Fall ist.

Neben diesen Angelegenheiten beschäftigten die Bundesbehörden immer noch einige Erinnerungen aus der im Ganzen vergangenen Zeit des fremden Militärdienstes. Zunächst die schon erwähnte Schuldbetreibung bei Spanien, andrerseits Werbungen für den Dienst in Holländisch-Indien

und für die französische Fremdenlegion. Die Härte dieses letzteren Dienstes hat in diesem Jahr ein ehemaliger Korporal Lüthi im Sonntagsblatt des « Bund » sehr anschaulich geschildert. Es ist wunderbar, und in gewissem Sinne nicht unerfreulich, dass der Zug zum Militärdienste sich so lange in dem schweizerischen Volke erhält. Vor nun hundert Jahren, im Jahre 1788, hatte die Schweiz 37,874 Mann in fremden Diensten (in Frankreich 14,076, Spanien 4868, Sardinien 2951, Holland 9800, Neapel 5834, bei dem Papste 345; hievon existirt noch der päpstliche Gardedienst), vierzig Jahre früher hingegen bei Abschluss des Aachener Friedens waren es über 76,000. Dieser Solddienst ist der Schweiz sehr oft zum Vorwurf gemacht worden und ein Theil dieser Vorwürfe, der sich gewöhnlich in die verächtliche Formel kleidete: « point d'argent, point de Suisse » war ohne Zweifel nicht unberechtigt. Für manchen Leser mag die Antwort neu sein, die s. Z. ein Schweizer Offizier in fremden Diensten einem Offizier jenes Landes gab, der spöttisch bemerkte, « die Schweizer dienten um Geld, andere Nationen (wie beispielsweise die seinige) um Ehre », worauf der Schweizer sehr schlagfertig antwortete: « Ma foi, Monsieur, chacun cherche ce qui lui manque. » Jedenfalls würden wir diese Nationalindustrie, die Ehre und Geld einbrachte, viel lieber sehen, als die Fabrikation falscher ägyptischer Münzen und falscher französischer Spielkarten, oder die Einrichtung von Kursäälen mit mehr oder weniger verdecktem Hazardspiele, die keines von Beidem liefern, oder das Verlangen nach einer neuen Mediation durch Zollunionen, wie es von Zeit zu Zeit aus industriellen Kreisen ertönt.

In Bezug auf den Mormonismus und die Heilsarmee, zwei Auswüchse des christlichen Glaubens, die von demselben mehr und mehr nur noch den Namen tragen, hat der Bundesrath schon vor einem Jahre seinen bestimmten Standpunkt eingenommen, indem er namentlich die erstere Sekte als eine unsittliche erklärte, die demzufolge gar keinen Anspruch auf den Schutz der Bundesverfassung besitzt. Denn die Kultusfreiheit steht nicht über, sondern unter dem allgemeineren Gesichtspunkte der Sittlichkeit, — ein Satz, der in seiner Handhabung zwar eines bedeutenden Taktes und vor Allem eines richtigen, d. h. auf einem festen Glauben an eine sittliche Weltordnung ruhenden sitt-

lichen Gewissens der schützenden Behörden bedarf, grundsätzlich aber unentbehrlich ist. Die Mormonen werber sollten demgemäss füglich strenger bestraft werden, als die Werber in fremden Militärdienst, deren Opfer weniger zu beklagen sind. Einen Rekurs eines solchen Werbers gegen ein Urtheil des Bezirksgerichts Zofingen hat der Bundesrath mit folgender bezeichnender Motivirung abgewiesen: «1) Die Voraussetzung, von welcher das Zofinger Gericht ausging, dass die Mormonen der Polygamie huldigen, ist thatsächlich richtig. Mit Rücksicht auf die bei den Mormonen in Utah herrschende Vielehe hat der Kongress der Vereinigten Staaten von Nordamerika wiederholt (1882 und 1887) strenge Strafgesetze erlassen, welche den ausgesprochenen Zweck verfolgen, diese Unsitte auszurotten. Wenn die Apostel der Mormonen in einzelnen Ländern, speziell bei Anwerbung weiblicher Glaubensgenossen, die Vielehe nicht als eine dem Mormonismus eigenthümliche Einrichtung erwähnen und hervorheben, so muss mit dem Zofinger Gericht ein solches Verhalten als auf Täuschung des Publikums berechnet angesehen werden, indem den Anzuwerbenden die Wahrheit über die gesellschaftlichen Zustände, in die sie eintreten sollen, verschwiegen wird. 2) Im Jahre 1886 hat der Vertreter eines fremden Staates in der Salzseestadt (im Territorium Utah) an das schweizerische Konsulat in San Francisco ein Schreiben gerichtet, in welchem folgende Stelle sich auf das Mormonenthum bezieht: «Die mormonischen Missionäre bringen alljährlich gegen 100 Personen hieher, die in der Schweiz ihr ehrenvolles Auskommen hatten, hier aber alle Qualen bitterster Armuth durchzumachen haben, nachdem die Mormonen sie bis auf die Haut geschunden und ihnen nur die Augen zum Weinen übrig gelassen haben. Ich habe mich mit mehreren Fällen zu beschäftigen gehabt, deren Wiedererzählung das Herz eines Tigers brechen könnte, die aber den Kieselstein, den die Mormonen an Stelle des Herzens tragen, ohne die mindeste mitleidige Regung gelassen haben.» Das schweizerische Handels- und Landwirthschaftsdepartement, welchem der Konsul von San Francisco die bezügliche Mittheilung zugehen liess, setzte die Regierungen der Kantone, aus denen sich die meisten Auswanderer nach Utah rekrutiren, von diesem Berichte in Kenntniss. Es haben in Folge dessen mehrere kantonale Polizeidirektionen, speziell

diejenigen von Bern und Aargau, öffentliche Warnungen betreffend die Auswanderung nach dem Mormonenstaate erlassen. In gleichem Sinne lauten wiederholte Berichte seitens der schweizerischen Gesandtschaft in Washington, die in letzter Zeit an die Bundesbehörde gelangt sind. Nach dem unter Ziffer 1 und 2 Gesagten kann die Empfehlung der Lehren des Mormonismus und die Aufmunterung, dieser Sekte beizutreten, nicht als eine religiöse Aeusserung oder gottesdienstliche Handlung angesehen werden, welche den Schutz der Art. 49 und 50 (Glaubens- und Gewissensfreiheit) der schweizerischen Bundesverfassung verdient. Die Lehre der Mormonen steht in einem wesentlichen Punkte mit dem in unserem Lande herrschenden Begriffe der Sittlichkeit im Widerspruche und widerstreitet der öffentlichen Ordnung unseres Staates. Die gesellschaftlichen Zustände im Territorium der Mormonen in Nordamerika sind überdem gemäss amtlichen Berichten derart, dass der Bundesrath sich vorbehalten muss, zum Schutze der schweizerischen Bevölkerung vor den propagandischen Einflüssen dér Mormonen allgemeine polizeiliche Massnahmen zu veranlassen.»

Vielleicht wird die Rückkehr des bisherigen schweizerischen Gesandten in Washington und dessen persönliche Berichterstattung zu einem prinzipiellen Schritt des Bundesrathes in dieser Frage Veranlassung bieten.

In Bezug auf die Heilsarmee ist ein grundsätzlicher Entscheid schwieriger, indem derselben vorläufig unsittliche Prinzipien nicht nachgewiesen werden können, sondern es sich bei ihr vielmehr um eine fortwährende Belästigung und Störung der öffentlichen Ruhe und gelegentlich auch um zudringliche Steuersammlungen für die stets wachsenden Bedürfnisse ihrer Leitung handelt. Einstweilen, bis sich diese Sache nach demjenigen Gesetze ausgestaltet hat, welches schon Gamaliel entwickelte, nach welchem jede religiöse Sekte in kurzer Zeit ihren Grundcharakter zeigen muss, ist die im Allgemeinen jetzt übliche Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen (mit besonderen, Aufsehen erregenden Veranstaltungen begleiteten) Versammlungen das annähernd Beste, was geschehen konnte. Noch besser wäre eine gänzliche Unaufmerksamkeit des Publikums, welches durch sein Sensationsbedürfniss, mit dem es allem Auffallenden entgegenkommt, solche Erscheinungen am allermeisten be-

fördert. Nebenbei verwundern wir uns fortwährend, dass die Behörden von den angemassten militärischen Titeln dieser Sekte Notiz nehmen und dadurch selbst das Ansehen dieser Personen erhöhen. Das Tragen von in den staatlichen Militäreinrichtungen gebräuchlichen Titeln ist ebenso wenig zulässig, als das unbefugte Tragen der militärischen Abzeichen des Landes oder bestehender bürgerlicher Amtstitel, und wenn es mitunter seine Schwierigkeiten haben mag, diess direkt zu verhindern, so thun doch die Behörden sehr ein Uebriges, wenn sie selbst in ihren Dekreten die Salutisten mit ihren militärischen Titeln dekoriren.

Im Ganzen haben solche Sekten in der Kirchengeschichte das Bedeutsame, dass sie eine Nichtbefriedigung eines Theiles der Menschheit durch die offiziell bestehenden Kircheneinrichtungen andeuten, der keineswegs etwa durch konkurrirende ähnliche «Vorträge» von ordinirten Geistlichen abgeholfen werden kann, sondern nur durch die Neubelebung des wirklich christlichen Geistes und Lebens, die im Einzelnen geschehen und wenig «Dogmatisches» an sich tragen muss. Die christlichen Völker sind der «Lehrbegriffe», ja, man möchte manchmal glauben, selbst der «Wissenschaft», die aus dem Christenthum gemacht worden ist, satt und suchen instinktiv eine beständige innere Befriedigung und Sicherheit gegenüber den zahllosen Uebeln des Lebens, die sie in einer bloss oberflächlichen Kirchengemeinschaft nicht finden. Der Materialismus erweist sich ebenfalls, namentlich für die weniger gut Situirten, als zu wenig tröstlich, und das Reich der Naturwissenschaft, das seit einem Menschenalter dasjenige der Philosophie ablöste, hinterlässt trotz aller grossen Resultate in dem Gebiete des Wäg- und Messbaren viel innerliche Unbefriedigung. Es wird sich für eine kommende Generation darum handeln, wieder genauer nachzufragen, welche Theile des Christenthums eigentlich von Christus herrühren, nicht von der Kirchenlehre, noch von der Wissenschaft, selbst nicht von Konzilien oder Aposteln, die höchstens Träger, nicht Spender der Wahrheit sind. Vielleicht findet sie dann wieder den Ariadnefaden zu einer innern Befriedigung, die immer mehr in allgemeiner Ruhelosigkeit und fortwährendem Aufregungsbedürfniss unterzugehen droht. In diesem Sinne mögen in diesen jetzigen extravaganten Sekten, die trotz ihrer Thorheit grosse Verbreitung finden, Zeichen der Zeit, nämlich

die ersten Anzeichen einer neuen Reformation, oder vielmehr einer gänzlichen und bessern Ausgestaltung der alten, im Sinne einer völligen Wiederherstellung des wahren Christenthums, erblickt werden.

Im Vergleich zu diesen religiösen Fragen (für welche die Empfänglichkeit in den höhern Schichten der Gesellschaft in der Zunahme begriffen ist, während der Materialismus dafür in die breiteren Volkschichten eindringt und sie mit seiner Trostlosigkeit erfüllt) sind die kirchlichen Angelegenheiten, namentlich die Verhandlungen des Staates mit der Regierung der römisch-katholischen Kirchengewalt nur wenig bedeutende Dinge. Sie werden die grossen Gedanken der Zeit nicht aufhalten, noch weniger dominiren.

Die römische Kirche fährt fort, unter einem Oberhaupt, das, ganz in der Weise der bedeutenderen Päpste, mehr Staatsmann als Geistlicher im engern Sinne ist, mit den Staaten auf gleichem Fusse, von Macht zu Macht, zu verkehren, und es würde der sehr bezeichnenden Vorliebe für Thomas von Aquino nicht bedürfen, um zu beweisen, dass die ursprünglich von Augustin geäusserten und von Thomas in ein System gebrachten Gedanken von einer «civitas Dei», die eigentlich ein von Rom aus regierter Weltstaat mit civilisatorischen Gedanken, wie das spätere römische Kaiserreich, ist, den heutigen Ideen an jener hohen Stelle entsprechen. Der moderne Unterschied gegenüber der mittelalterlichen civitas besteht bloss darin, dass die heutige Politik der Kurie den Staaten nicht ein Verhältniss in der Weise des mittelalterlichen Lehenrechtes zumuthet, sondern sich statt dieser überhaupt nicht mehr bestehenden äussern Form mit Glück des modernen Völkerrechts bedient. Die durch dasselbe eng verbundenen civilisirten Staaten bilden dermalen eine republikanisch organisirte Gemeinschaft, eine «respublica irregularis», die allfällig auch eine Art von Bundeshaupt haben könnte, welches, bei im Uebrigen grosser Selbständigkeit der einzelnen Glieder des Bundes, in wichtigen Streitfragen zwischen ihnen oder zwischen Regierungen und Völkern durch seine allgemein anerkannte Autorität den Ausschlag zu geben vermöchte. Diese Idee finden wir in allen wichtigeren, auf Staatsverhältnisse bezüglichen Erlassen des jetzigen Papstes, von der Encyklica «Immortale Dei» und dem Schieds-

spruch in der Karolinenfrage bis zu dem neuesten Erlass an den irischen Klerus und der Beglückwünschung über die definitive Aufhebung der Sklaverei in Brasilien.[1]) Ohne Zweifel würde sich der traditionelle Anspruch der römischen Kirche auf « Katholizität » und ihre jetzige Organisation zu einer solchen völkerrechtlichen Präsidialfunktion wohl eignen und sind die Huldigungen, die dem jetzigen Träger der Tiara bei Anlass seines diessjährigen Priesterjubiläums und sogar von protestantischen Staaten zu Theil wurden[2]), als ein Schritt zu einer faktischen Anerkennung einer solchen Stellung aufgefasst worden. — Die Schwierigkeit, auf diesem Wege fortzugehen, besteht darin, dass diese Macht an andern gewaltigen Ideen der Zeit (Glaubensfreiheit, Nationalismus, Sozialismus) eine Schranke findet, welche die kirchliche Autorität niemals ganz überwinden wird,[3]) und dass der momen-

---

[1]) Sie wurde auch schon von Pius VII. bei Anlass der Ablehnung der heil. Allianz von 1815 ausgesprochen.

[2]) Auch der schweizerische Bundesrath gratulirte offiziell; ebenso die Regierung des Kantons Freiburg und die katholische Fraktion der Bundesversammlung. Nach Zeitungsberichten lauteten die Antworten Leo's XIII. an die beiden letzteren Gratulanten wie folgt: « Der Freiburger Regierung dankt er für ihr werthvolles Geschenk und wünscht ihr dann zu der Ausführung ihres Projekts betreffend Gründung einer katholischen Universität das beste Glück, indem er der Opferwilligkeit des Freiburger Volkes seine volle Anerkennung zollt. In der Antwort auf den Glückwunsch der katholischen Fraktion der Bundesversammlung spricht Leo XIII. derselben den innigen Wunsch aus, dass sie immer von der gleichen Liebe und Anhänglichkeit zum heiligen Stuhl und der Kirche beseelt sein und deren Rechte und Freiheiten auch ferner muthig vertheidigen möchte. Diess sei ihr Mandat, dessen Erfüllung durch einträchtiges Zusammengehen mit dem schweizerischen Episkopat und festes Zusammenhalten unter sich selbst bedingt sei. Vor allem möchten sie zur Förderung der Werke beitragen, welche berufen sind, das geistige Leben der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Frieden zu stärken und zu mehren. »

[3]) Die kirchliche Autorität ist für die heutigen Politiker jeder Richtung ein sehr beliebter Bundesgenosse, aber keineswegs ein anerkannter Herr; ihre Macht scheint augenblicklich grösser, als sie ist. — Einige kirchliche Fragen: die Erstellung einer katholischen Hochschule, die Heiligsprechung des Einsiedlers Niklaus von der Flüe und die Ertheilung des Kardinalats an einen der schweizerischen Bischöfe scheinen im verflossenen Jahre keine Fortschritte gemacht zu haben. Das Kardinalat wäre nichts Anderes als die Wiederherstellung der aufgehobenen Nuntiatur in unverfänglicher Form.

tane Triumph der monarchischen Ideen in Europa kein dauernder sein wird. Auf die Länge ist die individuelle Freiheit des politischen und religiösen Denkens derjenige Geisteszustand, den der moderne civilisirte Mensch am allerwenigsten verleugnen, oder zu Gunsten irgendwelcher äusserer Machtvermehrung aufgeben kann, ohne im gesammten geistigen Leben seiner Nation sofort einen grossen Niedergang zu spüren, über welchen den Einzelnen kein Machtbewusstsein tröstet, das überdiess doch nur für Wenige unter vielen Millionen eine Realität besitzt.

In der eidgenössischen Kirchenpolitik wird das Jahr 1888 auf lange Zeit hinaus bemerkbar bleiben durch einen Vertrag über die kirchlichen Verhältnisse der Diözese Basel und des Administrationsbezirks Tessin, der den Abschluss langjähriger Verhandlungen bildet. Ob die gefundene Lösung eine den politischen Interessen der Eidgenossenschaft vollkommen entsprechende sei, wollen wir dahingestellt sein lassen, überzeugt, dass sie die im Momente allein mögliche war. Uebrigens sind Staatsverträge ihrer Natur nach niemals unaufkündbar, vielmehr stets nur unter der «clausula rebus sic stantibus» geschlossen. Die meisten äussern Einrichtungen von Staaten und Kirchen sind für die Generation geschaffen, unter der sie entstanden, die ihren Willen nicht allen Nachkommenden aufdrängen kann. Ewig und unüberwindlich sind bloss sittliche Wahrheiten und diese haben die gute Eigenschaft, dass sie sich von selber geltend machen und dass ihnen nichts auf die Dauer widersteht.

Wir halten es für zweckmässig, hier für unsere Leser eine kurze Uebersicht der Verhältnisse der Basler Diözese, mit Einschluss des nunmehr dazu gehörigen Administrationsbezirkes Tessin beizufügen.

## II.

### Das Bisthum Basel-Lugano.

Das ehemalige Fürstbisthum Basel hat infolge des Eingreifens politischer Verhältnisse, denen es seit jeher in ganz besonderer Weise ausgesetzt war, bereits zu wiederholten Malen eine Umgestaltung zu erfahren gehabt, deren letzte Phase der Vertrag vom 16. März 1888 ist.

Das Bisthum als kirchliche Institution bestand zu römischer Zeit in Augusta Rauracorum und wurde infolge der dem Datum nach unbekannten Zerstörung dieser römischen Stadt durch die Völkerwanderung auf seinen nachmaligen Sitz Basel übertragen.[1]) Die weltliche Herrschaft des Bischofs entstand durch eine Reihe von Vergabungen und Käufen verschiedener Perioden; als Ganzes betrachtet galt dieselbe als deutsches Reichslehen und wurde in dieser Weise im Jahr 1783 zum letzten Mal von Joseph II. an den Bischof v. Roggenbach verliehen. 1185 erscheint in einer Urkunde zum ersten Mal der Bischof Heinrich v. Horburg als «princeps» und deutscher Reichsstand.[2])

Das Bisthum gehörte zur Erzdiözese Besançon und war in 12 Dekanate und 332 Pfarreien eingetheilt, das Fürstenthum in 12 Herrschaften nebst Unterabtheilungen.[3]) Das

---

[1]) Aus römischer Zeit ist, soviel mir bewusst, bloss ein Bischof Justinian bekannt, der bei Anlass eines Konzils zu Köln 346 erwähnt wird. Der erste Bischof von Basel soll Walanus (744) gewesen sein (Ochs I, 148); vom 9. Jahrhundert an sind alle urkundlich bekannt.

[2]) Als die erste Verleihung wird die Karl's des Grossen an Bischof Hatto bezeichnet; urkundlich näher bekannt sind die Schenkungen Rudolf's III. von Burgund, der Kaiser Heinrich II. und III., die Käufe von Pruntrut und Biel, die Gründung von Neuenstadt durch Bischof Gerhard, die Kolonisirung der Freiberge durch Bischof Imer v. Ramstein.

[3]) Beide Begriffe deckten sich nicht vollständig in ihren Begrenzungen und zu beiden gehörten Theile des heutigen Deutschlands.

Domkapitel hatte vor der Reformation 24, später 8 Mitglieder, die in den ungeraden Monaten vom Papste, in den geraden vom Kapitel selbst gewählt wurden; zur Wahlfähigkeit gehörte eine Adelsprobe von 16 Ahnen, oder (später) das Doktorat der Theologie. Die Staatsämter waren zum Theil Erbämter des einheimischen deutschen Adels, [1]) dem die Bischöfe selbst durchweg angehörten. Die letzte Organisation der Staatsämter ist die des Bischofs v. Reinach 1726, die einen geheimen Hofrath, einen Justizrath (mit Appellation nach Speyer, Wien und Wetzlar), eine Rechnungskammer, ein Konsistorialgericht, einen Lehenshof und zahlreiche Kommissionen zur Verwaltung der einzelnen Geschäftszweige enthält. Die Einwohnerzahl des Fürstenthums betrug bei seinem Aufhören 60,048 Personen. Die Konstitution war eine landständische Verfassung, aus drei Ständen (Geistlichkeit, Adel, Städte und Herrschaften) bestehend, die sich sehr allmälig gebildet hatte und über welche häufiger Streit mit dem Fürsten bestand. [2])

Die im Ganzen milde Herrschaft der Bischöfe[3]) gelangte niemals zu einer rechten Konsistenz infolge frühzeitiger politischer Beziehungen einzelner Landestheile sowohl, als des Ganzen zu den umliegenden Staaten. Die Stadt Biel hatte

---

[1]) Z. B. Pfalzgrafen waren bis zu ihrem Aussterben stets die Grafen von Thierstein; das Marschallamt vererbte sich in den Familien von Pfirt und von Eptingen, das Küchenmeisteramt in derjenigen von Rotberg; Truchsessen waren die Herren von Usenberg und Bärenfels; Kämmerer u. A. die Familien von Teck, von Reichenstein, von Baldenstein.

[2]) Die erste regelmässige Versammlung der Landstände datirt von 1557, unter dem Bischof Melchior v. Lichtenfels. Ueber ihre Kompetenzen fanden namentlich von 1716—1740 heftige Streitigkeiten statt, die zuletzt durch Urtheil des kaiserlichen Hofgerichtes in Wien vom 10. Januar 1736 wesentlich zu Gunsten des Bischofs v. Reinach entschieden wurden, worauf derselbe ein Reglement darüber erliess. Die letzte Besammlung der Landstände fand am 16. Mai 1791 statt.

[3]) « Unter dem Krummstab ist gut wohnen. » Sie nahmen z. B. im 18. Jahrhundert die Wiedertäufer auf, welche von der reformirten Regierung in Bern vertrieben wurden und noch jetzt zahlreich vorhanden sind. Einzig Verschwendung und Prachtliebe wurde den Bischöfen von Basel nachgesagt und in der That sind einige Beschreibungen von Inthronisationen geeignet, diesen Ruf zu rechtfertigen. Das Bisthum hiess daher auch bezeichnenderweise unter den Bisthümern am Rhein « das lustigste ».

schon seit dem 13. Jahrhundert eine politische Verbindung mit Bern, später (1352) einen ewigen Bund, durch den sie einer der ersten und engstverbündeten «zugewandten Orte» der Eidgenossenschaft und in derselben nebst ihrem sogenannten Pannergebiet militärpflichtig wurde; zwischen 1598 und 1610 handelte es sich sogar darum, sie gänzlich Bern einzuverleiben.[1]) Neuenstadt war seit 1388, das Gebiet von Münster seit 1486 im Burgrecht von Bern; im Jahre 1501 trat die Residenzstadt Basel, ohne Zustimmung des Bischofs, als selbständiger elfter Ort in die Eidgenossenschaft.[2]) Am 28. September 1579 trat auch der Bischof der Eidgenossenschaft als «zugewandter Ort» bei, durch einen spezifisch konfessionellen, auf Erhaltung und Wiederherstellung der katholischen Konfession gerichteten Bund des Bischofs Blarer von Wartensee mit den damaligen sieben katholischen Orten. Durch dieses Bundesverhältniss wurde das katholische Glaubensbekenntniss in den obern Theilen des Bisthums wieder gestärkt. Die untern, reformirt bleibenden schlossen sich hingegen um so enger an ihren Schützer, Bern, an, so dass schliesslich das Bisthum eigentlich in zwei Theile, ober- und unterhalb der Pierre Pertuis, zerfiel, von denen der obere

---

[1]) Dieser sogenannte «Bieler Tausch» mit dem Bischof Blarer, der durch eidgenössischen Schiedsspruch rückgängig gemacht wurde, bildet eine der interessantesten Fragen über eidgenössisches Bundesstaatsrecht der alten Zeit.

[2]) Der Basler Bundesbrief behält zwar formell noch vor das das h. römische Reich und seinen Herrn, «den bischof ze Basel und sin gotzhus, wo wir von ime nit unbillich beswert werden.» Der Bischof anerkannte den Bund, der seine Herrschaft über die Stadt faktisch aufhob, erst 1585 und verlegte infolge der Reformation seine Residenz im Jahre 1525 nach Pruntrut. Das Domkapitel residirte zuerst in Freiburg i./B., dann in Arlesheim. Der Schwabenkrieg von 1499, der mit dem Frieden von Basel endete, hatte indirekt über den bestehenden Zwiespalt in der Stadt zwischen den Anhängern der bischöflichen Herrschaft und denjenigen der Eidgenossenschaft, der zum Theil auch ein sozialer Klassenstreit war, entschieden. Ein Volkslied aus jener Zeit sagt darüber:

«Die von Basel hettends recht ermessen,
Daz si der Aydgnossen krieg hent still gsessen;
Man wöllt's darby nit lassen pliben,
Die Küngischen (die vornehmen Klassen, Anhänger Deutschlands und des Bischofs) triben des übermuots so vil,
Drum inen (den Bürgerlichen) der stier (Uri) helffen wil,
Der ber (Bern) tuot sin kurzwil triben.»

katholische deutsches Reichsgebiet, in der deutschen Militär- und Justizeintheilung, der untere, vorwiegend reformirte dagegen eidgenössisches Territorium und in der Schweiz militärpflichtig war. Um diese politischen Abhängigkeitsverhältnisse noch zu vermehren, schlossen am Ende die Bischöfe noch Bündnisse und Militärkapitulationen mit Frankreich (besonders vom 11. Sept. 1739), infolge deren i. J. 1792 sowohl die Truppen des deutschen Reiches als der französischen Republik in den obern Theil des Landes eindrangen. Zunächst entstand daselbst am 19./22. November 1792 infolge der Flucht des Bischofs von Roggenbach, der das Land am 30. April 1792 verlassen hatte, das vorübergehende Gebilde einer « raurazischen Republik » mit einer Nationalversammlung in Pruntrut, die am 17. Dezember feierlich eröffnet wurde. Dieselbe sprach jedoch schon am 7. März 1793 den Wunsch aus, mit der französischen Republik vereinigt zu werden, was durch Konventsbeschluss vom 23. Mai 1793 vollzogen wurde. [1]) Der andere Theil des Bisthums wurde anfänglich, als eidgenössisches Gebiet, respektirt, 1797 und 1798 aber auch noch successive besetzt und zu Frankreich geschlagen; den letzten (deutschen) Rest seines Fürstenthums verlor der Bischof durch den Frieden von Lüneville (9. Februar 1801). Im Jahre 1814 trennte sich sofort Biel von Frankreich und richtete am 4. Januar 1814 seine alte, der bernischen nachgeahmte Stadtregierung wieder ein, die dann beinahe zwei Jahre lang selbständig fungirte. Das ganze ehemals bischöfliche Gebiet fiel dann durch die Bestimmung des ersten Pariser Friedens, dass Frankreich in seine Grenzen vom 1. Januar 1792 zurückkehren müsse, in die zu vertheilende Ländermasse der Napoleonischen Erbschaft und wurde nach vergeblichen Versuchen des durch päpstliches Breve vom 17. September 1814 in seine geistlichen Funktionen restaurirten Bischofs, auch seine weltliche Herrschaft wiederzugewinnen, im Jahre 1815 den Kantonen Bern, Basel und Neuenburg zugetheilt, mit Aus-

[1]) Die viermonatliche Periode der raurazischen Republik ist in ihren Einzelheiten ein noch sehr unbekanntes Stück Schweizergeschichte und würde einer genauern Darstellung durch einen jungen Historiker dortiger Gegend wohl werth sein. An ihrer Stelle entstand anfänglich ein eigenes französisches Département du Mont Terrible, das aber schon 1800 aufgehoben wurde.

nahme dessen, was bei Deutschland verblieb.[1]) Die Vereinigung des Munpttheiles mit dem Staate Bern geschah durch eine von der Eidgenossenschaft garantirte und gewissermassen auch unter der Autorität der europäischen Mächte zu Stande gekommene Vereinigungsurkunde vom 14./23. November 1815, welche namentlich die Garantie der katholischen Kircheneinrichtungen enthielt und mit der sogenannten « urkundlichen Erklärung » vom 21. September 1815 zusammen die separate Verfassung dieses französischen Landestheils bis zum 31. Juli 1831 bildete.[2])

Die kirchliche Restauration des Bisthums Basel dauerte zunächst bis zum Jahre 1828, vollendet, beziehungsweise in einen allseitig dauerhaften Zustand versetzt ist sie bis auf den heutigen Tag noch nicht, sondern der neuste Vertrag von diesem Jahre ist bloss ein weiterer Schritt in dieser Richtung, nicht der Abschluss dieser Verhältnisse, die ein ganzes, zum Theil sehr verwickeltes Kapitel der schweizerischen Restaurationsgeschichte bilden.

---

[1]) Kirchlich hatte das Land unter der französischen Herrschaft zum Bisthum Strassburg gehört. Infolge dessen galt dort das französische Konkordat von 1801, wie in der weltlichen Gesetzgebung der ältere Code (von 1804), der daselbst noch heute besteht. Die nähern Verumständungen der Annexion an die Schweiz, besonders Bern, erzählen wir hier nicht, da sie in den beiden Jahrgängen des Politischen Jahrbuchs von 1887 und 1888 ausführlich dargestellt sind.

[2]) Der jurassische Landestheil hatte von 1815 bis 1831 demnach gewissermassen eine besondere Verfassung, wie besondere Civil- und Strafgesetzgebung und Kircheneinrichtung, wozu dann noch verschiedenes Armenrecht und verschiedene bürgerrechtliche Verhältnisse kamen. Diese Trennung beider Landestheile (die prinzipiell zwar nach der Annexionsurkunde nicht bestehen sollte) wurde durch die Praxis und die Verschiedenheit der Sprache und Religion erhalten und zuletzt durch die jetzt bestehende Verfassung von Bern theilweise sanktionirt, so dass immer noch der Jura als ein besonderer Landestheil in mehrfacher Beziehung erscheint. Diese Sonderstellung erschwerte die Regelung der kirchlichen Verhältnisse durch die Regierung von Bern, die zeitweise, in der Periode der kirchlich-politischen Kämpfe von 1836 und den folgenden Jahren sogar mit der englischen Staatsregierung in ihrem Verhältniss zu Irland verglichen wurde. Der Annexionsvertrag von 1815 ist durch die Verfassungen von 1831 und 1846 in seinen politischen und kirchlichen Wirkungen aufgehoben worden, die Eidgenossenschaft garantirt nur die Berner Staatsverfassung und keine solchen Staatsverträge mehr.

Zuerst hatte es sich darum gehandelt, an Stelle des Bisthums Konstanz, welches vor der französischen Revolution als das « Bisthum der oberdeutschen Lande » unter dem Erzbisthum Mainz auch die östliche Schweiz bis zur Aare mit Ausnahme von Graubünden umfasste, ein schweizerisches Nationalbisthum, oder allfällig ein Erzbisthum zu errichten, was jedoch beides an dem Widerstand der römischen Kurie scheiterte, die kleinere Immediatbisthümer ohne nationalen Verband vorzog, welche fortan bis 1873 in Wirklichkeit von den päpstlichen Nuntien in der Schweiz an Stelle eines Erzbischofs regiert wurden.[1])

Durch den Reichsdeputationshauptschluss von Regensburg (25. Februar 1803) war die weltliche Herrschaft des ausgedehnten Bisthums Konstanz, das bis zur Reformation 66 Dekanate (wovon 23 schweizerische) und 1760 Pfarreien enthielt, aufgelöst worden. Die « Inkamerationen » seiner Besitzungen, welche die Folge dieses Aktes waren, sind in der Geschichte der Mediationsperiode im Jahrbuche von 1886 und mit Bezug auf das Bisthum Chur in einem besonderen Aufsatze des letztjährigen Jahrbuchs mitgetheilt. Kirchlich hatten zu dem Bisthum die Urkantone (mit Ausnahme von Ursern) Luzern, Zürich, Glarus, Zug, Schaffhausen, Thurgau

---

[1]) Die Geschichte dieser Bestrebungen verdiente auch eine neue Beleuchtung im Anschluss an ältere Darstellungen. Sie würde aber, wie Gareis und Zorn in ihrem Werke (II, 63) richtig sagen, in Beziehung auf das Bisthum Basel allein einen starken Band füllen. Der Gedanke eines « Nationalbisthums » ist im Jahre 1878 in Bezug auf die christkatholische Kirche der Schweiz zur Ausführung gekommen. Gegenüber Rom wird er schwerlich zu Stande kommen, es ist aber auffallend, zu sehen, wie auch die bernische Restaurationsregierung so wenig Einsicht in ihre Interessen hatte, dass sie kleine Bisthümer für « weniger abhängig von dem päpstlichen Stuhl » ansah. Vgl. Gareis und Zorn, Staat und Kirche in der Schweiz, II, 63, Anmerkg. 1. Dieses Werk stellt auf pag. 4 gut dar, dass gegenüber dem einheitlichen Bestreben der Kurie, Immediatbisthümer zu errichten, bei den Kantonsobrigkeiten drei verschiedene Tendenzen vorherrschten: die nationale, auf ein Konkordat aller katholischen und paritätischen Kantone ohne Rücksicht auf bisherigen Diözesanverband gerichtete; die Idee eines Zusammenhangs von « Diözesanständen », d. h. Kantonen, die zur nämlichen Diözese gehören, ein Begriff, der von der Kurie niemals eigentlich anerkannt wird (wesshalb sie auch heute sehr gerne mit dem Bundesrath verhandelt); und endlich die damals besonders mächtige und stets in Verhandlungen mit ausländischen Gewalten verderbliche Idee der absoluten Kantonalsouveränetät.

und Theile von St. Gallen, Aargau und Solothurn gehört. Luzern und Unterwalden hatten hiebei unter dem Titel «bischöfliches Kommissariat» eine Art von selbständiger Administration besessen, deren Titulare auf Vorschlag der Luzerner Regierung gewählt wurden und deren Erlasse dem Plazet unterlagen. Nach fruchtlosen Verhandlungen über die Neugestaltung der Diözese, die während der ganzen Mediationsperiode dauerten und sich durch den Umstand komplizirten, dass die damaligen kirchlichen Obern, der Fürst-Primas Dalberg, und der Generalvikar v. Wessenberg einer freisinnigen Richtung huldigten und daher sowohl der Kurie und Nuntiatur, als einem Theile der schweizerischen Bevölkerung verdächtig waren, verfolgte ein kluger und energischer Nuntius, Fabrizius Testaferrata, der im Jahre 1814, sofort nach Wiederherstellung des päpstlichen Stuhls in Rom, in die Schweiz kam und sogleich auch in deren Politik mit Schreiben an die Tagsatzung über die projektirte Bundesverfassung eingriff,[1]) im Einklang mit dieser Partei den Plan, die schweizerischen Theile des Bisthums von demselben auch kirchlich zu trennen, ohne dieselben zu einem gemeinsamen schweizerischen Bisthum sich verbinden zu lassen. Infolge der damaligen Halbheit aller patriotischen Gedanken und Verdächtigung aller Einheitsbestrebungen gelang dieser Plan und der günstige Moment für die Erstellung eines Nationalbisthums ging vorüber.[2]) Von dem Jahre 1815 bis 1827 folgten nun in unaufhörlichen Konferenzen Versuche dieser von ihrem alten Verbande gewaltsam getrennten Kantone im Verein mit andern sich kirchlich zu organisiren, wobei Solothurn zuerst mit dem Gedanken auftrat, ein neues Bisthum Basel zu konstruiren.[3]) Bern und Luzern schickten im

[1]) Vgl. letztjähriges Jahrbuch, pag. 218.

[2]) Die Urkantone, Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen und Thurgau hatten am 16. April 1814 den Papst um die eventuelle Zusicherung seiner Genehmigung einer Trennung ersucht, für den Fall nämlich, dass es ihnen gelinge, sich darüber weiter zu verständigen, worauf der Papst durch ein Breve vom 2. November 1814 die Trennung sofort aussprach und für die losgetrennten Kantone, allen Protestationen des Fürstbischofs und einiger Kantone zum Trotz, einen apostolischen Vikar und Administrator (Probst Göldlin von Beromünster) ernannte. Infolge dieses Verfahrens sind diese Verhältnisse noch heute nicht geordnet.

[3]) Uebrigens hatte fast jeder Kanton ein anderes Projekt; Aargau wollte ein Bisthum Windisch, Luzern ein schweizerisches

Jahre 1818 sogar hinter den Rücken ihrer Miteidgenossen Gesandtschaften nach Rom, um daselbst ihre Separatpläne zu fördern. Der Papst, der in dieser ganzen Sache allein einen konsequenten Plan verfolgte und handelte, wenn die Zeit günstig schien, unterstellte nun im Jahre 1819 die von Konstanz abgerissenen Landestheile provisorisch dem Bisthum Chur (dem sie noch heute zum Theil in dieser provisorischen Weise angehören) und am 12. März 1827 kam endlich, nach einer neuen Serie von Konferenzen, die mit einer Verständigung vom 3. März 1820 zwischen den Regierungen von Bern, Luzern, Solothurn und Aargau (erster Langenthaler Vertrag) begonnen hatten, auf Grund von Verhandlungen zwischen dem Nuntius Pasquale Ghizzi und Bern, Luzern, Solothurn und Zug der zweite Langenthaler Vertrag und ein Konkordat anfänglich vom 12. März 1827, definitiv vom 26. März 1828[1]) über ein neues Bisthum Basel

---

Erzbisthum (natürlich mit Sitz in Luzern) und zwei Bisthümer. Der Sitz der neuen Bisthümer spielte überhaupt eine sehr grosse Rolle. Bern wollte ihn in Pruntrut, Solothurn in Solothurn haben, noch Andere wollten ein besonderes Waldstätterbisthum. — Das durch den Papst im Jahre 1814 einstweilen hergestellte Bisthum Basel umfasste Solothurn, Luzern, Zug und den bernischen Jura; der Bischof, der in Offenburg residirte, wurde durch den Nuntius im Jahre 1827 zum Rücktritt bewogen und ein bischöflicher Vikar, Salzmann, vorläufig eingesetzt. Die Verhandlungen haben vielfache Analogie mit den gegenwärtigen.

[1]) Das erste Konkordat war in Luzern verworfen worden, andere Stände hatten Bedingungen beigefügt. Der (zweite) Langenthaler Vertrag ist eine Vereinbarung von Bern, Luzern, Solothurn und Zug vom 26. März 1828; der erste hatte Aargau statt Zug. Zug war bereits 1827 dem ersten Konkordat beigetreten. Das definitive Konkordat lautet:

« La Convention conclue le 12 Mars 1827 relativement à la réorganisation et nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle, n'ayant pas reçu la ratification de tous les Cantons, au nom desquels elle avait été stipulée, les Hauts Etats de Lucerne, Berne, Soleure et Zoug, reconnaissant l'urgente nécessité de mettre un terme à l'état provisoire, où se trouvent les affaires diocésaines, se sont décidés à donner suite, en ce qui les concerne, à la susdite Convention avec les modifications devenues nécessaires par le changement des circonstances. Dans ce but ils ont fait renouveler les négociations entre Monsieur Pascal Ghizzi, Internonce apostolique près la Confédération Suisse au nom de Sa Sainteté le Pape Léon XII, chargé de cette négociation, et Son Excellence Monsieur Joseph Charles Amrhyn, Avoyer de la Ville et République de Lucerne, et Monsieur Louis de Roll, Conseiller d'Etat de la Répu-

zu Stande, welchem die päpstliche Circumscriptionsbulle « Inter præcipua » vom 7. Mai 1828 folgte.

---

blique de Soleure, autorisés par les Cantons en qualité de Commissaires qui, en vertu de leurs pouvoirs antérieurs échangés en son temps, ont convenu, sauf la ratification de leurs Commettants, des bases ci-après énoncées, savoir:

Art. 1. Les Cantons de Lucerne, de Soleure, et la partie du Canton de Berne, cédée par le Congrès de Vienne, ainsi que le Canton de Zoug, formeront à l'avenir, quant à leur population catholique, l'Evêché de Bâle.

Art. 2. La résidence de l'Evêque et du Chapitre cathédral sera transférée dans la Ville de Soleure. En conséquence l'Eglise collégiale de St-Urs et Victor (laquelle continuera néanmoins d'être l'Eglise paroissiale) sera érigée en l'Eglise cathédrale, et le Chapitre collégial en Chapitre cathédral de l'Evêché de Bâle.

Art. 3. Le Chapitre cathédral sera composé de dix-sept Chanoines, dont au moins douze seront tenus à résidence pour le service du culte et l'assistance de l'Evêque dans ses fonctions religieuses. Sur ce nombre de dix-sept Chanoines, dix sont répartis sur tous les Cantons formant le Diocèse. Parmi ces dix-sept Chanoines sont compris les Chanoines encore existants de l'ancien Chapitre de Bâle; ils auront droit à la résidence, et s'il se trouvait parmi eux un Dignitaire, la dignité de Doyen lui sera conférée. Le Chapitre cathédral aura deux Dignitaires, un Prévôt et un Doyen.

Art. 4. Les dix Chanoines nommés dans l'article précédent formeront le Sénat de l'Evêque.

Art. 5. Aux dits Chanoines appartient, en cas de vacance, le droit d'élire l'Evêque, d'après l'article douze.

Art. 6. Dix des Chapelains de la Collégiale de St-Urs et Victor sont annexés pour le culte et autres fonctions religieuses au Chapitre cathédral.

Art. 7. La Fabrique du même Chapitre, dont le revenu annuel peut être évalué à environ deux mille francs de Suisse, fournira et entretiendra les parements, ornements et en général le mobilier nécessaire pour le service divin. Afin de pourvoir plus convenablement aux objets ci-dessus énoncés, les revenus de la mense épiscopale durant la vacance du Siége sont assignés à la même Fabrique.

Art. 8. Il sera établi à Soleure, résidence de l'Evêque et du Chapitre, un Séminaire, pour lequel les Gouvernements fourniront la dotation et les bâtiments. Si d'autres Séminaires étaient jugés nécessaires, l'Evêque les érigera d'accord avec les Gouvernements respectifs, qui fourniront la dotation et les bâtiments. L'Evêque dirigera et administrera ces Séminaires conjointement avec quatre Chanoines de différents Cantons, dont deux seront nommés par l'Evêque et les deux autres par son Sénat.

Art. 9. Les revenus annuels de l'Evêque sont fixés à huit mille francs de Suisse. Les revenus du Prévôt de la Collégiale de

**Seit dem Langenthaler Vertrag gibt es im Bisthum Basel sogenannte « Diözesanstände », eine Art Tagsatzung von Kantonsregierungen, welche die staatlichen Hoheitsrechte**

St-Urs et Victor sont assignés au Prévôt de la Cathédrale. Une augmentation annuelle de huit cents francs sera ajoutée à la prébende canonicale du Doyen. Les revenus annuels de chaque Chanoine résidant des Cantons de Lucerne et de Berne sont stipulés à deux mille francs. Les Chanoines, ainsi que les Chapelains de Soleure et leurs successeurs, resteront dans la jouissance entière des prébendes, qui appartiennent au Chapitre collégial de St-Urs et Victor. Quant aux Chanoines non résidants, les Gouvernements s'engagent à fournir à chacun d'eux une somme annuelle de trois cents francs.

Art. 10. Outre les appointements ci-dessus déterminés, il sera assigné à l'Evêque et aux Chanoines résidants des logements convenables à leur dignité.

Art. 11. Pour la dotation de la mense épiscopale, des prébendes et des Séminaires, les Gouvernements s'accorderont avec le St-Siége dans une négociation postérieure; en attendant, ils fourniront des rentes assurées et fixes ; les Gouvernements en garantiront la perception libre et régulière, ainsi que l'inaliénabilité: ils prendront aussi soin de l'entretien des logements des Chanoines. Il sera pourvu par l'entremise du Gouvernement de Soleure à l'entretien de l'Eglise cathédrale, de l'Evêché et des bâtiments du Séminaire qui sera établi à Soleure. Les bâtiments des Séminaires, qui devraient être établis ailleurs, seront entretenus par les Cantons, que cela concerne.

Art. 12. Les Chanoines formant le Sénat ont le droit de nommer l'Evêque parmi le Clergé du Diocèse. L'Evêque élu recevra l'institution du St-Père aussitôt que ses qualités canoniques auront été constatées selon les formes usitées pour les Eglises de la Suisse. Le Gouvernement de Soleure nomme le Prévôt selon le mode usité jusqu'à présent. La nomination du Doyen est réservée au Saint-Père. Le Gouvernement de Lucerne nomme aux prébendes appartenant à ce canton. Pour les Chanoines, que le Canton de Berne aura à fournir, le Sénat de l'Evêque présentera pour chaque nomination une liste de six Candidats au Gouvernement de ce Canton lequel pourra en exclure jusqu'à trois ; ensuite l'Evêque nommera le Chanoine. Il sera pourvu aux dix prébendes provenantes du Chapitre de St-Urs et Victor, d'après le mode établi jusqu'à présent. Le Gouvernement de Soleure désignera parmi ses Prébendiers sa quotepart de Chanoines formant le Sénat. Le Prévôt élu par ce gouvernement sera de ce nombre. Le Chanoine élu doit être ou ressortissant du Canton, à qui la prébende appartient, ou y exercer des fonctions ecclésiastiques, et posséder en ces deux cas les qualités suivantes : il doit être Prêtre séculier, avoir desservi un bénéfice à charge d'âmes avec zèle et prudence pendant au moins quatre ans, ou avoir aidé l'Evêque dans l'administration du Diocèse ou des Séminaires, ou enfin s'être

gegenüber dem Bisthum gemeinsam vertritt, eine Einrichtung, wie sie in keinem andern schweizerischen Bisthum in gleicher Art vorkommt und über deren konstitutionelles

distingué comme Professeur de théologie ou du droit canon. La première nomination des nouveaux Chanoines est réservée au St-Père.

Art. 13. Il ne peut être conféré qu'une seule dignité au même Chanoine. Celles de Prévôt et de Doyen ne doivent jamais être possédées par des Chanoines du même Canton.

Art. 14. L'Evêque prêtera entre les mains des Députés des Cantons formant le Diocèse le serment suivant: « Je jure et promets sur les saints Evangiles fidélité et obéissance aux Gouvernements des Cantons faisant partie du Diocèse. En outre je promets de n'avoir aucune intélligence, de ne prendre part à aucune délibération et de n'entretenir aucune liaison suspecte, soit au dedans, soit au dehors de la Suisse, qui pourrait compromettre la tranquillité publique, et si jamais j'ai connaissance d'un complot nuisible à l'Etat, que ce soit dans mon Diocèse ou ailleurs, j'en informerai le Gouvernement. »

Art. 15. On donne ici l'assurance formelle que, si tôt ou tard, par quelque circonstance que ce fût, le Siège de l'Evêque et du Chapitre cathédral venait à être transféré hors de la Ville de Soleure, le Chapitre de St-Urs et Victor serait entièrement rétabli sur le pied, où il se trouvait à l'époque de son érection en Chapitre cathédral.

Art. 16. L'accession à la nouvelle circonscription de l'Evêché de Bâle est réservée et assurée aux Cantons de Bâle et d'Argovie, pour la partie de leur population catholique, qui n'y est pas déjà comprise, ainsi qu'au Canton de Thurgovie, d'après les bases réglées par la Convention ci-dessus. En cas d'accession de l'un ou de l'autre Canton ci-dessus nommés, la mense épiscopale sera augmentée à raison du maximum de dix mille francs de Suisse, et en proportion de la population catholique incorporée du Canton accédant. Si la réunion de tous les Cantons ci-dessus nommés devait avoir lieu, le Diocèse sera pourvu d'un Suffragant, que l'Evêque nommera, et auquel les Cantons faisant partie du Diocèse assureront un revenu de deux mille francs de Suisse. Toute disposition ultérieure relativement à l'accession des susdits Cantons, sera réservée à une Convention postérieure. Les ratifications de la présente Convention, expédiée et signée à double, seront échangées le plus tôt, que faire se pourra.

Ainsi fait à Lucerne, le vingt-six Mars mille huit cent vingt huit. »

Ein besonderes Breve vom 15. September 1828 über die Bischofswahl lautet:

« An die geliebten Söhne Propst, Dekan und Domkapitularen der Kirche von Basel.

Papst Leo XII.

Geliebte Söhne! Heil und Apostolischen Segen. Was Wir zu einer, für die dortigen örtlichen Verhältnisse passenderen An-

Recht sowohl gegenüber der Kurie, als gegenüber der Eidgenossenschaft, noch keine vollständige Klarheit herrscht.[1])

Diese neugeschaffenen Verhältnisse wurden zunächst noch ergänzt durch Spezialkonkordate mit Aargau (2. De-

---

ordnung der kirchlichen Einrichtungen festsetzen zu müssen erachteten, werdet Ihr, wie Wir nicht zweifeln, aus den Apostolischen Briefen vernommen haben, die Wir in dieser Beziehung am 13. Brachmonat letzthin ausfertigen liessen. Ihr werdet gewiss wahrnehmen, welche Nachsicht Päpstlicher Güte Wir, um für die dortige Heerde des Herrn grössere Vortheile zu bewirken, gezeigt haben, als Wir Euerm Stande jenes besondere Privilegium ertheilten, dass Ihr nach den bestehenden Gesetzen den Bischof wählet. Von grösster Wichtigkeit ist ja diese Handlung, bei deren Vollziehung Ihr, wie Wir vertrauen, mit Gottes Hülfe zu dem Euch entschliessen werdet, was als Erforderniss der religiösen Wohlfahrt und des ewigen Heils der Völker deutlich erkannt wird. « Denn Ihr würdet Euch fremder Sünden theilhaftig machen, sagen wir mit den Vätern von Trient, wenn Ihr nicht mit fleissiger Sorgfalt diejenigen zu Vorstehern wähltet, die Ihr als die Würdigeren und für die Kirche Nützlicheren befunden haben werdet. »

Allein auch das müsset Ihr, gemäss Euerer anerkannten, lobenswerthen Klugheit, wohl beherzigen, dass die Kirche blühe, wenn, wie Ivo von Chartres ermahnt, die weltliche und geistliche Gewalt mit einander übereinkommen. Es wird Euch daher obliegen, diejenigen zu wählen, hinsichtlich derer Ihr Euch, vor dem feierlichen Wahlakte, die Gewissheit verschafft habt, dass sie nicht nur durch die vorgeschriebenen Eigenschaften sich auszeichnen, sondern dass sie auch der Regierung nicht minder angenehm seien. Eben dieses müsset Ihr sorgfältig verhüten, wann Ihr auch, nach den in den nämlichen Unsern Apostolischen Briefen festgesetzten Bedingungen, der Obrigkeit das Verzeichniss Derjenigen vorzulegen haben werdet, aus denen für irgend einen Kanton vom Bischof Euere Kollegen ernannt werden müssen. Wir haben fürwahr von Euerer Frömmigkeit und Euerm Glauben eine solche Meinung, dass wir keineswegs in Zweifel ziehen, Ihr werdet in diesem, vor allen höchst wichtigen Geschäfte diese unsere Befehle befolgen und die Euch übertragene Amtspflicht eifrig erfüllen. Euch indessen, geliebte Söhne, ertheilen wir von Herzen den Apostolischen Segen, den Verkündiger des himmlischen Schutzes. Gegeben zu Rom bei St. Peter am 15. September 1828. Im fünften Jahre Unseres Pontifikats. »

[1]) Vgl. über die diessfälligen Ansichten: Gareis und Zorn II, 105. Dieselben verweisen auch auf einzelne Beschlüsse der zum Bisthum Lausanne zählenden Kantone, aber eine ständige und systematische Verbindung, wie in der Diözese Basel, besteht dort nicht. Dagegen ist unzweifelhaft, dass diese Konferenz keine kirchliche Behörde, sondern ein Kongress von Regierungen ist und dass es nicht im Interesse der Schweiz läge, dieses staatliche Organ zu beseitigen.

zember 1828), Thurgau (11. April 1829) und Bern für seinen alten Kantonstheil (11. Juli 1864), wodurch diese Stände dem Bisthum beitraten. Es gehören im Weitern als Ergänzungen dazu die päpstliche Bulle «De salute animarum» über den Beitritt von Aargau und Thurgau; ein Breve vom 12. Juni 1828, Ergänzung der Bulle «Inter præcipua», Zug betreffend, und die Genehmigungsurkunden der einzelnen Stände.[1])

Nachträglich traten den Diözesanständen von Basel noch Schaffhausen und Basel bei. Der Vertrag mit Schaffhausen (für die zwei katholischen Gemeinden in Ramsen und in der Stadt Schaffhausen) von 1858 ist jedoch vom Papste nicht förmlich genehmigt worden und es besteht darüber bloss ein provisorisches Einverständniss von 1841/42; bei Basel ist der Anschluss von Baselstadt nicht genehmigt. Es blieb also in Bezug auf die Organisation des Bisthums und auf Klarheit seiner Rechtsverhältnisse von vorneherein noch

---

[1]) Die Frage der Bischofswahl hatte noch eine besondere Vereinbarung veranlasst, sie ist daher nicht vollständig in der Circumscriptionsbulle allein, sondern namentlich auch in dem obigen, sog. Exhortations-Breve an das Domkapitel (pag. 785) enthalten, das am 6. Dezember 1828 den Diözesanständen amtlich mitgetheilt wurde. Die Beschlüsse der Diözesankonferenzen über diesen Gegenstand, vom 20.—27. November 1826 und 26. Oktober 1830 siehe bei Gareis & Zorn II, 82. Ueber die jüngst wieder aufgeworfene Frage, ob der Bischofseid die Formel: «hæreticos et schismaticos pro posse persequar et impugnabo» enthalten dürfe, enthält der zweite Langenthaler Vertrag in Art. 37 folgende Erklärung:

«Da die Formel des Eides, welche die Bischöfe Sr. Päpstlichen Heiligkeit beim Antritte ihres Amtes abzulegen haben, so wie sie gewöhnlich lautet, keineswegs der Stellung eines Seelenhirten von Untergebenen einer nicht katholischen oder paritätischen Regierung angemessen ist, so werden die löbl. Diözesanstände darauf bestehen, dass ein Bischof von Basel seinen Eid nicht nach dieser Formel, sondern vielmehr nach derjenigen zu leisten habe, welche in Staaten, die unter einem nichtkatholischen Fürsten stehen, z. B. in Preussen, Grossbritannien u. s. w., üblich ist. Es verlangen die löbl. Diözesanstände, dass die Vorschrift dieses zu leistenden Eides in einer beglaubigten Abschrift, sowie bei der Eidesleistung eines jedesmaligen neuen Bischofs der darüber abzufassende Verbalprozess in ordentlicher Ausfertigung ihnen zugestellt werde.»

Es wird angenommen, dass ein päpstlicher Dispens in diesem Sinne bestehe, offiziell ist darüber unseres Wissens niemals eine Erklärung abgegeben worden.

Manches zu wünschen übrig und diese sind dann in Folge der Bewegung, welche unter dem Namen des «Kulturkampfes» in der Zeitgeschichte erscheint, noch weitern Komplikationen unterworfen gewesen, aus denen einen geeigneten Ausgang zu finden den Gegenstand der jüngsten Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle bildet.

Mit den zwei ersten Bischöfen des neu konstruirten Bisthums Basel waren die Verhältnisse leidliche gewesen. Zeitweise bloss hatten die sogenannten Badener Konferenzen, Zusammenkünfte der Kantone Bern, Luzern, Solothurn, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Baselland und Zürich, welche zuerst am 30. Dezember 1833 auf Einladung von Luzern zu Baden im Aargau stattfanden und aus denen eine Anzahl von den Kantonen definitiv anzunehmender Beschlüsse in Bezug auf Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte hervorgingen, welche der Papst am 17. Mai 1835 in einer heftigen Bulle zurückwies, die Gemüther erregt. Im bernischen Jura war es bis zu einer Agitation auf Trennung vom Kanton und fremder Interventionsdrohung gekommen, die «Badener Artikel», deren Hauptheil Konferenzbeschlüsse vom 20. bis 27. Januar 1834 bilden, die von Baumgartner von St. Gallen provozirt und redigirt waren, fielen in Folge dessen durch den Rücktritt des bernischen Grossen Rathes dahin.[1])

Der im Jahre 1863 erwählte Bischof Eugen Lachat von Mervelier, welcher schon kurze Zeit nach seiner Thron-

---

[1]) Die Geschichte der «Badener Artikel», des Aufruhrs im Jura und namentlich die wahre Geschichte des Rücktrittes von Bern ist noch nirgends genau erzählt und in den offiziellen bernischen Akten sehr entstellt, die diesen Rücktritt als einen freiwilligen erscheinen lassen und ihn an einen frühern Beschluss künstlich anknüpfen. Die Wahrheit ist, dass der Beschluss des Grossen Rathes vom 2. Juli 1836, «es sei der gegenwärtige Zustand der katholischen Religion im Jura treu zu wahren und der Regierungsrath ermächtigt, so schleunig als möglich Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle anzuknüpfen» auf ein Ultimatum des damaligen französischen Gesandten v. Montebello vom 30. Juni erfolgte, welches diesen Rücktritt innert 24 Stunden unter Androhung des Einmarsches französischer Truppen in den Jura verlangte. Das Ultimatum existirt nirgends in den Protokollen, auch nicht mit der leisesten Andeutung; der letzte noch vor Kurzem lebende Zeuge dieses Vorganges, Staatsschreiber M. v. Stürler, ist leider gestorben, ohne eine eigene Aufzeichnung über denselben hinterlassen zu haben.

besteigung mit den Diözesanständen verschiedene Anstände gehabt hatte, gerieth mit denselben in dauernden Konflikt in Folge seiner Verkündigung der vatikanischen Konzilsbeschlüsse über die päpstliche Unfehlbarkeit in einem Fastenmandat vom 6. Februar 1871 und zweier Absetzungen und Exkommunikationen dissentirender Priester, worauf fünf Diözesanstände (Bern, Solothurn, Aargau, Thurgau und Baselland), nach einem vorangegangenen Ultimatum vom 19. November 1872, die Absetzung des Bischofs (genauer: die Zurückziehung ihrer Bewilligung zur Besitzergreifung des bischöflichen Stuhles) am 29. Januar 1873 beschlossen. Zwei Stände, Luzern und Zug, betheiligten sich bei dieser Massregel nicht und anerkannten ferner den Bischof, der nach Luzern übersiedelte; dem Bundesrath und den Regierungen von Zürich, Baselstadt, Schaffhausen, Tessin und Genf wurde der Beschluss mitgetheilt, mit der Einladung an die letztern, sich bei zu eröffnenden Verhandlungen über die Revision des Diözesanvertrages von 1828 zu betheiligen.[1]) Der hieraus sich ergebende ruinenhafte Zustand des Bisthums Basel war im Allgemeinen bis zum 1. September 1884 der, dass die Kantone Zug und Luzern an den alten Verhältnissen und dem Bischof festhielten, Bern nur die christkatholische Diözese als die berechtigte gelten liess, Aargau seinen Austritt aus dem Bisthum erklärte, und die übrigen Kantone, Solothurn, Thurgau und Baselland sich nicht definitiv über ihre Stellungnahme zur römisch-katholischen Diözese aussprachen, wenn gleich auch sie den Bischof Lachat nicht mehr anerkannten.

Seit dem Jahre 1884 griff der eidg. Bundesrath unter günstigeren Dispositionen der durch die lange Fehde ermüdeten Geister in diesen verworrenen Knäuel ein und versuchte es, dessen Fäden durch Anknüpfung der Basel'schen Diözesanfrage an die ganz andere Frage einer Neugestaltung der tessinischen Kirchenverhältnisse zu lösen, welche die Bundesbehörde selbst schon seit einer Reihe von Jahren beschäftigt hatten. Von da an erscheinen diese beiden

---

[1]) Wir übergehen hier die allgemeine Geschichte dieses Konflikts, aus welchem am 14. Juni 1875 u. A. die neue christkatholische Kirche der Schweiz und ihr besonderes Bisthum hervorging, dessen Errichtung vom schweizerischen Bundesrathe nach den Bestimmungen des Art. 50 der Bundesverfassung am 28. April 1876 genehmigt wurde.

Fragen, die sich bisher nur höchst oberflächlich berührt hatten, als verbundene und der Kanton Tessin ist schliesslich in diesem Jahre zu den Diözesanständen von Basel hinzu getreten, jedoch auch wieder mit einer eigenthümlichen Stellung zu diesem Bisthum.

Ebenso wie die östliche und mittlere Schweiz, so gehörten auch der Kanton Tessin und die graubündnerischen Gemeinden Poschiavo und Brusio Diözesen an, die ihren Sitz im Auslande hatten; die graubündnerischen Ortschaften und der grössere Theil der Tessiner Gemeinden dem Bisthum Como, andere 54 Gemeinden Mailand. Das Ernennungsrecht beider Bischöfe stand seit dem Uebergange der Lombardei an Oesterreich und einem diesfälligen Konkordat dem Kaiser von Oesterreich zu. [1]) Der Errichtung eines eigenen Bisthums Tessin, die stets der Wunsch sowohl der römischen Kurie als des tessinischen Klerus gewesen ist, stand das Interesse der eidgenössischen Staatspolitik gegenüber, das dahin geht, diese Gebiete von jeder direkten Verbindung mit Italien fernzuhalten und durch möglichst viele Bande an die Eidgenossenschaft zu knüpfen. Diese Politik forderte den Anschluss an ein schweizerisches Bisthum, wobei schon in älterer Zeit Chur oder Basel in Frage gezogen wurden. Die Verhandlungen darüber, welche am 16. März/27. Juni 1888 zu einem vorläufigen Endresultate geführt haben, begannen im Jahre 1856 mit einer Note des Bundesrathes vom 19. März an den damaligen Nuntius Bovieri, geriethen jedoch bald in's Stocken, da die Kurie ihre Einwilligung zur Ablösung der schweizerischen Gebietstheile an die Beseitigung einiger damaligen tessinischen Gesetze knüpfen wollte, [2]) worauf der Bundesrath die Verhandlungen abbrach und der Bundesversammlung

---

[1]) Die in der diessjährigen Bundesversammlung lebhaft getadelte Nichtberechtigung der tessinischen Bevölkerung, an der Wahl ihres Hirten theilzunehmen, ist also dort nichts gerade Neues. Die Bischöfe hatten den österreichischen Staatseid neben dem Eid an den Papst, dagegen keinen schweizerischen (wie der Bischof von Basel) zu leisten.

[2]) Vgl. Gareis & Zorn II, 14. Es waren diess zwei Schulgesetze, ein Gesetz über Novizenaufnahme, ein Gemeindegesetz und ein Gesetz über Ehehindernisse und Civilehe. Einstweilen wurde bei damals eintretender Sedisvakanz ein neuer Bischof von Como ohne Rücksicht auf diese Verhandlungen und auf das Verlangen der Schweiz, dass ein Vikariat stattfinden solle, eingesetzt.

einen allgemeinen Beschluss des Inhalts proponirte: «Jede auswärtige Episkopaljurisdiktion auf Schweizergebiet ist aufgehoben. Der Bundesrath ist mit den Verhandlungen beauftragt, welche bezüglich einstweiliger Vikariate, sowie des künftigen Bisthumsverbandes der betreffenden schweizerischen Gebietstheile und der Bereinigung der Temporalien[1]) erforderlich sind. Die den künftigen Bisthumsverband und die Temporalien beschlagenden Uebereinkünfte sind der Ratifikation der Bundesversammlung zu unterbreiten.» (E. G. S. VI, 300.) Gegen den entsprechenden Beschluss der Bundesversammlung hatten die fünf schweizerischen Bischöfe von Sitten, Lausanne-Genf[2]), St. Gallen, Basel und Chur und der Nuntius Protest erhoben, wogegen der tessinische Staatsrath sich mit dem Bundesrath dahin einigte, einen Anschluss an Chur und die einstweilige Ernennung eines Generalvikars anzustreben. Bei den Verhandlungen mit der Kurie, die im Jahre 1860 stattfanden (durch Regierungsrath de Latour von Graubünden und Nationalrath Jauch von Tessin) bildete auch damals die Hauptschwierigkeit die Frage über die Wahlart eines solchen «apostolischen Vikars» und über eine

---

[1]) Die bischöflichen «Tafelgüter» lagen zum Theil im Tessin, in einem Werth von beinahe 500,000 Franken. Dieselben wurden im Jahre 1860 von der tessinischen Regierung im Einverständniss mit dem Bundesrathe sequestrirt.

[2]) Lausanne-Genf ist einstweilen bloss ein Titel, den Papst Pius VII. am 30. Januar 1821 dem damaligen Bischof von Lausanne und seinen Nachfolgern anzunehmen erlaubte. Das bezügliche Breve sagt: «eoque Lausanenses episcopos tam qui hoc tempore Ecclesiam illam regit, tam qui in posterum illius regimini admovebuntur, esse honestandos, ita ut simul se Lausanenses et Genevenses episcopos dicant et duplici hoc titulo publice ac privatim utantur. Accessione vero Genevensis tituli non ampliora jura nec uberiores reditus Lausanensibus episcopis volumus attributos, quam exercuerint hactenus atque perceperint.» So ist es heute noch. Der Staat Genf anerkennt diesen Titel nicht, noch weniger bischöfliche Funktionen des Bischofs, die Kirche hat das Bestreben nicht aufgegeben, ein Bisthum Genf, oder vorläufig irgend etwas Interimistisches (wie jetzt im Tessin) durch ein apostolisches Vikariat herzustellen. Daraus entstand im Jahre 1873 die Verbannung des jetzigen Bischofs von Lausanne, der am 16. Januar 1873 zum «apostolischen Vikar von Genf» ernannt worden war. Diese Ernennung und in Folge dessen auch die Verbannung ist zurückgezogen worden und der jetzige Bischof von Lausanne führt wieder den Doppeltitel, eine Analogie zu Basel-Lugano.

Klausel, welche die Rechte des Staates ausdrücklich reserviren sollte. Die Kurie verlangte ihrerseits sogar eine weitgehende geistliche Gerichtsbarkeit und Aufsicht über den Klerus und den Religionsunterricht in den Schulen, sowie Beseitigung des Plazets für Hirtenbriefe und andere kirchliche Erlasse. Die Verhandlungen führten im Jahre 1869 zu einer Uebereinkunft vom 23. Oktober 1869 / 29. August 1870 (E. G. S. X, 289), welche lautet:

« Uebereinkunft zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und dem heiligen Stuhle, betreffend die Einverleibung der bündnerischen Gemeinden Poschiavo und Brusio in das Bisthum Chur.

(Vom 29. August 1870.)

*Jean Baptiste Agnozzi*, Chargé d'Affaires du Saint Siége Apostolique près la Confédération suisse,

ayant porté à la connaissance de Son Eminence Monseigneur le Cardinal Antonelli, Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté, la note du 25 mai 1870 par laquelle le haut Conseil fédéral suisse se déclare disposé à ratifier la Convention dont la teneur suit:

« Ensuite d'une invitation du Conseil fédéral, en date du 11 août 1869, se sont réunis en conférence aujourd'hui le 28 octobre 1869 à Lucerne:

1. Monsieur Renward Meyer, Conseiller d'Etat à Lucerne, délégué du haut Conseil fédéral;

2. Monseigneur Agnozzi, Chargé d'Affaires du Saint Siége près la Confédération suisse, délégué du Saint Siége, et

3. Monsieur le conseiller national J.-R. Toggenburg, à Laax;

Monsieur le Conseiller des Etats R. Peterelli, à Savognino, — délégués du haut Canton des Grisons,

pour s'entendre, sous réserve de ratification, sur l'union des deux paroisses grisonnes de Poschiavo et de Brusio à l'évêché de Coire;

Les pouvoirs étant reconnus suffisants, les délégués sont tombés d'accord sur la Convention suivante:

§ 1.

Les communes de Poschiavo et de Brusio sont reconnues incorporées à l'évêché de Coire et jouissent dès ce mo-

ment des mêmes droits et sont soumises aux mêmes obligations que toute autre paroisse de ce diocèse dans le canton des Grisons.

§ 2.

Pour la séparation du diocèse de Como et pour l'union au diocèse de Coire, les deux communes prénommées ne sont obligées à aucune indemnité ou prestation, ni à l'évêché de Como, ni à celui de Coire.

§ 3.

Les droits et avantages réservés par le Canton des Grisons, particulièrement quant aux bourses au Collége Gallio à Como, appartenant aux deux communes de Poschiavo et de Brusio, resteront réservés jusqu'à la liquidation définitive.

Toutes les autres demandes d'indemnités provenant de la séparation d'avec l'évêché de Como, comme en particulier une part proportionnée aux fonds du diocèse de Como etc., se trouvent annulées et compensées.

§ 4.

Tous les délégués réservent la ratification des hautes autorités respectives.

Lucerne, le 23 octobre 1869.

(Sig.) *Renward Meyer.* *J. B. Agnozzi.*
» *J. R. Toggenburg.* *R. Peterelli.*»

ayant prié Son Eminence d'obtenir pour la même Convention la ratification du Saint Père;

ayant reçu de Son Eminence la réponse suivante:

Illustrissimo e Reverendissimo Signore. Sua Santitià dopo aver tutto ben ponderato si è benignamente degnata di approvare la Convenzione suddetta; Sua Santità poi mentre autorizza la Signoria Vostra ad ultimare tutte le formalità volute per lo scambio delle ratifiche della Convenzione medesima procederà con apposito decreto alla separazione delle parrocchie di Poschiavo e di Brusio dalla diocese di Como ed alla loro incorporazione à quella di Coira.

(Sig.) *G. Card. Antonelli.*

Déclare:

qu'il fait usage de l'autorisation spéciale ci-dessus mentionnée et qu'en accomplissement de l'échange des ratifications de la susdite Convention il dépose entre les mains de

**Monsieur Dubs, Président de la Confédération suisse, le présent document faisant foi de la ratification émanée du Saint Père.**

Berne, le 29 août 1870.

*J. B. Agnozzi,*
Chargé d'Affaires du Saint Siége.

(L. S.)

*A. R. Balthasar,*
Chancelier de la Nonciature Apostolique.»[1])

Ueber die sequestrirten bischöflichen Tafelgüter fanden in den Jahren 1862, 30. November, und 1887, 20. November (E. G. S. VII, 605 und IX, 347) besondere Uebereinkünfte statt.[2]) Auf diesem Standpunkte erfolgte nun das Konkordat vom 1. September 1884 (E. G. S. VII, 798[3]), welches lautet:

«Uebereinkommen zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und dem Heiligen Stuhl, betreffend die kirchlichen Verhältnisse im Kanton Tessin.[4])

*Le conseil fédéral de la Confédération suisse,*

après avoir vu et examiné la convention conclue entre la Confédération suisse, agissant en son propre nom et au

---

[1]) Die Ratifikation der vorstehenden Uebereinkunft hat zwischen dem Herrn Bundespräsidenten Dr. Dubs und dem Geschäftsträger des heiligen Stuhles bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Monsignor Agnozzi, am 29. August 1870 in Bern stattgefunden.

[2]) Durch dieselben übernahm der Staat Tessin die Tafelgüter des Bisthums Como gegen eine Ablösung. Die Vereinbarung von 1869/70 ist der Bundesversammlung nicht zur Ratifikation vorgelegt worden, obschon der Beschluss von 1859 diess ausdrücklich verlangte. Die «untergeordnete Wichtigkeit» der Sache (Bundesblatt 1888, pag. 183) scheint uns dafür, selbst wenn man es so ansehen könnte, keine hinreichende Rechtfertigung zu gewähren. Ebensowenig wurde das Konkordat vom 1. September 1884 dieser Genehmigung unterstellt.

[3]) Im Jahre 1872 war auch wieder verhandelt worden, damals lehnte die Kurie wiederum den Anschluss Tessins an ein schweizerisches Bisthum ab und ebenso eine andere Konzession in Bezug auf die Wahl eines Bischofs oder apostolischen Vikars von Tessin, als die, dass derselbe stets eine «persona grata» sein solle.

[4]) Abgeschlossen den 1. September 1884.
Ratifizirt vom Heil. Stuhle am 24. November 1884.
» » schweiz. Bundesrathe am 29. November 1884.

nom du canton du Tessin, d'une part, et le Saint-Siége, d'autre part, pour régler la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin, convention signée à Berne, le 1er septembre 1884, par les plénipotentiaires des deux parties et dont la teneur suit:

*Leo P. P. XIII.*

Cum inter Nos et Supremum Helveticæ Fœderationis Consilium die prima Septembris labentis anni Conventio inita sit ad res ecclesiasticas Pagi Ticinensis ordinandas, cuius Conventionis tenor est huiusmodi, nempe:

*Le Conseil fédéral suisse,* en son propre nom et au nom du canton du Tessin, et

*le Saint-Siége,* ayant décidé de conclure une convention pour régler la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin,

ont nommé dans ce but pour leurs plénipotentiaires, savoir:

*le Conseil fédéral:* Monsieur A.-O. Aepli de St-Gall, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Vienne, et monsieur R. Peterelli, de Savognino, canton des Grisons, membre du conseil des Etats suisse;

*le Saint-Siége:* Monseigneur D. Ferrata, Prélat de la maison du Saint-Père, sous-secrétaire de la congrégation des affaires ecclésiastiques extraordinaires,

lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants sous réserve de la ratification de leurs hauts commettants.

Art. 1.

Les paroisses du canton du Tessin sont détachées canoniquement des diocèses de Milan et de Côme et placées sous l'administration spirituelle d'un Prélat qui prendra le titre d'Administrateur apostolique du canton du Tessin.

Art. 2.

La nomination de l'administrateur apostolique sera faite par le Saint-Siége.

Art. 3.

Pour le cas où le titulaire viendrait à mourir avant l'organisation définitive de la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin, le Conseil fédéral, le canton du Tessin

et le Saint-Siége s'entendront sur la prolongation de l'administration provisoire instituée par cette convention.

Art. 4.

Le canton du Tessin s'oblige de prendre les mesures nécessaires pour l'exécution de cette convention, notamment en ce qui concerne le traitement de l'Administrateur apostolique, sa résidence, etc.

Art. 5.

Les ratifications de cette convention seront échangées à Berne dans le délai de trois mois.

Fait à Berne, le premier septembre mil huit cent quatre-vingt-quatre (1[er] septembre 1884).

(L. S.) (sig.) *A.-O. Aepli.* *R. Peterelli.*
(L. S.) (sig.) *D. Ferrata.*

*déclare,*

en son propre nom et au nom du canton du Tessin, que la convention ci-dessus est ratifiée et a force de loi dans toutes ses parties, promettant, au nom de la Confédération suisse et en celui du canton du Tessin, de l'observer consciencieusement et en tout temps, pour autant que cela dépend d'eux.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau fédéral.

Ainsi fait à Berne, le vingt-neuf novembre mil huit cent quatre-vingt-quatre (29 novembre 1884).

Au nom du conseil fédéral suisse,
*Le président de la Confédération :*
(L. S.) WELTI.
*Le chancelier de la Confédération :*
RINGIER.

Nos Conventionem hanc a Nobis diligenter inspectam atque perpensam voluntati Nostræ conformem ratam habemus et confirmamus, eique Nosmetipsos successoresque Nostros obstrictos fore declaramus. In quorum fidem solemne hoc ratihabitionis documentum Nostra subscriptione munivimus, eique sigillum Nostrum apponi iussimus.

Datum Romæ ex Palatio Apostolico Vaticano die 24 Novembris anno 1884.

Pontificatus Nostri Anno septimo.
(firmato) *Leo P. P. XIII.*»

Durch diesen Akt, der gleichzeitig ein Auskunftsmittel zur Beseitigung des Streitpunktes über die Absetzung des Bischofs von Basel sein sollte, war eine Verbindung der tessinischen mit der basel'schen Frage geschaffen worden und es war nun natürlich, dass nach dem Tode des Administrators Lachat (1. November 1886), der Definitivvertrag vom 16. März 1888, über den mit dem gleichen Unterhändler von 1884 (päpstlichen Nuntius in Brüssel, Mgr. Ferrata) verhandelt wurde, diese gewonnene Basis festzuhalten suchte.[1]) Hiebei hatte der tessinische Staatsrath (welchem gegenüber der Bundesrath auf Grund einer Petition der liberalen Minderheit des Grossen Rathes von Tessin die Initiative ergriffen hatte) von vornherein den bestimmten Wunsch einer eigenen Administration der tessinischen Pfarreien ausgesprochen und den Anschluss an ein anderes schweizerisches Bisthum, den der Bundesrath proponirte, abgelehnt (15. Januar 1887). Bei einem solchen nunmehrigen Zusammenstimmen der nächstbetheiligten Kantonsregierung mit den stets festgehaltenen Wünschen der Kurie konnte der Vertrag nicht anders ausfallen, als er ist, sondern ist damit das unter den vorliegenden Verhältnissen Mögliche erzielt worden. Der Administrator oder Generalvikar musste bischöflichen Charakter erhalten, um von dem Bischof und den Diözesanständen von Basel unabhängig zu sein; er seinerseits sollte nur Einfluss auf die Wahl des Bischofs haben, insofern die Diözesanstände damit einverstanden sind. Von dem Rechte, einen Wahlvorschlag für den Administrator zu machen, wollte die tessinische Regierung selbst keinen Gebrauch machen, obwohl der Vertreter der Kurie dagegen nicht opponirte; das allgemeine staatliche Aufsichtsrecht über die Kirche (jus inspectionis et cavendi) wurde nicht ausdrücklich vorbehalten, weil man diess als selbstverständliches Souveränetätsrecht ansah und nicht durch einen Vertrag sich erst bestätigen lassen wollte. So erhielt nun dieser wichtige Vertrag nach längeren Verhandlungen darüber, die in Bern gepflogen wurden, folgenden Wortlaut:

---

[1]) Die interimistischen Verhandlungen über die provisorische Ersetzung des Administrators sind im letzten Jahrbuch erwähnt. Die weitern Präliminarien enthält die Botschaft des Bundesrathes vom 23. Mai 1888 (Bundesbl. 1888, Nr. 24). Sehr zu loben ist die kurze Fassung dieser neueren Verträge gegenüber der Weitschweifigkeit der ältern Urkunden.

« *Convention entre le conseil fédéral suisse et le Saint-Siége pour régler définitivement la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin.*

(Du 16 mars 1888.)

*Le conseil fédéral suisse,*

en son propre nom et au nom du canton du Tessin,

et

*le Saint-Siége,*

en exécution de la convention du 1er septembre 1884,

voulant régler définitivement la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin,

ont nommé dans ce but pour leurs plénipotentiaires, savoir :

*le conseil fédéral suisse:*

Monsieur Numa Droz, chef du département des affaires étrangères, et

Monsieur Louis Ruchonnet, chef du département de justice et police ;

*le Saint-Siége:*

Monseigneur Dominique Ferrata, archevêque de Thessalonique, nonce apostolique à Bruxelles,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants, sous réserve de la ratification de leurs hauts commettants.

Art. 1er.

Pour le moment de l'entrée en vigueur de la présente convention, l'église paroissiale et collégiale de St-Laurent à Lugano sera érigée en église cathédrale pour tout le territoire du canton du Tessin, et cette église sera réunie canoniquement et à égalité des droits à l'église de Bâle, dont l'ordinaire portera dorénavant le titre d'évêque de Bâle et de Lugano.

Art. 2.

Pour l'administration de l'église cathédrale réunie, le Saint-Siége nommera, d'entente avec l'évêque diocésain, un administrateur apostolique qui sera choisi parmi les prêtres ressortissants tessinois.

L'administrateur apostolique aura le caractère épiscopal; il résidera dans le canton et portera le titre d'administrateur apostolique du Tessin.

Art. 3.

Les dispositions de la convention du 26 mars 1828 concernant la nomination de l'évêque de Bâle seront étendues à l'église cathédrale réunie si les autres parties intéressées y consentent.

Art. 4.

Il n'est apporté aucune modification à l'article 4 de la convention du 1er septembre 1884 et aux arrangements qui peuvent en découler.

En considération du fait que le canton du Tessin supporte les frais de son administration spéciale, ce canton et son administrateur apostolique ne contribueront ni à la mense de l'évêque diocésain, ni aux autres frais de l'administration générale du diocèse.

Art. 5.

L'administrateur actuel demeure au bénéfice de sa nomination, faite par le Saint-Siége en date du 20 septembre 1887.

Art. 6.

Les ratifications de cette convention seront échangées à Rome dans le délai de quatre mois, et la convention entrera en vigueur six mois après cet échange.

*Protocole final.*

Il est entendu 1° que l'église cathédrale réunie ne prendra aucune autre part à l'administration du diocèse de Bâle que celle dont l'article 3 fait mention; 2° que la mise en vigueur et la pleine application de la convention ne sont pas subordonnées à l'extension des dispositions de la convention du 26 mars 1828, prévue par ledit article 3, ni à l'usage éventuel de la faculté découlant de cette extension.

Berne, le 16 mars 1888.

(L. S.) (signé) *Droz.*

(L. S.) (signé) *L Ruchonnet.*

(L. S.) (signé) *Dominique Ferrata,* archevêque de Thessalonique, nonce apostolique à Bruxelles. »

Den Diözesanständen von Basel zeigte der Bundesrath dieses Resultat mit Kreisschreiben vom 3. April in folgender Weise an:

«Getreue, liebe Eidgenossen!

Wir beeilen uns, Ihnen den Wortlaut der Uebereinkunft mitzutheilen, welche am 16. vor. Mts. von unseren Abgeordneten und demjenigen des heil. Stuhles zu dem Zwecke abgeschlossen wurde, die kirchlichen Verhältnisse des Kantons Tessin in endgültiger Weise zu regeln. Diese Uebereinkunft, durch welche Tessin mit einem schweizerischen Bisthum verbunden wird, ist als glückliches Ergebniss einer von den Bundesbehörden seit Jahren befolgten Politik zu begrüssen. (Zu vergl. insbesondere: Botschaft des Bundesrathes vom 15. Juni 1859 und Bundesbeschluss vom 22. Juli 1859 im Bundesblatt 1859, II, 81 und in der eidgenössischen Gesetzessammlung, ältere Folge, VI, 300.) Sie verdankt ihr Zustandekommen dem versöhnlichen Geiste, den die Vertragsparteien, wie auch die Tessiner Regierung, an den Tag gelegt haben.

Bei der Frage, welchem Bisthum Tessin anzuschliessen sei, sind für uns die allgemeine Sachlage und die Möglichkeit leichten Verkehres massgebend gewesen. Wir haben gefunden, diese Vereinigung ohne Ihre förmliche Ermächtigung zum Gegenstande der Verhandlungen machen zu können, da sie Ihren Rechten nicht zu nahe tritt und weder Ihre eigenen Lasten, noch diejenigen Ihres Bischofs vermehrt. Ueber einen einzigen Punkt — es ist diess die Theilnahme von Tessin an der Wahl des Diözesanbischofs — haben wir formell Ihre Zustimmung vorbehalten, ohne jedoch die Inkraftsetzung und volle Anwendung der übrigen Vertragsbestimmungen davon abhängig zu machen. Wenn Sie, wie wir hoffen zu dürfen glauben, grundsätzlich nicht dagegen sind, dass Tessin an den aus dem Vertrage vom 26. März 1828 betreffend die Wahl des Bischofs abzuleitenden Befugnissen partizipire, so wird es dann Sache einer weitern Vereinbarung sein, die Modalitäten der Theilnahme von Tessin an diesem Wahlakte zu regeln.

Die Verknüpfung von Tessin mit einem schweizerischen Bisthume bildet ein weiteres Band zwischen diesem Kanton und der Eidgenossenschaft. Bei Ihrer bundesfreundlichen

Gesinnung werden Sie, wie wir gerne annehmen, unsere Anstrengungen, dieses Band immer enger zu knüpfen, unterstützen, und zu dieser innigeren Verbindung wird es beitragen, wenn diesem Kanton in Bezug auf die Wahl des beiden kirchlichen Verbänden gemeinsamen Bischofs ein Platz an Ihrer Seite eingeräumt wird.

Im Jahre 1884 hat Tessin zu einer Lösung Hand geboten, welche die Regelung der Ihr Bisthum betreffenden Fragen wesentlich erleichterte. Wir wünschen lebhaft, dass wir nun auch von Ihrer Seite in den Stand gesetzt werden, die neue Vereinbarung in vollem Umfange durchzuführen. Nachdem die Eidgenossenschaft beinahe ein Jahrhundert lang bemüht gewesen ist, Tessin von jeder ausländischen geistlichen Gerichtsbarkeit loszutrennen, würde es uns zu hoher Befriedigung gereichen, diesen Kanton mit einem Landesbisthum unlöslich verbunden zu sehen.

Indem wir Sie ersuchen, uns demnächst Ihre diesfällige Entschliessung zur Kenntniss zu bringen, benutzen wir gerne auch diesen Anlass, Sie, getreue, liebe Eidgenossen, sammt uns in den Machtschutz Gottes zu empfehlen.

Bern, den 3. April 1888.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:
Hertenstein.
Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Ringier.»

Der Grosse Rath von Tessin nahm den Vertrag sofort mit grosser Mehrheit an.

In der schweizerischen Bundesversammlung hingegen, welcher er diessmal, konform dem Beschlusse vom 22. Juli 1859, zur Genehmigung vorgelegt wurde, erhob sich Opposition, sowohl von Seiten solcher Personen, die den Inhalt des Vertrages nur mit Beifügung von Klauseln[1]) ratifiziren wollten (was natürlich staatsrechtlich gegenüber dem andern Kontrahenten nichts Anderes bedeutet als Ablehnung, mit

[1]) Hiezu gehörte namentlich: Die Forderung eines Einflusses des Staates auf die Wahl des Administrators, die Reservirung der staatlichen Hoheitsrechte im Vertrage und die ausdrückliche Verzichtleistung auf die Formel: «hæreticos et schismaticos pro posse persequar et impugnabo» im Bischofseid.

gleichzeitiger neuer Offerte, worüber wieder verhandelt werden muss), als solcher, die das formelle Recht der Diözesanstände, in solchen Dingen mitzuverhandeln, nicht hinreichend berücksichtigt glaubten. Die Mehrheit beider Räthe gab sich indessen schliesslich am 29. Juni, nachdem zuerst der Nationalrath die Beifügung der Klausel: « die staatlichen Hoheitsrechte des Kantons Tessin bleiben hiebei selbstverständlich gewahrt, » beschlossen hatte, mit einer inzwischen von Seite des Bundesraths gegebenen Erklärung über die Frage der Hoheitsrechte [1]) zufrieden, worauf die Ratifikation mittelst folgender Formel ausgesprochen wurde:

---

[1]) Diese wichtige Erklärung vom 26. Juni 1888 lautet:

« Es sind zwei Gründe insbesondere, welche der Annahme des Antrages Bezzola und Comtesse entgegenstehen.

Der erste Grund liegt in der Bundesverfassung selbst. Der Bund ist wohl kompetent in Allem, was die Zahl, die Umschreibung und die Trennung der schweizerischen Bisthümer, die apostolischen Vikariate inbegriffen, betrifft. Dagegen ist er in Allem, was die Beziehungen der von ihm anerkannten Bisthümer mit den Kantonen anbelangt, nicht kompetent, hat demnach diesen nichts vorzuschreiben in Bezug auf die Wahl der Bischöfe, die Zusammensetzung ihrer Kapitel und die geistlichen Funktionen im Allgemeinen.

Wollte man dem Kanton Tessin die Ausübung des Plazet vorschreiben, so müsste man auch den andern Kantonen dieselbe Bedingung auferlegen, was unzulässig ist.

Hätte der Kanton Tessin darein eingewilligt, in der Uebereinkunft des Plazet Erwähnung zu thun, so wäre es Sache des Bundesrathes als Mandatars Tessins gewesen, die Bedingungen der Ausübung dieses Rechtes zu stipuliren. Weitere Kompetenzen besitzt er nicht und konnte sich auch keine anmassen.

Der zweite Grund wird aus der kantonalen Souveränetät abgeleitet. Das Plazet ist nämlich Sache der Kantone; diejenigen unter ihnen, welche es ausüben, haben nicht für angezeigt erachtet, dieses Recht zum Gegenstand eines Vertrages mit dem heil. Stuhle zu machen, sondern sie haben es als einen Ausfluss der Staatshoheit angesehen und mithin dessen Anerkennung und Sanktionirung durch einen diplomatischen Akt nicht für nöthig erachtet. So hat der Grosse Rath des Kantons Wallis auf diese Weise die Ernennung des Bischofs von Sitten auf die Präsentation von 4 Kandidaten seitens des Kapitels für sich in Anspruch genommen: so haben die Diözesanstände von Basel im Jahr 1828 von dem Kapitel verlangt, dass es ihnen eine Liste von 6 Kandidaten vorlege, von welchen 3 gestrichen werden sollten, und später ist dieses Recht auf Streichung noch erweitert worden.

«Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 23. Mai und dessen Erklärung vom 26. Juni 1888 betreffend die Hoheitsrechte der Kantone, beschliesst: Art. 1. Der am 16. März 1888 in Bern zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und dem heil. Stuhle abgeschlossenen Uebereinkunft über endgültige Regelung der kirchlichen Verhältnisse des Kantons Tessin wird hiemit die Ratifikation ertheilt. Art. 2. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.»

Diese Redaktion weicht von dem frühern Antrag des Bundesrathes nur insofern ab, als im Eingang die Worte «und dessen Erklärung vom 26. Juni 1888 betreffend die Hoheitsrechte der Kantone» hinzugefügt sind.[1])

Zunächst hatten nun die basel'schen Diözesanstände, welche bereits am 14. Juni mittelst schriftlicher Eingabe an den Bundesrath die Rechte der Diözesankantone verwahrten, ihre Zustimmung zu ertheilen und gleichzeitig an der Stelle des am 24. Mai verstorbenen Bischofs Dr. F. Fiala einen neuen Bischof zu wählen, dessen Persönlichkeit in diesen sehr komplizirten Verhältnissen von grosser Bedeutung sein wird [2])

---

Heute noch existirt darüber keine Vereinbarung mit dem heil. Stuhle.

Von den Erklärungen des heil. Stuhles Akt nehmen, wie die HH. Bezzola und Comtesse vorschlagen, hiesse nicht nur einen Eingriff in ein ausschliesslich der Kantonalstaatshoheit vorbehaltenes Gebiet begehen, sondern implicite die Erklärung von Seite des Bundes abgeben, dass Wallis und die Stände des Bisthums Basel nicht das Recht gehabt hätten, einseitig zu handeln, wie sie es gethan; es hiesse die Hoheitsrechte des Kantons Tessin beschränken, ohne dass wir die Kompetenz hiezu besitzen.

Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrath, es sei die Ratifikation einfach zu ertheilen.»

[1]) Zum Austausche der Ratifikationen wurde vom Bundesrath ein Spezialgesandter in der Person des Obwalden'schen Ständerathes Wirz nach Rom abgeschickt, da der schweizerische Gesandte in Rom nur bei dem König von Italien akkreditirt ist.

[2]) Die Wahl erfolgt zufolge bestehender Uebung in nachstehender Weise: «Das Domkapital präsentirt sechs Namen, wovon jeder Diözesanstand drei missliebige zu streichen das Recht hat. Aus der Zahl der drei Nichtgestrichenen wählt dann das Domkapitel in geheimer Abstimmung den Bischof. Der heil. Stuhl hat das Genehmigungsrecht. Eine eigentliche Vereinbarung mit der

Wenn man an diesem vorläufigen Endpunkte die lange Serie von Verhandlungen überblickt, welche über beide, nun gewissermassen vereinigte Bisthümer seit dem Jahre 1814 stattgefunden haben, so kann man als Schlussresultat — abgesehen von der in allen Staaten schon oft gemachten Erfahrung, dass die römische Kurie im Wege der Verhandlung dem Staate durch Konsequenz in ihren Bestrebungen und richtige Unterscheidung des Wesentlichen und Unwe-

---

Kurie über den jetzt üblichen Wahlmodus existirt nicht (vgl. bundesräthliche Erklärung vom 26. Juni), sondern nur das Konkordat von 1828 und das Exhortationsbreve, das auf pag. 785/786 abgedruckt ist.

Zum Bischof von Basel wurde am 10. Juli 1888 gewählt Leonhard Haas von Horw (Luzern), geb. 1833, bisher Leiter (Regens) des luzernischen Priesterseminars. Derselbe gehört der strengkirchlichen Richtung an. Ein halboffizieller Bericht über die diessmalige Wahl enthält folgende Angaben:

«Nachdem am Vormittage des 10. Juli ein feierliches Requiem für den verstorbenen Bischof stattgehabt hatte, trat Nachmittags die Diözesankonferenz im Regierungsgebäude zusammen. Sie wurde von Landammann Munzinger mit einem würdigen Nachruf an den verewigten Bischof Fiala eröffnet. Hieran schloss sich eine Diskussion darüber, ob der Ausdruck der Genehmheit in der früher geübten Form (Streichung dreier Namen auf der Sechserliste) erfolgen und ob den aargauischen Vertretern, weil nur Synodal- und keine Standesvertreter, Mitwirkungsrecht zuerkannt werden wolle oder nicht. Ueber die letztere Frage waltete keine ernstliche Meinungsdifferenz. Ueber die andere Frage wurde — immerhin schiedlich und friedlich — debattirt, bis zwei Domherren die soeben vom Kapitel festgestellte Sechserliste der Konferenz überbrachten. Sofort wurde in die Bereinigung dieser Liste eingetreten und der Reihe nach über die einzelnen Namen abgestimmt. Auf Eggenschwyler fielen sämmtliche 6 Stimmen, auf Haas 3 gegen 3, Nietlisbach 5 gegen 1, Stammler 3 gegen 3, Jurt 1 gegen 5 und Kuhn 1 gegen 5. Frage: Ob Haas oder Stammler auf der Liste stehen bleiben solle? Man beschloss, durch die Abstimmung zu entscheiden. Die Abstimmung ergab 6 (also sämmtliche) Stimmen für Haas. Um 6 Uhr überbrachten die Vertreter des Vorortes (HH. Munzinger und Vonarx) die also bereinigte Liste, lautend auf Eggenschwyler, Haas und Nietlisbach, als genehme Persönlichkeiten, dem Domkapitel, welches hierauf Haas wählte. Derselbe hat bereits die päpstliche Bestätigung erhalten.»

Man sieht daraus am besten, wie — auch abgesehen von der provisorischen Stellung des Kantons Bern zu dem Bisthum Basel — die Verhältnisse desselben nicht ganz regulirt sind. Bern bezahlte bisher an den Gehalt des Basler-Bischofs jährlich 1864 Fr., ohne förmliche Verbindlichkeit und ohne förmlichen Beitritt zu der Diözese und nimmt auch an den Diözesan-Konferenzen keinen förmlichen Antheil. (Erklärung vom 16. Februar 1884.)

sentlichen überlegen ist und sich nur vor einem gänzlich entschiedenen, unabänderlichen Entschlusse beugt, welcher daher auch auf einem vernünftigen und sich immer gleich bleibenden staatlichen Grundsatze beruhen muss — folgendes beifügen: Die römische Kurie erlangt durch den Vertrag: das fortan unbestrittene Wahlrecht des Hirten von Tessin, das sie nicht überall hat (namentlich auch in dem Bisthum Basel nicht) und den Nichtanschluss von Tessin an ein anderes schweizerisches Bisthum [1]); der eidgenössische Staat

[1]) Wir legen auf den erstern Punkt unter den heutigen Verhältnissen kein sehr grosses Gewicht, da der zu Ernennende doch ein geborner Schweizer wird sein müssen (obwohl das nicht ausdrücklich gesagt ist) und faktisch eine «persona grata» für die tessinische Regierung ebenfalls. Einen direkten Einfluss des Bundesrathes auf die Wahl zu verlangen, hätte mit allem bisherigen Kirchenstaatsrecht kontrastirt und ist konsequent überhaupt nur auf dem Standpunkt eines Nationalbisthums möglich, ähnlich wie es bei der Genehmigung des christkatholischen Bisthums der Fall gewesen ist. Den wirklichen Anschluss an ein anderes Bisthum hätte die Kurie vielleicht schliesslich zugegeben, wenn sich das, bei Chur z. B., leichter hätte machen lassen und es überdiess der bestimmte Wunsch auch der jetzigen Tessiner Regierung gewesen wäre, was nicht der Fall war. Unbereitwilligkeit zu Verhandlungen und Unmässigkeit in den Forderungen kann man der jetzigen Regierung der Kirche im Ganzen nicht vorwerfen, nur kluge Benutzung aller Verhältnisse, wenn das überhaupt ein Vorwurf ist.

Der Anschluss an Graubünden, der an und für sich der natürlichste Ausweg gewesen wäre, wurde u. A. dadurch erschwert, dass der dortige Bischof nach dem zweiten Artikelbrief von 1526 und stets festgehaltener Staatspraxis ein Graubündner sein muss. Der betreffende Passus lautet: «Zum 18., so ist unser meinung und ordnung, wan nun ein thumbropst, dechan, thumher, pfarrher, caplan und ander geistliche, so pfründen in unsern landen haben, mit tod abgand, dass dann ein jetliche pfrund, so also ledig wird, einem landtskind aus den dryen Pündten, der geschickt darzuo ist, gelichen werden sol und keinem auszlendischen noch frömbden keineswegs, mit unterschied wo es zu schulden käme, dass man ein bischoff von Chur erwehlen sölte, so sol ein capitel mit Rhat des ganzen Gottshus in Underen und Obern Pündten thun.» Ein Grossrathsbeschluss vom 12. Juli 1824, bei Anlass des ohne Begrüssung und Zustimmung von Graubünden errichteten Doppelbisthums Chur-St. Gallen erklärte, dass man «bei allfälliger Erledigung des bischöflichen Stuhls zu Chur kein Individuum von den Weltlichkeiten werde Besitz nehmen lassen, welches nicht durch einheimische Canonici mit Anerkennung und Berücksichtigung früherer Landesgesetze und der ehemals dem Gotteshaus-

dagegen hat erreicht: die endliche Befreiung des Tessin von der kirchlichen Verknüpfung mit Italien, kein kleines Resultat langer Bemühungen, und die wenigstens formelle Anknüpfung dieses Kantons an ein schweizerisches Bisthum, die nun nach dem Art. 50 der Bundesverfassung ohne den zustimmenden Willen des Bundes nicht mehr lösbar ist. Der tessinische Staat hat nichts verloren, was er besass und nichts gewonnen, wenn man dazu nicht den Verzicht der Kurie auf Forderungen in Bezug auf die Gesetzgebung rechnen will,

---

bund, dermalen aber dem Kanton zustehenden Rechte erwählt worden.» Der grosse Rath beauftragte damals die Regierung sowohl, einen Herrn Wulli von Freiburg nicht als Kanonikus anzuerkennen, als auch die Residenz und das ganze Vermögen des Bisthums unter Staatsverwaltung zu setzen und dem damaligen Fürstbischof schriftlich zu erklären, «es sehe der Stand den jeweiligen Bischof von Chur, sowohl nach staatsrechtlichen Grundsätzen, als nach den besondern Einverständnissen mit dem Bisthum und den bestehenden Gesetzen in allem Weltlichen ebenso sehr als von sich abhängig an, als andere christliche Souveräne ihre Bischöfe». Der eidgenössischen Tagsatzung wurde mitzutheilen beschlossen, dass der «Stand Graubünden durchaus keine Rücksicht auf Einverständnisse nehme, die ohne Vorwissen und Begrüssung der Standesregierung abgeschlossen worden, selbst wenn sie in Form päpstlicher Bullen eingekleidet wären.» Auch später bei Ernennung des Herrn v. Haller (Sohn des bekannten bernischen Apostaten) zum «Weihbischof» von Chur, wurde die Erklärung wiederholt, dass derselbe niemals als Bischof werde anerkannt werden. Das graubündnerische Bisthum ist eben, wie das wallisische, ganz mit der Landesgeschichte verwachsen, ein eigentlich nationales, und die graubündnerische Kirchengeschichte hat daher sehr viel Eigenthümliches an sich. Die beiden Artikelbriefe z. B., von denen der erste von 1524 dem berühmten eidgenössischen Mandat vom Glauben sehr ähnlich sieht, sind dort nie förmlich beseitigt worden. Der Freiherr von Rhäzüns, Johannes Planta wurde noch im Jahr 1572, lange nach der Reformation, von seinen katholischen Glaubensgenossen nach Chur ausgeliefert und dort hingerichtet, bloss weil er ohne Anzeige und Erlaubniss der Bundesregierung ein päpstliches Amt im Veltlin angenommen hatte. Auch das dürfte ein in der allgemeinen Kirchengeschichte sehr seltener Fall sein, dass ein Bischof von Chur in den Jahren 1540 bis 1549 öfters protestantischen Kindern in der protestantischen Kirche persönlich zu Gevatter stand, oder dass die weltliche Obrigkeit einem Katholiken, «dem ein pfaff sin wib wegfüeret», die Scheidung und Wiederverehelichung bewilligte (Landesprotokolle 1583). Mit einem so eigenthümlichen Staatswesen ist eine Verbindung nicht leicht, und sie würde dem Staate Graubünden kaum konvenirt haben.

die in frühern Stadien der Verhandlung, freilich unter andern politischen Verhältnissen (in einer liberalen Aera) gestellt wurden. Auf die künftige kirchenstaatsrechtliche Haltung dieser Regierung wird am meisten ankommen, denn das am wenigsten befriedigende Moment bei diesem vorläufigen Endvertrage ist die Konstruktion eines solchen Doppel- oder Zwillingsbisthums mit verschiedenem Recht, dessen Schwierigkeiten seiner Zeit das Doppelbisthum Chur-St. Gallen, selbst unter den günstigeren Verhältnissen eines einzigen Titulars, jedem Kenner der kirchlichen Geschichte gezeigt hat Wenn aber Schwierigkeiten zwischen den beiden Theilen des Bisthums Basel-Lugano entstehen, so ist von dem jetzigen Zustand zu dem selbstständigen «Bisthum Tessin» nur noch ein viel kleinerer Schritt als früher; mehr als die Hälfte des Weges ist zurückgelegt und eine Gewohnheit hat sich gebildet. Das ist viel im Staats- und Völkerrecht. Wir leben jetzt in einer Periode der Auskunftsmittel und der Politik der Etappen. Was in Einem Anlaufe nicht erzielt werden kann, wird durch Uebergangszustände vorbereitet.[1])

Die eigentliche Lösung ist verschoben auf die nächste Generation, die an die neuen Verhältnisse gewöhnt sein wird. Wer diese Generation hat, der erhält zuletzt das Recht, das er wünscht.

Was zunächst nun kommen muss, ist die förmliche Rekonstruktion der Diözesanstände, einschliesslich Bern, und die Lösung der Fragen über die rechtliche Natur und Funktion dieser regelmässigen Konferenz von Regierungen, die dem Basler-Bisthum eigenthümlich ist. Ob diess dann der eigentliche Abschluss seiner langen und vielfach

---

[1]) Wie die «Okkupation» von Bosnien, oder bisher Massauah, die «Verwaltung» von Cypern und Aegypten, die «Reservatrechte» der deutschen Bundesverfassung, vielleicht bald die «Verpfändung» Armeniens. Die gleichen Verhältnisse, gerade solche später unlösbar werdenden Verpfändungen. durch die sich die Bevölkerung allmälig an ihr neues Loos gewöhnt, kommen auch in unserer alten Geschichte sehr häufig vor und haben in der Regel ihren Zweck glücklich erreicht. Unsere Mediationsverfassung war ebenfalls ein solcher Uebergangszustand, aus dem sich die Schweiz vielleicht nie mehr bloss durch eigene Kraft befreit haben würde. Will man das Schlussresultat nicht, so muss man «den Anfängen wehren».

merkwürdigen Geschichte ist, die wir in diesem prägnanten Momente kurz zu skizziren versuchten, möchte vorläufig zu bezweifeln sein. Im natürlichen Interesse der Eidgenossenschaft liegt stets das Nationalbisthum, die möglichst übereinstimmende äussere Organisation der kirchlichen und politischen Lebenskreise: nationale Kirche ohne kantonales Staatskirchenthum, und unter Bundesstaatsrecht stehend [1]); in demjenigen der Kurie, die auf einem kosmopolitischen Standpunkt sich befindet, die Beibehaltung kleiner Immediatbisthümer in der Schweiz, ohne Metropolitanverband. vielleicht unter gelegentlicher Erhebung eines schweizerischen Bischofs zum Kardinal, als thatsächlicher Ersatz eines Erzbischofs und gleichzeitig der seit 1873 fehlenden Nuntiatur, eine Massregel, die der staatlichen Kontrole nicht unterliegt. [2])

Am meisten bedeutet in allen diesen Dingen in der Schweiz die jeweilige Stimmung der gleichzeitig kirchlich und national gesinnten römisch-katholischen Bevölkerung, an deren Existenz wir, trotz manigfacher Bestreitung, fest glauben, die zu allen Zeiten, selbst in denjenigen des borromäischen und des Sonderbunds, bestanden und zuletzt immer den Ausschlag gegeben hat. [3])

---

[1]) Die Frage der Centralisation im Bundesstaat spielt auch hier ihre Rolle. Die Konkordate mit dem päpstlichen Stuhl wurden früher von den Kantonen verhandelt und abgeschlossen und nur nach Praxis seit 1848 dem Bund vorgelegt. Jetzt aber schliesst sie der Bund direkt, unter blosser Berathung der Kantone. Ein Nationalbisthum wäre der Uebergang der staatsrechtlichen Befugnisse in Bezug auf die katholische Kirche an den Bund.

[2]) Die schweizerischen Bischöfe stehen schon gegenwärtig in einem organisirten Verband, der regelmässige Zusammenkünfte hält und sich auch mitunter schon in kollektiver Weise an die Bundesbehörden wandte. Das Bedürfniss der Organisation macht sich geltend und ein. vermöge einer höhern kirchlichen Würde und der Auswahl des Papstes autorisirtes ständiges Oberhaupt dieser Vereinigung würde nichts Ungewöhnliches sein. sogar dem jetzt völlig monarchischen Regierungssystem der katholischen Kirche besser entsprechen, als die republikanische Vereinsform, und zugleich die wesentlichen Zwecke einer Nuntiatur erfüllen. Im Uebrigen sind Immediatbisthümer und die Nichtwiederherstellung früherer Metropolitanverbände nicht im Einklang mit dem regelmässigen kanonischen Recht. (Conc. Trid. Sessio 24.)

[3]) Ohne sie würde die Eidgenossenschaft in der Zeit ihrer Religionskriege auseinander gegangen sein. Mit ihr wurden

Auf die weiter links stehenden Katholiken hört die Kurie nicht und dieselbe fürchtet sie auch nicht; die eigentlichen «Ultramontanen», die für die nationalen Interessen überhaupt kein Herz haben, bieten ihr ebenfalls keinen hinreichend festen Anhaltspunkt, weil sie selbst keinen solchen in dem besten Theile der katholischen Bevölkerung besitzen. Von der Verständigkeit der Mittelklasse, die einen möglichst haltbaren Frieden zwischen Staat und Kirche aufrichtig will, weil sie beiden innig angehört, hängt die fernere Geschichte des Bisthums Basel-Lugano, das in diesem Jahre das Licht der Welt erblickt hat, ab.

---

niemals, selbst nicht zur Zeit von Kappel und Vilmergen, die Bundesbriefe zurückgestellt. Einzig Freiburg kündete Genf und die damaligen katholischen Orte insgesammt Mülhausen den Bund auf. Sie wussten aber dabei sehr wohl, dass diese Zugewandten dessenungeachtet in Verbindung mit der Eidgenossenschaft bleiben würden. Ueber die charakteristische Urkunde bezüglich Mülhausen's vom 4. November 1586 vgl. Balthasar's «Gedanken und Fragmente» von 1783, pag. 174.

# III.

## Die Staatsverträge der Eidgenossenschaft.

Die Eidgenossenschaft hat gegenwärtig keine Allianzen, noch allianzähnliche Verbindungen mit irgend einem Staate, sondern bloss Verträge nicht politischer Natur, und es wäre auch schwer zu sagen, zu welchem Staate sie überhaupt in den nächsten Beziehungen stehe. Im Allgemeinen dürften hiebei Deutschland, Frankreich, Nordamerika und Oesterreich konkurriren, von denen die drei erstgenannten auch herkömmlich, oder zufolge neuerer ausdrücklicher Erklärungen sich der Schweizer im Auslande annehmen, wo dieselben keinen eigenen Vertreter haben.

Mit Deutschland verband uns ursprünglich die vorherrschende Abstammung und Sprache [1]), sowie die Reichsangehörigkeit, die faktisch mit dem Frieden von Basel (22. Sept. 1499, E. A. II, Beilage 19 (einem Schiedsspruch des Herzogs Lodovico Maria Sforza von Mailand) juristisch durch einen Artikel des westphälischen Friedens von 1648 (E. A. V, II, 2218) aufhörte. Doch blieb ein Gefühl alter «Verwandtschaft» zurück [2]), demzufolge z. B. mitunter bei den spätern französischen Soldverträgen angenommen zu werden pflegte, dass die schweizerischen Truppen nicht gegen das deutsche Reich gebraucht werden dürfen.

---

[1]) Alle 13 alten Orte (selbst Freiburg) waren deutsche Länder und die alte Eidgenossenschaft ein Bund im Reich, wie es deren noch verschiedene andere gab. Ihr alter offizieller Staatstitel ist z. B. in den alten französischen Verträgen «partes lige veteris Alemannie alte», «der alte grosse Bund in hochtütschen Landen». In der Schilling'schen Chronik über den Burgunderkrieg heissen die Schweizer einfach «die Tütschen».

[2]) Vgl. pag. 755.

Mit Oesterreich war nach einer beinahe 200jährigen, nur durch zahlreiche Waffenstillstände unterbrochenen «Erbfeindschaft» durch die «ewige Richtung» von Senlis vom 11. Juni 1474 (der Form nach auch einem Schiedsspruch Ludwigs XI. von Frankreich, E. A. II, Beilage 51) ein dauernder Friede mit Anerkennung des uti possidetis und gegenseitiger Hilfeleistung, «wo es Ehren halber gebührlich sein mag», sowie Ausschluss aller neuen Zölle und Lasten und Besatzungsrecht der Eidgenossenschaft in den Schwarzwaldstädten eingetreten, der 1477 zu einer «ewigen Erbeinung» (erneuert 1478 und 1487) und 1511 zu der «erneuten Erbeinung» ausgedehnt wurde (die auch die Franche-Comté einschloss, vgl. pag. 391), wonach man sich gegenseitiges «getreues Aufsehen», d. h. beständige Aufmerksamkeit auf die beidseitigen Interessen versprach. Oesterreich ist seither mit wenigen Ausnahmen der inoffensivste Nachbar der Schweiz gewesen, der keinerlei divergirende Interessen besitzt.

Frankreich ist der «Erbfreund» der Eidgenossenschaft. Zwar die ersten Begegnungen (mit Karl IV. Vertrag von Bar-sur-Aube mit Leopold von Oesterreich, E. A. I, 14 und die Schlacht von St. Jakob an der Birs gegen die Soldschaaren des nachmaligen Königs Ludwig XI.) waren keineswegs freundliche gewesen; dieselben traten jedoch durch Verträge mit Karl VIII. (8. November 1452 und 27. Februar 1853, E. A. II, Beilagen 31 u. 33) ein und es blieb seither traditionelle Politik aller französischen Regierungen, am wenigsten (oder, vielleicht besser gesagt, am wenigsten geschickt und taktvoll) der orleanistischen von 1830—1848, diese Beziehungen mit Sorgfalt zu unterhalten. Seit dem Vertrage mit Ludwig XI. (1474, 26. Okt., E. A. II, Beil. 53) beginnt das bis 1830 mit geringen Unterbrechungen fortdauernde Kapitulationsverhältniss, wonach die Schweiz dem König die Werbung von Truppen um vertragsmässig bestimmten Sold und gegen eine Konzessionsgebühr von anfänglich 20,000 Goldlivres, «als Beweis seiner Liebe», nebst anderweitigen civilrechtlichen und Handelsvortheilen für ihre Kaufleute gestattete. Dieses Dienstverhältniss steigerte sich allmälig dermassen, dass Ludwig XIV. zu seinem Hauptwerber, Oberst Stuppa von Chiavenna, den Ausspruch thun konnte, man könnte mit dem bereits in die Schweiz geflossenen Gelde die ganze Strasse von Basel nach Paris

mit Thalerstücken belegen, und die Schweizer wurden infolge der bedeutenden Vortheile in Bezug auf Niederlassung, Handel und Religionsausübung, die sie in Frankreich genossen, in einem spätern Vertrage mit Ludwig XIV. geradezu als «natürliche Einwohner» (régnicoles) bezeichnet. Der König erklärte ferner sich und seine Nachfolger in einem solchen Vertrage mit den katholischen Orten «als Garant und Gewährsmann für die Traktate zwischen den löblichen Orten», womit das spätere Protektorat Napoleons I. bereits seinen Anfang nahm (9. Mai 1715, E. A. VII, I, Beilage 5). Die wichtigsten successiven Verträge mit dem alten Frankreich waren: Die Militärkapitulationen mit Karl VIII. (1484, 9. August und 1495, 24. April und 1. November, E. A. III, Beil. 18 u. 29) und mit Ludwig XI. (1499, 16. März, E. A. III, Beil. 34), der in Bezug auf die italienischen Landestheile wichtige Friede von Arona mit denselben (11. April 1503, E. A. III. II, 1305), der ewige Friede mit Franz I. vom 29. November 1516 (E. A. III, II, Beil. 36) und der Verein von 1521 (E. A. IV., Beil. I), eine ewige Allianz; zwei Verträge mit Ludwig XIV. 1663, 24. September, E. A. VI, Beil. 12 und der obgenannte von 1715, der einen geheimen Beibrief für die katholischen Orte, den sogenannten «Trücklibund» hatte; ein solcher mit Ludwig XVI. (1777, 28. Mai, E. A, VII, II, Beil. 9). Später folgen die Allianzen vom 19. August 1798 und 27. September 1803, die Militärkapitulationen von 1803, 1812 und 1814, die civilrechtlichen Verträge von 1827 und 1869 und die Handelsverträge von 1864 und 1882. Der Vertrag von 1869 ist noch immer der einzige, der Vereinbarungen über die gegenseitige Vollstreckung der civilrechtlichen Urtheile enthält. Durch diese altherkömmlichen Beziehungen, die Reminiscenzen der französischen Revolution, zahlreiche gegenseitige Niederlassungs- und Handelsverhältnisse und durch Civilgesetzgebungen, die auf der französischen Jurisprudenz basiren, ist neben der Stamm- und Sprachverwandtschaft eines Theils der eidgenössischen Kantone das Freundschaftsverhältniss zu Frankreich entstanden, das alle Regierungswechsel überdauert.[1])

---

[1]) Viele dieser ältern Verträge der Eidgenossenschaft würden einer eingehenderen modernen Beurtheilung bedürfen, die wir uns auch gelegentlich in diesem Buche vorsetzen.

Die wichtigsten weitern Staatsverträge der alten Eidgenossenschaft sind: Die sogenannten Mailänder Kapitulate, wovon

Mit der **nordamerikanischen Republik** verbindet uns weder Verwandtschaft, noch versöhnte Feindschaft, noch alte, theils auf Sympathie, theils auf Interesse beruhende Freundschaft, sondern das letzte der stärksten

---

das «grosse» mit Blanca Maria und Gian Galeazzo Sforza vom 26. Januar 1467 (E. A. II, Beil. 41) das massgebende geblieben ist. Dasselbe wurde mit allen spätern Herrschern des Mailändischen Gebiets Lodovico Sforza Moro (1477, 1483, 1496, 1498), Ludwig XII. (1503), Maximilian Sforza (1512), Spanien (1533, 1587) erneuert. Graubünden hatte noch Separat-Kapitulate (besonders von 1639 und 1726). — Die Savoyer Verträge: Die Rückgabe der Waadt 1478, 21. Februar, die erste Kapitulation vom 27. August 1512, das 101-jährige Bündniss Karls III. mit Wallis vom 1. Mai 1528, der Vertrag von St. Julien mit Karl Emanuel III. (E. A. IV, I, B. 1501), 1530 19. Oktober, welcher im Jahre 1536 die dauernde Eroberung der Waadt veranlasste, die katholisch-konfessionellen Bündnisse von 1560, 11. November, 1577, 8. Mai, 1581, 25. Februar, deren erstes den ungünstigen und noch heute beklagenswerthen Lausannervertrag vom 30. Oktober 1564 herbeiführte, der in unserer politischen Geschichte eine grosse Rolle spielt und unsere südwestliche Grenze dauernd verstümmelt hat (E. A. IV, II, 1477, 301). — Die päpstlichen Konkordate mit Sixtus IV. und Innozenz VIII, 18. Oktober 1479 und 21. Januar 1480 (E. A. III, I, 609), worin als Gegenleistung gegen Kriegshülfe das alte eidgenössische, in mancher Beziehung von der Regel abweichende Kirchenrecht (die usi ed abusi Svizzeri) förmlich garantirt ist, die Allianzen mit Julius II. (1510, 14. März, E. A. III, 1333, 484) und Leo X. (1515, 3. Februar, E. A. III, 1382, 850); mit dem Letztern auch noch weitere Verträge von 1514, 9. Dezember, und 1516, 5. Oktober und 18. November, die mit den grössten Ereignissen der schweizerischen Kriegsgeschichte (Novarra, Dijon, Marignano) verbunden sind, und ein auf Erhaltung und Befestigung der katholischen Konfession gerichteter Bund der V katholischen Orte mit Pius IV. (10. April 1565, E. A. IV, II, 1517, 816). — Die spanischen Verträge mit Philipp II. (die oben bereits erwähnte Bestätigung der Erbeinung für die Franche-Comté von 1557, 16. Juni (E. A. IV. II, 1457, 18) und das Bündniss der VI katholischen Orte vom 12. Mai 1587 (E. A. V. I. 1829). — Andere Verträge mit Württemberg (1469, 1500, 1509), Holland (Bern und Graubünden, 19. April und 21. Juni 1712), dem Markgrafen von Montferrat (drei Waldstätte, 26. September 1507), Baiern (1491, 23. August), Ungarn (1479, 26. März), Lothringen (1476, 7. Oktober), Burgrechte mit Konstanz und Besançon, sowie Anknüpfungen mit Florenz und England waren von weniger dauernder Natur.

Alle diese Verträge waren schliesslich ihrem wesentlichen Inhalte nach Militärkapitulationen, welche die nationale Industrie der Eidgenossenschaft bildeten und sie mit Frankreich, Spanien, Oesterreich, Sardinien, Neapel, Venedig, Holland und dem Papst in eine Verbindung setzten, die heute bloss noch in der kleinen päpstlichen Gardetruppe fortbesteht.

Bande, die Menschen vereinen, politische Gesinnungsgenossenschaft. Wir sind die einzigen älteren und erheblicheren Republiken, die auf alle Dauer dieser Staatsform zugethan sind und bei aller, unzweifelhaft vorhandenen, historischen Berechtigung der Monarchie, ihr doch mit dem alten Seher Samuel den idealen Vorzug nicht einräumen, der ihr in neuester Zeit vielfach vindizirt werden will.[1]) Es ist diesen vorwiegend idealen Beziehungen entsprechend, die in der Bundesverfassung von 1848 ihren bewussten Ausdruck gefunden haben, dass uns keine ungewöhnlichen Staatsverträge mit dieser Schwesterrepublik verbinden. Selbst die freundschaftliche Vertretung der Schweizer im Ausland durch amerikanische Konsuln beruht unseres Wissens nicht auf einer so ausdrücklichen Zusage, wie die von Deutschland ertheilte, und der einzige aussergewöhnliche Staatsvertrag, derjenige über die Beseitigung aller Streitfälle durch Schiedsgerichte (vgl. Jahrbuch, Band I [1886], pag. 593) ist noch nicht zu Stande gekommen. Wenn wir dessenungeachtet in allen Nothfällen auf den theilnehmenden Beistand der amerikanischen Republik zu rechnen gewohnt sind,[2]) so zeigt diess in unserer materiellen Zeit, dass die idealeren, nicht auf blossem Interessen-

---

[1]) Wie sogar kirchliche Leute verschiedenster Richtung (wir nennen als Beispiele nur Stahl und D. F. Strauss) die Monarchie für eine besonders gottgewollte, oder gar mystisch-begnadigte Einrichtung (statt einer natürlich-historischen, als welche auch wir sie gerne anerkennen) bezeichnen können, ist uns neben der Verehrung, die sie doch zum Theil für das alte Testament haben und gegenüber Stellen, die ausdrücklich als «Gottes Wort» bezeichnet werden (I Sam. VIII, 6, 7, 18, 22. X, 19, XII, 20. Hosea XII, 11) nie ganz klar geworden. Das neue Testament spricht weder von Republik noch Monarchie, nimmt das also gleichgültig; immerhin kann man nicht sagen, dass Christus seinen speziellen «Landesherren» mit grossem Respekt begegne. Es kommt also offenbar für Christen auf die Art derselben an. Vgl. darüber Evangelium Lucæ VII, 25; XVI, 15; XX, 21, 25; XIII, 32; XXII, 25, 26; XXIII, 8—12; IX, 9, 10; Joh. V. 44. Sehr wohlthuend berührt gegen Phantastereien, wie sie u. A. der Schluss von Strauss' altem und neuem Glauben enthält, das ehrliche, Friedrich dem Grossen nachgesprochene Wort des jetzigen deutschen Kaisers, dass er «der erste Diener des Staates» sei. Das ist die allein vernünftige Auffassung.

[2]) Einzig in dem Cravairola-Entscheid (Vgl. Jahrbuch 1887, pag. 674) hat sich diess in der Person des damaligen amerikanischen Gesandten in Florenz durchaus nicht bewährt.

markt beruhenden Beziehungen des Menschenlebens auch bei Staatsindividuen ebenso unentbehrlich sind, wie bei den einzelnen Menschen und dass es stillschweigende Allianzen der Völker gibt, die ebenso kräftig sein können, wie die ausdrücklicheren der Könige.

Die letzte Allianz letzterer Art wurde der Eidgenossenschaft im Frühjahr 1848, noch vor der Erstellung ihrer neuen Bundesverfassung, von dem Könige Carlo Alberto von Sardinien angetragen, zu dem Zwecke, um Oesterreich aus der Lombardei zu vertreiben. Die Schweiz sollte dem König 30,000 Mann Hülfstruppen stellen und andere 30,000 in Reserve bereit halten. Die Tagsatzung verwarf jedoch mit allen gegen 7 Stimmen das Angebot, dem lediglich damalige politische Sympathien und Antipathien zur Empfehlung dienen konnten, und ist damit dem Irrwege entgangen, von Neuem Kriege in Oberitalien für fremde Interessen zu führen, wie sie ihr in den Jahren 1494 bis 1515 ihr bestes Blut gekostet und die eidgenössische Geschichte in einer dauernden Weise verkümmert haben.

---

Die modernen Staatsverträge zerfallen zunächst in zwei Abtheilungen: solche der gesammten Eidgenossenschaft mit dem Ausland und solche, welche die Kantone nach den Art. 7 und 9 der Bundesverfassung unter sich und ausnahmsweise auch mit dem Auslande noch abschliessen dürfen.[1]) Die Konkordate mit dem päpstlichen Stuhl rechnen wir auch unter die Staatsverträge und zwar nach der jetzt vorherrschenden Anschauung unter die erste Gruppe. In derselben unterscheiden sich dann noch deutlich die eigentlich internationalen Verträge, die auf die möglichst ausgedehnte Betheiligung aller civilisirten Staaten berechnet sind und zu denen daher der Beitritt jedem solchen Staate durch blosse Beitrittserklärung bei einer Centralstelle offen steht,

---

[1]) Dieselben dürfen keinen politischen Inhalt, noch etwas dem Bund oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes haben. Die Verträge der Kantone unter sich sind dem Bundesrath zur Einsicht vorzulegen, diejenigen der Kantone mit dem Ausland werden nach neuerer Praxis von dem Bundesrath Namens und unter Berathung der Kantone abgeschlossen, doch besteht darüber noch keine ganz feste Regel.

von einer Anzahl von Verträgen mit beschränkterem Geltungsgebiet und endlich von den Spezialverträgen, welche die Eidgenossenschaft bloss mit einzelnen Staaten verbinden.

I. Die internationalen Verträge, bei welchen die Schweiz betheiligt ist, sind folgende:

1. Der beinahe alle Staaten umfassende Weltpostvertrag vom 1. Juni 1878 mit Zusatzverträgen vom 14. Juni 1878 und 3. November 1880 und der Revision von Lissabon 1885, mit ihren Zusatzverträgen über Austausch von Werthbriefen, Geldanweisungen, Einzugsmandate, Poststücke (Colis postaux), Identitätsnachweise (livrets d'identité). Die Zusatzverträge gelten nicht für alle Staaten des Weltpostvereins. Ausser denselben bestehen noch weitere besondere Vereinbarungen zwischen der Schweiz und einzelnen Staaten des Vereins. (Hauptsächliche Abdrücke G. S. III. 673, 711, 728, V. 881, IX. 132, 160.) Der Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit, kann aber stets ein Jahr zum voraus bei dem schweizerischen Bundesrath gekündet werden; er hat ein internationales Bureau in Bern.

2. Der internationale Telegraphenvertrag, jetzt vom 22. Juli 1875 (II. 295) mit Dienstreglement vom 17. September 1885, unter 33 Staaten und mehreren Privatgesellschaften, mit Centralorgan in Bern, auf unbestimmte Zeit und jährliche Kündigung abgeschlossen. Auch hier bestehen Separatverträge mit Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien und ein solcher mit Württemberg über das unterseeische Bodenseekabel (IX. 61).

3. Der internationale Metervertrag unter 22 Staaten, die metrisches Mass und Gewicht haben, mit internationalem Bureau in Paris und einem internationalen Mass- und Gewichtscomité, aus Mitgliedern verschiedener Staaten bestehend, und regelmässiger Generalkonferenz alle 6 Jahre in Paris; nach 12 Jahren jährlich kündbar (II. 1, VII. 616, VIII. 343).

4. Der Verein zum Schutze des gewerblichen Eigenthums (union pour la protection de la propriété industrielle) vom 20. März 1883 (VII. 515) mit Centralbureau in Bern, auf unbestimmte Zeit unter Vorbehalt periodischer Revision geschlossen, er umfasst dermalen 16 Staaten. (Entsprechendes Bundesgesetz vom 29. Mai 1888, Bundesblatt Nr. 30.)

5. Der Verein zum Schutze von Werken der Litteratur und Kunst (union pour la protection des œuvres littéraires et artistiques) vom 9. September 1886 unter ursprünglich 10 Staaten (X. 219) auf unbestimmte Zeit, jährlich kündbar, mit Centralbureau in Bern. (Entsprechendes Bundesgesetz vom 23. April 1883, VII. 261).

6. Der Pariser Vertrag über das Europäische Seerecht in Kriegszeiten vom 16. April 1856 (VI. 348), dem die Schweiz später beigetreten ist.

7. Die sog. Genfer Konvention «zur Verbesserung des Looses der im Krieg verwundeten Militärs» vom 22. August 1864 (VIII. 520). Dieselbe hat dermalen noch ein Centralorgan in einem Comité in Genf, dessen Verhältnisse nicht förmlich vertragsmässig geordnet sind; der schweizerische Bundesrath vermittelt den Verkehr zwischen den Verbandstaaten. Eine Nachtragsübereinkunft, Verbesserungen und Ausdehnung der Konvention auf den Seekrieg enthaltend, vom 20. Oktober 1868 ist zwar von der Schweiz angenommen, aber nicht allgemein ratifizirt worden und hat bloss interpretativen Werth. Sie findet sich daher auch nicht in der Eidg. Gesetzessammlung.

8. Die sog. Petersburger Konvention vom 29. November/11. Dezember 1868 (IX, 597) betrifft «Nichtanwendung der Sprenggeschosse im Krieg» von weniger als 400 Gramm Gewicht und gilt ausdrücklich nur für die Staaten, die beigetreten sind. Der Beitritt der Schweiz geschah durch eine blosse Erklärung des Bundesraths (nicht der Bundesversammlung) vom 20. Dezember 1868. Bei einer beabsichtigten Ausdehnung dieser Vereinbarung auf das ganze Gebiet des modernen Kriegsrechts in den sog. Brüsseler Konferenzen von 1874 unter 13 Staaten hat sich die Schweiz auch betheiligt und würde ihrerseits voraussichtlich bereit sein, das aus 56 Artikeln bestehende «projet d'une déclaration internationale concernant les lois et coutumes de la guerre» förmlich als Vertrag anzunehmen.[1])

---

[1]) Die Verhandlungen der Konferenz sind nur als Manuskript gedruckt. Das Schlussprojekt findet sich abgedruckt in einem Aufsatz des Herausgebers über «Die Brüsseler Protokolle» in den «schweizerischen Blättern für Kriegsverwaltung», Jahrgang 1887, wo auch die allfällig anzustrebenden Verbesserungen angegeben sind.

Engeren Charakter haben, indem sie nicht auf einen allgemeinen Beitritt durch Erklärung bei einer Centralstelle angelegt sind:

1. Der lateinische Münzvertrag zwischen der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien und Griechenland, in seiner jetzigen Fassung vom 6. November 1885 (VIII, 425). Neue Beitritte müssen hier einstimmig genehmigt werden;[1]) es besteht kein Centralorgan; der Vertrag gilt bis 1. Januar 1891, dann auf jährliche Kündigung.

2. Die Konventionen über internationales Eisenbahnfrachtrecht und über technische Einheit im Eisenbahnwesen, von denen vorläufig nur die letztere (durch Verordnung des Bundesrathes vom 14. Januar 1887, X, 68) zwischen der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien und Oesterreich-Ungarn seit 1. April 1887 in Kraft getreten ist, die Ratifikation der erstern, mit einem Centralbureau in Bern, aber zur Stunde noch aussteht.

3. Die Verträge zum Schutze gegen die Reblaus vom 17. September 1878 und 3. November 1881 (IV. 424, VI. 228) unter dermalen 11 Staaten mit Vollziehungsreglement vom 29. Januar 1886 (IX. 3) und besondern Beschlüssen betreffend Baden, Hochsavoyen und Gex (VII. 352, 426, VIII, 61, 191).

Die Schweiz ist beigetreten einer internationalen Verbindung über den Austausch amtlicher Erlasse und Publikationen, die einstweilen zwischen ihr und Belgien, Brasilien, Italien, Portugal, Serbien, Spanien und den Vereinigten Staaten besteht (15. März 1886, Bundesbl. 1886 Nr. 26), wonach durch staatliche Austauschbureaux die Versendung von offiziellen, parlamentarischen und administrativen Erlassen, fakultativ auch von weitern (z. B. Schul- und Universitätssachen) stattfindet. Ferner bestehen: übereinstimmende Verträge mit Italien, Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg mit gleichlautendem Formular für gegenseitige Mittheilungen von Strafurtheilen über Angehörige (indirekt auch noch in einzelnen Auslieferungsverträgen); weiter eine Vereinbarung mit den Bodenseeuferstaaten über Herstellung einer Bodenseekarte, zum Theil

[1]) Solche Beitritte werden von Spanien und Rumänien beabsichtigt. Die Schweiz opponirt dagegen.

durch das eidg. topographische Bureau. Die Eidgenossenschaft ist ferner dem Verein für internationale Erdmessung, dessen Centralbureau in Berlin ist, beigetreten, dagegen nicht den internationalen Verträgen über die Hochseefischerei und den Schutz der submarinen, Kabel und auch nicht dem Congo-Vertrag. Der Beitritt der Schweiz zu dem letztern, der offen steht, wäre wegen der darin enthaltenen Grundsätze über Neutralität und Verpflichtung zu schiedsgerichtlichen Versuchen vor Beginn eines Krieges (vgl. Jahrbuch 1887, pag. 695), welche eine Ausdehnung auf Europa verdienten und überhaupt der erste Versuch zu derartigen Vereinbarungen sind, nicht unangezeigt.

Es liegt in der Natur des steigenden Verkehrs unter den civilisirten Staaten und ihrer gleichartiger werdenden Verhältnisse, dass internationale Regelungen sich noch auf zahlreiche andere Gegenstände des Rechts- und Verkehrslebens erstrecken werden, und es ist diess im Allgemeinen als ein Zeichen fortschreitender Civilisation und eine Garantie gegen andauernde Kriege zu begrüssen; dagegen könnten wir einer Ansicht Bluntschli's (in seinen kleinen Schriften), wonach sich aus solchen Vereinbarungen zuletzt ein europäischer Staatenbund entwickeln sollte, mit einem Repräsentantenhaus und einem Bundesrath an der Spitze und Exekution der Beschlüsse durch ein Kollegium der Grossmächte, keineswegs beipflichten und wünschen auch nicht, dass alle nationalen Eigenthümlichkeiten durch solche nothwendig etwas bureaukratisch organisirte Vereinigungen verschwinden. In der streng bewahrten Individualität liegt ein guter Theil des geistigen Lebens der Nationen. Aus dem gleichen Grunde sind wir gegen Zollunionen, welche faktisch unauflösbar sind und die Unabhängigkeit der Staaten aufheben.[1] Eine bezügliche Motion im Nationalrathe dieses Jahres wurde auf Grund einer einlässlichen Erwiederung seitens des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, die sie als unausführbar bezeichnete, bereitwillig zurückgezogen. Die von demselben in einem Aufsatz der «Bibliothèque universelle» von 1888 ausgesprochene Idee, eine Zolleinigung in der Art zu erstellen, dass keiner der Vereinsstaaten höhere Zölle, als z. B. 10 %

[1] Die Beispiele liegen an unserer Grenze bei Liechtenstein und in der Geschichte des deutschen Zollvereins sehr nahe.

vom Werthe der Waare, einführen dürfe, würde weit geringeren Bedenken unterliegen, erscheint aber einstweilen auch noch nicht als ausführbar.

Positive Anregungen zu internationalen Verbindungen sind gemacht worden für folgende Angelegenheiten: eine internationale Fabrikgesetzgebung (der Bundesrath ist beauftragt, hierin vorzugehen; Nationalrathsbeschluss vom 27. Juni 1888), internationalen Schutz von Kindern (Bundesblatt 1882, Nr. 16), internationale Vereinbarung zur Verhütung von Viehseuchen (thierärztlicher Kongress Brüssel 1884), internationales Handels- und Wechselrecht (Kongress Antwerpen 1885), schiedsgerichtliche Erledigung[1]) von staatlichen Differenzen (Bundesblatt 1884, Nr. 20, Jahrbuch 1886, Uebersicht, pag. 594). Die internationalen statistischen Kongresse bilden eine ganz freie Vereinigung mit Vereinbarungen unverbindlicher Natur, z. B. über Grundsätze und gleichzeitige Vornahme von Volkszählungen (letzter in Rom 1887). In ähnlicher Weise werden die strafrechtlichen, medizinischen, journalistischen, ornithologischen, Binnenschifffahrts-Kongresse, die internationalen Besprechungen über Bekämpfung des Alkoholismus (1887, Zürich), über den Heilmittelschwindel, in beschränkter Weise auch die Kongresse der Friedensvereine sich vielleicht als Vorbereitungen zu internationalen Verträgen nützlich gestalten.

Unter den dermalen bestehenden, zahlreichen Spezialverträgen der Eidgenossenschaft lassen sich zu besserer Uebersicht folgende Gruppen unterscheiden:

1. Gebietsverträge. Ueber dieselben äussert sich unser Aufsatz über die schweizerischen Grenzen im Jahrbuch 1887, pag. 669 ff. Die wichtigsten neueren Verträge sind die mit Oesterreich über die Grenzen bei Münster, Taufers

---

[1]) In einzelnen Verträgen der Schweiz bestehen solche Klauseln, besonders im Weltpostvertrag, den Handelsverträgen mit Hawaii und San Salvador und dem Freundschaftsvertrag mit der südafrikanischen Republik. Die frühern Verträge beobachteten vorzugsweise die Form, dass in Streitfällen eine dritte Macht als Schiedsrichterin gewählt wird, die neuern sehen bloss die Bezeichnung des Obmanns durch eine unparteiische Regierung, eventuell durch das Loos vor.

und bei Finstermünz (VI. 508, IX. 569)[1]), wo eine zollfreie Grenzzone besteht. Mit Italien über die Tessiner und Graubündner Grenze (VII. 211, I. 226, VIII. 175, 430, XI. 527), über die Anschlüsse der Gotthardbahn und den internationalen Polizeidienst auf ihren Stationen (V. 49, 576, VIII. 65)[2]).

Mit Frankreich, ausser den ältern Grenzverträgen (Off. S. I. 153, 435) der Dappenthal-Vertrag (VII. 449, VIII. 77), Verträge über die Beaufsichtigung der Grenzwaldungen und Verhütung der Jagdfrevel (VIII. 364, VI. 468, VIII. 185), die neuen Verträge über die Grenzzone in Hochsavoyen und dem Pays de Gex (VI. 305, VIII. 61) und über den Schulunterricht in den Grenzgebieten (14. Dez. 1887). Mit Deutschland ist wichtig, ausser den alten Grenzverträgen mit Baden (Off. S. III. 81, II. 223, G. S. V. 69), die neue Konvention vom 24. Juni 1879 über die Konstanzer Grenzverhältnisse (IV. 282).

Neue, erhebliche Grenzveränderungen ausser derjenigen bei Monthey im Wallis (vgl. Jahrbuch II, Aufsatz über die Grenzen) und eventuell mit Oesterreich, insofern die gemeinsame Rheinkorrektion zu Stande kommen sollte, sind nicht bevorstehend.

2. Eine grosse Anzahl von Auslieferungsverträgen, dermalen mit Holland, Oesterreich, Nordamerika, Italien, Frankreich, Russland, Belgien, Deutschland, Portugal, Luxemburg, San Salvador, England, Spanien, Monaco, Serbien, von denen der letztgenannte am 5. Juli 1888 in Kraft getreten ist und in einer beigegebenen Note der schweizerischen Gesandtschaft in Wien eine bemerkenswerthe Interpretation der schweizerischen Auffassung der politischen Verbrechen enthält, hat im Allgemeinen den gemeinsamen Typus, dass eine Aufzählung der Verbrechen vorangeht, wegen welcher ausgeliefert wird, wobei politische oder verjährte Verbrechen ausdrücklich, Desertion oder Auslieferung an ausserordentliche Gerichtsstände (z. B. Kriegsgerichte) durch die Praxis ausgenommen

---

[1]) Bei diesen Zahlen unterscheiden wir die ältere und neuere eidg. Gesetzessammlung nicht. Die ältere hat 11 Bände, bis zum Beginn der Verfassung von 1874 gehend, die neuere steht am X.

[2]) Ueber die Grenzfeststellung am Cravairola-Passe siehe die Darstellung im letztjährigen Jahrbuche.

sind.[1]) Der spanische Vertrag (VII. 357) enthält zum ersten Mal die bestimmte Klausel « ne bis in idem » und kann überhaupt mit Hinzuziehung der serbischen Deklaration als der Normalvertrag gelten.

---

[1]) In ältern Verträgen (mit Frankreich z. B. vom 9. Mai 1715, E. A. VII, I, Beilage 5) sind Staatsverbrecher, ohne Untersuchung, auf blosses Verlangen, auszuliefern, Diebe und Räuber dagegen mit Ausnahme von Hausdieben nicht.

Die Note an Serbien über die Auffassung der politischen Verbrechen findet sich abgedruckt im Bundesblatt 1888, Nr. 2, und lautet in ihrem Hauptpassus wie folgt:

« Nach diesseitiger Auffassung ist es ein Irrthum, zu glauben, es verweigere die Schweiz die Auslieferung derjenigen Personen, die sich eines Verbrechens gegen einen Souverän oder seine Familienglieder schuldig gemacht haben.

Weder der Text der Auslieferungsverträge noch diesseitige Entscheide rechtfertigen eine solche Annahme.

Alle unsere Verträge verpflichten uns zur Auslieferung in den Fällen von Mord, Meuchelmord oder Vergiftung, ohne dass in Bezug auf die Person, gegen welche das Verbrechen begangen wird, irgend ein Unterschied gemacht wäre. Der Königsmörder steht auf der gleichen Linie wie der Mörder eines jeden Menschen.

Allerdings machen die Verträge einen Vorbehalt in Bezug auf die Natur des Verbrechens, indem sie bei politischen Verbrechen die Pflicht zur Auslieferung ausschliessen, und es ist klar, dass dieser Vorbehalt auch zutreffen kann, wenn es sich um ein gegen die Person eines Souveräns begangenes Verbrechen handelt. Daraus folgt nun aber keineswegs, dass die Schweiz ein jedes gegen einen Souverän begangenes Verbrechen von vornherein als ein politisches ansehe und unter allen Umständen die Auslieferung verweigere. Nie ist weder von einer politischen noch von einer richterlichen Behörde eine derartige Folgerung aus den Verträgen gezogen werden.

Diese Behörden werden immer im einzelnen Fall untersuchen, ob einem Verbrechen die politische Qualifikation zukomme oder nicht.

Nach diesen Grundsätzen wird es der Schweiz immer möglich sein, ihre Pflicht gegen die übrigen Staaten zu erfüllen. Weiter kann sie aber nicht gehen. Sie kann von der Regel, welche für die politischen Verbrechen allgemein und überall gilt, nicht eine Ausnahme machen, die stets nur für den Mitkontrahenten und nie für sie selbst zur Anwendung kommen könnte. »

Weiter wird die Schweiz in Zugeständnissen bezüglich dieses Punktes nicht gehen.

Die Versuche, die politischen Verbrechen theoretisch allgemein gültig zu definiren, haben bisher zu keinem Resultate geführt und es kann sich auch kein selbständiger Staat in diesen Anschauungen durch irgend eine Theorie binden lassen.

Die Verhandlungen über die Auslieferung geschehen auf diplomatischem Wege, bestrittene Fälle gelangen vor das Bundesgericht zum Entscheid, den aber der Bundesrath gegenüber dem Auslande zu vertreten hat. Das Bundesgericht darf nach Artikel 113 der Bundesverfassung Schlusssatz nicht über die Rechtsgültigkeit eines Auslieferungsvertrages absprechen. Dagegen opponirt es der sogenannten «administrativen Auslieferung», d. h. einer entstandenen Praxis des Bundesrathes, auch ohne Vorhandensein eines Vertrages auszuliefern. Die Abhörung von Zeugen, Auslieferung von Akten, oder andern Verbrechern zur Konfrontation pflegt im Interesse der Strafjustiz bewilligt zu werden; Transportkosten trägt jeder ausliefernde Staat bis an die Grenze. Verträge mit Transvaal, Brasilien, Uruguay, Ecuador, Rumänien, Oesterreich-Ungarn, Argentinien, Nordamerika sind im Abschluss oder in der Revision begriffen.

Die sog. Freundschafts- und Niederlassungsverträge ermangelten bisher einer einigermassen übereinstimmenden Fassung. Vielfach waren sie früher auch mit anderweitigen Regelungen, namentlich über Zoll-, Handels- und Konsularverhältnisse vereinigt, und als unzweckmässig erwies sich oft die nicht näher begrenzte sog. Gleichberechtigungsklausel, woraus der Schluss gezogen wurde, dass Angehörige fremder Staaten in Bezug auf alle individuellen Rechte (z. B. Niederlassung, Kultusfreiheit, Vereinsrecht) sich auf die Bestimmungen der schweizerischen Bundesverfassung und die Praxis der Bundesbehörden gegenüber Schweizerbürgern berufen könnten.[1]) Das ist aber durchaus keine ausnahmslose Regel, sondern unterliegt der jeweiligen Vertragsinterpretation. Namentlich können, trotz aller Niederlassungsverträge, in denen Gleichberechtigungsklauseln enthalten sind, Fremde, welche die Sicherheit des Staates gefährden, ausgewiesen werden, was bei Schweizern nicht möglich ist.[2]) Ebenso

[1]) Vgl. z. B. Entscheid des Bundesgerichtes in dem Zürcher-Sozialistenrekurs (Entscheidungen VII, 502). — Fall Adèle Fauvel (Bundesblatt 1882, 40, 39.) Dagegen können sie unbeschränkte Gleichberechtigung in Steuern, Gebühren, Jagdpatenten haben und müssen in solchen Dingen dann so gehalten werden, wie Bürger anderer Kantone in dem Wohnsitzkanton gehalten werden.

[2]) Der Vertrag mit der südafrikanischen Republik vom 6. November 1885 behält Ausweisung wegen Ungehorsam gegen die Landesgesetze in einem Nachtragsprotokoll ausdrücklich vor, was zweckmässig ist.

enthält die zugesagte Gleichberechtigung (auch ohne ausdrückliche Ausnahme) niemals die Gleichheit in politischen Rechten, oder in Bezug auf Armenunterstützung. Es würde sich empfehlen, auch hier einmal einen richtig abgefassten Normalvertrag aufzustellen. Eigentliche Verträge über Niederlassung bestehen dermalen mit: Deutschland (27. April 1876), Italien (22. Juli 1868), Frankreich (23. Febr. 1882), England (6 Sept. 1885), Belgien (4. Juni 1888), Oesterreich-Ungarn (7 Dez. 1875), Liechtenstein (6. Juli 1874), Holland (19. Aug. 1875), Dänemark (10. Febr. und 22. Mai 1875), Russland (14./26. Dez. 1872), Spanien (14. Nov. 1879. V. 103), Hawaii (20. Juli 1864), San Salvador (30. Okt. 1883), Südafrikanische Republik (6. Nov. 1885), Serbien (16. Febr. 1888). Neuestens ist ein solcher, noch nicht ratifizirter, Vertrag mit Ecuador abgeschlossen worden (22. Juni 1888), mit Argentinien wird verhandelt. Mit Griechenland, Schweden und Norwegen, Brasilien, Persien und Japan bestehen noch zum Theil ältere Verträge, welche nicht ganz in diese Kategorie gehören (Off. Samml 41; 229. Gesetzsamml. VIII, 103, 683, I. 194). Die japanesischen Verträge mit allen Ländern sind in einer Revision begriffen. Alle Niederlassungsverträge enthalten jetzt die gegenseitige Befreiung von Militärdienst und Militärsteuer, bloss der amerikanische behält die letztere vor. Gegenüber Frankreich und Italien bestehen besondere Verständigungen über den Militärdienst von Söhnen naturalisirter Eltern, worüber namentlich mit Frankreich lange Differenzen obgewaltet hatten. Jetzt wird nach einer Uebereinkunft vom 29. Juli 1879 die Frage durch eine Option dieser Söhne erledigt, die vor dem 22. Altersjahr stattfindet. Eine hieher gehörige neue Art von Verträgen sind diejenigen über die Praxis der an der Grenze domizilirten Medizinalpersonen. Solche bestehen einstweilen mit Deutschland, Oesterreich, Liechtenstein und Italien. Darnach dürfen solche Personen (Aerzte, Chirurgen, Thierärzte, Hebammen) ihre Praxis über die Grenze ausdehnen, jedoch nicht ihr Domizil dorthin verlegen und auch keine Medikamente, ausser in Lebensgefahr, verabreichen. Es ist diess also keine Freizügigkeit im eigentlichen Sinne, die das ganze Gebiet der gegenseitigen Staaten umfasst. Von einer solchen ist gegenüber England die Rede gewesen, dessen Aerzte vielfach in den Kurorten der Schweiz praktiziren. Nachdem ein

Gesuch derselben, das schweizerische Examen in englischer Sprache bestehen zu dürfen, an dem Widerstand der schweizerischen Prüfungsbehörden gescheitert ist,[1]) hat der Grosse Rath des Kantons Graubünden in diesem Jahre damit den Anfang gemacht, ihnen die Praxis in den Kurorten ganz ohne Examen zu gestatten.

Die Freizügigkeitsverträge im ältern Sinne (Freiheit von Abzugsgebühren u. dgl.), die mit sehr vielen, namentlich den deutschen, Einzelstaaten bestanden, sind dermalen gewöhnlich durch die Niederlassungsverträge ersetzt.[2]) Eine allgemeine Bestimmung der schweizerischen Bundesverfassung (Art. 63) statuirt Freizügigkeit gegen Jedermann unter Vorbehalt des Gegenrechts. Die alten Verträge finden sich durchwegs in der «Off. Sammlung der staatsrechtlichen Aktenstücke», die den Anfang der eidg. Gesetzessammlungen dieses Jahrhunderts bildet. Der Kanton Obwalden beschwerte sich in diesem Jahre in einer Zuschrift an den Bundesrath über die Ueberfluthung der Schweiz mit Deutschen, sog. «Stromern», die, mit mangelhaften Ausweisschriften versehen, schliesslich in Folge von Heimatlosigkeit sogar noch den betreffenden Kantonen dauernd zur Last fallen könnten. Die Klage ist insoweit sehr begründet, als eine ganze Masse von solchen gänzlich geschäftslosen Deutschen sich, namentlich in den Sommermonaten, in der Schweiz herumtreiben, dagegen müssen sie, nach einem besondern Zusatzprotokoll zu dem Art. 7 des Niederlassungsvertrages vom 21. Dez. 1881 (VI. 273, 280), jederzeit von ihrem deutschen Heimatstaat wieder übernommen werden, selbst wenn sie nach ihrer Gesetzgebung die Staatsangehörigkeit verloren haben sollten (II. 566). Eine ähnliche Uebereinkunft besteht jetzt auch mit Oesterreich-Ungarn (X. 303).

Ob die kirchlichen Verträge in heutiger Zeit zu den Staatsverträgen gehören, könnte in Zweifel gezogen werden

[1]) Vgl. Bundesblatt 1888, Nr. 8.

[2]) Nach den Niederlassungsverträgen besteht Freizügigkeit gegenüber Frankreich, Deutschland, Italien, Oesterreich, Nordamerika, Russland, Hawaï, S. Salvador, Dänemark, Holland, Belgien, England, Spanien. Besondere Verträge darüber bestehen noch mit Griechenland vom 24. Juni/18. Juli 1836/37, Off. Samml. III, 41 und Schweden-Norwegen vom 4. Dez. 1842 (Off. S. III. 229).

und ist jedenfalls nicht für alle Konfessionen und Verhältnisse gleich zu beurtheilen. Praktisch werden die sogenannten Konkordate mit dem päpstlichen Stuhle von dem schweizerischen Staatsrecht als Staatsverträge angesehen, die, wofern sie von den Kantonen direkt abgeschlossen wurden, seit 1848 dem Bundesrath zur Einsicht vorgelegt werden müssen.[1]) In neuerer Zeit ist in Bezug auf solche Verträge die Praxis eingetreten, dass der Bund dieselben Namens der betheiligten Kantone abschliesst, worüber sich diese in dem neuesten Falle des Bisthums Basel zu beklagen Veranlassung genommen haben.[2]) Der Bundesrath berief sich für seine Kompetenz auf den Art. 50 letzter Satz der Bundesverfassung, der jedoch nur von dem hier eintretenden speziellen Falle der Errichtung (es sollte besser heissen: Errichtung oder Veränderung) von Bisthümern auf schweizerischem Gebiet handelt, während im Uebrigen die Kompetenzen des Bundes und der Kantone nach Art 6, 7—10, 85 und 102 der Bundesverfassung nicht hinreichend bestimmt und die völkerrechtliche Stellung des päpstlichen Stuhles einstweilen nur durch ein italienisches Staatsgesetz (das sog. Garantiegesetz vom 13. Mai 1871) positiv normirt ist. Auch die andere Frage ist ungelöst, ob solche Verträge mit der päpstlichen Kurie, welche der Bundesrath abschliesst, der Bundesversammlung wie Staatsverträge « mit dem Ausland » zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, was in Bezug auf die jüngsten Verhältnisse (vgl. den vorstehenden Artikel über das Bisthum Basel-Lugano) ebenfalls nicht immer geschehen ist. Wir würden auf dem Standpunkte des heutigen Völkerrechts so-

---

[1]) Vor 1848 war diess keineswegs der Fall.

[2]) Die bezügliche Zuschrift dieser Diözesanstände vom 15. Juni 1888 lautet in ihrem Hauptpassus:

« Die Diözesankonferenz des Bisthums Basel, in Anbetracht, dass der Bundesrath ein Abkommen mit dem päpstlichen Stuhle getroffen hat, das bestimmt ist, sowohl den äussern Bestand als die innere Organisation des auf Vertrag vom Jahre 1828 beruhenden Bisthums Basel zu verändern, ohne die Diözesankonferenz als solche von Anfang an und nachträglich bezüglich Ratifikation zu befragen, wahrt sich ohne Rücksicht auf den Inhalt der vereinzelten Antworten der Kantone für jetzt und in Zukunft alle ihre Rechte und spricht die Hoffnung aus, dass fürderhin das korrekte, der bisherigen Uebung entsprechende Verfahren innegehalten werde. »

wohl, als des eidg. Staatsrechts, Verträge mit dem päpstlichen Stuhle als Gegenstände des kantonalen Verfassungsrechts, in welches Kirchensachen zunächst gehören, ansehen und jeden solchen Vertrag als eine Art von partieller Verfassungsrevision [1]) betrachten, die dann selbstverständlich der Genehmigung der Bundesversammlung untersteht. Den gleichen Charakter, wie Konkordate, haben unter diesem Gesichtspunkt einseitige päpstliche Akte (Bullen, Breven), auch wenn sie nicht neue Bisthümer auf schweizerischem Gebiet errichten, sondern in der Konstitution derselben irgend Etwas ändern wollen, was bloss nach dem Wortlaut von Art. 50 der Bundesverfassung nicht unbedingt der Kognition und Genehmigung des Bundes unterliegen würde. Hätte die Eidgenossenschaft seit ihrer neuen Begründung im Jahre 1814 solche Dinge als zur Verfassung der Kantone gehörend angesehen, so würden Gewaltmassregeln, wie die Zerreissung des Bisthums Konstanz durch das Breve vom 7. Oktober 1814, das den ungeordneten Zustand der schweizerischen Bisthümer herbeigeführt hat, nicht möglich gewesen sein. Ebenso wird dadurch dem Bedenken ausgewichen, das gegen die «Vertragsnatur» solcher kirchenstaatsrechtlicher Verfügungen und Regelungen doch immer wird erhoben werden können. Immerhin müsste, wenn die Kantone von sich aus, ohne Initiative des Bundes, ihre konfessionelle Verfassung durch Abkommnisse mit dem päpstlichen Stuhle ändern wollten, der Artikel 10 der Bundesverfassung die Interpretation erhalten, dass der Verkehr mit dem päpstlichen Stuhl in Fällen, wo es sich um Abschluss neuer Verträge, oder Abänderung der alten handelt, dem Verkehr mit «auswärtigen Staatsregierungen» gleichzustellen sei.

Die Konkordate, Bullen und Breven, welche die jetzigen katholischen Kirchenverhältnisse ordnen, sind wesentlich folgende: zunächst das Breve vom 7. Okt. 1814, das die schwei-

---

[1]) So war auch die ältere Praxis z. B. in Fällen gegenüber Freiburg und Wallis (G. S. IV. 229, V. 529). Aus dem nämlichen Grunde sollten in der alten eidg. Staatspraxis die sog. Landfrieden, welche die Regelung der konfessionellen Verhältnisse zwischen den Religionsparteien enthielten, nebst den Bünden, dem Stanzerverkommniss und andern wichtigern Beschlüssen jeweilen beschworen, d. h. als Verfassungsdekrete angesehen werden.

zerischen Landestheile von dem Bisthum Konstanz trennt, sodann die Konkordate in Bezug auf das Bisthum von St. Gallen vom 7. Nov. 1845, in Bezug auf das Bisthum Basel vom 26. März 1828, 2. Dez. 1828, 11. April 1829, 11. Juni 1864, in Bezug auf Puschlav und Brusio vom 29. August 1870, in Bezug auf das jetzige Bisthum Basel-Lugano 1. Sept. 1884 und 16. März 1888. Sodann die Bullen: Ecclesias quæ antiquitate, 2. Juli 1823 und Instabilis rerum, 12. April 1847 (Doppelbisthum und jetziges Bisthum St. Gallen), Imposita humanitati, 16. Dez. 1824 (Zutheilung von Schwyz an Chur), Inter præcipua, 7. Mai 1828 und De salute animarum 23. März 1830 (Circumscription des Bisthums Basel). Ferner die Breven betr. den Kanton Genf vom 30. Sept. 1819, 30. Jan. 1821 und 16. Januar 1873, den Kanton Schwyz 20. Dez. 1824, den Kanton Uri 4. Nov. 1830, den Kanton Zug 12. Juni 1828, das Bisthum Basel 15. Sept. 1828, das Bisthum St. Gallen 27. Juni 1858.

Hiezu gehören noch die Staatsverträge mit Italien betreffend die Ausscheidung der Tessiner-Bisthumsgüter vom 30. Nov. 1862 (VII, 607) und 20. Nov. 1867 (IX, 347) und die Vereinbarung über vorläufige Anerkennung der 24 Freiplätze im erzbischöflichen Seminar von Mailand durch eine italienische Schlussnote vom 21. April 1886. (Vergl. Jahrbuch 1887, pag. 785, und 1886, pag. 607.)

Ueber Rechtsverhältnisse im engern Sinne besteht nur Ein umfassenderer Vertrag, mit Frankreich vom 15. Juni 1869 (Gesetzessamml. IX, 1001), welcher den Ersatz für Bestimmungen bildet, die in den alten Allianzen und Militärkapitulationen enthalten zu sein pflegten.[1]) Derselbe ist eine Revision eines frühern Vertrags vom 30. Mai 1827 und 18. Juli 1828 (Rep. Rest. II, 35, 907) und löst wesentlich Fragen des internationalen Privatrechts; für die Erbschaftsklagen eines in Frankreich verstorbenen Schweizers gilt

[1]) Namentlich seit dem ewigen Frieden mit Franz I. Ganz besonders ausführlich in dem letzten Vertrag mit Ludwig XVI. (E. A. VII, II, 1323). Ebenso in der Defensiv-Allianz von 1803. Handelsvortheile und Privilegien für die in Frankreich ansässigen schweizerischen Kaufleute waren stets die Gegenleistung Frankreichs für die politische und militärische Vasallenschaft der Schweiz gewesen.

Forum und Gesetz seines Heimatorts, für einen Franzosen, der in der Schweiz stirbt, Forum und Gesetz seines letzten Wohnorts in Frankreich. Für Minderjährige und Bevormundete gilt die Gesetzgebung der Heimat. Alle rechtskräftigen Civilurtheile (auch Konkurserkanntnisse des Wohnortsgerichtes) werden in beiden Ländern gleichmässig vollzogen. Der direkte Verkehr der kantonalen Behörden mit den französischen Amtsstellen ist jedoch ausgeschlossen, selbst gewöhnliche Rogatorien folgen dem diplomatischen Weg.

Mit den andern Grenzstaaten besteht direkter Verkehr der Behörden, namentlich der Gerichte, dagegen bisher keine Vollziehung der Urtheile, ausgenommen einige später zu nennende Verhältnisse einzelner Kantone. Es ist diess ein Postulat der Zukunft.

Andere Vereinbarungen bestehen: Mit Belgien, Italien, Oesterreich, Bayern, über regelmässige Mittheilung von Civilstandsakten; mit Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, Portugal, Russland, Luxemburg über offizielle Mittheilung von Strafurtheilen, die gegenseitige Bürger betreffen; mit Oesterreich, Italien, Deutschland, Belgien, Frankreich, faktisch auch Nordamerika über unentgeltliche Verpflegung und Beerdigung mittelloser Kranker; mit Frankreich noch spezielle Verständigungen über unentgeltliche Verpflegung und Heimschaffung Geisteskranker und verlassener Kinder, über regelmässige Ausfolgung von Hinterlassenschaften Gefangener und über Rücklieferung von Minderjährigen, die der Vormundschaft oder Besserungsanstalten entlaufen; mit Italien, Belgien, Oesterreich über gegenseitige Gewährung des Armenrechts in Civil- und Strafsachen; mit Deutschland über die Eheschliessung (gegenseitiger Verzicht auf Trauerlaubnissscheine, nur Bayern, Baden, Schaumburg-Lippe, Sachsen-Meiningen verlangen noch Zeugnisse nach Art. 2), der erste dieser Art.[1]) Mit den Bodenseeuferstaaten besteht eine Vereinbarung über Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen, die auf dem Bodensee sich ereignen, vom 11. März 1880, auch die einzige dieser Art.

---

[1]) Ueber die Eheschliessung von Bayern in der Schweiz vgl. Kreisschreiben vom 8. November 1887 (Bundesblatt 1887, Nr. 49).

Die Eisenbahn-, Schifffahrts- und Fischerei-Verträge sind: Der Gotthardvertrag mit Italien und Deutschland (X, 230, 555, 583, IV, 169) mit den Zusatzverträgen über den Polizei- und Zolldienst in den internationalen Bahnhöfen Chiasso und Luino,[1]) eine Anzahl von Anschlussverträgen mit Baden, Elsass-Lothringen, Bayern, Oesterreich, Frankreich[2]); das österreichisch-ungarisch-bayerische Reglement über den Gütertransport; Schifffahrts- und Hafenordnungen mit allen Bodenseeuferstaaten; ein Schifffahrtsvertrag mit Frankreich über den Genfersee (X, 171); ein Vertrag mit Baden über die Rheinschifffahrt, wonach unter Anderm keine Flussbauten ohne Einverständniss stattfinden dürfen (IX, 281, IV, 393); Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Baden über Verhinderung von Seuchen (besonders Viehseuchen) bei dem Eisenbahntransport; endlich Verträge über die Fischerei in den Grenzgewässern mit Baden, Elsass-Lothringen, Italien und Frankreich (I, 812, III, 210, VII, 788, VII, 114, VI, 640).[3]) Der bemerkenswertheste Vertrag dieser Art ist der Lachsfischereivertrag mit Deutschland und Holland vom 30. Juni 1885 (IX, 99), welcher diese nationalökonomisch besonders wichtige Fischerei seit seinem Bestande schon sehr gehoben hat.

---

[1]) Der Gotthardvertrag ist seiner Natur nach keine internationale Konvention, welche auswärtigen Vertragsstaaten eine regelmässige Einwirkung auf die Verwaltung dieser ausschliesslich schweizerischen Bahn gestattet, die unter dem gewöhnlichen jeweiligen Eisenbahnrecht der Schweiz steht. Eine entgegengesetzte Ansicht, die im deutschen Reichstag ausgesprochen wurde, ward dort von offizieller Seite zurückgewiesen (Vgl. Jahrbuch 1887, pag. 696). Die Subventionsstaaten dürfen bloss den vollständigen plangemässen Ausbau der Bahn verlangen, der noch nicht vollendet und worüber jetzt von Seite des Kantons Zug ein Prozess eingeleitet ist, und im Falle hinreichender Betriebsüberschüsse eine Verzinsung ihrer Subventionen ansprechen.

[2]) Die badischen Verträge enthalten das Eigenthümliche, dass nicht allein Waaren, sondern sogar bewaffnete Militärpersonen in kleinen Abtheilungen von nicht über 30 Mann, und vorbehalten aussergewöhnliche Zeiten und Massregeln, auf der Eisenbahn die gegenseitigen Gebietsabschnitte frei passiren dürfen; die Verträge mit Oesterreich in Bezug auf die Arlbergbahn enthalten das Recht Oesterreichs, seine Zollabfertigungsanstalten auf schweizerischem Gebiet anzulegen.

[3]) Art. 3 und 8 des französischen Vertrages sind seit dem 1. September 1888 durch eine Nachtragsübereinkunft wesentlich abgeändert.

Die wichtigsten Verträge der Neuzeit, die modernen Allianzen, sind für ein industrielles, von Zollschranken rings umstelltes und auch vom Meere abgeschnittenes Land die Handels- und Zollverträge, namentlich seitdem vom Jahre 1806, beziehungsweise 1810 ab infolge der Kontinentalsperre eidgenössische Zölle entstanden und schliesslich die Eidgenossenschaft allein zollberechtigt geworden ist. [1])

Die Schweiz ist stets « Freihändlerin » gewesen und wird ihre Zölle auf der Basis von blossen Finanzzöllen erhalten müssen. In ihrem Interesse liegt es daher, mit möglichst vielen Staaten, namentlich mit allen Grenzstaaten, billige, und auf längere Zeit festgebundene Handels- und Zollkonventionen abschliessen zu können. Der gegenwärtige Moment ist einer der bedenklichsten in dieser Richtung, indem drei solche Verträge, mit Deutschland, Italien und Oesterreich ausgelaufen und neu abzuschliessen sind, wobei die Verhandlungen sich vielfach gegenseitig beeinflussen und die Schweiz, bei der heutigen Komplikation dieser Angelegenheiten mit politischen Zu- und Abneigungen, indirekt unter Erregungen zu leiden hat, die nicht ihr selbst in erster Linie gelten. Die zur Zeit bestehenden Handels- und Zollverträge umfassen folgende Staaten: Belgien vorläufig blosse Meistbegünstigungserklärung, 18. November 1879 (der Vertrag ist ausgelaufen); Dänemark, 10. Februar 1875; Deutschland (ausgelaufen 23. Mai 1881); Frankreich, 23. Februar 1882, mit besondern Zusatzverträgen für Hochsavoyen und Gex und einer neuen Zusatzkonvention in Folge des schweizerischen Alkoholgesetzes, ablaufend 1892, für Hochsavoyen 1913 [2]); England, 6. September 1855; Hawaii, 20. Juli

[1]) Ueber diese wenig bekannten Anfänge erzählt das Geschichtliche kurz die Eidgenössische Geschichte « Unter dem Protektorat » im Jahrbuch von 1886.

[2]) Dieser wichtige Vertrag ist ein besonders kompliziertes Aktenstück, ursprünglich aus 14 einzelnen Stücken bestehend, von denen jedoch nicht alle mehr gelten. In Betracht kommt dabei die Meistbegünstigungsklausel des Art. 11 des Frankfurter Friedens, wonach die Schweiz zu den 6 Staaten gehört, denen kein weiterer Handelsvortheil gewährt werden darf, ohne dass die Friedenschliessenden auch daran Theil nehmen. Dieser Artikel lautet:

« Les traités de commerce avec les différents Etats de l'Allemagne ayant été annulés par la guerre, le Gouvernement allemand et le Gouvernement français prendront pour base de leurs

1864; Italien, 22. März 1883 (ausgelaufen), Niederlassungs- und Konsularvertrag, 22. Juli 1868; Japan, 6. Februar 1864 und 26. April 1867; Holland, 19. August 1875 (läuft aus 1888), mit Zusatz 24. April 1877 (Konsulate in Holländisch-Indien, 19. Januar 1863); Persien, 23. Juli 1873 (ausgelaufen); Oesterreich-Ungarn, 14. Juli 1868 (ausgelaufen), gilt auch mit für Liechtenstein nach dessen Zollkonvention mit Oesterreich vom 23. Dezember 1883; Portugal, 27. August 1883; Rumänien, 7. Juni 1886 (früherer Konsularvertrag, 14. Februar 1880); Russland, 14./26. Dezember 1872; San Salvador, 30. Oktober 1883; Serbien, 29. Mai/10. Juni 1880; Spanien, 14. März 1883 (verlängert bis 1892); Vereinigte Staaten, 25. November 1850; Transvaal, 6. November 1885; Ecuador, 22. Juni 1888; Argentinien ist in Unterhandlung begriffen; für die Türkei gilt provisorisch der französische Handelsvertrag von 1861; mit Griechenland besteht eine blosse Meistbegünstigungsklausel mit Ausnahme der Grenzgebiete laut einer Erklärung vom 10. Juni 1887. Dasselbe hat neuestens ein zweites Generalkonsulat in Zürich errichtet.

Besondere Bestimmungen in Bezug auf den Grenzverkehr, wonach derselbe in einem gewissen Rayon von den gewöhnlichen Zollbestimmungen frei ist, bestehen mit Frankreich, Oesterreich, Italien und Deutschland. Italien strebt beständig ein Zollkartell zur Verhinderung des Schmuggels an, wie es in den Jahren 1810—1812 Frankreich für Ober-Italien angeboten worden war (vgl. Jahrbuch 1886, Eidg. Geschichten). Mit Belgien, Frankreich, Oesterreich, Italien, Deutschland, Portugal bestunden bisher Zusicherungen, dass keine neuen kantonalen Verbrauchssteuern für Getränke eingeführt werden dürfen, die jetzt aber seit 1. September 1887 überhaupt weggefallen sind. Ueber die Patentgebühren für Handelsreisende bestehen Vertragsbestimmungen (im

relations commerciales le régime du traitement réciproque sur le pied de la nation la plus favorisée.

Sont compris dans cette règle les droits d'entrée et de sortie, le transit, les formalités douanières, l'admission et le traitement des sujets des deux nations ainsi que de leurs agents.

Toutefois, seront exceptées de la règle susdite les faveurs qu'une des parties contractantes, par des traités de commerce, a accordées ou accordera à des Etats autres que ceux qui suivent: l'Angleterre, la Belgique, les Pays-Bas, *la Suisse,* l'Autriche, la Russie. »

Sinne der Freiheit, die dieselben sogar vor den schweizerischen Handelsreisenden begünstigen) mit Frankreich, Italien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Liechtenstein, Portugal, Spanien, in Folge der Meistbegünstigungsklausel auch gegenüber Belgien, England, Russland, Nordamerika, San Salvador, Persien, Holland, Japan, Hawaii.

Konsularverträge bestehen in Verbindung mit den Niederlassungs- und Handelsverträgen mit England, Nordamerika, Belgien, Japan, Hawaii, Italien, Russland, San Salvador, Dänemark, Transvaal; mit Brasilien, Rumänien, Holland und Portugal sind es besondere Konventionen. Nach allen können die Staaten mit Exequatur der Landesregierung Konsuln bestellen, welche alle Rechte der meistbegünstigten Nationen und jedenfalls Unverletzlichkeit ihrer Archive geniessen, als Regel aber nicht diplomatischen Charakter besitzen.

---

II. Die Verträge einzelner Kantone mit dem Ausland sind nicht sehr häufig mehr und können nach den Bestimmungen der Bundesverfassung [1]), Art. 9, sich nur auf «Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei» erstrecken.

Ausser den kirchlichen Verträgen mit dem päpstlichen Stuhl sind hier zu nennen : Aeltere Verträge mit Baden über Heiratsformalitäten mit allen Kantonen ausser Wallis (Off. S. I. 401, GS. VII. 424, jetzt durch den allgemeinen Vertrag mit Deutschland erledigt); über Gleichstellung im Konkurs, mit Ausschluss von Arresten ausser zu Gunsten der ganzen Masse, mit Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen seitens fast aller Kantone, bloss Schwyz, Unterwalden, Appenzell I. Rh. und St. Gallen fehlen bei einzelnen (O. S. I. 390; II. 62, 136, 338; III. 49); über gegenseitige Urtheilsvollstreckung, Citationen etc. zwischen Baden und Aargau, und Oesterreich-Ungarn und Waadt (IX. 185; X. 729; VIII. 83); über Erbschaftssteuern zwischen England und Waadt (S. 1011); über Schulpflicht in den Grenzbezirken zwischen Frankreich und den schweizerischen Grenzkantonen, namentlich Bern, vom 14. De-

[1]) Auch irgend eine diplomatische Vertretung der Kantone (wie in Deutschland Bayern sie besitzt) gibt es nicht.

zember 1887 (B. Bl. 1888, Nr. 8). Eine neue Uebereinkunft soll mit Deutschland über Leichenpässe abgeschlossen werden an Stelle früherer Einzelverträge, besonders mit Bayern und Württemberg.

Wichtiger waren bisher, namentlich für das schweizerische Civilrecht, die Verträge der Kantone unter sich, welche im schweizerischen Staatsrecht ebenfalls den Namen Konkordate führen [1]) Sie wurden eingeführt durch einen Tagsatzungsbeschluss vom 29. Juli 1803 (Rep. Med. 130, 159, 226) und es galt eine Zeit lang in Bezug auf sie eine Unterscheidung zwischen gewöhnlichen und eidgenössischen Konkordaten (als welche die im Schoosse der Tagsatzung und von einer Mehrheit der Stände abgeschlossenen bezeichnet wurden), die jetzt keine rechtliche Bedeutung mehr hat. (O. S. II, 381.) Sie wurden dann sämmtlich in der Restaurationszeit revidirt, resp. bestätigt; es gelten jedoch von diesen ältern nur wenige mehr und auch diese werden durch die Bundesgesetzgebung, besonders das in Frage stehende Gesetz über die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, noch reduzirt werden. In Bezug auf den formellen Abschluss herrscht in neuerer Zeit grosse Freiheit. Einzelne dieser Vereinbarungen sind förmliche Verträge und werden in diesem Falle dem Bundesrath zur Einsicht vorgelegt (Art. 7). Sie dürfen keine politischen Vereinbarungen enthalten, sondern bloss «Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung». Als die dermalen noch geltenden Verträge dieser Art werden folgende anzusehen sein: 1) über das Kollektensammeln 20. Juli 1803, 2. August 1804, 9. Juli 1818 (O. S. I., 315) [2]); 2) Konkursrecht 15. Juni 1804/8. Juli 1818 und speziell 3) über Pfandobjekte in Kreditorshänden 7. Juli 1810/8. Juli 1818 (O. S. I, 284, 285. G. S. VI, 367); 4) Stellung Fehlbarer in Polizeifällen (wo das eidg. Auslieferungsgesetz nicht ausreicht) 7. Juni 1810/9. Juli 1818 (O. S. I, 306. III, 70). Dasselbe ist sehr mangelhaft,

---

[1]) Dieser Titel ist ganz zufällig dadurch entstanden, dass der erste Vertrag dieser Art wirklich kirchliche Gegenstände betraf. (Rep. Med. 228.)

[2]) Die Konkordate aus der Mediationszeit haben stets 2 Daten, wovon das letztere das Bestätigungsdatum aus der Restaurationsperiode ist.

eigentlich bloss eine offizielle Citation ohne Zwangsmittel enthaltend, in neuerer Zeit aber in Folge gemachter Erfahrungen von einzelnen Kantonen (Basel-Bern, Bern-St. Gallen, Basel-St. Gallen) in besserer Form erneuert worden; 5) Polizeiverfügungen gegen Gauner und Landstreicher 7. Juni 1812/9. Juli 1818 (O. S. I, 307. II, 149); 6) Vormundschaftliche und Bevogtungsverhältnisse, 15. Juli 1822, O. S., II, 34. 7) Testirfähigkeit und Erbrecht, 15. Juli 1822, O. S., II, 36. 8) Bestimmung und Gewähr der Viehhauptmängel, 5. August 1852, G. S. IV, 210. Hievon sind eine ganze Reihe von Ständen zurückgetreten und ist daher dieser Gegenstand zu bundesgesetzlicher Regelung vorgesehen. 9) Form der Heimatscheine, 28. Januar 1854, IV, 357. 10) Zulassung von Geistlichen zum evangelischen Kirchendienst, 19. Januar 1862, VII, 175. 11) Freizügigkeit der Geometer, 20. Januar 1868, IX, 314, 319, I, 500. 12) Maikäfer und Engerlinge, 25. April 1870, X, 421. 13) Schutz junger Leute in der Fremde, Mai 1875, I, 867, zwischen allen Kantonen mit französischer Sprache. 14) Dampfschifffahrt- und Fischereikonkordat in Bezug auf den Neuenburger- und Murtensee und Broye-Kanal von 1875 bis 1876, II, 165, 533, III, 3. Solche gemeinsame Reglemente bestehen auch unter den Kantonen des Genfersee's. 15) Freizügigkeit und Patentirung von Hebammen, Zürich und Aargau, 8./9. Januar 1879, IV, 14. In den weitaus meisten Fällen umfassen diese Konkordate nicht alle Stände und es sind auch öfter früher daran betheiligte davon zurückgetreten, was durch blosse Aufkündigung geschehen kann.

Ohne Konkordatsformen bestehen Vereinbarungen zwischen Schwyz, Schaffhausen, Appenzell A.-Rh., Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau und Zürich über gemeinsame Massregeln gegen Zigeuner (seither sind noch andere Kantone beigetreten), zwischen Genf, Waadt und Wallis über Regelung des Abflusses des Genfersee's mit Bundeshülfe. [1])

---

[1]) Die grossen Flusskorrektionen mit Bundesbehülfe beruhen überhaupt meistens auf solchen vorangehenden Verständigungen der betheiligten Kantone. Auch eine s. Z. unter Intervention des Justizdepartements getroffene Verständigung einiger Kantone über

Durch blosses Kreisschreiben des Bundesrathes vom 29. Dezember 1880 (Bundesblatt, 1881, Nr. 1) ist zwischen allen Kantonen vereinbart worden, sich offiziell Strafurtheile, die gegen ihre Angehörigen in einem andern Kanton erfolgen, mitzutheilen. Das Formular ist das gleiche wie das französische über den gleichen Gegenstand.

Angestrebt werden besonders Konkordate über Freizügigkeit der Primarlehrer, über eine gemeinsame Rettungsanstalt für jugendliche Verbrecher, über ein gemeinsames Zellengefängniss für schwere Verbrecher, über Regelung des Passantenverkehrs und des sogenannten Heilmittelschwindels, über gemeinsame Massregeln gegen die Trunksucht, eine Unterrichtsanstalt der romanischen Kantone für Taubstumme. Ueber diese Gegenstände haben schon Konferenzen in mehr oder weniger bestimmter Weise stattgehabt. Im Ganzen aber ist die Aera der Konkordate einstweilen vorüber und es tritt die direkte Bundesgesetzgebung an ihre Stelle.

---

Die Auslegung der Staatsverträge kommt in der Regel, die der Konkordate unter den Kantonen stets dem Bundesgerichte zu, das diese letztern wenigstens, mit Vorbehalt allfälliger civilrechtlicher Theile, als frei kündbar ansieht. Die Frage, ob die Staatsverträge dem eidgenössischen Referendum unterliegen, ist bestritten. Bei den Konkordaten ist diess nach dem kantonalen Staatsrecht oft ausdrücklich (in den Verfassungsbestimmungen oder Referendumsgesetzen) vorgesehen und auch in der alten eidgenössischen Zeit wurden Staatsverträge mit dem Ausland geradezu mit Vorliebe dem Referendum unterstellt, wo ein solches bestand.[1]) In der eid-

---

ihr Verhalten gegen die sogenannte «Heilsarmee» würde hieher zu zählen sein, hat aber nur vorübergehenden Charakter. Ebenso die beabsichtigte Regelung der Passantenunterstützung.

Auch die Vereinbarungen von Diözesanständen, namentlich die beiden Langenthaler-Verträge von 1820 und 1828 sind Konkordate.

[1]) Z. B. in Graubünden und Wallis, auch in Bern. Die Gemeinden von Bern verlangten das sogar 1513 und 1531 ausdrücklich und verwarfen mitunter wichtigste Verträge dieser Art, z. B. den Vertrag von Nyon mit Savoyen. Vgl. hierüber meinen Aufsatz «das Referendum im schweizerischen Staatsrecht» im Archiv für öffentliches Recht, Band II.

genössischen Praxis gilt jedoch eine solche Weiterziehung von der Bundesversammlung, die diese Verträge genehmigt, an das Volk als diplomatischem Gebrauch widersprechend und ist noch nie vorgekommen. Eventuell müsste sich die Versammlung jedesmal mit der Dringlichkeitsklausel nach Art. 89 der Bundesverfassung helfen. Ebenso ist zweifelhaft die Praxis, wonach der Bundesrath ohne vorherige Anfrage oder Auftrag an die Bundesversammlung bestehende Staatsverträge aufkünden kann. Dieselbe stützt sich auf die allgemeine Instruktion in Art. 102, Ziffer 8 und 16 der Bundesverfassung. Die in dem Handbuch von Blumer-Morel (III, 348) vorkommende Ansicht, dass Staatsverträge ungültig seien, wenn sie Vorschriften der Bundesverfassung nicht entsprechen, ist unrichtig. Abgesehen davon, dass überhaupt kein kompetenter Richter darüber besteht, ist namentlich das Bundesgericht an einem solchen prinzipiellen Urtheil über Staatsverträge, durch den Art. 113, letztes Alinea der Bundesverfassung ausdrücklich verhindert und darf niemals einen Staatsvertrag, den die Bundesversammlung genehmigt hat, als verfassungswidrig und ungültig erklären. Auch würde sich der Mitkontrahent gegenüber einem von der Bundesversammlung ratifizirten Vertrage die spätere Einrede, er sei verfassungswidrig, schwerlich gefallen lassen müssen.

---

## IV.

In dem **innern Leben** der civilisirten Staaten, ganz besonders solcher, deren Verhältnisse einer fortwährenden freien Diskussion ausgesetzt sind, vollzieht sich von zwanzig zu zwanzig Jahren ungefähr eine Art von Veränderung der allgemeinen politischen Gesinnung, die ziemlich genau mit dem Heranwachsen einer neuen Generation von Staatsbürgern zusammenfällt. Sie hat auch wesentlich diese Ursache, wobei allerdings ein solcher Umschwung in irgend einem der hauptsächlichen Staaten den äussern Anstoss geben kann, dem die andern mehr oder weniger zu folgen genöthigt sind. Naheliegende Beispiele sind die französische Revolution vor 100 Jahren und die heutige Militärmonarchie in Deutschland, im Gegensatz gegen den daselbst noch vor 20 Jahren beliebten bürgerlichen Parlamentarismus nach englischem System.

Die Art dieser Veränderung ist für den aufmerksamen Beobachter in der jungen Generation schon lange sichtbar, bevor sie eintritt, und sie erfolgt mit unfehlbarer Sicherheit auf den Zeitpunkt ihrer Mündigkeit, insofern die Keime anderer Gesinnung nicht durch die Erziehung beseitigt werden können, oder Ereignisse höherer Gewalt dazwischen treten. Insofern ist es nicht unrichtig, dass jedes politische System nicht durch seine eigene Zeit, sondern durch die Generation gerichtet wird, die unter ihm aufgewachsen ist, wie der fruchttragende Baum eben auch nach seiner Frucht und nicht nach seiner eigenen Gestalt zu beurtheilen ist.

Bei der Beobachtung dieser verschiedenen Früchte wird man sich der Ueberzeugung nicht ganz verschliessen können, dass Mängel **jedem** politischen Systeme anhaften und dass die Regierungs- und Verwaltungsart der Staaten nur bis zu einem gewissen Punkte apodiktisch eine gute oder schlechte

genannt werden kann, wobei noch überdiess sehr Vieles von der moralischen Beschaffenheit der Menschen abhängt, in deren Händen jeweilen die Staatsgewalt sich befindet. In hohem Grade vorherrschend führt aber diese Anschauungsweise bei den gebildeten Menschen zu einem Skeptizismus, aus dessen Boden die Beurtheilung aller Dinge und Menschen nach ihrem augenblicklichen Erfolge, konsequent daher auch das Streben nach diesem steten Erfolg und die ganze Untreue und Charakterlosigkeit hervorwächst, welche die nothwendige Folge davon ist.[1])

Andere fassen heutzutage den Menschen und die menschlichen Verbindungen als eine Art von Naturprodukt auf, das sich auf einem gegebenen Boden mit Nothwendigkeit in einer gegebenen Weise entwickeln muss, so dass die Regierung eines Staates eigentlich nur darin besteht, diese natürliche, prädestinirte Begabung zu sehen und ihr fortwährend zu ihrem vollständigen Rechte zu verhelfen. Selbst die sogenannte historische Auffassung des Staatsrechts ist in unsern Tagen an diesem Realismus krank, der nicht bloss den historischen Thatsachen ihren gebührenden Einfluss gegenüber der Willkür kurzlebender Generationen einräumt, sondern, ungefähr wie die bildende Kunst der Zeit, die faktischen Ereignisse hinnimmt und darstellt, unbekümmert, ob sie schön oder hässlich seien. Die nothwendige Folge beider Anschauungen ist einerseits das Bestreben, durch künstliche Organisationen Mittel zu finden, die Demjenigen, der die öffentliche Gewalt in Verwaltung hat, fortdauernde Uebermacht, sowohl nach Aussen, als auch gegen seine eigenen Volksgenossen sichert, andrerseits die Tendenz, den Massen die rücksichtslose Herrschaft zu verschaffen. So lange dieser Kampf zwischen Militarismus nebst Bureaukratie und Sozialismus besteht und nicht eine Generation aufwächst, die, wieder nach Edlerem als nach Macht oder Genuss strebend, diese beiden Hauptfeinde der heutigen civilisirten Staaten als solche erkennt, ist an dauernde Ruhe und Befriedigung in denselben gar nicht zu denken. Die Macht ist eben nicht das höchste Gut des Lebens — wie Lassalle seinen Sickingen urtheilen lässt — weder für den Einzelnen,

[1]) « Le doute des principes est un acheminement vers le mal. » Carnot.

noch für eine Genossenschaft, sondern eine beständige Last, die nur schwer ertragen wird und für die Staaten so viele Nachtheile in ihrem Gefolge hat, dass nach den Lehren der Geschichte auf eine gesteigerte Machtperiode nothwendig ein Niedergang, oft sogar ein gänzliches Verschwinden eines solchen Volkes aus der Geschichte folgt. Und ebenso ist der materielle Genuss des kurzen menschlichen Daseins, auf sehr Viele gleichmässig vertheilt, im besten Falle (selbst eine dauernde, ganz gerechte Vertheilung vorausgesetzt) so gering und mit so viel unausbleiblichen Uebeln verknüpft, dass es, im eigentlichen Sinne des Wortes, nicht der Mühe werth ist, dafür zu leben.

Es liegt in der Natur und Richtung des Fortschrittes der Menschheit, dass sie sich früher oder später von diesen realistischen Auffassungen abwenden und zu einem Idealismus bekehren muss, der das realisirbare Glück des Menschen im Kleinen wie im Grossen in seiner moralischen Verbesserung und der Verachtung dessen, was ihr entgegensteht, sucht. Die Generation, die das bewirkt, wird der Menschheit erst neuerdings dauerhafte Staaten und Tempel bauen, in denen schwerlich die Statuen der heutigen Heroen zur Aufstellung gelangen. Ob das schon die nächste Generation sein wird, möchten wir bezweifeln. Dieselbe wird vielmehr wahrscheinlich noch mehr als die letzte, seit 20 Jahren an das Ruder gelangte, den Idolen der Macht und des Erfolges dienen — in kleineren Gemeinwesen daher jedesmal Denjenigen möglichst nachahmen, der den letzten Erfolg aufzuweisen hatte, und mit dieser Nachahmung in Verfassungen, Gesetzgebungen und Regierungseinrichtungen das fliehende Glück zu erhaschen suchen, bis sie, ermüdet von der übermässigen und doch fruchtlosen Arbeit in das Grab sinkt. Dann vielleicht mag ein anderes Geschlecht diesen Götzen den Rücken kehren, und wieder dem wirklichen Gott der Weltgeschichte zu dienen sich vornehmen.

So würde, wenn man die innersten Gedanken der jetzigen Eidgenossen über die innere Lage ihres Vaterlandes blosslegen könnte, in den Einen Herzen viel Verzweiflung an den staatlichen Daseinsformen, heute namentlich den kantonalen, zu konstatiren sein, ohne rechten Muth, einen andern Weg gründlich einzuschlagen; lieber wollen sie wieder

eine neue « Verfassung » machen, die einigermassen « dem Geist der Zeit Rechnung trägt », und eine Weile wenigstens (d. h. so lange wir leben und regieren) halten wird. In Andern verbitterte Gedanken an Rückkehr zu vergangenen Zuständen, die auch nur in der verblassten Erinnerung erträglicher als die gegenwärtigen erscheinen. In Dritten Neigung zu roher Herrschaft der Massen und Aneignung der Staatsgewalt, gleichviel unter welcher Fahne und in welcher Verbindung, beinahe auch gleichviel zu welchem Zweck, ausser der Herrschaft selber. In vielen schweizerischen Herzen aber strahlt noch trotz alledem, wie ein ewiges Licht, die unvergängliche Hoffnung, dass die Eidgenossenschaft « dies Haus der Freiheit, das uns Gott gegründet », eben desshalb, als ein Werk Gottes, ihren Platz in der Geschichte der Menschheit behalten müsse, und dass daher immer wieder im Verlaufe der Zeiten ein Geschlecht aufkommen werde, das diesen Platz kennt und ihn würdig behauptet.

Charakteristisch für das innere Leben des Bundes ist eine fortwährende Zunahme der Bundesverwaltung und das dadurch bedingte Eingreifen derselben in alle kantonalen Verhältnisse, womit nothwendig eine öftere Verschiebung der Grenzlinie zwischen den beiden Staatsgewalten und damit eine gewisse Unsicherheit in zahlreichen Rechtsbeziehungen des täglichen Lebens verbunden ist. Die Hauptklagen, die in der Bevölkerung gegen die Bundesadministration bestehen. deren Personal zu Beschwerden nur selten Anlass bietet, betreffen diese bureaukratische Tendenz mit steigender Ausbildung von zwei überall konkurrirenden Staatsgewalten, von denen die eine, gewohntere, täglich mehr lahm gelegt wird, während die andere, wo sie nicht in Subventionen materieller Natur sich ausdrückt, dem gemeinen Manne als eine Komplikation überflüssiger Art erscheint. Ein Hauptgrund dieses stets wachsenden Missverhältnisses war ursprünglich der unklare Kompromiss zwischen Bundes- und Kantonalsouveränetät, den wir der Verfassung von 1874 verdanken; ein anderer liegt darin, dass die Kantone allzu geneigt sind, Grenzverschiebungen zu Gunsten des Bundes anzuerkennen, ja sogar zu begrüssen, die mit Erleichterungen finanzieller Art verbunden sind. Die

Kantone sind dermalen eine Art von verarmten alten Familien geworden,[1]) die ihren Stand nur noch mit Mühe behaupten und froh sind, von einem heraufgekommenen Bürgerlichen, der die Finanzquellen des Landes in seinem Besitze hat, von Zeit zu Zeit unterstützt und zur Tafel geladen zu werden. Es ist leicht zu begreifen, dass eine solche verarmte Aristokratie nicht lange populär bleiben kann. Sie muss entweder aufhören, oder sich neuerdings nützlich zu machen verstehen. Im letzteren Falle würde sie auf eine gewisse historische Sympathie der Bevölkerung gegenüber dem wohlhabenden Parvenu schon rechnen können, der seinerseits nur so lange beliebt ist, als er Geld besitzt. Es ist unschwer vorauszusagen, dass die nächsten zehn Jahre eine Neuregelung dieses Verhältnisses bringen müssen, wobei hoffentlich von beiden Seiten praktischer vorgegangen wird, als 1874.

Ein solcher Vorschlag zu einer neuen Grenzregulirung zwischen Bundes- und Kantonalsouveränetät liegt einstweilen vor in einem Entwurfe zu einem neuen Gesetze über die Bundesrechtspflege, dessen Hauptreformpunkte folgende sind:

1) Die Zahl der Mitglieder des Bundesgerichtes wird von 9 auf 13 erhöht.
2) Das Gericht zerfällt in zwei Abtheilungen (Senate) von je 6 Mitgliedern mit gemeinschaftlichem Präsidium, deren eine im Wesentlichen als Civilgerichtshof, die andere als Gerichtshof für strafrechtliche Streitigkeiten fungirt. Das Gesammtgericht ist Kassationsgericht in Strafsachen, und besorgt die nicht einer Abtheilung zugewiesenen Geschäfte.
3) Streitigkeiten des öffentlichen Rechtes, z. B. Steuerprozesse, für welche die kantonale Gesetzgebung das gerichtliche Verfahren vorsieht, fallen auf Parteibegehren in die Kompetenz des Bundesgerichtes.

---

[1]) Es ist bezeichnend, dass man ihre Standesweibel mit den Abzeichen der kantonalen Souveränetät nur noch bei Leichenbegängnissen sieht. Die Gewohnheit, für alles Mögliche die Unterstützung der Bundeskasse anzurufen, hat in Amerika s. Z. zu grossen Missständen geführt, worüber ein Aufsatz von Schönbach in der «Deutschen Rundschau» vom Juli 1888 lesenswerth ist.

4) Die Appellationssumme wird von Fr. 3000 auf Fr. 1000 herabgesetzt.
5) In nicht appellabeln Sachen, welche von den kantonalen Gerichten nach eidgenössischen Gesetzen zu beurtheilen sind, kann das Bundesgericht als Kassationsinstanz angerufen werden und es ist die rechtliche Entscheidung des Bundesgerichtes alsdann für die kantonalen Gerichte verbindlich. Der von den kantonalen Gerichten festgestellte Thatbestand ist für das Bundesgericht als Oberinstanz unverbindlich, wenn die Feststellung den Akten widerspricht, oder es sich um die Beurtheilung von Willenserklärungen handelt.

Wir können nicht sagen, dass wir in den wesentlichen Punkten 4 und 5 eine Verbesserung erblicken. Damit fallen zunächst eine so grosse Zahl von Prozessen in die Kompetenz des Bundesgerichts, dass die Justizhoheit in Civilsachen den Kantonen bloss noch nominell verbleibt. Was aber in unsern Augen noch wichtiger ist: es werden, zur grossen Belästigung des rechtsuchenden Publikums, selbst in ganz kleinen Sachen regelmässig drei Instanzen geschaffen, von denen die letzte dem unterliegenden Theil, ja oft sogar dem obsiegenden, nicht billig zu stehen kommt. Ein Haupterforderniss aller Rechtsgesetzgebung, rasche und billige Justiz, kommt in der Schweiz dadurch immer mehr in gründlichen Wegfall. Wir sind stets Anhänger der Idee gewesen, dass in einem wahren Bundesstaate zwar die Rechtseinheit in Bezug auf die materielle Gesetzgebung eine nützliche und mit dem Staatsgrundgedanken wohl vereinbare Einrichtung sei, nicht aber die Centralisation der Justiz. Ein Bund hat bloss die natürliche Aufgabe, durch eine Kassationsinstanz, für gleichmässige und richtige Anwendung der Gesetze zu sorgen, und hier würden wir unbedenklich die kantonalen Gesetze ebensowohl, wie die kantonalen Verfassungen, einbegreifen, die ja eigentlich auch nichts anderes als kantonale Organisationsgesetze sind. Ist in dieser Richtung für Gleichheit vor dem Gesetz gehörig gesorgt, so konvenirt es dem einzelnen Rechtsuchenden, möglichst in der Nähe, mit geringen Kosten, und vor mit den Sachverhältnissen ganz vertrauten Personen, die er selbst gewählt hat, beurtheilt zu werden. Will man hingegen die eidg. Justiz noch mehr als bisher an die Stelle der kantonalen setzen, so muss man

weiter, als der Vorschlag es enthält, in die kantonale Justizorganisation eingreifen und nur Eine kantonale Instanz, oder die direkte Klage vor Bundesgericht mit gänzlicher Umgehung der kantonalen Gerichte im Einverständniss der Parteien gestatten.

Eine Verschiebung des bestehenden Rechtsverhältnisses zwischen Bund und Kantonen zu Gunsten der letztern ist dagegen faktisch durch das kantonale Alkoholmonopol seit dem 1. September 1887 eingetreten. Wir nennen es so, obwohl es durch eine eidgenössische Verfassungsrevision und ein eidgenössisches Gesetz entstanden ist (dem bereits eine ganze Gesetzessammlung von Verordnungen und Interpretationen folgte), weil es zu Gunsten der Kantone besteht und der Bund lediglich der rechnungsführende Commis derselben ist, der ihnen den Ertrag pünktlich und bei dem letzten Heller auszuzahlen hat. Es wird ihm nicht einmal gestattet, zur Erhöhung seiner Popularität, wie der ungerechte Haushalter im Evangelium, dem einen oder andern Schuldner sich günstig zu erzeigen, damit sie ihn in ihre Hütten aufnehmen, sondern er trägt das ganze Odium, das mit einem Staatsmonopol verbunden ist, welches in viele Geschäftsverhältnisse eingreift und bestehende Industrien ohne Entschädigung für den Geschäftsverlust aufhebt, während die Kantone den ganzen Vortheil davon haben. Wenn irgend etwas in der Zukunft den Bund unpopulär macht, so ist es dieses Verhältniss, und zugleich eröffnet es den Kantonen wieder den Zugang zu der Hauptfinanzquelle des Bundes, den Zöllen, aus denen der Monopolgewinn zum erheblichen Theile herrührt. Schwerlich werden die Kantone diesen Finger, der ihnen dargereicht ist, wieder fahren lassen, sondern eher die ganze Hand einer Betheiligung an allen Zolleinnahmen nehmen, sobald ihre Finanzen allgemein das Bedürfniss hiezu spüren.

Das Alkoholgesetz vom 23. Dez. 1886 (das im letzten Jahrbuche auf pag. 805 ff. abgedruckt ist) wurde durch Beschluss des Bundesraths vom 15. Juli 1887 successive in Kraft gesetzt. [1]) Es erlebte dann sofort im Dezember eine

---

[1]) In der Art nämlich, dass vom 20. Juli ab jeder Spritimport (der im grossartigsten Massstabe stattfand und durch grosse Ausfuhrprämien in Deutschland noch befördert wurde)

Art von **authentischer Interpretation** durch einen Beschluss der Bundesversammlung vom 20. Dez. 1887 (G. S. X, pag. 420), wornach die im Art. 32bis der B.-V. vom Bundesmonopol ausgenommenen Brennstoffe, wie Wein, Obst und deren Abfälle, Wachholderbeeren, Enzianwurzeln etc. auf solche von inländischer Herkunft beschränkt wurden, eine nachträgliche Definition der Verfassung, die namentlich die herkömmlich mit ausländischen Weintrestern arbeitenden Brennereien der italienischen Landestheile hart traf,[1]) während sie mit Fug und Recht der blossen Spekulation, die sich auf die Einfuhr solcher Stoffe geworfen hatte, ein Ende machte.

Im Laufe des Herbstes 1887 wurde die Alkoholverwaltung als besondere Abtheilung des Finanz- und Zolldepartements **organisirt**, ein Pflichtenheft für diejenigen Brennereien aufgestellt, denen inskünftig die Lieferung von $^1/_4$ des jährlichen Bedarfs an Alkohol aufgetragen werden soll und der Auskauf der Uebrigen für ihre Brennereieinrichtungen nach einem Reglement, welches das Bundesgericht darüber aufgestellt hatte, in's Werk gesetzt. Diese Ablösung, die sich bloss auf die Einrichtungen bezieht, nicht die Expropriation für den Verlust der Industrie selbst im Auge hat, wird sich auf dem Wege einer Abschätzung dieser Einrichtungen durch verschiedene Expertenkommissionen und allfälligen schliesslichen Entscheid des Bundesgerichts im Laufe dieses Jahres im Wesentlichen vollziehen lassen. Die eingereichten Forderungen belaufen sich auf über acht Millionen.[2]) Mit den ehemaligen Ohmgeldkantonen waltet noch

---

untersagt und die einheimischen Brennereien geschlossen wurden. Mit dem 1. September begann der Monopolverkauf unter Wegfall der kantonalen Ohmgelder. Der Alleinverkauf des Bundes begann mit dem 1. Januar 1888.

[1]) Dieser hohe Zoll auf die Weintrester der Grenzzone, der in neuester Zeit noch erhöht wurde, wird abgeändert werden müssen. Eine Motion auf eine Revision des Alkoholgesetzes aus andern Beschwerdegründen ist bereits im Nationalrath erheblich erklärt worden.

[2]) Stand der **Expropriationen und Entschädigungen** für Brennereien auf Ende August 1888: Ansprachen 1343 mit Fr. 8,120,187. 25 Forderungen. Stand der abgeschlossenen Uebereinkünfte auf Ende Juli: 775 mit Fr. 4,033,308. 09 Forderung und 2,101,185 Fr. Abfindung; neu abgeschlossen im Monat August:

Streit, ob ihnen nach dem Wortlaute des Verfassungstextes neben den eigentlichen Ohmgeldern (Eingangsgebühren auf geistige Getränke) auch noch andere, früher bestandene Gebühren auf geistigen Getränken (Fabrikationsgebühren von Essig, Branntwein, Brausteuern) zu vergüten seien, bevor der Alkoholgewinn an diejenigen Kantone vertheilt werden könne, die bisher keine Ohmgelder bezogen. Auf ein Begehren der schweizerischen Bierbrauer, dass das Brennen von Abfällen der Bierbrauerei als nicht unter das Monopol fallend erklärt werde, trat der Bundesrath mit Schlussnahme vom 4 Mai 1888 nicht ein.

Die Alkoholverwaltung verkauft drei Sorten von Sprit, Weinsprit, Primasprit, Feinsprit, und denaturirten Alkohol. der nicht zum Genusse bestimmt und tauglich ist. Sie hatte im Jahre 1887 bereits einen Einnahmenüberschuss von 2,538,861 Franken, wovon 1,396,750 Franken an die Ohmgeldkantone und Oktroigemeinden zur Vertheilung gelangten; für das volle Geschäftsjahr 1888 ist ein solcher von 5 Millionen 290,000 Franken vorausgesehen, woraus die Ohmgeldkantone voll entschädigt werden (mit zirka 3 ½ Millionen) und auch für die andern noch eine Summe zur Vertheilung übrig bleiben kann. Die Ausrichtung dieser Summen an die Kantone soll praktisch in der Weise erfolgen, dass sie mit den von den Kantonen eingezogenen Militärersatzsteuern (deren halben Bruttoertrag sie dem Bund abzuliefern haben) jeweilen verrechnet werden.

Man kann sagen, dass diese Alkoholsubsidien jetzt in dem Finanzhaushalt der Kantone die Stelle einnehmen, welche in alter Zeit die Jahrgelder der fremden Staaten für die Bewilligung der Werbung und in der Zeit von 1848 bis 1874 die Post- und Zollentschädigungen hatten. Sie sind eine Subvention des Bundes an die Kantonalfinanzen, oder, wenn man es lieber so auffassen will, eine Revindikation eines Theils der kantonalen Zolleinnahmen. Der Gedanke liegt nahe, diese Einnahmen, wenn sie späterhin nicht ausreichen sollten, entweder durch eine Ausdehnung dieser Revindikation,

---

200 mit Fr. 860,049. 56 Forderung und Fr. 356,998 Abfindung. Total: 975 mit Fr. 4,893,357. 65 Forderung und Fr. 2,458,183 Abfindung. Ratifizirt wurden durch den Bundesrath bis jetzt 264 Verträge, durch das Departement 328.

oder durch eine Ausdehnung des Monopols auf weitere Gegenstände zu erhöhen. Als solche wurden bereits bezeichnet: Tabak, Petroleum, Zucker, Gewürze, wobei auch bloss ein Zuschlagszoll auf der Einfuhr und die Vertheilung desselben an die Kantone ohne Monopolisirung des Verkaufs, oder der Fabrikation in Frage kommen könnte. Von einzelnen Seiten wurde auch das Annoncenmonopol befürwortet, welches das einträglichste von allen sein würde, aber dafür mit der Pressfreiheit in Konflikt kommt. Der finanzielle (staatssozialistische) Gesichtspunkt dieser Monopole ist dermalen in den Vordergrund gerückt, die ursprüngliche Idee, mittelst des Alkoholmonopols der überhandnehmenden Trunksucht zu steuern, spielt daneben die untergeordnete Rolle, obwohl ein erheblicher Fortschritt in dieser Richtung behauptet wird. Die amerikanischen Temperenzgesetze, wie sie namentlich in den östlichen Staaten der Union bestehen, wären in der Schweiz nicht durchführbar.[1]) Eher würde das schwedische, sog. Gothenburgersystem auf unsere Verhältnisse passen (vgl. Jahrg. II, pag. 809). Im Allgemeinen müssen, wie reichliche Erfahrungen zeigen, alle staatlichen Sittengesetze der Ausfluss und das äussere Zeichen einer bereits beginnenden innern Regeneration der Völker sein, ansonst sie ein heuchlerischer Buchstabe bleiben, der, wie alle Heuchelei, dem offenkundigen Laster noch ein besonders vergiftendes Element beifügt. Einstweilen, und bis dieser ganze Ernst erwacht, ist die Gründung von guten und billigen Wirthschaften mit Mässigkeitstendenz, aber ohne absoluten Ausschluss aller alkoholischen Getränke, das Beste, was geschehen kann.

Andere Verschiebungen des Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen stehen noch in Aussicht: in Bezug auf die Gebiete des Militärwesens, des Civil- und Strafrechts, der Fremdenpolizei, der Schulsachen und

---

[1]) Wohl aber ein scharfes und namentlich auch scharf durchgeführtes Gesetz gegen die öffentlichen Aeusserungen der Betrunkenheit. Es ist auffallend, wie viel sich die ruhigen und gesitteten Bevölkerungen in unseren Städten von einer verhältnissmässig kleinen Anzahl betrunkener Menschen gefallen lassen, die Nachts bei Schluss der Wirthschaften denselben entstürzen und mit einem Lärm, der ihren Zustand unverkennbar macht, die Strassen durchziehen.

der Eisenbahnen. In keiner Richtung ist vorläufig ein bestimmter Antrag auf Verfassungsrevision gestellt. Am meisten ist von einer Militärcentralisation die Rede. Doch ist leicht vorauszusehen, dass es sich auch hier nur um eine grössere Kompetenz des Bundes handeln wird, wobei den Kantonen immer noch einige Rechte bleiben. Mit andern Worten, man würde statt der im Art. 3 der Bundesverfassung nach amerikanischem Muster aufgestellten Präsumtion zu Gunsten der Souveränetät der Kantone die umgekehrte, praktischere Präsumtion zu Gunsten des Bundes einführen und den Kantonen bestimmt ausgedrückte Rechte reserviren[1]), was ihnen allmälig auf allen Gebieten des Bundeslebens mehr konveniren würde, als die jetzige, im Ausdrucke zwar grossartiger lautende, reell aber illusorische Präsumtion für volle Souveränetät, soweit sie nicht dem Bunde abgetreten erscheint. Auf Grund dieses Ueberganges zu einer andern Form der Kompetenzausscheidung zwischen beiden Souveränetäten werden sich die Centralisationen, die in der Tendenz der Periode liegen, mit Ausnahme der Rechtseinheit, wahrscheinlich ohne die äussere Form einer Verfassungsrevision vollziehen, auf der Basis eines faktischen Auskaufs kantonaler Rechte durch Uebernahme von Kosten seitens des Bundes, wie diess auch bisher schon geschehen ist. Der Bundesstaat ist eben eine sehr flüssige Staatsform, in der sich einzelne Grenzverschiebungen sozusagen fortwährend geltend machen und auf dem Wege thatsächlicher Aneignung Vieles geschieht, was sonst auf Schwierigkeiten stossen würde. Wenn von einem Prinzip dabei überhaupt die Rede sein kann, so ist es das, dass derjenige Theil, welcher ein Institut des Staatslebens ganz oder theilweise unterhält, resp. einem öffentlichen Bedürfniss mit seinen Mitteln entgegenkommt, von der Kompetenz der Gesetzgebung und Verwaltung in Bezug auf dasselbe nicht ausgeschlossen werden kann. Mit andern Worten, die Kantone müssen gewärtigen, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in denen sie Subventionen des Bundes annehmen oder gar verlangen, zuerst Verordnungen desselben,

---

[1]) Ob diese Form der Militärcentralisation, oder die Verwaltungsübertragung seitens der Kantone an den Bund unter formaler Reservation ihrer bisherigen Souveränetätsrechte in Militärsachen, eintreten solle, ist eine blosse Zweckmässigkeitsfrage, möglich ist beides.

sodann, mit logischer Folgerichtigkeit ein Aufsichtsrecht und zuletzt eine, wenigstens theilweise, Administration durch den Bund entstehen zu sehen. — Wer ganz unabhängiger Herr in seinem Hause bleiben will, der muss (das gilt in hohem Grade auch für Staatsindividuen) auch finanziell unabhängig sein.

Faktische Interpretationen der Bundesverfassung fanden in folgenden namhaften Fällen statt:

Die Regierung des Kantons Freiburg weigerte sich, den Rekruten eines Kantonstheils, welche ausnahmsweise, aus momentan vorliegenden technischen Gründen, nach Bern statt nach Colombier einberufen wurden, die diessbezüglichen Marschbefehle zuzustellen. Der Bundesrath hielt jedoch an seiner Schlussnahme fest. Die gleiche Regierung wurde, wie schon öfter, aufgefordert, den Aufenthalt und die Wirksamkeit von einzelnen Angehörigen der «Gesellschaft Jesu» nach den Bestimmungen des seit 1874 etwas schärfer gefassten Art. 51 der Bundesverfassung zu verbieten.

In Bezug auf die Vollziehung von Urtheilen des Bundesgerichts hat der Bundesrath folgende Interpretation des Art. 102, Ziffer 5 der Bundesverfassung gegenüber dem Halbkanton Appenzell I.-Rh. erlassen:

«1) Gemäss Art. 102, Ziff. 5, der Bundesverfassung von 1874 (gleichlautend mit Art. 90, Ziffer 5, der Bundesverfassung von 1848) hat der Bundesrath innert den Schranken dieser Verfassung die Urtheile des Bundesgerichts zu vollziehen, und durch Art. 191 des Bundesgesetzes über das Verfahren bei dem Bundesgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist vorgeschrieben, dass Beschwerden über mangelhafte Vollziehung der Urtheile des Bundesgerichts bei dem Bundesrath anzubringen seien, welcher das Geeignete verfügen soll, aber auch von Amtes wegen die Vollziehung überwachen kann. 2) Diese Vorschriften beziehen sich ohne Zweifel zunächst nur auf Urtheile, welche das Bundesgericht innerhalb der durch die Bundesgesetzgebung ihm zugewiesenen Kompetenzen erlassen hat, während im Spezialfalle nicht ein förmliches Urtheil, sondern die Vollziehung des Entscheides über einen sogenannten staatsrechtlichen Rekurs in Frage liegt, den das Bundesgericht in Anwendung von Art. 59, litt. *a*, des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundes-

rechtspflege vom 27. Juni 1874 erlassen hat. 3) Obschon das Bundesgericht die Kompetenz zum Entscheide über Beschwerden von Privaten und Korporationen, betreffend Verletzung von Rechten, die ihnen durch die Verfassung ihres Kantons gewährleistet sind, erst durch das erwähnte Bundesgesetz vom 27. Juni 1874 (Art. 59, litt. *a*) erhalten hat und über die Befugniss des Bundesraths bezüglich der Vollziehung eines solchen Entscheides eine positive Vorschrift nicht besteht, so muss dennoch im Interesse des Rechtsschutzes angenommen werden, dass dem Bundesrath hiefür die gleichen Befugnisse zukommen, wie sie ihm für die Vollziehung eines förmlichen Urtheils des Bundesgerichts zustehen. Dieser Schluss erscheint als vollkommen zutreffend, wenn man in Betracht zieht, dass durch Art. 102, Ziffer 3, der Bundesverfassung auch die Ueberwachung der Garantie der Kantonsverfassungen dem Bundesrath zugewiesen ist, während die Vollziehung eines bundesgerichtlichen Entscheides im Sinne von Art 59, litt. *a*, des Bundesgesetzes vom 27. Juni 1874 im Grund identisch ist mit der Vollziehung der Bestimmung einer Kantonsverfassung, über deren Sinn und Bedeutung Zweifel gewaltet haben, die aber durch den Entscheid des Bundesgerichts klargestellt worden ist.»

Mit Bezug auf Art. 12 der Bundesverfassung, der im Allgemeinen eidgenössischen Behörden, Mitgliedern der Bundesversammlung, eidg. Beamten, Repräsentanten und Kommissarien verbietet, von fremden Regierungen Orden, Pensionen, Gehalte, Geschenke oder Titel anzunehmen, wurde dem eidgenössischen Gesandten in Berlin durch besondere Schlussnahme des Bundesrathes gestattet, eine Tabakdose aus dem Nachlasse des deutschen Kaisers als Andenken anzunehmen.

Mit vollem Rechte wurde durch einen Entscheid der nationalräthlichen Kommission auf Grund von Art. 77 der Bundesverfassung festgestellt, dass Beamte der internationalen Bureau's nicht in der Bundesversammlung sitzen dürfen, weil sie eben auch eidgenössische Beamte sind. Aus dem gleichen Grunde dürften aber auch die fremden Ordensdekorationen bei einzelnen dieser Funktionäre verschwinden.

Der Art. 65 der Bundesverfassung lautete ursprünglich dahin, dass die Todesstrafe, mit Ausnahme der

Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches in Kriegszeiten, abgeschafft sei. Durch die Partialrevision vom 18. Mai 1879 wurde dieser ganze Satz gestrichen und statt dessen bloss die Todesstrafe für politische Verbrechen verboten. Es frägt sich, ob dadurch die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes über die Todesstrafe in ihrem gesammten Umfange, also auch in Friedenszeiten, von selbst wieder aufleben, oder ob es dazu vielmehr erst eines Beschlusses der Bundesversammlung bedürfte, der diese von 1874 bis 1879 abgeschaffte Strafart reaktivirt. In dem Straffalle eines Soldaten (Hürst), der im Instruktionsdienst einen Kameraden verwundet und einen andern getödtet hatte, ist durch Ausloosung von 12 (statt 8) Geschwornen und bezügliche Anklage als nunmehriges præcedens, ohne Einwendung von irgend einer Seite, angenommen worden, dass für militärische Vergehen die Todesstrafe auch in Friedenszeiten zu Recht bestehe. In Bezug auf die kantonalen Strafgesetzbücher ist die Praxis eine entgegengesetzte, die Todesstrafe musste überall, wo sie jetzt wieder existirt, durch ein neues Gesetz wieder eingeführt werden.

Ein eigensinniger Basler bestritt dem Bund das Recht der Anbringung eines Telephonträgers an seinem Hause und selbst die Anwendbarkeit des Expropriationsrechts auf diesen Fall. Die Bundesversammlung anerkannte, dass die Gesetzgebung über die Telegrapheneinrichtungen und überhaupt über die Erstellung öffentlicher Werke auch auf diese neue Erfindung anwendbar seien, lud jedoch den Bundesrath ein zu untersuchen, ob das eidg. Expropriationsgesetz vom 1. Mai 1850 nicht den neueren Verhältnissen angemessen zu revidiren sei.

Der Kanton Zürich wollte von einem Legat an die Eidgenossenschaft zu Gunsten der meteorologischen Centralanstalt eine Erbschaftssteuer von 15,000 Franken erheben. In Folge der Weigerung des Bundesgerichts, auf eine solche Klage aus öffentlich-rechtlichem Titel gegen den Bund einzutreten, gelangte die Sache an die Vereinigte Bundesversammlung, als obersten administrativen Richter auf Grund des sog. Garantiegesetzes von 1851, welche den Kanton mit seinem Begehren abwies. Diese Auslegung der Vorschriften über die Steuerfreiheit des Bundes bildet einen für die Zukunft wichtigen Präzendenzfall.

In Bezug auf die Rechtsstellung der Bundesbehörden ist von prinzipieller Bedeutung ein Beschluss des Bundesrathes, wonach er sich für Amtshandlungen des Departementschefs des Eisenbahnwesens als solidarisch erklärte und eine Klage gegen eine Verleumdung desselben durch den Luzerner « Landboten » ex officio einzuleiten beschloss. Wir sind im Allgemeinen zwar der Ansicht, dass Alles, was für die Oeffentlichkeit geschieht, auch der öffentlichen Kritik in ziemlich weitgehendem Grade ungestraft unterliegen muss und dass Nervosität nirgends übler angebracht ist als in Staatssachen, und möchten diesen Grundsatz (den wir gegenüber dem Auslande noch öfter zu betonen in der Lage sein werden) auch im Inlande zur Geltung kommen sehen; wo es sich aber um wirklich böswillige Beschimpfung und Verleumdung der eidgenössischen Behörden handelt, da muss unseres Erachtens jedes Mal die Behörde als solche klagen und es nicht dem einzelnen Mitgliede überlassen, den Injurianten zu verfolgen, oder auch nicht zu verfolgen. Das erfordert die Würde der Behörde, die in jedem ihrer Mitglieder verletzt wird.

Eine andere in der Luft liegende Veränderung in der Stellung der obersten Bundesbehörde wird von einem Organ der schweizerischen Presse, wie uns scheint offiziös, in folgender Weise angedeutet:

« Die Bundesräthe seufzen nach Arbeitsentlastung, namentlich beklagen sie sich, ihre Zeit werde dadurch absorbirt, dass sie alle und jede ausgehenden Korrespondenzen unterzeichnen müssen. Es wird nun angeregt, den Abtheilungschefs das Recht der Unterschrift für eine Anzahl Geschäfte einzuräumen, was aber zur Folge hätte, dass diesen Beamten auch ein gewisses Mitberathungs- und Entscheidungsrecht eingeräumt werden müsste. Das wäre nun nichts Schlimmes. »

An und für sich keineswegs! Nur erhalten dann diese Abtheilungschefs mehr und mehr die Stellung der helvetischen « Minister » und der Bundesrath diejenige des Direktoriums, einer wesentlich politischen, nicht eigentlich administrativen Behörde. Die logische Folge ist die Wahl derselben durch das Volk, anstatt durch die Bundesversammlung. Auch in diesem Punkte nähern wir uns thatsächlich der helvetischen Zeit.

Zwischen den Kantonen ist ein neues Konkordat zwischen Basel-Stadt und St. Gallen «über die gegenseitige Stellung von Fehlbaren in Polizeifällen» zu Stande gekommen. Das eidgenössische Auslieferungsgesetz vom 24. Juli 1852 beschlägt Polizeifälle nicht. Ueber dieselben besteht bloss ein älteres Konkordat der Mediationszeit vom 7. Juni 1810, das am 9. Juli 1819 bestätigt und am 27. September 1840 erläutert wurde (O. S., I, 306, III, 75). Es ist in der Ausführung illusorisch, da es keine Zwangsmittel erlaubt, eigentlich also bloss eine offizielle Bestellung von Vorladungen enthält. Infolge dessen werden nun solche weitergehende Konkordate abgeschlossen.

Eine andere Art von Konkordat ist in Entstehung begriffen in dem interkantonalen Verband für Naturalverpflegung für dürftige Passanten, welcher am 1. Dezember 1887 in Baden eine Delegirtenversammlung, beschickt von sieben Kantonen, abhielt. Die Statuten dieses Konkordats, das hier zum ersten Male in der Form eines Vereins, statt in der bisher üblichen eines Staatsvertrags, auftritt (und dadurch der bundesräthlichen Genehmigung nach Art. 7 der Bundesverfassung entgeht), haben im Wesentlichen folgende Bestimmungen:

« Die Feststellung der Verpflegungsstationen ist in erster Linie Sache der Bezirks- und Kantonalverbände. Wo sich indessen, namentlich bei Grenzstationen, Uebelstände herausstellen, ist der Centralvorstand beauftragt, die betreffenden Bezirke und Gemeinden aufmerksam zu machen, und es kann die Delegirtenversammlung irrationelle Stationen aufheben. Die Kontrolstellen sind möglichst auf Polizeistationen zu verlegen. Die Naturalverpflegung wird nur an solche dürftige Passanten verabreicht, welche gesetzlich anerkannte Ausweisschriften besitzen und den Nachweis leisten, dass sie in den drei letzten Monaten irgendwo in Arbeit gestanden haben. Die Unterstützung wird nicht verabreicht an Betrunkene und an solche, die angebotene Arbeit nicht annehmen. Jede verabfolgte Verpflegung ist dem Passanten in dem vom Verband eingeführten Unterstützungswanderschein mit Ort und Datum einzustempeln. Die Verabfolgung dieses Scheines ist in den Ausweisschriften anzumerken und es soll auch bezüglich eines einheitlichen Formulars eine Vereinbarung mit den Nachbarstaaten getroffen werden. Ein Centralvorstand,

aus 7 Mitgliedern bestehend, ist in nächster Generalversammlung zu wählen. »

Von den kantonalen Verfassungen sind sozusagen beständig einige in Revision begriffen, und es ist um so schwerer, von dem jeweiligen Zustande derselben sich einen stets richtigen Begriff zu machen, als eine gedruckte Sammlung nur auf den Zeitpunkt des 1. Januar 1880 existirt und (seltsam genug!) die neu entstehenden Verfassungen auch nicht im Bundesblatte (wo doch viele unwichtigere Dinge stehen) publizirt werden. Ohne Zweifel stehen wir vor einer Periode von sozialen Einrichtungen (Unfallversicherung und andere obligatorische Versicherungssysteme), die zu einer neuen Serie von solchen Veränderungen Anlass bieten werden. Dabei würde es sehr nothwendig sein (worauf wir bereits früher aufmerksam machten), den Grundsatz ein- und durchzuführen, dass der Bund keinen Artikel einer Kantonsverfassung zulässt und garantirt, der dem Sinne nach gleichlautend schon in der Bundesverfassung steht. Es ist diess um so dringender geworden, seit das Bundesgericht die an sich willkürliche Praxis angenommen hat, bei solchen Artikeln, nur den Rekurs aus der Bundesverfassung anzunehmen, wenn er dann überhaupt in seine Kompetenz fällt. [1]) Fallen alle diese politischen Artikel aus den Kantonsverfassungen fort, so werden dieselben auch äusserlich das, was sie innerlich bereits sind, nämlich kantonale Organisationsgesetze ziemlich einfacher und relativ stabiler Natur, denn die hauptsächlichste Veranlassung zu den beständigen Aenderungen derselben, die Einführung neuer Bundesgesetze, die nicht mehr zu den kantonalen Verfassungen stimmen, kommt dadurch in Wegfall. Eine grössere Stabilität dieser Grundgesetze ist aber dringend nothwendig, wenn dieselben noch irgend einer wahren Achtung geniessen sollen. Auch wäre es nur von Vortheil, wenn dadurch auch die allzu häufige Illusion wegfiele, als ob mit einer Verfassungsrevision

---

[1]) Alle Beschwerden über Verletzungen des Kantonsverfassungen gehören vor das Bundesgericht, dagegen nicht alle Verletzungen der Bundesverfassung, so dass bei gleichlautenden Artikeln beider Verfassungen eine Doppelkompetenz, ja unter öfter vorkommenden Umständen eine Art von Auswahl des Rekurrenten zwischen den politischen Behörden des Bundes und dem Bundesgericht entstand, die nun durch die Praxis beseitigt werden soll.



schon etwas ausgerichtet sei. Dermalen gleichen diese Akte einer periodischen Beichte der kantonalen Regimente, gegen die irgendwelche Beschwerden ein gewisses Mass erreicht haben. Ist dieses Mass nahezu voll, so erfolgt ein Sündenbekenntniss und Besserungsversprechen in einem wohllautenden « riformino » oder « riformetta », wie es die italienischen Landestheile nennen; die aufzuwendende moralische Kraft wird in den Verfassungsrathsverhandlungen verpufft und, nachdem die guten Vorsätze für die Zukunft in säuberlichen Verfassungsartikeln ausgesprochen und mit einer gewissen Agitation der Gemüther angenommen worden sind, bleiben die Verhältnisse meistentheils die gleichen. Es gibt auch manche Individuen, die glauben, etwas gethan zu haben, wenn sie in ein Tagebuch einen neuen Lebensgrundsatz einschreiben. Nach Fassung des grossen Entschlusses gehen sie vor sich selbst gerechtfertigt von dannen... auf dem alten Wege. Würde man sie hindern können, zu schreiben, so würde ihnen die Nothwendigkeit einer wirklichen Besserung (die in den meisten Fällen nicht sowohl aus grossen Entschlüssen, sondern aus kleinen, alltäglichen Handlungen besteht) besser in Erinnerung bleiben. Es ist diess ein psychologischer Vorgang, der die Frage der Beichte berührt; sie macht die Sünde klarer, aber die Vergebung — und den Rückfall leichter. Alle Verfassungsrevisionen, die nicht historische Nothwendigkeiten, aus grossen Ereignissen und gründlichen Veränderungen im Volksleben hervorgegangen, sind (wie die wenigen Zusatzartikel der mehr als hundertjährigen Verfassung der Vereinigten Staaten), haben diesen moralisch verderblichen Charakter, und aus diesem gleichen Grunde sind alle sogenannten « Partialrevisionen », trotz ihrer administrativen Bequemlichkeit, für den Volksgeist nachtheilig und müssen jedenfalls auf das allernothwendigste Mass beschränkt werden.

Total-Revisionen fanden seit dem Erscheinen des letzten Jahrbuches, welches die neuenburgische Revision schon enthält, in Solothurn und Uri statt, im Werke oder in bestimmte Aussicht genommen sind solche in beiden Basel und Bern.[1])

[1]) Die Berner-Verfassung, von deren Revision seit dem 16. Mai wieder ernstlich die Rede ist, gibt Veranlassung zu einer

Durch die neue Urnerverfassung wird eine Erinnerung an uralte Zeit, die Separatstellung des Bezirkes Urseren, nun auch dem gleichmachenden Geist der Zeit, dem alle historischen Eigenthümlichkeiten als blosse Hemmungen einer bequemen Administration erscheinen, weichen. Das alte Land Uri, das den eidgenössischen Bund mit Schwyz und Nidwalden vor nun bald 600 Jahren durch den Landammann Arnolt, Maier von Silenen, abschloss[1], erstreckte sich nur bis zu den Schöllenen. Der Theil oberhalb des heutigen Urnerloches gehörte dagegen im damaligen Sinne nicht zu Uri, sondern zu Graubünden, nämlich zur Abtei Dissentis. Politische und kommerzielle Interessen machten es für die Urner nothwendig, denselben durch einen ewigen Landrechtsvertrag vom 12. Juni 1410 zu annektiren, der eigentlich seinem Geiste nach bis auf den heutigen Tag be-

---

Frage des konstitutionellen Rechts. Nach vorherrschender Anschauung kann sie nicht partiell revidirt werden; neuerdings wird aber der Satz aufgestellt, man könne ihr dessenungeachtet einen neuen Artikel beifügen, ohne einen der bestehenden abzuändern und in diesem neuen, vom Volke anzunehmenden Artikel zuerst die Partialrevision einführen. Die Beifügung eines Artikels zu einer Verfassung ist natürlich ebensowohl eine partielle Revision, wie die Streichung oder Abänderung einer bestehenden Bestimmung. Einzelne berühmte Verfassungen wurden überhaupt nur auf diese Weise revidirt. So enthält die amerikanische Bundesverfassung bloss 15 Zusatzartikel, ohne Abänderung irgend eines ihrer ursprünglichen Artikel von 1787. Auch Napoleon I. revidirte seine kaiserliche Verfassung von 1804 im Jahre 1815 durch eine blosse «Zusatzakte» (acte additionnel), die aber in Wirklichkeit eine sehr wesentliche Abänderung des Regierungssystems enthielt. Selbst eine authentische Interpretation, wenn sie auf dem Wege eines Verfassungsgesetzes (also nicht durch Auslegung der Behörden) erfolgt, würde als eine Revision angesehen werden müssen. Das bernische Volk hat allerdings seine Verfassung im Jahre 1869 durch Einführung des obligatorischen Referendum's auch ohne Revision sehr wesentlich abgeändert, das Recht hiezu war jedoch in dem Artikel 6, Ziffer 4, der Verfassung bereits vorgesehen und das Referendumsgesetz trägt daher auch den offiziellen Titel: «Gesetz über Ausführung des Artikel 6, Ziffer 4, der Staatsverfassung». Das gleiche Recht einer allfälligen Volksanfrage über Einführung einer Partialrevision sieht dagegen der Artikel 91 nicht vor.

[1]) In der Bundesurkunde ist dieser Landammann von Uri zwar nicht genannt, wohl aber in dem $2^1/_2$ Monate später abgeschlossenen, im Staatsarchiv von Zürich noch vorhandenen, dreijährigen Bündniss mit Zürich vom 16. Oktober 1291. (E. A. I. 242).

**standen hat[1]). Demselben waren bereits im Jahre 1331 in der ersten (sehr interessanten) Periode des Bundes, noch vor dem Eintritt Luzerns, die Vereinbarung mit dem Generalvikar von Como, Franchino Rusca, über die Gotthardstrasse,**

---

[1]) Eidg. Absch. I. 128. Wir drucken diesen Brief im Jahre seiner definitiven Erledigung ab:

« Thallade Ursern.

Altdorf. 1410, 12. Juni, (vff den zwölften Tag des manotz im Brachot).

Ewiges Landrecht zwischen dem Landammann und den Landleuten von Uri und dem Ammann und den Thalleuten von Ursern: 1. Die Thalleute zu Ursern schwören, des Landes Uri Ehre und Nutzen zu fördern, dessen Schaden zu wenden und dessen Geboten gehorsam zu sein in allen den Stücken, die in diesem Brief geschrieben stehen. 2. Die von Ursern bleiben bei ihren Gerichten und bei des Thales Recht und Herkommen; sie besetzen und entsetzen die Richter in ihrem Thale, doch wenn sie dieses je nicht in dem Masse thäten, dass die von Uri dünkte, dass des Thales und des Landes Uri Nutzen und Ehre gefördert sei, so mögen die von Uri einen Richter nach Ursern setzen, nach des Landes Uri Recht, der Richter sei dann zu Uri oder zu Ursern gesessen. 3. Wenn die von Uri mit ihrem Panner oder ihrer Macht irgendwohin ziehen, so sollen die von Ursern, sobald sie es vernehmen oder dazu entboten werden, ihnen nachziehen und ihnen mit Leib und Gut in eigenen Kosten helfen. 4. Um Strassenbauten und anderes, was die von Ursern betrifft, mag Uri sie nach Billigkeit oder nach gegenseitigem Uebereinkommen anlegen 5. Ursern behält sich seine Alpen und sein Gemeinwerk ausschliesslich vor. 6. Ursern reservirt die Dienste, die es dem Gotteshaus Dissentis von Recht oder Gewohnheit wegen zu thun schuldig ist, doch dem Landrecht mit Uri unschädlich. 7. Einer von Ursern, der in das Land Uri zöge und da haushäblich sein wollte, mag wohl da Landmann sein, soll aber weder Eigen kaufen, noch an des Landes Uri Alpen und Gemeinwerken Theil haben, es sei denn, die Landleute von Uri gönnen es ihm aus freien Stücken. Ebenso gilt umgekehrt dasselbe, wenn einer von Uri nach Ursern zöge. 8. Uri behält sich bei diesem Landrecht alle seine Freiheiten und guten Gewohnheiten vor und nimmt sich aller Kriege, die Ursern vor diesem Landrecht allfällig gehabt hätte, von Rechtswegen nicht an. 9. Wenn die Gemeinde von Uri oder der Mehrtheil derselben die von Ursern des Landrechtes und des Eides entlassen will, so steht es ihnen frei; in diesem Fall tritt das Verhältniss wieder ein, das vor dem Abschluss dieses Landrechts bestund. 10. Zu welcher Zeit den Ammann und die Landleute zu Uri je dünkt, dass die Thalleute von Ursern dieses Landrecht mit Eiden erneuern sollen, sollen sie zwei Boten in der Thalleute Kosten nach Ursern senden; diesen sollen die Thalleute unverzüglich schwören. »

sodann 1403 der Schutzvertrag zwischen Uri und Obwalden mit den « Landlüten von Liventin » und 1407 das Landrecht der beiden Stände mit den Herren von Bellenz vorangegangen, die eine Aneignung des dazwischen liegenden Urserenthales als Ergänzung forderten, um so mehr noch, als der Abt von Dissentis im Interesse Oesterreichs stand, dessen Vögte im Aargau gleich bei Beginn der Eidgenossenschaft bereits den mailändischen Kaufleuten verboten, ihre Waaren durch Uri zu führen [1]). Infolge dessen bildete das Ursernthal stets eine besondere Abtheilung des Kantons Uri mit einer gewissen Autonomie, unter einem besondern « Thalvogt » während von nun an die dortigen Gemeinden, Andermatt, Hospenthal, Zumdorf und Realp, den 17 Gemeinden des alten Kantons angeschlossen werden und nur die gewöhnliche Gemeindeautonomie übrig bleibt. Die Bewohner von Urseren protestirten gegen diese Verfassungsrevision und nahmen einen Rekurs an die Bundesbehörden in Aussicht, der jedoch von vorneherein nur geringe Aussicht auf Erfolg hatte.

Ebenso wird nach der neuen Verfassung das historische, dem Kanton Uri eigenthümliche Wahlrecht der katholischen Geistlichen in eine « Präsentation » verwandelt [2]).

---

[1]) Vgl. E. A. I. 378; Verbot des Vogtes zu Baden vom 10. April 1293 und Aufhebung desselben auf Bitte von Luzern. Solche Verbote der Gotthardstrasse zu Gunsten der Graubündnerpässe (auch seitens des Reichs) kommen noch ferner vor.

[2]) Diese historische Eigenthümlichkeit wird auf eine Bulle Papst Julius II. vom 8. Januar 1513 zurückgeführt, welche in ihrem wesentlichen Theile wie folgt lautet:

« Sane pro parte vestra nobis nuper exhibita peticio continebat, quod vos a tanto tempore, citra cuius contrarij memoria hominum non existit, personas ydoneas ad Prepposituras in Oppido Vranie, Constantiensis diocesis, provincie Maguntine, nec non ad Parrochiales ecclesias et alia beneficia ecclesiastica cum cura et sine cura in dominio vestro consistentia, etiam in quibuscunque Mensibus pro tempore vacantia, Ordinario loci seu allijs illorum Collatoribus et Collatricibus uel patronis nominare seu presentare, ac persone per vos presentate seu nominate huiusmodi institui consueverunt, fueritisque et estis in pacifica possessione seu quasi iuris nominandi et presentandi huiusmodi. » ....

« Nos .... huiusmodi supplicationibus inclinati, consuetudinem iuris nominandi seu presentandi huiusmodi, in cuius paci-

In der neuen Verfassung von Solothurn sind bemerkenswerth einige Punkte des sozialistischen Staatsprogrammes: Initiative, Progressivsteuer, unentgeltliche Lehrmittel, Berechtigung der Landwirthe, bei ausserordentlichen Schäden Steuernachlässe zu begehren, theilweise Uebertragung der Armenunterstützung auf die Einwohnergemeinden, Bestimmungen gegen den Wucher. Die Uebertragung der Armenunterstützung auf die Einwohnergemeinden, die bisher

---

fica possessione seu quasi esse asseritis, auctoritate apostolica tenore presentium approbamus et confirmamus » . . . .

Es ist dem alteidgenössischen Kirchenstaatsrecht eigenthümlich, dass in Bündnissen und Soldverträgen mit einzelnen Päpsten, besonders Sixtus IV. (19. Oktober 1479), Julius II. und Leo X. solche besondere Freiheiten in kirchlichen Dingen gewissermassen vertragsmässig zugesichert wurden. Daraus entwickelte sich die kluge Maxime der Kurie, die sich in dem Worte ausdrückte: « Bisogna lasciare i Svizzeri negli loro usi ed abusi.» Mit den Päpsten Julius II. und Leo X., die ihres weltlichen Armes für die Kriege in Oberitalien bedurften, standen die alten Eidgenossen überhaupt auf einem Fuss gleichstehender Vertraulichkeit, die oft ganz befremdliche Formen annahm.

Im Jahre 1510, nach dem verunglückten Chiasserzug, den die Eidgenossen für Papst Julius II. unternahmen und auf dem sie, in Como angelangt, zu ihrem grossen Verdruss « weder Spys noch Geld fanden », und daher wieder umkehren mussten, erliess die Tagsatzung an den Papst ein sehr unhöfliches Schreiben, worin sie ihn dringlich um Ausbezahlung des Soldes mahnte, und zugleich ihm zu Gemüthe führte, « er wolle künftig ein Fürst des Friedens und ohne Hinterlist » sein.

Julius II. (delle Rovere), ein sehr zornmüthiger Herr, antwortete ihnen darauf aus Bologna den 30. September 1510 mit einem noch viel gröberen Schreiben, worin er sie nach der Uebersetzung der deutschen Chronisten « Treulose, Abtrünnige, ungeschickte und freche Schmäher » nennt.

Das Verhältniss wurde dann durch den Bischof von Sitten verbessert, der auf der Tagsatzung vom 29. Oktober erschien und zugab, der hl. Vater habe ein « Breve vilichter tratzlich an gemein Eydgenossen » geschrieben und seine Antwort sei «wol scharpf», er werde aber «nit des der minder, wenn man ihn gut bediene, auch wieder einer Eydgnossenschaft rat und tat pflegen.»

Die Sache schloss mit einer eidgenössischen Gesandtschaft an seine Heiligkeit selbst, die Donnerstag nach Martini von Altorf abging und den Papst zu Bologna traf. Der Friede zwischen beiden Mächten wurde leicht durch gütliche Worte hergestellt; woran jedoch unsern Eidgenossen am meisten lag, die Soldrückstände konnten sie nicht erlangen, sondern sie erhielten bloss 1 Fass Wein, 6 Flaschen Malvasier, 8 Hasen, 30 geräucherte Zungen, ebenso viele Schinken, 4 Käse und 8 lebendige Kälber und ihr

bloss der alte Kantonstheil von Bern (mit Ausschluss des Jura) besass, fängt an, in dessen Nachbarkantonen Solothurn und Neuenburg Wurzel zu fassen. In Verbindung hiemit werden die einstweilen noch unfertigen neuen Versicherungsinstitute (Unfall-, Kranken- und Altersversicherung), sowie das in der Annahme begriffene Gesetz über die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter die Revolution gegen die Bürgergemeinden vollenden, die annoch die Basis des eidgenössischen Staatsrechts bilden, ein Uebergang, der von unabsehbaren Folgen begleitet sein kann und dem wir eine einstige starke Reaktion zu Gunsten des Heimatprinzips voraussagen. Denn das Herz des Menschen hängt an einer festen, von Generation zu Generation sich forterbenden Heimat, während er sich an einem blossen, öfter wechselnden Wohnort als Fremder fühlt. Die jetzige Tendenz, den Wohnort an die Stelle der Heimat zu setzen, hat ihre Berechtigung in der eigentlich politischen Sphäre und als Mittel zur Beseitigung unhaltbarer ortsbürgerlicher Anschauungen und Zustände. Wenn aber einmal eine gewisse geistige und materielle Liquidation, wie sie im Leben

---

diesfälliger Gesandtschaftsbericht schliesst mit den betrübten Worten: « Also sind wir von Sr. Heiligkeit abgeschieden und hat uns Se. Heiligkeit zu Bologna von der Herberge gelöst, sonst aber uns kein Geld gegeben, noch geschenkt. »

Eine beinahe ebenso respektwidrige Antwort gab die Tagsatzung zu Zürich am 7. Januar 1518, also schon nach Beginn der Reformationsperiode (Eidg. Abschiede II, Abth. II, pag. 1093), dem Legaten Leo's X., der die Eidgenossen zur Theilnahme an einem Türkenkriege aufforderte. Sie wollten warten, bis andere christliche Fürsten, Herren und Stände vorangegangen seien, wenn diess geschehen sei, wollten sie auch 10,000 Knechte dazu geben und « wo Bäpstl. Heiligkeit noch mer bedörffe, wellint wir Ir vff Ir gefallen noch zwei thusend pfaffen in vnser Eidgenosschaft ouch nachlassen, also das die ouch söllint ziechen, damit die zal der 12,000 werde erfüllt. »

Doch soll jedenfalls der Papst und sein Legat sich mit der Zahl begnügen und weiter « keine Practiken machen », um mehr zu erlangen.

Der päpstliche Gesandte, weit entfernt, sich über diese wenig diplomatischen Redewendungen etwa zu beklagen, hat, wie der Abschied ausdrücklich vermerkt, diese Antwort « mit Dank angenommen ».

Wir würden, abgesehen von der ungehörigen Form, etwas von diesem Geiste der Selbständigkeit auch bei den heutigen katholischen Eidgenossen gerne konservirt sehen.

der Staaten von Zeit zu Zeit erfolgt, vorübergegangen sein wird, so ist eine Restauration der Bürgergemeinden, vielleicht mittelst einer den Heimatlosengesetzen ähnlichen Neuvertheilung der Bürger, die für die Schweiz einzig richtige Lösung dieser grossen Frage[1]).

Ebenso wie der Gedanke einer Beseitigung der Bürgergemeinde kommt in den neuen Verfassungen von Kantonen und Gemeinden (Solothurn, Stadt Bern, Stadt Neuenburg)[2]) der schon seit langer Zeit auf der Tagesordnung stehende Gedanke der «Minoritätenvertretung» nach und nach zu einer gewissen praktischen Geltung. Auch diese Einrichtung wird ihre Proben bestehen müssen und man wird sich jedenfalls überzeugen, dass sie keineswegs ein so unfehlbares Heilmittel gegen alle politischen Schäden und Einseitigkeiten ist, wie oft theoretisch behauptet wurde. Jedenfalls halten wir es für ein Zeichen des schweizerischen gesunden Menschenverstandes, dass man damit nicht im eidgenössischen, sondern im kantonalen Staatsrecht und noch besser in einzelnen Gemeinden den Anfang und die Probe macht und auch mehr und mehr zur Einsicht gelangt, dass das einfache (englische) System der beschränkten Stimmabgabe,

[1]) In dieser Form ist bereits der Kanton St. Gallen in einem Gesetzesvorschlage vorgegangen, indem er die obligatorische Aufnahme der Schweizerbürger nach 15jährigem und der Ausländer nach 20jährigem Aufenthalt in einer Gemeinde in deren Bürgerrecht eintreten lassen will. Schade, dass hiebei die Lösung der schweizerischen Frage mit der unter andere Gesichtspunkte gehörigen der Einbürgerung Staatsfremder vermengt wird.

Dagegen hat der Kanton Zürich in diesem Jahre sein Gemeindegesetz dahin abgeändert, dass die kostenlose Erwerbung des Gemeindebürgerrechts nach zehnjährigem Wohnsitz nur noch den Kantonsbürgern (nicht mehr den Bürgern anderer Kantone) zugestanden wird, eine Gesetzgebung, die kaum dem Art. 60 der Bundesverfassung entsprechen dürfte.

[2]) Diese Stadt verlor mit dem 1. Januar 1888 durch Verfügung des Bundesrathes eine andere Eigenthümlichkeit, die der «englischen Schwägerinnenehen». Das englische Recht anerkennt solche Ehen nur, wenn sie in einem Lande, wo sie erlaubt sind, abgeschlossen wurden. Es gab in Folge dessen in London eine eigene Agentur, welche sich damit beschäftigte, die für Abschluss einer solchen Ehe in Neuenburg nöthigen Schritte zu thun. Die Verlobten deponirten daselbst ihre Papiere, nahmen legales Domizil und zahlten dafür dem Staat eine Steuer von 100, der Stadt eine solche von 25 Fr.

eventuell das amerikanische des kumulativen Votums den andern komplizirteren Systemen vorzuziehen ist. Mit diesen beiden Punkten gelangt diese Agitation in ein praktisch eher durchführbares Stadium. Eine neue Schrift von Professor Hagenbach in Basel empfiehlt dagegen neuerdings für die dortige Verfassungsrevision ein verbessertes Freilistensystem.

Im Kanton Baselland machte sich anlässlich der Verfassungsrevisionsfrage eine Stimmung in einzelnen Kreisen bemerklich, die zur Wiedervereinigung mit der Stadt tendirt. Die «Halbkantone» der Eidgenossenschaft sind noch in mehrfacher Beziehung eine Anomalie des schweizerischen Staatswesens, deren Verschwinden somit, im Allgemeinen betrachtet, als eine Fortbildung des Bundestaatsrechts angesehen werden müsste. Sie sind auch s. Z. wesentlich (wie überhaupt ein erheblicher Theil des schweizerischen Staatsrechts) nur aus unabweisbaren Bedürfnissen des Augenblicks heraus entstanden, die nicht mehr bestehen, jedenfalls zu einer Trennung heute nicht mehr führen würden. Hingegen haben sich im Laufe der Zeit, durch die jetzige Bundesverfassung, die konstitutionellen Verhältnisse dieser Halbkantone zum Theil auch besser festgestellt, so dass sie jetzt in jeder Hinsicht selbständige Bundesglieder sind, die einzig bei Standesabstimmungen und bei der Vertretung im Ständerath bloss mit einer halben Stimme und Einem Abgeordneten statt zweien zählen; — derart dass die Eidgenossenschaft ein erhebliches Interesse nicht mehr hat, eine Vereinigung zu befürworten, ebensowenig freilich, derselben zu opponiren, wenn es beidseitig lebhaft gewünscht werden sollte. Bei Basel-Stadt ist keine grosse Neigung vorhanden, eine bedeutende ländliche Bevölkerung zu übernehmen, die jedenfalls den Staatsorganismus wesentlich umgestalten würde, während allerdings eine polizeiliche Beaufsichtigung der nächsten Gemeinden der Landschaft durch die städtischen Behörden im beidseitigen Interesse läge. Auch hier, wie in Militär-, in Schul- und Kirchensachen wird zuletzt das Auskunftsmittel der «Verwaltungsübertragung» sich als das Zweckmässigste erweisen. In einem ältern, historisch festbegründeten Staatswesen mit Veränderungen der Gebietseintheilungen neuerdings zu beginnen, hat dagegen immer etwas Bedenkliches an sich.

Aus diesem Grunde würde die Eidgenossenschaft wahrscheinlich gegen anderweitige Veränderungen als solche Zu-

sammenschiebungen von Halbkantonen, opponiren, wie sie z. B. in einzelnen Bezirken des Kantons St. Gallen in der Presse befürwortet wurden. Die Trennungstendenzen der st. gallischen Bezirke, welche an den Grenzen von Glarus, Zürich und Graubünden liegen, sind nicht neu, sondern machten sich, wie unsern letztjährigen Eidgenössischen Geschichten im Einzelnen zu entnehmen ist, namentlich in den Jahren 1814 und 1815 sehr lebhaft geltend. Ihrer innersten Neigung nach würden die Bestandtheile, aus denen dieser Kanton 1803 zusammengeleimt wurde, am liebsten eigene Gemeinwesen für sich gebildet haben. Die Staatsmänner, an denen St. Gallen reich war, haben es bei aller sonstigen Begabung für politische oder kirchliche Fragen nicht vermocht, in diesen Bevölkerungen ein volles Zusammengehörigkeitsbewusstsein zu entwickeln, wie es überhaupt nur aus einer langen Reihe gemeinsam ertragener bedeutender Geschicke entsteht. Selbst ein einziger gemeinsam geführter Krieg kittet ja divergirende Staatstheile oft rascher zusammen, als viele Jahre ruhiger Friedenszeiten. Die Eidgenossenschaft wird Verschiebungen der Kantonseintheilung von 1803, die mit sehr geringen Grenzkorrektionen[1]) noch immer besteht, nicht zugeben können; wir wissen aus der helvetischen Erfahrung, dass nichts die Staaten mehr erschüttert und den gemeinen Mann leichter unruhig und dem ganzen Staatswesen abgeneigt macht, als beständige Verfassungsrevisionen und Gebietsveränderungen. Symptomatisch sind aber solche Begehren. Etwas fehlt in einem Staate, wo sie vorkommen, und es ist der Mühe werth, diesen Fehler aufzuspüren. Zum Theil hängen solche Missstimmungen mit der heutigen Tendenz aller Regierungen zusammen, einer immer zunehmenden Be-

---

[1]) Eine solche Grenzregulirung fand zwischen Bern und Neuenburg im laufenden Jahre statt: durch die Juragewässerkorrektion wurde das Bett der Zihl verlegt, welche die altherkömmliche Grenze bildet. Es wird nun das neue Zihlbett als Grenze angenommen, wodurch das Schloss Thielle und das Gut Rothhaus an Bern, ein Theil der bernischen Gemeinden Gals und Tschugg dagegen an Neuenburg fällt; die Seedämme am Bielersee gehen an Bern über, ebenso die Fischerei in der Zihl, die Brücken werden gemeinschaftlich unterhalten, Die Grundbesitzer des an Neuenburg abgetretenen Landes bleiben der bernischen Gerichtsbarkeit in Bezug auf die Frage der Juragewässerkorrektion unterworfen. Ein reizendes Bildchen von O. Huguenin zeigt den Bären, wie er mit seiner Tatze über die bisherige Grenze langt.

völkerung ihrer Gebiete stetsfort von Oben herab materielle Befriedigungen zu versprechen, die nicht geschaffen werden können, wodurch dann solche Ideen, sich mit andern Staatsganzen zu verbinden, entstehen. Es ist kaum anders möglich, als dass alle sozialen Reformprojekte weit grössere Hoffnungen erwecken, als jemals in irgend einem Staate realisirt werden können. Es liegt das zum Theil in der Natur jeder Agitation, die sich stets an die Phantasie der Menschen wendet. Denn dieselben würden für die wenigsten Veränderungen zu gewinnen sein, beziehungsweise die «Kraft der Trägheit» würde alle Gegenmotive überwinden, wenn sie von vorneherein das genaue Mass des durch die Reform zu erzielenden Glückes kennten. Es wird zur Regierung der Menschen hauptsächlich die eigenthümliche, in hervorragendem Grade nur bei wenigen Menschen zu findende Mischung von Enthusiasmus, der sich für jeden möglichen Fortschritt begeistern kann, mit der praktischen Klugheit erfordert, die von vorneherein die richtigen Grenzen dieser Verbesserungen erkennt. Diese Legirung ist namentlich zur glücklichen Leitung der heutigen schweizerischen Bevölkerungen nöthig und wir haben im Laufe unserer Geschichte schon wiederholt an sich sehr bedeutende Staatsmänner an dem Mangel der einen oder der andern dieser beiden Eigenschaften scheitern sehen.

## V.

### Litteratur.

Die Litteratur eines Volkes ist in unserer Zeit das Bild der Grosszahl ihrer Leser. Wie jeder durch irgend eine Eigenschaft ausgezeichnete Schriftsteller sich sein Publikum nach und nach erst selber schaffen muss, so schreibt jeder gewöhnliche, absichtlich oder unabsichtlich, nach dem vorherrschenden Geschmacke der Zeit. Die gewöhnliche Welt aber will im Ganzen aus Büchern nur Kenntnisse, nicht Bildung im wahren Sinne schöpfen; nicht sowohl aus ungestümem Wissensdrang, der über alle Schranken hinausstrebt, als vielmehr, um im Leben möglichst rasch «vorwärts zu kommen.» Dicke Bücher, vollgepfropft von Material, das man darin leicht finden und rasch verwerthen kann, ohne viel Zeit und Mühe mit dem Aufsuchen zu verlieren, oder kurze registerähnliche Abrisse einer ganzen Disziplin, die in Sammlungen, gewissermassen einer Art von Schränken mit Fächern, zusammengestellt werden, aus denen dann der glückliche Besitzer das «Wesentliche» einer ganzen Wissenschaft im Laufe eines halben Tags «sich aneignen» kann, um es möglichst schnell wieder zu einem «eigenen» Vortrag in seinem Verein oder seiner Zeitung zu «verarbeiten» — das ist die Forderung des Tages und somit des Gros der Litteratur, selbst der sogenannten wissenschaftlichen. Von Vertiefung in eine Sache, Studium irgend eines Gegenstandes, ohne gerade schon einen Zweck dabei unmittelbar vor Augen zu haben, ist seltener die Rede und die Personen vollends möchten heute zu zählen sein, welche wie Sylvestre de Sacy von sich sagen können: «Je ne lis plus, je relis». In den meisten Lebensstellungen ist das nicht einmal mehr möglich und doch besteht die vielbesprochene «Bildung» sicher nicht

sowohl darin, Vieles Einmal, als Einiges und zwar das Rechte oft gelesen zu haben. Die Bücher werden aber immer seltener, die man gerne und vollständig, d. h. von der ersten bis zur letzten Seite, zweimal liest. Bei dem sehr Vielen, das wir heute zu lesen genöthigt sind, gibt es sogar Leute, die wir selber ganz genau kennen, welche zuweilen ein ganzes Buch, nachdem sie es gelesen haben, mit etwa 3 bis 4 « Ohren » versehen, die das eigentlich Werthvolle, oder Originale darin bezeichnen sollen (und es gibt berühmte Bücher, in denen nicht mehr zum zweiten Male lesenswerth ist), wenn sie nicht etwa gar einige Seiten herausreissen und das Uebrige unbedenklich auf dem Altar des häuslichen Herdes opfern. Dieses Nothwehrverfahren gegen die Anhäufung unnützer Litteratur kann man aber höchstens. wie den Krieg, erklärlich finden, nicht empfehlen und wir wollen uns auch fortan in dieser jährlichen Besprechung der politischen Litteratur immer mehr mit Vorzug an die Schriften halten, die « zum Lesen » gebraucht werden können. Denn auch dieser Bericht selber tendirt, wie das ganze Jahrbuch, nicht dahin, ein Katalog zum Nachschlagen zu sein, sondern etwas, was man möglicherweise sogar lesen kann. Sobald es wieder mehr aufmerksame und zu einer Vertiefung fähige Leser gibt, dann wird es auch eine bessere Litteratur geben und die Welt wird wieder in Bezug auf Ideen, nicht bloss in Bezug auf sogenannte materielle Fortschritte, die allein wenig befriedigend sind, vorwärts kommen. Es gibt eben zwei sehr verschiedene Arten von Litteratur, die eine ewig und von immer gleichem Werth, so lange es Menschen gibt, die andre zeitgemäss und mit ihrer Zeit verschwindend. Wer liest heute noch das grosse Werk der «Encyclopédie», gegen das vor 100 Jahren die Evangelien, Thomas a Kempis, ja selbst Dante als « antiquirte » Dinge von höchstens historischem Werth erschienen? So wird es vielen « epochemachenden » Werken unserer Zeit auch ergehen. Diesen Unterschied kennzeichnet geistreich genug ein schweizerischer Dichter mit den Worten:

« Die ganze Gelehrtengeschichte zeigt,
Wie Einer des Andern Schultern besteigt,
Denn das ist's, was eben dem Wissen frommt,
Dass immer der Folgende weiter kommt.
Was aber ein Kunstwerk ist, ein Gedicht,

Das überlebt sich auf Erden nicht;
Denn regt's auch vielleicht zu noch Grösserem an,
So ist es damit nicht abgethan,
Und sucht ihr die ganze Welt herum,
Es ist und es bleibt ein Unikum.»

Das ist unser Massstab, auch für die politische und historische Litteratur.

---

In der offiziellen, oder halboffiziellen Litteratur interessirt uns billig zunächst die unermüdliche Arbeit von Dr. Strickler an der Helvetischen Aktensammlung. Dieselbe wird bis Ende dieses Jahres den 3. Band des Werkes liefern, welcher die Zeit von Oktober bis Dezember 1798 umfasst.

Von dem auf Kosten der Eidgenossenschaft erstellten «Inventaire sommaire des documents relatifs à l'histoire de Suisse» von Dr. E. Rott, schweizerischem Legationssekretär in Paris, ist der III. Band (1648—1684) erschienen.

Von den staatsrechtlichen Entscheidungen der administrativen Bundesbehörden seit Beginn der neuen Verfassung von 1874, welche Herr Fürsprech Bachmann unter der Leitung des eidg. Justizdepartements herausgibt, soll ein Erster Theil noch in diesem Jahre zur Herausgabe gelangen.

Von dem ebenfalls mit Unterstützung des Justizdepartements erscheinenden Werke von Prof. Eugen Huber, früher in Basel (jetzt in Halle), System und Geschichte des schweizerischen Privatrechts, ist der zweite Band, eine Zusammenstellung der kantonalen Erbrechte, erschienen. Es sind nun noch zwei weitere Bände, Sachen- und Obligationenrecht und Geschichte des schweiz. Privatrechts, in Aussicht.

Von dem Departement der Landwirthschaft wurde zum ersten Male herausgegeben pro 1887 ein «Landwirthschaftliches Jahrbuch der Schweiz». Wir können nicht verhehlen, dass uns dasselbe in seinem Ersten Jahrgange noch etwas zu gelehrt für unsere landwirthschaftliche Bevölkerung vorkommt, für die es doch wesentlich bestimmt ist. Ein ähnliches Jahrbuch für die Schulangelegenheiten gedenkt das Departement des Innern herauszugeben. Ebenso ist erheblich erklärt worden die Motion auf eine

revidirte Ausgabe der eidg. Gesetzessammlung. Ueber das Fabrikgesetz erschienen ein offizieller Kommentar nebst Anhang über die Haftpflicht, ebenso Berichte der schweizerischen Fabrikinspektorate und der Kantonsregierungen; über die Gotthardbahn die Schlusslieferung des « Mémoire sur la construction du chemin de fer du St-Gothard », herausgegeben vom Eisenbahndepartement.

Im Mai dieses Jahres erschien auf Grund eines diesfälligen Bundesrathsbeschlusses ein « Bericht des eidg. Versicherungsamtes über die privaten Versicherungsunternehmungen der Schweiz. » Derselbe ist ein Muster von übersichtlicher und zugleich eingehender, sachlich erschöpfender Darstellung und zeigt, was ein solches Staatsaufsichtsinstitut für das öffentliche Wohl leisten kann, wenn es seine Sache versteht und auch mit richtigem Takt, ohne bureaukratische Anwandlungen, seine naturgemässen Schranken einhält. Was uns daneben noch an diesem Berichte gefällt, ist, dass er auch einen wohldurchdachten und sehr lesbaren Text und nicht bloss Tabellen enthält. Manchen derartigen Berichten, ganz besonders wenn sie sich auf finanzielle Dinge beziehen, sieht man es sofort an, dass sie nur geschrieben, oder vielmehr zusammengestellt sind, um einer Vorschrift zu genügen. Urtheil über die Sache, die sie zu beleuchten bloss scheinen, ist, — absichtlich oder unabsichtlich — keines darin und daher gewinnt der Leser auch keines daraus. Da er diess zum Voraus weiss, liest er das Ganze auch gar nicht, sondern wirft bloss etwa einen Blick auf das ihn zunächst interessirende, greifbare Schlussresultat und so sind beide Theile ohne viel Mühe mit einander so lange ausserordentlich zufriedengestellt, bis etwa gelegentlich trotz allen jährlichen tabellarischen Uebersichten, die sogar noch etwa durch « graphische Darstellungen » verschönert sind, eine Missverwaltung oder mangelhafte Aufsicht zu Tage tritt, an der dann natürlich bei der Regelmässigkeit der jährlich abgegebenen und geprüften Berichte Niemand Schuld haben kann. Gelernt hat nie Jemand etwas aus denselben, weder der, welcher sie (oft nicht einmal selber) schrieb, noch der, der sie regelmässig — nicht las, weil sie keine Belehrung enthielten. Zwei Drittheile der jährlichen Hunderte von Jahresberichten von Gesellschaften, Unternehmungen, Vereinen und wohlthätigen Anstalten jeder Art fallen mehr oder weniger ebenfalls unter dieses Urtheil; man sieht es

ihnen auf der ersten Seite gleich an, wie Alles nur statutarische Vorschrift, oder Mittel zur neuen Einsammlung von Jahresbeiträgen ist. Es erquickt, in diesem formalen Zeitalter einmal etwas Anderes zu finden.

Von Dr. Blösch, im Auftrage des bernischen historischen Vereins, ist erschienen der 3. Band der Anshelm'schen Chronik. Er umfasst die sehr interessante Zeit von 1507—1513, in der grossen eidgenössischen Politik die höchste Sonnenhöhe der schweizerischen Macht, im Innern das Wetterleuchten der Reformation. Es berührt noch heute das tiefste Innere des Gemüths, eine Region, in die eine moderne Geschichte gewöhnlich gar nicht gelangt, wenn man da liest: « wie Dision (Dijon) von Kaiser und Eidgenossen belagert und beschossen » wird und man « in zweien tagen und nächten die stadtmur und 14 schuh dick durch den turn, ein strass in d'stat und die werinen zerschoss, also dass die graben und gegenwerinen erlegt wurden und nüt anders zetun, dan on sondre not ze stirmen und inzebrechen », worauf dann die Franzosen « das heimliche Kronengschütz » hervornahmen und « das si mit redlicher hand und isen nit vermochten, mit listigem mund und gelt zuwegen zebringen gedachten ».[1]) Oder dann wieder die Verbrennung der vier Mönche im Schwellenmätteli bei Bern, welche ein wunderthätiges Marienbild simulirt hatten und « sich geruemt es wurde darzuo kommen dass die pfister zuo bern nit gnuog möchtid bachen dem grossen zuolouf des Volks so zuo irem heltum und helgen wurde wallen. » Diese grosse Volksmasse kam nun in der That zu ihrer Verbrennung « und also hat diser geistlichen vätern und gelerten spilmeistern helgen- und marterspil vil anders dan von inen angesehen ein grulich lidenhaftig end. Got begnad und behuot uns. Amen. »

Der vierte Band der Fontes rerum Bernensium von Dr. Blösch wird noch im Laufe des Jahres erscheinen. Er soll bis 1315 gehen.

Die Aktenstücke über die Gründung des schweizerischen Arbeitersekretariats sind von Advokat Scherrer, Präsident des Grütli-Vereins in einem Hefte (St. Gallen, 1887) veröffentlicht worden. Das Schlusswort

---

[1]) Wer denkt dabei nicht ein wenig an die klugen Leute, die heute wieder Elsass-Lothringen mit Geld kaufen möchten?

des Verfassers, worin gesagt wird, dass die etwas schwerfällige Maschine des Arbeiterbundes nicht stets geheizt und in Bewegung gesetzt werden, sondern lediglich für grosse Fragen bereit stehen müsse, und dass eine beständige Unruhe nicht nützlich sein könne, macht einen, im besten Sinne, sehr nüchternen Eindruck. Wenn dazu noch die beständige Betonung des nationalen Elements gegenüber dem internationalen kommt und das Vorwiegen der wirklichen Arbeiter gegenüber denen, die nur diesen Namen tragen wollen, so wird sich an diese Vereinigung ein Erfolg knüpfen.

Von privater Litteratur erwähnen wir zuerst den dritten Band des Bundesstaatsrechts von Blumer-Morel, mit dem dieses Werk, das seit seiner Herausgabe durch den unvergesslichen Dr. Blumer im Jahre 1865 stets die Basis anderer derartiger Arbeiten bildete, seinen Abschluss gefunden hat. Wir würden nun noch eines « Allgemeinen Staatsrechts » nach republikanischer Auffassung und neueren Ideen bedürfen. Denn das, was wir diessfalls besitzen, ist durch und durch monarchisch, oder sonst unbefriedigend.

Dr. Schollenberger: « Vergleichende Darstellungen aus dem öffentlichen Recht der Schweizerischen Kantone, I, die schweizerischen Freiheitsrechte ». Ein sehr gutes Büchlein, bloss, dass der Ausdruck « Freiheitsrechte » besser sei als der gebräuchlichere « individuelle Rechte » will uns nicht einleuchten, im Gegentheil, er führt zu Verwechslungen. Der gleiche Autor gab früher eine kurze Zusammenstellung der Bundesverfassung und der dazu gehörigen Gesetzgebung unter dem Titel « Schweizerischer Rechtsspiegel » heraus, die einer zweiten Auflage mit Ergänzungen würdig wäre.

Prof. L. v. Salis in Basel: « Die Publikation des tridentinischen Rechts der Eheschliessung » (Geschichte dieser Artikel des Tridentinums).

Prof. A. Daguet in Neuchâtel, eine sehr interessante Studie über; « L'élection des évêques de Lausanne depuis le XVI[me] siècle jusqu'au XIX[me] » (Separatabzug aus dem « Musée neuchâtelois 1888 »).

Prof. F. H. Mentha, Rektor der Akademie in Neuchâtel, « Discours sur le système politique de Rousseau ». Mit den Schlussfolgerungen dieser sehr interessanten Kritik

des Genfer Philosophen würden wir unsererseits nicht ganz einig gehen und niemals anerkennen, dass der Staat (und die Autorität überhaupt) etwas Mystisches, Unerklärbares an sich trage. Wenn er auch selten aus einem Contrat social hervorgehen mag (vorgekommen ist das übrigens auch schon. z. B. im Staat Californien), so ist er doch stets etwas Historisch-Natürliches und jede menschliche Autorität ein Produkt der Zweckmässigkeit und Nothwendigkeit. Mystisch, unerklärbar, ist nur die Verbindung der einzelnen Menschenseele mit Gott, niemals die Verbindung unter Menschen. An irgend eine menschliche Autorität von Gottes Gnaden glauben wir daher nicht anders als so, dass Gott auch die obrigkeitlichen Personen, wie alle andern Menschen erhält und mit Weisheit für ihren Beruf ausstattet, wenn sie persönlich dazu geeignet sind. Das beweist die Geschichte auf jedem ihrer Blätter.

Ferner sind zu nennen: G. Correvon und F. Conod: « Bericht über das Schuldbetreibungsgesetz an die waadtländische Société industrielle et commerciale, 1887 »; Soldan, Kommentar zu der « Union pour la protection des œuvres littéraires et artistiques »; Referate in der Grütlivereins-Versammlung von Glarus 1888 über Alters- und Invalidenversicherung (von Näf-Itschner), die gedruckt werden sollen; Stoll: « Zur Ehrenrettung des Privat-Bausystems (für Eisenbahnen) in der Schweiz. » Diese Rettung scheint uns in der im Uebrigen sehr guten Schrift nicht gelungen zu sein. Viel besser für alle Betheiligten wäre es gewesen, wenn die Schweiz im Jahre 1852 den Staatsbau beschlossen hätte. Prof. Hagenbach in Basel: « Die Frage der Einführung einer Proportionalvertretung statt des absoluten Mehres, bei Gelegenheit der Basler-Verfassungsrevision ». Isler: « Die Gefahren der Bürgschaft », Preisschrift der gemeinnützigen Gesellschaft; eine sehr wohlgemeinte und an sich interessante Schrift, die aber ihren Zweck, diese Gefahren erheblich zu vermindern, trotz der Krönung durch die edle Gesellschaft, die sie veranlasste, schwerlich erreichen wird. Mit der blossen Belehrung ist es in solchen Sachen nicht gethan, indem der grössere Theil Derjenigen, die Bürgschaften leisten, diese Gefahren ganz genau kennen, aber in einer Art von Zwangslage sich befinden, in der sie die Bürgschaft nicht abschlagen können. Dagegen hilft keine Be-

lehrung, sondern da ist die Frage nur die, ob das Institut wirklich gemeinschädlich und entbehrlich sei. In diesem Fall muss die Gesetzgebung den Muth besitzen, es zu verbieten, so gut wie man die feudalen Belastungen des Bodens, vielerorts auch die Majorate und Familienkisten, oder die Vermächtnisse zu todter Hand verboten, oder die Börsengeschäfte und die Verbindlichkeiten aus Spiel und Wette unklagbar erklärt hat. Unter allen Umständen aber müsste der Staat mit dem guten Beispiel vorangehen und nicht selbst seine zahlreichen Amtsbürgschaften von Privatpersonen, sondern nur noch von Amtsbürgschafts-Vereinen entgegennehmen. Alles andere, Oeffentlichkeit, zeitliche Beschränkung und Kündbarkeit, Unvererblichkeit sind bloss Palliative, die den eigentlichen Kern des Uebels gar nicht treffen. Dieser besteht darin und wird allezeit darin bestehen, dass die Bürgschaft, so lange sie gesetzlich erlaubt ist, das leichteste Mittel gewährt, um Kredit zu bekommen, oder ohne augenblickliche Selbstbelästigung Andern Kredit zu verschaffen, und zugleich für den Gläubiger das einfachste, um solchen in weitem Massstabe gewähren zu können. So lange das erlaubt ist, werden alle Erschwerungen umgangen werden, und kein anderes Kreditsystem, das nicht geradezu den Sozialistenstaat zur Voraussetzung hat, wird die Bürgschaft ersetzen, sofern sie fakultativ daneben bestehen bleibt, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten eines solchen. Rosenwasser und Salbe aller Art hilft eben bei Krebsschäden nicht. — Eine ähnliche an sich verdienstvolle Schrift ist von Thurneysen, Pfarrer in Wallenstadt, herausgekommen.

Die Festschrift der Berner Universität zum Bologneser Jubiläum, verfasst von Prof. Baron: «Franz Hotmann's Antitribonian» ist interessant für Jedermann, der die Frage der ersten Einführung der römischen Rechtsgrundsätze in unsere germanisch gearteten Länder studiren will.[1]) Die Züricher Universität hat bei diesem Anlasse eine ebenso in-

[1]) Diese Frage, welche die Eidgenossen 1499 durch den Schwabenkrieg erledigten, bedroht uns nämlich nun von Neuem durch die sehr römisch-rechtlich ausgefallene Redaktion des neuen deutschen Civilgesetzbuches, das natürlich auch manche Schweizer Juristen als ihr künftiges Evangelium verehren und möglichst nachahmen werden.

teressante Festschrift von Prof. Schneider über den « Zürcher Canonicus und Cantor Felix Hemmerlin » überreichen lassen.

Ferner erwähnen wir: A. Furrer: « Kleines Lehr- und Lesebuch der schweizerischen Volkswirthschaft. » — Prof. Meili: Grundriss zu Vorlesungen über das Civilprozessrecht des Bundes und des Kantons Zürich; das Markenstrafrecht auf Grund des eidgenössischen Markenschutzgesetzes; das Recht der modernen Verkehrs- und Transportanstalten; die Rechtsstellung der Dampfschifffahrtsgesellschaften in der Schweiz. — Prof. Wolff: « Zur Reform des schweizerischen Notenbankwesens. » — « Das schweizerische Banknotenwesen ». Gutachten des schweizerischen Handels- und Industrievereins 1887. — W. Speiser: « Untersuchungen über das Banknotenwesen »; Banknoteninspektor Schweizer: « Zur Beurtheilung des schweizerischen Banknotenwesens. » Beide in der « Zeitschrift für schweizerische Statistik » Dezember 1887 und August 1888. — Dr. Bircher: « Handbuch des Kriegsheilkunde für die schweizerischen Sanitätsoffiziere. » — Von Hrn. Oberrichter Prof. Stooss in Bern, in Verbindung mit Andern erscheint seit 1888 eine « Zeitschrift für schweizerisches Strafrecht » mit der Tendenz der Centralisation.

Die neue « schweizerische Haftpflichtgesetzgebung » behandelt Prof. Zeerleder mit der Zuverlässigkeit, die ihm in Rechtsfragen eigenthümlich und bei einem neuen Gegenstand besonders werthvoll ist. Die schweizerische Nordostbahn hat ihre Beschwerde gegen den Bundesrath in der Moratoriensache mit Belegen im Druck erscheinen lassen.

Von schweizerischen Doktor-Dissertationen, die das politische Gebiet berühren, nennen wir: Dr. Eugen Curti: « Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz ». Dr. Stoll: « Der Verlust des Schweizerbürgerrechts ». Dr. O. Seiler: « Ueber die rechtliche Natur der Eisenbahnkonzessionen »; Dr. J. Langhard: « Die Glaubens- und Kultusfreiheit nach schweizerischem Bundesrecht »; Dr. Estoppey: « Ueber das schweizerische Bürgerrecht »; Dr. Geiser: « Ueber die Geschichte der bernischen Verfassung von 1191 bis 1471 »; Dr. Weder: « Zur Behandlung der politischen Verbrecher im internationalen Strafrecht »; Dr. Borgeaud: « Le plébiscite dans l'antiquité »; Dr. v. Greyerz: « Beat

Ludwig v. Muralt»;[1]) Dr. v. Mülinen: «Geschichte der Schweizer Söldner bis zur ersten Garde». [2])

Von gelegentlichen Aufsätzen oder Vorträgen sind bewerkenswerth: E. Rossi: Preisschrift des Juristenvereins von 1887: «Ueber die Frage von Scheidung und Nullität der Ehen von Ausländern, die in der Schweiz geschieden werden»; Dr. Colombi, Referat bei der Jahresversammlung des Juristenvereins 1887, über die Auslieferung; Prof. Stooss über den neuen Entwurf einer Militärstrafgerichtsverordnung; Prof. Gretener über den Fall Hürst (beide in der neuen Zeitschrift für Strafrecht); Oberst Gallati: «Ueber Haftpflicht und Unfallversicherung»; Rob. Weber: «Das Problem der Volksbildung in der schweizerischen Republik»; Dr. Meyer v. Schauensee, die Lebensbeschreibnug der beiden Brüder Eduard und Kasimir Pfyffer in der «Allgemeinen deutschen Biographie»; Nationalrath Simon Kaiser:

---

[1]) Beat Ludwig v. Muralt war einer der interessantesten Menschen des letzten Jahrhunderts, einer der Wenigen seiner Kaste, die nach etwas Besserem als Erhaltung der Herrschaft strebten, ein Vorläufer Rousseau's. Er scheint zuletzt aber stark in Mystizismus ungesunder Art versunken zu sein. Das Haller'sche Wort, dass der Geist sich selbst verzehrt, wenn er nichts Anderes zu verarbeiten bekommt, ist sehr richtig: noch richtiger, dass das Christenthum eine praktische und thätige Religion ist, die verdirbt, wenn sie zu blosser individueller Ausbildung, oder gar zu einer Art von Genuss benutzt werden will.

[2]) Wir versuchen es, alle über ein gewisses Mittelmass hinausreichenden schweizerischen Doktordissertationen, die einigermassen das politische Gebiet berühren und uns überhaupt zur Kenntniss gelangen, bekannt zu geben, nicht bloss um den jungen Leuten eine (ihnen übrigens wohl zu gönnende) Freude zu machen, sondern noch aus einem weitern Grunde. Die Welt hat die Tendenz, jeden jungen Mann, in dem sie etwas Selbständiges, oder gar etwas wirklich Geniales vermuthet, nicht aufkommen zu lassen und sie hat dafür einen so feinen Instinkt, dass man aus ihrer allzu liebenswürdigen Aufnahme fast mit Sicherheit auf eine gewisse «gesunde Mittelmässigkeit» schliessen kann, die keinerlei geistige Revolutionen verursachen wird. Wäre es zum grossen Glücke für die Menschheit nicht so, so würden alle jungen Leute rasch für das Hergebrachte gewonnen werden und nachher nicht mehr die Kraft zum Widerstande in sich finden. Wenn sie mit ihrer Erstlingsarbeit hier erwähnt werden, so soll das, zu ihnen gewendet, heissen: Nur individuell vorwärts, nur nicht in eine gewöhnliche Parteikollektivität versunken; zu dem Leser dieses Buches gewendet aber: Es wächst noch etwas nach in der alten Eidgenossenschaft.

« Der Güterumlauf in seiner Bedeutung für die Volkswirthschaft »; Prof. Platter: « Die geplante Alters- und Invalidenversicherung im deutschen Reich » (Archiv für Gesetzgebung und Statistik); eine in der Herausgabe begriffene Arbeit von A. Huber, Beamter des Eidg. Statistischen Bureau, über die Entwicklung der eidgenössischen Zölle in den entscheidenden Perioden von 1810—1848; C. Mühlemann, Vorsteher des kantonalen statistischen Bureau's: « Armenverhältnisse und Armenwesen im Kanton Bern », Separatabdruck aus der « Zeitschrift für schweizerische Statistik ».

Im Ausland erschienen: von Prof. Morelli in Padua: « I poteri politici e la Sovranità popolare in Isvizzera », Mailand, U. Hœpli, 1887. Von der Görresgesellschaft für Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, der Anfang ihres auf drei Bände berechneten Staatslexikons, das auch in der Schweiz nicht ohne bedeutende Wirkung bleiben wird.

Ein Aufsatz von Prof. Brissaud in Toulouse über das schweizerische Referendum, das in neuerer Zeit die Augen des Auslandes auf sich gezogen hat, erscheint soeben in einer französischen Zeitschrift. Er bezieht sich im Wesentlichen auf die Aufsätze von Prof. de Laveleye in der Revue internationale 1887 und Prof. Naville in der gleichen Zeitschrift, sowie die ausführlichen Studien des Herausgebers im Archiv für öffentliches Recht, Band II. Prof. Brissaud glaubt am Schlusse seiner Auseinandersetzung, das Referendum werde in allen andern Staaten zur Anwendung gelangen, eine Ansicht, der wir, obwohl Anhänger desselben für die Schweiz, nicht unbedingt beitreten möchten. Dasselbe erfordert mehr Gewohnheit der Selbstregierung, als sie bei irgend einer Nation ausser der Schweiz einstweilen vorhanden sein kann und ohne erhebliche vorherige Veränderungen in der politischen Organisation jemals eintreten wird. Eine wirkliche Monarchie mit Referendum ist für uns nicht denkbar. Geht die Volksabstimmung der königlichen Sanktion der Gesetze voran und kann durch letztere wieder illusorisch gemacht werden, so wird sie wenig Werth haben, oder zu bedenklichen Konflikten führen. Ersetzt sie aber die königliche Genehmigung oder Verwerfung, oder kann sie sogar dieselbe wieder aufheben, dann ist ein solcher König auf dem Wege Ludwigs XVI. Das Referendum ist ein spezifisch republikanisches Institut.

Das internationale Bureau zum Schutze der litterarischen und artistischen Werke hat mit seiner Zeitschrift « Le droit d'auteur » begonnen.

Historische Schriften von politischer Bedeutung sind: Dr. Blösch: « Das Ende der Reformation im Wallis », ein Beitrag (und zwar ein sehr werthvoller) zur schweizerischen Kirchengeschichte (in der schweizerischen theologischen Zeitschrift); Dr. E. v. Muralt: die sechste Lieferung der « Urkundlichen Jahrbücher der Schweiz » (die zwar bereits 1885 erschienen ist, hier aber gleichwohl nachträglich erwähnt sein mag); Boillot, « Essai de levée et d'organisation d'une force nationale en Suisse, Novembre 1798—Mars 1800 »; im nächsten Jahr soll die Campagne von 1799 folgen. Die offizielle Festschrift zür Näfelser Schlachtfeier, von Gottfried Heer, eine der gelungensten Festschriften, die wir jemals gesehen haben. Ein nettes kleines Schriftchen zum Preise von bloss 35 Centimes veröffentlicht Hr. Pfarrer Strasser in Grindelwald über « den Uebergang (warum nicht Untergang?) des alten Bern 1798 ». Wer sich für das Leben des kleinen romanischen Volksstammes in Graubünden interessirt, findet einen guten Aufschluss darüber in « Die sprachlichen Einheitsbestrebungen in der rhätischen Schweiz », von Prof. Morf in Bern.

Unsere Veltliner Geschichte im vorigen Jahrgange hat nicht verfehlt, das Interesse der Geschichtsfreunde der zunächst betheiligten Landestheile, hervorzurufen. Der Freundlichkeit eines derselben verdanken wir die Zusendung einer Lokalgeschichte des Puschlaver Thals, « Storia della Valle di Poschiavo » von Dr. Marchioli, deren zweiter, 1886 in Sondrio erschienener Band jene Veltliner Geschichte und die in unserm diessjährigen Jahrbuch enthaltene Tessiner Geschichte von 1798 ergänzt.[1]) Die gleiche natürliche At-

---

[1]) Eine kurze Darstellung der patriotischen Haltung dieser damals noch von Graubünden durch hohe und zeitweise fast unwegsame Gebirge getrennten Bevölkerung darf hier allgemeinerer Kenntnissnahme nicht vorenthalten bleiben (Vgl. Marchioli II, p. 17—119): Schon sofort bei Beginn der Revolutionirung des Veltlins wurde im Puschlav durch Volksbeschluss vom 16. Juni 1796 ein Vertheidigungsausschuss (deputazione militare dittatoria) eingesetzt, die Jugend in den Waffen geübt und in 6 Kompagnien

**traktion an die cisalpinische Republik machte sich damals auch im Puschlav geltend, dessen Geschichte bis 1480 ganz mit der veltlinischen verbunden ist und das noch bis in unsere Tage kirchlich zum Bisthum Como gehörte, aber mit**

---

eingetheilt und ein altes Fort Scalascia, am Südufer des See's, wiederherzustellen beschlossen, wogegen die graubündnerische Regierung Puschlav anwies, 5 Mann in Mortirolo und ebensoviele auf dem Apricapass aufzustellen, eine lächerliche Massregel, die auch nicht ausgeführt wurde. Im folgenden Jahre folgten dann die Verschwörung der Veltliner in der Kirche San Pietro di Berbenno (« la cameretta di San Pietro »), am 19. Juni die Errichtung der Freiheitsbäume und zuletzt das Befreiungsdekret Bonaparte's von Passeriano (Vgl. hierüber letztes Jahrbuch. pag. 479). Das « Comitato di vigilanza », die provisorische Regierung in Sondrio, lud hierauf sofort die Puschlaver in einem schwülstigen Schreiben ein, sich mit der grossen italienischen Republik zu vereinigen, worauf dieselben jedoch am 5. November, nach einer Volksversammlung, mit der festen Erklärung antworteten, die « antica indipendenza e confederazione », sowohl mit den übrigen Gemeinden Graubündens als mit der Eidgenossenschaft behaupten zu wollen, « da cui non possiamo staccarci senza diventar spergiuri » und gleichzeitig allen männlichen Einwohnern zwischen 15—60 Jahren verboten, das Thal zu verlassen. Bei Scalascia wurde damals, ganz in der Art von Morgarten, eine Partie von wackeren Felsblöcken als Geschütz gegen die drohende Invasion in Bereitschaft gestellt. Den ganzen darauf folgenden Winter und Sommer hindurch dauerten die Befürchtungen vor einem Angriffe (die Gemeinde erliess damals ein Dekret auf Todesstrafe gegen Jeden, der fremde Kokarden oder solche Abzeichen tragen würde), bis am 23. Oktober, infolge einer Vereinbarung der drei Bünde mit Oesterreich vom 17. Oktober, Puschlav von einem österreichischen Hülfskorps besetzt wurde. Es scheint, dass diese fremde Besetzung mit Willen der eigenen Landesregierung den Geist der Selbstvertheidigung völlig geschwächt hatte, denn am 13. März des folgenden Jahres 1799 rückte der General Lecchi mit cisalpinischen Truppen, ohne Widerstand zu finden, ein, die dann bereits im Mai wieder von Oesterreichern ersetzt wurden, welche bis zu Ende des Jahres blieben. Die Kosten dieser verschiedenen Besetzungen waren enorm und zeigten auch diesem Lande, was man durch Unterwerfung gewinnt; sie betrugen für einzelne Gemeinden 10,000 bis 12,000 Lire; dazu kamen noch die Konfiskationen der bündnerischen Güter im Veltlin, die Marchioli für die Puschlaver und Brusasker Eigenthümer auf einen Werth von 704,801 Lire angibt. Ein einziger Puschlaver, der Podestat Benedetto Marchioli, entging derselben durch ein spezielles Dekret des damaligen Generals Murat. Bis zu Ende des Jahres 1802 dauerte eine peinliche Ungewissheit, was zuletzt aus dem Thale werden solle, und der alte Gemeindethurm in Poschiavo wechselte in dieser Zeit mehrmals die fran-

viel geringerer Stärke, weil hier die Eroberer kein Unterthanenland geschaffen hatten, sondern einen gleichberechtigten Landestheil. Was Völkerschaften verschiedener natürlicher Nationalität, Sprache und Anlage am besten zusammenhält, das ist — wir können es uns in der Eidgenossenschaft auch heute noch in etwas anderem Sinne merken — die Freiheit.

Der soeben erschienene Jahresbericht der historisch-antiquarischen Gesellschaft Graubündens pro 1887 enthält als Beilagen: Aktenstücke zur Geschichte der Diözese Chur, von Pfr. Meyer in Oberurnen und einen Aufsatz von Prof. v. Jecklin in Chur über ein s. Z. berühmtes Duell zwischen dem durch Meyer's Roman bekannten Obersten Jenatsch und einem andern bekannten Parteigänger der damaligen Zeit, Oberst v. Ruinelli, in welchem der Letztere auf dem Platze blieb (1627). Endlich einen neuen Brief Baldo's über den Heldentod Benedikt Fontana's (Vgl. Jahrbuch 1887, pag. 751) vom 4. Juni 1499.

Der Gedanke der Wiedervereinigung der beiden Basel hat mehrere Schriften hervorgerufen, von denen die letzte ein Protest dagegen genannt werden kann. Obergerichtschreiber Richard in Liestal: «Wiedervereinigung mit Baselstadt, ganz oder theilweise?»; Ständerath Birmann: «Der 3. August 1833», und Adolf Vischer: «Die Geschichte des 3. August 1833». Die aufrichtige Wahrheitsliebe dieser letztern Schrift, die auch die grossen Fehler der eigenen Partei nicht verschweigt, sondern z. B. den Befehl, Pratteln anzuzünden, zugibt, der die grosse Erbitterung des Landvolkes ganz besonders hervorrief, kann uns doch nicht abhalten, die Konklusionen des Autors etwas widersprechend zu finden. Eher als an der Gerechtigkeit Gottes zu zweifeln, muss man die eigene Gerechtigkeit und die seiner Sache zwei

zösischen (Annexion verkündenden) Farben mit der Fahne der helvetischen Republik, die weitab in Bern ihre verschiedenen Schicksale durchmachte, bis endlich eine Bekanntmachung des «Vizepräsidenten der italienischen Republik», wonach der französische erste Konsul seine Vermittelung zur Wiederherstellung Helvetiens hatte eintreten lassen, die Herzen der Bevölkerung erleichterte, die in dieser ganzen Zeit treu an der alten Verbindung festgehalten hatte, obwohl auch hier nichts versäumt worden war, um ihr den «Interessenstandpunkt» klar zu machen.

und drei Mal untersuchen und das haben auch die Basler in der That gethan, denn die jetzigen Basler sind ein anderes, edler geartetes Geschlecht, als ihre Vorfahren von 1833, und haben sich die Achtung ihrer Miteidgenossen im vollen Massstabe wieder erworben, die damals auf ihrem niedrigsten Punkte stand. Wie könnte man überhaupt im Ernste von Gott sprechen und dabei seine Gerechtigkeit in Zweifel ziehen? Das wäre nichts als Atheismus in einer etwas andern Form.

Eine von der «Faculté des Lettres» in Lyon gekrönte und auf ihre Kosten herausgegebene Schrift von E. Bourgeois: «Neuchâtel et la politique prussienne en Franche-Comté» beabsichtigt der Welt einzureden, dass Preussen eigentlich dieses Land sich anzueignen gewillt sei und desshalb auch s. Z. festen Fuss in Neuchâtel gefasst habe. Das Raisonnement stützt sich wesentlich auf einen etwas starken Uebersetzungsfehler.[1]) Uebrigens ist die «position européenne» Neuchâtel, von der aus diese Eroberung bewerkstelligt werden soll, einstweilen in festen Händen.

Umgekehrt will ein Aufsatz von F. v. Witzleben in der «Internationalen Revue über die gesammten Armeen und Flotten» die Neutralität des nördlichen Savoyens gegen die französischen neuen Festungen und Bahnen in dem Pays de Gex geschützt wissen. Der Herausgeber der Zeitschrift kann sich in den «Eidgenössischen Geschichten» dieses und des nächsten Jahrbuches gründlich belehren, dass nicht die Schweiz es war, die 1815 diese Grenzverhältnisse befürwortet hat. Dagegen wird dieselbe dennoch nunmehr diese Neutralität selbst schützen.

Aus dem Jahre 1885 können wir nicht unterlassen, einen Aufsatz von Dr. Jul. Werder in Basel: «Konstanz und die Eidgenossenschaft» nachzuholen, der in dem Bericht

---

[1]) Der preussische Gesandte im Haag, v. Schmettau, schreibt seinem König, er habe dem Grosspensionär Heinsius erklärt, dass die evangelischen Kantone der Eidgenossenschaft den König angegangen haben, auch für «Ihre» Interessen zu sorgen, und dass «Ihre» Intention sei, Hüningen zu demoliren und die Franche-Comté nicht in französischen Händen zu lassen. Dieses «Ihr», obwohl mit grossem Anfangsbuchstaben geschrieben, ist nicht mit votre, sondern mit «leur» zu übersetzen. Dann wird die Sache klarer und weniger gefährlich. (Vgl. pag. 388).

der Realschule zu Basel (deren Rektor der Verfasser ist) über das Schuljahr 1884 verborgen liegt. Die merkwürdige Geschichte dieser Stadt, die stets zwischen Reich und Eidgenossenschaft schwankte, ist darin übersichtlich erzählt.

Aus der schweizerischen Belletristik sind von politischem Interesse: «Die Geschichten der Schulbase» von Joachim (früher erschienen im Feuilleton der Basler Nachrichten), und «Adam Zeltner», ein Volksdrama, das den bekannten tragischen Vorgang aus dem Bauernkrieg zum Gegenstande hat. Wir müssen dabei sagen, wir schätzen Joachim am meisten als Novellisten; das Selbsterlebte ist sein Genre, das er nicht verlassen muss. Ein Aufsatz im Sonntagsblatt des Bund enthält: «Erinnerungen meiner fünfjährigen Dienstzeit in der französischen Fremdenlegion» von Korporal Hans Lüthy. Man sieht daraus, dass das alte militärische Blut der Schweiz noch vorhanden ist, aber auch die Schwierigkeit, es jetzt am rechten Orte anzubringen.[1]) Von T. Combe (pseudonym für eine in Locle lebende Dame) erschien aus dem interessanten Grenzgebiet, wo u. A. die berühmten drei Höfe Maix-Rochat, Maix-Baillod und Maix-Lidor liegen, eine ausgezeichnete Schmugglergeschichte «Le mari de Jonquille», deren Grundzüge wohl auf wirklichen Vorkommnissen beruhen.[2]) Dagegen hat uns die diessjährige Geschichte von O. Huguenin «Les avantures de Jaques Gribolet» nur theilweise, nämlich in ihrem allerersten Theil, der in Neuenburg spielt, befriedigt. «Warum stets in's Weite schweifen, sieh', das Gute liegt so nah'.» Der Autor hat ja bewiesen, dass er es in Neuen-

[1]) Sehr bezeichnend für einen Theil unserer Jugend und gründlich wahr ist gleich der Anfang: «Das Bier- und Jassleben eines schweizerischen Kleinstädtchens hatten mir die Lust zur Arbeit genommen. Das Leben war mir so ziemlich gleichgültig geworden und so liess ich mich am 13. April 1880 aus freiem Antriebe zu einer fünfjährigen Dienstperiode in der französischen Fremdenlegion anwerben.»

[2]) Diese Höfe sind unlängst vom Bundesrathe aus der eidgenössischen Zolllinie ausgeschlossen worden. Sie liegen zwischen La Brévine und dem 1814 an Neuenburg abgetretenen kleinen Dorfe Cerneux-Péquignot. Allfälligen Besuchern dieser interessanten Gegend, die wir im vorigen Jahre kennen lernten, rathen wir, sich vorher zu erkundigen, ob die Stiere dieser drei Höfe in Gewahrsam sind.

burg zu finden weiss; auch eine seiner neuesten Zeichnungen, der Berner Bär, wie er (in Folge der von uns berichteten neuesten Grenzregulirung) nach dem Schloss Thielle hinübergreift, ist von vortrefflichster Komik. Der neuenburgische Bediente aber, der im Gefolge eines unmässig edelmüthigen französischen Herrn Abenteuer im Auslande erlebt, die sehr unwahrscheinlich sind, gefällt uns ganz und gar nicht. Ein rechter Mann bleibt, überhaupt wenn er kann, in seinem Vaterland. Hat doch selbst das Vorbild aller kosmopolitischen Humanität sprechen können: «Ich bin nicht gesandt, denn nur zu den verlornen Schafen des Hauses Israel». Keine Abweichung hievon ist der treffliche Roman von C. F. Meyer: «Die Versuchung des Pescara». Wir kennen diesen Pescara nur zu gut aus der Schlacht von Pavia. Warum aber greift Meyer, so fragen wir uns, nicht zu der ihm allernächst liegenden Heldengestalt, die noch lange nicht hinreichend bekannt ist, dem Bürgermeister Marx Röust von Zürich? Dieser Mann, der Anführer der Eidgenossen bei Marignano, um dessen Dienst als Gardehauptmann der Papst sich durch eigene Gesandte bemühen liess[1]) und der dann aus einem päpstlichen Gardehauptmann ein Freund Zwingli's und Beförderer der Reformation in Zürich wurde, wäre für einen Schriftsteller von diesem feinen historischen Gefühl ein ganz anderes Objekt noch als Pescara, oder Jenatsch.[2]) Victor Tissot's «La Suisse inconnue» ist für uns trotz des lockenden Titels unbekannt geblieben, weil wir an der Beschreibung anderer Länder durch den gleichen Autor vollkommen und für alle Zeit genug hatten.

---

[1]) Weil die Bewachung des Statthalters Christi. als die höchste menschliche Ehre, nur seinen «allergeliebtesten Söhnen, den Zürchern» anvertraut werden könne.

[2]) Auch die intelligenten Feinde der Eidgenossen, der Kastellan von Müss, Marx Sittich von Hohenems, und die merkwürdigen Volkslieder, die aus dieser Zeit stammen (besonders die Bicoccalieder) könnten bei einem solchen Romane wirksam zur Verwendung kommen und, mit rechtem Takte beschrieben, sind ja solche Zeiten, wie die von 1494 bis Pavia oder, wenn man weiter gehen will, bis zu der grossen Revanche gegen die deutschen Landsknechte bei Cérisolles (1544) viel anschaulicher in einem Roman als in einem Geschichtswerk zu schildern. Sogar die Reformation in Zürich selbst könnte in einem guten historischen Roman weitaus am besten geschildert werden. Gottfried Keller's Ursula hat diess bereits zum Theil bewiesen.

Unter den zürcherischen Neujahrsblättern, die daselbst nach einer alten Sitte von verschiedenen Gesellschaften herausgegeben werden, haben in diesem Jahre ein allgemein historisch-politisches Interesse die Aufzeichnungen des 1873 verstorbenen holländischen Generalmajors J. H. König von Glarus über die Vertheidigung von Antwerpen (November und Dezember 1832), an der der Verfasser nebst andern Schweizer Offizieren Theil nahm, nachdem die holländischen Schweizer Regimenter bereits 1829 entlassen worden waren, ein Stück Kriegsgeschichte, das man gerne liest. Ferner ein Aufsatz von Professor Hirzel in Bern: «Ueber die Beziehungen Göthe's zu Zürich». Ein anderer interessanter Aufsatz über die Geschichte dieser Neujahrsblätter meint am Schlusse: «es verstehe Mancher, dessen Wiege nicht in Zürich stand, diese Anhänglichkeit an eine Sitte nicht, die ihm als Zeugniss lokaler Beschränktheit erscheinen möchte», doch liege hier eben ein durch lange Kontinuität entstandenes historisches Recht vor, das zu respektiren sei. Wir glauben unsererseits, die Bürger dieser uns besonders werthen und früher einzigartigen Stadt befinden sich mitunter in einer bedeutenden Täuschung über unsere Gedanken. Was wir Miteidgenossen wünschen, ist, dass Zürich ein gutes Stück dieser seiner «lokalen Beschränktheit» bewahren und neben aller sogenannten «Entwickelung» eine spezifisch schweizerische Stadt bleiben möge. Auch eine Stadt muss, wie ein Mensch oder eine Nation, ihr individuelles Gepräge sorgfältig konserviren. Das gelangweilt-vornehme Gesicht der gemeinen europäischen Grossstadt passt weder in die schweizerische Natur, noch in unsere Geschichte.

Als ein interessantes historisches Ereigniss dürfen wir nicht vergessen zu erwähnen, dass am 11. April 1888 die berühmte Manesse'sche Liedersammlung in Folge einer Vereinbarung von Paris nach Heidelberg (leider nicht nach Zürich, wohin sie gehörte) zurückgekehrt ist.[1])

---

[1]) Solche Austäusche sollten allgemeiner stattfinden. Wie wir vernehmen, wurde zur Zeit des Ministeriums Boulanger's über den Austausch der berühmten Inschrift des Murtener Beinhauses, die sich in der Nationalbibliothek von Paris befindet und dort gar keinen Sinn hat, mit einer aus der Zeit von 1798 noch in der Schweiz befindlichen französischen Fahne unterhandelt.

Es liegt nahe, am Schlusse des Litteraturberichts auch noch ein kurzes Wort über diejenigen Persönlichkeiten zu sprechen, welche diese politische Litteratur vorzugsweise hervorbringen, wenn ihre Thätigkeit durch den Tod einen Abschluss gefunden hat.

Die jetzige Eidgenossenschaft ist nicht sehr reich an solchen Schriftstellern und überhaupt an ausgesprochenen politischen Persönlichkeiten. Die politische Persönlichkeit ist jetzt vorzugsweise die Gesammtheit, das Volk, die Einzelnen bewegen sich grossentheils in den Bahnen des jeweiligen Zeitgeistes nach deutscher oder französischer Schablone und sind mehr Uebersetzer, (wenn nicht gar Nachahmer) als Originale. Das beweist noch keineswegs, dass sie nicht auf einem andern Boden vielleicht das letztere sein würden. Es gehört in einer modernen Republik eine grössere geistige und sittliche Kraft dazu, als in einer Monarchie. Zur Verdeutlichung dieses Satzes genüge es darauf hinzuweisen, dass das, was die grundlegenden Staatsmänner Deutschlands und Italiens in unserer Zeit geschaffen haben, nicht hätte geschehen können ohne einen positiven Anhalt an einer festbegründeten Regierung, die sie zeitweise auch gegen Antipathien im eigenen Volke aufrecht erhielt, bis ihren Ideen der Boden gefunden war, den ein originaler Staatsmann so gut wie ein originaler Schriftsteller sich zuerst selber schaffen muss. Diese Zeit und dieser Schutz wird dem republikanischen Staatsmanne selten gewährt, und wenn es geschieht, so geschieht es in den meisten Fällen auf Kosten dauernder Abhängigkeit von einer Partei, der er dienen muss. Damit ist nicht gesagt, dass das Bedürfniss nach bedeutenden Männern nicht in den Republiken auch bestehe. Im Gegentheil, die Einsicht, dass Persönlichkeit Alles in der Welt ist, reift langsam auch hier unter der Verflachung eines blossen Massenbewusstseins heran, von der wir bald recht genug haben werden, und es lässt sich leicht voraussagen, dass wahrhaft ausgeprägte politische Persönlichkeiten in der nächsten Generation wieder zur Geltung kommen werden, wenn sie sich dann vorfinden. Es gehört dazu aber allerdings, namentlich in solchen Uebergangszeiten, noch etwas mehr als Individualität, nämlich Persönlichkeit, die sich opfert für das Ganze, nicht für sich selber leben und bestehen will. Die Signatur eines solchen Mannes hat in einer

ganz ähnlichen gefahrvollen Zeit ein jüdischer Prophet mit den bezeichnenden Worten gegeben: « Wenn er sein Leben zum Schuldopfer gegeben hat, so wird er Samen haben und in die Länge leben und des Herrn Vornehmen wird durch seine Hand fortgehen ». Die eigentliche Grösse liegt immer in einem solchen Opfer[1]; das, was den Menschen klein macht, ist der Egoismus in jeder Art und Form.

Die Schweiz hat im vergangenen Jahre mehrere typische, historische Personen verloren, die gewissermassen zu ihrer Physiognomie gehörten. Den 29. September 1887 schlossen sich in Muri bei Bern die Augen eines fast 80jährigen Mannes, Dr. August v. Gonzenbach, der in seiner Person gewissermassen noch eine ganze, nun mit ihm völlig vergangene Periode der schweizerischen Geschichte, die Zeit der « Tagsatzung », repräsentirte. Im Jahre 1808 aus einem St. Gallischen Geschlecht von fürstäbtischem Adel geboren, erschien er berufen und auch vollkommen befähigt, in seinem Heimatkanton diejenige leitende Stellung einzunehmen, die viele Jahre lang eine sehr ähnliche Persönlichkeit, Carl Müller-Friedberg, innegehabt hatte. Ebenso sehr würde Gonzenbach die Anlage zur diplomatischen Laufbahn, oder zu einer höheren Stellung in einem monarchischen Staate (ähnlich wie Bluntschli) besessen haben, wozu ihn auch Neigung und persönliche Beziehungen zu fürstlichen und diplomatischen Personen zu disponiren schienen. Warum er diese beiden nächstliegenden Laufbahnen nicht einschlug, die ihn, bloss äusserlich genommen, noch bedeutender hätten erscheinen lassen, als er es während seines langen und thätigen Lebens war, wird sich erst vollständig aus seinen eigenen Aufzeichnungen und Korrespondenzen entnehmen lassen, die zweifelsohne früher oder später im Druck erscheinen werden. Seine bekannteste öffentliche Stellung als eidgenössischer Staatsschreiber (eine Funktion, die unter der Verfassung von 1815 wichtiger war, als die des jetzigen « Vize-Kanzlers », die formell das Gleiche bedeutet), fand einen plötzlichen Abschluss durch die Veränderung der Verfassung selbst, in Folge deren ihn die neue Eidgenossenschaft von der ihm an und für sich gebührenden

[1]) Fände das heutige Carthago nur Einen Mann, wie Hannibal, es würde das heutige Rom auch zittern machen. Was anders als dieser Instinkt des Volkes erklärt manche Vorgänge daselbst?

Verwendung als Kanzler, wegen seiner Hinneigung zu der historischen Rechtsanschauung des überwundenen Theils ausschloss. Auch als späterer vieljähriger Grossrath von Bern und eidgenössischer Nationalrath hat er niemals die ihm zukommende politische Stellung und den Einfluss gefunden, den seine bedeutenden Gaben voraussehen zu lassen schienen. Der jetzigen jüngern Generation war er überhaupt mehr als Gelehrter und Geschichtsforscher bekannt und nach kurzer Zeit wird sein Name wahrscheinlich nur in dieser ehrenwerthen Gruppe von Männern fortleben, denen er durch Arbeiten auf diesem Gebiete [1]) bis an sein Lebensende mit steigender Vorliebe angehörte.

Was ihn bei näherer Bekanntschaft höchst achtungswerth erscheinen liess, war diese beständige, lebendige Theilnahme an allen politischen und litterarischen Ereignissen seines Vaterlandes, verbunden mit einer unermüdlichen Arbeitslust und Aneignungsfähigkeit, die ihn gar nicht altern liess, sowie die damit wohl unmittelbar zusammenhängende beinahe vollständige Freiheit (jedenfalls beständige und erfolgreiche Ueberwindung) von Verbitterung, der sonst Diejenigen leicht anheimfallen, welche sich mit ihren Anschauungen in vielfachem Widerspruche mit der sie umgebenden, einem andern Geiste huldigenden Zeit fühlen. Eine leichte Dosis von Skeptizismus, liebenswürdig im Ausdruck, wie dieser Genius des 18. Jahrhunderts es war, trug dazu bei und hielt ihn ab, diejenige Seite seines Lebens, die man als Verkennung ansehen konnte, mit Hass und Bitterkeit zu ertragen, ja sogar auch nur mit stets sich gleichbleibendem Drucke zu empfinden. Vielleicht allerdings hinderte sie ihn auch an der noch erhabeneren Weltanschauung, die in einem solchen Schicksal nur das der Propheten sieht, die in ihrem engern Vaterlande selten allzuviel gelten dürfen. Ob dieses Vaterland an ihm stets richtig gehandelt habe, wollen wir hier nicht untersuchen, es würde diess eine längere historisch-politische Auseinandersetzung erfordern. Es wird seinem Biographen anheimfallen, diess mit Vorurtheilslosigkeit fest-

---

[1]) Besonders wird ihn sein Werk über den General v. Erlach, das einmal zur Abwechslung mit Recht einen von allen bisherigen Historikern ungerecht Verleumdeten (und mit ihm gewissermassen die Ehre der Schweiz) rettete, dauernd in den Annalen der historischen Litteratur bekannt erhalten.

zustellen, und wir wollen hoffen, dass er einen völlig kongenialen finden wird, an denen es jetzt allmälig zu fehlen beginnt. Bluntschli wäre es vielleicht am ehesten gewesen. Für uns Jüngere und politisch Andersdenkende lag etwas Tragisches in dieser Erscheinung. Er war ein Mann, den ungemein viele Menschen kannten und doch vielleicht nur wenige von seiner besten Seite, der bei weniger geistiger Lebendigkeit und Anregungsfähigkeit eine bessere «Carrière» gemacht haben würde und der von Niemanden im Grunde weniger verstanden wurde, als gerade von der politischen Partei, zu der er äusserlich zählte und der er am eifrigsten gedient hat. Er war, nach unserer Meinung, seiner Natur nach ein im Wesentlichen liberal veranlagter Geist, der, in einem andern Lebenskreise geboren und in andern Anschauungen erzogen, unfehlbar einer der bedeutendsten Staatsmänner unserer gegenwärtigen Geschichte geworden wäre. Allerdings immer mit einer Neigung zu aristokratischen Formen und überhaupt zu der Aristokratie des Geistes und der Bildung, die unser demokratisches Jahrhundert nicht mehr leicht verstehen kann und will. Diejenigen unter den Mitlebenden, denen das menschliche, auch bei 70- und 80-jähriger Dauer, für seine Aufgaben zu kurze und bei den äusserlich günstigsten Verhältnissen vielfach erschwerte und mangelhafte, in den allermeisten Fällen daher halbverfehlte Leben überhaupt nur als eine Schule für ein folgendes besseres Dasein verständlich erscheint, werden sich am ehesten mit dem Gedanken in diesen Lebensgang zu finden wissen, dass ein zu grosser Vollkommenheit angelegter und berufener Geist dieselbe auch noch werde finden müssen. Für die Andern wird es etwas schwer sein, zu einem eigentlich abschliessenden Worte zu gelangen, denn die Zeit ist vorüber, in welcher ein sterbender Staatsmann von dieser Art «plaudite amici» sagen konnte. Es liegt ein Ernst jetzt in der Zeit und in allen Gemüthern, der nothwendig entweder zu einer weit düsterern, oder zu einer weit versöhnenderen Lebensauffassung führt.

Ihm folgte am 30. Juni dieses Jahres sein vieljähriger Freund und, soweit es die Politik betraf, Gesinnungsgenosse, Dr. Phil. Anton v. Segesser von Luzern, der Anlage nach der beste Geschichtsschreiber der Eidgenossenschaft Seiner politischen Ueberzeugung nach gehörte er der katholisch-konservativen Partei an, die sich von der ultramontanen im

eigentlichen Sinne dadurch unterscheidet, dass sie nicht unbedingt die kirchliche Gewalt über das Vaterland stellt, eine Anschauung, mit der man sich auch bei abweichenden Ansichten doch noch auf gemeinsamem Boden fühlt und die man vielleicht — mit etwas unbefangenen historischen Augen angesehen — nicht einmal ganz im politischen Leben der Völker entbehren möchte, da sie auch ihre Aufgabe hat. In seinen mehr persönlichen Schriften, namentlich in seinem letzten selbstbiographischen Werke, war der Verstorbene von Leidenschaftlichkeit und Einseitigkeit, die überhaupt in seinem originalen, allem Kompromissartigen abholden Wesen lag, keineswegs frei, seine eigentlichen Geschichtswerke aber, ganz besonders die Luzerner Staats- und Rechtsgeschichte, der erste Band der eidg. Abschiede mit seiner Vorrede und das Leben des «Schweizerkönigs» Pfyffer gehören zu dem weitaus Besten, was jemals über Schweizergeschichte geschrieben worden ist[1]) und sind bleibende Zeugnisse eines gross angelegten Geistes.

An die Stelle dieser edleren Art von prinzipiellen Gegnern treten nun für die national-liberale Anschauung in der Eidgenossenschaft die blossen Verfechter materieller Interessen, welche zwar persönlich weniger gefährlich, aber für das Ganze verderblicher sind. Segesser selbst gibt den Grund dafür in seinem Buche über Pfyffer mit den klassischen Worten an: «Nur eine ideale Politik vermag verschiedene ihrer Natur nach sich widersprechende Kräfte (wie sie in einer Republik stets vorhanden sein werden) auf ein gemeinsames Ziel zu lenken, die Interessenpolitik schliesst den Krieg Aller gegen Alle in sich.» Wobei wir übrigens nicht unterlassen wollen, der Deutlichkeit halber beizufügen, dass auch bei der aristokratischen, oder katholisch-konservativen Parteianschauung von «Idealismus» nur so lange die Rede sein kann, als diese Geistesrichtungen nicht ebenfalls ausländische Interessen und Anhänglichkeiten über die nationalen stellen, was Segesser nie gethan hat. Das ist für unser Urtheil das Massgebende und desshalb standen und schieden wir in Frieden.

---

[1]) Er beabsichtigte auch noch, über den Kardinal Schinner zu schreiben; schade, dass er es nicht, statt seines letzten Werkes, ausgeführt hat.

Wir können uns nicht versagen, unter den Originalmenschen der Schweiz, die dieselbe seit dem Erscheinen unseres letzten Jahrbuches auf immer verlassen haben, auch eine Vertreterin des andern Geschlechts, das doch auch sehr wesentlich zur Physiognomie des Landes gehört, anzuführen, die am 16. Juni zu Ingenbohl im Kanton Schwyz verstorbene edle erste Generaloberin der barmherzigen Schwestern (Theodosianerinnen), Theresia Scherer von Meggen (Kanton Luzern). Die Verstorbene, aus geringem Stande hervorgegangen, war eine jener geborenen Königinnen, wie ihre Namensschwester in Oesterreich, und hätte wahrscheinlich ebenso gut einen grossen Staat, wie den ihr anvertrauten Orden regiert. Sie war die ausgesprochenste Regentennatur, die wir jemals unter Frauen gesehen haben, von einem durchdringenden, entschlossenen, auf alle Schwierigkeiten des Lebens und ihres Berufes stets ruhig gefassten und bei aller gutkatholischen Religiosität merkwürdig vorurtheilsfreien Geiste, endlich mit der vollen Lösung von allem persönlichen Egoismus ausgestattet, die das Geheimniss der Macht über die Menschen ist. Sie hatte u. A. in der Thätigkeit ihres Ordens an den deutschen Kriegen von 1866 und 1870/71 einen sehr intensiven Antheil genommen und war eine der heute wenig zahlreichen Persönlichkeiten unseres Landes, die gewissermassen in der alten Art des Militärdienstes, mit hohen und höchsten ausländischen Personen in engen Beziehungen standen und wie mit Ihresgleichen umgingen. Der von dem P. Theodosius Florentini aus Graubünden gestiftete Orden beschäftigt sich wesentlich mit der Krankenpflege, nebenbei aber auch mit der Erziehung von Waisen und der Ausbildung von Lehrschwestern. Er kennt kein ewiges Gelübde, sondern der Austritt kann alle drei Jahre frei erfolgen. Unter seiner Leitung stehen dermalen 64 Spitäler, 82 Krankenhäuser und 107 Armen- und Waisenanstalten.

Eine « anima candida » im besten Sinne des Wortes, einen guten politischen Schriftsteller und einen Patrioten im edelsten Verstande verlor die Eidgenossenschaft am 9. Okt. vorigen Jahres in dem bernischen Oberrichter und eidg. Obersten Alfred Züricher von Burgdorf. Er war der Berner, wie man ihn sich gerne vorstellt, mit allen seinen vortrefflichen und in der Eidgenossenschaft ganz unentbehr-

lichen Eigenschaften, hier aber noch mit einem etwas grössern natürlichen Wohlwollen gegen Jedermann und einem merkwürdigen Enthusiasmus für alles Gute in jeder Richtung ausgestattet, wie wir ihn sonst selten gefunden haben in dem mit dem Ausdruck seiner Gefühle etwas bedächtigen Volke der Burgunder. Für das Kommando einer Landwehr- oder gar Landsturmabtheilung in gefährlichen Zeiten wird er seinesgleichen nicht mehr finden.

In Konstanz, der Stadt Wessenbergs und dem nicht ungewöhnlichen Patmos St. Gallischer Regenten, starb am 9. Juli im höchsten Lebensalter Landammann Ferdinand Curti von Rapperswyl, ein echter und rechter Idealist aus dem edeln Geschlechte der « Dreissiger-Liberalen », aufgewachsen in beständigem Kampfe mit Allem, was sie für unrecht und unerspriesslich für ein freiheitlich geartetes Land ansahen. Bei ihm war es namentlich der römische Kurialismus, dem er noch in alten Tagen mit einem Feuer zu Leibe ging, von dem die jetzige Generation kaum mehr einen Funken übrig hat. Es ist eine schöne Sache um den Idealismus selbst da, wo er die Form eines solchen ehrlichen Eifers annimmt. Er erhält auch am ehesten das Herz jung und frisch in den Tagen, wo die natürlichen Gebrechen des Alters herankommen, während die blosse Interessenpolitik unserer Zeit traurige Greise machen wird. Diese Dreissiger-Liberalen sind nun in ihren hervorragenden Figuren fast ganz verschwunden. Es sieht aber so aus in der Eidgenossenschaft, als ob es in einer gewissen künftigen Zeit einer neuen Auflage derselben gegen die alten Gegner bedürfte, die unter dem Schutze der weit grösseren Toleranz unserer, nachfolgenden Generation wieder emporgewachsen sind.

Von andern Personen von litterarischer oder sonst besonderer Auszeichnung starben noch ausserdem im Laufe des Jahres der ehemalige Minister der Eidgenossenschaft in Paris, Dr. Kern aus Thurgau, dessen Memoiren im letzten Jahre erschienen sind, Dr. Fiala, Bischof von Basel, Prof. Alex. Schweizer in Zürich, Prof. Lefort in Genf und drei sehr bekannte Mitglieder der schweizerischen Bundesversammlung, Dr. Carlo Battaglini von Lugano, ein bewährter Führer der dortigen liberalen Partei, Landammann Hermann von Sachseln (Obwalden), ein treuer Eidgenosse im besten Sinne des Worts, und Staatsrath Estoppey von Waadt, ein wegen

seines Charakters von allen seinen Freunden hochgeschätzter Mann. Da wir dieselben nicht näher kannten, so gestatten wir uns kein weiteres Urtheil, am wenigsten in diesem Abschnitt des Jahrbuchs, der nur auf persönlichen Wahrnehmungen beruht. Ebenso starb in Illinois eine in den Vierziger Jahren viel genannte Persönlichkeit, der Schneider Wilhelm Weitling von Magdeburg, s. Z. in Genf, Zürich und Lausanne wohnhaft, ein bedeutender kommunistischer Schriftsteller, dessen Schriften noch heute lesenswerth sind, der Vorläufer der heutigen fremden Sozialisten, die unser Land besuchen, mit, man möchte sagen, noch etwas mehr Geist und Auffassungsgabe, als die meisten davon besitzen. Ein Beweis hiefür ist sein Ausspruch, dass das allgemeine Elend, von dem er den Umsturz des jetzigen Staatswesens erhofft, durch zwei Wege am besten befördert werde (die gerade der jetzige Staat am meisten protegirt) die Schule und die Industrie. Die letztere frisst das Handwerk auf und die erstere steigert in ihrer dermaligen Einrichtung die Bedürfnisse und damit die allgemeine Unzufriedenheit. Ab hoste docemur. —

Wir schliessen damit für diessmal und gedenken überhaupt nicht den litterarischen Theil der Uebersicht jemals zu einer alljährlichen Todtenschau zu erweitern, die ganz ausserhalb unserer Aufgabe liegt, sondern nur derjenigen Verstorbenen zu gedenken, die sich entweder als politische Schriftsteller hervorgethan, oder sonst zu dem jeweiligen Typus der Schweiz ein Wesentliches beigetragen haben, durch deren Hinschied die Eidgenossenschaft also einen Verlust an ihrem Wesensbestande erleidet. Dass diess nicht immer mit politischer oder wissenschaftlicher Stellung und Bedeutung im engeren Sinne zusammentrifft, ist durch die Probe zu erweisen, die der Tod selbst mit unerbittlicher Gerechtigkeit vollzieht. Es gibt viele Menschen, die während ihres Lebens einen bedeutenden Platz einnahmen, die aber dennoch, sobald sie ein Jahr lang verstorben sind, eigentlich Niemand mehr ernstlich vermisst. Ihr Platz wurde eben wieder ausgefüllt. Andere hingegen, die vielleicht während ihres Lebensganges wenig zu befehlen hatten, gehörten, wie wir oben sagten, zur Physiognomie des Landes und lassen eine nicht sofort ausfüllbare Lücke zurück. Mit diesen Figuren befassen wir uns, dem Zwecke des Jahrbuches entsprechend, überzeugt übri-

gens, dass wir leider mit vielen der in Wahrheit « interessantesten » Menschen unserer Zeit gleichzeitig durch dieses Leben pilgern, ohne auch nur eine Ahnung von ihrer Existenz oder Bedeutung zu besitzen. Zuweilen kommt dann nachträglich ein solches « unbedeutendes » Leben zum Vorschein, wie etwa beispielsweise das des 1778 in Toffen verstorbenen Schusters Bäumler, das Lucas Legrand später veröffentlichte, oder, um ein grösseres Beispiel zu wählen, das des Kesselflickers Bunyan, der jetzt als eine der bedeutendsten Erscheinungen der englischen Litteratur anerkannt ist. Dann erstaunt jedesmal einen Augenblick lang die stumpfe Welt, dass sie solche Leute (zum Glück für diese) so gar nicht gekannt und « anerkannt » habe, um sofort darauf an einem ganz ähnlichen gottbegnadeten Wesen mit ihrer gewohnten Kurzsichtigkeit für alles Innerliche und Wesentliche vorüber und dem blossen Scheine nachzugehen. Ja, es kommt uns mitunter vor, als ob die Jagd auf « interessante Leute » in unserem Jahrhundert noch intensiver und mit noch weniger Intelligenz als zu Ende des vorigen betrieben werde.

# VI.

Ob es in irgend einem «civilisirten» Lande jemals wieder möglich sein wird, ein Jahr zu erleben, in welchem keine Veränderung der bestehenden Gesetzgebung vorgenommen wird, erscheint zum Mindesten zweifelhaft. Sowohl die Eidgenossenschaft, wie die Kantone haben sozusagen für unabsehbare Zeiten Arbeiten dieser Art in Voraussicht und wenn vollends erst die sogenannte soziale Gesetzgebung zur Ausführung kommen sollte, so würde eine ganze Generation mit nichts Anderem mehr beschäftigt sein, als den ungeheuren Ballast von Gesetzen (die in einem kleinen Lande von kaum drei Millionen Einwohnern eine ordentliche Wagenladung ausmachen würden) bei Seite zu schaffen und durch eine wahrscheinlich nicht geringere Menge von neuen Büchern, mit unzählbaren Kommentaren und Lehrmitteln zu ersetzen. Das Schlimmste bei dieser legislatorischen Hypertrophie unserer Tage ist das, dass man sich an eine solche Gesetzgebungsarbeit als an etwas Regelmässiges, gewissermassen zum alltäglichen Leben Gehöriges, gewöhnt, während sie im Grunde doch bloss eine periodische Arbeit sein sollte, die dann wieder auf ein Menschenalter hinaus einem ruhigen Bestande des Vorhandenen Raum und Dasein zu gönnen hätte. Die Folge davon ist nicht allein, dass nur Wenige schliesslich die jeweilen gültige Gesetzgebung kennen und selbst in einem Lande, wo theoretisch das ganze Volk der Gesetzgeber ist, ein kastenartiger Abschluss der Jurisprudenz entsteht, sondern auch, dass noch Wenigere die Gesetze genau beobachten. Das öffentliche und private Leben geht theilweise, wie Tell an dem Hute Gessler's, an dem aufgestellten Gesetz vorbei, das ihm eben auch nur als ein Hut, ein nichts bedeutendes Symbol, das vielleicht schon morgen ein Stück Papier ist, nicht als etwas Lebendiges und Dauerndes erscheint, und

**nicht Jeden halten die Wächter an, die daneben stehen. Wir glauben, es müsse auch hier schliesslich durch Uebersättigung ein Zeitpunkt herankommen, in welchem die Produktion wieder eine Zeit lang stillsteht und überhaupt die Erstellung von Gesetzen wieder als eine Kunst (nicht als eine Wissenschaft, noch weniger als ein erlernbares Handwerk) betrachtet wird, wozu es vor allen Dingen desjenigen ungewöhnlich tiefen Einblicks in die Natur der Menschen und ihre Geschichte bedarf, den die alten Völker ehrfurchtsvoll göttlicher Eingebung zuschrieben. Daraus allein entsteht auch der wirkliche Respekt, den ein jedes wahrhafte Gesetz einflössen soll und den die blosse Technik niemals einflössen wird. Die Art der jetzt gebräuchlichen Gesetzgebung[1]) bringt es zum Theil mit sich, dass dieser Respekt**

---

[1]) Unzweckmässig erscheint uns auch die jetzige Methode, den Gesetzen sofort «Vollziehungsverordnungen» beizugeben, die dann wieder Interpretationen und Abänderungen aller Art erleiden, so dass einzelne Gebiete der eidg. Gesetzgebung, z. B. die Militärgesetzgebung, die Fabrikgesetzgebung, die Gesetzgebung über das Viehgesundheitswesen, das Gesetz über die Kontrole von Gold- und Silberwaaren, ein Theil der Eisenbahngesetzgebung zu einem fast undurchdringlichen Dickicht geworden sind. Das eidg. Militärdepartement hat bereits einen «Herkules» beauftragt, in seinem Gebiete eine thunlichste Säuberung vorzunehmen, und es bestehen auch Motionen auf eine Revision der ganzen eidg. Gesetzeswagenladung.

Die Eidgenossenschaft steht übrigens damit keineswegs allein da. Auch in Deutschland erhebt sich allmälig Unwille gegen die auf das Massenhafte gerichtete Thätigkeit der Reichsbehörden und gegen das Pandektenlehrbuch, das dem deutschen Volke als ein modernes deutsches Civilrecht aufgebürdet werden will. Ein jüngst veröffentlichter Brief des Prinzen Albert an seinen Schwiegersohn, den nachmaligen Kaiser Friedrich III., schildert schon im Jahre 1856 das Unwesen derartiger unfruchtbarer Arbeit mit den folgenden bezeichnenden Worten:

«In Deinem Briefe an Viktoria vom 3., den sie gestern erhielt, erzählst Du von Deinen neuen Arbeiten in den verschiedenen Ministerien. Wenn Du einige Zeit darin gearbeitet haben wirst, so wird Dir die Wahrheit des Ausspruches Axel Oxenstjerna's recht deutlich werden: «Mein Sohn, Du wirst Dich wundern, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.» Ich fürchte nur, dass Niemand ein Interesse darin finden wird, Dir die Prinzipien, auf die es ankommt, klar zu machen, und man Dich dagegen nicht unabsichtlich mit der Masse der Details und der sogenannten Arbeit zu erdrücken suchen wird. Doch wird es immer das Gute haben, dass Du den Geschäftsgang deutlich kennen lernen wirst.

mangelt, mit dem das Alterthum seine sparsameren Gesetzestafeln umgeben sah, und eben dieser Mangel des Respektes für die vorhandenen erzeugt wieder neue Gesetze. Es bleibt daher wohl bei dem klugen Worte des Demosthenes: «Ein Gesetz schreiben ist wenig, es annehmen und beobachten machen Alles».

Auf dem Gebiete der eidgenössischen Gesetzgebung liegen gegenwärtig eine Reihe von wesentlichen Projekten fertig vor, von denen ein Theil vielleicht noch in diesem Jahre zur Annahme gelangen wird. Es sind die Gesetze über: Schuldbetreibung und Konkurs, civilrechtliche Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, Handelsregister, Fischerei, Militärstrafgerichtsordnung, Gewährleistung im Viehhandel, Bundesrechtspflege. Dagegen ist der Gesetzesentwurf über das Verbot der Doppelbesteuerung, nachdem er im vorigen Jahre (27. April) vom Ständerath verworfen und sodann (am 9. Juni) vom Nationalrath als dahingefallen erklärt worden ist, einstweilen vom Justizdepartement gänzlich zurückgelegt worden.

In zweiter Linie liegen in Frage: Rechtseinheit, Schulgesetzgebung (namentlich eine Betheiligung des Bundes an Erhaltung der schweizerischen Universitäten und Akademien), Uebernahme der Eisenbahnen durch den Bund, Revision des bestehenden Eisenbahngesetzes, Organisation der Fremdenpolizei, Gesetz über Polizeispione und agents provocateurs, Vorbereitung bezw. Organisation der sozialen Versicherungen.

Die schweizerische Rechtseinheit ist eine grosse Frage, die im Anfang des Jahrhunderts viel leichter hätte gelöst werden können, nun aber gewissermassen in ihr akutes Stadium tritt. Sie entstand in der helvetischen Periode[1]) durch

---

Die meisten deutschen Büreaukraten sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht; sie halten die Idee des Waldes schon für etwas Gefährliches und messen seinen Reichthum nach der Dichtigkeit, mit der die Bäume aneinander stehen, nicht nach der Kräftigkeit ihres Wuchses. Dabei ist die Last deutscher Akten etwas Entsetzliches.»

[1]) Es kommen übrigens schon in der alten Zeit Versuche einer solchen Einigung vor. Der älteste Bundesbrief von 1291 enthält bereits Grundlagen eines gemeinsamen Strafrechts. Zwischen den vier Waldstätten wurden 1490 über ein gemeinsames eheliches Güterrecht Verhandlungen gepflogen (E. A. III, 363). Ebenso ver-

einen Beschluss des Direktoriums vom 5. Dezember 1798 über die Erstellung eines helvetischen Civilgesetzbuches und durch die thatsächliche Einführung eines helvetischen Strafgesetzbuches vom 1. April 1799. Merkwürdigerweise ist der erstgenannte Beschluss in keinem Protokoll des Direktoriums eingetragen und findet sich auch nicht in der helvetischen Gesetzessammlung. Er wurde erst in der heutigen Zeit in der für die Kommissionsarbeiten bestimmten Mappe in der Originalausfertigung aufgefunden und ist nebst den vorhandenen Fragmenten über das damals intendirte Gesetzbuch in der ehemaligen Zürcher Zeitschrift für schweizerische Gesetzgebung und Rechtspflege (von dem Herausgeber) zum ersten Male publizirt worden. Die Fragmente des Gesetzesentwurfs folgen dem Entwurf des Code von 1793. Es trat jedoch sehr bald eine Reaktion dagegen ein. Schon am 9. September 1801 machte der Gesetzgebende Rath, der damals regierte, der Gesetzgebungskommission den Vorschlag, einstweilen ein «Konkordat über die Vorrechte des Weibergutes» anzubahnen, was jedoch der damalige Präsident der Kommission, Anderwert, mit einer gewissen Entrüstung zurückwies.

Der Reding'sche Verfassungsentwurf vom 27. Februar 1802 setzte dann zum ersten Male den heutigen Halbgedanken in die Welt, indem er in den Artikeln 48, 49, 50 und 55 vom Civilrecht bloss das Handelsrecht unifiziren wollte, mit besondern Handelsgerichten und einer Appellation in gewissen Civilfällen an den obersten helvetischen Gerichtshof. Diese Missgeburt hat dann wirklich im Jahre 1874 das Licht der Welt erblickt. Die zweite vorüber-

---

handelten die III Waldstätte wiederholt über Erb- und Testamentsrecht (« zur Pflanzung mehrerer Freundschaft und eidgenössischer Treue und Liebe », wie Uri mit Recht sagt) und ebenso wollte man « die Landrechte in Bezug auf Einziehung von Schulden übereinstimmend machen ». Es war auch bereits vorgesehen, diese Bestrebungen dann nachträglich auf die andern Eidgenossen auszudehnen. Die letzte Konferenz dieser Art fand 1614 zu Brunnen statt. Als dann aber daselbst berichtet wurde, die Walliser wollten die Jesuiten und Kapuziner vertreiben, hörten alle andern Interessen auf (E. A. V. I. I. 1158). Die eidgenössischen Unterthanenländer hatten natürlich insoweit eine Art äusserer Gemeinsamkeit, als ihre Rechtsverhältnisse vielfach von der Tagsatzung geordnet wurden, doch kam dabei niemals der Gedanke an eine gemeinsame Rechtsgesetzgebung im heutigen Sinne auf.

gehende helvetische Verfassung vom 20. Mai 1802 hatte dagegen in Art. 68—71 den viel klügeren Gedanken, ein vollständiges Civilgesetz und einen Civilprozess zu entwerfen, die (mit Ausnahme der Forst- und Handelsgesetze) den Kantonen zu freier Annahme anheimgegeben sein sollten.[1]) Mit dem Jahre 1803, der Mediationsverfassung, begann dann das Reich der Konkordate, von denen einzelne noch heute bestehen, mit den Jahren 1819 bis 1821 dagegen erst die Aera der kantonalen Civilgesetzbücher und damit einer kantonalen Rechtscentralisation, die ebenso einschneidend gewesen ist, als es eine eidgenössische jemals sein könnte.[2]) Dennoch besitzen noch heute sehr gebildete und industrielle Kantone der Schweiz, wie z. B. St. Gallen und Baselstadt, kein Civilgesetzbuch und besteht in andern Kantonen, z. B. Bern, doppeltes und sogar in einzelnen Punkten noch mehrfaches Civilrecht. Der Verfassungsentwurf von 1872, der am 12. Mai jenes Jahres zum Unglück der Eidgenossenschaft verworfen worden ist und auf den nun seither in einzelnen Etappen zurückgegangen wird, enthielt die Rechtscentralisation mit einer Klausel zu Gunsten der französischen Kantone in Bezug auf ihre Geschwornengerichte; durch die definitiv angenommene Verfassung von 1874 wurde dieselbe aber beseitigt und an ihre Stelle kam der Art. 64, ein Kompromiss, der dem Geiste Redings entsprungen zu sein schien und nun nach 14 Jahren immer mehr als ein grosser Irrthum erkannt wird. Ein etwas zäheres Festhalten der centralistischen Partei jener Zeit, oder eine rechtzeitige Wiederbelebung der Idee der zweiten helvetischen Verfassung würde der Schweiz viele nun noch bevorstehende Schwierigkeiten und überdiess die Gefahr erspart haben, nunmehr

---

[1]) Dieser Gedanke wurde nach dem Jahre 1874 wiederholt (von Stämpfli und Segesser) neuerdings vorgeschlagen, aber zu spät. Eine etwas bessere Kenntniss der damals noch tief begrabenen Helvetik zur Zeit der Revisionsverhandlungen hätte vielleicht dieses Resultat gehabt und uns weiter gebracht, als wir jetzt sind.

[2]) Im Kanton Graubünden z. B. wurden 1850 durch ein einheitliches Erbgesetz 18 ganz verschiedene Erbrechte auf einen Schlag beseitigt; allerdings war das Gesetz bereits 5 Jahre früher erlassen worden. Im Waadtland bestanden vor der Einführung des Civilgesetzbuches 25 verschiedene Statutarrechte, im Bisthum Basel 7 wesentliche etc.

in die Bahnen des deutschen Reichsrechts hineingerissen zu werden, was wir als ein politisches Unglück erster Grösse ansehen würden. Ein gleichartiges Civilgesetzbuch führt nothwendig eine Abhängigkeit von den Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe eines fremden Landes mit sich, die der erste Anfang einer politischen Abhängigkeit ist. Und andrerseits gewinnt auch die wissenschaftliche Bearbeitung des fremden vorbildlichen Rechts einen Einfluss, der unter Umständen schädlich wirken kann. Es kommt eben ganz darauf an, welchen Geist sie hat,[1]) denn Recht ist ebensowenig immer identisch mit Rechtswissenschaft als Religion mit Theologie und es kann zeitweise eine Wissenschaft geben, die den Gegenstand verdirbt. Beides sind, nach unserer Ansicht wenigstens, gottgewollte Dinge, die nur erkannt und ent-

---

[1]) Hierüber äussert sich ein kompetenter deutscher Kritiker, Prof. Gierke in Berlin, u. A., wie folgt: «Wird dieser Entwurf (des Reichscivilgesetzbuches) nicht in diesem oder jenem wohlgelungenen Detail, sondern als Ganzes betrachtet, wird er auf Herz und Nieren geprüft und nach dem Geiste befragt, der in ihm lebt, so mag er manche lobenswerthe Eigenschaft offenbaren. Nur ist er nicht deutsch, nur ist er nicht volksthümlich, nur ist er nicht schöpferisch — und der sittliche und soziale Beruf einer neuen Privatrechtsordnung scheint in seinem Horizont überhaupt nicht eingetreten zu sein! Was er uns bietet, das ist in seinem letzten Kern ein in Gesetzesparagraphen gegossenes Pandekten-Kompendium. Selbstverständlich mit umfassenden Konzessionen an das deutsche und moderne Recht.... ohne die nun einmal ein Recht der Gegenwart nicht denkbar ist. Aber das innere Gerüst des ganzen Baues vom Fundament bis zum Giebel entstammt der Gedankenwerkstätte einer vom germanischen Rechtsgeiste in der Tiefe unberührten romanistischen Doktrin, und fast wie ein fremdartiger Stoff nur ist das deutsche Recht ihm eingefügt, überall so behauen und beschnitten, wie es die reinen Linien des stilvollen Kunstbaues am wenigsten zu stören schien. Mit jedem seiner Sätze wendet dieses Gesetzbuch sich an den gelehrten Juristen, aber zum deutschen Volke spricht es nicht — nicht zu seinen Ohren, geschweige denn zu seinem Herzen. Und arm, unbeschreiblich arm erweist es sich an schöpferischen Gedanken. In der Hauptsache begnügt es sich mit einer Kodifikation des usus modernus pandectorum, die es durch einzelne Entlehnungen aus den neueren Gesetzbüchern, durch Wiedergabe von einigem schon vorhandenen Reichsrecht und Verallgemeinerung gewisser, bisher nur in mehr oder minder übereinstimmenden Landesgesetzen durchgeführten Reformen ergänzt. Wo es aber ausnahmsweise Neues bringt, entbehrt es in Folge seiner Grundrichtung von vornherein der gesunden und unverkümmerten Zeugungskraft.»

wickelt, nicht gemacht und erfunden werden können, jede Wissenschaft. die von diesem Grundgedanken abweicht. geht zeitweise irre. Wir haben aber in unserem eigenen Lande mehr Garantien hiergegen, die in dem lebendigen Volksgefühl und der demokratischen Staatseinrichtung begründet sind, als in einem fremden.[1]) Im Jahre 1883 schlugen mit Rücksicht hierauf an der Jahresversammlung des schweizerischen Juristenvereins zwei Professoren vor, der Verein solle die Vorberathung eines schweizerischen Civilrechts und Civilprozesses an Hand nehmen, ein Vorschlag, der dann aber im folgenden Jahre mit grossem Applaus verworfen wurde. Seither ist er in etwas anderer Form dennoch aufgenommen worden, wie alles Richtige, wenn es einmal ausgesprochen ist, seinen Weg findet. Die Idee einer Vereinheitlichung des Strafrechts ist in neuester Zeit wieder mehr in den Vordergrund getreten und es hat sich zu diesem Zwecke eine schweizerische Zeitschrift gebildet. Die Schwierigkeit ist hier geringer, da die Grundsätze des Strafrechts in ganz Europa ähnlicher sind, als die civilrechtlichen. Es wird sich höchstens darum handeln, im materiellen Recht allen Anklängen an eine neuere Theorie auszuweichen, die in dem Verbrechen eigentlich nur noch ein Naturereigniss sehen und den Menschen nicht desshalb strafen will, weil er schuldig, sondern, weil er gefährlich ist.[2]) Die wirklichen Schwierigkeiten der Centralisation liegen im Strafrecht im Gebiete des

---

[1]) Die Gefahr der blossen mechanischen Nachahmung fremder Gesetzgebung ist bei uns immer sehr gross. Wenn nun vollends im Ausland die Jurisprudenz die Tendenz annimmt, wie einer der berühmtesten dortigen Gelehrten sich ausdrückt, « schrecklich gelehrt und fleissig, aber schon etwas scholastisch », mit einem Worte byzantinisch zu werden, so wird diese Gefahr für die Nachahmenden noch grösser, als für die Urheber einer solchen Geistesrichtung. da die Thatsache der Nachahmung selbst schon diese Richtung enthält.

[2]) Es ist das u. A. die Theorie des italienischen Strafrechtslehrers Lombroso in seinem Buche « l'uomo delittuoso », das ebenso gelehrt als verkehrt ist. Darnach gibt es gar keine Verbrechen und überhaupt keine Sünde und Schuld mehr, sondern nur Naturfehler; der Mensch, der solche (natürlich nach der jeweiligen Ansicht der herrschenden Mehrheit im Staate) hat, wird einfach beseitigt, mit kaltem Blut, wie ein gefährliches Thier. Die Revolutionstribunale von 1793 hatten diese nämliche Anschauung (vgl. unsern ersten Aufsatz).

Prozesses, wo namentlich die Ansichten über den Werth des Geschwornenverfahrens auseinandergehen, im Civilrecht in der Nothwendigkeit, als Ergänzung hiezu auch einen gemeinschaftlichen Civilprozess zu erstellen, der in der That in Deutschland schon vorangehend dem Gesetze erstellt worden ist. Ein solcher führt aber zu einer uniformen Gerichtsorganisation, welche nicht allen kantonalen Verhältnissen entsprechen kann und einen Eingriff in die kantonale Justizhoheit enthält, der dieselbe so ziemlich auf nichts reduzirt. Es gehört eine sehr grosse praktische Begabung und ein wirklicher höherer Einblick in die Natur des Rechts und in die sorgfältig zu konservirenden nationalen Eigenthümlichkeiten dazu, um diese bedeutende Frage, die seit einem Jahrhundert sozusagen auf den Traktanden gewesen ist, in einem für die Erhaltung der Eidgenossenschaft erspriesslichen Sinn und Geiste zu lösen.

Als eine Art von Vorarbeit hiezu und als das wichtigste Resultat der Gesetzgebung dieses Jahres ist anzusehen das Bundesgesetz über die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, das von dem einen Rathe bereits beschlossen wurde und bei dem andern wahrscheinlich keinen prinzipiellen Veränderungen mehr unterliegt. Durch dasselbe wird nach verschiedenen vorangehenden Versuchen, die nicht gelangen, der Art. 46 der Bundesverfassung ausgeführt und der Schweizerbürger fortan in seinen civilrechtlichen Angelegenheiten unter die Gesetzgebung seines Wohnorts gestellt. Eine erhebliche Vereinfachung dieser Rechtsverhältnisse, namentlich für die Periode, in welcher die schweizerischen Kantone noch verschiedenes Privatrecht besitzen, ist die unmittelbare Folge der Einführung dieses Gesetzes, mit welchem mehrere Konkordate dahinfallen und eine grosse, nicht immer übereinstimmende Bundespraxis beseitigt wird. Konsequentermassen müsste nun aber auch z. B. der französische Staatsvertrag von 1869 abgeändert und die Grundlage des schweizerischen Staatsbürgerrechts im Sinne des amerikanischen Staatsrechtes umgestaltet werden. Eine entgegengesetzte Lösung, auf dem Boden des Heimatrechts, hätte, konsequent durchgeführt, weit grössere praktische Schwierigkeiten verursacht, dagegen ohne Zweifel den persönlichen Gefühlen der meisten Schweizer mehr entsprochen, die nur in seltenen Fällen sich als An-

gehörige ihres Wohnsitzkantons fühlen, wenn sie in demselben nicht gleichzeitig verbürgert sind. Es ist überhaupt, abgesehen von praktischen Gründen der leichteren Handhabung. die stets für das territoriale Prinzip im Rechte sprechen werden, noch sehr die Frage, ob das Privatrecht (nicht das öffentliche Recht) wenigstens in seinen wesentlichen Theilen (bei dem Sachenrecht und Obligationenrecht liesse sich allerdings ein anderer Gesichtspunkt auch geltend machen) mit dem Lande und nicht vielmehr mit der Person verbunden ist, so dass Jedermann sein persönliches Recht ganz nach der ursprünglichen Anschauungsweise der germanischen Völker überall mit sich trägt. Die politische Festigkeit der Volksgenossenschaft und der Zusammenhang des Einzelnen mit derselben wird dadurch wesentlich erhöht, während alle Gleichstellung von Fremden im Privatrecht, überhaupt die ganze «humane» Idee eines «internationalen Privatrechts» (wie eben alle internationalen Tendenzen jeder Art) zur Auflösung der Staaten beiträgt und zuletzt, logisch durchgeführt, zu einer Art von Weltstaat, im Sinne des römischen Kaiserreichs, führen muss. Diese Art Uniformität, welcher der Jurist stets geneigt sein wird, da sie ihm den Beruf erleichtert, widerstrebt jedem wirklichen Staatsmann, da sie ihm seinen Staat lockert.

Andere neue Gesetze der Eidgenossenschaft sind: Das bereits in Kraft getretene Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente vom 29. Juni 1888,[1]) ein nothwendiges

---

[1]) Dasselbe lautet:

«Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung des Art. 64 der schweizerischen Bundesverfassung;

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 20. Januar 1888,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die schweizerische Eidgenossenschaft gewährt, in der Form von Erfindungspatenten, den Urhebern neuer Erfindungen, welche gewerblich verwerthbar und durch Modelle dargestellt sind, oder deren Rechtsnachfolgern die in vorliegendem Gesetze bezeichneten Rechte.

Uebel, wie das analoge Gesetz über das litterarische Eigenthum und in gewissem Sinne ein Theil der Gesetzgebung

---

Art. 2. Erfindungen gelten nicht als neu, wenn sie, zur Zeit der Anmeldung, in der Schweiz schon derart bekannt geworden sind, dass die Ausführung durch Sachverständige möglich ist.

Art. 3. Ohne die Erlaubniss des Patentinhabers darf Niemand den Gegenstand der Erfindung darstellen oder damit Handel treiben.

Bildet ein Werkzeug, eine Maschine oder eine sonstige Betriebsvorrichtung den Gegenstand der Erfindung, so ist der Gebrauch dieses Gegenstandes zu einem gewerblichen Zwecke ebenfalls nur mit Erlaubniss des Patentinhabers gestattet. Letztere gilt als ertheilt, wenn der patentirte Gegenstand ohne irgend welche einschränkende Bedingung in den Handel gebracht wird.

Art. 4. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sind nicht auf solche Personen anwendbar, welche zur Zeit der Patentanmeldung die Erfindung bereits benutzt oder die zu ihrer Benutzung nöthigen Veranstaltungen getroffen haben.

Art. 5. Das Patent ist durch Erbfolge übertragbar. Auch kann es den Gegenstand einer gänzlichen oder theilweisen Abtretung, beziehungsweise Verpfändung bilden, oder denjenigen einer Licenz, die einen Dritten zur Benutzung der Erfindung ermächtigt.

Uebertragungen von Patenten und Licenzertheilungen sind Dritten gegenüber nur wirksam, wenn sie nach Art. 19 dieses Gesetzes einregistrirt sind.

Art. 6. Die Dauer der Patente ist fünfzehn Jahre, vom Tage der Anmeldung an.

Für jedes Patent ist eine Hinterlegungsgebühr von Fr. 20 und eine in folgender Weise zunehmende Jahresgebühr zu entrichten:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Für das erste | Jahr | . | Fr. | 20 |
| » » zweite | » | . | » | 30 |
| » » dritte | » | . | » | 40 |

und so weiter bis zum 15. Jahre, für welches die Gebühr Fr. 160 beträgt.

Diese Gebühr ist zum Voraus, am ersten Tage des betreffenden Patentjahres, zu entrichten. Der Patentinhaber kann dieselbe auch für mehrere Jahre vorausbezahlen; wenn er vor Ablauf der Zeit, für welche er bezahlt hat, auf das Patent verzichtet, so werden ihm die dannzumal noch nicht verfallenen Jahresgebühren zurückvergütet.

Art. 7. Der Inhaber eines Patentes, welcher an der durch dasselbe geschützten Erfindung eine Verbesserung anbringt, kann durch Bezahlung einer einmaligen Gebühr von Fr. 20 ein Zusatzpatent erhalten, das mit dem Hauptpatent sein Ende erreicht.

Art. 8. Einem in der Schweiz niedergelassenen Patentbewerber, welcher nachweisbar unvermögend ist, kann für die drei ersten Jahresgebühren Stundung bis zum Beginn des vierten Jahres

überhaupt. Es ist nicht ohne Bedeutung, sich diesen Ge-

gewährt werden. Wenn er alsdann seine Erfindung fallen lässt, so werden ihm die verfallenen Gebühren erlassen.

Art. 9. Das ertheilte Patent erlischt:

1) wenn der Inhaber in schriftlicher Eingabe an das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum auf dasselbe verzichtet;
2) wenn die Jahresgebühren nicht spätestens innerhalb drei Monaten nach der Fälligkeit (Art. 6) bezahlt werden.
   Das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum wird, immerhin ohne Verbindlichkeit für dasselbe, den Inhaber unverzüglich vom Verfall der Jahresgebühr verständigen;
3) wenn die Erfindung nach Ablauf des dritten Jahres, vom Datum der Anmeldung an gerechnet, nicht zur Anwendung gekommen ist;
4) wenn der patentirte Gegenstand vom Ausland in die Schweiz eingeführt wird, und der Inhaber des Patentes gleichzeitig schweizerische Licenz-Begehren, welche auf billiger Grundlage beruhen, abgelehnt hat.

Die Klage auf Hinfälligkeit des Patentes in den Fällen von Ziffer 3 und 4 kann von Jedermann, welcher hiefür ein rechtliches Interesse nachweist, bei dem für die Nachahmungsklage zuständigen Gerichte (Art. 30) angehoben werden.

Art. 10. Ein ertheiltes Patent ist als nichtig zu erklären:

1) wenn die Erfindung nicht neu oder gewerblich nicht verwerthbar ist;
2) wenn der Patentinhaber nicht Urheber der Erfindung, oder nicht dessen Rechtsnachfolger ist, wobei jedoch bis zum Beweise des Gegentheils der Patentnehmer als Urheber der betreffenden Erfindung gilt;
3) wenn der Titel der Erfindung, unter welchem das Patent nachgesucht worden ist, einen andern als den wirklichen Gegenstand der Erfindung angibt und dem Patentbewerber dabei die Absicht, Andere zu täuschen, zur Last fällt;
4) wenn die mit dem Gesuche eingereichte Darlegung der Erfindung (Beschreibung und Zeichnungen) nicht genügt, um Sachverständigen die Ausführung der Erfindung möglich zu machen, oder mit dem Modell (Art. 14. Ziffer 3) nicht übereinstimmt.

Die Nichtigkeitsklage steht Jedermann zu, der dafür ein rechtliches Interesse nachweist und ist bei dem zuständigen Gerichte anzuheben.

Art. 11. Wer nicht in der Schweiz wohnt, kann den Anspruch auf die Ertheilung eines Patents und die Rechte aus dem letztern nur geltend machen, wenn er in der Schweiz einen Vertreter bestellt hat. Der Letztere ist zur Vertretung in dem nach Massgabe dieses Gesetzes stattfindenden Verfahren, sowie in den das Patent betreffenden Rechtsstreitigkeiten befugt.

Für die in solchen Rechtsstreitigkeiten gegen den Patentinhaber anzustellenden Klagen ist das Gericht zuständig, in dessen

sichtspunkt hin und wieder klar zu machen, damit die

---

Bezirk der Vertreter seinen Wohnsitz hat; in Ermangelung eines solchen das Gericht, in dessen Bezirk das eidgenössische Amt seinen Sitz hat.

Art. 12. Der Inhaber eines Patentes für eine Erfindung, welche ohne Benutzung einer früher patentirten Erfindung nicht verwerthet werden kann, ist berechtigt, vom Inhaber der letztern die Ertheilung einer Licenz zu verlangen, wenn seit der Einreichung des Gesuchs für das frühere Patent drei Jahre verflossen sind und die neue Erfindung von erheblicher gewerblicher Bedeutung ist.

Wenn die Licenz bewilligt ist, so ist der Inhaber des frühern Patentes berechtigt, auch seinerseits vom nachfolgenden Erfinder eine Licenz zu verlangen, welche ihn zur Benutzung der neuen Erfindung ermächtigt; unter der Voraussetzung jedoch, dass diese letztere ihrerseits mit der frühern Erfindung in einem thatsächlichen Zusammenhange stehe.

In Streitfällen entscheidet das Bundesgericht und setzt die zu leistenden Entschädigungen und Sicherheit fest.

Art. 13. Wenn das öffentliche Interesse es erheischt, kann die Bundesversammlung auf Verlangen des Bundesrathes oder einer Kantonsregierung die Expropriation eines Patentes auf Kosten des Bundes oder eines Kantons aussprechen.

Der Bundesbeschluss wird bestimmen, ob die Erfindung das ausschliessliche Eigenthum des Bundes oder ob sie Gemeingut wird.

Den Betrag der dem Patentinhaber zu leistenden Entschädigung bestimmt das Bundesgericht.

II. Anmeldung und Ertheilung der Patente.

Art. 14. Wer für eine Erfindung ein Patent erwerben will, hat hiefür beim eidgenössischen Amte für gewerbliches Eigenthum ein Gesuch nach Massgabe eines sachbezüglichen Formulars einzureichen.

Dieses Gesuch darf sich nur auf einen Hauptgegenstand mit den zu demselben gehörigen Details beziehen.

Dasselbe hat den Titel der Erfindung, welche das Wesen des erfundenen Gegenstandes klar und bestimmt bezeichnen soll, anzugeben.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1) eine Beschreibung der Erfindung, welche in einer besondern Abtheilung die wesentlichen Merkmale der Erfindung gedrängt aufführen muss.
2) die zum Verständniss der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
3) der Ausweis, dass ein Modell des erfundenen Gegenstandes, oder der Gegenstand selbst vorhanden ist; als Modell gilt die Ausführung der Erfindung oder eine andere körperliche Darstellung derselben, welche deren Wesen klar erkennen lässt;

Gesetzgebungsmaschinerie nicht allzu heftig arbeite und namentlich die Gesetze selbst möglichst kurz und klar ab-

---

4) die Summe von Fr. 40 als Hinterlegungsgebühr und als erste Jahresgebühr des Patentes (Artikel 6);
5) ein Verzeichniss der eingereichten Aktenstücke und Gegenstände.

Das Gesuch und die schriftlichen Beilagen müssen in einer der drei Landessprachen abgefasst sein.

Im Falle der Versagung des Patentes wird dem Hinterlegenden die Jahresgebühr von Fr. 20 mit sämmtlichen gemachten Eingaben zurückerstattet.

Art. 15. Der Bundesrath kann für einzelne Klassen von Erfindungen die Hinterlegung von Modellen fordern.

Ueber die Ausführnng dieses und des vorstehenden Artikels hat der Bundesrath eine Verordnung zu erlassen und es soll derselbe dabei insbesondere über das Erforderniss der Ziffer 3 im Art. 14 nähere Bestimmungen treffen.

Art. 16. Einem Patentbewerber ist gegen Erfüllung der in den Ziffern 1, 2, 4 und 5 des Art. 14 aufgestellten Requisite ein provisorisches Patent zu ertheilen.

Dieses provisorische Patent sichert dem Inhaber desselben während der Dauer von zwei Jahren, vom Datum des Gesuches an gerechnet, einzig das Recht auf ein definitives Patent, ohne Rücksicht darauf, ob die Erfindung inzwischen in die Oeffentlichkeit gedrungen sei. Ein Klagrecht wegen Nachahmung oder Benutzung der Erfindung steht jedoch dem Inhaber nicht zu.

Der Inhaber eines provisorischen Patentes hat vor Ablauf dieser zwei Jahre durch Leistung des in Ziffer 3 des Art. 15 geforderten Ausweises ein definitives Patent auszuwirken, widrigenfalls jenes Patent dahinfällt.

Das definitive Patent ist nicht rückwirkend. Die Dauer desselben wird vom Datum des provisorischen Patentes berechnet.

Art. 17. Jedes Gesuch, in welchem die durch die Art. 14, 15 und 16 vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt sind, ist vom eidgenössischen Amte für gewerbliches Eigenthum zurückzuweisen; gegen eine solche Verfügung kann innerhalb der Nothfrist von vier Wochen an die vorgesetzte Verwaltungsbehörde rekurrirt werden.

Wenn das eidgenössische Amt vermöge eines der in Art. 10 aufgeführten Gründe die Erfindung nicht für patentirbar hält, so soll es den Gesuchsteller vorgängig und in konfidentieller Weise darauf aufmerksam machen, ihm überlassend, ob er seine Anmeldung aufrechthalten, abändern oder zurückziehen will.

Art. 18. Die Patente (provisorische und definitive), deren Anmeldung in gehöriger Weise stattgefunden hat, werden unverzüglich ausgefertigt, und zwar auf Verantwortlichkeit der Gesuchsteller und ohne Gewährleistung des Vorhandenseins, der Neuheit. oder des Werthes der Erfindung.

Das eidgenössische Amt übermittelt dem Gesuchsteller ein Attest, welches die Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen

**gefasst werden und niemals die Form von theoretischen Auseinandersetzungen annehmen, welche nachher durch Reihen**

---

beurkundet und welchem die Doppel der in Artikel 14 erwähnten Beschreibung und Zeichnungen beizufügen sind. Dieses Attest bildet das (provisorische oder definitive) Erfindungspatent.

Art. 19. Das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum führt ein Register, welches folgende Angaben enthalten soll: den Gegenstand der ertheilten Patente, Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer Bevollmächtigten, das Datum des Gesuches und der Leistung des Ausweises über die Existenz des Modelles, sowie alle Aenderungen, welche sich auf die Existenz, den Besitz und den Genuss des Patentes beziehen.

Rechtskräftige Urtheile über Verfall, Nichtigkeit, Expropriation und Licenzertheilung sind auf Begehren der obsiegenden Partei einzutragen.

Art. 20. Jeder Inhaber eines definitiven Patentes hat die nach demselben hergestellten Gegenstände an einer sichtbaren Stelle mit dem eidgenössischen Kreuz, sowie mit der Nummer des Patentes zu versehen.

Wenn diess vermöge der Beschaffenheit der Gegenstände nicht thunlich ist, so ist die Bezeichnung auf deren Verpackung anzubringen.

Der Patentinhaber verliert sein Klagrecht wegen Nachahmung, wenn er die hier vorgeschriebene Bezeichnung seiner Erzeugnisse unterlassen hat.

Art. 21. Der Inhaber eines definitiven Patentes kann verlangen, dass die in Art. 4 erwähnten Personen die betreffenden Gegenstände ebenfalls mit dem eidgenössischen Kreuz, sowie mit der Nummer des Patentes versehen.

Art. 22. Jedermann kann auf dem eidgenössischen Amte mündliche oder schriftliche Auskunft über den Inhalt des Patentregisters erhalten.

Der Bundesrath ist ermächtigt, für diese Mittheilungen einen mässigen Gebührentarif aufzustellen.

Art. 23. Die Titel der (provisorischen und definitiven) Patente mit deren Nummern, sowie dem Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer Bevollmächtigten werden sofort nach Ertheilung der Patente vom eidgenössischen Amte veröffentlicht.

Das Amt veröffentlicht in gleicher Weise die Erlöschung der Patente und jede im Besitze derselben eingetretene Aenderung.

Ausserdem veröffentlicht das eidgenössische Amt die Beschreibungen und die den Patentgesuchen beigefügten Zeichnungen und gibt sie zu einem mässigen Preise ab. Diese Publikation wird an folgende Stellen gratis versandt: an die Departemente des Bundesrathes, an das Bundesgericht, an die kantonalen Regierungen — speziell für die Gerichte, welche berufen sind, in Klagesachen wegen Nachahmung zu urtheilen — an die höhern öffentlichen Unterrichtsanstalten und an die Gewerbemuseen der

von Vollziehungsdekreten ergänzt und mit Kommentaren versehen werden müssen. Davon kommen die beständigen Rechts-

Schweiz. Ferner wird man obige Publikation mit den ähnlichen Veröffentlichungen anderer Länder austauschen.

Um dem Erfinder die Erwerbung von Patenten im Auslande zu ermöglichen, kann auf dessen Gesuch hin die Veröffentlichung der Beschreibung der Erfindung um 6 Monate verschoben werden. In diesem Falle kann der Patentinhaber gegen Nachahmer erst nach erfolgter Veröffentlichung Klage anheben.

III. Von der Nachahmung.

Art. 24. Gemäss den nachstehenden Bestimmungen kann auf dem Wege des Civil- oder Strafprozesses belangt werden:

1) wer patentirte Gegenstände nachahmt oder sie unerlaubter Weise benutzt;
2) wer die nachgeahmten Gegenstände verkauft, feilhält, in Verkehr bringt oder auf schweizerisches Gebiet einführt;
3) wer bei diesen Handlungen wissentlich mitgewirkt oder deren Ausführung begünstigt oder erleichtert hat;
4) wer sich weigert, die Herkunft von in seinem Besitze befindlichen nachgeahmten Gegenständen anzugeben.

Art. 25. Wer eine der im vorstehenden Artikel erwähnten Handlungen vorsätzlich begeht, wird zum Schadenersatz verurtheilt und überdiess mit einer Geldbusse im Betrage von Fr. 30 bis 2000, oder mit Gefängniss in der Dauer von 3 Tagen bis zu einem Jahr, oder mit Geldbusse und Gefängniss innerhalb der angegebenen Begrenzung bestraft.

Gegen Rückfällige können diese Strafen bis auf das Doppelte erhöht werden.

Bloss fahrlässige Uebertretung wird nicht bestraft. Die Civilentschädigung bleibt indessen in den in Artikel 24 erwähnten Fällen vorbehalten.

Art. 26. Die Civilklage steht Jedermann zu, welcher ein rechtliches Interesse daran nachweist.

Die Bestrafung erfolgt nur auf Antrag des Verletzten, nach der Strafprozessordnung desjenigen Kantons, in welchem die Klage angestrengt wird. Diese kann entweder am Domizil des Angeschuldigten, oder an dem Orte, wo das Vergehen begangen worden ist, erhoben werden. In keinem Falle dürfen für das gleiche Vergehen mehrere strafrechtliche Verfolgungen eintreten.

Wenn seit der letzten Uebertretung mehr als zwei Jahre verflossen sind, so tritt Verjährung der Klage ein.

Art. 27. Die Gerichte haben auf Grund erfolgter Civil- oder Strafklage die als nöthig erachteten vorsorglichen Verfügungen zu treffen. Namentlich können sie nach Vorweisung des Patentes eine genaue Beschreibung der angeblich nachgeahmten Gegenstände, sowie der ausschliesslich zur Nachahmung dienenden Werk-

unklarheiten, welche das Volk, das nicht recht begreifen kann, warum Gesetze nicht klar über jeden möglichen Fall

---

zeuge und Geräthe, und nöthigenfalls auch die Beschlagnahme erwähnter Gegenstände, Werkzeuge und Geräthe vornehmen lassen.

Wenn Grund vorhanden ist, eine Beschlagnahme vorzunehmen, so kann das Gericht dem Kläger eine Kaution auferlegen, welche er vor der Beschlagnahme zu hinterlegen hat.

Art. 28. Das Gericht kann auf Rechnung und bis zum Belaufe der dem verletzten Theile zugesprochenen Entschädigungen und der Bussen die Konfiskation der mit Beschlag belegten Gegenstände verfügen.

Es soll, selbst im Falle einer Freisprechung, wenn nöthig, die Vernichtung der ausschliesslich zur Nachahmung bestimmten Werkzeuge und Geräthe anordnen.

Es kann auf Kosten der Verurtheilten die Veröffentlichung des Erkenntnisses in einer oder mehreren Zeitungen anordnen.

Art. 29. Wer rechtswidrigerweise seine Geschäftspapiere, Anzeigen oder Erzeugnisse mit einer Bezeichnung versieht, welche zum Glauben verleiten soll, dass ein Patent besteht, wird von Amtes wegen oder auf Klage hin mit einer Geldbusse von 30 bis 500 Franken, oder mit Gefängniss in der Dauer von 3 Tagen bis zu 3 Monaten, oder mit Geldbusse und Gefängniss innerhalb der angegebenen Begrenzung bestraft.

Gegen Rückfällige kann diese Strafe bis auf das Doppelte erhöht werden.

Art. 30. Die Kantone haben zur Behandlung der civilrechtlichen Streitigkeiten wegen Nachahmung patentirter Gegenstände eine Gerichtsstelle zu bezeichnen, welche den Prozess als einzige kantonale Instanz entscheidet.

Die Berufung an das Bundesgericht ist ohne Rücksicht auf den Werthbetrag der Streitsache zulässig.

Art. 31. Der Ertrag der Bussen fliesst in die Kantonskasse. Bei Ausfällung einer Geldstrafe hat der Richter für den Fall der Nichteinbringlichkeit derselben eine entsprechende Gefängnissstrafe festzusetzen.

IV. Verschiedenes und Schlussbestimmungen.

Art. 32. Die Angehörigen der Länder, welche mit der Schweiz eine bezügliche Konvention abgeschlossen haben, können innerhalb einer Frist von 7 Monaten vom Datum des Patentgesuches in einem der genannten Länder, und unter Vorbehalt der Rechte Dritter, ihr Gesuch in der Schweiz hinterlegen, ohne dass durch inzwischen eingetretene Thatsachen, wie durch ein anderes Patentgesuch oder eine Veröffentlichung, die Gültigkeit ihres Patentgesuches beeinträchtigt werden könnte.

Das gleiche Recht wird denjenigen Schweizerbürgern gewährt, welche in erster Linie ein Patentgesuch in einem der im vorigen Absatze bezeichneten Länder eingereicht haben.

Art. 33. Jedem Erfinder eines patentirbaren, in einer nationalen oder internationalen Ausstellung in der Schweiz ausge-

**sein können, den Rechtsverständigen, vor Allem den Advokaten, als absichtliche Bosheit in die Schuhe schiebt.** [1])

**Das Gesetz über Schuldbetreibung und Konkurs ist fertig berathen, mit Ausnahme der Einführungsbestimmungen, welche dasselbe auf 1. Januar 1891 in Kraft setzen**

stellten Erzeugnisses wird, nach Erfüllung der vom Bundesrath zu bestimmenden Formalitäten, ein Schutz von sechs Monaten, vom Tage der Zulassung des Erzeugnisses zur Ausstellung, gewährt. Während der Dauer dieser letzteren sollen etwaige Patentgesuche seitens Dritter oder Veröffentlichungen den Erfinder nicht verhindern, innerhalb der genannten Frist, das zur Erlangung des definitiven Schutzes erforderliche Patentgesuch rechtsgültig zu stellen.

Wenn eine internationale Ausstellung in einem Lande stattfindet, das mit der Schweiz eine bezügliche Konvention abgeschlossen hat, so wird der zeitweilige Schutz, welcher durch das fremde Land den an der betreffenden Ausstellung befindlichen patentirbaren Erzeugnissen gewährt worden ist, auf die Schweiz ausgedehnt. Dieser Schutz darf eine Dauer von sechs Monaten vom Tage der Zulassung des Erzeugnisses zur Ausstellung nicht übersteigen und hat die nämlichen Wirkungen, wie die in vorstehendem Absatze beschriebenen.

Art. 34. Die Ueberschüsse der Einnahmen des eidgenössischen Amtes für gewerbliches Eigenthum sind in erster Linie zur Anlage von Fachbibliotheken in den industriellen Centren der Schweiz und zur wirksamen Verbreitung der Publikationen des genannten Amtes und in zweiter Linie dazu zu verwenden, die in Art. 17, Absatz 2 dieses Gesetzes vorgesehenen Nachforschungen zu fördern.

Art. 35. Der Bundesrath ist beauftragt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Reglemente und Verordnungen zu erlassen.

Art. 36. Durch vorliegendes Gesetz werden die in den Kantonen geltenden Bestimmungen über den Schutz der Erfindungen aufgehoben.

Erfindungen, die in dem Zeitpunkt, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, vermöge der kantonalen Gesetze noch Schutz geniessen, verbleiben gleichwohl in den betreffenden Kantonen bis zum Ablauf der gesetzlichen Schutzdauer geschützt.

Art. 37. Der Bundesrath wird beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874, betreffend die Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Bekanntmachung dieses Gesetzes zu veranstalten und den Beginn der Wirksamkeit desselben festzusetzen.»

[1]) Aus diesen Gründen wahrscheinlich ist bekanntlich nur ein einziger Advokat, Yvo von Cærmartin, heilig gesprochen worden: «unde versus (lateinisch, damit es nicht Jeder versteht) sanctus Yvo erat Brito, advocatus, sed non latro, res miranda populo.»

wollen, mit Freiheit für die Kantone, diess auch früher schon thun zu können.

Eine eidg. Verordnung über die Medizinalprüfungen vom 19. März 1888 bestimmt die Voraussetzungen, die diese Prüfungen da, wo sie überhaupt bestehen, haben sollen.[1])

Das eidg. Gesetz über die Kontrolirung von Gold- und Silberwaaren, vom 23. Dezember 1880 hat bereits eine ganze Familie von ausführenden oder abändernden Dekreten um sich versammelt, die besser durch eine Revision ersetzt würde. Neu sind Bundesrathsbeschlüsse über Stempelung von Bügelringen an Uhren und Kontrolirung der nach England bestimmten Uhrgehäuse vom 24. Dez. 1887 und eine Abänderung der Vollziehungsverordnung vom 29. Okt. 1886 (27. März 1888). Das Gesetz über den Handel mit Gold- und Silberabfällen, welches das obige ergänzt, bedarf einer strengeren Kontrole, wofür der Bundesrath einen besondern Kredit verlangt hat.

Ferner sind entstanden: eine eidg. Verordnung über die Aufnahme einer Unfallstatistik (vom 17. Januar 1888), zu verbinden mit der im Dezember dieses Jahres stattfindenden Volkszählung; ein Gesetz über die Förderung der schweizerischen Kunst vom 22. Dez. 1887;[2]) eine

---

[1]) Die Kantone können die Medizin als freies Gewerbe erklären, wenn sie aber Examina haben wollen, so müssen sie sich an diese eidgenössischen Prüfungen, die sich seit dem 21. Dezember 1886 auch auf die Zahnärzte erstrecken, halten, welche sodann für die Geprüften die Freizügigkeit in allen Kantonen und die Grenzpraxis nach den Staatsverträgen mit Deutschland, Oesterreich, Liechtenstein und Italien gewähren. Für die Theologen und Geometer besteht ein Konkordat auf gemeinsame Prüfung (jedoch nicht für alle Kantone bezüglich der Theologen), für die Lehrer wird ein solches angestrebt. Die Juristen können nur dann in der ganzen Schweiz praktiziren, wenn sie irgend ein bestehendes Kantonalexamen ablegen.

[2]) Mit diesen Bestrebungen den schweizerischen Kunstsinn zu heben, mit welchen die gesetzlichen Bestimmungen über Erhaltung schweizerischer Alterthümer (vgl. letztes Jahrbuch) im Zusammenhange stehen, befinden sich im Widerspruch alljährliche Vorkommnisse, die im Grossen verderben, was im Kleinen gerettet wird. So soll Ende des vorigen Jahres die sog. «Gesslerburg» bei Küssnacht von dem Eigenthümer auf Abbruch verkauft worden sein. Die Kapelle von St. Paul bei Arbedo, unmittelbar im Angesichte des von Tausenden von Schweizern besuchten Bahnhofes von Bellinzona, befindet sich im Zustande grösster Zerfallenheit.

Zolltarifnovelle vom 17. Dez. 1887 und eine theilweise Abänderung des Auswanderungsgesetzes, worüber wir noch später referiren. Ein Bundesrathsbeschluss über den Viehtransport auf Eisenbahnen vom 12. März 1888 sucht der empörenden Grausamkeit, die diesfalls gegen Thiere geübt wird, wenigstens theilweise abzuhelfen. Juristische Gutachten (von Professor König in Bern und Professor Mentha in Neuenburg) sind eingeholt worden über eine längst von verschiedenen Seiten gewünschte Revision des eidgenössischen Gesetzes über Civilstand und Ehe, die eine der schwierigeren (weil mit religiösen Anschauungen und kirchlichen Vorschriften eng verknüpften) Aufgaben zu werden verspricht. In der Hauptsache handelt es sich um eine grössere Erschwerung der Scheidung, die durch das jetzige Ehegesetz und die daraus resultirende Praxis fast gänzlich in den übereinstimmenden Willen der Ehegatten gelegt ist, die nur eine gegenseitige dauernde Abneigung zu beurkunden brauchen, um sich trennen zu können, eine Disposition der Gemüther, die in vielen Fällen gerade durch diese Möglichkeit einer Scheidung hervorgerufen und unterhalten wird. Das Sonderbarste dabei ist vielleicht, dass gerade in diesem Punkte der Ehescheidung so viel gesetzgeberische Willkür und solche Differenzen der Anschauung im Schosse der Christenheit bestehen, während darüber doch einer der bestimmtesten Aussprüche Christi erhalten ist, der sonst sehr

---

Die sog. «Franzoseneiche» im Grauholz, welche die Spuren der Schüsse von 1798 trug, wurde von der burgerlichen Forstverwaltung von Bern in diesem Jahre gefällt. Ebenso wurde der Baldeggersee an einen französischen Grafen verschachert, der nun sogar das Baden und die Schifffahrt mitten in der Schweiz verbieten will. An historischen Orten, wie z. B. bei der Teufelsbrücke, deren ältester, malerischer Bogen ebenfalls aus Mangel an gehöriger Erhaltung in diesem Jahre zusammengebrochen ist, beleidigen auf die Felsen gemalte Annoncen jedes nicht bloss künstlerische, sondern menschliche Gefühl. Sollte die schweiz. Kunstkommission nicht auch hiefür eintreten dürfen? Ehrenhafter Weise lehnte die Aargauer-Regierung einen Verkauf der Habsburg an einen Unterhändler, der damit eine wohlfeile Huldigung für den Kaiser von Oesterreich zu Wege bringen wollte, ab, ebenso die wackern Bürger von Stein den Verkauf ihrer Glasgemälde und ihres kleineren Bechers. Im Juni dieses Jahres wurden vom korrektionellen Gericht in Bern sechs Fabrikanten von Pfahlautenantiquitäten verurtheilt, deren Produkte wohl manches Pfahlbau-Museum zieren werden.

sparsam mit Vorschriften umgeht, die sich nicht ausschliesslich auf die innere Gesinnung beziehen. Dieser Ausspruch erlaubt, weiter gehend als die katholische Kirche, die vollständige Scheidung, sogar ohne alle besondern Förmlichkeiten, oder Andeutungen kirchlicher Gerichtsbarkeit, aber für Einen bestimmten Fall, und verwirft die fernere Ehe geschiedener Personen als eine Störung der sittlichen Ordnung (vgl. Ev. Math. V. 32; Ev. Lucæ XVI, 18).

Der verschärft centralisatorische Zug, welcher das Jahr 1887/88 vornehmlich kennzeichnet, machte sich besonders positiv geltend in den Gebieten des Eisenbahnwesens und der Fremdenpolizei. Die Eisenbahnfragen schienen eine Zeit lang die Führung übernehmen zu wollen, in Folge eines Vertrags über Rückkauf der Nordostbahn, welcher vom Bundesrathe abgeschlossen[1]), von der Aktionärversammlung dieser Bahn dann aber am 25. Februar d. J. verworfen, resp. mit nicht verabredeten Zusätzen versehen wurde. Der Gegensatz zwischen der Bundesbehörde und der Direktion der N. O. B. in Bezug auf die sog. Moratoriumslinien und die Dividendensperre verschärfte sich bis zu einer Beschwerdeschrift der Direktion an die Bundesversammlung, welche jedoch infolge Aufhebung der Sperre durch Beschluss des Bundesraths vom 25. Juni einstweilen nicht zur Behandlung gelangte. Die Hauptfrage ist schwerlich erledigt, sondern wird in irgend einer Form wiederkehren und in diesem Falle den Ausgangspunkt einer in ihren Motiven sehr komplizirten Aktion bilden, welche aber im Effekte die Centralisationsbewegung vollendet, die vor 22 Jahren ihren Anfang mit der Partialrevision von 1866 nahm. Denn eine so grosse eidgenössische Administration, die über die Köpfe der kantonalen Regierungen hinweg in täglichen Verkehr mit unendlich vielen Behörden und Privaten tritt, und dazu eine Nationalschuld von über 800 Millionen sind mächtige Hebel, deren fortwährender Wirksamkeit die kantonale Souveränetät keinen Widerstand zu leisten vermag. Die Eisenbahnen waren eben von vornherein zu grosse Dinge für kleine Souveränetäten, und diese grossen Interessen der sogenannten « Privatindustrie »

[1]) Auf Grund einer Auslösung der Aktien mit 3¼ %igen eidg. Obligationen, 37 Fr. 50 Cts. per Aktie rentirend.

überlassen, hiess nichts Anderes, als sie dem Einflusse des Auslandes preisgeben. Bisher schon hat nur eine in mancher Beziehung sehr scharfe Eisenbahngesetzgebung und Eisenbahnpolitik der leitenden Bundesbehörden diesen Einfluss eingedämmt. Wie würde es aber wohl werden, wenn z. B. einmal eine fremde Staatsregierung, oder ein in deren Interesse arbeitendes, mächtiges Finanzkonsortium die Aktien der Hauptbahnen in der Weise aufkaufte, wie s. Z. Disraeli die Suezkanalaktien erworben hat? Von diesem Datum ab datirt der englische Besitz Aegyptens. Das geltende Privatrecht gestattet nicht, diess zu verhindern,[1]) und dass ein solcher Ankauf durch geschickte Unterhändler wohl möglich ist, beweist am besten das vorläufig reponirte Ankaufsprojekt der Eidgenossenschaft, die sich ja auch durch Kauf, nicht durch Rückkauf im konzessionsmässigen Sinne, in den Besitz der Nordostbahn setzen wollte. Hätte sie dazu den nöthigen Kredit sich verschaffen können, ohne dass diess allgemein bekannt wurde, so würde sogar der Einzelnankauf der Aktienmehrzahl entschieden die einfachste Lösung der Frage gewesen sein. Es gibt Dinge im staatlichen Leben, die sich absolut nicht verhindern lassen, selbst wenn ihnen gewisse Bedenken entgegenstehen, denen man nur entgegenarbeiten kann. So wenig sich ein civilisirter Staat inmitten Europa's dem Bau von Eisenbahnen widersetzen könnte, obwohl er darin vielleicht mit Recht eine bedeutende Vermehrung ausländischen Einflusses oder sogar eine Gefahr für seine Sicherheit erblickt, ebensowenig kann er den Aktienbesitz der inländischen Bahnen auf alle Zeiten den Zufälligkeiten des Handels mit solchen Papieren überlassen. Es bleibt jetzt nichts mehr übrig, als entweder eine totale Reform des Aktienrechts mit der Möglichkeit für den Staat, alle Verkäufe zu kontroliren und zu verhindern, oder Ankauf der Bahnen.[2])

---

[1]) Hoffentlich aber wird die beabsichtigte Revision des Eisenbahngesetzes dafür gehörige Vorsorge treffen.

[2]) Ein vorbereitender Schritt hiezu ist folgender Beschluss des Bundesrathes vom 30. Juli 1888:

«Mit Rücksicht darauf, dass bezüglich des grössten Theiles der Normaleisenbahnen mit dem 1. Mai, bezw. im Jahre 1888, die zehn Jahre beginnen, deren Reinertrag für die Ausmittlung der konzessionsmässigen Entschädigung im Falle des Rückkaufs jener Bahnen im Jahre 1903 massgebend sein wird; dass für die Aus-

**Das erstere Auskunftsmittel wäre noch schwieriger als das zweite. Es ist ohne allen Zweifel die Verstaatlichung der Eisenbahnen eine der Bedenken erregendsten Fragen unserer Zeit und die Beantwortung derselben wird stets etwas verschieden ausfallen, je nachdem man den politischen Gehalt der Frage in den Vordergrund stellt, oder nicht, was ein nicht in allen Perioden unserer Geschichte sich absolut gleich bleibender Standpunkt sein mag. Niemals aber sind wir Bewunderer der s. Z. vielgerühmten Politik gewesen, die diese Situation geschaffen hat, indem sie durch das Eisenbahngesetz vom 28. Juli 1852 den Eisenbahnbau der Privat-**

mittelung dieses Reinertrags die gegenwärtige Rechnungsstellung der Eisenbahngesellschaften in allen Fällen nicht genügt, wo nicht der ganze Betrieb einer Bahn auf einer und derselben Konzession beruht, weil der Bund nach den Konzessionen verpflichtet ist, je nach den Resultaten des Betriebes der einzelnen Konzessionen entweder das Mehrfache des Reinertrags der erwähnten zehn Jahre oder das ursprüngliche Anlagekapital zu zahlen, hat der Bundesrath auf Antrag seines Post- und Eisenbahn-Departements beschlossen: den Eisenbahngesellschaften, deren Betrieb nicht auf einer und derselben Konzession beruht, zu eröffnen, dass vom Beginn der zehn Jahre hinweg, deren durchschnittlicher Reinertrag für die Feststellung der beim Rückkauf auf den nächsten offenen Termin vom Bund zu bezahlenden Entschädigungen massgebend sein wird, die Reinerträgnisse der den einzelnen Konzessionen unterstellten Linien und Strecken für jede Konzession besonders ermittelt und dem Bundesrathe mit der Vorlage der üblichen Gesellschaftsrechnungen mitgetheilt werden müssen. Die Erstellung der Ertragsberechnungen hat in der Regel auf Grund der direkt ermittelten Einnahme- und Ausgabeposten zu geschehen. Bezüglich der Erneuerungsfonds wird, gestützt auf den bei Genehmigung der Statuten gemachten Vorbehalt, für alle Bahnen bestimmt, dass vom Beginn der zehn Jahre an bis zum Ablauf derselben die den Betriebseinnahmen zu enthebenden Einlagen nicht geringer sein dürfen, als die Zuschüsse der Fonds an die Betriebsrechnung. Vorbehalten bleibt die Verrechnung von Kosten, welche einen ausnahmsweisen Charakter haben und mit Bewilligung des Bundesraths auf mehrere Jahre vertheilt werden können. Der Bundesrath ist bereit, mit den Gesellschaften darüber zu verhandeln, ob nicht einzelne oder alle Konzessionen einer Gesellschaft mit der Wirkung zusammengelegt oder andere Vereinbarungen getroffen werden können, dass die besonderen Ertragsberechnungen entfallen. Er gewärtigt die hierauf bezüglichen Anträge der Gesellschaften bis Ende Oktober 1888. Soweit eine solche Verständigung nicht beantragt oder nicht erreicht wird, beginnt die Verpflichtung zur Führung der besonderen Ertragsberechnungen mit dem Anfang der für die Feststellung der Reinerträge geltenden zehn Jahre.»

spekulation überlassen hat. Es gibt eben immer zweierlei Staatsmänner: Die Einen, die sich « nach berühmten Mustern » « Realpolitiker » nennen, richten ihr Augenmerk auf die augenblickliche Beseitigung von vorhandenen Schwierigkeiten und gelten daher während ihres Lebens, bevor die wahren Früchte ihrer Arbeit reifen, für die Männer der Zeit, die Andern sehen bei jeder Massregel auf ihre nothwendigen Endresultate. Dass wir an der letzteren Sorte nie besonders reich sind, erklärt sich aus der komplizirten Natur des schweizerischen Staatswesens, das den praktischen Politiker in der That nur allzuoft auf Kompromisse verweist.

Eine Broschüre von H. Soral « Union ou rachat » 1888 befürwortet eine Vereinigung der Eisenbahngesellschaften unter einem « Bureau central » in Bern, mit Abgabe einiger ihrer Rechte an dieses Bureau, resp. an den Bund. Dieser Gedanke (Konkordat statt Gesetz) ist nicht neu, sondern der stets wiederkehrende Vorschlag auf allen Gebieten, wo die einheitliche Gesetzgebung auf Schwierigkeiten trifft, und jedenfalls bloss ein Uebergang [1]), keine Lösung der Frage. Der daran sich knüpfende Traum eines « Bureau international » für ganz Europa wäre, soweit er über die bereits bestehenden internationalen Vereinbarungen im Frachtverkehr und der technischen Einheit (vgl. Staatsverträge) hinausgehen wollte, politisch ebenso gefährlich als die Zollunionen, oder die Bluntschli'schen Ideen über einen europäischen Staatenbund und dem jetzigen Zustand keineswegs vorzuziehen.

Aus dem übrigen Gebiete des Eisenbahnwesens ist zu erwähnen, dass die Vorbereitungen zum Bau der Simplonbahn bis zu einer technischen Verständigung über das Tracé und einen Präliminar-Finanzvertrag gediehen sind.[2]) Der Bund wird sich daran nach dem allgemeinen Subventionsbeschlusse von 1878 mit $4^1/_2$ Millionen zu betheiligen und, wenn der

---

[1]) Das kennen wir ja längst aus der Geschichte des eidgen. Zoll- und Rechtswesens zur Genüge, gewöhnlich aber ist das Konkordat schwieriger, als der Entschluss zur einheitlichen Gesetzgebung.

[2]) Darnach sollen 60 Millionen Aktien-Obligationen und 30 Millionen Subventionen das Baukapital herstellen. An die letztern würden die Schweiz (Bund, Kantone, Bahnen) 15, der Staat Italien 5 und die oberitalienischen Provinzen 10 Millionen zu liefern haben.

Tunnel gebohrt ist, eine Festung vor den Ausgang zu setzen haben. Die Bestrebungen der Splügenbahn haben keinen erwähnenswerthen Fortschritt gemacht. Der Kanton Zug erhebt vor Bundesgericht Klage gegen die Gotthardbahn auf Bau der s. Z. verschobenen Linie Zug-St. Adrian-Goldau. Das Kapital der Gotthardbahn ist durch Aktionärbeschluss vom 28. November 1887 von 34 auf 40 Millionen Franken erhöht worden. Mit der Legung des zweiten Geleises auf der Bahnstrecke Erstfeld-Biasca ist begonnen worden. Von erheblichen Bahnbauten ist der im Vorrücken begriffene Bau der Linie Landquart-Davos und die Vollendung der Brünigbahn zu nennen, die am 13. Juni eröffnet wurde. Ferner die Zahnradbahnen auf den Pilatus und den Beatenberg, die in Arbeit sind.

Aus der Eisenbahnstatistik ist von allgemeinem Interesse. zu sehen, dass im Jahre 1886 nahezu 25 Millionen Reisende die schweizerischen Bahnen befuhren und dass dabei bloss 116 Personen (37, worunter 5 Reisende, tödtlich) verletzt wurden; 14 Personen suchten freiwillig den Tod. Die Liquidation der nach dem Gesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen nach und nach abzuschreibenden faux-frais ist bisher allein bei der Jura-Bern-Luzern-Bahn vollendet worden. Diese Bahn, die in Wirklichkeit eine bernische Staatsbahn ist, obwohl in der Form einer Aktiengesellschaft, hat auch ausserdem unter ihrer geschickten Leitung und begünstigt durch die deutsch-französische Passmassregel die grössten finanziellen Fortschritte unter den schweizerischen Bahnlinien aufzuweisen.

Unter den Massregeln, welche der Bundesrath in diesem Jahre zur Erleichterung des Publikums den Bahnen auferlegt hat, sind die folgenden einer besondern anerkennenden Erwähnung werth:

« Die Eisenbahngesellschaften sind eingeladen: a. die Expeditionsgebühren für Eilgüter im internen Verkehr um 20 % zu ermässigen; b. die Expeditionsgebühren im internen Verkehr überhaupt erst vom 40. Kilometer Transportdistanz an voll zur Erhebung zu bringen, in der Art, dass 1. bei Transportdistanzen von 1—20 Kilometer nur die halbe Expeditionsgebühr, bei den Spezialtarifen ausnahmsweise 6 Cts. pro 100 Kilogramm eingerechnet werden dürfen; 2. für jeden weitern Kilometer die Expeditionsgebühr proportional erhöht werden mag, bis bei 40 Kilometer der volle dermalen gel-

tende, beziehungsweise im Sinne der litt. a hier oben reduzirte Maximalbetrag erreicht ist; Alles in der Meinung, dass die in den direkten Tarifen eingestellten Taxen in keinem Fall höher sein sollen als die Summe der entsprechenden internen Frachten. — Die den Gesellschaften unter'm 20. Oktober 1885 vom Bundesrath ertheilte Bewilligung zur Erhebung von Einschreibgebühren auf den Vieh- und Gepäcksendungen wird aufgehoben. — Die Gesellschaften sind eingeladen, die getroffenen Anordnungen betreffend die Expeditionsgebühren bis spätestens am 1. Juli 1889, diejenige betreffend die Einschreibgebühren aber auf den 1. August 1888 zur Vollziehung zu bringen.»

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

« Die Verwaltungen der schweizerischen Normal- und Schmalspurbahnen werden eingeladen:

« In den Wagen, deren Bänke auf beiden Seiten des Durchgangs angebracht sind, und zwar in allen Klassen, die Besetzung der einzelnen Bänke mit mehr als zwei Personen so viel als möglich zu vermeiden; wo ausnahmsweise Coupéwagen in den Zügen fahren, die Besetzung der Coupés erster Klasse mit nur vier, zweiter Klasse mit nur sechs und dritter Klasse mit nicht mehr als acht Personen in Aussicht zu nehmen; in den Nachtzügen darauf Bedacht zu nehmen, dass, wenn immer möglich, in ein Coupé oder in den entsprechenden Raum eines Durchgangswagens nicht mehr als vier Personen gewiesen werden; die ordentlichen Zugskompositionen unter Beachtung der vorstehenden Anweisungen und im Uebrigen in dem Verhältniss zu bemessen, dass ein Ueberschuss von Plätzen über das regelmässige Bedürfniss zur Verfügung bleibt.» [1])

Ueber die Einreichung der Fahrtenpläne der Eisenbahnen und Dampfschiffe ist ebenfalls eine neue Verordnung erlassen worden.

Die Polizei ist naturgemäss in einem zusammengesetzten Staatswesen eine Angelegenheit der Einzelstaaten

[1]) Sehr wünschenswerth wäre die Beschränkung des in vielen Fällen vollständig überflüssigen, schrillen Gepfeifes und die energische Verhinderung der Mitnahme vielen Gepäcks in die Wagen, wie es besonders von den fremden Reisenden (Engländern voran) mit grösster Rücksichtslosigkeit getrieben wird.

und es fehlen dem Gesammtstaate in der Regel auch die Organe, um sie direkt und nicht durch die Vermittlung der kantonalen Polizeibehörden auszuüben, selbst in denjenigen Gebieten, wo ihm die Kompetenz unzweifelhaft zusteht. Diess hatte sich in dem in der ersten Abtheilung der Uebersicht erwähnten Falle des zürcherischen Polizeihauptmanns in einer delikaten, mit doppelter diplomatischer Zurückhaltung zu behandelnden Frage als nicht zweckmässig erwiesen. In Folge dessen organisirte sich im Schosse des eidgenössischen Justizdepartements eine eigene Abtheilung für Fremdenpolizei, deren Thätigkeit sich auf die direkte Ueberwachung der zahlreichen Fremden in der Schweiz, darunter namentlich der sozialistischen Agitatoren und — was leider mitunter das Nämliche ist — der bezahlten Polizeispione fremder Regierungen bezieht. Dass diese Thätigkeit, vom Standpunkte schweizerischer Freiheit aus betrachtet, eine etwas undankbare Aufgabe ist und die Vergleichung mit dem in unserer Geschichte berüchtigten «Fremdenkonklusum» von 1823 hervorruft, kann uns nicht hindern, auch diese neue Einrichtung als ein nothwendiges Uebel zu bezeichnen, wenn auch nicht zu «begrüssen». Es wird auch hier, wie in allen menschlichen Dingen, sehr auf den Takt ankommen, mit dem die Ausführung geschieht, und wir können die Hoffnung nicht ganz unterdrücken, dass, wie damals das Jahr 1830, auch jetzt eine noch nicht zu bestimmende, kommende Zeit grösserer politischer Freiheit aller Nationen solche Massregeln überflüssig machen werde. Einstweilen ist wohl die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung mit einer schärfern Ueberwachung der fremden Agitatoren völlig einverstanden und auch eine diessfalls in der Bundesversammlung dieses Jahres an den Bundesrath gerichtete Interpellation (Motion Curti) fand daselbst keinen Anklang. Zwei Schreiben, in welchen das Centralkomité des Grütlivereins und des schweizerischen Arbeiterbundes offizielle Auskunft über ein (nicht bekanntes) bundesräthliches Kreisschreiben an die Kantone vom 11. Mai 1888 begehrten [1]), wurden, wie folgt, durch die Bundeskanzlei beantwortet:

---

[1]) Es scheint daraus hervorzugehen, dass diese «konfidentiellen» Schreiben des Bundesrathes nicht immer konfidentiell bleiben.

« Das eidgen. Justiz- und Polizeidepartement hat dem Bundesrathe Ihre beiden Schreiben vom 6. und 10. Juli vorgelegt, womit Sie sowohl im Namen des Centralkomité's des schweizerischen Grütlivereins, wie auch im Namen des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes einige Aufschlüsse über den Inhalt eines Kreisschreibens wünschen, welches der Bundesrath hinsichtlich der Polizei an die Kantonsregierungen erlassen habe.

Da der Bundesrath dieses Kreisschreiben den Kantonsregierungen als ein konfidentielles bezeichnet hat, so müsste er als unpassend erachten, dasselbe von sich aus zu veröffentlichen oder über dessen Inhalt in Erörterungen einzutreten.

Immerhin sind wir ermächtigt, Ihnen mitzutheilen, dass die kürzlich in mehreren Zeitungen ausgesprochenen Besorgnisse hinsichtlich der Art und Weise, wie künftig die Polizei in der Schweiz werde ausgeübt werden, unbegründet sind.

Der Bundesrath bezweckt einzig und allein, über alle Vorkommnisse, welche die innere Sicherheit des Landes und unsere internationalen Beziehungen berühren, orientirt zu sein. Sein Programm ist vollständig in der Botschaft an die Bundesversammlung vom 12. März abhin enthalten und von den Mitgliedern derselben einstimmig genehmigt worden.

Sollten sich in der Ausführung dieses Programmes Missbräuche einschleichen, so wird der Bundesrath jeder begründeten Klage Gehör schenken und derselben zu ihrem Recht verhelfen. Sein Bestreben wird stets darauf gerichtet sein, so viel als möglich die Anforderungen, welche die Sicherheit des Vaterlandes an ihn stellt, mit der Achtung vor den individuellen Rechten in Einklang zu bringen. »

Aus dem weiteren Gebiete der Justiz- und Polizeiaufsicht des Bundes sind bemerkenswerth zunächst die Revision des Fischereigesetzes, im Interesse einer bessern Handhabung der Fischereipolizei[1]) durch besondere Fichereiaufseher gegen rücksichtslose Ausbeutung. Eine eigenthümliche Erscheinung gegenüber solchen Massregeln bildete eine Petition an die Bundesversammlung aus dem Tessin um Gestattung des in Italien üblichen Massenmordes der kleinen Sing-

[1]) Es bestehen dermalen in der Schweiz 66 Anstalten für künstliche Fischzucht, die im Jahre 1887 9 Millionen Fische ausbrüteten. In den Murtensee sind eine grosse Anzahl junge Hechte gesetzt worden.

vögel und sogar Schaffung einer «neutralen Zone» für diesen Mord, in der er ungestört betrieben werden könnte, ein Begehren, das gebührendermassen zurückgewiesen wurde. Es würde im Gegentheil wünschenswerth erscheinen, die im eidg. Jagdgesetz bestehenden Bestimmungen gegen dieses rohe, oder gedankenlose Wegfangen nützlicher Thiere noch schärfer zu gestalten. In Bezug auf Epidemien wurde ein neues Reglement über die Ausrichtung der Bundesbeiträge, nebst Kreisschreiben über die Isolirung der Kranken, beides vom 4. November 1887 erlassen. Die Phylloxera ist ausser in den Kantonen Genf und Neuenburg auch in Waadt und Zürich konstatirt worden und bedarf einer fortdauernden ernsten Aufsicht seitens des Bundes. In Bezug auf das Spiel wurde den Regierungen von Luzern und Waadt eingeschärft, das Baraque- und Rösslispiel in den sogenannten «Kursälen» von Luzern und Montreux nicht den Charakter von verbotenem Hazardspiel annehmen zu lassen. Die Grenze wird schwer zu ziehen sein. Die «kleinen Reiter» sind der Finger, dem die Hand folgt, und die richtige Vorschule für Monaco. Die Bundesbehörden laden sich eine grosse Verantwortung für die Zukunft auf, wenn sie diesem Unwesen nicht vollständig steuern. Der Direktor des Luzerner Kursaales glaubte, Glücksspiele seien von der Bundesverfassung nicht verboten, sondern bloss die Errichtung von Spielbanken. Es dürfte das daran mahnen, bei einer künftigen Bundesrevision den Artikel 35 noch etwas schärfer zu fassen. Das schlimmste aller Spiele, das an der Börse, wird ohnehin davon nicht betroffen. Ein Prozess der französischen Regierung gegen eine Spielkartenfabrik (Mühlemann & Walther in Hasle bei Burgdorf) zeigte, zum allgemeinen Erstaunen, dass dort französische Spielkarten gewerbsmässig nachgeahmt und nach Frankreich geschmuggelt wurden. Die Hauptangeklagten wurden auf Klage der französischen Regierung (viel zu milde) bestraft. Eine etwas harmlosere Nachahmung fand in diesem Jahre im Jura statt, indem zahlreiche französische Münzen mit dem Bilde Napoleons III. von geschickten Graveuren in den Kopf des «braven» Boulanger verändert wurden, mit der Umschrift: «Boulanger Ier, empereur des Français».

Die Auswanderung wurde durch eine Revision des Auswanderungsagenturgesetzes neu regulirt, welche besonders

den Zweck hat, der Anlockung zur Auswanderung durch die zahllosen Unteragenten der Hauptagenturen zu steuern.[1]) Nach einer Interpretation des Bundesrathes gelten die Vorsichtsmassregeln des Gesetzes auch für die Spedition nicht in der Schweiz angesessener Ausländer durch schweizerische Anstalten. Im Jahr 1887 wanderten aus der Schweiz nach überseeischen Ländern aus 7558 Personen, 1216 mehr als 1886. Im Gebiete des Versicherungswesens ist, ausser den Projekten zu einer allgemeinen Unfall- und Invalidenversicherung nach dem Muster der soeben erschienenen deutschen Entwürfe, besonders die Rede von einer grössern Ausdehnung der Hagelversicherung durch Hülfe des Bundes. Wir wundern uns übrigens, dass in der jetzigen Aera des Versicherungswesens nicht auch eine Festversicherung für die Defizite der allzu zahlreichen Feste, oder eine Wahlversicherung für Abgeordnete aller Art gegen Nichtwiederwahl aufgetaucht ist. Im Ernste wäre es wünschenswerth, dass die zahlreichen Bergbesteiger angehalten würden, mittelst einer obligatorischen Versicherung für das Leben ihrer Führer, das sie oft muthwillig auf das Spiel setzen, eine Haftpflicht zu übernehmen, die, merkwürdigerweise, auf diesem Gebiete nicht besteht. In Bezug auf die Presse wurde in der Jahresversammlung des schweizerischen Pressverbandes eine Resolution angenommen, wonach der Bundesrath ersucht werden soll, das Reporterwesen besser zu regeln und auch für eine gleichmässigere Behandlung der sogenannten « Heilmittelannoncen » in den Kantonen zu sorgen.

Von einzelnen Entscheidungen der Bundesbehörden sind bemerkenswerth: Ein Entscheid des Bundesrathes, wonach

---

[1]) Zufolge Art. 3 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen ist die Gültigkeit der Patente mit dem 31. August zu Ende gegangen. Um ein neues Agenturpatent sind eingekommen und haben ein solches erhalten: 1. Louis Kaiser-Kilchsperger in Basel; 2. Leo Rommel, von der Firma Rommel & Comp. in Basel; 3. Schnebeli-Gentner, von der Firma Schneebeli & Comp. in Basel; 4. Wirth-Herzog in Aarau; 5. Wittwe Christ-Simmener in Genf; 6. Carlo Corecco und Aquilino Brivio, von der Firma C. Corecco & A. Brivio in Bodio; 7. Isaak Leuenberger, Vater, und Isaak Leuenberger, Sohn, von der Firma I. Leuenberger & Comp. in Biel; 8. Karl Joh. Imobersteg-Friedlin und Joh. Imobersteg-Zeller, von der Firma A. Zwilchenbart in Basel.

Ankündigungen von Arzneimitteln, unbeschadet der Press- und Gewerbefreiheit, von den Kantonen beschränkt oder verboten werden dürfen. Ferner der Entscheid desselben im Lichtensteiger-Schulrekurs, wonach die Trennung der öffentlichen Schulen nach Konfessionen in positiver Weise als dem Bundesrecht widersprechend erklärt wird (Bundesblatt 1888, Nr. 2), was in einem frühern Falle (Dietikon, Kt. Zürich) nicht so bestimmt ausgesprochen worden war.

Merkwürdigerweise macht sich der centralisatorische Geist der Zeit nicht geltend auf einem Gebiete, in welchem er von besonders wünschenswerthen Folgen begleitet sein würde: auf demjenigen des höhern Schulwesens. Der Gedanke der Gründung neuer kantonaler Hochschulen statt einer einheitlichen eidgenössischen Anstalt hat durch einen Vertrag des Stadtraths von Lausanne mit einer Stiftung eines Herrn v. Rumine Leben gewonnen und man wird, da das Kapital dieser Stiftung von ca. 3 Millionen Franken wesentlich für den Bau des materiellen Musentempels verwendet wird, für die Bedürfnisse des geistigen Baues ohne Zweifel an die Eidgenossenschaft gelangen. Wir sind der Meinung, dass unsere jetzige schweizerische Jugend es dringend nothwendig hätte (nothwendiger, als ihre Väter sogar), an Einem und demselben Orte und in einem gleichartigen Geiste ausgebildet zu werden, um sich für das künftige Zusammenleben besser kennen zu lernen, was später nicht mehr nachzuholen ist, und dass die weitere Einrichtung kantonaler Hochschulen der grösste Rückschritt, ihre Subventionirung von Seite des Bundes selbst der grösste politische Fehler ist, den unsere Generation gemacht haben wird.[1]) Ueberdiess haftet allem kantonalen Wesen eine ge-

[1]) Wir zweifeln nicht daran, dass es geschieht. Die Folgen davon werden auch hier, wie bei dem «privaten» Eisenbahnbau, in 20 Jahren fühlbar sein. Jetzt sehen manche Leute mit einem Gleichmuth darüber hinweg, den nur das Wort «*Après nous le déluge*» erklären kann. Die rein technischen Gründe, die z. B. gegen eine Konzentration der medizinischen Studien sprechen, treffen auf den andern Gebieten nicht zu und sind überhaupt durch geeignete Anstalten, ohne grössere Kosten als die Vermehrung der Fakultäten sie mit sich bringt, zu beseitigen. Die Eidg. Universität kommt schon 1802 in der zweiten helvetischen Verfas-

wisse Kleinlichkeit und Engheit, mitunter sogar ein gewisses Parteigepräge an, das erfahrungsgemäss in allen grossen Fragen nationalen Lebens nur überwunden wird, wenn sich die Eidgenossenschaft des Gegenstandes bemächtigt, und das wohl nirgends weniger am Platze erscheint, als bei Hochschulen. Weit eher könnten wir uns kantonale Polytechniken denken. Ein eidgenössisches Polytechnikum neben sechs, oder wahrscheinlich noch mehr kantonalen Hochschulen ist eine Taxation der Wissenschaft gegenüber der Industrie, die keinen besondern Ehrentitel des heutigen Geschlechts bilden wird.

An dem eidgenössischen Polytechnikum wurden im vorigen und diesem Jahre Vorträge für praktische Landwirthe eingerichtet, ebenso Spezialkurse für Kulturingenieure. Anträge auf Gründung einer eidgenössischen Töchterschule und auf eine allgemeine Schulenquête mit Veröffentlichung des Berichtes wurden von der Bundesversammlung nicht genehmigt, dagegen eine allgemeine Subvention für Schulgärten in Landschulen beschlossen. Die romanischen Kantone beabsichtigen, eine gemeinsame Unterrichtsanstalt für Taubstumme in's Leben zu rufen. Ein «milchwirthschaftliches Technikum» mit Bundesunterstützung wird (wahrscheinlich in Bern) errichtet werden.

---

sung vor und sie würde im Jahr 1848 ohne Zweifel ihre Ausführung gefunden haben, wenn man sich die materielle Prosperität des Bundes auch nur annähernd hätte vorstellen könnnen. Sie wird ein Postulat jeder guten eidgenössischen Verfassung bilden.

Die Jahresausgabe der jetzt bestehenden vier Universitäten beläuft sich auf zusammen 1¼ Millionen Franken. Die Zuhörer erreichen beinahe die Zahl von 2000. Die spezifisch katholische Universität Freiburg hat bisher noch keine weiteren Fortschritte zu positiver Erstellung gemacht, wird aber auch nicht ausbleiben. Eine daselbst erschienene Broschüre «Die katholische Universität» zeigt folgendes Programm:

«Die Universität soll katholisch sein und nach dem Muster der alten eingerichtet werden, jedoch mit Berücksichtigung der Fortschritte der modernen Wissenschaften. Die Universität soll frei und autonom sein, unter der Direktion des Papstes und der schweizerischen Bischöfe. Die vereinigten Bischöfe sollen Alles, was auf Gründung, Einrichtung und Regiment der Anstalt Bezug hat, ausschliesslich ordnen und der Staat Freiburg zum Voraus diese getroffenen Anordnungen gutheissen. Das bereits vom Kanton votirte Kapital von Fr. 2½ Millionen soll als Schenkung abgetreten und den Bischöfen zur Verwaltung übergeben werden.»

Ausserdem bestehen Anregungen auf Gründung eines eidgenössischen Hochschulvereins, einer eidgenössischen Akademie im Sinne eines «wissenschaftlichen Centralpunktes» und freier Schulen für «politische Wissenschaften», oder diplomatischen und Konsulardienst. Wir gestehen, dass wir den Nutzen aller dieser Vorschläge nicht recht einsehen. Was die Schweiz im Schulwesen bedarf, ist eine Entlastung der Schulen, um der allgemeinen Schulmüdigkeit zu entgehen, die immer mehr zunimmt und alle äussern sogenannten Erfolge illusorisch zu machen droht,[1]) eine strengere Scheidung der Gymnasien und höhern Realschulen, mit Konservirung der klassischen Bildung an den erstern, die uns allein das ideal gerichtete Geschlecht von «studirten Leuten» schafft, dessen wir zur Erhaltung unseres Staates bedürfen, und sodann Hochschulen, oder lieber Eine Hochschule, mit voller Festhaltung der Lehr- und Lernfreiheit, aus der allein geistiges Leben strömt. Alles andere sind Nebensachen oder schädliche Dinge, bei denen die Form an die Stelle des Wesens tritt. Das ist aber in geistigen Dingen das Allerverderblichste und führt zu den schlimmsten Täuschungen, die ganze Generationen für ihre eigentlichen Lebenszwecke unbrauchbar machen können.

In der Bundesverwaltung begann mit Neujahr 1888 die neue provisorische Departementseintheilung (Vgl. voriges Jahrbuch, p. 778). Der schweizerische Amtsbürgschaftsverein zählte am 1. Januar 1888 nahezu 6000 Mitglieder mit einer Bürgschaftssumme von 18,566,300 Franken. Das Vermögen des Vereins belief sich auf 106,099 Franken, die Verluste im Jahr 1887 bloss auf ca. 3000 Fr. Die Kantone thäten gut, diesem Beispiel zu folgen. Eine allgemeine Lebensversicherung der eidgenössischen Beamten mit Bundessubvention wird seit geraumer Zeit in Erwägung gezogen. Die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes in Bern an der Stelle des alten Inselspitals durch Herrn Auer, Architekt in Wien, mit einem Kostendevis von 1,800,000 Franken (ohne den Bauplatz zu rechnen) hat im Sommer dieses Jahres begonnen. Die Erwerbung des Münzgebäudes steht bevor. Dagegen wurde die Errichtung einer Bundes-

---

[1]) Prof. Nussbaum in München verlangt diessfalls, dass die Kinder nicht mehr als 4 Schulstunden täglich haben sollen. Sicherlich würden sie im Ganzen und Grossen damit eine tüchtigere Generation werden.

druckerei abgelehnt. In Lausanne wurde am 21. September 1887 das neue Bundesgerichtsgebäude eingeweiht.

Charakteristisch für das Leben der modernen Staaten, ganz besonders aber der komplizirten Bundesstaaten, ist das rapide Anwachsen der Bureaukratie und die Ueberbürdung aller Stellen, trotz dieses Anwachsens der Beamtenzahl. Eine Abhülfe dagegen muss zuerst als Grundlage einen bestimmten Entschluss, hier einen Riegel zu stecken, finden und dieser Entschluss bedarf wieder, wenn er gegen die gesammte Strömung der Zeit gefasst werden soll, bestimmter Ueberlegungen und Grundsätze. Wir wollen darüber zwei Ansichten eines berühmten Staatsrechtlehrers und eines ebenso berühmten Administrators, Montesquieu's und Carnot's, citiren. Der Erstere lehrt in seinem Hauptwerke, dass alle Gesetzgebung von Umständen abhängt, welche die Menschen nur schwer oder gar nicht ändern können, nämlich von der Natur des Landes und seines Volkes, dessen Fähigkeiten und Neigungen sie stets entsprechen muss. Zu einer solchen nothwendigerweise etwas geistreichen und selbständigen Auffassung ist aber die moderne Bureaukratie aller Staaten grösserentheils nicht geschaffen. Für sie gibt es vielmehr in jedem Fache ein «wissenschaftliches System», das irgendwo (heute vorzugsweise in Deutschland) ausgesonnen worden ist und wohl oder übel in jedem Lande nachgeahmt, ja so buchstäblich als nur möglich durchgeführt werden muss. Was dabei herauskommt, sind vor Allem grosse Ballen beschriebenes und bedrucktes Papier, die in immer steigenden Mengen zwischen den einzelnen Staaten «ausgetauscht» werden und dann in Archiven, für die man eigene grosse Gebäude errichten muss, vermodern.[1]) Carnot, ein Adminis-

[1]) Welche menschliche Fassungsgabe wäre auch im Stande, Alles das wirklich zu lesen! Dafür ist es schliesslich auch gar nicht mehr da, sondern bloss zum «Nachschlagen». Daraus entstehen dann nothwendig immer mehr lauter «Fachleute», die in einem gewissen kleinen Gebiete Etwas genauer kennen und dadurch unentbehrlich werden, denen aber der für jede gute Verwaltung nöthige Ueberblick über das Ganze fehlt und die trotzdem an Ueberbürdung allmälig geistig zu Grunde gehen.

Wie schwer es ist, in diesem sich jedes Jahr neu gebärenden Meere von Drucksachen auch nur eines einzigen kleinen Staates einen gewissen Ueberblick, mit Unterscheidung des Wesentlichen und Unwesentlichen, zu bewahren und über der unnützen

trator und Arbeiter, der Seinesgleichen in allen Zeiten sucht, hatte, wie er seinem Sohne mittheilte, zwei Hauptgrundsätze: 1) Den untergeordneten Beamten seiner Verwaltung stets in gewissen Punkten und Arbeiten eine selbständige Verfügung zu lassen. Das hindert sie, Maschinen zu werden, die kein Leben und keine Verantwortlichkeit in sich tragen und ist überhaupt für jeden rechten Menschen, der nicht bloss ein Arbeitsthier ist, ein Bedürfniss. 2) Zuweilen Arbeiten von gänzlich ausserhalb der Regierung stehenden Personen machen zu lassen. Damit begegnete er dem Geist der Routine, der stets in die Verwaltung sich einzuschleichen sucht, und brachte neue Ideen in dieselbe.

Die Finanzen der Eidgenossenschaft befinden sich fortwährend, Dank den stets sich erhöhenden Zolleinnahmen, auf die es dabei immer zunächst ankommt, in einem blühenden Zustand, der übrigens natürlich durch einen einzigen Monat Grenzbesetzung, oder gar Krieg mit der ganzen Armee, wie es unter heutigen Umständen nicht anders voraussichtlich ist, eine vollständige Aenderung erleiden würde.

Die eidgenössische Staatsrechnung pro 1887 erzeigt an Einnahmen 59,586,972 Fr. 26 Cts., an Ausgaben 56,829,996 Fr. 11 Cts., somit ergibt sich ein Ueberschuss von 2,756,976 Fr. 15 Cts. Erhebliche Mehreinnahmen als budgetirt hatten das Militärdepartement 1,619,810 Fr. 13 Cts, Finanz- und Zolldepartement 4,037,682 Fr. 15 Cts., Post- und Eisenbahndepartement 1,429,937 Fr. 53 Cts. Erhebliche Mindereinnahmen ergaben sich beim Ertrag der Kapitalien und Liegenschaften 64,632 Fr. 68 Cts. — Erhebliche Mehrausgaben als budgetirt hatte das Militärdepartement mit 598,825 Fr. 95 Cts. Erhebliche Minderauslagen hatten: das Departement des Innern 493,157 Fr. 68 Cts., Handel und Landwirthschaft 81,343 Fr. 45 Cts., Post und Eisenbahnen 244,441 Fr. 65 Cts.

Das Aktivvermögen der Eidgenossenschaft betrug auf Ende 1886: 18,395,381 Fr. 63 Cts., auf Ende 1887: 27,498,382 Fr. 39 Cts.

---

Schreiberei, die nothwendig einen erheblichen Theil des Ganzen ausmacht, nicht jede Lust an der Beobachtung zu verlieren, weiss vielleicht Niemand besser als der Verfasser einer solchen « Uebersicht », wie die unsrige.

Der Bestand der eidgenössischen Spezialfonds war auf Ende 1887 folgender: Invalidenfond 3,930,536 Fr., Grenusfond 4,619,922 Fr., Schulfond 575,282 Fr., Chatelainfond 90,827 Fr., Schoch'scher Schulfond 77,486 Fr., Culmannfond 9,951 Fr., Brunner'sches Legat für die meteorologische Centralanstalt 57,316 Fr., Winkelriedstiftung 557,344 Fr., Edlibachstiftung 1,417 Fr., Hülfsfond für schweizerische Wehrmänner 28,890 Fr., Schutzbautenfond 195,219 Fr., Allgemeiner Schutzbautenfond 266,281 Fr., Unterstützungsfond für Beamte des internationalen Post- und des Telegraphenbüreau 34,904 Fr., Viehseuchenfond 54,826 Fr. Der Invalidenfond wird aus den Einnahmenüberschüssen bis auf 5 Millionen Franken geäufnet, so dass er mit dem Grenus-Invalidenfond zusammen nahe an 10 Millionen Franken beträgt.

Die eidgenössischen Staatsschulden sind in ein einheitliches 3 ½ prozentiges Anleihen von 31,247,000 Fr., amortisirbar bis 1915, umgewandelt worden, auf welches bei der Konversionsausschreibung 109,575,000 Fr. gezeichnet wurden (in der Schweiz allein 90,320,000 Fr.). Die beschlossene Alkohol-Anleihe (behufs Uebernahme der Brennereieinrichtungen) wurde vorläufig nicht ausgeschrieben.

Das Büdget pro 1888 sieht zwar ein Defizit von 800,000 Fr. voraus, jedoch haben bereits die Zolleinnahmen des ersten Semesters die der nämlichen Zeit von 1887 um mehr als diesen Betrag überstiegen.

Die schweizerischen kursirenden Münzen betrugen im vorigen Jahre ungefähr 46 Millionen Franken.

Eine im Nationalrath gestellte Motion auf Errichtung einer Bundesbank mit Banknotenmonopol (letzterer Punkt würde eine Verfassungsrevision erfordern) wurde abgelehnt, dagegen hatte der Bundesrath für den Fall kriegerischer Ereignisse Vorkehrungen getroffen, um sofort Staatsnoten von 20, 10 und 5 Fr. ausgeben zu können. Die Noten der bisherigen unter Staatskontrole stehenden Emissionsbanken dürfen nicht unter 50 Fr. betragen.

Im Zollwesen wurde der neue autonome Zolltarif (gewöhnlich «Zollnovelle» genannt, eine Abänderung des lange sorgfältig berathenen Zolltarifs vom 26. Juni 1884) auf den 1. Mai 1888 in Vollzug gesetzt. Die wesentlichsten

Fragen auf diesem Gebiete liegen in den mit den drei Nachbarstaaten Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien neu abzuschliessenden Zoll- und Handelsverträgen. Eine Motion (Künzli) auf Errichtung einer Grenzzone mit Zollerleichterungen [1]) konnte vom Bundesrath nicht unbedingt als allgemeine Massregel acceptirt werden, ebensowenig eine Motion (Berger) auf Anregung eines mitteleuropäischen Zollvereins. Hierüber wollen wir noch eine Aeusserung Kossuth's (Memoiren, I, 86) citiren:

«Der Zollverein hat den Grund zur politischen Einheit von Deutschland gelegt. Zolleinheit führt früher oder später zur politischen Einheit.

Die dreihundertjährigen Vereinigungsbestrebungen des Wiener Hofes haben insgesammt zur Auflösung der politischen Selbständigkeit Ungarns nicht so viel beigetragen als der im Jahr 1867 angenommene österreichisch-ungarische Zollverein.»

Andere Anregungen waren, die Ausfuhr antiker Kunstgegenstände zu verbieten oder mit Ausfuhrzöllen zu belegen (Motion Geigy), Kampfzölle von dem drei- bis sechsfachen Betrag des jetzigen Tarifs gegen Staaten in Anwendung zu bringen, welche die Schweiz nicht als meistbegünstigste Nation behandeln (Kaufmännische Gesellschaft in Zürich).

Die Handelsstatistik wurde zu einer besondern Büreauabtheilung des Zolldepartements erhoben. Den Postbeamten wurde eine Provision von 2 ½ % für den Zollbezug bei Postgegenständen zugewiesen (Verordnung vom 5. Januar 1888).

Die hohen Alkoholzölle haben uns als eine neue Erscheinung den Schmuggel nach der Schweiz gebracht, der sich sofort dieses Gegenstandes bemächtigte.[2]) Die eidgenössischen Zollwächter in Thurgau, Zürich, Schaffhausen und Basel mussten in Folge dessen vermehrt werden.[3]) Die in

---

[1]) Einige solche Erleichterungen bestehen übrigens bereits, z. B. ein Niederlagshaus in Genf, das man «port-franc» nennt. Ein zweites bei dem Bahnhof soll noch errichtet werden.

[2]) Eine solche Schmuggelfirma in St. Gallen musste bereits zum zweiten Male um bedeutende Summen gestraft werden.

[3]) Die Basler Grenzaufseher, die bisher kantonale Beamte waren, wurden eidgenössisch.

unserer Litteraturübersicht genannte Erzählung «Le mari de Jonquille», die sich allerdings nur auf die franhezösisc Grenze und die Zeit vor der Einführung des Alkoholmonopols bezieht, gibt einen sehr anschaulichen Begriff von diesen Zuständen, die sich überall entwickeln, wo hohe Zölle bestehen.

Bei seiner finanziellen Prosperität kann es nicht ausbleiben, dass der Bund fortwährend und von allen Seiten um Subventionen angesucht wird. Es ist diess bisher die Art und Weise gewesen, wie ein Theil der wesentlich aus den Zöllen herrührenden Einnahmenüberschüsse an die Kantone zurückfloss, die diese Finanzquelle der Eidgenossenschaft im Jahr 1848 und 1874 zur Ausbeutung überliessen. Die Alkoholgesetzgebung hat nun zum ersten Male wieder den rückläufigen Weg eingeschlagen, den Kantonen ein positives Recht auf einen Theil der Zolleinnahmen zu gewähren.[1]) Unter den neuen Subventionen sind besonders zu erwähnen: Ein Beitrag von Fr. 100,000 für Hebung der schweizerischen Kunst. Derselbe soll alljährlich in das Büdget aufgenommen und zu Ausstellungen oder Ankauf von Kunstwerken verwendet werden. Aus dem Ueberschuss wird ein schweizerischer Kunstfond gebildet (Bundesbeschluss vom 22. Dezember 1887). In Vollziehung dieses Beschlusses und einer Vollziehungsverordnung vom 18. April 1888 ist eine elfgliedrige «schweizerische Kunstkommission» vom Bundesrath ernannt worden, deren Präsidium Herr Oberst Rothpletz in Zürich führt.[2]) Wir empfehlen derselben die Annoncen an den Felswänden der Gotthardbahn zum Studium des Schönen in der Schweiz. Eine lebhafte Konkurrenz um ein «schweizerisches Nationalmuseum» entstand in Folge des Legates eines Basler Bürgers, das zu diesem Zwecke dem

[1]) Eine weitergehende Motion (Æby) auf Vertheilung eines Theils der Zolleinnahmen wurde bereits im Nationalrath dieses Jahres gestellt, aber abgelehnt.

[2]) Die Hebung der schweizerischen Kunst ist schon öfters Gegenstand der Berathung schweizerischer Kunstfreunde gewesen. Abgesehen von den Bestrebungen der Helvetik (vgl. darüber u. A. meine Vorlesungen über die Helvetik, letztes Kapitel), findet sich ein sehr interessanter Vortrag von Kupferstecher Lips (1829) unter dem Titel: «Ein Beitrag zu der Frage, wie könnte die höhere Kunst in unserem Vaterlande gesteigert und gepflegt werden» in der Sammlung Helvetia VI, 357.

Bund gemacht wurde, zwischen den Städten Basel, Bern, Zürich und Luzern, von denen jede der richtige Sitz eines solchen Museums zu sein beansprucht, das übrigens naturgemäss niemals alle grösseren Kunstsammlungen der Schweiz auf einen Punkt vereinigen, sondern, vorläufig wenigstens, wesentlich nur den Sammlungen der betreffenden Stadt als Lokal dienen wird. Der Streit um diese neue Helena ist zur Stunde noch nicht entschieden. Das unbetheiligte Publikum sprach sich vielfach für die Vaterstadt des Testators, Basel, aus, als einer Stadt und Bevölkerung, der man eine besonders liebevolle Pflege und stete Bereicherung dieses neuen Instituts zutrauen könne und die ohnehin von der Eidgenossenschaft noch keine Zuwendungen, wie andere Städte, empfangen habe.[1])

Für die Betheiligung an der Pariser-Weltausstellung von 1889 wurde ein Kredit von 425,000 Fr. ausgeworfen. Bisher haben sich 1026 Aussteller mit einer Werthsumme an Ausstellungsobjekten von Fr. 3,649,851 gemeldet. Bundesbeiträge für kantonale Werke wurden besonders ertheilt: Für die Maggiabrücke bei Ascona, die Emmen- und Thurkorrektion, Sicherungsbauten am Zugersee, ein Beitrag zur Restauration der Sempacher-Kapelle. Im Ganzen wurden für Flusskorrektionen und Wildbachversicherungen im Jahr 1887 Fr. 355,000 an verschiedene Kantone ausbezahlt. Zugesichert sind bereits Fr. 2,397,087. Neue Beiträge fanden statt für Zuchtfamilien des Rindviehes,

---

[1]) Wir wollen uns in diesen Streit nicht mischen. Jedenfalls aber ist die mitunter gehörte Einwendung, Basel liege zu nahe an der Grenze und es könnte dort ein derartiges Institut sogar kriegerischen Ereignissen blossgestellt sein, nicht stichhaltig zu nennen. Das moderne Völkerrecht erlaubt Beschädigung, oder gar Plünderung von Museen nicht. Ein sehr interessantes Beispiel dieser Anschauung aus dem letzten deutsch-französischen Kriege enthalten die Aufzeichnungen des Hofraths Schneider «Aus dem Leben Kaiser Wilhelms». III, 180. Weit eher würde zutreffen die Vorschrift im Basler-Bundesbrief von 1501, die Eidgenossenschaft solle zu der Stadt Basel jederzeit «ein getreues Aufsehen» haben, sintemal ein damaliges Volkslied sagt:

«Gmein aydtgnossen hant sich wol bsunnen,
Dass sy Basel für ein ort hant gnummen,
Den schlüssel hant's empfangen, damit sy ir lant mögend bschliessen,
Das tuot manchen Oestricher verdriessen.»

für theoretisch-praktische Ackerbaukurse, die im Jahre 1887 in den Kantonen Zürich, Bern und Neuenburg abgehalten wurden. Dagegen wurde abgelehnt eine mit Rücksicht auf die Zuger-Katastrophe beantragte allgemeine Untersuchung der schweizerischen Seeufer und eine Bundessubsidie für die Centovallistrasse im Tessin, letzteres aus wohlverständlichen militärischen Gründen. In Folge eines andauernden Streites zwischen dem schweizerischen Generalkonsul in Bukarest und der Mehrheit der dortigen Schweizer-Kolonie wurden die Hülfsgelder für diesen Konsularbezirk einstweilen dem Konsul zu ihm geeignet erscheinender Verfügung übergeben.

Aus dem allgemeinen Vereins- und Volksleben schliessen wir hier an: Feste, an denen es in der Eidgenossenschaft in keinem Jahre gebricht, wurden wohlbegründeter Weise gefeiert: in Näfels, zur Erinnerung an die Freiheitsschlacht vom 9. April 1388, und in Neuenburg eine eidgenössische landwirthschaftliche Ausstellung im September 1887, bei welcher zum ersten Male das graubündnerische kleine Gebirgsvieh zu verdienter Anerkennung seines Werthes gelangte Auch dieses Fest musste übrigens mit einem sogenannten «historischen Umzug» verziert werden, der gar nicht zum Charakter der Ausstellung passte.

Mit gutem Beispiel ist jetzt der schweizerische Alpenklub vorgegangen, indem er beschloss, nur noch alle zwei Jahre sein Fest abzuhalten, wofür ihm grosse Anerkennung gebührt; denn hierin kann allein noch das Beispiel etwas thun. Die Klagen über die ewigen Feste, die nach und nach immer länger dauern, stets kostspieliger werden und dadurch vielen Menschen zum wahren Verderben gereichen,[1]) sind nachgerade stereotyp, verhallen aber spurlos gegenüber der Schaulust einer gewissen Menge und dem Vortheil einiger Gewerbe, die von diesen Anlässen Gewinn ziehen. Einige wenige Leute scheuen sich nicht, bei jedem Anlasse für eine ganze Stadt, die ihnen dazu gar keinen Auf-

[1]) Sehr bezeichnend waren diessfalls die Zeitungsnachrichten, dass man bei Anlass des Kantonalschützenfestes in Interlaken gleichzeitig die Nachricht des glücklichen Bechergewinnes und des Akkomodementsangebotes eines solchen Festbesuchers empfangen habe. In Basel brachte sich ein junger Mann um's Leben, der das Turnfest in Luzern mit veruntreutem Gelde besucht hatte.

trag ertheilt hat, kostspielige Feste zu übernehmen und es dann als eine «Ehrensache» aller Einwohner zu erklären, dazu alles nur Mögliche beizutragen. Es wird solange nicht besser, bis sich einst alle ernsthaften Leute vornehmen, keine unnützen Feste mehr zu besuchen und kein an sich berechtigtes Fest alljährlich und mehr als einen einzigen Tag lang abzuhalten.

Neben der Festsucht,[1]) die eine vorzugsweise einheimische Krankheit ist, tritt in neuerer Zeit in immer thörichterer Weise der Bergsport hervor, der nun auch von ruhmsüchtigen Individuen, zum Glück meistens Ausländern, im Winter betrieben wird. Wir hätten, trotz der Thorheit, nichts dagegen, wenn diesen Leuten wenigstens die Pflicht auferlegt würde, so gut wie den Unternehmern nützlicherer Dinge, für Leben und Gesundheit der Leute (Führer und Träger), die sie dabei verwenden, ausreichend zu haften.[2])

[1]) An dem 48sten eidgenössischen Turnfest in Luzern, das im Juli dieses Jahres gefeiert wurde, hörten wir gern eine Rede des gegenwärtigen Nationalrathspräsidenten Ruffy von Waadt, die mit einem starken Appell an eine «noch nicht vom Egoismus angesteckte Jugend» schloss. Wie soll sie aber diese grosse Eigenschaft lernen und bewahren, wenn die Eidgenossenschaft und die ganze Welt Jahr aus Jahr ein von nichts als «Interessenvertretung», «volkswirthschaftlichen und sozialen Fragen» wiederhallt und in allen Tonarten der nackte Klassenegoismus als die Hauptfrage der Zeit gepriesen wird, neben der das Vaterland und seine Geschichte überlebte Standpunkte einer vergangenen Generation sind? —

[2]) Einer solchen englischen Thörin, die im letzten Winter die Jungfrau bestieg, mussten die Zehen amputirt werden; ihrem Führer drohte das gleiche Schicksal.

Pfarrer Strasser in Grindelwald macht in seinem Blatte «Der Gletschermann» die Anregung, in der dortigen, von Fremden viel besuchten Gemeinde den Bettel feinerer und gröberer Art energisch zu beseitigen und fügt der Aufforderung dazu bei: «Diejenigen Gemeindebewohner, welche dadurch, dass sie die Kinder nicht mehr auf den Fremdenbettel schicken, eine schöne Geldeinnahme verlieren und desshalb in Noth kommen, sollen sich bei mir melden, ich will dafür sorgen, dass sie auf eine andere, bessere Weise zu Geld kommen.» Ein solcher Ton aus der Bevölkerung selbst heraus, verspricht mehr Resultate, als die schon längst bestehenden fruchtlosen Polizeiverordnungen. Möchte es dem wackern Geistlichen gelingen, namentlich die Kinderwelt diesem unwürdigen Erwerbe abwendig zu machen.

Das hilft vielleicht, Belehrung hilft gegen Modethorheiten niemals.

Unter den Vereinen, die sich neu gebildet haben, sind hervorzuheben: ein schweizerischer Samariterbund behufs allgemeiner Entwicklung dieser freiwilligen Hülfeleistung in Unglücksfällen und Anschluss an die sog. «Vereine vom rothen Kreuz», eine «Genossenschaft gegen Unfall und Haftpflicht» zum Schutz von Unternehmern gegen die Folgen dieser Gesetzgebung, ein «Schriftstellerverband der romanischen Schweiz», der schweizerische Jägerverein «Diana»[1]) und ein Verein für die allgemeine Einführung der Leichenverbrennung. Das Merkwürdige bei diesem letztern ist, dass es auch in Bezug hierauf förmliche Fanatiker gibt, die dem Feuer in diesen ofenähnlichen Apparaten «eine reinigende und läuternde Kraft» zuschreiben. Wir halten das unsererseits für eine einfache Geschmackssache, die höchstens bei grossen Epidemien einen allgemeinen sanitär-polizeilichen Werth hat. Pas trop de zèle! —

Die eidgenössischen Wahlen in den Nationalrath, welche im Oktober des vorigen Jahres stattfanden, haben kein irgendwie auffallendes Resultat gehabt.[2]) Im Allge-

---

[1]) Wir sind im Ganzen nicht sehr für die Jagd eingenommen, sondern halten sie nicht allein, wie Friedrich der Grosse sagte, für «diejenige Vergnügung, die am wenigsten für Fürsten passt, welche nur mit der Sorge, zu regieren und sich zu unterrichten, beschäftigt sein sollten», sondern überhaupt für keine eines gebildeten Mannes, der etwas Besseres zu thun hat, besonders würdige Beschäftigung. Da die Sache aber einmal existirt, so ist die technisch-richtige Organisation derselben, die namentlich auch die gedankenlose Sonntagsjägerei abschneidet, sehr zu begrüssen. Die Ausrottung der meisten Wildthiere nimmt übrigens ihren naturgemässen Fortgang. Bereits scheinen die Lämmergeier gänzlich verschwunden zu sein, der letzte dieser Könige des Gebirges verendete in diesem Jahre im Oberwallis an dem Gift eines Köders, Bären finden sich nur noch in Graubünden und Tessin, Wölfe kommen mitunter aus Frankreich nach dem Jura herüber. Dagegen haben Hirsche und Rehe in einigen Gegenden zugenommen.

[2]) Am bemerkenswerthesten ist uns dabei ein Anfang zur Besserung in der Richtung erschienen, dass manche Kandidaten es verweigerten, durch Unterschrift eines von Andern verfassten Programmes ihr Gewissen zu binden. Einen solchen «Seelenverkaufsschein», der auch dem zu leistenden Amtseid nicht recht entspricht, sollte überhaupt kein rechter Mann mehr unterzeichnen.

meinen jedoch sind die konservativen Parteirichtungen im Zunehmen begriffen, wobei allerdings heutzutage Niemand mehr recht weiss, was « konservativ » bedeuten soll.

Ein charakteristisches Zeichen dafür ist, dass ein Zuwachs von tüchtigen Leuten aus den Kreisen der ehemaligen Aristokraten, die den Kern des Konservativismus bilden, stattfindet; dieselben haben gewissermassen ihre Prüfungsperiode durchgemacht, während die sog. Bourgeoisie mit ihren Grundsätzen gegenwärtig eine Probe besteht, die sich nicht allein gegen ihre nationalökonomischen Anschauungen richtet, sondern namentlich auch das von ihr befürwortete System der parlamentarischen Regierung betrifft. Wir halten dasselbe unsererseits für durchaus kein Ideal, wohl aber für eine nützliche und vor Allem für eine schwer zu ersetzende Einrichtung. Die Reform derselben, die möglich ist, bezieht sich unseres Erachtens auch keineswegs auf die Wahlsysteme, an denen nicht sehr viel liegt, sondern auf die Einsicht auch in diesem Gebiete des menschlichen Daseins, dass alle wirklichen Verbesserungen nur durch bessere Menschen eintreten. Hiebei hat der vor kurzem verstorbene Professor Brinz in einer Rede im österreichischen Reichsrath (1861) eine grundlegende Wahrheit mit folgenden Worten ausgesprochen: « Ich bin nicht der, der glaubt, in Allem und Jedem der Meinung des Volkes folgen zu müssen. Es ist ja etwas Allbekanntes um die Beweglichkeit der öffentlichen Meinung. Ich finde die Aufgabe des Deputirten darin, dass er eine feste, unerschütterliche, reine Ueberzeugung sich bilde, stärker als jede Volksmeinung, stärker und fester selbst als die Grundsätze der Presse zu sein pflegen. » Wo dagegen in einem Lande die Meinung der Ephesier[1]) obwaltet: « Bei uns soll Keiner der Trefflichste sein, ist aber Einer ein solcher, so sei er es anderswo und bei Andern », oder wo gar, wie in der nämlichen Stadt « die Menge schlecht, Wenige gut, die Besten ehrgeizig » sind, da kann die parlamentarische Vertretung unmöglich etwas Anderes als ein Ausdruck dieser Gesinnung sein. Sie zeigt immer und in jedem Lande ganz genau das Niveau des öffentlichen Geistes. Wenn man etwas am Wetter zu tadeln hat, so nützt es nichts, den Barometer zu zerschlagen. Ebensowenig aber, als Ehrgeizige oder un-

---

[1]) Lassalle: Herakleitos der Dunkle von Ephesos II. 436, 442.

selbständige Vertreter von Massenmeinungen, dürfen mit Vorzug blosse «Fachleute» in die parlamentarischen Körper gewählt werden. Eine blosse «Expertenkommission für Gesetzgebung» darf eine solche Versammlung niemals werden, sondern die politischen Ideen und Ideale müssen in ihr in erster Linie lebendig erhalten werden.

Die wichtigste politische Frage, die der Schweiz in dieser Richtung bevorsteht, ist dermalen die reinliche Ausscheidung der nationalen Elemente, Bestrebungen und Parteien von den internationalen. Ueber den relativen Werth von beiden uns hier theoretisch weiter einzulassen, halten wir für überflüssig, da diess Anschauungen sind, deren Für und Wider heute noch gar nicht mit hinreichender Unparteilichkeit diskutirt werden kann, da die Proben noch nicht gemacht sind.[1]) Es sind bis dahin bei vielen Menschen bloss Ueberzeugungen instinktiver Natur, die bewusst oder unbewusst mit ihren Interessen zusammenhängen. Für uns ist, um es noch einmal kurz zu sagen, was den ganzen Inhalt unseres Jahrbuches ausmacht, der Grundgedanke aller schweizerischen Politik die intakte Erhaltung der Eidgenossenschaft. Ihr gegenüber darf für den Politiker nichts Anderes als ausschlaggebend vorhanden sein, weder sogenannter materieller Fortschritt, noch allgemeine Kultur und Humanität, noch kirchliches[2]) oder sonstiges Partei-Interesse. Das Alles würde uns, selbst in höchster Perfektion, nicht über den Untergang der alten würdigen Eidgenossenschaft trösten. Darin liegt also für uns der Schlüssel zur Beurtheilung der politischen und sozialen Parteien. Sobald die vorherrschenden Parteien in der Schweiz auf einem andern Boden sich befinden, so steht das «finis Helvetiæ» fest, auch wenn es sich äusserlich, wie gewöhnlich in der Weltgeschichte, noch eine Zeitlang zu vertagen scheint. Gegenwärtig ist diese Alles überwindende Liebe zum Vaterlande noch das vorherrschende Gefühl, das,

---

[1]) Ueber die vor 100 Jahren gemachte Vorprobe haben wir im ersten Aufsatze dieses Jahrgangs zu referiren versucht.

[2]) Wir sagen absichtlich nicht «Religion». Diese ist nach unserer Auffassung etwas rein Geistiges und Individuelles, das mit der nationalen Gesinnung nie im Widerspruch steht. Die wirkliche Religion gedeiht sogar am allerbesten auf nationaler Grundlage. Vgl. Ev. Math. XV. 24.

trotz aller internationalen Agitation, tief im Herzen des schweizerischen Volkes wurzelt; es ist aber dringend nothwendig, dass es auch äusserlich in einer Organisation zum Ausdruck gelange, wie sie s. Z. in der «helvetischen Gesellschaft» bestanden hat. Die geeignetste Organisation auf breiterer Grundlage würde der schweizerische Grütliverein sein, in welchem sich aber dermalen zwei Strömungen, eine nationale und eine internationale, befinden, die auf die Dauer nicht werden zusammengehen können.[1])

Die spezielle Sozialgesetzgebung, bei deren Erlass die nationalen und internationalen Parteien sich ausscheiden werden, wartet einstweilen auf die Ergebnisse der schweizerischen Volkszählung[2]), welche ausserordentlicher Weise und gegen die sonstige gesetzliche Bestimmung zehnjähriger Perioden zu Ende dieses Jahres vorgenommen wird, um gleichzeitig das nöthige statistische Material für diese Arbeiten zu gewinnen. Ebenso soll nach einem Bundesbeschluss vom 23. Dez. 1887 und einer diessbezüglichen besondern Verordnung eine Unfallstatistik aufgenommen werden.[3])

Eine wichtige Interpretation des Fabrikgesetzes Art. 5, welche der Bundesrath auf 1. Januar 1888 in Kraft hat treten lassen, bestimmt:

---

[1]) In demselben vertirte in jüngster Zeit u. A. die Frage, ob Ausländer Mitglieder sein können. Darüber hätte doch in einem Grütliverein keine Meinungsverschiedenheit herrschen sollen. Die zürcherische Regierung sagt am 14. Februar 1529 sogar, dass Leute, die nicht geborene Eidgenossen seien, sich der Rechte und Freiheit solcher nicht zu «befröwen» haben sollen.

[2]) (Beschluss einer Volkszählung, vom 29. April 1887, Abänderung des Gesetzes vom 3. Februar 1860.) Nach den Anträgen der dazu bestellten Expertenkommission soll diesmal zum ersten Male das System der «Zählkarten» in Anwendung kommen. Acht solche Zählkarten werden dann zu einem Haushaltungsheft vereinigt. Die Verbesserung der Zukunft wird dann noch die photographische Aufnahme jedes Eidgenossen sein. Nach dieser neuen Volkszählung soll dann auch die längst gewünschte neue Wahlkreiseintheilung erfolgen.

[3]) Diese statistische Aufnahme soll betreffen alle Personen, die über 14 Jahre alt sind, und Unfälle, die eine mindestens 6tägige Arbeitsunfähigkeit herbeiführen. Dem Arbeitersekretariat ist die Ermittlung der Unterstützungen überwiesen worden, welche die in der Schweiz bestehenden Krankenkassen im Jahre 1886 geleistet haben.

« Art. 1. Als Industrien, die erwiesenermassen und ausschliesslich bestimmte, gefährliche Krankheiten erzeugen, werden diejenigen bezeichnet, in welchen folgende Stoffe verwendet werden oder entstehen, beziehungsweise vorkommen: 1) Blei, seine Verbindungen (Bleiglätte, Bleiweiss, Mennige, Bleizucker etc.) und Legirungen (Letternmetalle etc.); 2) Quecksilber und seine Verbindungen (Sublimat, Quecksilberoxydulnitrat etc.); 3) Arsen und seine Verbindungen (Arsensäure, arsenige Säure etc.); 4) Phosphor (gelbe Modifikation); 5) irrespirable Gase: schweflige Säure, untersalpetrigsaure, salpetrigsaure und salpetersaure Dämpfe, Salzsäure, Chlor, Brom, Jod, Fluorwasserstoff, Aerolin; 6) giftige Gase: Schwefelwasserstoff, Schwefelkohlenstoff, Kohlenoxyd, Kohlensäure; 7) Cyan und seine Verbindungen: 8) Benzin; 9) Anilin; 10) Nitroglycerin; 11) Pocken-, Milzbrand- und Rotzgift.

Art. 2. Die im vorstehenden Artikel bezeichneten Industrien werden für diejenigen bestimmten gefährlichen Krankheiten, welche erwiesenermassen und ausschliesslich aus dem Verwenden oder Vorkommen der ebendaselbst genannten Stoffe entstehen, im Sinne von Art. 3 des Bundesgesetzes betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb vom 25. Juni 1881 und Art. 1 desjenigen betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht vom 26. April 1887 der Haftpflicht unterstellt. »

Das Arbeitsprogramm des statistischen Bureau's pro 1888 ist, wie folgt, festgestellt worden:

« 1) Die Bewegung der Bevölkerung in der Schweiz, einschliesslich der Ehescheidungen, im Jahre 1887; 2) wöchentliches Bülletin über die Sterbefälle infolge von Infektionskrankheiten in den schweizerischen Städten (im Bundesblatt); 3) die überseeische Auswanderung aus der Schweiz im Jahre 1887; 4) die pädagogische Rekrutenprüfung im Jahre 1887; 5) die ärztliche Rekrutenuntersuchung im Jahre 1887; 6) Vollendung der Sparkassenstatistik; 7) Unfallstatistik; 8) Vorbereitung und Beginn der Volkszählung; 9) Studien zu einer schweizerischen Preis- und Lohnstatistik; 10) Betheiligung an der Ausgabe der « Zeitschrift für schweizerische Statistik ».

Das im vorigen Jahre in's Leben getretene Arbeitersekretariat erhielt für 1888 eine Bundessubvention von

10,000 statt 5000 Fr. Resultate seiner Thätigkeit liegen dermalen noch nicht vor. Eine Adjunktenstelle (wozu ein deutscher Privatdozent in Aussicht genommen sein soll) wird postulirt.

In der Stadt Bern ist in diesem Jahre ein Versuch mit Errichtung von Lehrwerkstätten gemacht worden.

Die Motion Decurtins und Favon,[1]) über Anregung einer internationalen Vereinbarung betreffend den Schutz minderjähriger Personen, Beschränkung der Frauenarbeit, die Sonntagsruhe und einen gleichartigen Normalarbeitstag führte zu einer Erklärung des Bundesraths, in der ordentlichen Sommersession dieses Jahres, dass er ein solches Programm aufstellen und andern Staaten mittheilen werde und diess für die Arbeiter für nützlicher halte, als ihre Beschäftigung mit sozialistischen Theorien.

Die Hauptfrage wird vorläufig eine sehr zweckmässig und nach nationalen Gesichtspunkten und Bedürfnissen eingerichtete Versicherung bilden, worüber wir auf den besondern Aufsatz von Bodenheimer verweisen. Offen bleibt für uns dabei die Frage, welchen Einfluss diese staatliche Versicherung, wenn sie sich gar nicht nach Kantonen organisirt, auf das Heimatrecht und namentlich auf das System der heimatlichen Armenunterstützung ausüben wird, das in allen Kantonen ausser Bern (alter Kantonstheil) und neuestens Neuenburg und Solothurn herrscht. Denn im Grunde ist die Idee der staatlichen Versicherung der Bedürftigen doch nichts Anderes als eine gänzliche oder theilweise Uebertragung der Armenunterstützung auf andere, als die bisherigen Verpflichteten.

Eine Versammlung von Justiz- und Verwaltungsbeamten des Kantons Zürich sprach den Gedanken aus, eine staat-

---

[1]) Der Wortlaut derselben ist:

« In Erwägung, dass eine Reihe von Staaten bereits eine Arbeitergesetzgebung besitzen oder anstreben, die von Gesichtspunkten ausgeht und Tendenzen verfolgt, welche auch diejenigen der schweizerischen Arbeitergesetzgebung sind, wird der Bundesrath eingeladen, sich mit jenen Staaten in Verbindung zu setzen, um durch internationale Verträge oder eine internationale Arbeitergesetzgebung hinsichtlich 1) des Schutzes minderjähriger Personen, 2) der Beschränkung der Frauenarbeit, 3) der Sonntagsruhe und 4) des Normalarbeitstages gleichartige gesetzliche Vorschriften zu erzielen. »

liche Lebensversicherung für diese Berufskreise zu gründen, wie sie für Geistliche und Lehrer daselbst schon besteht.

Die Hauptversammlung des Grütlivereins, welche in Glarus stattfand, konstatirte, dass dieser 1838 gegründete Verein dermalen (Sept. 1887) in 263 Sektionen 12,473 Mitglieder zählt, worunter 436 sogen. Passivmitglieder (Ausländer). Das Vermögen des Gesammtvereins beläuft sich auf 196,293 Fr.; das Vereinsorgan «Der Grütlianer» erscheint in 12,000 Exemplaren. Der interessante Jahresbericht des Centralpräsidenten (Fürsprecher Scherrer in St. Gallen) hebt u. A. hervor, dass die konfessionellen Arbeiterverbände kein glücklicher Gedanke seien und dass es überhaupt verfehlt sei, die Wahlpolitik der deutschen Sozialdemokratie auf schweizerischen Boden verpflanzen zu wollen. [1])

Am 8. Juli fand eine Delegirtenversammlung der schweizerischen Sozialdemokratie in Aarau statt, welche beschloss, auf nächsten Oktober einen allgemeinen schweizerischen Arbeitertag behufs Gründung und Organisation einer eigentlichen sozialdemokratischen Partei anzubahnen. [2])

---

[1]) Ein beabsichtigter Vortrag des deutschen Reichstagsabgeordneten Liebknecht zur Zeit der grössten Spannung wegen der deutschen Spione unterblieb infolge Abmahnung seitens der Parteigenossen selber. Seither hat derselbe in Zürich, Bern, Genf, Neuenburg etc. stattgefunden. Wir befinden uns mit dem die Eidgenossenschaft förmlich bereisenden Redner auf ganz gleichem Boden, wenn er sagt, «der Kampf zwischen dem Sozialismus und seinen Gegnern nehme mildere Formen da an, wo die politische Freiheit herrscht». Diese «milderen Formen» sind eben das, was wir zunächst sehen wollen. Das schliesst auch die Verpflichtung in sich, ihn nicht nach einer allgemeinen kosmopolitischen Agitationsschablone, die für uns nicht passt, sondern den Bedürfnissen und Eigenthümlichkeiten solcher politisch freieren Gemeinwesen gemäss zu führen. Dass die «soziale Frage» in der Schweiz nur auf historisch-nationalem Boden gelöst werden kann, soweit sie überhaupt lösbar ist, das ist das Erste, was zur allgemeinen Ueberzeugung werden muss. Das wird auch mit einem gewissen ernsthafteren Ton, den die Sache annimmt, kommen; bis jetzt hält der gewöhnliche Bourgeois den Sozialismus für eine Art von Sport, den man in einem freien Lande, wie jeden andern, gewähren lässt.

[2]) Ueber das künftige Programm dieser «sozialdemokratischen Partei der Schweiz» ist so viel in der Presse laut geworden, dass

Strikes in grösserem Massstabe fanden seit dem durch die späteren Aufklärungen über die Hetzspione etwas anrüchig gewordenen Schreinerstrike in Bern vom vorigen Jahre [1]) unseres Wissens nur in Zürich seitens der Zimmerleute und Schlosser statt.

Musterhafte gemeinnützige Speisehallen sind in Basel und in der Floretspinnerei Angenstein gegründet worden.

Mit vollem Recht wurde in den Tagesblättern gerügt, dass immer häufiger in der Schweiz (sogar in Winterthur!) Verbote des Beerensammelns in den öffentlichen Waldungen aufkommen. Das ist das rechte Mittel, um die ärmern Klassen, denen man auch diesen letzten geringfügigen Antheil an der Natur streitig macht, der ihnen gegenüber dem doch nicht ursprünglich dagewesenen «Eigenthum» übrig geblieben ist, zu entschlossenen Sozialisten zu erziehen. Wir wünschen ihnen allen Erfolg gegen einen so unverständigen Staat!

Aus der sozialen Gesetzgebung anderer Länder ist in diesem Jahre besonders bemerkenswerth der neue deutsche Entwurf für Alters- und Invalidenversicherung, der wahrscheinlich unserer künftigen Gesetzgebung einigermassen als Vorbild dienen wird. Was an demselben zunächst überraschend wirkt, ist die Geringfügigkeit der materiellen Resultate bei einem so grossen Apparate. Da war das «Huhn im Topfe» Heinrich's IV. doch eine erheblich bessere Idee, der freilich auch die Ausführung fehlte.

---

es neben der Ausbildung der Demokratie und des Einheitsstaates auch die successive Verstaatlichung von Industrie, Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, das Recht auf Arbeit und als Ausführungsmassregel eine «Kommission für wirthschaftliche Gesetzgebung» befürworten werde, deren Vorschläge mit Umgehung des Bundesrathes an die Bundesversammlung gelangen können.

Die Muster für Alles das, namentlich für diesen Wohlfahrtsausschuss, finden sich in unserem ersten Aufsatze.

[1]) Derselbe kostete nach einer Abrechnung im Arbeiterorgan Fr. 15,002. An 137 die Arbeit Einstellende wurden Taggelder im Betrag von Fr. 12,937 ausbezahlt. In dem Strike der Zimmerlente in Zürich wurden Fr. 4. — Taggeld bezahlt und alle Tage dreimal Appell gehalten. Alle Zimmerplätze wurden von 5 Uhr Morgens ab durch Posten bewacht, die wieder von zahlreichen Patrouillen kontrolirt wurden.

Die sozialen Programme, die in andern Ländern auftauchen, haben, soweit sie sich in verständigen Grenzen bewegen, [1]) für uns das Beruhigende oder, wenn man will, auch das Nichtberuhigende, dass sie meist Postulate enthalten, die in der Schweiz bereits realisirt sind. So stellte Professor de Laveleye für Belgien folgende Forderungen auf:

« 1. Persönlicher Wehrdienst für Reich und Arm, statt wie bisher nur für die Armen; 2. scharfer Kampf gegen den Alkohol, Erhöhung der Branntweinsteuer und Verwendung ihres Ertrages zu Gunsten der Arbeitslosen; 3. Verwendung der Eisenbahneinnahmen zur Rettung der durch die Schutzzollpolitik des Auslandes bedrohten belgischen Industrie; 4. unentgeltlicher, obligatorischer Volksunterricht, Pflege der Religion, Moral und Intelligenz der Arbeiter, und dieses um so mehr, da alle Verbesserungen der öffentlichen Zustände, die einfachsten wie die umfassendsten, nur unter dieser Voraussetzung möglich sind; 5. Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten; 6. Gesetze zur Regelung der Arbeitszeit; 7. Erbauung von Arbeiterwohnungen durch Private und Gesellschaften; 8. Einschränkung des Luxus, der den Volkszorn reizt; 9. landwirthschaftlicher Unterricht in den ländlichen Distrikten; 10. stärkere Bethätigung christlicher Barmherzigkeit gegen Leidende und Hülflose. »

Wir glauben unsererseits überhaupt nicht daran, dass jemals der Staat (und welcher Staat immer) im Stande sein

[1]) Das neueste Programm der französischen « Possibilisten » (unter denen sich namhafte Mitglieder des Pariser Gemeinderathes befinden), das ihr neunter Kongress aufgestellt hat, lautet hingegen auf: Abschaffung der städtischen und der sonstigen Verbrauchssteuern; steigende Einkommensteuer für alle Einkommen über 4000 Fr.; Abschaffung des Erbrechts; Einrichtung und Betrieb der Werkstätten durch Staat und Gemeinde; Einrichtung von Gemeindegenossenschaften zu gemeinsamem Ackerbaubetrieb; achtstündige Arbeitszeit ohne Lohnminderung und mit einem wöchentlichen Ruhetage; Verbot, in Gefängnissen und Klöstern Waaren zu niedrigern Preisen herzustellen, als den durch die örtliche Arbeiterkammer festgesetzten; Abschaffung der Stückarbeit; Einrichtung von Arbeiterbörsen durch die Gemeinden; unentgeltlichen Unterricht, d. h. alle Knaben und Mädchen sollen auf Kosten von Staat und Gemeinde jede Stufe des Unterrichts, Universität und fachliche Hochschulen inbegriffen, durchmachen können.

werde, durch Gesetzgebung allein auf sozialem Gebiete eine allgemeine Befriedigung herzustellen. Dieselbe wird vielmehr nur durch die Verbesserung des einzelnen Menschen, vorzugsweise durch ein besseres Familienleben erreicht, wozu andere Hebel mitwirken müssen.

Allerdings aber ist ein gesundes Staatswesen eines der Haupterziehungsmittel der Menschen, das, wo es nicht besteht, durch kein anderes ersetzt werden kann. Und um gesund zu bleiben, muss wiederum der Staat sich in beständiger Fühlung mit der breiten Masse seiner Bevölkerung und in steter, ernsthafter Sorge für ihre wahre Wohlfahrt erhalten. Das ist, vom Standpunkte des Staatsinteresses aus besehen, die Begründung der Demokratie und der sozialen Gesetzgebung zugleich, die wir als der politischen untergeordnet ansehen.

Wenn ein Volk die Hingebung jedes Einzelnen an seinen Staat nicht mehr kennt, so hat es überhaupt die höhern Ziele seines Daseins verloren und mit denselben seine Existenzberechtigung als eigene Individualität. In solchen Zeiten des Verfalles können die Menschen zwar oft noch glauben, mitten in einer Periode des schönsten Fortschritts zu leben, und namentlich die höhern Kreise der Gesellschaft finden das Leben dann oft gerade besonders angenehm verfeinert.[1])

Der Staat seinerseits hat allerdings die Befriedigung Aller im Auge. Dieselbe ist indessen schwerlich jemals auf bloss materiellen Wegen zu erreichen — es fällt zu kläglich aus — sondern mindestens ebenso sehr durch die Gewöhnung der Menschen, ihr Glück in der Verfolgung grosser Ideen zu suchen. Das ist auch für den Einzelnen das höchste Glück, sogar das einzig unbedingt erreichbare.

« Nulle vie nationale » — sagt ein französischer Schriftsteller — « n'est possible pour un peuple, s'il ne s'éprend un jour de quelque grand idéal à poursuivre. » Das schwei-

[1]) So war es in der Zeit vor der französischen Revolution; eine solche feine und geistreiche « höhere Gesellschaft » gibt es seither nicht mehr, und Alle, die dazu gehörten, beklagten ihren Untergang auf das Schmerzlichste. Auch das Lob des 19. Jahrhunderts, « wie wir es so herrlich weit gebracht », wird uns noch eine Zeit lang in den Ohren tönen, bis die bloss relative Wahrheit dieses Satzes sich noch besser herausstellt.

zerische Volk hat dieses grosse Ideal schon längst in der Darstellung einer wahren, nationalen Republik, gefunden und es wird nie ein anderes entdecken. Von Zeit zu Zeit aber muss es sich immer wieder von Neuem erweisen und einer neuen Generation zum eigenen Bewusstsein kommen, ob ein solches Volk auch wirklich im Stande ist, ideelle Zwecke materiellen Gütern voranzustellen[1]) und eine Pflegestätte dieser höhern Lebensanschauung zu sein, oder ob es diesen Beruf verloren hat und untergehen muss in der grossen Masse benachbarter Nationen.

---

[1]) Oder, wie die helvetische Verfassung mit einem etwas zu eng gerathenen, aber richtig gemeinten Ausdruck sagte: « Aufklärung dem Wohlstande vorzuziehen » (Art. 4).

---

## ERRATA.

Auf pag. 729, Zeile 15 von oben ist zu lesen: « Bundesvertrag zwischen den XXII Kantonen der Schweiz », statt: « Bundesvertrag zwischen den XII Kantonen der Schweiz ».

Auf pag. 748 sind im zweiten Alinea die Worte « zu Gunsten einer grössern Aehnlichkeit mit dem bezüglichen Strafverfahren » (Zeile 18 und 19 von oben) auszulassen.



# Inhaltsübersicht der drei ersten Jahrgänge des politischen Jahrbuches.

## Politische Aufsätze.



## Historisch-politische Darstellungen.

## Dokumentarische Beilagen.

[1]) Andere Aktenstücke finden sich in den historischen Aufsätzen; wichtige neue Gesetze in der politischen Uebersicht jedes Jahrganges.